Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 35. Dienstag, den 2. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. April 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Ritt. v. Neumann und Kirchmayer entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Heinrich Nemschitz, Bankier, hat dem Vorsteher des I. Gemeindebezirkes, Innere Stadt, aus Anlass seiner Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband den Betrag von 200 fl. für die Armen des I. Bezirkes eingesendet.

Wird dankend zur Kenntnis genommen.

3. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß zu beantworten, welche dahin geht, ob es richtig sei, dass die Staatsverwaltung auf dem Platze zwischen der Goldschlag- und Felberstraße, Holocher- und Hugelgasse im XIV. Bezirke ein Epidemiespital errichten will.

Nach den Erhebungen verhält sich die Sache folgendermaßen: Der Wiener k. k. Krankenanstaltenfond beabsichtigt, den von der Gemeinde Wien im Tauschwege erworbenen Grund zwischen der Goldschlag- und Felberstraße, Holocher- und Hugelgasse im XIV. Bezirke einzufrieden. Weiters ist projectiert, auf einem Theile dieses Grundes ein Administrationsgebäude für das Kaiserin Elisabeth-Spital und später einen Pavillon zur Unterbringung und Behandlung infectiös erkrankter Kinder im Interesse der Bewohner des XIV. und XV. Bezirkes zu errichten. Der freibleibende Theil des Grundcomplexes ist für eine Gartenanlage bestimmt; von der Herstellung eines Epidemiespitales ist keine Rede.

4. Weiters habe ich die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck zu beantworten, betreffend die Brunnengrabungen des Herrn Moriz v. Kuffner in Ottakring.

Die Erhebungen ergaben folgendes Resultat:

Herr Moriz Edler v. Kuffner hat auf seinen Realitäten im XVII. Bezirke in Dornbach folgende Brunnengrabungen vorgenommen:

1. Im oberen Theile der Realität Einl.-Z. 6, XVII., Dornbach, Promenadegasse 21, welche Brunnenherstellung bei der am 19. Juli 1892 vom magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk zur B.-A.-Z. 27229 abgehaltenen Bauverhandlung, betreffend die Errichtung einer Villa, zu dem Behufe erwähnt wurde, weil nach § 62 der Bauordnung für Wien in jedem neuen Wohngebäude für den Bedarf an gesundem Trinkwasser gesorgt werden muss.

Eine Einwendung wurde seitens der zur Bauverhandlung beigezogenen Anrainer nicht vorgebracht.

2. Auf der Realität Einl.-Z. 171 wird der bestehende Brunnen auf 3 m Durchmesser erweitert und von 17 m auf 25 m vertieft, wodurch jedoch nach den Beobachtungen des Stadtbauamtes der Wasserzufluss zu den Nachbar-Realitäten nicht alteriert wird.

Übrigens ist nach der Bauordnung für Wien für die Anlage eines Hausbrunnens oder für die Vertiefung eines solchen keine besondere Baubewilligung erforderlich, und ist das Graben oder Vertiefen von auf Privatgrundstücken befindlichen Hausbrunnen das Recht des betreffenden Grundeigenthümers, welcher nach der n.-ö. R.-B. vom 11. Juni 1839, Z. 1740, nur verpflichtet ist, Brunnenherstellungen und Reparaturen von dazu nach den Gewerbegesetzen berechtigten Personen ausführen zu lassen.

Aus diesem Grunde hätte eine im Sinne des Herrn Antragstellers zusammengesetzte Commission zum Studium dieser Brunnengrabung keine gesetzliche Competenz zum Eingreifen in diese Action des Grundeigenthümers.

5. Bezüglich der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Jedlička, betreffend die Auszahlung der Remunerationen an die provisorischen katholischen Religionslehrer, worin behauptet wird, dass bis heute diese Remunerationen nicht angewiesen worden sind, ergibt sich nach den gepflogenen Erhebungen Folgendes:

Der katholische Religionsunterricht an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen des Wiener Schulbezirkes wird, mit Ausnahme des in vielen unteren Volksschulclassen von weltlichen Lehrkräften subsidiarisch ertheilten katholischen Religionsunterrichtes, von geistlichen Lehrkräften ertheilt, und beziehen die mit jährlichen Gehaltsbezügen angestellten eigenen Religionslehrer (lit. a des Gesetzes vom 14. December 1888, L.-G.-Bl. Nr. 58) ihren Gehalt monatlich mittelst Consignation; die nach lit. b ebendieses Paragraphen bestellten Religionslehrer beziehen ihre Remuneration monatlich, und zwar mittelst Quittung oder Consignation, während die nach lit. c des § 1 des Gesetzes vom 14. December 1888 mit der Ertheilung des Religionsunterrichtes betrauten Seelsorger ihre Remuneration vom hochwürdigsten f.-e. Ordinariate beziehen, wohin über Ersuchen des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom Magistrate mit Note vom 18. Jänner 1893 die auf die ersten dreieinhalb Monate des laufenden Schuljahres entfallende Quote per 10.893 fl. 75 kr. aus dem Wiener Bezirksschulfonde übersendet wurde, während die auf die restlichen sechseinhalb Monate desselben Schuljahres entfallende Quote per 20.231 fl. 25 kr. am 15. Juli l. J. dorthin geleitet werden wird.

Nach § 5 des obcitierten Gesetzes werden die Lehrverpflichtung und Dienststellung der mit Remuneration bestellten eigenen Religionslehrer (§ 1 lit. b) von Fall zu Fall durch das Bestellungsdecret der Schulbehörden bestimmt, die Bestellung erfolgt aber im Wiener Schulbezirke zu Anfang des Schuljahres immer zunächst provisorisch im kurzen Wege von Seite des f.-e. Ordinariates, und werden hierauf nach Bekanntgabe des provisorisch Verfügten im Laufe des Schuljahres die Decrete an die einzelnen, nach lit. b bestellten Religionslehrer ausgefertigt.

Die Ausfertigung der Decrete konnte wegen anderer unaufschiebbarer Arbeiten noch nicht vorgenommen werden, wird aber demnächst erfolgen, hat jedoch auf die Entlohnung der nach lit. b bestellten Religionslehrer keinen weiteren Einfluss, da, wie schon eingangs erwähnt, die nach lit. b bestellten Religionslehrer ihre Remuneration mittelst Quittung oder Consignation beheben können, sohin kein Grund zu einer Beschwerde vorliegt.

Überdies ist erhoben worden, dass von den 54 nach § 1 lit. b des Gesetzes vom 14. December 1888, L.-G.-Bl. Nr. 58 bestellten provisorischen Religonslehrern 23 ihre Remunerationen ohne vorgängige Decretsausfertigung bisher mittelst von den Schulleitern vidierter Quittungen bereits behoben haben. Diese Behebungsart findet ihre Rechtfertigung durch die infolge der alljährlich wiederkehrenden Bestellung dieser Religionslehrer entstehende Schwierigkeit, die bezüglichen Decrete seitens des Bezirksschulrathes sofort auszufertigen.

Übrigens wurde die Ausfertigung derselben seitens des Bezirksschulrathes nunmehr in Angriff genommen. Die unterlassene Behebung der Remuneration seitens der übrigen provisorischen Religionslehrer dürfte auf die möglicherweise unterbliebene Information derselben durch die Schulleiter von dem erwähnten Usus der Behebung zurückzuführen sein. Nunmehr hat jedoch zufolge mündlicher Auskunft der Bezirksschulrath Anlass genommen, den Schulleitern die bisherige Behebungsart behufs Verständigung der unterstehenden Religionslehrer in Erinnerung zu bringen, so dass der sofortigen Behebung der Remunerationen kein Hindernis im Wege steht.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh verliest nachstehende Einläufe:

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Ahl:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In der Stadtraths-Sitzung vom 19. April 1893 wurde die Lieferung des Portlandcementes für das Baulos I des Sammelcanales am linken Donauufer der ungarischen Firma Adolf v. Schenk in Ledecz übertragen. Dieser Beschluss hat unter den Cement-Industriellen, wie aus einer an den Gemeinderath gerichteten Eingabe hervorgeht, insbesondere aus dem Grunde großes Befremden hervorgerufen, weil Ungarn bei seinem Verhalten unserer Production gegenüber industriell als Ausland anzusehen ist.

Der Sachverhalt bedarf deshalb einer Aufklärung, weil in der That der Gemeinderath in seiner Sitzung vom 27. Jänner 1892 in einem Beschlusse den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, dass in erster Reihe bei Vergebung der Arbeiten Wiener Gewerbsleute berücksichtigt und inländische Arbeiter und inländisches Material in Verwendung genommen werden.

Mit diesem Beschlusse steht nun die Entscheidung des Stadtrathes im Widerspruch, und wäre dieselbe angesichts dieses Beschlusses dadurch allein nicht gerechtfertigt, dass das Offert des Ledeczer Werkes billiger gewesen sei, insbesondere dann nicht, wenn die Behauptung einer Zeitung richtig ist, dass die Differenz nur circa 1100 fl. betragen habe.

In der von den Cement-Industriellen an den Gemeinderath gerichteten Eingabe wird aber weiter behauptet, dass die Lieferung des Romancementes nicht dem billigsten inländischen Offerenten übertragen worden sei.

Damit die angesichts solcher Behauptungen und Umstände nothwendige Aufklärung gegeben wird, erlaubt sich der Unterfertigte an den Herrn Bürgermeister nachfolgende Anfragen:

1. Warum wurde die Lieferung des Portlandcementes mit Übergehung des inländischen Materiales dem Ledeczer Werke übertragen?

2. Ist das Offert desselben in der That nur um circa 1100 fl. billiger?

3. Ist es richtig, dass bei Vergebung des Romancementes das billigste Offert übergangen wurde, und wenn es wahr ist, warum ist es geschehen?

Bürgermeister: Ich bitte, es sind noch andere darauf bezügliche Interpellationen eingebracht worden. Ich werde sie vorerst verlesen lassen und dann alle zusammen beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Nach den Zeitungsberichten wurde die Vergebung der Cementlieferung für das I. Baulos des Sammelcanales am linken Donauufer einer ausländischen (ungarischen) Firma, der Ledeczer Cementfabrik, übertragen.

Ich stelle an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob dies richtig ist, und wenn ja, aus welchem Grunde die Vergebung an diese Firma erfolgte?

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

In der Stadtraths-Sitzung vom 19. April 1893 wurde unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Dr. J. N. Prix der Beschluss gefasst, die Lieferung (Zahl 2152) des Portlandcementes für das Baulos I zur Herstellung des linksseitigen Sammelcanales im II. Bezirke Wiens an eine ungarische Firma zu übertragen.

Es sind dadurch nicht nur österreichische Geschäftsinteressen geschädigt, sondern auch der österreichische Patriotismus ins Mitleid gezogen. Ich erlaube mir nun, aus genannten Gründen folgende Interpellation zu stellen:

1. Welche Gründe bestimmten den Herrn Bürgermeister als Vorsitzenden im Stadtrathe, für die Vergebung des Portlandcementes an einen ungarischen Lieferanten zu stimmen?

2. Und warum hat der Herr Bürgermeister, als bei der Vergebung des Portlandcementes im Stadtrathe Stimmengleichheit constatiert wurde, zu Gunsten der ungarischen Firma dirimiert?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Das billigste Anbot für Portlandcement war das von Schlackencement; es ist aber deshalb nicht genehmigt worden, weil das Fabrikat etwas Neues ist und erst erprobt werden muss. Das nächstbillige Anbot wurde von einem Fabrikanten aus Oppeln in Preußen gemacht, wurde aber abgelehnt, weil dieser ein Ausländer ist. Das dritte, billigste .... (Rufe links: Ungarn!) Ja, ich bitte, Ungarn können wir nicht als Ausland betrachten. (Rufe links: Ja wohl!) Das ist eben Ihre Anschauung. Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.

Ich habe die Interpellation zu beantworten und bitte, mich gefälligst anzuhören (Fortwährende Unruhe links, Ruf: Kossuthpatriot!), ich bitte doch um Ruhe, unterbrechen Sie mich nicht, das gehört sich nicht; oder wünschen die Herren, dass ich die Interpellation nicht beantworte? (Rufe links: O ja!) Dann bitte ich, mich gefälligst anzuhören.

Für das II. und III. Baulos hat Leube bei Salzburg ein Anbot gemacht und die Lieferung auch bekommen, weil sein Offert das billigste war. Für das Baulos III war das billigste Anbot von der Fabrik in Ledec, und aus diesem Grunde hat der Stadtrath die Portlandcement-Lieferung den Fabrikanten in Ledec zugewiesen. Eine Dirimierung hat seitens des Vorsitzenden im Stadtrathe stattgefunden; es war dies sein Recht; ich war nicht Vorsitzender im Stadtrath. Die Angelegenheit ist hiemit erledigt. (Rufe links: Nein! Noch nicht!) Ich bitte, der Stadtrath hat innerhalb seiner Competenz gehandelt, und der Beschluss desselben ist vom Bürgermeister zu vollziehen. (Rufe links: Stadtrath auflösen!)

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch:**

Der freiwilligen Feuerwehr der ehemaligen Gemeinde Gaudenzdorf im XII. Bezirke ist laut Stadtrathsbeschluss von dem löblichen Magistrate unter Zahl 5584 vom 13. September 1892 der Bescheid zugekommen, welcher unter anderem in Punkt 2 folgend lautet:

„Der städtische Feuerwehr-Commandant wird beauftragt, zur Besorgung der Telegraphendienste und der Reinigung der Löschrequisiten der genannten Feuerwehr einen städtischen Feuerwehrmann zu delegieren, welcher diesen Dienst nach den Instructionen des städtischen Feuerwehr-Commandanten zu besorgen hat."

Demzufolge ist im Monate October 1892 ein städtischer Feuerwehrmann der Gaudenzdorfer Feuerwehr zugetheilt worden. Der Commandant der Gaudenzdorfer Feuerwehr hat derzeit, also vor sechs Monaten, auch angesucht, die auf der k. k. Sicherheitswachstube Schönbrunner Hauptstraße 41 befindlichen, der Gaudenzdorfer Feuerwehr eigenthumsrechtlichen zwei Telegraphen-Apparate in die Feuerwehrwachstube überstellen zu lassen, damit der zugetheilte Feuerwehrmann auch die ihm beorderten Telegraphendienste versehe. Dieses Ansuchen ist bis zur Stunde unerledigt geblieben, obgleich der Commandant der genannten Feuerwehr am 4. Jänner 1893 von dem löblichen Magistrate im Departement XIV einvernommen worden ist und derselbe vor acht Tagen bei dem magistratischen Bezirksamte im XII. Bezirke diesbezüglich urgiert hat. Auf seine Urgenz soll die telegraphische Rückantwort an das bezeichnete Bezirksamt von der Central-Feuerwehr dahin erfolgt sein, dass derartige Ansuchen jahrelang bis zu deren Erledigung dauern.

In Anbetracht, dass der vor einigen Tagen in Breitensee zur Nachtstunde ausgebrochene große Brand infolge der auf der k. k. Sicherheitswachstube Schönbrunner Hauptstraße 41 sich noch befindlichen zwei Telegraphen-Apparate nur von einem Sicherheitswachmann der Gaudenzdorfer Feuerwehr gemeldet werden konnte, hiedurch nur ein Zeitverlust eingetreten ist, der von großem Nachtheile der Brandbeschädigten hätte sein können, erlaube ich mir, an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

ob Hochderselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass in Angelegenheit der Übertragung der der Gaudenzdorfer Feuerwehr eigenthumsrechtlichen zwei Telegraphen-Apparate aus der k. k. Sicherheitswachstube Schönbrunner Hauptstraße 41 in die Gaudenzdorfer Feuerwehrwachstube Lainzerstraße eine Beschleunigung eintrete, damit die Schlagfertigkeit genannter Feuerwehr zum Schutze des Bevölkerungseigenthums stramm functioniert, ferner

ob der geehrte Herr Bürgermeister weiter veranlassen würde, dass die von der genannten Feuerwehr angesuchte Verbindung der Automaten in der Stiegergasse und Wiengasse mit der Feuerwehrwachstube in der Lainzerstraße gleichzeitig mit der Übertragung der Telegraphen-Apparate hergestellt werde, damit dem der genannten Feuerwehr zugetheilten Telegraphisten Gelegenheit gegeben werde, bei eintretendem Falle seine Dienste ganz und voll auszuüben, um damit auch die k. k. Sicherheitswache dieses Gefälligkeitsdienstes entlastet werde.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch:**

Meine am 1. Juli 1892 an den verehrten Herrn Bürgermeister gerichtete Interpellation betreffs der von den Hausbesitzern der früheren Gemeinde Gaudenzdorf im XII. Bezirke aus eigenem bestrittenen Räumungskosten der Hauscanäle, war der Herr Bürgermeister so freundlich, unter anderem auch dahin zu beantworten, dass für das Jahr 1893 behufs Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke neue Verträge in Aussicht genommen und durch die bezirklichen Baubeamten bereits das erforderliche Substrat, bestehend in der Aufnahme der Anzahl und Länge der Hauscanäle und Aborte, Senkgruben, Wasserläufe, sowie der Dimensionen der Hauptcanäle vorbereitet und zum festgesetzten Termine, d. i. bis 1. September 1892 richtig abgeliefert sein wird.

In Anbetracht, dass in der Räumung der Hauscanäle in dem bezeichneten Bezirkstheile bisher keine Änderung zum besseren eingetreten ist, im Gegentheile, die Räumung der Hauscanäle während der bereits abgelaufenen vier Monate des Jahres 1893 nur einmal, ja in Häusern noch gar nicht vorgenommen wurde, die Hausbesitzer sich im unklaren über die vom Herrn Bürgermeister in Aussicht gestellten neuen Verträge für das Jahr 1893 befinden, erlaube ich mir, an den verehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

ob die auf meine Interpellation am 5. Juli 1892 vom Herrn Bürgermeister in Aussicht gestellten neuen Verträge für das Jahr 1893 betreffs Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke, insbesondere in dem ehemaligen Gaudenzdorf, geschlossen sind? wenn ja,

ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, zur Behebung des angedeuteten Übelstandes, sowie zu einer gegenüber dem Contrahenten verhaltenden Richtschnur der Hausbesitzer, denselben den neuen Vertrag für das Jahr 1893 ehestens zugänglich zu machen.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Gräf:**

Im Monate November 1892 wurde einem Herrn L. Czynski aus Galizien eine neue Concession zum Ausschanke von Bier und polnischen Schnäpsen für den Standort, I., Wipplingerstraße 41, verliehen, obgleich ein Localbedarf in dieser Gegend absolut nicht vorhanden war.

Schon im Februar d. J. wurde das ohne Mittel und Fachkenntnisse betriebene Geschäft unter Sequester gestellt, und verkaufte Czynski am 24. März d. J. die ihm vor wenigen Monaten neu verliehene Concession um den horrenden Preis von 2500 fl., sage zweitausend fünfhundert Gulden (Rufe: Hört! hört!) an einen Herrn Jellinek aus Korneuburg.

Da der Verkauf von Gast- und Schankgewerbe-Concessionen laut Erlass der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 28. März 1886 unter Androhung der Gewerbeentziehung untersagt ist, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist dem Herrn Bürgermeister der angeführte Fall bekannt? Und wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister als Chef des Wiener Magistrates geneigt, eine Untersuchung anzuordnen und eventuell auf Grund der citierten Statthalterei-Entscheidung die Entziehung der Concession zu verfügen.

Bürgermeister: Wird dem Magistrate als Gewerbebehörde als Anzeige abgetreten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

In der Beantwortung der Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Geyer wegen der Fahrpreise der Tramway sagte der Herr Bürgermeister, dass ihm keine Ingerenz auf die Gesellschaft zustehe.

Ich stellte seinerzeit in der Sitzung des Gemeinderathes vom 16. September 1892 mit Beziehung auf die vielen Übelstände, welche bei dem Unternehmen sich bisher ergaben, den Antrag, es sei an die hohe Regierung das Ersuchen um Sequestrierung des Tramway-Unternehmens zu richten.

Über den diesfälligen Antrag ist bisher von Seite des Stadtrathes nichts verfügt worden.

Hingegen haben die Gemeindevertreter aus Zeitungsnotizen entnommen, dass in nächster Zeit die Commune sich wieder in Verhandlungen mit der Wiener Tramway-Gesellschaft wegen des Ausbaues der Linien, Überlassung der Straßen hiezu u. s. w. einlassen wird.

Das Ergebnis der letztjährigen Bilanz der Gesellschaft war infolge des erhöhten Fahrtarifes an Sonntagen, welcher für die unbemittelte Bevölkerung sehr drückend ist, im Vergleiche zu früheren Betriebsjahren ein außerordentlich günstiges.

Durch die Aufhebung der Linienmaut erspart die Gesellschaft nach mehrseitigen Angaben circa 80.000 fl. jährlich, während die Gesammtbevölkerung durch die Einbeziehung der Vororte, wie heute sogar die liberalen Blätter zugeben, einen beträchtlichen Schaden erlitten hat.

Die geplanten neuen Vorortelinien haben für die Bevölkerung nur dann einen Wert, wenn billige Fahrpreise bestehen, und wenn der Verkehr auf diesen Linien in einer Weise geregelt wird, dass er den Bedürfnissen einer Großstadt entspricht.

Nach allen Erfahrungen, welche die Gemeinde sowohl als auch die Bevölkerung bisher mit der Tramway-Gesellschaft gemacht hat, ist jedoch kaum anzunehmen, dass der Ausbau der Vorortelinien durch die Gesellschaft selbst ersprießlich sein wird, und erlaube mir die Anfrage:

1. Warum wurde mein Antrag wegen eventueller Erwirkung der Sequestration des Tramway-Unternehmens bisher nicht der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister, die bevorstehenden Verhandlungen mit der Gesellschaft dazu zu benützen, um, wenn möglich, einen größeren Einfluss der Gemeinde auf die Gebarung des Unternehmens, insbesondere auch auf die Festsetzung der Fahrpreise zu erlangen?

Bürgermeister: Hierauf habe ich die Ehre, Folgendes zu erwidern:

Es ist unrichtig, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Steiner nicht der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt worden ist. Bisher ist die Vorlage an den Stadtrath nicht erfolgt, aber der Antrag steht in der Behandlung.

Was den zweiten Antrag anbelangt, so ist mir derzeit von Verhandlungen mit der Tramway-Gesellschaft nichts bekannt, wohl aber ist mir bekannt, dass im Stadtrathe eine Tramway-Angelegenheit in der Berathung steht.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Frau Marie März hat auf der Parcelle 24/1 und 25/1, Grundb.-Einl. 611 an der Sieveringerstraße um Bewilligung zur Erbauung eines ebenerdigen Wohngebäudes mit einer Frontlänge von 10·60 m, an der Baulinie gemessen, nachgesucht.

Unter anderen Baubedingungen, die die Frau Bauwerberin anstandslos zu erfüllen bereit ist, wurde bei der Commission eine die Bauthätigkeit in den Vororten sehr hemmende, für den Bewerber unerfüllbare und gänzlich unbegründete Baubedingung gestellt.

Es handelt sich nämlich um die Erwerbung, beziehungsweise Abgabe des seit undenklichen Zeiten dem öffentlichen Verkehre dienenden halben Straßengrundes, und wird von Seite der löblichen Baucommission diese Maßregelung mit dem motiviert, dass diese Grundparcelle, weil durch den Bach von der Hauptstraße getrennt, als Parcellierung zu betrachten ist.

Die Bauwerberin ist aber nicht geneigt, diese Bedingung zu erfüllen, und wird unter Aufrechthaltung dieser Bedingung den Bau nicht zur Ausführung bringen.

Von dieser neuen Last sind aber sowohl die auf der entgegengesetzten Straßenseite als auch diejenigen Grundbesitzer an derselben Seite nicht betroffen, vor deren Besitz der Bach schon von der ehemaligen Gemeinde Unter-Sievering eingewölbt wurde.

Es befinden sich daher diejenigen Grundbesitzer über dem Bache, vor deren Besitz der Bach nicht überwölbt ist, in doppelter, ja dreifacher Hinsicht im Nachtheile, da dieselben vor ihrem Besitze die Wohlthat eines Bachschlusses nicht genießen und noch obendrein sich die Überbrückung zu ihrem Besitze aus eigenem herstellen müssen; dazu kommt jetzt noch die schwere, ungerechte Belastung der Straßeneinlösung.

Daraus geht hervor, dass an ein und derselben Straße liegende Baugründe unterschiedlichen Wert haben und im Falle eines Baues ganz ungleich betroffen werden.

Weiters sagt aber auch die Bauordnung im Sinne des § 11, dass durch Grundabtretungs-Angelegenheiten die Bauverhandlungen nicht aufgehalten werden dürfen, was in diesem Falle nicht Beachtung finden dürfte.

Nachdem eine solche Auslegung, die nach Ansicht des Gefertigten vollkommen unbegründet erscheint, das Bauen hiedurch sehr erschwert, ja sogar unmöglich macht, erlaubt sich der Gefertigte, an den Herrn Bürgermeister im Interesse der Hebung der Bauthätigkeit nachstehende Fragen zu richten:

1. Ist eine einzelne Baustelle von der Hauptstraße zwischen verbauten Parcellen, welche nur durch den offenen Bach von der Fahrstraße getrennt ist, als Parcellierung zu betrachten, wenn noch dazu diese einzelne Bauparcelle in ihrer ganzen Breite verbaut wird?

2. Ist nicht vielmehr der § 9 im Zusammenhange mit dem § 11 der Bauordnung in Anwendung zu bringen?

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diesen Fall sogleich einer Erhebung zu würdigen, um nicht die Baulust in den Vororten auf das tiefste hintanzuhalten, weil doch mehr oder weniger in den Vororten offene Bachgerinne nächst den Straßen bestehen und dieser Umstand daher öfter zu Tage treten kann?

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, ich habe die Ehre darauf zu erwidern, dass das eine Bauverhandlung ist, in deren Verlauf unmöglich eingegriffen werden kann. Ich werde aber diese Interpellation dem Magistrate, als Baubehörde, abtreten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Meine in der Gemeinderaths-Sitzung vom 11. April d. J., betreffend die Angelegenheit Wilhelmy, gestellten Anfragen beantwortete der Herr Bürgermeister dahin, dass die Acten dem Stadtrathe vorliegen.

Mittlerweile fand am 14. April d. J. eine Sitzung des Bezirksausschusses des XIX. Bezirkes statt, in welcher Herr Wilhelmy über Aufforderung des Herrn Bezirksausschusses Guttmann, sich entweder vollständig zu rechtfertigen oder den Sitzungssaal zu verlassen, meine in der obcitierten Interpellation angegebenen Thatsachen als erdichtet und entstellt bezeichnete und mein Vorgehen eine Frechheit nannte. Herr Bezirksausschuss Guttmann bemerkte dem Herrn Wilhelmy sofort, dass er dies eventuell auch werde verantworten müssen, und Herr Wilhelmy erklärte, diese Verantwortung zu übernehmen.

Im Szeps'schen Tagblatt war kürzlich eine Notiz enthalten, nach welcher die Angelegenheit im Stadtrath bereits erledigt und dem Herrn Bürgermeister abgetreten worden sei; ich selbst als Interpellant erhielt jedoch bisher keine wie immer geartete Nachricht über den Stand der Sache.

Nachdem Herr Wilhelmy es gewagt, mich in einer öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses zu beleidigen und meine Interpellation als Frechheit bezeichnete, so habe ich nunmehr selbstverständlich ein erhöhtes Interesse, die volle, rückhaltlose Wahrheit über diese Angelegenheit zu erfahren, und erlaube ich mir daher die Anfrage:

1. Ist es wahr, dass die Angelegenheit Wilhelmy im Stadtrathe bereits verhandelt wurde, und warum erhält eine Zeitung hierüber früher eine Nachricht und nicht der Gemeinderath?

2. Ist es wahr, dass Herr B. A. Wilhelmy sich sträfliche Uncorrectheiten bezüglich der Schneeabfuhr in Ober-Sievering zu Schulden kommen ließ oder mindestens an solchen Uncorrectheiten betheiligt war?

3. Ist es wahr, dass Herr B. A. Wilhelmy dem Herrn Bezirksvorsteher eine Rechnung präsentierte über 60 Stück Krampen, die er (Wilhelmy) für die Taglöhner der Commune in seiner Hausschmiede schärfen ließ, dass Herr Bezirksvorsteher Friedl die Bezahlung dieser Rechnung verweigerte und den städtischen Wegeinräumer fragte, ob es wahr sei, dass so viele Krampen geschärft wurden? Ist es wahr, dass der städtische Wegeinräumer dem Herrn Bezirksvorsteher erklärte, Herr B. A. Wilhelmy hätte ihm (dem Wegeinräumer) bei der Verrechnung gesagt, er (Wilhelmy) bekomme noch für das Reinigen einer Weinhüterhütte 2 fl., diese möge er ihm gleich einrechnen?

4. Ist es wahr, dass Herr B. A. Wilhelmy als Contrahent der Schotterlieferung für den XIX. Bezirk Schotter geliefert hat, welcher nicht qualitätsmäßig war und von den hiezu berufenen bauamtlichen Organen übernommen wurde?

5. Im Falle der Herr Bürgermeister die vorstehenden Fragen bejaht, gedenkt dann derselbe, Herrn B. A. Wilhelmy seines Mandates für verlustig zu erklären oder nicht?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Josef Bärtl:**

Der Gefertigte erlaubt sich, an das geehrte Präsidium folgende Anfrage zu stellen:

1. In welchem Stadium befindet sich die Engelbrunnen-Angelegenheit im IV. Bezirke Wieden, und

2. ist Aussicht vorhanden, dass noch im Laufe dieses Jahres mit der Aufstellung begonnen werden kann?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass, was gewiss auch dem Herrn Gem.-Rathe Bärtl bekannt ist, die Ausführung des Engelbrunnens Sache des Bezirksvorstehers, respective des Bezirksausschusses des IV. Bezirkes ist. Wir haben eine Ingerenz darauf gar nicht zu nehmen. Übrigens habe ich die Ehre, mitzutheilen, dass, soweit ich unterrichtet bin, die Angelegenheit vorwärts geht, und dass gebaut wird.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Schenzel** und Genossen:

Der im IX. Bezirke, Sechsschimmelgasse, sich befindliche Standplatz der Vorspannpferde für die Tramway ist schon längst ein Verkehrshindernis dieser Gegend. In früherer Zeit war er an dieser Stelle („Hotel Union") vielleicht am richtigen Platze, seit aber die so stark frequentierte Linie der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft Liechtensteinstraße—Währing—Döbling diese Straße durchfährt, seit der Linienwall ebenfalls an dieser Stelle durchbrochen und damit der Wagen- und Personenverkehr hier ein sehr reger geworden ist, kann das Fortbestehen dieses Standplatzes doch nur mehr eine Frage der Zeit sein.

Mit Rücksicht auf diese Umstände stellen die Gefertigten den ergebenen Antrag:

Der in der Sechsschimmelgasse beim „Hotel Union" sich befindliche Standplatz der Tramwaypferde wolle sobald wie nur möglich von diesem Platze in die Alserbachstraße (Detail-Markthalle) verlegt werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die Linzer Reichsstraße im XIII. Bezirke von Rudolfsheim durch die Poststraße in Penzing bis nach Hütteldorf ist bis auf eine Länge von circa 800 m gepflastert.

Auf dieser letzteren Strecke ist demnach die Staubentwicklung bei trockener Jahreszeit eine kolossale, und leiden darunter mangels einer genügenden Bespritzung nicht allein die an dieser Straße gelegenen Haus- und Realitätenbesitzer, sondern auch bei den vorherrschenden Westwinden die sämmtlichen, in dieser Richtung gelegenen westlichen Bezirkstheile, weshalb dringende Abhilfe geboten erscheint.

Aus diesen Gründen wird der Antrag gestellt:

Das löbliche Präsidium werde ersucht, in geeigneter Weise bei der Reichsstraßenverwaltung dahin zu wirken, damit mit thunlichster Beschleunigung die Pflasterung der Strecke von Penzing gegen Baumgarten und außer diesem Orte gegen Hütteldorf durchgeführt werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die Installationen für die elektrischen Beleuchtungsanlagen nehmen immer größere Dimensionen an und lassen es äußerst dringlich erscheinen, dass endlich von Seite der Behörden ein Regulativ für die Ausführung von elektrischen Anlagen erlassen werde.

Nachdem nun diesbezügliche Vorlagen für Sicherheits-Vorschriften für elektrische Anlagen mit Starkströmen zur Genehmigung bei der Statthalterei erliegen sollen, so wird beantragt:

Der Magistrat möge diese Angelegenheit bei den betreffenden Behörden urgieren und die Vorlage eines Regulativs für Ausführung von elektrischen Anlagen thunlichst beschleunigen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Koch** und Genossen:

Die Hausbesitzer des XI. Bezirkes, Ebersdorferstraße, werden verhalten, die Trottoire zu reinigen und zu bespritzen, es ist daher nur eine berechtigte Forderung, dass auch die Commune diese Straße bespritzt, da ein Bespritzen der Trottoirs dermalen ohne jeden Zweck vorgenommen wird.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Es sei wegen Bespritzung der Ebersdorferstraße das Nöthige baldigst zu veranlassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Weinhauserstraße im XVII. Bezirke ist eben heute infolge ihrer Lage und Verbauung sowie durch den regen Verkehr mit den angrenzenden Bezirken mit schweren und leichten Fuhrwerken sehr in Anspruch genommen und würde daher auch schon in das Netz der Bezirksstraßen einbezogen worden sein.

Es hätte sich infolge dieses Umstandes der früher bestandene Bezirksstraßen-Ausschuss von Hernals veranlasst gefunden, die Weinhauserstraße zu pflastern, was jedoch wegen der Einverleibung der Vororte nicht mehr zur Ausführung kommen konnte.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, dass die Weinhauserstraße im XVII. Bezirke, und zwar von der Hernalser Hauptstraße bis zur Währinger Kreutzgasse, im Jahre 1894 gepflastert werde; die Kosten hiefür sollen in das Budget für Neupflasterungen pro 1894 eingestellt werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

I. Trotz meiner Interpellation vom 11. April 1893 wurde bis jetzt in keiner Weise eine Abhilfe von Seite des Herrn Bezirksvorstehers Jakob Gerlach vom XVIII. Bezirke betreffs der Ablagerung von Schnee, Straßen- und Kehrichtunrath vom XVIII. Bezirk im XVII. Bezirk in der verlängerten Mitterberggasse, auf den Gründen der Wienerberger Ziegel- und Baugesellschaft veranlasst, wo sich heute noch der große sanitäre Übelstand dort in Gestalt eines emporragenden Schnee- und Eisberges mit Schmutz und Unrath befindet und von weitem schon sichtbar ist. Am Donaucanal sowie auch am Wienfluss wird bei Beginn jedes Frühjahres der abgelagerte Schnee sammt Unrath von Seite der Commune durch Aufhauen und Zerkleinerung beseitigt, so wäre es auch hier im XVII. Bezirke aus sanitären Rücksichten dringend nothwendig, diesen Übelstand, wie vorerwähnt, zu veranlassen, da sonst der zusammengefahrene Schnee- und Eisberg durch die Pferde zusammengetreten, den ganzen Sommer dort liegen bleiben würde und in heißeren Tagen eine Brutstätte für Ungeziefer und durch seine Ausdünstungen eine verheerende Epidemie entstehen könnte.

Die Antwort des Herrn Bürgermeisters auf meine Interpellation vom 18. April 1893 lautete, nachdem er sich einen Bericht aus dem XVIII. Bezirke einsenden ließ, dessen Erhebung ergab, dass die Übelstände sich nicht in diesem Zustande vorfinden, wie ich es geschildert habe; ich erlaube mir vorzuschlagen, der Herr Bürgermeister möge sich an Ort und Stelle begeben und selbst den Schandfleck der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in Augenschein nehmen, um sich damit sogleich ein Urtheil über die Berichte seiner Unterbeamten fällen zu können.

II. Ich habe am 13. August 1891 einen Antrag und am 6. April 1892 eine Anfrage gestellt wegen Eröffnung der Mitterberggasse und Antongasse im XVII. Bezirk, die auch theils im XVIII. Bezirke gelegen ist, leider aber bis jetzt noch nichts geschehen ist.

Vom XVII. Bezirke, und zwar von der Rötzergasse bis zur Weinhauser Hauptstraße im XVIII. Bezirke besteht keine andere Verbindung gegen Gersthof als die verlängerte Leopoldigasse und ein Feldweg im XVII. Bezirke, woselbst das Abladen von Schutt durch Fuhrleute täglich stattfindet und so belagert wird, dass ein Verkehr für schwere und leichte Fuhrwerke, sowie Passanten beinahe gänzlich unmöglich ist und bei anhaltendem Regenwetter unpassierbar ist, indem Pferde und Wagen versinken. Ich wurde von den Bewohnern des XVII. und XVIII. Bezirkes aufgefordert, nochmals dem Herrn Bürgermeister diese zwei großen Übelstände, Punkt I und II, in Erinnerung zu bringen und zu ersuchen, dass sofortige dringende Abhilfe veranlasst wird.

Ich stelle daher nochmals den Dringlichkeits-Antrag:

Der Herr Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien möge den Magistrat beauftragen, nächste Woche vom

1. bis 6. Mai 1893 eine Commission zur Localaugenscheinnahme an Ort und Stelle wegen sehr dringender Abhilfe großer sanitärer und polizeilicher Übelstände anzuordnen und so bald als möglich die bestehenden Verkehrshindernisse zu beseitigen, sowie auch anzuordnen, den Antragsteller der Commission beizuziehen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Gräf** und Genossen:

Als Mitglied der Assentcommission habe ich schon des öfteren die Wahrnehmung gemacht, dass bei einzelnen Stellungspflichtigen, welche mit Hautausschlägen behaftet sind, seitens des der Commission beigezogenen städtischen Arztes deren Abgabe in ein Spital verfügt wird.

Nun halten sich aber diese Kranken bis zu ihrer Vorstellung vor der Commission in einem gemeinsamen Warteraume mit den gesunden Söhnen unserer Mitbürger auf, und nachdem die dortselbst aufgestellten Sessel durch das übliche Nachrücken von Sitz zu Sitz von jedem Stellungspflichtigen benützt werden, ist die Gefahr einer Ansteckung nicht ausgeschlossen.

Es stellen daher die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe: Der Magistrat werde aufgefordert, einen städtischen Arzt in das Assentlocale mit dem Auftrage zu entsenden, die Stellungspflichtigen nach ihrem Entkleiden zu untersuchen und die Unterbringung eventueller Hautkranker in einen isolierten Warteraum zu veranlassen, da die Kosten dieser sanitären Maßregel in keinem Verhältnisse zu dem Schaden stehen, welchen die Söhne unserer Mitbürger an ihrer Gesundheit leiden könnten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Gfrorner** und Genossen:

In Anbetracht der Vorkommnisse bei Vergebung der Cementlieferungen, wo an einen ausländischen Cement-Fabrikanten die Lieferung des Cementes zum Sammelcanal trotz zweifelhafter Qualität des Productes übertragen wurde, stelle ich den Antrag:

dass es dem Stadtrathe zur Pflicht gemacht werde, dass alle erforderlichen Materialien, insoferne sie nicht absolut aus dem Auslande bezogen werden müssen, nur von heimischen Industriellen und Gewerbetreibenden beizustellen sind, indem es Pflicht und Aufgabe des Gemeinderathes ist, die heimische Industrie in jeder Weise zu unterstützen und für seine steuerzahlenden Mitbürger nach Kräften einzutreten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

24. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger:**

Am 25. d. M. ½3 Uhr früh kam in Breitensee, Hauptgasse, ein Feuer aus, welches in kurzer Zeit so rasch um sich griff, dass das Haus bis in den Grund niederbrannte.

Dass das Feuer eine so große Verheerung anrichtete, war der große Wassermangel schuld.

In früheren Jahren hat die Gemeinde Penzing mit dem Contrahenten der Straßenbespritzung die Vereinbarung getroffen, dass auch derselbe bei einer etwaigen Feuersbrunst mit seinen ganzen Aufspritzwägen in Action zu treten habe, was jedoch jetzt nicht der Fall ist.

In Anbetracht des großen Wassermangels im XIII. Bezirke, besonders in Breitensee, stelle ich den Antrag:

1. dass der betreffende Contrahent der Straßenbespritzung verhalten wird, bei Feuersbrünsten sofort über Aufforderung der betreffenden Organe Wasser zuzuführen;

2. dass derselbe verhalten wird, bei Nachtzeit seine Wasserwägen gefüllt in den betreffenden Ortstheilen an irgend einem leicht zugänglichen Platze stehen zu lassen, damit bei einem ausbrechenden Brande dieselben schnell zur Hand sind;

3. sollen die Auslaufbrunnen in Breitensee mit dem Wasserauslauf besser dotiert werden und das Stadtbauamt beauftragt werden, Erhebungen zu pflegen, ob sich nicht in der Reinlgasse und Hütteldorferstraße Hydranten zur Wasserbeschaffung anbringen, respective aufstellen ließen.

Nur auf diese Art kann ein ausgebrochener Brand schnell localisiert werden, und ist für die Bewohner eine große Gefahr beseitigt.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Gem.-Rath Dr. Ahl (zur Geschäftsordnung): Der Herr Bürgermeister hatte die Freundlichkeit, meine Interpellation in ihrem ersten Theile sofort zu beantworten; bezüglich der zweiten und dritten Frage aber ist eine Antwort nicht erfolgt.

Ich erlaube mir daher die Anfrage, ob die Beantwortung vielleicht in der nächsten Sitzung erfolgen wird?

Bürgermeister: Wie lauten denn diese Fragen?

Gem.-Rath Dr. Ahl: Ob die Differenz nur 1100 fl. beträgt, und ob es thatsächlich richtig ist, dass bei der Romancement-Lieferung das billigste Anbot nicht berücksichtigt wurde?

Bürgermeister: Bezüglich der Romancement-Lieferung werde ich die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten, das angenommene Offert ist aber in der That um circa 600 fl. billiger als das andere. (Rufe links: Scandal! Das sind die Patrioten! Gem.-Rath Steiner: Herr Dr. Nechansky, was ist denn mit den Deutschnationalen?)

Wir schreiten zur Tagesordnung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Falls vielleicht der Herr Referent Gem.-Rath Wurm dieses Referat, welches wir hier erst heute auf den Pulten vorfanden, erstatten sollte, wobei wir nicht in die Lage gekommen sind, bis jetzt das umfangreiche Referat zu studieren, so würde ich beantragen, das Referat bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, damit auch die Gemeinderäthe in die Lage kommen, dieses Referat eingehend studieren zu können. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Prix: Ich muss bitten, meine Herren! Die Angelegenheit ist von außerordentlicher Dringlichkeit. (Widerspruch links.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, das ist denn doch nicht die richtige Manier. Man muss doch nicht alles, was Sie wünschen, geradezu anerkennen. (Erneuerter Widerspruch links.) Ich bitte um Ruhe und bitte, mich reden zu lassen. Die Sache ist von außerordentlicher Dringlichkeit. Mittwoch wird bereits die Stations-Commission abgehalten. Die Angelegenheit betrifft die Vorortelinie. Die Verhältnisse, die hier mitgetheilt werden, sind den Herren sicherlich bekannt. Wenn das Referat erstattet sein wird, so werden Sie sich vollkommen klar über den ganzen Fall sein. Wir würden ein großes Verschulden begehen, wenn wir zur Stations-Commission unsere Vertreter senden und diese erklären müssten, sie können keine Erklärung abgeben. Ich bitte also, diese öffentlichen Arbeiten in gar keiner Weise zu verzögern. (Gelächter links.) Aus diesem Grunde setze ich die Angelegenheit nicht von der Tagesordnung ab und werde bitten, den Herrn Referenten anzuhören. Es wird Ihre Sache sein, nach Erstattung des Referates eventuell einen Antrag zu stellen. (Rufe: Abstimmen!) Ich bitte, ich setze den Gegenstand nicht von der Tagesordnung ab, sondern der Herr Referent wird referieren. (Widerspruch links.) Ich bitte, das ist mein Recht. Wenn die Herren nach Erstattung des Referates der Meinung sind, dass die Angelegenheit zu vertagen sei, so bitte ich, diesen Antrag dann zu stellen. Sie werden ja aus dem Vortrage des Referates ersehen, ob Sie in der Lage sind, zu entscheiden oder nicht; dieser Vorgang wird wohl der richtige sein.

25. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2592, Beilage Nr. 67. Es betrifft dies den Statthalterei-Erlass vom 13. April puncto Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich einiger Theilstrecken der Gürtellinie und der Vorortelinie.

Die Stations-Commission und die politische Begehung ist angeordnet auf den 3., 4. und 6. Mai und die darauffolgenden Tage. Die Theilstrecken der Gürtellinie und der Vorortelinie, welche hiebei in Rede stehen, sind erstens die Strecke vom Bahnhof „Michelbeuern" angefangen bis zum Central-Bahnhof in Heiligenstadt, ferner die Verbindungslinie von dem Bahnhof in Heiligenstadt über den Donaucanal hinüber zur Donaustadtlinie und zur Donauuferbahn, endlich die Theilstrecke der Vorortelinie vom Bahnhof „Gersthof" angefangen bis zur Einmündung in den Bahnhof in Heiligenstadt.

Die Herren werden sich zu erinnern wissen, welche Bedingungen seitens des Gemeinderathes bezüglich der Gürtellinie gestellt wurden. Die erste Bedingung war, dass wir gefordert haben, die Bahntrace müsse in den geraden Strecken in der Mitte und in den gekrümmten Theilen mindestens im Spiegel der Gürtelstraße geführt werden. Ein zweiter Punkt war die Forderung, dass in allen Strecken, wo die Bahn eine Hochbahn ist, dieselbe entweder auf gemauertem Viaduct oder auf Eisenconstruction geführt werde.

Der dritte Punkt war die Forderung, dass in der Bahnhofanlage in Heiligenstadt, wo gegenwärtig drei Durchlässe bestehen, mindestens zwei Durchlässe aufrechterhalten werden, und der vierte Punkt war, dass eine Verbindungscurve zwischen der Gürtellinie und der Donaucanallinie hergestellt werde, damit der Übergang der Züge von der Donaucanallinie auf die Gürtellinie in bequemerer Weise erfolgen könne. Gegenwärtig ist die Anordnung so getroffen, dass man vom Donaucanal bis zum Bahnhof in Heiligenstadt fahren muss und dann von diesem heraus auf die Gürtellinie, was gewiss eine Belästigung des Verkehres ist.

In den vorgelegten Plänen sind nun diese Forderungen theilweise berücksichtigt, theilweise aber nicht. In der Strecke vom Bahnhofe „Michelbeuern" an auf der Gürtelstraße, Währinger und Döblinger Gürtel ist die Trace, so wie es verlangt wurde, in der Mitte geführt. Nicht so ist es aber in jenem Theile zwischen der Nussdorferlinie und der Antoniengasse. Dort ist die Gürtelstraße nur mit 20° beantragt nach den Plänen, welche seinerzeit das Bauamt ausgearbeitet hat und welche auch schon angenommen waren. Diese verhältnißmäßig enge Straße von 20° bringt jedenfalls Unzukömmlichkeiten mit sich. Die Verkehrs-Commission hat sich veranlasst gesehen, die Bahn in diesem Theile der Gürtelstraße nicht in die Mitte zu verlegen, sondern so zu situieren, dass einerseits eine 10° breite, andererseits nur eine 5° breite Straße bleibt. Eine so schmale Straße genügt aber dem Verkehr und auch den Anforderungen des Bahnbetriebes nicht. Bekanntlich ist ja eine gewisse Distanz zwischen dem Bahnkörper und den zunächst befindlichen Bauten schon aus Feuersicherheitsrücksichten nothwendig. Darüber bestehen auch allgemeine Bestimmungen, die in diesem Falle nicht eingehalten werden können, außer es würde das Bauverbot auf diesen Theil gelegt, so dass nicht bis zu der bereits genehmigten Baulinie in dieser Strecke gebaut werden dürfte. Das wäre gewiss eine arge Unzukömmlichkeit, der wir unbedingt nicht zustimmen können, und daher stellt der Stadtrath die Forderung auf, dass in jener Strecke, wo die Gürtelstraße nur mit 20° beantragt ist, die Bahn in der Mitte geführt werde, und zwar so, dass außen und innen eine 10° breite Straße geschaffen werde. 10° ist das Maß der äußeren Gürtelstraße überhaupt, und ist es daher ganz entsprechend, wenn auch diese Straßentheile die Breite von 10° erhalten.

Weiters ist dem Wunsche, den die Gemeinde ausgesprochen hat, bezüglich einer besseren Verbindung zwischen der Donaucanal- und der Gürtellinie durch eine der Stadt näher gelegene Curve nicht entsprochen worden, und daher wird beantragt, dass der Gemeinderath neuerdings diesen Wunsch ausspreche und verlange, dass eine solche Verbindung hergestellt werde, welche gewiss im öffentlichen Interesse ist. Weiters komme ich auf die Forderung bezüglich des Bahnhofes in Heiligenstadt. Dort bestehen nämlich drei Durchlässe, welche dem Verkehrsbedürfnisse durchaus nicht genügen. Sie haben nämlich nur eine Breite von $3\frac{1}{2}$ bis 4 m, was für den Verkehr gar nichts bedeutet.

Es wird nun vorgeschlagen, anstatt dieser drei ganz unzureichenden Durchlässe inmitten der Bahnhofanlage eine ordentliche Straße durchzuführen mit einem 12 m breiten Durchlasse. Dieser genügt dem Verkehrsbedürfnisse viel mehr als diese kleinen Durchlässe, welche nicht einmal die Durchfahrt gestatten, weil sie zu niedrig sind; um aber diesen Durchlass zu bekommen, ist es nothwendig, auch eine Zufahrtsstraße von der Nussdorferstraße zu demselben zu schaffen. Diese Zufahrtsstraße geht nun über die sogenannten Hagen'schen Gründe. Die Herren werden sich erinnern, dass ich vor längerer Zeit über den Verkauf solcher Gründe zur Anlage des Bahnhofes referierte, und wenn wir diesen restierenden Theil der Hagen'schen Gründe noch weiter zerschneiden, so werden wir seinerzeit in Verlegenheit kommen, wenn es sich um den Bau der Gasanstalt handelt.

Was wir bis jetzt verkauft haben, ist nicht so bedeutend, dass die Errichtung der Gasanstalt dadurch bedroht würde, und auch die Durchführung der Straße darf dadurch nicht gehindert werden, denn die Zufahrt zu und durch den Bahnhof auf die andere Seite ist jedenfalls so wichtig, dass man diese Straße dort irgendwo durchbrechen muss. Es ist aber zweckmäßig, dass wir uns vorbehalten, die Lage dieser Straße vorläufig nur provisorisch zu bestimmen, so dass wir später in der Lage sind, eine Correctur vorzunehmen und in der Verwertung der Hagenwiese durch einen feststehenden, unverrückbaren Straßenzug nicht gehindert werden.

Das betrifft die Gürtellinie. Betreffs der Vorortelinie, welche mit einem Statthalterei-Erlasse vom 14. April d. J. definitiv genehmigt wurde, und zwar nach der Variante, welche ich die Ehre hatte, Ihnen unlängst vorzuschlagen, nämlich rückwärts der Sternwarte und nicht mitten durch den Cottageverein, war die hervorragendste Forderung, welche die Gemeinde gestellt hat, die Verlegung der Trace zwischen der Pötzleinsdorferstraße und der Neustiftgasse. — Zwischen der Pötzleinsdorferstraße und der Neustiftgasse ist nämlich die Bahntrace so nahe der Neustiftgasse geführt gewesen, dass eine beiderseitige Verbauung der Neustiftgasse nicht möglich war. Die Gemeinde hat kürzlich in der Neustiftgasse einen Canal gebaut, und haben die Grundeigenthümer verlangt, dass sie durch die Parcellirung Bauplätze rechts und links der Straße bekommen, dann seien sie geneigt, die Straße umsonst abzutreten. Die Herren wissen, dass in dem Falle, wenn man beiderseits Bauplätze bekommt, man verpflichtet ist, die Straße umsonst abzutreten. Die Bahn war so traciert, dass die Neustiftgasse nur an einer Seite verbaut werden kann. Die erwähnte Forderung haben wir ausgesprochen

gelegentlich der Tracenrevision, und dieser Forderung ist auch nachgekommen worden, und die Herren sehen aus diesem Plane, dass die Bahn so weit weggerückt ist, dass die Neustiftgasse anstandslos verbaut werden kann; allerdings hat das zur Folge, dass der Bahnbau dadurch etwas theuerer kommt. Es ist ein ansteigendes Terrain, es wird der Tunnel länger und der Einschnitt tiefer, aber was auf der anderen Seite gewonnen wird, ist so bedeutend, dass sich eben die Verkehrs-Commission bewogen gefunden hat, das zuzugestehen. Es ist noch eine Kleinigkeit, welche wir zu fordern haben, nämlich längs der Neustiftgasse sind Vorgärten beantragt, und daher ist es ganz zweckmäßig, dass die Überwölbung der Strecke etwas verbreitert wird, damit diese Vorgärten ungehindert durchgeführt werden können. Sonst sind seitens des Bauamtes eine ganze Reihe von Bedingungen gestellt worden, welche rein technischer Natur sind. Es sind verschiedene Verlegungen nothwendig, Bachgerinnen von Wasserleitungs- und Gasröhren, es müssen gewisse Straßenübergänge geschaffen werden, und es ist verlangt worden, dass Alles gemacht werde, was unbedingt nothwendig ist für den Straßenverkehr und für den gesicherten Bestand aller dieser Leitungen. Es ist bei der Grinzinger- und Döblingerstraße und bei anderen Gassen nothwendig, dass das Terrain über den Bahnkörper etwas gehoben wird, jedoch sind die Auffahrten zu diesen erhöhten Punkten etwas zu steil genommen. Bezüglich des Anschlusses der Linie von der Donaustadt herüber zum Bahnhof habe ich nur zu erwähnen, dass diese Linie schon einmal vorgelegen ist, als die Donaucanallinie in Verhandlung stand. Die Gemeinde hat aber damals keinen Beschluss gefasst, weil es doch ganz logisch war, erst dann darüber zu beschließen, wenn wir überhaupt diese ganze Bahnanlage, diesen ganzen Knotenpunkt hier haben; dieser Plan ist gegenüber dem zuletzt vorgelegenen verbessert. Es ist nunmehr auf beiden Seiten des Donaucanales eine Uferstraße möglich. Früher war nur stadtseitig eine Uferstraße projectiert, jetzt ist eine zweite Überbrückung, so dass auch am linken Ufer eine Uferstraße geführt werden kann. Selbstverständlich ist es nothwendig, dass die Handelsquaistraße im Niveau geschnitten wird, um zu der Uferbahn zu kommen. Diese Schneidung findet am äußersten Ende des Handelsquai statt, wo sie ganz ungefährlich ist, und ist es selbstverständlich im Interesse des Publicums gelegen, dass es möglich ist, Umschlagplätze zu machen, mit einem Worte, dass man direct von der Uferbahn aus den Zügen auf die übrigen Linien der Stadtbahn gelangen kann. Die Anträge, welche infolge dieser Erwägungen der Stadtrath gestellt hat, und welche ich anzunehmen bitte, sind folgende (liest):

I. Antrag.

Die Vertreter der Gemeinde Wien seien bei den bevorstehenden Commissionen zu ermächtigen, folgende Erklärung abzugeben:

„Die Gemeinde Wien spricht sich unter nachfolgenden Bedingungen für die Genehmigung der vorliegenden Detailprojecte

a) für die Theilstrecken der Gürtellininie der Stadtbahn von Kilometer 5·798 bis Kilometer 8·160 und von Kilometer 8·160 bis Kilometer 10·911, und

b) für die Theilstrecken der Vorortelinie der Stadtbahn von Kilometer 5·445 bis Kilometer 8·769 und von Kilometer 8·769 bis Kilometer 9·349 aus:

1. In der Strecke der Gürtelstraße zwischen der Döblinger Hauptstraße und der Antoniengasse ist beiderseits des Bahnkörpers eine mindestens 18·96 m breite Straße auf Kosten der Bahnunternehmung zu schaffen.

2. Die auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 23., 24., 25. und 27. Mai 1892, Z. 2915, bei der Tracenrevisions-Verhandlung am 30. Mai 1892 gestellte Forderung, dass die Verbindung der Donaucanallinie mit der Gürtellinie durch eine näher der Stadt liegende Geleiseanlage, sowie ein Anschluss an diese Localbahn nach Döbling hergestellt wird, wird erneuert, und ist schon jetzt die Abzweigung der bezüglichen Verbindungscurve festzustellen und diese Ausmittlung der Gemeinde Wien bekanntzugeben; auch ist bei der Bauausführung auf diese Verbindung Rücksicht zu nehmen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

3. Die Übersetzung der Handelsquaistraße im II. Bezirke im Niveau der Straße wird gegen dem gestattet, dass die Bahnnivellette in das für die Handelsquaistraße bestimmte Niveau gelegt, die Straßenkreuzungsstelle in einer Länge der Straße von 12 m kunstgerecht mit regulären Granitwürfelsteinen ausgepflastert, dieses Pflaster von der Bahnunternehmung auf ihre Kosten stets in gutem Stande erhalten und an dieser Übersetzungsstelle ein Bahnoberbau gewählt und ausgeführt wird, welcher die volle Gewähr für einen sicheren und ungehinderten Verkehr der Wägen über denselben bietet.

4. Die projectierte Anlage einer 12 m breiten Verbindungs- und Zufahrtsstraße zum Bahnhofe „Heiligenstadt" auf den städtischen sogenannten Hagengründen wird bis zu dem Zeitpunkte der Feststellung der Baulichkeiten für die dort zu errichtende Gasanstalt, eventuell bis zum Zeitpunkte der Parcellierung dieser städtischen Gründe nur als Provisorium gestattet, und wird sich daher die Bahnunternehmung wegen pachtweiser Überlassung der benöthigten städtischen Grundflächen mit der Gemeinde Wien ins Einvernehmen zu setzen haben. Während der Dauer dieses Pachtverhältnisses hat die Bahnunternehmung auch die Kosten der Erhaltung dieser Straßen zu tragen.

5. Bei der Herstellung der Fundierung des Unterbaues der Stadtbahn in Kilometer 5·2 Czermakgasse, in Kilometer 6·1 Währinger Hauptstraße, in Kilometer 6·25 Sechsschimmelgasse und in Kilometer 6·6 Pulverthurmgasse ist auf den sicheren Bestand der dortselbst befindlichen, 80 bis 260 mm weiten Rohrstränge der Hochquellenleitung Rücksicht zu nehmen, eventuell sind Umlegungen auf Kosten der Bahnunternehmung ohne Störung des Betriebes auszuführen.

Die Umlegung der 370 mm weiten Triebröhren und des Rohrcanales der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung ist in Kilometer 7·8 nächst der Rosinagasse in der projectierten Weise unzulässig, da die Wasserleitungsobjecte unter den Bahnkörper zu liegen kommen würden und die angetragene, stark gekrümmte Rohrleitung bei eintretenden Schäden nicht oder nur schwer repariert werden könnte.

Die Umlegung des Rohrcanales und die der beiden 370 mm weiten Rohrstränge muss bereits bei der Döblinger Hauptstraße beginnen, und müssen diese Leitungen durch den nächst der ebengenannten Straße projectierten Bahndurchlass in schwachen Krümmungen bis zum Anschlusse an den alten Bestand in der Nähe der Nussdorferstraße in einer Länge von mindestens 130 m geführt werden.

Die Gemeinde Wien behält sich vor, die Durchführung der Umlegungsarbeiten in der ebenerwähnten Weise sowie im all-

gemeinen die durch die Bahnanlagen nothwendig werdenden Umlegungen von Wasserleitungsobjecten selbst, beziehungsweise durch ihre Organe bewirken zu lassen, hiebei die Art und Trace der Umlegung ohne Schädigung der Bahn selbst zu bestimmen und auch eventuell die Herstellung von gemauerten Rohrcanälen durchzuführen. Die diesbezüglichen Kosten sind von der Bahnunternehmung zu tragen.

6. Bei der Kreuzung des Krottenbaches durch das projectierte Bahnobject nächst dem Donaucanale ist die von der Donauregulierungs-Commission am 13. März l. J. beschlossene Hebung des Stauwasserspiegels im Donaucanale entsprechend zu berücksichtigen, wobei sich die Gemeinde vorbehält, die Canaltrace außerhalb des Bahnobjectes durch den Bahndamm zu führen. Das Detail der Ausführung wird zwischen Gemeinde und Bahnunternehmung nachträglich vereinbart. Sollte ferner der Bahnbau noch vor der Einwölbung des Krottenbaches zur Durchführung gelangen, so ist an der Stelle der Überführung der Gürtellinie über die Franz Josefs-Bahn (Kilometer 8·4/8·5) für eine vorläufige entsprechende Correctur des Bachlaufes Sorge zu tragen.

7. Nachdem der in der Gunoldstraße bestehende Unrathscanal nach der Erbauung des rechts des Donaucanales situierten Haupt-Sammelcanales aufgelassen wird, die Bahnunternehmung aber diesen Canal zur Ableitung der Niederschlagsgewässer noch weiter benützen will, so ist betreffs der Erhaltung dieses Canales ein Übereinkommen mit der Gemeinde Wien zu treffen.

8. Bei der Kreuzung der Neustiftgasse durch die Bahn ist behufs Aufrechthaltung der Continuität der dort projectierten Vorgärten seinerzeit, wenn die Gemeinde Wien es fordern wird, die Einwölbung der Bahn entsprechend zu verlängern.

9. Mit Rücksicht darauf, als die Döblingergasse durch die Bahn verlegt wird und keine Fortsetzung finden kann, ist mindestens der dieser Gasse zunächst gelegene, nämlich der in Kilometer 8·6/8·7 projectierte, nur 3 m weite Durchlass senkrecht auf die Bahnachse in einer Breite von mindestens 11·17 m (= 6°) auszuführen.

10. An der Kreuzungsstelle der Döblinger Hauptstraße sind die projectierten Stützmauern längs der Häuser Or.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse in einem Abstande von 2 m von der Hausflucht der bezeichneten Gebäude entfernt aufzuführen, und ist dementsprechend die Breite des den erwähnten Häusern gegenüberliegenden Trottoirs und die Breite der Fahrbahn der Gemeindegasse zu reducieren.

11. An den Kreuzungen der Bahn mit der Grinzingerstraße, Kilometer 7·441, mit der Silbergasse, Kilometer 7·856, mit der Gärtner- und Feldgasse, mit der neu projectierten Straße in Kilometer 8·0 und mit der Döblinger Hauptstraße in Kilometer 8·322 sind die Übergänge des neuen Straßenniveaus auf das alte, derzeit bestehende Niveau nicht in der projectierten steilen Weise, sondern möglichst flach, mit geringerer Steigung, als dies projectiert erscheint, zur Ausführung zu bringen.

12. In der Neustiftgasse und in der Grinzingerstraße wird der 80 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung gekreuzt, infolge dessen eine Umlegung dieser Rohrstränge erfolgen muss. In dieser Beziehung sind die im Punkte 5 für die Gürtellinie aufgestellten allgemeinen Bestimmungen maßgebend.

13. Die Detailzeichnungen über die Ausgestaltung der Objecte (Gebäude, Viaducte, Überbrückungen, Mauern ꝛc.), dann über die Vorrichtungen betreffs einer möglichst geräuschlosen Fahrt sind noch vor der Inangriffnahme des Baues der Gemeinde Wien vorzulegen, und behält sich dieselbe ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen, insbesondere auch in Ansehung der Wahl der Constructionsweise der Durchlässe, ob dieselben überwölbt oder durch eine Eisenconstruction abgedeckt werden sollen, vor.

Was schließlich die Bezeichnung der Haltestellen und Stationen betrifft, so spricht sich die Gemeinde Wien für die Bezeichnung wie folgt aus:

Haltestelle „Währingerstraße",
„ „Nussdorferstraße",
„ „Leibenfrostgasse",
„ „Unter-Döbling" (statt „Döbling"),
„ „Ober-Döbling" (statt „Grinzingerstraße"),
Station „Heiligenstadt".

Die Benennung der Station „Neu-Gersthof" (oder „Gersthof") kommt dermalen noch nicht in Frage.

II. Antrag.

Weiters ist der Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 14. April 1893, Z. 16699, M.-Z. 61713, betreffend die Genehmigung des generellen Variantenprojectes für die Theilstrecke „Hernals—Heiligenstadt" der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn einschließlich der zwischen Kilometer 3·6 und Kilometer 9·4 beantragten Variante zur Kenntnis zu nehmen.

III. Antrag.

Endlich ist bei der Anlage auf das rücksichtlich des Kuffner'schen Brunnens bestehende Wasserbezugsrecht der Gemeinde Wien Rücksicht zu nehmen.

Die Herren entnehmen daraus, dass jene Forderungen, welche der Gemeinderath seinerzeit gestellt hat, theilweise erfüllt sind, und insoferne sie nicht erfüllt sind, neuerdings gestellt werden. Bei dem Umstande, als die Forderungen der Gemeinde Wien durchaus begründet sind, bitte ich nochmals um Annahme der Anträge, deren Dringlichkeit wohl klar ist.

Gem.-Rath Gregorig: Die Ausführungen des geehrten Herrn Referenten waren ziemlich instructiv, ich bin sehr aufmerksam seinen Ausführungen gefolgt, aber ich muss gestehen, ich bin nicht imstande, über dieses Project gewissenhaft ein Urtheil abzugeben. Erstens bin ich kein Fachmann, zweitens muss ich mich überzeugen können, ob die Sache richtig ist, ich muss also einen Fachmann darüber befragen. Der Herr Referent wird mir verzeihen, ich habe kein Misstrauen gegen ihn, aber ich habe vom Referententische so traurige Erfahrungen gemacht, dass ich mit dem allein, was der Herr Referent sagt, mich nicht zufrieden geben kann. Ich muss mich daher dem Vertagungs-Antrage des Herrn Dr. Klotzberg anschließen und stelle direct diesen Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist ein Antrag auf Vertagung der Angelegenheit gestellt. Dazu hat der Herr Referent das Wort.

Referent: Ich will vor allem darauf hinweisen, dass diese Tracen gelegentlich der Tracenrevision bereits vorgelegen sind. Damals hat die Gemeinde gewisse Forderungen gestellt, heute liegt das Detailproject vor. Inwieferne diese Forderungen in diesem bereits erfüllt sind, habe ich, wie ich glaube, auf vollkommen klare Weise erläutert. Was gefordert wurde, ist größtentheils erfüllt, was von unseren Forderungen nicht erfüllt ist, wird neuerdings gefordert. Eine Hauptforderung war die, dass die Bahn in der Mitte der

Gürtelstraße geführt werde, und diese Forderung ist bis auf eine kleine Strecke erfüllt, wo wir es nun auch fordern, und wo die Straße entsprechend verbreitert werden muss. Die Curve, welche heute noch nicht da ist, die Verbindungscurve von der Donaucanallinie zur Gürtellinie, fordern wir heute neuerdings. In Bezug auf die Durchlässe ist unsere Forderung, wenn auch nicht dem Wortlaute, doch der Sache nach, jedenfalls viel günstiger gelöst worden, als wir es hofften. Denn eine breite Durchfahrtsstraße ist jedenfalls bequemer und besser als Durchlässe, welche eigentlich zu nichts taugen. Der Gegenstand des heutigen Referates war schon wiederholt den Erwägungen des Gemeinderathes anheimgestellt; es ist ja nichts Fremdes, was heute vorliegt, und nach alledem wäre es, glaube ich, sehr leicht, heute einen Beschluss zu fassen, nachdem die Beschlussfassung höchst dringend ist. Die ungeheuere Verantwortung, welche die Gemeinde auf sich laden würde, wenn die Inangriffnahme der Arbeiten verzögert würde, ist doch ins Auge fallend. Ich selbst musste mit größter Anstrengung in wenigen Stunden das Referat durcharbeiten; ich habe aber eine Nacht hiezu verwendet, denn ich fühle mich in einem solchen Augenblick verpflichtet, mit allen Kräften dafür einzutreten, dass keine Verzögerung eintritt. Ich bin mir über die Fragen vollkommen klar, und ich glaube, nach meinen Darstellungen könnten es die Herren auch sein. Ich möchte also nochmals bitten, die Sache nicht zu verzögern, sondern sofort einen Beschluss zu fassen.

Gem.-Rath Gregorig (zur Abstimmung): Ich will unter solchen Umständen nicht die Verantwortung für die Vertagung tragen und ziehe meinen Antrag zurück. (Bravo!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte wird also fortgesetzt.

Gem.-Rath Jedlička: Ich kann nur meinem Bedauern Ausdruck geben, dass wir über so hochwichtige Fragen im letzten Momente erst hier informiert werden. In den Anträgen heißt es, von Kilometer so viel bis Kilometer so viel, und da sollen wir darüber urtheilen. Viele große und wichtige Anträge sind auf diese Art hier erledigt worden, und gegen eine solche Praxis der Behandlung muss ich mich verwahren. Wir stimmen ab, ohne zu wissen worüber. Der Herr Referent weiß es, das ist richtig, wir aber sind nicht in der Lage, alles aufzufassen, was der Herr Referent vorträgt.

Die Ausführungen des Referenten waren hier nicht vernehmbar. Die ersten Sätze des Referenten versteht man; doch wenn er ermüdet, hört man nichts mehr. Zwei Tage liegen die Pläne vor, und da sollen wir uns orientieren, um Beschlüsse von solcher Tragweite zu fassen. Zum mindesten drei Tage früher sollten uns die Vorlagen zugesendet werden. Ich will die Ausführung der Arbeiten nicht hindern, aber gegen den Vorgang, wie er stattfindet, muss ich mich verwahren. Wir sind, wenn wir hieher kommen, rein die Narren, denn wir wissen nicht, was behandelt wird. Der Referent thut seine Pflicht, wir sollen aber ja oder nein sagen und wissen nicht worüber. Dagegen verwahre ich mich und ersuche, in Zukunft uns solche wichtige Referate drei Tage früher zukommen zu lassen.

Referent: Ich muss nochmals wiederholen, dass es Momente gibt, wo mit der allergrößten Anstrengung die Arbeit bewältigt werden muss. So wie wir im Stadtrathe gearbeitet haben, müssen die Herren auch hier arbeiten. Die Pläne sind acht Tage öffentlich aufgelegen, und die Herren haben Zeit gehabt, sich eine Meinung zu bilden. Die Herren wussten es ja, dass das zur Berathung kommt. In allen Zeitungen ist es gestanden, auch im Amtsblatte, und das werden die Herren doch lesen. Also, meine Herren, wenn Sie sich informieren wollten, so konnten Sie sich informieren. Ich habe das Referat einen Tag, bevor ich referiert habe, bekommen. Ich habe müssen die Nacht verwenden, um mir da klar zu werden. Die Herren hätten sich vielleicht ein Urtheil gebildet, wenn Sie die Pläne gesehen hätten. Wenn Sie sie nicht gesehen haben, so ist das nicht meine Schuld. Wir müssen mit aller Raschheit arbeiten, um nicht auf uns die Verantwortung zu wälzen, dass wir die Inangriffnahme der Verkehrsanlagen verzögern. Es ist traurig, dass wir so gehetzt arbeiten müssen. Der Magistrat hat auch das möglichste gethan, auch ihn trifft keine Verantwortung für die Hast, in der wir arbeiten müssen. Es mussten die Pläne durch acht Tage aufgelegt bleiben und konnten nicht weggenommen werden. Es ist allerdings bedauerlich, dass diese dringende Angelegenheit nicht anders zu lösen ist, als in dieser Hast.

Gem.-Rath Steiner: Ich glaube, die Schuld, dass die Verhandlung so rasch durchgeführt wird, ist weder dem geehrten Präsidium, noch dem Stadtrathe, noch dem Magistrate zuzuschreiben. Denn mir ist bekannt, als diese Angelegenheit zum erstenmale im Plenum des Gemeinderathes zur Verhandlung kam, ist sie Freitag vor der Dienstag-Sitzung dem Magistrate zugekommen. Samstag fand die Sitzung des Magistrats-Gremiums statt, da die Sache rasch erledigt werden musste. Am darauffolgenden Dienstag vormittags war sie im Stadtrath und Dienstag sofort im Gemeinderath. Die Schuld ist entweder an der Statthalterei oder an der Verkehrs-Commission oder an dem Handelsministerium selbst, das weiß ich nicht, aber wir haben gewiss keine Schuld. Aber wie vorgegangen wird, darüber gestatten Sie mir eine Bemerkung. Als das erstemal über die Erbauung der Vorortelinie referiert wurde, war sie im Krottenbache eingebettet. Über Protest des Herrn Landesausschusses Lustkandl als Vertreter der Landes-Taubstummenanstalt und des Präsidenten des Rudolfiner-Vereines Hofrathes Billroth wurde die Linie verlegt. Wie sie heute führt, verunstaltet sie den ganzen Bezirkstheil Unter-Döbling. Die Bahn soll in tiefem Einschnitte vom Fuße der Hohen Warte durch ganz Unter-Döbling laufen. Sie werden zugeben, dass dort eine besonders günstige Lage zur Erbauung von Villen ist; wenn aber die Bahn dort im Einschnitte führt, so muss eine Grundentwertung und eine Entwertung der schon bestehenden Objecte eintreten. Aber da wird niemand gefragt.

Der Herr College Gregorig zieht seinen Vertagungs-Antrag zurück. Ich hätte diese Angst nicht mehr. Warum? Weil ohnehin nichts mehr, was die Erbauung der Verkehrsanlagen, den wirtschaftlichen Aufschwung Wiens und das alles anbelangt, in der Bevölkerung Glauben findet. Es wird immer versprochen und nichts gehalten. Gehen Sie einmal auf den Währinger Gürtel, dort stehen zehn oder zwanzig Arbeiter mit einem Taglohn von 95 kr. oder 1 fl. So geht das nicht. Wenn dann die Verkehrsanlagen gebaut werden, wird die Bevölkerung nichts mehr davon haben. Wie wird das bei der politischen Begehung sein? Man weiß nicht, in welcher Weise man die Leute schützen soll. Zu mir sind zu wiederholtenmalen Grundbesitzer gekommen und haben mich gefragt, wie sie ihre Interessen wahren sollen, wenn man hinter ihren Grundstücken durchfährt. Ich weiß nicht, welche Antwort ich geben soll und wohin ich mich zu wenden habe, hier in den Vorlagen steht nichts. Wenn wenigstens die Gemeinderäthe der betreffenden Bezirke zu den Commissionen geladen würden, um die Interessen derselben zu vertreten! Aber so sind die Leute schutzlos

dem ausgeliefert, was die Verkehrs-Commission beschließt. Ob Sie so oder so beschließen, die Erbitterung, die in den Vororten schon früher geherrscht hat, steigt von Tag zu Tag. Es wird immer schlechter werden. Ich stelle keinen Vertagungs-Antrag, ich füge mich auch so wie jeder andere. Aber ich glaube, es ist nothwendig, wenn ich mir den Antrag zu stellen erlaube, dass ein Gemeinderath des betreffenden Bezirkes zur politischen Begehungs-Commission beigezogen werde.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich habe vor Beginn des Referates den Antrag auf Vertagung desselben gestellt. Über diesen Antrag muss abgestimmt werden, bevor in die Debatte eingegangen wird. Nachdem ich aber weder gefragt wurde, ob ich meinen Antrag zurückziehe, noch über denselben abgestimmt wurde, muss ich gegen diesen Vorgang Protest erheben; erkläre aber unter einem, nachdem mein technischer Beirath Herr Gem.-Rath v. Stummer versichert, dass man diese Punkte annehmen könne, dass ich meinen Vertagungs-Antrag zurückziehe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe dem Herrn Redner zu bemerken, dass ein Vertagungs-Antrag gar nicht gestellt wurde, sondern dass er, bevor der Referent überhaupt aufgerufen wurde, den Wunsch ausgesprochen hat, es möge von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das ist ein großer Unterschied. Der Herr Bürgermeister hat diesem Wunsche nicht entsprochen und hat den Herrn Referenten aufgerufen. Es wäre nun Sache des Herrn Redners gewesen, seinen Antrag nochmals zu stellen, so wie dies auch von anderer Seite beantragt wurde.

Gem.-Rath v. Stummer: Sehr geehrte Herren! Wenn ich auch sagen muss, dass ich principiell kein Freund davon bin, dass so wichtige Vorlagen dem Hause so rasch unterbreitet werden, weil es doch erwünscht ist, dass auch Nichtfachleute sich möglichst genau informieren können, so muss ich Sie doch in diesem speciellen Falle bitten, die Vertagung zu genehmigen. Ich für meine Person kann Sie versichern, dass diese Vorlage ganz gut ist, und dass Sie ihr mit größter Beruhigung zustimmen können.

Was die Bemerkung eines der Herren Vorredner betrifft, dass die Bahn in Döbling wieder als Tiefbahn geht, so muss ich sagen, wir kommen da wieder auf einen Punkt, der schon oft ventiliert wurde. Es wäre sehr angenehm, wenn man überhaupt die Bahn nicht sehe. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist richtig!) Aber man kann das nicht so machen, man kann sie dort nicht so tief führen, und schließlich aufhängen kann man sie auch nicht. Die Anlage in Döbling ist nicht anders möglich als so, dass die Bahn zwischen Futtermauern in einem Einschnitte geführt wird. Es geschieht ohnehin, was möglich ist, und ich kann Sie versichern, dass hier nicht gespart wurde. Die Sache ist außerordentlich kostspielig. Es ist auf die verschiedensten Wünsche der Gemeinde Rücksicht genommen worden, und wir haben heute vom Herrn Referenten gehört, dass uns eigentlich nur ein Wunsch mehr erübrigt, nämlich eine Verbindungscurve zwischen der Gürtellinie und der Donaucanallinie. Ich kann Sie versichern, dass dieser Punkt speciell in der Verkehrs-Commission außerordentlich detailliert und genau auf Grund der Pläne berathen wurde, und ich kann Sie auch versichern, dass diese Curve ganz günstig ausgeführt werden kann. Die ganze Anlage der Bahn — einerseits die Gürtellinie und andererseits die Donaucanallinie, welche dem Gemeinderathe noch vorgelegt werden wird — ist so, dass diese Curve ohne Anstand sehr günstig ausgeführt werden kann. Zu welchem Zeitpunkte, ist eine reine Geldfrage, über welche ich jetzt nicht reden will. Wir können daher diesen Wunsch ganz ruhig wiederholen, nachdem er ganz gut berücksichtigt werden kann.

Ich möchte Sie also bitten, das Referat anzunehmen, weil man sonst für den 1. oder 2. Mai eine neuerliche Sitzung einberufen müsste, da Mittwoch bereits die Begehungs-Commission stattfindet. Ich versichere Sie nochmals, Sie können mit größter Beruhigung Ihre Zustimmung geben.

Gem.-Rath Bärtl: Nach den Ausführungen meiner Herren Vorsprecher, welche Techniker sind, kann ich, da ich Nichtfachmann bin, unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes thun, als zustimmen. Jedoch möchte ich das Präsidium bei dieser Gelegenheit ersuchen, solche Referate, wo 14 bis 15 Punkte zu berathen sind, rechtzeitig vorzulegen und zu sorgen, dass man diese Publicationen und Anträge rechtzeitig in die Hand bekommt und noch einige Tage Zeit zum Studium hat.

Ich erlaube mir, an den Herrn Referenten, welcher sagt, dass er in jeder Beziehung au fait ist, eine Anfrage betreffend den letzten Punkt. Ich kann nicht recht klug werden daraus, wieso dieser Kuffner'sche Brunnen mit dieser Verkehrsanlage in Verbindung steht, und nachdem der Herr Referent einmal betont hat, er ist vollkommen au fait, so bitte ich um die kleine Aufklärung, was das für ein Verhältnis des Brunnens mit dieser Verkehrsanlage ist.

Referent: Wie Kuffner diesen Brunnen gemacht hat, hat er einen Rohrstrang legen müssen, um das Wasser weiter zu leiten, und man hat diese Anlage nur gegen dem gestattet, dass die Gemeinde berechtigt ist, ein gewisses Quantum aus diesem Brunnen zu beziehen, nämlich 1000 Eimer per Tag.

Diese Anlage hat man also nur gestattet gegen dem, dass das Wasser für öffentliche Zwecke zum Bespritzen der Straßen u. s. w. mitbenützt werden kann. Nun führt die Bahntrace über den Brunnen, und es wäre doch wünschenswert, dass man entweder durch geänderte Pfeilerstellung oder eine ganz geringe Abänderung, wenn es überhaupt möglich ist, das vermeidet. Es ist dort gerade eine Curve, es ist also vielleicht wirklich schwer, dem Brunnen auszuweichen, dann werden wir wahrscheinlich mit Entschädigungsansprüchen auftreten; es ist aber doch opportun, dass, wenn man so etwas entdeckt, man eine Einwendung ausspricht.

Das war nicht in den ursprünglichen Anträgen enthalten und ist erst später eingefügt worden.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bin befriedigt.

Gem.-Rath Gregorig: Das geehrte Mitglied der Verkehrs-Commission hat sich wohl in sehr ausgebreiteter Weise über dieses Project ausgesprochen; ich glaube aber, der Gemeinderath hat bei der ganzen Sache nichts erreicht als das, dass das geehrte Mitglied Baurath geworden ist. Ich will nicht boshaft sein und den Herrn Baurath an die Aufschrift erinnern, welche am Gschnasabend zu lesen war; ich will darüber schweigen, es wäre wirklich zu schön — weil er sich zu sehr in Lob ergangen hat über die Ausführung der Bahn.

Gegenüber dem Herr Referenten muss ich erwähnen, dass ich einer von denjenigen bin, die das Amtsblatt wirklich nicht gelesen haben und deshalb von der Auflegung der Pläne keine Kenntnis haben; denn ich lese das Amtsblatt nur dann, wenn ich sehr gut gelaunt bin, um meine Laune zu dämpfen; denn ich werde sonst übermüthig, wenn ich das Amtsblatt nicht lese. Ich komme zu dem Projecte selbst und möchte mir erlauben, einen kleinen Antrag zu stellen.

Ich bin kein Fachmann, ich kann über das Große nicht sprechen, sondern nur über die Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung ein Urtheil abgeben. Der Herr Referent hat mitgetheilt, dass durch den Bahnhof „Heiligenstadt" drei Durchlässe projectiert sind, und der Antrag des Gemeinderathes gehe dahin, dass man eine breite Straße durchführen möge. Ich bin der Meinung, dass die eine Straße für den großen Weg zu wenig sei, und ich stelle daher den Zusatz-Antrag, dass außer dem größeren Durchlass zwei Durchgänge für Fußgeher unter dem Bahnhofe „Heiligenstadt" verlangt werden mögen.

Referent (zum Schlusswort): Ich will nur vor allem constatieren, dass der Herr College Steiner in höchst loyaler Weise bemerkt hat, dass weder das Präsidium, noch den Stadtrath, noch den Magistrat ein Vorwurf treffen könne, dass diese Vorlage zu so später Stunde dem Gemeinderathe vorgelegt wurde. Wir alle haben uns in einer gräßlichen Hetze befunden — ich habe keine bessere Bezeichnung dafür — und ich mußte bitten, dass der Gemeinderath sich dieser mühevollen Arbeit unterziehe und mit aller Intensität in die vorliegende Frage eindringe.

Was den Antrag des Herrn Collegen Gregorig bezüglich der Schaffung eines weiteren Durchganges durch diesen Bahnhof (Rufe links: Zwei Durchgänge!) betrifft, so muss ich bemerken dass der projectierte eine Durchlass schon enorm viel Geld kostet. Die Bahnhofanlage ist nicht nur ziemlich lang, sondern auch sehr breit. Ich bitte, nun zu erwägen, was das kostet, eine so riesige Anlage zu unterfahren und unter dieser Anlage eine Durchfahrt herzustellen. Es ist an einer Seite des Bahnhofes nichts als die Donau, es ist kein Vorland, kein Zwischenland zwischen dem Bahnhof und der Donau, und für diese ganz kleine schmale Landzunge ist wohl diese eine Zufahrt hinreichend. Die Durchlässe in der Franz Josefs-Bahn sind derzeit auch nicht viel näher aneinander. Wir könnten es nicht verantworten, noch weitere Auslagen zu provocieren, nachdem wir selbst auch mit beitragen. Es ist also nicht zweckmäßig, da weiter zu gehen. Bis jetzt sind diese paar Durchlässe entweder die Fortsetzung eines Feldweges oder die Fortsetzung eines Weges, der ganz gekrümmt ist, während diese Anlage, wie sie jetzt geplant ist, in der Nähe des Schulweges ist, nämlich gegenüber der Nussdorferstraße, so dass da wenigstens eine Verbindung auch auf der anderen Seite möglich ist.

Die ganze Situation hier ist eine wirklich glückliche, es ist nämlich beantragt, den Durchlass absolut in der Mitte zwischen bereits bestehenden Straßen anzulegen.

Damit die Herren vollkommen beruhigt sein können, will ich noch Folgendes erwähnen. Was die Gemeinde gefordert hat, ist mit aller Energie vertreten worden. Ich bitte sich nur zu erinnern, wie die Gürtelbahn früher ausgesehen hat. Es waren zwei Futtermauern, in der Mitte ein Erdkörper; es war wie ein Festungswall in der Mitte einer Straße. Jetzt ist durch die ganze Gürtelstraße ein gemauerter Viaduct oder es sind Eisenbahnstationen, also eine Reihe luftiger und eleganter Bauführungen, und Hofrath Fischer hat eine Reihe von Bildern anfertigen lassen, um sich selbst die Überzeugung zu verschaffen, in welcher Weise die Bahn dort wirken wird.

Es sind also wirklich die weitesten Rücksichten sowohl in ästhetischer Beziehung als auch auf die Verkehrsbedürfnisse genommen worden. Dieselben sind gewiss vollständig erfüllt, wenn die Bahn nicht auf einem Damme, sondern so, wie sie jetzt projectiert ist, geführt wird. Da ist die Communication von einer Seite auf die andere auf jedem Punkte der Straße gegeben. Dort, wo ein Übelstand ist und eine Verengerung der Straße nicht bewilligt werden kann, ist von uns gefordert, dass zu beiden Seiten der Bahn eine 10° breite Straße hergestellt werde. Das wird gemacht, denn das ist jedenfalls ein Bedürfnis.

Ich will zum Schlusse noch etwas bemerken, was wiederum die ungeheure Hast beweist, mit welcher das ganze abgefasst wurde.

Es hat Collega Müller im Stadtrathe den Antrag gestellt, dass gegenüber der Säulengasse ein Durchlass gemacht werde. Das ist bedauerlicherweise in der Vorlage ausgelassen. Ich bitte die Herren, auch diesem Antrage zuzustimmen und bitte nochmals, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Schlechter (zur Abstimmung): Meine Herren! Es ist im Stadtrathe auch beschlossen worden, zwischen der Sechsschimmelgasse und der Gemeindegasse, wo keine Durchfahrt geplant ist, auch eine solche zu verlangen. (Referent: Das habe ich ja gesagt.) Ich möchte bitten, dass das auch beschlossen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu den Anträgen des Herrn Referenten ist von Seite des Herrn Gem.-Rathes Steiner beantragt worden: „Der Gemeinderath des betreffenden Bezirkes, in welchem die politische Begehungs-Commission stattfindet, ist der Commission beizuziehen." Ich kann diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen. Das Verfahren bei diesen Verhandlungen ist gesetzlich geregelt; wenn nun der Gemeinderath einen solchen Beschluss fassen und einen Gemeinderath delegieren würde, bei der Commission zu erscheinen, so könnte dieser in eine höchst unangenehme und dem Ansehen des Gemeinderathes abträgliche Lage kommen, wenn er nämlich nicht zugelassen wird. Ich glaube, dass es nicht angeht, den Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Weiters ist vom Herrn Gem.-Rath Gregorig beantragt worden — ich glaube es gehört das zu Punkt 4 (Gem.-Rath Gregorig: Nein, es ist das ein separater Punkt!), also ein Zusatz-Antrag zum Referenten-Antrage —, dass für Fußgänger außer der großen Zufahrt noch zwei Durchlässe eröffnet werden.

Ich setze voraus, dass die Versammlung einverstanden ist, dass die Anträge des Referenten unter einem zur Abstimmung gelangen. (Keine Einwendung.)

Ich bitte jene Herren, welche mit den Anträgen des Herrn Referenten und jenem Antrage, den er mündlich formuliert hat, wegen des Durchlasses nächst der Säulengasse einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der Zusatz-Antrag wegen der Eröffnung zweier Passagen für Fußgänger nächst der großen Durchfahrt.

Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

(Rufe: Abgelehnt.)

Es sind Zweifel bezüglich der Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage Gregorig zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte zu zählen. (Nach erfolgter Auszählung:) 37 Stimmen waren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 39 dagegen. Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss: I. Die Vertreter der Gemeinde Wien seien bei den bevorstehenden Commissionen zu ermächtigen, folgende Erklärung abzugeben:

„Die Gemeinde Wien spricht sich unter nachfolgenden Bedingungen für die Genehmigung der vorliegenden Detailprojecte

a) für die Theilstrecken der Gürtellinie der Stadtbahn von Kilometer 5·798 bis Kilometer 8·160 und von Kilometer 8·160 bis Kilometer 10·911, und

b) für die Theilstrecken der Vorortelinie der Stadtbahn von Kilometer 5·445 bis Kilometer 8·769 und von Kilometer 8·769 bis Kilometer 9·349 aus:

1. In der Strecke der Gürtelstraße zwischen der Döblinger Hauptstraße und der Antoniengasse ist beiderseits des Bahnkörpers eine mindestens 18·96 m breite Straße auf Kosten der Bahnunternehmung zu schaffen.

2. Die auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 23., 24., 25. und 27. Mai 1892, Z. 2915, bei der Tracenrevisions-Verhandlung am 30. Mai 1892 gestellte Forderung, dass die Verbindung der Donaucanallinie mit der Gürtellinie durch eine näher der Stadt liegende Geleiseanlage, sowie ein Anschluss an diese Localbahn nach Döbling hergestellt wird, wird erneuert, und ist schon jetzt die Abzweigung der bezüglichen Verbindungscurve festzustellen und diese Ausmittlung der Gemeinde Wien bekanntzugeben; auch ist bei der Bauausführung auf diese Verbindung Rücksicht zu nehmen.

3. Die Übersetzung der Handelsquaistraße im II. Bezirke im Niveau der Straße wird gegen dem gestattet, dass die Bahnnivellette in das für die Handelsquaistraße bestimmte Niveau gelegt, die Straßenkreuzungsstelle in einer Länge der Straße von 12 m kunstgerecht mit regulären Granitwürfelsteinen ausgepflastert, dieses Pflaster von der Bahnunternehmung auf ihre Kosten stets in gutem Stande erhalten und an dieser Übersetzungsstelle ein Bahnoberbau gewählt und ausgeführt wird, welcher die volle Gewähr für einen sicheren und ungehinderten Verkehr der Wägen über denselben bietet.

4. Die projectierte Anlage einer 12 m breiten Verbindungs- und Zufahrtsstraße zum Bahnhofe „Heiligenstadt" auf den städtischen sogenannten Hagengründen wird bis zu dem Zeitpunkte der Feststellung der Baulichkeiten für die dort zu errichtende Gasanstalt, eventuell bis zum Zeitpunkte der Parcellierung dieser städtischen Gründe nur als Provisorium gestattet, und wird sich daher die Bahnunternehmung wegen pachtweiser Überlassung der benöthigten städtischen Grundflächen mit der Gemeinde Wien ins Einvernehmen zu setzen haben. Während der Dauer dieses Pachtverhältnisses hat die Bahnunternehmung auch die Kosten der Erhaltung dieser Straßen zu tragen.

5. Bei der Herstellung der Fundierung des Unterbaues der Stadtbahn in Kilometer 5·2 Czermakgasse, in Kilometer 6·1 Währinger Hauptstraße, in Kilometer 6·25 Sechsschimmelgasse und in Kilometer 6·6 Pulverthurmgasse ist auf den sicheren Bestand der dortselbst befindlichen, 80 bis 260 mm weiten Rohrstränge der Hochquellenleitung Rücksicht zu nehmen, eventuell sind Umlegungen auf Kosten der Bahnunternehmung ohne Störung des Betriebes auszuführen.

Die Umlegung der 370 mm weiten Triebröhren und des Rohrcanales der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung ist in Kilometer 7·8 nächst der Rosinagasse in der projectierten Weise unzulässig, da die Wasserleitungsobjecte unter den Bahnkörper zu liegen kommen würden und die angetragene, stark gekrümmte Rohrleitung bei eintretenden Schäden nicht oder nur schwer repariert werden könnte.

Die Umlegung des Rohrcanales und die der beiden 370 mm weiten Rohrstränge muss bereits bei der Döblinger Hauptstraße beginnen, und müssen diese Leitungen durch den nächst der ebengenannten Straße projectierten Bahndurchlass in schwachen Krümmungen bis zum Anschlusse an den alten Bestand in der Nähe der Nussdorferstraße in einer Länge von mindestens 130 m geführt werden.

Die Gemeinde Wien behält sich vor, die Durchführung der Umlegungsarbeiten in der ebenerwähnten Weise sowie im allgemeinen die durch die Bahnanlagen nothwendig werdenden Umlegungen von Wasserleitungsobjecten selbst, beziehungsweise durch ihre Organe bewirken zu lassen, hiebei die Art und Trace der Umlegung ohne Schädigung der Bahn selbst zu bestimmen und auch eventuell die Herstellung von gemauerten Rohrcanälen durchzuführen. Die diesbezüglichen Kosten sind von der Bahnunternehmung zu tragen.

6. Bei der Kreuzung des Krottenbaches durch das projectierte Bahnobject nächst dem Donaucanale ist die von der Donauregulierungs-Commission am 13. März l. J. beschlossene Hebung des Stauwasserspiegels im Donaucanale entsprechend zu berücksichtigen, wobei sich die Gemeinde vorbehält, die Canaltrace außerhalb des Bahnobjectes durch den Bahndamm zu führen. Das Detail der Ausführung wird zwischen Gemeinde und Bahnunternehmung nachträglich vereinbart. Sollte ferner der Bahnbau noch vor der Einwölbung des Krottenbaches zur Durchführung gelangen, so ist an der Stelle der Überführung der Gürtellinie über die Franz Josefs-Bahn (Kilometer 8·4/8·5) für eine vorläufige entsprechende Correctur des Bachlaufes Sorge zu tragen.

7. Nachdem der in der Gunoldstraße bestehende Unrathscanal nach der Erbauung des rechts des Donaucanales situierten Haupt-Sammelcanales aufgelassen wird, die Bahnunternehmung aber diesen Canal zur Ableitung der Niederschlagsgewässer noch weiter benützen will, so ist betreffs der Erhaltung dieses Canales ein Übereinkommen mit der Gemeinde Wien zu treffen.

8. Bei der Kreuzung der Neustiftgasse durch die Bahn ist behufs Aufrechthaltung der Continuität der dort projectierten Vorgärten seinerzeit, wenn die Gemeinde Wien es fordern wird, die Einwölbung der Bahn entsprechend zu verlängern.

9. Mit Rücksicht darauf, als die Döblingergasse durch die Bahn verlegt wird und keine Fortsetzung finden kann, ist mindestens der dieser Gasse zunächst gelegene, nämlich der in Kilometer 8·6/8·7 projectierte, nur 3 m weite Durchlass senkrecht auf die Bahnachse in einer Breite von mindestens 11·17 m (= 6°) auszuführen.

10. An der Kreuzungsstelle der Döblinger Hauptstraße sind die projectierten Stützmauern längs der

Häuser Or.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse in einem Abstande von 2 m von der Hausflucht der bezeichneten Gebäude entfernt aufzuführen, und ist dem entsprechend die Breite des den erwähnten Häusern gegenüberliegenden Trottoirs und die Breite der Fahrbahn der Gemeindegasse zu reducieren.

11. An den Kreuzungen der Bahn mit der Grinzingerstraße, Kilometer 7·441, mit der Silbergasse, Kilometer 7·856, mit der Gärtner- und Feldgasse, mit der neu projectierten Straße in Kilometer 8·0 und mit der Döblinger Hauptstraße in Kilometer 8·322 sind die Übergänge des neuen Straßenniveaus auf das alte, derzeit bestehende Niveau nicht in der projectierten steilen Weise, sondern möglichst flach, mit geringerer Steigung, als dies projectiert erscheint, zur Ausführung zu bringen.

12. In der Neustiftgasse und in der Grinzingerstraße wird der 80 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung gekreuzt, infolge dessen eine Umlegung dieser Rohrstränge erfolgen muss. In dieser Beziehung sind die im Punkte 5 für die Gürtellinie aufgestellten allgemeinen Bestimmungen maßgebend.

13. Die Detailzeichnungen über die Ausgestaltung der Objecte (Gebäude, Viaducte, Überbrückungen, Mauern ꝛc.), dann über die Vorrichtungen, betreffs einer möglichst geräuschlosen Fahrt sind noch vor der Inangriffnahme des Baues der Gemeinde Wien vorzulegen, und behält sich dieselbe ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen, insbesondere auch in Ansehung der Wahl der Constructionsweise der Durchlässe, ob dieselben überwölbt oder durch eine Eisenconstruction abgedeckt werden sollen, vor.

Was schließlich die Bezeichnung der Haltestellen und Stationen betrifft, so spricht sich die Gemeinde Wien für die Bezeichnung wie folgt aus:

Haltestelle „Währingerstraße",
„ „Nussdorferstraße",
„ „Leibenfrostgasse",
„ „Unter-Döbling" (statt „Döbling"),
„ „Ober-Döbling" (statt „Grinzingerstraße"),
Station „Heiligenstadt".

Die Benennung der Station „Neu-Gersthof" (oder „Gersthof") kommt dermalen noch nicht in Frage.

II. Weiters ist der Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 14. April 1893, Z. 16699, M.-Z. 61713, betreffend die Genehmigung des generellen Variantenprojectes für die Theilstrecke „Hernals—Heiligenstadt" der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn einschließlich der zwischen Kilometer 3·6 und Kilometer 9·4 beantragten Variante, zur Kenntnis zu nehmen.

III. Bei der Anlage ist auf das rücksichtlich des Kuffner'schen Brunnens bestehende Wasserbezugsrecht der Gemeinde Wien Rücksicht zu nehmen.

IV. Bei der Gürtellinie ist gegenüber der Säulengasse ein Durchlass herzustellen.

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt wieder den Vorsitz.)

26. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Angelegenheit, über welche ich zu referieren die Ehre habe, ist den Herren schon aus einer früheren Berichterstattung bekannt. Es handelt sich um einen Grundverkauf in der Jacquingasse. Die Herren werden sich erinnern, dass der Maler Fröschl seinerzeit ein Offert auf einen Bauplatz in der Jacquingasse überreicht hat. Diese Baustelle ist hier im Plane mit I a bezeichnet und umfasst circa 545 m². Der Maler Fröschl hat seinerzeit einen Kaufpreis von 40 fl. per Quadratmeter offeriert. Der Gegenstand ist hier zur Verhandlung gekommen. Das Bauamt hat sich dafür ausgesprochen, der Magistrat hat Bedenken geäußert, insbesondere mit Rücksicht darauf, dass damals noch eine Widmung dieses Bauplatzes zu einem Schulbau bestanden hat. Der Gemeinderath hat aber damals, ich hatte die Ehre, zu referieren, beschlossen, dass diese Widmung aufzuheben sei. Inzwischen ist auch in der Nähe ein anderer Bauplatz, ich glaube, um den Preis von 44.000 fl. erworben worden.

Der Gegenstand ist als ein solcher bezeichnet worden, zu dessen Erledigung eine qualificierte Majorität nothwendig sei. Das hat sich als ein Irrthum herausgestellt, denn es ist inzwischen erhoben worden, dass für den Verkauf dieser ganzen ehemaligen Pferdemarktrealität ein Landesgesetz bereits erwirkt worden ist, wonach die Gemeinde berechtigt ist, diese Realität zum Einheitspreise von 20 fl. per Quadratmeter zu verkaufen.

Es wurde nun bei der Verhandlung im November vorigen Jahres geltend gemacht, dass der Preis von 48 fl., den inzwischen Maler Fröschl geboten hat, zu niedrig sei, und der Antrag des Referenten hat wohl die einfache Majorität, nicht aber die qualificierte Majorität erlangt, welche nach der damaligen Meinung nothwendig schien. Das Präsidium hat nun im Sinne der Beschlussfassung angeordnet, dass eine Offertausschreibung auf die sämmtlichen Baustellen stattfinde. Bei der Offertausschreibung wurden nur zwei Offerte überreicht, und zwar das eine seitens des Malers Fröschl auf dieselbe Realität mit dem Preise von 48 fl. per Quadratmeter und dann ein anderes Offert, welches inzwischen zurückgezogen worden ist, so dass thatsächlich ein einziges Offert infolge dieser Ausschreibung dem Gemeinderathe vorliegt. Es hat sich also dasjenige, was bei der damaligen Debatte angeführt worden ist, nämlich, dass diese Gründe sehr wertvoll sind, wertvoller als die Schätzung des Bauamtes, und dass es daher nicht zweckmäßig sei, die Baustellen um 48 fl. per Quadratmeter zu verkaufen, als unrichtig herausgestellt; sonst wäre jedenfalls eine größere Anzahl von Offerten eingelangt. Mit Rücksicht darauf und im Einklang mit dem Votum des Magistrates stellt der Stadtrath neuerdings den Antrag, die Baustelle I a in der Jacquingasse im Ausmaße von circa 545 m² dem Maler Fröschl zum Einheitspreise von 48 fl. per Quadratmeter zu verkaufen. Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich bitte den Herrn Referenten, mir zu sagen, um welchen Preis die angrenzenden Baugründe in der Jacquingasse, die schon verbaut sind, verkauft wurden.

Referent: Ich habe, wie ich das erstemal referierte, bereits die Ehre gehabt, diese Frage zu beantworten. Der Preis von 48 fl. ist in keinem einzigen Falle erreicht worden. Die Preise schwanken zwischen 20 und 40 fl. für eine Baustelle. Für einen Eckbauplatz wurden 40 fl. per Quadratmeter erreicht, weiter oben circa 20 fl. 48 fl. ist der

höchste Preis, der bis jetzt in der Jacquingasse der Gemeinde geboten wurde. (Gem.-Rath Gregorig: Der Gemeinde!) Der Preis, zu welchem andere Bauplätze gehandelt wurden, ist mir nicht bekannt.

Gem.-Rath Schneeweiß: Mir kommt der Preis sehr niedrig vor; denn die Jacquingasse ist eine der schönsten Straßen. Nachdem aber vom Herrn Referenten erklärt wurde, dass kein Bauplatz theurer verkauft wurde, erkläre ich mich mit dem Antrage einverstanden.

Gem.-Rath Silberer: Sehr verehrte Herren! Ich habe mir in letzter Zeit, so oft hier Anträge des Stadtrathes auf Grundverkäufe gekommen sind, zu opponieren erlaubt, und zwar in Bezug auf die Preise. Ich habe bei dem letzten Falle, der in dieser Art vorgekommen ist, mir eine längere Ausführung darüber erlaubt, dass die Vorgänge in Bezug auf den Zinsfuß in Rechnung gezogen werden müssen. Es ist seit einem Jahre in Österreich der 5percentige Zinsfuß auf 4 Percent herabgegangen. Wir haben heute bei der Rente um denselben Preis, den wir früher für ein 5percentiges Papier bezahlt haben, nur ein 4percentiges Papier. Es hat sich dies in sehr kurzer Zeit vollzogen, und die Bewegung geht sogar dahin, den Percentsatz der Rente noch herabzusetzen. Sie werden sehen, wenn die 4·2percentige Mairente convertiert wird, wird sie nicht in eine 4percentige umgewandelt werden. Eines steht fest, das ist eine so große Bewegung, dass sie nicht ohne Einfluss und gewaltige Rückwirkung auf den Realitätenmarkt und auf den Realitätenwert bleibt. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass seit zwei Jahren — und wenn ich das nächste Jahr noch hinzurechne — innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren in Wien die Realitäten um 25 bis 30 Percent im Werte gestiegen sein werden als Wirkung der Zinsfußherabsetzung, und ich finde, dass es total unrichtig wäre, in dem gegebenen Zeitpunkte die Realitäten der Gemeinde zu billigen Preisen wegzugeben. Ich verweise darauf — und ich kann nicht anders —, dass man in der Annagasse einen Grund, den ich der Gemeinde um 150 fl. abgekauft habe, hier um 120 fl. zu verkaufen befürwortet hat.

Ich kann darauf verweisen, dass alle möglichen Realitäten heute in Wien steigen. Es war durch Jahre eine schlechte Zeit; es hat alles am Realitätenmarkt stagniert und stagniert zum Theile auch heute noch, weil die Verhältnisse nicht geklärt sind; dass jetzt aber eine gesteigerte Bauthätigkeit eintreten wird, ist keine Frage, und es ist auch keine Frage, dass die Gründe beträchtlich mehr wert sind, wie hier dafür geboten wird. Wissen Sie, was auf der Landstraße und auf der Wieden in den vornehmen Vierteln für Gründe verlangt wird? Die Jacquingasse ist eine sehr vornehme Gasse, sie liegt etwas weit draußen, ist aber sehr geschätzt, weil der botanische Garten dort liegt und sehr viel Licht und Luft vorhanden ist.

Nun sagt man, gegenüber dem Grunde ist nur eine Mauer. Aber das ist ein sehr großer Vortheil, wenn man gegenüber seinem Hause nur eine einen Stock hohe Mauer hat. Der Grund liegt in der Nähe eines großen, schönen, grünen Gartens, und darum sind die Plätze sehr gesucht, und ich erkläre, dass ich es für einen großen Fehler halten würde, diese Plätze zu verkaufen, bevor man den Preis von 250 fl. per Quadratklafter bekommt. Ich kann nicht jedesmal, weil ich die Mittel nicht habe, einspringen (Heiterkeit) und sagen: da gebe ich Ihnen mehr — wie ich es einmal gethan habe. Aber das eine sage ich Ihnen: Es wäre nach meiner Ansicht eine Verschleuderung, die Plätze unter dem Preise von 250 fl. per Quadratklafter herzugeben. Sie sehen, dass es eine Menge Leute gibt, welche Gründe und gut gelegene Häuser kaufen, um sie einige Zeit liegen zu lassen, weil sie glauben, dass sie daran gewinnen werden. Nun verlange ich nicht, dass die Gemeinde eine solche Speculation mache, dass sie Gründe kaufen soll. Aber solche Plätze jetzt wegzugeben, wo man am Beginne einer großen Entwicklung steht, das würde ich für einen großen Fehler halten.

Ich empfehle Ihnen daher wärmstens, zur Wahrung des Interesses der Gemeinde, diese Realität um diesen Preis nicht herzugeben. Wenn Sie wollen, so fixieren Sie einen Minimalsatz. In diesem Falle würde ich 250 fl. beantragen.

Es kommen noch einige solche Stücke, wo ich ebenso eingehend sprechen werde. Ich möchte aber noch etwas berühren, was wesentlich ist. Ich habe in letzter Zeit nicht oft hier gesprochen, denn es hat wenig Wert. Für eine Vorlage zu sprechen, ist meist nicht nothwendig, dagegen zu sprechen, hat keinen großen Effect. Wenn ich über eine Sache spreche, thue ich es in der Hoffnung, vielleicht etwas nützen zu können, und ich bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für einige Minuten. Bei diesen Verkäufen und allen Transactionen, welche die Gemeinde in solchen Sachen macht, gehen wir nach einem sehr falschen Principe vor. Man verkauft zu einem verhältnismäßig sehr billigen Preise, aber man erschwert dem Käufer in jeder möglichen Weise die Transaction. Das ist ein sehr schlechtes System, mit dem gebrochen, das geändert werden muss. Wir sollen trachten, möglichst hohe Preise zu erzielen, aber den Käufern möglichst die Transaction zu erleichtern. Soll ich Ihnen sagen, was für ein Amtsschimmel in diesem Hause herrscht und wie gegenüber den Leuten vorgegangen wird, welche Schwerfälligkeiten in kaufmännischer Beziehung bestehen?

Ich weiß, es ist alles bureaukratisch organisiert, der einzelne kann nichts dafür. Ich weiß auch, dass es schwer ist, einen großen Apparat kaufmännisch zu gestalten und eine Coulance hinein zu bringen. Aber das muss möglich sein, innerhalb des gegebenen Rahmens solche Reformen durchzuführen, dass das ganze nach außen hin, wenn schon kaufmännische Transactionen gemacht werden, auch kaufmännisch gestaltet wird. Ich will Ihnen ein kleines Beispiel erzählen.

Es wurde im Hause für die Bibliothek oder für irgend jemand, der es brauchte, bei einem Buchhändler in der Stadt ein Buch um 9 fl. gekauft. Der Mann hat mir die Rechnung geschickt. Es waren neun Unterschriften darauf. Er musste zweimal hergehen und hat zwei Vormittage gebraucht, um die 9 fl. für das verkaufte Buch herein zu bekommen. Das ist ein Factum, und da ist doch etwas in der Verwaltung krank! Sie können sich vorstellen, dass diese Rechnung mit neun Unterschriften inmitten eines Stoßes von Acten lag, die darüber verschwendet worden sind.

Ein anderes Beispiel, wie unkaufmännisch vorgegangen wird. Ich habe den Annagassengrund gekauft und hatte 86.000 fl. einzuzahlen. Wie ich von der Sitzung weggegangen bin und von meinen Collegen gehört habe, dass der Verkauf genehmigt ist, habe ich sofort zu meinem Notar geschickt und ihn ersucht, zum betreffenden Referenten zu gehen und zu fragen, wo und wann das Geld zu erlegen ist u. s. w. Der Notar war durch drei bis vier Tage nicht imstande, an den betreffenden Herren heranzukommen. Endlich hat er den betreffenden Herren getroffen, und der hat ihm gesagt: „Sorgen Sie sich nicht, Sie werden schon rechtzeitig verständigt werden.“ Neun Tage später kommt der Notar um ¾5 Uhr nachmittags spornstreichs zu mir auf den Schottenring und sagte,

ich habe gerade diese Zustellung bekommen. Darauf steht: „Herrn Notar so und so in Vertretung des Herrn Victor Silberer. Sie werden aufgefordert, unverweilt 86.700 fl. und so viele Kreuzer — ich glaube, es war auch ein halber Kreuzer dabei — zu erlegen, widrigenfalls vom so und sovielten sechs Percent Verzugszinsen zu zahlen sind." Der Tag aber, von welchem die Verzugszinsen zu zahlen waren, war schon der nächste Morgen, und damals war $^3/_4$5 Uhr nachmittags. (Heiterkeit.) Nun gehe ich aber gewöhnlich nicht mit 86.000 fl. spazieren. Ich glaube, das thut selbst Rothschild nicht. Man hat sein Geld in einer Bank und muss wenigstens einen Check schreiben. Ich konnte das Geld erst am nächsten Tag erlegen, und da mussten schon für einen Tag Verzugszinsen entrichtet werden.

Meine Herren! Wenn man am anderen Tage herschickt und es heißt dann: „Sie werden schon verständigt werden", man wird dann aber acht Tage lang nicht verständigt, und dann heißt es plötzlich: „Es muss sofort am andern Tag gezahlt werden", wenn das einem Gemeinderathe geschieht, was wird dann erst einem anderen Geschäftsmanne geschehen! Wundern Sie sich dann, dass niemand mit dem Gemeinderathe Geschäfte machen will, und dass die Gemeinde ihre Gründe um 48 fl. nicht anbringen kann, während der Nachbar 65 bis 70 fl. dafür bekommt? Ist das coulant und kaufmännisch? Das ist eine Wirtschaft, mit der gebrochen werden muss. Wer ein Vermögen zu verwalten und Verkäufe abzuschließen hat, muss dies in kaufmännischen Formen thun und dem Publicum entgegenkommen, dann erzielt er bessere Preise.

Noch eines muss ich berühren: Überall ist heute für Hypotheken ein Zinsfuß von 4 Percent. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an dem Stadterweiterungsfond! Wenn man dort etwas kauft und eine Anzahlung leistet, so kann man einen großen Rest zurücklassen, der mit 4, ja $3^3/_4$ Percent zu verzinsen ist. Hier müssen aber für einen solchen Rest gleich 5 Percent gezahlt werden; das ist nicht coulant, zumal in einer Zeit, wo der staatliche Zinsfuß 4 Percent ist. Wenn man für Staatspapiere 4 Percent zahlt, so soll man auch für diese hypothekarische Sicherheit nicht mehr verlangen, dann werden die Verkäufe erleichtert und höhere Preise erzielt. Ich empfehle also erstens die Ablehnung des Anbotes mit diesem Preise, zweitens aber möchte ich auch, das löbliche Präsidium möge dahin wirken, dass man, soweit es innerhalb der bureaukratischen Einrichtung möglich ist, eine gewisse Coulance gegenüber demjenigen walten lässt, welcher mit der Gemeinde in eine Transaction tritt. (Beifall links.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich bin nicht so optimistisch wie der Herr Vorredner, der in wenigen Jahren die Realitäten um ein Viertel wertvoller findet als jetzt, aber im übrigen kann ich ihm nicht widersprechen; seine Ansichten sind richtig. Was veranlasst uns aber, jetzt wieder diese Plätze um jeden Preis zu verkaufen? (Referent: Um jeden Preis?) Ja, dies ist beinahe um jeden Preis. Können wir nicht ein bis zwei Jahre warten?

Der Preis, den uns der Herr Referent gesagt hat, ist älteren Datums; damals waren die Linienwälle noch nicht reguliert, heute ist aber eine der schönsten Straßen Wiens dort, und nun sollen die Gründe plötzlich verkauft werden. Mir scheint, die Herren brauchen eben Geld, es geht mit dem Haushalte nicht zusammen, und da will man um jeden Preis alles mögliche verkaufen. So darf man aber nicht fortfahren, und ich bitte Sie daher, dem Antrage des Herrn Referenten nicht zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Nach diesen Theorien werden wir überhaupt jahrelang nichts verkaufen können, das ist klar. (Widerspruch links.) Der Standpunkt des Herrn Gem.-Rathes Silberer ist nur zum Theile richtig. Der Zinsfuß ist ja nicht sprungweise oder ruckweise von 5 Percent auf 4 Percent zurückgegangen, sondern das ist eine Erscheinung, eine wirtschaftliche Bewegung, die sich seit längerer Zeit allmählich vollzieht; die Anlagepapiere sind successive gestiegen und haben auf diese Weise den Zinsfuß ermäßigt. Aber, wie schon gesagt, dies geschah nicht im letzten Jahre oder in den letzten zwei Jahren, sondern allmählich. Ebenso ist der Grundwert in Wien gestiegen, aber auch nicht sprungweise, sondern allmählich, wie sich eben volkswirtschaftliche Gesetze vollziehen, wenn nicht ganz außerordentliche Ereignisse eintreten.

Solche außergewöhnliche Verhältnisse haben jetzt nicht eingewirkt, sondern die Hoffnung, dass demnächst die Bauthätigkeit beginnt. Dem gegenüber stehen aber andere Factoren, dass nämlich heute die große Fläche der Linienwallgründe zur Verfügung steht, dass die Kasernenfrage eine große Rolle spielt (Rufe: Abgelehnt!) — Von uns, aber es gibt noch andere Leute in Wien, — ferner dass eine Stadtbahn gebaut und auf diese Weise eine Menge Terrain in die Nähe der Stadt gerückt oder zugänglich gemacht wird, welches früher weit entfernt vom Centrum der Stadt war. Wenn man also annimmt, dass sich vielleicht eine erhöhte Bauthätigkeit entwickeln wird, so ist doch andererseits auch zu berücksichtigen, dass ein bedeutend größeres Terrain zum Anbote kommt, was gewiss wieder sozusagen in entgegengesetzter Weise auf den Wert der Grundstücke einwirken wird.

Nun, meine Herren, der Herr College Silberer kann ja anderer Ansicht sein. Er ist vielleicht schneidig und glaubt, dass der Grundwert steigt; man kann aber gewiss auch der Ansicht sein, dass die Bäume nicht so rasch in den Himmel wachsen, wie er glaubt. Die Schätzung dieser Gründe ist ja auch nicht eine alte. Voriges Jahr, also das sind ungefähr 7 bis 8 Monate, hat das Bauamt den Verkauf dieser Gründe zum Preise von 40 fl. empfohlen. Wir haben uns im Stadtrathe bemüht, einen höheren Preis zu erzielen. Wir sind mit dem Maler Fröschl zusammengetreten, und erst nach Verhandlungen ist es uns gelungen, ihn dahin zu bringen, dass er 48 fl. bietet, und das ist eben diese Offerte. Wenn das richtig ist, was Herr College Silberer meint, so hätte doch bei der Offertausschreibung, die stattgefunden hat, irgend jemand kommen und offerieren müssen; es ist aber außer Herrn Fröschl gar niemand gekommen als Herr Zifferer als zweiter Offerent, und der hat seine Offerte zurückgezogen, indem er sagte, er sieht sich nicht hinaus; der hat, glaube ich, 37 fl. — jedenfalls unter 40 fl. — offeriert. Er hat aber sein Offert zurückgezogen und sein Vadium behoben. Der Maler Fröschl ist der einzige, welcher wieder offeriert hat; also gar so arg muss es nicht sein. Ein Preis von 48 fl. per Quadratmeter ist ja immerhin ein nennenswerter Preis. Es ist nicht so nahe bei der Stadt, auch sagt man, dass der Grund X nicht besonders angenehm zu verbauen ist, und dass da gewisse Kosten auflaufen. Die Situation ist dort auch nicht besser geworden durch den Durchbruch des Linienwalles. Die Jacquingasse mündet in der Nähe der Belvederelinie. Daneben ist allerdings ein neuer Durchbruch geschaffen worden, aber eine neue Communication für diese Straße selbst ist nicht entstanden. Die Verhältnisse sind in dieser Richtung nicht verändert.

Meine Herren, ich kann Ihnen nur sagen, ich habe den Eindruck, dass dort eine bedeutende Preissteigerung nicht eintreten wird, sonst hätte ja das Resultat der Offertverhandlung ein anderes sein müssen. Nachdem unsere technischen Organe 40 fl. beantragen, so glaube ich, dass der Preis von 48 fl. ein ganz angemessener ist, und ich bitte daher, das Offert des Malers Fröschl anzunehmen und den Antrag des Stadtrathes zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist vom Herrn Referenten beantragt worden, das Offert des Malers Fröschl auf einen Theil der Baustelle I, Jacquingasse im III. Bezirke, um den Preis von 48 fl. per Quadratmeter anzunehmen.

Ich bitte die Herren, welche dem zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) 35 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 33 dagegen. Der Antrag ist also angenommen.

Beschluss: Das Offert des Karl Fröschl auf einen Theil der Baustelle I Jacquingasse im III. Bezirke im Ausmaße von circa 545 m² um den Preis von 48 fl. per Quadratmeter wird genehmigt.

27. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, zu berichten zur Zahl 2541 über einen Zubau zum Schulgebäude in Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 39/41. Wie die Herren sich erinnern, wurde im Laufe des vorigen Jahres beschlossen, in dem ehemaligen Gemeindehause in Gaudenzdorf eine Bürgerschule unterzubringen. Die Localitäten dieser Schule reichen nun nicht aus, nachdem auch aus dem V. Bezirke viele Bürgerschüler herüberkommen.

Schon im December wurde von Seite des Ortsschulrathes und des Bezirksschulrathes die Bitte an den Gemeinderath, respective an den Magistrat gerichtet, die Schule durch einen Zubau so weit zu vergrößern, dass sie den Bedürfnissen entspricht. Es liegt nun hier eine Projectskizze unseres Bauamtes vor, welches zu ebener Erde zwei Turnsäle gebaut wissen und durch den Aufbau von zwei Stockwerken in derselben Höhe, wie die Nebengebäude, vier Lehrzimmer einrichten will.

Die Kosten werden approximativ sammt der Einrichtung mit 20.000 fl. festgesetzt, und der Stadtrath empfiehlt Ihnen, zu genehmigen, dass dieser Bau durchgeführt werde, und dass die Kosten desselben auf den Reservefond zu verweisen sind. Ich bitte um Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Steblik: Ich glaube, meine Herren, es sollte doch eine Skizze vorliegen; nicht einmal das haben wir. (Referent: Sie liegt ja vor!) Aber das sollte auch uns vorgelegt werden. Es ist doch sonderbar, dass man uns gar nichts vorlegt; es handelt sich hier doch um einen Betrag von 20.000 fl.

Gem.-Rath Büsch: Sehr verehrte Herren! Ich habe früher den Antrag gestellt, dass eine Doppel-Bürgerschule gebaut, respective eröffnet werden soll, und zwar dort, wo heute ein Zubau stattfinden soll. Es ist damals gesagt worden, dass es nicht möglich wäre, eine Doppel-Bürgerschule zu eröffnen, weil die Baulichkeiten es nicht gestatten. Mein weiterer Antrag gieng dahin, dass man einen Zubau machen soll, damit gleichzeitig die Mädchen- und Knabenschule eröffnet werde. Heute überrascht mich nun hier dieser Antrag von Seite des Stadtrathes, respective vom Herrn Schneiderhan, und dass hier eine Skizze vorliegt, in die ich keinen Einblick genommen habe, so dass ich überhaupt nicht weiß, wie sich die Sache dort verhält. Ich wohne vis-à-vis und weiß gar nichts davon, wie man eigentlich da vorgeht. Ich möchte doch da auch meine Erfahrungen zum besten geben, wie man fortbauen soll. Der Beschluss, welcher vor zwei Jahren gefasst wurde, war wirklich ein schlechter, da einige Zimmer, die für Schulzwecke adaptiert werden sollten, dunkel sind.

Es ist dringend nothwendig, dass der Zubau gemacht werde; nur möchte ich bitten, dass uns eine Skizze vorgelegt werde, in die wir Einsicht nehmen können, damit wir unser Votum abzugeben in der Lage sind.

Es ist selbstverständlich, dass ich den Antrag befürworten werde. Ich möchte nur bitten, uns etwas in die Hand zu geben, damit wir wissen, was und in welcher Weise zugebaut werden soll, sonst könnte möglicherweise etwas gemacht werden, mit dem man nicht zufrieden sein kann, und wir geben einem solchen Zubaue unsere Zustimmung.

Ich hätte gebeten, dass uns diese Skizze eingehändigt werde.

Referent: Ich bitte, der Herr Collega Büsch kann ganz ruhig sein. Er weiß, dass in das Budget für die Erbauung einer Doppel-Bürgerschule weiter oben, gegen die Malfattigasse zu, ein Betrag von 50.000 fl. als erste Baurate eingestellt worden ist. Nachdem aber der Bau mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen wird, so wird dieser Zubau beantragt, welcher noch in den heurigen Hauptferien durchgeführt werden soll; und diese Localitäten werden, wenn die Bürgerschule fertig sein wird, zur Vergrößerung der Volksschule verwendet werden, wo auch, wie der Herr Collega weiß, heute schon die Lehrzimmer überfüllt sind und der Bedarf an Lehrzimmern vorhanden ist und noch steigen wird.

Es ist also in wirtschaftlicher Beziehung gar nichts verloren und nur die Ausgabe von 20.000 fl. eventuell um ein Jahr früher erfolgt. Ich möchte bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen, damit die Kinder, welche die Bürgerschule besuchen, aufgenommen werden können. Herr Dr. Huber — er ist heute nicht hier, er ist durch eine Comité-Sitzung verhindert — würde bestätigen, dass sehr viele Kinder aus dem V. Bezirke, aus Neumargarethen, lieber dort hingehen, weil sie bedeutend näher haben. Ich würde bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich werde selbstverständlich zustimmen, dass der Zubau gemacht werde, aber das eine müssen Sie mir zugeben, dass der Preis von 20.000 fl. für sechs Fenster Gassenfront zu hoch ist. Es ist nur ein Einbau, ein Zwischenbau, es ist keine Stiege nothwendig, es wird kein Platz dazu verwendet. Ich glaube, dass dieser Überschlag wieder nach der alten Schablone gemacht ist, und dass, wenn die Verhandlung ausgeschrieben wird, der ganze Bau um 6000 oder 7000 fl. billiger vergeben werden wird, als er im Überschlag ist. Ich habe schon früher ersucht, man möge die Überschläge so verfassen, wie die Preise wirklich sind. Man hat aber dieser Forderung nie stattgegeben, und es werden diese Überschläge nach den alten Machinationen gemacht und zur Ausführung gebracht.

Referent: Was der Herr Gem.-Rath Eigner über die Voranschläge ausführt, ist richtig. Sie sind hoch, aber bedenken Sie, dass solche Voranschläge im Bauamte nicht von einem einzigen Referenten gemacht werden, sondern viele in diese Lage kommen, und diese Voranschläge doch auf einer einheitlichen Basis hergestellt werden müssen. Durch Aufstellung eines Preistarifes haben Sie wenigstens zur Beurtheilung einen Schlüssel, und Sie wissen, dass bei der Offertverhandlung eventuell von den Maurerarbeiten 20 Percent, von den Anstreicherarbeiten 30 Percent u. s. w. nach-

gelassen werden, das können Sie ganz gut beurtheilen. Geben Sie aber das den Referenten des Bauamtes in die freie Hand, so nimmt der eine für die Klafter Bauwerk so viel, der andere so viel, je nach seinem Ermessen, und es wird Ihnen dann noch schwerer werden, sich ein klares Bild zu machen, ob die angesetzten Preise die richtigen sind oder nicht. Allerdings wäre es an der Zeit, den dermaligen Preistarif einer Umänderung zu unterziehen. (Gem.-Rath Bärtl ruft: Die innere Einrichtung ist dabei!) Die Einrichtung und alles mögliche fix und fertig, die innere Einrichtung und was zur Fertigstellung gehört, ist mit inbegriffen.

Gem.-Rath Hipp: Was Herr Gem.-Rath Eigner früher erwähnt hat, ist thatsächlich so. Es ist der alte Schimmel, der alte Preiskatalog liegt auf, nach welchem die Sache behandelt wird. Können sich die Contrahenten verständigen, so wird von diesem Preise nichts nachgelassen, und es werden nur die Minimalpreise angesetzt; sie erzielen daher bei dem Bau ein ganz kolossales Sümmchen. (Referent: Bei der Offertverhandlung!) Ja, eben bei der Offertverhandlung; da wird früher eine Einigung erzielt, weil so hohe Preisansätze sind, und darüber verständigen sie sich. Es hätte schon längst eine Correctur dieser städtischen Preistabelle vorgenommen werden sollen; das wäre schon längst am Platze gewesen. Es ist eben der Fall, dass man so großartige Bauten aufführt, weil auf den städtischen Preistarif hin die Vorschläge so hoch gestellt sind und man immer glauben muss, dass die Nachlässe entsprechende sein werden. Kommt ein Nachlass, so sieht er großartig aus, während es in Wirklichkeit nicht der Fall ist. Ich kann mich nur dem anschließen, dass die Offertverhandlung stattfindet. Es ist dann die Möglichkeit vorhanden, dass die Sache doch billiger wird. Der Bau ist nöthig, und ich werde jedenfalls dafür eintreten, dass er ausgeführt wird; aber es ist an der Zeit, darauf aufmerksam zu machen, dass uns eine Skizze vorgelegt wird, damit man nicht das nächstemal kommt, ohne uns einen Plan vorgelegt zu haben, und damit nächstens nicht nur die Herren Referenten einen Zettel auf dem Tische haben und man genöthigt ist, hinzulaufen, um zu wissen, wofür man seine Stimme abgeben soll. Das soll nicht einreißen, und es soll in Hinkunft wenigstens vermieden werden, dass keine Pläne vorliegen. Solche Pläne sollen hier zur Aufstellung gelangen, damit man in dieselbe Einsicht nehmen kann.

Gem.-Rath Gräf: Das vorliegende Referat zeigt uns eigentlich wieder so recht klar und deutlich, wie wenig der Gemeinderath wert ist (Rufe links: Sehr richtig!), und ich habe nur deshalb mir das Wort erbeten, um mich auch diesbezüglich auszusprechen, denn was heute einem Collegen aus dem XII. Bezirke passiert, kann morgen mir oder meinem Collegen im XVI. Bezirke passieren, und ich finde es höchst sonderbar, dass man es beispielsweise bei Beschlüssen über solche Zubauten, Auf- oder Umbauten auch nicht einmal der Mühe wert findet, dass man bei Commissionen die Gemeinderäthe des betreffenden Bezirkes verständigt, damit sie an der betreffenden Commission theilnehmen und ihre Wünsche aussprechen können. Dazu ist mir die Zeit zu kostbar, um nur einfach hieher zu kommen und abzustimmen; der Referent geht nur zum Referententisch und referiert über einen Zubau, der einen Betrag von 20.000 fl. kostet, und man ist nicht einmal in der Lage, sich auch nur annähernd zu informieren. Das sind Zustände, die auf die Dauer nicht haltbar sind, mit denen endlich gebrochen werden muss, wenn nicht jeder einzelne die Lust verlieren soll, hier in die Sitzung zu kommen.

Bei früheren Anlässen war es Gepflogenheit, dass, wenn solche Zubauten vorgenommen worden sind, der Referent die Güte hatte, an der Hand eines Planes, der an einer Tafel befestigt war, wenigstens Aufklärungen zu geben. Jetzt ist es aber geradezu traurig in dieser Richtung bestellt. Nehmen wir an, man wird als Vertreter eines Bezirkes in einer Versammlung interpelliert, um über eine solche geplante Arbeit Auskunft zu geben; man steht dann beschämt da, da man nicht antworten kann. Ist das nicht traurig, wenn man auf solche Weise behandelt wird?

Was von den Herren Hipp und Eigner vorgebracht worden ist, ist thatsächlich der Fall. Es ist bedauernswert, dass der städtische Preistarif nicht schon längst einer Reformierung, einer Umarbeitung unterzogen worden ist, denn es ist geradezu ein nonsens zu nennen, dass Arbeiten an Contrahenten vergeben werden, bei welchen bei einer Post ein Nachlass von 30 Percent zugestanden wird und bei einer anderen Post wieder eine Aufzahlung von 50 bis 70 Percent verlangt werden muss; das könnte schon längst abgeändert sein. Ich möchte schließlich den Herrn Referenten oder den Herrn Vorsitzenden bitten, die Güte zu haben, wenn derartige Zubauten oder überhaupt Neubauten in einem Bezirke vorgenommen werden, von den Commissionen wenigstens die Gemeinderäthe des Bezirkes zu verständigen, damit man nicht ganz ohne alle Information „Ja" und „Amen" zum Referate sagen muss.

Gem.-Rath Steiner: Ich werde Sie nicht lange aufhalten und nur einige Worte sagen über die vom Stadtrathe angesetzten festen Preise. Wer controliert denn in den Vororten die Contrahenten? Beim Amtshause ist die Anstreicherarbeit mit 42 Percent Nachlässen vergeben worden, so dass der Quadratmeter auf 65 kr. kommt. Wenn der Anstreicher das so ausführt, wie es im Preistarife steht, erkläre ich Ihnen, dass er mit 65 kr. nicht auskommt. Ich verstehe nicht, wie man im Stadtrathe ein solches Offert annehmen kann. Die Arbeiten in meinem Bezirke controliere ich streng, wer controliert aber die Contrahenten in den anderen Bezirken? Man hat ja nicht die Zeit, jedem städtischen Contrahenten nachzugehen; komme ich auf etwas, und interpelliere ich, so wird die Interpellation, wenn sie unliebsam ist, einfach nicht beantwortet, wie es mit meiner Interpellation bezüglich der Schneeplanke geschah. Ich habe gefragt, was mit dem Contrahenten geschieht, und der Herr Bürgermeister hat das nicht beantwortet, sondern hat gesagt, die städtischen Beamten sind zur Verantwortung gezogen worden. Ist denn damit gedient, dass ein städtischer Contrahent, wenn man ihm auf etwas kommt, wobei er die Gemeinde übervortheilt, einfach das Geld zurückgeben darf, aber doch städtischer Contrahent bleibt? Wer garantiert denn, dass er bei der nächsten Arbeit nicht wieder so etwas thut? Ich glaube, es wäre besser, wenn im Stadtrathe darauf gesehen würde, dass vertrauenswürdige Firmen, welche sich nie etwas haben zu Schulden kommen lassen, vorgezogen werden. Ich bin neugierig, wie der Anstreicher das machen wird. Ich gehe täglich um 5 und 6 Uhr früh auf den Bau und werde, wenn ich einen Anstand finde, jeden Contrahenten hier zur Anzeige bringen, unbekümmert darum, was hinterher über mich gesprochen wird.

Was die Schotterlieferung im XIX. Bezirke betrifft, so ist die Sache horrend. Der denkbar schlechteste Schotter wird um den horrenden Preis von 7 fl. 80 kr. von den bauämtlichen Organen übernommen. Es ist der Stadt Wien unwürdig, dass, wenn eine städtische Commission kommt, ein altes Weib auf dem Schotter-

haufen sitzt und klopft, oder es steht einer mit einem Gitter da und reutert den Schotter mitten auf der Straße. Sollen die städtischen Contrahenten nicht die Ware so liefern, wie sie sie zu liefern haben? Sollen sie nicht gleich solchen Schotter liefern, welcher vertragsmäßig und qualitätsmäßig ist? Ich bin neugierig, wie die heute von mir gestellte Interpellation in der nächsten Sitzung beantwortet werden wird.

Gem.-Rath Weitmann: Es ist schon viel über diese Offertverhandlungen und Lieferungen geklagt worden. Nun ist aber auch ein Hauptgrund, warum sich viele nicht getrauen, Offerte einzureichen, der, weil es schon bekannt ist, dass die Rechnungen oft ein ganzes Jahr, ja anderthalb Jahre von Seite des Magistrates nicht ausbezahlt werden. Meine Herren! Ein armer Geschäftsmann kann ein Offert gar nicht einreichen; es scheint mir, als ob das absichtlich so geschehe, damit nur capitalskräftige Offerenten einreichen können. Es kommt mir vor, als ob es darauf abgesehen wäre. Es ist das ein allgemeiner Übelstand. Es ist der Commune unwürdig, armen Geschäftsleuten ein, anderthalb, ja selbst zwei Jahre schuldig zu bleiben trotz wiederholter Urgierungen. Derartige Übelstände müssen abgeschafft werden, die Commune soll gegenüber ihren Steuerträgern coulant vorgehen, es werden sich dann gewiss mehr Offerenten finden, wenn sie wissen, dass sie, wenn sie die Arbeit geliefert haben, auch ihr Geld erhalten. Aber wenn jener Schlendrian, jenes rücksichtslose Wartenlassen der armen Geschäftsleute immer und immer wieder geübt wird, werden nur die capitalskräftigen Offerenten einreichen, und die Arbeit wird sich vertheuern. Ich stelle es dem geehrten Präsidium anheim, es möge da endlich einmal etwas in dieser Beziehung vorgekehrt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Sowohl die Umarbeitung des städtischen Preistarifes als die Ausarbeitung einer Norm für die Erledigung dieser Forderungen der Contrahenten ist in Arbeit, aber die Herren dürfen nicht glauben, dass das in kurzer Zeit sich machen lässt. Die Umarbeitung des städtischen Preistarifes ist eine Affaire, die ein Jahr braucht. Ich bitte, sich den Tarif anzusehen; das ist ein dickes Buch; das zu ändern, ist ungeheuer schwierig; also, die Arbeiten werden gemacht, aber sie lassen sich nicht so übers Knie brechen.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich fühle mich gezwungen, auf die Bemerkung des Herrn Vorredners zu antworten, und zwar aus dem Grunde, weil ich dem Comité angehöre, welches diese Arbeiten vollzieht. Wir haben die Sitzungen nahezu beendet, und es werden nächste Woche diese Bestimmungen in Druck gelegt und auch in Geltung treten.

In diesen Bestimmungen ist principiell aufgenommen worden, die Arbeiten nicht dem Billigsten zu geben, sondern es ist das Princip aufgestellt, dass nur vertrauenswürdige Firmen diese Arbeiten zu übernehmen haben. Das wird auch geschehen. In den Sitzungen des Stadtrathes wurde das Princip festgehalten, die Arbeiten nur Firmen zu übergeben, welche vertrauenswürdig und lieferungsfähig sind. (Rufe links: War das mit dem Cement auch so? — Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, so ist eine Debatte nicht möglich!)

Bezüglich der Aufsicht möchte ich auch etwas erwähnen. Bei jedem öffentlichen Baue, z. B. einem Schulbaue, wird ein eigenes Organ des Bauamtes hinausgeschickt, welches ständig auf dem Baue sich aufhält, daher immer Gelegenheit hat, die Arbeiten zu überwachen und zu fordern, dass dieselben ordnungsgemäß geliefert werden. Ich glaube, anders kann man die Beaufsichtigung nicht vornehmen. Der Betreffende bezieht sogar einen Zehrungsbeitrag für diese Leistung, ist ständig draußen und untersucht und beurtheilt die Arbeiten, die dort geliefert werden.

Über den Tarif ist schon vom Herrn Vorsitzenden gesprochen worden. Die Herren, die in dieser Sache bewandert sind, wissen ja, dass wir fünf, sechs, sieben Hefte von Tarifen haben. Diese werden nach Ablauf einer gewissen Zeit geändert; man kann doch nicht jeden Tag Tarife herausgeben; es werden, wie gesagt, in einer gewissen Zeit, wo eine Umwälzung in den Einheitspreisen und Lieferungen sich herausgestellt hat, diese Tarife eingezogen und neue Tarife herausgegeben. Eine solche Änderung wird in der nächsten Zeit stattfinden.

Ich möchte bemerken, dass durch die gegenwärtigen Tarife kein Nachtheil erwächst; jeder Contrahent rechnet sich aus, wie er die Arbeiten zu liefern hat. Wenn im städtischen Tarife steht: per Quadratmeter Anstreicherarbeiten 70, 80, 90 kr., 1 fl. und der Betreffende sagt, ich mache die Einkäufe so billig, zahle die Arbeiter so, dass ich mit 40 kr. offerieren kann, so sagt er: Ich lasse von den 70 kr. so viel nach oder verlange um so viel mehr, also die Tarife haben keinen directen Einfluss auf die Ersparnis in der Gemeinde. Ich kann Sie aber versichern, dass das Comité, welches bezüglich der Norm für die Vergebung der Arbeiten tagt, sehr gewissenhaft vorgeht, und dass auch die Contrahenten dazu eingeladen waren, um allen Wünschen Rechnung zu tragen. In nächster Zeit werden, wie gesagt, die Beschlüsse desselben hinausgegeben werden.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich weiß, dass das, was ich sagen will, nicht zum Gegenstand gehört, nämlich bezüglich des Preiscourants. Wir sind vor einiger Zeit aufgefordert worden, einen solchen Preiscourant zusammenzustellen. Wir haben dies gethan und ihn überreicht. Er wurde aber verworfen. Mit diesem Preiscourant kennt sich kein Teufel aus. Wer macht denn denselben heute; vielleicht die Herren Ingenieure? Nun, trotz ihrer technischen Kenntnisse und abgelegten Prüfung werden diese Herren doch nicht in der Lage sein, die Preise so genau zusammenzustellen als die Gewerbetreibenden, die die Gegenstände selbst erzeugen. Es wäre also richtig, wenn man folgenden Vorgang einhalten würde, dass nämlich in jeder Branche autographierte Exemplare über denselben Gegenstand an circa zwanzig Geschäftsleute übersandt werden. Dieselben werden dann ihre zwanzig Offerte einschicken, und davon nimmt man den Durchschnitt und kommt so zu einem Preiscourant. Heute aber ist es allerdings für das Bauamt sehr commod; es werden die Preise verhältnismäßig sehr hoch bestimmt, und wenn z. B. ein Bau in Meidling mit 20.000 fl. veranschlagt ist und die Leute lassen 16 oder 18 Percent nach, so gibt dies eine kolossale Summe, und das Bauamt kann mit seiner Rechnung glatt auskommen. Es braucht keinen Nachtrag. Der richtige Vorgang ist dies aber nicht. Ich werde also dafür sein, dass dieser Bau beschlossen wird, aber ich wünsche, dass uns ein andermal wenigstens Vorlagen gegeben werden, damit wir nicht wie das liebe Stimmvieh behandelt werden.

Wir werden ja rein nur zum Narren gehalten, wir kommen her, sollen „Ja" sagen, und der Herr Referent hat vielleicht den Plan in der Tasche oder zu Hause auf seinem Pulte liegen! (Heiterkeit.) Wir sollen aber sagen: wir bewilligen 20.000 fl.! Ich möchte also bitten, dass dies das nächstemal nicht so geschieht, und dass wir wenigstens verständigt werden, um was es sich handelt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nur bezüglich der Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Steiner wegen des niedrigen Preises für den Anstreicher im Amtshause zu bemerken, dass auch dem Stadtrathe dieser Preis zu niedrig vorgekommen ist und daher der Auftrag an den überwachenden Bauamtsbeamten ergieng, dem Manne auf die Finger zu sehen, dass die Arbeit vorschriftsmäßig vor sich geht. Auch der Stadtrath hat geglaubt, dass der Mann nicht daraus kommen kann, aber er war der billigste und hat sich verpflichtet, nach dem Offerte zu liefern, es war also nichts dagegen zu sagen.

Ich bitte Sie, bezüglich dieses Referates nicht zu vergessen, dass in den 20.000 fl. auch die ganze Einrichtung enthalten ist, und dass gerade hier diese Summe nicht hoch ist. Ausnahmsweise hat das Bauamt hier nicht hoch veranschlagt, was sonst allerdings nicht immer der Fall ist.

Ich bitte Sie also, die Summe zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Antrag des Herrn Referenten geht dahin, die Projectskizze zu genehmigen und für die Herstellungs- und Einrichtungskosten per 20.000 fl. den erforderlichen Credit zu bewilligen, unter Verweisung desselben auf den Reservefond.

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Projectskizze für einen Zubau zum Schulgebäude XII. Bezirk, Schönbrunnerstraße 39/41, wird genehmigt; ebenso die diesbezüglichen Herstellungs- und Einrichtungskosten per 20.000 fl., welche auf den Reservefond zu verweisen sind.

28. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die geehrten Herren haben eine gedruckte Vorlage bekommen, welche überschrieben ist: Vergleichender Ausweis in Betreff der nach Artikel VI des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, seitens der Gemeinde Wien mit den Gemeinden Oberlaa, Kledering und Inzersdorf abzuschließenden billigen Übereinkommen wegen der Activen und Passiven. Der Fall ist folgender: Nach Artikel VI des Einführungsgesetzes zum neuen Gemeindestatut ist mit den Gemeinden, welche zum Theil mit Wien einverleibt wurden, ein billiges Übereinkommen zu treffen betreffs der Auseinandersetzung hinsichtlich der Activa und Passiva.

Zum Zwecke der Verhandlungen über diese Auseinandersetzungen hat die städtische Buchhaltung Vorlagen gemacht, in welchen die Activa und Passiva der Vorortegemeinden, um die es sich da handelt, genau vorgezeichnet worden sind, und da ist man von dem Grundsatze ausgegangen, dass in dem Maße, in welchem die Steuerleistungen von den ehemaligen Vororten getrennt worden und zu Wien gefallen sind, auch die Vertheilung der Activa und Passiva zwischen den betreffenden Gemeinden und der Gemeinde Wien zu erfolgen hat. Die Verhandlungen mit einer größeren Anzahl von Vorortegemeinden haben zu einem entsprechenden Resultate geführt. Es sind billige Übereinkommen zustande gekommen, über welche aber heute nicht zu verhandeln ist.

Unter anderem aber sind auch Verhandlungen eingeleitet worden mit den Gemeinden: Oberlaa, Kledering und Inzersdorf am Wienerberg. Die Herren sehen hier aus dem vergleichenden Ausweise die Forderungen, welche die Gemeinde Wien an diese Gemeinden zu stellen hätte auf Grund einerseits des Ausweises über die Activen und Passiven, und andererseits des Ausweises über die Steuerleistung.

Nach der Repartition, welche hinsichtlich der Steuerleistung vorgenommen worden ist, hätte die Gemeinde Wien zu fordern an die Gemeinde Oberlaa aus dem freieigenthümlichen Gemeindevermögen 55.866 fl., aus dem Armenfondsvermögen 1239 fl., aus dem Stiftungsvermögen 1198 fl., zusammen 58.000 fl. Von Kledering 1663 fl. und von Inzersdorf am Wienerberge 57.778 fl. Die Gemeinden stellen sich aber alle drei gleichmäßig auf einen anderen Standpunkt als die Gemeinde Wien. Sie erklären nicht nur, dass sie diese Forderung der Gemeinde Wien nicht anerkennen, dass sie von dem Überschusse des Activums nichts an die Gemeinde Wien abtreten wollen, sondern vielmehr, dass sie von der Gemeinde Wien eine Entschädigung verlangen, und zwar wird diese Entschädigung in folgender Weise berechnet.

Ich führe das nur beispielsweise hier an. Die Gemeinde Oberlaa sagt, sie habe bis zur Vereinigung Umlagen von 18 Percent eingehoben, jetzt sei sie gezwungen, Umlagen von 37 Percent einzuheben, und zwar deshalb, weil der übrigbleibende Theil von Oberlaa schwieriger verwaltet und weil eine Anzahl großer Steuerträger, welche früher bei der Gemeinde Oberlaa waren, und die eine große Einkommensteuer entrichtet haben und infolge dessen auch bedeutende Umlagen zu Gunsten der ehemaligen Gemeinde Oberlaa entrichtet haben, weggekommen und mit Wien vereinigt worden sind, infolge dessen die Gemeindeumlagen nicht in die Casse von Oberlaa, sondern in die Casse der Gemeinde Wien fließen.

Dieser Entgang von den hohen Steuerträgern zwingt die westliche Gemeinde Oberlaa, höhere Umlagen auszuschreiben. Die Gemeinde Oberlaa kommt auf diese Weise zu dem Ende, dass sie diese Differenz, welche sich in ihrer Haushaltung ergibt und die sie durch eine höhere Umlage decken muss, capitalisiert; auf diesem Wege kommt sie bei einer 4percentigen Capitalisierung auf 78.200 fl., bei einer $4^1/_2$percentigen Verzinsung auf 69.500 fl. Die Differenz ist auf diese Weise sehr groß, indem wir nämlich 58.000 fl. verlangen, sie aber 78.000 fl. von uns beanspruchen. Es hat sich bei den mündlichen Verhandlungen gezeigt, dass an ein beiderseitiges Entgegenkommen derart, dass eine Ausgleichung dieser großen Differenz möglich sei, nicht zu denken ist.

Infolge dessen haben wir von weiteren Verhandlungen abgesehen, und es bleibt nichts anderes übrig, als dass der Landesausschuss, beziehungsweise der Landtag, entweder noch einmal versucht, ein Übereinkommen zwischen diesen Gemeinden und der Gemeinde Wien anzubahnen, oder aber, wenn das auch nicht möglich sein sollte, wie Artikel VI des Einführungsgesetzes sagt, im Wege der Landesgesetzgebung die Entscheidung getroffen werde.

Im Sinne dieser Ausführung erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, es sei das Begehren der Gemeinde Inzersdorf am Wienerberge, Oberlaa und Kledering bezüglich der finanziellen Auseinandersetzung abzulehnen, und sollen die im Artikel VI des Einführungsgesetzes zum Wiener Gemeindestatut vorgesehenen Schritte eingeleitet werden. Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Mit Rücksicht auf die eingetretene Beschlussunfähigkeit erfolgt die Fortsetzung der Berathung über dieses Referat und die Beschlussfassung in der nächsten Sitzung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um $^3/_4$8 Uhr abends.)

Allgemeine Nachrichten.

(Wiener Verkehrsanlagen.) Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat sich in ihrer am 29. April l. J. abgehaltenen Vollversammlung mit dem Entwurfe des Übereinkommens beschäftigt, welches mit der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen in Betreff der Durchführung des Baues der Hauptlinien des Wiener Stadtbahnnetzes abzuschließen ist. Der Entwurf wurde nach den Anträgen des zu seiner Vorberathung eingesetzten Ausschusses mit der Abänderung angenommen, dass für die Kosten der Centralleitung statt der Verrechnung eines mit höchstens 1·25 Percent limitierten Antheiles an den effectiven Centralverwaltungs-Auslagen der bauführenden General-Direction der österreichischen Staatsbahnen eine Pauschalierung mit 1 Percent der effectiven Bausumme stattfinden soll. Einen weiteren Gegenstand der Verhandlung bildete die Tracenführung des am linken Donaucanalufer zu erbauenden Sammelcanales, für welchen bekanntlich nebst dem ursprünglichen Projecte eine von der Donauregulierungs-Commission befürwortete Alternativ-Trace vorliegt, wonach dieser Sammelcanal im Bereiche des Praters etwas mehr landeinwärts verlegt werden soll, um Raum für die Anlage eines Schiffwendeplatzes im Donaucanale zu gewinnen. Nachdem die Ausführung der Alternativ-Trace, welche eine weitergehende Benützung von Pratergründen erfordern würde, mehrfachen Anständen begegnete, beschloss die Commission, sich für die Trace des ursprünglichen Projectes mit der durch die Hinauslegung der Schleuse nächst der Kaiser Josef-Brücke aus dem Flussbette bedingten Modification zu entscheiden.

Wien, 1. Mai 1893.

* * *

(Störung der Nachtruhe durch das Bellen der Wächterhunde.)

(Aus dem Amtsblatte der k. k. Polizeidirection Wien ex 1893, pag. 42.)

Aus Anlass eines speciellen Falles hat die k. k. Polizeidirection Wien mit dem Erlasse vom 17. März 1893, Z. 21485, bekanntgegeben, dass das Halten von Wachhunden nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften niemandem verwehrt werden könne, und dass Beschwerden wegen Behelligung durch das Bellen der Hunde allenfalls als Klage wegen Störung des Besitzes einer Wohnung im Sinne des § 339 des allgem. bürgerl. Gesetzbuches bei dem competenten Civilgerichte einzubringen wären.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim, vormals Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.)

April 1893.

Eingelegt 429.704 fl. 44 kr. von 2044 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 567.389 fl. 2 kr. an 1929 Parteien.

Stand vom 30. April 1893:

Gesammteinlagen auf 19.121 Conti	11,384.958 fl. 91 kr.
Hypothekar-Darlehen	7,680.398 fl. 37 kr.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.)

April 1893:

Stand der Einlagen am 31. März 1893	5,270.297 fl. 82 kr.
Einlagen . . . . . 276.764 fl. 37 kr.	von 1540 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 420.530 fl. 83 kr.	an 1315 „
Stand der Einlagen am 30. April 1893	5,126.531 fl. 36 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen	3,236.116 fl. 52 kr.

* * *

Nachweisung der Steuereingänge im I. Quartal 1893

bei den städt. Steueramts-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter I bis XIX:

Einzahlung	12,457.559 fl. 61	kr.
Landesfürstliche Steuern	6,595.545 fl. 27	kr.
Landesumlagen	1,478.451 „ 62	„
Städtische Umlagen	4,307.876 „ 65½	„
Gewölbwach-Beiträge	15.004 „ 24	„
Handelskammer-Beiträge	29.588 „ 27½	„
Gewerbeschul-Beiträge	31.093 „ 55	„
Summa	12,457.559 fl. 61	kr.

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer sammt Zuschlägen	41.815 fl. 97½	kr.
Hauszinssteuer sammt Zuschlägen	7,653.875 „ 39	„
Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	1,233.110 „ 69½	„
Einkommensteuer sammt Zuschlägen	3,476.762 „ 28	„
Strafbeträge	4.868 „ 63	„
Verzugszinsen (ärarische)	20.712 „ 20	„
Verzugszinsen (communale)	7.487 „ 03	„
Executionskosten (ärarische)	776 „ 34	„
Executionsgebüren (communale)	18.151 „ 07	„
Summa	12,457.559 fl. 61	kr.
Einzahlung im I. Quartale 1893	12,457.559 fl. 61	kr.
Einzahlung im I. Quartale 1892	11,640.344 „ 93	„
daher im I. Quartale 1893 mehr	817.214 fl. 68	kr.

Mit Rücksicht auf die mit 1. Jänner 1893 erfolgte Decentralisierung des städtischen Steueramtes bezüglich der Bezirke I bis IX ist das Central-Steueramt nicht in der Lage, die Einzahlungsziffer des I. Quartales 1893 getrennt nach den Bezirken I bis X, sowie jene der Bezirke XI bis XIX nachzuweisen und in Vergleich mit den Steuereingängen des gleichen Zeitraumes im Vorjahre zu ziehen.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 23. bis 29. April 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 235.487 Kg. (Davon aus Nieder-Österreich — 166.443; aus Ober-Österreich — 2129; aus Mähren — 8441; aus Böhmen — —; aus Galizien — 47.058; aus Ungarn — 9873; aus der Bukowina — 1543; aus Croatien — — Kg.)

Kalbfleisch . . .	56.546 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 6239; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 1820; aus Galizien — 48.487; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — —; Kg.)
Schaffleisch	683 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 290; aus Mähren — 18; aus Galizien — 349; aus Ungarn — 26; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch .	26.569 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 17.706; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — —; aus Mähren — 2035; aus Galizien — 4323; aus Ungarn — 2505; aus Croatien — — Kg.)
Kälber	2088 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 29; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — 36; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1899; aus Ungarn — 17; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — 105 St.)
Schafe	181 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 117; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 7; aus Galizien — 13; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 44 St.)
Schweine . .	801 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 172; aus Mähren — 1; aus Galizien — 624; aus Ungarn — 4; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	226 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 200; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 22; Ungarn — 4 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	20.342 Kg.	Kälber	95 Stück
Kalbfleisch . . .	575 „	Schafe	35 „
Schaffleisch . . .	62 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	677 „	Lämmer	55 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30	bis 70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 52	„ 95	„	„	„
Kalbfleisch		„ 26	„ 70	„	„	„
extrem		„ —	„ —	„	„	„
Schaffleisch		„ 36	„ 52	„	„	„
Schweinfleisch		„ 50	„ 70	„	„	„
Kälber		„ 30	„ 56	„	„	„
Schafe		„ 30	„ 44	„	„	„
Schweine		„ 46	„ 60	„	„	„
Lämmer		„ 2½	„ 5 fl. per Stück.			

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche ziemlich gleich, die Nachfrage aber infolge des großen Auftriebes am Jungviehmarkte bedeutend geringer, so dass sich die Preise, wenn von den extremen Preisen abgesehen wird, im allgemeinen reducierten und Rindfleisch um 2 bis 4 kr., Kalbfleisch um 6 bis 10 kr., Schaffleisch um 4 bis 8 kr., Schweinfleisch um 6 bis 8 kr. und Kälber, Schafe und Schweine um 4 bis 8 kr. billiger abgegeben wurden.

* * *

(Pferdemarkt vom 28. April 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 543 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—380 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 22—55 fl. „ „

Der Markt war äußerst lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 23. bis 29. April 1893:

(Geschlachtet wurden 269 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch		1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	26—44 „
Lungen- und Rostbraten . .	vom Pferde	1 „	30—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—48 „
Dürre Würste		1 „	32—60 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 2—4·—
Häute		per St.	„ 3—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 1. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4280, Weidevieh — —, Beinlvieh — 548.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1975
Galizische „ . . .	1117
Deutsche „ . . .	1710
Büffel „ . . .	26

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3890
Stiere	518
Kühe	420

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 49	bis 61	fl.
(extrem	„ —	„ —	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 49	„ 59	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 49	„ 63½	„
(extrem	„ —	„ 64	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen . .	von 22	bis 32	fl.
Stiere . .	„ 23	„ 33	„
Kühe . . .	„ 22	„ 30	„
Büffel . .	„ 19	„ 26	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 48 bis 103 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . .	133 Stück
Beinlvieh . . .	28 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 702 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes reserviert, daher die Preise der Prima-Qualitäten per 100 Kilo um 1 fl., die der übrigen Sorten um 1 bis 2 fl. gefallen sind.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 23. bis 29. April 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 76—80 Kg.)	von	8	fl.	15	kr.	bis 9 fl. 15 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 76—80 „)	„	7	„	25	„	„ 7 „ 65 „	
Gerste		„	4	„	50	„	„ 8 „ 50 „	
Mais		„	5	„	10	„	„ 5 „ 70 „	
Hafer		„	6	„	45	„	„ 7 „ 20 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	15	fl.	—	kr.	bis	16 fl.	50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	6	„	50	„	„	16 „	50 „	
Roggenmehl	„	7	„	75	„	„	14 „	— „	
Weizenkleie	„	4	„	05	„	„	4 „	25 „	
Roggenkleie	„	4	„	65	„	„	4 „	75 „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 20. April bis 27. April 1893.

Waren eingelagert . . . . . 30.771 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 31.123 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 10.316 Meter-Centner.

Lagerstand vom 27. April 1893: 263.422 Meter-Centner, und zwar:

66.187	Meter-Centner	Weizen,	23.782	Meter-Centner	Roggen,
27.882	„	Gerste,	33.899	„	Hafer,
34.320	„	Mais,	4.547	„	Ölsaaten,
11.106	„	Mehl u. Kleie,	7.643	„	Wein,
2.504	„	Zucker,	7.044	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,514.330 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

Besuch der städtischen Volksbäder im April 1893.

			männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	2833,	davon 2311	522
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	5951,	„ 5051	900
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	8168,	„ 7019	1149
VI. Bez., Ufergasse 4 (Eröffnet August 1892.)	—	4998,	„ 4306	692
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	7189,	„ 5672	1517
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	4365,	„ 3614	751
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	2566,	„ 2284	282
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	7163,	„ 6280	883

Gewerbeangelegenheiten.

(Parteien-Vorführung zu schiedsgerichtlichen Verhandlungen nicht zulässig.) Mit Erlass vom 17. März 1893, Z. 24467, hat die k. k. Polizeidirection in Wien aus Anlass des Ansuchens einer Genossenschaft das ihr unterstehende k. k. Polizeicommissariat angewiesen, die betreffende Genossenschaftsvorstehung dahin zu verständigen, dass die zwangsweise Vorführung einer Partei zu einer schiedsgerichtlichen Verhandlung gesetzlich nicht zulässig erscheint.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 27. April bis 1. Mai 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Gerhardusgasse 38, von Alexander und Bertha Brauner, Bauführer A. Heindl (2660).
III. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2731, Richardgasse und Rechte Bahngasse, von Peregrin Zimmermann, Bauführer Th. Bauer (2601).
V. Bezirk: Haus, Herthergasse 10, von Josef Haala, Bauführer L. Ritter (2727).
VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 88, Baustelle III, von Christian Mörzinger-Cabos und Al. Schweinburg, Bauführer R. Reichelt (2621).
VII. Bezirk: Haus, Kirchengasse 20, von August Stohr, Bauführer E. Schätz (2632).
X. Bezirk: Triesterstraße 15, von Franz Richter, Bauführer E. J. Riediger (13343).
„ „ Siccardsburggasse, Buchengasse, Einl.-Z. 1608, von Josef Hable, Bauführer derselbe (13420).
XII. Bezirk: Fabriksbau, Unter-Meidling, Karlsgasse, von Heinrich Bertrams, Bauführer Josef Hartl (11864).
XIII. Bezirk: Wohnhaus, Penzing, Parc. 663/2, Grund.-Einl. 633, von Wenzel Frtschka, Bauführer Johann Doležal, Baumeister (11376).
XIV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Rudolfsheim, Hugelgasse 18, Parc.-Nr. 1259, Grundb.-Einl. 942, von Leopold Höfer, Bauführer derselbe (9553).
XVII. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Hernals, Schmerlinggasse, Cat.-Parc. 545/86, Einl.-Z. 1233, von Ludwig und Marie Lamsch, Bauführer Wilh. Malser und Franz Roth, Stadtbaumeister (14446.)
XVIII. Bezirk: Villa, Salmannsdorf, Hauptstraße ?, von Aloisia Echinger, Bauführer Friedrich Silberbauer (11864).

Für Umbauten:

XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Hauptstraße 148, von Anton Fickert, Bauführer Josef Grünbeck (18621).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftracte, Schreigasse 12, von Maria Witsch, Bauführer C. Wanitzky (2640).
„ „ Hoftracte, Praterhütte 34, von Karl Friedrich Schaaf, Bauführer A. Jauernick (2757.)
„ „ Hoftracte, Marchfeldstraße 27, von Franz Thier, Bauführer F. Bernert (2761).
III. Bezirk: Fabriksbau, Erdbergerlände 28 b, von Georg Roth, Bauführer F. Roth (2755).
V. Bezirk: Fabriksbau, Mittersteig 26, von Hermann Steinbach, Bauführer F. Doleyschka (2760.)
X. Bezirk: Rettenbachgasse 4, von Josef Kellner, Bauführer F. Schmidt (13171).
„ „ Laaerstraße 170, von D. M. Krassa, Bauführer L. Wetsch (13172).
„ „ Himbergerstraße 23, von Jakob und J. Kuffner, Bauführer Bock (12791).
XI. Bezirk: Ebenerdiger Magazinsbau, Simmering, Hauptstraße 54, von Ernst u. Ignaz Wolf, Bauführer Ant. Schneider, Baumeister (6510).
XIX. Bezirk: Parterre-Zubauten, Stall &c., Ober-Döbling, Schloßgasse 5, von Friedrich Stupper, Bauführer Ed. Spieß (8474).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Giselagasse 5, von Dr. Alb. Seligmann, Bauführer ? (2628).
„ „ Blutgasse 9, von Dr. Isidor Lederer, Bauführer ? (2666).
„ „ Salzthorgasse 5, von Stanislaus Hanusch, Baumeister, Bauführer derselbe (2670).
„ „ Nicolaigasse 1, von Victoria Baronin Gudenus, Bauführer Josef Helmreich (2681).
II. Bezirk: Taborstraße 49, von Dr. Bernhard Brecher, Bauführer ? (2663).
„ „ Dammstraße 15, von Ferdinand und Johann Bergmann, Bauführer ? (2675).
„ „ Treustraße 3, von Heinrich Weiner, Bauführer A. Matschinger (2691).
IV. Bezirk: Theresianumstraße 10, von Albert Maier, Maurermeister, Bauführer derselbe (2611).
„ „ Heugasse 42, von Karl Costenoble, Bauführer Stagl & Brodhag (2746).
V. Bezirk: Einsiedlerplatz 10, von Johann Beer, Bauführer ? (2642).
„ „ Grohgasse 7, von Katharina Prayzner, Bauführer Ch. Gatty (2678).
VI. Bezirk: Garbergasse 10, von Anton Radl, Bauführer J. Ebetshuber (2607).
„ „ Mariahilferstraße 109, von Dr. S. Kohn, Bauführer A. Honus (2671).
„ „ Magdalenenstraße 66, von Anton Antonovitsch, Bauführer Johann Binder (2724).
VII. Bezirk: Neustiftgasse 16, von Josef Seifert, Bauführer M. Göd (2642).
„ „ Kaiserstraße 93, von Julius Marian, Bauführer F. Haslinger (2677).
IX. Bezirk: Garnisonsgasse 6, von Trebisch & Sohn, Bauführer J. Bauer (2609).
„ „ Porzellangasse 45, von Antonia Bodansky, Bauführer C. Hofmann (2614).
„ „ Glasergasse 15, von Michael Stirling, Maurermeister, Bauführer derselbe (2698).
„ „ Altmüllergasse 6, von Otto Wicher, Bauführer A. Höcker (2752).
„ „ D'Orsaygasse 5, Maria Joly, Bauführer E. Schätz (2771).
XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 37, Grundb.-Einl. 265, von Josef Koch, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (6413).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Reschgasse 16, von Josef Kucera, Bauführer Josef Hartl (12143).
XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, Langegasse 57, von Pauline Tausky, Bauführer Josef Nos, Baumeister (11253).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 30, von Franz Lorenz, Bauführer Josef Baldia (18622).
XVII. Bezirk: Reconstruction der abgebrannten Theile der Badeanstalt und Dampfwäscherei, Dornbach, Badgasse 3, von Elisabeth Prünner, Bauführer ? (14445).
XIX. Bezirk: Nussdorf, Hauptplatz 3, von Georg Stöhr, Bauführer Karl Höllerl jun. (8378).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Baderweiterung, Weihburggasse 18—20, von G. A. Gerson, Bauführer E. Czada (2701).
II. Bezirk: Senkgrube, Parc. 558 und 560, Freudenau, von Rudolf Weißhappel, Bauführer Johann Nowak (2604).
„ „ Boxstände, k. k. Prater, Trabrennplatz, vom Wiener Trabrennverein, Bauführer J. Österreicher (2612).
„ „ Magazin, Schüttelstraße 13, von Karpeles & Hirsch, Bauführer R. Reichelt (2613).
„ „ Portierhäuschen, Franzensbrückenstraße 17, von der I. österr. Actiengesellschaft für Lagerhäuschen, Bauführer H. Otte (2644).
„ „ Veranda, Handelskai 266, von Therese v. Kornau, Bauführer L. Radl (2710).
„ „ Senkgrube, Treustraße 6—8, von Franz Bernert, Baumeister, Bauführer derselbe (2726).
III. Bezirk: Facaderenovierung, Fasangasse 45, von Franz Prokop, Bauführer W. Stadler (2768).
VIII. Bezirk: Kesselaufstellung, Lenaugasse 17, von J. Weiner, Bauführer ? (2732).
XII. Bezirk: Magazin, Comptoir, Stallung, Remise, Hetzendorf, Parc. 372/2, Einl.-Z. 499, von Johannes v. Wartpatrikoff, Bauführer Josef Quittinger (11649).
„ „ Schupfen, Unter-Meidling, Hauptstraße 67, von Heinrich Kirschmann, Bauführer J. Schonka (11863).
„ „ Gassenfacade-Renovierung, Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 96—98, von Johann Rauch, Bauführer Josef Hartl (11986).
„ „ Abortbau, Altmannsdorf, Kirchenplatz 2, von Rosalia Ranninger, Bauführer Michael Borak (12145).
XII. Bezirk: Abortbau, Gaudenzdorf, Jakobstraße 6, von der Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft, Bauführer Josef Hofbauer (11990).
XV. Bezirk: Aborte, Fünfhaus, Pouthongasse 16, Congregation des Missions-Institutes vom heiligen Vincenz von Paul (7601).
XVII. Bezirk: Herstellung einer Veranda, Neuwaldegg, Hauptstraße 55, von Ch. Drecoll, Bauführer Mich. Rechansky, Tischlermeister (14444).
„ „ Pissoir, Abort, Senkgrube, Dornbach, Hauptstraße 154, von Kath. Scheiderbauer, Bauführer Johann Steinmetz, Stadtbaumeister (14492).

Für Stockwerksaufsetzungen:

VI. Bezirk: Mollardgasse 50, Brüder Steininger, Bauführer C. Stöger (2610).
XV. Bezirk: Aufsetzung eines dritten Stockwerkes, Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße 14, von Josef und Marie Weinheimer (7547).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Thaliastraße 24, von Johann und Magdalena Rieß, Bauführer Karl Haas (18803).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Hauptstraße 15, von Georg Wanitschek, Bauführer Josef Schober (11804).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

III. Bezirk: Hohlweggasse Grundb.-Einl. 644, Baustelle III, von Karl Tuček, Johann Mayer (2770).
IV. Bezirk: Schleifmühlgasse 11, 13, 15, von Karl Quidenus, Baumeister (2699).
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 67, von Anton Baumgartner und Ant. Merta (2722).
X. Bezirk: Siccardsburggasse — Buchengasse Einl.-Zahl 1608 von Jos. Hable (13129)
„ „ Kudlichgasse 22, von Alois Zötsch (13620).

Gewerbeanmeldungen vom 19. April 1893.

(Fortsetzung.)

Cappe Theodor — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Pfarrg. 11.
Gröger Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Mohreng. 12.
Kanfried Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 66.
Kauf Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 50.
Koch Konrad — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 2.
Mayer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 21.
Müller Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 10.
Petrik Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 30.
Rogner Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 151.
Taub Emanuel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 13.
Wilhelmseder Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 42.
Urban Alexander — Getreideagentie — II., Taborstraße 46.
Schwarz Max, Schwarz Clementine — Goldarbeiter — VII., Neubaugasse 49.
Fuchs Leopold — Gold- und Silberarbeiter — VII., Lerchenfelderstr. 25.
Stingl Andreas — Gürtler — VII., Halbgasse 17.
Galli Eugenio — Gipsfiguren-Erzeugung — V., Gartengasse 19.
Milkowitz Josef — Handel mit Geflügel im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 158.
Winkler Jakob — Herausgabe der periodischen Druckschrift: „Anzeiger für die Schilder-Industrie" — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 17.
Geißler Gustav — Holzbildhauergewerbe — XIV., Kardinal Rauscherplatz 1.
Fischer Franz — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Quellengasse 123.
Seifert Johann — Kleidermacher — VII., Mariahilferstraße 116.
Brändl Emilie — Kleidermachergewerbe — V., Bacherplatz 12.
Petriczek Gustav — Lebzelter — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 19.
Watzek Ignaz — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.
Weiß Fanny — Miedererzeugung — XV., Mariahilfergürtel 37.
Boigner Rosalia — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Türkenstr. 13.
Mascha Marie, Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Kriechbaumg. 24.
Nakaseder Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Meidlingergasse 12.
Fischer Rosa — Modistengewerbe — VII., Bernardgasse 31.
Mikulič Wilhelmine — Pfaidler — XII., Meidlinger Hauptstraße 14.
Böhm Theresia — Pfaidlerin — XIX., Nussdorf, Kirchengasse 8.
Seensann Josefine — Pfaidlerin — XV., Fünfhaus, Goldschlagstr. 26.
Teufl Alexander — Privat-Turnschule für Kinder und Erwachsene — II., Untere Augartenstraße 3.
Zach Johann — Privat-Zitherschule — XV., Märzstraße 32.
Tormer Josef — Rauchfangkehrer — V., Hofgasse 3.

Lukaseder Franz — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 23.
Spiegler Leopold — Sammeln von Pränumeranten — XV., Fünfhaus, Märzstraße 36.
Potočka Alois — Schlosser — XVII., Hernals, Josefigasse 29.
Tragan Karl — Schneider — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 35.
Gregor Leopold — Schuhmacher — X., Himbergerstraße 63.
Janda Johann — Schuhmacher — XIV., Sechshauser Gürtel 9.
Opletal Josef — Schuhmacher — VII., Kaiserstraße 71.
Vitek Josef — Schuhmachergewerbe — IV., Mittersteig 7.
Kubienka Franz — Seilergewerbe — XVII., Ottakringerstraße 104.
Pöchhaker Josef — Stadtlohnwagenbesitzer — XIV., Rudolfsheim, Steinergasse 6.
Müllner Karl — Tischler — XIII., Breitensee, Hütteldorferstraße 12.
Lendl Michael — Verschleiß von Butter, Eier und Obst — II., Schweidlgasse 5.
Pokorny Antonie — Verschleiß von Obst und Südfrüchten im Umherziehen — X., Leibnitzgasse 5.
Tutsch Theresia — Verschleiß von Thon- und Porzellanwaren — III., Pragerstraße 9.
Mallec Anna — Victualienhandel — XIII., Breitensee, Rudolfsgasse 6.
Wiener Johanna — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 31.
Langer Sophie — Victualien-Verschleiß — X., Siccardsburggasse 27.
Schwarz Josef — Victualien-Verschleiß — X., Eugengasse 49.
Redl Susanna — Wäscherin — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 8.
Simon Anna — Wäschergewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 130.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. April 1893.

Würbel Franz — Anstalt für lithographische Zeichnungen — V., Wildenmanngasse 1.
Bauer Ferdinand — Anstreicher — XVII., Hernals, Stiftgasse 40.
Mattas Josef — Anstreichergewerbe — VIII., Lerchenfelderstraße 122.
Berger Josef — Brantweinschenker — XVII., Hernals, Dorotheerg. 30.
Hoffmann Josef — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Schotteng. 17.
Huber Therese — Fiakergewerbe — I., Fleischmarkt.
Huber Therese — Fiakergewerbe — V., Fockygasse 4.
Peller Johann — Flaschenbier- und Weinhandel — XVIII., Gersthof, Hauptstraße 13.
Futterknecht Leonhard — Gastwirt — V., Hundsthurmerstraße 28.
Klein Johann — Gastwirt — VIII., Piaristengasse 54.
Müller Konrad — Gastwirt — VIII., Feldgasse 13.
Grösl Elisabeth — Gastwirtin — VIII., Florianigasse 25.
Orf Katharina — Gastwirtin — V., Untere Bräuhausgasse 49.
Behal Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Porzellangasse 62.
Koller Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 26.
Pinkalszky Engelbert — Handel mit Brot und Weißgebäck im Umherziehen — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 25.
Cerny Matthias — Herrenkleidermacher — X., Quellengasse 60.
Winkler Johann — Kaffeesieder — VIII., Wickenburggasse 23.
Wihnal Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Pramergasse 1.
Kohorn Amalia — Kostgebung — VI., Mariahilferstraße 79.
Christlbauer Karl — Metall- und Stahlpräger — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 17.
Nikolin Maria — Milch-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 5 a.
Stoß Elisabeth — Milch- und Canditen-Verschleiß — IV., Wiedener Hauptstraße 83.
Arnold Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 23.
König Anton — Verschleiß von Milch, Milchproducten und Gebäck — IX., Garnisonsgasse 7.
Trumler Ida — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Johannesgasse 7.
Schropf Amalia — Pferdefleisch- und Wurst-Verschleiß — XII., Hetzendorf, Premlechnergasse 1.
Straß Moriz — Reitschule — III., Rasumofskygasse 27.
Kremina Karl — Schlosser — V., Gartengasse 19.
Skoda Josef — Schneidergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelg. 48.
Baar Rudolf — Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 38.
Lysonek Therese — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Peyerlgasse 17.
Hell Hermann — Tapezierergewerbe — V., Grüngasse 22.
Dollinger Aladar Eugen — Uhrmacher und Verschleiß von Gold- und Silberwaren — IV., Favoritenstraße 20.
Bog Leopoldine — Verkauf von Kurz-, Schnitt- und Wirkwaren sowie Schneider- und Modistenzugehör — XVII., Hernals, Kirchengasse 13.
Neubert Flora — Verschleiß von Selchwaren, Käse und Butter — IX., Währingerstraße 21.
Safer Rudolf — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
Böck Friedrich — Marktvictualienhandel — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 1.
Schwab Heinrich — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Markt in der Elisabethgasse.
Zahorsky Lorenz — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 23.
Drescher Maria — Verschleiß von Wachskerzen, Wachsstöcken und Lebkuchen — IX., bei der Servitenkirche.
Scholz Josefa Leopoldine — Verschleiß von Wachsstöcken, Wachskerzen und Lebkuchen — IX., bei der Servitenkirche.
Schotz Leopoldine — Verschleiß von Wachs- und Lebzelterwaren — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 46.
Kitzig Anna — Wäscheputzerin — IX., Säulengasse 2.
Böhm Marie — Erzeugung von Wetz- und Bimssteinen — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 7.
Tenkrat Marie — Zimmermannsgewerbe — XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. April 1893.

Groß Eduard, Kutscha Franz, Löwenthal Max, Pischof Alfred, Ritter v., Stockert Rudolf, Ritter v. — Bauunternehmung — I., Am Hof 7.
Dellin Therese — Canditen-Verschleiß — IX., Nussdorferstraße 12.
Dimtza Peter N. — Commissionswarenhandel — I., Fleischmarkt 8.
Langer Josef — Dachdecker — XVII., Hernals, Leopoldigasse 21.
Schallat Barbara — Damenkleidermacherin — VII., Spittelberggasse 3.
Hainzl Marie — Dienstvermittlung für weibliche Dienstboten — I., Klostergasse 2.
Hanzl Vincenz — Drechsler — VII., Dreilaufergasse 3.
Schwoma Johann — Drechslergewerbe — XVII., Hernals, Mayßengasse 20.
Grünberg Zisse — Erzeugung von türkischen Canditen — II., Castellezgasse 4.
Pischinger Marie — Fabriksmäßige Erzeugung von Zuckerbäckerwaren — VII., Burggasse 31.
Orglmeister Franz — Fleisch-Verschleiß — VIII., Florianigasse 57.
Augustin Johann — Gastwirt — XII., Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 15.
Engel Sophie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Sennefeldergasse 42.
Frisch Lea — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 56.
Gürtler Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 36.
Kofron Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 18.
Pick Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 64.
Pokorny Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Ober-St. Veit, Langegasse 47.
Schmutz Maria — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 28.
Sproider Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Kaiser-Ebersdorf 57.
Wessely Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchbergg. 27.
Bendl Marianne — Hand- und Maschinstrickergewerbe — VI., Amerlingstraße 15.
Weißenböck Barbara — Handel mit Obst, Grünwaren, Honig und Himbeersaft im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Neuwallgasse 2.
Honzwicka Stephan — Herrenkleidermacher — II., Castellezgasse 4.
Stary Johann — Klaviermacher — VII., Zieglergasse 25.
Grimm Margaretha — Kaffeeschenkergewerbe — II., Gerhardusgasse 18.
Storchbein Rosa — Kaffeeschenkergewerbe — II., Rothen-Sterngasse 8.
Klein Hermine — Miedermachergewerbe — II., Rueppgasse 7.
Franzl Jakob — Milchmeier — XVIII., Währing, Mitterberggasse 23.
Burucker Karoline — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Hirschengasse 2.
Sonnwald Ida — Modistengewerbe — VI., Gumpendorferstraße 99.
Straska Anna — Modistin — VIII., Josefstädterstraße 85.
Papp Barbara — Naturblumen-Verschleiß — I., Bäckerstraße 6.
Pirstitz Marie — Naturblumen-Verschleiß — I., Freyung 2.
Dolfuß Marie — Pfaidlergewerbe — XVIII., Währing, Wienerstraße 37.
Hofbauer Johanna — Pfaidler- und Vordruckergewerbe — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 4.
Hoffmann Seraphine — Pfaidler — VII., Lindengasse 16.
Schuster Katharina — Pfaidlergewerbe — VII., Hofstallstraße 5.
Hofer Josef — Schuhmacher — VII., Breitegasse 13.
Pawlik Marie — Schuhmachergewerbe — XVII., Hernals, Karlsg. 40.
Skaleud Josef — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Breitlgasse 32.
Pfliegl Barbara — Selchwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Kriechbaumgasse 11.
Gerber Anna — Spirituosenhandel — XII., Unter-Meidling, Dammstraße 2.
Blaustein Ephraim — Trödlergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 73.
Pietsch Karl Moriz, Pfohl Josef Ferdinand, Pawlik August Philipp — Tuchhandel — I., Wollzeile 2.
Philipp Feige — Uhrenhandel — I., Wipplingerstraße 18.
Löwy Philipp — Verschleiß von Schneiderzugehörartikeln — I., Wipplingerstraße 5/7.
Elkan Moriz — Verschleiß von Spirituosen und Champagner — I., Kärnthnerstraße 29.
Wodicka Clementine — Victualienhandel — III., Radetzkyplatz.

Tawer Katharina — Marktvictualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Centralmarkt.
Stepan Eva — Marktvictualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Marktplatz.
Svec Anastasia — Marktvictualienhandel — II., Volkertplatz.
Schmidtgruber Clara — Ziergärtnergewerbe — XI., Simmering, Ebersdorferstraße 156.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. April 1893.

Bayer Maria — Anstreichergewerbe — IV., Starhemberggasse 10.
Grasser Johann — Bäcker — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 84.
Lux Octavian — Buchdrucker — VII., Stuckgasse 11.
Rambausch Victor — Commissionswarenhandel mit Insecten-Tinctur und Pulver — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 35.
Schweiger Marie — Damenkleidermacherin — III., Sechskrügelgasse 4.
Fischer Resi — Engros-Verschleiß von Spirituosen — II., Haidgasse 12.
Wagner Josef — Erzeuger von Glas- und Schmirgelwaren — XVI., Neulerchenfeld, Neumayrgasse 29.
Malik Theresia — Feilbieten von Obst und Grünwaren — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 4.
Truksa Francisca — Feilbieten von Obst und Grünwaren — XVI., Ottakring, Langegasse 1.
Hahn Aloisia — Feilbieten von Geflügel, Eier, Butter und Rahm im Umherziehen — Donaufeld, Klosterneuburgerstraße 12.
Mastnak Josefa — Fischhautappretur — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 1.
Brurthaler Andreas — Fleischhauergewerbe — IV., Phorushalle.
Soukup Marie — Fragnergewerbe — V., Gartengasse 28.
Reusthaler Franz — Gastwirt — V., Hartmanngasse 13.
Friewald Maria — Gastwirtsgewerbe — IV., Heugasse 28.
Schey Philipp — Gast- und Schankgewerbe — II., Circusgasse 11.
Brand Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Jagdgasse 38.
Brudl Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonnygasse 21.
Görlich Seraphine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 5.
Indra Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 35.
Rolenc Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wichtelgasse 42.
Skrach Innocenz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Donaustr. 25.
Stockmann Moses Samson — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 44.
Weil Gottlieb — Geschirrhandlung — IV., Margarethenstraße 38.
Langer Ernest — Gürtler- und Bronzewaren-Erzeugung — V., Hundsthurmerstraße 111.
Dietl Antonie — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 91.
Benedikt Friedrich — Handelsagentie — I., Kärnthnerstraße 29.
Lyon Jules — Handelsagentie — IX., Rögergasse 21.
Tuvora Josef — Handel mit Schnittwaren und Kleidern — XII., Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 4.
Šasma Franz — Kleidermachergewerbe — IV., Hauptstraße 79.
Lasch Michael — Kleinfuhrwerk — XVIII., Währing, Wienerstraße 44.
Klameth Ferdinand — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — XVI., Ottakring, Hyrtlgasse 26.
Knohl Johann — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — IV., Große Neugasse 24.
Helm Theresia — Kostgeberin — III., Hauptstraße 106.
Gamauf Magdalena — Milchmeiergewerbe — XVII., Hernals, Hauptst. 39.
Ertl Magdalena — Milch-Verschleiß — V., Wehrgasse 14.
Schreiner Theresia — Milch-Verschleiß — XIII., Penzing, Kaisergasse 5.
Kranzlmayer Therese — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Schlagbaumgasse 17.
Krzywon Karl — Obst- und Gemüse-Agentur — IV., Apfelgasse 2.
Zemanovic Katharina — Obst- und Grünwarenhandel — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 699.
Dobias Cäcilie — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Ottakring, Seitenberggasse 18.
Braudmayer Johann Karl — Pretiosen-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 58.
Nowak Leopold — Schriftgießer — VII., Kaiserstraße 81.
Rödl Julius — Schuhmachergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Peyerlgasse 17.
Mach Josef — Spengler — II., Hannovergasse 23.
Gubitzer Jakob — Stadtträger — I., Schottenring, bei der Börse.
Holly Josef — Stellfuhrgewerbe — XIII., Ober-St. Veit, Einsiedelei.
Rosen Franz jun. — Trödlergewerbe — VII., Kaiserstraße 57.
Nowak Clara — Verschleiß von Bettwaren und Tapeziererwaren — III., Wassergasse 21.
Löwi Caroline — Verschleiß von Brantwein in verschlossenen Flaschen — V., Schallergasse 9.
Reszeli W. Franz, v. — Verschleiß von Kaffee und Feigenkaffee — XIV., Rudolfsheim, Feldgasse 4.
Newes Julie — Verschleiß von mercantilen Drucksorten, welche zu den artistischen Erzeugnissen gehören — II., Taborstraße 3.
Rübenstein Maximilian — Verschleiß von Holzgalanteriewaren — VII., Dreilaufergasse 3.
Sagmeister Elisabeth — Verschleiß von Papier, Zeichen- und Schreibrequisiten, Schulheften und Drucksorten — XI., Simmering, Hauptstraße 76.
Obermüller Katharina — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — IV., Margarethenstraße 50.
Fuchs August — Marktvictualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Schöbinger Marie — Marktvictualienhandel — IV., Kärntnerthormarkt, Hütte 523.
Ankerl Karl — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 35.
Bertrando Pauletta — Weinhandel in handelsüblich verschlossenen Flaschen — IV., Igelgasse 20.
Brandstetter Franz — Weinschenker — XVII., Hernals, Kirchengasse 24.
Kuntner Georg — Ziergärtner — II., Burghartsweg 379.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. April 1893.

Schorn Hermine — Ausschank gebrannter geistiger Getränke und Thee — VII., Burggasse 103.
Klofs Franz — Cantinenbesitzer — Auf den Donauregulierungs-Gründen beim Baue der Bahn zur Verbindung der Nordwestbahn mit den k. k. Staatsbahnen.
Reich Leopold — Conditoreigewerbe — IV., Pressgasse 22.
Kammermeyer Albine — Damenkleidermacherin — VII., Mariahilferstraße 40.
Kratzer Magdalena — Dienstvermittlung — XVI., Ottakring, Hoferg. 4.
Wytvar Agydius — Drechsler — IX., Pfluggasse 6.
Engel Andreas — Einspännergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Alleeg.
Dänzer Georg — Erzeugung von Klebstoffen — XVI., Neulerchenfeld, Liebhardtsgasse 40.
Leo Franz — Gast- und Schankgewerbe — XII., Hetzendorf, Schönbrunnerstraße 22.
Czapek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 14.
Krenn Maria — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 17.
Orgony Marie — Grünwaren-Verschleiß — II., Nordwestbahnstraße 6.
Komenicek Thomas — Gürtler — XV., Fünfhaus, Burggasse 9.
Löwy Emanuel — Handel mit Schafwolle — II., Lilienbrunngasse 18.
Bergel Heinrich — Kaffeesiedergewerbe — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 86.
Fürst Maximilian — Kaffeesieder — IV., Alleegasse 49.
Hanzalek Josef — Kleidermachergewerbe — IV., Margarethenstraße 40.
Breier Theresia — Marktfierantie — VII., Zollergasse 48.
Röber Helene — Miedererzeugung — III., Rennweg 39.
Molitor Christine — Personalapothekergewerbe — X., Himbergerstr. 10.
Fuchs Marie — Pfaidlerin — XVI., Ottakring, Ganslerergasse 13.
Czermak Anna — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IX., Währingerstraße 48.
Friedrich Nina — Spitzen-Verschleiß — IX., Maria Theresienstraße 19.
Kutschera Andreas — Tischler — VII., Neustiftgasse 88.
Erste Wiener Arbeiter-Bäckerei, r. G. m. b. H. — Verfertigung und Verkauf aller in das Bäckerfach einschlagenden Artikel — XV., Fünfhaus, Thalgasse 9.
Filipek Katharina — Victualien-Verschleiß — IX., Fuchsthalergasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. April 1893.

Meißner Josef — Anstreicher — XVIII., Währing, Marktplatz 3.
Völkl Anna — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 62.
Nekovarik Franz — Drechslergewerbe — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 30.
Austerlitz Gustav — Fächermacher — VI., Bürgerspitalgasse 3.
Mogg Juliane — Feinputzerei — XIV., Sechshaus, Schulgasse 1.
Stettinger Johann — Gastwirtsgewerbe — V., Siebertgasse 4.
Benesch Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 29.
Bleidecker Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Dietrichsteing. 7.
Kopecky Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 64.
Motter Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 23 a.
Sommer Emil — Handelsagentie — IX., Kinderspitalgasse 3.
Igel Martin — Handelsagentie in Stahlwaren — I., Franz Josefs-Quai 51.
Lion Jakob — Handel mit Gemälden — VII., Seidengasse 44.
Witamwas Barbara — Handschuh-Verschleiß — VII., Neubaugasse 73.
Baum Moriz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Spar- und Renten-Zeitung" — I., Wipplingerstraße 9.

Bredow Oskar Heinrich v. — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Illustrierter katholischer Anzeiger für Stadt und Land" — XVII., Hernals, Karlsgasse 14.

Kozarkiewicz Constantin — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Prawoslawnaja Bukowina, Gazeta dlja prawoslawnago bukowinskago naroda" — XVII., Hernals, Stiftgasse 7.

Smažinka Constantin — Holz- und Kohlen-Verschleiß — V., Kriehuberg. 35.

Verein „Reisende Kaufleute Österreich-Ungarns", Vertreter Kornei Siegmund — Informationsbureau — I., Freisingergasse 6.

Preclik Francisca — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Wipplingerstraße 27.

Schindl Matthias — Korbflechter — XIV., Rudolfsheim, Schellingerg. 21.

Sack Eugenie — Marktvictualienhandel — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel.

Schwingshandl Aloisia — Marktvictualienhandel — VII., Markthalle, Zelle 189.

Heger Anna — Maschinstrickergewerbe — XVII., Hernals, Gürtelstr. 11.

Fritsch Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Schmerlinggasse 17.

Janisch Maria — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Kriehuberg. 15.

Lerch Clemens — Musikalienhandel — I., Kohlmarkt 16.

Peterzilka Ludwig — Musiker — XVII., Hernals, Veronikagasse 42.

Rozlinka Franz — Musiker — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 8.

Volkmann Jenny — Pfaidlerei — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 12.

Nemeth Geza v. — Photographengewerbe — VI., Mariahilferstraße 101.

Bednarz Franz — Pränumerantensammlung auf Druckwerke — V., Johannagasse 20.

Eder Johann — Reinigung von Fenstern, Thüren und Portalen — I., Bäckerstraße 9.

Mannheimer Berthold — Repräsentant der „Vaterländischen Lebensversicherungs-Actiengesellschaft in Elberfeld", G. R. i. Ö. — I., Gonzagag. 1.

Koletschek Johann — Schuhmacher — XVII., Hernals, Leopoldigasse 11.

Müller Franz — Silberplattierer — XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 22.

Witzmann Franz — Stadt- und Landlohnkutscher — XVII., Hernals, Hauptstraße 43.

Kraft Georg — Tischler — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 122—124.

Theim Amilian — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 13.

Hahn Regine — Verschleiß von Photographien — I., Freisingergasse 7.

Kleppner Leon — Wäscheputzerei — IX., Schlickgasse 6.

Schiroffnig Marie — Wäscheputzerei — V., Grohgasse 7.

Weigkricht Anton — Web- und Wirkwaren-Erzeugung — XIII., Baumgarten, Hauptstraße 16.

Hambacher Josefa — Wildbret- und Geflügelhandel — I., Hoher Markt.

Geritzhuber Francisca — Zeitungs-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 97.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. April 1893.

Zetsche Friedrich — Agent — III., Pragerstraße 13.

Ledl Ernst — Bürstenmacher — XIII., Penzing, Gärtnergasse 4.

Kopeindl Elise — Damenkleidermacherin — III., Sophienbrückengasse 11.

Peterzilka Marie — Damenkleidermacherin — XV., Fünfhaus, Fünfhausgasse 15.

Poigenfürst Johann — Fleischhauer — XVIII., Währing, Marktplatz.

Schey Johann — Fleischhauer — X., Himbergerstraße 147.

Österreicher Alois — Fleisch-Verschleiß im Umherziehen — III., Paulusgasse 7.

Sold Josef — Fremdenbeherbergung — XIII., Penzing, Poststraße 62.

Brych Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Palffygasse 17.

Gellert Auguste Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Annagasse 20.

Wodak Abraham — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 14.

Blaha Josefine — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 12.

Dix Moriz — Handel mit Tuchresten und Tuchabfällen — XV., Fünfhaus, Fünfhausgasse 6.

Rudavsky Rosalia — Hausierhandel mit Obst und Grünwaren — XVIII., Währing, Neugasse 10.

Trittenwein Josef — Kanalräumergewerbe — XIII., Breitensee, Schmelzgasse 5.

Großkopf Marie — Kleidermachergewerbe — IV., Taubstummengasse 5.

Kohn Helene — Lederausschnitt — XIV., Rudolfsheim, Pereyragasse 1.

Rieger Franz — Schneider — XV., Fünfhaus, Idagasse 5.

Haller Hermine — Spirituosenhandel — X., Leebgasse 53.

Schmidt Amalie — Spirituosenhandel — IX., Straßnitzkygasse 8.

Schnabl Johann — Tapezierergewerbe — IV., Danhausergasse 9.

Windisch Jakob — Trödlergewerbe — XVII, Hernals, Ottakringerstraße 30.

Einhorn, recte Gottlieb Sarah — Verschleiß von Käse, Salami, Eier und Butter — IX., Servitengasse, Ecke der Grünethorgasse.

Hornacek Elisabeth — Victualien-Verschleiß — III., Hohlweggasse 13.

Schmiedmayer Magdalena — Wäschergewerbe — III., Schützengasse 11.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. April 1893.

Czerny Johann — Anstreicher — XVIII., Währing, Uniongasse 7.

Eret Karl — Bäckereigewerbe — XVI., Ottakring, Hubergasse 14.

Müllner Josef — Bäckereigewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 31.

Reidinger Franz — Baucantine — I., Annagasse 3.

Satzel Johann — Brantweinschenker — XVII., Hernals, Rötzergasse 39.

Scholze Hermann, Frankel Jakob — Commissionsgeschäft in Börseeffecten — II., Praterstraße 7.

Menzl Marie — Damenkleidermacherin — IV., Preßgasse 1.

Heindl Theresia — Dienstvermittlung für weibliche Dienstboten — IV., Belvederegasse 42.

Löwenstein Adolf — Eier-Commissionshandel — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 85.

Wolff Anton — Erzeugung von Zündstreifen — XVI., Ottakring, Galitzynstraße Conscr.-Nr. 372.

Machureck Josef — Fassbinder — XII., Meidling, Hauptstraße 63.

John Rudolf — Flaschenbierhandel — X., Landgutgasse 9.

Zeiler Franz — Fleischhauergewerbe — III., Großmarkthalle.

Hutter Siegmund — Gastwirt — II., Praterstraße 35.

Köttl Anton — Gastwirt — II., Schreigasse 15.

Ram Karl — Gastwirt — IX., Höfergasse 16.

Bachl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währinger Gürtel 44.

Koch Elisabeth — Handel mit Obst und Spargel im Umherziehen — IV., Hauptstraße 78.

Marsik Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Hernals, Leitermayerg. 6.

Schraub Wilhelm — Industriemaler — IX., Liechtensteinstraße 94.

Stegner Josef — Kaffeesieder — II., Taborstraße 56.

Zehrer Johann — Kaffeesieder — IX., Hebragasse 4.

Lexmaul Anton — Kleidermachergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 32.

Sedlaček Ludmilla — Kleidermachergewerbe — IV., Igelgasse 9.

Freytag Rudolf — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Hyrtlgasse 5.

Strohner Francisca — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — X., Rudolfshügel, Stephaniestraße 22.

Schuch Franz — Klein-Verschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Salzergasse 36.

Knorr Theresia — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Seitenberggasse 16.

Gruber Franz — Korbflechtergewerbe — XVIII., Währing, Wienerstr. 9.

Schosberger Adolf — Limonade-Erzeugung — IX., Ackergasse 11.

Bič Marie — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.

Gasparik Paul — Marktvictualienhandel — IV. Kärntnerthormarkt.

Spitzer Ernestine — Marktvictualienhandel — II., Volkertplatz.

Ring Jeannette — Milch- und Gebäckverschleiß — I., Liebiggasse 9.

Parth Katharina — Naturblumenhandel im Umherziehen — X., Leibnitzgasse 44.

Breuer Moriz — Pfaidlergewerbe — II., Wallensteinstraße 46.

Koschatzky Pauline — Pfaidlerei — XIX., Ober-Döbling, Hauptstr. 7.

Fraßl Franz — Privat-Vorbereitungsschule für Elektrotechnik und Mechanik — XVIII., Währing, Wienerstraße 82.

Logner Anton Franz — Schlosser — II., Stromstraße 50.

Briza Franz — Schuhmacher — III., Baumgasse 33.

Reichsfeld Maximilian — Tischlergewerbe — I., Zelinkagasse 12.

Schotka Franz — Tischler — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 47.

Fischer Malvine — Übernahme zum Putzen und Färben — I., Spiegelg. 27.

Brückner Franz — Verschleiß von Bier in handelsüblich verschlossenen Flaschen — IX., Liechtensteinstraße 105.

Duldner Michael — Verschleiß von Gerbstoffen und Leder — II., Untere Donaustraße 13.

Preßburger David — Verschleiß von sämmtlichen im reinen Verkehre stehenden Militärartikeln — II., Treustraße 52.

Uhlfelder Marianne — Verschleiß von Spiel- und Kurzwaren — II., Stephaniestraße 3.

Dobias Stephan — Victualienhandel — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 79.

Blaha Marie — Victualien-Verschleiß — II., Czerningasse 13.

Pucalka Johanna — Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Possingerg. 2.

Barensfeld Moriz, Barensfeld Emma, Wedekind Otto — Weinagentie — I., Reichsrathsstraße 21.

Mang Julius — Würstel- und Brot-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.

Körner Berthold — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 95.

Röhling Wenzel — Ziergärtner — XIX., Nussdorf, Bräuhausgasse 2.

Maurer Karl — Zimmermaler — II., Leopoldsgasse 26.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 28. April 1893.

Ludwig Robert — Cartonnagewaren-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 34.

Jurischovitz Anton — Commissionswarenhandel — VI., Gumpendorferstraße 55.

Anzenhofer Adelheid — Cravatten-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 59.

Wucherer Eugen — Drechslergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 25.
Liebgold Leopold — Erzeugung von Marmorwaren — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 34.
Stoffela Josef — Erzeugung diätetischer Präparate — XIII., Baumgarten, Hütteldorferstraße 15.
Daniel Anna — Fiakergewerbe — I., Getreidemarkt.
Weidemann Adalbert — Fragner — XVIII., Währing, Herrengasse 23.
Pusch Ferdinand — Fremdenbeherbergung — III., Hauptstraße 31.
Pable Franz — Friseur und Raseur — VI., Esterházygasse 28.
Wyborny Florian — Friseur und Raseur — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 43.
Bauer Anton — Gastwirt — XVI., Ottakring, Hauptstraße 232.
Dürnwöber Martin — Gastwirt — VIII., Auerspergstraße 15.
Grötzer Franz — Gastwirt — VI., Mariahilferstraße 45.
Katzelberger Johann — Gastwirt — VIII., Lerchenfelderstraße 116.
Alex Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Brückengasse 6.
Schwarzenbiller Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Fuchsthalergasse 13.
Tamsald Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 96.
Schneider Simon — Handelsagentie — VIII., Alserstraße 47.
Jellinek Gottlieb — Handschuhmacher — VI., Mariahilferstraße 81.
Kohn Max — Herrenkleidermacher — XVII., Hernals, Annagasse 50.
Mazanek Theresia — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Erlachgasse 28.
Solnar August — Hutmacher — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 27.
Waber Louise — Kaffeeschankgewerbe — IX., Seegasse 13 b (neu 17).
Pereles Wilhelmine — Kostgeberin — VI., Garbergasse 11.
Hausmann Julius — Maschinschlosserei und Eisendreherei — VI., Königseggasse 2.
Kuhn Amalia — Modistengewerbe — VI., Hirschengasse 4.
Herzog Alexander — Pfaidler — VIII., Alserstraße 65.
Panzner Anton — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Hauptstraße 65.
Stiaßny Jakob — Spirituosen-Verschleiß in verschlossenen Gefäßen — VI., Mollardgasse 46.
Fleischer Stephan — Tischler — XVI., Ottakring, Degengasse 52.
Rudolf Johann — Tischlergewerbe — XVIII., Währing, Weinbergg. 13.
Fievet Karl Gerhard — Verschleiß von Eau de Cologne — VI., Amerlingstraße 9.
Kormann Mathilde — Verschleiß von neuen Uhren — VIII., Blindengasse 10.
Wurm Marie — Victualienhandel — VIII., Laudongasse 32.
Dietl Anton — Zimmermalergewerbe — XV., — Fünfhaus, Österleing. 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. April 1893.

Fak Johann — Bäcker — X., Waldgasse 39.
Müllner Maximilian — Bäcker — IX., Schwarzspanierstraße 14.
Holländer Jakob — Borstenviehhandel — III., Central-Viehmarkt.
Siegl Alfred — Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 28.
Neuschiller Zeline, recte Seline — Damenkleidermacherin — II., Körnergasse 2.
Bollinger Karl — Flaschenbierhandel — XIII., Penzing, Poststraße 36.
Felsinger Rudolf — Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Dornbach, Braungasse 354.
Sedivy Wenzel — Fleischselchwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstr. 30.
Wrtilek Aloisia — Fragnergewerbe — IV., Danhausergasse 3.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 28. April 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Ritt. v. Neumann und Kirchmayer wegen Fernbleibens . . . 885
2. Spende des Herrn Heinrich Nemschitz für Arme . . . 885
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die angebliche Errichtung eines ständigen Epidemiespitales auf dem zwischen Goldschlag- und Felberstraße, Holocher- und Hugelgasse gelegenen Platze im XIV. Bezirke . . . 885
4. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die infolge einer Brunnenanlage des Herrn v. Kuffner am Heuberg zu befürchtende Entwässerung von Brunnen in Dornbach . . . 885
5. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Jedlička, betreffend die Flüssigmachung der Remunerationen für die provisorischen katholischen Religionslehrer . . . 886

Interpellationen: Seite
6. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend die Vergebung der Portlandcement-Lieferung für das Baulos I des Sammelcanales am linken Donauufer an eine ungarische Firma durch den Stadtrath 886
7. Gem.-Rath Tagleicht, dasselbe betreffend . . . 886
8. Gem.-Rath Röhrl, dasselbe betreffend . . . 886
9. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Übertragung von der freiwilligen Feuerwehr in Gaudenzdorf gehörigen Feuertelegraphen-Apparaten . . . 887
10. Derselbe, betreffend die Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke . . . 887
11. Gem.-Rath Gräf, betreffend einen Fall des Verkaufes einer Schankgewerbe-Concession . . . 887
12. Gem.-Rath Steiner, betreffend seinen auf Sequestration der Wiener Tramway-Gesellschaft gestellten Antrag . . . 887
13. Derselbe, betreffend die Aufstellung gewisser erschwerender Bedingungen anlässlich der Ertheilung einer Baubewilligung im XIX. Bezirke, Sieveringerstraße, durch den Magistrat . . . 888
14. Derselbe, betreffend angebliche Incorrectheiten des Bezirksausschusses B. A. Wilhelmy im XIX. Bezirke . . . 888
15. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Ausführung des Engelbrunnens im IV. Bezirke . . . 889

Anträge:
16. Gem.-Rath Schenzel, betreffend die Verlegung des in der Sechsschimmelgasse befindlichen Pferdestandplatzes in die Alserbachstraße . . . 889
17. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Pflasterung der Linzer Reichsstraße zwischen Penzing und Hütteldorf . . . 889
18. Derselbe, betreffend die Erlassung eines Regulativs für die Ausführung von elektrischen Anlagen . . . 889
19. Gem.-Rath Koch, betreffend die Bespritzung der Ebersdorferstraße im XI. Bezirke . . . 889
20. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Pflasterung der Weinhauserstraße im XVII. Bezirke . . . 889
21. Derselbe, betreffend die Vornahme eines Localaugenscheines zum Zwecke der Abstellung mehrerer Übelstände im XVI. Bezirke 889
22. Gem.-Rath Gräf, betreffend Vorkehrungen zur Verhütung der Weiterverbreitung von Infectionskrankheiten bei der Vornahme der Militär-Assentierungen . . . 890
23. Gem.-Rath Gfrorner, betreffend die Verpflichtung des Stadtrathes, bei Vergebung von Materiallieferungen nur die heimische Industrie in Berücksichtigung zu ziehen . . . 890
24. Gem.-Rath Ziegelwanger, betreffend Vorkehrungen behufs zweckentsprechender Wasserbeschaffung zu Feuerlöschzwecken in Breitensee . . . 890

Referate:
25. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich einiger Theilstrecken der Gürtellinie und der Vorortelinie der Stadtbahn . . 891
26. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend den Verkauf der Baustelle I a, Jacquingasse im III. Bezirke an Karl Fröschl . 898
27. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Projectgenehmigung für einen Zubau zum Schulgebäude im XII. Bezirk, Schönbrunnerstraße 39/41 . . . 901
28. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend das Übereinkommen mit den Gemeinden Inzersdorf, Oberlaa und Kledering bezüglich der Activen und Passiven anlässlich der Einbeziehung von Theilen dieser Gemeinden zu Wien . . . 904

Allgemeine Nachrichten:
Wiener Verkehrsanlagen . . . 905
Störung der Nachtruhe durch das Bellen der Wächterhunde . . . 905
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim . . . 905
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals . . . 905
Nachweisung der Steuereingänge im 1. Quartal 1893 bei den städt. Steueramts-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter I bis XIX . . . 905
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 23. bis 29. April 1893 . . . 905
Pferdemarkt vom 28. April 1893 . . . 906
Schlachtviehmarkt vom 1. Mai 1893 . . . 906
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 23. bis 29. April 1893 . . . 907
Städtisches Lagerhaus . . . 907
Sanitätsangelegenheiten:
Besuch der städtischen Volksbäder im April 1893 . . . 907
Gewerbeangelegenheiten:
Parteien-Vorführung zu schiedsgerichtlichen Verhandlungen . . . 907
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 27. April bis 1. Mai 1893 . . . 907
Gewerbeanmeldungen . . . 908
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 56046

Ref.-Nr. 946 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Zollergasse, zwischen der Siebenstern- und Mondscheingasse im VII. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1729 fl. 65 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 56080

Ref.-Nr. 948 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Grüngasse im V. Bezirke, zwischen der Wienstraße und Rüdigergasse,** im veranschlagten Kostenbetrage von 1826 fl. 39 kr. und 250 fl. Pauschale, zusammen von 2076 fl. 39 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 24624.

Ref.-Nr. 386 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Zelinkagasse im I. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4938 fl. 35 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. April 1893. 1—3

*

Prot.-Nr. 229810 ex 1892.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 17 Nussdorferstraße / 12 Fuchsthalergasse Einl.-Z. 590 IX. Bezirk entstandenen Baustelle im Ausmaße von circa 486 m²** wird vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **10. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind entweder 5% (fünf Percent) von dem Kaufpreise, welcher sich nach dem Anbote mit Rücksicht auf das im Plane angegebene Flächenmaß ergibt, als Vadium anzuschließen, oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. April 1893. 1—3

Prot.-Nr. 42745 ex 1893.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung **der Lieferung von mindestens 170.000 Metercentnern preußisch-schlesischer Steinkohle ab Grube und von 3500 Raummetern weichem Holze, dann der Verfrachtung von ungefähr 150.000 Metercentnern Steinkohle von den städtischen Rutschen am Nordbahnhofe in die Lagerräume der im Wiener Gemeindegebiete gelegenen städtischen Anstalten für die Zeit vom 1. Juni 1893 bis 31. Mai 1894** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Donnerstag den 4. Mai l. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst sowie in den Marktamtsabtheilungen am Nordbahnhofe und beim Wasserzollamte an der Rossauerlände während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen, sowie Exemplare derselben zum Preise von je zehn Kreuzern in der städtischen Hauptcasse erhalten.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. April 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 47992
Ref.-Nr. 707 ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Cementkalklieferung, der Steinmetz-, Spenglerarbeiten, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Lieferung der Traversen, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser-, Kunststeinarbeiten, der Lieferung der Isolierplatten, der Holzcement-Dachherstellung, der Steinzeugwarenlieferung, der Herstellung der Central-Heizanlage, der Möbeltischler-, Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Gasleitungs-Installationsarbeiten, endlich der Einrichtung der Fäcalienabfuhr für den Schulhausbau im XIII. Wiener Gemeindebezirke, Unter-St. Veit, Anhofstraße Or.-Nr. 27,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Mittwoch den 17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Bemerkt wird, dass die Führung des Baues in zwei Bauperioden, wie dies in den Plänen ersichtlich gemacht ist, zu geschehen hat; in der ersten Bauperiode sind diejenigen Theile des Projectes in Ausführung zu bringen, welche roth angelegt sind, und in der zweiten Bauperiode, d. i. nach Übersiedlung der alten Schule in die neu ausgeführten Gebäudetheile, sind diejenigen Theile des Projectes auszuführen, welche in den Projectsplänen nicht angelegt sind.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. April 1893. 2—3

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Behufs Übernahme der bei dem Neubaue der **Pfarrkirche** und des **Pfarrhauses in Rudolfsheim** vorkommenden **Baumeister-, Steinmetz- und Bauschlosserarbeiten** wird eine allgemeine Offertverhandlung eingeleitet.

Die Baupläne können bei dem Bauleiter, k. k. Ober-Ingenieur Architekt Karl Schaden, I., Hoher Markt Nr. 5, 4. Stock, von 10 bis 1 Uhr eingesehen und daselbst das Arbeitsausweis-Blankett, die allgemeinen und speciellen Bedingnisse und das Offertformular gegen Erlag von zusammen 10 fl. in Empfang genommen werden.

Dem nach Vorschrift des § 3 der allgemeinen Bedingnisse auszufertigendem Offerte sind das gehörig in den Preisansätzen ausgefüllte und summierte Arbeitsausweis-Blankett, dann die allgemeinen und speciellen Baubedingnisse, sämmtlich eigenhändig unterschrieben, und der Erlagsschein über das bei der n.-ö. Landeshauptcassa deponierte 5percentige Vadium anzuschließen.

Dieses derartig belegte Offert ist bis inclusive **9. Mai 1893, 12 Uhr,** versiegelt, mit der Überschrift: „Offert für die Übernahme der Baumeister-, respective Steinmetz- oder Bauschlosserarbeiten" **im technischen Departement (Hochbau-Abtheilung) der k. k. n.-ö. Statthalterei I., Herrengasse Nr. 11, 3. Stock,** einzureichen.

Unvollständig ausgefertigte oder unvollständig instruierte oder nach Ablauf des festgesetzten Einreichungstermines vorgelegte Offerte werden nicht berücksichtigt.

Zur Darnachachtung wird ausdrücklich hervorgehoben, dass nur jene Offerenten bei der Offertverhandlung auf Berücksichtigung ihres Angebotes zählen können, welche in einer alle Zweifel ausschließenden Weise ihre finanzielle und technische Leistungsfähigkeit bezüglich der soliden Ausführung der übernommenen Bauten darzuthun in der Lage sein werden.

Wien, den 28. April 1893. 2—3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Z. 36.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 24. d. M., Z. 9420, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate August 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 25311 bis incl. Pfand-Nr. 30508 und **Effecten** von Pfand-Nr. 59323 bis incl. Pfand-Nr. 69014 am **12. Mai 1893, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 27. April 1893. 2—3

M.-Z. 25450
VI.

Kundmachung.

Fischereiverpachtung.

Wegen Verpachtung des Fischereirechtes des Fondsgutes Ebersdorf a. d. Donau im Donaustrome und den Gewässern in den Wasserparcellen 358/1, 358/5, 360/2, 368/5 von der Mitte des Donaustromes bis zum linken Inundationsdamme, Catastralgemeinde Gut Ebersdorf, und 2064/1, 2065, 2066/1, 2066/5, Catastralgemeinde Mannswörth, findet die Pachtverhandlung, bei welcher schriftliche und mündliche Offerte auf die Pachtdauer von 10 Jahren angebracht werden können, **am Dienstag den 9. Mai 1893, um 10 Uhr vormittags, im Gemeindegasthause in Groß-Enzersdorf statt.**

Die Offerenten haben ein Vadium in der Höhe des angebotenen einjährigen Pachtzinses den Offerten anzuschließen, bezüglich bei mündlichen Offerten zu erlegen, oder aber die Bestätigung der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf über den Erlag des Vadiums beizubringen.

Schriftliche versiegelte Offerte, welche mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen sein müssen, können auch **vor der Pachtverhandlung bis 8. Mai, um 12 Uhr mittags,** im Departement VI des Magistrates, Magistratsrath Furch, neues Rathhaus, 3. Stiege, 2. Stock, überreicht werden, wo auch die speciellen Bedingungen eingesehen werden können.

Auf verspätet einlangende, nicht gehörig ausgestattete oder nicht mit dem Vadium belegte Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Pachtverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien am 28. April 1893. 1—1

Z. 809.

Edict.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk wird wegen Einbringung rückständiger Nachsteuer die Feilbietung der auf 127 fl. 92 kr. geschätzten beweglichen Sachen, bestehend aus: zwei Fass Morer Weißwein, ein Fass Ofener Rothwein, dem Herrn Ferdinand Pokorny gehörig, bewilligt.

Zur Vornahme dieser Feilbietung wird der **10. Mai 1893 für den I. Termin** und der **24. Mai 1893 für den II. Termin** mit dem Beisatze bestimmt, dass diese Gegenstände, wenn sie beim ersten Termine nicht wenigstens um den Schätzungswert verkauft würden, beim zweiten Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige wollen daher an dem bestimmten Tage, um **10 Uhr vormittags, im Hause Nr. 14 Hasengasse, X. Bezirk,** erscheinen.

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk

Wien, am 24. April 1893. 2—2

Mahnung

zur Einzahlung der **II. Rate der Hauszins-, Hausclassen-, Grundsteuer und der 5 Percent Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude** für das Jahr **1893.**

Zufolge der Kundmachung der k. k. nieder österr. Finanz-Landes-Direction vom 28. März 1893 werden die **Haus- und Grundsteuerpflichtigen** erinnert, dass **die am 1. Mai fällige II. Rate der Hauszins-, Hausclassen-, Grundsteuer und der 5 Percent Steuer vom Ertrage hauszinssteuerfreier Gebäude** für das Jahr **1893** spätestens 14 Tage nach Ablauf des obbezeichneten Einzahlungs-Termines, das ist längstens **bis 15. Mai 1893,** und zwar **zufolge des §. 5 des Gesetzes vom 9. März 1870, Nr. 23 R.-G.-Bl., selbst in dem Falle, wenn die Steuerschuldigkeit für das laufende Jahr noch nicht definitiv vorgeschrieben, der Zahlungsauftrag somit noch nicht zugestellt wurde, nach der Gebür des Vorjahres** zu entrichten ist, widrigens zufolge §. 3 des letztcitierten Gesetzes, beziehungsweise nach dem Gesetze vom 23. Jänner 1892, Nr. 26 R.-G.-Bl., und bezüglich der Gemeindezuschläge nach dem Gesetze vom 6. Juli 1877, Nr. 18 L.-G.-Bl., insoferne die ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, **die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen** eintritt, welche für je hundert Gulden und für jeden Tag rücksichtlich der Staatssteuern mit $1^3/_{10}$ kr. von dem auf den festgesetzten Einzahlungs- (Fälligkeits-) Termin nächstfolgenden Tage, das ist vom 2. Mai 1893, und bezüglich der Gemeindezuschläge und Mietzinskreuzer mit $1^1/_2$ kr. von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage, das ist vom 16. Mai 1893 an, bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu berechnen und mit derselben einzuheben sind.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. April 1893. 3—3

Z. 15541.

Kundmachung

der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction, betreffend die Termine zur Einzahlung der directen Steuern im II. Quartale 1893.

Es wird hiemit erinnert, dass im Laufe des II. Quartals 1893 die directen Steuern in Niederösterreich in nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen sein werden:

a) **die Grund-, dann die Hauszins- und Hausclassensteuer und die 5percentige Steuer** von den aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zinssteuerfreien Gebäuden **am 1. Mai;**

b) **die Einkommensteuer,** soweit solche nicht durch den Abzug von den Zinsen oder anderen Bezügen unmittelbar eingebracht wird, **am 30. Juni.**

Werden die oben erwähnten Steuern sammt Staatszuschlägen nicht spätestens **vierzehn Tage** nach Ablauf der voraus festgestellten Zahlungstermine eingezahlt, so tritt die Verpflichtung zur Entrichtung **von Verzugszinsen** ein, welche, insoferne die ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, für je 100 fl. und für jeden Tag mit $1^3/_{10}$ Kreuzer von dem auf die oben festgesetzten Einzahlungstermine nächstfolgenden Tage an einzuheben sind.

Wird die Steuerschuldigkeit nicht binnen **vier Wochen** nach dem Einzahlungstermine abgestattet, so ist dieselbe sammt den bis zum Zahlungstage entfallenden Verzugszinsen sofort mittelst des vorgeschriebenen Zwangsverfahrens einzubringen.

Wien, am 28. März 1893. 3—3

Z. 2680
VII.

Kundmachung.

(Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsplätze.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass beim Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde nachstehende Stiftplätze in Erledigung gekommen sind, und zwar:

1. Ein **Karl Graf von Batthyány'scher Johannesspital-Stiftplatz** für einen armen Mann mit dem Genusse von 5 fl. 80 kr. monatlich.

Laut Fundationsbriefes vom 5. Februar 1756 hat sich der Stifter das Präsentationsrecht für sich und seine Erben vorbehalten.

2. Ein **Anton Albrecht Edler von Schmerling'scher Großarmenhaus-Stiftungsplatz** für eine ledige, hausarme Mannsperson mit dem Genusse monatlicher 3 fl. 10 kr. nebst täglicher Zulage von $3^1/_2$ kr.

Laut Fundationsbriefes vom 24. Februar 1708 ist die Präsentation dem Stifter, „seinem und beider seiner Brüder Leibserben „oder bei erfolgendem frühzeitigen Absterben des Schmerling'schen „Namens und Stammes — des dermaligen Regierungsrathes „Franz Ignaz von Albrechtsburg und dessen Bruders Jordan „nachfolgenden männlichen Descendenz", vorbehalten.

3. Ein **Anton Nikolaus von Rossi'scher Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine alte Person mit dem monatlichen Genusse von 3 fl. 35 kr.

Laut Fundationsbriefes vom 20. März 1755 hat der Stifter sich und seinen Erben die Präsentation vorbehalten.

4. Ein **Katharina Preller'scher Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine arme Person.

Laut Fundationsbriefes vom 12. Februar 1761 bleibt die Präsentation der Stifterin vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweisung ihres Rechtstitels **bis längstens 15. Mai 1893** eine stiftbriefmäßig geeignete Person anher präsentieren.

Nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. April 1893. 2—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 36. Freitag, den 5. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 9. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 12. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 9. Mai 1893.
Mittwoch, den 10. Mai 1893.
Freitag, den 12. Mai 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **26. April 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix,
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. v. Neumann.

Experte: Magistratsrath Silberbauer, Oberbuchhalter Nelböck.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** macht derselbe folgende Mittheilungen:

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt und Ritt. v. Neumann entschuldigen ihr verspätetes Erscheinen; ersterer wegen Theilnahme an einer wichtigen Sitzung des Donau-Elbecanal-Comités, letzterer wegen Theilnahme an einer bei der Statthalterei stattfindenden Besprechung. (Zur Kenntnis.)

(2539.) **St.-R. Meißl** referiert über die Herstellung von Anstandsorten im Hietzinger Friedhofe und beantragt:

a) die Herstellung von Anstandsorten im Hietzinger Friedhofe nach dem vorgelegten Projecte mit dem Kostenbetrage von 1350 fl. 5 kr. zu genehmigen;

b) zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 4 einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen. (Angenommen.)

(2546.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Comités für die Centenarfeier Josef Ressels um Theilnahme der Gemeinde Wien an dieser Feier und beantragt die Bewilligung eines Beitrages von 300 fl. für die am 29. Juni 1893 stattfindende Centenarfeier. (Angenommen.)

(2455.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des von der Gemeinde Wien angekauften Hauses Or.-Nr. 94 Magdalenenstraße und beantragt die Vergebung dieser Demolierung im Wege der öffentlichen Offertverhandlung und Genehmigung der vom Magistrate vorgelegten diesbezüglichen Vorschrift. (Angenommen.)

(2517.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Anbot des Anton Goldschmidt, das Haus Or.-Nr. 92 Magdalenenstraße an die Gemeinde Wien käuflich zu überlassen, und beantragt die Ablehnung dieses Anbotes. (Angenommen.)

(2254.) **Derselbe** referiert über den Leichentransportkostenrückstand nach Josef Müllner und beantragt die Abschreibung dieses Rückstandes im Betrage von 95 kr. (Angenommen.)

(2272, 2395, 2506.) **Derselbe** referiert über Rückstände an Beerdigungsgebüren nach 15 Parteien des XI. Bezirkes im Betrage von 54 fl. 75 kr., nach 15 Parteien des IV. Bezirkes im Betrage von 68 fl. 40 kr. und nach 65 Parteien des II. Bezirkes im Betrage von 258 fl. 12½ kr. und beantragt die Abschreibung dieser sämmtlichen Gebüren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit mit Ausnahme der ad Z. 23125/II. Bezirk nach Ernst Zelinka, II. Bezirk, Obere Augartenstraße 28, wohnhaft gewesen, aushaftenden Gebür per 3 fl. 95 kr., bezüglich deren Einbringlichkeit noch Erhebungen zu pflegen sind. (Angenommen.)

(2472.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Josef und der Anna Spraidler um Bewilligung zur Herstellung eines Zubaues zu dem Hause Consc.-Nr. 57 in Kaiser-Ebersdorf nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung dieses Bauconsenses, jedoch mit Rücksicht darauf, dass für diesen Theil von Kaiser-Ebersdorf die Baulinien noch nicht bestimmt sind, gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsrevers es. (Angenommen.)

(2221.) **Derselbe** referiert über die Einsprache mehrerer Anrainer des Mozartplatzes im IV. Bezirke gegen die geplante Herstellung einer Gartenanlage daselbst und beantragt, von der mit Stadtraths-Beschluss vom 29. März 1893, Z. 1652, beschlossenen Herstellung dieser Gartenanlage Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(2541.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Projectskizze für einen Zubau zum Schulgebäude XII., Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 39/41, und beantragt, diesen Zubau nach der vorgelegten Projectskizze, sowie die Herstellungs- und Einrichtungskosten im approximativen Betrage von 20.000 fl. unter Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond, zu genehmigen. Die Aborte sind mit Wasserverschlüssen zu versehen, und sind für die für Knaben bestimmten neuen Schulräume Pissoirs zu errichten. Von der Vergrößerung des Schulgebäudes XII., Bischofgasse 10, ist vorläufig abzusehen.

St.-R. Baugoin beantragt, die Projectskizze zu genehmigen, jedoch die Ausführung auf das Jahr 1894 zu verschieben und den Betrag in das Budget pro 1894 einzustellen.

St.-R. Dr. Vogler stellt zum Referenten-Antrag den Zusatz, der Magistrat habe die Organe der Schulverwaltung aufmerksam zu machen, dass sie die Bedürfnisse hinsichtlich der Schulbauten rechtzeitig bekanntzugeben haben, damit bei der Feststellung des Budgets darauf Rücksicht genommen werden könne.

Referenten-Antrag wird mit 7 gegen 7 Stimmen durch Dirimierung des Vorsitzenden angenommen.

Antrag Dr. Vogler wird angenommen.

(Referenten-Antrag an den Gemeinderath.)

(2543.) **Derselbe** referiert über die vom Magistrate vorgelegten Projectskizzen für die Vergrößerung des Schulhauses in Hetzendorf und beantragt, die vorgeschlagene Erweiterung des Schulhauses in Hetzendorf nach der Skizze A zugleich mit der Abänderung B mit dem approximativen Kostenerfordernisse von 44.500 fl., sowie deren Ausführung im Laufe der diesjährigen Hauptferien zu genehmigen. Der durch die bezügliche Budgetpost per 35.000 fl. nicht bedeckte Betrag ist auf den Reservefond zu verweisen.

Mit 9 Stimmen angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2446, 2511.) **Derselbe** referiert über zwei Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Rieflinger Franz, Wirkwarenerzeuger, XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 13; und

Brischar Josef, Buchbinder und Hausbesitzer, V., Einsiedlergasse 21. (Angenommen.)

(2560.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des VIII. Gemeindebezirkes um Einleitung des Hochquellenwassers in das erste und zweite Stockwerk des Gemeindehauses im VIII. Bezirke und beantragt, diese Wassereinleitung mit dem adjustierten Kostenbetrage von 200 fl. zu genehmigen und zur Ausg.-Rubr. XII 4 d einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2433.) **Derselbe** referiert über die Anfrage der Post- und Telegraphendirection, ob die Gemeinde Wien bei der seinerzeitigen Übernahme der Straßen vom k. k. Post- und Telegraphenamte Landstraße zum neuen Maschinenhause in der Mohsgasse (III) und von da zu den k. k. Post- und Telegraphenämtern am Wiener Staatsbahnhofe wegen der in denselben eingebetteten Rohr- und Kabelleitung einen Anstand erhebe, und beantragt, der genannten Stelle mitzutheilen, dass die Gemeinde Wien unter der Bedingung keinen Anstand erhebe, dass die Bestimmungen des Übereinkommens zwischen dem k. k. Handelsministerium und der Gemeinde Wien vom 22. November 1882, M.-Z. 11061, auch auf diese Straßenzüge Anwendung finden.

(Angenommen.)

(1419.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alfred Abeles, XII., Lainzerstraße 36, um Überlassung von Überfallwasser für industrielle Zwecke und beantragt die Gesuchsabweisung. (Angenommen.)

(2465.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Stadtgemeinde Baden um Zustimmung der Führung einer Straße auf den sogenannten Gamming-Berghofgründen am Badenerberge längs der Trace der Hochquellenleitung und beantragt, für den Fall der Abhaltung einer Commission seitens der Stadtgemeinde Baden auf das gestellte Ansuchen nicht einzugehen. (Angenommen.)

(2469.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der fürstlich Schwarzenberg'schen Häuser- und Depotverwaltung in Wien um Abgabe von 50.000 hl, beziehungsweise von je 500 hl Hochquellenwasser durch je 100 Tage zur Teichfüllung um den Preis von 0·5 kr. per Hektoliter und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des vom Magistrate gestellten Antrages.

St.-R. Boschan stellt den Zusatz-Antrag, dass die Abgabe von Wasser nur an Tagen stattzufinden habe, an welchen die Hochquellenreservoire gefüllt sind und Wasser abgelassen werden muss.

Referent accommodiert sich, und wird der sohin modificierte Antrag des Referenten angenommen.

(2524.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Curatoriums der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung armer Lehrerswitwen und -Waisen im ehemaligen Schulbezirke Sechshaus um Subvention und beantragt die Gewährung einer einmaligen Subvention per 100 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Boschan referiert über die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung. Als Experten fungieren Magistratsrath Silberbauer und Oberbuchhalter Nelböck.

Die in der Sitzung vom 21. April abgebrochene Debatte wird fortgesetzt.

Referent beantragt, folgenden Motivenbericht sammt Anträgen zu genehmigen.

Die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenwasserleitung war schon zu einer Zeit, als die Einverleibung der Vororte noch nicht in sicherer Aussicht stand, Gegenstand der lebhaftesten Bestrebungen im Wiener Gemeinderathe. Durch die seither geschehene Vergrößerung des Gemeindegebietes und die damit übernommene Verpflichtung, auch für die neu angegliederten Bezirke gutes Trinkwasser in ausreichender Menge beizustellen, wurde die Angelegenheit zu einer dringenden, und ist es Pflicht der Gemeinde, alles aufzubieten, um in der kürzesten Zeit sowohl die Einleitung der neuen Quellen, als auch die Herstellung der Rohrleitungen in den ehemaligen Vororten zu bewerkstelligen.

Die Vororte, welche seit deren Vereinigung mit Wien die gleichen Lasten zu tragen haben wie die alten Bezirke, haben auch den vollen Anspruch auf die Versorgung mit Trinkwasser in derselben Quantität und Qualität, wie es die alten Bezirke derzeit haben.

Der Gemeinderath hat auch allen Anträgen, welche auf die Förderung dieses Werkes Bezug hatten, zugestimmt; — es wurden die Verträge mit den Grundbesitzern, mit den Wasserbezugsberechtigten abgeschlossen, — die Arbeiten im Höllenthale befinden sich in vollem Gange, für die Lieferung der Rohre ꝛc. ꝛc. sind alle Schritte eingeleitet. — Als nothwendige Folge dieser Beschlüsse muss nun für die Herbeischaffung der Geldmittel gesorgt werden. Die Auslagen wurden zum Theile aus currenten Mitteln bestritten, ein Theil wird im laufenden Jahre benöthigt werden, während sich der Rest auf die nächsten zwei bis drei Jahre vertheilen wird.

Da es nun nicht möglich und auch gar nicht nothwendig ist, diese Auslagen auf den currenten Dienst zu verweisen, so erübrigt nur die Beschaffung der Geldmittel im Wege einer Anleihe. Wenn daher die Gemeinde Wien, welche, von den Vororten abgesehen, seit dem Jahre 1874 keine Schulden contrahiert, wohl aber seit dieser Zeit beiläufig 19 Millionen Gulden zurückbezahlt hat, nunmehr in die Nothwendigkeit versetzt ist, auf dem Geldmarke zu erscheinen, so geschieht dies nicht, um currente Deficite zu decken, sondern, um die Mittel zu einer im allgemeinen Interesse liegenden Unternehmung beizuschaffen und die Erfüllung eines dringenden Wunsches der gesammten Bevölkerung zu ermöglichen.

Es wäre vielleicht möglich gewesen, die Aufnahme einer Anleihe noch um ein Jahr hinauszuschieben, wenn man das Tempo, in welchem die öffentlichen Arbeiten ausgeführt werden, etwas verzögert und die mobilen Mittel der Gemeinde auf das äußerste reduciert hätte.

Gewichtige Gründe sprechen jedoch dafür, mit der jedenfalls nicht zu vermeidenden Maßregel der Aufnahme einer Anleihe nicht länger zu zögern. Es muss unsere ernste Aufgabe sein, alle Einrichtungen und Vortheile, deren sich die alten Bezirke zu erfreuen haben, auch den neuen Gebieten zuzuwenden, und bei Vertheilung des Arbeitsprogrammes hiefür dürfen nur die Erwägungen der technischen Durchführbarkeit ausschlaggebend sein, nicht aber die Frage, ob durch ein Hinausziehen von festbeschlossenen und nothwendigen Arbeiten ein weniges an Zinsen erspart werden kann.

Es geht auch nicht an, dass die Gemeinde, deren Budget nun über dreißig Millionen beträgt, und welche Garantie für eine Anzahl von Sparcassen ist, ihren Cassa- und mobilen Besitzstand so stark reduciere, weil bei dem Umstande, als die Termine der großen Eingänge mit jenen der Ausgaben nicht zusammenfallen, bei Störungen durch politische oder sociale Krisen leicht Verlegenheiten entstehen könnten. Auch nehmen die Vorbereitungen für eine Anleihe, die Erwirkung eines Landes-, eventuell eines Reichsgesetzes eine längere Zeit in Anspruch. Endlich ist die Constellation des Geldmarktes derzeit eine so günstige, dass es sicht empfiehlt, wenigstens den in der nächsten Zeit eintretenden Geldbedarf sicherzustellen.

Die Höhe des Anlehens ist durch den Bedarf bestimmt; was für die Erweiterung der Hochquellenwasserleitung benöthigt wird — weder mehr noch weniger — soll durch dieses Anlehen bedeckt werden. Der in der Beilage enthaltene Überschlag beziffert diesen Bedarf mit 17,653.629 fl.; demzufolge soll das Anlehen in runder Summe einen Normalbetrag von 17½ Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen betragen, wobei angenommen wird, dass allfällige Coursverluste bei der Begebung, Intercalarzinsen ꝛc. sich durch Ersparungen an der präliminierten Summe werden einbringen lassen.

In diesem Überschlage sind auch jene Summen enthalten, welche seit der Erschöpfung der Gelder der älteren Anleihen aus den currenten Mitteln der Gemeinde für diesen Zweck aufgewendet worden sind, und welche nun den eigenen Geldern wieder refundiert werden sollen. Diese Auslagen hätten auch schon seinerzeit durch ein Anlehen aufgebracht werden können; da es aber nicht zweckmäßig gewesen wäre, für wenige hunderttausend Gulden Anlehen zu machen — auch die Aufnahme einer schwebenden Schuld nicht nöthig war, da die Gemeinde über die erforderlichen Barmittel verfügte —, so hat dieselbe diese Beträge gleichsam vorschussweise auf Rechnung eines künftigen Anlehens bestritten.

Da die Gemeinde jedoch außer den Auslagen für Wasserversorgungszwecke auch noch für eine Reihe von anderen Investitionen, worunter insbesondere die Schulbauten hervorzuheben sind, Sorge zu tragen hat, so kann sie auf diese vorausgelegten Gelder nicht verzichten. Es wäre auch ganz und gar unlogisch, wenn man daran Anstoß nehmen würde, jenen Theil der Auslagen für die Wasserleitung, welche in der Zeit gemacht wurden, als das Conto der Anlehensgelder geschlossen war, nun ebenfalls in ein Anlehen einzubeziehen, während man es doch ganz in Ordnung findet, den überwiegend größeren Theil der zu dem ganz gleichen Zwecke gemachten Auslagen durch ein Anlehen zu bedecken.

Die Anleihe soll, um Intercalarien, beziehungsweise Differenzen zwischen den zu bezahlenden und den durch Fructificierung zeitweilig unverwendeter Beträge zu erzielenden Zinsen möglichst zu vermeiden, nach Maßgabe des Bedarfes begeben werden, daher entsprechend dem Voranschlage im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von 6¼ Millionen Gulden.

Bezüglich der Höhe der Appoints sowie der Couponermine wurde den Wünschen Rechnung getragen, welche von Seite der voraussichtlichen Abnehmer der Titres wiederholt geäußert wurden. Man wünscht in diesen Kreisen auf größere Beträge lautende Abschnitte. Die Termine März—September empfehlen sich aus dem Grunde, weil die anderen Termine, namentlich Mai—November und Februar—August, durch starke Fälligkeiten der Staatspapiere besetzt sind und in dem Termin Jänner—Juli seitens der Gemeinde starke Zahlungen zu leisten sind, daher es zweckmäßig erscheint, den verhältnismäßig schwach benützten März—September-Termin zu wählen.

Die Bestimmung, dass die Anleihe in 90 Jahren rückbezahlt werden soll, bedeutet bei dem Umstande, als eine frühere Rückzahlung durch stärkere Verlosung vorbehalten ist, nur, dass die Gemeinde berechtigt ist, die Rückzahlung auf diese Zeit auszudehnen, dass jedoch die Möglichkeit, eine in späteren Epochen vielleicht eintretende weitere Herabminderung des Zinsfußes auszunützen, stets vorbehalten bleibt.

Über die Art der Vergebung der Anleihe jetzt schon Normen zu stipulieren, erscheint nicht zweckmäßig. Ob der Weg einer öffentlichen Subscription oder eine Offertverhandlung, oder endlich die commissionsweise Begebung durch Bankinstitute für die Gemeinde vortheilhafter sein

wird, läßt sich derzeit nicht voraussagen, und es wäre unpraktisch, sich durch einen diesbezüglichen Beschluss selbst die Hände zu binden.

Für den Fall, als die Begebung durch eine öffentliche Subscription mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann, verdient diese Art der Placierung jedenfalls den Vorzug.

Was die Bedeckung betrifft, so ist für die im Jahre 1893 nöthige Zahlung eines Coupons von der Emmission von 6¼ Millionen durch Einstellung eines Betrages von 125.000 fl. in den Voranschlag des laufenden Jahres vorgesorgt. Für die Zeit des Überganges bis zur Vollendung der Einleitung des Wassers, d. i. für die Jahre 1894 bis 1895, wird in den betreffenden Budgets vorzusorgen sein. Es erübrigt nun, die Frage zu besprechen, in welcher Weise die Gemeinde Wien die Kosten der Verzinsung und Amortisation der Anleihe aufzubringen in der Lage sein wird, wenn die ganze Anleihe begeben und das Werk vollendet sein wird.

Die Capitalslasten für Verzinsung und Amortisierung in 90 Jahren werden einen jährlichen Aufwand von 720.500 fl. erfordern.

Hievon wird jedenfalls ein Theil durch das Unternehmen selbst hereingebracht werden können; — bestimmte und ziffermäßig genaue Annahmen in dieser Beziehung zu machen, wäre eine gewagte Sache, und man kann sich nur auf Schätzungen, welchen ein mehr oder weniger großer Grad von Wahrscheinlichkeit innewohnt, einlassen, weil bestimmte und unzweifelhafte Anhaltspunkte zu einer Berechnung zu geben wohl niemand in der Lage ist.

Zu einer solchen Wahrscheinlichkeitsrechnung führen zwei Wege. Nimmt man an, dass von dem durch die neu einbezogenen Quellen erschlossenen Quantum von 36.400 m^3 = 364.000 hl Wasser nur 160.000 hl zum wirklichen Verkaufe gelangen, während die größere Menge von circa 200.000 hl dazu dienen würde, den Abgang in den bisher mit Hochquellenwasser dotierten Gebieten zu decken, sowie das unentgeltlich abzugebende Wasser (Auslaufbrunnen ꝛc.) in den Vororten zu liefern, so ergibt dies zum Preise von 2 fl. 50 kr. einen Erlös von 400.000 fl. Die Einhebung des Betriebskostenbeitrages von 50 kr. per Hektoliter wird hiebei nicht in Anschlag gebracht, weil sich ja die Betriebskosten auch beträchtlich erhöhen werden. Zu diesem Betrage kommt noch die Ersparung der Kosten für Wasserschöpfen aus dem offenen Gerinne der Schwarza und die hiefür zu zahlende Entschädigung an die Wasserbezugsberechtigten.

Diese Minderauslage kann auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre mit beiläufig 80.000 fl. veranschlagt werden. Man wird also nicht zu hoch greifen, wenn man den Nutzeffect der neuen Quellen, wenn dieselben vollkommen ausgenützt werden, auf 480.000 fl. jährlich veranschlagt.

Ein anderer Weg, um zu einem halbwegs sicheren Anhaltspunkte zu kommen, ist folgender:

Die Einnahmen aus dem Betriebe der Wasserleitung betrugen

im Jahre	1886	969.988 fl.
„ „	1887	1,018.600 fl.
„ „	1888	1,204.400 fl.
„ „	1889	1,282.502 fl.
„ „	1890	1,338.531 fl.,

zeigen also eine beständige Steigerung, welche mit der fortschreitenden Einleitung des Wassers in die Häuser zusammenhängt. Es ist nun anzunehmen, dass auch in den Vororten, wenn die Möglichkeit der Einleitung in die Häuser gegeben sein wird, von derselben ein ausgiebiger Gebrauch gemacht werden wird, und dass sich das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Wasserverbrauch nach und nach dem in den alten Bezirken bestehenden nähern werde.

Rechnet man von den obverzeichneten Einnahmen, welche die Wasserleitung bisher lieferte, denjenigen Theil ab, der an die dazumal noch nicht mit Wien vereinigten Vororte käuflich überlassen wurde, und berechnet sonach, wie viel auf jeden einzelnen Bewohner im Durchschnitte entfällt, so wird man auf den beiläufigen Betrag von 1 fl. 50 kr. kommen, welcher in den alten Bezirken per Kopf der Bevölkerung jährlich bezahlt wird.

Der Betrag von 400.000 fl., welchen wir oben als von den Vororten für Wassererlös in Aussicht genommen haben, entspricht aber, auf die Bevölkerungsziffer der Vororte vertheilt, nur ungefähr einem Betrage von 75 kr. per Kopf und ist daher gewiss nicht als zu hoch zu bezeichnen.

Diese Berechnungen beruhen allerdings auf etwas schwankenden Voraussetzungen, aber bei der Unmöglichkeit, ganz sichere Daten zu gewinnen, muss man sich mit denselben begnügen. Die Annahmen, welche für die Einnahmen hier gemacht wurden, dürften eher zu niedrig als zu hoch sein, namentlich, wenn für die großen Quantitäten von Wasser, welche zur Zeit der Zuflussmaxima unbenützt abfließen, eine Verwertung gesucht wird, wofür bei den zahlreichen Industrien in den Vororten Abnehmer zu finden sein werden, wenn man den Bezug von solchem, nur zeitweilig disponiblen Wasser möglichst erleichtert und dafür billige Bedingungen stellt.

Nimmt man die Ziffer der Ertragserhöhung der erweiterten Wasserleitung mit 480.000 fl. an, so bleiben noch weitere 240.000 fl. jährlich aus den übrigen Einnahmen der Gemeinde zu bedecken, was keiner Schwierigkeit unterliegen dürfte, wie aus der nachfolgenden Betrachtung hervorgehen wird.

Wie die Rechnungsabschlüsse der letztvergangenen Jahre sowie der Voranschlag für 1893 darthun, ist der currente Theil unseres städtischen Haushaltes im vollständigen Gleichgewichte, nur die Auslagen für Schaffung von bleibenden Werten, also für Schulbauten, Wasserleitungen, Markthallen ꝛc. haben im currenten Budget keinen Platz und werden theils aus den Cassabeständen oder durch Verkauf von Gemeinde-Eigenthum, endlich aus Anlehen bestritten. Nun wäre es allerdings nicht genügend, wenn die Gemeinde-Einnahmen gerade nur dazu ausreichen würden, die currenten Bedürfnisse zu decken, weil es erfahrungsgemäß ist, dass solche Auslagen, welche man entweder als Investition oder einmalige Auslagen oder außerordentlichen Bedarf bezeichnen mag, alle Jahre wiederkommen und daher auch für diese mit einem bestimmten jährlichen Betrage vorgesorgt werden sollte.

Nun befinden sich aber auch unter den currenten Auslagen der Gemeinde nicht bloß die Beträge für die Verzinsung unserer Anlehen, sondern auch die Beträge für die Rückzahlung derselben; im Voranschlage pro 1893 sind für diesen Zweck 1,480.250 fl. eingestellt. Um diese Beträge, welche entsprechend den Tilgungsplänen unserer Anleihen jährlich bedeutend steigen, werden die Passiven der Gemeinde stets kleiner, und diese Beträge repräsentieren jene Summen, welche in einem ordentlichen Gemeindehaushalte außer dem currenten Bedarf auch für andere Zwecke, mag man dieselben als Investitionen oder sonst wie bezeichnen, bereit sein sollen.

Das Budget des Staates wird als im Gleichgewichte befindlich betrachtet, obwohl alljährlich derjenige Betrag, welcher zur Einlösung der rückzahlbaren Staatsschuld benöthigt wird, durch Neuausgaben von Schuldtiteln (Tilgungsrente) beschafft wird.

Die Gemeinde löst jedoch die Schuldtitel, welche alle Jahre fällig werden, aus currenten Mitteln ein, ohne neue Obligationen dafür hinauszugeben, sie darf daher auch, ohne den Vorwurf einer nicht richtigen Gebarung zu verdienen, Auslagen für Investitionen entweder

durch Heranziehung von Cassa- oder Effecten-Beständen und in Ermanglung solcher auch unbedenklich durch Anlehen bedecken.

Eine Vergleichung der Gemeinderechnungen zeigt aber auch die Thatsache, dass die Einnahmen, welche die Gemeinde aus den Umlagen entnimmt, bei gleichbleibenden Sätzen eine ziemlich regelmäßige Steigerung aufweisen; im alten Gemeindegebiete von Wien war diese Steigerung 700.000 bis 800.000 fl. jährlich, welche zum Theile auch in dem günstigen Erfolge der Rechnungsabschlüsse gegenüber den Voranschlägen zum Ausdrucke kam.

Durch die Vereinigung mit den Vororten sind nun allerdings auch die Ausgaben gewaltig gestiegen. Die Erhöhung der Bezüge fast sämmtlicher Angestellten der Gemeinde, die Decentralisierung der Verwaltung, die vermehrten Ansprüche in Bezug auf Straßenpflege ꝛc. haben viel gekostet.

Es ist jedoch anzunehmen, dass nach vollzogenem Übergange die Steigerung der Auslagen, namentlich der persönlichen Bezüge, ein Ende nimmt, während zu hoffen steht, dass die aufsteigende Bewegung bezüglich der Einnahmen noch weiter anhalten wird, und dass sowohl die Auslage für die Verzinsung der zur Erweiterung der Wasserleitung, sowie für die Verkehrsanlagen nöthigen Capitalien sich durch die natürliche Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Steuersätzen wird hereinbringen lassen, ohne dass es nöthig sein wird, zu irgend einer Erhöhung der Steuersätze schreiten zu müssen.

Alles dies in der Voraussetzung normaler Verhältnisse und in der Zuversicht, dass der Gemeinderath sich einer weisen Sparsamkeit befleißige, und dass er namentlich in Bezug auf Auslagen, welche in seinem eigenen Ermessen liegen, sich die nöthige Beschränkung auferlege.

Seit einer Reihe von Jahren wird die Frage der Convertierung eines Theiles der alten Gemeindeschulden angeregt und auch die Unificierung der verschiedenen, von den früher bestandenen Vorortegemeinden contrahierten Schulden ventiliert.

Die unerlässliche Bedingung zur Durchführung einer solchen Operation ist aber, dass die Befreiung der Steuern und Gebüren für die neu hinauszugebenden Obligationen zu erreichen sein wird. — Da nun bezüglich des neuen Anlehens ebenfalls um Gebürennachsicht sowie um verschiedene Begünstigungen nachgesucht werden soll, so erscheint es zweckmäßig, das im Punkt VI der Anträge gestellte Ansuchen an die hohe Regierung zu richten, weil im Falle einer günstigen Erledigung es nicht ausgeschlossen ist, die Emission des neuen Anlehens mit einer Operation bezüglich der Convertierung zu combinieren.

Die Anträge des Referenten lauten daher, wie folgt:

1. Zur Bestreitung der Kosten für die Vervollständigung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung.

2. Diese Anleihe soll mit vier vom Hundert verzinslich sein und innerhalb neunzig Jahren durch Verlosung al pari zurückbezahlt werden. Die Gemeinde Wien behält sich das Recht vor, auch eine größere Anzahl von Obligationen, als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämmtliche noch im Umlaufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

3. Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

10.000	Stück à	500	Kronen	= 5	Millionen,
10.000	„ „	1.000	„	= 10	„
3.000	„ „	5.000	„	= 15	„
500	„ „	10.000	„	= 5	„
				35	Millionen.

4. Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur der Theilbetrag von 6¼ Millionen Gulden = 12½ Millionen Kronen, die weiteren Emissionen nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes begeben.

5. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), ferner wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der „Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des „k. k. Postsparcassen-Amtes, dann von Pupillar-Fideicommiss- und „Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den Nenn„wert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuergebüren- und Stempelfreiheit die nöthigen Schritte einzuleiten.

6. Es ist an die hohe Regierung die Bitte zu richten, dass der Gemeinde Wien für den Fall, als dieselbe eine Convertierung der älteren Gemeindeschulden sowie eine Unificierung der verschiedenen, durch die Vereinigung mit den Vororten übernommenen Schulden vornimmt, für die zu diesem Zwecke zu emittierenden Obligationen die Stempel- und Gebürenfreiheit sowie die im Punkte 5 erbetenen Begünstigungen eingeräumt werden.

Die Berathung wird in der Weise geführt, dass dieser Motivenbericht nach dem Inhalte in fünf Gruppen getheilt und über jeder einzelne Gruppe separat berathen wird.

Ad Gruppe I, Einleitung.

St.-R. Noske beantragt eine andere Stilisierung des vierten Alinea (Seite 1), durch welche der Gedanke schärfer zum Ausdrucke gebracht werden soll, „dass es nicht im Interesse der gegenwärtigen Steuerträger gelegen ist, Auslagen für Investitionen auf den currenten Dienst zu übernehmen".

Referent accommodiert sich und wird demselben die Vornahme dieser stilistischen Abänderung überlassen.

Im übrigen wird die Gruppe I, enthaltend die Absätze 1 bis inclusive 5, nach dem Referenten-Antrag angenommen.

Ad Gruppe II, enthaltend die Absätze 6 bis 15, betreffend die eigentliche Motivierung der Anlehens-Antrages und die Modalitäten der Anleihe.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, es sei der Absatz 12 nach dem Gedanken, dass der Bürgermeister die Höhe der Appoints zu bestimmen habe, entsprechend abzuändern.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, die Ausgabe von Appoints zu 200 Kronen zu beschließen und demgemäß den Absatz 12 im Anfange folgendermaßen zu stilisieren: „Bezüglich der Höhe der Appoints und der Couponintermine erscheint den Bedürfnissen aller Kreise der Bevölkerung entsprochen."

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dem Bürgermeister die Bestimmung der Anzahl der einzelnen Appoints zu überlassen.

Referent accommodiert sich dem Antrage des Bürgermeisters und beantragt, statt der von ihm beantragten 500 Stück Theilschuldverschreibungen à 10.000 Kronen unmehr 25.000 Stück Theilschuldverschreibungen à 200 Kronen zu setzen.

Der Antrag Dr. Hackenberg wird abgelehnt; der Referenten-Antrag und der Antrag des Bürgermeisters angenommen.

St.-R. Noske beantragt, es sei im Absatze 9 statt des Satzes: „Diese Auslagen hätten auch schon seinerzeit durch ein Anlehen aufgebracht werden können", zu setzen: „Diese Auslagen wären auch schon seinerzeit durch ein Anlehen aufzubringen gewesen."

(Angenommen.)

St.-R. Rückauf beantragt, es sei im ganzen Berichte statt: „Vororte" zu setzen: „neue Bezirke". (Angenommen.)

Im übrigen wird Gruppe II nach dem Referenten-Antrage angenommen.

Ad Gruppe III, betreffend die Bedeckung, enthaltend die Absätze 16 bis 26.

Es werden verschiedene stylistische Änderungen beantragt.

Referent bemerkt, dass er demgemäß diese Absätze umstilisieren werde.

Im übrigen wird Gruppe III nach den Referenten-Anträgen angenommen.

Ad Gruppe IV, betreffend die finanzielle Gebarung der Stadt Wien überhaupt, enthaltend die Absätze 27 bis inclusive 34.

St.-R. Matzenauer regt an, den ersten Satz des Absatzes 33 dahin zu präcisieren, dass die Steigerung der ständigen Auslagen nicht mehr eine so sprunghafte sein werde.

Referent accommodiert sich, und wird dieser Antrag angenommen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, im Absatze 27 das letzte Wort „sollte" durch „muss" zu ersetzen. (Angenommen.)

Im Absatze 32 wird nach „Angestellten der Gemeinde" eingeschaltet: „und der Lehrer".

Im Absatze 34 wird statt „der Gemeinderath" gesetzt: „die Gemeindeverwaltung".

Im übrigen wird Gruppe IV nach den Referenten-Anträgen angenommen.

Die die Gruppe V bildenden Absätze 35 und 36, betreffend die Combinierung einer Convertierung mit dem Anlehen, bleiben vorläufig in suspenso.

Es wird zur Berathung der Anträge geschritten.

Ad Referenten-Antrag 1. St.-R. Dr. Vogler beantragt, statt „Vervollständigung der Wasserleitung" zu setzen: „Erweiterung".

(Angenommen.)

Im übrigen Referenten-Antrag.

Ad Referenten-Antrag 2 wird in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Ad Referenten-Antrag 3. Diesen modificiert der Referent selbst dahin, dass statt 500 Stück Appoints à 10.000 Kronen 25.000 Stück à 200 Kronen ausgegeben werden sollen.

Der sohin modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

Ad Referenten-Antrag 4. St.-R. Matzenauer beantragt, es sei statt: „nur der Theilbetrag von 6¼ Millionen Gulden" zu setzen: „nur ein Theilbetrag von höchstens 6¼ Millionen Gulden.

(Angenommen.)

Im übrigen wird die vom Referenten vorgeschlagene Fassung angenommen.

St.-R. Dr. Hackenberg und Dr. Vogler erklären, dass ihre in der Sitzung vom 21. April gestellten, als Zusatz-Anträge zu Punkt 4 bezeichneten Anträge als ein selbständiger Punkt (5. Punkt) zu behandeln seien.

Hinsichtlich der Ermächtigung des Bürgermeisters zur Festsetzung des Begebungscourses wird die vom St.-R. Dr. Hackenberg vorgeschlagene Formulierung: „Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu", angenommen.

Hinsichtlich der Begebungsart wird die vom St.-R. Dr. Vogler beantragte Formulierung: „Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie die Begebung im Wege der öffentlichen Subscription ins Auge zu fassen", mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Berathung wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **27. April 1893.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matthies, Meißl, Müller, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer, Matzenauer, Noske.

Experte: Baudirector Berger, Oberbuchhalter Nelböck, Magistratsräthe Silberbauer und Linsbauer, Baurath Thalhammer, Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern, Stadtanwalt Dr. Schmitt.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

(2572.) **St.-R. Meißl** referiert über 16 Gesuche aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Pekarek Katharina, Köchin;
Kollarz Anna, Köchin;
Holzer Katharina, Köchin;
Jaschensky Josef Johann, Schuhmachergehilfe;
Michal Wenzel, Schneidergehilfe;
Dubowsky Wenzel, städtischer Gärtner;
Koczisch Franz, Schuhmachermeister;
Matejowsky Franz, Schneidergehilfe;
Rieder Karoline, Handarbeiterin;
Horn Heinrich, Dr., Advocaturscandidat;
Bergauer Johann, Gelbgießermeister;
Pruisl Matthias, Hausbesorger;
Kunesch Anton, Bauschreiber;
Schedy Georg, Geschäftsführer;
Komann Franz, Schneidermeister;
Kawka Franz, gewesener Schuhmachermeister.

(Angenommen.)

(2427.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des L. Hanreiter um nachträgliche Ertheilung der Baubewilligung auf der Cat.-Parc. 1290, Simmeringer Haide, und beantragt, die Be-

lassung der eigenmächtig aufgeführten Objecte gemäß § 1 Bauordnung zu genehmigen und die in Anspruch genommenen Erleichterungen gemäß § 105, Punkt 5 (d. i. Anwendung von ausgemauerten Riegelwänden nach § 86, Punkt 4, und Errichtung eines hölzernen, vom Wohngebäude entfernt stehenden Abortes nach § 90 Bauordnung) unter den im Commissions-Protokolle enthaltenen Bedingungen und gegen genaue Beobachtung der Bestimmung des § 8 des Pachtvertrages über obige Parcelle, betreffend die Räumung der Bauobjecte nach Ablauf der Pachtzeit, zuzugestehen. (Angenommen.)

(2475.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Stadt-Steinmetzmeisters Wendelin Potz um Anbringung je eines Isolators an 43 Telegraphensäulen der Gemeinde Wien vom Hause Nr. 203 Simmeringer Hauptstraße bis zum Central-Friedhofe zum Zwecke einer Telephonverbindung zwischen dem Hauptgeschäfte Nr. 203 Hauptstraße und der Filiale vis-à-vis dem Central-Friedhofe und beantragt, die angesuchte Bewilligung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(2468.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Albin Hirsch, Tischlermeisters in Simmering, Theresiengasse Nr. 10, um Bewilligung zur Herstellung eines Wasserlaufes aus Steinzeugröhren auf der von demselben in Bestand genommenen Abtheilung der Wiener Bürgerspitalfonds-Parcellen 102/1, 102/2, 102/3, 102/4, 1834, 1835 in der Theresiengasse in Simmering und beantragt, diesem Ansuchen vom Standpunkte der Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfondes als Grundeigenthümers vorbehaltlich der Erwirkung der für diese Herstellung erforderlichen baubehördlichen Genehmigung Folge zu geben. (Angenommen.)

(2550.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Siegfried Groß um Schadloshaltung für den beim Hause Consc.-Nr. 41, III. Bezirk, Apostelgasse 22, zu Straßenzwecken abgetretenen Grund per 127·27 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 13 fl. per Quadratmeter, sohin im ganzen mit 1654 fl. 51 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(2548.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Lukschanderl um Bestimmung der Schadloshaltung für den bei einem eventuellen Umbau des Hauses Grundb.-Einl.-Z. 501 des VII. Bezirkes, Or.-Nr. 33 Kirchengasse, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 128·78 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit dem Betrage von 26 fl. per Quadratmeter, und zwar mit der Giltigkeit auf die Dauer von zwei Jahren vom Tage des bezüglichen Stadtraths-Beschlusses gerechnet, festzusetzen. (Angenommen.)

(2512.) **Derselbe** referiert über die Lösung des Vertragsverhältnisses mit der Firma Löwit & Mittler puncto Lieferung von Weizenstärke für die Humanitätsanstalten und beantragt:

1. Der mit der Firma Löwit & Mittler zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 31. Jänner 1893, Z. 439, abgeschlossene Vertrag, nach welchem derselben die Lieferung von ordinärer Weizenstärke um den Betrag von 12½ fl. per 100 kg und zwei Percent Cassaconto für die Dauer bis Ende 1895 übertragen wurde, sei gegen dem zu lösen, dass der Firma Löwit & Mittler der Vertragsstempel per 20 fl. restituiert und selbstverständlich die gelieferte Stärke mit beiläufig 8 fl. bezahlt werde.

2. Die Lieferung von ordinärer Weizenstärke für die städtischen Humanitätsanstalten wäre dem Lack- und Farbenfabrikanten Max Popper in Wien, VIII., Josefstädterstraße 48, in Genehmigung seiner Offerte vom 2. Jänner und 19. April l. J., wonach derselbe bereit ist, 100 kg nach dem vorgelegten Muster um den Betrag von 15½ fl. zu liefern, auf die Dauer bis Ende 1895 zu übertragen. (Angenommen.)

(2634.) **St.-R. Boschan** referiert in Fortsetzung des am 26. April 1893 begonnenen Referates in Betreff der Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung und beantragt:

5. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), ferner wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des k. k. Postsparcassenamtes, dann von Pupillar-Fideicommiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den Nennwert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuergebüren und Stempelfreiheit — die nöthigen Schritte einzuleiten. (Angenommen.)

6. Es ist an die hohe Regierung die Bitte zu richten, dass der Gemeinde Wien für den Fall, als dieselbe eine Convertierung der älteren Gemeindeschulden sowie eine Unificierung der verschiedenen, durch die Vereinigung mit den Vororten übernommenen Schulden vornimmt, für die zu diesem Zwecke zu emittierenden Obligationen die Stempel- und Gebürenfreiheit sowie die im Punkte 5 erbetenen Begünstigungen eingeräumt werden. (Abgelehnt.)

(Bei der Berathung dieses Referates haben Ober-Buchhalter Nelböck und Magistratsrath Silberbauer als Experten fungiert.)

(2562.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert neuerlich über die Herstellung einer Einfriedungsplanke in der Rechten Bahngasse im III. Bezirke, an der Grenze der parcellierten Realität Einl.-Z. 1318 des III. Bezirkes, und hält den in der Sitzung vom 25. April 1893 gestellten Antrag, von einer Besitzstörungsklage im vorliegenden Falle abzusehen, aufrecht.

Nachdem St.-R. Dr. Hackenberg seinen in dieser Sitzung gestellten Antrag auf Überreichung der Besitzstörungsklage zurückgezogen hat, nimmt St.-R. Müller diesen Antrag wieder auf.

Nach den Ausführungen des Experten Stadtanwaltes Dr. Schmitt wird zunächst beschlossen, den in der Sitzung vom 25. April 1893 gefassten Beschluss auf Überreichung der Besitzstörungsklage aufzuheben; hierauf wird der Antrag des St.-R. Müller abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

Der in der vorerwähnten Sitzung gefasste Beschluss, den Bürgermeister zu ersuchen, den Magistrat anzuweisen, als Baubehörde wegen Entfernung der Abschrankung die erforderliche Verfügung zu treffen, bleibt aufrecht.

(2555.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Graberhaltungswidmung der Marie Lukesch für das Einzelngrab am Central-Friedhofe Gruppe 16 E, Reihe 3, Nr. 2, nach Matthäus Mayer und beantragt, die angebotene Widmung von 500 fl. Notenrente zu genehmigen. (Angenommen.)

(2545.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Victor Silberer um Ertheilung des Bauconsenses für den Bau I. Bezirk, Grundb.-Einl. Nr. 1564 und 1565, Baustelle III und IV, Annagasse, und beantragt, die Baubewilligung gegen dem zu bestätigen, dass der zur Herstellung des Thorportales erforderliche Grund per 2·81 m² um den Ankaufspreis der Baustellen von 150 fl. per Quadratmeter, demnach zusammen 421 fl. 15 kr. vom Herrn Gesuchsteller einzulösen ist. (Angenommen.)

(2350.) **Derselbe** referiert über das Offert des Karl Hofmeier durch Dr. Emil Guttmann auf Erwerbung des Bürgerspitalfondshauses I., Kärnthnerstraße 24, im Tauschwege gegen die Häuser I., Kärnthnerstraße 45, V., Straußengasse 18, 20 und 22 und Aufzahlung von circa 30.000 fl. und beantragt die Ablehnung dieses Offertes.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt, mit dem Offerenten in Verhandlung zu treten.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

(1730.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ergebnis der Verhandlungen rücksichtlich des Vergleichs-Antrages der Eigenthümer des Hauses I., Adlergasse 14, wegen Schadenersatz für die Adaptierungsarbeiten anlässlich der Straßenregulierung und beantragt, der Stadtrath beschließe, eine Entschädigung von fünftausend Gulden — gegen Entfertigungs-Erklärung der Interessenten — zu leisten, der Stadtanwalt werde ersucht, diesen Beschluss dem Vertreter der Interessenten, Herrn Dr. Alois Salomon, mitzutheilen.

(Angenommen.)

(2568.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Ansuchen des Johann Michael Christenheit, Gastwirtes, I., Schönlaterngasse 8, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(2513.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Josef Schneider um Baubewilligung für das Haus VII., Apollogasse 15, und beantragt, den Bauconsens unter der Bedingung zu bestätigen, dass der zur Bauarea nach der bestimmten Baulinie einzubeziehende Straßengrundtheil per 0·95 m² rücksichtlich die nach Abrechnung des zur Straßenerweiterung abzutretenden Grundes im Ausmaße von 0·34 m² verbleibende Grundfläche per 0·61 m² um den Einheitspreis von 42 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 25 fl. 62 kr., seitens des Bauwerbers von der Gemeinde eingelöst werde. (Angenommen.)

(2519.) **Derselbe** referiert über das Offert des Wilhelm Neuber, VI., Brückengasse 1, auf käufliche Überlassung der Baustellen 2, 3, 7 und 8 der Hühnerhofrealität im V. Bezirke um den Einheitspreis von 20 fl., respective 16 fl. per Quadratmeter, und beantragt, dieses Offert mit Rücksicht auf das zu geringe Preisanbot abzulehnen.

(Angenommen.)

(2454.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den neuerlichen Bericht des Magistrates, betreffend das Ansuchen des Volksschullehrers Rudolf Petzel um Gewährung eines Reisepauschales zum Zwecke der Theilnahme desselben an dem Weltcongress für Pädagogik und Unterricht in Chicago und beantragt, dem Genannten zu diesem Behufe einen Reisekostenbeitrag im Betrage von 350 fl. unter der Voraussetzung zu bewilligen, dass dem Bittsteller der Fehlbetrag aus Landesmitteln gewährt werde. Diesfalls hätte sich derselbe direct an den hohen n.-ö. Landesausschuss zu wenden.

St.-R. Dr. Huber beantragt, einen Reisekostenbeitrag im Betrage von 700 fl. zu bewilligen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Huber wird bei Stimmengleichheit mit der Stimme des Vorsitzenden abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

(2466.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten des Ignaz Sgalitzer puncto Zahlung der Wassermehrverbrauchsgebüren für die im Sehr'schen Stiftungshause X., Quellengasse 31, gemieteten Localitäten und beantragt:

1. Das von Ignaz Sgalitzer gemachte Anerbieten, wonach sich derselbe bereit erklärt, statt einer Wassermehrverbrauchsgebür für die Zeit vom 1. October 1891 bis 12. October 1892 per 23 fl. 20 kr. für die von ihm gemieteten Localitäten im Sehr'schen Stiftungshause X., Quellengasse 31, nur einen Pauschalbetrag von 10 fl. zu bezahlen, wird genehmigt.

2. Behufs Entlastung der Andreas Sehr'schen Stiftung von der infolge Einmietung einer städtischen Schule in dem genannten Stiftungshause eingetretenen Erhöhung der Gebür für den normalen Wasserbedarf von 107 fl. auf 270 fl. jährlich wird der von der Gemeinde Wien an die genannte Stiftung zu entrichtende Jahresmietzins per 4650 fl. inclusive Nebengebüren um den diesfälligen Mehrbetrag per 163 fl., d. i. auf 4819 fl. inclusive Nebengebüren, vom Maitermine 1893 erhöht. Für die bezügliche Mehrauslage pro Mai 1893 bis Ende Jänner 1894 per 122 fl. 25 kr. wird ein Zuschusscredit in der Erfordernishöhe zu Rubrik XLIII a des Voranschlages pro 1893 bewilligt.

3. Die in dem Sehr'schen Stiftungshause auf die Dauer der Einmietung der städtischen Schule sich ergebenden Wassermehrverbrauchsgebüren sind der Sehr'schen Stiftung durch die Gemeinde Wien zu ersetzen, beziehungsweise von letzterer allein zu tragen. (Angenommen.)

(2481.) **Derselbe** referiert über die Kundmachung des Wiener Bezirksschulrathes, betreffend den Concurs zur Besetzung erledigter Bürgerschullehrer(innen)stellen, Volksschullehrer(innen)stellen und Unterlehrer(innen)stellen im Wiener Schulbezirke, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

(2552.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des August Ribak durch Dr. Jakob Meisl um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den von der Grundb.-Einl. Nr. 1089 IV. Bezirk, Kleine Neugasse Nr. 4, abgetretenen Straßengrund im Ausmaße von 249·21 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 18 fl. per Quadratmeter, sohin im ganzen mit 4485 fl. 78 kr. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(2477.) **Derselbe** referiert über zwei Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem Ignaz Josef Glaßl, Gastwirt, VII. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 56, das Bürgerrecht zu verleihen; das Ansuchen des Anton Heller, Knopf- und Crepinmachers, VII. Bezirk, Kandlgasse Nr. 19, abzuweisen. (Angenommen.)

(1104.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen des Karl Ziegelwanger um Zurückziehung des Zahlungsauftrages für den Materiallagerplatz bei dem Baue des Hauses Consc.-Nr. 579, Penzing, Kaisergasse XIII. Bezirk, und beantragt:

Nachdem der Herr Gesuchsteller laut des von ihm gefertigten Protokolles vom 20. Mai 1892, Z. 13772, um die Benützung eines 44·5 m langen, 2 m breiten Raumes in der Siebeneichengasse in Penzing für die Zeit vom 20. Mai 1892 bis 20. August 1892 angesucht hat, ihm diese Benützung auch bewilligt wurde, seitens des Herrn Gesuchstellers aber im Zeitpunkte des von ihm behaupteten früheren Aufhörens der Benützung des fraglichen Platzes dies nicht angezeigt wurde, die Zeitdauer der factischen Benützung nach den diesbezüglich gepflogenen Erhebungen im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht mehr festgestellt werden kann, die Angabe des Herrn Gesuchstellers in dem mit ihm aufgenommenen Protokolle vom 19. Jänner 1893, dass er erst nach Zustellung der Zahlungsnote in die Kenntnis von der ihm hoch erscheinenden Platzzinsbestimmung gekommen und noch am selben Tage die sofortige Räumung des Platzes angeordnet habe, nicht beweist, dass diese Platzbenützung vor dem 20. August 1892 geendet habe, da die fragliche Note vom 17. December 1892 datiert und noch später zugestellt wurde, die Bemessung des Zinses in Über-

einstimmung mit den hierüber bestehenden Normen stattgefunden hat, so kann dem als Recurs vorgelegten Einschreiten des Herrn Ziegelwanger nicht stattgegeben werden.

St.-R. Meißl beantragt, es möge der Magistrat angewiesen werden, im Falle der Benützung von öffentlichen Plätzen zur Deponierung von Baumaterialien im vorhinein die Entrichtung der Gebüren zu begehren.

Der Referenten-Antrag sowie der Zusatz-Antrag des St.-R. Meißl werden angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2592, 2631.) **St.-R. Wurm** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 13. April 1893, Z. 25283, puncto Stations-Commission, politische Begehung und Enteignungs-Verhandlung hinsichtlich einiger Theilstrecken der Gürtellinie und der Vorortelinie des Wiener Stadtbahnnetzes und stellt nachfolgende Anträge:

I. Die Vertreter der Gemeinde Wien seien bei den bevorstehenden Commissionen zu ermächtigen, folgende Erklärung abzugeben:

„Die Gemeinde Wien spricht sich unter nachfolgenden Bedingungen für die Genehmigung der vorliegenden Detailprojecte

a) für die Theilstrecken der Gürtellinie der Stadtbahn von Kilometer 5·798 bis Kilometer 8·160 und von Kilometer 8·160 bis Kilometer 10·911 und

b) für die Theilstrecken der Vorortelinie der Stadtbahn von Kilometer 5·445 bis Kilometer 8·769 und von Kilometer 8·769 bis Kilometer 9·349 aus:

1. In der Strecke der Gürtelstraße zwischen der Döblinger-Hauptstraße und der Antoniengasse ist beiderseits des Bahnkörpers eine mindestens 18·96 m breite Straße auf Kosten der Bahnunternehmung zu schaffen.

2. Die auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 23., 24., 25. und 27. Mai 1892, Z. 2915, bei der Tracenrevisions-Verhandlung am 30. Mai 1892 gestellte Forderung, dass die Verbindung der Donaucanallinie mit der Gürtellinie durch eine näher der Stadt liegende Geleise-Anlage, sowie ein Anschluss an diese Localbahn nach Döbling hergestellt wird, wird erneuert und ist schon jetzt die Abzweigung der bezüglichen Verbindungs-Curve festzustellen und diese Ausmittlung der Gemeinde Wien bekanntzugeben; auch ist bei der Bauausführung auf diese Verbindung Rücksicht zu nehmen.

3. Die Übersetzung der Handelsquaistraße im II. Bezirke im Niveau der Straße wird gegen dem gestattet, dass die Bahnnivellette in das für die Handelsquaistraße bestimmte Niveau gelegt, die Straßenkreuzungsstelle in einer Länge der Straße von 12 m kunstgerecht mit regulären Granitwürfelsteinen ausgepflastert, dieses Pflaster von der Bahnunternehmung auf ihre Kosten stets in gutem Stande erhalten und an dieser Übersetzungsstelle ein Bahnoberbau gewählt und ausgeführt wird, welcher die volle Gewähr für einen sicheren und ungehinderten Verkehr der Wägen über denselben bietet.

4. Die projectierte Anlage einer 12 m breiten Verbindungs- und Zufahrtsstraße zum Bahnhofe „Heiligenstadt" auf den städtischen sogenannten Hagengründen wird bis zu dem Zeitpunkte der Feststellung der Baulichkeiten für die dort zu errichtende Gasanstalt, eventuell bis zum Zeitpunkte der Parcellierung dieser städtischen Gründe nur als Provisorium gestattet, und wird sich daher die Bahnunternehmung wegen pachtweiser Überlassung der benöthigten städtischen Grundflächen mit der Gemeinde Wien ins Einvernehmen zu setzen haben. Während der Dauer dieses Pachtverhältnisses hat die Bahnunternehmung auch die Kosten der Erhaltung dieser Straßen zu tragen.

5. Bei der Herstellung der Fundierung des Unterbaues der Stadtbahn in Kilometer 5·2 Czermakgasse, in Kilometer 6·1 Währinger Hauptstraße, in Kilometer 6·25 Sechsschimmelgasse und in Kilometer 6·6 Pulverthurmgasse ist auf den sicheren Bestand der dortselbst befindlichen 80 bis 260 mm weiten Rohrstränge der Hochquellenleitung Rücksicht zu nehmen, eventuell sind Umlegungen auf Kosten der Bahnunternehmung ohne Störung des Betriebes auszuführen.

Die Umlegung der 370 mm weiten Triebröhren und des Röhrencanales der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung ist in Kilometer 7·8 nächst der Rosinagasse in der projectierten Weise unzulässig, da die Wasserleitungsobjecte unter den Bahnkörper zu liegen kommen würden und die angetragene, stark gekrümmte Rohrleitung bei eintretenden Schäden nicht oder nur schwer repariert werden könnte.

Die Umlegung des Rohrcanales und die der beiden 370 mm weiten Rohrstränge muss bereits bei der Döblinger Hauptstraße beginnen, und müssen diese Leitungen durch den nächst der ebengenannten Straße projectierten Bahndurchlass in schwachen Krümmungen bis zum Anschlusse an den alten Bestand in der Nähe der Nussdorferstraße in einer Länge von mindestens 130 m geführt werden.

Die Gemeinde Wien behält sich vor, die Durchführung der Umlegungsarbeiten in der ebenerwähnten Weise sowie im allgemeinen die durch die Bahnanlagen nothwendig werdenden Umlegungen von Wasserleitungsobjecten selbst, beziehungsweise durch ihre Organe bewirken zu lassen, hiebei die Art und Trace der Umlegung ohne Schädigung der Bahn selbst zu bestimmen und auch eventuell die Herstellung von gemauerten Röhrencanälen durchzuführen. Die diesbezüglichen Kosten sind von der Bahnunternehmung zu tragen.

6. Bei der Kreuzung des Krottenbaches durch das projectierte Bahnobject nächst dem Donaucanale ist die von der Donauregulierungs-Commission am 13. März l. J. beschlossene Hebung des Stauwasserspiegels im Donaucanale entsprechend zu berücksichtigen, wobei sich die Gemeinde vorbehält, die Canaltrace außerhalb des Bahnobjectes durch den Bahndamm zu führen. Das Detail der Ausführung wird zwischen Gemeinde und Bahnunternehmung nachträglich vereinbart. Sollte ferner der Bahnbau noch vor der Einwölbung des Krottenbaches zur Durchführung gelangen, so ist an der Stelle der Überführung der Gürtellinie über die Franz Josefs-Bahn (Kilometer 8·4/8·5) für eine vorläufige entsprechende Correctur des Bachlaufes Sorge zu tragen.

7. Nachdem der in der Gunoldstraße bestehende Unrathscanal nach der Erbauung des rechts des Donaucanales situierten Haupt-Sammelcanales aufgelassen wird, die Bahnunternehmung aber diesen Canal zur Ableitung der Niederschlags-Gewässer noch weiters benützen will, so ist betreffs der Erhaltung dieses Canales ein Übereinkommen mit der Gemeinde Wien zu treffen.

8. Bei der Kreuzung der Neustiftgasse durch die Bahn ist behufs Aufrechthaltung der Continuität der dort projectierten Vorgärten seinerzeit, wenn die Gemeinde Wien es fordern wird, die Einwölbung der Bahn entsprechend zu verlängern.

9. Mit Rücksicht darauf, als die Döblingergasse durch die Bahn verlegt wird und keine Fortsetzung finden kann, ist mindestens der dieser Gasse zunächst gelegene, nämlich der in Kilometer 8·6/8·7 projectierte, nur 3 m weite Durchlass senkrecht auf die Bahnachse in einer Breite von mindestens 11·17 m (= 6°) auszuführen.

10. An der Kreuzungsstelle der Döblinger Hauptstraße sind die projectierten Stützmauern längs der Häuser Or.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse in einem Abstande von 2 m von der Hausflucht der bezeichneten Gebäude entfernt aufzuführen und ist dementsprechend die

Breite des den erwähnten Häusern gegenüberliegenden Trottoirs und die Breite der Fahrbahn der Gemeindegasse zu reducieren.

11. An den Kreuzungen der Bahn mit der Grinzingerstraße, Kilometer 7·441, mit der Silbergasse, Kilometer 7·856, mit der Gärtner- und Feldgasse, mit der neu projectierten Straße in Kilometer 8·000 und mit der Döblinger Hauptstraße in Kilometer 8·322 sind die Übergänge des neuen Straßenniveaus auf das alte, derzeit bestehende Niveau nicht in der projectierten steilen Weise, sondern möglichst flach, mit geringerer Steigung, als dies projectiert erscheint, zur Ausführung zu bringen.

12. In der Neustiftgasse und in der Grinzingerstraße wird der 80 mm weite Rohrstrang der Hochquellenleitung gekreuzt, infolge dessen eine Umlegung dieser Rohrstränge erfolgen muss. In dieser Beziehung sind die im Punkte 5 für die Gürtellinie aufgestellten allgemeinen Bestimmungen maßgebend.

13. Die Detailzeichnungen über die Ausgestaltung der Objecte (Gebäude, Viaducte, Überbrückungen, Mauern ꝛc.), dann über die Vorrichtungen betreffs einer möglichst geräuschlosen Fahrt sind noch vor der Inangriffnahme des Baues der Gemeinde Wien vorzulegen, und behält sich dieselbe ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen, insbesondere auch in Ansehung der Wahl der Constructionsweise der Durchlässe, ob dieselben überwölbt oder durch eine Eisenconstruction abgedeckt werden sollen, vor.

Was schließlich die Bezeichnung der Haltestellen und Stationen betrifft, so spricht sich die Gemeinde Wien für die Bezeichnung wie folgt aus:

Haltestelle „Währingerstraße";
„ „Nussdorferstraße";
„ „Leibenfrostgasse";
„ „Unter-Döbling" (statt „Döbling");
„ „Ober-Döbling" (statt „Grinzingerstraße");
Station „Heiligenstadt".

Die Benennung der Station „Neu-Gersthof" (oder „Gersthof") kommt dermalen noch nicht in Frage.

II. Weiters ist der Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 14. April 1893, Z. 16699, M.-Z. 61713, betreffend die Genehmigung des generellen Variantenprojectes für die Theilstrecke „Hernals—Heiligenstadt" der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn einschließlich der zwischen Kilometer 3·6 und Kilometer 9·4 beantragten Variante, zur Kenntnis zu nehmen.

Als Experten fungieren Baudirector Berger, Magistratsrath Linsbauer, Baurath Thalhammer.

Magistratsrath Linsbauer beantragt, als weitere Bedingung aufzunehmen, dass bei der Anlage auf das rücksichtlich des Kuffner'schen Brunnens bestehende Wasserbezugsrecht der Gemeinde Wien Rücksicht zu nehmen sei.

St.-R. Müller beantragt, dass bei der Überbrückung der Sechsschimmelgasse, Fluchtgasse, Schulgasse, Währinger Hauptstraße, Klammergasse, Severingasse und Goldschmiedgasse Eisenconstruction so wie in den übrigen abwärts gelegenen Straßen anzubringen sei; in der Richtung der Säulengasse sei eine Durchfahrt herzustellen.

Die Referenten-Anträge werden angenommen. Der Antrag des St.-R. Müller, erster Theil (ohne Rücksicht auf die Säulengasse), wird abgelehnt; der auf die Säulengasse bezügliche Antrag sowie der Zusatz-Antrag des Magistratsrathes Linsbauer werden angenommen; an den Gemeinderath.

(6911 ex 1892.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Offerte des Karl Fröschl und Donat Zifferer rücksichtlich zweier Baustellen der ehemaligen Pferdemarktrealität III., Jacquingasse, und beantragt:

1. das Offert des Karl Fröschl auf einen Theil der Baustelle I dieser Realität im Ausmaße von 545 m² um den Preis von 48 fl. per Quadratmeter zu genehmigen;

2. das Comité zu ermächtigen, mit Zifferer wegen Erhöhung seiner Offerte in Verhandlung zu treten.

St.-R. Baugoin beantragt, auch mit Fröschl neuerlich zu verhandeln, um einen höheren Kaufpreis zu erzielen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die Referenten-Anträge werden angenommen; rücksichtlich des Punktes 1 an den Gemeinderath.

(2537.) **St.-R. Müller** referiert über die Vermietung der leerstehenden Wohnungen in dem der Gemeinde Wien gehörigen Hause Conscr.-Nr. 40 Hauptstraße, Or.-Nr. 43 Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt:

für Wohnung Nr. I inclusive Gewerbepacht den Betrag per 800 fl.
für Wohnung Nr. VI den Betrag per . 69 fl.
„ „ „ VII „ „ „ . 92 „
„ „ „ VIII „ „ „ . 253 „
„ „ „ X „ „ „ . 230 „

als Jahreszins inclusive aller Nebengebüren zu genehmigen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, diesen Act dem Magistrate in Gemäßheit des § 90 lit. a des Gemeindestatuts zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise zurückzustellen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(2635.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Engelbert Mayer und des Franz Stepanek, Pächter von Theilen der Hagenwiese in Heiligenstadt, XIX. Bezirk, um Erstreckung des Räumungstermines bis 12. Mai d. J. und beantragt, dem Ansuchen der Genannten um Verlängerung des Räumungstermines jedoch nur bezüglich jener mit 1. Mai d. J. abzutretenden Grundflächen bis zum 12. Mai d. J. stattzugeben, welche nicht an die Stadtbahn verkauft worden sind.

Die Einleitung eventueller gerichtlicher Schritte wegen Delogierung wäre vom Bezirksamte im eigenen Wirkungskreise zu veranlassen.

(Angenommen.)

(2602.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 22. April 1893, Z. 27261, betreffend die Ausschreibung einer commissionellen Verhandlung wegen Erbauung einer k. k. landwirtschaftlichen chemischen Versuchsstation in Wien, II., Trunnerstraße, und beantragt, die Vertreter der Gemeinde bei dem am 2. Mai 1893 stattfindenden Localaugenscheine zu ermächtigen, namens der Gemeinde die Erklärung abzugeben, dass die Gemeinde zwar mit der Inangriffnahme der Regulierung der ärarischen Realität vollkommen einverstanden sei und auch dem Baue der Versuchsanstalt kein Hindernis entgegenzusetzen wünsche, aber im Hinblicke auf die Bestimmungen der Bauordnung (§§ 1 und 3) darauf bestehen müsse, dass vorerst die Bekanntgabe der Baulinie für die ärarische Realität und sohin die Parcellierungsbewilligung erwirkt werde, bevor eine Baubewilligung ertheilt werde, und dass hinsichtlich der letzteren schon jetzt gegen die geringfügige Mauervortretung (bei der rückwärtigen Einfriedung) kein Anstand erhoben, jedoch die Herstellung des Trottoirs in beiden Gassen und die Zahlung der Canaleinmündungsgebür ($36·80 \times 12 + (5·70 + 40·50) \times 6 = 718$ fl. 80 kr.) vorbehalten werden würde, sobald die Vorbedingung der Baubewilligung, die Baulinienbekanntgabe und Parcellierungsbewilligung erfüllt ist. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **28. April 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Rückauf, v. Götz, Schlechter, v. Goldschmidt, Schneiderhan, Dr. Hackenberg, Dr. Stenzl, Dr. Huber, Vaugoin, Kreindl, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Meißl, Wurm. Müller,

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Matzenauer, v. Neumann, Noske.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben wegen Ablebens seiner Mutter. (Zur Kenntnis.)

(2432.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Project für die Neupflasterung des Mittersteiges von der Ziegelofen- bis zur Phorusgasse und von der Kron- bis zur Klagbaumgasse mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 9074 fl. 86 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2413.) **Derselbe** referiert über das Gesuch des pensionierten Volksschullehrers Agathon Tomitschek um gnadenweise Erlassung der Zahlung des Unterrichtsgeldes pro I. Semester 1893 für seine beiden am Communal-Gymnasium im XIX. Bezirke studierenden Söhne, eventuell um Bewilligung von Ratenzahlungen, und beantragt, für die Zahlung des ganzen Schulgeldbetrages per 50 fl. pro I. Semester 1892/3 eine Frist bis 1. Juni 1893 zu bewilligen. (Angenommen.)

(2522.) **Derselbe** referiert über Armenraths-Ergänzungswahlen im XIII. Bezirke und beantragt, die Wahl des

Anzenberger Anton,
Fischer Karl,
Schneider Johann,
Stahl Georg und
Wachtl Theodor

mit der Functionsperiode bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(2521.) **Derselbe** referiert über Armenraths-Ergänzungswahlen im IX. Bezirke und beantragt, die Wahl des P. Severin Swoboda und des Franz Stronner mit der Functionsperiode bis Ende 1894, beziehungsweise 1898, zu bestätigen. (Angenommen.)

(2484.) **Derselbe** referiert über eine Armenraths-Ergänzungswahl im IV. Bezirke und beantragt, die Wahl des Karl Landschütz mit der Functionsperiode bis Ende 1894 zu bestätigen. (Angenommen.)

(2453.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert bezüglich der Übernahme von Substitutionskosten für neun Lehrpersonen und beantragt, die Substitutionskosten für die aus den Noten des Bezirksschulrathes vom 14. Februar 1893, Z. 751, und 9. März 1893, Z. 1292, ersichtlichen, zum Zwecke der Theilnahme an dem Fortbildungscurse für Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen beurlaubten Lehrpersonen auf den Bezirksschulfond zu übernehmen. (Angenommen.)

(2329.) **Derselbe** referiert über den Bericht und Rechnungsabschluss der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien im XIV. Bezirke pro 1892 und beantragt:

a) den von der Buchhaltung entworfenen Rechnungsabschluss zu genehmigen;

b) die Verzinsung für jene Beträge, welche über die 4½ Percent Sparcassa-Anleihe hinaus, also aus den eigenen Geldern als Vorschüsse gegeben werden, mit 3½ Percent zu bestimmen. (Angenommen.)

(2638.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Josef Kernreuter um Bewilligung zum Baue einer hölzernen Hütte auf dem Steinlagerplatze X. Bezirk, Vordere Südbahnstraße Nr. 3, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung des Consenses unter der Bedingung, dass das Object jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien, beziehungsweise des magistratischen Bezirksamtes, ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werde, zu bestätigen. (Angenommen.)

(2591.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Magistratsrathes Ignaz Kraus um Bewilligung eines achtwöchentlichen Urlaubes und beantragt, den erbetenen Urlaub, ab 1. Mai 1893 laufend, zu ertheilen. (Angenommen.)

(2525.) **Derselbe** referiert bei Anwesenheit von 17 Stadträthen über das Ansuchen der Magistratsraths-Witwe Anna Jelen um Anweisung der Pension und des Erziehungsbeitrages, sowie um Bewilligung einer Pensionszulage, und beantragt, der Genannten die normalmäßige Pension von jährlich 600 fl. zu bewilligen und für deren Tochter Olga einen Erziehungsbeitrag von jährlich 100 fl. bis zur Erreichung des Normalalters anzuweisen; endlich der Witwe eine jährliche Pensionszulage von 300 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; bezüglich der Zulage an den Gemeinderath.)

(2583.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Bezirksausschusses des VI. Bezirkes um Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Bezirksausschuss Johann Brix und beantragt, demselben die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2501.) **St.-R. Schlechter** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Billicus, beziehungsweise die Anträge der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Klotzberg wegen Absperrung der Auslaufbrunnen zur Nachtzeit, beziehungsweise Herstellung von Probefilteranlagen am Pottschacher Schöpfwerke und an der Donau und beantragt:

a) Es sei auf eine Absperrung der Auslaufbrunnen zur Nachtzeit nicht einzugehen; ferner

b) sei von der Errichtung einer Probefilteranlage bei dem Pottschacher Schöpfwerke gänzlich abzusehen, nachdem eine Filtration dieses Wassers in keiner Hinsicht nothwendig ist; endlich

c) es sei die Beschlussfassung über die eventuelle Errichtung einer Probefilteranlage an der Donau bis zu jenem Zeitpunkte zu verschieben, zu welchem genügende Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Frage gegeben sein werden, ob das dem Donaugebiete zu entnehmende Wasser einer Filtrierung bedürfen wird oder nicht. (Angenommen.)

(2330.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Regulierung der Bezüge der Bediensteten der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien in Sechshaus, XIV. Bezirk, und beantragt:

1. Die Bezüge der Angestellten, beziehungsweise Diurnisten bei der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien im XIV. Bezirke werden mit den in der vorgelegten Tabelle eingesetzten Beträgen festgesetzt, und

treten die Angestellten, beziehungsweise Diurnisten (soweit sie noch im Dienste der Anstalt stehen), deren Bezüge erhöht worden sind, vom 1. Jänner 1893 an, beziehungsweise vom Tage ihres später erfolgten Eintrittes in den Genuss der erhöhten Bezüge.

2. Das bisherige Dienstverhältnis bleibt unverändert, so dass nur die Stellung des Vorstandes eine definitive ist.

3. Das Mehrerfordernis per 3420 fl. ist aus dem Erträgnisse der Anstalt zu bedecken.

St.-R. Kreindl beantragt, den Diurnisten ein Taggeld von 1 fl. 30 kr. zu bewilligen.

St.-R. Schneiderhan beantragt, dem Vorstand-Stellvertreter einen Gehalt von 1000 fl. und ein Quartiergeld von 250 fl. zu bewilligen.

St.-R. Rückauf beantragt, den Praktikanten gleichfalls ein 25percentiges Quartiergeld zu bewilligen, modificiert diesen Antrag später dahin, den Praktikanten ohne Quartiergeld 480 fl. Gehalt zu bewilligen.

Der Referent erklärt sich mit dem Antrage des St.-R. Schneiderhan (Post 2) und dem modificierten Antrage des St.-R. Rückauf (Post 12 und 13) einverstanden.

Diese letztgenannten zwei Anträge, ferner der Antrag des St.-R. Kreindl (Post 18) und im übrigen die Referenten-Anträge werden angenommen.

Durch diese Beschlüsse ändert sich die im Antrage 3 mit 3420 fl. bezifferte Mehrauslage in den Betrag von 4033 fl. 50 kr.

(2448.) **St.-R. Rückauf** referiert über den Bauamtsbericht wegen Durchführung der Neustiftgasse im VII. Bezirke zur Gürtelstraße und im Anschlusse an die Koppstraße im XVI. Bezirke über die Realität Or.-Nr. 97 Kaiserstraße und beantragt die Kenntnisnahme unter Bezug auf den Stadtraths-Beschluss vom 5. April 1893, beziehungsweise Gemeinderaths-Beschluss vom 21. April 1893 zur Zahl 1122. (Angenommen.)

(2463.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kinderwarteanstalt im XV. Bezirke um Bewilligung einer Subvention und beantragt, auch für das Jahr 1893 eine Subvention von 520 fl. zu bewilligen.

St.-R. Witzelsberger beantragt die Bewilligung eines Betrages von 600 fl.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(2549.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Czastek um Bewilligung zur Herstellung einer Kegelbahn und eines Glassalons, XVII. Bezirk, Dornbach, Urbangasse 17, und beantragt, dass nach dem Magistrats-Antrage mit Rücksicht auf die provisorische Bauführung und die ländliche Verbauung des betreffenden Bezirkstheiles von der Verpflichtung zum Ansuchen um Bekanntgabe der Baulinie abgesehen und die angesuchte Bauerleichterung bewilligt werden wolle.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, den Act zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise an den Magistrat mit dem Auftrage zurückzuleiten, für den Fall, als derselbe der Einschreiterin den Consens zu ertheilen findet, den Consens dem Stadtrathe zur Bestätigung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Act im Hinblicke auf §§ 97 und 105 Bauordnung, als zur hierämtlichen Amtshandlung derzeit nicht geeignet, zurückzuweisen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(2551.) **Derselbe** referiert über die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses Einl.-Z. 230 Grundb.-Einl., VIII. Bezirk, Or.-Nr. 11 Josefsgasse und 18 Langegasse, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund im Gesammtausmaße von 87·05 m² und beantragt, dieselbe mit 30 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(2641). **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Pächters des Baumgartener Casinos Josef Gritzbach um Bewilligung zur Errichtung einer Kegelbahn und beantragt, die nachgesuchte Bewilligung unter den vom magistratischen Bezirksamte beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(2575.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des F. W. Hoffmann um Bewilligung zur Herstellung einer gemauerten Einfriedung bei Grundb.-Einl. 110, Unter-Sievering, Windhabergasse, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(2614.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen der Marie März um Bauconsens für Grundb.-Einl. 611, Cat.-Parc. 24/1 und 25/1 Unter-Sievering, Hauptstraße, XIX. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung des Consenses gegen dem, dass die Verpflichtung zur seinerzeitigen Erwerbung des zur Ergänzung der Bauarea bis zur Baulinie erforderlichen, derzeit noch öffentliches Gut bildenden Bachgrundes, weiters zur Herstellung und Erhaltung des Vorgartens, zur Herstellung eines vorschriftsmäßigen Trottoirs und Niveaus, sowie zur Erwerbung des halben zukünftigen Straßengrundes und zur unentgeltlichen Abtretung desselben an die Gemeinde, auf Verlangen der Gemeinde und Kosten der Gesuchstellerin grundbücherlich sichergestellt werde. (Angenommen.)

(2480.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über das Ansuchen des Josef und der Karoline Krecht um Baubewilligung für Grundb.-Einl. 309, Conscr.-Nr. 233 Ober-Laa, X. Bezirk, und beantragt, von einer Baulinien-, beziehungsweise Niveaubestimmung derzeit abzusehen und den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung gegen intabulationsfähigen Demolierungsrevers zu bestätigen. (Angenommen.)

(2579.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Ziegelwanger um Baubewilligung für Grundb.-Einl. 973, Cat.-Parc. 52/2 und 53/2, XIII. Bezirk, Penzing, Hauptgasse 43, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung des Consenses und zur Anlage von Risaliten mit einer Länge von 4·20 m und 3·40 m und einem Vorsprunge von 15 cm und 10 cm unter Umgangnahme von einer Grundeinlösung (mit Rücksicht auf die an die Gemeinde erfolgte Abtretung von 1910 m²).

St.-R. Müller beantragt, es sei der Grund um 16 fl. per Quadratmeter einzulösen.

Antrag des St.-R. Müller und im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(2581.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael Stirling um Bewilligung zur Parcellierung der Realität Einl.-Z. 2349, II. Bezirk, Wallensteinstraße, und beantragt, die Parcellierung nach Maßgabe der vorgelegten Pläne zu bewilligen. (Angenommen.)

(2607.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Samuel Cohn & Sohn um mietweise Überlassung einer Localität im Bürgerspitalfondshause, I., Zelinkagasse 5, und beantragt, den Mietzins für die Localitäten Nr. II, III, IV im Parterre sammt Souterrain a im obgenannten Hause auf jährlich 1190 fl. inclusive Nebengebüren herabzusetzen; im Falle der Abtheilung der Parterre-

Localitäten den Mietzins für Nr. II, bestehend aus einer Gassenöffnung, mit jährlich 370 fl. inclusive Nebengebüren und für Locale Nr. III und IV, bestehend aus zwei Gassenöffnungen sammt Souterrain a, mit jährlich 840 fl. inclusive Nebengebühren festzusetzen.

(Angenommen.)

(2597.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Materialwarenhändlers Franz Wilhelm sen., Hausbesitzers in Hütteldorf, um Überlassung eines Grundes der Gruppe 34 am Hütteldorfer Friedhofe zur Herstellung einer Familiengruft und beantragt, die Bewilligung auf Grund des Commissionsprotokolles vom 25. April 1893 nach dem Magistrats-Antrage zu ertheilen und dem Gesuchsteller den über dem Gruftplatze am Kopfende noch übrig bleibenden Grund im Ausmaße von 6 m² für eine Gartenanlage gegen Erlag eines Betrages von 35 fl. — außer dem tarifmäßigen Preise für den Doppelgruftplatz — zu überlassen. (Angenommen.)

(2508.) **Derselbe** referiert über die Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner 1893 und beantragt, zum Empfange derselben am 26. Mai l. J. im Rathhause den Betrag von 4000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2430.) **St.-R. Müller** referiert über die Baulinienbestimmung für die Gürtelstraße von der Nussdorferstraße abwärts, XIX. Bezirk, und beantragt, für diese Straßenzüge werden als neue Baulinien bestimmt:

1. Für die Gürtelstraße die Linien H J einerseits und K L M N O P Q R andererseits mit einer Straßenbreite von 18·96 m an jeder Seite der Gürtelbahn.

2. Für die Fortsetzung der Gürtelstraße zwischen Antoniengasse bis zur Schlossgasse für die noch unbenannte Straße die Linien Y Z — A' B' einerseits — und S U — W X andererseits mit einer Straßenbreite von 16·0 m.

3. Für die verlängerte Antoniengasse von der Gürtelstraße bis zur Nussdorferstraße die Linien S T.

4. Das zwischen der Gürtelbahn der verlängerten Antoniengasse und der äußeren 18·96 m breiten Gürtelstraße gelegene Dreieck R' D' C' bleibt derzeit unverbaubar.

5. Für die Leibenfrostgasse die Linien S' Z — V U einerseits und T' A' andererseits mit einer Straßenbreite von 11·38 m.

6. Für die Nussdorferstraße O' N' M' — T U einerseits, G' F' E' andererseits mit einer Straßenbreite von 22·76 m.

7. Für die Augasse die Linien J' K' L' einerseits und H' G' andererseits mit einer Straßenbreite von 15·17 m.

8. An dem freien Platze bei der jetzigen Nussdorferlinie sind an den einzelnen Baublöcken Abkappungen vorzusehen, nach den Linien A B — C D — E F — G H — K P' und Q' W'; die Fixierung der genauen Längen dieser Abkappungen werden unter Zugrundelegung genauer Situationsansichten durch eine separate Vorlage bestimmt.

9. Die Niveaux werden nach Vornahme genauer Nivellements und im Einvernehmen mit der Gürtelbahn-Bauleitung durch das Bauamt in einer separaten Vorlage zu projectieren und zur Genehmigung vorzulegen sein. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2625.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann und der Dorothea Wimmer um Bewilligung zur Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf Nr. 9 Neumayergasse, Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Bewilligung. (Angenommen.)

(2464.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Ferdinand und der Aloisia Schindler um Bewilligung der Unterabtheilung der Realität Einl.-Z. 175, Währing, Cat.-Parc. 82/4 und 82/10 und beantragt, im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 24. März 1893 das Ansuchen unter der Bedingung zu genehmigen, dass für die gegen die Ferstelgasse zu gelegenen Baustellen I und II die Art der Verbauung mit Wohnhäusern in der Weise bestimmt wird, dass dieselben außer einem bewohnten Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als höchstens zwei Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, jedoch einzelne über diese Geschosse hinausragende Gebäudetheile wie Thürme, Giebel ꝛc. nicht zu beanständen sind; längs der Ferstelgasse bezüglich der Baustellen I und II die Herstellung von 4·5 m breiten, innerhalb der Baulinie gelegenen Vorgärten bedungen wird — endlich die für die Baustellen I und II vom Gesuchsteller eingegangene Verbindlichkeit, dass auf diesen Baustellen keine Gewerbe betrieben werden dürfen, welche Lärm oder sonstige Belästigung verursachen, zu Gunsten der Gemeinde einzuverleiben.

St.-R. Müller beantragt, keine Vorgartenanlage zu bedingen und drei Stockwerke nebst Parterre (ohne Souterrain) zu bewilligen, zieht jedoch vor der Abstimmung diesen Antrag zurück.

Referenten-Antrag angenommen.

(2503.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ed. Rzehaczek um Terminsverlängerung zur Herstellung der Nutzwasserleitung vom städtischen Lagerhause zum St. Marxer Schlachtviehmarkte und beantragt, dem Gesuchsteller eine Terminsverlängerung um 30 Arbeitstage, d. i. also im ganzen einen Arbeitstermin von 110 Arbeitstagen zu bewilligen. (Angenommen.)

(2462.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Gfaller um Entschädigung anlässlich der Kündigung der von demselben im städtischen Hause Nr. 8 und 10 Gasgasse im XV. Bezirke gemieteten Localitäten und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2587.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Eduard Uschela-Tomanetz um Enthebung von der Verpflichtung, den anlässlich seines Neu-, beziehungsweise Umbaues im XVII. Bezirke, Hernals, Kirchenplatz, an die Gemeinde abgetretenen Grund auf das festgesetzte Niveau zu bringen, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(2613.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann und der Magdalena Rieß um Bewilligung zur Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf Nr. 43 Brunnengasse — 24 Thaliastraße, Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Bewilligung zu bestätigen.

(Angenommen.)

(2553.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferd. Seif um Baubewilligung für Baustelle 11, Grundb.-Einl. 1698, Or.-Nr. 54 Ungargasse, III. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Bewilligung unter Genehmigung der Risalit- und Thorportalanlage mit 0·35 m Vorsprung gegen Einlösung des Grundes per 3·20 m² um 160 fl. (Angenommen.)

(2615.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Stiftes Klosterneuburg um Bewilligung zum Baue eines neuen Pfarrhofgebäudes auf Grund.-Einl. 153, Ober-Sievering, Cat.-Parc. 125, 126, 163/1 und 163/2, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes unter der weiteren vom Magistrate gestellten Bedingung zu bestätigen. (Angenommen.)

(2648.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten

im veranschlagten Kostenbetrage von 4187 fl. 94 kr. und 300 fl. Pauschale für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Kröllgasse und Unteren Märzstraße im XIV. Bezirke und beantragt, das Bestbot der Firma H. Nella & Cie. mit 6·7percentigem Nachlasse anzunehmen. (Angenommen.)

(2523.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des St. Josef-Kirchenbau-Vereines in Weinhaus um Wasserabgabe für das Beneficiatenhaus und beantragt, ein tägliches Quantum von 5 hl zu den üblichen Bedingungen zu bewilligen, das Begehren um Wasserspülung in den öffentlichen Aborten und Pissoirs jedoch abzuweisen. (Angenommen.)

(2510.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über das Ansuchen des Ferd. Edl. v. Semlitsch um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 37, IX. Bezirk, Nr. 18 Alserstraße, Nr. 13 Mariannengasse, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2046 und 2589.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 21. Jänner 1893, Z. 71455, betreffend das der Gemeinde Inzersdorf gehörige, im Wiener Gemeindegebiete gelegene Nothspital, und beantragt, der Gemeinde Inzersdorf bei Wien ausnahmsweise in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse die Fortbenützung des ihr gehörigen, an der Brunnwegstraße im X. Bezirke gelegenen Nothspitales für die Dauer der gegenwärtigen Choleragefahr, spätestens aber bis Ende December 1893 unter den in der Magistratserledigung vom 16. September 1892, Z. 166285, sub 1 bis 7 gestellten Bedingungen zu gestatten. (Angenommen.)

(2450.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über 22 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Carda Franz, Kleidermacher;
Fillitz Rudolf Josef, Hausbesorger;
Schüsterl Leopold, Magazineur;
Wolf Adalbert, Schuhmachergehilfe;
Fröhlich Berthold, Musiklehrer und Professor an der Horakschen Clavierschule;
Richter Josef, Stadtträger;
Mayer Jakob, Lederausschneider;
Pesek Franz, Geschäftsdiener;
Faber Karl, Plattierer;
Pohdansky Karl, Schuhmacher;
Merth Francisca, Hausbesorgerin;
Klobuznik Franz, Buchbinder;
Maschke Josef, Taglöhner;
Huber Karl, Milchmeier;
Wastl Franz, Holz- und Kohlenhändler;
Kutis Josef, Schlossergehilfe;
Thaller Leopold, Postamtsdiener;
Prucha Marie, Kleidermacherin;
Prucha Anna, Bedienerin;
Schwarz Franz, Retortenheizer;
Kalina Franz, Hilfsarbeiter;
Ruß Isidor, Kellner. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

(Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem I., II. und III. Wahlkörper des IX. Bezirkes Alsergrund.) Behufs Durchführung der auf Grund des § 36, Absatz 2, des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des IX. Bezirkes Alsergrund wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahlen werden nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtiggestellten diesjährigen Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahl werden amtliche Stimmzettel ausgegeben, und ist jeder andere, nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den betreffenden Wahlkörper entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich am unten angesetzten Tage und Orte mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel, werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I. Bezirk, neues Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahlcommission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen, und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Für den III. Wahlkörper: am 10. Mai 1893; die eventuelle engere Wahl am 12. Mai 1893.

Für den II. Wahlkörper: am 13. Mai 1893; die eventuelle engere Wahl am 15. Mai 1893.

Für den I. Wahlkörper: am 16. Mai 1893; die eventuelle engere Wahl am 18. Mai 1893.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—G	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Ergänzungswahl mit vierjähriger Functionsdauer
	II. Section H—L	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 2. Stock	
	III. Section M—R	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Armeninstitutslocale im Parterre	
	IV. Section S—Z	Mädchen-Bürgerschule, IX., Währingerstraße 43, Turnsaal	
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer
	II. Section M—Z	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 2. Stock	
I. Wahlkörper		Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer

Allgemeine Nachrichten.

(Zulassung von Zwischendeckpassagieren zur Beförderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika.)

Das hohe k. k. Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 20. März 1893, Z. 5147, im Nachhange zum hohen Erlasse vom 30. December 1892, Z. 31385 (intimiert mit dem Erlasse der k. k. Statthalterei vom 9. Jänner 1893, Z. 455), eröffnet, dass nach einer Mittheilung des k. u. k. Ministeriums des Äußern seitens der Antwerpener Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Red-Star-Line" von nun an auch Zwischendeck- (III. Classe-) Passagiere der in dem bezogenen Erlasse erwähnten drei Kategorien (amerikanische Bürger, in den Vereinigten Staaten domicilierende Personen und Touristen) zur Beförderung zugelassen werden, dass aber nach wie vor Passagiere aus Russland und Galizien sowie aus cholera-verseuchten Gegenden von der Beförderung durch diese Gesellschaft vollständig ausgeschlossen bleiben.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.)

April 1893.

Einlagen . . . . . 308.692 fl. 94 kr. von 1480 Parteien
Rückbezahlt . . . . . 380.942 fl. 83 kr. an 1430 „

Das Gesammt-Interessen-Guthaben beträgt mit 30. April 1893 . . . . . 6,455.603 fl. 91 kr.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 2. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine . . . . . 5064 Stück
Fettschweine . . . . . 5148 „
Summa . 10.212 Stück

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 8356 Stück
für das Land . . . . . 716 „
unverkauft blieben . . . . . 1140 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 34 bis 44 kr.
Fettschweine . . . „ 36 „ 46 „
} per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war infolge des gegen den vorwöchentlichen Markt um 1181 Stück Schweine größeren Auftriebes schleppend, und haben die Preise der Jungschweine einen Rückgang von 3 kr. und jene der Fettschweine einen solchen von $3\frac{1}{2}$ kr. per Kilogramm erfahren.

* * *

(Pferdemarkt vom 2. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 525 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—290 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 20—70 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 4. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3558, Kälber lebend 374, Lämmer Waidner 2409, Lämmer lebend 96, Schafe Waidner 4016, Schafe lebend — —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 32 bis 56 kr.
Kälber lebend . per Kg. . . . . von 30 bis 46 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 10 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 4 „ 9 fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 24 bis 40 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 8 fl. 50 kr. bis 21 fl. 50 kr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 4 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war flau, und haben die Preise im Durchschnitte einen Rückgang von 1 kr. per Kilogramm erfahren.

Auf dem Schafmarkte wurden um 801 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war entsprechend und konnte keine wesentliche Preisänderung verzeichnen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 4. Mai 1893 97 Stück Mast- und 133 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Bierpreise im Monate April 1893.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11½°	fl. 9.— bis fl. 9.70	
„ böhmisches, oberösterr. II. . .	9 „ 10°	„ 8.80 „ „ 9.—	
Lager, Wiener	12 „ 13°	„ 13.— „ „ 14.—	
Märzen, Wiener (Export)	13 „ 14½°	„ 14.— „ „ 15.—	
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11 „ 12°	„ 15.— „ „ 16.—	
Pilsner	11 „ 12°	„ 16.50 „ „ 17.50	
Bayrisches (importirt)	— „ 14°	„ —.— „ „ —.—	

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 kr. per Liter	über die Gasse,
„	12 „ 16 „ „ „	im Locale,
Lager und Märzen	18 „ 24 „ „ „	über die Gasse,
„ „ „	20 „ 30 „ „ „	im Locale,
Böhmisches, Pilsner	26 „ 32 „ „ „	
Bayrisches (importirt)	— „ — „ „ „	

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter — bis — kr.
Lager „ „ „ „	„ „ — „ — „
Pilsner „ „ „ „	„ „ — „ — „

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. bis 30. April 1893.

Waren eingelagert . . . . . 150.629 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 135.518 „

Der Lagerstand betrug am 30. April 257.169 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 2,467.420 fl. gegen 288.829 Meter-Centner im Werte von 3,825.370 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

66.797	Meter-Centner	Weizen	gegen	62.832
22.563	„	Roggen	„	17.114
27.636	„	Gerste	„	45.213
32.571	„	Hafer	„	37.463
31.008	„	Mais	„	8.381
3.848	„	Ölsaaten	„	11.203
10.934	„	Mehl und Kleie . .	„	17.596
7.691	„	Wein	„	8.061
2.475	„	Zucker	„	28.668 und
7.044	Hektoliter à 100%	Spiritus . . .	„	1.795 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates April bezifferte sich auf . . . . . 11.923 Meter-Centner; es wurden 10 Lagerscheine ausgegeben und bei 4 Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . . 23.100 fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . . 13.637 „ 50 „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

Conscriptionsangelegenheiten.

Ergebnis der Hauptstellung in Wien vom 1. März bis 29. April 1893.

Einheimische Stellungspflichtige 10.033.

		Davon I. Altersclasse . .	4487
		II. „ . .	3210
		III. „ . .	2336
Erschienen sind	9126.	Davon I. Altersclasse . .	4046
		II. „ . .	2911
		III. „ . .	2169
Tauglich waren	1760.	Davon zum Heere:	
		I. Altersclasse . .	888
		II. „ . .	238
		III. „ . .	75
		zur Ersatzreserve:	
		I. Altersclasse . .	48
		II. „ . .	27
		III. „ . .	430
		zur Landwehr:	
		III. Altersclasse . .	54
Als Einjährig-Freiwillige wurden assentiert	88.	Davon I. Altersclasse . .	59
		II. „ . .	23
		III. „ . .	6
Untauglich, zurückgestellt, waffenunfähig, gelöscht	7366.	Davon I. Altersclasse . .	3110
		II. „ . .	2646
		III. „ . .	1610
Restanten	907.	Davon I. Altersclasse . .	441
		II. „ . .	299
		III. „ . .	167
Begünstigungen wurden zuerkannt:		nach § 31 des Wehrgesetzes . .	4
		„ § 32 „ „ . .	14
		„ § 34 „ „ . .	29
Zur Erprobung des angegebenen Gebrechens wurden in das Militärspital abgegeben			237
Der Überprüfungs-Commission überwiesen wurden			14

Fremde wurden vorgeführt . . . . 8559.
Tauglich waren davon . 1900.

Gesammtzahl aller Vorgeführten . . . . . **17.685.**
Gesammtzahl aller Tauglichen . . . . . **3.660.**

Die Durchführung der Hauptstellung erforderte in diesem Jahre
bei der I. Stellungs-Commission (Einheimische) . . . . . 47 Tage,
„ „ II. „ „ (Fremde) . . . . . 41 „
88 Tage.

Anmerkung. Das Contingent pro 1893 für das Heer und für die Landwehr wird im Monate Juli von der Landesbehörde den politischen Behörden bekanntgegeben werden.

Gewerbeangelegenheiten.

(Incompetenz der Gewerbeordnung rücksichtlich Übertretungen durch Personen, welche nicht befugte Gewerbetreibende sind.)

Seitens einer politischen Bezirksbehörde wurde ein Individuum wegen unbefugten Gewerbetriebes nach § 132 lit. a der Gewerbeordnung und überdies noch wegen Nichtanmeldung eines in diesem Betriebe verwendeten Hilfsarbeiters bei der genossenschaftlichen Krankencasse gemäss § 121, Alinea 7, beziehungsweise § 131 des Gewerbegesetzes bestraft.

Über ein nach Ablauf der Recursfrist eingebrachtes Strafnachsichtsgesuch des Bestraften hat die k. k. Statthalterei den zweiten Theil des in Rede stehenden Straferkenntnisses von Amtswegen behoben, nachdem nur befugte Gewerbetreibende sich einer Über-

tretung des § 121, Alinea 7, des Gewerbegesetzes schuldig machen können.

Das hohe k. k. Ministerium des Innern, welchem der betreffende Verhandlungsact behufs Schlussfassung über das Ansuchen um Nachsicht der mit dem ersten Theile des Straferkenntnisses auferlegten Geldstrafe vorgelegt worden ist, hat gegen die im vorstehenden erörterte h. o. Anschauung nichts zu erinnern gefunden.

* * *

(Verbot der Schnellwagen im Detailverkaufe bei festen Betriebsstätten und auf Märkten.)

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 11. April 1893, Z. 23694, auf die Verordnung des Handelsministeriums und im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 22. März 1893, R.-G.-Bl. Nr. 46, den Magistrat aufmerksam gemacht.

Nach dieser Verordnung ist das Zuwägen mit Schnellwagen im Detailverkaufe in festen Betriebsstätten sowie auf Märkten nicht gestattet.

Übertretungen dieser Vorschrift sind, insoweit dieselben nicht der Verfolgung nach dem Strafgesetze unterliegen, nach der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 198, zu ahnden.

Durch diese Verordnung, welche mit dem 1. Mai 1893 in Wirksamkeit zu treten hat, tritt die Verordnung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten vom 2. März 1857, R.-G.-Bl. Nr. 47, außer Kraft.

Hiebei ist die Beobachtung der die Aichung und die Stempelung der Schnellwagen betreffenden Vorschriften, insbesondere also der an die Stelle des § 28 der Aichordnung vom 19. December 1872, R.-G.-Bl. Nr. 171, getretenen Bestimmungen des hohen k. k. Handelsministeriums vom 12. August 1879, R.-G.-Bl. Nr. 106, veröffentlichten sechsten Nachtrages zur Aichordnung, sowie der im dreizehnten Nachtrage (veröffentlicht mit Kundmachung des hohen k. k. Handelsministeriums vom 10. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 62, enthaltenen Bestimmungen über bei Schnellwagen zulässigen Fehlergrenzen strengstens zu überwachen.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 1. Mai bis 4. Mai 1893.

Für Neubauten:

III. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1696, Ecke der linken Bahngasse, von Josef Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller (2895).

V. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2002, Reinprechtsdorferstraße, von Franz Tscheitscher, Bauführer J. Seitl & A. Klee (2784).

„ „ Wohnhaus, Reinprechtsdorferstraße 29, von Friedr. Wagner, Bauführer J. Mitschke (2900).

VII. Bezirk: Wohnhaus, Apollogasse 9, von Johann und Maria Hörmann und Michael Batsch, Bauführer ? (2901).

XII. Bezirk: Wohnhaus, Unter-Meidling, Ecke der Erlgasse Parc. 150/151, von H. Schnabl & Söhne, Bauführer Friedrich Sonnenburg (2297).

XVII. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Dornbach Einl.-Z. 543 9, von Josef und Heinrich Fogowitz, Bauführer Josef Mädler, Maurermeister (15446).

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Ecke der Weitlof- und Anastasius-Grüngasse, von Josef und Marie Weer-Thomayer, Bauführer Johann Doležal (12309).

„ „ Wohnhaus, Währing, Gersthoferstraße Einl.-Z. 1748 u. 1749, von Richard und Fanny Wöber, Bauführer Paul Oberst (12443).

Für Zubauten:

VI. Bezirk: Hoftract, Stumpergasse 51, von Anton Büchler, Bauführer Ch. Berger (2773).

XIII. Bezirk: Zubau, Adaptierung im linken Seitentract und Stockwerkaufsetzung, Speising, Hauptstraße 17, von Josef Trilety, Bauführer Gabriel Kröpfl, Baumeister (11688).

XVII. Bezirk: „Almhütte" und Maschinenhaus, Dornbach, Promenadegasse 23, von Moriz Edl. v. Kuffner, Bauführer Franz Bock, Baumeister (15443).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Rueppgasse 19, von Karl Brunner, Stadtbaumeister, Bauführer derselbe (2835).

„ „ Große Schiffgasse 12, von Michael Neurath, Bauführer Martin Köpf (2891.)

„ „ Marchfeldgasse 10, von Franz Koller, Bauführer ? (2898).

III. Bezirk: Erdbergstraße 51, von Wilhelm Fassel, Bauführer derselbe (2797).

„ „ Heumarkt 23, von Georg Kellermann, Bauführer L. Rettinger (2772).

IV. Bezirk: Weyringergasse 35, von Franz Daxlmüller und Rudolf Kautz, Baumeister, Bauführer dieselben (2843).

„ „ Große Neugasse 28, von Josef Bäth, Bauführer J. Witzmann (2790).

V. Bezirk: Griesgasse 16, von Kath. Prajzner, Bauführer Ch. Gatty (2810).

„ „ Kohlgasse 26—28, von Josef Polke, Bauführer G. Strohmayer (2850).

„ „ Einsiedlerplatz 10, von Johann Beer, Bauführer ? (2905).

VI. Bezirk: Mariahilferstraße 45, von Franz Prokesch, Stadtbaumeister, Bauführer derselbe (2814).

„ „ Hundsthurmerstraße 58 (Gemeindehaus), von der Stadt Wien, Bauführer J. Spilka (2820).

VII. Bezirk: Seidengasse 41, von Andreas Richter, Bauführer ? (2811).

„ „ Seidengasse 44, von Franz Wallaschek, Bauführer ? (2812).

VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 54, von Franz Prokesch, Stadtbaumeister, Bauführer derselbe (2814).

IX. Bezirk: Michelbeuerngasse 7, von E. v. Sieberer, Bauführer J. Schobesberger (2808).

„ „ Grüne Thorgasse 17, von Johann Köhler, Bauführer J. Binder (2896).

X. Bezirk: Davidgasse 42, von Konrad Binder, Bauführer Macher (14145).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ecke der Reschgasse 5, von ?, Bauführer Friedrich Sonnenburg (12295).

„ „ Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 18, von Anna Forejtek, Bauführer Hugo Mann (12403).

XIII. Bezirk: Hütteldorf, Hauptstraße 26, von Anna Herberth, Bauführer Wilhelm Klingenberg, Architekt. (11786).

XVII. Bezirk: Hernals, Annagasse 53, von Franz Weiß, Bauführer ? (15318).

XVIII. Bezirk: Pötzleinsdorf, Julienstraße 32, von August Fordermeyer, Bauführer Anton Wimmer (12380).

XIX. Bezirk: Nußdorf, Färbergasse 7, von Josef Hackhofer, Bauführer Karl Höllerl jun. (8586).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Rohrcanal, Stammgasse 10, von Arnold Lotz, Bauführer J. Müller (2842).

V. Bezirk: Schupfen, Einsiedlerplatz 4, von J. M. Müller, Bauführer J. Ludwig (2774).

X. Bezirk: Inzersdorf, Schaumburgerstraße, von Bruno Hermann Everth, Bauführer Josef Zeitlinger (14142).

„ „ Kudlichgasse 12, von A. und E. Hoffmann, Bauführer Zeitlinger (14191).

XIII. Bezirk: Mist- und Senkgrube, Aborte, Lainz, Hauptstraße 3, von Karl Wambacher, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (11468).

„ „ Mist- und Senkgrube, Lainz, Hetzendorferstraße 10, von Kath. Doppler, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (11469).

„ „ Backofen, Lainz, Hetzendorferstraße 10, von Josef Fink, Bauführer Gabriel Kröpfl, Baumeister (11689).

„ „ Steinzeug-Rohrcanal, Penzing, Hütteldorferstraße 9, von Friedrich Linderl, Bauführer Ferdinand Scholz, Baumeister (11787).

XVIII. Bezirk: Währing, Gürtelstraße 107/109, von Josefine Bauer, Bauführer Franz Simlinger (12311).

XIX. Bezirk: Waschküche, Ober-Döbling, Kreindlgasse 21, von Katharina Mietzl und Leopold Sauer, Bauführer Franz Feigl (8631).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Große Schiffgasse 14, Krummbaumgasse 4, von Em. & Ed. Schweinburg und Josef Kainz (2847).

III. Bezirk: Dietrichgasse, Grdb.-Einl. 245, von Josef Voigt & Comp. (2833).

IV. Bezirk: Schleifmühlgasse 13, von Karl Guidenus, Stadtbaumeister (2795).

IX. Bezirk: Servitengasse und Müllnergasse 5, von Ludwig Lohner (2853).

XVII. Bezirk: Hernals, Währingerstraße 19, Einl.-Z. 919, von Karoline Dornsteiner (2806).

„ „ Hernals, Sterngasse 32, von Anton Wlasak (15315).

XIX. Bezirk: Nußdorf, Einl.-Z. 191, Färbergasse, Or.-Nr. 11, von Bachofen & Medinger (8632).

„ „ Ober-Döbling, Einl.-Z. 926, Parc. 869/71 und Einl.-Z. 923, Parc. 869/68, Prinz Eugenstraße, von Franz Knittl (8654).

Bauconsense wurden ertheilt:

vom 1. April bis 30. April 1893:

a) Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 4168, Bäuerlegasse, an Julius Horack und Alois Matschinger, Bauführer F. Horack.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2122, Taborstraße und Prager Reichsstraße, an S. Marmorek, Bauführer G. Strohmayer.

„ „ Haus, Nordwestbahnstraße 79, an Johann Haslinger, Bauführer A. Schlesak.

„ „ Haus, Baustelle V, Schiffmühlenstraße, an Johann Heppich, Bauführer J. Breinößl.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2115, Taborstraße 96, an Wilhelm Dietrich, Bauführer A. Dittrich.

„ „ Haus, Kleine Stadtgutgasse, an Karl Hörandner, Bauführer A. Schlesak.

III. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2710, Mohsgasse, an Johann Mayer, Bauführer J. Dolezal.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 644, Hohlweggasse und Gürtelstraße, an Johann Mayer und Karl Tucek, Bauführer J. Dolezal.

„ „ Haus, Veithgasse 5, an Rich. Siedek, Bauführer H. Gerl.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2679, Kleistgasse, Ecke der Khunngasse, an Marcus Siebenschein, Bauführer L. Ritter.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2679, Kleist- und Mohsgasse, an Mich. Ronsperger, Bauführer J. Halla.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2725, unbenannte Gasse 12, nächst der Hohlweggasse, an Franz Nowotny und Georg Bansch, Bauführer Julius Halla.

V. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 1870, Arbeitergasse, an Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1555, Diehlgasse, an Jos. Fichtinger, Bauführer Th. Bauer.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1554, Diehlgasse, an Jos. Fichtinger, Bauführer Th. Bauer.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1553, Diehlgasse, an Jos. Fichtinger, Bauführer Th. Bauer.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1698, Matzleinsdorferstraße, Ecke der Reinprechtsdorferstraße, an Alois Beer, Bauführer J. Jostal.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 12, Obere Amtshausgasse, Ecke der Brandmayergasse 36, an Ferdinand Erm, Bauführer G. Kleibl.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1825, Schallergasse 18, an Alois und Henriette Krajicek, Bauführer J. Schmetterer.

„ „ Haus, Embelgasse 43, an Ferdinand Erm, Bauführer G. Kleibl.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 969, Baustelle, IV., Reinprechtsdorferstraße, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 969, Baustelle V, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1869, Reinprechtsdorferstraße, Ecke der Arbeitergasse, an Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer.

„ „ Haus, Reinprechtsdorferstraße und Gießaufgasse, Baustelle III, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.

IX. Bezirk: Haus, Baustelle XIX, Lazarethgasse (Brünnlbad), an Josef Sucharipa, Bauführer R. Jäger.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1477, Fluchtgasse, an Wenzel Marek, Baumeister.

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 1491, Garnisonsgasse, an Mathilde Gotthardt, Bauführer G. Demsky.

„ „ Haus, Müllnergasse 23—25, an den Pensionsfond der Sicherheitswache, Bauführer A. Ribak.

XII. Bezirk: Hausbau, Altmannsdorf, Cat.-Parc. 90/4, Einl.-Z. 73, Laxenburgerstraße, an Thomas und Leopold Ferchenbauer, Bauführer Michael Borak.

„ „ Hausbau, Unter-Meidling, Cat.-Parc. 280/16, Einl.-Z. 1246, verlängerte Franzensgasse, an Franz und Marie Hanzal, Bauführer Josef Rucker.

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Penzing, ~~neue Gasse~~ Feybergasse zwischen Haupt- und Parkgasse, an Karl Ziegelwanger, Bauführer derselbe, Penzingerstrasse 43.

„ „ Einstöckige Villa, Lainz, Einsiedeleigasse, an Aloisia Busch, Bauführer Franz Peydl.

„ „ Dampfkessel ꝛc. ꝛc., Betriebsanlage, Hacking, Bahngasse 1—3, an Gustav und Moriz Seidel, Bauführer Ed. Schätz.

XIV. Bezirk: Wohnhaus, Rudolfsheim, Felberstraße 84, an Katharina Kloos, Bauführer Schick & Kraus.

XV. Bezirk: Wohnhaus, Fünfhaus, Kranzgasse 29, an Johann Pfann, Bauführer Ad. Hofbauer.

„ „ Wohnhaus, Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 28, an H. Holzwarth, Bauführer Stagl & Brodhag.

XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Galizynstraße, Parc. 415, Einl.-Z. 48, an Wilhelm Kubie, Bauführer Gottfried Alber.

„ „ Haus, Ottakring, Hyrtlgasse 15, an Josef und Marie Exner, Bauführer Matthias Millik.

„ „ Haus, Ottakring, Hauslabgasse, Cat.-Parc. 2810/I, Einl.-Z. 2566, an Adalbert und Josefa Stiaßny, Bauführer Wenzel Sperker.

„ „ Haus, Ottakring, Degengasse 32, an Hermann Popp, Bauführer Franz Bock.

„ „ Haus, Ottakring, Gablenzgasse 28, an Friedrich Schmidt jun., Bauführer Matthias Millik.

„ „ Haus, Neulerchenfeld, Burggasse 54, an Julius Markus, Bauführer Josef Seichert.

XVII. Bezirk: Wohnhaus, Dornbach, Promenadegasse, Parc. 275/3, 275/10, 1224/1 und 275/7, an Leopoldine und Adolfine v. Kiß, Bauführer Heinrich Glaser.

„ „ Wohnhaus, Dornbach, Parc. 983/1, 2, 3, a. d. Als, an Joh. Herzog, Bauführer Franz Horak.

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Pötzleinsdorf, Julienstraße 14, an Johann, August und Wilhelmine Plank, Bauführer Adalbert Prokſch.

„ „ Pötzleinsdorf, Schönbrunnerstraße, Einl.-Z. 552, an Josef Punzet, Bauführer derselbe.

„ „ Wohnhaus, Währing, Feldgasse 13, an Josef und Anna Musser, Bauführer Johann Schweitzer.

„ „ Wohnhaus, Gersthof, Johannesgasse 15, an Andreas Baszisźka, Bauführer Anton Wimmer.

„ „ Wohnhaus, Währing, Schulgasse 64, an Siegmund J. Stern und Eduard Berger, Bauführer Adalbert Jezl.

„ „ Schmiedewerkstätte, Gersthof, Bergsteiggasse 12, an Leopold und Marie Schwarz, Bauführer Martin Köller.

XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße, Einl.-Z. 916, an Karl Nossek, Bauführer Victor Fiala.

„ „ Wohnhaus, Ober-Döbling, Parkstraße, Einl.-Z. 977, an August Bopp, Bauführer Victor Fiala.

„ „ Wohnhaus, Ober-Döbling, Hermannstraße, Ecke der Kreindlgasse, Einl.-Z. 1073, an Moriz und Marie Engel de Jánosi, Bauführer Karl Mayer.

„ „ Wohnhaus, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße, Einl.-Z. 915, an Clementine Reinheimer, Bauführer Victor Fiala.

„ „ Wohnhaus, Ober-Sievering, Hauptstraße, Einl.-Z. 347, an Johann Steinzer, Bauführer Eduard Spieß.

b) Für Umbauten:

III. Bezirk: Wohnhaus, Marokkanergasse 12, an Victor Siedek, Bauführer H. Gerl.

„ „ Wohnhaus, Steingasse 9, an Maria Rohrsetzer, Bauführer Johann Ev. Adler.

V. Bezirk: Wohnhaus und Fabriksbau, Pilgramgasse 22, an Ferdinand Rappold, Bauführer H. Steiner.

VII. Bezirk: Haus, Kandlgasse 31, von Karl Kramsall, Bauführer J. Röttinger.

„ „ Haus, Stiftgasse 11, Lindengasse 1, an Emilie Zweig, Bauführer H. Wagner.

VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 91, an Amalie Aigner, Bauführer Franz Bock.

„ „ Haus, Schlösselgasse 22, an Josef Šafař, Bauführer A. Knecht.

X. Bezirk: Wielandgasse 18, an Julius Schindler, Bauführer Adolf Langer.

XII. Bezirk: Wohnhaus, Unt.-Meidling, Consc.-Nr. 558, Ecke der Wilhelmsstraße und Bahngasse, an Josef Stojan, Bauführer Julius Halla.
" " Wohnhaus, Unter-Meidling, Consc.-Nr. 558, Ecke der Bahngasse und Neuwallgasse, an Josef Stojan, Bauführer Julius Halla.
XIII. Bezirk: Viehstallungen, Penzing, Hietzingerstraße 7, an Johann und Katharina Steffel, Bauführer Heinrich Staud.
" " Ebenerdiger Hoftract, Speising, Hauptstraße 34, an Michael Pollak, Bauführer Gabriel Kröpfl.
XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Fischergasse 12, an Josef Kraus, Bauführer Karl Brunner.
" " Wohnhaus, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 12, an Eheleute Henthaler, Bauführer Joh. Töpfl.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Schiffmühlenstraße 116, an Ferdinand Edlinger, Bauführer E. Schätz.
" " Fabrikszubau, Pappenheimergasse 1—3, an S. Fischer und J. Müller, Bauführer H. Ohrner.
" " Hoftract, Jägerstraße 35, an J. Glaser, Bauführer L. Ritter.
III. Bezirk: Portierhäuschen, Metternichgasse 8, an Baron Othon Bourgoing, Bauführer H. Glaser.
" " Portierhäuschen, Baumgasse 7, an Wilhelm Brückner, Bauführer J. Mitschke.
" " Magazin und Werkstätte, Baumgasse 5, an Wilhelm Brückner, Bauführer J. Mitschke.
" " Werkstätte, Erdbergstraße 32, an Stephan Fernolendt, Bauführer C. Stigler.
IV. Bezirk: Hofquertract, Starhemberggasse 34, an Karl Richter, Bauführer F. Doleyschka.
V. Bezirk: Hoftract, Kohlgasse 5, an J. Swoboda, Bauführer J. Schonka.
VI. Bezirk: Brückengasse 6, an Johann Eichinger, Bauführer J. Spilka.
" " Werkstätte, Bürgerspitalgasse 20, an Josef Oberhuber, Bauführer C. Langer.
VII. Bezirk: Seitentract, Kaiserstraße 43, an Leopold Waller, Bauführer A. Zwerina.
" " Magazin, Zieglergasse 55, an Josef Flickschek, Bauführer G. Alber.
VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 136, an Matth. Migschitz, Bauführer E. Schrammel.
" " Hoftract, Florianigasse 54, an Ludwig Schmitt, Bauführer Kupka & Orglmeister.
X. Bezirk: Laxenburgerstraße 66, an Hutter & Schrantz, Bauführer Oskar Laske.
" " Kudlichgasse 9, an Karl Hofbauer, Bauführer J. Schweitzer.
" " Vordere Südbahnstraße 12, an Wilhelm Frey, Bauführer ?.
" " Laxenburgerstraße 372, an Christiane Breden, Bauführer Joh. Nowak.
" " Laubeplatz 10, an Francisca Steckerl, Bauführer J. Schweitzer.
" " Weldengasse 10, an Karl Kösseldorfer, Bauführer Josef Mayer.
" " Triesterstraße 2 (Inzersdorf), an die Wienerberger Ziegelfabrik, Bauführer Sedlaček.
" " Erlachplatz 4, an Anton Freißler, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Buchengasse 51, an Johann Chalusch, Bauführer ?.
XI. Bezirk: Waschküchenzubau, Simmering, Hirschengasse 19, an Michael und Rosalie Suppan, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Fabrikszubau, Kaiser-Ebersdorf, Fabriksgasse Consc.-Nr. 86, an Firma Loewy, Baiersdorf & Biach, Bauführer Anton Heindl.
XII. Bezirk: Hetzendorf, Rosenhügelstraße Consc.-Nr. 490, Or.-Nr. 23, an Marie Mann, Bauführer Hugo Mann.
" " Stall und Wagenremise, Unter-Meidling, Bonygasse 19, an Josef und Juliana Menitz, Bauführer Josef Binder.
XIII. Bezirk: Veranda mit Zierthurm, Ober-St. Veit, Gartengasse 315, an Pauline v. Bukowič, Bauführer Anton Jauernik.
" " Einstöckiger Gassentract und Veranda, Hietzing, Neugasse 7, an Dr. Ernst Passawer-Percival, Bauführer Dehm und Olbricht.
" " Zwei Seitentracte im Parterre, Baumgarten, Friedhofstraße, an Georg und Johanna Moßbacher, Bauführer Anton Schark.
" " Ebenerdiger Badetract, Speising, Hauptstraße 63, an Marie Schwartz, Bauführer Gabriel Kröpfl.
XIV. Bezirk: Abort, Rudolfsheim, Neugasse 33, an J. Ullmann, Bauführer Hans Kraus.
" " Abort, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 29, an A. Riemerbauer, Bauführer J. Stättermayer.
XIV. Bezirk: Schweinestall, Rudolfsheim, Fischergasse 20, an die Eheleute Wrbcky, Bauführer Karl Brunner.
" " Schweinestall, Rudolfsheim, Neugasse 39, an Friedrich Uhlmann, Bauführer Kraus & Schick.
" " Abort, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 4, an A. Koblischek, Bauführer C. Kittel.
" " Abort, Rudolfsheim, Neubergenstraße 29, an Anton Solař, Bauführer Heinrich Staud.
" " Abort, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 52—54, an Gottfried Glaßner, Bauführer J. Prokſch.
" " Abort, Rudolfsheim, Fischergasse 26, an J. Schafbauer, Bauführer J. Töpfl.
" " Abort, Rudolfsheim, Fischergasse 14, an Elis. Kautzinger, Bauführer J. Stättermayer.
" " Zwei Stock hohe Werkstätte, Rudolfsheim, Schellingergasse 29, an Franz Snop, Bauführer Julius Mitschke.
" " Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Grenzgasse 7, an Moriz und Julius Weiß, Bauführer J. Prokſch.
" " Abort, Sechshaus, Plankengasse 14, an J. Diefenbach, Bauführer Otto Ettmayer.
XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 1, 3 und 5, an Robert Dinzl, Bauführer Antonin Zagórski.
" " Ottakring, Lerchenfelderstraße 48, an Antonin Zagórski, Bauführer derselbe.
" " Ottakring, Seeböckgasse 20, an den Wiener Wärmestubenverein, Bauführer J. Kohl.
XVII. Bezirk: Hernals, Weinhauserstraße Or.-Nr. 33, an Georg Kohr, Bauführer Wenzel Gabauer.
" " Hernals, Gürtelstraße Or.-Nr. 2, an Juliana Schaffer und Francisca Dalecky, Bauführer Karl Haas.
" " Hernals, Uniongasse Or.-Nr. 7, an Franz Malik, Bauführer Georg Kowarik.
XVIII. Bezirk: Gersthof, Hauptstraße 113, an Franz und Anna Grill, Bauführer Adalbert Prokſch.
" " Hofseitentract für Wohnungen, Währing, Antonigasse 41, an Georg und Ursula Beham, Bauführer Franz Kaindl.
" " Badecabinen, Währing, Michaelerstraße 14/16, an Nicolaus und Magdalena Weißböck, Bauführer Josef Schober.
" " Gasmotorenraum und Wasserreservoir, Pötzleinsdorf, Hauptstraße 64, an Alois und Ernestine Engel, Ritt. v., Bauführer Johann Hattey.
" " Abortzubau, Pötzleinsdorf, Hauptstraße 89, an Theresia Kauderer, Bauführer Anton Wimmer.
" " Holzlager, Abort und zwei Zimmer, Salmannsdorf, Hauptstraße 32, an Dr. Adolf Gelinek, Bauführer Paul Oberst.
" " Hausbesorgerswohnung, Währing, Wienerstraße 9, Johannesgasse 2, an Josef Stastnik, Bauführer Josef Baldia.
" " Zwei Wohnungen, Währing, Theresiengasse 59, an Heinrich Trinkaus, Bauführer Josef Schober.
XIX. Bezirk: Zimmer und Küche, Kahlenbergerdorf Consc.-Nr. 47, an Heinrich Blechner, Bauführer Johann Schäffer.

d) für Adaptierungen:

I. Bezirk: Elisabethstraße 13, an Dr. J. C. Daubek, Bauführer V. Bruckschlögel.
" " Griechengasse 3, an Siegfried Mandl, Bauführer ?
" " Maximilianstraße 5, an Heinrich Mattoni, Bauführer O. Laske.
" " Hafnersteig 7, an Karl Kužel, Maurermeister.
" " Schottengasse 7, an Siegmund Geiringer, Bauführer A. Zifferer.
" " Renngasse 9, an Moriz Linder, Bauführer J. Schmetterer.
" " Postgasse 2 bis 4, Wollzeile 37, an den Dominikaner-Ordens-Convent, Bauführer M. Lindauer.
" " Franz Josefs-Quai 13, an Alois Singer, Bauführer J. Matasek.
" " Werderthorgasse 5, an Eduard Schweinburg, Baumeister.
" " Werderthorgasse 4, an Jakob Spitzer für Emanuel Subak, Bauführer W. Marek.
" " Färbergasse 6, an Dr. Karl Hillebrand, Bauführer J. Fesemayer.
" " Löwelstraße 18, an die Wiener Baugesellschaft, Bauführer dieselbe.
" " Renngasse 8, an Michael Nowi, Bauführer Jos. Bauer.
" " Wipplingerstraße 30, an Franz Neumann, Baumeister.
" " Rathhausstraße 19, an Ludwig Richter, Bauführer C. Michna.
" " Liebiggasse 4, an L. M. Reitzes, Bauführer Luckeneder & Miserowski.
" " Michaelerplatz 6, an Richard Plankl, Bauführer L. Doby.
" " Bäckerstraße 14, an Moriz Kraus, Bauführer M. & J. Sturanz.
" " Hegelgasse 6, an Jakob Eisler & Brüder, Bauführer J. Helmreich.
" " Weihburggasse 4, an Siegmund Reich, Bauführer ?

I. Bezirk: Rothenthurmstraße 4, an Johann Nowak, Maurermeister.
„ „ Bäckerstraße 4 bis 6, an Johann Nowak, Maurermeister.
II. Bezirk: Nordwestbahnstraße 23, an Michael Finsterle, Bauführer O. Luckeneder & Miserowski.
„ „ Prager Reichsstraße 16, an Leopold Bachmayer, Bauführer O. Luckeneder & Miserowski.
„ „ Lessinggasse 23, an Johann Kreuzer, Maurermeister.
„ „ Circusgasse 13, an Paul Gerin, Bauführer D. Hofmann.
„ „ Nordbahnstraße 36, an Leopold Schlesinger, Bauführer?
„ „ Franzensbrückenstraße 22, Faustin Wisocky, Bauführer D. Hofmann.
„ „ Innstraße 5, an Ludwig Lehmann, Bauführer?
„ „ Blumauergasse 23, an Martin Hassfurther, Bauführer F. Prokesch.
„ „ Handelskai 72, an W. Lewinsky, Stadtbaumeister.
„ „ Nordbahnstraße 25, an O. Luckender & Miserowski, Baumeister.
„ „ Praterstraße 9, an Matthias Russo, Bauführer D. Hofmann.
„ „ Darwingasse 26, an Hermann Stern, Bauführer A. Dietl.
„ „ Rueppgasse 40, an Wilhelm Dietrich, Bauführer A. Dittrich.
„ „ Große Stadtgutgasse 28, an Leopoldine Jockl, Bauführer A. Schlesak.
„ „ Franzensbrückenstraße 24, an Elise Weigl, Bauführer C. Lang.
„ „ Rembrandtstraße 14, an Johann Kreutzer, Maurermeister.
„ „ Dammstraße 15, an Ferd. und Johann Bergmann, Bauführer?
„ „ Innstraße 7, an Leo Weiß, Bauführer J. Schwadron.
„ „ Kleine Pfarrgasse 4, an Johann Kernast, Baumeister.
III. Bezirk: Apostelgasse 19, an Auguste Welser, Bauführer C. Hörmann.
„ „ Landstraße Hauptstraße 96, an Friedrich Gutmann, Baumeister.
„ „ Wassergasse 33, 34, 36, an Johann Großbies, Maurermeister.
„ „ Sophienbrückengasse 34, an August Schlesak, Maurermeister.
„ „ Steingasse 8, an Ferd. Zinsler, Bauführer C. Michna.
„ „ Börhavegasse 31, an Anton Gürlich, Baumeister.
„ „ Landstraße Hauptstraße 31, an Ferd. Pasch, Bauführer J. Krottenthaler.
„ „ Erdbergstraße 11, an Karl Thies, Bauführer F. Gutmann.
„ „ Salesianergasse 16, an Josef Hecht, Bauführer?
„ „ Thongasse 9, an Franz Sokol, Maurermeister.
IV. Bezirk: Lambrechtgasse 18, an Andreas Daut, Bauführer J. Hranika.
„ „ Schleifmühlgasse 5, an Josef Hecht, Maurermeister.
„ „ Kettenbrückengasse 22, an Adolf Tichy, Baumeister.
„ „ Waaggasse 9, an Antonie Ehrlich, Bauführer C. Rieß.
„ „ Schleifmühlgasse 16, an Leopold Halkovich, Bauführer J. Hranika.
„ „ Goldegggasse 5, an Isidor Franzl, Bauführer J. Reinhart.
„ „ Wiedener Gürtel 2, Paul Smen und Anna Maria Smens Erben, Bauführer J. Witzmann.
„ „ Karolinengasse 13, an Josef Hauser, Bauführer A. Honus.
„ „ Louisengasse 17, an Johann Müller, Maurermeister.
V. Bezirk: Mittersteig 18, an Ferdinand Henneberg, Baumeister.
„ „ Reinprechtsdorferstraße 56, an Franz Ellsner, Bauführer J. Schonka.
„ „ Ziegelofengasse 23, an Franz Doleyschka, Maurermeister.
„ „ Fockygasse 24, Eleonore und Adolf Bernhardt, Bauführer J. Schmetterer.
VI. Bezirk: Ägidigasse 19, an Josef Twaruschek, Bauführer Chr. Gatty.
„ „ Schmalzhofgasse 16, Hermann und Gustav Schmieder, Bauführer A. Langer.
„ „ Millergasse 37, an Maria Erhart, Bauführer H. Stagl.
„ „ Dreihufeisengasse 13, an Gustav Ullmann, Bauführer A. Tichy.
„ „ Gumpendorferstraße 55, an Christian Cabos, Bauführer J. Spilka.
„ „ Stumpergasse 39, an Anna Möldner, Bauführer J. Kielmayer.
VII. Bezirk: Siebensterngasse 5, an Anton John, Maurermeister.
„ „ Kirchengasse 11, an Karoline Heim, Bauführer F. Simlinger.
„ „ Zieglergasse 69, an S. Gasserstadt, Bauführer J. Brisek.
„ „ Zieglergasse 48, an August Titz, Maurermeister.
„ „ Siebensterngasse 5, an Anton John, Maurermeister.
„ „ Kirchengasse 11, an Karoline Heim, Bauführer F. Simlinger.
„ „ Zieglergasse 69, an S. Gasserstadt, Bauführer J. Bisek.
„ „ Burggasse 105, an Thomas Loskot, Maurermeister.
„ „ Schottenfeldgasse 30, an Moriz und Josef Stursny, Baumeister.
VII. Bezirk: Siebensterngasse 36, an Moriz und Josef Stursny, Baumeister.
„ „ Neubaugasse 79, an Victor Meurath, Bauführer Clement Röser.
VIII. Bezirk: Alserstraße 41, an Josef Strauß, Maurermeister.
„ „ Buchfeldgasse 19, an Johann Hofmann, Maurermeister.
„ „ Lerchenfelderstraße 54, an J. Brunner, Bauführer Joh. Bauer.
„ „ Blindengasse 9, an Karoline Schmidt, Bauführer Schobesberger.
„ „ Schmidgasse 18, an die Stadt Wien, Bauführer F. Daxlmüller.
„ „ Buchfeldgasse 14, an Dr. Anton Kratschmayer, Bauführer J. Strauß.
IX. Bezirk: Spitalgasse 33, an Julius Zimmerl, Bauführer F. Weese.
„ „ Badgasse 7, an Anton Högler, Bauführer?
„ „ Sobieskygasse 28, an Berisch, Kris & Comp. durch Dr. S. Kris, Bauführer Anton Kurz.
„ „ Althangasse, an Anton Dietrich, Bauführer L. Scherer.
„ „ Georg Siegelgasse 1, an Julie Sachs, Bauführer L. Rettinger.
„ „ Bleichergasse 4, an A. v. Wohlgemuth, Bauführer A. Knett.
X. Bezirk: Gellertgasse 28, an Mich. Kolleger, Bauführer Julius Halla.
„ „ Humboldtplatz 11, an Matth. Moser, Bauführer J. Kielmayer.
„ „ Bürgergasse 8, an Franz Seidl, Bauführer W. Laitl.
XI. Bezirk: Wohnungs-Adaptierung, Simmering, Hirschengasse 19, an Michael und Rosali Suppan, Bauführer Ferdinand Kaindl.
„ „ Wohnungs-Adaptierung, Simmering, Dorfgasse 32, an Lorenz Gays Erben, Bauführer Ferdinand Kaindl.
„ „ Adaptierung zweier Schupfen und Pferdestallungen, Simmering, Leberstraße 18, an Alois Wanko, Bauführer Johann Schneider.
„ „ Adaptierung an Fabriksgebäuden, Kaiser-Ebersdorf, Fabriksgasse 86, an Loewy, Baiersdorf & Biach, Bauführer Anton Heindl.
„ „ Wohnungs-Adaptierung, Simmering, Hauptstraße 19, an Anna Schmock, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Bindergasse 9, an H. Hassek & Hoffmann, Bauführer Josef Hofbauer.
„ „ Unter-Meidling, Dammstraße 26, an Johann Graßler, Bauführer Josef Hartl.
XIII. Bezirk: Speising, Mayerhofgasse 25, an Franz List, Baumeister.
„ „ Baumgarten, Bahngasse 49, an Josef Dittrich, Bauführer?
„ „ Ober-St. Veit, Mühlbachgasse 10, an Barbara Kümmerle, Bauführer?
„ „ Unter-St. Veit, Anhofstr. 16, an Katharina Lehner, Bauführer?
„ „ Hütteldorf, Hauptstraße 6, an Johann Khaum, Bauführer?
„ „ Hietzing, Alleegasse 32, an Baron Moritz Königswarter, Bauführer Julius Zerkowitz.
„ „ Ober-St. Veit, Maria Theresiastraße 30, an Eugen und Clementine Ostrčil, Bauführer Karl Zeller.
„ „ Penzing, Rochusgasse 26, an Therese Wiesinger, Bauführer Kaspar Wögler.
„ „ Speising, Parkgasse 151, an Franz Altrichter, Bauführer Gabriel Kröpfl.
„ „ Ober-St. Veit, Anhofstraße 45, an Amalie Spitzer, Bauführer Ant. Trillsam.
„ „ Hietzing, Josefsgasse 289, an Wilhelmine Dreßler, Bauführer Johann Weilguny.
„ „ Unter-St. Veit, Zwerggasse 7, an Gräfin Sizzo Nuoris, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Lainz, Hauptstraße 49, an Georg Zehetner, Bauführer?
„ „ Hietzing, Neugasse 3, an Ludwig Mayer, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Hietzing, Wattmanngasse 3, an Emma Plind, Bauführer Fritz Mögle.
„ „ Penzing, Schmiedgasse 4, an Emil v. Benczur, Bauführer?
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Stättermayergasse 4, an Eleonore Weigert, Bauführer Joh. Prokesch.
„ „ Rudolfsheim, Rustengasse 7, an Francisca Bidoni, Bauführer Joh. Prokesch.
„ „ Rudolfsheim, Karolinengasse 5, an Karl Fischer, Bauführer Joh. Prokesch.
„ „ Rudolfsheim, Reindorfgasse 31, an Rudolf Zinterhof, Bauführer Christ. Gatty.
„ „ Rudolfsheim, Huglgasse 30/32, an Moll & Cie., Bauführer Franz Brantner.
„ „ Rudolfsheim, Arnsteingasse 9, an Heinr. Joas, Bauführer Joh. Töpfl.
„ „ Rudolfsheim, Pereiragasse 30, an die Hütteldorfer Brauerei, Bauführer Franz Bock.

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Stättermayergasse 22, an Joh. Rettinger, Bauführer Franz Brantner.
" " Rudolfsheim, Hollergasse 30, an Anna Loderer, Bauführer Jul. Stättermayer.
" " Sechshaus, Wehrgasse 4, Bauführer A. Zwercina.

XV. Bezirk: Fünfhaus, Neubaugürtel 7, an H. Offner, Bauführer Silberbauer.
" " Fünfhaus, Sperrgasse 15, an Franz Nowak, Bauführer?
" " Fünfhaus, Michaelergasse 9, an Alois Gschwandner, Bauführer?
" " Fünfhaus, Würffelgasse 4, an Joh. Himelbauer, Bauführer N. Rellac.
" " Fünfhaus, Sperrgasse 3, an Francisca Bidoni, Bauführer Karl Brunner.

XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 104, an Hermann Förster, Bauführer Johann Mödler.
" " Neulerchenfeld, Gürtel 29, an Marie Exner, Bauführer Anton Brunner.
" " Ottakring, Gansterergasse 3, an Heinrich Ott, Bauführer Ferd. L. Baldia.
" " Ottakring, Breitenseerstraße 31, an Karl König, Bauführer Johann Mödler.
" " Neulerchenfeld, Hauptstraße 4, an Karl J. Menzel, Bauführer Josef Baldia.
" " Ottakring, Hauptstraße 35, an Georg Wild, Bauführer Georg Kovarik.
" " Ottakring, Wichtelgasse 48, an Ludwig Dobrawa, Bauführer Wenzel Schulz.
" " Ottakring, Lerchenfelderstraße 60, an Konrad Haumer, Bauführer Ferd. Baldia.
" " Ottakring, Wattgasse 38, an Anton Sedlaček, Bauführer Joh. Mödler.
" " Ottakring, Arltgasse 3, an Franz Doleyschka, Bauführer J. Doleyschka.
" " Ottakring, Gablenzgasse 21, an Alois Spechtenhauser, Bauführer F. Baldia.
" " Ottakring, Laudongasse 5, an Emma Brants, Bauführer Leopold Rettinger.
" " Ottakring, Grillemeyergasse 21, an August Rotter, Bauführer Karl Lang.
" " Ottakring, Wichtelgasse 18, an Sebastian Kander, Bauführer Thomas Mann.

XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße Or.-Nr. 113, an Franz Baumgruber, Bauführer Johann Steinmetz.
" " Hernals, Gschwandnergasse, an Ludwig Mandl, Bauführer Adalbert Pachner.
" " Neuwaldegg, Geroldgasse Or.-Nr. 7, an Rosa v. Gerold, Bauführer H. & F. Glaser.
" " Hernals, Hauptstraße Or.-Nr. 105, an der Verein der Kinder- und Jugendfreunde, Bauführer F. Bayer.
" " Hernals, Sterngasse Or.-Nr. 9, an Franz Färber und Mitbesitzer, Bauführer Josef Baldia.
" " Hernals, Mitterberggasse Or.-Nr. 22, an Anton Maierhofer, Bauführer Martin Gasselseder.
" " Hernals, Leitermayergasse Or.-Nr. 25, an Theresia Rötzer, Bauführer Franz Kaindl.
" " Hernals, Hauptstraße 58, an Sebastian Grünbeck, Bauführer Josef Grünbeck.
" " Hernals, Alsbachstraße Or.-Nr. 16, an Wilhelm Stumpe, Bauführer Wenzel Gabauer.
" " Neuwaldegg, Hauptstr. Or.-Nr. 42, an Leopoldine Wittgenstein, Bauführer Eduard Frauenfeld.
" " Hernals, Hauptstraße Or.-Nr. 114, an Marie Podany'sche Erben, Bauführer Heinrich Ohrner.
" " Dornbach, Hauptstraße Or.-Nr. 98, an Franz Glaser, Bauführer Heinrich Glaser.
" " Hernals, Hauptstr. Or.-Nr. 67, an Mathilde v. Rochefort, Bauführer Karl Haas.

XVIII. Bezirk: Weinhaus, Herrengasse 2, an Florian und Barbara Straub, Bauführer Franz Kaindl.
" " Gersthof, Mandlgasse 45 a, an die Erste Wiener Wohnungs-Genossenschaft Gersthof, Bauführer Josef Prokop.

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hirschengasse 64, an Ferd. Söllner, Bauführer Adolf Micheroli.
" " Ober-Döbling, Stefaniegasse 32, an Alex. Göschl, Bauführer Victor Fiala.
" " Nussdorf, Kahlenbergerstraße 37, an Johann Frey, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Kahlenbergerdorf, Conscr.-Nr. 16, an das Chorherrenstift Klosterneuburg, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Ober-Döbling, Neugasse 24/26, an Ignaz Kuffner und Jakob Kuffner, Bauführer Johann Pecival.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Garderobehaus, k. k. Prater, Lawn Tennis-Platz, an Graf Franz Clam-Gallas und Leo Freih. v. Gudenus, noe. Lawn Tennis, Bauführer F. Kubacsek.
" " Magazin, Taborstraße 8, an Karl Sacher, Bauführer Th. Fink.
" " Hüttenaufstellung, Schüttelstraße 53, an Thomas Kazda, Maurermeister.
" " Gassenmauerherstellung, Grundb.-Einl. 1419, Handelskquai, an Gebrüder Riesz, Bauführer A. Paar.
" " Stiege, Praterstraße 50, an Brandt & Grünholz, Bauführer Luckeneder & Miserowski.
" " Flugdach, Jägerstraße 41, an L. Trischak, Bauführer F. Zoder.
" " Dampfkesselaufstellung, k. k. Prater, an Paul Busch, Bauführer?
" " Schupfen, Leopoldsgasse 18, an J. Weiner & Söhne, Bauführer O. Pönisch.
" " Abschlussgitter, Czerningasse 17 bis 19, an Arnold Lotz, Bauführer?
III. Bezirk: Schupfen, Dietrichgasse 25, an Alois Nikowitz, Bauführer F. Gutmann.
" " Maschinenaufstellung, Brauhaus St. Marx, Landstraße Hauptstraße 163, an Ad. Jg. Mautner & Sohn, Bauführer J. Matasek.
" " Einfriedungsmauer, Apostelgasse 9, an O. Luckeneder & Miserowski, Baumeister.
" " Grenzmauerherstellung, Ungargasse 49 bis 51, an Ferd. Dehm & F. Olbricht, Bauführer?
" " Rohrcanal, Matthäusgasse 3, an Julius Zöhrer, für Baron Alfred Sommaruga, Bauführer J. Müller.
" " Rauchfangerhöhung, Landstraße Hauptstraße 80, an H. Wild, Bauführer J. Frosch.
IV. Bezirk: Veranda, Favoritenstraße 64, an Alois Reinwein, Bauführer F. Komiel.
" " Rohrcanal, Danhausergasse 7, an Johann Bernert, Bauführer Ebetshuber.
" " Brandschaden-Reconstruction, Starhemberggasse 6, an J. Schnabl & Comp., Bauführer J. Zieser.
V. Bezirk: Gartenhäuschen, Heinegasse 19, an Michael Baumgartner, Bauführer Seitl & Klee.
" " Pissoir und Rohrcanal, Lainzerstraße 1, an Karl Polzer, Bauführer C. Stöger.
" " Abort, Amtshausgasse 6, an Johann Rupp, Bauführer E. Schätz.
" " Kesselhaus, Einsiedlerplatz 6 a, an Theodor Rasella, Bauführer Seitl & Klee.
" " Stallbau und Flugdach, Hundsthurmerstraße 24, von Karl Bamberger, Bauführer J. Ebetshuber.
" " Magazin, Siebenbrunnengasse 30, an Gebrüder Philipp, Bauführer J. Witzmann.
VI. Bezirk: Schupfen, Millergasse 22, an Josef und Anna Wertheimer, Bauführer J. Prokop.
VII. Bezirk: Abort, Guttenberggasse 16, an Josef Bian, Bauführer A. Pacher.
" " Waschküche und Schupfen, Schottenfeldgasse 93, an Emanuel Partsch, Bauführer Chr. Gatty.
VIII. Bezirk: Canal, Piaristengasse 11, Neustiftgasse 47, an Josef Bauer, Maurermeister.
IX. Bezirk: Kellereinwurf, Währingerstraße 26, an Adele Marek, Bauführer J. Marek.
" " Rauchfang, Badgasse 21, an E. F. Teich, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Rohrcanal, Liechtensteinstraße 117, an Josef Eschenlohr, Bauführer?
XI. Bezirk: Abortanlage, Simmering, Hauptstraße 34, an Dr. Josef und Katharina Schmitt, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Abortanlage, Simmering, Fuchsröhren Conser.-Nr. 566, an Michael und Marie Hörmann, Bauführer F. Kaindl.
" " Abortanlage, Simmering, Döblerhofstraße 17, an R. Ditmar, Bauführer Florian Bauer.
" " Abortanlage, Simmering, Dorfgasse 32, an Lorenz Gays Erben, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Senkgrube, Simmering, Theresiengasse 33, an Heinrich Zand, Bauführer Anton Heindl.
" " Holzbrücke über den Schwechatbach, Kaiser-Ebersdorf, Fabriksgasse Einl.-Z. 113, Conscr.-Nr. 86, an die Firma Loewy, Baiersdorf & Biach, Bauführer Leopold Prager, Zimmermeister.
" " Abortanlage, Simmering, Hauptstraße 19, an Anna Schmock, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Abortanlage, Simmering, Wintergasse Conscr.-Nr. 215, an Marie Pischinger und Katharina Bayer, Bauführer Anton Heindl.
" " Wasserlauf und Senkgrube, Simmering, Zweite Landengasse 601, an Georg Weber, Bauführer Anton Heindl.

XII. Bezirk: Pferdestall, Unter-Meidling, Johannesgasse 29, an Aloisia Tambour, Bauführer Josef Rucker.
„ „ Zwei Aborte, Altmannsdorf, Augustinergasse 4, an Josef Zierer, Bauführer Michael Borak.
„ „ Abort und Pissoir, Unter-Meidling, Kriechbaumgasse 25, an Johann Mucherl, Bauführer Josef Hartl.
„ „ Abort und Senkgrube, Altmannsdorf, Hauptstraße 22, an Josefa Riegler, Bauführer Josef Schaufler.
„ „ Abort, Pissoir und Senkgrube, Hetzendorf, Giselagasse 17, an Theresia Krieger, Bauführer Martin Leopold.
„ „ Abort und Senkgrube, Hetzendorf, Rudolfsgasse 16, an Anton Blaschek, Bauführer Franz Proßer.
„ „ Abort, Senk- und Düngergrube, Hetzendorf, Rudolfsgasse 14, an Karl Wachauer, Bauführer Franz Proßer.

XIII. Bezirk: Schupfen (gemauert), Breitensee, Poststraße 46, an Franz und Therese Baudis, Bauführer Julius Stättermayer.
„ „ Canal, Penzing, Reinlgasse 54, an Alois Fruth, Bauführer Josef Köhl.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 39, an Josef Ungerer, Bauführer Karl Ziegelwanger.
„ „ Gedeckte Kegelbahn ꝛc., Ober-St. Veit, Neustiftgasse 154, an Eleonore Fiebich, Bauführer Johann Glasauer.
„ „ Canal, Breitensee, Hauptstraße 64, an Michael und Sophie Reuter, Bauführer Karl Ziegelwanger.
„ „ Düngergrube, Speising, Feldkellergasse 2, an Steindls Erben, Bauführer Karl Kröpfl.
„ „ Düngergrube, Speising, Hauptstraße 1, an Karl Wambacher, Bauführer Karl Kröpfl.
„ „ Senkgrube, Lainz, Hauptstraße 27, an Martin und Ernst Melchart, Bauführer Johann Weifgony.
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Dehnegasse 2, an Ignaz Brunner, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Hütteldorf, Halterbachstraße 1, an Elise Feder, Bauführer?
„ „ Düngergrube, zwei Aborte, Hietzing, Hauptstraße 30, an Franz Brunner, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 8, an Amalie Ludescher, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 4, an Katharina Strobl, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Wiengasse 5, an Johann Schönaweck, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 25, an Karl Erhart, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Neustiftgasse 4, an Michael Puraner, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Speising, Hauptstraße 25, an Johann Fuchs, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Speising, Parkgasse 158, an Franz Asenbauer, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Hauptstraße 110, an Jos. Ecker, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Hauptstraße 30, an Katharina Brunner, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Hauptstraße 98, an Hermine Steinbach, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Bahnstraße 17, an Franz Kirsch, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Dornbacherstraße 22 a, an Barbara Arnold, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Rasengasse 3, an Jos. Herberth, Bauführer?
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 34, an Johann Töpfl, Bauführer Julius Stättermayer.
„ „ Aborte, Senkgrube, Ober-St. Veit, Maiergasse 1, an Karl und Friederike Schulda, Bauführer Karl Brunner.
„ „ Gartenhaus, Hacking, Auhofstraße 81, an Maximilian Friedmann, Bauführer Ignaz Schaufler.
„ „ Aborte, Gartenmauer, Senkgrube, Hütteldorf, Hauptstraße 78, an Constantin Lazarich, Bauführer Ignaz Schaufler.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 16, an Herzog von Cumberland, Bauführer Anton Sikora.
„ „ Kegelbahn, Lainz, Gärtnergasse, an Adolf Mittermayer, Bauführer?
„ „ Senkgrube ꝛc., Lainz, Hauptstraße 31, an Franz Nothart, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Baumgarten, Hütteldorferstraße 104, an Johann Heuder, Bauführer?
„ „ Canal, Penzing, Parkgasse 74, an Johann und Therese Skrivan, Bauführer Isidor Schwadron.
„ „ Einfriedungsgitter, Hütteldorf, Brauhausgasse 6, an Vincenz R. von Miller zu Aichholz, Bauführer Jos. Kopf.
„ „ Kegelbahn, Penzing, Poststraße 93, an Friedrich Dittrich, Bauführer?.
„ „ Senkgrube, Breitensee, Flötzersteig 1, an Johann Reß, Bauführer Ferdinand Baldia.

XIII. Bezirk: Zwei Aborte, Ober-St. Veit, Maria Theresienstraße 3, an das Pfarramt Ober-St. Veit, Bauführer Anton Trillsam.
„ „ Zwei Aborte, Hietzing, Neugasse 29, an Franz und Theresia Nirschl, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Abort und Senkgrube, Unter-St. Veit, Kirchengasse 10, an Elisabeth Hollenbach, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 41, an die Geschwister Hofbauer, Bauführer Johann Töpfl.
„ „ Canal, Penzing, Schmiedgasse 13, an August Graf Zichy, Bauführer Heinrich Glaser.
„ „ Senkgrube, Speising, Hauptstraße 18, an Katharina Winterleitner, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Speising, Hauptstraße 26, an Michael Gusl, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Speising, Hetzendorferstraße 2, an Ferdinand Hahnl, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Speising, Hetzendorferstraße 152, an Johann Zechmann, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Speising, Hauptstraße 58, an Ferdinand Birke Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Am Platze 9, an Johann Melan, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Langegasse 45, an Josef Protivinsky, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Am Platz 5, an Alfred Krammer, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Ober-St. Veit, Rudolfsgasse 24, an Anna Fellner, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Lainz, Brunnengasse 5, an Elias Böhm, Bauführer?
„ „ Senkgrube, Lainz, Hetzendorferstraße 14, an Anna Einrahmhof, Bauführer?
„ „ Hofabschlufsmauer, Penzing, Siebeneichengasse 14, an Samuel Steiner, Bauführer Karl Kittel.
„ „ Hofabschlufsmauer, Penzing, Siebeneichengasse 16, an Samuel Steiner, Bauführer Karl Kittel.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 31, an Marianne Florentini, Bauführer Heinrich Staud.
„ „ Canal, Penzing, Schmiedgasse 3, an Amalie Ivanović, Bauführer Heinrich Staud.
„ „ Balkon, Aborte, Façade ꝛc., Ober-St. Veit, Langegasse 57, an Pauline Tausky, Bauführer Josef Nos.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 57, an Karl u. Theresia Beron, Bauführer Karl Ziegelwanger.

XIV. Bezirk: Waschküche, Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 58, an die Eheleute Glaser, Bauführer Jul. Stättermayer.

XV. Bezirk: Einfriedungsmauer, Fünfhaus, Kranzgasse 8, an Matthias Baxa, Bauführer Gottfried Alber.
„ „ Dampfrauchfang, Fünfhaus, Zwölfergasse 9, an Matthias Baxa, Bauführer Franz Breitenecker.
„ „ Façaderenovierung, Fünfhaus, Sperrgasse 13, an Matthias Baxa, Bauführer Ed. Schieber.
„ „ Reservoir, Fünfhaus, Tellgasse 13, an Johann Schrott, Bauführer B. Brunner.

XVI. Bezirk: Ottakring, Wattgasse 17, an Franz und Barbara Wlassak, Bauführer Franz Bock.
„ „ Ottakring, Flötzersteig, Cat.-Parc. 1521/1, Einl.-Z. 1354, an Franz und Josef Horak, Bauführer Franz Horak.
„ „ Ottakring, Josefigasse 13, an Josef Kreuter, Bauführer Karl Lang.
„ „ Ottakring, Lienfeldergasse 26, an Johann Schmidt, Bauführer Thomas Hofer.

XVII. Bezirk: Schupfen, Dornbach, G.-Parc. 1133/1, 2, 3, 4, an Franz Bezchleba, Bauführer derselbe.
„ „ Pissoir, Hernals, Rosensteingasse 22, an Leopold Kernegger, Bauführer Adalbert Bachner.
„ „ Pissoir, Hernals, Sterngasse 19, an Francisca Hüttinger, Bauführer Karl Kuzel.
„ „ Dünger- und Jauchengrube, Dornbach, Hauptstraße 78, an Apollonia Oehrling, Bauführer Johann Steinmetz.
„ „ Schupfen, Hernals, Währingergasse 11, an Gebrüder Steinlechner, Bauführer Karl Haas.
„ „ Düngergrube, Hernals, Stiftgasse 22, an Anton Dreher, Bauführer Johann Milsch.

XVIII. Bezirk: Steinzeugrohrcanal, Pötzleinsdorf, Julienstraße 36, an Adelheid Gröger, Bauführer Johann Nowak.
„ „ Steinzeugrohrcanal, Pötzleinsdorf, Julienstraße 52, an Johann Lautinger, Bauführer Anton Wimmer.
„ „ Cylinderrauchfang, Salmannsdorf, Mariengasse 42, an Gisela Palm, Bauführer Friedrich Silberbauer.
„ „ Cylinderrauchfang, Salmannsdorf, Neubergasse 70, an A. Barth, Bauführer Johann Schobesberger.
„ „ Einfriedungsmauer mit Gitter, Währing, Sternwartestraße 45, an Marie von Balaciann, Bauführer Franz Schlögl sen.

XIX. Bezirk: Steinzeugrohrleitung, Heiligenstadt, Hohe Warte 50, an Anton Freiherr Hammer v. Nemesbany, Bauführer Johann Ev. Hattey.
" " Offener Balkon, Ober-Döbling, Herrengasse 2, an August Budischovski, Bauführer Donat Zifferer.
" " Holzschupfen, Portierloge u. Einfriedungsmauer, Ober-Döbling, Schegargasse 1, an F. Hardtmuth & Co., Bauführer Adolf Micheroli.
" " Gemauerter Weinkeller, Ober-Sievering, Hauptstraße 11, an Anton Prause, Bauführer Eduard Spieß.
" " Eisengitter mit gemauertem Sockel, Ober-Döbling, Mariengasse 17, an Felix Heintschel Edler v. Heinegg, Bauführer Moriz und Josef Sturany.
" " Gewächshausbau, Unter-Döbling, Silbergasse 39, an Wilhelm und Marie Meinl, Bauführer Franz Mayer.
" " Hauscanalisierung, Grinzing, Kirchengasse 41, an Aloisia Hauptmann, Bauführer Heinz Gerl.
" " Offener Wagenschupfen, Ober-Döbling, Sonnbergplatz 2, an Adolf Rieger, Bauführer Leopold Rettinger.

f) Stockwerksaufsetzungen:

VII. Bezirk: Apollogasse 18, an Jakob Surber, Bauführer G. Berger.
X. Bezirk: Buchengasse 91, an Josef Hable, Bauführer ?
XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Lobenhauerngasse 15, an August Rast und Michael Gasser, Bauführer Johann Gschwandner jun.
XVIII. Bezirk: Gersthof, Weinberggasse 14, an Matthias und Josefine Gruber, Bauführer Josef Haupt.
" " Gersthof, Hauptstraße 15, an Georg Wanitschek, Bauführer Josef Schober.
XIX. Bezirk: Brauhaus, Ober-Döbling, Neugasse 24 und 26, an Ignaz Kuffner und Jakob Kuffner, Bauführer Johann Pecival.

g) Parcellierungen wurden bewilligt:

III. Bezirk: Grundb.-Einl. 1318, Rennweg, an Dr. Julius Cölest. Seidl noe. Francis Bayfield-Bedford.
" " Grundb.-Einl. 56 und 644, Hohlweggasse und Gürtelstraße, an Johann Mayer und Karl Tuček.
V. Bezirk: Einl.-Z. 113, Breitenfurtherstraße, an Franz Albertini durch Josef Möller.
" " Reinprechtsdorferstraße 49, an Wendelin Kühnel.
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 88, an Alois Schweinburg.
IX. Bezirk: Müllnergasse 23—25, an den Pensionsfond der k. k. Sicherheitswache.
XVI. Bezirk: Einl.-Z. 675, Neulerchenfeld, Burggasse, an Julius Markus und Josef Seichert.
" " Einl.-Z. 3, Ottakring, Lerchenfelderstraße und Arltgasse, an Julius Frankl.
" " Ottakring, 2832/3/4, Wagner- und Gschwandnergasse, an Franz Ritt. v. Neumann, k. k. Baurath.

h) Baulinien wurden bestimmt:

III. Bezirk: Grundb.-Einl. 1698, 2518 und 2535, Ungargasse, an Em. und Ed. Schweinburg.
IV. Bezirk: Grundb.-Einl. 294, Gumpendorferstraße (Kaserne), an die Stadt Wien.
VII. Bezirk: Westbahnstraße von der Kaiserstraße zur Wimbergerstraße, an die Stadt Wien.
XII. Bezirk: Hetzendorf, Or.-Nr. 23 Rosenhügelstraße, Conscr.-Nr. 490, an Marie Mann.
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 47, an Johann Nemeth.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 35, an Eduard Riemer.
" " Ottakring, Lerchenfelderstraße 48, an Antonin Zagórski.
" " Ottakring, Hauptstraße 148, an Anton Tickert.
XVII. Bezirk: Dornbach, Pointengasse 2, Heuberggasse 9, an Ed. Strache.
" " Hernals, Baulinienänderung für die Verbindungsgasse zwischen Alsbach und Karlsgasse, an Lorenz Twarosch.
XVIII. Bezirk: Baustelle, Währing, Sternwartestraße 45, an Marie v. Baleciann.
" " Baustelle, Währing, Schulgasse 66, an Eduard Berger und Siegmund Stern.
" " Baustelle, Währing, Schulgasse 64, an Eduard Berger und Siegmund Stern.
" " Baustelle, Gersthof, Bastiengasse Einl.-Z. 131 und 132, an Karl und Leopoldine Pichler.
" " Baustelle, Salmannsdorf, Hauptstraße Einl.-Z. 81 und 147, an Aloisia Echinger.
" " Baustelle, Währing, Ecke der Anastasius Grüngasse und Weitlofgasse Einl.-Z. 1359, an Josef und Marie Weer-Thomayer.
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Aussichtsweg zur Hohen Warte, an die Stadt Wien.
" " Döbling, Arbesbach und Sonnenbergplatz, an die Stadt Wien.
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Gunoldstraße und Gärtnergasse, an die Stadt Wien.
" " Nussdorf, Färbergasse 9 und 11, an Adolf Bachofen v. Echt und Johann Medinger jun.
" " Nussdorf und Kahlenbergerdorf, Baulinien-Antrag für die Hauptstraße, an die Stadt Wien.

Gewerbeanmeldungen vom 29. April 1893.

(Fortsetzung.)

Repka Josef — Friseur — XV., Fünfhaus, Märzstraße 15.
Hatschek Theresia — Gastwirtin — II., Praterstraße 11.
Reinthaler Clemens — Gastwirt — IV., Belvederegasse 35.
Schindl Cäcilie — Gastwirtin — IX., Eisengasse 8.
Schlusche Johann — Gastwirt — IV., Schaumburgergasse 20.
Teichert Anna — Gastwirtin — II., Große Mohrengasse 12.
Weiner Ludwig — Gastwirt — II., Taborstraße 12.
Zrost Karl — Gastwirt — II., Schüttelstraße 7.
Bahringer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Herzgasse 16.
Bart Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Salmannsdorf, Marienstraße 48.
Donnert Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 112.
Feigel Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 88.
Kummer Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 23.
Stohlhofer Michael — Grünwarenhändler — VI., Mariahilferstr. 121 a.
Schön Hermann Wilhelm Gustav — Handel mit Parfumerien und Toiletteseifen — II., Kleine Stadtgutgasse 4.
Rosenberg Leopold, Rosenberg Alexander, Rosenberg Friedrich — Herausgabe der Zeitschrift „Viehmarktberichte" — II., Czerningasse 17.
Straßer Josef — Holzhandel — II., Treustraße 27/29.
Kapfer Marie — Kleinfuhrwerk — XVIII., Währing, Fürsteugasse 5.
Kaminsky Marie — Marktfierantie — IV., Kärnthnerthormarkt.
Löhlein Franz — Mehl-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonnyg. 22.
Hengst Johann — Milch-Verschleiß — XVII., Hernals, Blumengasse 51.
Szloboda Lajos — Naturblumen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 49.
Weidinger Rosalia — Schlossergewerbe — XV., Märzstraße 11.
Wistermayer Vincenz — Schneider — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 47.
Goldsand Mina — Schuhwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstr. 1.
Benisch Johann — Selchwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 10.
Schmidt, recte Tuch Marie — Spirituosenhandel — IX., Hahngasse 14.
Helmhaker Anna — Spiritusen-Verschleiß — III., Erdbergstraße 87.
Ferber Anton — Uhrmacher — IV., Margarethenstraße 30.
Popp Katharina — Wäscheputzerei — XVII., Hernals, Veronikagasse 44.
Roubicek Ignaz, Purm Johann — Waren-Commissionshandel — VI., Hirschengasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. Mai 1893.

Prünner Elisabeth — Badeanstalt — XVII., Dornbach, Alsgasse 3.
Hoppers Francisca — Damenkleidermacherin — IX., Ackergasse 8.
Kozourek Franz — Damenkleidermacher — VI., Magdalenenstraße 3.
Martinetz Adele — Damenkleidermacherin — I., Rauhensteingasse 8.
Prünner Elisabeth — Dampfwäscherei — XVII., Dornbach, Alsgasse 3.
Sumser Adolf — Fächermacher — VII., Zieglergasse 53.
Rohrer Karl — Gastwirt — III., Hafengasse 5.
Gugler Margarethe — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Blumberggasse 8.
Jor Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 29.
Murhammer Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Wollzeile 34.
Zeidler Othmar — Handelsagentie — I., Rathhausstraße 8.
Suchan Norbert — Harmonikamacher — VII., Schrankgasse 1.
Berlinger Rosina — Hausierhandel mit Victualien — VII., Neustiftgasse 14.
Mathas Coletta — Kaffeesiederin — III., Löwengasse 31 a.
Veit Mathilde — Kaffeehausbesitzerin — VII., Kaiserstraße 30.
Kampelmüller Karl — Kaffeeschenker — I., Volksgartenstraße 5.
Nebel Maria — Kaffeeschenkerin — VI., Dreihufeisengasse 3.
Rabitsch Johanna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Hernals, Leopoldigasse 27.
Grohs Michael — Kostgeber — VII., Kaiserstraße 33.
Murhammer Josefa — Kunstblumen-Erzeugung — I., Wollzeile 34.
Wohlmuth Jakob — Kurzwaren-Verschleiß — VI., Dürergasse 6.
Krichenbaum Eduard — Mehl- und Gries-Verschleiß — IX., Kinderspitalgasse 2.
Murhammer Josefa — Modistin — I., Wollzeile 34.
Nossal Alois — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — III., Rennweg 84.
Legot Alexandrine — Pfaidlerei — IX., Porzellangasse 34.
Wolfinger Rosalia — Strickerei und Bordruckerei — I., Adlergasse 7.
Koch Francisca — Verschleiß von Blumen, Obst und Grünwaren im Umherziehen — III., Klimschgasse 13.

Götz Anton — Verkauf von verkleinertem Bau- und Gerüstholz als Brennholz — XI., Simmering, Pfeifergasse 17.
Brabbez Felix — Wäscheputzergewerbe — XVI., Ottakring, Reinhartsgasse 30.
Homen Marie — Wolladjustierung — IX., Porzellangasse 50.
Kunte Antonie — Zeitungs-Verschleiß — VII., Westbahnstraße, Hütte 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. Mai 1893.

Kolb Valentin — Ausübung eines Patentes für Damenhutbefestigung — IV., Gusshausstraße 3.
Weber Albert — Bäcker — X., Inzersdorfergasse 46.
Reichner Emilie — Damenkleidermacherin — VI., Esterházygasse 28.
Sartori Pavlo — Deichgräber — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 28.
Geiger Wilhelm — Fleischhauer — XIX., Ober-Döbling, Hauptstr. 33.
Patzelt Johann — Gastwirt — VIII., Laudongasse 61.
Blau Philipp — Gemischtwarenhandel — XVIII., Währing, Hauptstraße 30.
Franz Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 74.
Kemeter Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Hauptgasse 32.
Kerpen Daniel — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Antonigasse 37.
Pfisterer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 39.
Schandl Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Arbeitergasse 41.
Schroth Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schaumburgergasse 10.
Stöffel Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Weinhaus, Herrengasse 10.
Weiß Simon — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Gemeindegasse 6.
Zdichineč Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 9 a.
Adler Gustav — Grünwarenhandel — I., Zedlitzhalle.
Hurmer Marie — Handel mit Obst, Grünwaren, Naturblumen und Gebäck im Umherziehen — XVIII., Marktgasse 25.
Karonitsch Agnes — Handel mit Obst, Honig und Fruchtsäften im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 10.
Karonits Johann — Handel mit Obst und Spargel im Umherziehen — V., Matzleinsdorferstraße 1.
Karonits Marie — Handel mit Obst und Spargel im Umherziehen — V., Matzleinsdorferstraße 1.
Schara Ludwig — Herstellung von Fußböden und Wandverkleidungen aus Steinholz in festem (Platten) und weichem Zustande — III., Barmherzigengasse 24.
Kirchner Otto — Holz- und Kohlenhandel — XVIII., Währing, Leopoldigasse 4.
Fritz Peter — Kaffeesiedergewerbe — II., Obere Donaustraße 28.
Schiell Juliana — Kaffeeschankgewerbe — IV., Starhemberggasse 26.
Fischer Regine — Kleidermacherin — II., Negerlegasse 10.
Modern Mathilde — Kleinfuhrgewerbe — II., Taborstraße 51.
Valenti Karl — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 705.
Meilegg Franz — Marktvictualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Schmelzgasse 5.
Schlagenhaufer Michael — Milchmeier — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 73.
Pavliček Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XI., Simmering, Hirschengasse 17.
Bauer Willibald — Pfaidlergewerbe — II., Jägerstraße 27.
Schein Nathan — Pfaidler — I., Fischhof 5.
Bollmann Eduard — Photograph — XVIII., Währing, Abt Karlg. 22.
Kaller Anton — Schuhmacher — III., Schimmelgasse 17.
Tuma Wenzel — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Neumayerg. 1.
Heil Josef — Spirituosen-Kleinverschleiß — XI., Simmering, Geystr. 9.
Olah Emerich — Tischler — IX., D'Orsaygasse 5.
Heitmann Wilhelm — Verschleiß von Blumenkörben — IX., Anastasius Grüngasse 10.
Goldberg Israel Leib — Verschleiß von elektrotechnischen Bedarfsartikeln — II., Obere Donaustraße 6.
Fallek Fritz — Verschleiß von Schneiderzugehör-Artikeln — VI., Stumpergasse 65.
Baumgarten Wilhelm — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Volkertplatz 12.
Löwbeer Josef Pinkus — Verschleiß von Spirituosen in verschlossenen Gefäßen — II., Große Schiffgasse 1 a.
Oberhauser Marie — Victualien-Verschleiß — X., Laaerstraße 173.
Stättner Aloisia — Victualien-Verschleiß — III., Seidlgasse 29.
Pilny Vincenz — Wäscheputzerei — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 24.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. Mai 1893.

Kreml Camilla — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 95.
Pavejšil Josef — Damenkleidermacher — III., Beatrixgasse 1.
Mischka Franz — Flaschenbierhandel — XVIII., Währing, Mitterberggasse 32.
Schiller Karl — Gastwirt — XIII., Hütteldorf, Dornbacherstraße 20.
Dexler Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Krongasse 5.
Hammerer August — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 57.
Lukasiewicz Philippine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 24.
Welischek Johann — Großfuhrwerk — XII., Unter-Meidling, Lainzerstr. 1.
Wiedner Georg — Handel mit Eiern, Butter und Käse im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 6.
Kernegger Leopold — Kaffeehausbesitzer — XVII., Hernals, Kircheng. 7.
Böhm Mathilde — Lederhandel — X., Raaberbahngasse 11.
Pfeiffer Johann — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes — XIX., Goldwiese am Hermannskogel.
Freisinger Albert — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Schulheften — IX., Währingerstraße 59.
Werther Arthur — Vertretung einer Firma gegen Provision — III., Marokkanergasse 25.
Vinkovics Magdalena — Victualienhandel — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 38.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1893.

Fehlner Karl — Anstreicher — XVIII., Währing, Martinsstraße 79.
Ludwig Johann — Bildhauer — VI., Meravigliagasse 4.
Frank Karl — Blumen- und Kränze-Verschleiß — V., Tichtelgasse 10.
Hellerich Johanna — Chemische Fleckausputzerei und Warenübernahme zur Schönfärberei — IV., Schleifmühlgasse 17.
Machek Elisabeth — Dachdeckergewerbe — VIII., Blindengasse 9.
Krannich Rosina — Damenkleidermacherin — XVIII., Währing, Hauptstraße 16.
Delgindice Johann — Dauernde Dienstleistung gegen Provision — IV., Taubstummengasse 10.
Schäfer Francisca — Dienstvermittlung für weibliche Dienstboten gewöhnlicher Kategorie — IV., Mayerhofgasse 11.
Wojtek Richard — Drechslergewerbe — VI., Sandwirthgasse 14.
Rosengarten Emanuel — Erzeugung von Lichtpausbildern ohne Anwendung von Pressen — VIII., Tigergasse 33 a. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 913
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 913
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. April 1893 913
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 27. April 1893 918
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 28. April 1893 923
Bezirksausschüsse:
Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem I., II. und III. Wahlkörper des IX. Bezirkes Alsergrund 926
Allgemeine Nachrichten:
Zulassung von Zwischendeckpassagieren zur Beförderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika 927
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing 927
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 2. Mai 1893 927
Pferdemarkt vom 2. Mai 1893 927
Stechviehmarkt vom 4. Mai 1893 927
Bierpreise im Monate April 928
Städtisches Lagerhaus 928
Conscriptionsangelegenheiten:
Ergebnis der Hauptstellung in Wien vom 1. März bis 29. April 1893 928
Gewerbeangelegenheiten:
Incompetenz der Gewerbeordnung rücksichtlich Übertretungen durch Personen, welche nicht befugte Gewerbetreibende sind 928
Verbot der Schnellwagen im Detailverkaufe bei festen Betriebsstätten und auf Märkten 929
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. Mai bis 4. Mai 1893 929
Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 30. April 1893 930
Gewerbeanmeldungen 935
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 56046

Ref.-Nr. 946 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Zollergasse, zwischen der Siebenstern- und Mondscheingasse im VII. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1729 fl. 65 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 56080

Ref.-Nr. 948 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Grüngasse im V. Bezirke, zwischen der Wienstraße und Rüdigergasse,** im veranschlagten Kostenbetrage von 1826 fl. 39 kr. und 250 fl. Pauschale, zusammen von 2076 fl. 39 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 24624.

Ref.-Nr. 386 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Zelinkagasse im I. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4938 fl. 35 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. April 1893. 2–3

*

Ad Prot.-Nr. 52686 ex 1893
Ref.-Nr. 869. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Wipplingerstraße, vom Stoß im Himmel bis zur Renngasse im I. Bezirke,** und zwar entweder a) einer Pflasterung mit **Asphalte comprimé** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr. und 300 fl. Pauschale **oder** b) einer **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr., sowie wegen Vergebung der bezüglichen **Steinpflasterungs-Arbeiten** mit den veranschlagten Beträgen von 2789 fl. 23 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise von 2892 fl. 1 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 47665
Ref.-Nr. 754 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung und Regulierung des Meidlinger Kirchenplatzes vor der Kirche St. Johann von Nepomuk** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1557 fl. 74 kr. und 30 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 47992
Ref.-Nr. 707 ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Cementkalklieferung, der Steinmetz-, Spenglerarbeiten, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Lieferung der Traversen, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser-, Kunststeinarbeiten, der Lieferung der Isolierplatten, der Holzcement-Dachherstellung, der Steinzeugwarenlieferung, der Herstellung der Central-Heizanlage, der Möbeltischler-, Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Gasleitungs-Installationsarbeiten, endlich der Einrichtung der Fäcalienabfuhr für den Schulhausbau im XIII. Wiener Gemeindebezirke, Unter-St. Veit, Anhofstraße Or.-Nr. 27,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Mittwoch den 17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Bemerkt wird, dass die Führung des Baues in zwei Bauperioden, wie dies in den Plänen ersichtlich gemacht ist, zu geschehen hat; in der ersten Bauperiode sind diejenigen Theile des Projectes in Ausführung zu bringen, welche roth angelegt sind, und in der zweiten Bauperiode, d. i. nach Übersiedlung der alten

Schule in die neu ausgeführten Gebäudetheile, sind diejenigen Theile des Projectes auszuführen, welche in den Projectsplänen nicht angelegt sind.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. April 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 61883

Ref.-Nr. 1039 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Mittersteiges im V. Bezirke, von der Ziegelofen- bis zur Phorusgasse und von der Kron- bis zur Klagbaumgasse,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1699 fl. 26 kr. nebst 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 69808

Ref.-Nr. 1193 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Kandlgasse im XV. Bezirke** im Kostenbetrage von 1167 fl. 76 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 62595

Ref.-Nr. 1042 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Heugasse im IV. Bezirke von der Wohlleben- bis zur Karolinengasse** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 6634 fl. 78 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 1—3

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Behufs Übernahme der bei dem Neubaue der **Pfarrkirche** und des **Pfarrhauses in Rudolfsheim** vorkommenden **Baumeister-, Steinmetz- und Bauschlosserarbeiten** wird eine allgemeine Offertverhandlung eingeleitet.

Die Baupläne können bei dem Bauleiter, k. k. Ober-Ingenieur Architekt Karl Schaden, I., Hoher Markt Nr. 5, 4. Stock, von 10 bis 1 Uhr eingesehen und daselbst das Arbeitsausweis-Blankett, die allgemeinen und speciellen Bedingnisse und das Offertformular gegen Erlag von zusammen 10 fl. in Empfang genommen werden.

Dem nach Vorschrift des § 3 der allgemeinen Bedingnisse auszufertigendem Offerte sind das gehörig in den Preisansätzen ausgefüllte und summierte Arbeitsausweis-Blankett, dann die allgemeinen und speciellen Baubedingnisse, sämmtlich eigenhändig unterschrieben, und der Erlagsschein über das bei der n.-ö. Landeshauptcassa deponierte 5percentige Vadium anzuschließen.

Dieses derartig belegte Offert ist bis inclusive **9. Mai 1893, 12 Uhr,** versiegelt, mit der Überschrift: „Offert für die Übernahme der Baumeister-, respective Steinmetz- oder Bauschlosserarbeiten" **im technischen Departement (Hochbau-Abtheilung) der k. k. n.-ö. Statthalterei I., Herrengasse Nr. 11, 3. Stock,** einzureichen.

Unvollständig ausgefertigte oder unvollständig instruierte oder nach Ablauf des festgesetzten Einreichungstermines vorgelegte Offerte werden nicht berücksichtigt.

Zur Darnachachtung wird ausdrücklich hervorgehoben, dass nur jene Offerenten bei der Offertverhandlung auf Berücksichtigung ihres Angebotes zählen können, welche in einer alle Zweifel ausschließenden Weise ihre finanzielle und technische Leistungsfähigkeit bezüglich der soliden Ausführung der übernommenen Bauten darzuthun in der Lage sein werden.

Wien, den 28. April 1893. 3—3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Prot.-Nr. 229810 ex 1892.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr.** $\frac{17 \text{ Nussdorferstraße}}{12 \text{ Fuchsthalergasse}}$ **Einl.-Z. 590 IX. Bezirk entstandenen Baustelle im Ausmaße von circa 486 m²** wird vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **10. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind entweder 5% (fünf Percent) von dem Kaufpreise, welcher sich nach dem Anbote mit Rücksicht auf das im Plane angegebene Flächenmaß ergibt, als Vadium anzuschließen, oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. April 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 151599

Ref.-Nr. 2238 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau eines Haupt-Unrathscanales in der Josefigasse und am Ortsplatze im XII. Bezirke** im Kostenbetrage von 988 fl. 58 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Mai 1893. 1—3

Z. 50355
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 6. und 7. Juni 1893, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden **gegen bare Bezahlung** hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre,** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von **9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
im übertragenen Wirkungskreise
am 30. April 1893. 1—3

Z. 36.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 24. d. M., Z. 9420, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate August 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 25311 bis incl. Pfand-Nr. 30508 und **Effecten** von Pfand-Nr. 59323 bis incl. Pfand-Nr. 69014 am **12. Mai 1893, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 27. April 1893. 3—3

Z. 7579.

Edict.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk wird wegen Einbringung rückständiger Nachsteuer die Feilbietung der auf 700 fl. geschätzten beweglichen Sachen, bestehend aus: fünf Fass Wein mit dem Gesammtinhalte von circa 30 hl, der Frau Antonia Dwořak gehörig, bewilligt.

Zur Vornahme dieser Feilbietung wird der **12. Mai 1893 für den I. Termin** und der **26. Mai 1893 für den II. Termin** mit dem Beisatze bestimmt, dass diese Gegenstände, wenn sie beim I. Termine nicht wenigstens um den Schätzungswert verkauft würden, beim II. Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige wollen daher an dem bestimmten Tage, um **10 Uhr vormittags, im Hause Goethegasse Nr. 4, X. Bezirk,** erscheinen.

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk

Wien, am 25. April 1893. 2—2

M.-Z. 56551
XVI.

Kundmachung.

(Aufnahme von Zöglingen in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 6. April l. J., Z. 23683, wird hiemit verlautbart, dass mit Beginn des Schuljahres 1893/94 in die k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien, welche aus drei Jahrgängen bestehen wird, während des Überganges auf diese organische Änderung, in den I. und II. Jahrgang je 60 Zöglinge und in den III. Jahrgang 20 Zöglinge zur Aufnahme gelangen.

Die Aufnahmsgesuche sind **bis längstens 31. Juli l. J.** beim Commando der k. k. Landwehr-Cadettenschule in Wien (V., Spengergasse 20) einzubringen, woselbst auch die näheren Auskünfte eingeholt werden können.

Unvollständige oder verspätet eingelangte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

(Ausführliche Kundmachung siehe Amtsblatt der „Wiener Zeitung" vom 30. März l. J. Nr. 73.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. April 1893. 1—1

G.-Z. 69259
X.

Kundmachung.

(Stiftung für eine erwerbsunfähige Erzieherin.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die **Alida Fleischmann'sche Stiftung,** welche aus dem jeweiligen Zinsenerträgnisse von 4000 fl. Schuldverschreibungen der Kaiserin Elisabeth-Bahn besteht, für eine erwerbsunfähig gewordene Erzieherin zur Verleihung gelangt.

Anspruch auf diese Stiftung haben erwerbsunfähige Erzieherinnen katholischer Religion, welche durch 20 Jahre im Erziehungsfache gewirkt haben. Der Genuss dauert durch die ganze Lebensdauer der Bezugsberechtigten.

**

Bewerberinnen um obige Stiftung haben ihre Gesuche bis **längstens 10. Mai l. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und dieselben mit dem Tauf- und Heimatscheine, einem legalen Armutszeugnisse sowie den Nachweisen über eine mindestens 20jährige Wirksamkeit im Erziehungsfache und ihrer Erwerbsunfähigkeit zu belegen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1893. 1—2

G.-Z. 63903.

Kundmachung.

(Stiftungsplätze.)

Laut Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 23. März l. J., Z. 5230/I 437, gelangen in den k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten mit dem Schuljahre 1893/94 vier **Graf Deblin'sche Stiftungsplätze** böhmischer Abtheilung zur Besetzung.

Die Aufnahmsbedingungen sind in der mit dem 8. Stück des Normal-Verordnungsblattes für das k. u. k. Heer vom Jahre 1888 verlautbarten „Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten aus der Privaterziehung in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungs-Anstalten" enthalten.

Bewerber um die erwähnten vier Graf Deblin'schen Stiftungsplätze haben den Taufschein, ein ärztliches Zeugnis, das letzte Schulzeugnis, den Heimatschein und ferner auch den Nachweis beizubringen, dass sie von einer Familie des Herren- oder Ritterstandes aus Mähren oder von Edelleuten aus anderen erbländischen Provinzen abstammen.

Die Gesuche sind bis längstens 31. Mai 1893 unmittelbar bei der k. k. Statthalterei in Prag einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

als politische Behörde I. Instanz,

am 22. April 1893. 1—3

G.-Z. 42767

XI.

Kundmachung.

(Regierungs-Jubiläums-Stiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die vom Wiener Gemeinderathe aus Anlass des vierzigjährigen Regierungs-Jubiläums Seiner k. und k. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I., von Österreich errichtete und mit dem Betrage von 100.000 fl. ö. W. dotierte Stiftung **für ohne ihr Verschulden nothleidend gewordene Gewerbetreibende** zur Persolvierung gelangt, und dass **im Laufe des Jahres 1893** die bisher aufgelaufenen sowie die im Monate September 1893 von dem Stiftungscapitale eingehenden Zinsen unter die Stiftungswerber zur Vertheilung kommen.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben ohne Rücksicht auf die Confession solche Gewerbetreibende Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind. Dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein und die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, in welchem das Moment, dass Gesuchsteller ohne sein Verschulden in die Nothlage gerathen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, dass derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstehung ausdrücklich hervorgehoben wird, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind an den Bürgermeister der Stadt Wien zu richten und im **Rathhause, I. Stock, Präsidial-Bureau,** zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

am 23. März 1893. 3—3

Z. 2680

VII.

Kundmachung.

(Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsplätze.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass beim Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde nachstehende Stiftplätze in Erledigung gekommen sind, und zwar:

1. Ein **Karl Graf von Batthyány'scher Johannesspital-Stiftplatz** für einen armen Mann mit dem Genusse von 5 fl. 80 kr. monatlich.

Laut Fundationsbriefes vom 5. Februar 1756 hat sich der Stifter das Präsentationsrecht für sich und seine Erben vorbehalten.

2. Ein **Anton Albrecht Edler von Schmerling'scher Großarmenhaus-Stiftungsplatz** für eine ledige, hausarme Mannsperson mit dem Genusse monatlicher 3 fl. 10 kr. nebst täglicher Zulage von $3^1/_2$ kr.

Laut Fundationsbriefes vom 24. Februar 1708 ist die Präsentation dem Stifter, „seinem und beider seiner Brüder Leibserben „oder bei erfolgendem frühzeitigen Absterben des Schmerling'schen „Namens und Stammes — des dermaligen Regierungsrathes „Franz Ignaz von Albrechtsburg und dessen Bruders Jordan „nachfolgenden männlichen Descendenz", vorbehalten.

3. Ein **Anton Nikolaus von Rossi'scher Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine alte Person mit dem monatlichen Genusse von 3 fl. 35 kr.

Laut Fundationsbriefes vom 20. März 1755 hat der Stifter sich und seinen Erben die Präsentation vorbehalten.

4. Ein **Katharina Preller'scher Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine arme Person.

Laut Fundationsbriefes vom 12. Februar 1761 bleibt die Präsentation der Stifterin vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweisung ihres Rechtstitels **bis längstens 15. Mai 1893** eine stiftbriefmäßig geeignete Person anher präsentieren.

Nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. April 1893. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 37. Dienstag, den 9. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. Mai 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig; die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt hat.

2. Die Vorstehungen des St. Anna-Kinderspitales und des Central-Krippenvereines beehren sich, anlässlich der Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an Frau Henriette Nilius, Ökonomieleiterin des einen und Präsidentin-Stellvertreterin des anderen Vereines, den Ausdruck ihres tiefgefühlten Dankes zur Kenntnis des hochlöblichen Gemeinderathes zu bringen.

Wird zur Kenntnis genommen.

3. Die Vorstehung des Allgemeinen niederösterreichischen Volksbildungs-Vereines bringt unter dem Ausdrucke des Dankes für die Spende des Gemeinderathes zur Kenntnis, dass sie die alternativ bewilligte Subvention von 300 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 in Anspruch nimmt.

Dient zur Kenntnis.

4. Das Comité des Wohlthätigkeitsbazars vom Jahre 1893 spendete 1000 fl. für die Armen nach Ermessen des Bürgermeisters.

5. Herr Jacques Landesmann hat zur Erinnerung an den Todestag seiner Frau den Betrag von 100 fl. zur Beköstigung armer Schulkinder gespendet.

6. Ein ungenannt sein wollender Wohlthäter hat für die Armen des XIV. Bezirkes den Betrag von 100 fl. gespendet.

7. Herr Rath Schiebek zeigt an, dass Herr Adolf Kuffner am 1. April d. J. für die beiden Waisenknaben, welche bei der Ziehung des Prämienanlehens der Stadt Wien am 2. Jänner 1893 in Verwendung standen, den Betrag von 20 fl., das ist je 10 fl. für den einzelnen, zur Einlage in die Sparcassa erlegt hat.

Die Versammlung spricht den Dank für diese Spenden aus.

8. In der letzten Sitzung wurde vom Herrn Gem.-Rathe Büsch eine Interpellation gestellt, welche sich auf die Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke, insbesondere in dem ehemaligen Gaudenzdorf, bezieht.

Es ist auf diese Interpellation zu erwidern, dass, nachdem Ende 1892 vom Bauamte noch nicht die Vorlagen für alle Vorortebezirke fertiggestellt werden konnten, die bestehenden Verträge mit Beschluss des Stadtrathes vom 21. December 1892 nochmals auf die Dauer eines halben Jahres für die Bezirke XI bis XIX erneuert werden mussten. Es ist also noch derzeit für Gaudenzdorf die Räumung der Hauscanäle den Hausbesitzern überlassen; es ist jedoch die Vergebung der Canalräumungsarbeiten in einem erweiterten Umfange vom 1. Juli d. J. an im Zuge, und werden von diesem Zeitpunkte an, da die Canaltableaux für den XII. Bezirk bereits fertiggestellt sind, in Gaudenzdorf die Hauscanäle in die communale Verwaltung, respective Räumung, einbezogen werden.

9. Herr Gem.-Rath Büsch hat weiter eine Interpellation gestellt, welche sich auf die Feuerwehr-Automaten bei der Gaudenzdorfer Feuerwehr bezieht.

Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, und zwar zu der ersten Frage, dass die Verlegung der zwei Morsestationen von der k. k. Sicherheitswachstube Schönbrunnerstraße 39/41 in die Wachstube der freiwilligen Feuerwehr, Gaudenzdorf, Lainzerstraße, unpraktisch erscheint, da ein vom städtischen Feuerwehr-Commando vorgelegtes Project, durch welches für eine rasche und systematische Feuersignalisierung im XII., XIII. und XIV. Bezirke vorgesorgt ist, und nach welchem die Station der Sicherheitswachstube überhaupt ausgeschaltet werden soll, demnächst zur Ausführung gelangt.

Zum zweiten Punkte habe ich die Ehre, zu erwidern, dass das Ansuchen um Verbindung zweier Automaten mit der Gaudenzdorfer Feuerwehr erst am 2. d. M. seitens des betreffenden Feuerwehrhauptmannes gelegentlich einer über das vorerwähnte Project abgehaltenen Localcommission gestellt worden ist und nach Abschluss der Erhebungen sofort der Erledigung zugeführt werden wird.

10. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner beehre ich mich, im nachfolgenden zu erwidern.

Die Interpellation ist punktweise gestellt, ich muss daher auch entsprechend den Anfragen die Antwort geben. Die erste Frage lautet:

„Ist es wahr, dass die Angelegenheit Wilhelmy im Gemeinderathe bereits verhandelt wurde, und warum erhält eine Zeitung früher darüber Nachricht als der Gemeinderath?"

Darauf habe ich die Ehre, zu erwidern: Die Angelegenheit Wilhelmy wurde am 20. April d. J. im Stadtrathe verhandelt; von Seite des Präsidiums oder des Vorsitzenden im Stadtrathe wurde jedoch den Zeitungen über diese Verhandlung keine Mittheilung hinausgegeben.

2. „Ist es wahr, dass der Genannte sich Uncorrectheiten bezüglich der Schneeabfuhr in Ober-Sievering zuschulden kommen ließ oder sich mindestens an solchen betheiligt hat?"

Ich habe darauf zu erwidern: Es ist richtig, dass sich Herr Wilhelmy bezüglich der Schneeabfuhr in Ober-Sievering Uncorrectheiten zuschulden kommen ließ. (Rufe links: Hört!)

3. „Ist es wahr, dass Herr B. A. Wilhelmy dem Herrn Bezirksvorsteher eine Rechnung präsentierte über 60 Stück Krampen, die er (Wilhelmy) für die Taglöhner der Commune in seiner Hausschmiede schärfen ließ, dass Herr Bezirksvorsteher Friedl die Bezahlung dieser Rechnung verweigerte und den städtischen Wegeinräumer fragte, ob es wahr sei, dass so viele Krampen geschärft wurden? Ist es wahr, dass der städtische Wegeinräumer dem Herrn Bezirksvorsteher erklärte, Herr B. A. Wilhelmy hätte ihm (dem Wegeinräumer) bei der Vernehmung gesagt, er (Wilhelmy) bekomme noch für das Reinigen einer Weinhüterhütte 2 fl. Diese möge er ihm gleich einrechnen?"

Diese Angaben sind thatsächlich richtig. (Rufe links: Schauderhaft!)

4. „Ist es wahr, dass der Genannte als Contrahent der Schotterlieferungen für den XIX. Bezirk Schotter geliefert hat, welcher nicht qualitätsmäßig war und von den hiezu berufenen bauämtlichen Organen übernommen wurde?"

Über diese Angelegenheit ist derzeit eine Disciplinaruntersuchung im Zuge.

5. „Im Falle der Herr Bürgermeister vorstehende Fragen bejaht, gedenkt derselbe, Herrn Wilhelmy seines Mandates für verlustig zu erklären?"

Darauf ist zu erwidern, dass die Enthebung des Herrn Bezirksausschusses von seinem Amte nicht zulässig ist, weil demselben nicht vorgeworfen werden kann, dass er im Sinne des § 88, Alinea 2, des Statuts die Erfüllung seiner Amtsobliegenheiten verweigert. (Rufe: Hört! Hört!) Ich bitte um Ruhe, sonst können Sie die weiteren Beantwortungen nicht vernehmen.

11. Es folgt die Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Uhl, und zwar jener Theil derselben, welcher in der letzten Sitzung nicht erledigt werden konnte.

Die Anfrage lautet (liest): „Ist es richtig, dass bei Vergebung des Romancementes das billigste Offert übergangen wurde, und wenn es wahr ist, warum ist es geschehen?" Hierüber hat der Herr Baudirector folgenden Bericht erstattet (liest):

Die besonderen Bedingnisse für die Lieferung der hydraulischen Bindemittel enthalten in § 1 folgende maßgebende Bestimmung:

Bei Beurtheilung des Offertes wird für jede einzelne Fabriksmarke das in der städtischen Probieranstalt erhobene mittlere Gewicht (eines Hektoliters) als Grundlage zur Berechnung angenommen.

Die Offerte enthielten nun folgende Anbote:

	per 100 kg	Nach den Bedingnissen als Grundlage anzunehmen
Lilienfelder Gewerkschaft . .	1 fl. 45 kr.	1 fl. 16 kr.
Tichy in Ramsau	1 fl. 35 kr.	1 fl. 19 kr.
F. Kern in Wachtl	1 fl. 70 kr.	1 fl. 42·8 kr.
Pittel in Weißenbach	1 fl. 45 kr.	1 fl. 21·5 kr.
Perlmooser Gesellschaft . . .	1 fl. 48 kr.	1 fl. 31·7 kr.
M. Egger in Kufstein	1 fl. 42 kr.	1 fl. 20·1 kr.
Ernst in Kaltenleutgeben	1 fl. 40 kr.	1 fl. 24·7 kr.
Curti in Piesting	1 fl. 52 kr.	1 fl. 24·5 kr.

Das billigste Offert hat demnach die Lilienfelder Gewerkschaft gestellt, und derselben wurde auch die Lieferung übertragen. Unter den übrigen Offerten sind einige (beim Kilogrammgewicht) scheinbar billiger, in Wirklichkeit — wie die Tabelle zeigt — aber theurer.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta: Der Herr Gem.-Rath Seidler überreicht eine Petition der Bewohner von Kaiser-Ebersdorf um Einführung einer Straßenbespritzung in den Hauptstraßen.

12. Die Petition lautet (liest):

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Durch die Einbeziehung der Vororte zur Stadt Wien wurden auch in den Vororten, selbst mit ausgesprochen ländlichem Charakter, städtische Verhältnisse geschaffen.

Diese Verhältnisse bringen es auch mit sich, dass auch für diese Orte bessere Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Eine derselben ist, dass den Hausbesitzern (§ 93 des Gemeindestatutes) aufgetragen wurde, ihre Trottoirs sorgfältig zu reinigen und im Sommer täglich zweimal zu bespritzen, was auch von den meisten Hausbesitzern schon vor der Einbeziehung geschah; auch wurde die Hauptstraße, wenn es nothwendig war, öfters bespritzt, wozu ein Wasserwagen der hiesigen Feuerwehr verwendet wurde.

Dieses Bespritzen der Trottoirs wird aber besonders jetzt bei dieser anhaltenden Trockenheit ganz illusorisch und wird auch von der Bevölkerung übel aufgenommen, so lange sich nicht der löbliche Gemeinderath der Stadt Wien bewogen fühlt, auch die Straßen bespritzen zu lassen.

Diese Nichtbespritzung der Straßen und der Mangel eines Verkehrsmittels (Abzweigung einer Tramwaylinie von Simmering) sind auch für die weitere Entwicklung dieses Theiles des XI. Bezirkes vom Nachtheile.

Die Bewohner des XI. Bezirkes Kaiser-Ebersdorf fühlen dies umsomehr, da die Straßen nicht gepflastert, sondern beschottert sind.

Durch diese anhaltende Trockenheit befindet sich der Ort in einem schrecklichen Zustande, und alles lechzt danach, dass diesem Zustande ein Ende bereitet werde.

Die Bewohner und Hausbesitzer des XI. Bezirkes Kaiser-Ebersdorf wenden sich deshalb vertrauensvoll an den löblichen Gemeinderath mit der dringendsten Bitte, wenn nicht schon alle Gassen, so doch die wichtigsten: Hauptstraße, Dorfgasse, Dirndlhofgasse bis zur Schule, Schwechaterstraße und Fabriksgasse, täglich zweimal bespritzen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube im Sinne des Herrn Überreichers zu handeln, wenn ich diese Petition als Anzeige behandle und dem Magistrate zur sofortigen Amtshandlung überweise.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch:**

Bei der soeben stattfindenden Legung der Wasserrohre im XII. Bezirke wird, ohne Rücksicht auf die Geschäftsinhaber sowie auf die Fuhrwerks-, Fiaker- und Einspänner-Eigenthümer, das ausgegrabene Erdreich vor die Geschäftsthüren und Hausthore, insbesondere in schmalen Gassen aufgethürmt, so dass durch eine solche fünf bis sechs Tage andauernde Verbarricadierung der Eingänge eine gänzliche Geschäftshemmung eintritt. Es ist daher selbstverständlich, dass bei einem solchen Zustande zwischen Geschäftsinhaber und, in Ermangelung einer herauszufindenden arbeitsleitenden verantwortlichen Person, zwischen den Arbeitern lärmende Streitscenen entstehen, bei welchen selbst die einschreitenden Polizeiorgane schwer zu richten vermögen.

Eine solche Geschäftshemmung trifft insbesondere die Fuhrwerksbesitzer am härtesten, da sie weder aus- noch einfahren können und dieses doch sein muss, um ihr Geschäft auszuüben.

Ich erlaube mir daher, an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass dem Contrahenten der Rohrlegung im XII. Bezirke, der Gas- und Wasserleitungs-Actien-Gesellschaft, aufgetragen werde, die Arbeiten in Theilstrecken in zwei Tagen zu vollenden und möglichst Rücksicht zu nehmen auf Freihaltung der Geschäfts- und Thoreingänge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner**, betreffend das Fest des „Deutschen Schulvereines".

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte um die vollinhaltliche Verlesung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die vollinhaltliche Verlesung beantragt. Jene Herren, welche einverstanden sind, dass diese Interpellation vollinhaltlich verlesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest sohin auszugsweise folgende Interpellation:

Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Am 3. Mai fand auf dem Platze vor dem Rathhause ein sogenannter Jahrmarkt statt, welcher vom „Deutschen Schulverein" abgehalten wurde, dessen angeblich nationale Bestrebungen so kosmopolitisch sind, dass ein Jahrmarkt für den Verschleiß derselben allerdings der geeignete Ort erscheint. Heute findet eine Wiederholung des Festes statt.

Während man wirklich nationalen Vereinen alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt und den Wählern nicht einmal die Volkshalle zu Wählerversammlungen überlässt, hat der Herr Bürgermeister dem obgenannten Vereine bereitwilligst den Platz vor dem Rathhause überlassen, ohne die Einwilligung des Gemeinderathes, der doch in unmittelbarer Nähe seine Sitzungen abhält, einzuholen.

Auch die Regierung nahm keinen Anstand, das Fest im Freien abhalten zu lassen, obwohl gegenwärtig der Landtag tagt und man aus diesem Anlasse gleichfalls ganz harmlose Feste und Aufzüge anderer politischer Parteien verboten hat.

Ich erlaube mir nun die Anfrage:

Wie kann es der Herr Bürgermeister rechtfertigen, dass er, ohne die Genehmigung des Gemeinderathes einzuholen, also eigenmächtig dem erwähnten Vereine einen öffentlichen Platz und öffentliche Straßen zur Abhaltung eines Festes überlassen hat, und gedenkt derselbe, falls er seine Berechtigung hiezu nachzuweisen in der Lage ist, auch anderen, wirklich nationalen Vereinen, etwa dem Germanenbunde gegenüber gleichfalls so entgegenkommend vorzugehen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Bürgermeister hat beim Stadtrathe um die Ermächtigung zur Benützung des erwähnten Platzes angesucht und dieselbe vom Stadtrathe in der Sitzung vom 21. April erhalten. Bezüglich der weiteren Anfrage kann ich nur erwidern, dass von Fall zu Fall die Angelegenheit geprüft und danach die Bewilligung ertheilt werden wird.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

15. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Es ist uns bekannt, dass derzeit die Schätzung der Gasanstalten der englischen Gasgesellschaft im Zuge ist.

Wir erachten es aber im Interesse der Gemeinde und zum Zwecke einer günstigen Lösung der Gasfrage für unbedingt nothwendig, dass mit dem Baue eigener städtischer Gasanstalten und mit der Legung eines eigenen Rohrnetzes zu einer solchen Zeit begonnen werde, dass beide Arbeiten mit dem Zeitpunkte des Ablaufes des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft vollendet sind oder doch sein können.

Aus diesem Grunde erlauben wir uns, an den Herrn Bürgermeister folgende Fragen zu richten:

1. In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung eines eigenen Rohrnetzes?

2. Gibt der derzeitige Stand der in Frage 1 erwähnten Arbeiten die volle Gewähr, dass sowohl die Gaswerke als das Rohrnetz rechtzeitig, d. i. bis zu dem 1899 erfolgenden Ablaufe des zwischen der Gemeinde Wien und der englischen Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrages vollendet sind?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Bei dem Meidlinger Bahnhofe der k. k. priv. Südbahn sind täglich nebst den Stellwägen des Großfuhrinhabers Herrn Isnenghi circa 30 Einspänner und Fiaker aufgestellt.

Durch die Errichtung der neuen Linie der Wiener Localbahn (früher Kraus'sche Dampftramway) zum Matzleinsdorfer Lastenhofe wurde auf den den Fiakern und Einspännern zugewiesenen Standplätzen ein neues Tramwaygeleise gelegt und der passende längliche Standplatz längs des Asylhauses der Südbahn cassiert.

Laut einem von der hohen k. k. nied.-österr. Statthalterei am 20., 21. und 22. September 1892 aufgenommenen Protokolle haben laut Punkt 9 (Seite 4 des gedruckten Protokolles) die Vertreter der Commune gefordert, dass die Dampftramway für diesen nun zu ihrem Zwecke verwendeten alten Wagenaufstellungsplatz einen anderen, südlich von dem Ausgange des Meidlinger Bahnhofes gelegenen, wenigstens für 25 Lohnfuhrwerke genügenden Standplatz errichten müsse, welcher von dem Standplatze der Stellwägen sichtbar abgegrenzt sein muss.

Diese Forderung wurde laut Commissions-Beschluss (Seite 7 des gedruckten Protokolles) vollinhaltlich acceptiert.

Nun ist aber von Seite der Localbahn ein kleiner, kaum für sechs oder sieben Wägen genügender, 80 bis 100 Schritte vom Bahnhofausgange gelegener, von dem Standplatze der Omnibusse nicht sichtbar abgegrenzter neuer Standplatz als Ersatz errichtet worden.

Nachdem die übrigen circa 20 Lohnfuhrwerke dortselbst keinen Platz finden können, haben sich dieselben in den nächsten Gässen naturgemäß eigenmächtig aufgestellt; da kam die Polizei, verbot ihnen aber auch diese Plätze, und werden dieselben mit harten Strafen bedroht, und so dauert die Jagd weiter.

Nachdem diese Fuhrleute ihr Brot und ihre Steuern hart verdienen müssen, heute ohne passenden Standplatz dastehen und doch anerkannt zu den von allen Behörden meist chicanierten Ständen gehören, so erlaube ich mir, an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Interpellation zu richten:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister die dem obgenannten Protokolle zuwiderlaufende Errichtung eines bedeutend kleineren Standplatzes bekannt?

2. Ist derselbe geneigt, die Angelegenheit strenge zu untersuchen und competente Schritte zu thun, damit die übernommene Pflicht von Seite der Wiener Localbahn durchgeführt werde?

3. Ist er geneigt, den Magistrat zur schleunigen Anweisung eines passenden, wenn auch vorläufig provisorischen Standplatzes aufzufordern und sich diesbezüglich mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu setzen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Boschan** und Genossen:

In der Erwägung, dass die Verhältnisse des Geldmarktes derzeit sehr günstige sind, und dass durch eine Convertierung der älteren Gemeindeanlehen,

respective durch eine Hinausschiebung der Rückzahlungstermine eine wesentliche Erleichterung des Budgets der Stadt Wien eintreten könnte, beantragen die Gefertigten:

Der Magistrat wird beauftragt einen Plan für die Convertierung der noch im Umlaufe befindlichen Titres des 25 Millionen-, sowie des 10 Millionen-Goldanlehens der Gemeinde unter Zugrundelegung eines vierpercentigen Zinsfußes und einer längeren Tilgungsdauer auszuarbeiten und jene Vorbedingungen festzustellen, unter welchen mit Erfolg auf ein Gelingen dieser Operation gerechnet werden kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

In Margarethen befindet sich, und zwar am Ende der Siebenbrunnen- und Kohlgasse ein Grund, welcher der Gemeinde Wien von dem früheren Eigenthümer, Herrn Baron Drasche, schenkungsweise übergeben worden sein soll.

Dieser Grund ist von einer im Zerfalle begriffenen Planke umgeben, welche auch die Brandmayergasse absperrt, und er dient in seiner jetzigen Gestaltung zur Verschandlung der ganzen Umgebung.

Dieser Grund wird derzeit an Kegelbudenbesitzer um einen geringen Preis verpachtet.

Wie es bei diesen Kegelbuden zugeht, wissen die Bewohner der umgebenden Häuser am allerbesten, und es ist die Klage eine allgemeine, dass derartige Zustände in Wien geduldet werden.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei der am Ausgange der Siebenbrunnen- und Kohlgasse befindliche Grund, welcher derzeit an Kegelbudenbesitzer vermietet wird, zu regulieren.

Zu diesem Zwecke seien eventuelle Pachtverträge rechtzeitig zu lösen und sohin die Planke zu entfernen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Bezugnehmend auf meine heutige ergebene Interpellation, erlaube ich mir, nachstehenden Antrag zu stellen:

In der Frage des Lohnfuhrwerks-Standplatzes beim Meidlinger Bahnhofe ist dringende Abhilfe nothwendig und wäre angezeigt, etwa den auf der beiliegenden Skizze bezeichneten, mit Barrièrepflöcken umgrenzten Durchgangsweg C, welcher die der Commune gehörigen Plätze A und B von einander trennt, etwas mehr gegen die Mitte der beiden Plätze zu verlegen, wodurch dann am Platze A genügend Raum für zwanzig Wägen vorhanden wäre. Diesen Vorschlag wolle man an competenter Stelle erwägen und der Polizeibehörde zur Genehmigung anempfehlen, und deshalb stelle ich den Antrag:

Der Durchgangsweg beim Ausgange vom Meidlinger Bahnhofe der k. k. priv. Südbahn sei sechs Meter südlicher vom jetzigen Orte zu verlegen und auf dem sodann erweiterten Platze ein Standplatz für die zu diesem Bahnhofe bestimmten Fiaker und Comfortabler zu errichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta:

20. Antrag des **Gem.-Rathes Kaspar** und Genossen:

Gem.-Rath Kaspar (zur Geschäftsordnung): Trotzdem der geehrte Gemeinderath heute bereits einmal den Beschluss gefasst hat, eine Begründung nicht ganz verlesen zu lassen, erlaube ich mir doch, den Antrag zu stellen, dass die Begründung meines Antrages verlesen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag gestellt, den Antrag, welchen der Herr Gemeinderath schriftlich eingebracht hat, vollinhaltlich zu verlesen. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Das ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest sohin auszugsweise den nachstehenden Antrag des Gem.-Rathes Kaspar und Genossen:

In dem XVIII. Bezirke wurde bei den Offertausschreibungen keine Rücksicht darauf genommen, für die an der äußersten Peripherie gelegenen Bezirkstheile Salmannsdorf, Neustift am Walde, Pötzleinsdorf und Gersthof dort sesshafte Contrahenten zu gewinnen. Nur so muss es geschehen, dass für kleinere Reparaturen und Herstellungen oft mehr als doppelte Kosten auflaufen.

Als Beispiel sei angeführt eine erst kürzlich vorgenommene Reparatur am Dache der Pötzleinsdorfer Schule:

Vier Arbeiter sind, nachdem sie nach zurückgelegter langer Strecke einen Handwagen mit Materiale zur Stelle gebracht, um 9 Uhr an die Arbeit gegangen, um 2 Uhr nachmittags fertig geworden und haben vom dortigen Oberlehrer die Bestätigung für eine ganztägige Arbeit verlangt.

Von den an der Straße beschäftigten Taglöhnern muss wöchentlich zweimal einer derselben die Geräthschaften, als: Krampen und Schaufeln zum Spitzen und Schleifen in die Nussdorferstraße zum Schmiedmeister als bestellten „Contrahenten" tragen.

Die Schmiedearbeit beträgt nach dem Tarife per Stück 7 kr., während der Arbeiter die große Last tragen muss und einen ganzen Tag versäumt, was einem Arbeitslohne per 1 fl. 20 kr. entspricht.

Derlei Arbeiten könnten wie vorher leicht an Ort und Stelle ausgeführt werden, ohne dass eine Störung eintreten müsste.

Bei dem Umstande, als dieser Vorgang einer Unwirtschaft gleichkommt, stellt der Gefertigte den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, in Hinkunft für entlegene neue Bezirkstheile bei Offertausschreibungen auf dort sesshafte Professionisten möglichste Rücksicht zu üben; bis dahin jedoch die dermaligen Contrahenten zu verhalten, sich bei Arbeiten von geringerem Umfange mit den dortigen Professionisten behufs Ausführung ins Einvernehmen zu setzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch:**

Dem von der Schönbrunner Hauptstraße in Meidling aus sowie über die Maria Theresien-Brücke den k. k. Schlossgarten Schönbrunn massenhaft besuchenden Publikum Rechnung tragend, ist es nothwendig, in dieser Nähe einen Bedürfnisort aufzustellen, umsomehr, da ein solcher als nächster sich auf der Schönbrunner Hauptstraße, bei der Lobkowitzbrücke im XII. Bezirke, befindet.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei bei der Maria Theresien-Brücke auf der Meidlinger Seite dringlichst ein Bedürfnisort aufzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Es bedarf wohl keiner näheren Begründung, dass durch den Bestand der zahlreichen privaten Pferde- und Stechvieh-Schlächtereien innerhalb des Wiener Gemeindegebietes Zustände geschaffen werden, die einer Stadt von der Bedeutung Wiens nicht würdig sind.

Da eine gründliche Abhilfe nur durch die Erbauung einer ausreichenden Anzahl entsprechend ausgerüsteter öffentlicher Schlachthäuser erreicht werden kann; so stelle ich folgenden Antrag:

Man errichte in den schon bestehenden Schlachthäusern St. Marx, Gumpendorf, Meidling, an der Als und Nussdorf Pferde- und Schweineschlächtereien nach dem Muster und den Einrichtungen in anderen Großstädten und vertheile die Pferde- und Schweineschlächtereien in die zu errichtenden Anstalten geradeso, wie die Fleischhauereien in den vorerwähnten Schlachthäusern bereits vertheilt sind.

Dadurch werden große sanitäre Übelstände in den Wohnhäusern beseitigt, die Haus- und Straßencanäle werden von viel unnöthigem Unrath befreit.

Einer Epidemie, wie sie im vergangenen Jahre sehr zu befürchten war und jetzt laut Zeitungsberichten wieder in Anzug ist, könnte dann mit mehr Beruhigung entgegengesehen werden, da

man einen Hauptübelstand — Unreinlichkeit — leichter zu bekämpfen hätte.

Sollten in den oben angeführten Schlachthäusern zur Errichtung der gewiss sehr erwünschten Anstalten nicht die nöthigen Plätze vorhanden sein, so mögen neue Bauplätze zu diesem Zwecke erworben werden.

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle daher den Magistrat beauftragen, ehestens die geeigneten Vorschläge zu erstatten, damit innerhalb einer angemessenen Frist eine den vorhandenen Befürfnissen entsprechende Anzahl gehörig situierter und den modernen Anforderungen entsprechender öffentlicher Schlachthäuser für Stechvieh und Pferde errichtet und mithin successive sämmtliche privaten Schlächtereien aufgelassen werden können.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

Die Beleuchtung der Straßen im XVI. Bezirke ist in höchstem Grade als eine schlechte und mangelhafte zu bezeichnen, und die allgemeinen Klagen hierüber sind gewiss vollkommen berechtigte.

Es wurden zwar einige Anträge, die von Collegen gestellt wurden, berücksichtigt, aber damit sind nur theilweise Übelstände beseitigt worden.

Die Beleuchtung muss, soll überhaupt etwas Rationelles geschaffen werden, gänzlich umgeändert werden, weil durch Neu- und Zubauten sich diese Nothwendigkeit herausgestellt hat.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Der Magistrat in Verbindung mit dem Stadtbauamte werde beauftragt, in Kürze eine Vorlage, betreffend die Änderung und Ergänzung der Beleuchtung in den Straßen des XVI. Bezirkes, zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

24. Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Bärtl** und **Steiner:**

Im XIX. Bezirke, Neustiftgasse, wird gegenwärtig an der Umlegung des Krottenbaches sowie an dem Canalbau gearbeitet.

Nachdem schon früher dortselbst die Beleuchtung eine äußerst mangelhafte war, so tritt jetzt dieser Übelstand noch fühlbarer zu Tage; auch sind die Häuser mit schlechtem und der Gesundheit nicht zuträglichem Wasser versehen.

In Anbetracht nun, dass die Gasse jetzt aufgewühlt und bloßgelegt und nur bis zur Conscr.-Nr. 267 beleuchtet ist, so würde die Fortsetzung der Gasbeleuchtung unter einem bis zum Epidemiespitale geführt werden können.

Die Gefertigten stellen deshalb folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. die Gasbeleuchtung in der Neustiftgasse im XIX. Bezirke von dem Hause Conscr.-Nr. 267 bis zum Epidemiespitale, und zwar unter gleichzeitiger Ausführung der Canalverlegung;

2. es werde das Stadtbauamt beauftragt, ehestens Bericht zu erstatten, auf welche Art die Wasserleitung durch Errichtung von Auslaufbrunnen der dort wohnenden Bevölkerung zugeführt werden könnte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Boschan zum Referat.

25. Referent Gem.-Rath Boschan: Geehrte Herren! Ich habe die Ehre, zu Zahl 66 zu berichten. Der Gegenstand des Referates betrifft, wie den Herren bekannt ist, die Aufnahme einer Anleihe, um die Geldmittel für die nothwendigen Herstellungen zur Erweiterung unserer Hochquellen-Wasserleitung zu beschaffen. Die Erweiterung unserer Hochquellen-Wasserleitung war schon zu einer Zeit, als die Einverleibung mit den Vororten noch gar nicht in sicherer Aussicht stand, ein Gegenstand unserer Thätigkeit. Dadurch, dass die Vororte einverleibt wurden, ist diese Angelegenheit zu einer äußerst dringenden geworden, weil wir die Verpflichtung haben, den Vororten, welche mit uns gleiche Lasten tragen, auch alle jene Annehmlichkeiten und Vortheile, welche die alten Bezirke genießen, in gleichem Umfange und in gleichem Ausmaße zuzuwenden. Es musste daher alles aufgewendet werden, um die Vermehrung der Quellen so bald, als es möglich ist, durchzuführen, und der geehrte Gemeinderath hat auch allen jenen Anträgen, welche dieses Ziel im Auge hatten, zugestimmt, und wurden so die Verträge mit den Grundbesitzern, den Wasserrechtsbesitzern, die Anschaffung der Rohre u. s. w. sämmtlich vom Gemeinderathe bewilligt. Infolge dessen ist es nun eine nothwendige Consequenz dieser Beschlüsse, dass für die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel unverweilt gesorgt werde.

Es wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, die Aufnahme einer Anleihe noch auf eine kurze Zeit hinauszuschieben. Aber bei dem Umstande, als die Aufnahme einer Anleihe mit gewissen Formalitäten verbunden ist, als ein Landesgesetz, unter Umständen auch ein Reichsgesetz dazu nothwendig ist und die ganzen Vorbereitungen eine längere Zeit in Anspruch nehmen, glaubten wir, dass es gut sei, mit dieser Sache nicht länger zu zögern, wenn es auch vielleicht möglich gewesen wäre, durch eine starke Restriction bei der Arbeit vielleicht diese Maßregel um ein Jahr hinauszuschieben. Wir waren nämlich der Meinung, dass bei Vertheilung des Arbeitsprogramms man nur auf die technische Ausführbarkeit der Arbeit Rücksicht nehmen müsse, auf die Möglichkeit, in einer gewissen Zeit mit der Sache fertig zu werden, und nicht auf die Möglichkeit, vielleicht durch eine Hinausschiebung etwas an Zinsen zu ersparen. Auch ist der Umstand, dass unser städtisches Budget nunmehr eine so bedeutende Höhe erreicht hat, dafür maßgebend gewesen, dass wir unsere Cassabestände, beziehungsweise Bestände an mobilen Wertstücken nicht so sehr sinken lassen dürften, weil bei dem Umstande, der ja den Herren auch bekannt ist, dass die Zahlungstermine und die Termine der Einnahmen durchaus nicht immer zusammenfallen, bei einem so stark geschmälerten Cassastande, wenn irgend welche Störungen eintreten, leicht Verlegenheiten entstehen könnten.

Meine Herren! Seit einer langen Reihe von Jahren hat der Gemeinderath Anlehen nicht aufgenommen. Die letzten datieren aus den Jahren 1872 und 1873, es sind also nahezu 20 Jahre, und wenn wir heute eine Anleihe aufnehmen, so geschieht es ja auch nicht, wie die Herren wissen, um irgendwelche currente Deficite zu bedecken, sondern nur um eine, von der ganzen Bevölkerung auf das dringendste gewünschte und in sanitärer Beziehung höchst nothwendige Maßregel durchzuführen.

Was die Höhe des Anlehens betrifft, so ist sie durch den Bedarf bestimmt. Wir sind der Meinung, dass das Anlehen lediglich für Wasserzwecke aufgenommen werden soll und nicht für andere Zwecke. Was also für die Erweiterung der Hochquellenleitung nothwendig ist und nothwendig war, soll aus einem Anlehen bedeckt werden; dagegen glauben wir, dass es möglich sein wird, die anderen Investitionen, also Schulbauten, die Bauten auf dem Viehmarkte, Canaleinwölbungen und dergleichen entweder aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten oder aus den vorhandenen Vermögensstücken der Gemeinde, und dass dieses Anlehen also lediglich dem einen Zwecke, der Wasserversorgung, zugeführt werde.

Wenn wir dabei bleiben, so ist es nothwendig, auch diejenigen Gelder, welche in der Zwischenzeit von der Gemeinde — ich möchte sagen: vorschussweise — diesem Zwecke zugeführt wurden, der Gemeinde zu refundieren. Die Herren finden im Anhange, welcher in

den Anträgen vorliegt, das Kostenverzeichnis mit 17,653.000 fl. und als erste Post einen Betrag von 3,099.939 fl., welcher sich zusammensetzt aus den bisherigen Auslagen bis zum Jahre 1891, welche in einer bestimmten Ziffer bekannt sind, und aus den für das Jahr 1892 präliminierten Auslagen.

Es wurde nämlich die alte Wasserleitung aus dem 25 Millionen-Anlehen und aus den früheren Anlehen gebaut. Die jetzige Vollendung dieses Werkes soll wieder durch ein Anlehen geschehen. In der Zwischenzeit aber, während der Conto der Anlehensgelder geschlossen war — namentlich also im vorigen Jahre und im heurigen Jahre — waren für diesen Zweck bedeutende Auslagen nothwendig, und es ist nun gewiss vorab nicht abzusehen, warum, wenn man bei einem Betrage von beinahe 40 Millionen Gulden 37 Millionen auf ein Anlehen verweist und darin gewiss gar nichts Ungehöriges findet, man sagen sollte: Diese drei Millionen Gulden, welche inzwischen gezahlt wurden, gehören nicht auf das Anlehen.

Die Beträge hätten auch schon seinerzeit, als sie gebraucht wurden, entweder im Wege einer Anleihe oder doch im Wege einer schwebenden Schuld aufgebracht werden können. Hätte das aber die Gemeinde gethan, so hätte sich Folgendes ergeben: Wir hätten vielleicht bei irgend einem Bankinstitute den Betrag von einer Million aufgenommen für Wasserleitungszwecke, hätten dafür 4 bis 5 Percent Zinsen zu zahlen gehabt, während unsere Cassabestände so stark waren, dass wir wieder andererseits bedeutende Beträge zur Fructificierung den Banken übergeben mussten. Wir haben also das Geschäft gewissermaßen in uns gemacht und uns diese Vorschüsse selbst gegeben.

Bei einem Theile dieser Auslagen liegen ausdrückliche Gemeinderaths-Beschlüsse vor, dass seinerzeit, wenn für die großen Summen ein Anlehen aufgenommen werden soll, diese Beträge an die Casse refundiert werden sollen. Über diese Beträge ist auch von Seite des Gemeinderathes bereits verfügt. Die Herren finden nämlich in unserem Voranschlage für das laufende Jahr eine große Anzahl von Auslagen, namentlich für Schulbauten, welche Auslagen aber in den meisten Fällen nur die erste Baurate betreffen, während die zweite und dritte Baurate im nächsten und im zweitnächsten Jahre fällig wird.

Es wäre also unter Umständen auch angegangen, zu sagen, wir nehmen nur ein Anlehen von 14 Millionen für Wasser und drei Millionen für andere Zwecke auf; dann wäre die Refundierung nicht nothwendig gewesen. Es schien uns aber auch schon vom Standpunkte der Steuerbefreiung und aus verschiedenen anderen Rücksichten, die ich nicht näher zu erörtern brauche, richtiger, zu sagen, wir nehmen das Anlehen nur für Wasserzwecke auf, aber auch in der Weise, dass alles, was zur Erweiterung, nicht zum Betriebe der Hochquellenleitung von uns gemacht wird, auf dieses Anlehen verwiesen wird. So viel über die Höhe.

Was nun die Details betrifft, so finden Sie in den Anträgen alles enthalten. Die Termine wurden mit März und September festgesetzt, weil es uns zweckmäßiger schien, die Termine Mai und November, welche durch die Staatsanlehen bereits stark occupiert sind, nicht zu wählen, und weil in den Terminen Jänner und Juli, in welchen die Silberanlehen fällig werden, die Gemeinde ohnehin sehr starke Posten zu zahlen hat, so dass es zweckmäßig erscheint, den verhältnismäßig weniger stark besetzten März- und September-Termin zu wählen.

Dass das Anlehen in der Kronenwährung ausgegeben wird, ist selbstverständlich, da man ein Anlehen, das auf viele Jahre hinausgeht, nicht mehr in Gulden ausgeben kann.

Die Bestimmung, dass der Tilgungsplan, der dem Anlehen zugrunde gelegt wird, sich auf 90 Jahre erstrecken wird, mag vielleicht manchem der Herren als etwas lang erscheinen, und es wird möglicherweise der Wunsch laut werden, das Anlehen in kürzerer Zeit zu tilgen. Nun werden die Herren finden, dass in den Bestimmungen über das Anlehen mit enthalten ist, dass sich die Gemeinde vorbehält, auch größere Beträge, als im Tilgungsplane für jedes Jahr vorgesehen sind, zur Verlosung zu bringen, oder wenn es ihr gefällt, auch die gesammten, noch im Laufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

Die Gemeinde hat sich daher vorbehalten, dass sie für den Fall, als in einer späteren Epoche — bei so langer Zeit kann man es voraussetzen — vielleicht eine weitere Herabminderung des Zinsfußes eintreten wird, davon Gebrauch machen kann, und die Erstreckung des Termines auf 90 Jahre, welcher so ziemlich der längste Termin ist, der uns von der hohen Staatsverwaltung bewilligt werden würde, bedeutet nur, dass die Gemeinde berechtigt ist, die Zahlung so lange hinauszuschieben, nicht aber, dass sie verpflichtet ist, die Verzinsung auf so lange Zeit zu leisten.

Die Verzinsung zu 4 Percent wurde gewählt, weil es der landläufige Zinsfuß ist. Einen Moment hat man darüber nachgedacht, ob man nicht vielleicht einen minderen Zinsfuß, $3^1/_2$ oder 3 Percent, wählen und dagegen den Cours stark herabsetzen, das Anlehen vielleicht zu $3^1/_2$ Percent in den 90 und zu 3 Percent in den 80 ausgeben solle. Das wäre aber nicht zweckmäßig, und bei dem Umstande, als es die Gemeinde in der Hand hat, jederzeit, wenn der Zinsfuß sinken sollte, eine größere Verlosung vorzunehmen, schien es zweckmäßig, jenen Zinsfuß zu wählen, welcher uns gestattet, einen Cours zu beanspruchen, welcher sich dem Paricourse möglichst nähern, wenn nicht denselben erreichen wird.

Weiters wird angesucht werden um die Zustimmung der hohen Regierung, dass diese Papiere als geeignet für pupillarsichere Anlagen, für Fideïcommisse und dergleichen gehalten werden, was geeignet sein wird, die Begebbarkeit und den Wert des Papieres zu erhöhen. Über die Art der Begebung war auch im Stadtrath eine ziemlich lebhafte Debatte. Man hat es allseitig anerkannt, dass bei einem Papiere, welches ja die Stadt Wien in lebhafter Weise interessiert, namentlich mit Rücksicht auf den Zweck, für welchen das Papier emittirt wird, der Weg der öffentlichen Subscription voraussichtlich der zweckmäßigste und wünschenswerteste wäre. Es ist sowohl in meinem Berichte als auch in meinen Anträgen dessen erwähnt, und es wird ausdrücklich gesagt, dass die öffentliche Subscription in erster Linie ins Auge zu fassen ist. Der Stadtrath hat es jedoch nicht für richtig gehalten, jetzt, wo uns noch sechs Monate von dem Zeitpunkte trennen, da die Ausgabe wirklich erfolgt, es für ganz bestimmt hinzustellen, dass nur in dieser Weise die Begebung stattfinden könne, weil man sich nicht selbst die Hände binden will, und weil man nicht weiß, was in sechs Monaten eintreten kann. Es wird also, wenn die Verhältnisse es nicht gebieterisch anders erheischen, unter allen Umständen nach Möglichkeit der Weg der öffentlichen Subscription gewählt werden. Die Höhe der Appoints ist hier ebenfalls verzeichnet, und es hat der Stadtrath dem Wunsche, der geäußert wurde, dass auch kleinere Stücke zu 200 Kronen ausgegeben werden sollen, Rechnung

getragen, und er beantragt Ihnen die Stücke, die hier in den Anträgen verzeichnet sind.

Gestatten Sie mir noch, etwas über die Art und Weise der Bedeckung des Anlehens, beziehungsweise über die Aussicht zu sprechen, in welcher Weise die Tilgung und Verzinsung dieses Anlehens von der Gemeinde bestritten werden kann, ohne dass den Steuerträgern eine Erhöhung der Leistungen aufgebürdet werden muss. Ich erlaube mir, dabei vorauszuschicken, dass die Begründung und die Darstellung, welche in meinem Referate enthalten ist, nicht so aufzufassen ist, als ob von derselben die Aufnahme des Anlehens abhängen würde. Der Zweck, zu welchem das Anlehen aufgenommen werden soll, ist ein so eminent dringender, dass unter allen Umständen das Geld hiezu beschafft werden muss, und wenn ich nachzuweisen versucht habe, dass dies ohne Erhöhung — und ich glaube, dass mir das gelungen ist — der bestehenden Steuerlasten geschehen soll, so soll das nur zur Beruhigung der Steuerträger beitragen. Um zu einem halbwegs sicheren Maßstab zu gelangen, waren zwei Wege. Die Herren werden einsehen, dass eine Berechnung über einen zukünftigen Ertrag der Wasserleitung in Wien darzustellen, und ich möchte sagen mit mathematischer Genauigkeit nachzuweisen, zu den unmöglichen Dingen gehört, sondern man kann nur mit einer größeren Wahrscheinlichkeit, die sich der Gewissheit nähert, rechnen. Und so habe ich nun zwei Wege eingeschlagen. Ich habe mich gefragt: 1. Wie viel haben wir an Wasser zu verkaufen? 2. Für wie viel Wasser ist ein Absatz zu finden?

Was die erste Frage betrifft, so haben wir durch die neueren Quellen 36.400 m^3, das wären also 364.000 hl Wasser verfügbar. Von diesem Wasser muss jedenfalls ein Theil an die Vororte unentgeltlich abgegeben werden für die Auslaufbrunnen, welche zum Theile bestehen bleiben. Zum Theile muss dieses Quantum dazu dienen, um die Lücken, welche wir bisher in der Wasserversorgung zu decken haben, auszufüllen.

Es soll nunmehr mit dem Pumpen oberhalb des Kaiserbrunnens definitiv zu Ende sein. Nimmt man nun an, dass nur ein Quantum von 160.000 hl von den Vororten abgenommen wird, so gibt das beiläufig 400.000 fl. Die durchschnittlichen Kosten der Wasserschöpfung, beziehungsweise die Ersparnis jenes Geldes, welches an die Wasserinteressenten hiefür gezahlt werden muss, mit 80.000 fl. angenommen — heuer macht es beinahe 150.000 fl. aus — gibt einen Betrag von beiläufig 480.000 fl. Nachdem nun die Capitalslasten, d. i. die Tilgung und Verzinsung, wenn das ganze Anlehen begeben und das ganze Werk in Betrieb sein wird, 720.000 fl. betragen, so bleibt ein Betrag von 240.000 fl. zu decken, welcher auf das übrige Budget der Stadt Wien zu verweisen ist. Diesbezüglich ein Prognostikon für die Zukunft zu stellen, ist womöglich noch schwieriger, als den Ertrag der Wasserleitung zu berechnen. Wenn aber die Herren unsere Rechnungsabschlüsse seit einer Reihe von Jahren prüfen, so werden Sie finden, dass die Einnahmen bei stabil bleibenden Sätzen in einer gewissen Steigerung begriffen sind, welchen allerdings auch eine Steigerung der Ausgaben gegenübersteht. Namentlich durch die Einverleibung der Vororte, durch die Decentralisation der Verwaltung und durch die, wie mir scheint, etwas sehr munificente Aufbesserung der Gehalte unserer Angestellten, der Beamten und Lehrer, hat in den letzten Jahren eine sprungweise Steigerung der Ausgaben stattgefunden. Ich bin nun der Meinung, dass, wenn der Übergang vollständig vollzogen sein wird, eine gewisse Stabilität rücksichtlich der Ausgaben eintreten wird, während anzunehmen ist, dass die aufsteigende Richtung, in welcher sich unsere Einnahmen bewegen, nicht aufhören wird.

Es ist also zu hoffen, dass die Gemeinde in der Lage sein wird, die Zinsen und Amortisationskosten sowohl für dieses Anlehen als auch für die Verkehrsanlagen aus den eigenen currenten Einnahmen zu bestreiten, ohne dass es nothwendig sein wird, die Steuersätze zu erhöhen. Dies setzt aber voraus, dass die Gemeindeverwaltung sich von dem Grundsatze der Sparsamkeit in allen Ausgaben leiten lässt, dass sie alle Ausgaben vermeide, zu denen sie nicht gesetzlich verpflichtet ist oder die nicht dringend nothwendig sind, und dass namentlich bei denjenigen Auslagen, über welche sie selbständig zu entscheiden hat, das ist bei Straßenherstellungen, Bauten u. dgl., nur das ausgegeben wird, was eben dringend und unbedingt nothwendig ist, mindestens insolange, bis sich die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde, welche ja infolge der Einverleibung der Vororte gewissermaßen etwas undurchsichtiger geworden sind, und welche man nicht mehr so klar, glaube ich, beurtheilen kann wie früher, etwas geklärt haben und man mit Zuversicht sagen kann, bis an diese und diese Grenze können wir gehen.

Ich werde mir nun erlauben, die Anträge zu verlesen, welche die Herren in Händen haben. Es wird beantragt (liest):

„1. Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung.

2. Diese Anleihe soll mit vier vom hundert verzinslich sein und innerhalb neunzig Jahren durch Verlosung al pari zurückbezahlt werden. Die Gemeinde Wien behält sich das Recht vor, auch eine größere Anzahl von Obligationen, als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämmtliche, noch im Umlaufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

3. Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

25.000	Stück à	200	Kronen =	5	Millionen
10.000	„ „	500	„ =	5	„
10.000	„ „	1.000	„ =	10	„
3.000	„ „	5.000	„ =	15	„
				35	Millionen.

4. Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von höchstens $6^1/_4$ Millionen Gulden = $12^1/_2$ Millionen Kronen begeben; die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen.

5. Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu. Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen.

6. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), ferner wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des k. k. Postsparcassenamtes, dann von Pupillar-Fideicommiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den

Nennwert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuer- und Stempelgebürenfreiheit, — die nöthigen Schritte einzuleiten."

Dies sind die Anträge. Die Gemeinde hat, wie ich eingangs schon erwähnt habe, seit nahezu 20 Jahren keine neue Anleihe aufgenommen; im Gegentheile, seit dieser Zeit ist aus currenten Einnahmen ein Betrag zurückgezahlt worden, welcher größer ist als die neue Anleihe, welche wie jetzt vorschlagen.

Ich glaube, dass der Gemeinderath bei dem Umstande, als diese Anleihe zu einem höchst nützlichen, sanitär wichtigen Zwecke aufgenommen wird und wir die Verpflichtung haben, den neu angegliederten Bezirken dasselbe Wasser zu liefern, wie wir es bisher haben, von dieser Nützlichkeit überzeugt sein und den Anträgen, welche ich zur Annahme zu empfehlen mir erlaube, seine Zustimmung geben wird.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Erlauben Sie mir, dass ich zuerst meiner Verwunderung Ausdruck gebe, dass bei der Berathung eines so wichtigen Gegenstandes, wie die Aufnahme eines Anlehens, verhältnismäßig so wenige Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, und dass auch die, welche anwesend sind, sich in traulichem Gespräche mit einander befinden und den Herrn Referenten reden lassen, was er will.

Eine zweite Bemerkung, welche ich machen möchte, ist folgende: Es nimmt mich wunder, dass der Gegenstand als so überaus dringlich behandelt wird, dass er in einem Gemeinderathe zur Sprache kommt, welcher nicht vollzählig ist, und in welchem Mitglieder sich befinden, welche bei der letzten Wahl nicht wieder gewählt worden sind. Ich hatte geglaubt, dass dieser Gegenstand gerade sich geeignet hätte, in einer solchen Versammlung des Gemeinderathes zum Vortrag und zur Abstimmung zu kommen, welche vollzählig ist und welche alle gewählten Mitglieder des Gemeinderathes auch wirklich umfasst. Freilich wird der Referent mich auf sein Referat verweisen und sagen, dass die Sache dringlich ist. Der Herr Referent verzeihe mir, wenn ich bemerke, dass dem nicht so ist, denn selbst wenn seine Anträge zum Beschlusse erhoben werden, so kann mit der Begebung des Anlehens gewiss nicht vor October oder November d. J. vorgegangen werden. Der Herr Referent beantragt nämlich, dass der Reichsrath die Stempel- und Gebürenbefreiung ertheile. Das kann nur infolge eines Gesetzes geschehen, es muss also eine Regierungsvorlage eingebracht werden, das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus darüber entscheiden und endlich die kaiserliche Sanction eintreten. Das Abgeordnetenhaus dürfte nach meinen Informationen frühestens Ende September, wahrscheinlich aber erst Mitte October d. J. zusammentreten. Wenn Sie die Vorarbeiten bedenken, welche in einer solchen parlamentarischen Körperschaft gemacht werden müssen, so werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass vor November eine Berathung darüber zur Unmöglichkeit gehört.

Wenn das nun richtig ist, so kann mit der Begebung des betreffenden Anlehens gewiss nicht vor Ende dieses Jahres vorgegangen werden; und trotzdem, meine Herren, diese Eile!

Der Herr Referent wird mir nun darauf erwidern, es drehe sich heute ja nicht bloß um das Abgeordnetenhaus, sondern auch um den n.-ö. Landtag, der jetzt tagt, und es müsse dieser jetzige Sessionsabschnitt benützt werden, um die Geschichte im Landtage durchzubringen. Aber auch diese Einwendung ist nicht stichhältig, denn der Landtag wird gewiss bis 20. Mai tagen, und wenn in der heutigen Sitzung das Referat über die Gemeinderathswahlen erstattet worden wäre — es steht ja auf der sogenannten geschriebenen Tagesordnung — so wären die neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes in der Lage gewesen, an der Berathung und Abstimmung theilzunehmen, und die Angelegenheit wäre trotzdem noch rechtzeitig vor den Landtag gekommen.

Aber, meine Herren, abgesehen von dem, was ich jetzt gesagt habe, — wenn das Ministerium dem Herrn Bürgermeister die Gefälligkeit erwiesen hat, den Landtag eigens einzuberufen, bloß zu dem Zwecke, damit er es bequemer habe, Schulden machen zu können, bloß zu dem Zwecke, um das Statut zu ändern, dann hat das Ministerium gewiss auch die Gefälligkeit, den Landtag eigens einzuberufen, um eventuell das Anlehen zu genehmigen. Warum denn nicht? Der Herr Bürgermeister hat gewiss Einfluss auf den Statthalter, den Minister, um so etwas durchzusetzen. Es wäre dies aber, wie erwähnt, nicht nothwendig, und es würde vollständig hinreichen, wenn heute die Gemeinderathswahlen erledigt worden wären, um auch den neuen Mitgliedern des Gemeinderathes Gelegenheit zu geben, an der Berathung und Beschlussfassung über dieses Referat theilzunehmen.

Wenn ich nicht die Vertagung beantrage, so geschieht es deswegen, weil ich weiß, dass es vollständig fruchtlos wäre. Sie, meine Herren, sind gewohnt, dem Befehle Folge zu leisten und würden daher einen von mir gestellten diesbezüglichen Antrag gnadenlos niederstimmen.

Ich will Ihnen nun gar nicht die Freude machen, daß Sie einen Antrag von mir ablehnen können; eine solche Freude mache ich Ihnen nur dann, wenn Sie mir mit der Ablehnung eine Freude für die Wählerversammlungen bereiten, wenn ich aus der Ablehnung Stoff bekomme, um in den Wählerversammlungen gegen Sie agitieren zu können. Einen anderen Zweck verfolge ich mit meinen Anträgen bei Ihnen überhaupt nicht mehr, so lange ich nicht sehe, dass Sie sich bessern wollen und nicht bloß von dem oft engherzigen Standpunkte der Partei vorgehen, sondern willens sind, auch solche Anträge zu unterstützen und anzunehmen, welche von anderer Seite gestellt werden, vorausgesetzt, dass sie im allgemeinen Interesse gelegen sind. Ich gehe nun zur Frage selbst über.

Als die Einverleibung der Vororte mit Wien in Discussion stand, und als wir, die Mitglieder der Opposition, in den verschiedenen Wählerversammlungen erklärten, dass die Art und Weise, wie diese Einverleibung mit Wien durchgeführt wird, zu nichts anderem als zu einer ungeheueren Bedrückung des Volkes führen werde, als wir erklärten, dass die Folge davon Steuererhöhung, dann Anleihen, dann wieder Steuererhöhung in schöner Abwechslung sein werden, hatten Sie, meine Herren von der Majorität, die Güte, uns als Verleumder zu erklären und zu sagen, dass wir das Volk verhetzen, dass wir das Volk irreführen. (Rufe links: Sehr richtig!) Sie, meine geehrten Herren, haben dem Volke versprochen, dass aus der von Ihnen geplanten Einverleibung der Vororte mit Wien Glück und Segen nicht bloß für die alten zehn Bezirke, sondern auch für die neuen Bezirke, die sogenannten Vororte, erblühen werde. Das heutige Referat gibt mir nun Anlass, zu erproben, wer eigentlich damals die Wahrheit gesprochen hat und wer nicht.

Sie werden mir alle zugeben, dass bisher die Folge der Vereinigung der Vororte mit Wien folgende gewesen ist: Sie haben den Zuschlag zur Verzehrungssteuer bedeutend erhöht, haben den Bierkreuzer eingeführt, haben alle anderen Zuschläge bedeutend

erhöht, haben das, was an den Krankengeldern zu zahlen ist, bedeutend erhöht.

Das alles haben Sie gethan, und jetzt liegt uns in diesem Referate der erste schüchterne Schritt zur Aufnahme eines neuen Anlehens vor. Dieser Schritt ist schüchtern, ist bescheiden, betrifft eine geringe Summe, aber zweifeln Sie nicht, dieser Summe werden gewiss andere folgen (Rufe: Gewiss!), und dem neuen Anlehen wird die Steuerhöhung folgen. (Rufe links: Ganz gewiss! — Widerspruch rechts.) Und wenn Sie mir nicht glauben wollen, so fragen Sie den geehrten Herrn Referenten um die Geschichte der Anlehen, die früher die Stadt Wien aufgenommen hat. Er hat das Jahr 1874 erwähnt. Fragen Sie den geehrten Herrn Referenten, ob nicht damals dem Anlehen eine bedeutende Erhöhung der Umlagen auf dem Fuße gefolgt ist. — Jetzt sagt man Ihnen das nicht und sagt, es komme keine Erhöhung der Zinskreuzer, denn wenn man sagen würde, es kommt eine Erhöhung derselben, so würde das den einen oder den anderen zurückschrecken, die Verantwortung für die Aufnahme eines Anlehens zu übernehmen. Man sagt also jetzt nichts, aber kommen wird es, und wir sitzen, wenn uns Gott das Leben schenkt und die Wähler ihr Vertrauen, ja dann noch beisammen und werden darüber weiter sprechen.

Wir haben also recht gehabt, als wir gesagt haben, dass die Art und Weise, wie die Vereinigung der Vororte mit Wien durchgeführt wurde, nichts anderes zur Folge habe als eine ungeheuere Bedrückung der Bevölkerung, und dass diese Art und Weise der Vereinigung der Vororte verhängnisvoll für die alten Bezirke und verhängnisvoll für die Vororte geworden ist. Nun, wo ist aber das Glück und der Segen, der über die Stadt Wien ausgebreitet ist? Ich weiß nur das Gegentheil davon, und es gibt eigentlich nur 25 Personen (Rufe links: Sehr gut!), in dieser $1^1/_2$ Millionenstadt, über welche sich Glück und Segen ausgegossen hat (Rufe links: Sehr gut! und Händeklatschen); wenn Sie imstande sind, mir eine sechsundzwanzigste Person zu nennen, über welche sich Glück und Segen ausgegossen hat, dann bitte ich um deren Adresse, damit ich mich bei ihr erkundigen kann, ob das wahr ist oder nicht. (Bravo-Rufe links.) Meine Herren! Es war nothwendig, dies hervorzuheben, weil ich glaube, dass die bisherigen Ereignisse uns das Anrecht geben, dass unsere Anschauungen von Ihnen gehört und vielleicht auch beherzigt werden. Im Referate finden Sie eine Stelle, welche an den alten manchesterliberalen Grundsatz erinnert, dass man gewisse Auslagen auf die Zukunft, auf die Söhne und Enkel überwälzen müsse, welche auch an den riesigen Leistungen der Gegenwart tragen müssen. Meine Herren! Dieser manchesterliberale Grundsatz hat die Staaten verschuldet, er hat die Länder verschuldet, er hat die Gemeinden verschuldet, und dieser Grundsatz hat nicht bloß die Zukunft belastet, sondern auch die Gegenwart. Und der größte Theil dieser Lasten, die jetzt und späterhin zu tragen sein werden, fließt nicht mehr zurück in die Cassen des Volkes, sondern er fließt ausschließlich zurück in die Cassen einzelner großer Capitalisten. In früheren Zeiten, im Mittelalter, in der Zeit der Verdummung hat man einen anderen Grundsatz beobachtet: Unsere Väter, welche damals gelebt haben, haben den Grundsatz befolgt, dass man für die Zukunft sammeln müsse, dass man für die Zukunft zurücklegen müsse, damit die Söhne und Enkel dann vielleicht um so leichter wirtschaften, damit sie um so leichter eventuelle, besondere Auslagen bestreiten können. Das war der Grundsatz zur Zeit der Verdummung. Meine Herren! Welcher Grundsatz der richtigere ist, der zur Zeit der Verdummung oder der jetzt herrschende Grundsatz des Überwälzens auf die Zukunft, auf die Söhne und auf die Enkel, wollen Sie gefälligst selbst entscheiden. Ich will Ihnen nur ein kleines Beispiel geben. Einen Vater, der für seine Söhne und Enkel ein Vermögen ansammelt, werden Söhne und Enkel immer segnen, sein Andenken werden sie immer in Ehren halten. Wenn aber ein Vater nur Schulden macht, die die Söhne und die Enkel bezahlen müssen, dann, meine Herren, — was werden die Söhne und Enkel von diesem Vater halten? (Gelächter und Widerspruch rechts und Rufe: Wir schaffen doch etwas!) Vielleicht hat der geehrte Herr College, der mich unterbrochen hat, der Meinung Ausdruck geben wollen, dass das rechtlich nicht möglich ist. Es kommt doch vor, kann vorkommen, z. B. bei Fideicommissen.

Von dem einen bin ich überzeugt, wenn ein Vater so vorgehen würde, wie Sie, meine Herren, durch eine Reihe von Jahren vorgegangen sind und jetzt wieder vorgehen wollen, so würde dieser Vater auf Antrag seiner Söhne und Enkel unter Curatel gesetzt werden. Leider können das unsere Söhne und Enkel nicht thun, aber was unsere Nachkommen über Sie sagen werden — das, meine Herren, können Sie sich selbst ausmalen; gesegnet wird Ihr Andenken gewiss nicht. Ich habe übrigens das alles nur zu dem Zwecke erwähnt, damit Sie endlich einmal aufhören, solche Entschuldigungen für das Schuldenmachen vorzubringen. Meine Herren! Wissen Sie, warum Sie Schulden machen? Sie wollen Schulden machen, weil Sie kein Geld haben. (Schallende, andauernde Heiterkeit rechts.)

Sie lachen, meine Herren, Sie sind gut aufgelegt, es freut mich das, ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Humor. Wenn das Vermögen vorhanden wäre, so würde kein Mensch daran denken, ein Anlehen aufzunehmen. (Rufe rechts: Selbstverständlich!)

Darum sagen Sie gefälligst die Wahrheit, und wenn Sie in den Wählerversammlungen sprechen, reden Sie nicht davon, dass auch die Söhne und Enkel mittragen müssen, sondern sagen Sie simpel und offen, sagen Sie: Meine geehrten Herren Wähler, wir haben alles, was wir hatten, eigentlich schon schön angebracht, und jetzt machen wir Schulden. Das ist die finanzielle Geschichte Ihrer Thätigkeit. (Gelächter rechts.) Meine Herren! Sie würden unrecht urtheilen, wenn Sie glauben, dass ich das nicht weiß, und nachdem es richtig ist, was der Herr Referent sagt, dass die Vororte dasselbe Wasser in der nämlichen Qualität bekommen müssen, welches jetzt die alten zehn Bezirke genießen, so ist es ja selbstverständlich, dass wir für die Beschaffung des Geldes, welches dazu nothwendig ist, stimmen werden. (Rufe rechts: Nun also! Abstimmen!) Mir scheint, Sie haben eine Angst gehabt, ich mache Ihnen eine principielle Opposition (Gelächter rechts), aber ich will Ihnen entgegenkommen. (Erneuertes Gelächter rechts.) Begeben wir uns auch einmal auf den Standpunkt des Schuldenmachens. Warum denn nicht. Wir können es auch. (Heiterkeit.) Und vielleicht geben Sie das trotz Ihrer Heiterkeit zu, dass beim Schuldenmachen der Grundsatz befolgt werden muss: so billig als möglich und so gering als möglich. Haben Sie vielleicht die Güte, das als richtig zuzugeben.

Wir sind dieser Anschauung, und zwar deshalb, weil wir einiges, was der Herr Referent vorbringt, nicht als richtig anerkennen.

Der Herr Referent stellt zum Beispiel eine außerordentlich künstliche Berechnung auf über die Einnahmen, welche aus der Erweiterung der Wasserleitung gezogen werden können. Es ist ein Glück, dass er selbst sagt, dass die betreffenden Prämissen höchst

unsicherer Natur sind. Es ist daher auch besser, man beschäftigt sich mit denselben gar nicht.

Er führt aber weiters an, dass Schulbauten, Markthallen, auch sonst Wasserleitungen im allgemeinen zu den außerordentlichen Ausgaben gerechnet werden müssen. Nun, meine sehr geehrten Herren, das ist eine unrichtige Anschauung; Sie werden jedes Jahr Schulen bauen müssen, denn mit der Vermehrung der Bevölkerung ist auch die Errichtung neuer Schulen unbedingt nothwendig. Wenn nun etwas jährlich geschehen muss, dann ist das keine außerordentliche Ausgabe, sondern eine ordentliche Ausgabe. Sie werden Markthallen fort und fort bauen müssen, je mehr sich die Stadt vergrößert und Markthallen nothwendig werden. Sie werden, meine Herren, wenn irgendwo eine neue Straße entsteht, immer die Rohre für die Wasserleitung hineinlegen müssen. Das sind keine außerordentlichen Ausgaben, das sind ordentliche Ausgaben; das sind also nicht solche Ausgaben, welche man eventuell durch ein Anlehen decken kann, sondern solche Ausgaben, welche gewiss aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden müssen, wenn nicht, ich könnte sagen, ein künstliches Deficit erzeugt werden, und wenn nicht dieses Deficit ins Ungeheure anwachsen soll.

Es weist der Herr Referent darauf hin, dass wir seit dem Jahre 1874 oder auch schon von früheren Jahren angefangen so und so viele Schulden zurückgezahlt haben. Ja, meine Herren, von diesem Zurückzahlen der Schulden haben wir nichts. (Rufe rechts: Oho!) Ja wohl, weil die Jahresquote für die Zinsen und die Amortisation gleich bleibt, Herr Collega! Bitte sich diesbezüglich bei dem Herrn Referenten zu erkundigen! Wenn ich nun jetzt auch weniger Schulden habe, so muss doch noch für eine ganze Reihe von Jahren die nämliche Summe jährlich bezahlt werden, und so meine Herren, bleibt es sich für die Bevölkerung vollständig gleich; das muss aufgebracht werden. Es liegt also jetzt in der Rückzahlung des Capitals vorläufig noch gar keine Erleichterung; vielleicht dann, wenn die Convertierung durchgeführt wird, auf die ich noch später zu sprechen komme.

Es sagt dann der Herr Referent in seinem Referate, er glaube, dass die Einnahmen sich in Hinkunft erhöhen und die Ausgaben in Hinkunft möglichst gleich bleiben werden. Er meint, dass die Zeit der springenden Entwicklung der Ausgaben abgeschlossen sei. Meine Herren, ich möchte von Herzen wünschen, dass die Einnahmen sich immer steigern — ich will es auch glauben. Aber was die andere Anschauung des Herrn Referenten betrifft, so ist die entschieden unrichtig. Ich bin überzeugt, dass die Ausgaben jetzt erst kommen werden. Jetzt herrscht bei uns eine ziemliche Diurnistenwirtschaft. Jeder von Ihnen wird mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, dass es unsere Pflicht ist, nach und nach diese Diurnistenwirtschaft zu beseitigen und an Stelle derselben eine Beamtenwirtschaft zu setzen. Das muss sein. Sehen Sie sich die verschiedenen Bezirksämter gefälligst an und fragen Sie sich, ob die Bezirksämter wirklich mit der richtigen Anzahl von Beamten dotiert sind! Sehen Sie sich die Unsummen von Arbeiten an, die dort zu bewältigen sind! Ferner wird die Straßenpflege Unsummen von Kosten verursachen, denn jetzt ist in den Vororten alles, wie ich höre, noch immer beim alten, es ist ja nichts Neues geschehen. Mir ist sogar mitgetheilt worden, dass in den Vororten die Straßenpflege hie und da vielleicht besser, aber hie und da auch schlechter sein soll als früher in den alten Gemeinden. (Widerspruch rechts.)

So ist es mir gesagt worden. Ob es wahr ist oder nicht, können Sie selbst beurtheilen. (Zustimmung links. — Gem.-Rath Steiner: Wir bekommen seit der Einverleibung keinen Schotter!) Jetzt wird die Zeit der Häusereinlösungen kommen. Wenn wirklich von dem Gesetze, durch welches die 18jährige Steuerfreiheit bewilligt wurde, Gebrauch gemacht werden wird, so werden Sie staunen über die Unsummen, welche die Einlösung betreffs der Grundtheile, welche zu Straßen geschlagen werden, erfordern wird. Die Zeit der Ausgaben wird erst kommen, und ich erkläre Ihnen, meine Herren, wir werden froh sein, wenn die Einnahmen in demselben Maße steigen, als die Ausgaben sicher steigen werden.

Doch wozu mit solchen Factoren rechnen, die vollständig in der Luft liegen? Ich fuße auf dem, was der Herr Referent selbst geschrieben hat, ich fuße auf seinem Budget, das er hoffentlich nicht verleugnen wird.

Nach dem Budget haben wir ein Deficit der laufenden Einnahmen und Ausgaben, also abgesehen von der Wasserleitung, im Betrage von 2,000.000 fl. jährlich. Zu diesem Deficit werden die Zinsen für das Anlehen kommen, welches wir jetzt aufnehmen; zu diesem Deficit werden die Zinsen kommen für das Anlehen, welches die Verkehrsanlagen-Commission aufnimmt — mit einem Worte, es kommen große Posten hinzu, und es gehört viel Optimismus dazu, zu sagen, das alles kann die Gemeinde Wien ruhig vertragen. Der Herr Referent und vielleicht auch Sie, meine Herren (zur rechten Seite gewendet), wissen sehr gut, dass das, was ich jetzt auseinandergesetzt habe, vollständig richtig ist. (Widerspruch rechts.) Sie können mich ja widerlegen, wenn Sie es imstande sind. Gerade diejenigen, welche mit dem Kopfe schütteln, werden es am allerwenigsten thun können; ich kenne ja diese Art Mitglieder des Gemeinderathes, sie schütteln deshalb mit dem Kopfe, damit die ganze Welt glaubt, sie verstehen alles — sie verstehen aber nichts. (Heiterkeit.) Ich sage Ihnen, Sie selber haben das Gefühl, dass alles, was ich gesagt habe, richtig ist, denn, wissen Sie, es ist ja merkwürdig, dass gerade unmittelbar vor Berathung des neuen Anlehens eine Ader der Wasseralmquelle angefahren worden ist. (Heiterkeit.) Das ist merkwürdig; natürlich, der reine Zufall! Dabei ist die Sache so dargestellt worden, als wenn diese Wasserader von ungeheuerer Mächtigkeit wäre, und alle Bewohner der Vororte haben förmlich schon das Wasser getrunken, das dort herauskommt. Es ist so dargestellt worden, als ob jetzt die Gemeinde Wien für alle Zeiten von der Wassernoth befreit wäre, denn die Ader ist angefahren! Diese Ader soll riesig sein!

Meine Herren! Erstens kann diese Wasserader so viel Wasser haben, als sie überhaupt haben kann, sie kann Millionen Hektoliter haben, Sie dürfen nicht mehr davon nehmen, als Sie gekauft haben oder eventuell noch kaufen werden. Also das ist schon ein Schwindel. Dann zweitens: Wann sollen denn die Quellen viel Wasser geben, wenn sie es jetzt nicht geben? Jetzt sind die Gebirge dort noch, ich könnte sagen, wie ein vollgesogener Schwamm, jetzt wirkt noch die Schneeschmelze und alles andere mit, um die dortigen Quellen außerordentlich ergiebig zu gestalten, jetzt kommen wir sogar mit dem Kaiserbrunnen aus — ich weiß es nicht, aber es ist wahrscheinlich. Also, was soll das alles? Wozu die Bevölkerung in dem Wahne wiegen, als ob jetzt alle Gefahren beseitigt wären? Das geschieht nur zu dem Zwecke, um die Leute günstig für das Anlehen zu stimmen. Aber weiter! Heute, meine Herren, bringt der Herr Referent den bereits in ihrem Club angekündigten Antrag wegen Convertierung der alten Schulden ein. Vielleicht wird der

Herr Referent mir rechtgeben, wenn ich sage, dass vor nicht allzuvielen Jahren fort und fort von unserer Seite die Convertierung der Anleihe angeregt wurde, vielleicht erinnert sich der Herr Referent, welche Worte er damals gegen unsere Seite gebraucht hat, vielleicht erinnert er sich, dass er damals erklärt hat, dass es ein Rechtsbruch wäre, überhaupt an so etwas zu denken. (Referent: Zwangsweise!) Eine freiwillige Convertierung? Meine Herren! Der müsste wirklich ein großer Esel sein — und das sind doch die Finanzmänner nicht — welcher auf eine solche freiwillige Convertierung eingehen würde, wie sie von Seite des Herrn Referenten in ihrem Club erörtert wurde. Meine Herren, das alles soll nur zu dem Zwecke dienen, um Sie günstig für das Anlehen zu stimmen, um, wie soll ich sagen? für alle diese Beschlüsse auch nach außen hin ein kleines Mäntelchen zu schaffen, damit man nicht genau dahinter sieht und nicht weiß, was eigentlich damit bezweckt wird.

Meine Herren! Einen Punkt erlauben Sie mir noch zu erwähnen. Der Herr Referent sagt in seinem Referate: „Die Höhe des Anlehens ist durch den Bedarf bestimmt." Jetzt hören Sie wohl zu! „Was für die Erweiterung der Hochquellen-Wasserleitung benöthigt wird, weder mehr noch weniger, soll durch dieses Anlehen bedeckt werden."

Ja, meine Herren, wenn dieser Ausspruch des Herrn Referenten richtig ist, wie will er denn die Post I beim Kostenerfordernisse rechtfertigen? Diese Post I, bestehend aus 3,100.000 fl., ist ja bereits ausgegeben; das wird ja nicht mehr benöthigt, das ist ja bereits ausgegeben! Und diese 3,100.000 fl. sollen, wie der Herr Referent sich ausdrückt, an die eigenen Gelder der Gemeinde wieder refundiert werden. Meine Herren, ich, der ich derlei Dinge zwar nicht mitgemacht, aber von früherher genau studiert habe, erkläre Ihnen: Das ganze Anlehen ist, wenn Sie die Post von 3,100.000 fl. darin lassen, nichts anderes als ein Anlehen zur Deckung des Deficits. (Lebhafte Zustimmung links.) Es soll dazu dienen, Ihre Wirtschaft noch vielleicht auf ein, zwei Jahre zu verlängern. Nun wird mir jeder zugeben, dass die Deckung des Deficits durch Schulden die gefährlichste Art und Weise ist, ein Deficit zu decken; denn dadurch vermehrt sich das Deficit, es kommen die Zinsen und Amortisationsquoten dazu. Wie können Sie, meine Herren, so etwas verantworten? Wenn Ihnen also ehrlich darum zu thun ist, ein Anlehen bloß für die Zwecke der Hochquellen-Wasserleitung aufzunehmen, dann, meine Herren, streichen Sie die Post I! Wenn es wahr ist, was Sie sagen, dass unsere Finanzen so günstig sind, wenn es wahr ist, dass sich die Einnahmen steigern, die Ausgaben aber gleichbleiben werden, wenn es es wahr ist, dass aus dieser Ergänzung der Wasserleitung ein so bedeutendes Einkommen erzielt werden wird, wenn das alles wahr ist, warum, meine Herren, wollen Sie die 3,100.000 fl. in die eigenen Gelder wieder zurück haben? Aus welchem Grunde? Haben wir nicht jetzt genügend; ich meine nämlich Papiergeld und Gründe, um im Falle der Noth momentan irgend ein Geld zu bekommen? Ist es wirklich nothwendig, dass eine so unerhörte Summe bei uns brachliegt, ist es wirklich nothwendig, dass diese Summe bei einem Bankinstitute, etwa bei der Escomptebank oder bei einer anderen zu einem Zinsfuß von $2^1/_2$ Percent deponiert wird? Ist das alles nothwendig? Nein! meine Herren! Es ist nicht nothwendig. Darum, wenn Sie ehrlich sind, wenn der Herr Referent wirklich nur ein Anlehen für die Ergänzung der Hochquellenleitung vorschlagen will, streiche er die Post I. Wenn das wahr ist, was er in seinem Referate sagt, brauchen wir die drei Millionen nicht, und wenn man nichts braucht, macht man keine Schulden. Also entweder — oder! Hic Rhodus, hic salta! An diesem Punkte wird die Bevölkerung erkennen, was von Ihren Versprechungen wahr ist und was daran nicht wahr ist.

Der dritte Grundsatz, dem wir huldigen, ist der, dass bei Begebung jeden Anlehens jede Vermittlung principiell ausgeschlossen werden muss. Wir wollen nicht, dass andere Leute sich an der Vermittlung des Anlehens irgendwie bereichern, das wollen wir nicht. Das Anlehen soll durch die Bevölkerung begeben werden, und es wäre doch wirklich traurig, wenn der Patriotismus der Wiener so gering wäre, um ein so kleines Anlehen nicht selbst subscribieren zu können, und wenn nicht zehnfache Überzeichnungen vorkämen.

Aus dem, was ich gesagt, folgt Folgendes:

Erstens: Wir sind für die Herabsetzung des Punkt I der Anträge, und zwar um die Summe von 3,100.000 fl. Wir sind zweitens dafür, dass die einzelnen Obligationen auf kleinere Beträge lauten, als hier angegeben sind, und dass die Zertheilung des Anlehens auf kleinere Obligationen in richtigerer und zweckentsprechender Weise erfolge. Wir sind drittens dafür, dass nur der Weg der Subscription zur Begebung des Anlehens betreten und jede Vermittlung principiell ausgeschlossen werde; endlich sind wir viertens dafür, dass alle diese Bedingungen auch gesetzlich festgestellt werden, so dass sie unter gar keiner Bedingung umgangen werden dürfen und können.

Das sind die Anschauungen, von welchen die Opposition bei Behandlung des Gegenstandes sich leiten lässt, und ich werde mir erlauben, in der Special-Debatte die diesen Anschauungen entsprechenden Abänderungs-Anträge zu stellen, welche ich dann Ihrem geneigten Wohlwollen empfehle. Vielleicht ist es doch möglich, wenn Sie nicht schon genügend vorbereitet sind, wenn Sie sich noch ein Fünkchen Unabhängigkeit bewahrt haben, dass Sie den einen oder anderen dieser Anträge zum Beschlusse erheben. (Lebhafter Beifall links.)

Referent: Meine Herren! Ich habe nicht die Absicht gehabt, während der Debatte das Wort zu nehmen, denn es ist ja besser, wenn man zuerst alle Redner vorübergehen lässt und sich die Erwiderung zum Schlusswort aufhebt, aber der Herr Vorredner reizt einen ja förmlich dazu, eine Antwort so bald als möglich zu geben.

Zunächst hat er gemeint, es wäre besser, wenn man abgewartet hätte, bis die neuen Collegen eingetreten sind, um dann das Anlehen auch durch die neu eintretenden Mitglieder mitbeschließen zu lassen. Nun, ich wäre sehr froh gewesen, wenn dies möglich gewesen wäre, weil es mir nur erwünscht sein kann, die Verantwortlichkeit. welche auf uns allen lastet, auf einen möglichst großen Kreis von Gemeinderäthen zu vertheilen. Ich hätte also gar nichts dagegen gehabt, aber es war nicht möglich. Der Landtag wird wahrscheinlich nur bis 15. Mai (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bis 20. Mai!) ich bitte — vielleicht noch zehn Tage beisammenbleiben, und es wäre möglicherweise mit großer Gefahr verbunden, wenn das Gesetz im Landtage nicht mehr eingebracht werden könnte. Wir müssten dann bis zum Frühjahre warten, und es wäre namentlich den geehrten Herren aus den Vororten, auch jenen, die auf dieser Seite (links) sitzen, nicht angenehm, wenn man im Herbste sagen möchte, die Arbeiten müssen auf vier Monate sistiert werden, weil wir kein Geld haben, weil es besser war, mit dem Anlehen noch 14 Tage

zu warten. Warum denn warten? Sollen vielleicht die 20 bis 30 neuen Mitglieder wie Moses das Wasser aus dem Felsen herausschlagen? Wir können aber das Geld auf andere Weise nicht bekommen und müssen also das thun.

Der Herr Vorredner meint, wir gehorchen Befehlen, ich weiß nicht, ob von oben oder von irgendwo. Nein, wir gehorchen der zwingenden Nothwendigkeit, welche eben dafür spricht, dass das Geld aufgebracht werden muss, welches wir für diese Zwecke brauchen.

Der Herr College hat dann, auf die früheren Wählerversammlungen anspielend, gesagt, es ist nur der Anfang, es werden weitere Anlehen nachkommen. Derselbe Herr College hat heute eine Interpellation eingebracht, ob nicht wir Gaswerke bauen wollen, und da möchte ich fragen, ob er Gaswerke mit den schönen Augen der Gemeinderäthe bauen will, oder ob es da nicht auch heißt: „Zaplati". (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich glaube, dazu muss auch ein Anlehen aufgenommen werden, und ich glaube, dass ein Anlehen zur Herbeischaffung von Wasser vielleicht auch in einem gewissen Grade so wichtig ist als die Errichtung von Gaswerken. Sie sehen also, dass, wenn er an meiner Stelle wäre oder an Stelle der Majorität, er sich auch mit dem nicht ungewöhnlichen Schuldenmachen behelfen müsste, wenn es sich um solche Zwecke handelt. Nun hat er gesagt, die Vereinigung mit den Vororten hat Glück und Segen noch nicht gebracht. Da muss man sagen, Cäsar hat auch am 15. März gesagt: „Der Idus des März ist da" und der Wahrsager hat ihm geantwortet: „Aber noch nicht vorüber!", Es ist bereits eine Menge geschehen. Wir sind ja erst am Anfange; es sind die Gehälter der Lehrer in den Vororten bedeutend erhöht worden, es sind um $1^1/_2$ Millionen Gulden Schulen, von welchen der größte Theil in den Vororten ist, gebaut worden, und wenn die Wasserleitung eingeführt wird, da ist denn doch immerhin schon etwas für den Anfang geschehen.

Es ist weiter von Vätern gesprochen worden, von denen der eine seinen Söhnen Schulden, der andere Geld hinterlässt. Der eine wird von den Söhnen verflucht, der andere gesegnet. Ich glaube, dass es zweckmäßiger ist, wenn man seinen Nachkommen nützliche Unternehmungen hinterlässt, und wenn unsere Kinder und Enkel die Wasserleitung sehen und sagen: Diese haben unsere Väter beschlossen und gebaut, und ich glaube, dass sie uns nicht gram sein werden, und dass es zweckmäßiger ist, dass in dieser Weise gewirtschaftet wird als wie in den fünfziger Jahren, wo eine vollständige Stagnation eingetreten ist und dafür die Gemeinde allerdings ein wenig Geld gehabt hat. Es kommt mir das vor als wie ein geiziger Vater, der sein Vermögen in Zwanzigern in Strümpfe steckt; ich glaube, es wäre seinen Kindern lieber, wenn der Vater statt dessen ein schönes Haus gebaut hätte und ihnen eine wohlbestellte Wirtschaft hinterlassen hätte als todtes Metall im Kasten. Nun ist auch gesprochen worden von dem Sohne, welcher seinen Vater segnet, weil er ihm recht viel Geld hinterlassen hat. Ich finde aber, dass es in den Augen der Herren von dieser Seite des Hauses misslich ist, wenn jemand viel Geld besitzt; denn ist man Capitalist, so weiß ich nicht, was man dann noch alles ist. (Heiterkeit.)

Nun hat auch der Herr Vorredner ein Capitel gelesen über die Art der Budgetierung über außerordentliche Auslagen u. s. w. Es widerstrebt mir, hundertmal Gesagtes zu wiederholen. Wir bauen jährlich Schulen, das ist wahr, aber wir werden nicht jedes Jahr für Schulen bedeutende Summen aufwenden. Diese Summen repräsentieren das Geld, welches wir für Investitionen ausgeben, wir können aber auch von dem Deficit, welches der Herr Vorredner mit $2^1/_2$ Millionen Gulden berechnet, $1^1/_2$ Millionen Gulden abziehen, mit welchen wir Schulden tilgen. Wenn wir unsere Schulden zahlen, werden wir weniger Schulden haben, also das Deficit schrumpft zusammen. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, dass die Gemeinde in Zukunft viel Geld brauchen werde, so ist niemand mehr davon überzeugt, als ich. Ich hoffe aber, es wird möglich sein, mit den bisherigen Auslagen das zu prästieren. Wenn er meint, dass infolge des Gesetzes über die Steuerfreiheit große Grundankäufe seitens der Gemeinde gemacht werden müssen, so glaube ich umgekehrt, dass, wenn die Bauthätigkeit sich hebt, die Gemeinde in der Lage sein wird, von ihrem bedeuten Grundbesitz, besonders nach Beseitigung der Linienwälle bedeutende Einnahmen zu erzielen, und ich hoffe, dass sich das ziemlich decken wird. Von der Convertierung will ich nicht reden, das wird Gegenstand einer separaten Besprechung sein, ich komme nun zu den Gegen-Anträgen des Herrn Vorredners. Er meint, das es nicht nothwendig ist, diese drei Millionen Gulden, welche wir zur Refundierung der früher vom Gemeinderathe bestrittenen Auslagen verwenden wollen, zu beschließen, und dass es nicht nothwendig wäre, das Geld brach liegen zu lassen. Erstens einmal wird das Geld nicht brach liegen bleiben, sondern wir werden das Geld brauchen, weil wir eben im Budget darüber verfügt haben. Wir werden es uns aber nur nach Maßgabe des Bedarfes beschaffen, und es ist gar nicht nothwendig, dass man die ganzen sechs Millionen auf einmal hinaus gibt und, wie er meint, zu 2 Percent in irgend eine Bank legt. Das wird nur mit einem sehr geringen Betrage der Fall sein; es wird ihm nicht unbekannt sein, dass wir in unseren Cassebeständen, welche in früheren Jahren drei bis vier Millionen Gulden betragen haben und jetzt noch manchesmal auf zwei Millionen steigen, nicht bloß solche Gelder haben, welche wir zu einem niedrigen Zinsfuße bei einer Bank elocieren, sondern auch Renten, Pfandbriefe, die bei uns einen Theil des Cassabestandes bilden. Es wäre also ganz gut möglich und wird gewiss geschehen, dass wir vielleicht einen Theil dieses Anlehens vorläufig gar nicht begeben, sondern als disponibeln Cassabestand in die Cassa legen und erst im Falle des Bedarfes wirklich veräußern.

Ich habe schon in dem ersten Referate darauf hingewiesen, dass es eigentlich unlogisch wäre, zu sagen, das Geld, welches die Gemeinde in den früheren Jahren aus den eigenen Einnahmen für die Wasserleitung vorgeschossen hat, müsse vom Anlehen ausgeschieden werden. Man hat gemeint: wenn es wahr ist, dass wir das Geld zu Wasserzwecken brauchen, sollen wir die drei Millionen streichen. Das ist buchstäblich wahr, wir nehmen das Geld zu Wasserzwecken, aber die Gemeinde kann das Geld, welches sie in früheren Jahren ausdrücklich zu Wasserzwecken vorgeschossen hat, nicht entbehren, weil sie es braucht. Ich würde also bitten, diesem Antrage nicht zuzustimmen.

Bezüglich der Begebung sind wir so ziemlich einerlei Meinung; auch wir glauben, dass die Begebung im Wege der öffentlichen Subscription die zweckmäßigste ist, und es wird zweifellos diese Art der Begebung gewählt werden. Warum das aber im voraus im Gesetze normiert werden, warum wir uns selbst unter Curatel setzen und sagen sollen: anders darf es nicht gemacht werden — das sehe ich nicht ein. Wir haben doch bei der Begebung nur einen Zweck: den bestmöglichen Cours herauszubringen. Wir wissen ja nicht, in welcher Weise das geschehen kann, und es ist denkbar,

dass in anderer Weise ein besserer Cours zu erzielen sein wird. Warum sollen wir also den Vortheil aus der Hand geben? Aber ich kann sagen, dass ich es aufrichtig wünsche, und wenn es halbwegs möglich sein wird, wird der Weg der öffentlichen Subscription gewählt werden.

Den Antrag, noch kleinere Appoints zu machen, bitte ich, nicht anzunehmen. Die Appoints mit 200 Kronen sind klein genug, und wer halbwegs Erfahrung hat — ich kenne das aus meiner Thätigkeit bei der Sechshauser Sparcassa —, weiß, wie lästig es ist, wenn man große Summen, Summen von 30.000 bis 40.000 fl., in Hunderter- oder Fünfziger-Appoints-Effecten zu controlieren und Bücher herzustellen hat, der wird wissen, dass kleinere Appoints hierfür nicht nothwendig sind. Es ist genügend vorgesorgt, es sind 25.000 Stück à 200 Kronen, das sind 100 fl., und eine größere Anzahl Stücke zu 500 Kronen, das sind 250 fl., in Aussicht genommen, und das ist auch noch kein bedeutender Betrag.

Ich würde bitten, die Anträge unverändert anzunehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky: Meine Herren, es hat uns heute Herr Collega Dr. Lueger wieder das Vergnügen gemacht, uns eine Kapuzinade zu halten. Wir sind lange dessen entwöhnt gewesen, aber es ist, Gott sei Dank, recht heiter abgegangen bei dieser Kapuzinade, so dass man sagen könnte, es geht hoch her. Neues hat er nicht gesagt, im wesentlichen ist es durch die trefflichen Ausführungen des Herrn Referenten schon widerlegt. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass meines Erinnerns niemandem eingefallen ist, zur Zeit, als die Vereinigung der Vororte in Aussicht genommen war, das Versprechen zu machen, dass niemals ein Anlehen aufgenommen werden wird. Das wird jeder, der seine fünf Sinne beisammen hat, damals haben einsehen müssen, und es ist auch gesagt worden. (Rufe links: O nein!)

Es hat sich nur immer um die Erhöhung der Abgaben gehandelt, und in dieser Beziehung ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass durch die Vereinigung mit den Vororten im wesentlichen die Abgaben nicht vermindert werden. Aber es musste auf der Hand liegen, dass bei allen Investitionen, welche durch die Vereinigung mit den Vororten nothwendig werden, es ohne die Aufnahme eines Darlehens nicht abgeht. Ich möchte wirklich einmal — ich habe mitunter dieses teuflische Verlangen — die Wirtschaft den Herren dort (links) abzutreten, und ich möchte sehen, in welcher Weise sie sich Mittel beschaffen, um die Bedürfnisse einer solchen Groß-Commune zu befriedigen.

Ich bin überzeugt, dass Sie geradeso wie wir, so wie der Staat und wie alle Staaten gezwungen sein werden, für gewisse Investitionen, die in Zukunft reichen, Anlehen aufzunehmen. Ich weise darauf hin, was zu den verschiedenen Zeiten geschehen ist.

Es sind in der französischen Revolution, die ja wirklich für die menschliche Geschichte ein Beispiel in jeder Richtung bietet, Männer an der Herrschaft gestanden, welche in ökonomischer Beziehung mit den Herren sehr viele Berührungspunkte haben. Die Grundsätze der Jakobiner in ökonomischer Beziehung waren fast dieselben wie jene der Herren. (Gelächter links.) Diejenigen Herren, die wahrscheinlich niemals eine Geschichte gelesen haben, sondern ihr ganzes Wissen bei dem Glase Bier holen, müssen mich natürlich auslachen. Ich weise Sie aber z. B. auf das hin, was André Chenier zur Zeit der französischen Revolution als das Programm der Jakobiner beschrieben hat, und man könnte es Wort für Wort auf die Anschauungen dieser Herren anwenden.

Ich nenne also den Autor, ich stelle es jedem frei, was dieser André Chenier geschrieben hat, z. B. in der von Oncken herausgegebenen Geschichte der französischen Revolution nachzulesen, und er wird sich überzeugen, dass das Lachen schlecht am Platze war, und dass ich im Rechte bin. Wozu hat diese Jakobinerwirtschaft geführt? Zum Schuldenmachen, so dass die Jakobiner schließlich in dieser Assignatenwirtschaft, die auf dem idealen Grundsatze aufgebaut war: „Hier werden Scheine ausgegeben auf das nationale Eigenthum, auf das gesammte Grundeigenthum Frankreichs", dass sie in dieser Assignatenwirtschaft erstickt sind und die Herrschaft abtreten mussten an den genialen Tyrannen Napoleon. Das war die Folge.

Und solche Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, haben sogar in Wien in ähnlicher Weise in dem vielgepriesenen Mittelalter bestanden. Ich weiß nicht, ob die Herren die Vorgeschichte jener Statuten kennen, welche Kaiser Ferdinand erlassen hat. Das war der Schlusspunkt eines Kampfes zwischen den Handwerkern und den erbgesessenen Bürgern, der sehr viel Ähnlichkeit hat mit dem Kampfe, den wir jetzt führen. Was war die Folge davon? Allerdings haben die Handwerker ähnliche Siege errungen, wie Sie sie jetzt erringen, aber sie konnten sich in dieser Wirtschaft nicht helfen, und da ist die mächtige Hand des Kaisers gekommen und hat die Freiheiten der Bürger gebrochen. Das ist immer die Folge einer solchen Wirtschaft.

Meine Herren! Es wird auf dieses Manchesterthum immer so losgedroschen, insbesondere wird der Grundsatz angefochten, man möge nicht Investitionen machen, welche erst theilweise in der Zukunft gezahlt werden müssen, obzwar sie auch der Zukunft nützen.

Nun, meine Herren, es ist ja keine Frage, dass, wie jede menschliche Institution, auch die Grundsätze des Manchesterthums sehr viel Nachtheile nach sich gezogen haben, das liegt in der Fehlerhaftigkeit der Organisation der Welt. Da hat Schopenhauer ganz recht, wenn er sagt, die Demagogen sind im Irrthum, wenn sie die in der Welt liegenden Übel den Regierungen in die Schuhe schieben; sie selbst könnten es auch nicht besser machen, wenn sie an der Regierung wären. Aber dasjenige, was das Manchesterthum Gutes gewirkt hat, davon wird geschwiegen. Natürlich — man benützt die Eisenbahnen mit Vergnügen; natürlich — man benützt alle Erfindungen, welche das Leben erleichtern und verschönern; natürlich — man schimpft über die schlechte Beleuchtung und verlangt eine bessere — wie aber wollen Sie alle diese Wünsche befriedigen? Dann müssen Sie sich eben an dieses System anschließen, in welchem sich das Manchesterthum in natürlicher Weise entwickelt hat. Es ist das so logisch und consequent der modernen Wissenschaft angepasst, dass man, meines Erachtens, allerdings andere Grundsätze einführen, aber nicht dieselben Zwecke erreichen kann. Wollen Sie aber dieselben Zwecke erreichen, dann müssen Sie dieselben Wege einschlagen. Die Herren sind übrigens auch, das wissen wir, von Wünschen sehr voll, niemand stellt mehr Anträge als die Herren. Die Herren wollen Schulen, die Herren wollen gute Straßen, die Herren wollen eine ganze Reihe von Unternehmungen gründen — es hat schon der Herr Referent darauf hingewiesen —, die Herren wollen Gasanstalten errichten, Brauereien gründen, Sparcassen gründen und — was weiß ich — eine Hypothekenanstalt.

Das sind lauter capitalistische Unternehmungen, dazu braucht man Geld. Das wird dieser gewisse Stadtsocialismus nicht zustande bringen, davon bin ich überzeugt. Wir wollen rasch dem Schluss der Sache entgegengehen, und ich bin überzeugt, dass man bald daraufkommen wird, dass weder der Staat noch die Stadt dazu geeignet sind, solche Unternehmungen zu leisten. Wir werden es vielleicht bald erleben, dass die Eisenbahnen, die jetzt verstaatlicht worden sind, nach und nach verkauft werden (Gelächter links), und die Herren haben, das ist ja schon oft hervorgehoben worden — ich thue es jetzt wieder, denn es ist wahr —, die Herren haben immer alle Ausgaben bewilligt und nur die eine Ausgabe für die 25 Glücklichen in Groß-Wien, nämlich die 60.000 fl. für die Stadträthe haben Sie nicht bewilligt oder nur mit schwerem Herzen; ich glaube, Sie haben dieselbe abgelehnt. (Rufe links: Natürlich abgelehnt!) Diese 60.000 fl. würden aber, aufgespeichert, uns wahrscheinlich nicht in die Lage versetzen, alle diese Unternehmungen, welche wir jetzt ins Leben rufen wollen, ins Werk zu setzen.

Sie begehen eine schwere Sünde. Ich begreife es, denn auf diesem Boden wachsen Ihre besten Pflanzen, Sie suchen den Pessimismus im Volke zu erhalten. Nur mit dem Pessimismus im Volke können Sie Ihre Lehren verbreiten. (Widerspruch links.) Ich bin auch kein Sanguiniker, kein Optimist, aber ich sage nur pflichtgemäß, wir müssen in unseren Mitbürgern das Vertrauen erhalten, dass Wien immer was leisten wird, dass Wien immer groß und mächtig sein wird, und dass in unserem Weichbilde Handel und Wandel wieder blühen wird. Dieses Vertrauen müssen wir erhalten, wie der Mensch das Vertrauen auf seine Kraft und Gesundheit erhalten muss, wenn er etwas leisten soll.

Dieser Anschauung bin ich, und diese Anschauung wird durch die Thatsachen auch in einer gewissen Richtung bestätigt. Es wird in Österreich über unsere Finanzen immer so viel geklagt. Da liest man in irgend einer versteckten Rubrik der Zeitung, dass der Rechnungsabschluss für dieses Jahr über 20 Millionen mehr ergeben hat, als angenommen worden ist, als für die Steuereinnahmen präliminiert worden ist. Ist das nicht ein Zeichen, dass es in Österreich nicht schlecht geht? Und haben wir nicht immer mehr Eingänge an Steuern, als wir präliminiert haben? Sehen wir nicht, dass die Leute immer ansehnliche Einlagen in den Sparcassen haben? (Widerspruch.) Ja, meine Herren, das, was den Leuten jetzt fehlt, ist allerdings die Fähigkeit, größere Capitalien zu sammeln. Das ist richtig. Man lebt in gewisser Beziehung von der Hand zum Munde, aber daran ist weder das Manchesterthum noch der Liberalismus schuld, daran sind Sie vielmehr schuld, welche die Verhältnisse zurückzudrücken suchen und welche insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung zu sich selbst zu untergraben suchen. (Beifall rechts.) Wir haben die Absicht, das Werk, das einmal begonnen ist, auch auszuführen, und wenn wir diesen Zweck wünschen, müssen wir auch die Mittel wollen, und keiner von uns wird sich der Täuschung hingeben, dass das ohne Aufnahme von Anlehen möglich sein wird. Ich wenigstens habe den festen Glauben an die Kraft von Österreich und an die Kraft von Wien, und so wie Herr Dr. Lueger jetzt gesprochen hat, haben die Pessimisten in Wien immer gesprochen: so wurde vor 10 und 20 Jahren immer gesprochen, in den Köpfen dieser Leute ist es undenkbar gewesen, dass eine Stadt ein Millionen-Anlehen von 25, von 40 Millionen werde verzinsen können. Wir haben es doch verzinst, wir haben das geleistet, was wir leisten wollten, und mit demselben Vertrauen gehe ich auch der Zukunft entgegen.

Von diesem Gesichtspunkte aus und nachdem es sich um eine unabweislich nothwendige Auslage handelt, bitte ich die Herren, den Anträgen des Herrn Referenten zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Zuerst muss ich mir erlauben, auf einige Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners zu erwidern. Er hat uns nämlich mit den Jakobinern aus der französischen Revolution verglichen.

Meine Herren, da gestatten Sie mir die Frage, warum haben Sie im I. Bezirke den Herrn Dr. Kronawetter, den Anhänger und Vergötterer der französischen Revolution, gewählt? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Ich bin kein Anhänger der französischen Revolution.

Zweitens hat Herr Dr. Nechansky erklärt, dass wir nicht anerkennen wollen, was das manchesterliberale Princip geschaffen hat. Meine Herren! Was haben Sie geschaffen, als Sie die Herrschaft hatten? Die Einführung der Gewerbefreiheit, die Aufhebung des Wuchergesetzes, die Subventionierung verkrachter Actiengesellschaften, die Einführung des Bierkreuzers, die Erhöhung der Spitalgebür. Das ist Ihre Thätigkeit, und da kommt Herr Dr. Nechansky mit Phrasen, wie der neueste Antisemitentödter aus Neutitschein, Herr Dr. Fuchs, und erklärt, wir sollen nicht pessimistisch sein. Wir haben gar nichts von Groß-Wien, als dass Sie aus Vertrauensstellungen fette Pfründen geschaffen haben. Der geehrte Herr Referent hat auf die Ausführungen des Herrn Dr. Lueger erklärt: Ja, der Herr Dr. Lueger will keine Schulden machen, er ist aber für die Erbauung einer Gasanstalt. Da fahren wir mit der Retourkutsche! Hätten Sie den Gasvertrag das letztemal im Gemeinderathe nicht so erneuert, sondern eine Gasanstalt gebaut, so wäre ein bedeutender Theil des investierten Capitals bereits getilgt. Wenn man aber die Bevölkerung von Wien der englischen Gasgesellschaft ausliefert und aus derselben ein Object zur Erzeugung fetter Dividenden macht, welche den englischen Actionären in die Tasche geschoben werden, hat man nicht das Recht, vom Referententische aus so zu urtheilen.

Meine Herren! Ich komme jetzt auf die eigentliche Frage selbst. Bei der Einverleibung, als der große Fischzug bei den Wählern stattgefunden hat, war die Wasserfrage die Hauptangel, die in den Vororten angezogen wurde. Im niederösterreichischen Landtage wurde alles mögliche gegenüber dem Großgrundbesitze versprochen. Meine Herren! Ich habe im niederösterreichischen Landtage vielen Sitzungen beigewohnt. Den Großgrundbesitzern im niederösterreichischen Landtage können die Herren das sagen, uns aber nicht, wir glauben Ihnen das nicht und die Bevölkerung der Vororte auch nicht.

Die Herren Dr. Richter und Dr. Grübl haben bei der Wahl im I. Wahlkörper auch ihren Wahlfischzug gemacht und überall von der Versorgung der Vororte mit Hochquellenwasser gesprochen, aber sie haben nirgends gesagt, dass nur die tiefer gelegenen Vororte jetzt mit Hochquellenwasser versorgt werden sollen, und sie haben keine Zeit angegeben, wann die höher gelegenen damit versorgt werden sollen. Ich kann mich recht gut erinnern, dass, als Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter einmal am Referententische gestanden ist und über die Vergebung von Röhren referiert hat, er erklärte, es werde nicht leicht möglich sein, in absehbarer Zeit die höher gelegenen Vororte mit Hochquellen-

wasser zu versorgen. Sehr geehrte Herren! Sind wir vor der Einverleibung der Vororte höher gelegen gewesen als heute? Liegen wir heute nicht auch so hoch? (Heiterkeit links.) Wenn der Herr Referent in seinem Motivenbericht sagt, die Vororte, welche seit der Einverleibung mit Wien gleiche Lasten haben wie die alten Bezirke, haben auch vollen Anspruch auf die Versorgung mit Wasser, wissen Sie, wann wir draußen das Wasser bekommen werden? Wenn die Pumpstation erbaut ist, ich meine nämlich die Pumpstation Nr. 2; denn die Pumpstation Nr. 1 ist bereits etabliert unter der Firma Prix und Consorten, technischer Leiter St.-R. Boschan. (Lebhafte Heiterkeit.) Nun, die Herren Vice-Bürgermeister Dr. Grübl und Dr. Richter, welche bei den Wahlen so viel für die Vororte versprochen haben, dürften sich überzeugen, wie es bei den Röhrbrunnen in den Vororten zugeht. Es sind immer 20 bis 30 Leute dort. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl war noch vor dem Wahltag in Lerchenfeld und hat Herr Collegen Bock gesucht, aber wie es scheint, ihn nicht gefunden, weil der Herr nicht mehr hier ist. Die höher gelegenen Theile bekommen kein Wasser, ebenso der XIII. Bezirk; sie bekommen es erst dann, wenn die Pumpstation Nr. 2 bei der Nussdorferlinie und das Reservoir am Hameau und Kahlenberg erbaut sein wird. Das wird nun ziemlich lange dauern, aber die gleichen Lasten — da hat der Herr Referent recht — müssen wir tragen.

Als im vorigen Jahr vom St.-R. Kreindl als Entschädigung, die man doch billigerweise erwarten konnte, beantragt wurde, man möge die Flurpolizei einrichten, so muss ich es geradezu als eine Ironie bezeichnen, dass im Stadtrathe geantwortet wurde: Man soll die Polizei ersuchen, sie soll den Flurschutz durchführen. Das wäre doch eine Entschädigung für die Vororte gewesen, welche heute nicht an den Vortheilen der Großstadt participiren, obwohl sie die gleichen Lasten zu tragen haben.

Vor der Wahl im I. Wahlkörper erlaubte ich mir, eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister zu richten, wie er denn das Deficit zu decken gedenke. Den ersten Punkt der Interpellation, welcher dahin gieng, ob ohne Erhöhung der Zinskreuzer, hat Herr Bürgermeister sofort beantwortet; der zweite Theil, der von dem Anlehen, der Amortisierung und der Verzinsung desselben handelte, war unbequem und wurde einfach nicht beantwortet. Hier finden Sie nun, meine Herren, dass das Geld zur Deckung des Deficits aus diesem Anlehen genommen werden soll. Ich bin kein Advocat, aber so viel fundus instructus habe ich, dass ich weiß, dass das nur eine Komödie ist.

Ich habe das Budget diesmal genau studiert, und es sind Posten darin, dass ich sagen muss, dass ich an das Budget überhaupt nicht mehr glauben kann. Die Herren machen sich das leicht. Die Zinskreuzer werden nicht erhöht, diese 3,230.000 fl. deckt man jetzt aus dem Anlehen. Ist das recht? Es wurde mir von meinen Collegen sogar der Vorwurf gemacht, dass ich diese Interpellation vor den Wahlen gestellt habe, und ich sagte: „Warum denn nicht? Wir werden jetzt doch die Wahrheit hören." Aber da hat man mir gesagt: „Das werden Sie nie erleben, vor den Wahlen die Wahrheit auf derartige Interpellationen zu erfahren."

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte den Herrn Redner, bei derlei Ausführungen vorsichtig zu sein. (Widerspruch links.) Ich bitte, ich muss es wiederholen und muss sehr bitten, denn das wäre eine Beschuldigung, die ich nicht hinnehmen könnte.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Meine Herren! Da ist zum Beispiel von den Schulbauten die Rede; was haben Sie denn in letzterer Zeit Großartiges bewilligt? Einige Stockwerksaufsetzungen! Hier ist wieder ein Plan für eine solche Stockaufsetzung, aber dass dies etwas so Großartiges ist, finde ich nicht. Im Landtage hat der Herr Abgeordnete Dr. Richter allerdings — wieder zum Großgrundbesitze gewendet — erklärt: „Wenn die Bierkreuzer bewilligt werden, dann haben die Vororte-Vertreter das Recht, alles mögliche zu verlangen." Bewilligt aber wird vom Stadtrathe natürlich wenig oder nichts.

Ich habe auch gestern über die Versammlung des Fortschrittsclub im I. Bezirk gelesen, dass sie sich ausschließlich mit der Convertierung dieser Anlehen befasste, von der Versorgung der Vororte mit Wasser habe ich aber weniger gelesen. Ich zerbreche mir darüber auch den Kopf nicht, ich bin kein Jurist, kein Finanzmann, aber ich glaube halt, nach den Erfahrungen, die man gemacht hat, wird die Convertierung jene Firma durchführen, welche bei den Wahlmanövern der liberalen Partei das meiste Geld hergibt; davon bin ich überzeugt.

Es wurde weiters von den Straßen gesprochen. Meine Herren, so schlecht waren die Straßen noch nie; die neuen Bezirke haben seit der Einverleibung keinen Schotter und werden ihn auch heuer nicht mehr bekommen, aus dem einfachen Grunde, weil die Schotterzeit vorüber ist und jetzt nicht mehr geschottert werden kann. Also, die Straßen sind viel schlechter, als sie früher waren, und trotzdem wird der Contrahent geschützt, wenn er nicht qualitätsmäßigen Schotter liefert. Da können Sie wohl nicht verlangen, dass wir dem zustimmen. Aber von uns verlangt man das Anlehen. Die Bezirksvertretungen der Vororte, welche ja zum größten Theile, der Majorität nach, Ihrer Partei angehören, haben die Aufstellung von Brunnen verlangt. So hat auch der Bezirksausschuss des XIX. Bezirkes in seiner Sitzung vom 22. December 1892 den Beschluss gefasst, es mögen Brunnen aufgestellt werden; einer in der Karlsgasse in Unter-Döbling, welcher bereits vom Gemeinderath bewilligt worden ist, zwei Brunnen in der Barawitzkagasse, wo das schlechteste Wasser ist, und einer im Cottage. Wo sind die Brunnen thatsächlich hingekommen? Meine Herren! Zu welchem Zwecke fasst denn der Bezirksausschuss einen Beschluss, oder gelten die Beschlüsse für den Stadtrath nie? Ich glaube, sie haben nicht viel Giltigkeit. Im XIX. Bezirke wurde von dem Vorstand-Stellvertreter Österreicher ein ausgezeichneter Plan für die Verbauung des Bezirkes ausgearbeitet. Dieser Plan ist weder im Plenum des Gemeinderathes, noch im Stadtrathe mit einem Worte berührt worden, und muss ich meinen Collegen heute den Vorwurf machen, dass sie den Antrag ihres Collegen aus dem Bezirksausschusse nicht vertheidigt haben, sondern alles so angenommen worden ist, wie es der Herr Referent vorgetragen hat, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Bezirke nützlich ist oder nicht. So ist es auch bei den Auslaufbrunnen. Es ist wieder im Stadtrathe beschlossen worden, auf der Nussdorferstraße, wo sehr wenig bewohnte Häuser sind, Auslaufbrunnen aufzustellen. Weiter draußen hinaus, auf die Nussdorferstraße, wo der Bezirksvorsteher den Brunnen ganz richtig hat haben wollen, wo drei Stock hohe Häuser stehen, vollgepfropft mit Arbeitern, wo die hygienischen Verhältnisse nicht die besten sind, sind die Brunnen nicht gekommen. Ja, zu welchem Zwecke fasst denn der Bezirksausschuss Beschlüsse? Einen Brunnen stellt man

in die Spittelau, wo gewiss wenig Leute wohnen. Ich würde es ihnen ja gönnen, aber zuerst sollen die Brunnen dort aufgestellt werden, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. Und da wollen Sie, dass wir unbedingtes Vertrauen in Ihre Verwaltung setzen. Ich habe keines. (Beifall links.)

Gem.-Rath Witzelsberger: Sehr geehrte Herren! Dass ich mich zum Worte gemeldet habe, dazu haben mich einzig und allein die Keulenhiebe des geehrten Herrn Führers der Opposition eingangs seiner Rede bestimmt. Es ist mir da eingefallen, dass ich in dem „Moniteur" der Opposition, wie sie ihren Austritt vollzogen hat, gelesen habe, dass ein Punkt dabei enthalten war, welcher als Ursache des Austrittes angegeben wurde, die Aufnahme eines Darlehens. Ich war der Meinung, die Herren werden diesem Grundsatze wirklich auch treu bleiben. Zu meiner größten Überraschung und — ich muss sagen — zu meiner Freude habe ich aus den Ausführungen des geehrten Herrn Führers der Opposition entnommen, dass sie diese Gesinnung nicht mehr hat, sondern dass sie für das Darlehen stimmen wird. Ich habe nun meine eigenen Betrachtungen darüber angestellt, warum das geschehen ist. Der geehrte Herr Führer der Opposition hat aber im Verlaufe seiner Rede wieder mit Keulenhieben auf die Sünden, welche die liberale Partei bei Einverleibung der Vororte begangen haben soll, hingehauen. Er hat darauf hingewiesen, dass nichts dabei hervorgekommen ist, als eine Belastung der Bevölkerung, eine höhere Besteuerung, eine Bedrückung der Bevölkerung, mit einem Worte: es ist nur Unheil aus der ganzen Einverleibung erwachsen. Das sagen die Herren in ihren Versammlungen immer wieder (Rufe links: Gewiss!); nun, in Ihren Versammlungen ist niemand, der widersprechen kann. (Rufe links: Warum kommen Sie nicht?) Man darf sich das aber nicht gefallen lassen, wenn es in unserer Anwesenheit gesprochen wird, sondern man muss das als Unwahrheit und Unrichtigkeit zurückweisen. Vor allem möchte ich wissen, und ich möchte von dem geehrten Herrn Führer der Opposition einmal erfahren, wo eine Erhöhung der Steuern stattgefunden hat. (Gelächter links. — Gem.-Rath Trambauer unterbricht.) Wenn Sie sprechen werden, Herr Collega Trambauer, werde ich Sie nicht unterbrechen, und ich bitte, mich auch nicht zu unterbrechen. Die Hausbesitzer haben eine Verminderung der Steuern erfahren (Sehr richtig! rechts. — Oho! links), und die übrigen Gewerbetreibenden haben eine Erhöhung nicht erfahren. Wenn Sie von der Verzehrungssteuer sprechen — und meine Herren, das sind ja Ihre alten Witze, die Sie in den Wählerversammlungen machen —, was hat denn die Verzehrungssteuer mit der Einverleibung nach Wien zu thun? Was hat denn die Einverleibung nach Wien veranlasst? War denn die Verzehrungssteuer nicht früher da, ehe die Einverleibung nach Wien beschlossen wurde? Oder wäre die Verzehrungssteuer weggekommen, wenn die Einverleibung nach Wien nicht gekommen wäre? Ist denn nicht das Gesetz wegen Einbeziehung der Vororte, das Gesetz vom 20. December 1890, nicht erst nach erfolgter Hinausrückung des Verzehrungssteuerrayons gekommen? Was wäre denn geschehen, wenn die Einverleibung der Vororte nicht gekommen wäre und die gesammten Vororte die gleichen Pflichten gehabt hätten wie die Großcommune Wien, während sie an den Wohlthaten nie und niemals participiert haben?

Den Hauptpunkt muss ich hervorheben, das ist immer der Bierkreuzer. Ja, der Bierkreuzer! Nun, meine Herren, es wird Ihnen wohl bekannt sein, ich habe seinerzeit gegen den Bierkreuzer gestimmt. Man muss aber auch ehrlich und offen die Sache beim richtigen Namen nennen: diesen Bierkreuzer hätten Sie nie und niemals weggebracht. Was hat denn die Einverleibung nach Wien so schnell veranlasst? Weil man sich mit der Auftheilung der Verzehrungssteuer nicht hat einigen können. Die Gemeinde Wien hat 80 Percent beansprucht und hat den Vororten nur 20 Percent geben wollen. Weil die Vororte-Vertreter nicht einverstanden waren, so ist dann die Folge gewesen, dass Verhandlungen zustande gekommen sind, und sie sind nach Wien einbezogen worden. Glauben Sie sicherlich, ich bin auch nicht davon erbaut, dass man die kleinen Vororte an der Peripherie mit einbezogen hat. Mir ist das sehr gut bewusst, dass gerade diese kleinen Vororte mit ihrem geringen Einkommen an dem Marke der Stadt Wien immer und ewig nagen werden, aber für diese Vororte ist es ein Glück, dass sie einbezogen worden sind.

Glauben Sie, wenn die Einbeziehung nicht stattgefunden hätte und 39 Gemeinden hätten mit der Gemeinde Wien participiert, dass der Bierkreuzer weggekommen wäre? Wie hätte er denn wegkommen sollen? Es ist der allgemeine Steuerzuschlag einmal mit 30 Percent angenommen gewesen, und wenn Sie den Bierkreuzer wirklich mit 30 Percent hätten, was gewiss nicht der Fall gewesen wäre, was wären die Folgen gewesen? Die Vororte haben schon alle darauf gerechnet, dass sie, wenn sie nach Wien einbezogen sind, schauen werden, recht billig aus der Verzehrungssteuer herauszukommen. (Widerspruch links.) Ich weiß das, ich war auch Vertreter der Vororte und weiß, was die Vororte untereinander gesprochen haben. Damit dürfen Sie also nicht kommen, dass der Bierkreuzer, wenn die Einbeziehung nicht stattgefuuden hätte, nicht gekommen wäre. Das ist eine Unwahrheit, und man muss es der Bevölkerung bei jeder Gelegenheit sagen — ich thue das jedesmal. Man muss sagen, dass die Vorgabe der geehrten Mitglieder der Opposition, die Ursache der Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon sei die Einverleibung nach Wien, nicht wahr ist. Das ist einfach unwahr. Es ist nur etwas, womit man die Bevölkerung fängt, es ist gar nichts anderes. (Widerspruch links.) Wenn Sie das sagen, so sagen Sie der Bevölkerung nicht die Wahrheit. (Rufe links: O ja!) Nein! Auf das alleinige Wahrheitsagen machen Sie Anspruch; aber ich nehme es mir heraus und sage: Was Sie sagen, ist nicht richtig. (Widerspruch links.) Das ist nicht wahr; das muss man jederzeit betonen, denn wir können uns nicht vertheidigen in Ihren Versammlungen, wenn Sie uns auch sagen, wir mögen zu Ihnen kommen. Das werden wir uns wohlweislich überlegen, denn wir wüssten das Schicksal im vorhinein, das uns dann beschieden ist.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Gegenstande, zu dem Darlehen. Dasselbe ist größtentheils für die Vororte bestimmt. Wenn die Einverleibung nicht stattgefunden hätte, so würde die Gemeinde Wien ganz bestimmt nur einen kleinen Theil des Darlehens oder vielleicht gar kein Darlehen gebraucht haben.

Was ist die Folge der Einverleibung in Wien gewesen? Dass es das erste war, dass die Vertreter der Vororte fort und fort gedrängt haben, dass die Wasserleitung in den Vororten eingeführt werde. Und ich muss gestehen, dass wir bei unseren Parteigenossen und beim Präsidium geneigtes Ohr gefunden haben. Es ist das Menschenmöglichste geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Stollen im Hochquellengebiet wurden erweitert und die lange Strecke bis zur Wasseralm hin durchgeführt, wo, wie heute von Seite des Herrn Führers der Opposition richtig bemerkt wurde, nicht, wie es unrichtig in den Blättern gestanden ist, eine neue Wasserader entdeckt wurde. Dass jemand einen solchen Bericht hinausgegeben

hat, bedauere ich; denn wenn man einen Bericht hinausgibt, soll man ihn richtig geben. Diese Quelle hat längst existiert, es ist die mächtigste Quelle, und was jetzt geschehen ist, ist nichts anderes, als dass die Unterfahrung dieser Quelle glücklich gelungen ist. Die Bevölkerung ist factisch getäuscht worden, wenn sie liest, dass auf einmal eine Wasserader dort entdeckt wurde, wo man früher nichts gefunden hat. Die Berichte, wie sie in den Blättern gestanden sind, sind vollständig unrichtig, und solche Berichte sollen genau gegeben werden.

In den verschiedenen Bezirkstheilen wird mit allen möglichen Mitteln an der Legung der Wasserrohre gearbeitet, so dass wir die Aussicht haben, dass in der kürzesten Zeit einige Bezirke das Hochquellenwasser bekommen werden. Es können dies selbstverständlich nicht alle 19 Bezirke sein, und wenn von einem sehr geehrten Herrn Redner darauf hingewiesen worden ist, dass man bei der Einverleibung von Wien nicht gesagt hat, dass die höher gelegenen Bezirke das Wasser nicht gleich bekommen werden, so liegt das in der Natur der Sache, und ich glaube, dass es keinen einzigen Menschen in den Vororten gegeben hat, der je geglaubt hätte, dass die Bewohner an der Peripherie in den höher gelegenen Orten das Wasser gerade so schnell haben können als wie diejenigen, die unmittelbar an der Quelle sind. Das ist ganz unmöglich. Jeder Mensch, der halbwegs Grütze im Kopfe hat, hat es wissen müssen und hat es gewusst. Denn es ist kein Geheimnis gewesen, dass verschiedene Druckstationen errichtet werden müssen, und es wurde in dem Berichte des Stadtbauamtes ausdrücklich schon vor Jahresfrist darauf hingewiesen, dass ein solches Reservoir mit Pumpstation in der Nähe der Schönbrunnerlinie sein soll, dass die höher gelegenen Theile das Wasser von dem Reservoir auf der Schmelz beziehen werden, und dass ein Reservoir bei der Nussdorferlinie angelegt werden soll. Das war kein Geheimnis. Aber man wäre zu weit gegangen, wenn man Unmögliches von den Technikern verlangt hätte. Was geschehen konnte, ist geschehen, und wir müssen es mit dem größten Danke anerkennen, dass wir von den Herren Collegen in den alten Bezirken auf das kräftigste unterstützt worden sind, und es wäre nur wünschenswert gewesen, dass die Herren aus den Vororten, die heute so fürchterlich losziehen und so fürchterlich über den schlechten Straßenzustand in den Vororten schimpfen, offen gesagt hätten, ob, so lange die Vororte bestehen, dieselben je eine so gute Beschotterung gehabt haben, wie sie sie jetzt haben. (Beifall rechts.) Sie würden eine solche auch nie gehabt haben. (Gem.-Rath Steiner: Das ist nicht wahr!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (welcher den Vorsitz wieder übernommen hat): Herr Gem.-Rath Steiner, Sie werden doch so viel Macht über sich haben, um zuhören zu können; es stört die Verhandlung, ich bitte, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Witzelsberger (fortfahrend): Wenn in den einzelnen Bezirken einzelne Straßen vorkommen, die weniger gut beschottert sind, so mag das vielleicht dort sein, wo Feldstraßen sind, die vielleicht früher gar nicht beschottert waren. Das abzustellen, ist aber Sache der Bezirksvorsteher. Dieser muss sich umsehen und um die Beschotterung der Straßen sich kümmern. Ich weise Sie auf Hernals, Dornbach, Neuwaldegg hin, ich weise auf die Straße auf den Galizinberg hin; da kann man vor lauter Schotter nicht fahren, so viel Schotter ist dort. (Widerspruch links.)

Sie kommen halt wahrscheinlich nicht dorthin, wo ungepflasterte Straßen sind, Sie bewegen sich nur auf gepflasterten Straßen. Aber ich bitte Sie, nur dort hinauszugehen, wo die Straßen ungepflastert sind. Und was die Pflasterung anbelangt, so möchte ich die Herren fragen, wann waren die Gemeinden einmal in der Lage, so große Posten in das Budget zur Bepflasterung einzusetzen? Hat das jemals eine Gemeinde in den Vororten thun können, oder hat sie das je einmal gethan? Dass wir Vorortebewohner uns also benachtheiligt fühlen können, ist durchaus unrichtig, und es muss öffentlich gesagt werden, nachdem die Herren das bei jeder Gelegenheit dem Publicum vormachen, man muss es ihnen ins Angesicht sagen, dass ihre Behauptungen unwahr, ganz unrichtig sind. Wenn wir in der Lage sein werden, mit der Pflasterung so fortzufahren wie bis jetzt — und der Himmel gebe es, dass es unsere Finanzen zulassen —, so wird es in ein paar Jahren bei uns in den Vororten so weit kommen, dass wir keine ungepflasterte Straße mehr haben. Jetzt werden 70- bis 80.000 fl. für eine oder zwei Gemeinden bewilligt, früher waren die Gemeinden nicht einmal in der Lage, gepflasterte Übergänge herzustellen, sie haben nicht einmal so viel Geld gehabt. Und heute, wo wir so viel Geld zu diesem Zwecke erhalten, sagt man auf einmal, die Vororte werden vernachlässigt. Was geschehen konnte, ist geschehen; mehr verlangen, als möglich ist, das darf man nicht, auch wenn man der Opposition angehört; mit solchen Mitteln darf man nicht kämpfen, das ist nicht volkswirtschaftlich. Man darf das Geld nicht beim Fenster hinauswerfen. Man muss das erreichen, was man erreichen kann, dann entspricht man vollkommen den Intentionen der Wähler, und das haben wir Vorortevertreter unserer Partei immer gethan, und der Erfolg hat es gezeigt, dass wir es gethan haben. (Rufe links: Ja, die Wahlen!)

Die Wahlen in einigen Vororten scheinen die Herren ein bisschen übermüthig gemacht zu haben; vielleicht ist das auch die Ursache, dass die Vorortebewohner jetzt Gnade gefunden haben in Ihren Augen, und dass Sie für das Anlehen stimmen, obwohl Sie seinerzeit bei Ihrem Exodus angegeben haben, dass das mit ein Punkt ist, warum Sie den Gemeinderathssaal verlassen. Es freut mich sehr, dass Sie davon abgekommen sind. Ich führe den Umstand, dass in einigen Bezirken die Wahlen für Sie so günstig ausgefallen sind, auf etwas anderes zurück; Sie haben glücklich gearbeitet, Sie haben lange Zeit gearbeitet, die Hausherrenvereine haben ihre Schuldigkeit gethan — der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, nach sechs Monaten kann er wieder kommen. Jetzt haben wir auch gehört, die Diurnistenwirtschaft muss aufhören, die Diurnisten müssen Beamte werden. Das ist also eine Vorarbeit für die Wahlen im II. Wahlkörper. (Rufe rechts: Sehr gut! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir werden auch gut arbeiten!) Wir werden uns auch Sie zum Beispiele nehmen und werden das nicht vergessen. Wir können zwar nicht dieselben Mittel anwenden wie Sie, denn Sie scheuen vor keinem Mittel zurück, wie sie es auch beim Hausherrenvereine bewiesen haben, da war Ihnen kein Mittel zu gut, kein Mittel zu schlecht. Sie haben Pamphlete herausgegeben, in denen Sie sagten, dass der Gemeinderath imstande sei, 4,000.000 bis 6,000.000 fl. wöchentlich Schulden zu machen. Zu solchen unwahren und unlauteren Mitteln können wir uns nicht versteigen; das können wir nicht, dazu sind wir zu ehrlich, dazu sind wir zu christlich. (Unruhe links; Rufe links: Verjudet!) Sie als Christlich-Sociale wenden sehr schlechte Mittel an, denn die Mittel, zu denen Sie als Christlich-Sociale greifen, sind größtentheils sehr unchristlich.

Damit wir aber wieder zur Angelegenheit zurückkommen, so seien Sie überzeugt, dass Sie mit Beruhigung für dieses Darlehen

stimmen können. Niemand in der Bevölkerung, auch niemand von den Wählern dieser Herren hier wird eine Einwendung dagegen haben, wenn das Anlehen bewilligt wird und die Vororte in den Genuss des Hochquellenwassers kommen.

In die einzelnen Details will ich mich nicht einlassen, es ist ohnedies viel zu weit vom eigentlichen Gegenstande abgewichen worden. Ich behalte mir vor, vielleicht in der Special-Debatte bei einigen Punkten das Wort zu ergreifen. Ich bitte Sie also, in die Special-Debatte einzugehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, dass bezüglich des vorliegenden Gegenstandes schon von beiden Seiten des Gemeinderathes die zartesten Saiten geklungen haben, und da ich erfahren habe, dass noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt ist, erlaube ich mir, den Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt, ich ersuche jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Zum Worte sind noch vorgemerkt contra die Herren Gem.-Räthe: Grünbeck, Eigner, Steiner, Gräf, Purscht, Gregorig, Weitmann, Wessely, Dr. Lueger, Rauscher, Edlhofer, Becker; pro die Herren Gem.-Räthe Dr. Vogler, Dr. Stern, Dr. Friedjung, Dr. Klotzberg, Noske, Lang, Stiaßny, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, Vaugoin.

Gem.-Rath Matzenauer (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die große Zahl der Redner und bei dem Umstande, dass es wünschenswert wäre, den Gegenstand heute zu beenden, beantrage ich die Wahl von Generalrednern. (Stürmischer Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Weitmann, ich bitte, nicht zu vergessen, dass wir im Gemeinderathe sind. (Gem.-Rath Gregorig: Das vergessen wir nicht, das wissen wir!) Der Herr Gem.-Rath Matzenauer beantragt die Wahl von Generalrednern, ich ersuche die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. (Große Unruhe links. — Gem.-Rath Gregorig: Da hört sich alles auf, ist das ein Vorsitz?) Also, ich bitte die Herren, die dafür sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) 49 Herren sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 43 dagegen. Es ist daher die Wahl von Generalrednern angenommen. Ich bitte, die contra eingetragenen Redner — ich werde deren Namen noch einmal verlesen — Grünbeck, Eigner, Steiner, Gräf, Purscht, Gregorig, Weitmann, Wessely, Dr. Lueger, Rauscher, Edlhofer, Becker — einen Generalredner zu wählen. (Andauernder großer Lärm und Zwischenrufe links. — Gem.-Rath Grünbeck ruft heftig dazwischen.) Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Grünbeck zum letztenmal, zu schweigen.

Gem.-Rath Rauscher (zur Geschäftsordnung): In Anbetracht der aufgeregten Stimmung beantrage ich Schluss der Sitzung. (Widerspruch rechts. — Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das geht nicht. Der Gegenstand ist zu wichtig. Es handelt sich ja um eine Frage, die gerade für die Vororte von größter Wichtigkeit ist. Das ist also nicht möglich. Ich bitte, sich ruhig zu verhalten und die Berathung fortzusetzen.

Zum Generalredner contra wurde gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Lueger. Ich ertheile ihm das Wort. (Gem.-Rath Gregorig ruft: Eine solche Macherei!)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Mir persönlich liegt nichts daran, aber bezüglich dessen, was heute hier geschehen ist, erkläre ich Ihnen, dass noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft die Opposition in so unerhörter Weise vergewaltigt wurde, wie es hier geschehen ist.

Es ist noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft vorgekommen, dass man nach zwei bis drei Rednern Schluss der Debatte beantragt hat, und es ist noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft vorgekommen, dass unmittelbar nach Annahme des Schlusses der Debatte, und zwar von Seite eines Stadtrathes der Antrag gestellt und beschlossen wurde, Generalredner zu wählen. (Große Unruhe links. — Rufe: Pfui! 3000 fl!) Meine Herren! Es ist das so unerhört, dass es hiefür keine andere Bezeichnung gibt als parlamentarischer Scandal! (Rufe links: So ist es!) Es ist das so unerhört, dass ich Ihnen sage, ich werde über dieses Ihr Benehmen von nun an in ganz anderen Ausdrücken in den Wählerversammlungen sprechen. Der unmittelbare Herr Vorredner hat unsere Thätigkeit in den Wählerversammlungen erwähnt; nun, wir werden die Wahrheit sagen, was hier vorgegangen ist, wir werden sagen, in welch unerhörter Weise wir vergewaltigt wurden, wir werden sagen, wie man uns hier die Hände bindet, wir werden sagen, wie man hier mit dem Gelde der Steuerträger umgeht, dass man uns zwingen will, ich könnte sagen binnen 12 Stunden ein Anlehen von 35 Millionen Kronen zu bewilligen. Das werden wir sagen, und wir werden auch die Bevölkerung aufreizen — ich erkläre es Ihnen —, aufreizen bis in die tiefsten Tiefen, damit endlich diese Wirtschaft ein Ende nimmt. (Beifall links und auf der Galerie.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Auf der Galerie wurden Beifallsbezeugungen laut. (Gem.-Rath Stehlik ruft: Recht haben sie!)

Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Stehlik um Ruhe. Wenn Sie nochmals stören, muss ich Sie ausschließen. Ich habe die Galerie zu erinnern, dass sie sich jeder Einmischung zu enthalten hat. (Ruf von der Galerie: Aber zahlen müssen wir! — Beifall links.) Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Sie mögen ja das Anlehen heute beschließen, möglich, obwohl Sie es heute nicht beschließen können, denn ich erkläre, es sind nicht Ihrer 92 anwesend. Heute werden Sie also nicht beschließen; Sie werden uns auch nicht ermüden, aber der Bevölkerung werden wir sagen, dass gerade diejenigen, welche wir controlieren sollen, die Mitglieder des Stadtrathes, es sind, und insbesonders ein Mitglied des Stadtrathes, der Herr Gem.-Rath Matzenauer es ist, der uns die Redefreiheit abschneidet. (Lärm links. Rufe links: Pfui!) Sie bekommen die 3000 fl. nicht zu dem Zwecke, um uns zu vergewaltigen, sondern zu dem Zwecke, um zu verwalten und uns Rechenschaft zu geben. Schämen Sie sich! (Lärm links. Rufe links: Pfui!)

Nun erlaube ich mir, auf die Bemerkungen der einzelnen Redner einzugehen. Der Herr Referent hat zwar — ich muss es sagen — sehr maßvoll gesprochen, und ich anerkenne es, dass er zu jenen Mitgliedern der Majorität gehört, die gerne Öl in die Wogen schütten wollen.

Wenn ich auch das anerkenne, muss ich sagen: Es wäre vielleicht doch seine Aufgabe, auf seine Collegen im Stadtrathe hinzuwirken, dass solche Dinge im Plenum des Gemeinderathes nicht vorkommen. Dass sich dort Herren finden, welche, wenn ein Antrag gestellt wird, sofort dafür stimmen, nimmt mich nicht wunder, Parteidisciplin muss sein, sie folgen blindlings und sie glauben, die Gnade bei jemand zu verlieren, wenn sie nicht folgen. Die Herren stimmen dafür, ob sie dabei von dem, wofür sie stimmen, immer vollständig überzeugt sind, weiß ich nicht. (Rufe links: Sehr richtig!)

Es hat der Herr Referent der Gasfrage Erwähnung gethan; ich weiß einen, der in früherer Zeit hier im Wiener Gemeinderathe gesessen ist, und der, wenn er jetzt noch hier sitzen würde, in seiner Rede nicht so maßvoll gewesen wäre, als ich es gewesen bin. Ich kenne jemand, der den Herren von drüben die Sünden vorgehalten hätte, welche Sie speciell auf wirtschaftlichem Gebiete gegenüber der Bevölkerung begangen haben.

Nicht ich war es, der der Gasfrage hier erwähnte, der Herr Referent war es, und Sie, meine Herren, haben ihm zugejubelt. Meine Herren, wissen Sie, dass, wenn Sie die Gasfrage in dem Sinne gelöst hätten, wie sie von unserer Seite beantragt worden ist (Rufe: So ist es!), wir dann heute über kein Anlehen zu sprechen hätten. (Zustimmung links.) Wissen Sie, dass die Stadt Berlin aus ihren städtischen Gasanstalten nicht bloß die Zinsen und Amortisierung für das investierte Capital zieht, sondern überdies die gesammte öffentliche Beleuchtung von demselben bezahlt wird, wofür wir horrende Summen ausgeben, dass außerdem eine Reineinnahme von $7^1/_2$ Millionen Mark erzielt wird? Wissen Sie das? Und Sie wollen uns hier mit der Gasfrage frozzeln, Sie, meine Herren, welche der Majorität angehören, welche gerade in dieser Frage die schwerste und nicht zu büßende Sünde an der Bevölkerung begangen haben? Sie, meine geehrten Herren der Majorität, haben es dahin gebracht, dass aus der Stadt Wien jährlich Millionen und Millionen nach London gehen, welche aus den Taschen der Wiener gezogen werden, und welche Millionen, wenn sie in Wien blieben, in nutzbringender Weise für Wasser u. dgl. verwendet werden könnten. Sie, meine Herren, wagen es, von der Gasfrage zu sprechen und uns damit zu frozzeln? Wissen Sie, dass, wenn es sich heute um die Gasfrage handeln wird, ein Anlehen beschlossen werden kann, aus welchem nicht bloß die Verzinsung und die Amortisierung, sondern noch weitere Millionen der Gemeinde zugetragen werden können? Und da wollen Sie uns vielleicht damit aufziehen? Meine Herren, seien Sie bescheiden in der Beziehung; ich recriminiere nicht gerne und hätte das heute auch nicht gesagt, wenn nicht der Herr Referent mit der Geschichte gekommen wäre. Ich bin nicht so, wie vielleicht mein Vorgänger auf diesem Felde es gewesen ist; ich will eine rein sachliche Debatte haben, aber wenn Sie mich zwingen, fort und fort Sie an Ihre Sünden zu erinnern, so treffe ich es ebensogut wie mein Vorgänger. Sie haben durch die von Ihnen beliebte Lösung der Gasfrage, durch die von Ihnen beliebte Lösung der Tramwayfrage, durch Ihre Haltung in der Frage der Errichtung einer städtischen Sparcassa, durch Ihre Haltung in allen diesen wirtschaftlichen Fragen die gröbsten Sünden an der Wiener Bevölkerung begangen. Und wenn die Wiener Bevölkerung nicht in drei Theile getheilt wäre, so dass zwei verhältnismäßig kleine Gruppen so hoch der dritten überlegen wären, würde kein einziger von Ihnen mehr hier sitzen, weil der denkende Theil der Bevölkerung — selbstverständlich nicht derjenige, welcher ... ich hätte bald etwas gesagt (Heiterkeit links) — weiß, welche unerhörten Sünden Sie begangen haben.

Er hat mich auch wegen des Beispiels mit dem Vater gefrozzelt. Er hat gemeint, die frühere Wirtschaft der Gemeinde Wien komme ihm so vor wie der Vater, der die Zwanziger in den Strumpf hineinsteckt. Es mag sein, ich will es sogar annehmen. Aber der Vater, der die Zwanziger in den Strumpf steckt und aufhebt, ist mir immer noch lieber als jener Vater, der ein leichtsinniger Lump ist und die Zwanziger im Wirtshaus vergeudet. (Lebhafter Beifall links.) Da können Sie machen, was Sie wollen. Sie weisen darauf hin, was Sie geschaffen haben. Ja, Sie haben den einen Theil mit dem geschaffen, was Ihre Väter hinterlassen haben, und wie das Geld alle geworden war, haben Sie Schulden gemacht, die Zinskreuzer um mehr als das Dreifache erhöht. Ja, meine Herren, um mehr als das Dreifache. Und Sie wollen über den Vater reden, der die Zwanziger in die Strümpfe steckt! Wenn nur der wieder da wäre! Wenn er aufstände und Ihre Wirtschaft sehen würde, so würde der Vater, der die Zwanziger in die Strümpfe steckte, einen Stecken nehmen und seine ungerathenen Söhne durchhauen, so lange es geht. (Heiterkeit links.)

Es ist weiters gesagt worden, dass man von dem Deficite, von den fünf Millionen oder zwei Millionen auch die getilgten Capitalschulden abziehen müsse, um ein richtiges Bild zu bekommen. Meine Herren! Der Referent hatte ganz recht, wenn sich die jährlichen Zahlungen der Gemeinde um die Zinsen für die bereits gezahlten Capitalien verringern würden — à la bonne heure, da hätte er recht —, so lange aber die Jahresquote für die Verzinsung und Amortisation gleich bleibt, hat er nicht recht. Die jetzige Capitalsrückzahlung ist keine Erleichterung für die Gemeinde, weil sie fort und fort die gleiche Summe bezahlen muss.

Nun wende ich mich zu Herrn Dr. Nechansky. Ob das, was ich vorgebracht habe, eine Kapuzinade war oder nicht, ist mir gleichgiltig. Ich bin nicht so empfindlich wie sein unmittelbarer Nachbar, der einmal über den Vergleich mit dem Kapuziner ganz außer sich gerathen ist und, wie ich glaube, die Polizei zu Hilfe gerufen hat. Nehmen wir an, es war eine Kapuzinade, was ich gesagt habe.

Nehmen wir das an. Auch eine Kapuzinade ist aber gut, Herr Dr. Nechansky, wenn sie Wahrheiten enthält, und Herr Dr. Nechansky war nicht in der Lage, auch nur einen Satz, den ich gesprochen habe, als unwahr zu beweisen. Was hat er gethan? Er hat uns mit den Jakobinern verglichen, er hat gesagt, wir wollen die Assignatenwirtschaft einführen. So etwas ist mir geradezu unverständlich. Erstens sind wir nicht Jakobiner, denn wären wir es, so hätten wir Ihnen schon längst die Köpfe abgeschlagen und Sie säßen nicht mehr hier. Zweitens können wir nicht die Assignatenwirtschaft einführen, weil wir nicht in der Lage sind, solche auszugeben.

Wenn also der geehrte Herr College schon geschichtliche Beispiele wählt, so möge er sich vielleicht etwas Besseres und Passenderes aussuchen. Er hat gemeint, wir lassen uns die Vortheile der Manchesterwirthschaft gerne gefallen, die Vortheile der Eisenbahnen und anderer Einrichtungen, welche angeblich der Manchesterliberalismus geschaffen hat. Ja, meine Herren, das hat nicht der Manchesterliberalismus geschaffen, diese Erfindungen sind von einzelnen Personen gemacht worden, deren sich der Manchesterliberalismus zur Beraubung ganzer Völker bedient hat. (Sehr richtig! links.) Das ist es, meine Herren. Er meinte weiter, wir wollen gute Straßen; ja, wir

wollen gute Straßen, und traurig wäre es, wenn die Stadt nicht mehr solche Einnahmen hätte, um gute Straßen herstellen und erhalten zu können. Er meint, wir wollen Schulen. Gewiss, wir wollen Schulen, und traurig wäre es, wenn eine Gemeinde, wie Wien, finanziell schon so tief gesunken wäre, dass sie nicht mehr imstande wäre, ohne ein Anlehen Schulen für die Kinder zu bauen. Er meint, wir wollen billiges Gas. Gewiss, wir wollen billiges Gas. Ja, dann wollen wir auch, dass die Engländer aus Wien hinausgejagt werden, und Schuld der Herren drüben (rechts) ist es, dass sie in Wien geblieben sind und jetzt noch hier sind. Er meint, wir wollen Hypotheken- und Versicherungsanstalten u. s. w. Ja, das wollen wir alles, weil wir wissen, dass durch solche Anstalten eventuell die Finanzen der Gemeinde Wien gebessert worden wären und wir uns nicht jetzt um die lumpige Summe — unter uns gesagt — von 35 Millionen Kronen herumstreiten würden. Er hat gemeint, wir seien diejenigen, die den Pessimismus großziehen und im Pessimismus unsere Stärke suchen.

Nun, ich frage sämmtliche Herren von drüben (rechts) und sämmtliche Herren ohne Unterschied der Partei: Sind wir, die wir verlangen, dass das Anlehen im Wege einer öffentlichen Subscription gezeichnet werde, die Pessimisten? Sind wir im Pessimismus groß? Nein! Wir haben noch das Vertrauen zum Volke von Wien, dass es einen solchen Pappenstiel der Gemeinde Wien leihen wird, wir glauben, dass die Bevölkerung von Wien noch Patriotismus genug besitzt, um eine solche Summe zeichnen zu können. Sie, meine Herren, aber, welche glauben, durch Unterhandlungen mit Bankiers u. dgl. Dingen eventuell besser herauszukommen, Sie sind misstrauisch gegenüber der Wiener Bevölkerung, nicht wir, Sie erzeugen den Pessimismus. Denn das wird mir doch der Herr Referent sagen: er hat einmal, glaube ich, von „meinen Augen zuliebe" gesprochen, vielleicht hat es auch ein anderer gesagt. Seinen Augen zuliebe wird Rothschild auch nicht eine Million umsonst zeichnen, sondern wenn die großen Bankiers sich um dieses Anlehen annehmen, so thun Sie das zu dem Zwecke, um an dem Anlehen zu profitieren. Und wenn die Großen an dem Anlehen profitieren, wer zahlt dann den Profit? Den zahlen die kleinen Leute. Darum bin ich der Meinung, man soll sich gleich an die kleinen Leute wenden; denn was Rothschild und die Herren können, das können wir schließlich auch. Merkwürdig ist auch Folgendes. Herr Dr. Nechansky schließt aus den höheren Steuereingängen auf einen erhöhten Volksreichthum oder auf einen erhöhten Volkswohlstand. Das ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen. Wenn man weiß, wie bei uns in Österreich die Steuerschraube gehandhabt wird, wenn man weiß, wie gepreßt wird sowohl von Seite des Staates als des Landes, als der Stadt, dann zu sagen, weil mehr Steuern eingegangen sind, deswegen geht es dem Volke besser — das ist Herrn Dr. Nechansky vorbehalten geblieben. Jeder andere würde einen solchen Satz nicht auszusprechen wagen. Die Steuereingänge werden eben höher trotz der Verschlechterung der Lage der Bevölkerung, sie werden höher infolge der Steuerpresse, infolge der Steuerschraube, und nicht deswegen, weil es dem Volke jetzt besser geht.

Endlich hat er gemeint, dass wir das Vertrauen der Bevölkerung untergraben wollen.

Meine Herren, solche Vorgänge wie heute, ein solches Durchpeitschen, das untergräbt das Vertrauen in der Bevölkerung, denn Sie beweisen durch Ihren heutigen Beschluss auf Schluss der Debatte, durch Ihren Beschluss auf sofortige Wahl von Generalrednern, dass Sie die Wahrheit nicht vertragen (Sehr richtig! links) und sie nicht hören wollen, und die Bevölkerung zieht den richtigen Schluss aus diesem Verhalten. Sie sagt: Wenn die Stadträthe nicht wollen, dass debattiert wird, dann muss hinter der Geschichte etwas stecken. (Beifall links.)

Nun weiß ich nicht, ob ich mich mit meinem Freund St.-R. Witzelsberger, dem ebenbürtigen Vorgänger des St.-R. Matzenauer, befassen soll. (Rufe: Zahlt sich nicht aus! — Gem.-Rath Witzelsberger: Lassen Sie's!) Er bittet um Gnade, wie Sie hören. (Heiterkeit links.) Etwas muss ich ihn doch — wie soll ich nur sagen? — hernehmen. Es ist für ein anderesmal. Der St.-R. Witzelsberger hatte die Stirne, uns zu sagen, dass wir in unseren Versammlungen dem Volke Unwahrheiten sagen. Er hatte die Stirne, hier zu sagen, dass er es nicht wagt, in unsere Versammlungen zu kommen. Ich erkläre dem Herrn St.-R. Witzelsberger, wenn er in unsere Versammlungen kommt, wird ihm nicht ein Haar gekrümmt werden (Gelächter rechts), nicht ein Haar! Aber wissen Sie, ich kann mich an eine Wählerversammlung gelegentlich der Reichsrathswahlen erinnern, da hatte ein sehr naher Gesinnungsgenosse des Herrn St.-R. Witzelsberger die Brauerknechte irgendwohin bestellt, und die hatten den Auftrag, den ersten, der hinausgefeuert wird, durchzuhauen. (Heiterkeit.) Die Herren haben geglaubt, dass zuerst ein Antisemit hinausfliegt. Da haben sie sich aber geirrt; es ist zuerst ein Liberaler hinausgeworfen worden, und der hat die Schläge bekommen! (Heiterkeit.)

Meine Herren! Er hat mich aufgefordert, anzugeben, in welcher Beziehung die Steuern erhöht worden sind. Ich habe im n.-ö. Landtag nachgewiesen, dass zum Beispiel in der Hauszinssteuer speciell diejenigen Häuser, die von den Besitzern selbst bewohnt werden, furchtbar hinauffatiert worden sind. Hier sitzt eine Menge Herren, die das vielleicht selbst mitgemacht haben. Ich kann ihm sagen, dass in Wien die Zuschläge auf die Verzehrungssteuer erhöht worden sind. Ich kann weiters sagen, dass die Spitalsgebüren erhöht worden sind; ich könnte Ihnen noch vieles sagen — und er sagt, ich soll ihm aufzählen, was alles erhöht worden ist. Sie als Stadtrath wissen das doch ebensogut wie ich, aber das muss ich gestehen, es gehört Muth dazu, hier im Saale sich so zu stellen, als wenn die Geschichte noch beim alten wäre. Er hat dann weiter gesagt: „Das hängt alles nicht mit der Vereinigung der Vororte mit Wien zusammen, sondern mit der Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie." Meine Herren, ich war in einer Commission — wenn schon so viel ausgeplaudert wird, kann ich auch einmal etwas ausplaudern —, in welcher die Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien berathen wurde, und ich habe gesagt: „Verschonen Sie uns mit der Vereinigung der Vororte mit Wien" — und zwar sagte ich dies zum Statthalter. Ich habe ihm gesagt: „Thun Sie das nicht, repartieren Sie die Zuschläge zu den Verzehrungssteuern auf die einzelnen Gemeinden!" Wissen Sie, was er darauf erwidert hat? Er hat erwidert: „Die Verzehrungssteuerlinien werden nicht hinausgerückt, wenn nicht die Vereinigung der Vororte mit Wien durchgeführt wird." (Rufe links: Aha!) Das ist wahr! Und das habe nicht bloß ich gehört, das haben auch andere Herren gehört, denn das ist kein Geheimnis. Man wollte damals speciell die Wiener zwingen, unter jeder Bedingung für die Vereinigung der Vororte mit Wien zu sein, weil man ihnen sagte: Wenn Ihr nicht dafür seid, wird die Verzehrungssteuerlinie nicht hinausgerückt. So ist es bezüglich der Vororte, und die damaligen Vertreter der Vororte,

die der Vereinigung mit Wien zugestimmt haben, die wissen gar nicht und ahnen es vielleicht nicht, welches Verbrechen sie an ihren Gemeinden begangen haben. (Rufe links: So ist es!) Der Herr St.-R. Witzelsberger hat weiters davon gesprochen, dass wir bei den Wahlen unlautere Mittel angewendet haben.

Wir werden ja noch über die Wahlen zu sprechen kommen. Wir machen die Wählerlisten nicht und lassen nicht Hunderte von Wählern aus. (Beifall links.) Wir sind nicht diejenigen, die zu den Wählern hingehen und ihnen Versprechungen unerhörtester Art machen, welche gar nicht erfüllt werden können. (Gelächter rechts.) Wir sind nicht diejenigen, welche mit Geld arbeiten, wir sind nicht diejenigen, die selbst im I. Wahlkörper einen großen Wagenpark aufbieten, um die Herren Wähler zur Wahl zu führen. Wir sind nicht diejenigen, die in den Versammlungen die Wähler auffordern, sie mögen nur gefälligst kommen, sie werden schon geführt. Ich glaube fünfzig oder wie viel Wagen standen zur Verfügung, um sie zur Wahlurne zu befördern. Wir sind nicht diejenigen, die nur hineinzugreifen brauchen in den Geldsack, um mit dem Gelde herumzuwerfen, wie es geschehen ist. Wir sind nicht diejenigen, die den Agitatoren 50, 100, 150 und 200 fl. bezahlen, nein, meine Herren, das sind die Liberalen, sehr geehrter Herr Witzelsberger, und Sie müssen es ebenso gut wissen, was da getrieben wird, wie wir es wissen. Jeder von Ihnen kennt die Beträge, die gegeben worden sind. Das, meine Herren, sind unehrliche und unrechtliche Mittel, die in Anwendung gebracht werden. Aber wir kämpfen mit unserer Überzeugung, wir kämpfen mit der Macht unseres Wortes, und wir sind stolz darauf, meine Herren. (Beifall links.) Ja, wir werden fortfahren bei den Hausherren, bei den Beamten, überall werden wir untergraben, vielleicht gelingt es uns doch endlich einmal, Sie wegzubringen. Vielleicht doch! Wir werden nicht ermüden. Ich plage mich jetzt schon vierzig Jahre mit Ihnen, ich plage mich halt noch ein paar Jahre länger, endlich wird ja doch, ich möchte sagen, der Mühe heißer Preis errungen werden. Sie können ja das nämliche thun, agitieren Sie auch, gehen Sie in die Versammlungen, fragen Sie die beiden Herren Vice-Bürgermeister, ob das angenehm ist, wenn man da in den verschiedenen Wirtshäusern herumgehen muss (lebhafte Heiterkeit links), mit einem Wort, nehmen Sie sich ein Beispiel an uns; je mehr Sie agitieren und je mehr wir agitieren, desto mehr wird die Bevölkerung aufgeklärt. Seien Sie froh, wenn es geschieht! Ich begrüße es mit Freuden. Hurrah, meine Herren, auf zum offenen Kampfe! Ich scheue ihn nicht. Wenn Sie Finsterlinge sind und sich hinter die Bude verkriechen müssen, meine Schuld ist das gewiss nicht.

Man kann eigentlich über das Anlehen nicht mehr sprechen, denn Sie haben über das Anlehen nicht ein Wort gesprochen. Ich hätte gedacht, Sie werden sich damit befassen, ob es wirklich gerecht ist, auch die 3,100.000 fl. einzubeziehen. Der Herr Referent hat einige Worte darüber verloren, aber sonst keiner mehr von Ihnen. Ich habe gedacht, Sie werden darüber sprechen, ob die Titres, wie sie hier beantragt sind, die richtigen sind. Keiner von Ihnen hat darüber gesprochen. Ich habe geglaubt, Sie werden darüber sprechen, wie das Anlehen zu begeben ist; ob im Wege einer öffentlichen Subscription — keiner hat davon gesprochen; ich habe geglaubt, Sie werden darüber reden, ob es zweckmäßig ist, dass alles das, wovon ich meine, dass es in das Gesetz aufgenommen werden soll, hineinkommen soll — keiner von Ihnen hat darüber gesprochen.

Sehen Sie, das beweist mir, Sie wollen nur Scandal haben, Sie wollen nur mit uns politisch discurieren — nun, ich habe Ihnen diesen kleinen Gefallen erwiesen, und nun schreiten Sie zur Abstimmung, wenn Sie es wagen, überhaupt in einer solchen Weise wieder umzugehen.

Jetzt kommt noch die Special-Debatte. Ich kenne sie ja. Ich habe mich vorbereitet. Sie werden natürlich immer Schluss der Debatte beantragen. Aber hier habe ich sechs schöne Anträge (Heiterkeit links), wohlgeschrieben, zierlich geschrieben — ich könnte sagen: mit allen Sorgfalten einer ordnungsmäßigen Urkunde ausgestattet; wenn Sie heute auch noch so lange hier verweilen wollen — es soll mich unendlich freuen! Machen wir wieder einmal eine Nachtsitzung durch, nur damit Sie das Anlehen schön rasch unter die Haube bekommen.

Also Sie sehen, ich bin bereit, machen Sie nun, was Sie wollen; ich werde aber immer und immer der Meinung bleiben, dass, wenn ein Anlehen aufgenommen wird, es nur unter solchen Bedingungen aufgenommen werden darf, welche für die Bevölkerung nicht lästig sind, und deswegen werde ich in der Special-Debatte auch jene Anträge stellen, welche ich bereits angekündigt habe. (Beifall links.)

Referent: Ich habe nur aufmerksam machen wollen, dass über einzelne Punkte wahrscheinlich von Seite vieler Herren deswegen nicht gesprochen worden ist, weil das in die Special-Debatte gehört und wir jetzt nur die General-Debatte darüber gehabt haben, ob das Anlehen aufzunehmen ist oder nicht. Dass die General-Debatte einen solchen Weg genommen hat, ist nicht meine Schuld.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **2. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	v. Neumann,
v. Götz,	Rückauf,
v. Goldschmidt,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Vaugoin,
Matthies,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Matzenauer, Noske.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe folgende Mittheilungen:

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 30. April 1893:

Reservefond	500.000 fl. —	kr.
Effective Belastung . . .	48.178 fl. 14½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	193.516 fl. 25	kr.
zusammen .	241.634 fl. 39½	kr.
daher noch verfügbar .	258.305 fl. 60	kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 fl. —	kr.
noch	248.805 fl. 60½	kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 538.837 fl. 59 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Laut eines vom Stadtbaudirector Berger gestern eingelangten Telegrammes wurde eine reiche Hauptader der Wasseralmquelle angefahren. (Zur Kenntnis.)

Dankschreiben der Gräfin Josef Zichy für die Spende per 1000 fl. für den Schulbau des katholischen Frauenvereines in Hietzing. (Zur Kenntnis.)

(2655.) **St.-R. Meißl** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung im II. Bezirke am Mathildenplatze, in der Württemberg- und Wolfsaugasse und der Brigittenauerlände und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Aufstellung von 18 halb- und 12 ganznächtigen Flammen mit dem jährlichen Gasmehrconsum im Betrage von 812 fl. 65 kr. (Angenommen.)

(2671.) **Derselbe** referiert über das Einschreiten des Gemischtwaren-Verschleißers Adolf Neuer um mietweise Überlassung eines Theiles der Veranda in dem Hause Or.-Nr. 1 Schwedengasse, II. Bezirk, und beantragt die Vermietung eines Theiles dieser Veranda an Adolf Neuer um den jährlichen Mietzins von 15 fl. und unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(2577.) **Derselbe** referiert über den Rückstand an Spitalverpflegskosten nach Rosa und Rudolf Feichtmann im Gesammtbetrage von 34 fl. 32 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2574.) **Derselbe** referiert über Rückstände an Gemeindeumlagen nach mehreren Parteien im XIII. Bezirke und beantragt die Abschreibung dieser Rückstände im Gesammtbetrage von 55 fl. 44 kr. aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2604.) **Derselbe** referiert über 10 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schmalz Alois, Victualienhändler;
Schwetz, geb. Eder, Marie, Bühnenarbeiterswitwe;
Brunner Johann, Zimmerergehilfe;
Dirnberger Johann, Maschinenwärter;
Weil Philipp, Juwelier;
Albrecht Josef Johann, Laternenanzünder;
Greiner Alois, Hausdiener;
Flamm Louis, Börsebesucher;
Wehofer Johann, Steinschleifergehilfe;
Bartosch Maria, Wagenlackiererin. (Angenommen.)

(2500.) **St.-R. v. Götz** referiert über Herstellungen im Hüttelsdorfer Bade im XIII. Bezirke und beantragt, die vom Magistrate im Interesse des ungehinderten Betriebes der Badeanstalt als nothwendig beantragten Herstellungen mit dem Kostenbetrage von 2307 fl. 15 kr. zu genehmigen und einen Zuschusscredit von 1907 fl. 15 kr. zur Ausgabs-Rubrik XXXIV 5 zu bewilligen. (Angenommen.)

(2605.) **Derselbe** referiert über fünf Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:
Nechutny Wenzel, Schneidergehilfe;
Jelinek Anton, Wäscher;
Balyhar Franz Josef, recte Baryhar, Gastwirt;
Dubovsky Franz, Drechslermeister;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:
Tutovich Demetrius, Fellfärbergehilfe. (Angenommen.)

(2606.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:
Dwořak Anton, Hafer-, Heu- und Strohhändler;
Biemann August, Silberarbeiter;
Baroch Julius Alois, Factor der österr.-ungar. Bank;
Eigler Johann, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(2630.) **Derselbe** referiert über mehrere Ansuchen von Parteien des IV. Bezirkes um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an
Schneider Barbara, Bedienerin;
Sychorowsky Samuel, technischer Beamter;
Lieb Bernhard, Calculant im k. k. Handelsministerium,
gegen Erlag der nach ihrem Wiener Aufenthalte entfallenden Taxe. (Angenommen.)

(2664.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Einschreiten des Vorstehers des XVIII. Gemeindebezirkes um Genehmigung der Überschreitung der vom Gemeinderathe für die Verköstigung der Wahl-Commissionen im XVIII. Bezirk gelegentlich der diesjährigen Gemeinderathswahlen bewilligten Kosten und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(2646.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung der Gemeinde-Jagdbarkeiten von Hacking, Ober- und Unter-St. Veit, Baumgarten, Breitensee und Penzing und stellt folgende Anträge:

1. Die Gemeindejagdbarkeiten von Hacking, Ober- und Unter-St. Veit werden dem k. u. k. Oberstjägermeister vom 1. Juni 1893 an bis 31. December 1897 um den jährlichen Pachtzins von 89 fl. 53 kr. ohne Ausschreibung einer Licitation aus freier Hand unter den beiliegenden Bedingnissen, jedoch ohne Erlag einer Caution verpachtet.

2. Die Gemeindejagdbarkeit von Baumgarten wird dem Herrn Georg Ballheimer vom 1. August 1893 bis 31. December 1897 um den jährlichn Pachtzins von 59 fl., die Gemeindejagdbarkeiten von Breitensee und Penzing werden demselben vom 1. September 1893 an bis 31. December 1897 um den jährlichen Pachtzins von zusammen

70 fl., alle drei Jagdbarkeiten ohne Ausschreibung einer Licitation aus freier Hand unter den beiliegenden Bedingnissen verpachtet.

(Angenommen.)

(2670.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Forstverwalters im Naßwald um Anweisung von jährlichen Pauschalien für die Beheizung und Reinigung der Kanzleilocalitäten und beantragt die Genehmigung eines den städtischen Vorräthen zu entnehmenden Holzdeputates für die Beheizung der Kanzlei im jährlichen Ausmaße von 7 Raummeter harten und 3 Raummeter weichen Holzes, dann ein jährliches Pauschale von 12 fl. für die Kanzleiholzzufuhr und ein solches von 12 fl. für die Kanzleiholzverkleinerung, endlich ein jährliches Pauschale von 24 fl. für die Besorgung der Reinigung der Kanzleilocalität unter den vom Magistrate beantragten Auszahlungs- und Verrechnungsmodalitäten. (Angenommen.)

(2696.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wenzel Labus, Hausbesitzers, XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Hütteldorferstraße 69, um Bewilligung von Ratenzahlungen zur Abstattung seines Rückstandes an Zinskreuzern im Betrage von 8000 fl. und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(2663.) **Derselbe** referiert in Betreff der Entschädigungen aus Anlass der außerordentlichen Wasserentnahme im Winter 1892/93, und zwar von 25,824.973·31 Eimern aus den Quellen beim großen Höllenthale und von 5,525.581·20 Eimern aus dem Schwarzaflusse und beantragt, nach den Berechnungen des Stadtbauamtes und der Buchhaltung mit Rücksicht auf den bis 15. April 1893 gegebenen Endtermin der wasserrechtlichen Bewilligung, auf Grund der Vergleiche vom 10. November 1890 und vom 28. März 1891 bis 15. Mai 1893, auszubezahlen: an die Gruppe I der Wasserinteressenten von Hirschwang bis inclusive Neunkirchen mit Ausnahme der Firma Volpini in Gloggnitz . . . . . 100.499 fl. 12 kr.
an die Firma Volpini & Söhne in Gloggnitz 1.316 fl. 93 kr.
an die II. Interessentengruppe von Neunkirchen abwärts . . . . . 43.926 fl. 25 kr.
ferner an die Gemeinde Peisching, Breitenau, Schwarzau i. St. und Loisersbach (nach dem bisherigen Schlüssel) . . . . . 1.467 fl. 08 kr.

Summe . 147.209 fl. 38 kr.

Ferner an Betriebskosten für das provisorische Schöpfwerk beim Kaiserbrunnen . . . . . 2.180 fl. 08 kr.
und an Wagenauslagen für Ingenieur Byloff . 35 fl. — kr.
zu bewilligen.

Der sonach erforderliche Gesammtbetrag per 149.424 fl. 46 kr. sei auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2624.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Recurs des Karl Maisgeier, Josef Hödl und Johann Polleritzer, städt. Contrahenten für die Schotterlieferung für den XII. Bezirk, gegen die über sie vom Bezirksamte des XII. Bezirkes verhängte Conventionalstrafe und beantragt, es sei von der Verhängung einer Strafe in Berücksichtigung des Umstandes, dass diese Firma durch 25 Jahre der Gemeinde den Schotter liefert, ohne zu einer Klage Anlass zu geben, für dieses erstemal von einer Lieferungsverzögerung abzusehen.

(Angenommen.)

(2645.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung behufs Sicherstellung des Gemeindefuhrwerkes für den XII. und XVIII. Bezirk für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. Juni 1897 und beantragt, das Gemeindefuhrwerk für den XII. Bezirk für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. Juni 1897 sei dem Bestbieter Karl Isnenghi (Offert Nr. 2) mit der Entlohnung von:

1 fl. 20 kr. per Fuhr mit Kehricht, Straßenstaub und Truhenwagen,
62 kr. per Fuhr mit Eis oder Schnee,
6 fl. 50 kr. per ganze Tagfuhr,
3 fl. 50 kr. per halbe Tagfuhr;

und für die Bespannung der Schneepflüge und Kehrmaschinen von:
8 fl. für einen ganzen Tag,
4 fl. 50 kr. für einen halben Tag,
8 fl. für eine ganze Nacht,
5 fl. für eine halbe Nacht;

dieselbe Leistung für dieselbe Zeit für den XVIII. Bezirk sei den Bestbietern Karl Zakostelezky und August Opavsky (Offert Nr. 3) mit der Entlohnung von:

1 fl. per Fuhr mit Kehricht, Straßenstaub und Truhenwagen,
80 kr. per Fuhr mit Eis und Schnee,
6 fl. 80 kr. per ganze Tagfuhr,
3 fl. 50 kr. per halbe Tagfuhr;

und für die Bespannung der Schneepflüge und Kehrmaschinen von:
7 fl. für einen ganzen Tag,
3 fl. 50 kr. für einen halben Tag,
8 fl. für eine ganze Nacht und
4 fl. für eine halbe Nacht zu übertragen.

(2715.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Auswechslung der Gasrohre im Gemeindehause für den VIII. Bezirk in der Schmidgasse, und beantragt die nachträgliche Genehmigung dieser Herstellungen im Kostenbetrage von 300 fl. und Bewilligung eines Zuschusscredites in der Höhe des Erfordernisses zur Ausg.-Rubr. XII 4 d.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2554.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Tobisch um Reducierung der pro III. Quartal 1892 für das Haus Or.-Nr. 60 Schottenfeldgasse, VII. Bezirk, berechneten Wassermehrverbrauchsgebür per 33 fl. 37 kr. und beantragt deren Reducierung auf 20 fl. 86 kr. (Angenommen.)

(2510.) **Derselbe** referiert über aushaftende Wassermehrverbrauchsgebüren für Häuser des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der vom magistratischen Bezirksamte für den V. Bezirk gestellten Anträge auf Gebüren-Reducierung, beziehungsweise Abschreibung, resp. Abweisung des Ansuchens bezüglich des Hauses V., Hundsthurmerstraße 14. (Angenommen.)

(2507.) **Derselbe** referiert über mehrere Gesuche von Hausbesitzern im IV. Bezirke um Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt die Genehmigung der vom magistratischen Bezirksamte für den IV. Bezirk gestellten Anträge auf Reducierung dieser Gebüren für fünf Häuser. (Angenommen.)

(2439.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jos. Jelinek um Abschreibung der pro IV. Quartal 1892 für das Haus Or.-Nr 9 Laimäckergasse, X. Bezirk, aushaftenden Wassermehrverbrauchsgebür per 13 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung aus Billigkeitsgründen.

(Angenommen.)

(2438.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonie Trost um Abschreibung der für das Haus Or.-Nr. 31 Himbergerstraße, X. Bezirk, pro III. und IV. Quartal 1892 aushaftenden Wassermehrverbrauchsgebüren per 40 fl. 98 kr., resp. 57 fl. 49 kr. und beantragt die Abschreibung aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen.)

(2616.) **St.-R. Müller** referiert über die Verhandlungen wegen Legung der Wasserleitungsrohre behufs Wasserversorgung der Bezirke XII, XIII, XIV und XV und beantragt:

1. es sei in Abänderung des Projectes die Einlegung des 420 millimetrigen Rohres in den Gehweg der Schönbrunnerstraße, von der Tegetthoffstraße bis zur vierfachen Schönbrunnerallee, unter Annahme der von der Wiener Tramway-Gesellschaft gestellten Bedingungen, jedoch bezüglich des Pönales mit Ausnahme von Elementarereignissen;

2. die schriftliche Erklärung bezüglich der Anerkennung des betreffenden hofärarischen Grundeigenthums;

3. die Ausstellung eines Reverses unter Stipulierung der von den Bahnverwaltungen gestellten, im Commissions-Protokolle vom 10. April 1893 formulierten Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2608.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Eheleute Anton und Anna Kirlinger gegen die in dem Bauconsense für Einl.-Z. 572 in Heiligenstadt, Beethovengasse, XIX. Bezirk, enthaltenen Bedingungen und beantragt die Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass der Recurs der Baudeputation vorgelegt werden wird. (Angenommen.)

(2140.) **Derselbe** referiert über den Verkauf mehrerer Theile der Währingerbach-Parcelle Nr. 1005 an mehrere Anrainer und beantragt:

I. Die käufliche Überlassung von nachfolgenden Theilen der Währingerbach-Parcelle Nr. 1005 behufs Arrondierung der angrenzenden Realitäten Or.-Nr. 73 Herrengasse, respective Or.-Nr. 72 und 70 Hauptstraße in Währing, und zwar:

a) der Figur h g i m o g s t r p n y' k h im Ausmaße von 41·08 m² um den Einheitspreis von 9 fl. ö. W. per Quadratmeter an Rudolf Argauer,

b) der Figur h k y' u l h im Ausmaße von 38·50 m² um den Einheitspreis von 7 fl., d. i. Sieben Gulden ö. W. per Quadratmeter an die Eheleute Franz und Elenora Freudenberger,

c) der Figur u o w x t r p n y' u im Ausmaße von 22·76 m² um den Einheitspreis von 7 fl., sage Sieben Gulden ö. W. per Quadratmeter und der Figur w x z y s t r w im Ausmaße von 55·64 m² um den Einheitspreis von 22 fl. 23 kr. per Quadratmeter an Rudolf Kerner wird genehmigt.

II. An diesen Grundverkauf werden folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Offerenten tragen die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen sowie die Vermögensübertragungsgebüren, welche von den von ihnen zu erwerbenden Grundflächen zu entrichten sind.

2. Dieselben bewilligen, dass auf den von ihnen zu kaufenden Theilen der Bachparcellen nachstehende Verpflichtungen primo loco als Reallasten auf ihre Kosten grundbücherlich einverleibt werden.

a) Die Verbauung der Bachparcelle darf erst nach erfolgter Umlegung des Währingerbaches stattfinden.

b) Der Gemeinde Wien bleibt das Recht gewahrt, dass bei einem etwa eintretenden Gebrechen am Canale der Grund von den Organen derselben betreten, im Falle der unbedingten Nothwendigkeit behufs Behebung des Gebrechens in Anspruch genommen und auf demselben Material deponiert werden darf.

3. Die Eheleute Freudenberg sowie Rudolf Kerner verpflichten sich, den städtischen Organen den Zugang, respective die Zufahrt durch ihre Realitäten Or.-Nr. 72, beziehungsweise 70 Hauptstraße in Währing, falls sich dies aus öffentlichen Rücksichten als nothwendig ergibt, zu gestatten, und willigen ein, dass diese Verpflichtung auf ihren Realitäten durch Einverleibung einer Reallast im Range nach den bestehenden Eintragungen auf ihre Kosten grundbücherlich sichergestellt werde.

Von der Einverleibung der sub 3 genannten Verpflichtung wäre in dem Falle Umgang zu nehmen, wenn zur Zeit des Vertragsabschlusses die bereits in Angriff genommene Umlegung des Canales durchgeführt sein sollte. (Angenommen.)

(2611.) **Derselbe** referiert über die Projectskizze für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, und beantragt:

1. Die vom Stadtbauamte vorgelegte und vom Bezirksschulrathe approbierte Planskizze B für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, auf den Parcellen III, IV und V mit dem approximativen Kostenbetrage von 100.000 fl. sei zu genehmigen.

2. Der Antrag des Magistrates auf Reservierung der Parcellen VI und VII der genannten Baugruppe für einen weiteren Schulbau sei abzulehnen und der Beschluss des Stadtrathes vom 20. April 1893, Z. 2344, wonach die Bauparcelle VII im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu veräußern wäre und mit der Localdirection der Erzherzogin Marie Valerie-Krippe bezüglich Überlassung der Baustelle VII in Unterhandlung zu treten sei, aufrecht zu halten.

3. Der fragliche Bau habe in diesem Jahre bloß im Rohbau fertiggestellt zu werden, wovon der Bezirksschulrath zu verständigen ist.

4. Der für den Bau einer Bürgerschule im IX. Bezirke in das Präliminare pro 1893 eingestellte Betrag von 40.000 fl. ist für die Ausführung des Rohbaues der in Rede stehenden Schule zu verwenden.

5. Die beiliegenden Offerte des Franz Albertini seien abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath bezüglich Punkt 1 und 4.)

(2378, 2379, 2380, 2381.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über Verificierung von Wahlen in den Wiener Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Franz Maresch sen., Juwelier und Hausbesitzer, XVI., Eisnerstraße 8,

Michael Ruschan jun., Beamten des „Neuigkeits-Weltblattes" und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 67

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVI. Bezirkes);

des Alexander Pursch t, Kaufmann und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Josefigasse 51;

Josef Grünbeck, Baumeister und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Kirchengasse 15/17

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVII. Bezirkes);

des Josef Müller, Civil-Ingenieur und Hausbesitzer, XVIII., Währing, Gürtelstraße 37;

Josef Wünsch, Brauerei- und Hausbesitzer, XVIII., Währing, Ferstelgasse 9

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes);

des Adolf Bachofen v. Echt, Brauerei- und Hausbesitzer, XIX., Nussdorf, Färbergasse 18

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIX. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2776.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung einer Haltestelle bei der Endstation Matzleinsdorfer Viaduct der Localbahn Wien-Neudorf und beantragt, der Stadtrath wolle vom Standpunkte der Straßenbenützung

der projectierten Errichtung einer facultativen Haltestelle der Wiener Tramway seine Zustimmung ertheilen. (Angenommen.)

(1642.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl und der Barbara Gulden um Ausfertigung einer Amtsbestätigung in Betreff einer Grund-Ab- und Zuschreibung bei den Realitäten Einl.-Z. 25 Grundbuch Ober-Baumgarten und Einl.Z. 278 Grundbuch Unter-Baumgarten und beantragt, es sei diese Amtsbestätigung nicht auszufertigen, sondern den Gesuchstellern zu bedeuten, mit Rücksicht darauf, dass die geplante Grundtransaction eine Grundabtheilung auf Bauplätze involviert, vorerst um Bestimmung der Baulinie und sohin um Genehmigung der Abtheilung unter Vorlage des Abtheilungsprojectes einzuschreiten, mit welch letzterem Ansuchen jenes um die Bewilligung der fraglichen Grund-Ab- und Zuschreibung verbunden werden kann. (Angenommen.)

(2374, 2375, 2743, 2376, 2742, 2377, 2744, 2373.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung der folgenden Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Josef Schneiderhan, Bäcker und Hausbesitzer, XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 19;

Dr. Albert Geßmann, Hausbesitzer, VII., Lerchenfelderstraße 33

(gewählt vom I. Wahlkörper des XII. Bezirkes);

des Josef Kirchmayer, Fleischhauer und Hausbesitzer, XIII., Hietzing, Altgasse 7

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIII. Bezirkes);

des Franz Rückauf, Bürger, Lohnwagen- und Hausbesitzer, XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Rustengasse 9;

Karl Josef Fuchs, Fleischhauer und Hausbesitzer, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 39

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIV. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese beiden Wahlen eingebrachten Wahlprotestes;

des Wilhelm Schoderböck, Dachdecker und Hausbesitzer, XV., Fünfhaus, Märzstraße 26;

Johann Beutnitz, Hausbesitzer, XV., Fünfhaus, Henriettenplatz 1

(gewählt vom I. Wahlkörper des XV. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese beiden Wahlen eingebrachten Wahlprotestes;

des Josef Koch, Fabriks- und Hausbesitzer, XI., Simmeringer Hauptstraße 37

(gewählt vom I. Wahlkörper des XI. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese Wahl eingebrachten Wahlprotestes. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2567.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des n.-ö. Landesschulrathes vom 18. April 1893, Z. 1924, betreffend die Anweisung der vierten Dienstalterszulage an die Volksschullehrerin Sophie Jakubitzka und beantragt die Ergreifung des Recurses an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht.

(Angenommen.)

(2331.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der neuerlichen Verhandlung bezüglich Abverkaufes einiger Theile des ehemaligen Westbahn-Linienamtes an die Eheleute Kalb und an Karl Striegel und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(2542.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes, betreffend die Erwerbung der Realitäten VII., Neubaugasse 40, und VII., Zollergasse 39, für Schulbauzwecke, und beantragt:

1. den Ankauf dieser Realitäten wegen zu hoher Preisansätze abzulehnen;

2. den Magistrat zu beauftragen, sich über die Bewertung der Häuser 18 und 20 Zollergasse zu äußern und einen Bauamtsbericht darüber abzufordern, ob sich diese Realitäten zu einem Schulbaue, eventuell in welcher Ausdehnung eignen. (Angenommen.)

(2363, 2364, 2365, 2366, 2367.) **St.-R. Dr. Haier** referiert über die Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath und zwar:

des Dr. Joh. Nep. Prix, Bürgermeister der Stadt Wien, Hof- und Gerichtsadvocat, Hausbesitzer, I., Rathhaus;

Georg Boschan, Bürger- und Rohproductenhändler, I., Bäckerstraße 9;

Theodor Ritt. v. Goldschmidt, Civil-Ingenieur und k. k. Baurath, I., Nibelungengasse 7;

Dr. Moriz Lederer, Hof- und Gerichtsadvocat, I., Hoher Markt 4;

Josef Matzenauer, k. u. k. Hof-Juwelier und Bürger, I., Spiegelgasse 9;

Gustav Simon, Metallwaren-Fabrikant, I., Bauernmarkt 7;

Alois Wurm, k. k. Baurath, Architekt und Hausbesitzer, I., Kolowratring 4

(gewählt vom I. Wahlkörper des I. Bezirkes);

des Karl Meißl, Bürger und Hausbesitzer, II., Taborstraße 39;

Robert Geitler, Bürger und Hausbesitzer, II., Praterstraße 58;

Wilhelm Stiaßny, k. k. Baurath, Architekt und Hausbesitzer, I., Rathhausstraße 13;

Dr. Alfred Stern, Hof- und Gerichtsadvocat und Hausbesitzer, II., Untere Donaustraße 27

(gewählt vom I. Wahlkörper des II. Bezirkes);

des Dr. Raimund Grübl, Vice-Bürgermeister der Stadt Wien, Hof- und Gerichtsadvocat, III., Reisnerstraße 24;

Rudolf Luksch, kais. Rath, Bürger, Hausbesitzer, III., Hauptstraße 81;

Heinrich Matthies, Bürger und Bauspengler, III., Obere Weißgärberstraße 14

(gewählt vom I. Wahlkörper des III. Bezirkes);

des Heinrich Adam, Architekt, IV., Alleegasse 36;

Dr. Heinrich Billing Edl. v. Gemmen, Bürger, IV., Hauptstraße 40;

Anton Ganguſch, Bäcker und Hausbesitzer, IV., Hauptstraße 5

(gewählt vom I. Wahlkörper des IV. Bezirkes);

des Hermann Gerhardus, Lederfabrikant, Hausbesitzer, V., Hundsthurmerstraße 70;

Karl Lechner, Hausbesitzer, V., Hundsthurmerstraße 116

(gewählt vom I. Wahlkörper des V. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2603.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Magistrates, wonach gegen keinen der in der Zeit vom 13. bis inclusive 17. April l. J. in den Gemeinderath Gewählten ein Wahlausschließungsgrund vorliegt und wonach die sämmtlichen im Besitze des passiven Wahlrechtes sind, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2368, 2369, 2370, 2371, 2372.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Karl Baugoin, Gold- und Silberwaren-Fabrikant, Hausbesitzer, VI., Mariahilferstraße 23;

Josef Dominik Schlechter, Buchbinder und Hausbesitzer, Gumpendorferstraße 109

(gewählt vom I. Wahlkörper des VI. Bezirkes);

des Dr. Ludwig Bogler, Hof- und Gerichtsadvocat, VII., Westbahnstraße 6 A;

Ferdinand Taubler, Bürger, Seidenzeug-Fabrikant, Hausbesitzer, VII., Kaiserstraße 23;

Franz Frauenberger, Tapetenhändler, VII., Mariahiferstraße 18

(gewählt vom I. Wahlkörper des VII. Bezirkes);

des Franz Ritt. v. Neumann, k. k. Baurath, VIII., Piaristengasse 13;

Martin Ludwig Haßfurther, Bürger und Hausbesitzer, VIII., Piaristengasse 34

(gewählt vom I. Wahlkörper des VIII. Bezirkes);

des Ferdinand Dehm, Stadtbaumeister, Architekt, Bürger und Hausbesitzer, IX., Währingerstraße 2/4;

Bernhard Erndt, k. und k. Hof-Hafnermeister, Bürger und Hausbesitzer, IX., Pramergasse 25;

Karl Kaiser, Privatier, IX., Garnisongasse 24

(gewählt vom I. Wahlkörper des IX. Bezirkes);

des Josef Rissaweg, Hausbesitzer, X., Erlachgasse 9;

Alexander Dolainsky, Fabriksbesitzer und Hausbesitzer, X., Van der Nüllgasse 24

(gewählt vom I. Wahlkörper des X. Bezirkes);

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2327.) **St.-R. Schlechter** referiert über Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichts-Advocat und Hausbesitzer, I., Kolowratring 9

(gewählt vom II. Wahlkörper des I. Bezirkes);

des Josef Gierster, k. und k. Professor i. P., III., Beatrixgasse 19

(gewählt vom II. Wahlkörper des III. Bezirkes);

des Dr. Josef Scholz, praktischer Arzt, IV., Waaggasse 1

(gewählt vom II. Wahlkörper des IV. Bezirkes);

des Josef Strohbach, Lehrmittelhändler und Hausbesitzer, V., Schloßgasse 26

(gewählt vom III. Wahlkörper des V. Bezirkes);

des Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichts-Advocat, VIII., Lederergasse 3

(gewählt vom III. Wahlkörper des VIII. Bezirkes);

des Dr. Julius Rader, praktischer Arzt, XVIII., Weinhaus, Herrengasse 8;

Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, XVIII., Währing, Kreutzgasse 79

(gewählt vom II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2576.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Karl Ritt. v. Schlag um Entfernung einer von der bestandenen Gemeinde Grinzing aufgestellten Tafel, enthaltend die Gestattung des Fahrens und Reitens auf einem Wege vom Krapfenwaldl gegen den Kobenzl, und beantragt die Entfernung derselben.

(Angenommen.)

(2620.) **Derselbe** referiert über die Nothwendigkeit der Erweiterung des Friedhofes in Unter-Sievering und beantragt, behufs ehestmöglicher Beschaffung von gemeinsamen Gräbern die Erweiterung des genannten Friedhofes principiell zu genehmigen. (Angenommen.)

(2657.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Amtsdieners Gustav Bruckner um pachtweise Überlassung der zu dem Franz Widl'schen Stiftungshause in Unter-Döbling, Feldgasse 7, gehörigen Gartenparcelle Nr. 179 im Ausmaße von 345 □° und der Ackerparcelle Nr. 198 im Ausmaße von 287 □° und beantragt, diese Parcellen dem Genannten pro 1893 um den Pachtzins von 10 fl., respective 15 fl. zu überlassen. (Angenommen.)

(2426.) **Derselbe** referiert über den vom Gem.-Rath Steiner in der Sitzung vom 25. October 1892 eingebrachten Antrag, betreffend den mangelhaften Zustand der Gasse, welche die Friedlgasse in Unter-Sievering mit der Sieveringer Hauptstraße verbindet, und beantragt, den Bericht der Stadtbauamtes, wonach die Durchführung dieser Gasse als fahrbare Straße sich derzeit nicht empfiehlt und wonach wegen Instandsetzung und fernerer Instandhaltung dieses Weges zum Verkehre für Fußgeher das Geeignete verfügt wurde, mit dem Bemerken zur Kenntnis zu nehmen, dass im Bedarfsfalle sofort eine Beschotterung vorzunehmen sei. (Angenommen.)

(2434.) **St.-R. Dr. Steuzl** referiert über den Medicamentenkostenrückstand per 1 fl. 13 kr. nach Paul Jurena und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(2443.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Lünemann Erich, Privatbeamter und Hausbesitzer;

Fischer Fritz, Beamter, und

Czontoš Franz, Kutscher. (Angenommen.)

(2449.) **Derselbe** referiert über 18 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an nachbenannte 17 Gesuchsteller:

Lehner Karoline, Schuhmachermeisterswitwe;

Freisinger Karl, Bronzewarenerzeuger;

Lewicki Emil Nikolaus, Lebzelter und Zuckerbäcker;

Sršen Franz, Zimmermaler;

Boysy Albin, Amtsdiener;

Neuwirth-Siding Ludwig, Silberarbeitergehilfe;

Michalik Franz, Schuhmachermeister;

Hofer Anton Johann, Kanzleidiener;

Pecena Josefa, Private;

Bräutigam Gustav, Hausdiener;

Dworaček Johanna, Fragnerin;

Pech Franz Johann, Schuhmachermeister;

Richter Friederike, Private;

Schiller Aloisia, Stubenmädchen;

Metal Karoline, Köchin;

Fidler Josef, Scontist;

Jocham Katharina;

Diese Anträge werden angenommen.

(2525.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Franz Krammer, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 152 Simmeringer Hauptstraße, gegen die an ihn ergangenen sanitätspolizeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk vom 4. März 1893 und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(2526.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Anna Grundl, Eigenthümerin des Hauses Nr. 1 a Geystraße, XI. Bezirk, gegen die an sie ergangenen sanitätspozeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk vom 4. März 1893 und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(2320.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Andreas Schiffner, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 10 Dadlergasse, XIV. Bezirk, gegen die an ihn ergangenen sanitätspolizeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 6. März 1893 und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(2656.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Friedjung auf Bestellung einer neuen auswärtigen Wärterin für die chirurgische Abtheilung im städtischen Versorgungshause in Wien und beantragt, es sei zum Zwecke der Wartung der Kranken des chirurgischen Zimmers Nr. 30 a in der genannten Anstalt eine auswärtige Wärterin mit dem Monatslohn von 24 fl., respective 288 fl. jährlich zu bestellen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2621.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die von Dr. Josef Ipolt behufs Erhaltung und Ausschmückung des Einzelngrabes des Karl Moreau im Hernalser Friedhofe angebotene Graberhaltungswidmung und beantragt die Annahme dieser Graberhaltungswidmung im festzusetzenden Betrage von 550 fl. ö. W. in 4·2percentiger Rotenrente unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(2617.) **Derselbe** referiert über die von dem Notar Dr. Johann Bruck angebotene Graberhaltungswidmung bezüglich des Einzelngrabes der Karoline Mathey im Hernalser Friedhofe und beantragt die Annahme dieser Graberhaltungswidmung im Betrage von 100 fl. unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(1969, 2325.) **Derselbe** referiert über die in Anregung gebrachte Einlösung der Häuser Or.-Nr. 2 Hermannsgasse und Or.-Nr. 21 Neubaugasse behufs Durchführung der Seidengasse, VII. Bezirk, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, für die eventuelle Verlängerung der Seidengasse, VII. Bezirk, dem Stadtrathe die Baulinienbestimmung vorzulegen. (Angenommen.)

(324, 727, 1504.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die finanzielle Auseinandersetzung der Gemeinde Wien mit den Gemeinden Weidling, Weidlingbach, Hadersdorf, Mauer und Klosterneuburg im Sinne Art. VI des Einführungsgesetzes zum Wiener Gemeindestatute und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate vorgelegten Übereinkommen. Der noe. Landesausschuss ist zu ersuchen, diese Übereinkommen zu genehmigen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

(Auswanderungen nach Brasilien.)

(Aus dem Amtsblatte der k. k. Polizei-Direction Wien ex 1893, pag. 43.)

Laut eingelangter Mittheilung hat sich eine größere Anzahl österreichisch-ungarischer, in Brasilien angesiedelter Auswanderer an das k. und k. General-Consulat in Rio de Janeiro gewendet, um dessen Intervention behufs Abhilfe ihrer beklagenswerten Lage zu erwirken.

Da die den Einwanderern gemachten Zusicherungen der Zuweisung von Grund und Boden und Auszahlung von Vorschüssen nicht eingehalten werden, die Theuerung der zum Lebensunterhalte nothwendigen Artikel in Brasilien eine außerordentliche ist und die bisher betriebenen öffentlichen Straßenbauarbeiten, bei welchen ein Theil der Auswanderer eine kümmerliche Existenz fand, eingestellt worden sind, so ist die Lage derselben eine grenzenlos elende.

Angesichts dieser Zustände und des Umstandes, dass die k. und k. Gesandtschaft in Rio de Janeiro eine Milderung der Nothlage dieser Leute nicht herbeizuführen vermochte, ergeht infolge Erlasses des Ministeriums des Innern vom 11. Februar 1893, Z. 376 (intimiert mit Statthalterei-Erlass vom 8. März 1893, Z. 11138), an alle Auswanderungslustigen die dringende Mahnung, sich das Schicksal der aus Österreich-Ungarn nach den brasilianischen Staaten bereits Ausgewanderten vor Augen zu halten und den Versprechungen gewissenloser, nur auf ihren eigenen Vortheil bedachter Agenten nicht zu vertrauen, um nicht einem sicheren Elende und Untergange entgegenzugehen.

Im wehrpflichtigen Alter stehende Auswanderungslustige werden außerdem aufmerksam gemacht, dass jedermann, welcher in der Absicht, sich der Stellungspflicht zu entziehen, das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verlässt oder während der Stellung sich außerhalb der Grenze der Monarchie aufhält, sich nach § 45 des Gesetzes vom 11. April 1889 (R.-G.-Bl. Nr. 41) eines Vergehens schuldig macht und mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre und an Geld von 100 bis 1000 fl. bestraft wird. Außerdem wird derselbe als Stellungsflüchtling behandelt und hat die im § 44 des erwähnten Gesetzes normierte Zeit über die gesetzliche Präsenzdienstzeit zu dienen.

* * *

(Silber- und Kupfermünzen-Einziehung und Bronzemünzen-Ausgabe.) Im Sinne des Gesetzes vom 24. März 1893, R.-G.-Bl. Nr. 42, werden die auf Grund des kaiserlichen Patentes vom 19. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 169, ausgeprägten Landes-Silbermünzen zu zwei Gulden (2 fl.) und zu einem Viertelgulden (1/4 fl.) außer gesetzlichen Umlauf gesetzt und diese Münzen nur noch bis einschließlich 31. Mai 1893 im Privatverkehre — von den k. k. Cassen und Ämtern jedoch bis einschließlich 31. Juli 1893 — zum Nennwerte, beziehungsweise mit dem im Artikel X des Gesetzes vom 2. August 1892, R.-G.-Bl Nr. 126, bestimmten Zahlwerte in Zahlung angenommen.

Gemäß Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 19. März 1892, Z. 1694/FM, wurde am 1. April 1893 mit der Hinausgabe der Bronzemünzen der Kronenwährung zu zwei und einem Heller bei den k. k. Staatscassen begonnen.

Die Bronzemünzen österreichischen und ungarischen Gepräges sind nach dem Gesetze zu ihrem Nennwerte, und zwar bei Zahlungen in österreichischer Währung dergestalt anzunehmen, dass das Zweihellerstück gleich einem, das Hellerstück gleich einem halben Kreuzer österreichischer Währung gerechnet wird.

Jedoch ist Niemand verpflichtet, Bronzemünzen in einem Betrage von mehr als 50 Kreuzern österreichischer Währung, beziehungsweise von mehr als 100 Hellern in Zahlung zu nehmen; nur von den Staats- und öffentlichen Cassen müssen Bronzemünzen bis zu dem Betrage von 5 fl. ö. W., beziehungsweise 10 Kronen in Zahlung genommen werden.

Im Verhältnisse der Ausgabe der Bronzemünzen der Kronenwährung werden Kupfermünzen zu vier Kreuzern österreichischer Währung von den k. k. Staatscassen aus dem Verkehre gezogen werden.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 30. April bis 6. Mai 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	220.555 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 179.042; aus Ober-Österreich — 393; aus Mähren — 6033; aus Böhmen — —; aus Galizien — 31.765; aus Ungarn — 2894; aus der Bukowina — 1398; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	47.941 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 7485; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 108; aus Galizien — 40.315; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 33 Kg.)
Schaffleisch	887 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 63; aus Mähren — —; aus Galizien — 724; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 100 Kg.)
Schweinfleisch .	37.558 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 27.380; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 400; aus Mähren — 670; aus Galizien — 7344; aus Ungarn — 1764; aus Croatien — — Kg.)
Kälber	1542 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 185; aus Ober-Österreich — 3; aus Mähren — 8; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1307; aus Ungarn — 38; aus der Bukowina — 1; aus Böhmen — — St.)
Schafe	112 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 98; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — —; aus Galizien — 8; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 4 St.)
Schweine . . .	357 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 7; aus Mähren — —; aus Galizien — 347; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	124 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 64; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 14; Ungarn — 46 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	15.600 Kg.	Kälber	95 Stück
Kalbfleisch . . .	970 „	Schafe	7 „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	661 „	Lämmer	48 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	70	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	95	„ „ „
Kalbfleisch		„	25	„	70	„ „ „
extrem		„	—	„	—	„ „ „
Schaffleisch		„	36	„	54	„ „ „
Schweinfleisch		„	50	„	70	„ „ „
Kälber		„	30	„	60	„ „ „
Schafe		„	30	„	44	„ „ „
Schweine		„	46	„	60	„ „ „
Lämmer		„	2½	„	5 fl. per Stück.		

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche etwas geringer, die Nachfrage, besonders für mittlere und mindere Sorten, lebhafter, weshalb sich auch die Verkaufspreise dieser Sorten im allgemeinen um 2 bis 4 kr. per Kilo erhöhten, während bessere Qualitäten knapp die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

(Pferdemarkt vom 5. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 577 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—325 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 24—65 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 30. April bis 6. Mai 1893:

(Geschlachtet wurden 360 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	vom Pferde	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	26—44 „
Lungen- und Rostbraten . .		1 „	30—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—48 „
Dürre Würste		1 „	32—60 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 2—4·—
Häute		per St.	„ 3—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 8. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4621, Weidevieh — —, Beinlvieh — 521.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2156
Galizische „ . . .	1314
Deutsche „ . . .	1641
Büffel „ . . .	31

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4103
Stiere	626
Kühe	413

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 48	bis 60½	fl.
(extrem	„ —	„ 61	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 48	„ 60	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 49	„ 62½	„
(extrem	„ 63	„ 64	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von 23	bis 32	fl.
Stiere	„ 24	„ 32	„
Kühe	„ 21	„ 30	„
Büffel	„ 16	„ 24	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 47 bis 103 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . 192 Stück
Beinlvieh . . . 37 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 314 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des starken Auftriebes guter Qualitäten ziemlich flau, daher die Preise um 1 bis 2 fl. per 100 Kilo fielen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April bis 6. Mai 1893.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 76—80 Kg.)	von 8 fl.	50 kr.	bis	9 fl.	45 kr.	per 100 Kg.
Roggen („ 68—72 „)	„ 7 „	80 „	„	8 „	20 „	
Gerste	„ 4 „	65 „	„	8 „	75 „	
Mais	„ 5 „	40 „	„	5 „	60 „	
Hafer	„ 6 „	70 „	„	7 „	60 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von 15 fl.	25 kr.	bis	17 fl.	— kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„ 6 „	75 „	„	17 „	— „	
Roggenmehl	„ 8 „	— „	„	14 „	50 „	
Weizenkleie	„ 4 „	25 „	„	4 „	60 „	
Roggenkleie	„ 4 „	70 „	„	4 „	80 „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 27. April bis 4. Mai 1893.

Waren eingelagert . . . . . 16.034 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 27.810 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7.307 Meter-Centner.

Lagerstand vom 4. Mai 1893: 251.646 Meter-Centner, und zwar:

69.645	Meter-Centner	Weizen,	20.141	Meter-Centner	Roggen,
27.545	„	Gerste,	29.639	„	Hafer,
28.424	„	Mais,	2.845	„	Ölsaaten,
10.867	„	Mehl u. Kleie,	9.069	„	Wein,
2.336	„	Zucker,	7.142	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,439.460 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

(Verschärfte Überwachung der auf Anpreisung von Arzneifabricaten bezughabenden Druckschriften.) Anläßlich der von einer k. k. Staatsanwaltschaft verfügten Beschlagnahme einer bei einem Inlandspostamte aus dem Auslande angelangten größeren Anzahl von Exemplaren der Druckschrift: „Die naturgemäße Pflege des kranken Menschenkörpers" von Ph. Dr. Cherwy, 82. Auflage, Düsseldorf, Koetz Verlagsgeschäft, welche reclamhafte Anpreisungen von Arzneifabricaten des Apothekers C. Thelen in Köln a. Rh. enthielt, hat das hohe k. k. Justizministerium mit Erlaß vom 27. März 1892, Z. 6080, die k. k. Oberstaatsanwaltschaften aufgefordert, die Aufmerksamkeit der unterstehenden Staatsanwaltschaften auf die stattfindende Verbreitung von Druckschriften gedachter Art zu lenken, um dagegen, sei es wegen des strafbaren Inhaltes, sei es wegen unbefugter Colportage mit den gesetzlich zulässigen Repressivmaßregeln vorgehen zu können.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat nun mit Erlaß vom 22. März 1893, Z. 17472, den Magistrat angewiesen, bei der pressspolizeilichen Überwachung von Druckschriften auf Presserzeugnisse der gedachten Art ein besonderes Augenmerk zu richten.

Gewerbeangelegenheiten.

(Verbot der Ausgabe von Blechmarken und anderen Geldanweisungen.) Die Ausgabe geldvertretender Privatanweisungen und Marken, wie solche öfter von Gastwirten, Cantineuren und auch von Arbeitsgebern den Arbeitern von Fabriken und Gewerkschaften gegenüber geübt wird, ist, abgesehen von der Bestimmung des § 78 der Gewerbeordnung, welche den Arbeitsgebern die Auszahlung der Arbeitslöhne in barem Gelde zur Pflicht macht und daher die Benützung von Blechmarken zu Lohnzahlungen nicht zuläßt, auch als ein Eingriff in die Hoheitsrechte des Staates und in die Finanz-Gesetzgebung ungesetzlich und demnach ganz und gar unstatthaft.

* * *

(Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.)

Vom **1. bis 30. April 1893** wurden vorgemerkt:

Meisteranmeldungen	 52
Lehrlingsanmeldungen	 72
Vermittlungen	 24

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen	 4104
Lehrlingsanmeldungen	 4701
Vermittlungen	 2252

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 4. Mai bis 8. Mai 1893.

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Baustelle II, Grundb.-Einl. 56 Arsenalweg (Gürtelstraße), von Karl Tucek und Joh. Mayer, Bauführer J. Doležal (2988).

IX. Bezirk: Haus, Baustelle IX, Lazarethgasse 16—18, von Adolf und Anna Rühnkorf, Bauführer W. Klingenberg (2945).

XIV. Bezirk: Einstöckiges Wohn- und Geschäftshaus, Rudolfsheim, Buchgasse, C.-Nr. 50, Grundb.-Einl.-Z. 1312, von Julius Schönwald, Bauführer Heinrich Staud, Stadtbaumeister (9886).

XIX. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Unter-Sievering, Weinberggasse Einl.-Z. 285, Parcelle 557/2, von Josef und Rosalie Schadek, Bauführer Eduard Spieß (8764).
" " Cottagehaus, Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße Or.-Nr. 16, von Marianne Janak v. Freyenwald, durch Dr. Gustav Egger, Bauführer Anton Gürlich (8781).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Saal, Taborstraße 11, von Theresia Mühlsteiner, Bauführer G. Löwitsch (2933).
" " Scholzgasse 7, von Dr. Josef Porzer, Bauführer A. Krones (3042).
" " Schiffmühlenstraße 116, von Ferd. Edlinger, Bauführer E. Schätz (3043).
VI. Bezirk: Millergasse 22, von Josef und Anna Wertheimer, Bauführer J. Prokop (2960).
VII. Bezirk: Hoftract, Halbgasse 22, von Karl Würbel und Anton Czokally, Bauführer E. Schwarzer (3003).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 64, von Jakob Cerny, Bauführer Johann Prokſch (10482).
" " Rudolfsheim, Fischergasse 19, von Ferd. Gerno, Bauführer Johann Neuwirth (10519).
" " Rudolfsheim, Karolinengasse 8, von Christoph Bauer, Bauführer Ed. Schwarzer (10520).
" " Rudolfsheim, Reindorfgasse 5, von Lucas Ermer, Bauführer Otto Ettmayr (9883).
" " Rudolfsheim, Neugasse 13, von Barbara Kamenitzky Bauführer Johann Töpfl, Baumeister (9884).
" " Sechshaus, Wehrgasse 4, von Franz Grohse, Bauführer Adolf Zwerina (9890).
" " Seitentract, Rudolfsheim, Dreihausgasse 19, Einl.-Z. 179, von Hermine Grüning, Bauführer A. Blaschke, Architekt.
" " Rudolfsheim, Sigmundsgasse 4, von Sebastian Obermayer, Bauführer Johann Prokſch, Maurermeister (9982).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Goldschlagstraße 19, von Gustav Lindner, Bauführer Matthias Millik, Maurermeister (8007).
XVI. Bezirk: Ottakring, Wagnergasse 8, von Franz Kitzler, Bauführer Franz Horak (19175).
" " Ottakring, Grüllemeyergasse 15, von Anna Zak, Bauführer Josef Strauß sen. (19742).
" " Hernals, Uniongasse 4, von Aurelie Friedrich, Bauführer Franz Gräf (19776).
XIX. Bezirk: Wohnzimmerzubau im Hofe, Unter-Döbling, Peregrinigasse 145, von Josef Kamptner, Bauführer Franz Feigl (8768).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Bräunerstraße 7, von Karl Schuh, Bauführer F. Prokeſch (2963).
" " Neuer Markt 7, von Stanislaus Hanuſch, Stadtbaumeister (2991).
" " Rothenthurmstraße 15, von Karl Quidenus, Stadtbaumeister (3011).
" " Freyung 1, von Jg. und J. Kuffner, Bauführer Franz Bock (3048).
II. Bezirk: Große Sperlgasse 43, von Karl Meißl, Bauführer D. Hofmann (2914).
" " Schiffamtsgasse 10—12, von Johann Krottenthaler, Maurermeister (2934).
" " Lilienbrunngasse 21, von Max Kaiſer, Baumeister (2976).
" " Circusgasse 2, von Wolfgang R. v. Manner, Bauführer A. Tichy (2980).
" " Vereinsgasse 7, von Hermann und Regina Konrad, Bauführer A. Oberländer (2999).
" " Stefaniestraße 2, von Rudolf Jäger (3035).
III. Bezirk: Seidlgasse 4, von Dr. Julius Pfeiffer, nomine Prinz Alois Liechtenstein, Bauführer J. Pflugmacher (2959).
" " Matthäusgasse 11, von Joh. Strudl, Bauführer J. Schobesberger (3038).
IV. Bezirk: Wienstraße 23, von Alexander Taigny, Bauführer L. Scherer (2911).
" " Victorgasse 16, von Ignaz Beran, Bauführer J. Spilka (2930).
" " Favoritenstraße 40, von Anna Kunz, Bauführer C. Beranek (2946).
V. Bezirk: Margarethenstraße 6, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3017).
" " Rüdigergasse 7, von Anton Salzer, Bauführer J. Schonka (3041).
VI. Bezirk: Garbergasse 20, von Stephan Kostrik, Bauführer A. Langer (2919).
" " Millergasse 40, von Karl Flemmiſch, Bauführer M. J. Sturany (2994).
VII. Bezirk: Westbahnstraße 7, von Johann Lipka, Bauführer J. Müller (2979).
" " Kandlgasse 12, von Franz Schachhuber, Bauführer? (3037).
IX. Bezirk: Alserbachstraße 6, von Franz Krazik, Bauführer M. Göd (3000).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 40, von Johann Jiskra, Bauführer Wenzel Gabauer (19617).
" " Ottakring, Panikengasse 5, von Anton Marksteiner, Bauführer Georg Kowařik (19162).
" " Ottakring, Annagasse 4, von Mathilde Horak, Bauführer Thomas Mann (19161).
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 14, von Georg Kowařik, Bauführer Franz Haslinger (19165).
" " Ottakring, Römergasse 16, von Josef und Marie Petzina, Bauführer Franz Lehninger (19326).
" " Ottakring, Hauptstraße 189, von Josefa Opfermann, Bauführer Ferdinand L. Baldia (19327).
" " Ottakring, Hauslabgasse 14, von Johann Schmitz, Bauführer Franz Roth (18782).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 95, von Walburga Albach, Bauführer Adalbert Pachner, Maurermeister (15811).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Canal, Erzherzog Karlplatz 1, von Gebrüder Guttmann, Bauführer J. Nowak (2992).
III. Bezirk: Rauchfang, Landstraße, Hauptstraße 124, von Karl Kronsteiner, Bauführer F. Reitbauer (2950).
" " Magazin, Dietrichgasse 12, von Josef Voigt & Comp., Bauführer ? (2984).
IV. Bezirk: Fassaufzug, Favoritenstraße 17, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3018).
" " Rohrcanal, Favoritenstraße 17, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3019).
V. Bezirk: Hofeindeckung, Griesgasse 12, von Sandor Jaray, Bauführer A. Zwerina (2947).
XI. Bezirk: Zwei Aborte, eine Senk- und Mistgrube, drei Holzlager und eine Veranda und Adaptierung, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße 29, von Michael Hierner, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (6779).
" " Einmündung des Rohrwasserlaufcanales in den Wasserlauf, Simmering, Theresiengasse Consc.-Nr. 343, von Lorenz Hawlitschek, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (6780).
XII. Bezirk: Gassenfaçade-Renovierung, Unter-Meidling, Ehrenfelsg. 22/24, von Wilhelm Schediwy, Bauführer Friedrich Sonnenburg (12878).
" " Stirnmauer-Aufstellung, Unter-Meidling, Franzensgasse 26, von Anna Adam, Bauführer Josef Hartl (13032).
" " Hausrenovierung, Unter-Meidling, Hirschengasse 6, von Jos. Löffler, Bauführer Josef Rucker (13033).
XIII. Bezirk: Stiegenhaus, Breitensee, Hütteldorferstraße 62, von der Österr.-Amerikaniſchen Gummifabriks-Actiengeſellſchaft, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (11918).
XV. Bezirk: Haus, Adaptierung für Bureauzwecke, Fünfhaus, Neubaugürtel Or.-Nr. 14 u. 16, Consc.-Nr. 635/636, von der k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen, in Vertretung des Provisionsfonds ihrer Arbeiter und Diener als Eigenthümer des Hauses, Bauführer Friedrich Dirnberger, bgl. Stadtmaurermeister (8236).
" " Haus, Adaptierung für Bureauzwecke, Fünfhaus, Felberstraße Or.-Nr. 2a, Consc.-Nr. 707, von der k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen, in Vertretung des Provisionsfonds ihrer Arbeiter und Diener als Eigenthümer des Hauses, Bauführer Friedrich Dirnberger, bgl. Stadtmaurermeister (8235).
XVI. Bezirk: Canal, Ottakring, Payergasse 4, von Anna Kohn, Bauführer Josef Schmetterer (18962).
" " Stall, Ottakring, Abelegasse 13, von Anton Berger, Bauführer Thomas Hofer (19163).
XVII. Bezirk: Herstellung einer neuen eisernen Treppe, Hernals, Hauptstraße 2d, von Moriz Taussig, Bauführer ? (15706).
" " Herstellung einer Düngergrube, Neuwaldegg, Salmannsdorferstraße 3, von Jakob Rothberger, Bauführer Heinrich Glaser, Stadtbaumeister (15812).
" " Herstellung eines neuen Wasserlaufes, Hernals, Teichgasse 1, von Felix Pfeifer, Bauführer Karl Kuzel, Maurermeister (14732).
" " Herstellung einer Jauchengrube, Dornbach, Pointengasse 6, von Eduard Strache, Bauführer Johann Steinmetz, Baumeister (14860).

Für Stockwerksaufsetzungen:

XII. Bezirk: Stockaufbau auf einen ebenerdigen Tract, Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 118—120, von Karl Otte, Bauführer Friedrich Sonnenburg (12877).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 45, von Elise Nemeth, Bauführer Wenzel Marek (19325).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Grundb.-Einl. 2199, Treustraße, von Leopold, Anton und Marie Schwarzhuber (3010).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Haidgasse 16, von Emerich Blasser (2932).
VII. Bezirk: Siebensterngasse 33, von Karl Quidenus, Stadtbaumeister (3012).
VIII. Bezirk: Lerchengasse 11, von Josef Redler (3029).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Franzensgasse, Einl.-Z. 1126, Parc. 586, Gruppe 281/4, von Maximilian Großmann (12875).
XIV. Bezirk: Cat.-Parc. 1087, Grundb.-Einl.-Z. 913, Rudolfsheim, Goldschlagstraße Or.-Nr. 72, von Jos. Král (10064).
XVI. Bezirk: Ackerparc. 766, Einl.-Z. 1918, Ottakring, von Julius Frankl und Alfred Sachs (19743).
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 56, von Josef Seichert (19932).
XVII. Bezirk: Hernals, Palffygasse 16, von Ferdinand Rößler (14751)
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße 16, von Marianne Jonak von Freyenwald. (8831).

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Kauditsch Barbara — Feilbieten von Gebäck, Obst und Grünwaren — XVIII., Währing, Kreutzgasse 60.
Szellinger Josef — Fleischselchwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 63.
Kastl Anton — Friseur — XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 26.
Bauer Julie — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 19.
Hondl Magdalena — Gast- und Schankgewerbe — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 60.
I. katholischer Arbeiter-Verein für Niederösterreich — Gastgewerbe — V., Kohlgasse 13.
Gaigg Rudolf — Gastwirt — IV., Favoritenstraße 12.
Korotwitzka Johann — Gastwirt — I., Wipplingerstraße 20.
Basel Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 61.
Grubwieser Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 224.
Grünhut Arnold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 19.
Heffmann Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Idagasse 3.
Hlawacsek Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Franzensgasse 17.
Kohoutek Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 7/9.
Prechtl Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 18.
Scherr Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Gurkgasse 7.
Werner Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserbachstr. 10.
Klempa Johann — Grünwarenhandel — XVI., Ottakring, Seitenberggasse 28.
Siebenschein Bernhard — Handel mit Knöpfen — I., Ruprechtsplatz 2.
Schwanhauser Franz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Wienerstraße 56.
Spatka Johann — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 62.
Böhm Michael — Maurergewerbe — IV., Schleifmühlgasse 6.
Spurzem Engelbert — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 47.
Sosna Wenzel — Milchmeier — XIV., Rudolfsheim, Sigmundsg. 13.
Binder Hermine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Straßnitzkyg. 6.
Krampf Anton — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Herrengasse 37.
Wettengel Marie — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI. Ottakring, Gansterergasse 9.
Ertel Amalia — Milch-, Gebäck-, Eier- und Butter-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Steinergasse 17.
Hoffmann Isaak — Pfaidler — IX., Nussdorferstraße 29.
Wögerer Wilhelmine — Pfaidlerei und Bordruckerei — I., Hoher Markt 9.
Eibl Josef — Photograph — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 62.
Petržilka Anton — Schuhmacher — V., Hundsthurmerstraße 111.
Nowotny Marie — Schuhwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Kohlenhofgasse 7.
Hreschich Josef — Seifensiedergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Badg. 11.
Patera Franz — Spengler — V., Embelgasse 34.
Schartl Marie — Spirituosenhandel — X., Hasengasse 24.
Ballada Anton — Tischler — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstr. 22.
Hansen Josef — Veranstaltung von Kahnfahrten am untersten Teiche am Galizinberge — XVII., Dornbach, Braungasse 15.
Giesl v. Gieslingen Johann — Verkauf von Gratulationskarten — IV., Alleegasse 20.
Skrivan Benigna — Verschleiß von Kerzen, Seife, Lauge und Petroleum — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 56.
Pabst Alois — Verschleiß von neuen Uhren — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 28.
Kralik Johann — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Wielandgasse 11.
Simek Marie — Victualien-Verschleiß — X., Columbusgasse 68.
Simon Anna — Wäschergewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 79.
Stanek Anna — Wäschereigewerbe — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 67.
Fabesch Therese — Woll- und Pfaidlerwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. Mai 1893.

Faber Roman — Bäcker — V., Matzleinsdorferstraße 41.
Paukert Theodor — Brantweinausschank und Verabreichung von Thee und Punsch — XI., Simmering, Felbergasse 14.
Beutel Marie — Dienstvermittlung — IV., Karolinengasse 18.
Forberger Karl — Erzeugung von Waschsoda — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 23.
Zentner Marie — Gastwirtin — III., Gärtnergasse 3.
Cselko Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 13.
Danzinger Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hermanng. 11.
Franke Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptzollamt.
Hemrich Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Albertg. 27.
Lechner Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Sigmundsgasse 4.
Souček Karl — Herrenkleidermacher — VII., Myrthengasse 17.
Svetlik Anton — Herrenkleidermacher — III., Custozzagasse 5.
Toisl Johann — Herrenkleidermacher — VII., Lerchenfelderstraße 33.
Topfer David, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — XVIII., Währing, Gürtelstraße 66.
Blazek Anna — Kaffeesiedergewerbe — VII., Kaiserstraße 56.
Laska Theodor — Markt-Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Grzegorz Christine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Embelg. 22.
Heublum Chaje — Modistin — VII., Siebensterngasse 35.
Pollander Edmund — Musiker — VII., Schottenfeldgasse 22.
Fülöp Benno — Photograph — V., Kleine Neugasse 21.
Brolich Alexandrine — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VIII., Josefsgasse 12.
Pinsa Karl — Schleifergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 21.
Topfer Michael — Schlossergewerbe — XVIII., Währing, Schulgasse 47.
Höritsch Johann — Schuhmacher — VIII., Strozzigasse 25.
Eisner Karoline — Spirituosenhandel — IX., Fluchtgasse 9.
Grom Karoline — Spirituosen-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 65.
Flechner Emil — Tapezierer — VIII., Florianigasse 46.
Goldstein Marianne Gittel — Trödlergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 51.
Wimmer Franz — Victualien-Verschleiß — III., Adamsgasse 17.
Metschl Franz — Wasser-Installateur — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 12.
Lorenz Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIII., Penzing, Tegetthoffstr. 35.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. Mai 1893.

Michel Josef Hermann, Dr. — Advocatie — XVIII., Währing, Feldgasse 42.
Weiger Eduard — Ausleihen von periodischen Druckschriften — I., Heiligenkreuzerhof, Grashofgasse 3.
Lieb Johann — Ausschank von Wein und Verabreichung kalter Speisen — IV., Pressgasse 17.
Brendl Jakob — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Commune Wien — Betrieb des Theresienbades — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 6.
Roth Siegmund — Brantwein- und Theeschank — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 22.
Pitzinger Franz — Colporteur — X., Landgutgasse 3.
Nagel Wilhelm — Commissionshandel mit Rohholz — III., Reisnerstraße 2.
Tandler Leopold, Tandler Moriz — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Mölkerbastei 3.

Seffer Marie — Feilbieten von Obst, Blumen und Grünwaren — XVII., Hernals, Syringgasse 13.
Schaumberger Johann — Flaschenbierhandel — X., Kudlichgasse 36.
Herlitzek Samuel — Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 94.
Kellner Josef — Gastwirt — VIII., Florianigasse 13.
Schnabel Johann — Gastwirt — X., Bergstraße 1.
Seidl Johann — Gastwirt — I., Bellariastraße 12.
Eckerth Kaspar — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 4.
Hof Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 59.
Krötzl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leopoldigasse 4.
Leb Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Gartengasse 17.
Lenotta Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 9.
Schwager Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 40.
Sykora Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Weihburggasse 14.
Fischer Eduard, Dr. — Herausgabe des „Medicinisch-chirurgischen Centralblattes" — I., Renngasse 8.
Tammler Katharina — Himbeer- und Sodawasser-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 19.
Androsch Marie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 31.
Corček Johann — Kaffeesiedergewerbe — IX., Garnisongasse 3.
Lange Hermann Gustav — Kaffeeschankgewerbe — IX., Nussdorferstr. 9.
Hofmeister Franz — Leichenbestattungs-Unternehmung — XVII., Dornbach, Kirchenplatz 2.
Konstantin Karl — Marktwictualienhandel — XI., Simmering, Marktplatz.
Czernahorsky Barbara — Milch-Verschleiß — V., Schallergasse 1.
Braud Josefa — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Reschgasse 5.
Fuchs Julius — Pfaidler — I., Vorlaufstraße 1.
Pollak Louise — Pfaidlerin — I., Adlergasse 5.
Jatsch Johann — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 21.
Marnschka Johanna — Presshefe-Erzeugung — I., Renngasse 7.
Werner Emilie — Privat-Zitherschule — X., Herndlgasse 18.
Kudrna Karl — Sattler — X., Himbergerstraße 2.
Trnka Josef — Schnittwarenhändler — XVII., Hernals, Hauptstr. 104.
Prskavec Josef — Schuhmacher — VIII., Josefstädterstraße 79.
Strejček Matthias — Stahl- und Metallschleifer — XV., Fünfhaus, Pouthongasse 12.
Laurer Josef — Tapezierer — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 33.
Svoboda Josef — Taschnergewerbe — XVII., Hernals, Hauptstraße 32.
Zawadil Marie — Verabreichung von kalten Speisen und Liqueuren und Ausschank von Bier — VIII., Josefstädter-Theater.
Kulka Robert — Veranstaltung einer Möbelindustrie-Ausstellung — I., Gartenbau-Gesellschaft.
Rott Richard — Verschleiß von Fahrrädern, Nähmaschinen, Lampen und den einschlägigen Artikeln — IX., Porzellangasse 52.
Strumpf Rosina — Victualienhandel im Umherziehen — V., Matzleinsdorferstraße 32.
Lecmann Josefine — Zeitungs-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 33.
Wittek Wilhelm — Zeitungs-Verschleiß — X., Quellengasse 244.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1893.

Kuhlmey Karoline Aloisia — Anstreichergewerbe — II., Haidgasse 15.
Nowaczek Anton — Bestandwirt — I., Ballgasse 6.
Skutetzky Francisca — Bettdecken-Erzeugung — IX., Rögergasse 12.
Reinwein Marie — Bindergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Kreindlg. 8.
König Rudolf — Brantwein- und Theeschank — XIV., Rudolfsheim, Schwendergasse 2. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg wegen Fernbleibens . . . 937
2. Dank der Vorstehungen des St. Annen-Kinderspitales und des Central-Krippenvereines für die der Frau H. Nilius verliehene communale Auszeichnung . . . 937
3. Zuschrift der Vorstehung des Allgem. nied.-österr. Volksbildungs-Vereines, betreffend die Annahme der ihr alternativ bewilligten Subvention . . . 937
4. Spende des Wohlthätigkeitsbazars vom Jahre 1893 . . . 937
5. Desgleichen des Herrn Jacques Landesmann . . . 937
6. Desgleichen eines ungenannt sein Wollenden . . . 937
7. Desgleichen des Herrn Adolf Kuffner . . . 937
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke . . . 937
9. Desgleichen des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Übertragung von, der freiwilligen Feuerwehr in Gaudenzdorf gehörigen Feuerwehr-Telegraphenapparaten . . . 937
10. Desgleichen des Gem.-Rathes Steiner, betreffend Incorrecthheiten des Bezirksausschusses Wilhelmy im XIX. Bezirke . . 938
11. Desgleichen des Gem.-Rathes Dr. Uhl, betreffend die Vergebung der Romancement-Lieferung für Baulos I des Sammelcanales am linken Donauufer . . . 938
Einlauf:
12. Petition der Bewohner von Kaiser-Ebersdorf, betreffend die Einführung der Straßenbespritzung in den Hauptstraßen (Gem.-Rath Seidler) . . . 938
Interpellationen:
13. Gem.-Rath Büsch, betreffend Vorkehrungen zur möglichsten Beseitigung der durch die Wasserrohrlegungen hervorgerufenen Geschäftshemmungen im XII. Bezirke . . . 939
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Überlassung des Rathhausplatzes für das Fest des „Deutschen Schulvereines" . . . 939
15. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend den Stand der Vorarbeiten für den Bau städtischer Gaswerke . . . 939
16. Gem.-Rath Dobeš, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling . . . 939
Anträge:
17. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Convertierung der älteren Gemeindeanlehen . . . 939
18. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Regulierung des am Ausgange der Siebenbrunnen- und Kohlgasse im V. Bezirke gelegenen städtischen Grundes . . . 940
19. Gem.-Rath Dobeš, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling . . . 940
20. Gem.-Rath Kaspar, betreffend die Berücksichtigung der in den entlegenen Bezirkstheilen seßhaften Professionisten bei Vergebung von Arbeiten für diese Gebiete . . . 940
21. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Maria Theresienbrücke in Meidling . . . 940
22. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Errichtung von Schlachthäusern für Pferde und Stechvieh . . . 940
23. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Änderung und Ergänzung der öffentlichen Beleuchtung im XVI. Bezirke . . . 941
24. Gem.-Räthe Bärtl und Steiner, betreffend die Einführung der Gas- und Wasserleitung in der Neustiftgasse im XIX. Bezirke, anläßlich der Arbeiten wegen Überwölbung des Krottenbaches . . . 941
Referat:
25. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung . . . 941
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Mai 1893 . . . 957
Allgemeine Nachrichten:
Auswanderungen nach Brasilien . . . 963
Silber- und Kupfermünzen-Einziehung und Bronzemünzen-Ausgabe . 963
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 30. April bis 6. Mai 1893 . . . 964
Pferdemarkt vom 5. Mai 1893 . . . 964
Schlachtviehmarkt vom 8. Mai 1893 . . . 964
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April bis 6. Mai 1893 . . . 965
Städtisches Lagerhaus . . . 965
Sanitätsangelegenheiten:
Verschärfte Überwachung der auf Anpreisung von Arzneifabricaten bezughabenden Druckschriften . . . 965
Gewerbeangelegenheiten:
Verbot der Ausgabe von Blechmarken und anderen Geldanweisungen 965
Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates . . . 965
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. Mai bis 8. Mai 1893 . . . 965
Gewerbeanmeldungen . . . 967
Kundmachungen.
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro März 1893.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 47665
Ref.-Nr. 754 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung und Regulierung des Meidlinger Kirchenplatzes vor der Kirche St. Johann von Nepomuk** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1557 fl. 74 kr. und 30 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 69808
Ref.-Nr. 1193 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Kandlgasse im XV. Bezirke** im Kostenbetrage von 1167 fl. 76 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 2—3

Prot.-Nr. 229810 ex 1892.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 17 Nussdorferstraße / 12 Fuchsthalergasse Einl.-Z. 590 IX. Bezirk entstandenen Baustelle im Ausmaße von circa 486 m²** wird vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **10. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte sind entweder 5% (fünf Percent) von dem Kaufpreise, welcher sich nach dem Anbote mit Rücksicht auf das im Plane angegebene Flächenmaß ergibt, als Vadium anzuschließen, oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. April 1893. 3—3

---

*

Ad Prot.-Nr. 56046

Ref.-Nr. 946 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Zollergasse, zwischen der Siebenstern- und Mondscheingasse im VII. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1729 fl. 65 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 56080

Ref.-Nr. 948 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Grüngasse im V. Bezirke, zwischen der Wienstraße und Rüdigergasse,** im veranschlagten Kostenbetrage von 1826 fl. 39 kr. und 250 fl. Pauschale, zusammen von 2076 fl. 39 kr., wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. April 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 24624.

Ref.-Nr. 386 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung der Zelinkagasse im I. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4938 fl. 35 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. April 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 151599
Ref.-Nr. 2238 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau eines Haupt-Unrathscanales in der Josefigasse und am Ortsplatze im XII. Bezirke** im Kostenbetrage von 988 fl. 58 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 52686 ex 1893
Ref.-Nr. 869. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Wipplingerstraße, vom Stoß im Himmel bis zur Renngasse im I. Bezirke,** und zwar entweder a) einer Pflasterung mit **Asphalte comprimé** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr. und 300 fl. Pauschale **oder** b) einer **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr., sowie wegen Vergebung der bezüglichen **Steinpflasterungs-Arbeiten** mit den veranschlagten Beträgen von 2789 fl. 23 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise von 2892 fl. 1 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 61883
Ref.-Nr. 1039 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Mittersteiges im V. Bezirke, von der Ziegelofen- bis zur Phornsgasse und von der Kron- bis zur Klagbaumgasse,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1699 fl. 26 kr. nebst 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa

erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 62595

Ref.-Nr. 1042 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Hengasse im IV. Bezirke von der Wohlleben- bis zur Karolinengasse** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 6634 fl. 78 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 2—3

G.-Z. 63903.

Kundmachung.

(Stiftungsplätze.)

Laut Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 23. März l. J., Z. 5230/I 437, gelangen in den k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten mit dem Schuljahre 1893/94 vier **Graf Deblin'sche Stiftungsplätze** böhmischer Abtheilung zur Besetzung.

Die Aufnahmsbedingungen sind in der mit dem 8. Stück des Normal-Verordnungsblattes für das k. u. k. Heer vom Jahre 1888 verlautbarten „Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten aus der Privaterziehung in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungs-Anstalten" enthalten.

Bewerber um die erwähnten vier Graf Deblin'schen Stiftungsplätze haben den Taufschein, ein ärztliches Zeugnis, das letzte Schulzeugnis, den Heimatschein und ferner auch den Nachweis beizubringen, dass sie von einer Familie des Herren- oder Ritterstandes aus Mähren oder von Edelleuten aus anderen erbländischen Provinzen abstammen.

Die Gesuche sind bis längstens 31. Mai 1893 unmittelbar bei der k. k. Statthalterei in Prag einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

als politische Behörde I. Instanz,

am 22. April 1893. 2—3

G.-Z. 69259

X.

Kundmachung.

(Stiftung für eine erwerbsunfähige Erzieherin.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die **Alida Fleischmann'sche Stiftung,** welche aus dem jeweiligen Zinsenerträgnisse von 4000 fl. Schuldverschreibungen der Kaiserin Elisabeth-Bahn besteht, für eine erwerbsunfähig gewordene Erzieherin zur Verleihung gelangt.

Anspruch auf diese Stiftung haben erwerbsunfähige Erzieherinnen katholischer Religion, welche durch 20 Jahre im Erziehungsfache gewirkt haben. Der Genuss dauert durch die ganze Lebensdauer der Bezugsberechtigten.

Bewerberinnen um obige Stiftung haben ihre Gesuche bis **längstens 10. Mai l. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und dieselben mit dem Tauf- und Heimatscheine, einem legalen Armutszeugnisse sowie den Nachweisen über eine mindestens 20jährige Wirksamkeit im Erziehungsfache und ihrer Erwerbsunfähigkeit zu belegen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1893. 2—2

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 38. Freitag, den 12. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 16. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 19. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **8. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Geitler und Winkler entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Ich habe die Ehre, einige in der letzten Sitzung gestellte Interpellationen zu beantworten.

Herr Gem.-Rath Dobeš hat wegen der Aufstellung der Einspänner am Meidlinger Bahnhof eine Interpellation eingebracht, worüber ich die Erhebungen gepflogen habe, deren Resultat ich mir mitzutheilen erlaube.

Laut beiliegenden gedruckten Begehungs-Protokolles vom 20. September 1892 und des § 10 des beiliegenden Vertrages hat die Localbahn Wien-Wiener Neudorf sich verpflichtet, für den zu ihrer Geleiseanlage benöthigten Einspännerstandplatz vor dem sogenannten Asylhause der Südbahn einen entsprechenden Ersatz hinter dem Wagenaufstellungsplatze vor dem Ausgange des Meidlinger Bahnhofes herzustellen. Bei einem jüngst über mündliches Ansuchen der Einspänner-Genossenschaft wegen Regelung der Wagenaufstellung vor diesem Bahnhofe vorgenommenen Localaugenschein wurde zufolge beiliegenden Protokolles constatiert, dass diese Localbahn einen sogar um einige Quadratmeter größeren, ordentlich gepflasterten, quadratischen Standplatz neben dem bisherigen ungepflasterten Wagenaufstellungsplatz hergestellt hat und ihrer diesbezüglichen Verpflichtung nachgekommen ist. Überdies wird sie zufolge eines Vertrages mit der Südbahn diesen Standplatz bis zu den Geleisen der Südbahn ausdehnen und pflastern.

Die Pflasterung des ungepflasterten Theiles des Wagenaufstellungsplatzes obliegt der Südbahn, und wird ihr hieramtlich ein neuerlicher Auftrag sofort zugehen.

Zufolge des beiliegenden Protokolles vom 6. Mai wird die Wagenaufstellung derart geregelt, dass die Einspänner einen der günstigsten Plätze vor dem Meidlinger Bahnhof zugewiesen erhalten, und wird diese neue Wagenaufstellung in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Was die Aufstellung einiger Einspänner in der Karlsgasse betrifft, so wurden sie, obwohl dieser Aufstellungsplatz nicht genehmigt ist, nicht „weggejagt", auch nicht von der Polizeibehörde (zufolge persönlicher Mittheilung des Herrn Commissariatsleiters), und stehen sie noch heute dort. Durch die neue Wagenaufstellung wird überdies dieser Standplatz erhalten.

3. Eine Interpellation des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Legung von Wasserleitungsrohren im XII. Bezirke und die dadurch vorgekommenen Verkehrsstörungen, habe ich die Ehre, wie folgt zu beantworten:

Nach den Erhebungen hat der vernommene Director bei der Einvernahme vom 8. Mai 1893 die Versicherung ausgesprochen, sofort Vorkehrungen zu treffen, dass eine Hemmung des Verkehres möglichst vermieden werde. Die vom Herrn Interpellanten gestellte Forderung, dass die Arbeiten in zwei Theilstrecken in zwei Tagen vollendet werden, ist unmöglich stets einzuhalten, weil vorerst der Rohrgraben ausgehoben, sodann die Rohre gelegt und mit Blei verdichtet werden müssen, worauf erst dann die Druckproben bei offenem Rohrgraben vorgenommen werden können. Bei einer der-

artigen ausgedehnten Arbeit ist es unvermeidlich, dass der Verkehr theilweise, insbesondere in den engeren Straßen gehemmt wird.

4. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, welche lautet:

1. In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung eines eigenen Rohrnetzes?

2. Gibt der derzeitige Stand der in Frage 1 erwähnten Arbeiten die volle Gewähr, dass sowohl die Gaswerke als das Rohrnetz rechtzeitig, d. i. bis zu dem 1899 erfolgenden Ablaufe des zwischen der Gemeinde Wien und der englischen Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrages vollendet sind?

habe ich die Ehre, auf Grund der Erhebungen wie folgt zu beantworten:

Da bei den Verhandlungen über die Kündigung des Gasvertrages im Jahre 1885 sich hauptsächlich der schwierige Umstand geltend machte, dass mit 31. October 1889 der vollständige Neubau einer städtischen Gasanstalt sammt Rohrnetz kaum möglich war (Oho-Rufe links), so hat das Stadtbauamt — als beschlossen worden war, den Ablauf des Vertrages abzuwarten, wonach die Fertigstellung der städtischen Gaswerke erst mit 31. October 1899 stattzufinden hat — bereits am 4. Juli 1888 ein Arbeitsprogramm in Form einer „Übersicht der Reihenfolge der für die Errichtung einer städtischen Gasanstalt nothwendigen Arbeiten" vorgelegt, welche Übersicht mit Gemeinderaths-Beschluss vom 20. Mai 1892, Z. 269, die Genehmigung erhalten hat.

Wie sich die wirklichen Durchführungen im Gegenhalte zu dieser Übersicht stellen, hat das Stadtbauamt mit Bericht vom 25. Jänner 1893, Z. 170, M.-Z. 14847, ausführlich erläutert, und ist dasselbe zu dem Schlusse gelangt, dass die im Zuge befindliche Schätzung nach Möglichkeit beschleunigt werden solle, damit der Gemeinderath ehebaldigst einen entscheidenden Beschluss in der Gasfrage zu fassen in die Lage komme.

Auf die Beantwortung der gestellten Fragen übergehend, wird bemerkt, dass die hauptsächlichste Vorarbeit für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung des Rohrnetzes in der Beschaffung eines geeigneten Projectes besteht.

Zur Erlangung eines solches Projectes ist am 15. November 1892 ein internationaler Concurs mit Preisen von 8000 fl., 5000 fl. und 3000 fl. ausgeschrieben worden. Der Endtermin hiefür lauft in einigen Tagen (am 15. Mai 1893) ab, und wird sohin das Preisgericht die Entscheidung zu treffen haben.

Wenn sodann im Sinne der „Übersicht" die weiteren Veranlassungen mit der erforderlichen Raschheit durchgeführt werden, so ist es möglich, bis 31. October 1899 städtische Gaswerke sammt Zugehör fertigzustellen, da noch reichlich sechs Jahre zur Verfügung stehen.

Bemerkt muss noch werden, dass nach den Bestimmungen des § 3 des Vertrages erst am 1. November 1896 mit der Legung der Gasrohre in den Straßen begonnen werden darf. — Ich bitte, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski verliest nachstehende Einläufe:

5. Anfrage des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Die freiwillige Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke hat mittelst Eingabe ddto. 27. Februar 1893 um eine entsprechende Subventionierung der von ihr seit Jahren erhaltenen Rettungsabtheilung von Seite der Wiener Groß-Commune angesucht.

Diese Angelegenheit wurde bereits am 23. März 1893 in geschäftsmäßiger Behandlung in der Sitzung des Bezirksausschusses für den XII. Bezirk verhandelt und dem Gemeinderathe eine Subventionierung dieser Rettungsabtheilung in der Höhe von 1000 fl. anempfohlen.

Nachdem seit dieser Zeit bereits zehn Wochen verflossen sind und die begründete Besorgnis vorhanden ist, dass dieses allgemein als nützlich anerkannte humane Institut bei eventueller Verzögerung einer entsprechenden Subventionierung von Seite der eigenen Gemeinde seine segensreiche Thätigkeit einschränken oder gar einstellen müsste, so erscheint die langsame Abwicklung dieser Angelegenheit als zum Nutzen der Allgemeinheit nicht zweckdienlich; bedenkt man ferner, dass diese Rettungsabtheilung die größte Thätigkeit nach der Ersten Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft im verflossenen Jahre entfaltete, in circa 600 Fällen intervenierte, die Bespannung der Rettungswägen sowie einen Telegraphisten aus eigenen Mitteln zahlen muss, dass durch die allgemeine Verschlechterung der Verhältnisse in den Vororten die früher reichen Unterstützungsquellen von Seite der opferwilligen Bürgerschaft sich auf ein Minimum reduciert haben — so ist es an der höchsten Zeit, dass die Gemeinde einem solchen Institute hilfreich unter die Arme greife.

Ich erlaube mir demnach an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage:

1. Was dürfte an dieser Verzögerung schuld sein?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die thunlichste Beschleunigung dieser Angelegenheit anzuordnen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Den 11. September 1891, in der 29. Plenarsitzung des Gemeinderathes hat der Gefertigte folgenden Antrag gestellt: „Die competenten Behörden seien zu beauftragen, die Convertierung sämmtlicher fünfpercentigen Anlehen sowohl der Commune Wien als auch der einbezogenen Vororte zu einem niedrigeren Percentsatze, weiters sämmtliche bestehende Anlehen in einem einzigen, niedriger verzinslichen Anlehen auszuarbeiten und das bezügliche Elaborat mit thunlicher Beschleunigung vorzulegen."

Da nun bis heute über diesen Antrag nicht referiert wurde, so erlaubt sich der Gefertigte, an das Präsidium folgende Anfrage zu stellen:

1. Warum wurde über seinen Antrag vom 11. September 1891 bisher nicht Bericht erstattet?

2. Ist das geehrte Präsidium geneigt, zu veranlassen, dass über diesen Antrag dem Gemeinderathe berichtet und Anträge ehestens gestellt werden?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, zu erwidern, dass dieser Antrag zum Referat dem Stadtrathe vorliegt.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Kreindl:**

Die gestrigen Zeitungen bringen die gleichlautende Notiz, dass das Stadtbauamt das Project für die Rohrlegung zur Versorgung der Bezirke Ottakring, Hernals und auch Theile von Währing mit Hochquellenwasser vorgelegt hat, und dass mit der Rohrlegung noch heuer, sobald das Project genehmigt ist, begonnen werden kann.

Mit Rücksicht darauf, dass die Einleitung des Hochquellenwassers im XIX. Bezirke keinerlei Schwierigkeiten unterliegt, da daselbst, insbesondere in Ober-Döbling, schon nahe an zwanzig Jahre die Einleitung für die Auslaufbrunnen besteht, in Berücksichtigung dessen, dass Ober-Döbling durch das unmittelbare Angrenzen an den IX. Bezirk mit Leichtigkeit in die Wasserversorgung einbezogen werden könne, ferner mit Rücksicht auf den städtischen Charakter des ehemaligen Vorortes Ober-Döbling, erlaube ich mir, an Euer Hochwohlgeboren die ergebene Anfrage zu stellen:

1. Aus welchen Gründen wurde der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, bei diesem Projecte unberücksichtigt gelassen; und

2. wäre der hochgeehrte Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass bei dieser Vorlage auch der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, einbezogen werde, somit auch hier im Laufe dieses Jahres mit der Rohrlegung begonnen werden könnte?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

8. Interpellation der **Gem.-Räthe Boschan, Dr. Lueger** und **Dr. Prockisch:**

Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 8. Februar l. J. das Detailproject für den Bau des linksseitigen Sammelcanales genehmigt.

Bei diesem Baue würde eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Bisher ist jedoch mit dem Baue nicht begonnen worden und verlautet auch sonst nicht, was dem Beginne desselben im Wege stehe.

Wir erlauben uns, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Hindernisse bestehen, dass der Bau des linksseitigen Sammelcanales noch nicht in Angriff genommen wurde, und ist Aussicht vorhanden, dass diese Hindernisse ehebaldigst beseitigt werden?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Die Hütteldorferstraße im XIV. und XV. Bezirke und die Burggasse im XVI. Bezirke, am Schmelzer Exercierplatze gelegen, sind nur in einer Breite von fünf Klafter angelegt.

Nachdem diese beiden Straßen Haupt-Verkehrsstraßen werden, so erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass die obbenannten Straßen auf die Breite von zehn Klafter, so wie alle anderen Hauptstraßen, gebracht werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Gräf** und Genossen:

Nach vielen vergeblichen Eingaben an die Vertretung der bestandenen Gemeinde Ottakring wurden endlich vor zwei Jahren die Bewohner des sogenannten alten Ortes im XVI. Bezirke durch die Auflassung des Epidemiespitales erfreut.

Aber nicht lange sollte diese Freude dauern!

Durch einen Beschluss des Stadtrathes soll nun dieser Ortstheil eine neue Bescherung bekommen, welche bei dem Umstande, als wir die Luftströmung meist aus „West" haben, nicht nur für den erwähnten, sondern auch für die übrigen Bezirkstheile von den schlimmsten Folgen begleitet sein kann oder mindestens eine arge Belästigung involviert.

Es wurde nämlich in dem eingangs erwähnten Gebäude die Aufstellung eines großen Desinfectionsapparates und Verbrennofens beschlossen, in welchem die Strohsäcke, Kleider, Leib- und Bettwäsche, etc., von Infectionskranken herrührend, verbrannt werden sollen.

Die Errichtung einer derartigen Anstalt in einem dichtverbauten Bezirkstheile, an zwei Wegen gelegen, welche an schönen Tagen von tausenden Personen frequentiert werden, erscheint geradezu räthselhaft, da doch der Stadtrath am 4. April d. J., sub Z. 1558, den principiellen Beschluss gefasst hat, dass derlei Anstalten nur in isolierten Lagen errichtet werden dürfen.

Insbesondere für das Liebhartsthal wäre diese Anstalt von unberechenbarem Schaden, weil, abgesehen von der lästigen Rauchentwicklung, die Sommerparteien beunruhigt werden und daher ihre bisherigen Wohnungen verlassen, wodurch nicht nur die Besitzer jener Sommerhäuser, sondern auch die sesshaften Geschäftsleute bedeutend geschädigt würden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe: Die Errichtung der Desinfectionsanstalt in dem aufgelassenen Nothspitale im „alten Orte" des XVI. Bezirkes werde sistiert, und sind vom Bauamte und dem Magistrate schleunigst Vorschläge behufs deren Activierung an einem entlegenen Orte des XVI. Bezirkes — vielleicht an der Hütteldorferstraße — oder provisorisch im alten Friedhofsgebäude zu machen.

Bürgermeister: An den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Tagesordnung): Nach § 21 der Gemeinde-Wahlordnung für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat der Gemeinderath, sobald die Frist zur Einbringung von Einwendungen abgelaufen ist und entweder keine Einwendungen vorgebracht oder die vorgebrachten für unbegründet erkannt wurden, die Wahl zu agnoscieren, das Resultat derselben öffentlich bekanntzugeben und die Gewählten hievon zu verständigen.

Es ist nach dem Sinne des § 21 gewiss berechtigt, wenn ich verlange, dass das Referat über die Wahlen sofort erstattet werde. Es hat der Stadtrath bereits die Vorlage fertig, und wir sehen, dass dieselbe auch bereits auf der Tagesordnung steht. Ich bin der Meinung, dass dieses Referat allen anderen voran zur Erledigung gebracht werden muss; ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, dass sofort zur Erledigung des Referates über die Gemeinderathswahlen geschritten werde.

Bürgermeister: Ich habe nur die Bemerkung zu machen, dass dieses Referat für morgen auf der Tagesordnung steht und heute ja eine außerordentliche Sitzung mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Anlehens ist. Ich glaube, dass wir die Tagesordnung nicht unterbrechen sollten, dass wir heute die Debatte über das Anlehen fortsetzen und morgen unter allen Umständen die Verificierung der Wahlen vornehmen sollen. Ich glaube, dass damit alle einverstanden sein werden. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bitte, abstimmen zu lassen!)

Es ist der Antrag gestellt worden, die Tagesordnung zu verändern und das Referat, betreffend die Verificierung der Wahl sofort vorzunehmen. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit. Abgelehnt.

11. Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich den Herrn Gem.-Rath Boschan.

Herr Dr. Lueger wünscht das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Nach § 33 der Geschäftsordnung hat der Vorsitzende die Debatte zu leiten, ohne an derselben sich zu betheiligen. Es obliegt ihm nur, die thatsächlichen Richtigstellungen zu machen. Wenn er an der Debatte theilnehmen will oder Anträge, welche den Gegenstand der Verhandlung bilden, selbst gestellt hat, muss er den Vorsitz abgeben. Ich constatiere, dass der Gem.-Rath Dr. Grübl gelegentlich der Berathung über das Referat über die Aufnahme eines neuen Anlehens den Vorsitz geführt hat; es ist ihm daher nach § 33 der Geschäftsordnung nicht möglich, in der Debatte das Wort zu ergreifen; er kann thatsächtiche Richtigstellungen vornehmen, dieses Recht kann ich ihm nicht verwehren, aber als Debatter kann er an der Debatte nicht theilnehmen. Ich mache auch aufmerksam, dass im n.-ö. Landtage und im Abgeordnetenhause ganz der nämliche Grundsatz gilt. Ich bin daher der Meinung, dass in dieser Beziehung auch der Herr Bürgermeister mir rechtgeben und die Wahl des Herrn Dr. Grübl zum Generalredner der Majorität für ungiltig erklären wird.

Bürgermeister: Ich glaube, dass ein kleines Missverständnis obwaltet. Es ist richtig, dass der Vorsitzende sich nicht an der Debatte zu betheiligen hat; wenn er es thun will, dann hat er den Vorsitz abzugeben und kann denselben nicht mehr, bis nach der Abstimmung, führen. Das ist immer, auch nach dem früheren Gemeindestatut, in dieser Weise prakticiert und ausgelegt worden, dass von dem Momente an, wo der Vorsitzende spricht, er nicht mehr berechtigt ist, über den Gegenstand den Vorsitz zu führen; so lange aber, als er sich nicht an der Debatte betheiligt, ist ein Hindernis, den Vorsitz zu führen, nicht vorhanden. Der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl hat bisher noch nicht gesprochen, daher er auch ganz richtig im Sinne der Geschäftsordnung den Vorsitz führen konnte. Wenn er einmal in dieser Debatte gesprochen haben wird, wird er nach der Geschäftsordnung nicht mehr berechtigt sein, den Vorsitz zu führen. Ich glaube also, dass bisher vollkommen im Einklange mit der Geschäftsordnung vorgegangen worden ist.

Wir schreiten zum Referate. Es gelangt zum Worte der Generalredner pro, Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Verehrte Herren! Zunächst muss ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass die Abstimmung in der letzten Sitzung über die Wahl von Generalrednern eine so ungeheure Aufregung hervorgerufen hat. Der Führer der Opposition hat einen förmlichen Racheschwur geleistet, er werde die Leidenschaften des Volkes in den tiefsten Tiefen aufwühlen (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja gewiss!) und er werde verkünden, wie der Opposition die Redefreiheit verkümmert werde. (Rufe links: Ganz richtig!) Ich habe diese Aufregung umsoweniger verstehen können (Gem.-Rath Gregorig: Das begreife ich! Heiterkeit), als derselbe Redner erklärt hatte, dass er und seine Parteigenossen „selbstverständlich" für die Anträge des Referenten stimmen werden. (Rufe links: Das hat er nicht gesagt! Bürgermeister: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!) Es war also dadurch constatiert, dass beide Parteien in der principiellen Frage, nämlich darüber, ob überhaupt ein Anlehen aufgenommen werden soll oder nicht, vollkommen einig vorgehen

Es stand ja der Versammlung selbstverständlich bevor, in die Special-Debatte einzugehen. Der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat sechs Anträge für die Special-Debatte angekündigt, und die Majorität hat das mit jener Gelassenheit und Ergebenheit angehört, die unser ganzes Verhalten charakterisiert. (Gelächter links.) Diese Special-Anträge werden angenommen oder abgelehnt werden, je nachdem die Versammlung sich ein Urtheil bilden wird — ich für meine Person . . . (Unterbrechung links).

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte dringend, Ruhe zu halten.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Ich kann nicht umhin, diesen Anträgen ein gewisses Misstrauen entgegenzuschicken, denn der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat seinen Standpunkt gegenüber der Majorität in einer etwas aufrichtigen Weise dahin präcisiert, dass er gesagt hat, es ist ihm ja oft sehr angenehm, wenn seine Anträge nicht angenommen werden, es ist ihm sehr angenehm, wenn die Majorität diese Anträge ablehnt, denn dann hat er wenigstens Anlass, gleich wieder hinauszugehen in die Versammlungen und uns anzuklagen (Rufe links: Ganz richtig!) Meine Herren! Es kommt mir diese Erscheinung vor, wie wenn auf der Bühne ein Gelage, ein Festmahl abgehalten wird. Es kommen die Gäste, und dann wird serviert. Die schönsten Speisen werden aufgetragen, Masthühner, Torten, Guglhupf, stark verzuckert (Heiterkeit) — die Gesellschaft ist in der größten Begeisterung. Die Speisen werden hin- und hergeschoben; es wird mit dem Eßbesteck geklimpert, aber die Speisen und die Getränke werden nicht weniger, sie bleiben immer in derselben Façon. (Heiterkeit.) Der Festgeber ist darüber auch gar nicht erstaunt, und es hat den Anschein, als ob er von vorneherein gar nicht darauf gerechnet hätte, dass die Speisen genossen werden. Sie werden also wieder so abgetragen, wie sie hereingekommen sind. Wohl mag mancher auf der Galerie sich denken, das sind doch eigenthümliche Leute. Dieser Festgeber bietet seinen Gästen so herrliche Sachen und die verschmähen sie, sie wollen sie nicht. Freilich diejenigen, die da näher zusehen und die die Qualität der Speisen genauer beurtheilen können, die wissen eben, dass diese Speisen ungenießbar, unverdaulich sind. (Heiterkeit.) Und so fürchte ich, nach der Ankündigung, die der Herr Vorredner gegeben hat, dass diese sechs Gänge, die er uns in der Special-Debatte servieren wird, auch den Charakter dieser Theaterspeisen haben werden. (Widerspruch und Rufe links: Der größte Komiker!)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte dringendst bitten, nicht zu unterbrechen, ich bitte recht sehr, den Redner reden zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Es kommt ja gleich anders. (Heiterkeit rechts.) Also, ich gehe jetzt zur eigentlichen Materie über, wenn es die Herren wünschen, und habe da auf einiges zu antworten, was der Herr Vorredner angeführt hat. Ich muss gestehen, diese Aufgabe ist eine schwierige, denn der Herr Vorredner hat bei seinen zwei Reden, die er in der vorigen Sitzung gehalten und mit denen er fast zwei Stunden ausgefüllt hat, wie mit einem großen Schwert das ganze Gebiet der communalen Verwaltung niedergefegt. Er hat sozusagen nicht ein gutes Haar an der communalen Verwaltung gelassen, und er hat insbesondere das Thema berührt, das den ganzen Winter hindurch Gegenstand der Erörterungen in allen Versammlungen war, Gegenstand oft recht malitiöser, unrichtiger Darstellungen, mit welchen man die Majorität angeklagt und die Wähler gegen uns aufgebracht hat. Der Herr Gegner hat gesagt (Gelächter und Zwischenrufe links): Diese Theilnahme ist eine außerordentliche. Ich muss gestehen, sie freut mich recht herzlich. Er hat gesagt, es sei mit der Vereinigung eine kollosale Bedrückung des Volkes vorgekommen.

Die Verzehrungssteuerzuschläge sind erhöht worden, die Zuschläge zu den directen Steuern sind erhöht (Rufe links: Ist wahr!), die Verpflegsgebüren im Spitalwesen sind erhöht worden. (Rufe links: Alles wahr!) Nun, meine Herren, das sagen sie nur so: alles wahr! Es ist aber doch nicht wahr, ich werde es Ihnen beweisen. Thatsachen beweisen! (Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte jetzt dringendst bitten, Zwischenrufe zu unterlassen, es geht so die Debatte nicht weiter.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Also nehmen wir die Verzehrungssteuer; ich verspreche den Herren übrigens, ich werde außerordentlich kurz sein. Es ist den Herren bekannt, dass die Verzehrungssteuer durch das Reichsgesetz vom 10. Mai 1890 geregelt wurde. Damals war Wien mit den Vororten nicht vereinigt. Es hat sich nun in Ausführung des Punktes 6 dieses Gesetzes darum gehandelt, ein Uebereinkommen zwischen Wien und den Vororten behufs Regelung der Zuschläge zu treffen. Es war zu der Zeit, also zu einer Zeit, wo Wien mit den Vororten nicht vereinigt war, den Vororten und jedermann bekannt, welcher Art die Verzehrungssteuer ist, welche über ganz Wien gelegt wird. Die Herren wissen, dass wir uns durch 20 Jahre bemüht haben, eine andere Art der Verzehrungssteuer durchzuführen. Die Herren wissen ebenso, dass uns das nicht möglich war, dass die Regierung in bestimmtester Weise erklärte, dass sie auf einen anderen Modus der Verzehrungssteuer nicht eingehe, und dass uns schließlich nichts anderes übrig geblieben ist, als denjenigen Modus anzunehmen, den die Regierung proponierte, dass wir aber dabei alles Mögliche gethan haben, erstens um die Anzahl der Tarifposten zu reducieren, was uns auch gelungen ist, indem sie von 54 auf 12 vermindert wurden, und zweitens die bestehenden übrigen Tarifsätze zu ermäßigen, was gleichfalls gelungen ist. Nun hat es sich nur mehr um die Zuschläge handeln können. Sie wissen, geehrte Herren, dass wir früher circa 25½ Percent bei 54 Posten gezahlt haben, und es ist daher keine Erhöhung eingetreten, wenn man jetzt bei den verbleibenden 12 Posten 30 Percent einhebt. (So ist es! rechts.) Die einzige Erhöhung trat beim Biere ein, und Sie wissen, dass uns da eine andere Wahl nicht übrig blieb, dass aber das Bier

im früheren alten Gebiete höher besteuert war, trotz des kleineren communalen Zuschlages als heute bei dem höheren Zuschlage, weil früher etwas über 2 fl. gezahlt wurde, während jetzt nur 2 fl. gezahlt werden. Es ist daher nicht richtig, wenn man sagt, es sei bei den Verhandlungen über die Vereinigung der Vororte eine kleine Verzehrungssteuer in Aussicht gestellt worden. Die Verhältnisse waren ganz genau bekannt, und eine Täuschung darüber konnte niemandem einfallen und war nicht möglich. (Zustimmung.)

Dass die Zuschläge zur directen Steuer erhöht worden seien, das ist die eclatanteste Unwahrheit, die es geben kann. Die städtische Buchhaltung hat einen genauen Ausweis vorgelegt, aus welchem sich ergibt, welche Zuschläge in jeder einzelnen Gemeinde früher bezahlt wurden, und was in dem betreffenden Gebietstheile jetzt bezahlt wird. Mein verehrter Herr College Dr. Vogler hat diese Zusammenstellung zum Gegenstande eines Artikels gemacht, der in einem Journale veröffentlicht wurde, und die Herren wären also längst in der Lage gewesen, diesen Artikel sich anzueignen, und sie hätten sich dadurch sehr viele Unrichtigkeiten ersparen können, die sie während des Winters gepredigt haben. Es fällt mir heute nicht ein, bei jeder einzelnen Gemeinde anzuführen, um wie viel sie jetzt mehr bezahlt — es sind dies einige wenige — oder was sie jetzt weniger bezahlt, ich will nur die Hauptsummen anführen.

Die eigentlichen Gemeindeumlagen betrugen früher bei den nunmehr einverleibten Gemeinden 710.370 fl. und betragen jetzt 1,082.300 fl., also mehr um 371.930 fl. (Rufe links: Hört!) Aber Geduld! jetzt kommen andere Posten: Die Umlage für Schulzwecke war früher 960.440 fl. und ist jetzt 760.000 fl.; daher um 200.400 fl. weniger! Die Bezirksstraßen-Fondumlage ist bekanntlich ganz entfallen; sie betrug früher 341.750 fl., sie ist jetzt Null, daher Entlastung um 341.750 fl. (Rufe rechts: Hört!) Die Zinskreuzer betrugen früher in den Vororten 1,480.600 fl., jetzt betragen sie 977.500 fl. (Gem.-Rath Gregorig: Weil die Wohnungen leer stehen!) — das weiß ich nicht —, es ist also auch hier ein reines Minus von 653.360 fl., also eine Entlastung der Vororte. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! — Gem.-Rath Gregorig: Der höchste Finanzkünstler, der sollte Finanzminister werden! Gelächter links.) Ich bitte, das ist ein amtlicher Ausweis, da gibt es nichts zu lachen, es ist ein Ausweis der städtischen Buchhaltung, auf Grund amtlicher Ausweise abgefasst und daher nicht zu bezweifeln oder zu widerlegen, das sind richtige Ziffern, und alle anderen Behauptungen, die dagegen aufgestellt werden, sind eben unrichtig. (Beifall rechts.) Da gibt es nichts zu drehen, das sind Ziffern, die amtlich festgestellt wurden. (Rufe rechts: Jeder zahlt weniger! Ich auch!) Ich kann darüber auch noch weiteres sagen. Sie können einwenden: Dagegen sind die Vororte mit der Verzehrungssteuer belastet worden. (Richtig! links.) Meine Herren! Sie haben ja immer mitgethan, wenn es sich darum handelte, sich darüber zu beschweren, dass die alten Bezirke so hoch belastet sind und die neuen gar nicht, und Sie waren immer damit einverstanden, dass wir von der Regierung verlangen, es solle hinsichtlich der Verzehrungssteuer ein billiger Ausgleich stattfinden. Dieser billige Ausgleich hat stattgefunden. Das ist mit Ihrem Wunsche und Ihrer Zustimmung geschehen. (Widerspruch links.) Nicht? Wenigstens früher, so lange die Vororte noch nicht vereinigt waren, waren Sie damit einverstanden; jetzt natürlich, wo Sie Ihr Schwergewicht auf die Vororte verlegen, jetzt sind Sie wieder damit nicht einverstanden. Das sind so ihre diplomatischen Künste. Gegenüber der Behauptung, dass die Vororte jetzt mit Gemeindeumlagen mehr belastet sind, habe ich da eine Ziffer, wo nach diese Belastung alles in allem 2,895.000 fl. beträgt, dagegen beträgt der Aufwand für die Vororte, abgesehen von der allgemeinen Verwaltung, $5^1/_2$ Millionen (Rufe rechts: Hört!), also um $2^1/_2$ Millionen mehr, als die Vororte an directen Steuern zahlen.

Meine Herren! Es fällt mir durchaus nicht ein, es wäre ja kindisch, daraus den Vororten einen Vorwurf zu machen; es handelt sich ja immer nur um die eine Behauptung, die da aufgestellt wird und mit der man jetzt ungerecht hetzt, dass durch die Vereinigung die Vororte mehr belastet wurden, während das nicht wahr ist; denn sie sind jetzt weniger belastet, dagegen genießen sie von der Hauptstadt, von der Millionenstadt bedeutende Vortheile, die sie mit ihren eigenen Mitteln nicht in der Lage gewesen wären, sich zu verschaffen. (Beifall rechts.)

Der Herr Vorredner hat gesagt, der erhöhte Steuereingang, der sich da ergibt, entspringt nicht etwa einer naturgemäßen Entwicklung der Mehreinnahmen der Stadt, sondern erfolgt im Wege der Execution.

Meine Herren, ich bedauere sehr, dass der Herr Vorredner in der Kenntnis der communalen Verhältnisse so zurückgegangen ist (Widerspruch links. — Heiterkeit und sehr gut! rechts); denn er müsste sonst wissen, dass zum Beispiel die wirklichen Executionen, bei denen gepfändet und feilgeboten wird, bei der Personalsteuer eine Bagatelle sind. Sechs-, sieben- oder achttausend Gulden werden in einem Jahre auf diese Weise eingetrieben.

Wenn der Herr Vorredner dasjenige rechnet, was der Steuercommissär einhebt, so erwidere ich ihm, dass das nicht in Betracht kommt. Ich für meine Person erkläre, dass ich schon durch zehn Jahre durch den Steuercommissär meine Steuern entrichte, ohne den Eindruck zu haben, dass ich ein Execut bin. Damit aber der Herr Redner sieht, wie die Steuerkraft von Wien zugenommen hat, will ich nur ein paar Posten anführen. Ein Zinskreuzer betrug im Jahre 1873: 450.000 fl. und im Jahre 1890: 640.000 fl.; also dieselbe Belastung mit einem Zinskreuzer hat im Jahre 1873: 450.000 fl. und im Jahre 1890: 640.000 fl. getragen. Das betrifft dasselbe Gebiet. Im Jahre 1893, wo die Vororte mit Wien vereinigt waren, hat ein Zinskreuzer 850.000 fl. betragen.

Noch ein paar Bemerkungen über die dritte Behauptung, welche der Herr Vorredner aufgestellt hat, nämlich die Bedrückung der Bevölkerung durch die Krankenverpflegsgelder. Meine Herren, vor der Vereinigung Wiens mit den Vorortegemeinden hat es ein geregeltes Spitalwesen, wie es einer Haupt- und Großstadt entspricht, überhaupt nicht gegeben. Das Spitalwesen für die alte Stadt war unzureichend und für die Vororte schon ganz und gar unzureichend, und die Herren wissen, wie oft es vorgekommen ist, dass Leute, mit infectiösen Krankheiten behaftet, auf der Tramway hin- und hergefahren sind, von einem Bezirke in den anderen, um in einem Spitale Aufnahme zu suchen, ohne eine solche zu finden (Zustimmung rechts) — Verhältnisse, die nicht bestehen bleiben konnten, und die geregelt worden wären und hätten geregelt werden müssen, ob nun Wien mit den Vororten vereinigt wurde oder nicht.

Sie haben das schöne Kaiser Franz Josef-Spital in Rudolfsheim! Das war eingestellt mit einem Activum von sechshundert und so viel tausend Gulden und mit einem Passivum von fünfhundert und so viel tausend Gulden, also kaum mit einem Betrage von 100.000 fl. Überschuss. Die Verpflegsgebür in diesem Spitale betrug 90 kr., und diejenigen, welche die Verhältnisse dieses Spitals

kennen, werden bestätigen müssen, dass die Verwaltung nicht in der Lage gewesen wäre, auf die Dauer mit der Verpflegsgebür von 90 kr. durchzukommen, und dass diese Verpflegsgebür hätte erhöht werden müssen, ohne Rücksicht darauf, wer die Verwaltung dieses Spitals führt. (Gem.-Rath Rückauf: Sehr richtig!) In den anderen Spitälern war es ebenso. Im Stephanie-Spital in Neulerchenfeld war die Verpflegsgebür, wenn ich mich recht erinnere, zuletzt 85 kr., und sie haben wiederholt um Erhöhung dieser Gebür petitioniert, weil sie mit der früheren Gebür von 80 nicht in der Lage waren, ein Auskommen zu finden. Also, der Betrieb der Spitäler war schon damals ein passiver und ein ungenügender, er ist es nicht erst durch die Vereinigung mit Wien geworden, und es war nothwendig, um das Spitalwesen nur halbwegs auf die entsprechende Stufe zu heben, eine höhere Gebür festzusetzen. Es ist aber nicht die Vereinigung Wiens mit den Vororten irgendwie Anlass dazu gewesen. (Rufe: Schlachtgebür!) Die Schlachtgebüren sind kleiner geworden. (Gelächter links.) In Nussdorf früher 1 fl. 80 kr., jetzt 1 fl. (Gelächter links.) In Meidling war 1 fl. und ist jetzt 1 fl. (Rufe links: Und in Wien?) In Wien früher 70 kr. und jetzt 1 fl. Ich spreche von den Vororten. Also für die Vororte eine Ermäßigung. (Widerspruch links.)

Bürgermeister: Ich bitte. Es gibt keine Dialoge. Ich ersuche also gefälligst, den Redner nicht zu unterbrechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Aber eine Bedrückung ist vorgekommen, wie ich so oft gehört habe; wenigstens waren die Gegner, ich meine nicht die im Saale anwesenden, sondern andere, immer hinterher, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Wenn irgend jemand eine Kellerwohnung hatte und die Sanitätsbehörde gekommen ist und gesagt hat: „Es ist absolut unzulässig, diese Wohnung zu vermieten, weil die Leute, die drinnen wohnen, krank werden", so war man natürlich gleich damit da, zu sagen: „Die Bedrückung resultiert aus der Vereinigung mit Wien." Wenn aus einem Stalle Jauche auf die Gasse geflossen ist und die Sanitätsbehörde dies, besonders angesichts der Choleragefahr, nicht geduldet hat, gleich hat man gesagt: „Das ist eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien." Wenn irgend wo eine Senkgrube ausgemauert werden musste, weil der Zustand ein unhaltbarer war — „eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien". Wenn jemand einen Abort verlegen musste, weil er geradezu gefährlich war für die Gesundheit der angrenzenden Bewohner — war es wieder eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien, und so kann man sagen, dass dieses große Werk, die Vereinigung Wiens mit den Vororten, gegen den Widerstand der aufgehetzten Bevölkerung durchgeführt werden musste, gegen die Hetzereien, welche von gewisser Seite ausgeübt wurden, und ich habe Berichte bekommen, aus welchen ich entnommen habe, dass es geradezu in einzelnen Fällen nothwendig war, mit Strafen vorzugehen, um die aufgehetzte Bevölkerung auf den richtigen Weg zu bringen. (Widerspruch links.)

Andererseits aber kann man schon heute mit Befriedigung constatieren, dass trotz dieser Verhetzung die Bevölkerung, durch ihren gesunden Menschenverstand das Richtige erkennend, heute für die Wohlthaten der Vereinigung dankbar ist (Widerspruch und Gelächter links) und mit Freuden die Wohlthaten genießt.

Meine Herren! Heute überhaupt noch gegen die Vereinigung mit den Vororten zu polemisieren, ist ja geradezu gefährlich. Die ganze Welt hat die Vortheilhaftigkeit, die Nothwendigkeit und Unaufschiebbarkeit dieser Vereinigung anerkannt. Überall war man sich darüber einig und sagte sich, dass Wien es als ein großes Glück ansehen soll, dass diese große Maßregel endlich durchgeführt worden ist, und derjenige, der heute noch gegen diese Maßregel polemisiert, muss sich hüten, dass er nicht dem Fluche der Lächerlichkeit verfällt. (Beifall rechts. — Gelächter und Widerspruch links.)

Der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat uns dann endlich vorgeworfen, indem er unsere finanzielle und ökonomische Lage kritisierte, wir haben alles durchgebracht und jetzt schreiten wir daran, schüchtern, wie er gesagt hat — er nimmt es da mit der Ziffer nicht kleinlich — vorläufig schüchtern Schulden zu machen; bei dieser Anleihe würde es aber nicht bleiben, neue Anlehen werden an die Reihe kommen, die Umlagen werden erhöht werden und der Bankerott ist unvermeidlich. Nun, da hat er sich auf ein sehr gewagtes Gebiet begeben. Er hat nämlich gleich daran die Bemerkung geknüpft, er und seine Parteigenossen werden, da es sich um die Approvisionierung der Vororte mit Wasser handelt, selbstverständlich für das Anlehen stimmen, aber nur unter Bedingungen, vor allem anderen, dass man nicht mit den Banken und Finanzmännern in Verhandlungen trete, sondern den Weg der öffentlichen Subscription wähle. Nun, meine Herren, schauen Sie sich diese Logik an; schlechte Wirtschaft, die Steuereingänge werden nur durch Druck der Execution hereingebracht, Schulden auf Schulden; und da will er noch recht kleine Appoints, um dieses Anlehen von einem Pappenstiele per 35 Millionen Kronen dem kleinen Mann anzuhängen!

Wie ist es mit der Liebe zum kleinen Manne vereinbarlich, dass er Obligationen einer Stadt, die in solchen finanziellen Schwulitäten steckt, dem kleinen Manne anhängen will? (Heiterkeit und Beifall rechs.) Sehen Sie, das geht nicht; entweder — oder! Ist es wahr, dass die finanziellen und ökonomischen Verhältnisse unserer Stadt wirklich so schlecht sind, so muss der Herr Vorredner froh sein, dass seine alten Freunde, die jetzt von ihm so sehr gehassten Juden, das Anlehen bekommen, um dabei recht große Verluste zu erleiden (Heiterkeit), oder es ist richtig, und ich bin ja auch der Meinung, man solle dafür sorgen, dass das Volk von Wien und auch der kleine Mann sich bei dieser Anleihe betheilige und die Obligationen der Commune Wien in die Hände bekommt, dann hält er dasjenige nicht für wahr, was er in Bezug auf die finanziellen Verhältnisse gesagt hat. Die Auswahl muss ich ihm überlassen. (Widerspruch links.) Es ist aber so. (Unterbrechung links.)

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen. Ich werde das nicht zugeben. Ich muss für den ruhigen Verlauf der Debatte sorgen. Unterstützen Sie mich in dieser Pflicht, ich erwarte das von Ihnen. (Rufe von der Galerie.)

Ich bitte, auf der Galerie sich ruhig zu verhalten und den Mann, der jetzt gesprochen hat, bitte ich abzuführen. Die Galerie hat sich in gar keiner Weise einzumischen, ich werde das nicht dulden.

Ich bitte fortzufahren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Sehen Sie, es ergibt sich da eine Reflexion. Wir haben ja immer gehört, dass der Herr Vorredner es mit den Interessen der Stadt so ernst nimmt, und dass ihm diese Interessen so heilig sind. Dann sage ich, musste er sich doch fragen: Darf ich in einem Momente, wo Wien ein so großes Anlehen auflegt und auflegen muss, darf ich in einem solchen Momente die finanziellen und ökonomischen Verhältnisse der Stadt so darstellen, wie ich es gethan habe. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Meine Herren, man darf nicht so protzig

sein und darauf pochen, dass unsere allgemeinen Creditverhältnisse so günstig sind.

Es kann sich ja dies im Nu durch Unglücksfälle, durch eine schlechte Ernte ändern, und es kann vielleicht ein so leicht hingesprochenes Wort verhängnisvoll werden. Aber, meine Herren, trotz dieser fürchterlichen Kritik, trotz dieser harten Worte, kann ich Ihnen das eine sagen: Die Stadt Wien hat durch diese ganze Debatte, die wir da geführt haben und durch diese herbe Kritik an Credit auch nicht einen Kreuzer verloren. (Sehr richtig! rechts.) Wissen Sie, was sich daraus ergibt? Die gerechte Würdigung des Wortes und der Autorität der Opposition im Kreise des Publicums. Das Publicum gibt nichts mehr auf derlei Erörterungen, auf derlei Debatten. Nichts ist aber böser für eine Partei, als wenn sie es dahin gebracht hat, dass ihre Kritik, ihre Auffassung und dasjenige, was sie in einer so bedeutungsvollen Frage sagt, im Publicum gar keine Bedeutung hat, sondern spurlos vorübergeht. Das, glaube ich, sollte sich die Partei vor Augen halten.

Ich möchte nur noch zum Schlusse auf dasjenige zurückkommen, was der Herr Vorredner über die Refundierung gesagt hat. Sehen Sie, auch das entspringt nicht einer ernsten, loyalen Opposition, sondern das ist eine Chicane. Der Herr Vorredner will mit dieser Anregung, das Anlehen um den zu refundierenden Betrag kleiner zu machen und die Refundierung einfach zu verweigern, die Executive in Verlegenheit bringen. Am 8. April 1892 hat der Gemeinderath den Beschluss gefasst: „Die für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und die in diesem Budget sowie in den folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen sind aus dem nächsten Anlehen zu refundieren." Die Executive musste mit diesem Gemeinderaths-Beschlusse rechnen, und sie konnte auch nur die Verantwortung übernehmen, die Arbeiten für die Wasserleitung auszuführen in der Voraussicht, dass sie die Bedeckung durch den Gemeinderaths-Beschluss hat.

Es geht nicht an, dass der Gemeinderath der Executive heute wieder diese Bedeckung wegnimmt und infolge dessen Auslagen, welche die Executive gemacht hat, in der Höhe von 3,200.000 fl. einfach unbedeckt in der Luft schweben lässt. Meine Herren! Ist denn das eine Opposition, ist denn das ein Standpunkt, dass man Auslagen, die auf Basis eines Gemeinderaths-Beschlusses gemacht worden sind, jetzt zu unbedeckten macht, dass man einfach die Cassen ausräumt und sagt: Ihr könnt in Zukunft mit leeren Cassen wirtschaften!?

Meine Herren! Einen Rath werde ich der Opposition zum Schlusse geben — sie wird ihn nicht annehmen, aber das ist ihre Sache. Ich glaube, die Opposition sollte diese Methode des Kampfes aufgeben. Dass sie dabei nichts profitiert, zeigen die Verhältnisse, und da muss ich dem Collegen aus dem XVII. Bezirke zurufen, dass die letzten Wahlen in der Richtung nichts beweisen. Meine Herren! Sie sind trotz der so vielen, Ihnen so außerordentlich günstigen Umstände nicht in Lage gewesen, es in diesen leidenschaftlichen Kämpfen auf mehr als 46 Stimmen in dieser Versammlung zu bringen. (Gem.-Rath Pursch t: Wir sind zufrieden!) Das ist schön von Ihnen. (Heiterkeit.) Es ist Ihnen niemals schlechter gegangen als jetzt; zu einer Zeit, wo die Vororte mit Wien noch nicht vereinigt waren, wo die Opposition in dem alten Wien einen schwierigeren Standpunkt gehabt hat, hat sie so viel Stimmen gehabt. Nun hat sie ein Terrain für sich, das vorläufig durch die Reibungen, die mit jeder großen, neuen Action leider immer und unvermeidlich verbunden sind, ein Gebiet, das ihr ja außerordentlich zugänglich und für ihre Lehren bis jetzt ungemein empfänglich war; und trotz dieser kolossalen Chancen, trotz dieses kolossalen Gebietes haben Sie es doch nur auf ein Drittel gebracht. (Rufe links: Wählerlistenverschiebung!) Vielleicht gibt Ihnen denn das doch zu bedenken, dass eine ruhige, sachliche, objective Behandlung der Gemeindeangelegenheiten, eine gemeinsame Berathung mit uns im Interesse der Gemeinde besser wäre und vielleicht auch Ihre Parteiinteressen besser fördern würde, als das Verhalten jetzt, das begreiflicherweise dahin führen muss, dass unsere Partei geradezu auf den Kriegsstandpunkt gestellt, sich Ihren Anträgen gegenüber so verhält, wie jene Gesellschaft im Theater, welche gefasst ist, dass sie von demjenigen, was ihr serviert ist, nichts genießen kann und nichts genießen darf, weil sie diese Kost nicht vertragen würde.

Meine Herren! Ich schließe mit der einen Bemerkung, dass die Majorität dasjenige, was sie nach reiflicher Überlegung angefangen und ins Werk gesetzt hat, mit Energie und fester Entschlossenheit fortsetzen muss und fortsetzen wird, und ich bin überzeugt, dass auf diesem Wege die Majorität sich den Dank der Mitbürger und die Anerkennung der Geschichte sichern wird. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Wir haben jetzt eine General-Debatte über das beabsichtigte Anlehen zur Wasserversorgung abgehalten, und ich glaube, es ist fast nothwendig, daran zu erinnern, dass wir das gethan haben, denn aus der Debatte selbst heraus hätte ein unbefangener Zuhörer gar nicht schließen können, um was es sich gehandelt hat. Die geehrte Opposition hat sich dieser Angelegenheit gegenüber in einer gewissen Verlegenheit befunden; gegen das Meritum der Sache konnte sie nicht ankämpfen, weil das ihr von ihren eigenen Mitgliedern verhoben worden wäre. Sie hat sich daher auf eine allgemeine Verunglimpfung der Gemeindeverwaltung geworfen. Da glaube ich, dass die geehrte Opposition manchmal Gott danken muss, dass sie nicht in der Majorität, dass sie überstimmt ist, denn, wenn man ihren Wünschen sehr oft nachgegeben hätte, würde sie selbst es am meisten bedauern. Es hat der geehrte Generalredner pro bereits dasjenige zum größten Theile widerlegt, was von der Opposition eingebracht wurde, und ich habe verhältnismäßig wenig hinzuzufügen. Es ist ein allgemeiner Satz, dass man sich an das Gute sehr schnell gewöhnt und das Schlechte sehr rasch vergisst, und wenn die Herren aus den Vororten an eine verhältnismäßig kurze Zeit zurückdenken, wie die Verhältnisse früher waren, wird es ihnen fast unglaublich vorkommen.

Nun sind wir jetzt bei der ersten wichtigen, einschneidenden Angelegenheit angelangt, welche die Verhältnisse in den Vororten entschieden bessern soll, und wir sehen hier gerade von denjenigen, die sich als Freunde der unterdrückten Vorortler aufspielen, Schwierigkeiten machen. Was ist es denn anderes, wenn von Seite der geehrten Opponenten wiederholt der Versuch gemacht wurde, die Sache zu verzögern, sie von der Tagesordnung abzusetzen, ihr Schwierigkeiten zu bereiten? Dem Wesen der Sache wollte er nicht opponieren, er hat es also mit verhältnismäßig kleinlichen Mitteln versucht.

Es sind hauptsächlich zwei Punkte, die in der General-Debatte gegen das Anlehen ins Feld geführt wurden. Der eine ist die Höhe des Betrages mit Rücksicht auf die Refundierung, der zweite die Art der Begebung. Was nun die Refundierung, beziehungsweise die Berechtigung des Anspruches der Gemeinde auf Refun-

dierung der Gelder betrifft, so verweise ich auf folgenden Umstand, der vielleicht nicht allen Herren bekannt ist. Die Wienregulierung wird jetzt von Seite der Verkehrs-Commission durchgeführt; die Gemeinde Wien hat aber aus eigenen Geldern im Laufe der Jahre für diesen Zweck ziemlich bedeutende Vorauslagen gemacht, welche ähnlich zu beurtheilen sind wie die Auslagen, welche die Gemeinde Wien für die Wasserleitung in Anhoffung eines künftigen Anlehens gemacht hat; die Verkehrs-Commission hat nicht den geringsten Anstand genommen, diese Auslagen im Betrage von 90.000 fl. der Gemeinde Wien zu refundieren und hat sie richtig in barem Gelde an unserer Casse eingezahlt. Wenn das von anderen Fonden und Behörden geschieht, um wie viel mehr sind wir selbst berechtigt, das zu thun, was übrigens auch von Seite des Gemeinderathes durch einen Beschluss bereits erfolgt ist. Bezüglich der schlimmen Prophezeiungen, der Kassandra-Rufe, welche von dieser Seite (links) wiederholt laut wurden, hat schon der Herr Vice-Bürgermeister erklärt, dass dies glücklicherweise in der Bevölkerung keine Wirkung mache, und ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Herr Vertreter der Herren der Opposition, der Ihnen allen bekannte Herr Dr. Mandl, als ich das erstemal die Ehre hatte, über das Budget hier zu sprechen — vor sieben oder acht Jahren — gesagt hat, „ein bis zwei Jahre gebe ich der Gemeinde noch, dann aber kommt sie in Concurs und ist verloren". Nun sind viele Jahre vergangen; es sind über zehn Millionen Gulden Schulden zurückgezahlt, große Investitionen gemacht worden, und die Herren sehen, dass die Gemeinde noch immer lebt. Endlich will ich mich auch dem Wunsche, den der Herr Vice-Bürgermeister ausgesprochen hat, dass nämlich die Opposition womöglich ihre Taktik ändern möge, anschließen.

Ich glaube, dass es der Popularität der Herren von der Opposition gar nicht schaden würde, wenn sie sich lediglich auf sachliche Behandlung der Angelegenheiten beschränken würden. Man wünscht im großen Publicum dringend, dass aus der Rathsstube einmal etwas anderes zu hören sei als das ewige wüste Parteigezänke, und ich glaube und hoffe, dass in Zukunft die Opposition sich von der Richtigkeit dessen überzeugen wird, dass es besser sei, meritorisch und richtig zu debattieren, als lediglich in Beschimpfungen sich einzulassen. Ich glaube also, dass wir in Zukunft etwas ruhigeren Verhandlungen entgegengehen. Ich habe in der General-Debatte nichts mehr zu bemerken und bitte Sie, in die Special-Debatte einzugehen.

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Steiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren! In den sehr matten Ausführungen des geehrten Herrn Redners der Majorität (Widerspruch rechts) finden sich einige Unrichtigkeiten, die ich mir sofort zu berichtigen erlauben werde. Der Herr Redner hat erklärt, dass die Vereinigung der Vororte mit Wien mit den Wünschen der Vorortebevölkerung durchgeführt worden sei. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass die Vororte-Bürgermeister, welche ihre Zustimmung hiezu gegeben, kein Mandat von der Bevölkerung hiezu hatten (Rufe links: Sehr richtig!), sondern eigenmächtig vorgegangen sind.

Weiters hat der Herr Vorredner behauptet, dass eine höhere Belastung durch die Verzehrungssteuer nicht eingetreten sei. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass die Verzehrungssteuer beim Wein allein von fünf und zehn Percent auf dreißig Percent erhöht wurde, vom Bierkreuzer abgesehen. Weiters berichtige ich den Herrn Vorredner, welcher erklärte, dass durch die Einverleibung für die Vorortebevölkerung Vortheile eingetreten seien, dass dies nicht richtig ist. Der einzige Vortheil an der Peripherie besteht darin, von den magistratischen Organen chicaniert zu werden und in Pfändungen und Executionen! (Rufe links: Hört! Unruhe und Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Redner, einen Moment. Ich kann nicht gestatten, dass Sie behördliche Organe in dieser Weise angreifen. Wenn Sie Grund haben, sich über ein Bezirksamt oder einen Beamten zu beschweren, so thun Sie es, aber es geht nicht an, hier in dieser Weise von Behörden zu sprechen. Ich bitte Sie also, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Weiters hat der Herr Vorredner behauptet, dass die Steuern nicht erhöht wurden. Dem gegenüber bemerke ich, was auch im Landtage gelegentlich der Änderung des Statuts gesagt worden ist, dass eine Erhöhung der Hauszinssteuer und sonstige Steuererhöhungen vorgekommen sind, dass Leute belastet wurden, welche früher keine Steuer gezahlt haben, unter anderem eine arme Wäscherin, die sich ihr Brot schwer verdient, und der ich selbst vorige Woche das Gesuch gemacht habe, weil sie früher keine Steuer gezahlt hat. Früher haben die Bäcker für Mehl und Gries keine Steuer gezahlt, jetzt ist das alles besteuert. Weiters bemerke ich, dass bei den Bau-Commissionen eine bedeutende Erhöhung eingetreten ist, dass man früher Gitter aufstellen konnte, ohne etwas zu zahlen, während jetzt per laufenden Meter so und so viel bezahlt werden muss. Das alles war früher nicht!

Jetzt habe ich noch eine thatsächliche Berichtigung gegen Herrn Gem.-Rath Witzelsberger vorzubringen, welcher erklärte, dass wahrscheinlich nur einige Feldwege nicht beschottert sind. Ich weiß nicht, ob der Gem.-Rath Witzelsberger in der Lage ist, zwischen den Communicationen 1., 2. und 3. Classe zu unterscheiden; ich berichtige aber thatsächlich, dass die Communicationen 1. Classe seit der Vereinigung der Vororte mit Wien keinen Schotter haben, und ich bin bereit, dies dem Präsidium, wie ich es auch schon gethan habe, zur Kenntnis zu bringen. Ich bemerke weiter, dass auf einer Straße von Döbling bis an die Grenze des Bezirksstraßen-Ausschusses Hernals früher vom Bezirksstraßen-Ausschusse jährlich 400 Fuhren Schotter präliminiert waren, dass aber nur 300 geliefert wurden; im Vorjahre haben wir auf ganz derselben Straße 80 Fuhren erhalten. Ich bemerke weiters, dass auf einer Straße in Sievering, wo früher 40 Fuhren präliminiert waren, im Vorjahre nur 20 Fuhren geliefert wurden. (Rufe links: Hört!) Ich berichtige den Herrn Gem.-Rath Witzelsberger ferner, dass die Straßen in dem elendsten Zustande einer Bauerngemeinde sind (Rufe links: Hört!), und wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl bemerkt, dass die Bevölkerung einsieht, dass sie durch die Einverleibung gut weggekommen ist, dann erkläre ich Ihnen, meine Herren, dass die Bevölkerung in den Vororten sich das Urtheil gebildet hat, dass die liberale Partei mit der Einverleibung der Vororte nichts anderes getrieben hat als eine erbärmliche Bauernfängerei. (Widerspruch rechts, Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss den Herrn Redner für diesen letzten Ausdruck zur Ordnung rufen; wir sind von ihm verschiedene starke Ausdrücke gewöhnt, die sich immer gegen ganz unbestimmte Personen richten. Ich ersuche ihn, in der Zukunft das zu unterlassen.

Gem.-Rath Trambauer (zur Berichtigung): Meine Herren! Ich werde sehr kurz sein. Ich muss auch eine Berichtigung vorbringen. Es hat einem Herrn der geehrten Majorität beliebt, zu constatieren, dass die Vermögensverhältnisse in Österreich blühende sind und er hat nachgewiesen, dass ein Cassaüberschuss von 20 Millionen sich in der Cassa Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers befindet; ich für meine Person habe gelesen „22 Millionen"; wenn der Szeps die Unwahrheit gesagt hat, so bin ich dafür nicht verantwortlich, aber ich bemerke folgendes bezüglich dieses 20 Millionen-Überschusses. Die Executionen haben sich rapid vermehrt und zwar sind in dem Staatspräliminare pro 1893 die Executionsgebüren mit 700.000 fl. eingestellt (Rufe links: Hört!) und die Verzugszinsen mit 300.000 fl. . . . . (Unruhe. Rufe: Berichtigen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Redner wird sich gewiss Mühe geben, endlich zu der Berichtigung zu kommen.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Ich berichtige ohnedies, Herr Vice-Bürgermeister. Die Verzugszinsen sind präliminiert mit 300.000 fl. Wenn Sie, meine Herren, bedenken, dass nur arme Leute exequiert werden und die Reichen ohnedies ihre Steuern zahlen, so treffen diese 700.000 fl. nur die mindere Kategorie von Steuerträgern. Wenn Sie bei diesen 300.000 fl. Verzugszinsen weiter bedenken, dass die Verzugszinsen bei 50 fl. beginnen, mithin die Armen abermals belastet werden, so geht daraus hervor, dass die Verarmung rapid zugenommen hat. (Rufe rechts: Gerade umgekehrt!) Wenn Sie weiters bedenken, dass die Executionen seitens des Magistrates im Jahre 1881 nur 94.000 fl. betragen haben und im Jahre 1890 102.000 fl. und so und so viel hunderte, so geht daraus klar hervor, dass die Verarmung zugenommen hat. Ein zweiter Herr von der geehrten Majorität hat stramm und fest behauptet, die städtischen Umlagen seien nicht erhöht worden, und ich constatiere, dass die Zuschläge bei der Erwerb- und Einkommensteuer von 30 Percent auf 42 Percent erhöht worden sind. (Hört! links.) Früher haben wir 30 Percent vom Ordinarium bezahlt, heute bezahlen wir 21 Percent vom Ordinarium und 21 Percent vom Extra-Ordinarium, mithin um 12 Percent mehr. Die Schlachtgebüren sind, wie der Herr Vice-Bürgermeister selbst constatiert hat, auf einen Gulden erhöht worden und zwar bei den Pferden, früher hat man 70 kr. bezahlt, heute bezahlt man einen Gulden.

Was die Verzehrungssteuern anbelangt, so waren früher 20 bis 24 Percent städtische Zuschläge. Heute sind es 30 Percent, bei den Vororten sind sie also bedeutend mehr geworden. Diese haben Umlagen von 5 bis 6 Percent gezahlt, heute zahlen sie mit uns 30 Percent. Ein Herr von der geehrten Majorität hat gesagt, nach seiner Anschauung sei die Mehrbelastung nicht fühlbar. Ich constatiere, dass der betreffende Herr ein ganz gutes Geschäft gemacht hat durch die Einverleibung der Vororte mit Wien und durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie. Die Einverleibung der Vororte mit Wien und die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie hat ihm eine gute Einnahmsquelle gebracht, denn er erspart dort für seine Production die Verzehrungssteuer und die Gemeindezuschläge.

Was der Generalredner pro ausgeführt hat, dass es der Bevölkerung gut geht und (Unruhe rechts) ich bitte, es ist Thatsache (Rufe rechts: Aber keine Berichtigung!), so verweise ich ihn darauf, dass er einmal im X. Bezirke draußen war, bei den drei Rosen, glaube ich, und selbst constatiert hat, dass es im X. Bezirke durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie wirklich schlechter geworden sei, aber es werde dann schon besser werden, wenn die Verkehrsanlagen in Betrieb kommen, dann vielleicht sei es möglich, dass es besser wird. Ich bin mit meinen Berichtigungen vorderhand zu Ende. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Ich berichtige die Aeußerung des Herrn Generalredners pro, welche dahin geht, dass die Vororte durch die Vereinigung mit Wien weniger Zinskreuzer bezahlen, dahin, dass das nicht richtig ist, sondern dass der Mindereingang an Zinskreuzern sich dadurch ergibt, dass über 2000 Geschäftslocale in den Vororten leerstehen und der Zins dadurch bedeutend gesunken ist. Die Behauptung, die er früher gemacht hat, ist also nicht richtig.

Gem.-Rath Gräf (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber dem Herrn Generalredner pro, dass die Vororte-Gemeinden und speciell manche Bezirke gewiss nicht vom Gefühl der Dankbarkeit beseelt sind und ich constatiere, dass beispielsweise der XVI. Bezirk, die Gemeinde Ottakring und Neulerchenfeld zusammen an Umlagen auf Verzehrungssteuer 6500 fl. bezahlt haben, während sie heute einen Betrag von 380.000 fl. aufzubringen haben. (Rufe links: Hört!) Und wenn der Herr Generalredner pro die Güte hat, den Bleistift zur Hand zu nehmen, so wird er zugeben müssen, dass die Commune Wien uns gewiss nicht mehr bieten wird als wir unter den gleichen Verhältnissen uns selbst zu bieten Gelegenheit gehabt hätten.

Diesbezüglich verweise ich nur auf die seit zwei Jahren in Schwebe befindliche Fertigstellung der Schule in unserem Bezirke. Alles übrige werden die Herren nach mir besorgen.

Gem.-Rath Grünbeck (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber dem Herrn St.-R. Witzelsberger, dass das nicht wahr ist, was er gesagt hat, dass nämlich die Vororte in einer glücklichen Lage und froh sind, dass sie einbezogen wurden. Ich frage die Herren, die seinerzeit in der Gemeinde in Ottakring beisammengesessen sind, ob sie heute anderen Sinnes geworden sind. Damals wurde ausgesprochen, dass man mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diese Art der Einbeziehung der Vororte sein müsse. (Rufe links: Hört! hört!) Früher haben die Vororte 275.000 fl. bezahlt und heute müssen sie $3^1/_2$ bis 4 Millionen bezahlen.

Ich berichtige ferner, dass hunderte und hunderte von Existenzen längs der Linie und in den Hauptstraßen total zugrunde gegangen sind. (Sehr richtig! links.) Ich berichtige weiters, dass ganze Häuser leer geworden, deshalb, weil draußen die Wasserleitung nicht ist, und darin liegt der Grund, dass weniger Zinskreuzer eingegangen sind. Ich berichtige ferner, dass die Bevölkerung, wenn in irgend einer Straße etwas mehr Schotter ist, davon nicht leben kann.

Ich berichtige ferner den Herrn St.-R. Witzelsberger — ich muss sagen, ich bedauere es, dass er als Vorortevertreter es hier gesagt — dass es nicht richtig ist, dass wir froh sein können. Gehen Sie hinaus und befragen Sie hierüber die Bevölkerung. Auch Herr Dr. Grübl war draußen in unserem Bezirke. Der gesunde Sinn der Bevölkerung hat schon gezeigt, dass sie sich ein zweitesmal nicht von Ihnen zum Besten halten lassen wird.

Gem.-Rath Witzelsberger (zur Berichtigung): Ich bedauere, dass ich zur Berichtigung gezwungen worden bin. Alles, was der Herr Vorredner über meine Person berichtigt hat, erkläre ich für vollständig unwahr (Rufe links: Oho!) — als vollständig unwahr. Ich berichtige den Herrn Vertreter des XVII. Bezirkes, dass das, was er erwähnt hat, dass die Vororte Stellung genommen haben gegen

die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon, gehalten wurde bis zum letzten Augenblick; bis zum letzten Augenblick haben sich die Vororte gegen die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon gewehrt, und nicht eine Person (Rufe rechts: Jawohl!) ist diesem Principe untreu geworden. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Er weiß dies am allerbesten, da er ja selbst von einer Versammlung im letzten Augenblicke als Delegierter zum Kaiser nach Pest bestimmt wurde. Nicht einer der Vorortevertreter, und daher auch ich nicht, ist seinem Principe untreu geworden, sondern die Vororte haben eben den Process, den sie begonnen hatten, einfach verloren; man ist über die Köpfe der Vororte hinweggegangen und hat die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie einfach decretiert.

Weiters berichtige ich den Herrn, der ganz richtig bemerkt hat, dass eine Masse von Gewölben an der ehemaligen Linie entwertet wurden (Rufe links: Leer stehen!); dass dieses Lehrstehen mit der Einverleibung der Vororte nach Wien gar nichts zu thun hat. (Gelächter und Widerspruch links.)

Ich berichtige . . . . . (Anhaltender Widerspruch links und Unruhe. Vice-Bürgermeister Dr. Richter gibt wiederholt das Glockenzeichen. Gem.-Rath Wünsch ruft: Lassen Sie sich nicht aus dem Contexte bringen! Anhaltende Unruhe im ganzen Hause.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Wihelsberger (fortfahrend): Ich bitte, bis ich sprechen kann. (Nach einer Pause:)

Ich berichtige den Herrn Collegen Grünbeck weiters, dass, wenn wir auch nicht zu Wien einverleibt worden wären, die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon aber vollzogen worden wäre, weil sie ja schon vollzogen war, die Leerstehung und Entwertung der Localitäten und Gewölbe an den Linien gerade so stattgefunden hätte. (Rufe rechts: Ganz richtig!)

Ich constatiere weiters, dass das der alte „Pflanz" ist, mit dem man die Wähler in den Vororten ködert. (Beifall rechts.) Man verwechselt die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon mit der Einverleibung nach Wien. Das ist dasjenige, womit die Herren die Bevölkerung, ihre Wähler, denen es ohnedies schlecht genug geht und deren Nothlage sie benützen, extra noch irreführen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Grünbeck (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, und zwar kann sich jeder einzelne Herr bei der Elterleinrealität allein davon überzeugen und nachfragen, dass die Leerstehung der Gewölbe und Wohnungen erst seit der Einbeziehung stattfindet. (Lebhafter Widerspruch rechts. Rufe rechts: Verzehrungssteuer!) Ich berichtige ferner — was ich schon früher einmal gesagt habe —, dass es eine reine fiskalische Maßregel von Gemeinde und Staat war. (Beifall links. — Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Special-Debatte.

Referent Gem.-Rath Boschan: Punkt 1 der Anträge lautet, wie folgt (liest):

„Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung."

Ich bitte die Herren um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sehr geehrte Herren! Wenn auch der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl der Meinung Ausdruck gegeben hat, dass die Anträge, welche ich hier stellen werde, mit jenen ungenießbaren Speisen zu vergleichen sind, welche auf dem Theater serviert werden, so kann ich es ihm doch nicht ersparen, die Qualität der von mir gebrachten Anträge etwas näher zu prüfen; nicht bloß er wird die Angelegenheit zu prüfen haben, sondern es wird auch die Bevölkerung darüber urtheilen, ob das, was wir beantragen, ungenießbar ist, beziehungsweise ob es im Interesse der Bevölkerung liegt oder nicht.

Der Herr Referent beantragt, dass ein Anlehen aufgenommen werden soll in der Höhe von 35 Millionen Kronen. Er gelangt zu dieser Summe auf dem Wege eines sogenannten Kostenerfordernisses für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung. In diesem Kostenerfordernisse befindet sich, wie bereits erwähnt, „Post I. Bisherige Auslagen 1887 bis 1891 1,809.709 fl., pro 1892 präliminiert 1,290.230 fl., zusammen 3,099.939 fl. oder rund 3,100.000 fl."

Ich bin nun der Meinung, dass die Aufnahme dieses Betrages nicht nothwendig ist. Es hat zwar der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl der Anschauung Ausdruck gegeben, dass ich dadurch die Executive in Verlegenheit bringen will. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn nach dem, was uns der Herr Referent sagt, brauchen wir diese 3,100.000 fl. nicht; diese 3,100.000 fl. werden ganz unnöthig aufgenommen.

Meine Herren! Der Herr Referent sagt auf Seite 7 Folgendes (liest):

„Es ist jedoch anzunehmen, dass nach dem nunmehr vollzogenen Übergange die sprunghafte Steigerung der Auslagen, namentlich der persönlichen Bezüge, welche durch Einverleibung der neuen Gebietstheile verursacht wurde, ein Ende nimmt, während zu hoffen steht, dass die aufsteigende Bewegung bezüglich der Einnahmen noch weiter anhalten wird, und dass sowohl die Auslage für die Verzinsung der zur Erweiterung der Wasserleitung, sowie für die Verkehrsanlagen nöthigen Capitalien sich durch die natürliche Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Steuersätzen wird hereinbringen lassen, ohne dass es nöthig sein wird, zu irgend einer Erhöhung der Steuersätze schreiten zu müssen."

Nun, meine Herren, wenn das richtig ist, was der Herr Referent sagt, dann muss man doch mit den jetzigen Einnahmen umsomehr das Auslangen finden für die gewöhnlichen Auslagen. Wozu brauchen wir also diese 3,100.000 fl.? wozu? Es gibt nur ein paar Fälle hiefür. Entweder will man die nämliche Wirtschaft einführen, die bereits einmal in der Stadt Wien geherrscht hat, nämlich jene, dass Unsummen bei einzelnen Banken gegen niedrige Verzinsung hinterlegt werden. Der Herr Referent weiß es sehr gut, dass eine zeitlang Millionen in der Escomptebank gelegen sind, für welche wir nur 2 Percent bekommen haben. Nun, was sollen wir denn jetzt machen, wenn wir drei Millionen bekommen? Wir müssen sie wahrscheinlich wieder in die Escomptebank legen, denn den Muth hat er ja nicht, Papiere zu kaufen, welche eventuell einem Coursverluste unterliegen. (Ruf rechts: O nein!) Es ist gut, wenn die Herren zugestehen, dass kein Coursverlust möglich ist, wir werden aus diesem Zugeständnis später die Folgerungen ziehen. Ich frage also wozu? Ich bin der Meinung und sage es offen, diese 3,100.000 fl. dienen zu nichts anderem, als dass das Lieblingsproject des Bürgermeisters Dr. Prix zu verwirklichen begonnen werde; diese 3,100.000 fl. dienen für den Beginn des Baues der Donau-Nutzwasserleitung. Diese Besorgnis habe ich, einen anderen Grund kann die Aufnahme dieses Betrages nicht haben.

Freilich, wenn das nicht wahr ist, was der Herr Referent sagt, nun dann ist es möglich — dann bitte ich aber die Wahrheit zu sagen; überhaupt bitte ich, nicht bloß uns — obwohl wir ein Recht darauf haben — sondern der Bevölkerung zu sagen, wozu Sie die 3,100.000 fl. brauchen, wenn Sie sogar die Zinsen und Amortisationsquoten für das Anlehen aus den laufenden Einnahmen decken können. Wozu brauchen Sie dann die 3,100.000 fl.? Ich bitte um eine offene und directe Antwort.

Sie erlauben mir vielleicht, dass ich auch nur einen Punkt widerlege, den die geehrten Herren Vorredner früher vorgebracht haben. Herr St.-R. Witzelsberger und Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl haben erwähnt, und auch der Herr Referent, dass wir uns gegenüber der jetzigen Vorlage in einer gewissen Verlegenheit befinden. Herr St.-R. Witzelsberger hat gemeint, dass wir in den Wählerversammlungen gegen die Aufnahme von Anlehen gedonnert haben. Meine Herren! Das ist alles nicht wahr. Wir befinden uns gegenüber dieser Vorlage nicht in der geringsten Verlegenheit, sondern haben in unser Programm aufgenommen die Aufnahme eines Anlehens für die Erweiterung der Hochquellenleitung (Zustimmung links), jedoch ausschließlich für die Erweiterung der Hochquellenleitung mit dem Beisatze, dass irgend welche Refundierungen vermieden werden sollen, weil wir in den Refundierungen einen Vorgang erblicken, der nicht gerechtfertigt werden kann. Ob der Gemeinderath am 2. April 1892 etwas beschlossen hat, ist vollständig gleichgiltig; es dreht sich darum, was wir heute beschließen. Im Jahre 1892 hat er übrigens nicht beschlossen, dass die Ausgaben aus den Jahren 1887 und 1888 refundiert werden sollen. Das thun Sie dazu. Wenn Sie aber etwas dazuthun, so können wir wieder etwas wegnehmen. Ich erkläre Ihnen, wenn Sie die 3,100.000 fl. aufnehmen, repräsentieren dieselben eine Belastung der Bevölkerung, die gar nicht gerechtfertigt werden kann, es wäre denn, dass, wie gesagt, das nicht richtig ist, was der Herr Referent sagt. Möge er uns also reinen Wein einschenken, damit wir für künftige Fälle schwarz auf weiß haben, wozu diese 3,100.000 fl. verwendet werden. Insolange ich aber das nicht weiß, erlaube ich mir folgenden Antrag ad I zu stellen: Statt 17·6 Millionen Gulden sei zu setzen 14·5 Millionen Gulden und statt 35 Millionen Kronen sei zu setzen 29 Millionen Kronen.

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages und ich stelle, damit man weiß, wer dafür und wer dagegen ist, den Antrag auf namentliche Abstimmung. Ich weiß zwar, meine sehr geehrten Herren, dass ein Theil von Ihnen jetzt abcommandiert worden ist, weil Sie die 70 nicht beisammen haben. Wir waren 92 hier, und ich constatiere es in öffentlicher Sitzung, dass Sie muthwilligerweise die Abstimmung in der heutigen Sitzung vereitelt haben. Sie haben Ihre Leute wegcommandiert, damit es nicht dazukommt. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das muss gesagt werden. (Beifall links.)

Uns gegenüber kommen Sie immer mit solchen Anklagen. Glauben Sie vielleicht, ich bin blind und sehe nicht, was bei Ihnen vorgeht? Glauben Sie vielleicht, ich gebe nicht acht? Glauben Sie, ich habe nicht gezählt, wie viele da sind? Weil Sie fürchten, heute zu unterliegen, darum haben Sie wegcommandiert, damit keine zweiundneunzig hier sind. Aber es wird auch das verwertet werden, verlassen Sie sich darauf, es ist vielleicht das auch für die Wähler ungenießbar!

Ich empfehle die Annahme meines Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe dem Herrn Redner nur zu bemerken, dass seine Vermuthung — ich nehme an, dass er nur von einer Vermuthung gesprochen hat — ganz und gar unrichtig ist und dass 93 Herren anwesend sind, sowie dass der Herr Bürgermeister einer Einladung, herüber zu kommen, gewärtig ist.

Referent: Der geehrte Herr Vorredner hat geglaubt, mich aus meiner eigenen Schrift gewissermaßen widerlegen zu können; aber er hätte nicht bloß das, was auf Seite 7 steht, lesen sollen, sondern auch das, was auf Seite 6 in demselben Referate steht, hätte er gütigst zur Verlesung bringen sollen.

Nachdem er es nicht gethan hat, muss ich es thun (liest):

„Wie die Rechnungsabschlüsse der letztvergangenen Jahre, sowie der Voranschlag für 1893 darthun, ist der currente Theil unseres städtischen Haushaltes im vollständigen Gleichgewichte, nur die Auslagen für Schaffung von bleibenden Werten, also für Schulbauten, Wasserleitungen, Markthallen ꝛc. haben im currenten Budget keinen Platz, und werden theils aus den Cassabeständen oder durch Verkauf von Gemeinde-Eigenthum, endlich aus Anlehen bestritten."

Das habe ich ausdrücklich hier gesagt, und wenn er also fragt, wozu wir die 3,100.000 fl. brauchen, so hat er die Antwort schon hier.

Wir brauchen sie für Investitionen, welche im currenten Budget keinen Platz haben. Wir haben im heurigen Jahre anderthalb Millionen Gulden für Schulbauten eingestellt und das sind größtentheils nur erste oder zweite Bauraten. Im nächsten Jahre wird eine beiläufig ebenso große Summe kommen. Ebenso sind für die Marktgebäude, Überwölbung des Krottenbaches u. s. f. hohe Beträge eingestellt, welche aus den currenten Einnahmen weder gezahlt werden können, noch auch bezahlt zu werden brauchen. Wenn die Herren die 1,300.000 fl. streichen, so haben wir im nächsten Jahre keine Gelder, um die begonnenen Schulbauten zu vollenden. (Gelächter links.) Ganz richtig! Ich überlasse es auch den geehrten Herren aus den Vororten, ob sie es darauf ankommen lassen wollen, wenn wir Ihren Beschlüssen folgen. Daraus folgt, was ich schon in meiner früheren Schlussrede bemerkt habe, dass die Herren Gott danken sollen, dass sie in der Minorität bleiben. Wenn Ihre Anträge angenommen würden, so würden Schaden und Nachtheil in allererster Linie die Vororte treffen.

Es ist weiter von dem Herrn Vorredner bemerkt worden, dass, wenn wir diese drei Millionen bezahlen, wir nicht alles brauchen und daher mit einem ganz niederen Zinsfuße in irgend eine Bank legen und dadurch die Bevölkerung ungerechtfertigter Weise mit Zinsen belasten werden; auch darauf muss ich mir zu entgegnen erlauben, dass die Bezahlung dieses Theilanlehens auch nur successive nach Maßgabe des Bedarfes eintreten wird, und dass es daher nicht der Fall sein wird, dass große Beträge müssig in unseren Cassen liegen. Wir werden von den $6\frac{1}{2}$ Millionen, von welchen ein Theil zur Stärkung des Cassenbestandes, beziehungsweise zur Refundierung bestimmt ist, auch nur den Theil begeben, welcher nöthig ist, der andere Theil aber wird in natura vorhanden sein, d. h. die Anlehenstitres werden so lange in unseren Cassen bleiben, bis der Baufortschritt es nöthig machen wird, sie zu veräußern. Was der Herr Vorredner mit der Donau-Nutzwasserleitung meint, verstehe ich nicht ganz; denn es heißt im Antrage ausdrücklich: „Zur Bestreitung der Kosten für die Er-

weiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung". Damit kann eine andere Wasserleitung nicht gemeint sein. Ich bitte Sie also, den Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren, die Opposition und ihr Führer haben ihren Standpunkt von der letzten auf die heutige Sitzung mit beneidenswerter Raschheit geändert. Noch in der letzten Sitzung haben Sie gehört, dass es der höchste Wahnsinn, das größte Verbrechen an der Stadt Wien wäre, ein Anlehen aufzunehmen, und es wurden uns die schönsten Gleichnisse und Bilder vorgeführt, um uns zu zeigen, dass wir damit den kommenden Generationen das größte Unrecht thun würden. Das wurde mit einem Pathos ausgesprochen, der den Saal erschütterte. (Widerspruch links.) Heute aber stellt der Führer der Opposition den Antrag, wir sollen 14 statt der 17 Millionen aufnehmen, welche der Stadtrath vorschlägt.

Wo steckt da die Consequenz? Wundern Sie sich, meine Herren, dass wir, die wir schon vor der letzten Sitzung genau gewusst haben, wie die Debatte sich wenden wird, die Tiraden gegen die Aufnahme eines Anlehens, welches zur Erweiterung der Hochquellenleitung nothwendig ist, mit großer Heiterkeit, ja mit Gelächter aufgenommen haben?

Wir haben genau gewusst, was kommen wird, wir mussten nur 48 Stunden älter werden, um zu wissen, dass Sie einen derartigen Antrag stellen würden. Sie haben also den Standpunkt, dass Sie nur für ein Anlehen von 14 Millionen seien, dass Sie das Anlehen aber grundsätzlich acceptieren, weil Sie nicht wagen können, gegen den Wunsch der Vorortebewohner zu stimmen und gegen diesen Wunsch, gegen das Anlehen selbst zu stimmen, welches Sie in der letzten Sitzung auf das heftigste bekämpft haben. Das steht also fest und wir können jetzt nur froh sein, dass Groß-Wien diese 17 oder 14 Millionen aufnimmt, weil es nicht sehr wahrscheinlich, ja sogar ausgeschlossen erscheint, dass die Vorortegemeinden, wenn sie dieses Anlehen auf eigene Rechnung aufgenommen hätten, dasselbe gleichfalls zu demselben Zinsfuße erhalten hätten. Denn es ist klar, dass Obligationen, welche die Groß-Commune ausgibt, marktgängiger sind, und dass also die Vororte es wahrscheinlich um mindestens $^1/_2$ Percent theuerer zahlen hätten müssen. Wenn Sie dieses $^1/_2$ Percent rechnen, so macht es bei einer Summe von 17,000.000 fl. bereits 85.000 fl. aus und es zeigt sich, dass also auch aus diesem Grunde die Vereinigung der Vororte mit Wien finanziell gerechtfertigt und eine wohlüberlegte Maßregel war.

Und nun, meine Herren, bin ich genöthigt, mich speciell mit jenen Fragen zu beschäftigen, die jetzt in Verhandlung stehen und welche der Herr Vorredner hervorgehoben hat. Er hat nämlich die Behauptung aufgestellt, dass wir am 8. April 1892 nur davon gesprochen haben, dass nur die Ausgaben, welche im Budget pro 1892 für die Erweiterung der Hochquellenleitung aufgestellt wurden, an die städtische Casse zu refundieren seien. Das ist aber vollständig unrichtig, es steht vielmehr in dem Beschlusse vom 8. April 1892, dass alle für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und in diesem Budget, sowie eventuell in den folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen aus dem nächsten Anlehen zu refundieren sind. Und merkwürdig, als dieser Antrag im Jahre 1892 gestellt wurde, gegen dessen Ausführung Sie sich jetzt kehren, hat nicht einer von Ihnen das Wort ergriffen. Sie können im Amtsblatte auf Seite 902 sehen, wie der Antrag vom Präsidium zur Abstimmung gebracht wurde, und wie das ganze Haus damit einverstanden war, das ganze Haus, ohne Ausnahme. (Rufe rechts: Hört!) Nun, meine Herren, Sie sind ja außerordentliche Freunde der Opposition, Sie sind eine sehr wachsame, eine sehr behende Opposition, und damals hat sich unter den zahlreichen Rednern der Gegenseite nicht einer, auch nicht Ihr Führer gemeldet, um zu sagen, dass Sie gegen diese Maßregel sind und diese Maßregel ist der Kern und die Grundlage der Finanzwirtschaft der letzten zwei Jahre gewesen. Damals — ich glaube sogar, dass Sie alle mitgestimmt haben — hat niemand eine Einwendung erhoben und Sie haben also wahrscheinlich gar nicht daran gedacht, zu opponieren. Wie kommt es aber, dass Sie heute dagegen sind? Glauben Sie, dass eine große Gemeinde imstande ist, die Grundlagen ihres Finanzplanes von Jahr zu Jahr zu ändern? Vielleicht wird es Ihnen im nächsten Jahre einfallen zu sagen, es ist vernünftig, zu refundieren, nachdem Sie im Jahre 1892 gesagt haben, dass es vernünftig sei? Sehen Sie, wenn Sie eine Opposition wären, die sich nicht an Kleinigkeiten hält, sondern erkennen würden, dass ein Beschluss vorlag, wo es sich um Millionen handelt, so hätten Sie sich damals schon erinnern müssen an den Göthe'schen Satz: „Derjenige ist ein ganzer und großer Mann, der das Große groß und das Kleine klein sieht." Dieser Satz wird aber von Ihnen nicht befolgt, denn bei den kleinsten Kleinigkeiten erheben Sie eine mörderische Opposition, wo es sich aber um große Interessen handelt, scheinen Sie nicht die Auffassung zu haben, dass solche Interessen vorliegen.

Ich habe unmittelbar vor der Sitzung mit einem Nachbar über die Angelegenheit gesprochen und wir haben uns an die Scenen erinnert, die sich am 8. April 1892 hier abgespielt haben. Einer meiner Nachbarn hatte gesagt: „Wir werden eine furchtbare Debatte haben, der andere sagte, nein, wir werden keine haben, denn ich glaube, die Opposition wird nicht sehen, wie bedeutungsvoll der Beschluss ist." Nun sehen Sie, es hat sich bewahrheitet, sie hat sich nicht im geringsten gewehrt, hat nicht die geringste Einwendung erhoben; Sie sind also absolut nicht berechtigt, heute Opposition zu machen, und wenn Sie consequent wären, müssen Sie für den Antrag stimmen, ein Anlehen von 17 Millionen aufzunehmen. Dann hat Ihr geehrter Herr Führer eine Behauptung aufgestellt, dass der Bürgermeister beabsichtige, die drei Millionen, welche an die städtische Hauptcasse rückzuerstatten sind, für die Donau-Nutzwasserleitung zu verwenden. Ich bin selbst ein Gegner der Donau-Nutzwasserleitung und habe mit großer Schärfe in der Debatte, bei welcher die Opposition jedoch nicht anwesend war, dagegen gesprochen. Aber ich muss lebhaft bedauern, der Herr Dr. Lueger hat keine Ahnung, welche Bedeutung diese drei Millionen für das Budget der Stadt Wien in den letzten zwei Jahren gehabt haben und welche Bedeutung sie haben werden. Sie sehen, dass der Umstand, dass Sie die Wahl in die Budget-Commission im vorigen Jahre nicht angenommen haben und in diesem Jahre bei den Verhandlungen sich absentiert haben — Sie sind ja einige Monate nicht im Gemeinderathe gewesen — bewirkt hat, dass Sie nicht genau informiert sind, und es ist der Fluch einer passiven Opposition, dass selbst Ihr hervorragendstes Mitglied nicht genau weiß, wie es mit den drei Millionen aussieht, welche an die städtische Hauptcassa refundiert werden sollen, er weiß nicht, dass diese drei Millionen zum Theile ausgegeben sind, er glaubt, sie werden erst ausgegeben werden. So gründlich ist Ihr Führer über die finanziellen Verhältnisse der Stadt informiert, und ich werde es kurz sagen, wozu diese drei Millionen zum Theile ausgegeben

sind, damit Herr Dr. Lueger in die Versammlungen gehen und auf Grund dessen den Leuten darlegen kann, wie verschwenderisch wir bereits vorgegangen sind.

Ich bitte den Herrn Führer der Opposition die Argumente der Donau-Nutzwasserleitung beiseite zu schieben, in den Kasten zu legen und sich diese neuen Argumente für seine Wähler zu notieren. Schon als wir das Budget pro 1892 machten, hat der Stadtrath beantragt, dass wir 886.000 fl. für die Erweiterung der Hochquellenleitung in das Budget einstellen. Nun haben einige Vertreter der Vororte unter anderem Herr St.-R. Rückauf schon damals im Stadtrathe gesagt, es sei klüger, wir nehmen gleich ein Anlehen auf und verwenden nichts aus den currenten Einnahmen zur Erweiterung der Hochquellenleitung. Der Herr St.-R. Rückauf und mehrere Vertreter der Vororte im Stadtrathe haben damals gesagt: Es ist möglich, dass wir noch auf ein Jahr die Einführung des Bierkreuzers hinausschieben. Dieser Antrag ist im Stadtrathe gefallen und die Budget-Commission hat sich auf den Standpunkt gestellt, diese 886.000 fl. ins Budget einzustellen und dann diesen Betrag aus dem neu aufzunehmenden großen Anlehen in die städtischen Cassen zurückzuerstatten. Das war der Verlauf der Dinge. Es wäre höchst sonderbar, nachdem wir 26 Millionen für die erste Hochquellenleitung ausgegeben haben und nachdem Herr Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt, dass wir jetzt auch 14 Millionen dafür ausgeben, also wenn wir 26 und 14, d. i. 40 Millionen für die Hochquellenleitung aus dem Anlehen ausgeben, wenn wir gerade diese 3 Millionen aus den Jahren 1887 bis 1892 aus den currenten Einnahmen bestreiten würden. Das ist eine Inconsequenz, eine unklare Gebarung. Diese drei Millionen sind wie die verlorenen Geister, die nicht wissen, wohin sie gehören. Diese drei Millionen sind ein Theil der Summe, welche wir für die Hochquellenleitung brauchen und brauchen werden und zum Theil schon gebraucht haben, und deshalb sind sie aus dem Anlehen in die städtischen Cassen zurückzuzahlen. Die Herren (sich nach links wendend) wissen das nicht, weil sie sich von den Budget-Berathungen ferngehalten haben — Herr Dr. Lueger weiß das nicht und glaubt, dass wir das für die Donau-Nutzwasserleitung ausgegeben — er ist in vollständiger Unkenntnis der Dinge.

Es ist sehr belehrend, es hat sich ganz dasselbe wiederholt, als das Budget pro 1893 gemacht wurde und ich bitte Herrn Dr. Lueger nur, im Budget nachzusehen; da hat der Magistrat beantragt, dass wir uns in den anderen Ausgaben beschränken sollen, damit wir auch im Jahre 1893 noch ohne Anlehen auskommen.

Dieser Anschauung war auch der Herr Bürgermeister Dr. Prix und Gem.-Rath Roske, wie aus den Berichten der Zeitungen hervorgeht. Diese beiden Herren sind der Ansicht gewesen, man solle einfach die weiteren Ausgaben aus den currenten Einnahmen nehmen und kein Anlehen aufnehmen. Dieser Antrag fiel im Stadtrathe; derselbe hat vielmehr beschlossen und die Budget-Commission ist gleichfalls darauf eingegangen, für die Hochquellenleitung mehr auszugeben und aus den zu refundierenden Geldern der Vorjahre mehr für das Schul- und Straßenwesen zu verwenden. Meine Herren von den Vororten — Sie werden die Papiere, die Drucksorten, die Sie erhalten, sich aufheben — ich bitte, einmal das Straßen-Präliminare pro 1892 herzunehmen. Dieses Straßen-Präliminare ist sehr interessant, da werden Sie nämlich finden, dass bei jedem Bezirke zu den Anträgen des Magistrates noch eine Straße über Antrag des Stadtrathes oder der Budget-Commission hinzugefügt wurde, und warum haben wir damals das gethan, einfach, weil wir uns schon damals darüber klar waren, ein Gedanke, den Herr Gem.-Rath Boschan als Budget-Referent und Referent der Commission vertreten hat, dass im Jahre 1892 und 1893, nachdem wir den Bierkreuzer erhöht haben, noch nicht so große Ausgaben zu machen sein werden.

Es sind die Beamten- und Lehrergehalte noch nicht voll erhöht worden, es ist noch nichts zu zahlen an Zinsen für die Wasserleitung und für die Stadtbahn; dies alles muss ja erst bestritten werden aus den Beträgen, die aus dem Bierkreuzer fließen. Bis dahin können wir für Schulen und Straßen mehr ausgeben. Sehen Sie, diese drei Millionen Gulden, die Sie uns zum Vorwurfe machen, sind ein Angebinde, eine förmliche Mitgift, welche bis jetzt im Budget der letzten Jahre verwendet worden ist und auch der nächsten Jahre verwendet werden wird; das haben wir uns erspart und diesen ersparten Betrag können wir nun aus dem Anlehen herausnehmen und in die Stadtcassa hineingeben. Diesen im letzten Jahre ersparten Betrag haben wir dadurch erspart, dass wir ihn für die Hochquellenleitung verwendet haben, während wir einen Betrag aus den Anlehen hätten dazu verwenden sollen. Jetzt nun können wir diesen ersparten Betrag für Schulen und Straßen verwenden.

Ich habe mich verpflichtet gesehen, nachdem Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl einen Blick über die Gemeindewirtschaft gemacht hat, auf diesen speciellen Punkt näher einzugehen.

Wir haben von diesen drei Millionen, welche wir in Ersparung gebracht haben, in das heurige Budget, wo wir außer den drei Millionen für die Hochquellenleitung noch ein sogenanntes Deficit von $2^1/_4$ Millionen haben, $2^1/_4$ Millionen zur Verwendung eingestellt. Sie haben stets behauptet, wir haben ein Deficit von $5^1/_4$ Millionen. Nein; wir haben drei Millionen für die Hochquellenleitung ausgegeben, und von diesen ersparten drei Millionen verwenden wir $2^1/_4$ Millionen, um allerhand Bauten im Jahre 1893 durchzuführen. Wir haben aber von diesen drei Millionen, wenn wir diese $2^1/_4$ Millionen ausgegeben haben, noch etwas übrig; infolge dessen können wir in unserem nächsten Budget noch etwas mehr für Straßen und Schulen ausgeben.

Ich danke den Herren, dass Sie meine trockenen Auseinandersetzungen, welche aber, wie ich glaube, zur Klarstellung sehr nöthig waren, mit einer solchen Aufmerksamkeit gehört haben. Ich constatiere, dass, wenn hier in dieser sachlichen Weise die Dinge beleuchtet werden, wir einander hoffentlich näher kommen werden; man muss nur alle großen Redensarten und Phrasen ein wenig beiseite lassen.

Wenn uns einer der Herren Redner in der letzten Sitzung gesagt hat, dass wir jetzt nur für die tiefer gelegenen Vororte und nicht auch für die höher gelegenen die Wasserstränge ziehen, so hat er damit bereits eine Position aufgegeben. Herr Gem.-Rath Steiner hat gegen uns immer vorgebracht, dass wir unser Versprechen nicht erfüllen; nun, er gesteht zu, dass wir unser Versprechen bezüglich der tiefer gelegenen Vororte erfüllen. Sie werden aus einer Position in die andere zurückgedrängt, schließlich bis dahin, dass die Leitung noch nicht auf die Höhe des Kahlenberges und des Hameaus gelegt ist.

Sie sehen also, dass wir unsere Gemeindewirtschaft vollständig rechtfertigen können und ich würde nur wünschen, dass

jeder künftige Gemeinderath mit demselben guten Gewissen für das Anlehen stimmen kann, und dass ein Anlehen immer so fruchtbar verwendet wird, wie gerade das, was wir heute zu beschließen im Begriffe sind. (Beifall.)

Gem.-Rath Grünbeck: Wir stehen vor einem neuen Anlehen. Der Motivenbericht ist hier sehr schön gehalten, und wer ihn liest, der glaubt, das Wasser wirklich schon trinken zu können, wie es uns hier geschildert wird. Nur wer nicht so fanatisiert ist für das 17 Millionen-Anlehen, wird zugestehen, dass Sie uns manches schon versprochen, aber nicht gehalten haben. Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung sagte soeben, dass dieses Anlehen den Vororten zuliebe geschieht. Meine Herren! Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Sie haben eigentlich bei der Einbeziehung die Verpflichtung übernommen, die Vororte mit Wasser zu versorgen, und ich will nicht, dass man es immer so ansieht, als wenn es ein förmliches Geschenk für die Vororte wäre, sondern es ist eine Verpflichtung, die Sie bei der Einbeziehung der Vororte mit Wien übernommen haben.

In dem Motivenbericht wird ganz einfach gesagt, es werden zum Verkaufe gelangen 160.000 hl, während für die alten Bezirke, respective für diejenigen Bezirke, die mit Hochquellen schon bedacht sind, 200.000 hl verwendet werden. Ich erlaube mir daher an den Referenten eine Anfrage, ob von den 200.000 hl nur die Bezirke I bis X oder ob auch die Vororte bedacht werden sollen. Denn ich kann mir absolut nicht denken, dass man heute ein so großes Anlehen aufnimmt und die Vororte, die gewiss ein großes Sümmchen indirect dazu beitragen, nur mit 160.000 hl bedenken will. Es ist das vielleicht im Motivenberichte ein bisschen schlecht ausgedrückt oder auch mit Hintergedanken.

Ich bin eben hier Pessimist geworden, weil ich sehe, dass Sie selbst manche Versprechen, die Sie gemacht haben, nicht erfüllen. Es ist richtig, wie unser geehrter Herr Führer sagte, nur ein 14 Millionen Anlehen aufzunehmen, denn die Sachlage verhält sich nicht so, wie der Herr Vorredner gesagt hat. Wir wissen nicht, wofür das Geld ausgegeben worden ist, aber eines wollen wir haben: Wir wollen das verschleierte Deficit enthüllen, wir wollen die Bevölkerung nicht weiter von Ihrer Seite irreführen lassen, und es ihr sagen: Es existiert eigentlich ein Millionen-Deficit; es ist das nur geborgt; es ist das nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Deshalb sind wir nur für die 14 Millionen. Dazu führt uns übrigens auch der folgende Umstand; wenn Sie zu viel Geld haben, werden Sie übermüthig; das bestimmt uns, Ihnen den Geldsack höher zu hängen.

Wir in den Vororten waren gewohnt zu sparen, hier wird aber immer in den vollen Sack hineingegriffen und das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Das haben wir nicht thun können, sonst wären Sie nicht in die angenehme Lage gekommen, ein schönes Sümmchen und wohlgeordnete Verhältnisse in Ihre Verwaltung zu übernehmen; denn, wären in den Vororten andere Verhältnisse gewesen — vielleicht wie in Berlin — so hätten Sie auch die Einbeziehung unterlassen.

Wir wollen nur was recht und billig ist, wir wollen nicht, dass Sie in zu viel Geld schwimmen, sonst fällt es Ihnen ein, für die Stadträthe das doppelte zu verlangen; Sie werden sagen: „Wir sind mit 3000 fl. nicht zufrieden, unsere Stunden sind mehr wert, wir verlangen 6000 fl." u. s. w. Ich weiß, alles was wir hier (links) sprechen ist nicht wahr, nur Sie haben das Privilegium, die volle Wahrheit zu verkünden. Aber die Zeit ist vorüber, höchstens da oben (auf die Journalistenloge zeigend) glauben Ihnen noch einige Herren und die machen morgen wieder einen wunderbar schönen Bericht; auch diese Herren wissen vielleicht, dass das nicht wahr ist, aber sie schreiben so, um das Volk in dieser Meinung zu erhalten. Ich glaube ja auch, dass Sie selbst dieser verschiedenen Komödien satt sind und mehr zur Wahrheit hinneigen. Wenn in Bezug auf die drei Millionen gesagt wird, wir werden in Zukunft in den Vororten keine Schulen mehr haben, da bedauere ich nochmals, dass wir Groß-Wiener geworden sind, denn wir haben in den Vororten die Schulen nicht in so langwieriger Weise erbetteln und erkämpfen müssen wie heute.

Nun, ich will die Herren Collegen aus den Vororten, die nach dem Wasser drängen, nicht ermüden, aber trotzdem werde ich nur für ein Anlehen von 14 Millionen stimmen, weil ich das als das Richtige betrachte; denn zu viel Geld macht sonst übermüthig.

Referent: Ich will zuerst den Herrn Vorredner bezüglich der Ziffer von 160.000 hl aufklären. Diese Rechnung ist lediglich aufgestellt worden, um nachzuweisen, welchen beiläufigen Ertrag man aus der Hochquellenleitung haben wird, sie soll aber durchaus nicht eine Vertheilung des vorhandenen Wasserquantums in der Weise sein, dass man sagt: so und so viel wird den Vororten gegeben, so und so viel wird den anderen Bezirken gegeben. Es ist eben nur eine Rechnung aufgestellt, aus der hervorgeht, dass beiläufig 400.000 fl. zu erzielen sein werden. Die Vororte und das alte Wien bilden künftig ein und dasselbe Gebiet, und so wenig man sagen wird: die Leopoldstadt hat zu viel oder zu wenig Wasser im Verhältnis zum III. Bezirke, ebensowenig wird man jetzt einen Unterschied machen zwischen den Vororten untereinander. Ich habe in der Berechnung, zu welcher ich aufgefordert wurde, nur das approximative Quantum genommen; wird Wasser da sein, so werden es die Vororte ebenso haben, und wenn Mangel an Wasser sein wird, so werden die alten Bezirke geradeso darunter zu leiden haben, wie die neuen.

Bei der Gelegenheit will ich den Herrn Vorredner der Sorge überheben, dass wir zu viel Geld in die Cassen bekommen; er kann ganz ruhig sein, es wird uns nicht zu viel werden. Wenn der Herr Vorredner meint, dass wir uns so sehr darum gerissen haben, die Verwaltung der Vororte an uns zu ziehen, so stellt er uns ein schlechtes kaufmännisches Zeugnis aus, finanziell genommen, hätten die alten Bezirke ein schlechteres Geschäft gar nicht machen können, als die Vororte einzuverleiben.

Wenn ich schon beim Worte bin, möchte ich doch über die Sache sprechen und den Versuch machen, die Herren von der Opposition zu bewegen, den Standpunkt fallen zu lassen, und zwar im eigenen Interesse. Meine Herren, ich habe einen harten Kampf gekämpft, um das Budget so aufzustellen wie es heuer war. Es bestand die Meinung, dass man das Anlehen auf das nächste Jahr hinausschieben soll und die Behörden wurden angewiesen, das Budget so zu machen, dass man kein Anlehen braucht, die Arbeiten im Höllenthale auf das mindeste zu reducieren und die Arbeit für Schulen ebenso. Ich habe mich auf das lebhafteste dagegen gewehrt, und es ist zu scharfen Attaken gekommen, welche dahin geführt haben, dass ich endlich gesagt habe, ich könne es nicht weiter vertreten, wenn diese Posten nicht ins Budget eingestellt werden. Mehrere Herren aus den Vororten, die im Stadtrathe sind, werden wissen, wie ich mich eingesetzt habe, dass große Beträge ins Budget kommen. Wenn die Herren mich jetzt im

Stiche lassen und die Beträge in das Anlehen nicht einbeziehen wollen, muss ich das außerordentlich bedauern. Ich hätte sehr gewünscht, dass Sie die Ihnen angebotenen sechs oder sieben Stellen in die Budget-Commission angenommen hätten, dann hätten Sie unsere Sorgen in der Budget-Commission getheilt, Sie hätten die Sache mit angesehen, und wenn das geschehen wäre, würden Sie die Sache anders beurtheilen. Es ist allerdings schwer, im Plenum diese Verhältnisse darzuthun. Aber ich kann Sie versichern, dass Sie gegen Ihr eigenes Interesse kämpfen, wenn Sie in dieser Weise der Gemeinde Schwierigkeiten machen.

Es ist noch ein anderer Umstand, der auch nicht übersehen werden darf, die Herren haben gewiss nicht die Absicht, der Verwaltung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Mit den Cassabeständen, wie wir sie vor einigen Tagen gehabt haben, von 500.000 bis 600.000 fl., kann man aber ein Budget von 30 Millionen Gulden mit der Haftung für eine Anzahl von Sparcassen nicht prästieren. Man kann in Verlegenheit kommen und das würde Ihnen ebenso unangenehm sein als uns. Also, ich möchte Sie bitten, überlegen Sie die Sache noch einmal, stimmen Sie nicht gegen uns; es würde das gegen das eminente Interesse der Vorortebewohner sein.

Gem.-Rath Dr. Stern: Wenn ich das Wort ergreife, um einiges über die heute und schon so oft besprochene Vereinigung der Vororte mit Wien zu sagen, so liegt der Grund zunächst darin, dass ich im alten Gemeinderath Mitglied eines Comités war, welches durch eine lange Reihe von Jahren bestanden hat und welchem auch der Gem.-Rath Dr. Lueger angehörte, nämlich Mitglied des Vororte-Comités, und dass mir als Mitglied dieses Comités ganz genau alle Verhandlungen bekannt sind, welche im Laufe der Jahre in diesem Comité stattgefunden haben. Und da liegt mir zunächst das Gesetz vom 10. Mai 1890 vor, mit welchem der Verzehrungssteuer-Rayon über die ehemaligen Vororte ausgedehnt wurde, aus welchem Gesetze, und zwar erst acht Monate später, nämlich im December 1890, die Vereinigung der Vororte mit Wien und die Schaffung des großen Wiener Gemeindegebietes hervorgieng. Da erinnere ich mich nun daran, dass der alte Gemeinderath durchaus nicht dafür war, dass der Verzehrungssteuer-Rayon erweitert werde, und dass wir in der Vororte-Commission und auch im Plenum durch eine ganze Reihe von Jahren dafür eingetreten sind und auch Petitionen in dieser Richtung bei der Regierung und anderen maßgebenden Corporationen überreicht haben, dass überhaupt die staatliche Verzehrungssteuer aufgehoben und diese Steuer als dasjenige betrachtet werde, was sie in anderen Städten ist, nämlich als bloße Einnahme der Gemeinde.

Dafür sind wir eingetreten, und wenn der Verzehrungssteuer-Rayon erweitert wurde und die Vororte in denselben einbezogen wurden, so kann nicht dem alten und nicht dem neuen Gemeinderathe ein Vorwurf daraus gemacht werden, sondern das war einfach eine fiscalische Maßregel, gegen welche sich der alte Gemeinderath vergebens gewehrt hat. Dafür also, dass die Vororte in den Verzehrungssteuer-Rayon einbezogen wurden und die staatliche Verzehrungssteuer zu bezahlen haben, sind wir nicht eingetreten, und das zu vertreten, betrachte ich auch nicht als meine Aufgabe.

Etwas anderes aber war es, nachdem einmal der Verzehrungssteuer-Rayon ausgedehnt war, die Auftheilung der Zuschläge zu dieser Steuer, beziehungsweise die Feststellung des Verhältnisses dieser Zuschläge zwischen Wien und den ehemaligen Vororten vorzunehmen, und hiebei kam erst die Vereinigung der Vororte mit Wien in Frage. Ich erinnere mich ganz genau aus den Verhandlungen, welche damals in dem Vororte-Comité stattfand, wie damals gerechnet wurde, in welcher Weise die Auftheilung dieser Zuschläge zwischen den alten und den neuen Bezirken zu erfolgen habe und welche Schwierigkeiten sich daraus ergaben, dass eigene Rayons gebildet oder sonst ein Maßstab für die Auftheilung hätte ermittelt werden sollen, der allen Theilen gerecht würde. Dies hat dann zur Vereinigung der Vororte mit Wien geführt. Das ist eine Thatsache, über welche uns ja die Verhandlungen in dem Vororte-Comité, im Gemeinderathe, in der Enquête, welche stattfand, und im Landtage, vollen Aufschluss geben und welche dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger gerade so bekannt ist, wie mir und uns allen, die wir dem früheren Gemeinderathe angehört haben. Das ist der eine Umstand, den ich richtigstellen wollte.

Es ist von anderer Seite dann gegen die Aufnahme des Anlehens und speciell zu Punkt 1 gegen die Aufnahme des Anlehens in der beantragten Höhe erwähnt worden, dass die drei Millionen, die unseren Cassen refundiert werden sollen, offenbar dazu verwendet werden, damit die Lieblingsidee des Herrn Bürgermeisters, die Nutzwasserleitung, vorbereitet und ins Werk gesetzt werde. Ich muss sagen, wenn ich dieser Meinung wäre, so wäre ich der erste und jedenfalls unter jenen, welche gegen die Aufnahme dieses Anlehens entschieden Opposition machen und gegen diese Summe stimmen würden. Dieser Auffassung kann ich aber nicht sein, weil ich einfach einem geschriebenen und gedruckten Worte Glauben schenke, und weil uns hier im Artikel 1 erklärt wird, dass es sich um die Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung handelt, und dass nur für die Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung dieses Anlehen aufgenommen wird und ich sonst annehmen müsste, was ich unmöglich annehmen kann, dass der Herr Bürgermeister oder der Stadtrath geradezu ihre Befugnisse überschreiten, dass sie über die Beschlüsse des Gemeinderathes hinweggehen wollen, wenn ich voraussetzen sollte, dass sie zu einem anderen Zwecke als zu demjenigen, zu welchem wir die Aufnahme dieses Anlehens beschließen, das Geld verwenden würden. Ich bin also darüber, dass das Anlehen, welches hier geplant wird, eben nur zur Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung aufgenommen wird, vollkommen beruhigt, kann mir auch die Sache gar nicht anders vorstellen.

Es ist noch weiter dagegen gesprochen worden: Ja diese drei Millionen sind schon verwendet und sollen nur in die Cassen refundiert werden und deshalb müsste man, nachdem es sich ja nur um eine Refundierung an die Cassen handelt, gegen diese drei Millionen stimmen. Nun, gerade die Art und Weise, wie hier vorgegangen worden ist, dass diese drei Millionen, dieser geringe Betrag, successive aus den Cassen entnommen und dass der Betrag erst dann, wenn er zu einer gewissen Höhe angewachsen ist, mit einem fundierten Anlehen bedeckt, beziehungsweise refundiert wird — gerade dieser Vorgang erscheint als ein vollkommen zweckmäßiger. Es liegt nichts anderes darin, als die Aufnahme einer schwebenden Schuld bei der eigenen Cassa, und zwar einer schwebenden Schuld, welche den Vortheil hat gegenüber der Aufnahme anderer schwebenden Schulden, dass sie nicht verzinslich ist, weil wir unserer eigenen Cassa keine Zinsen zu vergüten haben, während, wenn wir die schwebende Schuld anderswo aufgenommen hätten, wir Zinsen zu vergüten haben würden. Dass aber, wenn eine solche Schuld

aufgenommen ist, dieselbe der Cassa refundiert werden müsse, und dass eine Großcommune wie Wien, welche über ein Budget von 30 und einigen Millionen jährlich heute verfügt, eine gewisse Summe von einigen Millionen in den Cassen haben muss zur Cassenbewegung, und die Cassa nicht den letzten Kreuzer hinausgeben darf, ist wohl eine klare Sache.

Es hat auch einer der geehrten Herren aus den früheren Vororten davon gesprochen, dass die Vororte sich ebenfalls das Geld hätten verschaffen können oder verschafft hätten. Darauf ist bereits von anderer Seite entgegnet worden, dass sich hier gerade der Segen der Vereinigung der Vororte mit Wien zeigt, und dass die Vororte jedenfalls nicht in der Lage gewesen wären, ein Anlehen, welches sie benöthigt hätten, unter solchen Bedingungen aufzunehmen, wie es heute die Großcommune Wien zu thun in der Lage ist, und dafür liefern uns die Tabellen der Anlehen, welche die Vororte aufgenommen hatten, den sprechendsten Beweis. Diese Tabellen weisen aus, dass eine Anlehenssumme von 14 oder 16 Millionen von den einzelnen Vororten aufgenommen wurde und wenn ich nicht sehr irre, ist die Verzinsung einiger dieser Anlehen bis zu 6 Percent (Widerspruch) — jedenfalls ist eine Reihe von Anlehen mit 6 Percent verzinst worden, während wir heute darangehen, ein Anlehen mit 4 Percent aufzunehmen.

Es ist davon gesprochen worden, dass die richtige Finanzgebarung eigentlich die gewesen wäre, wenn man große Werke ausführen will, zuerst das Geld im Laufe der Jahre zu sammeln, es nutzbringend anzulegen und erst dann, wenn die Summe beisammen ist, an die Schaffung des großen Werkes zu gehen. Da muss ich sagen: Dem steht unsere moderne Anschauung über die öffentliche Finanzwirtschaft vollkommen entgegen. Ein großes Gemeinwesen, ein Land, der Staat, ist nicht berechtigt, mehr an Steuern einzuheben, als er jährlich für seine Gebarung bedarf; er ist nicht berechtigt, zu thesaurieren, sondern er findet seine beste Thesaurierung darin, wenn er das Geld in den Taschen der Bürger lässt, soweit er es nicht für seine Zwecke in der fortlaufenden Gebarung zu verwenden in der Lage ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Sache ist also die: 20 Millionen, 15 Millionen u. dgl. in den Cassen aufzuspeichern, das hätte gar keinen Sinn. Wenn wir heute ein Budget machen und bei demselben es sich einmal zeigen würde, dass wir eine größere Summe, eine für die große Gebarung der Stadt Wien ins Gewicht fallende Summe von einigen Millionen ersparen würden, so ist gar kein Zweifel, dass von der einen Seite verlangt würde die Herabsetzung der Steuern — ein berechtigtes Verlangen — und von der anderen Seite verlangt würde, die Verwendung dieses Überschusses zu irgend einem nutzbringenden Zwecke, dass also von einer Thesaurierung absolut niemals die Rede sein könnte und auch niemals die Rede sein wird.

Unter solchen Umständen bleibt daher für die Schaffung großer Werke gar nichts anderes übrig, als die Aufnahme eines Darlehens, und zwar die Aufnahme eines Darlehens auf lange Zeit hinaus. Unter den Vortheilen, die sich gerade bei Aufnahme eines Anlehens auf lange Zeit ergeben, ist ja auch der, dass — ich möchte sagen — der Kaufwert, der innere Wert des Geldes fortwährend in sich im Laufe der Zeit ein geringerer wird, dass in unserer Anschauung heute, sagen wir eine Summe von 1000 oder 100.000 fl., als weit weniger erscheint, weit weniger Geld, weit weniger Capital repräsentiert, als sie unseren Voreltern vor 20 oder 50 Jahren erschienen ist, so dass thatsächlich auch wir heute anders wirtschaften, als die Stadt Wien vor 30 Jahren gewirtschaftet hat; so dass also auch daraus sich der Vortheil der langdauernden öffentlichen Anleihe ergibt.

Das ist eigentlich das Wichtigste, was ich anführen wollte für die Bewilligung dieses Anlehens, beziehungsweise dafür, dass es in der vollen vom Stadtrathe hier vorgeschlagenen Höhe angenommen werde.

Ich hätte aber doch damit noch einen weiteren Punkt zu verbinden, und ich möchte ihn gerade verbinden mit dem Punkt 1 der Vorlage, welcher uns jetzt beschäftigt. Es wird uns vom Herrn Referenten in Aussicht gestellt, dass die Verzinsung dieses Anlehens sich zu einem großen Theile — so sagte er selbst — im Laufe der Zeit ergeben werde aus den Beträgen, welche wir für dieses neu einzuleitende Hochquellenwasser in den Vororten beziehen werden, und er rechnet es so aus, dass dies beiläufig den Betrag von 400.000 fl. ausmachen würde, 400.000 fl. aber erst nach Ablauf einiger Jahre. Nun bin ich der Meinung, dass wir schon bei der ersten Rate mit dem Betrage von $6^1/_4$ Millionen, wie er hier präliminiert ist, das Auslangen nicht finden werden. Ich bin der Meinung — es ist ja das bereits von anderer Seite ausgesprochen worden — dass wir kaum dazu kommen werden, im Laufe des Jahres 1893, keinesfalls aber vor Ende des Jahres 1893, vielleicht aber erst im Jahre 1894 schon die erste Rate dieses Anlehens zu begeben. Es muss dazu ein Reichsgesetz erwirkt werden, es muss im Wege des Reichsgesetzes die Steuern- und Gebürenfreiheit, es muss die Befähigung des Anlehens zur Anlage von Pupillar-Capitalien erwirkt werden, und es dürfte das Jahr 1893 vergehen, ehe wir dieses Reichsgesetz erlangt haben und ehe wir sonach in der Lage sein werden, zur Emission der Anleihe-Titres zu schreiten. Nun wissen wir ja, dass das Wasserrechtsverfahren gegenwärtig in zweiter Instanz schwebt. Es ist ja anzuhoffen, dass im Laufe dieser Zeit das Erkenntnis der Statthalterei erfließen wird. Es ist möglich, dass mit dem Erkenntnisse der Statthalterei als zweite Instanz sich alle Theile zufrieden geben werden. Es ist möglich, dass, wenn sie sich nicht zufrieden geben, über einen Recurs eine Entscheidung der dritten Instanz, des Ministeriums des Innern als höchster Instanz in Wasserrechtssachen, erfließen wird, und wenn einmal diese Entscheidungen geschöpft sind oder wenn wir einmal ein rechtskräftiges Wasserrechts-Erkenntnis haben, dann sind sofort eine Reihe von Millionen fällig, zu deren Bestreitung eben dieses Anlehen bestimmt ist, welche aber aus den $6^1/_4$ Millionen nicht bestritten werden können; da sind sofort fällig 1 Million Gulden, welche wir an den Grafen Hoyos zu zahlen haben, ferner die $2^1/_2$ Millionen Gulden — Sie finden dies in der Beilage — welche wir als Entschädigung an verschiedene Wasser-Interessenten zu zahlen haben, und dazu kommen verschiedene Baukosten, die im Laufe der Zeit anwachsen werden, so dass es sehr leicht sein kann, dass, wenn die erste Anlehensquote nicht im Jahre 1893, sondern erst anfangs 1894 begeben werden sollte, wir dann mit einer Summe von $6^1/_4$ Millionen Gulden nicht mehr das Auslangen finden, und es sich dann um die Emission eines Betrages von 10 Millionen Gulden oder eines noch höheren Betrages handeln wird.

Aber unter allen Umständen werden wir im Laufe der Zeit eine Summe von $17^1/_2$ Millionen Gulden, nämlich dieses Anlehen, zu verzinsen und zu amortisieren haben, und $17^1/_2$ Millionen Gulden Verzinsung und Amortisierung geben einen jährlichen Aufwand von über 700.000 fl. Da erscheint es mir denn doch nicht ganz sicher, und der Herr Referent stellt es ja selbst als nicht ganz sicher hin, ob

wir wirklich mit jenen Einnahmen, die wir erst im Laufe von zwei bis drei Jahren aus den Wasserabgaben erzielen werden, genügend Geld haben werden, um das neue Anlehen zu verzinsen und zu amortisieren, beziehungsweise ob wir dann das Fehlende wirklich aus den laufenden Einnahmen zu vergüten in der Lage sein werden. Es ist bereits von Seite des Herrn Dr. Lueger zu Beginn der Debatte hervorgehoben worden, dass schon wiederholt von der Convertierung die Rede war, dass schon in früheren Zeiten die Convertierung der Anlehen in Anregung gebracht, aber von unserer Seite abgelehnt wurde.

Das war damals eine ganz richtige Sache, denn die Convertierung ist eben nur bei einem sinkenden Zinsfuß möglich, und sie kann — worüber wir vollkommen einig sind — nur eine freiwillige sein. Wenn wir aber jetzt — so denke ich — die Convertierung in Angriff nehmen, so wird uns gerade das Zinsen- und Amortisations-Ersparnis die Möglichkeit geben, ohne eine Belastung unseres laufenden Budgets das Anlehen von 17½ Millionen Gulden zu verzinsen und zu amortisieren. Die Convertierung müsste aber nach meiner Überzeugung gleichzeitig in Angriff genommen werden und kann auch gleichzeitig in Angriff genommen werden mit der Aufnahme eines neuen Anlehens. Ich erinnere daran, dass, wenn in früheren Jahren von einer Convertierung die Rede war, es sehr oft geheißen hat und gerade aus unserer Mitte Stimmen laut geworden sind. . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, die Convertierung kann besser bei Punkt 5 erörtert werden.

Gem.-Rath Dr. Stern (fortfahrend): Wenn der Herr Vorsitzende meint, werde ich diese Frage bei Punkt 5 erörtern und werde abbrechen. Ich habe nur gedacht, dass, weil davon die Rede war, in welcher Weise diese 35 Millionen Kronen zu verzinsen und zu amortisieren sind, gerade hier dieser Beweis geliefert werden kann.

Ich schließe daher und empfehle die Annahme des Antrages 1 des Herrn Referenten.

Gem.-Rath Trambauer: Meine sehr verehrten Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Dr. Lueger hin hat der Herr Referent Veranlassung genommen zu bemerken, wenn diese drei Millionen nicht bewilligt werden, werden die Cassen leer sein und die Projecte können nicht ausgeführt werden. Er hat auch auf die Ausführungen des Herrn Collegen Grünbeck bemerkt, dass vor einigen Tagen nur 600.000 fl. in der Casse waren und mit einem so minimalen Betrage könne man die Geschäfte nicht fortführen, nachdem das Budget über 30 Millionen ausmacht. Das ist richtig, aber gestatten Sie mir, einen Rückblick auf das Budget von 1892 zu werfen. Nach dem Budget von 1892 sollte ein Deficit von 1,400.000 fl. zum Vorschein kommen, in der That aber hat das Budget mit einem Cassastande von 2,000.000 fl. abgeschlossen und nicht mit einem Deficit. Wie ist das nun gekommen? Auf sehr einfache Weise; durch die Einverleibung der Vororte mit Wien, resp. durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie haben Nachversteuerungen stattgefunden, und die Gemeinde Wien hat innerhalb zehn bis zwölf Tagen eine Summe von 400.000 fl. eingeheimst. (Rufe links: 700.000 fl.!) Also gut, noch mehr, ich glaubte nur 400.000 fl. Der sogenannte Bierkreuzer war für 1892 mit dem Betrage von 1,260.000 fl. eingestellt, effectiv aber hat er 2,110.000 fl. getragen und ist auch mit diesem Betrage in das Budget von 1893 eingestellt worden. Ferner waren im Budget große Bauten präliminiert, zum Exempel Schulbauten mit 1,100.000 fl., effectiv ist aber nicht einmal eine halbe Million verbaut worden. Für den Seuchenviehhof waren, glaube ich, 218.000 fl. eingestellt, effectiv verausgabt wurden aber für die Erdverführung über 2000 fl.; auch für die Regulierung der Beamtengehalte waren 375.000 fl. eingestellt, die Beamten haben aber nichts bekommen, denn die höheren Gehalte sind erst am 1. Jänner flüssig gemacht worden. Auch Straßenbauten hätten stattfinden sollen, sind aber gleichfalls unterblieben.

Wenn Sie das summieren, bringen Sie weit über zwei Millionen zusammen; wenn Sie die nicht verausgabten, aber doch präliminierten Summen, wenn Sie die Mehreinnahmen aus den Steuern und Umlagen berechnen, kommen Sie zu einer Summe von mindestens drei Millionen.

Es ist daher nicht richtig, wenn der Herr Referent starr und fest behauptet, wir sollten diese drei Millionen bewilligen, denn Sie haben diese drei Millionen schon eingenommen. Ich werde daher gegen die erhöhte Summe und nur für 14 Millionen stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Bevor ich auf die Sache eingehe, erlaube ich mir, denn doch eine persönliche Bemerkung vorzubringen. Es ist auch jetzt in der Debatte zu Punkt 1 von Seite des Dr. Friedjung, wie früher von Dr. Grübl hervorgehoben worden, dass die Minorität sich einer objectiven und sachlichen Besprechung der Angelegenheit befleißen sollte. Es sind uns auch viele andere Rathschäge gegeben worden über die Methode, die wir angeblich hier in diesem Saale befolgen sollten, um wieder, wenn die Herren sagen, irgend einen Credit zu bekommen. Dem gegenüber constatiere ich, dass ich in der General-Debatte auch nicht den geringsten persönlichen Angriff gemacht habe, dass ich aber während meiner Rede von Seite der Majorität immer in einer Weise unterbrochen worden bin, welche Männern nicht würdig genannt werden kann, dass ich fortwährend gehöhnt und verspottet wurde von Seite der Majorität (Ganz richtig! links), und wenn daher die Herren diese ihre Mahnung zu objectiver Besprechung der Sache an uns richten, so mögen sie zuerst vor ihrer Thüre kehren. Es ist zwar ein Herr College heute nicht hier, welcher sonst das Geschäft besorgt, das Herr St.-R. Dr. Hackenberg einmal so charakteristisch bezeichnet hat, aber es scheint, dass eine andere Persönlichkeit diese Rolle übernehmen will. Aber auch mit der werden wir fertig werden, das können wir ruhig garantieren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung hat gesagt, wir haben unsere Haltung von der letzten Sitzung auf die heutige total geändert; in der letzten Sitzung wären wir gegen jedes Anlehen gewesen, heute streiten wir uns nur um drei Millionen, um lumpige drei Millionen — so eine Kleinigkeit, ein kleinlicher Standpunkt!

Meine Herren! Ich muss gestehen, ich will zur Ehre des Verstandes des Herrn Dr. Friedjung annehmen, dass er in der letzten Sitzung geschlafen hat; aber gut geschlafen muss er haben; es war zwar in der letzten Sitzung manchmal ein gründlicher Lärm, vielleicht hat dieser Lärm der Anhänger der Majorität unsere Ausführungen übertönt. Ich habe ja ausdrücklich hier erklärt, dass wir für das Anlehen mit einer gewissen Beschränkung, unter anderen Bedingungen sind, auf welche ich später zu sprechen komme. Wir haben unseren Standpunkt gar nicht geändert. Der geehrte Herr Dr. Friedjung, der sehr gut weiß, was im Stadtrathe vorgeht, weiß nicht, was in allen Wählerversammlungen von uns gepredigt worden ist, nämlich, dass wir für ein Anlehen für die Hochquellenleitung sind, aber nur für so viel, als

gebraucht wird, dass wir aber entschieden dagegen sind, dass ein Anlehen unter dem Mantel der Hochquellenleitung aufgenommen wird, welches dazu dient, das Deficit zu verschleiern. Das ist unser Standpunkt.

Herr Dr. Friedjung hat sich unendliche Mühe gegeben, uns zu belehren, er hat Geschichten erzählt, was geschehen ist und was geschehen wird. Er hat gemeint, wir sollen das beherzigen, was er sagt. Meine Herren von der Majorität, ich gestehe es, in die Schule des Herrn Dr. Friedjung werde ich nicht gehen. Das habe ich wirklich nicht nöthig. Da muss Herr Dr. Friedjung um ein paar Minuten früher aufstehen, bevor er mir Unterricht in Gemeinde-Angelegenheiten geben kann. (Zustimmung links.) Meine Herren! Wofür die 3,100.000 fl. ausgegeben wurden, das weiß ich ja. Das weiß ich ja sehr gut, dass sie für die Hochquellenleitung ausgegeben wurden, aber neugierig bin ich, wofür die refundierten 3,100.000 fl. ausgegeben werden. Das ist das Wichtige. Ich staune, dass ein Jurist, wie Herr Dr. Stern, meint, die 3,100.000 fl. werden für Zwecke der Hochquellenleitung ausgegeben. Nein, meine Herren, die sind schon ausgegeben für Zwecke der Hochquellenleitung. Wenn sie refundiert werden, sind sie ein frei verfügbares Vermögen der Gemeinde Wien und können zu irgend einem Zwecke verwendet werden. Es ist merkwürdig, dass selbst Juristen, Advocaten, nicht wissen, wozu die 3,100.000 fl. ausgegeben werden. Meine Herren! Kommen Sie nicht immer mit den Vororten. Immer wird alles für die Vororte verwendet.

Meine Herren! Die Vororte kriegen gar nichts, das ist die reinste — wie soll ich sagen — Fopperei, sowie ja auch Ihre geehrten Budgets und Hauptvoranschläge eigentlich nichts anderes sind als — wie soll ich sagen — eine kleine Irreführung. Da wird eine Riesensumme für Straßenbauten projectiert, ausgegeben wird gar nichts u. dgl. Dinge mehr. Das glaubt man Ihnen in den Vororten nicht. Man weiß, wozu Sie die Vororte brauchen. Man glaubt Ihre Statistik nicht mehr, man glaubt gar nichts mehr von allem, was Sie vorbringen. Und mit Recht, meine Herren! Denn Sie haben bezüglich der Vororte noch nie eine Silbe Wahrheit in Ihrem ganzen Leben gesprochen.

Es ist diesfalls von meinem unmittelbaren Nachbar gesagt worden: „Die da oben — er meinte die Journalisten — glauben Ihnen noch etwas". Die glauben Ihnen aber längst nichts mehr, die wissen viel besser als wir, dass Sie nie die Wahrheit sagen, sie bringen es nur, damit sie die Bevölkerung auch wieder foppen, das ist so etwas Gegenseitiges, aber einen anderen Zweck hat es nicht.

Schließlich bin ich dem Herrn Referenten sehr dankbar dafür, dass er mir gesagt hat, wozu die 3,100.000 fl. verwendet werden. Die Herrschaften werden sie auf Schulbauten, vielleicht auch für Markthallen verwenden. Sehen Sie, darin liegt es ja, was ich immer bekämpfe. Diese Schulbauten sind keine außerordentliche Ausgabe, Schulen werden Sie jedes Jahr bauen müssen, und ich fordere den Herrn Referenten auf, mir nur ein Jahr zu sagen, in welchem keine Schule gebaut wurde. Das sind ordentliche Auslagen und ebenso ist es mit der Erbauung von Markthallen; denn wenn Wien größer wird, so müssen Sie Markthallen bauen, ob Sie wollen oder nicht. Diese 3,100.000 fl. gehören daher zu nichts anderem als zur Deckung des laufenden Deficits. (Rufe links: So ist es! — Widerspruch rechts.) und das Anlehen wird nicht so sehr gemacht der Wasserleitung wegen — gar keine Idee — sondern des Deficits wegen, und die ersten Millionen werden auch nicht für die Wasserleitung fließen — nein — sie werden fließen zur Stärkung der Gemeindecassa, respective zur Deckung des Deficits und deshalb wehren Sie sich auch alle um diese 3,100.000 fl., deshalb vertheidigen Sie diese Summe mit allem Aufgebote Ihres Wissens und Ihrer Beredsamkeit, deshalb citieren Sie längst vergangene Gemeinderaths-Beschlüsse, bei deren Fassung kein Mensch gewusst hat, um was es sich handelt. (Widerspruch rechts.) Gewiss, denn es geht manchmal hier zauberhaft schnell zu. Ihre Vorsitzenden sind in dieser Beziehung sehr gewandt, so dass auch der Achtsamste der hier sitzt, oft nicht weiß, ob die Sache vorbei ist oder nicht. Für Sie, meine Herren, haben die Gemeinderaths-Beschlüsse nicht mehr Wert als ein Stück Papier. Sie haben ja Gemeinderaths-Beschlüsse so oft umgeworfen oder nicht befolgt, Sie wissen am allerbesten wie lächerlich eigentlich ein Gemeinderaths-Beschluss ist, und wenn wir uns zur Wahrung unseres Standpunktes auf einen früheren Gemeinderaths-Beschluss berufen haben, so haben Sie uns geradezu verhöhnt und ausgelacht. Sie waren es, die Gemeinderaths-Beschlüsse im Handumdrehen geändert haben, Sie haben heute „A" gesagt und morgen wieder „B" — also warum soll ich mehr Respect gerade vor dem Gemeinderathe vom 8. April 1892 haben, als Sie vor den Gemeinderaths-Beschlüssen überhaupt?

Es ist ein Glück, meine Herren, dass es draußen ist. Sie brauchen das Anlehen zur Deckung des Deficits, Sie machen Schulden, um nicht zu dem Mittel greifen zu müssen, bezüglich dessen Sie der Bevölkerung immer gesagt haben, Sie brauchen es nicht, nämlich zur Erhöhung der Zinskreuzer. Ich constatiere nur das eine: Nicht ich war derjenige, der gesagt hat, das führt zum Bankerott, ein solches Wort kommt nicht aus meinem Munde, der Herr Referent hat auch gut achtgegeben und wird mir bestätigen, dass ich das nicht gesagt habe. Aber das muss gesagt werden, dass Sie uns nicht zum besten halten können mit Ihrer Liebe zu den Vororten; Sie machen das Anlehen einzig zu dem Zwecke und es geht dies speciell aus diesen 6¼ Millionen hervor, um das laufende Deficit zu decken, und wenn Sie mir beweisen wollen, dass das nicht wahr ist, was ich gesagt habe, dann streichen sie diese 3,100.000 fl. Wir werden dann schon sehen, ob Sie auskommen, und wenn Sie dann Schulbauten machen wollen, so können Sie neuerdings mit einem Anlehen kommen. Man kann das ja öfter wiederholen, das ist kein Unglück, wir werden darüber reden, aber so darf man es nicht machen wie Sie es zu machen belieben, dass unter dem Deckmantel eines gemeinnützigen Unternehmens, wie es die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung ist, sich etwas mitvollzieht, was ausschließlich darauf berechnet ist, die Wählerschaft irrezuführen. Ich will nur, dass Sie die Wahrheit sagen und es freut mich, dass ich die Maske etwas lüften konnte, und dass dies die Bevölkerung wissen wird — freilich nicht aus den Zeitungen, darin wird nichts davon stehen —, aber wir werden ihr sagen, was hier geschehen ist, und werden auch die Worte des Herrn Referenten citieren, den von Ihnen so dringend angerathenen Weg betreten, wir werden der Bevölkerung sagen, dass die ganze Geschichte nichts anderes ist, als der Schleier für das Bild zu Saïs. Wenn einmal der Schleier gelüftet sein wird, wird ganz Wien paff sein vor lauter Schrecken, wie es schon im Gedichte von Schiller heißt. (Heiterkeit.) Damit empfehle ich Ihnen nochmals die Annahme des von mir gestellten Antrages, ich weiß zwar, es ist vergebens, aber ich habe meine Pflicht gethan, meine Pflicht besteht darin, bei Ihrem starren Zusammenhalten und Ihrem Widerstande gegenüber jedem Antrage von unserer

Seite die Maske zu lüften, hinter welche Sie sich verkriechen wollen. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Gregorig: Der geehrte Herr Gem.-Rath Friedjung hat die Äußerung gemacht, dass wir für das Anlehen stimmen müssen, weil wir uns vor den Vororten fürchten. Das ist ganz unrichtig, meine Herren. Die Opposition ist heute gezwungen, für das Anlehen zu stimmen, weil es keinen anderen Ausweg mehr gibt. Der Zwang, der auf uns haftet, hat die Misswirtschaft, welche seinerzeit in der Gemeinde geherrscht hat und bis heute noch herrscht, zur Ursache. Hätten die Herren Unternehmungen, welche gewinnbringend sind, geschaffen, zum Beispiel die Anlage von Gaswerken in eigener Regie, so würden wir sämmtliche Anlehen ersparen können. Sie sehen es ja den kolossalen Überschreitungen, die bei allem stattfinden, zum Beispiel beim Bau dieses Hauses. Es ist kolossal, welche Summe über die veranschlagte Summe verwendet wurde.

Der geehrte Herr St.-R. Matzenauer hat in der Freitag-Sitzung die Wahl von Generalrednern beantragt. Der Herr St.-R. Matzenauer war damals auch in der Rathhausbau-Commission, sogar ein hervorragendes Mitglied, und unter seiner Ägide haben die großen Überschreitungen stattgefunden. Für seine Verdienste ist er in Stein ausgehauen worden an irgend einer Stelle, ich kann mich nicht genau erinnern wo — ich glaube, die Volkshalle ist es — nur hat man bei der Wahl des Materiales zum Aushauen zum falschen Materiale gegriffen; man hätte einen halbdurchsichtigen Stein von Wieliczka nehmen sollen, das wäre das rechte Materiale zum Aushauen gewesen.

Bezüglich der $3^1/_2$ Millionen hat der Herr College Dr. Lueger alles so ziemlich ausgeführt, was auszuführen ist, nur eines hat er übersehen; wir stehen davor, kolossale Summen für Grundeinlösungen ausgeben zu müssen, welche durch die 18jährige Steuerfreiheit auf die Commune Wien fallen, und das sind Summen, welche Sie decken. Sie haben im Vorjahre eine Menge Summen nicht ausgegeben, welche Sie hätten ausgeben müssen, und jetzt müssen Sie an die Zukunft denken und es werden die $3^1/_2$ Millionen dazu gut sein, um die Speculanten für Grundeinlösungen bezahlt zu machen.

Der Herr St.-R. Matzenauer hat den Antrag auf Generalredner gestellt. Es ist eigenthümlich, dass ein Stadtrath das macht und Sie müssen verzeihen, wenn mir ein solches Vorgehen allerlei Bedenken wachruft. Gerade die Herren, welche an der Krippe sitzen, welche die Verwaltung der Stadt Wien zu leiten haben, sollten für volle Objectivität, für volle Öffentlichkeit der Verhandlungen sein. Man hat uns aber gezwungen, darüber zu schweigen. Ich bringe der ganzen Sache, wie sie hier ist, das größte Misstrauen entgegen; ich kann absolut nicht für das Anlehen stimmen, meine Collegen können stimmen, wie sie wollen, ich werde nicht dafür stimmen. (Unruhe links.) Einer Verwaltung, die in einer solchen Weise gegen uns vorgeht, bringe ich kein Vertrauen entgegen und kann ich keine Steuern und kein Anlehen bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath Grünbeck (derselbe ist nicht anwesend). Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Einen Theil desjenigen, was ich ausführen wollte, habe ich schon früher in meiner Zwischenrede erwähnt. Ich glaube auch nicht, dass sich die Herren weiters belehren lassen werden.

Der Herr Gemeinderath aus dem III. Bezirke, der Führer der Opposition, hat gemeint: „Ja, wofür diese 3,100.000 fl. ausgegeben wurden, wissen wir; sie wurden für Wasserleitungszwecke ausgegeben, wofür aber dieses Geld ausgegeben werden wird, wissen wir nicht." Ja, weiß denn der Herr Führer der Opposition nicht, dass der Gemeinderath ein unbedingtes Budgetrecht hat? Es darf nicht über Einen Gulden verfügt werden, welchen der Gemeinderath nicht beschlossen hat. Wenn $3^1/_2$ Millionen in unseren Cassen liegen, darf über dieselben nicht verfügt werden, ohne dass der Gemeinderath darüber gefragt wird.

Die sämmtlichen Herren betonen, dass der Gemeinde noch große Auslagen bevorstehen. Das ist ganz richtig; aber in demselben Athemzuge verweigern die Herren der Gemeinde diejenigen Mittel, welche nothwendig sind. Es wird gesagt, dass wir uns unter einer Maske verkriechen, dass wir das Deficit bemänteln wollen.

Offener und ehrlicher, als ich den Bericht geschrieben habe, kann er nicht geschrieben werden.

Ich habe deutlich da gesagt, dass diejenigen Auslagen, welche namentlich jetzt herantreten aus Anlass der Vereinigung der Vororte, wie Schulbauten, wohl alle Jahre vorkommen werden, aber nicht in solcher Summe. Wir werden nicht alle Jahre $1^1/_2$ Millionen für Schulbauten einstellen. So kolossale Summen können nicht auf den Dienst eines Jahres gebracht werden.

Wenn Jemand etwas nicht einsehen will, so nützt das Reden nichts, man müsste sich die Lunge herausreden.

Die Summe von 3,100.000 fl. gehört ebenso in die Summe für das Wasserleitungsanlehen hinein, wie jede andere, und es ist absolut nicht einzusehen und zu begreifen, wenn man für irgend einen großen Zweck auf ein Anlehen verweist, einen zufällig aus den eigenen Mitteln vorgeschossenen Betrag nicht diesem Zwecke zuwenden zu wollen. Wenn die Erbauung der Gaswerke von der Stadt Wien in Angriff genommen werden wird, so wird ein ganz ähnlicher Vorgang platzgreifen. Wir werden nicht gleich ein Anlehen aufnehmen. Wir werden gewisse Vorauslagen aus den eigenen Cassabeständen bestreiten müssen; die Kosten für die Grundeinlösung, für die Ausarbeitung von Plänen können in die Hunderttausende gehen. Wenn wir ein großes Anlehen für die Gaswerke aufgenommen haben werden, dann wird es selbstverständlich sein, dem werden die Herren auch zustimmen, dass diese Beträge, welche das currente Budget nicht belasten dürfen, hier refundiert werden.

Meine Herren! Was für das Gas billig ist, muss für das Wasser recht sein. Ich kann die Herren nur dringend ersuchen, den Anträgen, die der Stadtrath gestellt hat, zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Dr. Lueger hat behauptet, dass ich und andere Redner dieser (rechten) Seite verlangt haben, dass die Opposition Respect haben soll vor dem Gemeinderaths-Beschluss vom 8. April 1892. Ich habe das nicht gesagt, wiewohl ich meine, dass Gemeinderaths-Beschlüsse Respect verdienen. Ich berichtige, dass ich das nicht gesagt habe. Ich habe nur gesagt, dass die Opposition Respect haben solle vor ihrer eigenen Haltung und vor ihrer eigenen Abstimmung am 8. April 1892; dass es die Consequenz erfordern würde, heute so abzustimmen, wie sie damals abgestimmt hat.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Nachdem ich glaube, dass wir zur Abstimmung kommen, so stelle ich den Antrag, dass das Präsidium die Auszählung vornehmen lasse.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind nicht 92 Gemeinderäthe anwesend. Es ist am besten, die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, zu constatieren, wer fehlt. Kürzlich ist ein ähnlicher Antrag zurückgewiesen worden, weil schon 8 Uhr war. Heute ist noch nicht 8 Uhr.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr, ich habe die Herren darauf aufmerksam gemacht, dass sie selbst die unnöthige Hinausschiebung der Debatte verschuldet haben. Die Herren wissen, wenn es 8 Uhr wird, ist es nicht möglich, eine complete Versammlung zu bilden.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte, die namentliche Auszählung vorzunehmen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich habe ja den Antrag gestellt, es solle namentliche Auszählung stattfinden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das gibt es nicht; es steht auch nirgends in der Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Gelegentlich der Bierkreuzer-Debatte und gelegentlich noch eines anderen Falles hat man es gethan. Gleiches Recht für alle!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Sie haben nicht das Wort. Ich bitte, das Haus auszuzählen. (Nach Auszählung der Versammlung.) Es sind 76 Gemeinderäthe anwesend. Wünschen die Herren, dass dies amtlich constatiert werde? (Rufe: Auszählung vornehmen! Namensliste vorlesen! Sie haben es ja früher auch gethan!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich richte an den Herrn Vorsitzenden die Bitte, nun auch über unser Verlangen die Namensliste verlesen zu lassen. Es ist dies damals beim Bierkreuzer und auch bei anderen Gelegenheiten geschehen. Sie haben es damals zu dem Zwecke gethan um uns ..... (Rufe: Es geschieht ja ohnedies!) Geschieht es? Wenn es geschieht, alle Achtung.

Über Namensaufruf durch den Schriftführer Gem.-Rath Zagórski wird die Anwesenheit der folgenden Gemeinderäthe constatiert:

Adam, v. Bachofen, Bärtl, Becker, Dr. v. Billing, Boschan, Brauneiß, Büsch, Dr. Daum, Dehm, Edlhofer, Eigner, Dr. Friedjung, Gerhardus, Geyer, Gfrorner, Ritt. v. Goldschmidt, Gräf, Gregorig, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, Grünbeck, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Herold, Hipp, Hörmann, Janotta, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Kraetschmer, Lang, Latschka, Dr. Lerch, Dr. Lueger, Markl, Matzenauer, K. M. Mayer, Meißl, Josef Müller, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Noske, Bürgermeister Dr. Prix, Dr. Prockſch, Pursch, Rauscher, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Sauerborn, Scheidl, Schlechter, Schlögl, Schneeweiß, Schneiderhan, Schoderböck, Schrenckh, Schuh, Seidler, Seiler, Simon, Stehlik, Steiner, Dr. Stenzl, Dr. Stern, Stiaßny, Tagleicht, Taubler, Tischler, Trambauer, Vaugoin, Waegner, Weitmann, Vincenz Wessely, Winker, Witzelsberger, Zagórski, Ziegelwanger, Dr. Zimmermann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Abstimmung findet in der für Mittwoch anberaumten Sitzung statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 8 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. Mai 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig.

1. Ich habe die Ehre, folgende Zuschrift, welche an das Präsidium des Vereines zur Erhaltung des Franz Josef Jugend-Asyles für verlassene Kinder und Minderjährige eingelangt ist, zur Verlesung zu bringen. Dieselbe lautet (liest):

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. April 1893 allergnädigst zu genehmigen geruht, dass der Verein zur Erhaltung des Franz Josef Jugend-Asyles für verlassene Kinder und Minderjährige in Wien zur Förderung des Vereinszweckes mit je einem Dreißigstel der Erträgnisse des k. u. k. Stiftungshauses am Schottenring auf die weitere Dauer von fünf Jahren (1893 bis 1897) betheilt werde.

Hievon wird mit dem Beifügen die Mittheilung gemacht, dass dieser Erträgnisantheil alljährlich im Monate December zur Auszahlung angewiesen und das geehrte Präsidium jedesmal wegen Behebung desselben verständigt werden wird.

Wien, am 29. April 1893.

Chertek."

Die Versammlung ist einverstanden, dass der Herr Bürgermeister in geeigneter Weise den Dank für diese Allerhöchste Spende abstattet. (Allgemeiner Beifall.)

2. Ich habe die Ehre, zur Kenntnis zu bringen, dass die Herren Gem.-Räthe Markl und Dehm ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen.

3. Von Herrn Gem.-Rath Schneiderhan ist folgende Zuschrift eingelangt (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der städtische Oberlehrer und Bezirksausschuss Herr Gregor M. Bartsch hat eine Chronik über die Wirksamkeit des Ortsschulrathes in Unter-Meidling in den Jahren 1871 bis 1892 verfasst und widmet dieselbe der Gemeinde Wien.

Ich beehre mich, Ihnen, hochgeehrter Herr Bürgermeister, diese Chronik mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieselbe der Wiener Stadtbibliothek gefälligst einverleiben zu lassen.

Mit dem Ausdrucke der vollsten Hochachtung
zeichnet ergebenst

Wien, am 9. Mai 1893. Schneiderhan."

Die Versammlung spricht den Dank aus.

4. In der letzten Sitzung haben die Herren Gem.-Räthe Boschan, Dr. Prockſch, Dr. Lueger und Genossen folgende Interpellation eingebracht (liest):

„Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 8. Februar l. J. das Detailproject für den Bau des linksseitigen Sammelcanales genehmigt.

Bei diesem Baue würde eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Bisher ist jedoch mit dem Baue nicht begonnen worden und verlautet auch sonst nicht, was dem Beginne desselben im Wege stehe.

Wir erlauben uns, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Hindernisse bestehen, dass der Bau des linksseitigen Sammelcanales noch nicht in Angriff genommen wurde, und ist Aussicht vorhanden, dass diese Hindernisse ehebaldigst beseitigt werden?"

Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Nach Genehmigung des Detailprojectes für den linksseitigen Sammelcanal wurde das Operat ohne Verzug an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien geleitet, und hat dieselbe auch mit Beschluss vom 18. Februar l. J. dasselbe mit dem Beifügen genehmigt, dass das wasserrechtliche Verfahren sofort eingeleitet und die Gemeinde unter einem ersucht werde, wegen Sicherstellung der Arbeitsvergebung das Nöthige zu veranlassen.

Die Offertverhandlung hat demnach bereits am 4. April l. J. stattgefunden, und hat der Stadtrath schon am 11. und 19. April l. J. die Unternehmer bestellt.

Am 12. April l. J. fand die commissionelle Verhandlung im wasserrechtlichen Verfahren statt, bei welchem Anlasse weder von Seite des Staatstechnikers noch von Seite der staatlichen Sanitätsorgane eine Einwendung gegen das Project erhoben, vielmehr auf die Genehmigung desselben angetragen wurde. Auch von Privat-Interessenten sind wesentliche Einwendungen nicht erhoben, und haben mittlerweile auch das hohe Obersthofmeisteramt hinsichtlich der Benützung von Pratergründen die Zustimmung ertheilt.

Ich habe ohne Verzug die Bauleitung bestellt, und sind alle Vorbereitungen getroffen worden, damit am 2. Mai l. J. der Bau in Angriff genommen werden könne.

Um den wasserrechtlichen Consens und die Baubewilligung rechtzeitig zu erhalten, habe ich mich unter Darlegung der Dringlichkeit am 25. April l. J. schriftlich an Se. Excellenz den Herrn Statthalter gewendet und auch mündlich diese Angelegenheit urgiert.

Trotzdem ist es bis heute nicht möglich gewesen, den Consens zu erlangen.

5. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Kreindl, welche sich auf die Überreichung des Projectes für die Rohrlegung zur Hochquellenleitung für die Bezirke Ottakring und Hernals und auch Theile von Währing bezieht und um die Gründe fragt, warum der XIX. Bezirk noch nicht einbezogen wurde, und ob der Herr Bürgermeister nicht veranlassen wollte, dass bei der Vorlage auch der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, berücksichtigt werde und auch hier die Rohrlegung begonnen werde, habe ich die Ehre, zu erwidern:

Das Project für die Wasserversorgung des XVIII. und XIX. Gemeindebezirkes (IV. Baulos) befindet sich bereits in Ausarbeitung, und schließt sich dasselbe in Bezug auf die Führung der Hauptröhrenzüge an das bereits vorgelegte Project (III. Baulos) an, bei welchem das Hauptrohr bis in die Martinsstraße in Währing gelegt werden soll.

In dem neuen, in Ausarbeitung begriffenen Projecte (IV. Baulos) wird das Hauptrohr dann durch die Feldgasse in Währing, Hirschengasse in Ober-Döbling, Silbergasse in Unter-Döbling und von hier nach Heiligenstadt zur Ausführung beantragt, während ein zweites Hauptrohr am Währingergürtel zur Nussdorferstraße in Ober-Döbling und von hier über Heiligenstadt nach Nussdorf und Kahlenbergerdorf in Aussicht genommen ist.

Da Ober-Döbling seinerzeit die Hauptröhren nur in minimalen Dimensionen für 16 öffentliche Auslaufbrunnen herstellen ließ, dieses Rohrnetz derzeit schon wegen Vermehrung der öffentlichen Brunnen und Dotierung von Schulen und öffentlichen Anstalten mit der größten Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen worden ist, so kann in Ober-Döbling eine weitere Wasserabgabe erst nach Herstellung der projectierten Hauptröhrenzüge erfolgen; welche Hauptröhrenstränge sich selbstverständlich an jene Nachbarbezirke anschließen müssen, die ihren Wasserzufluss entweder vom Reservoir Schmelz und Rosenhügel oder je nach der Höhenlage der Örtlichkeit für die Wasserabgabe von den erst zu erbauenden Hochreservoirs erhalten.

Eine Ausscheidung des Rohrnetzes für Ober-Döbling von den übrigen Nachbarbezirken ist nicht durchführbar.

6. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, welche sich auf einen von ihm am 21. Juni 1892 gestellten Antrag bezieht, wonach an sämmtlichen öffentlichen Auslaufbrunnen Becher angebracht werden sollen, habe ich die Ehre, zu erwidern, dass dieser Antrag am 1. Juli 1892 an den Magistrat zur Berichterstattung geleitet wurde, zu jener Zeit aber im Interesse des Antrages selbst die Berichterstattung nicht urgiert wurde, da angesichts der bestehenden Choleragefahr auf Genehmigung derselben nicht zu rechnen gewesen wäre. Es ist aber die Erstattung dieses Berichtes neuerlich urgiert worden.

Gem.-Rath Kaspar (zur Geschäftsordnung): Es wurde schon von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, dass die Gemeinderaths-Sitzungen präciser beginnen mögen. Der Herr Bürgermeister hat ganz richtig darauf erwidert, dass er nichts anderes thun könne, als die Sitzungen auf eine bestimmte Stunde anzuberaumen. Nun hat sich aber doch der Usus eingebürgert, dass die Gemeinderaths-Sitzungen gewöhnlich um $^1/_2$6 Uhr beginnen. Wir haben aber doch gewisse Rücksichten gegen jene Vertreter zu üben, welche in den entlegenen Bezirken wohnen, und wir haben hier Herren, welche wenigstens eine Stunde, oft auch mehr zurückzulegen haben, zu welchen auch ich gehöre, da ich zum Sommeraufenthalt in Pötzleinsdorf wohne.

Ich glaube aber, berechtigt zu sein, die Bitte zu stellen, dass hier eine Änderung eintrete, und wir finden da nach meiner Meinung den besten Ausweg, wenn das Präsidium geneigt wäre, künftighin die Sitzungen auf präcise $^1/_2$5 Uhr anzuberaumen.

Ich möchte daher die Bitte aussprechen, dass das geehrte Präsidium in dieser Richtung Vorkehrungen treffe. Es ist constatiert, dass die Herren aus den entlegeneren Bezirken keinen Wagen mehr bekommen, um nach Hause fahren zu können, und einen Fiaker sich zu nehmen, trägt es nicht jedem.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, zu bemerken, dass während der Sommerperiode die Sitzungen ohnedies für $^1/_2$5 Uhr anberaumt sind. Wir können aber nicht eher beginnen, als bis eine beschlussfähige Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes anwesend ist. Sobald eine solche constatiert wird, werden die Sitzungen ohnedies eröffnet.

Zum Referate bitte Herrn Gem.-Rath Schlechter.

7. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, über eine Reihe von Wahlacten zu berichten, zunächst zur Zahl 2276, welche die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des I. Bezirkes betrifft. Diese Wahl wurde in zwei Sectionen vorgenommen und sind abgegeben worden 596 Stimmzettel, wovon 19 leer waren, daher als ungiltig erklärt werden mussten. Es blieben sohin in der I. Section 577 giltige Stimmzettel; in der II. Section wurden 494 Stimmzettel abgegeben, davon waren 16 leer, ungiltig wurde einer erklärt. Diese 17 abgezogen, verbleiben 477 giltige Stimmzettel. Es beträgt daher die Anzahl der abgegebenen Stimmzettel 1054 und die absolute Majorität 528. Diese erhielt Herr Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocat, I. Bezirk, Kolowratring Nr. 9, der mit 1024 Stimmen gewählt erscheint. Es wird daher der Antrag gestellt: die vom 2. Wahlkörper des I. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die vom 2. Wahlkörper des I. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

8. Referent Gem.-Rath Schlechter: Das nächste Referat betrifft die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes. Bei der Wahl waren die Wähler in drei Sectionen eingetheilt, und sind in der I. Section 583 Stimmzettel abgegeben worden, wovon neun leer waren, daher giltig 574; in der II. Section wurden abgegeben 573 Stimmzettel, darunter sechs leer, folglich blieben 567 giltige; in der III. Section sind 555 Stimmzettel abgegeben worden, wovon sieben leer waren, es blieben daher giltig 548 Stimmzettel.

Die Anzahl der abgegebenen giltigen Stimmzettel ist 1689, die absolute Majorität beträgt daher 845. Diese erhielt Herr Josef Gierster, k. k. Professor, III. Bezirk, Beatrixgasse 19, mit 915 Stimmen; auf Herrn Franz Kreisel fielen 770 Stimmen. Nachdem der erstere mit absoluter Majorität gewählt erscheint, wird der Antrag gestellt: „Die von dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Gierster, k. k. Professors, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Gierster, k. k. Professors, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

9. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe ferner zur Zahl 2278 zu berichten über die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes. Für diesen Wahlkörper waren zwei Sectionen gebildet. In der I. Section sind 389 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 18 leer. Es blieben somit 371 giltige Stimmzettel. In der II. Section wurden abgegeben 402 Stimmzettel, wovon 19 leer waren, giltig blieben daher 383, so dass sich die Anzahl der abgegebenen giltigen Stimmzettel auf 754 stellt. Die absolute Majorität beträgt 378, und diese erhielt Herr Dr. Josef Scholz, IV. Bezirk, Waaggasse 1, welcher mit 731 Stimmen gewählt erscheint. Es wird der Antrag gestellt: „Die vom 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Josef Scholz, IV. Bezirk, Waaggasse 1, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand von den Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Josef Scholz wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

10. Referent Gem.-Rath Schlechter: Eine weitere Wahl-Verificierung betrifft die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 3. Wahlkörper im V. Bezirke. Dieser war in drei Sectionen eingetheilt. In der I. Section wurden 763 Stimmzettel abgegeben, wovon zwei als ungiltig erklärt werden mussten, es blieben sohin 761 giltige Stimmzettel. In der II. Section wurden abgegeben 730 Stimmzettel, davon wurden drei als ungiltig erklärt und fünf waren leer, es bleiben sohin 722 giltige Stimmzettel. In der III. Section wurden 712 abgegeben, davon vier ungiltig und einer leer, daher sind fünf in Abzug zu bringen. Es bleiben sohin 707 giltige Stimmzettel. Zusammen daher 2190 giltige Stimmzettel. Die absolute Majorität beträgt 1096; diese erhielt Herr Strobach, Lehrmittelhändler und Hausbesitzer, V., Schlossgasse 26, mit 1450 Stimmen; auf Herrn Blaschke fielen 668 Stimmen.

Der Erstgenannte erscheint hiemit gewählt, und wird der Antrag gestellt: „Die von dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Strobach, Lehrmittelhändlers und Hausbesitzers, V., Schlossgasse 26, wird im Sinne des § 21 der Gemeinderaths-Wahlordnung verificiert."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht etwa um den Antrag des Stadtrathes zu bekämpfen, sondern um eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, welche nur bei dieser Gelegenheit, überhaupt hier im Plenum des Gemeinderathes, zur Sprache gebracht werden kann. Es betrifft die Zusammenstellung der Wählerlisten. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen die Herren der Gegenseite gemacht haben, aber wir müssen gestehen, dass noch nie die Wählerlisten so mangelhaft waren, als es diesmal der Fall war. Die Herren, welche Vorsitzende im V. Bezirke gewesen sind, werden sich erinnern, dass eine Unzahl von Personen mit ihren Steuerbögen zur Wahl gekommen sind, in der Meinung, sie befinden sich in der Wählerliste und es sei ihnen nur die Wahllegitimation nicht zugestellt worden. Sie waren aber gar nicht in der Wählerliste.

Im V. Bezirke — es ist geradezu merkwürdig — ist ein Mann, namens Esslbauer, Gastwirt, wohl weit über zehn Jahre an einem und demselben Punkte Gastwirt, er ist Mitglied des Bezirksausschusses, und dennoch hat er in der Wählerliste keine Aufnahme gefunden.

So wie es dem einen ergangen, ist es nicht vielleicht nur 10 oder 50 ergangen, sondern hunderten.

Wir haben eine Stichprobe gemacht und sind durch diese zu dem Schlusse gekommen, dass im 3. Wahlkörper des V. Bezirkes mindestens 300 Wähler fehlen. Das sind Zustände, welche nicht geduldet werden können. Sehen Sie, meine Herren, in früherer Zeit, bevor der neue Gemeinderath gewählt worden ist, zur Zeit des alten Gemeinderathes, war folgender Vorgang Gepflogenheit:

Es wurde denjenigen, welche in die Wählerlisten eingetragen wurden, bereits im Monat December eine Zuschrift zugestellt, mit welcher sie verständigt wurden, dass zum Beispiel X. Y. in die Wählerliste des 2. Wahlkörpers für den III. Bezirk eingetragen wurde. Wenn jemand im Monat December eine solche Zustellung nicht erhalten hat, so konnte er — wenn er ein eifriger Politiker gewesen ist — wissen, dass auf irgend eine Weise vergessen wurde, ihn in die Wählerliste aufzunehmen und konnte bei der Reclamation darauf achten und sein Wahlrecht reclamieren. Weiter ist es geschehen, dass früher die gedruckten Wählerlisten vor Ablauf der Reclamationsfrist zugestellt worden sind, und da war man in der Lage, die Wählerlisten zu prüfen und denjenigen, welcher nicht Aufnahme gefunden hat, zu erinnern, dass er sein Wahlrecht reclamieren soll. Dann nach Ablauf der Reclamationsfrist ist den Wählern wieder eine sogenannte Ergänzungsliste, Rectificationsliste, zugestellt worden. Meine Herren, ich glaube, dass uns allen daran gelegen sein muss, dass die Wählerlisten ordentlich sind. Es liegt das im Interesse aller Parteien, sowohl der Majoritätspartei als auch unserer Partei. Wir sind verpflichtet, darauf zu sehen, dass niemand, der das Wahlrecht hat, übergangen wird, und dass im vorhinein die Wähler-

listen in der Weise zusammengestellt sind, dass man sagen kann, sie haben Anspruch auf möglichste Vollkommenheit.

Das ganze Wahlgeschäft ruht jetzt in den Händen des Stadtrathes, und ich muss Ihnen sagen, es hat mich die zu Tage getretene Mangelhaftigkeit sehr unangenehm berührt. (Widerspruch rechts.) Ja, es ist in den Händen des Stadtrathes. Wir haben nichts mehr dreinzureden. Wir bestimmen nicht mehr den Tag, an welchem gewählt wird, wir bestimmen nicht mehr die Reclamationsfrist. Das Plenum des Gemeinderathes hat nichts mehr damit zu thun. Dieses Recht ist uns glücklicherweise durch das neue Statut abgenommen worden. Es ist also der Stadtrath derjenige, der alles zu besorgen hat, und es hat mich geradezu wundergenommen, dass sich im Stadtrath keine Stimme dafür gefunden hat, dass wieder diejenigen Vorsichtsmaßregeln eingeführt werden, welche früher auf Beschlüssen des Gemeinderathes fußend im Gebrauche waren. Es hat mich dies sehr gewundert, und die Herren mögen verzeihen, wenn in der Bevölkerung hie und da die Meinung wachgerufen wird, dass diese Auslassungen nicht unabsichtlich geschehen sind. Es ist nämlich eine merkwürdige Erfahrung, die wir im V. Bezirke gemacht haben, und ich bin gerne bereit, den Herren den Beweis zu liefern, dass gerade eine Unzahl von Wählern, welche unserer Partei angehören, ausgelassen wurden. (Rufe rechts: Auch Liberale!) Das mag ein Zufall sein. Darüber will ich nicht streiten. Aber, wenn es ein Zufall war, dann, meine Herren, ist es die heiligste Pflicht des Stadtrathes, darauf zu sehen, dass sich solche Zufälle in Hinkunft nicht mehr ereignen. Man darf sich nicht darauf verlassen, ob der A. oder der B. sein Wahlrecht reclamiert. Es könnte passieren, dass auch ich einmal nicht in der Wählerliste wäre. Ich könnte mir denken: Jetzt bist du schon 20 oder 25 Jahre Wähler der Stadt Wien, da wirst du doch um Gottes willen in der Wählerliste drinnen sein. Ich bekümmere mich, in dem Gefühle der vollen Sicherheit, dass ich in der Wählerliste bin, nicht, auf einmal fehle ich darin. Das ist etwas, was unter jeder Bedingung vermieden werden muss. Aber nicht bloß im V. Bezirke — der Herr Vorsitzende möge gestatten, dass ich das gleich generalisiere — nicht bloß im V. Bezirke hat sich das ereignet, auch im VIII. Bezirke war dasselbe der Fall. Ich habe eine ganze Liste von Wählern, welche nicht in die Wählerliste aufgenommen erscheinen, und nicht bloß Wähler des 3. Wahlkörpers, auch des 2. und 1. Wahlkörpers. Da konnte man allerdings von vorneherein leichter eine Controle vornehmen.

Auch im 2. Wahlkörper ist eine Unzahl Wähler nicht aufgenommen worden, und vielleicht haben die Herren aus jenen Bezirken, in welchen Wahlen aus dem 2. Wahlkörper vorgenommen worden sind, diesbezügliche Erfahrungen gemacht. Ich erkläre Ihnen, ich habe eine Zuschrift eines Beamten, ich glaube der Postsparcassa, bekommen, aus welcher hervorgeht, dass die Zuschriften, welche von Seite der Ämter an den Magistrat gerichtet werden und in welchen die wahlberechtigten Beamten aufgenommen worden sind, nicht berücksichtigt wurden. Ja, meine Herren, das sind Vorgänge, die nicht genug getadelt werden können. Ich habe noch zur Zeit unserer Abwesenheit aus dem Gemeinderathe, wenn ich nicht irre, mir erlaubt, eine Interpellation in dieser Richtung an den Bürgermeister zu richten.

Heute will ich keinen Antrag stellen; ich erwarte aber, dass von Seite des Stadtrathes in der Richtung die nöthigen Maßregeln getroffen werden, um einen solchen — aufrichtig gesagt — Scandal zu beseitigen. Ich möchte die Herren, welche zum Beispiel im V. Bezirke Vorsitzende waren, ersuchen, sie mögen gefälligst den Herren bekanntgeben, welche Äußerungen die einzelnen Herren, die nicht in die Wählerliste aufgenommen waren, gemacht haben. Ich glaube, da sind vielleicht mehr Ehrenbeleidigungen vorgekommen als anderwärts. Natürlich ist jeder böse, der schon jahrelang Wähler war und auf einmal nicht in der Wählerliste ist. Ich unterlasse es also, einen Antrag zu stellen, weil ich ohnehin weiß, dass die Stellung von Anträgen für die Katz' ist, ich will den Papierkorb nicht bereichern. Ich erwarte aber zuversichtlich, dass der Stadtrath darangeht, solche Maßregeln zu ergreifen, damit die Wählerlisten möglichst vollständig sind, und ich empfehle ihm, jenen Vorgang zu beobachten, der im Laufe der Jahre als der einzig und allein richtige sich herausgestellt hat. Machen Sie keine Neuerungen, bleiben Sie bei dem altbewährten System, und Sie werden sehen, es werden die Wählerlisten wieder jenen Grad von Vollkommenheit erreichen, den sie früher, bevor wir Groß-Wiener geworden sind, besessen haben. Das habe ich mich für verpflichtet gehalten, hier vorzubringen, und ich würde nochmals an den Stadtrath die Bitte stellen, diese meine Anregungen ja zu beherzigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, die Versammlung ist einverstanden, dass der Leiter der ganzen Wahlgeschäfte, der Herr Controlor Haberger, über die ganze Procedur Auskunft gibt, damit die Herren einen Einblick gewinnen in die höchst mühselige und wirklich außerordentlich schwierige Arbeit, und damit Sie sich dann überzeugen, dass ein Übersehen sehr leicht möglich ist.

Steueramts-Controlor Haberger: Ich möchte nur bemerken, dass in früheren Jahren Übergehungszettel gemacht wurden; diese Übergehungszettel haben immer ein negatives Resultat ergeben. Man hat den Zettel gewöhnlich zurückbekommen mit der Relation des Dieners, zum Beispiel „im Hause unbekannt", ohne dass eine Adresse, wo der Betreffende wohnt, angegeben war, oder „Haus demoliert", „ausgezogen" oder „gestorben". Kurz, die Zettel haben immer ein negatives und in den seltensten Fällen ein positives Resultat ergeben. Infolge dessen wurde nun immer eine Anfrage an die Polizei-Direction gerichtet, und da ist es in der kurzen Zeit von zwei bis drei Tagen unmöglich gewesen, die Adresse zu erfahren. So wurde denn mit diesem System gebrochen und im heurigen Jahre das erstemal der Versuch gemacht, an die Polizei-Direction die gesammten Wählerlisten der Bezirke I bis X zur Überprüfung bezüglich der Wohnorte zu übergeben. Diese Adressen, die wir von der Polizei-Direction bekommen haben, wurden verarbeitet.

Nun ist es richtig, dass einige Differenzen vorgekommen sind. Wir haben 80.000 Wähler, und speciell in den Bezirken I bis X sind mitunter Verwechslungen vorgekommen, so z. B. bei gleichen Namen. Es ist das eben sehr schwierig. Es ist z. B. ein Fall vorgekommen mit einem Buxbaum Anton; es existieren in Wien zwei Wähler dieses Namens; jeder ist Gemischtwaren-Verschleißer. Nun ist eine Verwechslung vorgekommen, und er wurde aus der Wählerliste des einen Bezirkes aus- und in die des anderen Bezirkes eingetragen. Einige Fehler sind eben bei 80.000 Wählern unvermeidlich. Infolge dessen wählte man für das heurige Jahr einen anderen Vorgang. Wir haben im Jahre 1891 von den ehemaligen Vorortegemeinden die Wählerlisten übernommen. Darin waren sehr viele Ausländer enthalten; ferner lautete z. B. der Steuerbogen auf den Namen der Frau, während der Mann als Wähler eingetragen war. Das ist in den Vororten vorgekommen

(Hört! rechts), folglich hat man im vorigen Jahre, und zwar schon im November sämmtliche Wähler der Bezirke XI bis XIX vorzuladen angefangen. Die Wählerlisten sind richtiggestellt worden, und soweit die Wähler erschienen sind, ist alles richtiggestellt worden. Wie gesagt, Kleinigkeiten können vorgekommen sein, das ist wohl möglich; aber schon die Ziffern zeigen, wie viele Wähler im vorigen Jahre eingetragen waren und wie viele heuer.

Gem.-Rath Dr. Vogler: In einem muss ich Herrn Dr. Lueger zustimmen, indem ich auch glaube, dass alle Parteien den Wunsch haben, dass die Wählerlisten vollständig und richtig seien. Ich glaube nun aber gewiss nicht, dass von Seite der Beamten diesfalls irgend etwas versäumt worden ist. Es ist eben die Arbeit eine ganz kolossale. Bis nun hatte man es nur mit zehn Bezirken zu thun, und jetzt hat man es mit neunzehn zu thun, und die Frist für die Wahlvorbereitungen war heuer vielleicht auch allzu kurz bemessen. Dass Unrichtigkeiten vorgekommen sind, gibt der Leiter des Wahlcatasters selbst zu, und das kann ich, wie Herr Dr. Lueger, auch constatieren. Im 1. Wahlkörper meines Bezirkes ist es auch vorgekommen, dass Leute, die durch 20 Jahre in der Wählerliste gewesen sind, durch einen Zufall in der Wählerliste nicht mehr erschienen sind. Ich habe das nun ganz einfach gemacht, indem ich den gesetzlichen Weg der Wahlreclamation beschritt; die Leute wurden, nachdem die Erhebungen gepflogen wurden, wieder in die Wählerlisten eingetragen. Ich glaube, das hätten auch die Herren thun sollen, welche im V. Bezirke von diesem Schicksal betroffen worden sind. Ich gebe aber ohneweiters zu, dass das im 1. Wahlkörper, der aus einer nicht sehr großen Anzahl Wähler besteht, leichter möglich ist als im dritten Wahlkörper, wo die Zahl der Wähler in die Tausende geht, und wo das Durchgehen der Wählerlisten eine etwas schwierige Arbeit ist; aber das ist einfach der gesetzliche Weg. Ich erkenne an, dass der Wunsch gerechtfertigt ist, die frühere Praxis der Übergehungszettel wieder einzuführen. Wenn auch diese Übergehungen wirklich nicht das Resultat ergeben haben, dass die Wohnungsrichtigstellungen in vollkommen genügender Weise erfolgt sind — für die Wähler war es doch eine Beruhigung, dass man gewusst hat, dass man in die Wählerliste eingetragen ist, während man das heute nicht weiß.

Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, weil Herr Collega Dr. Lueger gesagt hat, heute liege das ganze Wahlgeschäft in der Hand des Stadtrathes, und er erwarte vom Stadtrathe, dass er in Zukunft anders vorgehe. Ich erlaube mir, den Herrn Dr. Lueger aufmerksam zu machen, dass das Wahlgeschäft nach dem Gesetze nicht in der Hand des Stadtrathes liegt, und dass der Stadtrath mit den diesjährigen Wahlen so gut wie gar nichts zu thun gehabt hat. Er hat lediglich zu beschließen gehabt über die Kosten der Drucklegung der Wählerlisten, und weiter hat er zu entscheiden gehabt über die an ihn gelangten Recurse gegen Entscheidungen des Magistrates über Wahlreclamationen, betreffend verweigerte oder unrichtige Eintragungen in die Wählerlisten.

Endlich hat der Stadtrath mit den Wahlagnoscierungen zu thun gehabt — dem Gegenstande, der Ihnen heute vorgelegt wird. Sonst hat er nichts damit zu thun gehabt. Die ganze Ausschreibung der Wahlen, die Anordnung der Wahltermine, die Zusammensetzung der Wahl-Commissionen, die Aussendung der Wahlcertificate und Wählerlisten liegt ausschließlich und allein in der Hand des Bürgermeisters. Vom Stadtrathe können Sie daher in dieser Richtung nichts erwarten und dürfen nicht erwarten, dass in dieser Richtung durch ihn in Zukunft eine Remedur geschaffen werde.

Ich schließe mich aber selbstverständlich auch, wie ich schon erklärt habe, der Anregung an, dass die sogenannten Übergehungszettel der Vorjahre wieder eingeführt werden, weil sie wenigstens im Interesse der Wähler als praktisch sich erwiesen haben.

Es kann ja nebstbei die polizeiliche Controle stattfinden, welche in diesem Jahre eingetreten ist.

Gem.-Rath Steklik: Es ist nothwendig, dass diese Sache besprochen wird, und ich bedauere, dass dies nicht schon bei der Landtagswahl im IX. Bezirke geschehen ist. Damals sind hunderte von Legitimationskarten als unzustellbar liegen geblieben, und die Leute haben im selben Locale gewohnt wie immer. Der Herr Controlor Haberger beruft sich auf die Demolierungen. Das ist aber nicht stichhältig, es ist nicht richtig und nicht wahr.

Wenn Demolierungen vorkommen, so werden sie im Steuercataster, wo der Betreffende seine Steuer zu zahlen hat, accurat gefunden. Da finden Sie ihn. Aus was bezieht denn der Herr Controlor seine Macht und Kraft? Er hat sie nur aus dem Steuercataster zu ziehen.

Also, das sind Sachen, die man uns nicht vorbringen kann. Ich muss sagen, der Vorsitzende in mancher Commission und nicht nur der Vorsitzende, auch der Vertrauensmann, der dort sitzt, kommt mit einer Brutalität der Wählerschaft entgegen, die wirklich unanständig ist. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: In welchem Bezirke?) Sogar in meinem Bezirke. Die Commissionen sind mit brutaler Macht ausgestattet. Es ist sogar mir das geschehen. Mich wollte man dort nicht kennen. Das soll nicht sein. (Erneuerter Widerspruch rechts. Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Wir verwahren uns dagegen.) Mich hat man brutal behandelt, mich hat die ganze Commission nicht gekannt, und wo soll ich das aussprechen?

Bei der Commission da sind die Herren unter sich, da hat man mit der Polizei zu thun, wie man es schon einmal gethan hat, ich will die Namen nicht nennen; aber wie ist da vorgegangen worden? Denunciert hat man mich in der scandalösesten Weise.

Es sind sogar Fremde, die mich gekannt haben, mitgegangen, und doch kam es so weit, dass man schon gesagt hat, man habe mich verhaftet. Solche Fälle muss man vorbringen, und weil ich schon so behandelt worden bin, muss ich es schon am richtigen Orte aussprechen. Verblümen Sie es nicht, es geschehen Stückchen, die nicht anständig sind, und mir z. B. hätte man bald die größte Schande angethan. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, das vorzubringen.

Was die Vertrauensmänner betrifft, so weiß man ja ganz gut, aus welcher Partei sie sind. In unserem Bezirke, sagt der Herr Dr. Vogler, legt man den Menschen keinen Ernst bei. Das soll aber nicht sein, es gibt keine Parteilichkeit, man soll unparteiisch sein und es soll nicht vorkommen können, dass man mich, nachdem ich 22 Jahre im öffentlichen Leben stehe, bei der Wahl nicht kennen will. Was soll man von einem solchen Vorsitzenden denken? Von der ganzen Wahl-Commission denke ich nichts Gutes, und den Herrn Controlor Haberger bitte ich, dass er seine Zusammenstellung aus dem Steuercataster machen soll; wenn man einen Mann hier nicht findet, so soll man ihn auch bei der Steuer nicht finden; da aber würden die Herren eine Rüge bekommen, wenn sie ihn nicht finden würden. Wenn man ihn aber dort findet, so soll man ihm auch hier sein Recht wahren; gleiches Recht für alle. Hier habe ich das Recht, zu sprechen, dort droht man aber gleich mit der Polizei! Mit einer solchen Unanständigkeit lasse ich mich nicht mehr ab-

fertigen, und ich wünschte, dass jeder in den Bezirken den Muth hätte, öffentlich auszusprechen, was ihm geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte nur Folgendes bemerken. Der Herr Redner befindet sich im offenbaren Irrthum. Der Herr Controlor Haberger hat gesagt, dass ihm Relationen von den Zustellungsorganen zukommen, worin dies und jenes bemerkt ist, das gibt er hier an; er bezieht sich also auf Thatsachen, die ihm ämtlich mitgetheilt werden.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich möchte den Beamten im Wahlcataster nicht den geringsten Vorwurf über die mangelhafte Zusammenstellung der Wählerlisten machen. Warum? Weil im Wahlcataster der Stadt Wien, glaube ich, die Centrale für die Diurnisten eingeführt ist. Dort sind circa 15 Diurnisten, und der Herr Controlor Haberger ist dann nicht imstande, so viele tausende Wähler richtig einzutragen. Das ist das ganze.

Beim Steuergeschäfte wird man viele Beamte anstellen, die in demselben routiniert und erfahren sind, um ja recht viel einzubringen. Dort aber geht die Diurnistenwirtschaft fort und es wird stark gewechselt. Wie kann der Chef 15 Personen controlieren, ob sie richtig arbeiten? Das wollte ich nur bemerken.

Aber der Herr St.-R. Dr. Vogler hat erklärt, dass der Stadtrath gar keinen Einfluss auf die Wahlen nehme. Nun, der geehrte Herr Stadtrath war ja selbst Referent in einer Angelegenheit. Der Herr Baumeister Glaser hat ja eine Reclamation eingebracht, und der Herr Stadtrath hat, da die Meldung von Seite des Wahlcatasters abgegeben worden ist, dass der Betreffende polizeilich gemeldet ist und Doblhoffgasse 3 im I. Bezirke wohne, den Antrag gestellt, den genannten Herrn aus der Wählerliste des 1. Wahlkörpers des XVIII. Bezirkes zu streichen. Trotzdem hat der Stadtrath beschlossen, denselben drinnen zu lassen. Sehen Sie, wie parteiisch selbst im Stadtrathe vorgegangen wird. Andererseits hat man einen Wähler namens Hruby, welcher bereits seit 25 Jahren eine Jahreswohnung in Hernals hat, gestrichen.

Sie sehen also, dass es im Stadtrathe nicht so rosig zugeht, der Parteistandpunkt wird hier und im Stadtrathe eingenommen. Bei der Reichsrathswahl im I. Bezirke wurden nahezu 1000 Wahllegitimationen von den magistratischen Organen als unzustellbar zurückgegeben, im IX. Bezirke über 700! Das ist sehr bedauerlich, und wir wissen alle, wie das geschieht — wir sind nicht unschuldig und Sie auch nicht — dass viele Stimmen auf fremde Namen abgegeben werden, besonders bei Ihnen, die Sie die Stimmzettel und Legitimationen früher in die Hand bekommen als wir und dies also ausnützen. Es ist auch nicht gut, wenn schon Vorsitzende gewählt oder vom Herrn Bürgermeister bestimmt werden, dass fremde Gemeinderäthe in die Bezirke geschickt werden, wo sie doch niemanden kennen. Wie können sie dann die Wähler agnoscieren? In Lerchenfeld war, glaube ich, Gem.-Rath Waegner, in Hernals und Währing Gem.-Rath Bachofen — es sind ja auch Gemeinderäthe in den Bezirken vorhanden, warum hat man denn die Gemeinderäthe aus dem 3. Wahlkörper nicht genommen und fremde Gemeinderäthe geschickt? Wie können die Herren denn jemand, der keine Legitimation hat, aber in der Wählerliste steht, agnoscieren? Es war das nicht sehr gastfreundlich vom Herrn Bürgermeister gegen die Vororte, dass man die Vertreter des 3. Wahlkörpers ganz ausgeschlossen hat, als die Wahl stattfand.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Herr St.-R. Dr. Vogler hat sofort aus meiner Rede einen Vorwurf gegen die Beamten herauskryställisiert. Ich habe einen Vorwurf gegen die Beamten gar nicht erhoben, mich kümmern die Beamten absolut nichts. Meine Herren, ich habe nur die Thatsache constatiert, dass noch nie die Wählerlisten so schlecht zusammengestellt waren als im heurigen Jahre (Rufe links: So ist es!), und diese Thatsache muss auch von Ihnen, meine geehrten Herren der Majorität, als wahr anerkannt werden, und wenn es bezweifelt werden sollte, so appelliere ich speciell an die Vorsitzenden im V. Bezirke, ich appelliere speciell an den Herrn Gem.-Rath Herrdegen, ich weiß aber nicht, wer die beiden anderen Herren waren. (Gem.-Rath Schlechter ruft: Ich auch!) Vielleicht wird es auch der Herr Referent constatieren. Bei den Vorsitzenden sind ganze Stöße von Legitimationskarten gelegen, Legitimationskarten für Wähler, welche jahrelang im Bezirke wohnen, die bekannt sind wie — ich hätte bald gesagt, wie das schlechte Geld — die unter jeder Bedingung aufgefunden werden müssen. Die Herren werden mir auch bestätigen können, dass eine kolossale Anzahl, eine verhältnismäßig große Anzahl von Wählern mit dem Steuerbogen erschienen ist, aus welchem hervorgegangen ist, dass sie schon so und so viele Jahre Steuer bezahlen, welche auch früher in der Wählerliste eingetragen waren, welche aber diesesmal gar nicht in der Wählerliste erschienen. Das constatiere ich.

Sie hätten noch viel mehr Besuche bekommen, wenn ich nicht im V. Bezirke immer unten auf- und abgegangen wäre und die Herren sich nicht an mich gewendet hätten, ob sie wahlberechtigt sind. Wenn einer nicht eingetragen war, habe ich demselben gesagt: „Es ist schade, wenn Sie hinaufgehen, Sie molestieren nur die Herren." Sie sind daher nicht hinaufgegangen, aber das war eine so große Anzahl, dass man geradezu perplex war.

Es hat Herr Dr. Vogler gesagt, die Herren hätten reclamieren sollen. Nun, das ist ein billiger Witz. (Sehr richtig! links.) Denken Sie nur, wenn die Wählerlisten so sind, dass vielleicht jeder Wähler sich im Gewissen gedrückt fühlen muss, nachzusehen, ob er in der Wählerliste steht oder nicht, schauen Sie sich dann das Gedränge an, das bei den Wahlen entsteht. Wir werden es jetzt thun, ich sage es ganz offen, es ist der Auftrag gegeben in der Partei, dass jeder verpflichtet ist, wenn er nur irgendwo einen Wähler weiß, denselben aufzufordern, nachzusehen, weil das heurige Jahr gezeigt hat, dass die Wählerlisten in der unglaublich schlechtesten Weise zusammengestellt sind.

Es ist hingewiesen worden, wenn ich nicht irre, auf die Polizei u. dgl. Meine Herren, ich weiß das nicht, aber das eine weiß ich: hier habe ich eine ganze Liste von Beamten der Postsparcassa. Da ist einer, der ist reclamiert worden, der zweite auch, der dritte und vierte war nicht eingetragen, hat aber die Reclamationsfrist versäumt, der fünfte und sechste ist reclamiert, der siebente ist nicht eingetragen und hat zu reclamieren ganz vergessen, der achte ist nicht eingetragen und hat vergessen zu reclamieren. Der zehnte ist nicht eingetragen, befindet sich aber im Nachhange. Ich stelle dem Herrn Controlor diese Liste zur Verfügung; zuerst aber schreibe ich sie ab, diesen Zettel selbst kann ich ihm nicht geben, sonst bekommt der Betreffende vielleicht eine „Nase", dass er mit mir correspondiert hat. (Heiterkeit links.) Ich werde ihn zuerst schön abschreiben und ihn dann übergeben.

Nun weiß ich, die Postsparcassa gibt die Liste ihrer Beamten dem Magistrate, also Sie werden mir doch zugeben, dass das geradezu unerhört ist, wenn so viele fehlen, und das sind nur Beamte der ersten und zweiten Classe. Sie sehen, dass das nicht

das ganze Postsparcassenamt, sondern eine gewisse Abtheilung ist. Also es ist das, was ich gesagt habe, vollständig richtig.

Jetzt komme ich auf den Punkt: „Der Stadtrath hat kein Recht." Es steht wohl in der Wahlordnung: Der Bürgermeister hat das zu thun; aber der Bürgermeister ist die Executive, und der Stadtrath muss beschließen, und er hat über alles zu beschließen, was nicht speciell dem Plenum zugewiesen ist. Warum beschließt er nicht und wird nicht referiert? — Noch eine Bitte hätte ich und diese richte ich speciell an den Herrn Bürgermeister, respective an den geehrten Herrn Vorsitzenden mit der Bitte, es dem Herrn Bürgermeister zu sagen.

Meine Herren! Es werden die acht Tage der Wahlausschreibung so genau eingehalten, dass man kaum eine Wählerversammlung abhalten kann. Sie wissen, diese Wählerversammlungen können nur abgehalten werden über polizeiliche Anzeige, dass die Wahlausschreibung erfolgt ist. Ich würde dringendst bitten, sich nicht so sehr an den Wortlaut des Gesetzes zu klammern. Wenn es im Gesetze heißt, „acht Tage vorher muss die Wahlausschreibung erfolgen", so folgt daraus nicht, dass sie nicht auch vierzehn Tage vorher erfolgen kann. Wir könnten dann Wählerversammlungen einberufen, ohne dass wir die Polizei verständigen und den ganzen Apparat in Scene setzen müssen. Sie werden vielleicht sagen: Es ist sehr gesund, dass der Herr Bürgermeister das so thut; wenigstens können wir nicht so agitieren. Nun, wenn Sie das politische Leben von dem Standpunkte aus betrachten, dann sind Sie wirklich keine reife politische Partei. Es muss ja auch in Ihrem Interesse sein, dass die Wählerversammlungen mit Leichtigkeit abgehalten werden können. Das liegt im Interesse jeder Partei; Sie agitieren und wir agitieren. Also auch diesbezüglich habe ich die Bitte, dahin gehend, dass uns die Hände nicht so gebunden werden, sondern dass in einer etwas freiheitlicheren Weise vorgegangen werde. Sie nennen sich den fortschrittlichen Parteiverband. (Heiterkeit links.) Sie nennen sich liberal, Sie nennen sich die Kämpen — ich weiß nicht — nicht bloß des jetzigen, sondern sogar des zukünftigen Jahrhunderts. Sie sind so liberal, dass Sie ein ganzes Jahrtausend überspringen. Also, wenn Sie schon so liberal sind, so haben Sie die Güte, diesen Ihren Liberalismus ein wenig durch die That zu beweisen, sonst könnte man wirklich glauben, dass Sie die Bevölkerung mit Ihrem Liberalismus nur anplauschen und vielleicht auf die Zukunft vertrösten. Nein, der Liberalismus zeigt sich gerade darin, dass man der Bevölkerung Gelegenheit gibt, die Angelegenheit ordentlich durchzusprechen, und diese Gelegenheit wird ihr geboten, wenn die Wahlausschreibungen etwas früher vorgenommen werden, als es jetzt der Fall ist.

Also hoffentlich habe ich die Herren nicht verletzt und habe „objectiv und sachlich" gesprochen, wie sich die Herren immer ausdrücken, und hoffentlich werden auch die Herren, besonders diejenigen, die es angeht, diese meine Worte berücksichtigen und wird im nächsten Jahre vielleicht ein anderer Modus beliebt werden, als es im heurigen Jahre der Fall war, damit auch jeder Wähler von seinem Wahlrechte wirklich Gebrauch machen kann. Das ist ja das Ideal einer Wählerliste. Dasselbe wird nie erreicht werden; das weiß ich sehr gut; aber man soll doch demselben möglichst nahe zu kommen trachten. Nur dann kann man sagen, dass in Wien eine wirkliche Wahl herrscht.

Gem.-Rath Eigner: Ich ergreife die Gelegenheit, in Erinnerung zu bringen, dass ich im Jahre 1891 ebenfalls bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen und den Herrn Bürgermeister aufmerksam gemacht habe, dass die Wahllisten, nämlich die vom Jahre 1891, sehr mangelhaft und sehr schlecht zusammengestellt waren. (Rufe: Sie haben es ja schon gesagt!) Nun, dann sage ich es noch einmal, ich bitte, sind Sie ruhig! Der Herr Bürgermeister hat in diesem Saale gesagt, ich bin nicht informiert. Ich war sehr gut informiert. Warum die Wählerlisten im Jahre 1891 schlecht waren, werde ich Ihnen sagen. Der Grund war, weil man den Vorortegemeinden, nämlich den Vorortebürgermeistern und Vorortesecretären und -Beamten die Wählerlisten-Zusammenstellung aus der Hand genommen hat. Die Wählerlisten wurden ebenfalls hier im Magistrate zusammengestellt. Die hiesigen Beamten kennen die Leute draußen nicht und wissen nicht, wer Wähler ist. Das wäre geradeso, als wenn ich hier Wählerlisten von Brünn oder Prag zusammenstellen würde. Das ist der Grund, warum die Wählerlisten schlecht waren, und so ähnlich ist auch jetzt vorgegangen worden. Wo wurden die Wählerlisten zusammengestellt? Hier in diesem großen schönen Hause. Aber was musste man da alles thun, meine Herren? Ich selbst bekam einen Zettel, darauf ist gestanden: „Sie haben dort und dort zu erscheinen" und ferner noch etwas anderes: „Entweder haben Sie sich auszuweisen durch Ihren Heimatsschein, Taufschein, Trauungsschein, Meldzettel" (Rufe: Steuerbogen!), ja Steuerbogen, vielleicht auch noch den Impfzettel (Heiterkeit) und ein Sittenzeugnis von der Polizei! (Heiterkeit.) Ich will nicht von meiner Person reden, ich wohne in Hernals jetzt über 20 Jahre, ich will nicht sagen, dass mich vielleicht alle kennen sollen, aber viele kennen mich. Ich spreche von allen Bezirken XI bis XIX. Leute, deren Großeltern und Urgroßeltern dort schon gewohnt haben (Heiterkeit), mussten mit dem Meldzettel, Trauungsschein, Taufschein ꝛc. hingehen; der Betreffende musste sich legitimieren, dass er ein Haus oder eine Realität besitzt, oder ein Gastwirt, ein Schneider, ein Schlosser, ein Schuster ist. Das ist das Traurige. Wie will man denn dann richtige Wählerlisten zusammenstellen? In dem nämlichen Bezirk findet man Leute genug, die einen kennen, zu alleräußerster Noth der Wachter. Der Gemeindediener kennt alle. Der stellt deshalb eine bessere Wählerliste zusammen als der Beamte hier im Rathhaus. (Lebhafte Heiterkeit.) So ist es, meine Herren. Man sollte in jedem Bezirke, wie ich schon im Jahre 1891 erwähnt habe, eine Commission zusammenstellen. Dann hat man den Bezirksausschuss, hat Gemeinderäthe, Bezirksvorsteher, man hat auch die übrigen Beamten. Da stelle man eine Commission zusammen. Dieser werden die nöthigen Behelfe aus dem Steuercataster in jedem Bezirke gegeben, und man wird dann nach Straßen und Plätzen vorgehen und man wird vollständige Wählerlisten zusammenstellen. Dann wird die Wählerliste genau durchgesehen, ob sie richtig ist. Dann wird sie aber richtig sein, nicht aber so, dass man einem einen Zettel schickt, er soll kommen. Nicht jeder hat Zeit. Der Schneider muss nähen, der Schlosser schmieden und der Schuster seinen Schuh machen, der steht auf zwei Sechserln an, er kann nicht von Grinzing oder Sievering hereinkommen. Wenn er aber hereinkommt, dann heißt es: „Warten Sie! Ich habe jetzt keine Zeit! Bleiben Sie stehen!" Endlich wird er so ungefähr in einer Stunde vorgenommen. Jetzt heißt es noch immer warten, bis man das richtige Buch findet, was ich den Herren alles nachweisen kann. Das sind Übelstände, die in einer Großstadt nicht bestehen dürfen. Ich würde das anders organisieren. Dafür kann ich Ihnen gutstehen! (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich bin kein Jurist, aber so viel Hirn habe ich im Kopfe, um das richtigzustellen. Herr Controlor Haberger hat gesagt: die Polizei wird zu Hilfe genommen. Meine Herren! Zu einer Wählerliste eine Polizei! Wer braucht denn eine Polizei? Ich brauche keine (Lebhafte Heiterkeit.) Da hört sich alles auf! Die Polizei soll das richtigstellen! Was kümmert denn das die Polizei? Die Meldzettel sind noch nicht alle richtig; der eine sagt, er ist Privatier, und geht alle Tage Karten spielen. (Heiterkeit.) Der andere sagt, er ist das. Der dritte schreibt „Ingenieur" darauf; indessen ist er vielleicht — ich mag es gar nicht sagen, was. (Lebhafte Heiterkeit.) Ein anderer sagt: er ist ein Doctor. Ich bitte Sie, das ist alles nicht richtig. Die Leute geben sich einen Privattitel. Die Polizei soll zur Wählerliste kommen. Das ist mir ganz unbegreiflich. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich würde vorschlagen, dass man in Zukunft in solchen Fällen klüger, vorsichtiger vorgehe, damit überhaupt solche Vorwürfe im Gemeinderathe nicht mehr zur Sprache kommen. Und ich hoffe, dass in zwei Jahren eine Wählerliste zusammengestellt ist, an der sich kein Makel findet. In der Wählerliste waren Wähler eingetragen — was ich vom XVII. Bezirk bestätige — die ihr Lebtag nicht dort gewohnt haben oder vielleicht einmal im Sommer; und die anderen, die wirklichen Wähler, haben sie nicht eingetragen. Was für Wähler hat man eingetragen? Solche, von denen man gewusst hat, dass sie für die Partei stimmen, aber die für die Partei nicht stimmen, hat man ausgelassen. (Lebhafter Widerspruch rechts. — So ist es! links.) So ist es, meine Herren!

(Während vorstehenden Ausführungen hat Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich kann solche Beschuldigungen des Amtes nicht dulden und muss dieselben zurückweisen. Das Amt geht ganz objectiv vor und kümmert sich um die Parteischattierung der Wähler absolut nicht. Es kennt auch dieselben gar nicht. Ich muss daher bitten, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich glaube, ich habe nur die Wahrheit gesprochen, und die Wahrheit darf man sagen. Und wenn man die nicht mehr sagen darf, dann ist es gescheiter, wir gehen nach Haus. Ich habe neulich auch hier etwas erwähnt, da hat es auch geheißen: ich spreche nicht die Wahrheit. Ich habe aber die reine Wahrheit gesprochen und habe Zeugen, die es bestätigen können.

Ich hoffe, dass solche Gegenstände hier in diesem Saale nicht mehr zur Sprache kommen werden, denn wir haben andere, wichtigere Gegenstände. Die Vororte leiden daran, weil sie kein Wasser haben, darum stehen die Wohnungen leer, weil wir keine Parteien haben. Wein und Bier ist theurer geworden, man bekommt ein kleineres Maß. Wein, der früher per Viertel sechs Kreuzer kostete, kostet jetzt zwölf Kreuzer. Die Realitäten gehen zurück. Ich schließe mit der Hoffnung, dass in Zukunft in diesem Saale andere und wichtigere Gegenstände zur Erörterung kommen werden.

Steueramts-Controlor Haberger: Ich erlaube mir, zu bemerken, dass nur das Centralmeldungsamt der Polizei zu Hilfe genommen wurde, nicht die Polizei als solche. Als Beispiel, wie der frühere Vorgang auf die Richtigkeit der Wählerlisten gewirkt hat, erlaube ich mir anzuführen, dass bei der Reichsrathswahl im I. Bezirke im vorigen Jahre nahezu 1100 Unbekannte waren, und im heurigen Jahre bei der Gemeinderathswahl waren im 1. Wahlkörper circa 20 und im 2. Wahlkörper circa 80 Unbekannte. Das ist der beste Beweis, wie genau vorgegangen wurde.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es hat dem Herrn Gemeinderathe des VII. Bezirkes, Stehlik, gefallen, verschiedene Vorsitzende verschiedener Wahl-Commissionen in den verschiedenen Bezirken pauschaliter zu verdächtigen, und zwar in der Weise, dass er sie angeklagt hat — (Gem.-Rath Stehlik: Plauschen Sie nicht!) (zu Gem.-Rath Stehlik:) Sie haben geplauscht, wenn jemand überhaupt geplauscht hat. — Er hat dieselben beschuldigt, dass sie roh, dass sie arrogant, dass sie aufbrausend sind &c. Insofern diese Pauschalverdächtigung auch gegen meine Person gerichtet ist, der ich seit Jahren wiederholt die Ehre gehabt habe, Vorsitzender zu sein, verwahre ich mich energisch dagegen und rufe die Herren Collegen aus dem IX. Bezirke auch Ihrer (linken) Partei an, ob man mir nicht das Zeugnis geben kann, dass ich jederzeit als Vorsitzender in unparteiischester Weise vorgegangen bin.

Wenn vielleicht irgend welche Herren Grund gehabt haben, gegen Stehlik in einer anderen Weise vorzugehen, so finde ich es erklärlich, wenn er in derselben Weise der Wahl-Commission gegenüber aufgetreten ist, wie er sich hier auszudrücken beliebte. Was aber den Umstand betrifft, dass die Wählerlisten in vielen Fällen mangelhaft gewesen sind, so wird das von allen Seiten bestätigt und anerkannt, und auch ich bin der Ansicht, dass hier eine Verbesserung dringend nothwendig wäre. Das hat aber auch darin seinen Grund, weil das Amt viel zu wenig mit Kräften dotiert ist. Wenn Sie vor den Wahlen in den Abendstunden am Rathhause vorübergehen, werden Sie die Localitäten des Steuer- und Wahlcatasters beleuchtet finden, ein Beweis, dass die Leute arbeiten; und wenn Sie den Chef des Amtes vor den Wahlen anschauen, werden Sie sehen, dass er roth umränderte Augen hat, weil er sich in übermäßiger Weise anstrengt.

Wenn aber College Eigner meint, die Wählerlisten seien unrichtig, weil sie hier gemacht werden und nicht in den betreffenden Vororten, so will ich nur ein einziges Beispiel anführen, wie genau die Wählerlisten draußen sein mussten, wenn es möglich war, dass in einem Theile des XIX. Bezirkes ein Ausländer und nicht ein österreichischer Staatsbürger durch viele Jahre hindurch Bürgermeister war.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann nur bestätigen, was der erste Sprecher in dieser Angelegenheit vorgebracht hat. Es ist Thatsache, dass im IV. Bezirke Wähler, die schon jahrelang in der Wählerliste waren, dieses Jahr im 1. Wahlkörper wirklich nicht drinnen waren. Freilich sind auch zu mir Herren gekommen, ein paar Tage vor der Wahl, die mich gefragt haben: „Sagen Sie, Herr Gem.-Rath Bärtl, wieso haben wir keine Wahllegitimationen zugeschickt erhalten?" Ich fragte: „Haben Sie reclamiert?" „Nein!" Dann ist es natürlich, dass der Betreffende nicht in der Wählerliste erscheinen kann. Ja, mir selbst zum Beispiel ist die Legitimationskarte erst zwei Tage vor der Wahl zugeschickt worden. Das war früher nicht, ich habe immer schon längere Zeit vorher dieselbe bekommen, ebenso die Wählerliste. Nachdem ich häufig in den einbezogenen Bezirken verkehre, kann ich bestätigen, was ein Vorsprecher betreffs der Vorsitzenden vorgebracht hat. Es hat wirklich peinlich und unangenehm berührt, dass einige Herren in fremde Bezirke geschickt worden sind. Die Leute fragen: „Haben wir nicht noch Gemeinderäthe, kommen sie denn alle zur Wahl?" Das sollte vermieden werden, weil ja noch Kräfte genug da sind, die im Bezirke bekannt sind und eher die Wähler agnoscieren können, die zur Wahl kommen, als Fremde.

Meine Herren! Bei 80.000 Wählern kann leicht ein Verstoß vorkommen. Ich war früher im 3. Wahlkörper und bin dann in den 1. Wahlkörper hineingeschoben worden — da ich im Princip für die Aufhebung der Wahlkörper, ist mir das gleich; ich habe gehört, dass ich in den 1. Wahlkörper komme, es war auch so, ich habe mich im Amte überzeugt.

Da muss man sehen, wie die Beamten zu arbeiten haben; bei dem Andrange von Wählern, die da kommen und reclamieren, ist es kein Wunder, wenn ein Verstoß vorkommt. Ich kann nur bestätigen, dass die Leute sehr emsig und fleißig arbeiten und alles Mögliche aufbieten, um der Sache gerecht zu werden.

Aber ich kann nur auf das, was vom ersten Redner, Herrn Collegen Dr. Lueger, ausgeführt worden ist, hinweisen. Ich glaube, in der Zukunft wird die Sache auch für die Beamten und die Wählerschaft besser werden. Man sollte früher an die Arbeit gehen; die Wähler würden dann Gelegenheit haben, zu reclamieren und sich ihre Legitimationen zu verschaffen.

Im großen und ganzen kann ich mich nur den Ausführungen des ersten Herrn Sprechers anschließen.

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Ich höre seufzen zur rechten Seite, ich höre seufzen zur linken Seite, ich höre vor mir und hinter mir, dass die Debatte unendlich in die Länge gezogen wird. Damit nicht der Saal in eine allgemeine Seufzerei ausbricht, beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche diejenigen Herren, welche für Schluss der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Das Wort haben noch von der einen Seite die Gem.-Räthe Karl Moriz Mayer, Dr. Vogler, Herrdegen; von der andere Seite die Herren Gem.-Räthe Schneeweiß, Trambauer, Stehlik, Weitmann, Gräf.

Gem.-Rath Karl Moriz Mayer: Ich habe nicht die Absicht, eine Rede für die Güte oder mindere Güte der vorgelegten Wählerlisten zu halten. Der Zweck, warum ich mich zum Worte gemeldet habe, ist ein rein persönlicher, u. zw. haben mich die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Stehlik dazu bewogen. Ich habe seit sechs Jahren, in welchen ich die Ehre habe, dem Gemeinderath anzugehören, fast bei jeder Wahl entweder in meinem eigenen oder in einem anderen Bezirke die Ehre gehabt, Vorsitzender zu sein. Ich habe mich nie um den Vorsitz beworben, muss aber constatieren, dass, was der Herr Gem.-Rath Stehlik gesagt hat, dass die Vorsitzenden mit einen brutalen Macht von Seite des Herrn Bürgermeisters ausgestattet werden, einfach nicht wahr ist. Ich wiederhole, ich bin Vorsitzender gewesen und bin nie mit einer brutalen Macht ausgestattet gewesen. Ich habe einfach die Zuschrift bekommen, an diesem und diesem Tage habe ich dort zu functionieren. Ich habe weiters zu constatieren, dass ich bei Reichsraths- und Landtagswahlen commissioniert habe, wo es oft stürmisch hergegangen ist und die Parteien oft scharf an einander gerathen sind, aber nie war ein unangenehmer Streit. Es ist also nicht richtig, wenn man solche Verhältnisse generalisiert; es mögen ausnahmsweise Unannehmlichkeiten vorgekommen sein, und da werden Sie schon den Grund auf irgend einer Seite zu finden haben. Was den Vorwurf anbelangt, warum man die Herren in fremde Bezirke hinausschickt, kann ich darüber kein Urtheil abgeben, weil ich diesbezüglich nicht eingeweiht bin. Sie wissen, dass die Vorsitzenden von den Bezirksvorstehern vorgeschlagen werden.

Die Herren müssen dem Wahlkörper und Bezirke angehören, in dem die Wahl ist; das war auch jedesmal der Fall, und es war nie eine Ursache, zu sagen, dass die Herren die Wähler nicht gekannt hätten, die ohne Legitimationskarten gekommen sind. Mir ist es auch nie vorgekommen, dass einem Wähler, der agnosciert wurde, die Wahllegitimation verweigert wurde. Dies zur thatsächlichen Berichtigung, denn ich muss gegen diese Generalisierung protestieren.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich muss constatieren, dass früher die Wählerlisten viel praktischer waren als die heutigen, und ich kann mir das nicht anders erklären, als dass man die heutigen Wählerlisten der liberalen Partei auf den Leib geschnitten hat. Wenn früher die Listen ausgetheilt waren, so konnte z. B. ein Beamter oder Geschäftsmann dem anderen sagen: „Du, ich habe die Wählerliste bekommen", und wenn er nicht darin war, hat er innerhalb der Frist reclamieren können. Heute aber wird ihm das nicht bekanntgegeben, und Hunderte] von Wählern wissen gar nicht, wann die Reclamationsfrist zu Ende ist. Es haben sich viele an mich gewendet, wie die Frist schon längst verstrichen war.

Bei uns im III. Bezirke war noch etwas besonders Interessantes, wir haben 13 Todte in der Liste gehabt und 400 Vermisste, die nicht zu finden waren! Das ist doch ein sonderbarer Vorgang, wenn eine solche Nachlässigkeit bei der Zusammenstellung der Wählerlisten herrscht. Wir haben Leute, die seit zwölf Jahren Steuer zahlen, Hausherren, die 2000 fl. Steuer zahlen und die immer in der Liste waren, heuer aber nicht.

Im 1. und 2. Wahlkörper haben circa 100 Wähler gefehlt — die Namen stehen uns zu Gebote. Der Pfarrer z. B. ist doch eine Persönlichkeit, die jeder kennt, und der ist schon zwei Jahre in Fischamend begraben, steht aber noch in der Wählerliste. Wenn man bei einer solchen Persönlichkeit nicht weiß, dass sie gestorben ist, dann darf man sich wohl nicht wundern, wenn man einen armen Teufel vergessen hat. Ich möchte also dem Herrn Bürgermeister empfehlen, die frühere Methode wieder einzuhalten, es wird das gar nicht so viele Umstände machen; es war dies praktischer und besser für die Wählerschaft, weil man sich früher informieren und sein Wahlrecht reclamieren konnte.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Herr Gem.-Rath Stehlik hat in eigenthümlicher Weise auf mich hergesprochen, so dass es den Eindruck macht, als ob er den Vorwurf, den er gegen die Wahlvorsitzenden überhaupt erhoben hat, auf mich gemünzt hätte.

Ich möchte dem gegenüber constatieren, dass ich niemals ein Rencontre mit Herrn Gem.-Rath Stehlik bei einer Wahl-Commission gehabt habe, übrigens seit Jahren nicht Vorsitzender gewesen bin. Wenn er sich in elegischer Weise über einen Vorfall beklagt hat, der sich vor Jahren abgespielt hat — ich glaube, es ist neun Jahre her —, so möchte ich nur bemerken, dass das eine sehr vergangene Zeit ist. Herr Gem.-Rath Stehlik war damals Demokrat und hat sich in auffallender Weise bei der Agitation betheiligt. Ich war nicht Zeuge des Vorfalles und kann nicht angeben, wie es gekommen ist, aber er kann ja doch nicht uns den Vorwurf machen, wenn er von der Polizei auf einige Stunden interniert wurde. (Heiterkeit.) Das ist nicht Schuld unserer Partei, und er kann sich nur bei der Behörde beschweren, die übrigens wahrscheinlich irgend welchen Anlass gehabt haben mag.

Herr College Steiner hat nun in einer Art Erwiderung auf mich etwas vorgebracht, was nur eigentlich eine Bestätigung dessen ist, was ich gesagt habe. Ich habe ja erklärt, dass der

Stadtrath nur mit Ausnahme dessen, was ich genau angeführt habe (worunter ich auch die Erledigung der Recurse in Bezug auf die Reclamationen anführte), in Wahlsachen nichts zu thun hat. Er hat also mit der Erledigung der Recurse über Wahlreclamationen sich allerdings zu befassen. Der Herr College Steiner hat nun einen solchen Fall angeführt, in welchem ich Referent gewesen bin. Ich constatiere nun, dass ich damals als Referent den Antrag gestellt habe, dass der betreffende Herr aus der Wählerliste des 1. Wahlkörpers des XVIII. Bezirkes zu streichen sei. Die Mehrheit des Stadtrathes war aber anderer Ansicht, weil sie der Meinung gewesen ist, dass der Betreffende seinen Wohnsitz im XVIII. Bezirke durch den interimistischen Aufenthalt im I. Bezirke nicht aufgegeben hat.

Der Herr College Dr. Lueger hat sich nun zunächst darüber beschwert, dass ich ihm, sozusagen, einen Vorwurf gemacht hätte — ich habe in aber nicht gemacht —, dass er gegen die Beamten losziehe; ich habe lediglich constatieren wollen, dass die Unrichtigkeiten der Eintragungen wohl nicht den Beamten zur Last geschrieben werden können. Wenn nun der Herr College Dr. Lueger sich in so auffälliger Weise beklagt, so möchte ich doch bemerken, was hat denn sein College Eigner gethan? Der Herr Gem.-Rath Eigner hat doch mit dürren Worten den ganzen Beamtenstand unserer Commune beleidigt. Er hat den Beamtenstand geradezu unfähig erklärt, Wählerlisten zusammenstellen zu können. Er hat erklärt, dass die Wählerlisten viel besser von den Gemeindewächtern zusammengestellt werden, als von Beamten. Das geht denn doch zu weit. Er hat weiter den Beamten Parteilichkeit vorgeworfen, was ein schwerwiegender Vorwurf gegenüber den Beamten ist. Dieser Vorwurf wurde von dem Herrn Vorsitzenden zurückgewiesen.

Ich glaube also, der Herr College Dr. Lueger hätte es nicht nothwendig gehabt, die Sache so genau zu nehmen, sondern wenn man schon in dieser Richtung von den Beamten etwas spricht, so muss man es so nehmen, wie es vorgebracht worden ist. Ich habe allerdings die Beamten in Schutz genommen gegen einen eventuellen Vorwurf, dass Unrichtigkeiten, die in den Wählerlisten vorkommen, ihnen zur Last fallen. Der Herr College Eigner hat ihnen aber einen noch weitergehenden, ganz ungerechtfertigten Vorwurf gemacht.

Merkwürdig nimmt sich aus, was der Herr College Dr. Lueger mir gegenüber bemerkt hat, was ich über die Competenz des Stadtrathes in Wahlangelegenheiten gesagt habe.

Er sagte: „Der Bürgermeister ist nur die Executive, beschließen muss der Stadtrath." Ich möchte den Herrn Collegen Dr. Lueger bitten, die Wahlordnung zur Hand zu nehmen und die §§ 13, 14 und 15 zu überlesen; es heißt dort: „Der Bürgermeister hat die Wählerlisten zusammenzustellen, der Bürgermeister hat die Wahlausschreibung vorzunehmen, der Bürgermeister setzt die Wahlcommissionen zusammen", das ist alles eine ausdrückliche, im Gesetze normierte Obliegenheit des Bürgermeisters, und hat der Stadtrath nichts damit zu schaffen. Der Stadtrath hat nicht darüber zu beschließen, das macht der Bürgermeister ex präsidio. Wenn der Herr College Eigner den vielleicht nicht unberechtigten Vorwurf erhoben hat, dass man zuviel von den Wählern verlangt hat, wenn man sie hereincitiert und von ihnen die Vorlage aller möglichen Documente verlangt hat, so hat der Herr Leiter des Wahlcatasters dies bereits aufgeklärt. Der Grund war der, weil die Wählerlisten der neu einbezogenen Bezirke unvollständig und unrichtig waren. Infolge dessen musste eine vollständige Übergehung dieser Wählerlisten vorgenommen werden. Man konnte zu richtigen Daten nur dadurch gelangen, dass man die betreffenden Familien-, Heimatsdocumente u. s. w. begehrt hat. Das ist nur eine vorübergehende Maßregel, die in späteren Jahren nicht mehr vorkommen wird, wenn einmal die Grundlage richtig ist. Ich glaube, dass bezüglich der Wahlkörper, welche dieses Jahr zur Wahl gekommen sind, wir diese Grundlagen bereits bekommen haben, und in Zukunft wird das allerdings entfallen.

Ich möchte mich nur nochmals dagegen verwahren, dass man unsere Beamten, wie es geschehen ist, als lauter Dummköpfe hinstellt, die nicht imstande wären, richtige Wählerlisten zusammenzustellen. Ich glaube, das werden sie doch auch treffen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich werde mich nur auf positive Thatsachen beschränken. Dass die Wählerlisten sehr mangelhaft zusammengestellt sind, wird von keiner Seite bestritten, weder von der Majorität, noch von der Minorität, von der Minorität gewiss nicht. Auch in meinem Bezirke sind ähnliche Sachen vorgekommen. Personen, die jahrelang im 1. Wahlkörper waren und das Domicil nicht gewechselt haben, wurden einfach hinausgeworfen. Ich habe einen Steuerschein von einem Fabrikanten in der Hand gehabt, der mit 210 fl. Erwerbsteuer bemessen war.

Ich fragte ihn: „Warum sind Sie nicht im 1. Wahlkörper?" — „Ich weiß nicht warum," war die Antwort. Die Reclamationsfrist war zu Ende, und der Mann war sohin heuer nicht Wähler im 1. Wahlkörper.

Ich kenne auch einen Baumeister; der war schon jahrelang im 1. Wahlkörper, und siehe da: er wurde aus dem 1. Wahlkörper hinausgeworfen. Ich möchte dann auch den Herrn Controlor Haberger fragen um die Ursache, wie das gekommen ist. Wenn einer jahrelang im Bezirke wohnt, jahrelang dieselben Steuern zahlt, wie kommt es, dass er aus einem Wahlkörper hinausgeworfen wird?

Es ist nicht schicklich, wenn man von seiner eigenen Person spricht, aber ich muss auch von meiner eigenen Person sprechen. Ich wohne 18 Jahre in einem und demselben Hause und zahle so ziemlich die gleiche Steuerquote; nur war ich einmal im 1. Wahlkörper; gegenwärtig bin ich im 2. Wahlkörper, gemäß meiner Steuerleistung durch 18 Jahre. Siehe da! ich schaue in der Wählerliste nach: da existiert kein Trambauer. Im Todtenzettel war er auch nicht — ich lese nämlich alle Tage die „Wiener Zeitung". Aber in den 3. Wahlkörper hat man mich geworfen. Nun möchte ich den Herrn Controlor fragen, wie es kommt, dass, wenn ein Bürger 18 Jahre in einem Bezirke wohnt, permanent im Steuercataster erscheint, er vom 2. in den 3. Wahlkörper geworfen wird?

Bitte um Aufklärung. Ich bin zu Ende.

Gem.-Rath Herrdegen: Nachdem ich persönlich von Dr. Vogler angerufen wurde, muss ich constatieren, dass bei der Wahl im V. Bezirke, Margarethen, 3. Wahlkörper, circa 10 Wähler gekommen sind, welche in den Wählerlisten nicht aufgeführt waren. Weiters sind circa 20 Personen gekommen, welche die Wahllegitimation nicht zugestellt erhalten haben. Die letzteren wurden, falls sie sich durch den Steuerbogen oder eine andere Legitimation ausgewiesen haben und von einem Mitgliede der Commission agnosciert wurden, ohne weiters zur Wahl zugelassen. Herr Dr. Lueger hat selbst einige agnosciert, welche sodann anstandslos zur Wahl zugelassen wurden.

Nun möchte ich aber doch, ohne mich in eine Polemik einzulassen, an den Herrn Collegen Stehlik das Ersuchen richten

— und ich appelliere an seine persönliche Ehrenhaftigkeit — das, was er gesagt hat, auch etwas näher zu begründen. Es war so allgemein gesprochen, dass ich — aufrichtig gesagt — nicht bestimmt weiß, hat das einem Bezirke gegolten, hat es einzelnen Vorsitzenden gegolten oder war es allgemein gesprochen? Ich glaube, er ist es uns jedenfalls schuldig, dass er hier eine bestimmte Erklärung abgibt. (Beifall rechts.) Wenn er selbst sagt, die Wahlcommission darf niemals vom Parteistandpunkt aus vorgehen, sie hat objectiv zu bleiben, so glaube ich, kann man wohl sagen — er wird mir nicht widersprechen — dass man die Vorsitzenden der Wahlcommission, welche nicht freiwillig über Bewerbung hingekommen sind, sondern einfach commandiert wurden, nachträglich in öffentlicher Sitzung des Gemeinderathes, ohne irgend eine Begründung vorzubringen, nicht beschuldigen darf. (Lebhafte Zustimmung rechts. Gem.-Rath Stehlik: Es ist ja wahr!)

Gem.-Rath Stehlik: Ja, meine Herren! Es ist wirklich sehr traurig, wenn man hier nicht die Wahrheit sprechen kann. Ich hätte nicht mehr gesprochen, aber ich bin durch die Herren Vorredner dazu gezwungen.

Der erste, Herr Dr. Klotzberg, war empfindlich aufs höchste. (Dr. Klotzberg widerspricht.) Ich habe seinen Namen gar nicht genannt. (Rufe rechts: „Ah, das ist sehr gut! Er hat doch gesagt: Alle Bezirke!“)

Ich habe nicht einen Namen genannt, sondern ich habe gesagt: Im IX. Bezirke sind über 100 Legitimationskarten gelegen, weil unzustellbar. Dann bin ich vom IX. Bezirk weiter gegangen. Der zweite Herr war Herr Gem.-Rath Mayer. Er ist der liebenswürdigste Mensch; ich habe noch nie bei einer Wahl mit ihm zu thun gehabt. Er hat es gar nicht nothwendig, empfindlich zu sein. Der dritte Redner, Herr Dr. Vogler, hat sich wieder beleidigt gefühlt, weil ich zu ihm hinübergesprochen habe. Die Herren kennen mich ja. Ich habe die Noblesse, gegen Sie gewendet zu sprechen. (Heiterkeit.) Ja, ich bin schon so, und dass ich die Wahrheit gesprochen habe, hat Herr Dr. Vogler bestätigt. Herr Dr. Vogler weiß genau, was vor 9 Jahren geschehen ist, und so etwas ruht in einem Menschen, der ein ehrliches Gewissen hat, nicht. Er weiß genau, dass man mich damals ordentlich hergenommen hat. Dank dem Umstande, dass sich anständige Menschen meiner angenommen haben, wurde mir kein Haar gekrümmt. Es haben aber tiefe Dinge dahinter gesteckt. Ich will Namen nicht nennen, und wenn ich von Brutalität gesprochen habe, so habe ich keinen Bezirk gemeint, außer einen einzigen, den VII. Bezirk: dort ist so etwas Brutales vorgekommen. Das ist brutal, ich sage es offen. (Rufe rechts: Namen nennen!) Ich bin hingekommen und man hat mich, der ich seit 35 Jahren in dem Bezirke selbstständig bin, nicht kennen wollen. Wenn man mich nicht kennt, dann gibt's schon nichts mehr. Ich bin seit 18 Jahren Bezirksausschuss, seit 9 Jahren Gemeinderath, und mich kennt der Herr nicht. Der möchte mich allerdings nicht kennen, er möchte mich am allerliebsten weiß Gott wohin schicken.

Wenn man solche Dinge einmal erwähnt und sein Herz ausschüttet, so ist das höchst nothwendig, sonst macht man die Dummheiten wieder. Man muss sich einmal die Courage nehmen, und das werde ich mir nicht verbieten lassen. Mögen die Herren sagen, was sie wollen, ich nehme nichts zurück. Was ich gesagt habe, ist die Wahrheit. Man hat mich kolossal in meiner Ehre angetastet, wie es auch Herr Dr. Vogler documentiert hat.

Gem.-Rath Weitmann: Ich habe in den Worten des unmittelbaren Herrn Vorredners keine Pauschalverdächtigung gefunden. Dass Unzukömmlichkeiten vorkommen, das ist eine Thatsache. Ich werde Ihnen hier concrete Fälle anführen, und zwar aus dem VII. Bezirke Das ist mir selbst passiert. Vor zwei Jahren habe ich selbst einen Wähler im 2. Wahlkörper agnosciert, welcher in meiner unmittelbaren Nähe wohnt und Hausbesitzer ist. Ich bin zu dem betreffenden Vorsitzenden hingegangen und habe mich vorgestellt und habe ihm gesagt: Der Mann hat seine Legitimation vorgelegt, er ist in die Wählerliste eingetragen. Ich bürge mit meiner Ehre, der Betreffende ist . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Das ist ein Vorfall, der sich vor zwei Jahren zugetragen hat. Wenn wir heute alle möglichen Vorfälle, die jeder im Laufe der letzten neun Jahre erlebt hat, anführen wollten, so würde es in dieser und auch in der nächsten Woche nicht möglich sein, die Gemeinderathswahlen zu erledigen.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Was auf der einen Seite gestattet ist, muss auch hier gestattet sein. Ganz dasselbe ist auf jener (rechten) Seite gesprochen worden. Ich lasse mich nicht in meinen Worten beschränken.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich muss Sie bitten, sich an die Sache zu halten. Wenn Sie zu den Wählerlisten sprechen, wollen die heuer in Verwendung waren, so habe ich dagegen nichts einzuwenden, ich kann aber nicht zugeben, dass Sie auf Ereignisse zurückgreifen, die sich vor zwei Jahren zugetragen haben. Alles muss seine Grenze haben.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Meine Worte sind in der Form einer Berichtigung. Ich kann mein gutes Recht mir nicht verkümmern lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich bitte, sich an meine Weisung zu halten, sonst müsste ich Ihnen das Wort entziehen.

Gem.-Rath Weitmann: Das können Sie thun. Das steht in Ihrer Macht. Ich bitte, davon Gebrauch zu machen. (Fortfahrend:) Ich habe mich selbst vorgestellt . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gemeinderath, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort, nachdem Sie nicht zur Sache sprechen.

Gem.-Rath Weitmann: Ich danke. Derartige Gewaltacte sind wir gewöhnt.

Referent (zum Schlusswort): Wenn man aus der Länge und dem Inhalte der Debatte, die sich jetzt abgesponnen hat, ein Urtheil über den Wert unserer Geschäftsordnung ziehen wollte, so müsste man wahrhaftig anerkennen, dass wir eigentlich die freisinnigste, die weitestgehende Geschäftsordnung haben, und dass wir Vorsitzende besitzen, welche mit einer ungeheueren Dosis von Langmuth und Nachsicht ausgerüstet sind, denn eine Debatte geschlagene zwei Stunden mit allen möglichen Verhandlungen zuzulassen, ist, glaube ich, ein Beweis dafür, dass unsere Geschäftsordnung denn doch nicht so schlecht ist. (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, den Herrn Referenten nicht zu unterbrechen. (Gem.-Rath Weitmann: Gehen Sie nicht so vor! Dann hat man nicht so lange zu reden!)

Referent (fortfahrend): Meine Herren: Ein Wort, welches von einem Herrn der linken Seite gesprochen wurde, acceptiere nicht nur ich, sondern das können auch Sie alle im vorneherein acceptieren. Wir haben bei den Wahlen, wie ich glaube, von

vorneherein insofern ein gleiches Interesse, als wir alle wünschen müssen, dass die Wählerlisten so correct als möglich seien, so dass niemand in der Ausübung seines Wahlrechtes verkürzt werde, und ich glaube, es darf nicht nur die linke Seite ein Privilegium nehmen, dass bloß sie dafür einsteht, dass das Wahlrecht niemandem verkürzt werde, sondern das können auch wir beanspruchen, dass wir ebenfalls der Meinung sind, es sei niemandem das Wahlrecht zu verkürzen. Wenn also die Debatte das zum Ausdrucke zu bringen gehabt hat, dass jedem das Wahlrecht unverkürzt erhalten bleibe, so ist das ein allgemeiner Wunsch, ein Wunsch, welcher nicht nur von einer Seite, sondern von beiden Seiten getheilt wird.

Es ist unter anderem der V. Bezirk erwähnt und diesbezüglich auch ein Appell an den Vorsitzenden gerichtet worden. Ich habe die Ehre gehabt, für den V. Bezirk, der erwähnt wurde, designiert zu sein. Die Herren wissen sehr gut, dass sich die Wahl in diesem Bezirke sehr lebhaft vollzieht; ich kann aber constatieren, dass die Abwicklung des Wahlgeschäftes in allen drei Sectionen vollkommen glatt erfolgte, dass nicht der geringste Zwischenfall vorkam, und dass der Vorsitzende mit der größten Coulance jedem geäußerten Wunsche entgegenkam. Ich constatiere auch, dass nicht die Vorsitzenden das Recht haben, über die Ausfolgung von Wahllegitimationen zu entscheiden. In der Instruction ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Commissions-Mitglieder, die doch dem Wahlkörper selbst angehören, die im Bezirke wohnen, die Entscheidung darüber zu fällen haben, und der Vorsitzende hat sich diesbezüglich sehr gerne dem Wunsche der Herren gefügt und gewiss keine Einwendung dagegen erhoben.

Also von einem Vorwurfe gegen die Vorsitzenden kann mit Recht nicht gesprochen werden. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe auch keinen erhoben!) Eine Bemerkung ist schon richtiggestellt worden. Es hat nicht jedermann den guten Humor, den ein Herr Redner immer mit einer allerdings sanften Stimme vorbringt, Herr Gem.-Rath Eigner nämlich, der gleich von Polizei gesprochen hat. Die Sache ist insofern richtig, als das Meldungsamt zu Hilfe genommen wurde, um die Adressen richtigzustellen, und um das zu documentieren, erkläre ich, dass es thätsächlich in Margarethen vorgekommen ist, dass Wähler erschienen sind, welche sich auf beste Weise legitimieren konnten, welche in der geschriebenen Wählerliste enthalten waren, welche aber dann als gestrichen erschienen, weil sie unter einer anderen Adresse in einem anderen Bezirke aufgenommen waren. Es ist damit offenbar der Beweis hergestellt, dass durch unrichtige Informationen des Meldungsamtes der eine oder andere Vorfall verschuldet wurde.

Wenn man davon spricht, dass so viele nicht aufgenommen wurden, so ist noch auf eines aufmerksam zu machen. Es findet eine fortwährende Verschiebung zwischen dem 2. und 3. Wahlkörper, beziehungsweise vom 3. in den 2. Wahlkörper statt. Nun sind heuer nicht die Wählerlisten aller drei Wahlkörper aufgelegen, und es konnte daher nicht gerade jeder behaupten, er habe absolut das Wahlrecht verloren, weil er nicht in der Wählerliste des 3. Wahlkörpers enthalten war. (Rufe links: Sehr schlau!) Es war immerhin möglich, dass er sein Wahlrecht im 2. Wahlkörper hätte ausüben können, dass aber, nachdem dieser Wahlkörper nicht gewählt hat und keine Wählerlisten für diesen aufgelegen sind, der Nachweis, dass er wirklich Wähler für dieses Jahr gewesen ist, entfallen ist. Ich muss ferner auch darauf hinweisen, obwohl das selbstverständlich den Referenten nichts angeht, dass der Herr Collega gemeint hat, acht Tage vor der Wahl zu bestimmen, dass an dem Tage die Wahl stattfinde, sei allerdings etwas kurz. Ich gebe das zu, aber es hat ja jedermann in Wien schon Monate vorher gewusst, dass längstens im April die Wahlen stattfinden müssen; man konnte daher nicht mehr überrascht sein, dass plötzlich für den 13. oder 15. April die Wahl angeordnet wurde.

Ich möchte nur kurz noch Folgendes bemerken. Ich glaube, der Herr Redner, welcher den Stadtrath für manches verantwortlich gemacht hat, wird so loyal sein, anzuerkennen, dass die Wahlordnung eigentlich das Wahlgeschäft in die Hand des Bürgermeisters legt, was übrigens gar nicht so — wie soll ich denn sagen — zu bemängeln ist. Meine Herren, der Bürgermeister kann doch nicht die Wahlen von ganz Wien allein leiten, das übergibt er den Beamten, und wenn ein gewählter Körper nichts mehr dabei zu thun hat, sondern dies lediglich von Beamten besorgt wird, kann man doch von Unparteilichkeit sprechen; ich bin nämlich der Meinung, dass ein Beamter der Commune gar keine Parteipolitik treiben soll, überhaupt bei Wahlangelegenheiten, wo er sein Amt auszuüben hat, in politischer Weise gar nichts mitzuthun hat; für ihn soll das ganz gleich sein. Er hat nach allen Seiten vollste Gerechtigkeit walten zu lassen; so wenigstens fasse ich die Stellung des Beamten auf.

Übrigens bemerke ich zum Schlusse, dass der Antrag, den ich gestellt habe, von keiner Seite eine Anfechtung erfahren hat, und ich beantrage daher nur noch einmal, Sie mögen einstimmig genehmigen, dass die Wahl verificiert werde.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Sehr geehrte Versammlung! Ich berichtige den Herrn Collegen Dr. Klotzberg darin, dass er gesagt hat, die Wählerlisten waren auch in den Vororten schlecht. Er meinte nämlich und hat auch angeführt, dass ein Bürgermeister in Sievering, ein gewisser Nebehay, ein Ausländer, ein Ungar war. Da ist eben geradeso vorgegangen worden, wie es heute bei uns vorkommt, dass Ausländer in den Wählerlisten stehen, die nicht nach Wien zuständig sind.

Weiter berichtige ich den Herrn St.-R. Dr. Vogler, der eine große Unwahrheit gesagt hat (Lebhafter Widerspruch rechts), dass ich nämlich die Beamten beleidigt oder Ihnen gesagt hätte, dass sie nichts verstehen. Das ist nicht wahr. Ich habe dahin meine Meinung ausgesprochen, dass ein Beamter, der hier beim Magistrate ist, nicht die Übersicht haben kann wie ein Beamter, der im Bezirke wohnt; das müssen Sie mir zugeben. Ich glaube wenigstens und muss meine Meinung aufrecht erhalten, dass ein Beamter, der in einem Bezirke, zum Beispiel in Margarethen, Wieden oder Hernals oder Währing ist, die Wähler ganz genau kennen wird, und wenn er sie auch nicht kennt, hat er die Hilfsmittel, die Wähler kennen zu lernen, weil er auch im Steuercataster nachschlagen kann, ob der dort wohnt oder Steuer zahlt, weil man ihn auch zum Steuerzahlen findet. Ich werde also die Beamten, die mir sehr wert sind und die ich hochschätze, auch nie beleidigen und habe sie auch nie beleidigt.

Ferner berichtige ich den Herrn Stadtraths-Referenten Schlechter darin, dass er gesagt hat, ich habe gleich die Polizei citiert. Nun ja, ich habe sie citiert, aber ich nicht allein, sondern der Herr Controlor Haberger hat eben gesagt, dass er die Polizei zu Hilfe nehmen musste, um die richtigen Wähler ausfindig zu machen. Ja, meine Herren, steht denn im Meldzettel, dass der Mann Steuer zahlt? Ich glaube nicht. Die richtige Auskunft findet man wieder im Steuercataster; dort ist auch die richtige Adresse. (Mit sehr lauter Stimme:) Wenn man dorthin geht .... (Lebhaftes Gelächter. —

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl gibt wiederholt das Glockenzeichen. — In der großen Unruhe bleiben mehrere Worte des Redners unverständlich) . . . . . Wenn der Steuerzahler sequestriert werden soll, findet man ihn sicher. (Laute, anhaltende Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Herr Gemeinderath, darf ich bitten . . . .

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Dazu braucht man die Polizei nicht — und damit schließe ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen.

Beschluss: Die von dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Strobach, Lehrmittelhändlers und Hausbesitzers, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

11. Referent Gem.-Rath Schlechter: Nun handelt es sich um die Verificierung der Wahl eines Gemeinderathes aus dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes. Diese Wahl wurde in zwei Sectionen vorgenommen; in der I. Section wurden 759 Stimmzettel abgegeben, wovon zwei leer waren, so dass 757 giltige Stimmzettel vorhanden waren. In der zweiten Section wurden 776 Stimmzettel abgegeben, wovon 4 leer, daher die Ziffer der giltigen mit 772 anzunehmen war.

Die Gesammtzahl der giltigen Stimmzettel betrug daher 1529 und die absolute Majorität 765. Diese erhielt Herr Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichtsadvocat, VIII., Lederergasse, mit 965 Stimmen, auf Herrn Karl Schottola entfielen 560 Stimmen, es erscheint somit der erstere gewählt, und es wird der Antrag gestellt: Die vom 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Augustin Kupka werde im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Gem.-Rath Hawranek: Auch hier wurde so vorgegangen. Ich kann nicht begreifen, dass Wähler, die 12 Jahre auf demselben Platze waren, in derselben Wohnung wohnen und Steuer zahlen, nicht mehr in der Liste erscheinen. (Unruhe.) Es sind mehr als 150 Wähler nicht in der Liste. Das ist doch zu rügen. Wenn es sich um neue Wähler handeln würde, wäre es etwas anderes.

Herr St.-R. Vogler hat gesagt, der ganze Wahlact . . . (Unruhe.) — Ich bitte, nur ruhig zu sein, ich habe Sie auch reden lassen — liegt in der Hand des Bürgermeisters, das steht allerdings in der Wahlordnung, aber es steht doch jedem Stadtrathe frei, Anträge zu stellen, wenn die Zeit kommt, damit nicht die Wahl immer erst einen Monat später stattfinde. Wenn das so fortgeht, kommen wir um ein ganzes Jahr zurück. Die Wahl war früher immer im März. Also, es muss ein Stadtrath diesen Antrag stellen. Was soll denn der kleine Mann, der Bürgermeister alles machen? (Heiterkeit.) Wählerlisten ausschreiben und revidieren. . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich muss bitten, das lasse ich nicht zu, das passt sich nicht.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Das muss doch geändert werden, wenn die Wahlordnung so schlecht ist. Ich glaube, dass in Hinkunft der Stadtrath darauf dringen soll, dass die Wahl ordentlich vor sich geht.

Es ist allerdings bei uns keine Gefahr gewesen, weil die demokratische Partei und die Liberalen im 3. Wahlkörper abgewirtschaftet haben; da ist es nicht so leicht für sie, zu reussieren. Es ist immerhin aber eine Schweinerei (Lebhafte Heiterkeit), wenn die Wählerliste so zusammengestellt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss diesen Ausdruck rügen.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden, derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die von dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichts-Advocaten, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

12. Referent Gem.-Rath Schlechter: Nun habe ich noch über eine Wahl zu berichten, welche im II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommen wurde. Es war die Wahl von zwei Gemeinderäthen ausgeschrieben, und fand dieselbe am 13. April d. J. statt. Die Wähler waren in zwei Sectionen getheilt, in der I. Section wurden 549 Stimmen abgegeben und nachdem drei Stimmzettel leer waren, blieben 546 giltige Stimmen; in der II. Section werden 506 Stimmen abgegeben, vier Stimmzettel waren leer, es blieben also 502 giltige Stimmen. Die Gesammtzahl der giltigen Stimmen betrug also 1048, die absolute Majorität 525, das Scrutinium ergab folgendes Resultat: Herr Dr. Julius Rader, praktischer Arzt, Weinhaus, Herrengasse Nr. 8, erhielt 637 Stimmen, erscheint also mit absoluter Majorität gewählt, und es wird beantragt, in Erledigung dieses Theiles die Wahl des Herrn Dr. Julius Rader im II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes im Sinne des § 21 Gemeinderaths-Wahlordnung zu verificieren.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe an die geehrte Majorität nur die Bitte, diesmal die Wahl des Herrn Rader nicht wieder zu annullieren. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen den Antrag ist keine Einwendung, er ist daher angenommen.

Referent: Nachdem zwei Gemeinderaths-Mandate zu besetzen waren und die absolute Majorität für das zweite Mandat nicht erzielt wurde, musste zur engeren Wahl geschritten werden; in dieselbe waren einzubeziehen: Herr Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, auf welchen in beiden Sectionen 256, beziehungsweise 242, zusammen 498 Stimmen entfielen, und Herr Eduard Reißer, Volksschullehrer, welcher 165 und 124, zusammen 289 Stimmen erhielt.

Die engere Wahl fand am 15. April statt und wurde ebenfalls in zwei Sectionen gewählt.

In der ersten Section wurden 408, darunter 1 ungiltige, daher 407 giltige Stimmen, und in der zweiten Section 405, darunter 3 ungiltige, also 402 giltige Stimmen abgegeben, im ganzen also 809 giltige Stimmen. Die absolute Majorität beträgt daher 405, und es erhielt Herr Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, 578 Stimmen; er erscheint somit gewählt. Herr Reißer erhielt 231 Stimmen.

Nachdem die Wahl ordnungsmäßig vollzogen wurde, wird beantragt, bezüglich der vom 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommenen engeren Wahl, die Wahl des Herrn Leopold Tomola, Bürgerschullehrers, im Sinne des § 21 Gemeinderaths-Wahlordnung, zu verificieren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (nach einer Pause): Gegen den Antrag ist keine Einwendung erhoben worden; derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Julius Rader, praktischen Arztes, und Leopold Tomola, Bürgerschullehrers, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Vice-Bürgermeister Grübl: Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen; es folgt sofort eine vertrauliche mit höchst wichtiger Tagesordnung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. Mai 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann referiert über den Ankauf von Grundstücken zur Errichtung einer Pumpstation im XIII. Bezirke und von Hochreservoiren im XIII. und XVII. Bezirke und beantragt:

Es sei der Ankauf nachfolgender Grundstücke, beziehungsweise darauf befindlicher Objecte, zum Zwecke der Anlage einer Pumpstation und zweier Hochreservoire zu genehmigen:

1. des Grundstückes XIII., Hütteldorferstraße, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 449, Cat.-Parc. 428/2, Einl.-Z. 450, Cat.-Parc. 428/3, Einl.-Z. 451, Cat.-Parc. 428/4 um den angebotenen Preis von 38.250 fl. (Gesammtausmaß 1522 □°.) Eigenthümer Anton Vogelsinger;

2. des Grundstückes sammt den darauf befindlichen Objecten (Gasthaus „zur amerikanischen Windmühle") XIII. Bezirk, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 314, mit den Häusern Consc.-Nr. 240 und 245 und den Cat.-Parc. 268, 269, 270 um den angebotenen Preis von 52.000 fl. (Gesammtausmaß 2546 □°.) Eigenthümer Adolf und Eleonore Gromann;

3. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 316, Parcelle 272, um den angebotenen Preis von 10.455 fl. (Gesammtausmaß 2091 □°.) Eigenthümer Johann Amort;

4. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 317, Parcelle 273, um den angebotenen Preis von 2075 fl. (Gesammtausmaß 415 □°.) Eigenthümerin Anna Sofer, geb. Kelch.

5. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 326, Cat.-Parc. 282, um den angebotenen Preis von 45.126 fl. (Gesammtausmaß 7521 □°.) Eigenthümer Anna, Antonia, Josef und Heinrich Schlögl, Josef Holzwarth, Emilie Rauch und Bertha Weinke;

6. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Dornbach, Einl.-Zahl 210, Cat.-Parc. 715, 716, um den Betrag von 17.000 fl. (Gesammtausmaß 5651 □°.) Dieses Grundstück wurde bereits vom Herrn Stadtanwalt um den obigen Betrag von 17.000 fl. angekauft, und hat nunmehr die bücherliche Übertragung in das Eigenthum der Gemeinde zu erfolgen.

Die Übertragungsgebüren sowie die Vertragskosten für sämmtliche Grundankäufe trägt die Gemeinde Wien.

An Vermittlungsgebür wird ein Betrag von 3000 fl. bewilligt.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 16. Mai 1893.
Mittwoch, den 17. Mai 1893.
Donnerstag, den 18. Mai 1893.
Freitag, den 19. Mai 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **3. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Kreindl, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Huber, Dr. Lederer, Dr. Stenzl, Wurm.

Experte: Baurath Schiebeck.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen und morgigen Stadtraths-Sitzung wegen seiner Intervention bei der am 3. und 4. d. M. stattfindenden Begehungs- und Stations-Commission von Theilstrecken der Stadtbahn. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Stadtraths-Sitzung wegen einer gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Finanzausschusses des n.-ö. Landtages. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Huber entschuldigt sein Ausbleiben wegen Intervention bei einer Commission (Baubewilligung für ein Staatsgymnasium im V. Bezirke), St.-R. Dr. Stenzl ebenso wegen einer Sitzung des Vereines vom „Rothen Kreuze". (Zur Kenntnis.)

(2750.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des W. Louth, Directors der Neuchatel Asphalte Company limited, I., Giselastraße 6, um Ertheilung des Bauconsenses für einen Schupfen auf einem Theile der in Einl.-Z. 1479 des II. Bezirkes inneliegenden Cat.-Parc. 4277/2 am rechten Ufer des Donaudurchstiches oberhalb der Kaiser Franz Josefs-Brücke und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen.

(Angenommen.)

(2652.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Abschreibung eines Decretstempelrechtes per 25 fl. nach dem verstorbenen Marktcommissariats-Aspiranten Otto Pirkl und beantragt, die Abschreibung zu genehmigen. (Angenommen.)

(2659.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die in den Feuerwehranstalten befindlichen Gasdruckmesser für das I. Quartal 1893, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(2637.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband, beziehungsweise um Zusicherung derselben und beantragt:

a) die Zuständigkeit zu verleihen an

Mark Johann, Schriftsetzer;
Rauch Wilhelm, Professor am Conservatorium;
Kohn Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Loebl (Loebel) Josef Ignaz, Geflügelhändler;
Krieger Anna, Köchin;
Rys Josef, Stadtträger;
Cepek Josef, Magazineur;
Deinel Johann, Hausdiener;
Schaufler Wenzel, Gärtnergehilfe und Hausbesorger;
Rittler Karl, Milchmeier;
Friedl, geb. Seyer Theresia, Holz- und Kohlenhändlerin;

b) die Zusicherung der Aufnahme zu ertheilen an

Sieber Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleißer;
Heim Josef, Herausgeber und Redacteur der „Freien Künste".

(Angenommen.)

(2623.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Ludwig und Josef Biro um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause Nr. 19 Jacquingasse, Ecke der Gerlgasse, III. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Stadtbauamte diesfalls bezeichneten Bedingungen. (Angenommen.)

(2667.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna und Maria Slatin um käufliche Überlassung des zur Arrondierung der Realität Nr. 34 Reisnerstraße, III. Bezirk, erforderlichen städtischen Straßengrundes und beantragt die Überlassung des Straßengrundes per 8·10 m² in der Neulinggasse um dem Betrag von 70 fl. per Quadratmeter und nach Compensierung des abzutretenden Grundes per 0·808 m² mit einem gleich großen Theile des einzubeziehenden Grundes per 8·10 m², so dass sich der Einlösungsbetrag für 7·292 m² mit 510 fl. 44 kr. berechnet. (Angenommen.)

(2718.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Sonnwendgasse im X. Bezirke von der hinteren Südbahnstraße bis zur Staatsbahngasse mit dem buchhalterisch adjustierten Kostenbetrage von 22.256 fl. 41 kr. und beantragt, dasselbe zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2735.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Aug. Rößel um Abschreibung, eventuell Reducierung der pro III. Quartal 1892 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 24 fl. 39 kr. für das Haus III., Kölblgasse 10, und beantragt, dieselbe auf 15 fl. 24 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(2598.) **Derselbe** referiert über 33 Gesuche aus dem XII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Smitka Bartholomäus, Schuhmachergehilfe;
Winkler Josef, Steindruckergehilfe;
Bregesbauer Josef, Webergehilfe;
Winter Constantin Karl, Hausbesitzer;
Marhold Josef, Drechslermeister;
Angeli Anton, Maschinenheizer;
Weninger Anna, Fiakereigenthümerin;
Kalab Johann, Schneidermeister;
Zwicker Ignaz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Netopil Anton, Drechslermeister;
Prokop Alois, Schlossermeister;
Zierhut Wolfgang, Schlossergehilfe;
Wiesner Franz, Siebmachergehilfe;
Pöcher Leopold, Mechanikergehilfe;
Tříska Josef Anton, Maurergehilfe;
Michalke Josef, Tischlermeister;
Trescher Karl, Laternenanzünder;
Wacha Matthias, Tischlermeister;
Grusch Josef, Kutscher;
Lewisch Dominik, Geschäftsdiener;
Tesař Peter, Glasermeister;
Prašek Anton, Schuhmachermeister;
Kirnbauer Sebastian, Gemischtwarenhändler;
Wranek Johann, Tischlermeister;
Dietrich Anton, Bürstenbindermeister;
Pazderka Josef, Gastwirt;
Sichra Peter, Webergehilfe;
Prusik Franz, Tischlergehilfe;
Ducháček Johann, Färbergehilfe;
Mastný Josef, Ledergerber;
Spatenka Wenzel, Maurergehilfe;
Spotka Emerich, Brantweinschenker;
Weißer Johann, Kürschnermeister. (Angenommen.)

(2725.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem:

Mäckel Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleißer, XII., Kirchengasse 2;

Schütz Franz, Schnittwaren-Verschleißer, XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 60;

Schlögl Vincenz, Gastwirt, XII., Unter-Meidling, Ignazgasse 29;

Preißecker Heinrich, Glasermeister, XII., Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 54;

Strasky Ignaz, Kürschnermeister, XII., Matzleinsdorferstraße 22;

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(2669.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Vorlage des Stiftbrief- und Statutenentwurfes, betreffend den Pollak v. Rudinschen Kindergarten im II. Bezirke, und beantragt die Genehmigung des bezeichneten Entwurfes in Ansehung der nach dem Aussterben der Familie des Stifters dem jeweiligen Bürgermeister der Gemeinde Wien ufalle nden Curatel (§ 8 Stiftbrief und §§ 7 und 8 Statut).

(Angenommen.)

(2710.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hasner-Denkmal-Comités in Ischl um Flüssigmachung der bewilligten Spende und beantragt, die Flüssigmachung der diesem Comité zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 23. December 1891, Z. 3041, bewilligten Spende per 300 fl. ö. W., welche auf dem Reservefond pro 1893 zu verrechnen ist. (Angenommen.)

(2650.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** beantragt, dem mit der permanenten Überwachung der Canalbauten in der Sennefelder- und Hansengasse in dem zum X. Bezirke einverleibten Theile von Inzersdorf betrauten Ingenieur-Adjuncten Robert v. Spulak den Zehrungsbeitrag von täglich 2 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2719.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ludmilla Otte, Hauseigenthümerin, X., Canongasse Or.-Nr. 1, um Herstellung des Haupt-Unrathscanales in der Canongasse im X. Bezirke und beantragt, die Herstellung des Canales in der Canongasse 170 m lang, also bis Or.-Nr. 5, zu genehmigen und die Ausführung sofort einzuleiten.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die eventuelle Legung eines Steinzeugrohres von dem Canale in der Hansengasse aus.

Über Antrag des St.-R. Dr. v. Billing wird die Beiziehung des Baurathes Schiebek als Experten beschlossen.

Baurath Schiebek beantragt die Ausführung des Canales in der Canongasse bis Or.-Nr. 22 mit dem approximativen Kostenbetrage von 14.000 fl.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Baurathes Schiebek, den Magistrat zu beauftragen, das seinerzeit zur M.-Z. 385880 ex 1891 dem Stadtrathe vorgelegte Project über die Canalisierung der Canongasse, sowie der anderen, östlich von der Laxenburgerstraße am Rudolfshügel im X. Bezirke gelegenen Straßen neuerlich in Vorlage zu bringen und das in Berathung stehende Referat bis zu diesem Zeitpunkte zu vertagen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, wird angenommen.

(2721.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Neupflasterung der Amerlingstraße im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Karl Popp mit dem 13percentigen Nachlass vom veranschlagten Kostenbetrage per 2131 fl. 14 kr. und 200 fl. Pauschale. (Angenommen.)

(2705.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des erweiterten Rohrnetzes der Hochquellenleitung und beantragt:

1. Die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des Rohrnetzes der Hochquellenleitung um 1 Aufseher I. Classe mit dem Taglohne von 2 fl.; 1 Aufseher II. Classe mit dem Taglohne von 1 fl. 70 kr. und 8 Aufsehergehilfen mit dem Taglohne von je 1 fl. 50 kr. nebst der Montur (jährlich 1 Zwilchkittel und 1 Paar Zwilchhosen), sowie mit Zuweisung von Naturalwohnungen, respective Quartiergeldbeiträgen nach Maßgabe der sich ergebenden Verhältnisse, eventuell zu stellenden Anträge, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf vom 1. Juni d. J. angefangen.

3. Die Genehmigung der diesfälligen Mehrkosten von jährlich 5771 fl. 88 kr. vorbehaltlich der seinerzeitigen Anträge wegen der Unterkunft der Aufseher.

3. Die Verweisung des pro 1893 entfallenden unbedeckten Mehrbetrages von rund 3400 fl. für Löhnungen und Montur auf den Reservefond und Genehmigung eines Zuschusscredites in dieser Höhe auf der Rubrik XXVI 1 a „Bezüge des Betriebspersonales".

(Angenommen; rücksichtlich der Punkte 1 und 2 an den Gemeinderath.)

(2647.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des IX. Bezirkes wegen Errichtung einer Überfuhr über den Wiener Donaucanal in der Strecke zwischen der Augarten- und der Brigittabrücke und beantragt, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Stadtbauamtes vorläufig von der angeregten Errichtung abzusehen. (Angenommen.)

(2018.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Franz Neusser, Gastwirtes, I., Friedrichstraße 4, um Bewilligung zur Aufstellung von Gasttischen vor dem Geschäftslocale und beantragt, diese Bewilligung für die Abendstunden zu ertheilen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Abweisung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(2662.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Max Thury um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause I., Seilerstätte 17, und beantragt, die Herstellung gegen genaue Einhaltung der vom Stadtbauamte diesfalls namhaft gemachten Bedingungen ausnahmsweise zu bewilligen, dem Gesuchsteller aber weiters bekanntzugeben, dass er in dem Falle, als er einer dieser Bedingungen nicht vollkommen entsprechen sollte, gemäß § 61 Bauordnung für Wien verpflichtet ist, ein Trottoir aus Granit in der von der Baubehörde angegebenen Weise herzustellen. (Angenommen.)

(2728.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Stiftes Schotten um unentgeltliche Überlassung einer Straßengrundfläche per 2·72 m² an der Stirnseite des Querschiffes der Schottenkirche für die Aufstellung des Herzog Jasomirgott-Denkmales und beantragt, den Beschluss vom 8. März 1893, Z. 1120, aufrecht zu erhalten.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die unentgeltliche Überlassung.

Dieser Antrag wird angenommen.

(2467.) **Derselbe** referiert über das Offert des Anton Payer puncto der Überlassung seines Pachtgrundes (Abtheilung II a der Erlgrube im Stiftungsfondsgute Ebersdorf an der Donau) an Anton Drucker und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2722.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Stark um pachtweise Überlassung der an der Waldstraße im XVI. Bezirke Ottakring gelegenen Wiese, Grundparcelle 8/2 Grundbuch Ottakring, und beantragt die pachtweise Überlassung an den genannten Offerenten vom 1. November 1892 an auf sechs Jahre gegen einen Pachtzins von 20 fl. per Jahr. (Angenommen.)

(2723.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Melchior Hofmann, Hausbesitzers, V., Hundsthurmerstraße 10, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(2736.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Hafenscher Paul, Schuhmachermeister, II., Lilienbrunngasse 13, und

Selka Franz, Spediteur, II., Große Mohrengasse 16,

das Bürgerrecht zu verleihen;

(2748.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Verleihung der Erzherzogin Gisela-Heiratsausstattungsstiftung pro 1893 und beantragt:

Die fünf erledigten Stiftplätze sind an Chwal Josefine, Dobrofsky Victorie, Bartholomay Karoline, Heisler Therese und Henselmann Antonia zu verleihen. (Angenommen.)

(2544.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert in Anwesenheit von 16 Stadträthen über den Besetzungsvorschlag für die erledigten Lehrstellen für Freihandzeichnen an der Wiedener Communal-Ober-Realschule und für Mathematik und darstellende Geometrie und Physik an der Gumpendorfer Communal-Ober-Realschule und beantragt, die ersterwähnte Lehrstelle dem Supplenten an derselben Anstalt August Schubert, die zweite dem Supplenten an derselben Anstalt Otto Adam, beiden vom Beginne des Schuljahres 1893/94 angefangen, auf Grund der Concursausschreibung und unter Zuerkennung der in derselben angeführten Bezüge zu verleihen. (Angenommen.)

(2588.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Neulerchenfelder Turnvereines um Überlassung des Turnsaales XV., Hackengasse 11, an drei Tagen in der Woche von 7 bis 9 Uhr abends und beantragt, das Ansuchen unter den in dem Beschlusse des Stadtrathes vom 10. September 1891, Z. 1017, aufgestellten Bedingungen, daher an Montagen und Donnerstagen nur für die Zeit bis 8½ abends zu bewilligen. (Angenommen.)

(2668.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Directors der Bürgerschule XIX., Pantzergasse 25, um Bewilligung eines jährlichen Pauschalbetrages für die an dieser Schule bestehende Knabenbeschäftigungsanstalt und beantragt die Bewilligung eines jährlichen Betrages von

40 fl. zum Ankaufe von Materialien auf die Dauer des Bestehens des Handfertigkeitsunterrichtes an dieser Schule. (Angenommen.)

(2666.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz wegen Beistellung neuer Schulbänke für zwei Lehrzimmer in der Volksschule XIII., Hacking, und beantragt, den hierüber erstatteten Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen und somit den erwähnten Antrag für erledigt zu erklären. (Angenommen.)

(2651.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des allgemeinen österreichischen Frauenvereines um Überlassung eines Lehrzimmers in der Schule VIII., Albertgasse, und um Benützung der Lehrmittelsammlung und beantragt, das Ansuchen abzuweisen. (Angenommen.)

(2732.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Zweig, betreffend die bessere Beleuchtung der Mariahilfer Kirchenuhr, und beantragt:

1. Die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung sowie die nothwendige Renovierung der transparenten Uhr an der Mariahilferkirche werden mit dem Kostenbetrage von 512 fl. 32 kr. genehmigt.

2. Die Installationsarbeiten, veranschlagt mit 208 fl. 32 kr., werden der Firma Siemens & Halske zu den Einheitspreisen des bauämtlichen Kostenanschlages I unter Festsetzung einer zweijährigen Haftung, wobei jedoch vom Erlage einer Caution abgesehen wird, die Uhrmacherarbeiten dem Uhrmacher Michael Kronberger um den Pauschalbetrag von 79 fl. übertragen.

3. Die Stromlieferung wird der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft, VI. Bezirk, Kaunitzgasse 4, zu den tarifmäßigen Preisen und Nachlässen übertragen.

4. Die Reinigung und Auswechslung der Glühlampen und das Einstellen des Schaltapparates wird dem städtischen Contrahenten, welcher die Instandhaltung der Uhr besorgt, gegen ein Jahrespauschale von 10 fl. übertragen.

5. Zur Deckung der durch die Installation und Renovierung erwachsenen Auslagen wird ein Zuschusscredit von 512 fl. 32 kr. zur Rubrik LI „Öffentliche Uhren" pro 1893 bewilligt.

(Angenommen.)

(2720.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Bau von Canälen in der Dreihaus-, Matzinger-Schul-, Kendler- und Herrengasse in Breitensee und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Heinrich Sikora mit dem Nachlasse von 5·8 Percent vom veranschlagten Kostenbetrage von 18.777 fl. 8 kr. und 2000 fl. Pauschale. (Angenommen.)

(2586.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Zuckerbäcker-Genossenschaft um Bewilligung einer Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt, auch pro 1893 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2729.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten der Dr. Josef Mattis, Anna Mattis, F. J. Steiner und Johanna Neßl auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten Nr. 13 Marktgasse und Nr. 8 Prinz Karlgasse im XIV. Bezirke an die Gemeinde und beantragt die Ablehnung, da diese Objecte zu communalen Zwecken nicht benöthigt werden. (Angenommen.)

(2758.) **Derselbe** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die Neupflasterung der Elisabethstraße im XVI. Bezirke und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen.)

(2557.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des landwirtschaftlichen Bezirksvereines Waidhofen a. d. Thaya vom 23. April d. J., womit derselbe dem Stadtrathe für die anlässlich der am 17. Mai l. J. dortselbst stattfindenden Pferdeausstellung erfolgte Widmung eines Preises von zehn Stück Ducaten den Dank ausspricht, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2580.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Equitable" durch Dr. Alois Mayer um Einleitung von Verhandlungen puncto Grundentschädigung für Einl.-Z. 1255, I. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz, und beantragt, Verhandlungen einzuleiten und zu diesem Behufe ein Comité von drei Mitgliedern des Stadtrathes zu wählen.

Das Stadtbauamt habe für diese Verhandlungen einen Plan anzufertigen, auf welchem die alten Realitäten ersichtlich sind.

(Angenommen.)

(2595.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Equitable" durch Dr. Alois Mayer um Ausfertigung einer Zustimmungserklärung zur Abschreibung des Straßengrundes von der Realität Einl.-Z. 1255, I. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz, und beantragt, das Ansuchen unter Hinweis auf § 9 des Gesetzes vom 17. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 35, und mit Rücksicht auf den Umstand, als die Schadloshaltung für die von den Baustellen Nr. 3 und 4 Stock-im-Eisenplatz abzutretenden Grundflächen derzeit noch nicht ermittelt erscheint, abzuweisen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2352 und 1639.) **St.-R. Noske** referiert über die Projectskizze für den Schulbau auf der ehemaligen Gunkel'schen Realität im XIII. Bezirke, Hütteldorf, Hütteldorferstraße 61, und beantragt die Genehmigung der Variante IV.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, die Stiegenanlage derart zu gestalten, dass der Corridor von beiden Seiten directe Beleuchtung und Ventilation erhält.

(Die Berathung über diesen Gegenstand wird vertagt.)

(2415.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gerhardus auf Stellungnahme gegen die Einführung einer Transportsteuer für den Waren- und Personenverkehr und beantragt, Petitionen im Sinne der Magistrats-Ausführungen sowohl an den Handelsminister als auch an den Finanzminister (und zwar an letzteren nicht bloß in Abschrift, sondern in einem Original-Exemplare) baldigst zu überreichen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2600.) **Derselbe** referiert über Gesuche aus dem XII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Hauswirth Martin, Rothgerbergehilfe;

Lichtenstern Emanuel, Fiaker-Eigenthümer.

(Angenommen.)

(2599.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem XVI. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Maier Johann Leonhard, Bäckergehilfe;

Sonnenschein Bernhard, Bediensteter in der Hernalser Ölfabrik.

(Angenommen.)

(2482.) **Derselbe** referiert über den Bericht und Rechnungsabschluss der Donauregulierungs-Commission für das Jahr 1891 und verliest nachstehenden Bericht der Stadtbuchhaltung:

Die der Stadtbuchhaltung zugemittelten, in der Anlage rückfolgenden und nunmehr dem löblichen Stadtrathe vorzulegenden Rechnungsstücke, nämlich der Rechnungsabschluss über die Gebarung mit den Donauregulierungs-Anlehen vom Jahre 1870 und 1878, der Beitrags-Conto der drei Curien und der Rechnungsabschluss des

Donauregulierungs-Fonds für das Jahr 1891, wurden nach Maßgabe der Rechnungsbehelfe geprüft und richtig befunden.

Die in das Debet des Beitrags-Conto aufgenommenen Posten entsprechen der Verpflichtung der drei Curien und sind auf dieselben zu gleichen Theilen repartiert; der Conto schließt mit einem Saldo auf neue Rechnung zu Gunsten der drei Curien per 288 fl. 28 kr.
wovon auf die Gemeinde Wien ein Drittel mit 96 fl. 09 kr. entfällt.

Mit Ende des Jahres 1891 betrug der verzinsliche Stand der Donauregulierungs-Anleihe vom Jahre 1870 noch 20,151.700 fl. — kr.
und jener des auf Grund des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70, zur Vollendung der Donauregulierung von Wien bis Fischamend aufgenommenen zweiten Anlehens vom Jahre 1878 noch . . . . . 5,402.800 fl. — kr.

Laut des Rechnungsabschlusses des Donauregulierungs-Fonds für das Jahr 1891 betrugen die reellen Ausgaben . . . . . 1,465.196 fl. 83 kr.

Die Einnahmen des Donauregulierungs-Fondes im Jahre 1891 bestanden, den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, des Landesgesetzes vom 6. Juni 1882, L.-G.-Bl. Nr. 52, und des Gemeinderaths-Beschlusses vom 2. December 1881, Z. 7363, entsprechend, in den Beiträgen des
k. k. Ärars per . . . . . 700.000 fl. — kr.
und des Landes Niederösterreich per . . . . . 200.000 fl. — kr.
dann in den eigenen Einnahmen des Fonds (Activinteressen, Erlös für Baugründe, Kaufschillingsinteressen, Miet- und Pachtzinse, Mauterträgnis, Erlös für Materialien, Forstnutzungen, Ersätze und sonstige Empfänge) per . . . . . 529.003 fl. 73 kr.
und in dem mit Ende 1890 verbliebenen Cassavorrathe des Fonds per . . . . . 990.056 fl. 72 kr.
zusammen . 2,419.060 fl. 45 kr.
so dass den vorangeführten reellen Ausgaben per . . . . . 1,465.196 fl. 83 kr.
gegenüber mit Ende 1891 ein Überschuss der effectiven Einnahmen über die effectiven Ausgaben im Betrage von . . . . . 953.863 fl. 62 kr.
und nach Abzug der bei der durchlaufenden Gebarung resultierenden Mehrausgabe per . . . 17.280 fl. 46 kr.
ein barer Cassavorath von . . . . . 936.583 fl. 16 kr. verblieb.

Zur Ermittlung der den drei Curien zukommenden eigenen Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds werden in dem vorliegenden Rechnungsabschlusse des Donauregulierungs-Fondes für das Jahr 1891 und in dem dazugehörigen, der Stadtbuchhaltung unterm 16. December 1892, zur M.-Z. 229801 ex 1892 (St.-R.-Z. 7788), zugefertigten und im Anschlusse gleichfalls mitfolgenden Berichte der Donauregulierungs-Commission von den eigenen Brutto-Einnahmen dieses Fonds, welche sich im Jahre 1891 nach der Abstattung, wie bereits bemerkt, auf . . . . . 529.003 fl. 73 kr.
beliefen, gleichwie in den früheren Rechnungsabschlüssen des Donauregulierungs-Fonds, die mit diesen Einnahmen correspondierenden Ausgaben, das sind die Kosten der Erhaltung der Kaiser Franz Josef-Brücke und der Einhebung der dortigen Brückenmaut, die Steuern, die Parcellierungsauslagen, sowie eine Regiekostenquote von 6000 fl., zusammen von . . . . . 41.849 fl. 78½ kr.
ferner die weiteren, im Jahre 1891 effectiv aufgelaufenen Auslagen für die Grundeinlösungen zur Verlängerung der Nordbahnstraße (siehe die Gemeinderaths-Beschlüsse vom 7. October 1887, Z. 6428, und vom 31. Juli 1888, Z. 4540), wofür in den Jahren 1888, 1889 und 1890 bereits 140.833 fl. 82 kr. verausgabt wurden, per . . . . 10.416 fl. 33½ kr.
und weiters die gleichfalls im Jahre 1891 effectiv aufgelaufenen Auslagen für den Bau der Quaistraße am rechten Durchstichufer von der Kronprinz Rudolfs-Brücke aufwärts bis zur Nordwestbahnbrücke (siehe Gemeinderaths-Beschluss vom 28. Jänner 1890, Z. 165) per . . . . . 26.900 fl. — kr.
wofür im Vorjahre 59.554 fl. verausgabt worden sind (die in den Jahren 1886 und 1887 ausgeführte Strecke der Quaistraße von der Kronprinz Rudolfs-Brücke abwärts bis zur Stadlauerbrücke verursachte einen Kostenaufwand von 81.337 fl. 53 kr.), endlich die Kosten der Baggerungen an den Landungsplätzen per . . . . . 123.400 fl. — kr.
in Summe . . . . . 202.566 fl. 12 kr.
in Abzug gebracht, wogegen nichts einzuwenden ist, und es beziffern sich daher die eigenen Netto-Einnahmen des Fondes im Jahre 1891 mit . . . . 326.437 fl. 61 kr.

An diesen eigenen Netto-Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds im Jahre 1891 steht nun der Gemeinde Wien gesetzlich (Reichsgesetz vom 8. Februar 1869, R.-G.-Bl. Nr. 20, und vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70) der Eigenthumsanspruch auf den dritten Theil, d. i. auf den Betrag von . . . . 108.812 fl. 53 kr. zu.

Die Gemeinde Wien hat jedoch auf den jährlichen Drittelantheil an den Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds als Beitragsleistung zu den Kosten der Vollendung der Donauregulierung bei Wien und der Fortsetzung derselben in Niederösterreich von der Einmündung der Isper bis zur Landesgrenze bei Theben zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 2. December 1881, Z. 7363, bis zur Maximalhöhe von 100.000 fl. jährlich, falls aber der Antheil an den Jahreseinnahmen den Betrag von 100.000 fl. übersteigen sollte, auf den Überschuss nur bis zum Belaufe etwaiger früherer Mindereingänge auf die Dauer von 20 Jahren (vom Jahre 1882 angefangen) verzichtet. Überschüsse der Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds, respective des Drittelantheiles der

Gemeinde Wien über den jährlichen Beitrag von 100.000 fl. und über die Deckung eventueller Mindereingänge in den Vorjahren sind nach den Bestimmungen des § 2, Alinea 3, des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, und in Gemäßheit der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 12. Mai 1885, Z. 916, vom 14. Mai 1886, Z. 952, vom 31. Jänner 1888, Z. 8484, und vom 3. März 1891, Z. 273, bar an die Gemeinde Wien abzuführen.

Die nach den Rechnungsabschlüssen des Donauregulierungs-Fonds vom Jahre 1882 an herwärts resultierenden Überschüsse des Drittelantheiles der Gemeinde Wien an den Einnahmen des genannten Fonds über den Jahresbeitrag von 100.000 fl. sind auch bisher an die städtische Hauptcassa abgeführt worden. (Die Abfuhr des nach dem mit Stadtraths-Beschluss vom 17. Mai 1892, Z. 1554, M.-Z. 355489 ex 1891, zur Kenntnis genommenen Rechnungsabschlüsse des Donauregulierungs-Fonds pro 1890 resultierenden Überschusses per 28.537 fl. 78½ kr. an die Gemeinde Wien erfolgte am 3. Februar 1892.)

Nach dem Gesagten hat sohin von dem auf die Gemeinde Wien entfallenden dritten Theil der eigenen Netto-Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds im Jahre 1891 per . . . . 108.812 fl. 53 kr.
der Betrag von . . . . . 100.000 fl. — kr.
als Beitragsleistung der Gemeinde Wien für das Jahr 1891 zu den vorerwähnten Regulierungsarbeiten der Donauregulierungs-Commission zu verbleiben und der Überschuss per . . . . . 8.812 fl. 53 kr.
der Gemeinde Wien bar ausgefolgt zu werden.

Die Abfuhr des letzteren Betrages per 8812 fl. 53 kr. an die städtische Hauptcassa ist nun bereits am 18. März 1893 sub J.-A. 2735, und zwar über Zuschrift der Donauregulierungs-Commission vom 26. Jänner 1893, Z. 220, M.-Z. 15284, erfolgt, und es ist demnach diesfalls nichts weiter zu verfügen.

Die Activen des Donauregulierungs-Fonds, auf welche die Gemeinde Wien zufolge der Reichsgesetze vom 8. Februar 1869, R.-G.-Bl. Nr. 20, vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70, und vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, den Eigenthumsanspruch zu einem Drittheile besitzt, bestanden mit Ende des Jahres 1891:

in den Activ-Rückständen per	798.238 fl. 43	kr.
in dem Cassareste nach Abzug der Passiv-Rückstände per	716.337 fl. —	½ kr.
ferner laut des vorliegenden Berichtes der Donauregulierungs-Commission über die Fondsverwaltung (Seite 49—56) in dem Werte der noch unverkauften Grundstücke per	7,975.321 fl. 70	kr.
in dem Capitalswerte der verpachteten Landungsplätze per	2,037.000 fl. —	kr.
in dem auf Grund der abreifenden Nutzungen sich ergebenden Capitalswerte des Inundations-Terrains per	66.666 fl. —	kr.
und des Terrains des alten Stromes per . .	555.555 fl. —	kr.
weiters in dem Werte der Kaiser Franz Josef-Brücke (nach den Herstellungskosten) per . .	2,449.410 fl. —	kr.
dann in dem Bauwerte (ausschließlich des Grundwertes) des Hauses Nr. 11 am Erzherzog Karl-Platze per	72.000 fl. —	kr.
und in dem wie in den Vorjahren angesetzten Werte der Bauhütten, Mesinstrumente und Einrichtungsstücke per	13.970 fl. —	kr.
zusammen von .	14,684.498 fl.	13½ kr.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2704.) **St.-R. Müller** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend die den Brauereibesitzern v. Bachofen & Medinger ertheilte Bewilligung von Fabrikszubauten in Nussdorf im XIX. Bezirke und beantragt, in Abänderung des Beschlusses vom 18. April 1893, Z. 2116, die Bestätigung des diesbezüglichen Bauconsenses gegen dem zu ertheilen, dass die mit obigem Beschlusse aufgetragenen Verpflichtungen primo loco auf der zum Brauhause gehörigen und den genannten Brauereibesitzern eigenthümlichen Restauration „zur goldenen Rose" grundbücherlich sichergestellt werden. (Angenommen.)

(2754.) **Derselbe** referiert über das Project für die Stockwerksaufsetzung auf das Schulgebäude Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, und beantragt die Ausführung der Stockwerksaufsetzung nach der vom Stadtbauamte vorgelegten und vom Bezirksschulrathe approbierten Planskizze A und B mit dem bedeckten Kostenaufwande von circa 25.000 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2707.) **Derselbe** referiert über die Projectskizze für die neue Façade bei dem Schulbaue Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt:

1. Die aus der vorliegenden Projectskizze ersichtliche Abänderung der Façade und des Daches wird mit dem Bemerken genehmigt, dass die Herstellung der Thürmchen und Giebel zu entfallen habe und das dritte Stockwerk mehr als Fries auszugestalten sei.

2. Von der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 16. März 1893, Z. 1313, angeordneten Einrichtung der Hochquellen-Wasserleitung, der Herstellung einer Pumpenanlage und der Durchführung der Canalisierung sei aus den im Bauamtsberichte vom 22. April 1893, Z. II 1402, geltend gemachten Gründen Umgang zu nehmen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, es seien bezüglich der Closet- und Pissoirbespülung entsprechende Vorkehrungen zu treffen, zieht jedoch diesen Antrag zurück.

Referenten-Antrag angenommen.

(2458.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schupfer um Baulinienbestimmung für die Parc. 557/2, 558/2, Einl.-Z. 273 Hütteldorf im XIII. Bezirke, und beantragt, von einer Baulinienbestimmung abzusehen und im Falle einer Bauführung zu bedingen, dass ein Grundstreifen in der Breite von 10 m, von der Grenze gegen die Wegparcelle Cat.-Parc. 870 gerechnet, unverbaut zu lassen sei, und dass für den Fall einer Änderung in der zukünftigen Straßenführung bezüglich der Baulinie oder des Niveaus von den betreffenden Eigenthümern keine Schadenersatzansprüche erhoben werden, welche Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde auf dieser Realität grundbücherlich sicherzustellen wäre. (Angenommen.)

(2819.) **St.-R. Matzenauer** referiert über die Eingabe des städtischen Bibliothek-Directors puncto Bewilligung eines Credites für die Ausschmückung und elektrische Beleuchtung des Neuen Marktes anlässlich der am 25. Mai 1893 stattfindenden 200jährigen Geburtsfeier Raphael Donners und beantragt, hiefür einen Credit im Höchstbetrage von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2821.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend das Urtheil des k. k. Oberlandesgerichtes in Wien in Sachen contra Versicherungs-Gesellschaft „Donau" und Consorten puncto Zahlung von Beiträgen zur Erhaltung der Feuerlösch-Telegraphen, und beantragt, die außerordentliche Revision gegen das obergerichtliche Urtheil ddto. 19. April 1893, Z. 3009, nicht einzubringen.

Die von der Gemeinde Wien zu zahlenden Processkosten von zusammen 515 fl. 37 kr. sind dem Herrn Stadtanwalte, beziehungsweise seinem Substituten zum Zwecke der Zahlung zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz beantragt:

1. Der Magistrat werde beauftragt, wegen der rascheren Beschaffung von Wasser zu Feuerlöschzwecken im XIII. Bezirke die nöthigen Erhebungen zu pflegen und diesbezüglich Vorkehrungen zu treffen.

2. Das Feuerwehr-Commando ist aufzufordern, sofort Bericht zu zu erstatten, ob es im Interesse der rascheren Hilfe nicht geboten erscheint, den sämmtlichen freiwilligen Feuerwehren im XIII. Bezirke zu gestatten, zu Bränden im eigenen Bezirke auszurücken.

(An den Magistrat.)

Schluss der Sitzung.

* * *

(Richtigstellung.) Die Referate Z. 2335 und 1915 wurden in der Stadtraths-Sitzung vom 19. April 1893 vom St.-R. Ritt. v. Neumann und nicht, wie in Nr. 33 des Amtsblattes S. 867 und 868 irrthümlich berichtet wurde, von St.-R. Dr. Vogler erstattet. — Ferner hat es in Nr. 33 des Amtsblattes auf S. 864, 2. Spalte, Zeile 16 von oben, zu heißen: „Augartenstraße nicht zu genehmigen".

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 10. Mai 1893 vom III. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Rau** Josef, Zahntechniker, IX., Alserbachstraße 13	1324	752

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 9. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4831	Stück
Fettschweine	4662	„
Summa .	9493	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8016	Stück
für das Land	758	„
unverkauft blieben	719	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 46 kr.
Fettschweine . . . „ 38 „ 49 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war bloß für Fettschweine lebhafter, und haben deren Preise eine Besserung von $2^1/_2$ kr. per Kilogramm erfahren, während Jungschweine zu letztwöchentlichen Preisen gehandelt wurden.

* * *

(Pferdemarkt vom 9. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 405 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—250 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 23—56 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

(Stechviehmarkt vom 10. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3961, Kälber lebend 171, Lämmer Waidner 2186, Lämmer lebend 154, Schafe Waidner 277, Schafe lebend 3505

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 40 bis 60 kr.
Kälber lebend . „ Kg. . . . . „ 32 „ 50 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 11 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 3 „ 7 fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 24 bis 44 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis $20^1/_4$ fl.
Schafe lebend . „ Kg. . . . . von 19 bis 38 kr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 73 Stück Kälber mehr zugeführt. Bessere Qualitäten waren gut gefragt und besserten sich im Preise um $2^1/_2$ kr. per Kilogramm, während die übrigen Sorten die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 511 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war sehr flau, und fielen die Preise um 1 fl. per Paar.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 10. Mai 1893 73 Stück Mast- und 80 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 8. Mai bis 11. Mai 1893.

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße 68, von Franz Tscheitscher, Bauführer Seitl & Klee (3078).

XIII. Bezirk: Provisorisches Wohngebäude, Breitensee, Flötzersteig, Parcelle 242, von Joh. und Rosa Galba, Pächter, Eigenthümer Stift Schotten, Bauführer Leopold Höfer, Maurermeister (12307).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Spiegelgasse 3, von Anton John, Maurermeister (3064).

Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Rauchfang-Erhöhung, Alleegasse 48, von Victor Schmidt & Söhne, Bauführer Frauenfeld & Berghof (3077).

IX. Bezirk: Rauchfang-Aufmauerung, Maximilianplatz 2, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (3052).

XII. Bezirk: Wagenremise-Vergrößerung und Abortbau, Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 43, von Josef Baumann, Bauführer Josef Schaufler (13300).

„ „ Scheidemauer-Abtragung, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 58, von Kobinger, Bauführer W. Boit (13398).

XIII. Bezirk: Dachstuhlaufsetzung, Hütteldorf, Hauptstraße 31, von Barbara Kuster (12164).

„ „ Diverse niedergebrannte Bestandtheile, Hütteldorf, Hauptstraße 23, von Joh. Wietek (12306).

XV. Bezirk: Sattelraumherstellung, Mariahilfergürtel, von Alb. Schumann, Bauführer J. Gramann (3058).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

V. Bezirk: Herthergasse Grundb.-Einl. 399 und 408, von Josef Haala (3066).
VI. Bezirk: Millergasse 39, von Johann Eckl (3072).
XIII. Bezirk: Parcellen 3/4, 4 5, 5/4, 422/4, Lainz, Grundb.-Einl. 276, Leopold und Hermine Gall (12136).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 11, von W. B. Lukesch (3055).

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Rigoni Anton — Cabsfuhrwerk — XII., Unter-Meidling, Stiftg. 3/5.
Dittmer Franz — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Tegetthoffstraße 7.
Singer Katharina — Damenkleidermacherin — II., Untere Augartenstraße 23.
Mayr Agnes — Erzeugung von Frauen- und Kinderkleidern — XIII., Penzing, Marktgasse 45.
Rosenberger Josef — Essigerzeugung — V., Gartengasse 3.
Kuhlmey Karoline Aloisia — Farben-Verschleiß — II., Haidgasse 15.
Suites Bosko — Friseur — XIX., Ober-Döbling, Obkirchergasse 10.
Hirsch Johann — Gastwirt — II., Kronprinz Rudolfstraße 84.
Marschall Josef — Gastwirt — XVIII., Währing, Hauptstraße 67.
Reiterbund — Gastwirtsgewerbe — III., Beatrixgasse 3.
Hradetzky Johann — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 26.
Huber Florian — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Oppelgasse 5.
Meinlschmidt Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Payerlgasse 7.
Stumpf Albrecht — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 47.
Sázár Hugo — Handelsagent — II., Rembrandtstraße 1.
Kaspar Francisca — Handel mit gebrauchten Kleidern und Wäsche — XIX., Ober-Döbling, Lißbauergasse 7.
Reisinger Johanna — Hausierhandel mit Obst- und Grünzeug — II., Untere Augartenstraße 31.
Mederer Heinrich — Kaffeehausgewerbe — V., Spengergasse 1.
Ural Josef — Kaffeehausbesitzer — XIV., Sechshauser Hauptstr. 52/54.
Nečas Wenzel — Kleidermachergewerbe — II., Große Stadtgutgasse 10.
Glück Schifre — Leihanstalt für neue Damenkleider — II., Circusg. 14.
Pinzkner Barbara — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Groiß Johann — Milchmeierei — XI., Simmering, Dorfgasse 6.
Wöginger Josefa — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstr. 114.
Wanek Johann — Schneidergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 16.
Bohmann Albert — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Annagasse 6.
Mayer Karl — Schul-, Gebetbücher- und Kalender-Verschleiß — XVIII., Währing, Josefigasse 30.
Janoch Josef — Selchwaren-Verschleiß — V., Anzengrubergasse 24.
Schmid Johanna — Selchwaren-Verschleiß — III., Stammgasse 15.
Apltauer Leopold — Tischler — XVIII., Währing, Mitterberggasse 9.
Schink Wenzel — Tischler — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 63.
Trch Adalbert — Tischler — XIV., Sechshaus, Plankengasse 42.
Rausch Sarah — Trödlergewerbe — VIII., Strozzigasse 44.
Czizek Josef — Verabreichung von Liqueur und Chocolate in Verbindung mit dem Betriebe des Zuckerbäckergewerbes — I., Schottengasse 6.
Stepnicka Aloisia — Verabreichung von Sodawasser mit und ohne Zusatz von Fruchtsäften und Verkauf von Zuckerbäckerwaren — II., Obere Donaustraße 43. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 969
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 8. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Geitler und Winkler wegen Fernbleibens 969
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dobeš, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling 969
3. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Büsch, betreffend Vorkehrungen zur möglichsten Beseitigung der durch die Wasserrohrlegungen hervorgerufenen Geschäftshemmungen im XII. Bezirke 969
4. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Dr. Lueger, betreffend den Stand der Vorarbeiten für den Bau städtischer Gaswerke . . . 970
Interpellationen:
5. Gem.-Rath Dobeš, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke 970
6. Gem.-Rath Bärtl, betreffend seinen Antrag vom 11. September 1891, wegen Convertierung der älteren städtischen Anlehen 970
7. Gem.-Rath Kreindl, betreffend das Project für die Rohrlegung zur Versorgung des XIX. Bezirkes mit Hochquellenwasser 970
8. Gem.-Räthe Boschan, Dr. Lueger und Prockſch, betreffend die Verzögerung der Inangriffnahme des Baues des linksseitigen Sammelcanales 970
Anträge:
9. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Verbreiterung der Hütteldorferstraße im XIV. und XV. und der Burggasse im XVI. Bezirke 971
10. Gem.-Rath Gräf, betreffend die Sistierung der Errichtung der Desinfectionsanstalt in dem aufgelassenen Nothspitale im XVI. Bezirke und deren Verlegung an einen entlegenen Ort 971
Referat:
11. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung (Fortsetzung der Debatte) 971
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Allerhöchste Entschließung, betreffend die Zuweisung eines Theiles des Erträgnisses des k. u. k. Stiftungshauses am Schotteuring zu Gunsten des Vereines zur Erhaltung des Franz Josef-Jugendasyls 988
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Markl und Dehm 988
3. Spende des Herrn Gregor M. Bartsch für die Stadtbibliothek (Chronik der Wirksamkeit des Ortsschulrathes in Unter-Meidling in den Jahren 1871 bis 1892) 988
4. Beantwortung der Interpellation der Gem.-Räthe Boschan, Dr. Prockſch und Dr. Lueger, betreffend die Verzögerung der Inangriffnahme des Baues des linksseitigen Sammelcanales 988
5. Desgleichen des Gem.-Rathes Kreindl, betreffend das Project für die Rohrlegung zur Versorgung des XIX. Bezirkes mit Hochquellenwasser 989
6. Desgleichen des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend seinen Antrag wegen Anbringung von Bechern an sämmtlichen öffentlichen Auslaufbrunnen 989
Referate:
7. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 2. Wahlkörper im I. Bezirke 989
8. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes 990
9. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes 990
10. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes 990
11. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes 1000
12. Derselbe, betreffend die Verification der Wahlen aus dem 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes 1000
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Mai 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend Ankauf von Grundstücken für eine Pumpstation und Hochreservoire im XIII. und XVII. Bezirke 1001
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1001
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 3. Mai 1893 1001
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 10. Mai 1893 vom III. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1007
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 9. Mai 1893 1007
Pferdemarkt vom 9. Mai 1893 1007
Stechviehmarkt vom 10. Mai 1893 1007
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. Mai bis 11. Mai 1893 . . . 1007
Gewerbeanmeldungen 1008
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 151599
Ref.-Nr. 2238 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau eines Haupt-Unrathscanales in der Josefigasse und am Ortsplatze im XII. Bezirke** im Kostenbetrage von 988 fl. 58 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Mai 1893. 3 3

Ad Prot.-Nr. 52686 ex 1893
Ref.-Nr. 869. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Wipplingerstraße, vom Stoß im Himmel bis zur Renngasse im I. Bezirke,** und zwar entweder a) einer Pflasterung mit **Asphalte comprimé** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr. und 300 fl. Pauschale **oder** b) einer **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 12.878 fl. 41 kr., sowie wegen Vergebung der bezüglichen **Steinpflasterungs-Arbeiten** mit den veranschlagten Beträgen von 2789 fl. 23 kr. und 100 fl. Pauschale, beziehungsweise von 2892 fl. 1 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 61883
Ref.-Nr. 1039 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Mittersteiges im V. Bezirke, von der Ziegelofen- bis zur Phornsgasse und von der Kron- bis zur Klagbaumgasse,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1699 fl. 26 kr. nebst 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **23. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa

*

erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 62595

Ref.-Nr. 1042 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungs-Arbeiten für die Umpflasterung der Hengasse im IV. Bezirke von der Wohlleben- bis zur Karolinengasse** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 6634 fl. 78 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 18. Mai d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 47665

Ref.-Nr. 754 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungs-Arbeiten für die Neupflasterung und Regulierung des Meidlinger Kirchenplatzes vor der Kirche St. Johann von Nepomuk** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1557 fl. 74 kr. und 30 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1893. 3—3

Ad Statth.-Z. 31307.

Kundmachung.

(Commission wegen Anlage eines schwimmenden Wasserfanges.)

Über das Ansuchen des Wiener Magistrates um Bewilligung zur Anlage eines schwimmenden Wasserfanges im Donaustrome zum Zwecke der Verbesserung der Wasserströmung in der städtischen Badeanstalt an der Donau nächst der Kronprinz Rudolfs-Brücke wird die commissionelle Verhandlung gemäß § 79 des Gesetzes vom 28. August 1870, Nr. 56 L.-G.-Bl., unter Leitung des k. k. Bezirkscommissärs v. Waniek am **Dienstag den 23. Mai 1893 stattfinden,** und werden sich die Commissionsmitglieder um **9 Uhr vormittags** vor dem Eingange in die städtische Badeanstalt versammeln.

Dies wird mit dem Bemerken hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen diese Anlage — wenn nicht früher hieramts schriftlich — bei dieser Verhandlung vorzubringen sein werden, widrigens die Betheiligten als zustimmend angesehen würden und ohne Rücksicht auf spätere Einwendungen das Erkenntnis gefällt werden würde.

Wien, am 7. Mai 1893. 1—3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 39. Dienstag, den 16. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **10. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Siegert entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dobeš zu beantworten. Herr Gem.-Rath Dobeš hat interpelliert, warum die Eingabe der Freiwilligen Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke wegen einer Subvention noch nicht erledigt ist. Ich habe die Ehre, mitzutheilen, dass die Erhebungen abgeschlossen sind und das bezügliche Ansuchen dem Stadtrathe zur Erledigung vorgelegt worden ist.

3. Einläufe sind nicht vorhanden. Wir schreiten daher zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Boschan zum Referate. Gegenstand ist die Fortsetzung der Debatte über das Anlehen, und zwar wird, da niemand mehr das Wort hat, sofort zur Abstimmung über den ersten Antrag des Stadtrathes geschritten. Zur Beschlussfassung hierüber ist die Anwesenheit von 92 Mitgliedern des Gemeinderathes nothwendig. Ich bitte die Herren Schriftführer, zu constatieren, ob diese Anzahl anwesend ist, und ersuche die Herren Gemeinderäthe, sich auf ihre Plätze zu begeben. (Rufe: Namen verlesen!) Wenn Sie wünschen, dass die Namen verlesen werden sollen, so waltet kein Anstand dagegen ob. Diejenigen Herren, welche die Feststellung der Anwesenheit von 92 Mitgliedern des Gemeinderathes durch Ablesung der Namensliste wünschen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Majorität; angenommen. Ich bitte einen der Herren Schriftführer, die Namen zu verlesen; die Herren werden ersucht, bei Aufruf mit „Hier" zu antworten. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh wird die Anwesenheit von 102 Gemeinderäthen constatiert.) Es sind 102 Herren anwesend; wir sind also in der vom Gesetze geforderten Beschlussfähigkeit und schreiten demnach zur Abstimmung. Der Antrag 1 des Stadtrathes lautet (liest):

„Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung."

Von dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger wurde beantragt, dass über den Antrag des Stadtrathes namentlich abgestimmt werde. Ich bitte jene Herren, welche mit der namentlichen Abstimmung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselbe ist einstimmig angenommen.

Gegen den Antrag des Stadtrathes hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger folgenden Antrag gestellt (liest):

„Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 14·5 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 14·5 Millionen Gulden = 29 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung."

Es kommt demnach mit Rücksicht darauf, dass es sich um die Abstimmung über eine Summe handelt, zuerst die höhere Summe zur Abstimmung, d. i. jene Summe, welche der Referent des Stadtrathes vorschlägt, und diejenigen Herren, welche der Anschauung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger sind, werden dieselbe dadurch zum Ausdrucke bringen, dass sie gegen den Antrag des Stadtrathes stimmen. Fällt der Referenten-Antrag, so kommt der Antrag des

Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger zur Abstimmung. Gegenstand der jetzigen Abstimmung ist der Antrag 1 des Stadtrathes und diejenigen Herren, welche dafür sind, bitte ich, über Namensaufruf mit „Ja", diejenigen, welche dagegen sind, mit „Nein" zu stimmen. Ich bitte, die Namen zu verlesen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh stimmen mit „Ja" die Gem.-Räthe: Adam, Altenberg, v. Bachofen, Beutnitz, Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Daum, Dehm, Erndt, Frauenberger, Dr. Friedjung, Frosch, Geitler, Gerhardus, Glasauer, v. Götz, Ritt. v. Goldschmidt, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Herold, Herrdegen, Huber, Janotta, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Kreindl, Lang, Lechner, Dr. Lederer, Dr. Lerch, Markl, Matthies, Matzenauer, K. M. Mayer, Meißl, Josef Müller, Ritt. v. Neumann, Noske, Bürgermeister Dr. Prix, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Röhrl, Rosenstingl, Rückauf, Sasse, Schenzel, Schieferl. Schlechter, Schmidt, Schneiderhan, Schoderböck, Schrenckh, Seidler, Seiler, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Dr. Uhl, Vangoin, Villicus, Dr. Vogler, Waegner, Walther, Jgn. Wessely, Wimberger, Winker, Winkler, Winter, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Zagórski, Dr. Zimmermann, Zweig.

Mit „Nein" stimmten die Gem.-Räthe: Bärtl, Brauneiß, Büsch, Edlhofer, Eigner, Gräf, Gregorig, Hawranek, Hipp, Hörmann, Kraetschmer, Latschka, Dr. Linke, Dr. Lueger, Ferd. Mayer, Pollak, Purscht, Scheidl, Schlögl, Schneeweiß, Stehlik, Steiner, Tischler, Trambauer, Weitmann, Vinc. Wessely.

Bürgermeister: Das Resultat ist folgendes: 78 Herren haben für den Antrag, 26 dagegen gestimmt; der Antrag ist daher im Sinne des Gesetzes angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Punkt 2 der Anträge lautet (liest):

„Diese Anleihe soll mit vier vom hundert verzinslich sein, und innerhalb neunzig Jahren durch Verlosung al pari zurückbezahlt werden. Die Gemeinde behält sich das Recht vor, auch eine größere Anzahl von Obligationen, als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämmtliche noch im Umlaufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen."

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Punkt 3 der Anträge lautet (liest):

„Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

25.000	Stück	à	200	Kronen	= 5	Millionen
10.000	„	„	500	„	= 5	„
10.000	„	„	1.000	„	= 10	„
3.000	„	„	5.000	„	= 15	„
					35	Millionen."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sehr verehrte Herren! Gegen den Antrag des Stadtrathes, dass die Obligationen mit Coupons vom 1. März und 1. September versehen werden sollen, habe ich nichts einzuwenden. Ich erachte auch diese beiden Termine als glücklich gewählt, weil an diesen beiden Tagen Coupons anderer Anlehen gar nicht oder nur in geringem Ausmaße fällig werden und es zweckmäßig ist, Termine zu wählen, die nicht stark besetzt sind.

Hingegen bin ich bezüglich eines anderen Punktes anderer Anschauung. Ich glaube nämlich, dass das Wichtigste bei einem Anlehen der Umstand ist, dass es gelinge, das Anlehen populär zu machen, es so zu gestalten, dass auch der sogenannte kleine Mann, sagen wir: der kleinste Mann, jeder, der sich irgend etwas erspart hat, in der Lage sei, eine solche Anlehensobligation zu kaufen. Meine Herren! Je mehr das Anlehen ins Volk eindringt, desto besser und sicherer ist es auch.

Wenn zum Beispiel eine Köchin eine Obligation oder ein Los kauft, wird sie sich dieses Besitzes nur in den äußersten Fällen entledigen; sie hält ihn so lange fest, als nur möglich. Das Volk ist immer der sicherste und beste Besitzer, und je mehr ein Anlehen in das Volk eindringt, desto besser ist es sowohl für den Gläubiger als auch für den Schuldner. Die großen Finanzkräfte haben die Richtigkeiten dessen, was ich gesagt habe, auch eingesehen. Ich erinnere, dass speciell bei Losen der Grundsatz gilt, so gering als möglich, darum sind auch die Türkenlose von einem sehr geringen Nennwerte, weil Baron Hirsch sehr genau gewusst hat, dass er auf diese Weise sie leichter placieren kann. Sie werden sich wundern, dass ich das Beispiel des Baron Hirsch anführe. Sehen Sie, ich bin der Meinung, man muss vom ärgsten Gegner etwas lernen, und der Unterschied zwischen mir und Ihnen besteht nicht in der geringeren oder größeren Liebe zu den Juden, sondern darin, dass Sie nichts von den Juden lernen, während ich hie und da etwas von den Juden profitiere. Die Obligationen müssen daher nach meiner Überzeugung auf einen kleinen Betrag lauten. Selbstverständlich muss es auch Obligationen geben, die auf einen größeren Betrag lauten. Es muss mit einem Worte das Anlehen so eingetheilt sein, dass sowohl der kleine Mann als auch der reichere befriedigt werden kann.

Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen: Es seien folgende Titres auszugeben — und zwar an Stelle der Tabelle, wie sie im Antrage des Stadtrathes vorkommt — 100.000 Stück à 50 Kronen (Rufe rechts: Das ist zu klein!), — die Herren können es eventuell ändern — = 5,000.000 Kronen.

50.000	Stück	à	100	Kronen	= 5,000.000	Kronen
25.000	„	„	200	„	= 5,000.000	„
10.000	„	„	500	„	= 5,000.000	„
10.000	„	„	1.000	„	= 10,000.000	„
1.000	„	„	5.000	„	= 5,000.000	„

Meine Herren! Sie sind über die 50 Kronen gar so erschrocken.

Ich erkläre Ihnen, dass gerade diese Obligationsart von größter Wichtigkeit ist. Sehen Sie, wenn jetzt einer von Ihnen Taufpathe ist, was gibt er? Man gibt einen Ducaten, man gibt zwei Ducaten, vielleicht drei Ducaten. (Gelächter rechts.) Sie geben vielleicht mehr. Wenn in Hinkunft jemand Taufpathe sein wird und mit der Familie besser bekannt ist, kann er vielleicht etwas mehr opfern und eine Obligation von 50 Kronen geben, und das neugeborene Kind wird darauf schon quasi zu einem Wiener gestempelt, der mit den Anfängen seines Lebens schon an diese Stadt gekettet ist. Es ist von großer Wichtigkeit, von großer socialpolitischer Wichtigkeit, dass das arbeitende Volk durch einen kleinen

Besitz mit jener Gemeinde verknüpft ist, in welcher es wohnt. Es wird in einer ganz anderen Weise auf Gemeindeangelegenheiten gesehen, jeder lebt viel mehr mit, als es so der Fall ist, wenn er nicht durch irgend einen Besitz mit der betreffenden Gemeinde verbunden ist. Der Bauer hängt an seinem Grund und Boden. Wir können nicht jedem Mitglied der Gemeinde einen Grund zur Verfügung stellen, das ist unmöglich. Aber das können wir bewirken, dass jeder, der überhaupt spart, in der Lage ist, sich eine solche Anlehensobligation von 50 Kronen zu kaufen, und ich bin überzeugt, dass, wenn mein Antrag angenommen wird, das Anlehen populär werden wird. Auch zu Firmungsgeschenken wird sich eine solche Obligation von 50 Kronen ausgezeichnet eignen, ebenso auch bei anderen Anlässen; wenn z. B. Enkel zum Großpapa kommen und zum Namenstag oder zum Neujahr gratulieren (Heiterkeit), wird er ihnen eine Obligation zu 50 Kronen geben.

Meine Herren, Sie lachen, aber aus diesen Elementen setzt sich der ganze Verkehr zusammen!

Ich bedauere dieses Lachen, weil diejenigen, welche gelacht haben, von dem eigentlichen Leben des Volkes gar keine Kenntnis haben. Der Antrag, den ich gestellt habe, ist vielleicht, wenigstens nach Ihren Äußerungen zu urtheilen, auch eine ungenießbare Speise, aber Sie werden später daraufkommen, dass mein Antrag ausschließlich im Interesse der Stadt gelegen ist, und ich empfehle Ihnen denselben daher zur Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Bärtl: Ich habe mir das Wort erbeten, um einen ähnlichen Antrag zu stellen wie der Herr Vorsprecher; was er ausgeführt hat, ist aus dem Leben des Volkes genommen. Es ist Thatsache, je kleiner die Appoints ausgegeben werden, umsomehr Theilnehmer werden sich finden, besonders wenn man eine öffentliche Subscription veranstalten wird. Es ist ja dies nichts Neues, denn man hat ja Appoints zu 100 Kronen sowohl in Österreich als in Ungarn bereits ausgegeben.

Wenn eine öffentliche Subscription stattfinden soll, was ich auch wünsche, so können Sie den Antrag des Herrn Vorsprechers nur annehmen; ich empfehle ihn Ihnen auf das beste, er ist mir aus der Seele gesprochen.

Es hat wohl schon der Herr Referent darauf hingewiesen, welche fulminante Stöße Papier entstehen würden, wenn man so kleine Appoints ausgibt; allein, meine Herren, wenn das Anlehen populär sein soll, müssen Sie sich aber bequemen, eine solche Menge Papier anzuschaffen; da kommt es auf tausend Gulden mehr nicht an. Ich empfehle Ihnen also den Antrag des Herrn Vorsprechers.

Gem.-Rath Schneeweiß: Geehrte Herren! Ich finde den Antrag des verehrten Collegen Dr. Lueger nicht lächerlich, und wenn Sie ihn richtig beleuchten, so werden Sie einsehen, dass Dr. Lueger mit seinem Antrage nur das Beste will. Die Sparcassen zahlen heute drei bis vier Percent, also keine Sparcasse zahlt mehr an Zinsen als diese Obligationen. Die kleinen Leute, welche das Geld sozusagen zizerlweise zusammensparen, können natürlich nicht 100 Kronen ausgeben, und viele gibt es auch, die keine 50 zusammenbringen, aber 25 fl. dürfte sich mancher Arbeiter beiseite legen und dann ist es für ihn jedenfalls sicherer, wenn er so ein Papier sein eigen nennen kann; das Papier kann er auch immer verwerten, es ist ein reeller Wert, auf den er baut. Warum hat denn eigentlich die serbische Regierung diese kleinen 10 Francs-Lose herausgegeben, warum hat die ganze Presse diese Papiere empfohlen? Es ist ein Papier, hat es geheißen, welches auch dem kleinsten Manne zugänglich ist und der dabei sehr gute Geschäfte macht, weil es sich am besten rentiert. Ob diese Serbenlose — die Tabaklose — eine solche Sicherheit bieten wie unsere Obligationen, die wir hier herausgeben wollen, das bezweifle ich, denn man hat bei den Türkenlosen schon eine solche Erfahrung gemacht, dass die Leute vorsichtiger geworden sind mit ausländischen Werten. Ich bedauere nur, dass Österreich immer das Abzapfgebiet und unser Volk das Opfer von solch zweifelhaften Werten war und um hunderte von Millionen betrogen wurde, besonders durch die Türkenlose.

Ich glaube, aus dem Grunde könnten Sie zustimmen, dass dem ganzen Volke Gelegenheit geboten werde, sich an den Werten des eigenen Landes betheiligen zu können. Ich glaube, wenn die Herren dem Antrage des Herrn Dr. Lueger zustimmen, dass Sie sich nicht gegen ihre Wähler, welche Sie hereingesendet haben, vergehen werden, sondern dieselben werden ganz zufrieden sein. Es ist auch gesorgt für die großen Capitalskräfte. Es sind auch Papiere mit 5000 Kronen dabei, und diejenigen, welche so viel Geld haben, können sich solche aneignen. Ich empfehle Ihnen ebenfalls, den Antrag des Herrn Dr. Lueger anzunehmen.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich bin für den Antrag des Herrn Dr. Lueger durchaus nicht eingenommen. Es ist auch begreiflich, dass ich für ihn nicht eingenommen sein kann, da ich das Wesen der kleinen Sparer kenne und verstehe. Ich selbst habe lange Jahre den kleinen Sparern als Arbeiter angehört. Ich habe das Bewusstsein, dass für die Capitalsanlage des Arbeiters, des kleinen Mannes, ein Anlehen, wie es hier geplant ist, ungeeignet ist, und zwar aus folgenden Gründen. Es ist eine Verzinsung mit 4 Percent in Aussicht gestellt, dazu soll nun der kleine Sparer sich 25 fl., respective 50 Kronen ersparen.

Die Natur des Einkommens des Arbeiters und des kleinen Mannes ist nun eine solche, dass er nach mehreren, manchesmal nach vielen Wochen diese 50 Kronen sich ersparen kann und ihm würden jedenfalls die Zinsen, welche bis zur gänzlichen Zusammenlegung der 50 Kronen auflaufen, in Verlust gerathen. Er ist besser daran, wenn er seine ersparten Groschen und Gulden in die Sparcassa oder in einen Sparverein oder in die Postsparcassa trägt. Hat er aber den Wunsch, ein Papier anzuschaffen, dann empfiehlt sich ihm ein kleines Los viel besser als ein Papier, welches 4 Percent trägt. Es ist geradezu undenkbar, dass sich ein kleiner Mann bei wiederholten Anschaffungen in die verschiedensten Locale begeben soll, um ein Papier aufzusuchen und anzukaufen. Er müsste das oft an Sonn- oder Feiertagen thun, wo er ein solches Geschäft nicht einmal offen findet, eine Unbequemlichkeit, die geradezu ausgeschlossen sein muss bei der Anlage von kleinen Ersparnissen. Aus diesem Grunde halte ich es für viel besser, wenn der Antrag des Herrn Referenten, auf 200 Kronen gestellte Papiere auszugeben, angenommen würde. Ich halte aber auch den Antrag des Herrn Dr. Lueger für unpraktikabel, deshalb, weil er der Gemeinde viel größere Kosten verursacht, als wenn die ursprüngliche Ziffer des Referenten-Antrages aufrechterhalten bliebe. Ich will das ziffernmäßig nachweisen. Nach dem Referenten-Antrage sollen in Summa 48.000 Stück Obligationen gedruckt und in Verschleiß gesetzt werden. Wenn der Antrag Dr. Lueger angenommen würde, so müssten 196.000 Stück gedruckt und verschleißt werden. Die Gestehungskosten dieser verschiedenen Anzahl von Obligationen sind natürlich auch ungleich und zwar zu Ungunsten des Dr. Lueger'schen Antrages. Weiters sind auch die

Manipulationskosten mit den Coupons zu berücksichtigen. Man hätte ebensoviele Coupons, also 196.000 Stück statt 48.000 Stück in jedem halben Jahre zu verrechnen und zu verbuchen. Das verursacht wieder größere Auslagen. Aus allen diesen Gründen werde ich gegen den Antrag Dr. Lueger stimmen.

Gem.-Rath Dr. Uhl: Auch ich bin für die möglichste Popularisierung des Anlehens und ich glaube deshalb, dass wir möglichst kleine Appoints nehmen müssen, möchte aber nicht so weit gehen wie Herr Dr. Lueger, denn nach seinem Antrage machen die Zinsen pro anno und per Stück 2 Kronen = 1 fl. aus, es würde also die Couponeinlösung, die Verbuchung der Coupons unverhältnismäßig hohe Kosten erfordern. Dass kleine Appoints nothwendig sind, geht daraus hervor, dass der Zinsfuß der Sparcassen fortwährend sinkt. Es wird also der kleine Mann, der sein Geld zu 4 Percent gut verzinsen will, sehr gerne diese Obligationen kaufen. Darauf ist eben auch größtentheils der englische und französische Credit zurückzuführen, dass es dem kleinen Bürger ermöglicht ist, an dem Staatscredit theilzunehmen. Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Es mögen ausgegeben werden:

100.000	Stück à	100	Kronen,	das sind	10	Millionen	Kronen
25.000	„ „	200	„	„ „	5	„	„
10.000	„ „	500	„	„ „	5	„	„
10.000	„ „	1000	„	„ „	10	„	„ und
1.000	„ „	5000	„	„ „	5	„	„

zusammen 35 Millionen Kronen.

Gem.-Rath Grünbeck: Geehrte Herren! Gerade von Ihrer Seite wird gegen unsere Anträge immer gesprochen und auch gestimmt. Es ist ja selbstverständlich, je kleiner die Obligationen sind, desto mehr werden sie in das Volk eindringen. Wenn Sie den Zinsfuß der Sparcassen nehmen, wo nur 3·6 Percent bezahlt werden, und wenn Sie berücksichtigen, dass einer gerade in den Sparcassen von Wien mehr als einen halben Tag verlieren muss, wenn er ein paar Gulden einlegt, so glaube ich, kann ihre Partei ganz unabhängig von jeder anderen Institution oder Bank absolut nur für die kleinen Lose stimmen . . . (Lebhafte Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe, es ist sonst dem Redner unmöglich, sich verständlich zu machen. (Anhaltende Unruhe.)

Ich bitte, nur zu warten (zum Redner gewendet), bis Ruhe ist. Wir werden warten, bis die Herren die Güte haben, Ruhe zu halten. (Nach einer Pause:) Ich bitte, nun fortzufahren.

Gem.-Rath Grünbeck (fortfahrend): Dieser Antrag ist doch wichtig; es ist viel besser, wenn das Volk die guten Obligationen in die Hände bekommt, als schwindelhafte Banken und Creditinstitute. (Rufe links: Sehr richtig!)

Es ist das ein viel festeres Capital, welches in so kleinen Losen vertheilt wird, als wenn es so große Obligationen sind, wo gerade die Geldmächte damit speculieren und zu hunderttausenden oder noch mehr auf den Markt werfen, um dadurch den Cours zu verändern. Was bei dem kleinen Manne ist, sitzt fest, und wenn es zu irgendwelchen wirtschaftlichen Krisen kommt, so geht das so langsam als nur möglich. Es ist ja unbedingt vortheilhafter, selbst für uns, wenn es der kleine Mann hat. Warum wollen Sie nicht gerade auch dem Volke etwas zuliebe thun, Sie, diejenigen, welche immer sagen: „Wir unterstützen den kleinen Mann, wir wollen dem kleinen Manne auch etwas zukommen lassen!" Wenn Sie es ehrlich mit dem Volke meinen, können Sie unmöglich für diese großen Obligationen stimmen.

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich derselben Ansicht bin, die hier von den meisten Herren Rednern verfochten worden ist, dass man nämlich den kleinen Capitalisten oder dem kleinen Manne dieses Anlehen zugänglich machen soll. (Beifall.) Ich muss aber hier auf etwas hinweisen, was bis jetzt noch nicht erwähnt worden ist. Es ist im Plane des ganzen Anlehens, dass dasselbe durch Verlosung zurückzuzahlen ist; es wird also jedes Jahr, wie dies bei allen derartigen Anlehen der Fall ist, eine Anzahl von Titres verlost und es hört vom Tage der Verlosung die Verzinsung auf; das heißt, der Coupon wird nach wie vor an der Cassa zurückgezahlt, wenn aber derjenige, welcher der Besitzer des Papieres ist, nicht an dem Tage, an welchem dasselbe verlost wurde, zur Cassa geht und sein Geld verlangt, so wird ihm seinerzeit, mag es nun nach zwei, drei oder vier Jahren sein, derjenige Betrag vom Capital abgezogen, welcher irrthümlich oder eigentlich bona fide von der Cassa seit dem Verlosungstage an ihn ausgezahlt worden ist. Nun, meine Herren, muss ich darauf aufmerksam machen, dass ein Papier, welches, wie es hier beantragt wird, mit 50 Kronen ausgegeben wird, allerdings gewiss in die Hände des kleinsten Mannes kommen wird, also wie hier schon erwähnt wurde, in die Hände der Köchin, des Arbeiters. Dieser Mann wird aber schwerlich in die Lage kommen, rechtzeitig und pünktlich die Verlosung nachzulesen. Es wird sich da Folgendes ereignen: Der Mann wird vielleicht durch fünf, zehn, fünfzehn Jahre seinen Coupon einziehen, und wenn er einmal diese Darlehenstitres zu Geld machen will und an die Cassa kommt, so wird ihm so viel abgezogen werden, dass er eigentlich vom Capitale gezehrt hat. Dies ist eine Schwierigkeit, und deswegen ist es vielleicht nicht gerathen, die Titres gar zu klein zu wählen, so dass sie in die Hände von Leuten kommen, die nicht in der Lage sind, von den Veröffentlichungen Kenntnis zu erlangen, welche der Capitalsmarkt veranstaltet.

Ich bin vollständig dafür, dass eine größere Anzahl von Titres zu 100 Kronen ausgegeben werde. Ich glaube aber, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Uhl zu weit geht, und möchte Ihnen Folgendes beantragen. Von den 3000 Stück à 5000 Kronen nehmen Sie 1000 weg und verwenden Sie diese fünf Millionen dazu, 50.000 Stück à 100 Kronen auszugeben. Damit haben Sie jedenfalls dem kleinen Manne Gelegenheit gegeben, auch sein Capital anzulegen und an der Verzinsung, die die Stadt Wien ihm gewährt, mit theilzunehmen. Sie werden aber nicht Gefahr laufen, dass eine Zersplitterung in so kleine Titres eintritt und vielleicht der Ärmste, wenn er einmal an die Cassa kommt und sein Geld haben will, es erlebt, dass ihm von seinem Capital die irrthümlich ausgezahlten Zinsen in Abzug gebracht werden. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, es seien die Titres in folgender Weise zu emittieren:

5.000	Stück à	100	Kronen	=	5	Millionen
25.000	„ „	200	„	=	5	„
10.000	„ „	500	„	=	5	„
10.000	„ „	1.000	„	=	10	„
2.000	„ „	5.000	„	=	10	„

zusammen 35 Millionen.

Gem.-Rath K. M. Mayer (zur Geschäftsordnung): Nachdem sich die Meinungen dahin geklärt haben, dass alles für die Herabsetzung und für die Schaffung von kleineren Titres ist und eine Anzahl Redner noch vorgemerkt ist, beantrage ich Schluss

der Debatte. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist wieder ein schönes Geschäft, man hat Angst vor den Judenbanken, dass ihnen nichts auskommt! — Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Es nützt nichts, es handelt sich nur um die Judenbanken!)

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich ersuche jene Herren, welche den Schluss der Debatte annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Das Wort haben noch, und zwar gegen: die Herren Gem.-Räthe Gräf, Dr. Daum, Tischler, Dr. Rechansky, Dr. Lueger, Stiaßny, Dr. Klotzberg, Steiner, Gregorig und Purscht.

Gem.-Rath Gräf: Es hat mich sehr gewundert, dass der Herr Gem.-Rath Tagleicht, der, wie er selbst bemerkt hat, als Arbeiter schon zu sparen angefangen hat, sich gegen den Antrag meines sehr geehrten Nachbarn zur Rechten gewendet und gegen denselben gesprochen hat. Er hat unter den wenigen Argumenten, welche er gegen den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger vorzubringen wusste, unter anderem gesagt, es sei die Manipulation zur Zinsenbehebung und zur Anschaffung einer solchen Obligation für den kleinen Mann, für den Arbeiter, zu zeitraubend, es dürften sich Fälle ereignen, dass, wenn er den guten Willen hätte, sich solche Obligationen anzuschaffen, er eine Wechselstube oder ein Bankhaus nicht offen finden würde. Darauf erlaube ich mir zu bemerken, dass der betreffende Arbeiter auch gewiss nicht Gelegenheit hat, an Sonntagen in die Sparcassa zu gehen, weil ja die Sparcassen an Sonn- und Feiertagen ebenso geschlossen sind wie manche Bankinstitute. (Ruf: In Sechshaus nicht!) In Sechshaus ist das vielleicht nicht der Fall, von den anderen aber weiß ich es gewiss. Die einzige Einwendung, die gegen den Antrag gemacht werden könnte, wäre vielleicht die, dass es zeitraubend wäre, zweimal im Jahre die Zinsen zu beheben, aber da ließe sich eine Abänderung treffen. Wenn der Fälligkeitstermin der Coupons der 50 Kronen-Rente einfach auf den September festgesetzt und nur ein Termin bestimmt würde, so ist doch ganz gewiss auch sehr viel erspart. Dann bitte ich zu berücksichtigen, dass der kleine Mann zumeist im Herbste Gelegenheit hat, sich ein paar Gulden auf die Seite zu legen.

Es kommt auch in vielen Familien vor, dass sie um das neue Jahr herum in die Gelegenheit kommen, von den Geschenken, Gratificationen oder Remunerationen, die der betreffende kleine Mann in die Hand bekommt, sich vielleicht ein zweites Papier zu beschaffen. Es ist auch eine Einwendung dahin gemacht worden, dass es im Bank- und Geschäftsverkehre überhaupt zeitraubend wäre, solche kleine Obligationen in Menge in Verkehr zu bringen, und dass auch die ganze Manipulation bedeutende Kosten verursachen würde. Das wollen wir gar nicht, dass mit den Papieren viel manipuliert wird; wir wünschen nicht, dass die Papiere, welche in die Hand des kleinen Mannes kommen, in kurzer Zeit in den Wechselstuben zum Verkaufe gelangen. Wir haben den Wunsch, dass sich die kleinen Leute bei der Subscription betheiligen, und dass diese Millionen nichts anderes als einen Sparpfennig bilden sollen. Wir sind der Meinung, dass, wenn Sie dem Antrage Lueger zustimmen, von den kleinen Papieren überhaupt nicht mehr viele in Zukunft im Verkehr sein würden. Aus diesen Gründen bitte ich, dem Antrage Lueger, der volksthümlich, in socialpolitischer Beziehung sehr wichtig und für den kleinen Mann, den Arbeiter, sehr förderlich ist, weil er ihn zum Sparen anspornt, Ihre Zustimmung zu geben, und stelle den Antrag: „Die Obligationen à 50 Kronen sind nur mit einem Jahrescoupon à 2 Kronen, fällig am 1. September, zu versehen."

Gem.-Rath Dr. Daum: Meine Herren! Ich fasse mich sehr kurz. Es ist schon sehr viel zu Gunsten der Anträge Wünsch und Uhl gesprochen worden. Ich schließe mich den Argumenten derselben vollkommen an und mache nur auf das eine aufmerksam, dass, im Falle kleine Appoints zu 100 Kronen ausgegeben werden, es sehr zweckmäßig wäre, den Coupon nur ganzjährig zu fixieren. Ich habe aber noch etwas anderes im Auge. Es wurde schon von einer Seite der Übelstand berührt, der gerade für den kleinen Mann, den kleinen Capitalisten oder Sparer, von dem man hier so viel spricht, sehr in Frage kommt, nämlich der Übelstand, dass bei den verlosten Obligationen, wenn der Inhaber von der Verlosung nicht in Kenntnis ist — und das kann ja sehr leicht geschehen bei solchen, die nicht gewöhnt sind, sich aus den Ziehungslisten zu überzeugen, ob das Papier unverlost geblieben ist —, er einen Theil seines Capitals verliert. Die Coupons werden voll eingelöst, und wenn man seinerzeit daraufkommt, dass die Obligation verlost ist, wird der ganze Coupon abgezogen. Das ist ein empfindlicher Verlust für den Betreffenden, und der Gewinn, der damit für die Gemeinde verbunden ist, wenn ich so sagen darf, ein unmoralischer, da er aus der wenn auch nicht unverschuldeten Unwissenheit des Obligationsinhabers resultiert.

Nun läge es nahe, zu sagen, wie es bei einem in Österreich im Umlaufe befindlichen Papier der Fall ist, es müsse bei jedem Coupon vor Einlösung constatiert werden, ob die Obligation verlost ist oder nicht. Auf diese Weise würde der Inhaber geschützt. Ein solcher Vorgang würde aber dem gegenwärtigen Verkehrsbedürfnisse nicht entsprechen. Es könnte vielleicht sogar der Fall sein, dass geradezu der Wert des Papieres dadurch leidet, wenn die Coupons unseres Anlehens nicht sofort von jedem Wechsler oder Kaufmann ausbezahlt würden, sondern der Betreffende sich erst überzeugen müsste, ob sie verlost sind oder nicht.

Ich habe nachgedacht, ob nicht eine Sanierung, ein Ausgleich dieser Interessen möglich wäre, und ich habe mich auch an eine Einrichtung erinnert, welche bei einem süddeutschen Institute besteht. Es ist dies eine süddeutsche Hypothekenbank; diese hat bestimmt, dass die verlosten Obligationen, wenn sie nicht präsentiert werden, nicht zum vollen Zinsfuße, sondern zu einem bedeutend niedrigeren, sogenannten Depositalzinsfuß verzinst werden. Ich komme nun darauf, dass die Gemeinde in ihren Sparcassen Institute hat, welche sie in einem solchen Vorgange sehr unterstützen würden. Ich meine dies folgendermaßen: 30 Tage nach Ablauf des Verlosungstermines kann genau constatiert werden, welche Obligationen verlost sind. Die Gemeinde ist dann in der Lage, das Capital, welches fällig ist und nicht behoben wurde, sofort in ihren eigenen Sparcassen zum üblichen Zinsfuße anzulegen und kann von dem Betrage, der dort anliegt, die nachträglich in debite präsentierten Coupons verloster Papiere einlösen, das heißt, sie kann sich eine Indemnität dadurch verschaffen. Wenn nach Jahren die Obligation präsentiert wird, so ist die Gemeinde in der Lage, dem Vorzeiger der Obligation das Capital abzüglich desjenigen Betrages, welchen sie bereits für die präsentierten Coupons ausgefolgt hat, aber mit einem Zinsenzuwachse zu übergeben. Es wird dadurch der Inhaber der Obligation einen bedeutend geringeren Verlust erleiden, als es sonst der Fall ist. Man kann diesen Verlust geradezu mit ein Percent beziffern, nachdem die Obligation zu

vier Percent verzinslich ist und der Zinsfuß der communalen Sparcassen bei großen Einlagen drei Percent beträgt. Aus diesem Anlasse möchte ich den Antrag stellen, welcher ja in seinen Details vom Stadtrathe weiter berathen werden kann und dahin geht (liest): „Jene durch Verlosung von Obligationen zur Rückzahlung bestimmten Beträge, welche nicht binnen 30 Tagen nach Fälligkeit gegen Einziehung der Obligationen behoben wurden, sind für Rechnung der Inhaber der letzteren zu drei Percent anzulegen. Die zur Einziehung von Zinsscheinen (Coupons) der verlosten Obligationen erforderlichen Beträge sind aus den für Rechnung der Inhaber der verlosten Obligationen angelegten Geldern zu entnehmen." (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich bin auch dafür, dass statt der 200 Kronen 100 Kronen emittiert werden, bin aber der Anschauung, dass man in dem Bestreben, den minder Bemittelten dieses Anlehen zugänglich zu machen, nicht zu weit gehen darf. Ich bin dafür, dass man auch Appoints zu 100 Kronen ausgibt, damit der Vergleich mit der jetzigen Währung einmal aufhört. Man muss sich daran gewöhnen, nicht immer wieder die Kronen in jetziges Geld umzurechnen und zu sagen: 200 Kronen sind eigentlich 100 fl. und 100 Kronen sind eigentlich 50 fl. Es soll ja durch die neue Währung auch in gewisser Beziehung der Nutzen einer kleineren Währungseinheit gegeben werden.

Aber, wie gesagt, man darf in diesem Bestreben, das Anlehen dem kleinen Manne zugänglicher zu machen, nicht zu weit gehen. Appoints zu 50 Kronen wären nach meiner Überzeugung auch zwecklos, denn für den kleinen Mann, der mit 50 Kronen zu sparen anfängt, ist die Sparcassa die beste Anlage.

Es ist auch nicht zu vergessen, dass auch bei diesem Anlehen wie bei jedem Papier, welches auf der Börse gehandelt wird, der Cours schwanken wird und der kleine Mann, der mit 50 Kronen zu sparen anfängt, ist kein solcher Sparer, der nicht vielleicht einmal zur Zinszeit in die Lage käme, seine Ersparnisse wieder zu Zahlungen verwerten zu müssen. Er wird dann genöthigt sein, dieses Papier zu verkaufen, und dabei verliert er, und wenn er wieder in die Lage kommt, zurückzulegen, muss er es mindestens um diese 50 kr. theurer kaufen, um welche der Cours in der Wechselstube höher ist als auf der Börse. Denn auf der Börse kann er das Papier nicht kaufen, weil er nicht so viel auf einmal kaufen kann. Das wäre also ein Verlust, welcher gerade für den kleinen Mann empfindlich ist.

Die Sparcassa schlägt dem kleinen Manne die Zinsen zu, er braucht sich nicht weiter zu bemühen oder er kann die Zinsen alljährlich eincassieren. Die Sparcassa ist sicherlich die Anstalt, welche sich am besten eignet, die Ersparnisse des kleinen Mannes zu verwalten. Es ist auch nicht zu vergessen, dass die Anlage der kleinen Ersparnisse in der Sparcassa beim Publicum schon ins Blut übergegangen, populär geworden ist, und es ist gar kein Anlass, diese Anlage jetzt zu ändern und ein anderes Sparpapier zur Verfügung zu stellen.

Mögen also nach dem Antrage des Gem.-Rathes Wünsch — ich glaube, wir sollten uns auf diesen Antrag einigen, damit keine Zersplitterung eintritt —, 50.000 Appoints à 100 Kronen, daher um 1000 Appoints zu 5000 Kronen weniger ausgegeben und dadurch auch dem kleinen Manne, wenn auch nicht dem kleinsten — ein Papier gegeben werden, in welchem er jede Ersparnisse anlegen kann. Ich unterstütze also den Antrag Wünsch.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde den Versprechungen der anderen Herren gegenüber mich wirklich kurz fassen. Vor allem begrüße ich es mit Freuden, dass meine Anregung selbst auf der anderen Seite (rechts) auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich habe zwar im vorhinein gewusst, dass mein Antrag nicht angenommen werden wird, denn Sie würden dadurch Ihrer Parteiherrlichkeit etwas vergeben (Widerspruch rechts), darum haben Sie einen anderen Antrag gestellt. Es liegt mir übrigens nichts daran, denn ich habe ausschließlich das Interesse der Bevölkerung im Auge.

Gegen meinen Antrag sind nur drei Einwendungen erhoben worden, welche einzig und allein wichtig sind.

Erstens die Frage der Coupons. In dieser schließe ich mich dem Antrage meines Nachbarn an, nämlich dass die 50 Kronen Obligationen nur mit einem Jahrescoupon versehen werden sollen. Das gibt viel weniger Arbeit und es erspart sogar die Gemeinde Wien etwas.

Zweitens ist eingewendet worden, dass die kleinen Leute bei den Verlosungen eventuell zu Verlusten kommen, weil sie nicht die Verlosungslisten genau durchsehen und eventuell geschädigt werden. Meine Herren! Dann müssten Sie sofort sämmtliche Lose, welche auf noch viel kleinere Beträge lauten, einziehen. Es lauten z. B. die Rudolfs-Lose nur auf einen Nennwert von 10 fl., die Jó-Szív- und die Rothen Kreuz-Lose auf 5 fl. Meine Herren! Die kleinen Leute sehen sehr gut nach in den Verlosungslisten und Sie brauchen in dieser Beziehung keine Angst zu haben; dass manche nicht nachsehen, das geschieht jetzt auch, das geschieht auch bei den Reichen.

Endlich der dritte Punkt, der mir von Seite des letzten Herrn Redners entgegengehalten wurde, betrifft die Frage eines Coursverlustes. Nun, ich werde gelegentlich der Besprechung des Antrages 6 einen Antrag stellen, von welchem ich glaube, dass er jedweden Coursverlust bestimmt ausschließt. Ich bin ein principieller Gegner des Börsentreibens, und die Gemeinde Wien sowie alle öffentlichen Corporationen sollen sich von diesem Treiben womöglich befreien. Sie werden später sehen, dass mein Antrag vielleicht dennoch Ihrer Berücksichtigung würdig ist.

Ich bitte Sie, meine Herren, bleiben Sie bei den 50 Kronen, fürchten Sie sich nicht; im Gegentheil, diese 50 Kronen werden das Anlehen in unglaublicher Weise popularisieren; Sie werden sehen, dass die 50 Kronen-Lose weggehen werden wie die warmen Semmeln beim Bäcker. Ich bitte, scheuen Sie sich nicht, das Anlehen wirklich populär im vollsten Sinne zu machen.

Nun die Geschichte mit den Sparcassen. Die Sparcassen sollen die berufenen Verwalter des Volksvermögens sein. Warum soll es nicht die Gemeinde Wien sein, mit ihrem Anlehen, wo ist denn da eigentlich das Hindernis? Nein! Haben Sie Muth und schaffen Sie Obligationen zu 50 Kronen, übrigens werden Sie das, wenn Sie es nicht heute thun, ein anderesmal ganz gewiss thun. Ich empfehle Ihnen nochmals meinen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Stiaßny: Ich möchte der Anschauung des Herrn Vorredners entgegentreten, als ob seine Anträge, die er gestellt hat, von unserer Seite nicht angenommen werden würden, weil sie von jener (linken) Seite ausgehen. Das ist nicht der Fall. Die Anregungen, welche von dieser (rechten) Seite für zweckmäßig befunden werden, werden angenommen, auch wenn sie von der anderen Seite dieses Hauses gestellt wurden. Die Erfahrung wird lehren, dass ein Theil der Anschauungen, welche von dem ersten Herrn Redner

in dieser Debatte heute geäußert worden sind, höchst wahrscheinlich die Zustimmung der ganzen Versammlung finden wird.

Ich habe mich eigentlich schon in dem früheren Stadium der Debatte zum Worte gemeldet und brauche zu dem Meritorischen der Sache eigentlich nichts mehr zu erwähnen, als dass ich mich mit dem Herrn Collegen Wünsch und seinem Antrage einverstanden erkläre. Ich möchte aber eine Motivierung hinzufügen, die meines Wissens von keinem Redner in dieser Debatte heute vorgebracht wurde, eine Begründung des Antrages, weshalb Appoints von 100 Kronen ausgegeben werden sollen. Der österreichische Staat hat sein erstes Kronenanlehen mit Appoints von 100 Kronen versehen, welche bekanntlich gleichfalls zu den Verfallsterminen am 1. März und 1. September halbjährig eingelöst werden. Der ungarische Staat hat seine erste Kronenanleihe gleichfalls mit Appoints zu 100 Kronen versehen, deren Verfallstermin der 1. Juni und 1. December jeden Jahres ist. Es ist also begreiflich, wenn die Stadt Wien ihr erstes Kronenanlehen herausgibt, dass sie genau in derselben Weise vorgehen wird.

Ich verspreche mir wirklich von der öffentlichen Subscription denjenigen Effect, welchen sich der erste Redner der Debatte vorgestellt hat. Ich bin jedoch entschieden dagegen, dass kleinere Appoints gemacht werden. Die Beispiele anderer Staaten und Communen müssen für uns maßgebend sein, und gerade der erste Redner hat darauf hingewiesen, dass er bereit ist, von jedermann, auch von einem Gegner zu lernen, umsomehr muss er auf finanziellem Gebiete von denjenigen Städten und Ländern lernen, die Erfahrungen in der Ausgabe von Anlehen gewonnen haben.

Bei der französischen Anleihe beträgt das kleinste Appoint 100 Francs, bei den italienischen Renten und bei den italienischen Städterenten beträgt das kleinste Appoint ebenfalls 100 Francs, es entspricht dies ganz gewiss den Appoints mit 100 Kronen.

Ein Vergleich, wie er von Seite des ersten Herrn Redners mit der Emission von Losen gemacht wurde, ist an und für sich ganz und gar unzutreffend und unrichtig. Fürs erste ist dieser Hinweis auf die Emission von Losen deshalb unrichtig, weil jeder Besitzer eines Loses die Gewinstchancen mit dem Lose kauft und sich veranlasst sehen wird, mit Rücksicht auf diese Gewinstchancen nach jeder Ziehung der Lose nachzusehen, um den Gewinst so bald als möglich nach Hause zu bringen.

Demungeachtet sind bei allen Losen starke Restanten; das können Sie bei jeder Ausgabe der Verlosungszeitungen sehen. Es sind noch andere Unrichtigkeiten vorgebracht worden und diese müssen berichtigt werden. Es ist von der Höhe der Türkenlose gesprochen und angegeben worden, dass diese in den weitesten Kreisen verbreiteten Lose zu kleinen Beträgen ausgegeben worden sind. Das ist unrichtig. Die Lose lauten auf 400 Francs

Diejenigen Lose, welche zu kleineren Beträgen hinausgegeben worden sind und die offenbar der geehrte erste Herr Redner in der Debatte gemeint hat, sind die von der serbischen Regierung und von einer österreichischen Bank hinausgegebenen Serbenlose. Die lauten auf 100 Francs. Ich meine die fürstlich serbischen Lose. Es sind später unverzinsliche königliche Serbenlose zu kleineren Beträgen hinausgegeben worden. Meine Herren, wovor ich aber entschieden warnen möchte, ist vor der Hinausgabe von Appoints, welche nur einmal im Jahre verzinslich sind, was sowohl von drüben als von hier beantragt ist. Das wäre gefehlt; und dies würde gerade diese niederen Appoints nicht nur im Börsenverkehre, sondern auch in den Wechselstuben im Werte bedeutend herabdrücken. Weshalb wollen Sie dem ärmeren Besitzer von Communal-Kronenrente den Nachtheil zufügen, dass Sie seine Obligationen im Preise herabdrücken? Es ist nicht üblich, eine ganzjährige Verzinsung festzusetzen, und wenn Sie zu einem solchen ungewöhnlichen Mittel greifen, so werden Sie den Wert dieser Appoints drücken.

Ich empfehle daher den Antrag des Herrn Collegen Wünsch, welcher, wenn ich nicht irre, ausdrücklich angenommen hat, dass die Verfallstermine der Coupons halbjährige sind, nämlich am 1. März und 1. September. Damit bin ich zu Ende.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich werde für den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Uhl nicht nur sprechen, sondern auch stimmen, weil, wenn solche Antheilscheine in kleinere Theile zerlegt werden, sie weit rascher in die Bevölkerung eindringen, und je mehr solche Papiere unter der Bevölkerung verbreitet sind, desto weniger werden sie im allgemeinen den Fluctuationen der Börse und auf dem Weltmarkte unterworfen, desto rascher popularisiert sich ein solches Papier. Man kann darauf hinweisen, dass in anderen Staaten und auch in Österreich solche Papiere zu weit geringeren Beträgen ausgegeben worden sind. Das sogenannte Nationalanlehen wurde seinerzeit in fünf Theile getheilt, also in Theilen zu 20 fl. ausgegeben. In England sind gang und gäbe die sogenannten Pfundacte. Ich sehe also nicht ein, warum das nicht auch in Österreich der Fall sein könnte, speciell bei uns in Wien.

Wenn ich mich nicht ausdrücklich dem Antrage Lueger anschließen kann, so geschieht dies aus dem Grunde, weil wir mit diesem Anlehen erst den Versuch machen wollen, wie wir es im allgemeinen placieren können.

Übrigens, wenn Herr College Dr. Lueger wünscht, dass diese Anleihe auch dem kleinsten Manne zutheil werden möge, so gibt damit der Herr College, der in erster Linie das Wohl des kleinen Mannes im Auge hat, wie er jederzeit sagt (mit erhobener Stimme), der besonders tüchtigen Geschäftsgebarung der heutigen Majorität das beste und glänzendste Zeugnis (Sehr gut!), wofür ich dem Herrn Dr. Lueger im Namen der Majorität zu danken mich verpflichtet fühle; weil, wenn der kleinste Mann sich daran betheiligen soll, er jedenfalls nicht wünscht, dass dieser irgendwelchen Schaden erleidet. Aus diesem Grunde werde ich für den Antrag Uhl eintreten und bitte Sie auch, diesen Antrag zu acceptieren. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Steiner: Ich erlaube mir nur, dem Herrn Baurath Stiaßny zu erwidern, welcher erklärt hat, dass Sie speciell nicht immer gegen die Anträge des Dr. Lueger stimmen. Ich möchte Sie bitten, dies zu beweisen, indem Sie den Antrag annehmen. Es wird so oft von Ihrer Seite, namentlich in Versammlungen gesagt, dass Sie ein Herz für den kleinen Mann haben. Meiner Überzeugung nach haben Sie ein Herz für den kleinen Mann in den Versammlungen, und beim grünen Tisch aber ein Herz für den großen Mann. Bezüglich der Ausführungen des Herrn Collegen Tagleicht wundert es mich, dass er erklärt hat, er als Handwerker müsse dagegen sein. — Das verstehe ich nicht: entweder kennt er den Handwerkerstand nicht oder er beurtheilt ihn falsch. — Er hat erklärt, dass es besser wäre, wenn der Mann seine Ersparnisse in die Sparcasse trägt. Es hat schon Herr Gem.-Rath Gräf darauf hingewiesen, dass die Sparcassa Sonntags nicht geöffnet ist, und wer kann einen ganzen Tag versäumen, um seine Ersparnisse einzulegen?

Weiters hat Herr Gem.-Rath Wünsch die Befürchtung ausgesprochen, dass der kleine Mann vergessen würde, die Coupons

abzuschneiden (Widerspruch rechts); er wird gewiss nicht daran vergessen. Seien Sie überzeugt, er wird schon gedrängt werden, nachzusehen, denn so glücklich sind die Leute nicht, um so etwas zu vergessen; er wird auch bei jeder Verlosung genau nachsehen, das steht fest. Aber die Herren vom Standpunkte des Herrn Gem.-Rathes Wünsch scheinen auch die Verhältnisse des Arbeiterstandes nicht zu kennen. Die Arbeiter sind viel zu intelligent, um dergleichen zu übersehen; dies möchte ich im Interesse der Arbeiter gesagt haben. Ich verkehre viel mit Socialdemokraten und Arbeitern, es sind hochintelligente Leute; wenn ich auch ihr principieller Gegner bin, so muss ich doch sagen, dass sie sehr intelligent sind; wenn sie Papiere kaufen, so werden sie gewiss auch ihr Interesse wahren.

Weiters hat Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky die Börse betont, das wollen wir principiell vermieden wissen, dass die Sache auf die Börse kommt, denn dadurch würde nur der kleine Mann geschädigt werden.

Es würde im Tagblatte vielleicht ein Artikel über eine Audienz erscheinen und es könnten bedeutende Verluste platzgreifen. Ich schließe mich auch dem Antrage des Dr. Lueger und auch dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Gräf an, weil die Commune durch den letzteren Antrag verdienen wird; denn, wenn die Zinsen nur jährlich bezahlt werden, so wird die Commune ein halbes Jahr die Zinsen schon ersparen. Mithin bitte ich, die Anträge der Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger und Gräf anzunehmen.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Wenn man das Gelächter beobachtet, in das Sie früher ausgebrochen sind, als College Dr. Lueger den Antrag auf die 50 Kronen-Appoints gestellt hat, hat man doch so recht gesehen, dass Sie jede Verbindung mit dem Volke verloren haben (Widerspruch rechts), höchstens das auserwählte Volk ausgenommen, für dessen Interessen Sie wohl mit allen Kräften eintreten. Die Verbindung mit dem arischen, arbeitenden Volke scheint bei Ihnen ganz abhanden gekommen zu sein, denn sonst hätten Sie einen solchen volksthümlichen Antrag, wie ihn Dr. Lueger gestellt hat, nicht auslachen können.

Ich glaube vielmehr, es ist die Angst vor denjenigen, welche Sie zumeist gewählt haben, dass sind die Angehörigen der Banken und derjenigen, welche viel zu ihrem Wahlfond beitragen. Denn, wenn kleine Antheilscheine emittiert werden, so wäre für die Herren kein besonderer Nutzen: es müsste dann thatsächlich das Anlehen im Subscriptionswege vergeben werden, und das wollen Sie nicht. Sie sind die ergebensten Diener der Banken und der großen Finanz. Daher können Sie für einen solchen Antrag nicht stimmen.

Es heißt: die kleinen Leute kaufen keine Lose. Wer kauft denn die Lose, die auf dem Markte erscheinen? Immer gehen sie in die Hände der kleinen Leute und immer verlieren diese bei den Losen ihr Geld. (Rufe rechts: Davon wollen wir sie ja bewahren!) Bei der Zwei Gulden-Staatslotterie verlieren auch die kleinen Leute ihr Geld. Ein Herr von jener (rechten) Seite hat gesagt: jeder Antrag, der von uns kommt, wird, wenn er gut ist, angenommen. Ich constatiere, dass keiner unserer Anträge angenommen wurde (Widerspruch rechts), er mag gut oder schlecht sein. Wohl hat die Presse gesagt: von solchen Leuten, wie die Antisemiten sind, kann man keinen Antrag annehmen, wenn er auch gut ist. Die hat aus der Schule geschwätzt und die Wahrheit gesagt. Jeder Antrag von uns, mag er noch so gut und trefflich sein, muss weg, weil er von uns ist.

Sehr unterhalten hat mich der Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Freut mich sehr!) Er hat gesagt: „wir" machen einen Versuch damit. Ich weiß nicht: hat er als Potentat „wir" gesagt oder hat er im Namen der Partei gesprochen. Ich glaube, er wird im Namen der Partei gesprochen haben und hat uns schon einen Vorgeschmack von den zukünftigen Anlehen geben wollen. (Dr. Klotzberg: Damit wird der Beweis erbracht, dass die Majorität in der Bevölkerung noch Credit besitzt.) Wir haben gesagt: Sie müssen Anlehen machen, und da sind wir als Verhetzer hingestellt worden. Heute ist ein kleiner Anfang da, wie Herr Dr. Klotzberg sagt, kommt noch mehr nach; wir haben also viel zu hoffen.

Einer von den Herren hat gesagt, dass die Ausgabe der Papiere in Kronenwährung dieses neue Geld in Wien populärisieren werde. Wenn Sie so wie ich mit der Bevölkerung zu thun haben würden, würden Sie, wenn die Zehn- und Zwanzig-Hellerstücke genommen werden, sehen, welcher Hohn und Hass im Volke gegen die neue Kronenwährung vorhanden ist, welche Verachtung des Volkes gegen dieses Machwerk der Kronenwährung. (Gelächter rechts.) Auf unseren alten österreichischen Münzen war der Jahrhunderte alte Reichsadler mit dem Kreuze; auf der neuen Krone hat man von der Münze das Kreuz herabgenommen und dafür das Attribut des Judenthums hinaufgesetzt, das ist eine Verachtung, die gerügt werden muss, man muss Protest erheben, gegen diese Fälschung des österreichischen Adlers. Allerdings ist es sehr begreiflich, wenn so etwas vorkommt. Wir haben einen Finanzminister, der nicht arischer Abstammung ist. Deshalb bin ich auch der Ueberzeugung, dass ein solches Anlehen, wie es Dr. Lueger plant, mit kleinen Appoints, von dieser Seite ein Hindernis finden wird. Ich werde aber dennoch für die kleinen Appoints eintreten, weil dadurch dem arbeitenden Volke Gelegenheit gegeben wird, zu sparen. Es gibt keinen größeren Stolz für den kleinen Mann, als wenn ein Bekannter zu ihm kommt und er kann ihm ein Papier zu 25 fl., eine Obligation zeigen; der Mann wird stolz, er wird sparen und sich das Essen vom Mund absparen, um ein zweites und drittes Papier kaufen zu können; also auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus bitte ich den Antrag Lueger anzunehmen. (Beifall links.)

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Ich möchte sie vor allem warnen, gar zu kleine Obligationen hinauszugeben. Ich habe mich bei Festsetzung der Appoints mit erfahrenen Leuten ins Einvernehmen gesetzt, nicht mit Banken, sondern mit Personen, welche die Bedürfnisse kennen, und die haben mir auf das dringendste angerathen, nicht zuviel kleine Appoints herauszugeben. Das Anlehen soll eben für alle Kreise bestimmt sein, nicht bloß für den ganz kleinen Mann, sondern auch für wohlhabendere Leute, welche größere Appoints nehmen können, und worauf wir auch rechnen müssen; das sind die Sparcassen, öffentlichen Fonds, Pensionsfonds, welche größere Summen nehmen; diese sind auch nicht zu verachten; das sind auch Personen, welche ihre Papiere nicht auf die Börse tragen, sondern sie ruhig liegen lassen. Auch bei einer anderen Anleihe, welche jetzt aufgenommen wird, nämlich bei der Anleihe für die Verkehrs-Commission, ist darauf Nachdruck gelegt worden, dass große Appoints ausgegeben werden, ich glaube Stücke auf 10.000 und sogar 20.000 Kronen; die gehen in sehr ruhige und sichere Hände. Wenn Sie aber Obligationen auf 50 Kronen ausgeben, wird der halbjährige Coupon 1 Krone oder der ganz-

jährige Coupon 2 Kronen ausmachen; da verliert ja der Besitzer einen halben Tag, wenn er zur Cassa geht, um sich einen Coupon einzulösen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass wir, um eine so große Emission in Evidenz zu halten, wenigstens 6, 8 Beamte halten müssen, welche uns jährlich gewiss 10.000 fl. kosten werden. Auch dagegen möchte ich mich aussprechen, dass wir zweierlei Obligationen schaffen, solche, welche eine ganzjährige und solche, welche eine halbjährige Verzinsung haben, weil dann die Course anders beurtheilt und gehandelt werden würden.

Auf die Einwendungen des letzten Redners kann ich nicht reagieren, weil wir weder die Münzen geprägt, noch die Kronenwährung eingeführt haben und man gewiss dem Gemeinderathe sehr unrecht thut, wenn man ihm die Mängel, die allenfalls den neuen Münzen anhängen, auch auf das Kerbholz schreiben will.

Die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Daum mag bei der Festsetzung des Textes in Erwägung gezogen werden und ich bitte, dieselbe dem Stadtrathe zuzuweisen. Ich glaube, dass eine solche Detailbestimmung weder im Gemeinderaths-Beschlusse, noch im Gesetze aufgenommen zu werden braucht; das kann später bei Festsetzung des Textes bestimmt werden. Ich muss als Referent des Stadtrathes bei den Anträgen desselben bleiben. Wenn aber die Herren durchaus schon kleinere Appoints haben wollen, muss ich persönlich mich am meisten dem Antrage Wünsch nähern (Rufe: Uhl!), welcher wenigstens nicht unter die 100 Kronen herabgeht.

Bürgermeister: Wir werden abstimmen. Der Antrag des Stadtrathes lautet (liest):

„Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

25.000	Stück à	200	Kronen	= 5	Millionen
10.000	„ „	500	„	= 5	„
10.000	„ „	1.000	„	= 10	„
3.000	„ „	5.000	„	= 15	„

35 Millionen."

Die Gegen-Anträge, welche gestellt worden sind, betreffen nicht die Anträge des Stadtrathes auf die Ausgabe von 25.000 Stück à 200 Kronen, 10.000 Stück à 500 Kronen und 10.000 Stück à 1000 Kronen, betreffen also nicht eine Summe von 20 Millionen Kronen. Gegen die Ausgaben dieser Appoints ist von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden; ich darf also diese Appoints als angenommen bezeichnen. (Zustimmung.) Sie sind angenommen.

Es handelt sich also nur um die Ausgabe von Obligationen für den Rest des beschlossenen Anlehens, d. i. für 15,000.000 Kronen, und hier sind Anträge gestellt worden, und zwar: von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger:

100.000	Stück à	50	Kronen	= 5	Millionen
50.000	„ „	100	„	= 5	„
1.000	„ „	5.000	„	= 5	„

15 Millionen.

Antrag des Gem.-Rathes Dr. Uhl:

100.000	Stück à	100	Kronen	= 10	Millionen
1.000	Stück à	5.000	Kronen	= 5	Millionen

15 Millionen.

Antrag des Gem.-Rathes Wünsch:

50.000	Stück à	100	Kronen	= 5	Millionen
2.000	Stück à	5.000	Kronen	= 10	Millionen

15 Millionen.

Für den Fall, als beschlossen werden sollte, Appoints zu 50 Kronen auszugeben, hat Gem.-Rath Gräf den Antrag gestellt, diese Obligationen mit einem Jahrescoupon à 2 Kronen, fällig am 1. September, zu versehen. Dieser Antrag hängt also von der Annahme der Appoints zu 50 Kronen ab. Dann ist der Antrag des Gem.-Rathes Dr. Daum:

„Jene, durch Verlosung von Obligationen zur Rückzahlung bestimmten Beträge, welche nicht binnen 30 Tagen nach Fälligkeit gegen Einziehung der Obligationen behoben wurden, sind für Rechnung der Inhaber der letzteren zu 3 Percent anzulegen. Die zur Einlösung von Zinsscheinen (Coupons) der verlosten Obligationen erforderlichen Beträge sind aus den für Rechnung der Inhaber der verlosten Obligationen angelegten Geldern zu entnehmen."

Dieser Antrag hat mit den Appoints eigentlich nichts zu thun. Der Herr Antragsteller wünscht auch nur, dass derselbe dem Stadtrathe zur Berathung gegeben werde. Ich werde sofort darüber abstimmen lassen und ersuche die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Über die Appoints werde ich nun in folgender Weise abstimmen lassen: Vorerst über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Lueger, wenn dieser abgelehnt werden sollte, über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Uhl, wenn dieser abgelehnt werden sollte, über den Antrag des Gem.-Rathes Wünsch. Alle Anträge muss ich aber je als ein Ganzes behandeln, denn, wenn eine Serie fällt, so müssen natürlich die anderen auch gefallen sein, weil die Auftheilung auf die 15 Millionen Kronen sonst nicht klar wäre. (Zustimmung.)

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Gem.-Rathes Dr. Uhl — 100.000 Stück à 100 Kronen, 1000 Stück à 5000 Kronen — einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Nach Auszählung des Hauses:) 40 Herren sind für den Antrag.

Bitte jene Herren, welche dagegen sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 49 Herren sind dagegen, der Antrag ist abgelehnt.

Jene Herren, welche für den Antrag des Gem.-Rathes Wünsch: 50.000 Stück à 100 Kronen, 2000 Stück à 5000 Kronen, sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Majorität. Angenommen.

Der Antrag des Gem.-Rathes Gräf entfällt selbstverständlich.

Referent: Der Antrag 4 lautet (liest): „Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von höchstens 6¼ Millionen Gulden = 12½ Millionen Kronen begeben; die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen."

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich die Absicht habe, eine, den zweiten kleinen Absatz betreffende Änderung vorzuschlagen.

Dieser Punkt 4 bestimmt nämlich, dass wir jetzt beschließen sollen, dass $6^1/_4$ Millionen Gulden von dem Anlehen auszugeben sind. Wenn Sie aber den Abschnitt so annehmen, wie er hier gegeben ist, so ist die Vergebung der weiteren Theile des Anlehens vollständig dem Stadtrathe überlassen. Wir kommen später nicht mehr in die Lage, festzustellen, ob wir die übrigen Theile des aufzunehmenden Anlehens im Betrage von etwa 11 Millionen auf einmal, in zwei Theilen oder in welchen Fristen immer beschließen wollen; wir überlassen die Emission der übrigen 11 Millionen vollständig dem Bürgermeister und dem Stadtrathe.

Nun spricht die Tradition dafür, dass wir doch anders vorgehen sollen.

Als im Jahre 1867 das 25-Millionenanlehen beschlossen wurde, wurde ins Auge gefasst, dass man die einzelnen Theile des Anlehens in vier verschiedenen Fristen aufzunehmen habe, und jedesmal, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellte, wurden die weiteren Emissionen wieder der Beschlussfassung des Gemeinderathes unterbreitet. Ich glaube auch, dass es des Gemeinderathes würdig ist, wenn er nicht auf dieses Recht verzichtet, sondern es auch in Zukunft sich vorbehält.

Ich habe das volle Vertrauen zum Stadtrathe und weiß, dass derselbe weitere Emissionen nur, wie es hier steht, nach Maßgabe des weiteren Bedarfes vornehmen wird. Der Gemeinderath wird die Möglichkeit haben, auch nach dem Antrage des Stadtrathes festzustellen, wie viel etwa in jedem Jahre für das neue Rohrnetz der Hochquellenleitung ins Budget einzustellen ist. Aber der Gemeinderath wird dann nicht mehr das Recht haben, zu bestimmen, ob eventuell eine schwebende Schuld aufgenommen oder mit der Aufnahme eines weiteren Theiles des Anlehens zu rechnen sei, er überlässt dies vollständig dem Stadtrath.

Nun hat es sich bereits in den letzten zwei Jahren gezeigt, dass man darüber sehr verschiedener Meinung sein kann. Wir konnten bereits im Jahre 1891 einen Theilbetrag aufnehmen, oder im Jahre 1892, wir haben uns aber entschlossen, dies im Jahre 1893 zu thun. Ich glaube demnach, es wäre würdig, dass sich der Gemeinderath die Beschlussfassung hierüber vorbehält, und deswegen beantrage ich, dass der zweite Theil dieses Absatzes vom Strichpunkte angefangen lauten solle: „Die Beschlussfassung über die weiteren Emissionen bleibt dem Gemeinderathe vorbehalten."

In diesem Falle wird der Gemeinderath immer das eine festzustellen haben, ob der weitere Bedarf für die Wasserleitung durch die currenten Gelder oder durch eine schwebende Schuld oder in Form der weiteren Emission eines Anlehens zu decken sei. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren, ich glaube, dass es dem unmittelbaren Herrn Vorredner nicht gelungen ist, bei der außerordentlichen Unruhe sich hinreichend verständlich zu machen. Wir haben doch alle Ursache, die Sache, die vorgebracht wurde, zu würdigen. Ich halte dafür, dass in der Folge die Ausgabe einer neuen Emission jedenfalls eine Sache ist, welche im Sinne des § 52 des Statutes ausschließlich dem Gemeinderathe vorbehalten bleiben soll, dass die Sache nicht nur auf die Form sich reducieren lässt, sondern dass es sich um eine principielle Frage handelt; das, glaube ich, wird allseits zugegeben werden, weil man über den Zeitpunkt einer neuen Emission verschiedener Anschauung sein kann. Ich bitte daher, das Argument, welches der Herr Antragsteller vorgebracht hat, zu würdigen. Ich glaube, der Gemeinderath hat durchaus keine Ursache, in einer Frage, wo kein meritorischer Grund vorliegt, sich wieder etwas wegnehmen zu lassen. Der Gemeinderath hat allen Grund, dabei zu beharren und in dieser Beziehung die weitere Emission dieses Anlehens sich vorzubehalten und nicht allein in die Hand des Stadtrathes zu legen. Ich unterstütze den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung auf das wärmste. (Bravo!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Ich glaube, dass der Antrag, welchen der Herr College Dr. Friedjung gestellt hat, ein ziemlich überflüssiger ist. Alle Jahre wird das Budget von dem Gemeinderathe beschlossen, und im Budget wird genau festgesetzt werden, welcher Betrag für Wasserleitungsauslagen nothwendig ist und in welcher Weise die Bedeckung zu erfolgen hat. Im heurigen Budget haben wir eine bestimmte Summe für diesen Zweck eingesetzt und gesagt: die Bedeckung wird durch eine Finanzoperation geschehen. Für das nächste Jahr wird das Präliminare vom Bauamte vorgelegt. Es wird, sagen wir beispielsweise, 6 Millionen betragen, und es wird seitens des Gemeinderathes beschlossen werden: diese 6 Millionen sind durch die Begebung von Obligationen zu bedecken. Der Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung wünscht eine höhere Autorität, um die Beschlüsse zu überwachen; das soll der Gemeinderath thun. Wir haben eine höhere Autorität, das ist die Nothwendigkeit, currente Mittel haben wir nicht, wir müssen daher die Auslagen aus dem Anlehen bestreiten. Im Augenblicke, wo der Bedarf eintritt, wird man zur Begebung schreiten, aber gewiss nicht früher. Das ist selbstverständlich nicht so aufzufassen, dass, wenn wir für 10.000 oder 20.000 fl. Rohre zu zahlen haben, wir geschwind in die Wechselstube schicken werden, um einen Theil unseres Anlehens zu begeben, sondern es wird das in größeren Summen geschehen, je nach Bedarf innerhalb drei oder sechs Monaten. Ich glaube, das ist eine Angelegenheit, die den Gemeinderath nicht zu beschäftigen braucht, und ich würde bitten, Punkt 4 in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen den Antrag 4 des Herrn Referenten ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Der Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat aber den Zusatz beantragt: Die Beschlussfassung über die weitere Emission bleibt dem Gemeinderathe vorbehalten.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Abstimmung): Ich will nicht einen weiteren Zusatz beantragen, sondern statt des zweiten Absatzes: „die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen", soll der Passus lauten, dass der Gemeinderath über die weiteren Emissionen Beschluss zu fassen habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich werde Punkt 4 getrennt zur Abstimmung bringen und über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung als Gegen-Antrag gegen den zweiten Passus zuerst abstimmen lassen. Ich bringe zunächst zur Abstimmung vom Punkt 4 des Referenten-Antrages den Passus: „Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von höchstens $6^1/_4$ Millionen Gulden $= 12^1/_2$ Millionen Kronen begeben." Ich bitte die Herren, welche diesem Passus zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beim zweiten Passus kommt zur Abstimmung zuerst der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung, welcher lautet: „Die Beschlussfassung über die weiteren Emissionen bleibt dem Gemeinderathe vorbehalten." Ich bitte die Herren, welche dem Passus in dieser Form zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Ist mit 45 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Nun bringe ich den zweiten Passus des Referenten-Antrages zur Abstimmung, welcher lautet: „Die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen." Ich ersuche die Herren, die diesen Passus annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Punkt 5 der Anträge lautet (liest): „Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu. Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Bei diesem Punkte werde ich mir erlauben, einen Antrag zu stellen, der Ihnen vielleicht beim ersten Anhören nicht ganz begreiflich erscheinen wird. Dennoch glaube ich, dass der von uns zu stellende Antrag ein solcher ist, welcher dem Interesse der Gemeinde Wien entspricht. Meine Herren! Wenn Sie sich in der Bevölkerung umsehen und sich nach dem Grunde erkundigen, warum z. B. der A oder der B das eine oder das andere Papier ankauft, warum er sein Geld in die Sparcassa hineinlegt, so werden Sie zu der Überzeugung gelangen, dass die Coursfrage die entscheidende ist. Derjenige, der sein Geld durch Arbeit verdient hat, will es so sicher anlegen, dass er nicht eventuell durch Coursschwankungen etwas verliert. Das ist eine Beobachtung, die jeder von Ihnen machen kann. Ich weiß zum Beispiel, dass die Salinenscheine ein außerordentlich beliebtes Anlagepapier waren, trotzdem sie ihrer Natur nach als Anlagepapier geradezu ausgeschlossen sind. Die Salinenscheine waren nämlich Staatspapiere, die an einem bestimmten Zeitpunkte fällig waren. (Rufe: Sechs Monate!) Sie waren an einem bestimmten Zeitpunkte fällig und wurden in diesem Zeitpunkte zum vollen Betrage eingelöst. Ich selbst kann mich erinnern und habe es auch mehreren Herren erzählt, wie man sich um diese Salinenscheine gerauft hat. Ich habe einen alten Onkel gehabt, der jetzt schon gestorben ist, der hat sein ganzes Geld in Salinenscheinen angelegt, und wie hat er es angelegt! Er hat sich die Mühe nicht verdrießen lassen, immer wieder zu beheben und wieder zu erneuern. Ich habe einmal diese Manipulation für ihn besorgt und ich erkläre Ihnen, es war dort ein Gedränge wie beim Einlass ins Burgtheater.

Meine Herren, legen Sie sich die Frage vor, warum legen die Leute verhältnismäßig große Summen in die Sparcassa, lediglich deswegen, weil sie wissen, dass sie das Geld zum bestimmten Tage bekommen können und dass sie einen Coursverlust nicht erleiden. Weil sie keinen Coursverlust erleiden, nehmen sie es mit, dass sie ein bedeutender Zinsenverlust trifft. Wenn größere Beträge in die Sparcassa eingelegt werden, so zahlt sie — wenn ich nicht irre, nur $3^1/_2$ oder 3 Percent; ja, eine Sparcassa in Oberösterreich ist jetzt sogar unter 3 Percent herabgegangen.

Wenn Sie sich das vor Augen halten, so müssen Sie zu der Überzeugung kommen, dass es ein Glück wäre, wenn ein Papier existieren würde, welches dem Inhaber die Versicherung gibt, dass er einen Coursverlust nicht erleidet.

Man wird mir einwenden, ja bei der Sparcassa wird immer viel mehr eingelegt als herausgenommen wird und die Sparcassen — fragen Sie nur den Director der I. österr. Sparcassa — wissen gar nicht, wie sie das Geld eigentlich placieren sollen, ja, bei einigen Placements erleiden sie sogar einen bedeutenden Zinsenverlust gegenüber denjenigen Zinsen, die sie zu zahlen haben. Ich denke mir, es soll bei unserem Anlehen der Gedanke durchgeführt werden, dass dieses Anlehen von dem Börsegetriebe vollständig emancipiert werde (Beifall links); es soll allen Coursschwankungen entzogen werden und dies ist nur dadurch möglich, dass die Gemeinde Wien die gesammte Manipulation mit diesem Anlehen selbst in die Hand nimmt. Wenn die Gemeinde sagt: Du Inhaber des Papieres, gehe nicht zum Wechsler, gehe nicht zu einem Börseaner, gehe zu mir, ich gebe dir bis zu einem bestimmten Betrage sofort das bare Geld, bis zu einem anderen Betrage nach einer gewissen Kündigung, bis zu einem weiteren Betrage nach einer längeren Kündigung — so wird der Betreffende vollständig beruhigt sein und er kündigt nicht.

Ich habe unzählige Verlassenschaften durchgeführt, in welchen Sparcassabücher in großen Beträgen vorhanden waren; diese Sparcassabücher sind nie gekündigt worden; und so wird es auch bei unseren Anlehen gehen, wenn es zielbewusst durchgeführt wird.

Meine Herren! Sie sind heute nicht aufgelegt, über diesen Gegenstand sprechen zu hören; es herrscht hier eine ganz unglaubliche Unruhe, und ich werde mich auch nicht länger mit Ihnen anstrengen und stelle folgenden Antrag: Ich sage Ihnen, wenn ich jemals auf einen Antrag stolz war, so bin ich es auf den, den ich jetzt stelle: „Die Begebung des Anlehens hat in der Weise zu geschehen, dass die Zeichnung zum Nennwerte bei allen Gemeindecassen und bei jenen Zahlstellen, welche sich zur Entgegennahme von Zeichnungen bereit erklären, entgegengenommen werde. Zugleich ist bekanntzumachen, dass

1. die Gemeinde Wien bei allen städtischen Cassen den Coupon 14 Tage vor dem Verfallstermine an Zahlungsstatt annimmt;

2. dass sie bis auf weiteres Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 200 Kronen sofort bei der Präsentation, solche über 200 bis 1000 Kronen nach vierzehntägiger Kündigung, solche über 1000 bis 20.000 Kronen nach vierwöchentlicher Kündigung zum Nennwerte zurückkauft; dass sie

3. Schuldverschreibungen jederzeit, soweit der Vorrath reicht, zum Nennwerte verkauft."

Ich habe hier ein Wort gehört, welches mir gegenüber nicht ausgesprochen werden sollte. Ein Herr College hat das Wort gebraucht: Das ist der Bankerott. Es war der College Stiaßny. Alle Anträge, die ich im Laufe dieser Debatte gestellt habe, sind, wenn auch ein anderer Herr gleichen Glaubens und gleichen Stammes uns den Vorwurf gemacht hat, dass ich eventuell den Credit der Stadt Wien untergraben will, dahin gerichtet, das Anlehen so gut als möglich zu placieren und so zu placieren, dass es sicher ist. Ich erkläre Ihnen: jedes öffentliche Anlehen, welches der Börse entzogen wird, ist gesichert. (Ganz richtig! links.) Jedes Anlehen, welches dem Spiele entzogen wird, ist gesichert, und wenn es uns gelingt, ein solches Anlehen ins Leben zu rufen, wird uns die Bevölkerung hiefür Dank wissen. Es ist gesagt worden: Bankerott! Meine Herren! Ich erkläre Ihnen, ich habe die innerste Überzeugung, dass in unseren Cassen immer ein Mangel an Schuldverschreibungen sein wird, dass wir mehr verkaufen werden, als jemals uns zur Präsentation, zum Rückkaufe angeboten

werden wird, und den Beweis hiefür finde ich in den Gebarungsausweisen der Sparcassen, finde ich in dem Verkaufe der Salinenscheine, in vielen anderen Erscheinungen des Geldmarktes. Die Herren, welche der Meinung sind — ich nehme es niemandem übel — dass die Börse der allein berechtigte Barometer für die Geldbewegung ist, werden natürlich über diesen Antrag erschrecken. Aber diejenigen, die der Meinung sind, dass es die Pflicht jedes öffentlichen Vertreters ist, die Geldgebarung — und ich rechne dazu insbesondere die Aufnahme von Anlehen — von der Börse frei zu machen und dem Volke wieder in die Hand zu geben, wird über diesen Antrag nicht erstaunt sein.

Was thun denn die Herren Rothschild und Genossen? Ich bitte Sie, fragen Sie sie doch selbst. Was ist denn jetzt geschehen bei der Conversion der fünfpercentigen Rente? Wissen Sie, was man da gethan hat? Da hat man sich aus Feigheit, ich könnte sagen, aus einer nicht zu rechtfertigenden Angst vor dem Volke, aus einem Gefühle der Impotenz an die Herren Großcapitalisten gewendet, an Rothschild und Genossen und hat ihnen gesagt: „Ihr macht das Geschäft und der Staat spielt zur Hälfte mit, was Ihr mehr profitiert, das theilen wir.“ Der Staat sollte eigentlich so viel Vertrauen zu seiner Bevölkerung haben, dass das durchgeführt werden kann auch ohne Rothschild und Genossen, und ich bin überzeugt, wenn der Staat sich an die Bevölkerung gewendet hätte, wenn die Regierung Vertrauen im Volke genießt, braucht sie solche Vermittler nicht, dann kann sie das Geschäft selbst machen und die Millionen brauchen nicht in die Säcke jener zu fließen, die bereits Millionen haben. Ich bin der Meinung — und das sollte man mir, als Mitglied der Opposition, hoch anrechnen — welcher Gemeinderath immer hier tagen wird, und wenn die Majorität noch so schlecht verwaltet, wird die Gemeinde wann immer in der Bevölkerung soviel Anwert finden, dass jede Anleihe, die bei ihr placiert wird, nicht gekündigt und zum Rückkaufe präsentiert wird; und von dieser Überzeugung bin ich so durchdrungen, dass ich es gewagt habe, diesen Antrag zu stellen. Ich weiß nicht, ob es nicht der Mühe wert wäre, dass Sie mindestens einen Theil desselben in nähere Betrachtung ziehen. Ich glaube, Sie sollten beide Theile annehmen, aber ein Punkt, das ist der von den Appoints, ist jedenfalls außerordentlich leicht durchzuführen. (Rufe rechts: Die Staatsschuldencassa macht es auch!) Aber, meine Herren, das weiß ich ja alles, aber wenn das nicht beschlossen wird, darf der Cassier dort keinen Coupon annehmen. Für den Fall nun, dass Sie diesen meinen Antrag ablehnen, erlaube ich mir einen zweiten, einen Eventual-Antrag zu stellen. Wenn Sie schon glauben, dass Sie so vorgehen müssen, wie man bisher leider immer bei der Placierung von Anleihen vorgegangen ist, dann erlaube ich mir zu sagen, dass Sie doch wenigstens der Vollmacht des Bürgermeisters eine Grenze setzen müssen. Wie jetzt der Antrag des Stadtrathes lautet, kann der Bürgermeister das Anlehen zu 50 Percent begeben. (Widerspruch rechts.) Er wird es nicht thun, gewiss nicht, das glaube ich selbst, meine Herren, aber dass er es thun kann, werden Sie mir doch zugeben, denn ich glaube, nach dem Antrage des Stadtrathes ist nicht einmal der Stadtrath berufen, darüber zu entscheiden, sondern das ist ausschließlich der Person des Bürgermeisters anvertraut. Wenn ich Bürgermeister wäre, so würde ich mich für eine solche Vollmacht bestens bedanken, das sage ich Ihnen offen; aber wir sind auch nicht dazu da, einer einzelnen Person, und wenn sie noch so viel Vertrauen verdient, eine derartige Vollmacht zu geben. Dazu sind wir nicht da. Wir müssen eine gewisse Minimalgrenze setzen. Das dient auch dem Herrn Bürgermeister zum Rückhalt. In dieser Beziehung glaube ich daher den Antrag stellen zu sollen (liest): „Der Begebungscours darf nicht unter 98 für 100 sein; unter dieser Beschränkung steht die Entscheidung über den Begebungscours dem Bürgermeister zu.“

Ich übergehe auch den Stadtrath. Wenn der Stadtrath selbst sich übergeht, bin ich nicht die Person, die ihn zu rehabilitieren hat. Ich sage auch ganz offen, dass ich in die Person des Herrn Bürgermeisters in diesem Falle viel mehr Vertrauen setze als in den Stadtrath, so wie ich in den Herrn immer mehr Vertrauen setze als in seine Diener. (Bravo! links, Unruhe rechts.) Ich sage ohnehin „Diener“, das ist ja ein poetischer Ausdruck. Denken Sie nur an den „treuen Diener seines Herrn“. Es sind also Stadträthe „treue Diener ihres Herrn“, wenigstens ins Gesicht; was sie sich hinter seinem Rücken denken, weiß ich nicht.

Nun komme ich zur anderen Frage, zur Frage der Begebung. Es hat der Herr Referent in seinem Referate selbst hervorgehoben, dass er für die Begebung im Wege einer öffentlichen Subscription ist, aber er meint, wir sollen uns die Hände nicht binden. Und schauen Sie, da bin ich der Meinung, dass da das Binden recht gut ist. Findet sich jemand, der das ganze Anlehen nimmt zu 100 oder vielleicht gar zu einem Course über 100, so bin ich überzeugt, wird der Herr Bürgermeister sofort an uns herantreten und Sie werden sofort damit einverstanden sein. Also in dieser Beziehung ist gar kein Hindernis vorhanden; aber ich will gesichert sein, ich will nicht, dass wir mit den Großcapitalisten so verhandeln, dass diese dabei etwas verdienen. Die Großcapitalisten sollen endlich einmal auch zeigen, dass sie Patrioten sind, Baron Rothschild und Genossen sollen mit den vier Percent zufrieden sein, mit denen derjenige zufrieden ist, der schließlich das Papier in die Hand bekommt. Das ist meine Meinung. Ich bin der Meinung, dass, wenn Baron Rothschild — ich meine nicht die Person, sondern nur den Gattungsnamen — also die Rothschilds, Königswarter und wie alle die Größen heißen, wenn die sich an der Subscription betheiligen und Rothschild hinschreiben wird, ich nehme die 35 Millionen Kronen, dann werden wir sagen, das läßt sich einmal hören von Baron Rothschild. (Heiterkeit.) Aber ich will nicht, dass wir ihm das Anlehen zum Course von 98 geben und er es dann an die kleinen Leute zum Course von 99 gibt. Er soll so behandelt werden, wie die anderen. Darum stelle ich den Antrag, dass die Begebung nur im Wege der öffentlichen Subscription geschehen soll.

Es lautet also mein Antrag (liest): „Die Begebung hat in der Weise zu geschehen, dass Zeichnungen zum Nennwerte bei allen Gemeindecassen und bei jenen Zahlstellen, welche sich zur Entgegennahme von Zeichnungen bereit erklären“ — selbstverständlich unentgeltlich; es soll einmal der Rothschild sagen, das thue ich für die Gemeinde Wien — „entgegengenommen werden.“

„Zugleich ist bekanntzumachen, dass 1. die Gemeinde Wien bei allen städtischen Cassen die Coupons, 14 Tage vor dem Verfallstermine angefangen, an Zahlungsstatt annimmt; 2. dass sie bis auf weiteres Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 200 Kronen sofort bei Präsentation, solche über 200 bis 1000 Kronen nach vierzehntägiger Kündigung, solche über 1000 Kronen bis 20.000 Kronen nach vierwöchentlicher Kündigung zum Nennwerte rückkauft und dass sie 3. Schuldverschreibungen jederzeit, soweit der Vorrath reicht, zum Nennwerte verkauft.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantrage ich (liest): „Der Begebungscours darf nicht unter 98 für 100 sein. Unter dieser Einschränkung steht die Entscheidung über den Begebungscours dem Bürgermeister zu. Die Begebung hat nur im Wege einer öffentlichen Subscription zu erfolgen."

Ich übergebe hiemit diese beiden Anträge dem Herrn Schriftführer, damit er sie dem Herrn Vorsitzenden übergibt, und Ihnen empfehle ich sie zur wohlwollenden Würdigung und eventuellen Annahme. (Beifall und Händeklatschen links.)

Referent: Es hat Herr Dr. Lueger wohl mit Recht bei Einbringung dieser Anträge gesagt, dass wir über dieselben erstaunt sein werden. Das ist gewiss sehr begründet, und ich werde mich bemühen, das, was Herr Dr. Lueger uns als möglich in Aussicht gestellt hat, in aller Ruhe zu widerlegen.

Er hat gesagt: Warum ist die Ausgabe der Salinenscheine so begehrt, und warum sind die Sparcassen so vom Publicum belagert? Er meint, das sind jene Personen, welche bei ihrem Papierbesitze einen Coursverlust absolut ausgeschlossen wissen wollen. Das ist richtig. Derjenige, welcher das Geld zeitweilig placiert und nach gewisser Zeit wieder braucht, hat ganz recht, wenn er sich weder Staatspapiere, noch Prioritäten oder andere Papiere kauft; er kann das Geld nur in der Weise anlegen, dass er es in einer gewissen Zeit wieder kündigen kann. Der Kaufmann thut das im Wege des Wechsel-Escomptes oder er legt es in eine Bank gegen Cassenscheine. Der Private benützt dazu die Sparcassen, eventuell die Salinenscheine.

Was uns vorgeschlagen wird, ist ganz einfach das Folgende: Die Gemeinde Wien soll Cassenscheine ausgeben und mit dem hiefür eingehenden Gelde die Wasserleitung bauen.

Nun ist es allen kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen ganz widerstrebend, für Verpflichtungen, welche in kurzer Zeit fällig werden, bloß Gegenwerte zu haben, welche überhaupt nicht realisierbar sind. Das hat schon viele Depositenbanken zum Unglück und zur Crida gebracht.

Eine Zeit würde es bei uns ganz gut gehen. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Gemeinde Wien heute Geld gegen dreimonatliche Kündigung zu 4 Percent aufnimmt, wir geradezu überschwemmt werden würden, 20, 30, 40 Millionen würden ihr zuströmen. Ich glaube auch, dass bei ruhigen und friedlichen Zeiten, wenn keine Börsestockungen entstehen, das Geld bei uns auch ganz ruhig bleiben würde, und dass wir vielleicht eine ganze Reihe von Jahren mit diesem Gelde fortwirtschaften könnten. Es können aber Verhältnisse eintreten, wo man das Geld zurückhaben will, und was sollen wir dann machen? Man wende nicht ein, die Besitzer werden das nicht verlangen, sie werden kein Misstrauen gegen die Stadt Wien haben. Ich setze das auch voraus, aber die Leute werden das Geld brauchen. Nehmen Sie zum Beispiel an, dass eine Häuserkrisis entstehe, Häuser billig zu haben sind, und dann wird jeder, wenn er auch das größte Vertrauen zu uns hat, wenn er 100.000 fl. bei uns liegen hat, uns kündigen und mit dem Gelde Häuser kaufen.

Wie ist es denn bei den Salinen? Bei den Salinen hat der Staat das Recht, für jede eingehende Salinenobligation Staatsnoten auszugeben, also Zettel zu drucken, und da ist es also keine Kunst und keine Gefahr, die Salinen im Umlaufe zu erhalten. Die Sparcassen sehen sehr darauf, dass ein großer Theil der Einlagen aus ganz mobilen, leicht begebbaren Werten besteht, zum Beispiel wieder in Wechsel-Escompten.

Nehmen Sie die Ausweise der I. österreichischen Sparcassa her, so werden Sie sehen, welche bedeutende Beträge sogar mit Zinsverlusten in Wechsel-Escompten und Lombardgeschäften investiert sind.

Unsere communalen Sparcassen haben bedeutende Beträge in Papieren angelegt, aber es wird strenge darauf gesehen, dass dies Papiere sind, die bei eintretendem Bedarfe ohne erhebliche Coursverluste rasch und leicht begeben werden können.

Der Antrag also, welcher gestellt wird, dass man Beträge bis zu 1000 Kronen ohne Kündigung oder gegen vierzehntägige Kündigung, bis zu 20.000 Kronen aber gegen vierwöchentliche Kündigung aufnehmen soll, würde die Stadt Wien möglicherweise in die allergrößte Gefahr stürzen. Wir würden 35 Millionen Kronen schuldig sein, welche sofort zurückverlangt werden könnten, und wenn dies auch in der Regel nicht geschieht, so könnte es geschehen, und mit solchem Gelde könnten wir unmöglich Investitionen machen, welche nicht realisierbar sind. Wir haben ja in den städtischen Sparcassen 15 bis 20 Millionen solches Geld und dürften nur unseren Sparcassen sagen, gebt uns das Geld, so wären wir aus aller Noth; aber das dürfen wir nicht thun, die Sparcassen müssen den vollen Gegenwert haben; sie haben daher auch etwas mehr als die Hälfte in guten Hypotheken, das Andere in leicht verkäuflichen Papieren. Ich bitte Sie also, auf eine solche Anregung nicht einzugehen.

Ich bin überzeugt, dass, wenn der Herr Dr. Lueger die Sache ruhig überlegt, er selbst zu der Ansicht kommen wird, dass damit eine große Gefahr für die Gemeinde verbunden wäre. Ganz ohne Grund ist es ja nicht, dass jetzt an der Börse mit drei und dreieinviertel Percent Geld gegen sichere Werte im Überfluss zu haben ist, während die sichersten Papiere noch immer volle vier Percent tragen. Worin liegt das? Warum kauft man nicht Pfandbriefe, die vier Percent tragen, und begnügt sich mit drei Percent? Einfach, weil man weiß, dass man gegen Kündigung von zwei oder drei Monaten wieder sein Geld haben kann. Wir selbst sind in der Lage, größere Beträge zu sehr billigem Zinsfuß auf kurze Zeit zu elocieren. Im November gehen an Steuern beiläufig zwei bis zweieinhalb Millionen ein, welche wir zum Jännercoupon wieder brauchen. Für diese zwei Monate bleibt uns nichts anderes übrig als, um wenigstens eine dürftige Verzinsung zu haben, das Geld an irgendeine Bank zu geben.

Nun ist der Antrag gestellt worden, die Zeichnungen sollen bei allen städtischen Cassen unentgeltlich ohne Provision gemacht werden. Das ist selbstverständlich. Die Subscribentenlisten werden nicht bloß in der Centrale aufliegen, sondern auch bei allen Bezirksämtern, vielleicht werden auch in den communalen Sparcassen solche Zeichenstellen errichtet werden. Wenn sich das Wort „unentgeltlich" vielleicht auch darauf beziehen sollte, dass wir Wechselstuben, Bankhäuser u. dgl. ersuchen, die Subscription bei sich vorzunehmen, also als Zeichenstellen zu fungieren, und dass sie das unentgeltlich machen sollen, so stellen wir eigentlich meiner Überzeugung nach ein etwas unbilliges Verlangen. Der Greißler kauft Eier, Brot und Butter im großen und hat dabei den bürgerlichen Gewinn, und der Wechsler handelt mit Papieren und hat dabei auch Gewinn; der Wechsler ist auch ein Geschäftsmann, ein Gewerbsmann, der Nutzen ist klein, in der jetzigen Zeit sehr herabgedrückt, es ist ein kleiner Zwischengewinn und es ist wirklich kein beneidenswertes Geschäft für die Wechselgeschäfte, mit einer Differenz von 10 kr. bei 100 fl. Notenrente oder Pfandbriefe zu handeln.

Ich weiß, dass es manchen Wechselstuben recht knapp geht und der Verdienst ein wirklich außerordentlich kleiner ist. Wenn also Wechselstuben die Freundlichkeit haben, unentgeltlich als Zeichenstellen zu fungieren, so werde ich nichts dagegen haben. Wenn ich aber ein Wechsler wäre, so würde ich das ablehnen und sagen: Ich bin ein Geschäftsmann, und so wie ein Greißler Eier und Butter nicht ohne Nutzen verkaufen will und kann, so muss auch ich ein Geschäft machen, welches für einen Wechselstubenbesitzer angemessen ist.

Es ist gesagt worden, man soll die Papiere der Börse entziehen, sie sollen keine Speculationspapiere werden. Da muss ich sagen, dass der Herr Dr. Lueger die Börse recht schlecht kennt. Ich kann versichern, dass in unseren alten Communal-Anlehens-Obligationen wochenlang kein Schluss vorkommt; wenn Sie die Courszettel nachsehen, werden Sie die zwei Striche finden, aber in der Rubrik, wo die vorgekommenen Schlüsse sind, konnte ich — ich habe in der letzten Zeit wiederholt nachgesehen — oft wochenlang keinen Schluss finden. Die Börse speculiert in Creditactien und anderen Papieren, in Communal-Anlehen speculiert aber ein vernünftiger Mensch nicht. Es kommt weder ein Steigen, noch ein Fallen der Papiere vor.

Meine Herren, dass ein Papier einen gewissen Cours haben und halten muss, ist für den Besitzer ein Vortheil; denn, wenn jemand eine Anlage macht, bei der er auf einen Coursverlust gar nicht zu rechnen hat, wenn er z. B. einen Haussatz hat, so ist der Satz in der Zeit einer Börsenkrisis auch weniger wert als volle 100, es kommt aber das nicht zum Ausdrucke, weil er sein Geld nicht verlangt, und alle Papiere, welche so sicher sind, wie die Prioritäten, haben selbst in den bewegtesten Zeiten eine sehr schwache Coursbewegung. Sie sind nicht so empfindlich, wie es Staatsrenten früher waren, jetzt aber, wie ich glaube, auch nicht mehr sind.

Nun wendet sich der Herr Vorredner zu der Bestimmung, dass dem Bürgermeister die Bestimmung des Courses überlassen werde.

Meine Herren! Die Bestimmung eines solchen Courses kann einer Corporation sehr schwer überlassen werden. Es ist begreiflich, dass darüber eine öffentliche Discussion kaum stattfinden kann, ob man das Papier zu 99 oder 98 oder 97½ nehmen wird u. s. w. Das muss der ersten Vertrauensperson in der Gemeinde überlassen bleiben. Wenn aber der Herr College meint, dass man nicht unter 98 gehen soll, so bin ich der Meinung, dass wir selbst einen besseren Cours bekommen werden, und ich bin der Meinung, dass das Papier, selbst wenn wir es zum Paricours oder 99 oder 99½ auflegen, auch voll gezeichnet werden wird. Ich glaube also, wir sollten uns eine solche Beschränkung nicht selbst auferlegen. Der Herr Vorredner hat auch gesagt, er wolle haben, dass niemand an dem Papier etwas verdienen kann. Mir ist das ziemlich alles eins, wenn Rothschild sagt: „ich übernehme das Papier zu 101" und er verkauft es mit 120, liegt uns nichts daran. (Rufe links: Aha!) Ich habe nichts dagegen, mir ist das gleichgiltig. (Rufe links: Das ist der jüdische Standpunkt!) Ich weiß nicht, ob es den Herren vielleicht lieber ist, wenn er es mit 95 kauft und 10 fl. daran verliert. Dann werden die Herren eine Riesenfreude haben, wir haben aber einen schlechteren Cours. Ich bitte, sich also von solchen kleinlichen Rücksichten, ob einer dabei einen Groschen verdient oder nicht, nicht leiten zu lassen. Wir wollen für die Gemeinde den bestmöglichen Cours haben. Was der Besitzer damit macht, kann uns vollkommen gleichgiltig sein.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich finde den Antrag des Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger für nicht so gefährlich, wie der Herr Referent gemeint hat. Ich glaube, wir können dem Antrage auch zustimmen. Auch bin ich nicht besorgt, dass ein Bankerott der Stadt Wien eintritt. Aber selbst, wenn es so weit kommen sollte, dass uns alle Besitzer von Obligationen auf einmal kündigen, meine Herren, das müsste schon eine besondere Ursache haben und ich glaube, eine solche wird in der nächsten Zeit nicht eintreten. Die Banken sind immer die Verschleißer der Obligationen und die müssen immer ihren Rebach dabei haben. Das wollen wir uns aber nicht gefallen lassen. Wir wollen, dass das Publicum direct das Papier beziehen kann, ohne sich einer Mittelsperson bedienen zu müssen.

Wir sind ja nicht hier, um das Interesse dieser Bankfächer zu vertreten, wir sind jedenfalls hier, um das Interesse des Volkes zu vertreten. Wenn die Herren glauben, dass wir dadurch den Banken eine Concurrenz bieten, so meine ich, könnten wir da ganz einverstanden sein; denn wir sind nicht da, um überhaupt Börsenspiel zu treiben, und ich halte es für vernünftiger, wenn ein Papier mit einem fixen Preise existiert, als wenn dasselbe dem Wechsel unterworfen ist, durch einen beliebigen Zeitungsschreiber in die Höhe getrieben werden kann oder creditunfähig gemacht wird, oft wegen Ursachen, die eigentlich gar nicht existieren, die oft auf ein Lügengewebe zurückzuführen sind, wie wir schon sehr oft erfahren haben. Ich glaube, dass wir uns da gar nichts vergeben, wir schützen die Gemeinde und schützen die Inhaber dieser Obligationen, wenn wir sie nicht dem freien Börsenspiel überlassen. Die Gemeinde, glaube ich, kann das ganz gut in die Hand nehmen, sie hat ihre Ämter und die Leute werden sich schon finden; wir brauchen keine Vermittelungspersonen, die uns das Papier verkaufen. Ich glaube, wir bringen es selbst an, und zwar reißend, ohne dass der Gemeinde dadurch Auslagen verursacht werden.

Referent (Schlusswort): Ich habe vergessen, auf einen Antrag zu reagieren, welcher gestellt wurde, dass nämlich die Coupons 14 Tage vor dem Verfall eingelöst werden. Ich glaube, dass das in die Bestimmung nicht gehört; so viel mir bekannt ist, löst der Staat auch 14 Tage vor dem Verfall seine Coupons ohne Abzug von Zinsen ein und ich glaube, die Gemeinde wird dasselbe thun können, wird das aber von Fall zu Fall kundmachen.

Das geschieht beim Staate hauptsächlich aus dem Grunde, um einen starken Andrang bei den Cassen zu vermeiden; dasselbe Motiv ist auch bei uns vorhanden, wir müssen auch das Geld früher haben; ich habe gegen eine solche Bestimmung gar nichts und würde bitten, diese Anträge dem Stadtrathe zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung; Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat folgenden Antrag gestellt (liest):

„Die Begebung hat in der Weise zu geschehen, dass die Ziehungen zum Nennwerte bei allen Gemeindecassen und bei jenen Zahlstellen, welche sich zur Entgegennahme von Zeichnungen bereit erklären, entgegengenommen werden.

Zugleich ist bekanntzumachen, dass

1. die Gemeinde Wien bei allen städtischen Cassen die Coupons, 14 Tage vor dem Verfallstermin angefangen, an Zahlungsstatt annimmt;

2. dass sie bis auf weiteres Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 200 Kronen sofort bei Präsentation, solche über 200 bis 1000 Kronen nach 14tägiger Kündigung, solche über 1000 Kronen

bis 2000 Kronen nach vierwöchentlicher Kündigung zum Nennwerte rückkauft und dass sie

3. Schuldverschreibungen jederzeit, soweit der Vorrath reicht, zum Nennwerte verkauft."

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages sind noch weitere Anträge gestellt. Der erste Absatz über die Art und Weise der Begebung ist ein selbständiger Gegen-Antrag. — Bezüglich des weiteren Antrages, Punkt 1, hat der Herr Referent die Zuweisung an den Stadtrath gewünscht. — Bezüglich der weiteren Anträge ist ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen worden.

Ich glaube, in folgender Weise die Abstimmung vornehmen zu müssen. Zuerst über den ersten Absatz, betreffend die Begebung; dann werde ich bezüglich der Punkte 1, 2, 3 des zweiten Absatzes die Anfrage stellen, ob die Herren mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind oder nicht. — Ich ersuche also jene Herren, welche den Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger: „Die Begebung .... entgegengenommen werden" — annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Herren, welche den Antrag, wonach bekanntzumachen sei, dass die Gemeinde Wien bei allen städtischen Cassen die Coupons 14 Tage vor dem Fälligkeitstermine an Zahlungsstatt annehme, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jene Herren, welche den Antrag, dass bis auf weiteres Schuldverschreibungen von der Gemeinde je nach der Höhe bei der Präsentation oder nach Kündigung zum Nennwerthe rückgelöst werden, dem Stadtrathe zuweisen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Der dritte Punkt geht dahin, dass Schuldverschreibungen jederzeit, soweit der Vorrath reicht, zum Nennwerte von der Gemeinde verkauft werden. Ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Es kommt nun der Referenten-Antrag.

Der erste Punkt lautet: „Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu."

Der Gegen-Antrag Dr. Lueger lautet: „Der Begebungscours darf nicht unter 98 für 100 sein; unter dieser Einschränkung steht die Entscheidung über den Begebungscours dem Bürgermeister zu."

Der Antrag des Herrn Referenten ist der weitergehende; ich erlaube mir, denselben zuerst zur Abstimmung zu bringen, und ersuche jene Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der zweite Absatz des Referenten-Antrages lautet: „Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen."

Der Gegen-Antrag des Herrn Dr. Lueger lautet: „Die Begebung hat nur im Wege der öffentlichen Subscription zu erfolgen."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beantrage über diesen Antrag die namentliche Abstimmung. (Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt die namentliche Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt (lebhafter Widerspruch links), also bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. — Nach Auszählung des Hauses.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist mit 51 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Es wird zuerst zur Abstimmung gebracht der Gegen-Antrag des Gem.-Rathes Dr. Lueger: „Die Begebung hat nur im Wege der öffentlichen Subscription zu erfolgen." Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag annehmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. — Nach Auszählung des Hauses.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist mit 58 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Ich bringe zur Abstimmung den Antrag des Referenten, welcher lautet: „Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen." Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen.

Referent: Punkt 6 lautet (liest):

„Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), ferner wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des k. k. Postsparcassen-Amtes, dann von Pupillar-, Fideicommiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den Nennwert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuer- und Stempelgebürenfreiheit — die nöthigen Schritte einzuleiten."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn auch Ihr bisheriges Vorgehen wenig ermuthigend ist, auch den letzten Antrag zu stellen, werde ich es dennoch thun. Wir werden sehen, inwieweit ihre Gebundenheit reicht. Für mich ist es wichtig, dass in das Landesgesetz die Bestimmung aufgenommen werde, dass das Anlehen nur für Zwecke der Hochquellenleitung durch Zuleitung neuer Hochquellen verwendet werden darf, und dass ein eventuell sich ergebender Mehrerlös aus dem Anlehen nicht etwa zu irgend einem anderen Zwecke, sondern nur auf die Rücklösung des Anlehens in dem gegebenen Betrage verwendet werden darf, das, meine Herren, halte ich für unbedingt nothwendig. Ich glaube, die Majorität sollte auch dafür sein, denn möglicherweise kann sich die Majorität ändern, und dann ist die an Stelle der jetzigen Majorität tretende Majorität auch an diesen Beschluss gebunden, weil er in dem Gesetze seinen Ausdruck gefunden hat. Wenn der betreffende Antrag oder Beschluss nicht im Gesetze seinen Ausdruck findet, können Sie den Beschluss jederzeit ändern; Sie können sagen: Gut, wir haben es ja beschlossen für eine Hochquellenwasserleitung, aber jetzt beschließen wir es — sagen wir — für eine Donau-Nutzwasserleitung.

Wenn es aber im Gesetze drin steht, so können Sie den Beschluss nicht ändern, und darum ist es unbedingt nothwendig — und ich mache speciell die Herren Vertreter der Vororte aufmerksam — dass dieser Punkt ins Gesetz gehört. So lange er nicht im Gesetze drin ist, gilt von den Beschlüssen der Grundsatz, dass der Teufel hinter ihnen steckt. Sie haben ja Ihre Beschlüsse schon so oft geändert, und wenn Ihnen morgen der Herr Bürgermeister sagen wird: Gestern habt Ihr einen riesigen Unsinn gemacht, jetzt müsst Ihr anders beschließen! — so sagen Sie sofort ja (Widerspruch rechts). Da müsste ich Sie schlecht kennen; ich kenne Sie ja so genau, als ob ich ihr Vater wäre (Heiterkeit). Meine Herren,

sind Sie deshalb nicht beleidigt! Sie brauchen nicht beleidigt zu sein, der Herr Bürgermeister ist ja auch gescheiter als Sie alle zusammengenommen! (Heiterkeit.)

Also, meine Herren, ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen (liest): „In das Landesgesetz ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Der Erlös aus dem Anlehen darf nur zu dem Zwecke der Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung durch Zuleitung neuer Hochquellen verwendet werden. Ein sich eventuell ergebender Mehrerlös ist zu dem Zwecke des Rückkaufes, beziehungsweise der Verlosung eines entsprechenden Theiles des Anlehens zu verwenden."

Meine Herren, hic Rhodus, hic salta! Ist es Ihnen wirklich nur darum zu thun, die Hochquellenleitung zu ergänzen, dann stimmen Sie für den Antrag. Wenn Sie auch diesen Antrag ablehnen, dann, meine Herren, weiß ich wenigstens, dass diese Hochquellenleitung nichts anderes ist als ein Schirm nach außen hin, der Sie gegenüber der Bevölkerung decken soll, weil Sie unter jeder Bedingung Schulden machen wollen. Ich beantrage auch über diesen Antrag namentliche Abstimmung.

Zum Schlusse erwähne ich Folgendes: Zu diesem Beschlusse ist die Anwesenheit von 92 und die Zustimmung von 70 Gemeinderäthen erforderlich. (Widerspruch.) Sie können es ja anders auslegen, Sie können ja machen, was Sie wollen. Ich weiß ohnehin, Gesetze gibt es in Österreich nicht.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners darauf aufmerksam machen, dass im Punkt 1, der bereits vom Gemeinderathe beschlossen ist, der Zweck bestimmt ist, zu welchem das Anlehen aufgenommen ist. Da heißt es ausdrücklich: „zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung". Deutlicher kann der Zweck des Anlehens nicht angegeben werden. Meines Wissens wird der Landtag das Anlehen für den bestimmten Zweck genehmigen. Wozu aber der Gemeinderath, nachdem er im § 1 den Zweck des Anlehens in klarer Weise ausgesprochen hat, noch extra die Bitte an den Landtag stellen soll, das ausdrücklich aufzunehmen, ist mir völlig unerfindlich.

Ich halte daher einen solchen Antrag ganz und gar für überflüssig. Die Stilisierung des Landesgesetzes ist Aufgabe des Landtages und nicht unsere Aufgabe.

Gem.-Rath Grünbeck: Wenn ich für den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Lueger bin, so bin ich es nicht als Parteimann, sondern als Vororte-Vertreter, weil es gewiss besser ist, wenn dieser Absatz im Gesetze ist, als wenn er nicht darinnen steht. Das ist besser für die Vororte und viel gewisser, als wenn ein Gesetz gemacht wird, wo diese Gewissheit ausgeschlossen ist. Von dieser Einleitung vorne halte ich nicht viel. Ich glaube auch, dass die Herren Vororte-Vertreter, welcher Partei sie auch immer angehören, doch so viel Muth haben, für diesen Antrag zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Herr Gem.-Rath Dr. Lueger rennt offene Thüren ein. Es steht ausdrücklich hier, „zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung" wird dieses Anlehen aufgenommen, folglich zu keinem anderen Zwecke, und es darf auch zu keinem anderen Zwecke verwendet werden. Es steht bereits hier, und es würde einen recht garstigen Eindruck nach außen machen, wenn wir dasjenige, was ohnehin schon hier steht, extra noch in einem Paragraphen rückwärts anfügen würden. Das würde heißen, wir fürchten uns vor uns selber, wir haben zu uns selbst kein Vertrauen. Einem solchen Antrage kann ich nicht zustimmen; ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe nur die Bemerkung zu machen auf eine Äußerung, welche seitens des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger gefallen ist, dass hier eine qualificierte Majorität erforderlich ist, dass das nach meiner Ansicht nicht richtig ist. Selbst wenn der Gemeinderath den Punkt 6 gar nicht beschließt, hat der Bürgermeister auf Grund jenes Artikels, welcher besagt, der Bürgermeister hat die Beschlüsse des Gemeinderathes auszuführen, zu veranlassen, dass der Beschluss des Gemeinderathes, wie er in 1 und 2 niedergelegt ist, dem Landmarschall zur Erwirkung eines Landesgesetzes vorgelegt werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Darf ich um das Wort nur zu diesem Punkte bitten? Es heißt in lit. l des § 52 folgendermaßen wörtlich: „Rücksichtlich des Antrages auf Erwirkung eines Landesgesetzes gelten die oben unter lit. i enthaltenen Bestimmungen", und die Bestimmungen unter lit. i lauten folgendermaßen: „Um den Antrag zu einer solchen Veräußerung vor den Landtag zu bringen, muss derselbe in einer Sitzung von mindestens 92 Mitgliedern des Gemeinderathes berathen und von mindestens 70 Mitgliedern angenommen worden sein." Hier, meine Herren, liegt der Antrag zur Erwirkung eines Landesgesetzes vor, das können Sie nicht bestreiten. (Widerspruch rechts.) Sie können doch um Gotteswillen die Worte des Gesetzes nicht einfach wegleugnen! Das ist ein Antrag zur Erwirkung eines Landesgesetzes, und dazu brauchen Sie 92 Anwesende und 70 Mitglieder, welche dafür stimmen. Wenn Ihnen dieses Gesetz unbequem ist, so muss es halt der Herr Bürgermeister wieder ändern lassen; was liegt denn daran? Sie können ja den Paragraphen dreimal vom Landtage flicken lassen, da liegt nichts daran, aber nach dem Wortlaute des Gesetzes bin ich vollständig im Rechte.

Bürgermeister: Der verehrte Herr Dr. Lueger scheint vergessen zu haben, dass wir ein Gesetz vom 20. März 1893 haben, welches bekanntlich beschlossen wurde, nachdem die verehrte Opposition längere Zeit unseren Berathungen nicht beigewohnt hat; und wenn er den Wortlaut dieses Gesetzes kennt, so wird er gleich finden, dass seine Meinung vollständig unrichtig ist. Dort ist nämlich dasjenige nicht mehr aufgenommen, was früher in lit. k gestanden hat, nämlich: der Antrag auf Erwirkung eines Landesgesetzes muss in einer Sitzung bei Anwesenheit von mindestens 92 Mitgliedern berathen und von mindestens 70 Mitgliedern angenommen worden sein. Das ist gestrichen worden, es steht nicht mehr darin, sondern es steht darin (liest): „Wenn es sich aber um eine der im § 52 unter lit. i und l — also Anlehen — angeführten Verwaltungsangelegenheiten, beziehungsweise um solche Angelegenheiten handelt, welche nach § 52 lit. k der Bewilligung durch ein Landesgesetz bedürfen, ist zur Beschlussfassung die Anwesenheit von wenigstens 92 seiner Mitglieder erforderlich." (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist gleich!) Ich bitte, das ist nicht gleich; ich übergehe das Folgende, es heißt dann aber weiter (liest): „Beschlüsse über die im § 52 unter lit. i und l angeführten, beziehungsweise über solche Verwaltungsangelegenheiten, welche nach § 52 lit. k der Bewilligung durch ein Landesgesetz bedürfen, können nur mit Zustimmung von mindestens 70 Mitgliedern des Gemeinderathes giltig gefaßt werden."

Das heißt, wenn über die Sache, also über das Anlehen und die Bürgschaft Beschluss gefasst wird, müssen 92 Mitglieder des

Gemeinderathes anwesend sein und 70 zustimmen, darüber aber, dass das an den Landtag zu gehen hat, dass ein Landesgesetz darüber zu erscheinen hat, ist nicht abzustimmen, das ist im Gesetze selbst vorgesehen, dass solche Angelegenheiten nicht im eigenen Wirkungskreise erledigt werden, sondern nur durch ein Landesgesetz. Und darum ist die Ausführung des Herrn Dr. Lueger, dass wir zu Punkt 6 die Anwesenheit von 92 Mitgliedern oder zur Zustimmung 70 brauchen, vollständig unrichtig.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Abstimmung): Ich glaube, dass nach diesen Ausführungen es ganz überflüssig ist, dass diese Worte „Wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 laut des Statutes)" in den Antrag aufgenommen werden. Der Zweck dieses Antrages war eigentlich nur, dass ein Reichsgesetz nebstbei für diese Begünstigung erwirkt werde. Es ist das ein ganz ungewöhnlicher Vorgang und ich begreife eigentlich nicht, dass wir das im Stadtrathe übersehen haben. Ich stelle also zur Abstimmung den Antrag, dass die Worte „Wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 laut des Statutes)" und das Wort „ferner" weggelassen werden, beziehungsweise dass über diese Worte separat abgestimmt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Zu Punkt 6, welchen die Herren vor sich haben, wurde ein Zusatz-Antrag gestellt, welcher lautet: „In das Landesgesetz ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Der Erlös aus dem Anlehen darf nur zu dem Zwecke der Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung durch Zuleitung neuer Hochquellen verwendet werden. Ein sich eventuell ergebender Mehrerlös ist zum Zwecke des Rückkaufes, beziehungsweise der Verlosung eines entsprechenden Theiles des Anlehens zu verwenden."

Über diesen Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich bringe zuerst zur Abstimmung den Antrag des Herrn Referenten Punkt 6, und zwar zunächst jenen Theil, welchen der Herr Gem.-Rath Dr. Vogler bekämpft hat, nämlich die Worte: „Wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 laut Statutes) und das Wort „ferner".

Ich bitte die Herren, welche diesem Satze zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Nach einer Pause; es ist die Minorität. — Abgelehnt.

Ich bringe nun zur Abstimmung Punkt 6 in folgender Fassung:

„Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des k. k. Postsparcassenamtes, dann von Pupillar-Fideicommiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den Nennwert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden; endlich wegen Erwirkung der Steuer- und Stempelgebürenfreiheit — die nöthigen Schritte einzuleiten."

Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt die Vorfrage. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, dass über den Zusatz-Antrag des Herrn Dr. Lueger namentlich abgestimmt werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommt der Zusatz-Antrag. Wünschen die Herren, dass ich denselben nochmals verlese? (Rufe: Nein!) Also, ich bringe diesen Antrag unter einem zur Abstimmung, vorausgesetzt, dass der Herr Antragsteller einverstanden ist. Ich bitte die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: 1. Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung.

2. Diese Anleihe soll mit vier vom hundert verzinslich sein und innerhalb neunzig Jahren durch Verlosung al pari zurückbezahlt werden. Die Gemeinde Wien behält sich das Recht vor, auch eine größere Anzahl von Obligationen, als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämmtliche noch im Umlaufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

3. Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

50.000	Stück à	100	Kronen	=	5 Millionen
25.000	„ „	200	„	=	5 „
10.000	„ „	500	„	=	5 „
10.000	„ „	1.000	„	=	10 „
2.000	„ „	5.000	„	=	10 „
					35 Millionen.

4. Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von höchstens $6^1/_4$ Millionen Gulden = $12^1/_2$ Millionen Kronen begeben; die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen.

5. Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu. Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen.

6. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur „fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, „der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des „k. k. Postsparcassen-Amtes, dann von Pupillar-Fidei- „commiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, „jedoch nicht über den Nennwert, zu Dienst- und Ge- „schäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuer- und Stempelgebürenfreiheit — die nöthigen Schritte einzuleiten.

4. Referent Gem.-Rath Boschan: Durch den eben gefassten Beschluss erledigt sich und schließt unser Voranschlag für das laufende Jahr ab, weil die letzte Post der Bedeckung nicht früher votiert werden konnte, bevor nicht die beschlussfähige Anzahl vorhanden war. Es ist der Antrag, welcher im Budget gestellt wurde, dass derjenige Betrag, welcher für Wasserleitungszwecke im laufenden Jahre per 3,230.210 fl. eingestellt war, durch eine Finanzoperation zu decken ist, zur Abstimmung zu bringen und bitte ich, damit einverstanden zu sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Der letzte Antrag des Herrn Referenten zum Budget ist durch diese Anträge erledigt. (Lebhafte Unruhe; Rufe: Das geht nicht!)

Referent: Die Herren scheinen mich nicht verstanden zu haben, ich werde es daher nochmals wiederholen. Wir konnten das Budget nicht schließen, weil in der Bedeckung außer den Umlagen und Entnahmen aus den Cassabeständen auch ein Betrag, welcher durch eine Creditoperation zu bedecken war, begriffen war. Nachdem wir nun das Anlehen beschlossen haben, ist es nothwendig, um das Budget formell beschließen zu können, dass der Betrag, welcher für Wasserleitungszwecke im laufenden Jahre eingestellt ist, nämlich 3,230.210 fl., und welcher durch eine Finanzoperation zu bedecken war, als durch dieses Anlehen bedeckt ausgesprochen erscheint. Ich bitte Sie nunmehr, diesen Antrag zum Beschlusse zu erheben.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist bis jetzt immer an dem Grundsatze festgehalten worden, dass ohne Vorberathung des Stadtrathes nichts beschlossen wird.

Referent: Er ist durch die Budgetcommission sowie im Stadtrathe vorberathen worden, nur konnte er im Gemeinderathe nicht beschlossen werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ein Antrag liegt uns nicht vor. Es musste dieser Antrag im Stadtrathe beschlossen worden sein, und würde ich bitten, dass der geschäftsordnungsmäßige Vorgang eingehalten werde. Es möge auch dieser Gegenstand im Stadtrathe erledigt werden. Es ist kleinlich, meine Herren, aber wenn wir einen ähnlichen Antrag stellen, heißt es immer: An den Stadtrath. So soll auch dieser Gegenstand an den Stadtrath gehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Sie sind im Irrthum. In dem gedruckten Exemplar des Budgets, das sich in den Händen sämmtlicher Mitglieder des Gemeinderathes befindet, ist dieser Antrag enthalten, und derselbe Antrag ist von der Budget-Commission empfohlen worden. Nur aus formalen Gründen ist dieser Antrag nicht erledigt worden.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Dieser Punkt steht nicht auf der Tagesordnung, weder auf der gedruckten, noch auf der geschriebenen, und ich bitte, ihn auf eine andere Sitzung zu verschieben. Das ist jedenfalls gesetzwidrig.

Referent: Das Budget ist im Stadtrath berathen worden, es ist außerdem durch die Commission des Gemeinderathes berathen worden. Der Antrag kann daher nicht mehr im Stadtrath erscheinen, und es ist nur eine Formalität zu erfüllen, weil dieser Antrag nur bei Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen, die eben damals nicht vorhanden waren, zum Beschluss erhoben werden kann. Es ist dies fast eine Chikane, und ich weiß nicht, was die Herren damit haben wollen. Ich bitte, den Beschluss zu fassen, dass dieser Betrag in die Bedeckung eingestellt wird. Dagegen kann niemand eine Einwendung haben.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Uns gegenüber wird die Geschäftsordnung erbarmungslos angewendet, uns wird nicht der geringste Athemzug gegönnt, der vielleicht anscheinend gegen die Geschäftsordnung ist. Uns gegenüber werden Bestimmungen angewendet, die nicht in der Geschäftsordnung stehen. Wenn es sich aber um solche Anträge handelt, dann gibt es keine Geschäftsordnung. Nach der Geschäftsordnung muss ein Antrag auf der Tagesordnung stehen. Er steht nicht auf der Tagesordnung. Nach der Geschäftsordnung muss jeder Antrag vorberathen werden. Auch dieser Antrag muss vorberathen werden. (Rufe rechts: Es ist geschehen!) Es ist nicht geschehen, und es soll der Stadtrath sich neuerdings mit dieser Sache beschäftigen. Gleiches Recht für alle. Wenn Sie diesen Antrag zur Abstimmung bringen, werden Sie sehen, was wir für Schlussfolgerungen daraus ziehen werden.

Referent: Ich kann nur sagen, dass der Gegenstand wochenlang auf der Tagesordnung gestanden ist. So lange Sie nicht da waren, war er auf der Tagesordnung, konnte aber nicht erledigt werden.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe den Referenten-Antrag zur Abstimmung. (Gem.-Rath Gregorig: Hört!) Jene Herren, welche der Anschauung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger sind, bitte ich, dagegen zu stimmen. Der Antrag des Referenten ist Ihnen bekannt. Jene Herren, welche dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

(Gem.-Rath Gregorig: Ich protestiere gegen diesen Vorgang!)

Beschluss: Der vom Stadtrathe und von der Budget-Commission gestellte Antrag, den durch die Gemeinderaths-Beschlüsse vom 27. December 1892 und vom 21. Februar 1893 nicht bedeckten Rest des Erfordernisses pro 1893 im Betrage von 3,230.120 fl. durch eine für Zwecke der Wasserleitung auszuführende Finanzoperation zu bedecken, wird als durch den am 10. Mai 1893 gefassten Beschluss auf Aufnahme eines Anlehens per 35 Millionen Kronen, erledigt beziehungsweise genehmigt erklärt. (Vergl. Hauptvoranschlag pro 1893: Gruppe VI, Rubr. XXVI, 6 bis 9; Budget-Debatte: „Amtsblatt" Nr. 16, pag. 433 u. ff., und Nr. 17, pag. 481.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Gegenstand ist erledigt; die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **12. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig; die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath R. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Janotta:

2. Gem.-Rath Haßfurther überreicht eine Petition der Hausbesitzer der Blindengasse in der Josefstadt, welche um Aufhebung des Beschlusses des Bezirksausschusses Josefstadt bezüglich der Auflassung der Passage bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie ersuchen.

Die Petition lautet (liest):

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die unterzeichneten Hausbesitzer der Blindengasse im VIII. Wiener Gemeindebezirke sind durch einen Beschluss des Bezirksausschusses in der Josefstadt, wonach die Passage bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie gesperrt und gänzlich aufgelassen und deren Straßenareale als Baugrund Verwendung finden soll, in große Aufregung versetzt, denn dieser Beschluss ist im Stande, den Realbesitz in der Blindengasse in hohem Maße zu entwerten und damit die Hausbesitzer an ihrem Eigenthum empfindlich zu schädigen.

In Erwägung des Umstandes, dass der löbliche Gemeinderath stets bestrebt war, an allen nur möglichen Stellen neue Straßendurchbrüche zu schaffen, musste der Beschluss des Bezirksausschusses Josefstadt, betreffend die Auf-

lassung der ehemaligen Lerchenfelderlinie-Passage, welche einen außerordentlichen Verkehr aufzuweisen hat, falls er thatsächlich zur Ausführung käme, aufrichtig bedauert werden, ja, da derselbe den Bedürfnissen des Verkehrs gerade zuwiderläuft, keinerlei Vortheile bringt, sondern nur große Nachtheile im Gefolge hätte, würde und müsste jedermann nachgeradezu entfremden.

In weiterer Erwägung, dass die Passage bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie seit undenklichen Zeiten den Verkehr zwischen der Blindengasse und Neulerchenfeld vermittelte und daher für die Bevölkerung eine — man kann sagen — unentbehrliche Verkehrsader wurde, deren gänzliche Beseitigung nicht nur von den Fußgängern, sondern auch von den unterschiedlichen Fuhrwerken schwer empfunden werden würde, und

in endlicher und schließlicher Erwägung, dass durch die Auflassung der Passage bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie und Verbauung des jetzigen Durchlasses der gegenwärtig sehr lebhafte Verkehr durch die Blindengasse gänzlich aufhören würde, da die Blindengasse durch die Auflassung der Lerchenfelderlinie-Passage in eine todte Gasse verwandelt wäre und die Geschäftslocale und Wohnungen dieser Gasse dann selbst um die Hälfte der jetzigen Mietpreise nur mehr schwer oder vielleicht gar nicht an Mann gebracht werden könnten, erachten die Hausbesitzer der Blindengasse sich in ihren Interessen gefährdet, und da dieselben von der Ansicht geleitet sind, dass es nicht in der Absicht des löblichen Gemeinderathes liegen dürfte, einen voreilig gefassten Beschluss des Bezirksausschusses gutzuheißen und auszuführen, welcher geeignet ist, den Realbesitz der Unterzeichneten total zu entwerten und deren Existenz zu bedrohen, so erlauben sich die ergebenst unterzeichneten Hausbesitzer der Blindengasse, an den löblichen Gemeinderath die Bitte zu richten, diesen für sie so unglücklichen Beschluss des Bezirksausschusses Josefstadt, betreffend die Auflassung der Passage bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie, nicht zur Ausführung bringen zu lassen und die Passage dortselbst, wie selbe seit Jahrhunderten besteht, auch fernerhin bestehen zu lassen.

Indem sich die ergebenst unterzeichneten Hausbesitzer der Hoffnung hingeben, dass ihre Eingabe von Seite des löblichen Gemeinderathes Berücksichtigung finden und durch ein Machtwort desselben der vom Bezirksausschusse Josefstadt gefasste Beschluss, der die Unterzeichneten so schwer schädigen würde, gewiss wieder aufgehoben werden wird, zeichnen sich in dieser Erwartung hochachtungsvoll

(Folgen die Unterschriften.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

3. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung:**

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um vollständige Verlesung der Interpellation, welche sich auf ein Freiheitsrecht Wiener Bürger bezieht, so dass sie wert ist, verlesen zu werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche jene Herren, welche mit der vollständigen Verlesung der Interpellation einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (verliest vollinhaltlich folgende Interpellation):

In den letzten Tagen haben die Arbeiter des städtischen Lagerhauses Versammlungen abgehalten und schließlich ein Memorandum an den Magistrat abgesendet, in welchem sie um Erhöhung des Taglohnes von 1 fl. 20 kr. auf 1 fl. 50 kr. für die männlichen Arbeiter eingeschritten sind. Zeitungsnachrichten zufolge hat der Herr Lagerhaus-Director während der Verhandlungen den Arbeitern den Besuch einer Versammlung verboten, in welcher ihre Forderungen besprochen wurden, und zugleich einen Erlass an sie gerichtet, in welchem „Wirtshausversammlungen" in scharfen Worten missbilligt werden. Auffallend ist insbesondere der letzte Satz in dem Erlasse: „Ich verbiete nunmehr alle weiteren Wühlereien und Aufhetzungen im Offenen oder Geheimen und erkläre, dass jeder, der sie weiter betreibt oder sich daran betheiligt, nicht mehr aufgenommen und für immer von der Arbeit im Lagerhause ausgeschlossen ist."

Diese Sprache des Herrn Lagerhaus-Directors ist geeignet, den Glauben zu erwecken, dass in einem Zweige der Verwaltung der Stadt Wien den Arbeitern das verfassungsmäßige Recht beschränkt wird, Versammlungen abzuhalten und von dem im Jahre 1870 durch ein Gesetz ertheilten Coalitionsrechte Gebrauch zu machen.

Ohne dass an dieser Stelle über die Lohnfrage selbst ein abschließendes Urtheil gefällt werden soll, welche, wie zu erwarten steht, von dem Magistrat im Sinne der von der Commune Wien jederzeit gegen ihre Angestellten geübten Billigkeit gelöst werden wird, fühlt sich der Gefertigte veranlasst, nachstehende Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu richten:

1. Beruhen die erwähnten Meldungen der Zeitungen auf Wahrheit?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister in diesem Falle das Nothwendige zu veranlassen, damit in Zukunft von Seite städtischer Ämter alles vermieden wird, was dem freiheitlichen Geiste widerspricht, von welchem die Verwaltung der Stadt Wien im Verkehre mit dem Ärmsten wie mit dem Angesehensten, mit dem Taglöhner sowohl, wie mit dem hochstehenden Bürger des Staates getragen sein soll."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich werde die Erhebungen pflegen lassen und diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

4. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Heuberggasse, Pointengasse, Wallishaussergasse und Winklergasse werden im XVII. Bezirke Dornbach derzeit nur durch 6 bis 7 Petroleumlampen spärlich oder gar nicht beleuchtet, so dass das Bewohnen dieser Gassen unheimlich wird; durch die mangelhafte Beleuchtung können auch Unzukömmlichkeiten und Unglücksfälle jeder Art entstehen. Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass die oberwähnten Gassen des XVII. Bezirkes mit Gasbeleuchtung zu versehen sind, und zwar soll die Rohrlegung, mit welcher bereits in der Pichlergasse begonnen worden ist, noch in diesem Jahre bewerkstelligt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

5. Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Bärtl** und **Eigner:**

Im XVII. Bezirk, Dornbacher Hauptstraße Nr. 83 und 81, gegenüber dem Pfarrhofgarten, ist das Trottoir eingesunken und sehr schadhaft, und besteht der Übelstand seit Wochen; es ist nicht möglich, ohne Gefahr zu laufen niederzufallen, das Trottoir zu passieren.

Es ist die dringende Nothwendigkeit vorhanden, wenn alldort nicht ein Unglück geschehen soll, dass das Trottoir gehoben und in einen guten Zustand versetzt werde.

Die Gefertigten stellen den Dringlichkeits-Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Das Stadtbauamt werde beauftragt, den Übelstand sofort zu constatieren und sofort auf kurzem Wege das sehr schadhafte Trottoir in einen guten Zustand herzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Wir kommen zur Tagesordnung. Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rath Dr. Huber.

6. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre, zu referieren hinsichtlich der diesjährigen Wahlen aus dem 1. Wahlkörper, betreffend die Bezirke I bis inclusive V.

Ich beginne mit dem I. Bezirke. Abgegeben wurden 493 Stimmen; ein Stimmzettel wurde von der Commission als ungiltig erklärt, einer war leer. Es waren sieben Mandate hier zu besetzen. Die absolute Majorität beträgt 247 Stimmen. Es erhielten:

Herr Boschan Georg . . .	486	Stimmen,
„ Lederer Moriz, Dr. .	486	„
„ Wurm Alois	486	„
„ Prix, Dr.	483	„
„ Matzenauer Josef . .	481	„
„ Simon Gustav . . .	479	„
„ Goldschmidt Th., R. v.	474	„

Nach dem von mir ausgeführten Wahlresultate erscheinen diese sieben Herren als gewählt; es wird daher der Antrag gestellt, die Wahl der sieben genannten Herren zu verificieren und anzuerkennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; der Antrag ist angenommen.

Referent: Wahl im II. Bezirke. Hier waren vier Mandate zu besetzen. Abgegeben wurden 256 Stimmen, welche alle als giltig erklärt wurden. Die absolute Majorität beträgt 129 Stimmen. Hievon erhielten:

Herr Meißl Karl . . . 228 Stimmen,
„ Geitler Robert . 205 „
„ Stiaßny Wilhelm 198 „
„ Stern Alfred, Dr. 194 „

Es entfielen ferner — ich nenne es, weil es doch einigermaßen eine ansehnliche Zahl ist — auf die Herren Axmann 54, Streits 39, Hartl 28, Hütter 19, Breinöstl 18 Stimmen; die anderen Stimmen sind ungeheuer zersplittert.

Ich beantrage, die Wahl der von mir genannten Herren: Meißl, Geitler, Stiaßny, Dr. Stern zu verificieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? Angenommen.

Referent: III. Bezirk. Abgegeben wurden 257 Stimmzettel, zwei Stimmzettel waren leer, eines wurde von der Commission als ungiltig erklärt; giltige Stimmen 254, die absolute Majorität beträgt 128 Stimmen. Davon erhielten:

Herr Grübl Raim., Dr. 208 Stimmen,
„ Matthies Heinrich 203 „
„ Lukſch Rudolf . . 200 „

Diese Herren haben die absolute Majorität, erscheinen daher gewählt und ich stelle den Antrag, deren Wahl anzuerkennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? Angenommen.

Referent: IV. Bezirk. Abgegeben wurden 324 Stimmzettel, drei Stimmzettel waren leer. Die Zahl der giltigen Stimmen beträgt daher 321, die absolute Majorität 161 Stimmen. Davon erhielten:

Herr Billing Heinrich, v., Dr. 306 Stimmen,
„ Adam Heinrich . . . . . 302 „
„ Gaugusch Anton . . . . 172 „

Diese drei genannten Herren erscheinen als gewählt, daher wird der Antrag gestellt, deren Wahl anzuerkennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Referent: V. Bezirk. Abgegebene Stimmen 155, ein Stimmzettel war leer. Die Zahl der giltigen Stimmen beträgt daher 154. Davon erhielten:

Herr Gerhardus Hermann 104 Stimmen,
„ Lechner Karl . . . . 85 „

Diese beiden Herren erscheinen daher gewählt und ich stelle demnach in Gemäßheit des Stadtraths-Antrages den Antrag, auch die Wahl dieser zwei Herren anzuerkennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wenn niemand das Wort wünscht (Niemand meldet sich), erscheint der Antrag als angenommen.

Beschluss: Die von dem 1. Wahlkörper der Bezirke I bis inclusive V vorgenommene Wahl der Herren Georg Boschan, Dr. Moriz Lederer, Alois Wurm, Dr. Joh. Nep. Prix, Josef Matzenauer, Gustav Simon, Theodor Ritt. v. Goldschmidt, Karl Meißl, Robert Geitler, Wilhelm Stiaßny, Dr. Alfred Stern, Dr. Raimund Grübl, Heinrich Matthies, Rudolf Lukſch, Dr. Heinrich v. Billing, Heinrich Adam, Anton Gaugusch, Hermann Gerhardus und Karl Lechner wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

7. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Im Anschlusse an das eben gehörte Referat habe ich die Ehre, über die Wahlen aus dem 1. Wahlkörper im VI., VII., VIII., IX. und X. Bezirke Bericht zu erstatten. Sämmtliche Wahlen wurden formell als richtig vorgenommen anerkannt. Es sind auch keine Proteste gegen dieselben eingelaufen.

Im VI. Bezirk 1. Wahlkörper wurden abgegeben 227 Stimmzettel, darunter 218 giltige. Es erhielten von diesen giltigen Stimmen 206 Herr Karl Baugoin und 212 Stimmen Herr Josef Schlechter.

Ich beantrage im Namen des Stadtrathes die Verification dieser Wahlen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: Im VII. Bezirke wurden abgegeben 320 Stimmen, darunter 319 giltige. Es erhielten von diesen giltigen Stimmen 242 Stimmen Dr. Ludwig Vogler, 238 Herr Ferdinand Taubler, 210 Stimmen erhielt Herr Franz Frauenberger. Diese Wahlen sind ebenfalls nicht beanständet. Ich bitte um deren Verification.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: Im VIII. Bezirke wurden abgegeben 170 Stimmen, sämmtlich giltige Stimmzettel. Hievon erhielten 160 Stimmen Herr Franz Ritter v. Neumann, 124 Herr Martin Haßfurther. Ich bitte ebenfalls um die Verification.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: Im IX. Bezirke wurden abgegeben 179 durchwegs giltige Stimmen. Davon erhielten 173 Stimmen Herr Ferdinand Dehm, 173 Herr Bernhard Erndt, 171 Herr Karl Kaiser. Ich bitte ebenfalls um die Bestätigung der Wahlen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: Endlich im X. Bezirke wurden 116 Stimmen abgegeben; davon sind 115 giltig, die absolute Majorität beträgt daher 58 Stimmen. Es erhielten 68 Stimmen Herr Ferdinand Rissaweg, 60 Stimmen Herr Alexander Doleinski und 58 Stimmen, also die absolute Majorität, Herr Ferdinand Tüscher. Nachdem hier mehr Personen mit absoluter Majorität gewählt sind, als eigentlich gewählt werden sollten, so kommt hier § 19, Absatz 2 der Wahlordnung zur Geltung, wonach diejenigen als gewählt zu betrachten sind, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Demgemäß bitte ich um Verification der Wahl des Herrn Ferdinand Rissaweg und des Herrn Alexander Doleinski.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung; angenommen.

Beschluss: Die von dem 1. Wahlkörper der Bezirke VI bis inclusive X vorgenommene Wahl der Herren Karl Baugoin, Josef Schlechter, Dr. Ludwig Vogler, Ferdinand Taubler, Franz Frauenberger, Franz Ritt. v. Neumann, Martin Haßfurther, Ferdinand Dehm, Bernhard Erndt, Karl Kaiser,

Ferdinand Rissaweg und Alexander Doleinski wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

8. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Verificierung der Wahl eines Mitgliedes des Gemeinderathes aus dem I. Wahlkörper des XI. Bezirkes, Z. 2373. Bei dieser Wahl, welche am 17. April stattgefunden hat, sind 37 Wähler bei der Wahlurne erschienen. Bei der vorgenommenen Zählung der Stimmzettel haben sich jedoch nur 36 Stimmzettel in der Urne vorgefunden. (Hört! links.) Von den 36 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf Herrn Josef Koch Pferdedeckenfabrikant und Hausbesitzer, 20 Stimmen, auf Herrn Anton Mayerhofer, Hausbesitzer in Simmering, 16 Stimmen. Herr Josef Koch wurde sohin als gewählt proclamiert.

In einem Nachhange zum Protokolle wird Folgendes bemerkt: „Im Nachhange nach Abschluss des vorstehenden Protokolles und Scrutiniums zieht das Commissionsmitglied Herr Alois Wanko, welcher als solches gleich im Anfange seine Legitimationsurkunde abgegeben hatte, welch' letztere auch mit der Namensschiffre des Vorsitzenden und mit der Wahlprotokollnummer 2 versehen wurde, aus seinem Portefeuille einen Stimmzettel heraus, welcher mit dem Namen Alois Wanko bezeichnet erscheint, und erklärt, dass dies sein Stimmzettel sei, welchen er behufs Deposition in die Wahlurne dem Vorsitzenden zu übergeben vergessen hätte."

Gegen diese Wahl ist ein Protest eingebracht worden. In diesem Protest wird zunächst der Umstand in Erwägung gezogen, dass hier statt 37 Stimmzettel, welche hätten in der Urne vorhanden sein müssen, nur 36 vorgefunden wurden.

Es wird zweitens die Wahl aus dem Grunde angefochten, weil ein Herr Leopold Wolf, Privatier, zur Stimmabgabe zugelassen wurde, obgleich derselbe nicht im XI. Bezirke seinen Wohnort hatte.

Die gepflogenen Erhebungen haben nun Folgendes ergeben:

Was zunächst die Einwendung bezüglich des 37. Stimmzettels betrifft, so ist es allerdings als eine Incorrectheit zu bezeichnen, dass ein Wähler zur Stimmabgabe zugelassen, aber der Stimmzettel nicht in die Urne hinterlegt wurde. Diese Incorrectheit hat aber im vorliegenden Falle keinen Einfluss auf das Wahlergebnis, weil, selbst wenn dieser Stimmzettel gerechnet würde, sich die absolute Majorität nicht geändert haben würde, sie wäre in dem einen wie im anderen Falle 19, der gewählte Josef Koch hat jedoch 20 Stimmen erhalten. Aus diesem Grunde erscheint dieser Umstand, obwohl derselbe natürlich nicht gutgeheißen werden kann, nicht von Belang. Übrigens bemerke ich, dass Herr Wanko, welcher seinen Stimmzettel abzugeben vergessen hatte, erklärt, dass sein Stimmzettel auf den Namen Koch gelautet habe (Gelächter links), ein Umstand, der aber selbstverständlich bei dieser Frage nicht weiter in Betracht zu ziehen kommt.

Was den zweiten Umstand betrifft, so ist zu constatieren, dass gleich bei der Stimmenabgabe des Herrn Leopold Wolf von Seite eines Commissionsmitgliedes gegen die Zulassung dieses Herrn Protest eingelegt wurde. Der Vorsitzende hat abstimmen lassen und die Commission hat entschieden, dass Herr Leopold Wolf zur Stimmenabgabe zuzulassen sei, weil derselbe, als im XI. Bezirke Kaiser-Ebersdorf Nr. 56 wohnend, in der Wählerliste eingetragen erscheint. Dieser Umstand ist auch richtig, nachdem in der geschriebenen, also officiellen, für den Wahlact giltigen Liste der Name Leopold Wolf unter dieser Adresse vorkommt und derselbe daher zur Stimmenabgabe zugelassen werden musste. Aus den angeführten Gründen bitte ich Sie, das Wahlergebnis zu genehmigen und die Wahl des Herrn Josef Koch zu verificieren.

Gem.-Rath Dr. Linke: Sehr geehrte Herren! Ich hatte zwar anfangs nicht die Absicht, das Ergebnis der Wahl im 1. Wahlkörper des XI. Bezirkes zu bekämpfen, denn ich war und bin auch jetzt noch der Ansicht, dass wegen einer einzelnen ungiltigen Stimme, sobald dieselbe den Ausschlag nicht gibt, das Wahlergebnis nicht angefochten werden kann, vorausgesetzt, dass nicht andere Umstände vorliegen, welche dem Wahlacte anhaften. Nach den von mir gepflogenen Erhebungen bin ich aber zu der Überzeugung gelangt, dass ein solcher Umstand in der That vorliegt, und zwar ein Gebrechen, welches der officiellen Wählerliste, das ist dem Fundamente der Wahl, anhaftet.

Ich habe nämlich in Erfahrung gebracht, dass Herr Johann Fickeis, Bezirksausschuss im XI. Bezirke, eine Einwendung schon im Reclamationsverfahren eingebracht hat, dahin gehend, dass Herr Leopold Wolf, welcher seinen ordentlichen Wohnsitz im I. Bezirke, Landesgerichtsstraße 12, hat, in der Wählerliste des XI. Bezirkes eingetragen sei. Nachdem derselbe auf seine Einwendungen keine Erledigung erhielt, so begab er sich in das Departement XVII, welches mit der Verification der Wahlen betraut ist, hat sich nach dem Ergebnis seiner Einwendungen erkundigt und hat in Erfahrung gebracht, dass Herr Leopold Wolf verständigt worden sei, dass den Einwendungen stattgegeben, dass er infolge dessen in der Wählerliste gestrichen worden sei (Rufe links: Hört!), dass er aber gegen diese Streichung, gegen die Änderung der Wählerliste einen Recurs eingebracht habe und infolge dessen von Seite des Magistrates nachträgliche Erhebungen bei der Polizeibehörde gepflogen werden. Johann Fickeis glaubte seiner Sache sicher zu sein, weil er, bevor er seine Einwendungen eingebracht und nachdem viele andere Wähler sich wiederholt bei der k. k. Polizeidirection nach dem Wohnsitze des Herrn Leopold Wolf erkundigt und jedesmal mit Bestimmtheit in Erfahrung gebracht haben, dass derselbe nicht in Kaiser-Ebersdorf, sondern in Wien, I. Bezirk, Landesgerichtsstraße Nr. 12, wohnt. (Rufe links: Hört!) Nachdem nun bei mir diese Wahlfrage angeregt worden ist und ich zu meiner Information auch sicher gehen wollte, so habe ich auch, und zwar am 6. Mai, bei der Polizeidirection in Wien über den ordentlichen Wohnsitz des Herrn Leopold Wolf eine Anfrage erhoben und habe die Auskunft erhalten: „Wohnt noch im I. Bezirke, Landesgerichtsstraße Nr. 12." Ich bin nun so frei, dem Herrn Referenten diesen Ausweis vorzulegen. (Begibt sich zum Referenten und legt diesen Ausweis auf den Referententisch. — Gem.-Rath Gregorig ruft: Er weiß es ja ohnedies!) Also es ist unrichtig, dass die Einwendungen des Johann Fickeis verworfen worden sind, weil überhaupt die Veranlassung zur Abweisung fehlt, und zwar umsomehr fehlt, als wirklich in Stattgebung dieser Einwendungen eine gedruckte Wählerliste an sämmtliche Wähler versendet wurde, in welcher bereits der Name des Herrn Leopold Wolf nicht vorkommt.

Aber Herr Johann Fickeis hat von diesem Ergebnisse noch gar nichts gewusst, von welchem ich erzähle. Er war der sicheren Meinung, dass den Einwendungen stattgegeben worden ist und der Recurs abgewiesen werden müsse, und derselbe überhaupt keine Beachtung mehr finden könne, denn, wie die Herren aus dem Amtsblatte ersehen, ist während der ganzen Zeit im Stadtrathe eine Prüfung dieser Einwendungen im Reclamationsverfahren gar

nicht erfolgt. Herr Leopold Wolf hat den Recurs am 4. April eingebracht, es wäre also jedenfalls am 5. April Zeit gewesen, in einer Stadtraths-Sitzung darüber zu entscheiden. Aber so viel ist gewiss, dass über den Recurs des Herrn Leopold Wolf nur der Stadtrath competent gewesen wäre, nach § 13, Alinea 4, zu entscheiden. Nun ist aber eine Entscheidung seitens des Stadtrathes nicht erfolgt; infolge dessen muss angenommen werden, dass das feststeht, was über die Einwendungen des Herrn Leopold Wolf entschieden worden ist, und derselbe sohin nicht in die Wählerliste gehört. Es ist auch Thatsache, dass der Wahl-Commission eine Wählerliste vorgelegt worden ist, in welcher der Name des Herrn Leopold Wolf, welcher ursprünglich eingetragen war, gestrichen wurde. (Rufe links: Hört!) Aber als Herr Leopold Wolf im Wahllocale erschien und seinen Stimmzettel abgeben wollte, dies von anderen jedoch bekämpft wurde, wurde aus der Wählerliste constatiert, dass derselbe Herr Leopold Wolf über Präsidialauftrag in der Wählerliste nachträglich eingetragen worden ist. (Hört! Hört! links.)

Aus der Einsichtnahme in diese Original-Wählerliste habe ich ersehen, dass die Bemerkung wörtlich eingetragen wurde: Über Präsidialauftrag, Z. 54703. Nachdem ich ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt habe, das Wahlergebnis des ersten Wahlkörpers zu bekämpfen, war mir jetzt daran gelegen, der Sache auf den Grund zu sehen. Ich habe mich bemüht und es ist mir endlich nach vielen zeitraubenden Erhebungen gelungen, diesen Präsidialauftrag zu Gesicht zu bekommen. Dieser Präsidialauftrag ist nun in dorso jener Verständigung geschrieben, mit welcher Herrn Leopold Wolf bekanntgemacht wurde, dass er aus der Wählerliste des ersten Wahlkörpers gestrichen sei. Derselbe ist ganz kurz und ist nicht direct gegeben, sondern es heißt: „Ist über Präsidialauftrag nachträglich in die Wählerliste des 1. Wahlkörpers im XI. Bezirke zu übertragen." Darunter ist eine unleserliche Unterschrift, welche keineswegs vom Präsidium selbst herstammt. Was das Datum betrifft, so ist dasselbe nachträglich geändert worden. Das Datum war früher ein anderes und ist später in „7. April" umgeändert worden, und zwar ist die Ziffer „7" so groß geschrieben, dass man nicht mehr ersehen kann, welches Datum ursprünglich darauf stand. Was die Veranlassung zu dieser Änderung anbelangt, so konnte diese gewiss keine andere gewesen sein als die Bemerkung des Leopold Wolf auf dieser von ihm rückgestellten Verständigung gleichfalls in dorso: „Nachdem ich in Kaiser-Ebersdorf, also im XI. Bezirke, meinen ordentlichen Wohnsitz habe, bitte ich, mich in die Wählerliste des XI. Bezirkes zu übertragen." Sonstige Belege liegen nicht vor, und auf Grund des Ausweises, welchen ich vorgelegt habe, also einer öffentlichen Urkunde, muss meinen Worten Glauben geschenkt werden, dass sowohl die Begründung des Recurses als auch der Präsidialauftrag unrichtig ist, dass somit durch die Änderung der Wählerliste etwas geschah, was die Nullität in sich schließt. Ich meine nicht bloß in thatsächlicher Beziehung, weil eine Unwahrheit hier an Stelle der eigentlichen Wahrheit gesetzt wurde. Es ist auch in formaler Beziehung ein wesentliches Gebrechen vorhanden.

Über die Einwendungen des Johann Fickeis hat der Magistrat entschieden. Infolge dessen wäre nach § 13 des Gesetzes von diesem Ergebnisse nicht bloß Leopold Wolf zu verständigen gewesen, wie es auch wirklich geschehen ist, sondern auch Johann Fickeis, weil es im Gesetze ausdrücklich heißt: „Von der Entscheidung des Magistrates sind sämmtliche Betheiligte zu verständigen." Umsomehr wäre Herr Johann Fickeis zu verständigen gewesen von dem Präsidialauftrage, infolge dessen nachträglich die Wählerliste abermals geändert worden ist, und zwar in einer Weise, dass seine Einwendung dadurch ganz wirkungslos geworden ist.

Wenn ich mir die Frage stelle, wie kommt es nun, dass infolge eines Präsidialauftrages die Wählerliste geändert worden sei, ohne dass die Sache an den Stadtrath gekommen ist, so finde ich keine andere Aufklärung dafür, als dass die Zeit nicht mehr zureichend war, um auf einem legalen Wege, nämlich durch Berathung und Beschlussfassung des Stadtrathes, diese Änderung vorzunehmen.

Durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bin ich in der Lage nachzuweisen, dass diese nachträgliche Änderung infolge Präsidialauftrages eine Nullität war, und zwar eine Nullität, welche geeignet ist, nicht bloß die einzelne Stimme des Leopold Wolf, sondern den ganzen Wahlact als nichtig erscheinen zu lassen. Es ist auch eine Thatsache, dass die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes, wenn sie auch, wie ich gleich am Anfange bemerkt habe, auf die Ungiltigkeit einer einzelnen Stimme keinen Bedacht nehmen, in allen jenen Fällen auch den Wahlact ungiltig erklären, wo der Wählerliste Gebrechen anhaften, und zwar unter solchen Umständen, dass dieselben im Reclamationsverfahren nicht mehr beseitigt werden könnten, und das ist nun auch ganz natürlich und gerecht, denn die Wählerliste als eigentliches Fundament der Wahl ist von einer großen Bedeutung, und zwar nicht bloß wegen der einzelnen Stimme, sondern wegen der Vorbereitungen, welche die Wähler der verschiedenen Parteien treffen.

Wenn nach der Wählerliste eine Partei ihre Stimmenzahl gesichert findet, so glaubt sie keinen Anlass zu haben, weitere Anstalten zu treffen, um sich zu consolidieren. Das ist nur als ein Beispiel angeführt, aber es ist gar nicht nothwendig, dass ich überhaupt auf den Grund hinweise, warum die Wählerliste correct sein muss. Es ergibt sich ja das von selbst und erlaube mir nur noch auf eine Entscheidung des hohen Verwaltungsgerichtshofes vom 18. Juni 1884, Z. 1106, hinzuweisen, der zufolge wegen einer einzelnen Stimme der ganze Wahlact aufgehoben wurde, weil innerhalb der acht Tage vor der Wahl Änderungen in der Wählerliste vorgenommen worden waren. Wenn nun ein Fall vorliegt, wo zwar diese Änderungen nicht vorgenommen wurden, wo aber die Erledigungen im Reclamationsverfahren sich derartig verspätet haben, dass die Änderungen gar nicht mehr in legaler Weise in die Wählerliste eingetragen werden konnten, so muss auch dann eine Nullität des ganzen Wahlactes vorliegen. Ich gestatte mir, noch auf eine zweite Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes hinzuweisen. Es ist dies die Entscheidung vom 19. Mai 1883, Zahl 1161, welche den Grundsatz ausspricht, dass, wenn der Wahl-Commission eine Wählerliste vorgelegt worden ist, die von der definitiv festgestellten abweicht, das Wahlverfahren als null und nichtig angefochten werden kann. Hier ist derselbe Grundsatz, der darin gipfelt, dass es sich hier nicht um die einzelne Stimme handelt, sondern um das Fundament der ganzen Wahl.

Die Grundsätze, welche ich hier nachgewiesen habe — und ich erlaube mir, die Entscheidungen dem hochgeehrten Herrn Referenten vorzulegen — sind nun derartig, dass sie auf den vorliegenden Fall vollkommen passen. Ich setze voraus, dass die Herren zugeben, dass ich nur streng sachlich und objectiv den Gegenstand darstelle; wenn Sie sich nun von der Wahrheit dessen überzeugen, was ich bezüglich der Unrichtigkeit der späteren Eintragung des Wohnsitzes des Herrn Leopold Wolf dargelegt habe, wenn Sie sich weiters

zu Gemüthe führen, dass infolge eines Präsidialauftrages überhaupt keine Änderungen in der Wählerliste vorgenommen werden dürfen, und dass die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes eben auf dem Grundsatze basieren, dass ein Wahlact angefochten werden kann, welcher die Wählerliste in einem Stadium betrifft, wo überhaupt eine Abhilfe in demselben nicht mehr möglich ist, dann bleibt kein anderer Schluss übrig, als mir beizupflichten und dem Antrage des Herrn Referenten nicht beizustimmen.

Was den zweiten Einwand anbelangt, welcher im Proteste der Herren Albin Hirsch, Anton Mayerhofer und Karl Förster, also von drei Mitgliedern der Wahl-Commission während der Wahl constatiert und in das Protokoll aufgenommen worden ist, dass nämlich 37 Wähler als anwesend in das Wahlverzeichnis der erschienenen Wähler eingetragen und dennoch bloß 36 Stimmzettel abgegeben worden sind, so will ich, wenn ich streng objectiv argumentiere, wohl zugeben, dass hier von Seite des Verwaltungsgerichtshofes eine günstige Entscheidung für diejenigen, welche den Protest eingebracht haben, wohl nicht zu gewärtigen wäre, aber ganz gleichgiltig ist dieser Umstand nicht, und es ist nothwendig, dass er constatiert wird, denn solche Sachen dürfen ein- für allemal nicht vorkommen, wie ja auch der Herr Referent selbst constatiert hat, dass eine Incorrectheit vorgekommen ist, welche unter allen Umständen bedauerlich ist. Aber es ist dabei ein Umstand zu berücksichtigen, welcher dieses Räthsel jedenfalls in ein merkwürdiges Licht stellt, wenn man die Instruction in Betracht zieht, welche der Wahl-Commission vorgelegt wird. Diese Instruction besteht nämlich darin, dass die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihe, wie sie in der Wählerliste eingetragen sind, aufgerufen werden, ihre Stimmzettel abzugeben, und zwar in zwei Kategorien, zuerst die Mitglieder der Wahl-Commission, welche dem betreffenden Wahlkörper angehören, und dann die anderen Wähler; nach dem Aufrufe hat jeder Genannte zu erscheinen und zuerst seine Legitimation dem Vorsitzenden vorzulegen.

Nun wird geprüft, ob er zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt sei, und wenn von der Wahl-Commission die Berechtigung anerkannt wird, so wird erst dann von ihm der Wahlzettel in die Urne gegeben, wird die Legitimation vom Vorsitzenden bestätigt und ihm zurückgestellt. Es geht also aus der Rückstellung der Legitimation, welche mit der Unterschrift des Vorsitzenden der Commission versehen ist, hervor, dass ein Stimmzettel von dem Legitimierten abgegeben worden ist und dass bei 37 Wählern ein Irrthum gar nicht möglich war. Es ist also ein Räthsel vorhanden, welches nicht gelöst ist. Ich war während der Wahl überhaupt nicht in Wien anwesend, umsoweniger bei der Wahl zugegen und habe mich für den ganzen Sachverhalt nicht interessiert; aber Ihnen muss ich auch den zweiten Fall vor Augen halten, umsomehr, als man aus dem ersten Gebrechen der Wählerliste eine gewisse Tendenz entnehmen muss, eine Tendenz, welche auch schon die zweite Einwendung graviert.

Wenn bei einem Kartenspiele sich ergeben würde, dass einer von den Spielern eine Karte mehr in der Hand hat, so würden Sie anstandshalber die Blätter beiseite legen, mischen und von neuem geben. Was beim Spiele geschieht, das, glaube ich, muss im Ernste der Wahlen auch beobachtet werden. (Sehr richtig! links.) Deshalb würdigen Sie meine ruhige, objective Darstellung der ganzen Sache, ich würde ebenso reden, wenn es sich vielleicht um einen Candidaten von unserer Seite handeln würde; aber hier im vorliegenden Falle handelt es sich nur, zu beweisen, ob Sie unparteiisch vorgehen; deshalb kann ich nicht anders als nach meiner Darstellung den Anträgen des Herrn Referenten nicht beipflichten und bitte Sie, dem eingebrachten Proteste stattzugeben und die Wahl für null und nichtig zu erklären. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nach den Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners verzichte ich aufs Wort; ich hoffe doch, es ist der Antrag gestellt, die Wahl als ungiltig zu erklären? Nicht wahr, Herr Collega? (Rufe: Ja!) Dann verzichte ich.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich verzichte auch aufs Wort.

Gem.-Rath Seidler: Sehr geehrte Herren! Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass der Wahlact des XI. Bezirkes überhaupt zu einem Proteste führen wird, nachdem eigentlich, selbst wenn Herr Koch beide Stimmen verlieren würde, er noch immer in der Majorität geblieben wäre. (Widerspruch links.) Das ist Ihre Anschauung. Ich bitte, mich übrigens nicht immer zu unterbrechen; ich habe Sie auch nicht unterbrochen.

Was den Fall des Leopold Wolf anbelangt, so bin ich hier nicht berechtigt, irgend eine Erörterung darüber zu führen, weil das schon der Herr Referent gethan hat, und weil der Vorsitzende überhaupt nicht berechtigt war, an der Urliste etwas zu ändern. Die Commission hat sich damals dafür ausgesprochen, als ich die Abstimmung vorgenommen habe. Da saßen drei Antisemiten darin, zwei Liberale, und von den beiden Herren Beamten, die auch dafür gestimmt haben, weiß ich nicht, zu welchen Parteien sie gehören. Aber das ist zweifellos, zur liberalen Partei gehören sie nicht. Das ist ja für den Fall ganz gleichgiltig. Ich spreche also über diesen Fall nicht mehr.

Was aber den anderen Fall anbelangt, nämlich über den Stimmzettel, so hat der Herr Referent darin eine Incorrectheit gefunden. Das mag vielleicht sein — ich bezeichne das nicht als eine eigentliche Incorrectheit, sondern als momentane Unachtsamkeit, welche ich gegenüber meinem Nebenmann — das war der Herr Wanko als Commissionsmitglied — bekundet habe. In dem Momente als er die Legitimation zurücknahm und ich mit dem anderen Herrn von der Commission, welcher auch einen Stimmzettel abgegeben hat — ich glaube es war der Herr Maierhofer — beschäftigt war, nahm ich die Stimmzettel zusammen und gab sie in die Urne. In diesem Momente hat Herr Wanko die Legitimation mitsammt dem Stimmzettel wieder eingesteckt. Niemand hat etwas davon gewusst, auch die Herren von der antisemitischen Partei in der Commission haben nichts bemerkt. Also! hätten wir Machinationen machen wollen, so hätten wir doch nicht bei unserer Partei, sondern bei der Gegenpartei anfangen können.

Wir haben das aber nicht gethan und konnten es nicht thun. Gerade durch diese Unachtsamkeit hat unser Candidat eine Stimme verloren. Der Stimmzettel liegt vor, er ist mit dem Namen des Herrn Josef Koch bezeichnet. Nach vollendetem Scrutinium hat sich das erst herausgestellt, und da hat Herr Wanko selbst erklärt, er habe aus Unachtsamkeit den Stimmzettel wieder eingesteckt und vergessen, ihn mir zu übergeben. Das ist das ganze Um und Auf.

Ich kann, was meine Person anbelangt, nur sagen: So ist die Wahrheit; dass eine Machination im Spiele war, muss ich zurückweisen.

Gem.-Rath Gregorig: Es ist hier ein ähnlicher Fall, wie er mir bereits einmal passiert ist. Als ich in den Landtag gewählt wurde, war ein Mitglied der liberalen Partei Vorsitzender in einer Wahl-Commission, und eigenthümlicherweise haben sich auch dort Unregelmäßigkeiten ergeben. Das Schönste war, der liberale Vor-

sitzende hat einen Fehler gemacht, und die liberale Partei hat dann gegen meine Wahl Protest erhoben. Haben Sie nicht das Gefühl, als wenn da der Fehler absichtlich gemacht wurde, um später ein Wahlhindernis zu haben? Auch hier kommt es mir so vor, als ob das absichtlich geschehen wäre. Denn wie kommt der Herr später darauf, dass er den Wahlzettel in der Tasche gehabt hat? Das erzählen Sie, wem Sie wollen, es ist nicht absichtlich geschehen; aber der Herr, welcher den Vorsitz geführt hat, war zur Leitung der Wahl unfähig, denn sonst könnte es ihm nicht passieren, dass ein Stimmzettel verloren geht; wenn er seine Pflicht erfüllt und aufmerksam ist, kann ihm kein Stimmzettel fehlen.

Ich habe der Sache nichts mehr beizufügen. Ich freue mich nur, neuerdings constatieren zu können, mit welchen Mitteln die liberale Partei arbeitet.

Gem.-Rath Schlechter: Ich glaube, es gibt für den Gemeinderath keinen heiklicheren Gegenstand, als wenn es sich um die Wahlverification handelt, und wenn man zurückdenkt an die früheren Jahre, so war die Verification der Wahlen immer eine Angelegenheit, die nie vom Parteistandpunkte aufgefasst wurde und, wie ich glaube, auch als solche nicht aufgefasst werden darf. Bei Beobachtung der Vorschriften der Wahlordnung muss mit einer geradezu minutiösen Genauigkeit vorgegangen werden; denn es ist das Unglücklichste, was ich mir denke, wenn man ein Präjudiz schafft, auf welches sich bei der nächsten Wahl berufen werden könnte. Was heute vielleicht der einen Partei angenehm ist, wird derselben Partei unangenehm, wenn es dann von der anderen Partei angewendet werden wird. Man darf also hier weder mit Sophismen, noch mit Spitzfindigkeiten und „Unregelmäßigkeiten" kommen, sondern muss streng correct und gerecht vorgehen.

Zunächst constatiere ich, dass der Stadtrath, als er mit der Prüfung dieser Wahl beschäftigt war, nichts vorgefunden hat, als das Wahlprotokoll und den Protest. In dem Proteste ist aber von jenen Daten und Ereignissen, welche der Herr Vorredner vorgebracht hat, nichts enthalten, und es konnte daher auch der Stadtrath durchaus nicht mit Dingen rechnen, die gar nicht vorlagen; aber mein Gerechtigkeitsgefühl gebietet mir, zu sagen, dass, wenn uns die Verhältnisse bekannt gewesen wären, die von Herrn Dr. Linke angeführt wurden, wir wenigstens die Pflicht gehabt hätten, zu untersuchen, inwieweit nach dem Gesetze das eine oder andere zulässig war oder nicht, und es würde dann ein Antrag gestellt worden sein, der auch darauf Rücksicht genommen hätte.

Ich bin aber auch der Meinung, dass es nicht angeht, dass jetzt in der Vollversammlung sofort darüber entschieden werde. Ich bin der Meinung, dass die vorgebrachten Daten eine Prüfung wohl verdienen, ob sie richtig oder unrichtig sind. Dies geht nicht anders, als indem der Act an den Stadtrath zurückgeleitet und von demselben neuerlich mit Rücksicht auf die mittlerweile gemachten Anregungen des ersten Herrn Redners geprüft werde. Wir können also in diesem Momente wenigstens nicht auf die Angaben des Herrn Dr. Linke compromittieren und die Wahl sofort als ungiltig erklären, und daher stelle ich den Antrag, es sei dieser Act an den Stadtrath zur neuerlichen Antragstellung zurückzuleiten.

Gem.-Rath Grünbeck (verzichtet auf das Wort).

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich mache nur die kurze Bemerkung, dass in dem Wahlproteste wohl die Thatsache erwähnt wird, dass der Name Leopold Wolf in der gedruckten Wählerliste nicht vorkommt und daher war Herr Fickeis der Meinung, dass seiner Reclamation stattgegeben worden sei.

Es wird das in der Reclamation erwähnt, der Herr Referent wird es bestätigen können. Der Fall ist also gewiss erwähnt worden. Die anderen Thatsachen, welche von Seite des Herrn Dr. Linke angeführt worden sind, sind natürlich denjenigen, welche die Einwendungen erhoben haben, nicht bekannt gewesen, konnten ihnen auch nicht bekannt sein, weil es dazu längerer Erhebungen bedurfte, welche doch erst in späterer Zeit vorgenommen werden konnten. Ich empfehle Ihnen übrigens die Annahme des Antrages, welchen Herr Gem.-Rath Schlechter gestellt hat. (Bravo-Rufe.)

Gem.-Rath Dr. Linke: Vor allem muss ich constatieren, dass ich in meinen Ausführungen mich ganz unparteiisch verhalten habe. Ich habe nicht erwähnt, um welche Parteien es sich handelt, sondern einfach nur den Vorgang bei Feststellung der Wählerliste constatiert und den Vorgang bei der Abstimmung. Nun, was die Vertagung des heutigen Referates anbelangt, so ist das ganz vernünftig; das ist nur richtig, und ich bin auch fest überzeugt, dass, wenn die nothwendigen Ergänzungen des administrativen Verfahrens nicht erfolgen, welche hier in den Erhebungen bestehen, schon deshalb vom Verwaltungsgerichtshofe der Beschluss des Gemeinderathes auf Agnoscierung könnte aufgehoben werden. Nun, glaube ich, ist es aber geradezu nicht nothwendig, sich von dem erst zu überzeugen, was ich hier ausgeführt habe; denn aus dem Acte, welchen der Herr Referent vor sich liegen hat, geht das alles hervor, was ich gesagt habe. (Referent: Nein!) Aus dem Acte geht hervor, dass den Einwendungen des Herrn Fickeis stattgegeben worden ist.

Referent: Das geht nicht daraus hervor.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte!

Gem.-Rath Dr. Linke (fortfahrend): Dann weiter geht aus der Wählerliste hervor, dass Herr Wolf nachträglich eingetragen worden ist infolge eines Präsidialauftrages, und schon dieser Umstand weist darauf hin, dass die Entscheidung nicht in gesetzlicher Weise geschehen ist. Im übrigen submittiere ich mich vollkommen dem Antrag des Herrn Stadtrathes Schlechter auf Vertagung dieses Gegenstandes.

Referent: Zu dem Vertagungs-Antrage bemerke ich nur, dass die Wahlreclamation diesem Acte nicht angeschlossen ist, ich daher die Thatsachen, welche Herr Dr. Linke vorgebracht hat, zu prüfen nicht in der Lage bin. Ich überlasse es übrigens der Abstimmung der Herren; wenn Sie glauben, dass neuerliche Berathungen im Stadtrathe mit Rücksicht auf diesen Umstand stattfinden sollen, so habe ich meinerseits eine Einwendung dagegen nicht zu erheben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Herr Gem.-Rath Schlechter hat den Gegen-Antrag gestellt, es sei der Act an den Stadtrath zur neuerlichen Berathung zurückzuleiten. Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XI. Bezirke und der gegen diese Wahl eingebrachte Protest sind zur neuerlichen Berathung an den Stadtrath zurückzuleiten.

9. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe weiters zu berichten über das Wahlergebnis der Wahl von zwei Mitgliedern des Gemeinderathes aus dem 1. Wahlkörper des XII. Bezirkes. Bei dieser am 17. April vorgenommenen Wahl sind 87 Stimmzettel abgegeben worden. Von den abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf Herrn Josef Schneiderhan 55, auf Herrn Dr. Albert Geßmann 50, auf Herrn August Sasse 36 und auf Herrn

Večerč 31 Stimmen. Zwei Stimmzettel waren nur mit je einem Namen beschrieben. Nachdem die Herren Schneiderhan und Dr. Geßmann eine, die absolute Mehrheit der Stimmen übersteigende Anzahl von Stimmen auf sich vereinigt haben, erscheinen dieselben als Gemeinderäthe des 1. Wahlkörpers im XII. Bezirke gewählt und beantrage ich die Verificierung der Wahlen gemäß § 21 der Gemeinde-Wahlordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. — Angenommen.

Beschluss: Die von dem 1. Wahlkörper des XII. Bezirkes vorgenommene Wahl der Herren Josef Schneiderhan und Dr. Albert Geßmann wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

10. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Weiters habe ich die Ehre, zu berichten über die Wahl des 1. Wahlkörpers des XIII. Bezirkes. Bei dieser gleichfalls am 17. April vorgenommenen Wahl wurden 68 Stimmzettel abgegeben. Ein Stimmzettel war leer; infolge dessen beträgt die Anzahl der giltigen Stimmzettel 67. Hievon entfielen auf Herrn Josef Kirchmayr 43, auf Herrn Dr. Eduard Klein 24 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 35. Nachdem Herr Josef Kirchmayr diese Mehrheit überschritten hat, erscheint derselbe zum Gemeinderathe gewählt. Ich beantrage die Verificierung gemäß § 21 der Wahlordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Die von dem 1. Wahlkörper des XIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Kirchmayr wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

11. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Weiter habe ich zu berichten über die Wahl zweier Gemeinderaths-Mitglieder aus dem 1. Wahlkörper im XIV. Bezirke. Bei dieser am 17. April vorgenommenen Wahl wurden 105 Stimmzettel abgegeben, welche sämmtlich als giltig anerkannt wurden. Es erhielten: Franz Rückauf, Bürger, Lohnwagen- und Hausbesitzer, 63 Stimmen, Karl Josef Fuchs, Fleischhauer und Hausbesitzer, 56 Stimmen, Karl Rosam, Fleischselcher und Hausbesitzer, 49 Stimmen, ferner Franz Schlinkert, Hausbesitzer, 41 Stimmen, und Wilhelm Pollak 1 Stimme. Die absolute Mehrheit beträgt 53. Nachdem diese Mehrheit von den Herren Franz Rückauf und Karl Josef Fuchs überschritten wurde, wurden dieselben als gewählt erklärt. Es liegt gegen diese Wahl ein Protest vor. In demselben wird Folgendes ausgeführt. Es wird gesagt, dass von den 105 abgegebenen Stimmen vier Stimmzettel mit Buchstaben und Ziffern an der inneren Seite mit Bleistift bezeichnet waren; dass sich daraus ergibt, dass hier das Wahlgeheimnis nicht gewahrt worden sei. Es wird nämlich constatiert, dass die Stimmzettel bereits den Wählern in diesem Zustande zugestellt worden sind, und daraus die Folgerung gezogen, dass dies geschehen sei, um eventuell constatieren zu können, von wem diese Stimmzettel abgegeben worden sind.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass ein Wähler bei der Wahlurne erschienen sei, welcher das Wahlrecht nicht gehabt habe, weil über sein Vermögen der Concurs eröffnet worden sei. Bezüglich dieses letzteren Umstandes haben die Erhebungen ergeben, dass dies sich nicht so verhalte, dass nämlich der Concurs über den Betreffenden nicht verhängt worden ist.

Was aber die vier Stimmzettel anbelangt, welche an der Innenseite mit Bleistiftnotizen versehen sind, so haben die Erhebungen ergeben, dass ein mit der Zustellung der Wahllegitimationen, der Stimmzettel und Wählerlisten betrauter provisorischer Diener bei der Zustellung zur Erleichterung seiner Arbeit sich Bleistiftnotizen auf einigen Stimmzetteln gemacht hat. Dieser Diener hatte die Stimmzettel und Wahllegitimationen auszutragen für den XIV. und XV. Bezirk, und das, was ich jetzt vorbringe, gilt auch bei dem später vorzunehmenden Referate für den XV. Bezirk. Er hat z. B. auf einem Stimmzettel die Notiz gemacht: „R 4", das bedeutet Rosinengasse 4; das hat er protokollarisch aufgeklärt. Dieser Umstand ist gewiss nicht in der Ordnung gewesen und der betreffende Diener hat auch dafür einen Verweis bekommen. Dass aber daraus die Giltigkeit der Wahl angefochten werden kann, ist gewiss nicht gerechtfertigt; denn das Wahlgeheimnis ist dadurch nicht verletzt worden, da diese Stimmzettel von den betreffenden Wählern zur Abgabe gebracht worden sind. Wenn die betreffenden Wähler diese Stimmzettel zugestellt erhalten haben, so stand es ihnen ja jederzeit frei, und sie sind auch besonders avisiert worden durch die ihnen zugestellte Wahlausschreibung, einen neuen Stimmzettel zu beheben für den als unbrauchbar zu erklärenden alten Stimmzettel entweder im Gemeindehause oder bei der Wahl selbst von der Wahl-Commission, und über persönliches Verlangen hätte jedem einzelnen dieser Wähler ein neuer Stimmzettel ausgefolgt werden müssen, welche solche Bleistiftnotizen nicht getragen hätten und auf welchen die zu wählenden Mitglieder des Gemeinderathes hätten verzeichnet werden können.

Ebensowenig wie der Umstand, dass ein Wähler, wie es hie und da bei der Wahl vorkommt, seinen Stimmzettel mit eigener Namensfertigung versieht, irgend einen Einfluss auf die Giltigkeit der Wahl hat, ebensowenig kann im vorliegenden Fall der Umstand, dass die betreffenden Wähler nicht von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, sondern diese mit Bleistiftnotizen, die übrigens für den Fernstehenden von gar keiner Bedeutung sein konnten, versehenen Stimmzettel abgegeben haben, die Ungiltigkeit des Wahlactes bewirken. Hiezu kommt aber noch Folgendes.

Die Wahlzettel wurden selbstverständlich von dem Vorsitzenden im zugefalteten Zustande in Empfang genommen und in diesem Zustande in die Wahlurne hinterlegt. Es war bei diesem Acte gar keine Gelegenheit, den Stimmzettel zu entfalten und diese Notizen irgendwie zu beachten. Bei der Ablesung der Stimmzettel, beim Scrutinium wieder, welches ja bekanntlich sehr rasch vor sich geht, hat gewiss auch gar keiner der Betheiligten irgend einen Anlass oder auch nur die Möglichkeit gehabt, diese Notizen zu beachten, und aus diesen Notizen die eventuelle Consequenz zu ziehen. Abgesehen davon ist ja erst nach der jetzigen Aufklärung ersichtlich, welche Bedeutung diese Notizen gehabt haben, und konnte daher umsoweniger seitens der Wahl-Commission daraus irgend eine Folgerung gezogen werden, und gewiss ist es, dass die Wahl-Commission ihres Amtes vollkommen unparteiisch gewaltet hat. Das wird selbst von solchen Personen bestätigt, welche die Wahlreclamation selbst eingebracht haben, da eben dieselben, zu Protokoll vernommen, bestätigt haben, dass der Wahl-Commission irgend ein Vorgehen, welches eine Parteilichkeit beinhalten würde, durchaus nicht zur Last gelegt werden könne. Es ist auch keine bestimmte Thatsache namhaft gemacht und angegeben worden, aus welcher sich ergeben würde, dass das Geheimnis der Abstimmung irgendwie seitens der Wahl-Commission verletzt worden sei. Es

erscheint daher der vorliegende Wahlprotest nicht begründet, und es wird der Antrag gestellt, denselben zurückzuweisen und die Wahl der Herren Rückauf und Fuchs im Sinne des § 21 der Wahlordnung zu bestätigen.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Gelegentlich der Wahlen begebe ich mich in alle Bezirke, selbst in diejenigen, welche aussichtslos sind, und ich kam auf meiner Reise durch die Vororte auch in den XIV. Bezirk.

Gelegentlich der Rangsclassen-Eintheilung der städtischen Beamten hat der Herr Bürgermeister vom Referententisch aus erklärt, er werde streng darauf sehen, dass kein im Dienste der Commune Wien stehender Beamter sich irgendwie politisch bethätigen dürfe. Herr Gem.-Rath Herrdegen hat mit Recht sofort darauf erwidert, dass es absolut nicht angehe, die politische Überzeugung eines Einzelnen einzudämmen!

Meine Herren! Im XIV. Bezirke scheint dies anders gewesen zu sein. Wenn von unserer Partei selbst ein Mitglied des Gemeinderathes, das dem Lehrerstande angehört, in einer Wählerversammlung den Wählern gegenüber seinen Rechenschaftsbericht erstattet, so ist es der Gefahr ausgesetzt, disciplinariter behandelt zu werden, was auch thatsächlich vorgekommen ist. Im XIV. Bezirke aber hat ein Bürgerschuldirector von 9 Uhr an während des Unterrichtes agitiert und ebenso ein städtischer Beamter, der städtische Arzt Laufer.

Ich habe gar nichts dagegen, wenn beide Herren für ihre Partei agitieren, aber ich muss es hier zur Sprache bringen, dass gleiches Recht für alle gelten muss, und dass, wenn städtische Beamte unserer Partei vielleicht den Muth haben, öffentlich für ihre Überzeugung und Ideen einzutreten, sie nicht disciplinariter von Seite des Präsidiums behandelt werden dürfen.

Ich habe hauptsächlich nur das Wort ergriffen, um diejenigen städtischen Beamten, welche in Währing wohnen, zu warnen, sie mögen auf ihrer Hut sein, wenn sie vielleicht antiliberal denken, und es nicht offen aussprechen. Ich muss beifügen, dass ich nicht vielleicht einen Verdacht gegen die Herren Collegen Wünsch oder Müller ausspreche. Beide Herren sind damit nicht verstanden.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Herr Referent fasst denn doch den Vorfall, welcher im Wahlprotest geltend gemacht wird, etwas zu gemüthlich auf. Es mag sein, dass die betreffenden Zeichen durch einen Diener hinaufgeschrieben worden sind. Darüber kann ich nicht streiten. Aber wie nur die Zeichen entstanden sein mögen? Thatsache ist es, dass man durch diese Zeichen erkennen konnte, ob der Wähler A für die eine oder andere Liste gestimmt hat (Rufe links: So ist es!), und das Geheimnis der Wahl ist nicht bloß gegenüber der Wahl-Commission zu beobachten, sondern dieser Stimmzettel steht später auch anderen Personen zur Verfügung, z. B. dem Stadtrathe u. s. w.

Das Geheimnis muss auch gegenüber dem Stadtrathe gewahrt bleiben. Jetzt ist z. B. der Stadtrath in der Lage, aus dem Stimmzettel zu ersehen, ob der A, B oder C für eine oder die andere Liste gestimmt hat. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen ja nicht näher auseinanderzusetzen; denn, wenn die Herren noch so sehr den Parteigeist ausziehen und den Mantel der Objectivität anziehen — das liegt in der Natur des Menschen, dass er denjenigen, der mit dem Betreffenden — sagen wir — auch politisch befreundet ist, etwas mehr gut will als einem anderen; das ist selbstverständlich. Gerade aus diesem Grunde hat ja auch der Gesetzgeber die geheime Wahl verlangt, damit nicht der eine oder der andere, sei es aus dem oder jenem Grunde wegen seiner Abstimmung gemaßregelt oder schlechter behandelt werden kann als der andere. Das Geheimnis der Wahl ist daher von außerordentlicher Wichtigkeit. Nun sagt der Herr Referent, wir können nichts dafür, die Wahl-Commission kann nichts dafür, ja, niemand kann etwas dafür. Es ist merkwürdig bei uns in Österreich, wenn jemand erschlagen wird, so wird nur constatiert, dass er todt ist — im politischen Leben wenigstens — aber nie hat man jemanden gefunden, der ihn erschlagen hat; gewöhnlich ist es nur ein Amtsdiener, hier gar nur ein provisorischer Diener; der ist es, der daran schuldig ist, der muss gehängt werden oder bekommt, wie im vorliegenden Falle, einen Verweis. Alle anderen Leute sind unschuldig. Dass im vorliegenden Falle das Geheimnis der Wahl nicht bewahrt wurde, geht aus einer Thatsache hervor, welche wohl im Wahlproteste erwähnt sein dürfte. Einer der Neugewählten — es war nicht der Gem.-Rath Rückauf, sondern der Fleischhauer Fuchs — hat mit einem anderen Wähler, und zwar mit einem seiner Bekannten, über die Wahl gesprochen und hat ihn auf gut wienerisch — er hat ihn beim Taufnamen genannt — gefragt: „Nicht wahr, Du hast mich auch nicht gewählt?“ Der andere fragt ihn, wie er zu dieser Frage kommt, und da sagt ihm der Neugewählte: „Du brauchst mir nur die Nummer zu sagen, dann gehe ich hinauf, schaue in den Acten nach und weiß, wie du gewählt hast.“ Es muss also etwas daran sein; ich glaube, das ist im Proteste erwähnt, wenn die Thatsache dort nicht erwähnt worden sein sollte, kann ich nur sagen, dass es mir außerordentlich glaubwürdige Personen erzählt haben. Ich kann den Namen nennen und auch den Beweis führen. Es ist auch ganz klar, wenn der Anfangsbuchstabe der Gasse und der Hausnummer auf dem Stimmzettel bemerkt ist, kann man mit Leichtigkeit sagen, welcher Wähler den Stimmzettel abgegeben hat. Es gibt in den Vororten nicht allzu viele Wähler des 1. Wahlkörpers und die wohnen nicht zu Dutzenden in einem Hause. Es ist ein Wunder, wenn überhaupt Wähler des 1. Wahlkörpers in einem Hause wohnen (Heiterkeit), ich wollte sagen, wenn mehrere Wähler des 1. Wahlkörpers in einem Hause beisammen wohnen; es kann ein solches Versprechen einem passieren. Wenn nun auf dem Stimmzettel der Anfangsbuchstabe des Namens der Gasse und die Hausnummer darauf steht, dann weiß jeder, für wen der Betreffende gewählt hat, dann wissen Sie, dann weiß auch ich und jeder von uns, der in den Acten nachsehen will, wie der A, der B, der C gestimmt hat. Das darf nicht sein und gerade in diesem Falle sind Sie verpflichtet, wenn Sie wirklich objectiv vorgehen, wie es beim letzten Proteste geschehen ist, für die Annullierung der Wahl zu stimmen.

Es hat der unmittelbare Herr Vorredner der Agitation eines Bürgerschul-Directors und eines städtischen Arztes Erwähnung gethan. Ich könnte diese Beispiele vermehren; im V. Bezirke z. B. ist ein Beamter des Marktcommissariates von Wirtshaus zu Wirtshaus gezogen und hat für Ihre Partei agitiert. Ich sage nochmals: es liegt mir nichts daran, wenn ein Beamter agitiert; aber ich schließe mich in der Beziehung dem unmittelbaren Herrn Vorredner an, wenn er sagt: Gleiches Recht für alle, und ist einem Lehrer gestattet, für die liberale Partei zu agitieren, und zwar so zu agitieren, dass er, wie es sonst in der Regel nur bezahlte Agitatoren, und zwar speciell der liberalen Partei, thun, in einem Wagen vom Beginn der Wahl bis zum Schluss herumfährt und die Wähler zusammenholt, so muss es auch einem Lehrer gestattet sein, für die antiliberale Partei zu agitieren. (Widerspruch rechts.)

Das geschieht nicht. Im Gegentheil, da ist sofort der Herr Bürgermeister mit dem Auftrage da: Ihr dürft nicht politisch agitieren! Wenn ein Beamter liberal agitieren darf, so muss ein Beamter auch antiliberal agitieren dürfen. Mir liegt nichts daran, wenn im liberalen Sinn agitiert wird, im Gegentheil, ich bin ein Freund der freien Bewegung; es soll jedem gestattet sein, seine Meinung in der einen oder anderen Weise zu äußern. Trotzdem ich ein sogenannter Antiliberaler bin, bin ich für die größte Freiheit und würde nur wünschen, dass Sie, meine Herren, welche sich Liberale nennen — „liberal" heißt auf deutsch „freiheitlich" — ebenso für die Freiheit schwärmen würden, als der antiliberale Dr. Lueger es thut.

Wenn Sie also für das Geheimnis der Wahl sind, wenn Sie wollen, dass dasselbe unter jeder Bedingung gewahrt werde, dann bitte ich Sie, für den Antrag zu stimmen, den ich hiemit stelle, dass die Wahl aus dem 1. Wahlkörper im XIV. Bezirke, welche auf Herrn Rückauf und — ich weiß nicht, wie der zweite Herr heißt — (Rufe: Fuchs!) gefallen ist, annulliert werden und sofort eine Neuwahl ausgeschrieben werden möge. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Röhrl: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, aber ich war bei der Wahl betheiligt und habe gefunden, dass die Wahl-Commission sich keine Malversationen habe zuschulden kommen lassen. Was die vier Stimmzettel anbelangt, so ist das eine einfache Sache. Wenn Sie einen Stimmzettel innerhalb merken, so müsste der Wähler einverstanden sein. Dass ein Stimmzettel außerhalb gemerkt sein sollte, so dass die betreffende Wahl-Commission es sehen würde, das hat keinen Sinn. Man könnte dasselbe bei der Bürgermeisterwahl sagen. Da sind verschiedene Merkmale gewesen, sogar Zeichnungen aus dem Thierreiche. Das wäre dasselbe und man hat die Wahl auch nicht annullieren können. Innerhalb kann der betreffende Wähler den Stimmzettel merken, wie er will. (Unterbrechung links.) Ich bitte, ich habe Sie auch aussprechen lassen. Ich bin nicht immer gelaunt, zu reden, nur wenn ich gezwungen werde. Herr Dr. Lueger hat auch einen Wirtshaustratsch erwähnt; aus seinem Kopfe ist das nicht entsprungen. Der sehr geehrte Herr Gemeinderath mit dem Januskopfe, der sogenannte „süße Bruder" (Widerspruch links) hat ihm diese Geschichte erzählt.

Es ist verschiedenes bemerkt worden, aber das ist ein ganz einfacher Wirtshaustratsch. Es ist nicht möglich gewesen, dass ein Stimmzettel numeriert wurde. Dass communale Beamte agitiert haben, ist einfach unrichtig. (Widerspruch links.) Sie sind erst viel später als Controlor gekommen, Sie waren drei Minuten dort und sind wieder fortgefahren. Herr Dr. Laufer hat ebenerdig, wo die Gemeindekanzlei ist, sein Bureau. Wenn er aus dem Bureau herausgegangen und in der Einfahrt gestanden ist, wo vielleicht Wähler gekommen sind, so ist das nicht maßgebend. — Herr Dr. Laufer ist gescheit genug, um zu wissen, dass er als Communalbeamter nicht agitieren soll, und was den Bürgerschul-Director betrifft, so ist ein solcher kein Communalbeamter, sondern ein Fondsbeamter und kann machen was er will, selbstverständlich in einer Form, welche seinem Stande nicht abträglich ist. In der Wahl-Commission selbst waren Liberale und Antiliberale. Ich möchte den Controlor der antiliberalen Partei Herrn Gem.-Rath Brauneiß auf Ehrenwort fragen, ob er gesehen hat, dass die Commission Malversationen gemacht hat. Er ist von 8 Uhr früh bis nachmittags dort oben gesessen und wird nicht bemerkt haben, dass mit den Stimmzetteln irgendwie incorrect hantiert wurde.

Die Wahl ist anstandslos vor sich gegangen, die Merkmale am Stimmzettel haben gar keinen Einfluss auf das Ergebnis gehabt. Die Wahl ist anstandlos vor sich gegangen, ganz reell und ohne Schmutzerei (Heiterkeit) und ich möchte daher bitten, dass Sie auf den Antrag des Herrn Dr. Lueger nicht eingehen.

Gem.-Rath Witzelsberger: Der gegenwärtige Fall stellt Ihnen so recht klar und deutlich dar, wie weit es in Wien gekommen ist (Gem.-Rath Gregorig: Sehr richtig!), dass selbst die besten Freunde, Leute, die seit Decennien die besten Freunde waren, täglich beisammen gesessen sind, mitsammen gescherzt und Späße gemacht haben, jetzt nicht mit einander reden können und dürfen, ergo auch nicht zusammenkommen. So weit ist es in Wien gekommen.

In diesem Falle, der hier so aufgebauscht wird, werde ich Ihnen klar und deutlich darlegen, dass ein Freund den anderen zum besten gehalten hat. Der Gemeinderath, der gewählt wurde, sagt zu seinem guten Freunde: „Du hast mir ohnehin die Stimme nicht gegeben!" darauf sagt der andere: „O ja, ich habe dich gewählt." Der andere sagt: „Ich werde es schon sehen, ich werde schon daraufkommen, ob du mich gewählt hast oder nicht." Diese Wirtshaustratscherei führt dazu, dass ein Wahlprotest eingebracht worden ist, und der Herr Führer der Opposition, der ja so gesetzeskundig ist..... (Gem.-Rath Gregorig: Das ist fad!) (Zu Gem.-Rath Gregorig gewendet): Sie waren schon gar oft fad und wir haben es anhören müssen. (Sehr gut! und Beifall rechts.) Der Herr Führer erklärt Ihnen nun mit vollem Ernst, dass der eine dem anderen gesagt hat, du darfst nur hinaufgehen und nachschauen und die Nummer sagen, und dann kommst du schon darauf und wirst schon sehen, wer dich gewählt hat. Das sagt der Herr Führer in glaubwürdiger Weise.

Nun aber wird er gerade so gut wie jeder Anwesende wissen, dass wenn der Wahlact geschlossen ist, die Stimmzettel zusammengelegt und versiegelt und dann zum Magistrat hereingebracht werden; ergo hat der betreffende Gemeinderath seinen guten Freund nur zum besten gehalten, ihm einfach einen Bären aufgebunden, weil man überhaupt nicht in der Lage ist, nachzuschauen, ob die Stimmzettel numeriert sind oder nicht. Sie sehen also, das war einfach ein Wirtshaustratsch, ein Spaß, den sich ein guter Freund mit dem anderen erlaubte, der schließlich aber zu einem Wahlprotest geführt hat.

Die Wahl im XIV. Bezirke ist anstandslos vor sich gegangen und es kann von keiner Seite eine Incorrectheit nachgewiesen werden, der Protest ist bloß durch einfache Tratscherei entstanden, weil der unglückselige Diener ein paar Zeichen auf den Stimmzetteln gemacht hat, die aber gar nicht ausschlaggebend sind, worauf ich übrigens bei Berathung der Wahl im XV. Bezirke zurückkommen werde.

Ich empfehle Ihnen also, dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen und die Wahl zu agnoscieren, denn ein nichtigerer Protest, als hier vorliegt, ist noch nie im Wiener Gemeinderathe eingebracht worden. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Nun, meine Herren, ich möchte auch wünschen, dass in dem Kampfe der politischen Parteien die einzelnen Parteien in keinem Falle zu Kleinlichkeiten schreiten. Mir scheint auch dieser Protest ein kleinlicher zu sein und ich muss es überhaupt als meine Auffassung der Wahlordnung aussprechen, dass die Verletzung des sogenannten Wahlgeheimnisses überhaupt

kein Grund sein kann, um die Wahl zu annullieren. Es steht nirgends in der Wahlordnung, dass die Verletzung des Wahlgeheimnisses, das heißt, besser ausgedrückt, die Verletzung des Rechtes des einzelnen, seine Stimme abzugeben, ohne dass die Wahl-Commission gesehen hat, wer von ihm gewählt worden ist, ich sage, es steht nirgends in der Wahlordnung, dass die Verletzung dieses Wahlgeheimnisses ein Grund sei, um die Wahl als nichtig erscheinen zu lassen, und meines Erachtens würde das nicht aus der Sache selbst hervorgehen. Es ist ja bekannt, dass auch jedem Wähler das Recht zusteht, den Wahlzettel offen abzugeben und dass er auch berechtigt ist, den Stimmzettel zu unterschreiben. (Rufe: Das geschieht auch!) Er hat also allerdings das Recht, geheim abzustimmen, aber die geheime Abstimmung ist an und für sich kein nothwendiges Ingredienz für die Giltigkeit der Wahl. Nun, meine Herren, erinnere ich mich bei dieser Gelegenheit an einen Umstand aus der ersten Zeit, als ich überhaupt in das politische Leben eingetreten bin. Ich erinnere mich, es war zu einer Zeit, als die Wahlzettel noch nicht officiell ausgegeben worden sind, sondern es üblich war, die von den einzelnen Parteien bereits ausgefüllten Wahlzettel an ihre Parteifreunde oder überhaupt an die Wähler zu versenden, da erinnere ich mich auch, dass ich damals wiederholt in die Wahllocalitäten hineingekommen bin und dass ich von irgendeinem der nebenstehenden Herren, der etwas aufgeschrieben hat, in dem Augenblick, als die Wähler ihre Stimmzettel abgegeben hatten, gehört habe, wie er diese classificiert und sagte, der gibt die Stimme für einen Liberalen, der für einen Antiliberalen, für einen Antisemiten ab.

Ich habe gedacht, dass der Betreffende vielleicht ein Gedankenleser sei, oder dass er ein sogenannter Kenner der einzelnen Wähler des Bezirkes ist, so dass er genau unterscheiden kann, wer liberal oder antiliberal wählt, dann ist mir aber das Geheimnis gelöst worden, ich bin nämlich aufmerksam gemacht worden, und auch die Antisemiten haben es so gemacht, dass die ihre Stimmzettel in gewisser Weise zusammengefaltet haben, um ein Controlsmittel zu haben, und man hat also gesehen, ob ein Stimmzettel so oder so zusammengefaltet ist, so dass man gewusst hat, ob der Betreffende liberal oder antisemitisch gestimmt hat. Es ist das damals so prakticiert worden. (Widerspruch links.) Ich war damals eben noch ein Neophyt. Man hätte auch damals daraus folgern können, dass deshalb die Wahl nichtig sei; es ist aber niemandem eingefallen, aus dem Umstande, dass man schließen konnte, der und der habe so gewählt, die Wahl für nichtig zu erklären. In dem vorliegenden, speciellen Falle ist auch der Umstand nicht zu übersehen, dass nach den Mittheilungen des Herrn Referenten nur vier Stimmzettel es waren, die bezeichnet worden sind. Welchen Erfolg kann denn das, selbst wenn man annehmen wollte, dass irgend eine Absicht vorhanden war, auch haben? Dass man weiß, wer diese vier waren, welche so bezeichnet sind? Ich komme nun auf die Grundanschauung, welche ich hier vertrete, zurück. Meiner Anschauung nach ist überhaupt eine solche Verletzung des Wahlgeheimnisses nie und nimmer ein Grund, die Wahl als nichtig zu erklären. (Beifall rechts. Widerspruch und Rufe links: Das ist ein Jurist!)

Gem.-Rath Schlögl: Sehr geehrte Herren! Ich glaube, dass Sie mir alle das Zeugnis geben können, dass ich nie den Anstand und die Würde des Gemeinderathes verletzt habe. Es hat dem unmittelbaren Herrn Vorredner gefallen, meine Person in schlechter Weise hier wegkommen zu lassen. Ich werde ihn auch gerichtlich belangen, weil ich solche Dinge nicht dulde. Ich kann einen Fall erzählen, welcher seinerzeit bei dem Bürgermeister Josef Ullmann vorgekommen ist. Ich wurde seinerzeit mit einer Deputation zum Bürgermeister Ullmann, nachdem er die Stelle niedergelegt hatte, entsendet und der Bürgermeister hat in seinen Wohnräumlichkeiten diesen Ausdruck gegen mich gebraucht und gegen andere Personen auch solche Späße gemacht.

Ich constatiere das und glaube, dass dies der Würde des Gemeinderathes nicht entspricht, dass ein Mitglied von einem Collegen so etwas spricht, und dass der Vorsitzende das nicht rügt. (Beifall links.) Ich glaube, wenn jemand in jeder Sitzung den Anstand so wahrt wie ich, dass er auch vom Herrn Vorsitzenden fordern kann, dass er ihn dann gegen eine solche Unanständigkeit schützt. Das lasse ich mir absolut nicht gefallen, von einem solchen Menschen überhaupt nicht, der über die Wähler so denkt, wie der Herr Gem.-Rath Röhrl von den Wählern des 3. Wahlkörpers. Das wollte ich zur Aufklärung sagen und glaube, damit nur gesagt zu haben, dass ich das, was der Herr Gem.-Rath Röhrl spricht, nicht so ernst nehme, wie jeder andere.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss dem Herrn Vorredner bemerken, dass ich nicht die geringste Ahnung gehabt habe, wer damit gemeint ist, und dass ich es auch jetzt nicht wüsste, wenn es der Herr Vorredner nicht gesagt hätte.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich constatiere vor allem, dass ich die Wahl-Commission des XIV. Bezirkes irgend welcher Malversationen nicht beschuldigt habe. (Gelächter rechts.) Ich erkläre Ihnen ganz offen, dass, wenn ich die Überzeugung gewonnen hätte oder mir gerichtsordnungsmäßig bewiesen worden wäre, dass die Wahl-Commission Malversationen begangen hätte, ich nicht hier mit Ihnen über den Fall reden würde, sondern sofort zu der berufenen Stelle, nämlich zum Staatsanwalt gegangen wäre und ihm gesagt hätte: Diese Wahl-Commission hat Malversationen begangen. Über den sogenannten „süßen Bruder" wird sich dieser Vertreter des XIV. Bezirkes vor Gericht zu verantworten haben, und es wird sich herausstellen, ob ein solches Benehmen eines Gemeinderathes würdig ist oder nicht. (Rufe rechts: Das ist ja keine Beleidigung!) Ich muss gestehen, mich hat dies deshalb überrascht, weil Herr Gem.-Rath Röhrl seinen Bezirk immer den Cavalierbezirk nennt, und da wundert es mich außerordentlich, dass ihn ein Cavalierbezirk gewählt hat, da er einen Collegen in öffentlicher Sitzung in dieser Weise behandelt. Nun komme ich auf den Herrn Stadtrath des XV. Bezirkes. Dem Herrn Stadtrath geht der Fall sehr nahe, weil im XV. Bezirke das gleiche Verhältnis obwaltet; auch dort sind Stimmzettel bezeichnet worden. Auch dort finden sich die Anfangsbuchstaben des Namens, der Gasse und die Nummer darauf. Natürlich sind alle Herren dann unschuldig. Das weiß ich ja. (Rufe rechts: Gewiss!) Natürlich, höchst unschuldig. Es ist nur, wie er sich ausgedrückt hat, der unglückselige Diener schuld.

Aber ich glaube das nicht, Herr Stadtrath, ich erkläre das, nur damit Sie mich nicht für so dumm halten, dass ich so etwas glaube. Er hat gemeint, dass dieser ganze Protest aus einem Wirtshaustratsch hervorgegangen ist, er hat gemeint, dass der neugewählte Gemeinderath seinem Freunde einen sogenannten Bären aufgebunden hat. Herr Stadtrath, solche Bären bindet man nicht auf, nein, sondern ich kann dem Herrn Stadtrath nur sagen, dass der neugewählte Gemeinderath noch nicht gut genug geschult war und aus der Schule geschwätzt hat. Das ist das Richtige und ich sage ihm, es ist gar keine Kunst, und wenn ich heute Referent des Stadtrathes

oder überhaupt im Stadtrathe wäre, oder selbst jetzt, wenn ich in die Acten Einsicht nehmen wollte — und ich hätte das Recht der Einsichtnahme in die Acten, jeder Gemeinderath hat es — so könnte ich an der Hand der Wählerlisten herausfinden, wer von den Wählern für den A und wer für den B gestimmt hat; das erkläre ich Ihnen. Das ist dann nicht eine Bequemlichkeit, das ist kein Wirtshaustratsch, sondern eine außerordentlich wichtige Sache und diese Behauptung führt mich zu dem letzten Redner.

Ich habe immer geglaubt, dass Herr Dr. Nechansky etwas liberaler ist als die übrigen Herren; er gehört, wenn ich nicht irre, zu der sogenannten revoltierenden Gruppe, zu den 18. Ich muss gestehen, wenn alle 18 so sind wie Dr. Nechansky und solche Anschauungen haben über die Frage des Wahlgeheimnisses, dann sind mir die übrigen in der Partei, die nicht revoltieren, beinahe noch lieber wie die 18. (Heiterkeit.)

Es kann doch wohl keine crassere — Herr Dr. Nechansky verzeihe mir es — es kann keine crassere Behauptung geben, die den unfreien Sinn, den Sinn zu knechten, besser charakterisiert als die Äußerung, dass das Geheimnis der Wahl von keiner Bedeutung ist, und dass Verletzungen dieses Geheimnisses nicht zur Ungiltigkeits-Erklärung der Wahl führen müssen. Er hat uns eine Geschichte von zusammengefalteten Stimmzetteln erzählt. Meine Herren! Das haben wir auch gewusst. Wir sind auch darauf gekommen, dass die Liberalen mit eigens zusammengefalteten Stimmzetteln gewählt haben. Wissen Sie aber, was wir gethan haben? Wir haben die Stimmzettel ebensogut zusammengelegt wie die Liberalen und auf diese Weise war das Geheimnis der Wahl wieder gewahrt. Es ist auch nicht richtig, dass jeder das Recht hat, offen zu wählen. Ich bestreite dieses Recht. (Widerspruch rechts.) Ich erkläre Ihnen Folgendes: Jeder Vorsitzende, der auf das Geheimnis der Wahl sieht, wird, wenn jemand mit einem offenen Stimmzettel zu ihm hinkommt, sagen: „Ich bitte Herr Wähler, den Stimmzettel zu schließen." (Rufe links: So ist es!) Ich appelliere in dieser Hinsicht an die Parteigenossen des Herrn Dr. Nechansky. Und wissen Sie, warum das jeder Vorsitzende thut? Weil er in sich fühlt, dass er es nicht wissen darf, dass durch dieses Abgeben von offenen Stimmzetteln das wichtigste Erfordernis der Wahl, nämlich das Geheimnis der Wahl, vereitelt wird. Nehmen wir aber selbst an, es habe jeder das Recht, offen zu wählen, so stimmt ja das mit dem vorliegenden Falle nicht überein. Auch der Herr Referent hat früher behauptet: „Ja, der Mann hätte neue Stimmzettel verlangen können." Erstens kommt man nicht so bald auf derlei Dinge — das Zeichen oben ist ganz klein gemacht — wenn man nicht mehrere Stimmzettel in die Hand bekommt, wenn man nicht weiß, welche Bedeutung dieses Zeichen hat; und diese Bedeutung ist nur den Eingeweihten bekannt, vor allen dem unglückseligen Diener; vielleicht haben auch andere als dieser unglückselige Diener um diese Bedeutung gewusst.

Nun, wir haben es gewiss nicht darauf schreiben lassen. Wir befehlen diesem unglücklichen Diener nicht, er steht nicht in unseren Diensten, sondern er ist jemand anderem verantwortlich. Damit ich aber fortfahre: Darauf kommt man nicht. Wenn jemand auch das Recht hätte, offen zu wählen, so ist es gewiss unrecht, wenn man das Geheimnis der Wahl für den, der es bewahren will, in der Weise preisgibt, wie es geschehen ist. Wenn Sie sich um die Sache nicht gar so angenommen hätten und der Herr St.-R. Witzelsberger sich nicht für derlei Dinge eingesetzt hätte, würde ich gerne zugeben, dass vielleicht nur ein Versehen des Dieners vorliegt, aber selbst in diesem Falle müssten Sie die Wahl annullieren. Aber der Eifer, welchen Sie entwickeln, um diese Thatsache zu bemänteln, der Hohn, mit welchem der St.-R. Witzelsberger mich überschütten wollte, die Geschichte von dem Wirtshaustratsch, von dem Bären, den man sich hat aufbinden lassen, das, meine Herren — Herr St.-R. Witzelsberger verzeihe mir — hat in mir die Überzeugung wachgerufen, dass von diesen Zeichen nicht bloß der unglückselige Diener, sondern auch andere Personen gewusst haben, die ein Interesse an dem Ausgange der Wahl haben. (Widerspruch rechts.) Wenn Ihnen solche Behauptungen nicht gefallen, dann bitte ich zuzugeben, dass solche Dinge nicht vorkommen dürfen, dann müssen Sie selbst sagen: so wie irgend etwas geschehen ist, was das Wahlgeheimnis verletzen kann, in dem nämlichen Momente muss auch die betreffende Wahl annulliert werden. Ich habe auch darauf gerechnet, dass Sie es thun werden. Denn nur, wenn das Geheimnis der Wahl gewahrt wird, ist der Wähler in der Lage, so zu wählen, wie er will. Wir müssen insbesondere das Geheimnis der Wahl vertheidigen, weil wir sehr gut wissen, dass die Wähler, die für unsere Partei stimmen, sehr oft geschäftlich drangsaliert werden, und weil wir daher gezwungen sind, darauf zu sehen, dass so etwas nicht geschieht. Deswegen ist uns das Geheimnis der Wahl von so außerordentlicher Wichtigkeit und ich empfehle Ihnen nochmals den von mir gestellten Antrag.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Gem.-Rath Röhrl meiner Person Erwähnung gethan hätte. Bezüglich der damaligen Wahl-Commission muss ich constatieren, dass ich von früh bis nachmittags, bis die Wahl zu Ende war, dort gesessen bin, mit Ausnahme der Mittagszeit, wo ich zum Essen gegangen bin. Während der Zeit aber, als ich dort saß, habe ich bei der Wahl-Commission nichts Incorrectes gefunden. Ich weiß nicht recht, was Herr Gem.-Rath Röhrl mit seiner Äußerung gemeint hat, vielleicht glaubte er, dass ich die Wahl-Commission beschuldigen will. Ich will also nur constatieren, dass ich nichts bemerkt habe, während ich dort gesessen bin.

Gem.-Rath Dr. Ahl: Es ist bereits gelegentlich der Verifications-Debatte von meinem unmittelbaren Herrn Nachbarn zur Rechten gesagt worden, dass bei Wahlverificationen die Partei keine Rücksicht bilden darf, denn wir constituieren uns ja hier zu einem Gerichtshofe, und von diesem objectiven Gesichtspunkte aus glaube ich den Antrag des Referenten unterstützen zu können, nicht aus den Gründen allein, die er angeführt hat, sondern hauptsächlich aus einem rein praktischen Motive. Wenn wir heute diese Wahl annullieren, so schaffen wir ein Präjudiz für alle künftigen Wahlen. Es können sich vier oder fünf Wähler jeder Partei zusammenthun, können auf ihre Stimmzettel irgend ein Zeichen geben (Lebhafte Zustimmung rechts), und je nachdem die Wahl ausfällt, können sie gegen den Ausgang der Wahl protestieren und sagen: Dieses Zeichen war darauf. Von wem dasselbe ausgeht, wird sich in den seltensten Fällen constatieren lassen. Hier haben wir einen provisorischen Diener gefunden, der das zugegeben hat; ein anderesmal wird sich dieser provisorische Diener nicht finden, und damit ein solches Präjudiz nicht geschaffen werde, bin ich für die Agnoscierung der Wahl. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Röhrl: Herr College Brauneiß hat mich schlecht verstanden; ich habe nur bemerken wollen, dass Herr Brauneiß Zeuge war, dass nichts vorgekommen ist. Mit den

Ausdrücken „Januskopf" und „süßer Bruder" habe ich den Gem.-Rath Schlögl nicht beleidigen wollen; aber nachdem er so oft gegen mich losgeht, muss ich mich auch wehren. Wenn der College will, kann er mich klagen. Ich werde ihm 200 Zeugen aufführen, dass diese Ausdrücke im Volksmunde gebräuchlich sind; ich kann ja nichts dafür.

Gem.-Rath Schlögl: Wir haben im Wirtshaus einen Spass und eine Hetze gehabt; das gehört nicht in den Gemeinderath; aber ich war nicht derjenige, der die Sache vom Fuchs und Poritz zusammengebracht hat; dafür stehe ich ein, dass das der Herr Röhrl weiß.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es wünscht niemand mehr das Wort. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Ich habe bei meinem Referate dasjenige, was zur Begründung der angeblichen Verletzung des Wahlgeheimnisses im Proteste noch vorgebracht worden ist, absichtlich nicht erwähnt, weil ich auf demselben Standpunkte stehe, der schon von anderer Seite charakterisiert worden ist, dass es sich hier nicht um eine ernstgemeinte Erzählung, sondern wirklich nur um ein spasshaftes Wirtshausgespräch handelt. Die Herren werden das auch entnehmen, wenn ich Ihnen vorlese, was der Protest darüber sagt (liest):

„Einen drastischen Beweis für die Wahrheit dieser unserer Behauptung liefert eine Äußerung, welche der neu gewählte Gem.-Rath Fuchs am Tage nach der Wahl in einem Gasthause dem Herrn Johann Poritz, Hausbesitzer und Fleischselcher in Wien, XIV. Bezirk, Sechshauser Hauptstraße Nr. 3, gegenüber gethan hat. Herr Fuchs sagte nämlich dem Herrn Poritz gegenüber Folgendes: „Du Schani, hast mich wahrscheinlich auch nicht gewählt?" Herr Poritz erwiderte, dass er das nicht sage, wem er seine Stimme gegeben hat. Herr Fuchs gab nun hierauf die wirklich charakteristische Antwort, dass Poritz ihm dies ruhig sagen könne, und fügte bei: „Sage mir nur deine Legitimationsnummer und ich brauche dann nur hinaufzugehen und nachzuschauen und weiß gleich, ob du mich gewählt hast oder nicht."

Nun hat Herr Fuchs, hierüber einvernommen, zu Protokoll gegeben:

„Die im Wahlproteste enthaltenen und mir in den Mund gelegten Worte, betreffend die Wahl im XIV. Bezirke, sind so wie sie angeführt sind, unrichtig. Ich habe am Tage nach der Wahl mit Herrn Poritz über die Gemeinderathswahlen im Gasthause des Haberswallner gesprochen und zu ihm beiläufig gesagt, dass wir die Wähler so genau kannten, dass wir wussten, für welche Partei von den Wählern gestimmt wurde. Diese Kenntnis beruht jedoch auf der Local- und Personalkenntnis des Bezirkes und steht das betreffende Gespräch in gar keinem Zusammenhange mit der Bezeichnung der Stimmzettel. Ich hatte überhaupt keine Kenntnis davon, dass eine Bezeichnung einzelner Stimmzettel stattgefunden habe, und konnte daher daraus auch keinerlei Consequenzen ziehen."

Daraus ergibt sich doch klar und deutlich, wie es auch bei einiger Überlegung jedem der Herren klar sein sollte, dass diese angebliche Äußerung des Herrn Fuchs gar keinen Bezug haben konnte auf diese bezeichneten Stimmzettel. Denn, wie sollte der betreffende Herr Fuchs in der Lage gewesen sein — Herr Gem.-Rath Witzelsberger hat auseinandergesetzt, dass er nicht in der Lage war — die Wahlzettel noch einmal nachzusehen? Wie hätte er aus dieser Bezeichnung, beziehungsweise aus der Nummer der Wahllegitimation und dem Vergleiche mit den Zetteln, welche bezeichnet sind, entnehmen sollen, wen der Herr Poritz gewählt hat? Die Bemerkung des Herrn Fuchs, dass aus der Nummer der Wahllegitimation ersehen werden könnte, wer gewählt wurde, ist daher etwas, was man wirklich nicht als ernste Angelegenheit betrachten kann. Sehen Sie sich doch noch einmal die Sache genau an. Welchen Einfluss soll die Bezeichnung der Stimmzettel auf das Wahlergebnis überhaupt haben? Vier Stimmzettel waren vom Diener in diesem Bezirke bezeichnet worden.

Die betreffenden Stimmzettel wurden zur Abgabe gebracht. Zunächst steht gar nicht fest, dass diejenigen, welchen diese Stimmzettel übergeben worden sind, diese Stimmzettel auch wirklich abgegeben haben. Es ist ja doch sehr leicht möglich, dass die Stimmzettel untereinander ausgetauscht worden sind. Dann ergibt sich ja, dass man aus diesen Bezeichnungen, welche ja übrigens den Uneingeweihten — und eingeweiht ist ja hier nur der Amtsdiener, der das gemacht hat — unverständlich sind, absolut nicht entnehmen konnte, was das bedeuten sollte. Vom Herrn Collegen Dr. Uhl ist vollkommen mit Recht gesagt worden: Wenn es möglich wäre, eine Wahl deshalb für ungiltig zu erklären, weil solche Bezeichnungen auf Stimmzetteln vorkommen, dann könnte jede Wahl für ungiltig erklärt werden. (Zustimmung rechts.) Es ist dann im Belieben irgend einer, auch einer geringfügigen Gegenpartei, sich dieses Manövers zu bedienen, eine gewisse Anzahl von Stimmzetteln mit bestimmten Zeichen zu versehen, geheime Chiffren darauf zu machen, und der Wahlact müsste nach Anschauung dieser Herren dann für ungiltig erklärt werden.

Das kann doch nicht im Geiste unserer Wahlordnung gelegen sein und ist es auch ganz gewiss nicht. Diese Bezeichnungen haben gar keine Bedeutung. Die Wähler, welche diese Stimmzettel bekommen haben, wären in der Lage gewesen, sie umzutauschen, sie wären in der Lage gewesen, vollkommen unbeschriebene, weiße Stimmzettel ohne solche Bleistiftnotizen abzugeben; wenn sie es nicht gethan haben, und weil das sofort nach der Wahl in einem Proteste benützt worden ist, um das Wahlergebnis anzufechten, so ergibt sich daraus, dass die Herren absichtlich diese Stimmzettel abgegeben haben. Sie haben gewusst, dass sie die Stimmzettel bei der Wahl-Commission ausgetauscht bekommen, sie haben absichtlich von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht, sondern die chiffrierten Stimmzettel, die vom Amtsdiener mit Zeichen versehenen Stimmzettel abgegeben, damit man nachträglich irgend einen Anhaltspunkt zu einem Wahlproteste habe. Das, glaube ich, kann nicht gebilligt werden.

Vom Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger ist weiter noch hervorgehoben worden, dass in diesem Bezirke angeblich von einem Lehrer und von einem städtischen Beamten ganz außerordentlich agitiert worden sein soll. Welchen Einfluss das auf unsere Entscheidung haben kann, ist mir vollkommen unverständlich. Es liegen widerholte Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes in dieser Richtung vor, dass irgend welche Agitationen, welche Beeinflussungen der Wähler außerhalb des Wahllocales betreffen, auf das Wahlergebnis Einfluss nicht üben können, und wir sind, glaube ich, umsoweniger in der Lage, das zu thun, nachdem es sich ja hier auch nicht darum handelt, diese Wahlagitationen irgendwie controlieren zu können. Wir sind nicht in der Lage, das zu thun, und wenn sich die Herren darüber beschweren, dass Lehrer und Beamte agitiert haben, was, wie ich gehört habe, in allen Parteilagern eventuell hie und da

geschehen soll, so kann dies den Gemeinderath absolut nicht in die Lage versetzen, bei der Prüfung, ob der Wahlact formell correct vor sich gegangen ist, darauf Rücksicht zu nehmen. Das gehört eventuell an eine andere Stelle, und es ist hier sogar von einer Classe von Personen gesprochen worden, nämlich von den Lehrern, die gewiss irgend einer Disciplinargewalt des Gemeinderathes nicht unterstehen. Ich glaube daher, dass die Herren nur recht daran thun, wenn Sie den Antrag des Stadtrathes annehmen und die Wahl im XIV. Bezirke verificieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Referenten-Antrag geht dahin, die Wahl der Herren Rückauf und Fuchs aus dem 1. Wahlkörper des XIV. Bezirkes zu verificieren. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der gegen die von dem 1. Wahlkörper des XIV. Bezirkes vorgenommene Wahl eingebrachte Protest wird zurückgewiesen und die Wahl der Herren Franz Rückauf und Karl Josef Fuchs im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

12. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler (Zur Zahl 2377): Der Act betrifft die Verification der Wahl von zwei Mitgliedern des Gemeinderathes aus dem 1. Wahlkörper des XV. Bezirkes. Bei dem am 17. April stattgefundenen Wahlact sind 109 Wähler erschienen. Von den abgegebenen 109 Stimmzetteln waren zwei leer, die Zahl der giltigen Stimmen war daher 107. Es entfielen auf Herrn Schoderböck Wilhelm 73, auf Herrn Beutnitz Joh. 69, auf Herrn Mayer Heinrich 33, auf Herrn Schreiner Karl 31 Stimmen, und außerdem waren einige Stimmen zersplittert. Gewählt erscheinen somit mit mehr als absoluter Majorität die Herren Schoderböck Wilhelm und Beutnitz Johann.

Auch gegen diese Wahl liegt ein Wahlprotest vor. In diesem Wahlproteste wird derselbe Einwand erhoben, der bei der letzten Wahl besprochen wurde, das ist der Umstand, dass gewisse Stimmzettel, und zwar sind es in diesem Bezirke 15, mit Buchstaben und Zeichen an der Innenseite bezeichnet waren.

Diese Buchstaben rühren von demselben Amtsdiener her, der protokollarisch erklärte, dass er dies gethan habe, ohne von irgend einer Seite beeinflusst worden zu sein, und dass er nicht gewusst habe, dass dies nicht gestattet wäre.

Nachdem nun dieselben Gründe, welche früher von mir vorgebracht wurden, auch hier gelten, dass nämlich durch diese Bezeichnung eine Ungiltigkeit der Wahl sich nicht ergeben kann, so beantrage ich namens des Stadtrathes, die Wahl der Herren Schoderböck und Beutnitz im Sinne des § 21 der Gemeinderaths-Wahlordnung zu verificieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung; der Antrag ist angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, da hätten Sie sich früher melden müssen. Ich werde übrigens die Versammlung befragen, ob sie die Wiederaufnahme der Debatte wünscht. Die Herren, welche mit der Wiederaufnahme der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich stelle auch hier den Antrag, diese Wahl zu annullieren und eine Neuwahl auszuschreiben.

Gem.-Rath Witzelsberger: Meine Herren! Hier ist gerade so wenig Ursache, die Agnoscierung der Wahl nicht vorzunehmen, wie in dem früheren Falle. Diese Stimmzettel wurden von demselben Amtsdiener bezeichnet, der dies in Rudolfsheim gemacht hat, weil eben beide Bezirke dasselbe Bezirksamt haben, und wenn es dem Herrn Führer der Opposition beliebt, in unzweideutiger Weise darauf hinzuweisen, dass andere Personen darum gewusst haben, so erwidere ich ihm, dass dies vollständig unwahr ist. Kein Mensch hat davon gewusst, ich war Vorsitzender der Wahlcommission und habe den Herrn, der den Protest überreichte, neben mir hinsitzen und mitcontrolieren lassen, und ich als Vorsitzender habe diese Zeichen nicht bemerkt. Erst am Schlusse, als das Scrutinium vorüber war, wurde von dem betreffenden Herrn Einspruch erhoben, und ich habe dann diese Stimmzettel, um ihm das Materiale für den Wahlprotest zu geben, abgezählt und durchgesehen; von den 15 Stimmzetteln waren 5 mit den Namen der oppositionellen und 10 mit den Namen unserer Candidaten versehen; es ist dies ein klarer Beweis, dass der Diener dies bezüglich der angegebenen Strecke in Fünfhaus und Rudolfsheim gethan hat, wie er auch protokollarisch angegeben hat. Es geht also nicht an, jemanden deshalb zu beschuldigen, wie es von jener Seite (links) geschehen ist; ich würde dies nicht thun, wenn ich nicht einen Beweis habe. Es ist nicht das geringste vorgekommen. Ich habe geglaubt, dass Machinationen vorhanden sind, denn ich konnte mir nicht denken, dass ein Diener so ungeschickt ist, wenn er auch nur ein Aushilfsdiener ist, dass er in die Wahlzettel Zeichen hineinmacht, weil er ja ohnedies die Wählerliste hat. Ich empfehle Ihnen, um Sie nicht weiter aufzuhalten, die Agnoscierung der Wahl, wie sie seitens des Referenten des Stadtrathes beantragt wurde.

Gem.-Rath Gregorig: Die Erklärung des Herrn Vorredners soll glauben, wer will, ich nicht, wir glauben sie nicht. Sie wollen einen armen Diener da hineinjagen, wir kennen die Machinationen schon, welche da vorkommen. Es ist überdies von einem Wähler gegen zwei Personen, die im Bezirke wohnen, eine Reclamation erhoben worden, und die Verständigung, dass der Reclamation nicht Folge gegeben wurde, ist dem Manne zwei Tage nach der Wahl zugestellt worden. Also auch hier haben Sie eine unvollständige Wählerliste, und auf Grund der früheren Annullierung bitte ich daher, den Act an den Stadtrath zurückzuleiten und Erhebungen pflegen zu lassen.

Referent: Es ist absolut gar kein Grund vorhanden, diesen Act an den Stadtrath zurückzuleiten, weil der Act vollständig ist und gar kein Grund angegeben ist, warum dieser Act zurückgeleitet werden sollte. Das Wahlreclamationsgeschäft ist hier ganz gewiss vollständig ordnungsgemäß vor sich gegangen, und kann ja die Giltigkeit der Wahl gewiss nicht dadurch beeinflusst werden, wenn die Reclamationen im legalen Wege zurückgewiesen worden sind. Was die meritale Seite der Angelegenheit betrifft, so beziehe ich mich auf meine früheren Ausführungen, denen ich nichts weiter beifüge, und bitte Sie daher, den Stadtraths-Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Antrag des Herrn Dr. Lueger ist eine reine Negative, denn wenn die Wahl nicht verificiert wird, muss eine neue Wahl ausgeschrieben werden.

Der Herr Gem.-Rath Gregorig stellt den Antrag, den Act an den Stadtrath zur neuerlichen Berathung zurückzuweisen. Die Herren, welche mit diesem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Gregorig einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage auf Verificierung der Wahlen der Gem.-Räthe Schoderböck und

Beutnitz einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der gegen die von dem 1. Wahlkörper des XV. Bezirkes vorgenommene Wahl eingebrachte Protest wird zurückgewiesen und die Wahl der Herren Wilhelm Schoderböck und Johann Beutnitz im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

13. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe die Ehre, zu referieren über die Verificierung der Wahlen in den Bezirken XVI, XVII, XVIII und XIX bezüglich des 1. Wahlkörpers und zunächst bezüglich der Wahl von zwei Mitgliedern des Gemeinderathes aus dem 1. Wahlkörper des XVI. Bezirkes. Abgegeben wurden 88 Stimmzettel; davon war einer leer, es verbleiben daher 87 giltige Stimmzettel. Hievon entfielen auf Herrn Franz Bock, Baumeister, 38 Stimmen, auf Herrn Thomas Hück, Hausbesitzer, 33 Stimmen, auf Herrn Franz Maresch sen., Juwelier und Hausbesitzer, 51 Stimmen, auf Herrn Michael Buschan jun., Hausbesitzer und Beamter des „Neuigkeits-Weltblattes", 52 Stimmen. Es haben daher die Herren Franz Maresch sen. und Michael Buschan jun. mehr als die absolute Mehrheit der Stimmen, und ich beantrage daher die Verificierung der Wahl der beiden genannten Herren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Referent: Ein weiterer Act betrifft die Verificierung der Wahl von zwei Mitgliedern des Gemeinderathes aus dem 1. Wahlkörper des XVII. Bezirkes. Abgegeben wurden 109 Stimmzettel, welche sämmtlich giltig waren. Hievon entfielen auf Herrn Alexander Pursch, Kaufmann und Hausbesitzer, 66, auf Herrn Josef Grünbeck, Baumeister und Hausbesitzer, 70, auf Herrn Johann Gschwandner, Baumeister und Hausbesitzer, 37, auf Herrn Dr. Karl Kastner, Hausbesitzer und Advocat, 38 Stimmen.

Es erscheinen daher die Herren Alexander Pursch und Karl Grünbeck mit mehr als der absoluten Majorität gewählt. Ich beantrage daher die Verificierung der Wahl derselben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung. (Nach einer Pause:) Angenommen.

Referent: Ein weiterer Act betrifft die Verificierung der Wahl von zwei Mitgliedern aus dem 1. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes. Abgegeben wurden 130 Stimmzettel, welche sämmtlich giltig waren. Hievon entfielen auf Josef Müller, Hausbesitzer und Ingenieur, XVIII., Gürtelstraße 37, 92 Stimmzettel und auf Josef Wünsch, Brauereibesitzer, XVIII., Ferstelgasse 9, 69 Stimmzettel, auf Wenzel Arko, III., Posthorngasse 5, 47 Stimmzettel und auf Johann Hübschmann, XVIII., Czermakgasse 2, 5 Stimmzettel und 1 Stimmzettel auf Professor Wilkens. Es erscheinen daher mit mehr als absoluter Majorität Josef Müller und Josef Wünsch gewählt, und beantrage ich die Verificierung dieser Wahl, beziehungsweise der beiden genannten Herren als Gemeinderäthe des 1. Wahlkörpers aus dem XVIII. Bezirke.

Gem.-Rath Steiner: Ursprünglich wollte ich beim XVII. Bezirke sprechen. Ich kann dies aber auch nachträglich hier thun. Ueber die Mangelhaftigkeit und Unrichtigkeit der Wählerlisten wurde schon in der letzten Wahlverifications-Debatte gesprochen. Es wurde auch darüber gesprochen, dass die Reclamationen, welche von Seite der Wähler in den einzelnen Bezirken vorgenommen worden sind, vom Stadtrathe nicht berücksichtigt worden sind. Es handelt sich nämlich um Herrn Glaser, welcher bei der Polizei als im I. Bezirke, Doblhoffgasse 3, gemeldet erscheint. Diesbezüglich ist an den Magistrat relationiert worden. Die Wähler haben reclamiert, und Herr Dr. Vogler hat in der letzten Debatte der Meinung Ausdruck gegeben, dass auch er als Referent nach dem Antrage des Magistrates beantragt habe, dass Herr Glaser aus der Wählerliste zu streichen ist. Der Stadtrath war jedoch anderer Meinung. Welche Meinung der Stadtrath haben kann, weiß ich nicht, aber ich glaube, er muss auf dem gesetzlichen Boden stehen und nach den Bestimmungen des Statutes vorgehen. Jeder Wähler hat in dem Bezirk, wo er seinen ständigen Wohnsitz hat, sein Wahlrecht auszuüben. Was bei Herrn Glaser recht ist, das muss bei Herrn Hruby billig sein. Auch hier wurde reclamiert, damit derselbe in die Wählerliste hineinkommt, und zwar mit Rücksicht darauf, dass er in Hernals seinen ständigen Wohnsitz hat und nur ab und zu in Ziersdorf wohnt. Bei Herrn Glaser hat man gesagt, er wohnt ab und zu in Dornbach. Die Polizei berichtet, er wohnt ständig im I. Bezirk. Bei Herrn Hruby sagt man, weil er ein Gegner ist, er wohnt in Ziersdorf.

Da, wo viele Juristen, sind viele Meinungen, das weiß man, wenn man nur die Judicate des Obersten Gerichtshofes ansieht. Aber das eine verstehe ich nicht, dass man einen Wähler aus einer Ursache hineinnimmt und einen anderen aus derselben Ursache herausnimmt. Weiters haben die Herren von dem christkatholischen Stadtrath Witzelsberger in der letzten Debatte gehört .....

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich bitte, solche Bemerkungen zu unterlassen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): ..... dass die liberale Partei nicht mit solchen Mitteln kämpfen könne wie wir, weil sie zu christlich sei. Nun werde ich mir einen Fall anzuführen erlauben, ob das christlich ist? Es mag freiheitlich und fortschrittlich sein, christlich gewiss nicht. Im XVII. Bezirk .....

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Herr Gemeinderath, jetzt wird nicht über den XVII. Bezirk verhandelt.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich weiß schon. Im XVII. Bezirke, am 7. Mai, früh, wurde ein gefälschtes Circular, mit dem Namen des Candidaten Grünbeck versehen, versendet, worin gestanden ist, derselbe ziehe seine Candidatur zurück. Ich frage nun den christkatholischen Herrn Stadtrath, der sich auf sein Christenthum so viel einbildet, ob es christlich ist, dass man mit Fälschungen, mit solchen Mitteln kämpft. Nun, es ist ja bekannt, dass Sie unter sämmtlichen Parteien Österreichs den Vorzug haben, die corrupteste Partei zu sein. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung und werde Sie, wenn Sie nochmals eine solche Äußerung machen, ausschließen.

Referent: Die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners haben jedenfalls mit der Verificierung der Wahlen im XVIII. Bezirke gar nichts zu thun; sie bezogen sich auf Wahlvorgänge im XVII. Bezirke. Nun, auf diese Wahlvorgänge näher einzugehen, ist nicht meine Sache; bekanntlich wird gesündigt extra et intra muros. Was die Entscheidung des Stadtrathes in diesem Falle betrifft, so ist kein Zweifel, dass nach dem Gesetze jemand zwei, ja noch mehr Wohnsitze haben kann und es im Belieben der betreffenden Behörde steht, zu entscheiden, welcher Wohnsitz als der Wohnsitz des Wahlortes angenommen werden soll. Ich verweise

nur auf § 17 der Jurisdictionsnorm. Nachdem aber die ganzen Einwendungen sich nicht auf den XVIII. Bezirk beziehen und auch ganz ohne Einfluss auf das Wahlresultat wären, bitte ich, dem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Ich habe weiters zu referieren über die Verificierung der Wahl eines Mitgliedes des Gemeinderathes aus dem 1. Wahlkörper des XIX. Bezirkes. Abgegeben wurden 71 Stimmzettel, hievon war einer leer, verblieben also 70 giltige Stimmzettel. Diese 70 Stimmen fielen ausnahmslos auf den bisherigen Gemeinderath des Bezirkes, Herrn Adolf Bachofen v. Echt. Ich beantrage die Verificierung dieser einstimmig vorgenommenen Wahl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die von dem 1. Wahlkörper der Bezirke XVI bis inclusive XIX vorgenommene Wahl der Herren Franz Maresch sen., Michael Buschan jun., Alexander Purscht, Karl Grünbeck, Josef Müller, Josef Wünsch und Adolf Bachofen v. Echt wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

14. Referent Gem.-Rath Jos. Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren über den Act ad Z. 2754. Es handelt sich hier um ein Project für eine Stockwerks-Aufsetzung auf das Schulgebäude in Weinhaus in der Köhlergasse Nr. 1.

Es ist bereits vom Gemeinderathe in das Budget ein Betrag von 25.000 fl. eingesetzt worden, daher die Nothwendigkeit dieses Aufbaues bereits seinerzeit anerkannt wurde, welche dadurch begründet ist, dass im XVIII. Bezirke 14 Spätclassen existieren; es ist daher unbedingt nothwendig, dass eine Vermehrung der Schulbauten vor sich gehe. Ein Übelstand, der ebenfalls zu beseitigen ist, liegt darin, dass in drei dort untergebrachten Schulclassen beide Geschlechter zusammen den Unterricht genießen, und zwar in der 1. Classe 28 Knaben und 38 Mädchen, in der 2. Classe 29 Knaben und 34 Mädchen, in der 3. Classe 35 Knaben und 41 Mädchen. Es sind wohl nicht viele Worte mehr darüber zu verlieren, dass eine Trennung hier sehr nothwendig und die Aufsetzung des Stockwerkes, welche dem Übelstande abhilft, wohl eine Sache ist, die sich von selbst versteht. Die Pläne für diese Stockwerks-Aufsetzung sind hier, und werde ich mir erlauben, dieselben den Herren zu erklären. (Redner demonstriert die betreffenden Pläne.)

Es sind 25.000 fl. im Budget für diese Schule vorgesehen. Der Kostenvorschlag ist in dieser Summe gehalten; es handelt sich nun darum, diesen Antrag zu genehmigen.

Der Antrag lautet (liest):

„Die Ausführung der Stockwerks-Aufsetzung auf der Schule XVIII., Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, sei nach der vom Stadtbauamte und vom Bezirksschulrathe approbierten Planskizze A und B mit einem Kostenaufwande von circa 25.000 fl. zu genehmigen."

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage, welche Art von Beheizung in dieser Schule eingeführt sein wird?

Referent: Dort ist derzeit keine Centralheizung vorhanden; es wird auch im oberen Stockwerke keine solche eingeführt, weil die Kosten sonst unverhältnismäßig anwachsen würden. Vielleicht wird sich später über meinen gestellten Antrag diesbezüglich eine Änderung vornehmen lassen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe schon bei der Budget-Debatte darauf hingewiesen, dass von Seite des Magistrates für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf diese Schule ein Betrag von 40.000 fl. eingestellt worden ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Erbauung der ganzen Schule, dieses zwei Stock hohen Gebäudes und des Stockwerkes in der Seitengasse inclusive dem Bauplatze der Gemeinde seinerzeit zusammen 27.000 fl. gekostet hat. Nach langer Debatte ist es mir gelungen, diesen Betrag von 40.000 fl. auf 25.000 fl. herabzusetzen, und nachdem meiner Ansicht nach mit dieser Summe hinreichend das Auskommen gefunden werden kann und muss, so stelle ich den positiven Antrag, dass auch diese Summe unter keiner Bedingung überschritten werden darf.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das ist ja der Referenten-Antrag.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich wünsche nur, dass kein Nachtragscredit komme, weil das ganze Gebäude neu nur 27.000 fl. gekostet hat.

Gem.-Rath Bärtl: Ich wollte auch in Betreff der Beheizung eine Anfrage stellen. Ich bin damit vollkommen einverstanden, wenn die Ofenbeheizung auch in dem aufgesetzten Stockwerke eingeführt wird.

Gem.-Rath Eigner: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg sagte, dass kein Nachtragscredit kommen soll; die Summe von 25.000 fl. ist ohnehin zu hoch; man baut um dieses Geld fast eine neue Schule; es ist nur ein einfacher Gassentract, kein Doppeltract. Ich glaube, dass von dem Betrage noch etwas übrig bleiben wird. Ich erlaube mir daher, den Referenten zu fragen, ob in diesem Betrage von 25.000 fl. auch die Schuleinrichtung mit inbegriffen ist, oder ob man diesbezüglich noch mit einer Anforderung kommen wird.

Gem.-Rath Boschan: Ich möchte nur in formaler Beziehung die Herren bitten, den Antrag, welcher gestellt worden ist, dass nämlich der Betrag nicht überschritten werden darf, unter keinen Umständen anzunehmen, denn er ist gegen das Statut. Wenn den Herren der Betrag zu hoch erscheint, so können Sie ihn restringieren —; es steht aber statutenmäßig dem Stadtrathe frei, Überschreitungen der Budgetposten bis zum Betrage von 5000 fl. im eigenen Wirkungskreise zu genehmigen. Ich bitte Sie daher, einen entgegenstehenden Beschluss nicht zu fassen.

Gem.-Rath Dr. Ahl: Mit Rücksicht auf die Aufklärung des Herrn St.-R. Boschan beantrage ich, dass für diesen Schulbau 20.000 fl. bewilligt werden.

Referent (zum Schlusswort): Ich muss mein Erstaunen darüber ausdrücken, dass der Antrag auf 20.000 fl. hier eingebracht wurde. Es wird vom Bauamte approximativ, weil mir eine Skizze vorliegt und das Detailproject noch nicht ausgearbeitet ist, die Summe von 25.000 fl. festgestellt. Soviel ich mich zu erinnern weiß, waren bei derartigen Bauten entweder gar keine oder nur sehr mäßige Überschreitungen. Ich habe z. B. heute im Stadtrathe ein Referat über die Herstellung des Friedhofes in Penzing erstattet. Da ergab sich sogar ein Ersparnis von 3000 fl. Ich glaube also nicht, dass man deswegen, weil Überschreitungen vorkommen können, den Antrag auf 20.000 fl. stellen kann. Ich bitte, bei dem Antrage auf 25.000 fl. zu bleiben, weil das ein motivierter ist, während der Antrag auf 20.000 fl. nicht motiviert erscheint.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Abstimmung): Es ist von einer Seite die Anfrage an den Herrn Referenten gerichtet worden, ob diese 25.000 fl. nur für die Baulichkeit ausgegeben werden oder ob auch die Einrichtung der Schule mit inbegriffen ist.

Referent: Die Einrichtung ist mit inbegriffen.

Gem.-Rath Eigner: Das habe ich ohnehin gefragt, und der Herr Referent hat es nicht beantwortet.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sie haben nicht das Wort, Herr Gem.-Rath Eigner, weil die Debatte bereits geschlossen ist.

Der Antrag des Herrn Referenten geht dahin, für die Stockwerks-Aufsetzung auf dem Schulhause in der Köhlergasse 25.000 fl. zu bewilligen; Herr Gem.-Rath Dr. Uhl beantragt statt dessen den Betrag von 20.000 fl.

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Dieser Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: Das Project für die Stockwerks-Aufsetzung auf das Schulgebäude Weinhaus, Köhlergasse 1, wird nach der vom Stadtbauamte vorgelegten und vom Bezirksschulrathe approbierten Planskizze A und B mit dem bedeckten Kostenaufwande von circa 25.000 fl. genehmigt.

15. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiter zu Zahl 70 zu referieren. Dieser Antrag betrifft die Vorlage der Projectskizze für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse.

Es ist im Budget durch den Gemeinderath ein Betrag von 40.000 fl. für den Ankauf von Gründen zum Zwecke einer Mädchen-Bürgerschule eingestellt worden. Wie man nun an Ort und Stelle Gründe gesucht hat, ist man in die Nähe der Galileigasse gekommen und hat dort den Theil des sogenannten Sechsschimmelberges vollkommen verbaut gefunden. In kürzester Zeit sind nämlich auf diesem Terrain mehr als 20, 30 Häuser gebaut worden. Aus diesem Grunde ist man zur Überzeugung gekommen, dass es unbedingt nothwendiger ist, eine Mädchen-Volksschule herzustellen als eine Mädchen-Bürgerschule. Eine Mädchen-Volksschule ist an der Ecke der Gemeindegasse und, wenn ich nicht irre, der Nussdorferstraße. Es würden, wenn die Mädchen-Volksschule nicht sofort gebaut würde, dadurch riesige Verlegenheiten entstehen.

Es geht daher der Antrag dahin, dass die 40.000 fl., welche zum Baue einer Bürgerschule, respective zum Ankaufe eines Grundes genehmigt worden sind, für den Bau dieser Schule, d. h. für den Bau, der jetzt gleich auszuschreiben ist, zu verwenden seien, nachdem noch im heurigen Jahre der Rohbau fertig werden soll. Für den Baugrund ist nichts einzusetzen, weil derselbe der Gemeinde gehört. Die Herren werden sich erinnern, dass ich seinerzeit ein Referat über die Plätze erstattet habe, auf denen das Aichamt gestanden ist. Diese Plätze sind parcelliert worden. Auf drei von diesen Parcellen, und zwar auf denjenigen, die gegen die Galileigasse liegen, soll die Volksschule für Mädchen erbaut werden. Die Schule ist hier in einer Skizze ersichtlich gemacht. Ich werde mir erlauben, den Herren die Skizze zu erklären. (Referent demonstriert die betreffenden Pläne.)

Es wird daher beantragt, diese 40.000 fl., welche für den Ankauf einer Realität bestimmt waren, für die Mädchen-Bürgerschule zu verwenden und weiters in das Präliminare einen Betrag von 100.000 fl. einzusetzen.

Die Anträge des Stadtrathes lauten also:

„1. Die vom Stadtbauamte vorgelegte und vom Bezirksschulrathe approbierte Planskizze B für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, auf den Parcellen III, IV und V mit dem approximativen Kostenbetrage von 100.000 fl. sei zu genehmigen.

2. Der für den Bau einer Bürgerschule im IX. Bezirke in das Präliminare per 1893 eingestellte Betrag von 40.000 fl. ist für die Ausführung des Rohbaues der in Rede stehenden Schule zu verwenden."

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es ist ganz richtig, dass für den IX. Bezirk die Erbauung einer neuen Schule nothwendig ist, und zwar in diesem Stadttheil, aber nicht nur an dieser Stelle, sondern auch noch an verschiedenen anderen Stellen. Ich weiß momentan nicht, ob der Bezirksschulrath seine Zustimmung dazu gegeben hat, denn meines Wissens verlangt der Bezirksschulrath, dass an dieser Stelle nicht nur eine Doppel-Volksschule erbaut wird, sondern dass mit derselben auch eine Mädchen-Bürgerschule in Verbindung gebracht werden soll, und aus diesen Gründen werde ich den Herrn Referenten ersuchen, die Güte zu haben, uns diesbezüglich die Anschauung des Bezirksschulrathes bekanntzugeben.

Wenn aber überhaupt dort gebaut werden soll und der Rohbau noch in diesem Jahre fertiggestellt werden soll, so müssen, nachdem die Schule etwas größer wird, und nach der Ansicht der Techniker die einzig richtige Heizung nur die sogenannte Centralheizung ist, auch die Leitungen für diese Centralheizung angelegt werden. In diesem Falle interessiert es mich zu wissen, welche Art von Centralheizung in dieser Schule eingeführt werden soll.

Ich habe seinerzeit einen diesbezüglichen Antrag gestellt für den Fall, als es durchführbar wäre, die Ofenheizung in den Schulen einzuführen, denn das wäre die richtigste Heizung; unsere Schulzimmer sind, wie schon ihr Name sagt, nicht Lehrsäle, sondern Lehrzimmer, und für Lehrzimmer ist immerhin die Ofenheizung das zweckmäßigste, schon aus dem Grunde, weil, wenn die Centralheizung versagt, einfach Ferien herrschen. Das ist schon wiederholt vorgekommen. Ich will nicht auf die Nachtheile der Centralheizung hinweisen, aber ich glaube, dass die eine Centralheizung, die sogenannte Central-Luftheizung nirgends mehr Anklang findet, so dass sie jetzt endgiltig begraben ist. Ich habe aber ferner beantragt, wenn schon nicht die Ofenheizung, wenigstens eine anständige Centralheizung einzuführen, und das ist in diesem Falle die Niederdruck-Dampfheizung.

Ich habe darunter die Niederdruck-Dampfheizung mit sogenanntem localen Heizkörper, aber nicht die Niederdruck-Dampfluftheizung verstanden. Diese ist nicht das Richtige, das strebe ich nicht an, denn sie ist auch nicht viel besser als die Heißluftheizung. Aus diesem Grunde frage ich den Herrn Referenten, ob überhaupt eine Centralheizung geplant ist, und welches System der Centralheizung dort eingeführt werden soll, und dann bitte ich um das Wort zu weiteren Ausführungen.

Referent: Ich erlaube mir mitzutheilen, dass Detailpläne nicht vorliegen, sondern nur die generelle Skizze, die ich mir zu erklären erlaubte. Es wird jedenfalls eine Centralheizung eingeführt werden, wie dies in Schulen üblich ist. Ich möchte mir aber diesbezüglich die Bemerkung erlauben, dass im Stadtrathe ein Referat

über die Beheizung der Schulen auf der Tagesordnung steht, und es wird der Stadtrath sich in nächster Zeit, in den nächsten Tagen entscheiden, welche von diesen Beheizungen, die überhaupt Anwendung finden, hier zur Anwendung kommen soll. Es wird jedenfalls darauf Rücksicht genommen, dass nicht vielleicht diejenigen Heizungen angenommen werden, welche die billigsten sind, sondern nur jene, welche die zweckmäßigsten sind. Eine bestimmte Antwort also, welche Heizung hier eingeführt wird, kann ich dem Herrn Dr. Klotzberg nicht ertheilen, ich kann nur darauf hinweisen, dass das Referat im Stadtrath auf der Tagesordnung steht.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bitte noch, die Äußerung bezüglich des Bezirksschulrathes hat mir der Herr Referent nicht bekanntgegeben.

Referent: Ich habe anfangs bemerkt, dass der Bezirksschulrath ursprünglich den Antrag gestellt hat, eine Mädchen-Bürgerschule zu bauen; dass er aber, nachdem er die riesige Verbauung in diesem Terrain gesehen hatte, die Nothwendigkeit erkannt hat, früher eine Volksschule zu bauen, weil diese viel nothwendiger erschien als eine Bürgerschule. Er hat aber gleichzeitig den Antrag gestellt, dass man weitere zwei Parcellen von der Realität des Aichamtes verbauen solle, um eine weitere Schule zu errichten. Diesbezüglich sind die Berathungen im Stadtrathe gepflogen worden und sind die Vorschläge dahin modificiert worden, dass ein diesbezüglicher Platz vom Bauamte ausgewählt und ein Vorschlag gemacht werden soll, und man wird jedenfalls auch seinerzeit wieder an den Ortsschulrath und Bezirksschulrath herantreten, um die Bewilligung einer weiteren Schule zu erlangen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Mir ist bekannt, dass der Stadtrath sich derzeit mit einem Referate beschäftigt, um zu constatieren, welche Art der Beheizung die zweckmäßigste ist. Es ist aus diesem Grunde der Inspector auf Reisen geschickt worden, um in großen Städten des Continents diesbezüglich Studien zu machen, und ich bedauere nur lebhaft, dass ihm bei dieser gebundenen Marschroute nicht der Auftrag gegeben wurde, auch nach Stuttgart zu gehen; denn dort haben sie neben der Centralheizung auch eine ausgezeichnete Ofenheizung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Aber ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Ich komme schon dazu, bitte mich nur reden zu lassen. Es ist eine sehr wichtige Sache.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Aber sie steht nicht auf der Tagesordnung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Es handelt sich um die Lehrer und Schüler, die darf man in einer Schule, wo Centralluftheizung ist, nicht zugrunde gehen lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Es handelt sich jetzt um ein generelles Bauproject, der Frage der Beheizung. In diesem Falle wird in keiner Weise präjudiciert und speciell die Frage der Beheizung in den Wiener Schulen im allgemeinen kommt demnächst auf die Tagesordnung. Ich glaube daher, dass das, was der Herr Gemeinderath jetzt vorzubringen beabsichtigt, nicht zur Sache gehört und muss bitten, dies im Auge zu behalten.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Ich komme nach diesen Ausführungen zu dem Antrage, dass die Art der Beheizung für diese Schule sich der Gemeinderath vorbehalte, das heißt, dass das Project der Beheizung für diese Schule dem Gemeinderathe vorgelegt werden muss und der Gemeinderath endgiltig entscheiden muss. Das ist mein Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Diesem Wunsche kann nicht entsprochen werden.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Nicht? Warum?

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich habe schon vielmals hier erwähnt, dass die Pläne genau cotiert sein sollen, damit der Gemeinderath auch in der Lage ist zu erkennen, wie breit, wie hoch, wie lang alles ist; überhaupt soll alles so ausgeführt sein, dass man es sofort beurtheilen kann. Hier befindet sich in dieser Schule eine Stiege, die ausgebaut ist gegen den Hofraum hinaus, die gar keine Cote aufweist. Man weiß nicht, wie breit, wie lang u. s. w. Ich glaube, diejenige Person, welche die Pläne copiert hat, wird genau auf den Originalplänen gesehen haben, wie breit sich die Stiege dort vorfindet. Hier ist aber gar keine Cote angegeben. Das sind Pläne, die nur so hergemacht sind, dass jeder Beliebige hingehen und sich dieselben als Bildel ansehen kann, einen besonderen Wert haben aber solche Pläne nicht.

Ich glaube, die Stiegen in den Schulen sind ein sehr wichtiger Gegenstand. Ich muss daher ersuchen, dass in Zukunft die nöthigen Coten auch im Plane eingezeichnet werden, insbesondere die Tiefe, die Breite, Mauerstärke und auch die Stiegenbreite. Ich ersuche, der Herr Vorsitzende möge veranlassen, dass in Zukunft die Pläne möglichst vollständig ausgeführt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (Schlusswort): Ich möchte nur bezüglich des letzten Herrn Redners bemerken, dass die Hauptcotierungen da sind; es sind die Fronten cotiert, es sind die Tiefen der Mauern cotiert, es ist die Länge der Zimmer cotiert, die Gänge sind cotiert. Es ist nur, wie ich gesehen habe, das Stiegenhaus nicht cotiert, aber unmittelbar unter dem Plane ist ein Maßstab, so dass jeder von den Herren einen Vergleich des Planes mit dem Maßstab machen kann, und ich glaube, es ist niemand hier, dem das Schwierigkeiten machen würde, besonders dem Herrn Vorredner nicht, da er ja Baumeister ist. Er verlangt auch, dass die Mauerstärken cotiert sein sollen. Die Mauerstärken sind ja im Baugesetze bestimmt, so dass da gar nichts zu bemerken ist. Die Stärken sind 70, 75, 60 u. s. w. wie eben die Vorschriften lauten, und von denen wird keine Ausnahme gemacht. Ich glaube, dass das wohl genügen wird; aber wenn es für die Herren, insbesondere für den Herrn Vorredner, nothwendig ist, derartige Coten hineinzustellen, so wird es das Bauamt gewiss nicht unterlassen.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss den Herrn Referenten berichtigen. Er hat nämlich gesagt, dass ohnehin jeder die Mauerstärken wissen muss; im Parterre so viel, im 1., 2., 3. Stock so viel, das hängt aber von der Construction ab. Der Herr Referent ist auch Civilingenieur und Baumeister und weiß das ganz gut, wenn ich Eisenconstruction anwende, so kann ich die Mauern gleichstark aufführen, die Tramböden können schwächer, aber die Dippelböden müssen verstärkt werden. Das ist ein großer Unterschied. Das ist nicht so, dass es jeder Gemeinderath ersehen kann. Man muss hinschreiben, was für eine Construction es ist. Dann kann man sich orientieren, aber so nicht, weil man auch ganz genau wissen muss, wie das Mauerwerk gemauert ist, ob es mit Kalk oder Portland-Cement u. s. f. gemauert wird. Ich muss also darauf bestehen, dass meine früheren Ausführungen doch berechtigt waren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen.

Dem Antrage des Herrn Collegen Dr. Klotzberg wird dadurch entsprochen, dass ein specieller Act über die Beheizung an den Wiener Schulen dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird. Bei dieser Gelegenheit wird ihm vorbehalten sein, auch bezüglich dieser Schule einen speciellen Antrag zu stellen.

Ein Detailproject für diese Schule wird dem Gemeinderathe nicht vorgelegt, weil das Sache der Ausführung ist und dann dem Stadtrathe zugeht. (Widerspruch und Gelächter links.)

Beschluss: 1. Die vom Stadtbauamte vorgelegte und vom Bezirksschulrathe approbierte Planskizze B für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, auf den Parcellen III, IV und V mit dem approximativen Kostenbetrage von 100.000 fl. sei zu genehmigen.

2. Der für den Bau einer Bürgerschule im IX. Bezirke in das Präliminare pro 1893 eingestellte Betrag von 40.000 fl. ist für die Ausführung des Rohbaues der in Rede stehenden Schule zu verwenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine kurze vertrauliche.

Schluss der öffentlichen Sitzung $^3/_4$8 Uhr abends

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **12. Mai 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Entschädigungen aus Anlass der außerordentlichen Wasserentnahme im Winter 1892/93, und zwar von 25,824.973·31 Eimern aus den Quellen beim großen Höllenthale und von 5,525.581·20 Eimern aus dem Schwarzaflusse, und beantragt:

Es seien nach den Berechnungen des Stadtbauamtes und der Buchhaltung mit Rücksicht auf den bis 15. April 1893 gegebenen Endtermin der wasserrechtlichen Bewilligung auf Grund der Vergleiche vom 10. November 1890 und vom 28. März 1891 bis 15. Mai 1893 auszubezahlen:

An die Gruppe I der Wasserinteressenten von Hirschwang bis inclusive Neunkirchen mit Ausnahme der Firma Volpini in Gloggnitz	100.499 fl. 12 kr.
an die Firma Volpini & Söhne in Gloggnitz	1.316 fl. 93 kr.
an die II. Interessengruppe von Neunkirchen abwärts	43.926 fl. 25 kr.
ferner seien auszubezahlen an die Gemeinden Peisching, Breitenau, Schwarzau i. St. und Loipersbach (nach dem bisherigen Schlüssel)	1.467 fl. 08 kr.
Zusammen .	147.209 fl. 38 kr.

An Betriebskosten seien für das provisorische Schöpfwerk beim Kaiserbrunnen sammt Kohlenverbrauch . . . . . 2.180 fl. 08 kr.
und an Wagenauslagen für Ingenieur Byloff 35 fl. — kr.
zu bewilligen.

Der sonach erforderliche Gesammtbetrag per . . . . . 149.424 fl. 46 kr.
sei auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **4. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Roske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Hackenberg, Schlechter, Dr. Huber, Schneiderhan, Kreindl, Dr. Stenzl, Matthies, Baugoin, Meißl, Dr. Vogler, v. Neumann.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, v. Götz, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller, Witzelsberger, Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

Die St. R. von Götz, Müller, Witzelsberger und Wurm entschuldigen ihr Ausbleiben; durch die Landtagssitzung verhindert sind die St.-R. Boschan, Dr. Lederer und Matzenauer.

(2797.) **St.-R. Roske** referiert über das Ansuchen des Andreas Kührer um Bewilligung zur Tischaufstellung, I., Kärntnerring, von 6 Uhr abends an und Akademiestraße während des ganzen Tages und zur Verabreichung von Speisen auf beiden Plätzen und beantragt:

a) Dem Gesuchsteller zu bewilligen, am Kärnthnerringe ab 6 Uhr Tische aufzustellen und Speisen zu verabreichen, in der Akademiestraße den ganzen Tag Tische aufzustellen und Speisen zu verabreichen;

b) als Eventual-Antrag nach dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes die Tischaufstellung an beiden Plätzen nur von 6 Uhr abends zu bewilligen mit der Beschränkung, dass am Ringe keine Speisen verabreicht werden dürfen.

Bei der Abstimmung wird die Bewilligung zur Verabreichung von Speisen am Ringe von 6 Uhr abends an mit 6 gegen 6 Stimmen durch Dirimierung des Vorsitzenden gegen die Bewilligung abgelehnt;

die Bewilligung zur Verabreichung von Speisen in der Akademiestraße während des ganzen Tages abgelehnt;

die Bewilligung der Verabreichung von Speisen in der Akademiestraße von 6 Uhr abends an angenommen;

die Tischaufstellung in der Akademiestraße während des ganzen Tages abgelehnt.

Es erscheint daher der Eventual-Antrag des Referenten gleich dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes angenommen.

(2759.) **St.-R. Meißl** referiert über das Project für die Regulierung und Neupflasterung der Rauschergasse, von der Nordwestbahn bis Wallensteinstraße im II. Bezirke, mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 43.214 fl. 37 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2763.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Platzzinses per 6 fl. pro 1892 nach Anna Söllner im VI. Bezirke und beantragt die Bewilligung der Abschreibung. (Angenommen.)

(2752.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen der Schützengesellschaft in Schwechat um Bewilligung eines Ehrenpreises für das siebente n.-ö. Bundesschießen und beantragt, für das siebente n.-ö. Bundesschießen in Schwechat und die damit verbundene Feier des 350jährigen Bestandes der Schützengesellschaft in Schwechat einen Ehrenpreis von 10 Stück Ducaten zu bewilligen und diese Auslage auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(2773.) **Derselbe** referiert über Herstellungen im Gebäude der Knaben-Volksschule, XIII., Breitensee, Antonsgasse 38, und beantragt, die vom Magistrate in Antrag gebrachten Herstellungen mit dem Gesammtkostenerfordernisse von 2983 fl. 78 kr. zu genehmigen und für den unbedeckten Theilbetrag dieser Kosten einen Zuschusscredit von 1544 fl. 91 kr. zur Ausg.-Rubr. XII 4 c zu bewilligen. (Angenommen.)

(2642.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Asylvereines der Wiener Universität um Bewilligung einer Subvention und beantragt, dem genannten Vereine pro 1893 eine Subvention von 340 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2582.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bartholomäus Neckermann um Schätzung des auf Grund des Bauconsenses zur Einl.-Z. 34 Simmering, Conscr.-Nr. 39, Or.-Nr. 5 Felbergasse, X. Bezirk, im Ausmaße von circa 44·65 m² einzubeziehenden Straßengrundes und beantragt, diesen Grund mit 8 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(2618.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Lieben & Cie. um Einwilligung zur Löschung der auf den Realitäten Einl.-Z. 752, 753, 2367, 745 und 2522 bis 2525 im II. Bezirke für die Gemeinde haftenden Reallasten und beantragt, die Löschung auf Kosten des Gesuchstellers zu bewilligen. (Angenommen.)

(2578.) **Derselbe** referiert über die Nichtbezahlung einer Canaleinmündungsgebür per 927 fl. 60 kr. durch Francisca Öberer, XIII. Bezirk, Penzing, Hauptstraße 44, und beantragt, die Durchführung der Realexecution zu bewilligen. (Angenommen.)

(2474.) **St.-R. Rückauf** referiert über den Fiakerlicenzgebürenrückstand per 65 fl. 10 kr. pro 1891/92 nach Barbara Teufel und beantragt, der Genannten die Zahlung dieses Betrages in monatlichen Raten per 6 fl. 51 kr. bei ordnungsmäßiger Einzahlung der laufenden Schuldigkeit zu bewilligen. (Angenommen.)

(2478.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Zuständigkeit zu verleihen an:

Frey Johann, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Pfohl Wilhelm, Emailmaler;
Uhlir Heinrich, Buchbindergehilfe;
Wodwařzka Franz, Silberarbeiter;
Sykora Johann, Tischlergehilfe;
Riedel Josef, Verschleißer von Haus- und Küchengeräthen;
Seiberler Marie, geb. Szokol, Wäscherin;
Hartl Johann, Schneidergehilfe;
Neubauer Josef, Tischlergehilfe und Hausbesorger;
Breyer Anton, Vereinsdiener. (Angenommen.)

(2733.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Ignaz und der Anna Semrad um Bewilligung zu Adaptierungen im Hause XIX., Nussdorf, Hauptplatz 4, und beantragt, die Adaptierung zu genehmigen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Abweisung nach dem Antrag des magistratischen Bezirksamtes.

Referenten-Antrag wird abgelehnt.

(2737.) **Derselbe** referiert über neun Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zuständigkeit zu verleihen an:
Hofbauer Josef, Maurergehilfe und Hausbesorger;
Brachmann Josef, Milch-Verschleißer;
Hermann Berthold, Kaufmann;
Hans August, Baupolier;
Schuch Anton, Hausbesorger;

b) die erbetene Zusicherung zu ertheilen:
Wieser Martin Oswald, Bureaudiener;
Wachaja Francisca, Köchin;
Teuschl Franz, Gewerbeschüler;
Malke Georg, Reisecassier. (Angenommen.)

(2734.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Gebüren (Beerdigungskosten, Hundesteuern, Verpflegsgebüren ꝛc.) nach 67 Parteien aus dem XIX. Bezirke im Gesammtbetrag von 333 fl. 25 kr. und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(2785.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Bewilligung einer weiteren Abschlagzahlung auf den seitens der Gemeinde Wien zu leistenden Beitrag zu den Kosten der Erhaltung der Gewerbeschulen pro 1893 und beantragt, eine weitere Abschlagzahlung per 15.000 fl. zu Handen des n.-ö. Landes-Ober-Einnehmeramtes zu leisten. (Angenommen.)

(2767.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages und beantragt, dem Stadtbauamts-Aspiranten Franz Menzel für die Überwachung der Arbeiten zur Herstellung der Hochquellenwasserleitung in der Colonie Kaisermühlen vom 24. April 1893 an auf die Dauer des Baues einen Zehrungsbeitrag von 2 fl. 50 kr. täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(2808.) **Derselbe** referiert über einen Wassermehrverbrauch im IV. Quartale 1892 im k. k. Krankenhause Wieden und beantragt, die Gebür für diesen durch ein Rohrgebrechen entstandenen Wassermehrverbrauch mit dem Betrage von 260 fl. 33 kr. in Abschreibung zu bringen. (Angenommen.)

(2769.) **Derselbe** referiert über die Protokolle der Sitzungen der Bezirksausschüsse: I. Bezirk vom 27. April 1893, II. Bezirk vom 5., 12., 19. und 26. April 1893, III. Bezirk vom 29. März und 21. April 1893, IV. Bezirk vom 10. April 1893, V. Bezirk vom 10. April 1893, VI. Bezirk vom 3. April 1893, VII. Bezirk vom 12. April 1893, VIII. Bezirk vom 23. März und 20. April 1893, IX. Bezirk vom 5. April 1893 und X. Bezirk vom 12. April 1893 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2828.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Stadtphysicus Dr. Emil Kammerer um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Genannten die erbetene zweiwöchentliche Verlängerung des am 7. d. ablaufenden sechswöchentlichen Urlaubes zu bewilligen. (Angenommen.)

(2717.) **Derselbe** referiert über das Offert des Josef Schölnberger und Anton Wenny auf käufliche Erwerbung des ehemaligen Nothspitales in Breitensee, Cat.-Parc. 350/2, Einl.-Z. 537, XIII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(2804.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des gewesenen Dieners der vormaligen Gemeinde Nussdorf, Karl Kaltenberger, um Flüssigmachung des Heizpauschales per 10 fl. für die Heizperiode 1892/93 und beantragt, dem Genannten die auf das Jahr 1892 entfallende Hälfte des Heizpauschales, das ist also den Betrag von 5 fl., zu bewilligen. (Angenommen.)

(2845.) **Derselbe** referiert über die Anträge des Dr. Josef Ritt. v. Mündel als Vertreter der Gemeinde Wien in der Verlassenschaftssache nach Leopoldine Schilcher und beantragt,

a) die Anerkennung der erblasserischen goldenen Damen- und Savenettuhr als legierten Schmuck der minderjährigen Tochter des Karl Ritt. v. Trautmann und Ella v. Alth,

b) die Ausfolgung der von Karl Ritt. v. Trautmann und seinen beiden Schwestern auf Grund des Absatzes 2 des Codicilles als Legat ausgewählten Wohnungseinrichtungsgegenstände per 358 fl. 10 kr.,

c) den gleichzeitigen Verkauf der nicht legierten Silbergeräthe per 109 fl. 50 kr., der Kücheneinrichtung per 13 fl. 50 kr. und der nicht legierten Hauswäsche per 51 fl. 10 kr. an die drei genannten Legatare um den Schätzwert von 174 fl. 10 kr. zu bewilligen und

d) die Zustimmung zur Ausfolgung der im Punkte 3 des Berichtes des Dr. Mündel erwähnten Wäsche im Werte von 71 fl. an die Legatarin Marie Prath zu ertheilen. (Angenommen.)

(2590.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über das Ansuchen des gewesenen provisorischen städtischen Arztes im XVII. Bezirke Dr. Engelbert Felder um Bewilligung einer Abfertigung und beantragt, dem Genannten eine Abfertigung in der Höhe seiner zuletzt bezogenen Remuneration im Betrage von 400 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(243.) **Derselbe** referiert in Betreff der Bestellung einer neuen ärztlichen Hilfskraft für das Stadtphysikat und beantragt, es sei ein provisorischer städtischer Arzt mit dem monatlichen Honorare von 50 fl. auf die Dauer des Bedarfes, eventuell bis zur Erledigung der Vorlage über die Einrichtung des Gemeindesanitätsdienstes, zu bestellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Vaugoin referiert über Gesuche um Bewilligung von Gehaltsvorschüssen und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(290.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksausschusses des VI. Bezirkes bezüglich der Einlösung der Häuser Or.-Nr. 1 und 3 Wallgasse im VI. Bezirke und beantragt, von der Einlösung dieser Häuser Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(2709.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Stadtbaumeisters Johann Reinhart gegen die auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 22. März 1893, Z. 1131, erfolgte Verständigung wegen Überlassung von Gruftplätzen am Hietzinger Friedhofe und beantragt, dem Genannten die beiden einfachen Gruftplätze 1 und 2 der Gruppe 15 am Hietzinger Friedhofe gegen Erlag von je 300 fl. für jeden Gruftplatz zu überlassen. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter stellt den Zusatz-Antrag, es sei wegen Verbauung dieser Plätze dem Stadtrathe eine entsprechende Planskizze zur Genehmigung vorzulegen. (Angenommen.)

(2080.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes in Betreff der über Ansuchen der Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 15 Gumpendorferstraße, VI. Bezirk, C. T. Petzold & Cie., vorgenommenen gerichtlichen Schätzung der Grundabtretung und beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Act dem Stadtanwalte mit dem Ersuchen zu übermitteln, darüber zu berichten, ob mit Rücksicht auf die nunmehr gesetzmäßig eingetretene erhöhte Steuerfreiheit für das Haus Gumpendorferstraße 15 der Gemeinde ein Einspruch gegen die erfolgte Schadloshaltung zustehe, und was diesbezüglich vorzukehren wäre.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Kenntnisnahme und dem Magistrat zu bedeuten, dass seinerzeit bei der endgiltigen Feststellung der Schadloshaltung die inzwischen diesem Objecte zugute kommende erhöhte Steuerfreiheit in Betracht zu ziehen sein wird.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

(2402 und 2755.) **Derselbe** referiert über die Erwerbung von dem Julius Frankl gehörigen Gründen im XVI. Bezirke nächst dem Habsburgplatze, beziehungsweise in der Gablenzstraße, zur Erbauung einer Doppel-Volksschule, beziehungsweise eines Volksbades, und beantragt, ein Comité behufs Verhandlung wegen Erwerbung der sämmtlichen fünf Parcellen einzusetzen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2505.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz X. Komarek um Anweisung von à conto-Zahlungen für die Arbeiten beim Volksbade im IV. Bezirke, Klagbaumgasse, und beantragt, dies Ansuchen mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Bestimmungen der besonderen Bedingnisse, nach welchen vor der Leistung einer à conto-Zahlung eine Erprobung der Anlage stattzufinden hat, abzuweisen.

(Angenommen.)

(8043 ex 1892.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Maurermeisters August Titz um Ersatz der Kosten für die Mehrarbeiten bei dem Canalbaue in der Nordbahnstraße im II. Bezirke und beantragt, demselben ein Pauschale von 1000 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2786.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Franz Geist um Quartiergeldanweisung, beziehungsweise Erhöhung, und beantragt:

a) dem Oberlehrer Franz Geist anlässlich der ihm aufgetragenen Räumung der Naturalwohnung im Schulgebäude II., Czerninplatz 9, mit 15. Juli 1893 aus Billigkeitsgründen für die Zeit vom 1. Mai bis 15. Juli 1893 eine Quartiergeldentschädigung von 104 fl. 17 kr., entsprechend dem Jahresquartiergelde von 450 fl., zu bewilligen und demselben die volle vierteljährige Quartiergeldentschädigung pro Mai, Juni und Juli 1893 per 112 fl. 50 kr. sofort auszuzahlen, und

b) das Ansuchen des Genannten um Zuerkennung einer erhöhten Quartiergeldentschädigung von jährlich 500 fl. abzulehnen.

(Angenommen.)

(2820.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 3. Mai 1893, Z. 1664, betreffend die Bestellung der k. k. Bezirks-Schulinspectoren für den Wiener Schulbezirk 1893/94 bis inclusive 1895/96, und beantragt, zur eventuellen Berufung der in obiger Note verzeichneten Persönlichkeiten aus dem Stande der städtischen Volks- und Bürgerschulen für das Amt eines k. k. Bezirksschul-Inspectors die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2829.) **Derselbe** referiert bezüglich des Baues eines Turnsaales für die Schule im XIII. Bezirke, Ober-St. Veit, und beantragt, für das laufende Jahr von dem Baue eines Turnsaales abzusehen und diese Herstellung zugleich mit der Schaffung von vier neuen Lehrzimmern für das nächstkommende Jahr in Aussicht zu nehmen; bezüglich der weiteren Vorkehrungen habe der Magistrat seinerzeit Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(2538.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 15 Windmühlgasse im VI. Bezirke und beantragt, dieses Haus nach dem August-Auszieh-termin l. J. zu demolieren, die betreffende Arbeit im Wege öffentlicher Offertverhandlung zu vergeben und den Parteien im Mai l. J. pro Augusttermin 1893 zu kündigen, dass das Gebäude nach dem August-Ausziehtermine vollständig geräumt ist. (Angenommen.)

(2264.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Magistrates bezüglich des neuerlichen Offertes der Josefine Grüll wegen käuflicher Erwerbung eines Grundtheiles vom aufgelassenen Neulerchenfelder Friedhofe zum Preise von 20 fl. per Quadratmeter und beantragt, denselben zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2702 und 2755.) In das Comité wegen Verhandlungen zur Erwerbung von fünf Bauparcellen des J. Frankl im XVI. Bezirke werden gewählt die St.-R. Dr. v. Billing, Ritt. v. Neumann und Rückauf.

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 13. Mai 1893 vom 2. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
2	**Reitmayer** Anton, Porzellanwarenhändler, IX., Währingerstraße 18	719	506
	Gerin Josef, Gastwirt, IX., Marktgasse 9 . . .		490

Allgemeine Nachrichten.

(**Wiener Verkehrsanlagen.**) Genehmigung des Projectes für die Anlage des Sammelcanales am linken Donaucanalufer. Die k. k. Statthalterei hat der Commission für Verkehrsanlagen in Wien die wasserrechtliche Bewilligung zur Ausführung des Projectes für die Theilstrecke des Sammelcanales am linken Ufer des Wiener Donaucanales von der Scholzgasse bis zur Staatsbahnbrücke ertheilt und bei Feststellung der Consensbedingungen bereits auf die Ergebnisse der erst am 11. d. M. abgeschlossenen Expertise über das Project zur Umgestaltung des Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen Bedacht genommen.

Von dieser Bewilligung wurden gleichzeitig die Donauregulierungs-Commission und die Gemeinde Wien, sowie die sonstigen betheiligten Factoren und die Privatinteressenten in die Kenntnis gesetzt.

Schulnachrichten.

(Bezirksschulrath der Stadt Wien.)

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 2. Mai 1893.

Sämmtliche anwesende Mitglieder leisten das Gelöbnis der Amtsverschwiegenheit über die im Bezirksschulrathe zur Verhandlung gelangenden Gegenstände.

Nach gepflogenem Einvernehmen mit dem Wiener Stadtrathe werden rücksichtlich der im Gesetzgebungswege vorzunehmenden definitiven Regelung der Rechtsverhältnisse der Special-Schulabtheilungen Wiens und der an denselben angestellten Lehrkräfte Anträge gestellt, welche dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe vorzulegen sind.

Bezüglich der Regelung der Rechtsverhältnisse der Special-Schulabtheilungen Wiens und des dortigen Lehr- und sonstigen Personales bis zur endgiltigen Austragung dieser Frage werden dem Wiener Stadtrathe Anträge vorgelegt.

Der Bezirksschulrath erstattet das Gutachten über die Bestellung der k. k. Bezirks-Schulinspectoren für den Wiener Schulbezirk für die Functionsperiode Schuljahr 1893/94 bis inclusive 1895/96.

* * *

(Gewerbeschul-Commission.)

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Gewerbeschul-Commission in Wien vom 4. Mai 1893.

Der Versammlung wird die erfreuliche Mittheilung gemacht, dass Seine k. und k. Hoheit Erzherzog Karl Ludwig am 14. April 1893 abends das „Lehrlingsheim" mit einem Besuche beehrt und sich in anerkennender Weise über dasselbe ausgesprochen hat.

Der Schluss des Schuljahres 1892/93 an den der Commission unterstehenden Schulen wird auf den 11. Juli 1893, die Ausstellung der Schülerarbeiten für die Tage vom 9. bis 11. Juli 1893 und der Beginn des Schuljahres 1893/94 für den 16. September 1893 und die Einschreibung der Schüler für die Zeit vom 16. bis 23. September 1893 festgesetzt.

Die Anträge wegen Bildung von Comités zur Besichtigung der Schülerarbeiten am Schlusse des Schuljahres 1892/93, wegen der Prämienvertheilung an brave und fleißige Lehrlinge, sowie wegen Einführung von Anerkennungsdiplomen an Schüler der Fortbildungsschulen werden genehmigt.

Die Anträge wegen Einleitung der Schritte zur Heranziehung von Lehrmädchen unter 18 Jahren zum Besuche der Gewerbeschulen und wegen Eröffnung des zweiten Jahrganges an der gewerblichen Fortbildungsschule in Nussdorf werden genehmigt.

Der Bericht des Gewerbeschulinspectors Karl Reichert über die Vorbereitungsschule in Hernals, Hauptstraße Nr. 102, wird zur Kenntnis genommen und gegen zwei Parteien wegen Schulversäumnisse ihrer Lehrlinge Geldstrafen verhängt.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 7. bis 13. Mai 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	222.882 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 178.530; aus Ober-Österreich — 641; aus Mähren — 8611; aus Böhmen — —; aus Galizien — 31.086; aus Ungarn — 1621; aus der Bukowina — 393; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	52.142 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 10.989; aus Ober-Österreich — — aus Mähren — 69; aus Galizien — 40.555; aus Ungarn — 528; aus der Bukowina — — Kg.)
Schaffleisch	762 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 104; aus Mähren — —; aus Galizien — 584; aus Ungarn — 74; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch .	36.433 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 27.358; aus Oberösterreich — 180; aus Böhmen — —; aus Mähren — 620; aus Galizien — 3579; aus Ungarn — 4516; aus Croatien — — Kg.)
Kälber	1727 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 249; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 31; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1422; aus Ungarn — 24; aus der Bukowina — 1; aus Böhmen — — St.)
Schafe	124 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 122; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 2; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.
Schweine . . .	385 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 57; aus Mähren — 30; aus Galizien — 282; aus Ungarn — 16; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	22 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 22; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — —; Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	15.534 Kg.	Kälber	97 Stück
Kalbfleisch . . .	380 „	Schafe	21 „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	896 „	Lämmer	101 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30	bis 70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 54	„ 95	„	„	„
Kalbfleisch		„ 28	„ 70	„	„	„
extrem		„ —	„ —	„	„	„
Schaffleisch		„ 40	„ 54	„	„	„
Schweinfleisch		„ 54	„ 72	„	„	„
Kälber		„ 36	„ 60	„	„	„
Schafe		„ 32	„ 43	„	„	„
Schweine		„ 48	„ 66	„	„	„
Lämmer		„ 3½	„ 5	fl.	per	Stück.

Bei fast gleichen Zufuhren blieben die Preise bei ruhigem Geschäftsverkehre im allgemeinen unverändert.

* * *

(Pferdemarkt vom 12. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 450 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—300 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 20—52 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 7. bis 13. Mai 1893:

(Geschlachtet wurden 369 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36	kr.
Hinteres „	1 „	26—44	„
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	30—44	„
Selchfleisch	1 „	30—50	„
Extrawürste	1 „	30—48	„
Dürre Würste	1 „	32—60	„
Rohes Fett	1 „	36—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—80	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2—4	—
Häute	per St.	„ 3—6·50	

(vom Pferde)

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 15. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3686, Weidevieh — —, Beinlvieh — 434.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1465
Galizische „ . . .	1267
Deutsche „ . . .	1359
Büffel „ . . .	29

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3394
Stiere	384
Kühe	342

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 51	bis 62½	fl.
(extrem	„ —	„ —	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 51	„ 62	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 52	„ 64	„
(extrem	„ 65	„ 66½	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen . .	von 25	bis 34½	fl.
Stiere . .	„ 26	„ 34	„
Kühe . .	„ 23	„ 32	„
Büffel . .	„ 20	„ 26½	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 68 bis 112 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . 92 Stück
Beinlvieh . . . 5 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1022 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwächeren Auftriebes und größeren Bedarfes anläßlich der Pfingstfeiertage ziemlich lebhaft, daher die Preise der Prima-Qualitäten um 1 fl., die der übrigen Sorten um $1^1/_2$ bis 2 fl. gestiegen sind.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. bis 13. Mai 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht	—	Kg.)	von	8	fl. 50	kr. bis	9	fl. 45	kr.
Roggen	(„	—	„)	„	7	„ 70	„ „	8	„ 10	„
Gerste				„	4	„ 65	„ „	8	„ 70	„
Mais				„	5	„ 50	„ „	5	„ 70	„
Hafer				„	6	„ 90	„ „	7	„ 80	„

per 100 Kg.

b) Mahlproducte.

Gries	von	15	fl. 25	kr. bis	17	fl. —	kr.
Weizenmehl	„	6	„ 75	„ „	17	„ —	„
Roggenmehl	„	8	„ —	„ „	14	„ 50	„
Weizenkleie	„	4	„ 25	„ „	4	„ 60	„
Roggenkleie	„	4	„ 70	„ „	4	„ 80	„

per 100 Kg.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 4. bis 11. Mai 1893.

Waren eingelagert . . . . . 43.055 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 36.326 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 15.876 Meter-Centner.

Lagerstand vom 11. Mai 1893: 258.375 Meter-Centner, und zwar:

76.959	Meter-Centner	Weizen,	19.628	Meter-Centner	Roggen,
25.918	„	Gerste,	27.008	„	Hafer,
32.722	„	Mais,	2.829	„	Ölsaaten,
11.405	„	Mehl u. Kleie,	8.743	„	Wein,
2.242	„	Zucker,	7.142	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,507.760 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Wagner.) Bei der am 8. Mai 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistratsrathes Fr. Bayer, vorgenommenen Wahl wurde Herr Karl Reinle, wohnhaft III. Bezirk, Gerlgasse 4, zum Vorsteher und Herr Josef Landa, wohnhaft VIII. Bezirk, Blindengasse 5, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Wagner gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 11. Mai bis 15. Mai 1893.

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Baustelle 10, Gruppe IX, Embelgasse, von Franz Hechtl, Bauführer J. Ebetshuber (3121).
VIII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 38, von Karl und Leopoldine Lechner, Bauführer E. Schätz (3101).
XI. Bezirk: Wohnhaus, Kaiser-Ebersdorf, Schwechaterstraße Parc. 1638, von Antonie Smolar, Bauführer Wenzel Czadek, Maurermeister (6942).
XIII. Bezirk: Gärtnerwohnung, Hietzing, Lainzerstraße Parc. 304, von Alois v. Blumauer, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (12637).
XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Braunhirschengasse 28, von Leopoldine und Siegfried Reichenfeld, Bauführer Johann Töpfl (10886).
XVII. Bezirk: Neubau eines dreistöckigen Wohnhauses, Hernals, Alsbachstraße 34, von Franz Häusler, Bauführer Kupka und Orglmeister, Stadtbaumeister (16707).
XVIII. Bezirk: Wohn- und Geschäftshaus, Gersthof, Feldgasse 37, von Michael und Margaretha Haberfellner, Bauführer Heinrich Staud (14045).
XIX. Bezirk: Cottagehaus, Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße Einl.-Z. 923, 926, von Franz Knittl durch den Wiener Cottage-Verein, Bauführer Victor Fiala (8976).
„ „ Arbeiterwohnhaus, Nußdorf, Einl.-Z. 34, Parc. 304/1, von der Nußdorfer Bierbrauerei von Bachofen & Medinger, Bauführer Karl Höllerl jun. (8977).

Für Umbauten:

XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Hauptstraße 112, von Josefine Palm, Bauführer J. Kraus (20796).

Für Zubauten:

V. Bezirk: Seitentract, Matzleinsdorferstraße 44—46, von Alois Karlik, Bauführer J. Kielmayer (3163).
X. Bezirk: Ban der Nüllgasse Einl.-Z. 1663, von Johann Müller, Bauführer Ohrner (15185).
„ „ Sennefeldergasse 32, von Ferdinand Smetana, Bauführer W. Stadler (14773).
XI. Bezirk: Ebenerdiger rechtsseitiger Hoftract, Adaptierung, drei Aborte und eine Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 18, Conscr.-Nr. 67, von Lorenz Gey, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (7093).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 71, von Ignaz und Jakob Kuffner, Bauführer Antonin Zagórski (20315).
XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 78, von Karl Schmidt, Bauführer Johann Steinmetz (16420).
„ „ Hernals, Stiftgasse 64, von Otto Habich, Bauführer Franz Haslinger, Baumeister (16444).
„ „ Zubau im Hofe, Hernals, Stiftgasse 40, von Josef Ebermann, Bauführer Johann Schäffer, Maurermeister (16838).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Eßlinggasse 9, von Aubin Protzen & Comp., Bauführer M. Gasselseder (3083).
„ „ Blutgasse 7, von Josef Irresberger, Bauführer? (3092).
„ „ Tiefer Graben 5, von Marie Kießling, Bauführer K. Haas (3131).
„ „ Heßgasse 1, von Eduard Hutterstraßer, Bauführer C. Kuzl (3132).
„ „ Johannesgasse 2, von A. Feßler und Mayer, Bauführer C. Semeleder (3161).
„ „ Schönlaterngasse 9, von Dr. Josef Brzobohaty, Bauführer L. Bauer (3186).
„ „ Weihburggasse 10, von Maria Warinetz, Bauführer? (3203).
„ „ Maria Theresienstraße 5, von Franz List, Baumeister (3212).
„ „ Hegelgasse 7, von Karl Michna, Maurermeister (3233).
II. Bezirk: Augartenstraße 24, von Josef Singer, Bauführer? (3124).
III. Bezirk: Keinergasse 18/20, von Wilhelm Freyberg, Bauführer F. Seif (3128).
„ „ Schwalbengasse 2/4, von R. Ditmar, Bauführer Fl. Bauer (3171).
„ „ Neulinggasse 10, von Josef Gruber, Maurermeister (3189).

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse 21, von Heinrich Ohrner, Baumeister (3108).
" " Embelgasse 21, von Franz Hechtl, Bauführer J. Ebetshuber (3120).
" " Vor der Matzleinsdorferlinie Nr. 1, von Anton Burger, Bauführer W. Saitl (3135).
IX. Bezirk: Mosergasse 8, von Josef Fahrwickl, Maurermeister (3170).
" " Rögergasse 11, von Anton Brunner, Maurermeister (3187).
" " Kolingasse 6, von Franz List, Baumeister (3213).
X. Bezirk: Hansengasse 17, von Jakob Fabianschitz, Bauführer Anton Sikora (14775).
" " Inzersdorf, Laxenburgerstraße 18, von Michael Buchinger, Bauführer Zeitlinger (14938).
" " Raaberbahngasse 13, von E. Berger, Bauführer Hable (15184).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Brunnengasse 51, von Katharina Hermanns Verlassenschaft durch Ferdinand Dworaczek, Bauführer Franz Haslinger (20521).
" " Ottakring, Wilhelminenberg (Restaurant Walters), von Wilhelmine Fürstin Montleart-Sachsen-Curland, Bauführer Franz Roth (20527).
" " Ottakring, Hauslabgasse Conscr.-Nr. 696, von Therese Rasch, Bauführer Franz Haslinger (20765).
" " Neulerchenfeld, Neumayergasse 19, von Johann Heldwein, Bauführer Michael Stierling (20795).
" " Neulerchenfeld, Burggasse 32, von Wilhelm Eiselt, Bauführer Wenzel Sperker (20943).
" " Ottakring, Lerchenfelderstraße 39, von Johann Czech, Bauführer Franz Gräf (20020).
" " Ottakring, Payergasse 4, von Anna Kohn, Bauführer J. Schmetterer (20019).
" " Neulerchenfeld, Neumayergasse 7, von Katharina Blaschek, Bauführer Franz Haslinger (20141).
" " Ottakring, Bachgasse 20, von Johann Pils, Bauführer Georg Kowarik (20297).
" " Blumberggasse 19, von Therese Lang, Bauführer Thomas Mann (20298).
" " Ottakring, Rosenhügel Conscr.-Nr. 80, von Helfried Baron Kaiserstein, Bauführer Ant. Zagórski (20316).
XVII. Bezirk: Hernals, Ottakringerstraße 96, von Josef Schmid, Bauführer Karl Lang, Maurermeister (16790).
" " Hernals, Palffygasse 18, von Josef Hofmann, Bauführer Engelbert Schrammel, Maurermeister (16531).
" " Hernals, Kirchengasse 9, von Marie Beer, Bauführer ? (16532).
" " Dornbach, Hauptstraße 19, von Eduard Allemann, Bauführer H. Glaser, Stadtbaumeister (16578).
XIX. Bezirk: Gartensalon, Unter-Sievering, Hauptstraße 80, von Adalbert Cerwenka und Joh. Hirt, Bauführer E. Spieß (8978).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Backofen, Plankengasse 6, von Adolf Eitl, Bauführer C. Michna (3126).
" " Veranda, Reisnerstraße 27, von L. Binder & F. Gemperle, Bauführer J. Anderl (3200).
II. Bezirk: Wächterhaus, Wenzelgasse 12, von Paula Lang, Bauführer A. Lang (3116).
" " Backofen, Circusgasse 36, von Nikolaus Stingl & Neffe, Bauführer N. Käsemacher (3141).
" " Kanzlei, k. k. Prater, III. Baulos Haupt-Sammelcanal, von der Union-Baugesellschaft (3169).
III. Bezirk: Canal, Löwengasse 33, Adamsgasse 30, von Dr. R. Knaipp noe. R. von Engebach, Bauführer A. Salatmayer (3198).
" " Geschäftsportal, Landstraße, Hauptstraße 9, von der Allgem. österr. Baugesellschaft (3229).
" " Senkgrube, Khunngasse 10, von K. Wünsch, Bauführer ? (3231).
IV. Bezirk: Canalisierung, Paniglgasse 15, von Francisca Heinl, Bauführer C. Rieß (3239).
VIII. Bezirk: Atelier, Alserstraße 40, von Anton Baschta, Bauführer J. Bezowska (3140).
IX. Bezirk: Gassengitter, Grundb.-Einl. 885 Eisengasse, von Anna Dub, Bauführer A. Schumacher (3214).
X. Bezirk: Waldgasse 16, von Josef Hochleithner, Bauführer W. Stadler (14774).
XI. Bezirk: Gemauerte Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Ebersdorfer Hauptstraße 82, von Karl Lechner, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (6987).
" " Wasserlauf, Simmering, Theresiengasse 17, von Chaudoir & Co., Bauführer Joh. Schneider, Baumeister (7074).
" " Zwei Aborte und eine Düngergrube, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße 11, von Franz Wiesend, Bauführer Franz Rubens, Maurermeister (7075).
" " Wagenschupfen aus Holz, Simmering, Donaucanal, Parcelle Nr. 1408, Evid.-Nr. 224, von Christian Pfeifinger, Bauführer Josef Dawidek, Zimmermeister (6877).
XII. Bezirk: Abort, Pissoir und Einfriedungsmauer, Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 19, von Johann Staller, Bauführer Johann Renwirth (13767).
XIII. Bezirk: Lusthaus, Penzing, Hauptgasse 22, von Christian Cabos, Bauführer ? (12508).
" " Kleines Motorenhaus, Lainz, Einsiedeleigasse 21, von Dr. Mauritius Polorny, Bauführer Wenzel Zemek, Maurermeister (12535).
" " Aufstellung eines Rauchfangs und Auslagefenster, Baumgarten, Hauptstraße 52, von Josef Nowy, Bauführer ? (12537).
XV. Bezirk: Ausbruch des zweiten Fensters des Hauses zu einem Gassenladen, Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 14, von Johann Prokisch, Maurermeister, noe. des Eigenthümers Schweier, Bauführer derselbe (8446).
" " Fünfhaus, Gasgasse 8 und 10, von der Commune Wien, Bauführer Heinrich Ohrner (8582).
" " Fünfhaus, Robert-Hamerlinggasse 15, von Alois Richter, Bauführer Ignaz Frasl, Maurermeister (8621).
XVI. Bezirk: Schupfe, Ottakring, Hauptstraße 150, von Thekla Daninger, Bauführer Thomas Hofer (20761).
" " Abort und Senkgrube, Ottakring, Kirchengasse 2, von Marie Jankowetz, Bauführer Ferd. L. Baldia (20942).
XVII. Bezirk: Herstellung einer eisernen Wendeltreppe, Hernals, Rosensteingasse 9, von Hermann Adler, Bauführer ? (16495).
" " Herstellung eines Einfriedungsgitters, Dornbach, Promenadegasse 7, Leopoldine Mielichhofer, Bauführer Heinrich Glaser, Stadtbaumeister (16577).

Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Gießmanngasse 10, von Georg Galle, Bauführer J. Wagner (3180).
IV. Bezirk: Waaggasse 9, von Antonia Ehrlich, Bauführer C. Rieß (3150).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 57, von F. Swoboda, Bauführer F. Neumann (3181).
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Kreutzgasse 53, von Max Emanuel Frommer, Bauführer Wenzel Gabauer (14044).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Neugasse 14, von Josefine Sinek (3162).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

I. Bezirk: Grundb.-Einl. 508, Hoher Markt 10, von Karl Noe v. Nordberg (3177).
II. Bezirk: Grundb.-Einl. 2040 und 2049 Trunnerstraße und Am Tabor, von der k. k. Dicasterial-Gebäude-Direction (3190).
" " Grundb.-Einl. 2199, Treustraße, von Leopold Funk (3195).
" " Wenzelgasse 12, von Paula Lang (3116).
V. Bezirk: Baustelle 10, Gruppe IX, Embelgasse, von Franz Hechtl (3118).
" " Grundb.-Einl. 1875, Arbeitergasse, von Josef Fichtinger (3165).
" " Grundb.-Einl. 1873, Arbeitergasse, von Josef Fichtinger (3166).
" " Grundb.-Einl. 1874, Arbeitergasse, von Josef Fichtinger (3167).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 25, von Jakob Franz Neugebauer (3114).
XIII. Bezirk: Parcelle 260, Penzing, Poststr., von Johann Walter jun. (12636).
XV. Bezirk: Conscr.-Nr. 248, Fünfhaus, Idagasse 11, von Großmann & Comp. (8641).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lorenz Mandlg. 3, von Josef Ruppprecht jun. (20941).
XVII. Bezirk: Baugrund, Hernals, Schmerlinggasse, Parcelle 546/86, Einl.-Z. 1233, von Ludwig und Marie Lamsch (16443).
" " Baugrund, Dornbach, Winklergasse, Parcelle 543/9, Einl.-Z. 627/Dornbach, von Josef und Heinrich Fogowitz (16465).
" " Dornbach, Urbangasse 17, von Anna Czastek (16532).

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Mertens Antonie Anna — Verschleiß von Blumen — Rennplatz in der Freudenau.
Brill Chaue — Verschleiß von Pfaidlerwaren — II., Taborstraße 14.
Lasch Marcus — Verschleiß von Pfaidlerwaren — II., Carmelitergasse 6.
Poppinger Genovefa — Victualienhandel — II., Engerthstraße 198.
Skutetzky Francisca — Watte-Erzeugung — IX., Rögergasse 12.
Lazina Engelbert — Weinschankgewerbe — IX., Schlagergasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Mai 1893.

Kutschera Katharina — Gastwirtin — XVII., Dornbach, Braung. 346.
Brück Otto — Steindruckerei- und Lithographiegewerbe — VII., Neubaugasse 59.
Herd Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 23.
Pfeiffer Franz — Einspännergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Obkirchergasse 34.
Kaiser Theresia — Marktwictualienhandel — XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 29.
Stich Katharina — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 148.
Fisegger Franz — Vordruckerei und Anfertigung aller weiblichen Handarbeiten — XVII., Hernals, Kirchengasse 21.
Kraftel Richard — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Blätter für deutsche Dichtung" — IV., Alleegasse 20.
Hawlik Rosa — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — VII., Lerchenfelderstraße 59.
Rammer Anna — Brantweinschenkerin — XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 11.
Streicher Engelbert — Marktfierantie — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 22.
Weinberger Amalia — Sonn- und Regenschirm-Erzeugerin — XVII., Hernals, Gschwandnergasse 14.
Novotny Helene — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 13.
Schulz Ignaz — Herausgabe der „Militär-Zeitung" — IV., Theresianumgasse 13.
Nötscher Katharina — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 4.
Nowak Jacob — Uhren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Marktg. 27.
Klein Alexander — Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Hernals, Gerlg. 3.
Haag Marie — Wäscheputzerin — IX., Säulengasse 2.
Gruber Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 36.
Adamik Johann — Victualien-Verschleiß — X., Sennefeldergasse 36.
Schlauf Pauline — Kleidermacherin — IV., Hechtengasse 13.
Reiter Anton — Tapezierer — VII., Neubaugasse 51.
Wöckl Josefine — Gastwirtin — VI., Nelkengasse 8.
Listopad Anna — Damenkleidermacherin — VI., Mariahilferstraße 111.
Krapfe Leopold — Gastwirt — II., Am Tabor 28.
Lorenz Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Wagnergasse 4.
Schmidt Josefa — Wäschergewerbe — III., Erdbergstraße 51.
Nitsch Rosa — Miedermachergewerbe — VII., Kaiserstraße 78.
Prochaska Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Sandwirthg. 21.
Habl Anna — Victualien-Verschleiß — II., Treustraße 3.
Papigay Charlotte — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schottenring 14.
Pasching Marie — Modistin — VII., Kirchengasse 46.
Jankn Josef — Wäscheputzer — VI., Liniengasse 32.
Nöbauer Agnes — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 18. Verkaufsstelle: Thaliastraße 35.
Epstein Fanni — Leder-, Schuhmacherzugehör- und Schuhobertheil-Verschleiß — XVI., Ottakring, Weyprechtgasse 6.
Lamač Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Schulgasse 13.
Lukesch Leopoldine — Marktwictualienhandel — II., Treustraße 42.
Markart Leopold — Kaffeesiedergewerbe — IX., Hörlgasse 6.
Dalndörfer Theresia — Wäscheputzerin — VIII., Schmidgasse 11.
Pešek Katharina — Wäscheputzerei — XIV., Sechshaus, Ullmannstr. 29.
Chalupa Rudolf — Drechsler — XVII., Hernals, Grillparzergasse 10.
Kunze August — Einspännergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Barawitzkagasse 3.
Ruprecht Regine — Damenkleidermacherin — VI., Kopernicusgasse 8.
Pollak Emil — Verschleiß von Gratulationskarten, Wunschpapier, Reliefbilder, Juxkarten und chromolithographischen Bildern — VII., Schottenfeldg. 53.
Trager Adolf — Spirituosen-Verschleiß — III., Invalidenstraße 53.
Hawlik Rosa — Verschleiß von Schulheften, Preislisten und Preiszetteln, Beglückwünschungskarten, Rechnungsblanquetten, Stundeneintheilungen — VII., Lerchenfelderstraße 59.
Tropsch Johann — Baumeister — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstr. 84.
Kirschner Marie — Mehl- und Gries Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 105.
Franz Ludwig — Bäckerei — IV., Hauptstraße 74.
Harasta Paul — Bäckergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. Mai 1893.

Groß Katharina — Brantweinschank — XIII., Breitensee, Hauptstraße 22.
Groß Katharina — Brantwein-Kleinverschleiß — XIII., Penzing, Poststraße 100.
Wohnoutka Josefine — Damenkleidermacherin — X., Landgutgasse 24.
Berger Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Peregrinigasse 4.
Makowski Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Döblingerstraße 38.
Ruß Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Herrengasse 45.
Liska Stefan — Grünwarenhandel — X., Himbergerstraße 41.
Poper Adolf, Tintner Julius — Handelsagentie — I., Rudolfsplatz 12.
Bock Adolf — Kaffeesieder — I., Morzinplatz 3.
Trča Franz — Kaffeesiedergewerbe — IX., Nussdorferstraße 25.
Guttler Josef — Pfaidler — XI., Ebersdorferstraße 2.
Kristl Anna — Schneidergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Storchengasse 1.
Haferl Franz — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 54.
Adler Marie — Verkauf von Insectenpulver — XVIII., Währing, Herrengasse 56.
Slivnikar Alois — Verschleiß von Papier, Schreib-, Zeichen-, Schulrequisiten und Kurzwaren — VIII., Josefstädterstraße 97.
Hanika Heinrich — Zuckerbäcker — VIII., Strozzigasse 40.
Niklas Louise — Zuckerbäckergewerbe — XII., Hetzendorf, Hauptstraße 34.
Leyacker Marie — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Gürtel 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Mai 1893.

Buchbinder Samuel — Annoncenvermittlung — I., Franzensring 18.
Podébrad Johann — Auskocher — V., Rüdigergasse 11.
Traube Moriz — Ausschank und Klein-Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken und Verabreichung von Thee und Punsch — II., Kosterneuburgerstraße 57.
Rathschüler Elisabeth — Bettwaren-Erzeugung — IV., Fleischmanng. 5.
Umbreit Karl — Bildhauer — IV., Kolschitzkygasse 13.
Zimmermann Matthias — Bildhauer — XII., Unter-Meidling, Rosaliagasse 26.
Bettelheim Adolf — Börsegeschäfte — II., Börse für landwirtschaftliche Producte.
Samek Elisabeth — Brantweinschank — II., Tandelmarktgasse 15.
Wirth Wenzel — Drechsler — XV., Fünfhaus, Blüthengasse 16.
Wenda Theresia — Einspännergewerbe — IX., Alserstraße Ecke der Kinderspitalgasse.
Frymmel Josef — Erzeugung von Spitzwegrichbonbons — III., Dianagasse 8.
Wirnitzer Franz — Etuimacher — VII., Neustiftgasse 30.
Swoboda Johann — Fächermachergewerbe — VI., Bürgerspitalgasse 17.
Schlaps Josef — Fassbindergewerbe — V., Hundsthurmerstraße 40.
Menth Franz — Flaschenbierhandel — VI., Magdalenenstraße 58.
Majer Josef — Fleischhauer — III., Rasumoffskygasse 29.
Ziegler David — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Schedy Franz — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Arnsteing. 30.
Bartelt Paul — Friseurgewerbe — II., Rembrandtstraße 14.
Heyda Franz — Friseur und Raseur — IV., Hauptstraße 63.
Zdrahal August — Friseurgewerbe — V., Ziegelofengasse 39.
Haberguth Josef — Futteralmacher — V., Untere Bräuhausgasse 34.
Hahn Katharina — Gärtnergewerbe — XV., Mariahilfergürtel E.-Z. 226.
Boschek Leopold — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 4.
Eder Franz — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Sperrg. 18.
Nitsch Albert — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 1.
Mayerhofer Robert — Gast- und Einkehrwirtshaus — IV., Hauptstr. 25.
Blaha Petronella — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rudolfsstraße 13.
Fischer Max — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Matzleinsdorferstraße 22.
Hajek Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Standingergasse 9.
Haringer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Karlsgasse 43.
Kohn Josua — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 74.
Krapmeier Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schlossgasse 17.
Kuca Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Kriehubergasse 15.
Kuhner Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Webergasse 15.
Milchmayer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Stressleurg. 4.
Roubicek Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Darwingasse 12.
Ruhsann Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Felberstraße 40.
Sauernig Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Sachsenplatz 6.
Sobek Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Mohrengasse 7.
Stanek Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Am Tabor 9.
Swatosch Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Universitätsstr. 2.
Weigl Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 26.
Woczasek Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 15.
Schwarz Anton — Goldarbeiter — VII., Westbahnstraße 30.
Swoboda Josef — Goldarbeiter — VII., Neubaugasse 70.
Kirchner Matthias — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — VII., Neubaugasse 113.
Fournes Gustav — Herausgabe der Druckschrift „Wiener Mode-Album" — V., Margarethenhof.
Rosenthal Josef — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Selbstgaserzeuger" — I., Friedrichstraße 8.

Kröhn Amalie — Verschleiß von Holz, Kohlen und Coaks — VII., Schottenfeldgasse 61.
Lauter Anna — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — V., Tichtelgasse 24.
Stefanides Karl — Insectenvertilgungsmittel-Erzeugung — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 690.
Liewehr Johanna — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 42.
Wilezberger Rosa — Damenkleidermacherin — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 35.
Sedlaczek Franz — Herrenkleidermacher — II., Rembrandtstraße 31.
Schappelwein Michael — Kaffeesiedergewerbe — IV., Starhembergg. 34.
Dolezal Anton — Kaffeeschank — II., Leopoldsgasse 27 a.
Halla Heinrich — Kaffeeschank — V., Embelgasse 47.
Hermandinger Michael — Kaffeeschank — VII., Zieglergasse 48.
Pfeffer Salomon — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Floragasse 7.
Reigl Leopold — Feigenkaffee-Erzeugung — V., Hundsthurmerspitz 172.
Singer Max — Erzeugung von Feigenkaffee — X., Simmeringerstraße 115.
Baß Ignaz — Kostgebung und Ausschank von Bier und Wein — II., Ferdinandsstraße 27.
Glöckner Johann — Krägen- und Manschettenputzer — IV., Hauptstraße 77.
Wratil Vincenz — Kürschnergewerbe — V., Rüdigergasse 17.
Zaczek Rosa — Verschleiß von Kurzwaren — VII., Halbgasse 28.
Schindel Chaje — Mehl-Verschleiß — II., Kleine Schiffgasse 28.
Eisenhut Juliana — Milchhandel — V., Margarethenstraße 74.
Panzhauser Anna — Verschleiß von Milch-, Gebäck- und Zuckerbäckerwaren — II., Mathildenplatz 3.
Bendl Wenzel — Musiker — X., Bürgerplatz 20.
Rzmott Isidor — Personal-Apothekergewerbe — X., Himbergerstraße 64.
Bouchal Victoria — Pfaidlerin — VII., Hermanngasse 5.
Zdének Johann — Rauchfangkehrer — XVII., Hernals, Hauptstr. 44.
Klausegger Magdalena — Sattlergewerbe — VI., Gumpendorferstr. 83.
Wolf Gabriele — Schaumwaren-Erzeugung und Handel mit Cognac in handelsüblich geschlossenen Flaschen — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 5.
Petru Josefa — Schlossergewerbe — V., Kohlgasse 3.
Bach Matthias — Schuhmacher — II., Czerningasse 29.
Gruber Karl — Schuhmacher — II., Jägerstraße 5.
Wiery Gottlieb — Schuhmacher — IV., Weyringergasse 4.
Groß Anna — Schulbücher- und Kalender-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 131.
Schellmann Josef — Verkauf von Schulbüchern und Kalendern — XI., Simmering, Hauptstraße 147.
Röhrig Irene — Spirituosen-Verschleiß — X., Heinrichgasse 16.
Lang Josefine — Stadtlohnfuhrwerk — IX., Schubertgasse 11.
Braun Josef — Stadtträger — I., Himmelpfortgasse Or.-Nr. 6.
Reimann Jakob — Tapezierer — II., Hofenedergasse 6.
Jelinek Johann — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 20.
Fried Löbl vulgo Leopold — Trödlergewerbe — II., Stefaniestraße 3.
Gschwendner Aloisia — Trödlerin — II., Große Pfarrgasse 25.
Kuranda Philipp — Trödler — I., Judengasse 2.
Bräunig Josef — Uhrmacher — VII., Kaiserstraße 50.
Grünberger Leib — Uhrmachergewerbe — II., Jägerstraße 5.
Köstler Theresia — Victualienhandel — I, Maximilianstraße 7.
Zjalits Marie — Marktvictualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Hütter Theresia — Victualien-Verschleiß — II., Brigittagasse 11/13.
Marckgott Juliana — Victualien-Verschleiß — III., Untere Weißgärberstraße 3.
Settl Adolf — Victualien-Verschleiß — VI., Bürgerspitalgasse 30.
Staudinger Katharina — Victualien-Verschleiß — IX., Servitengasse 10.
Vogler Barbara — Marktvictualienhandel — I., Hoher Markt.
Carle Theresia — Wäscheputzerin — II., Tandelmarktgasse 3.
Moser Karoline — Weißnäherin — IV., Preßgasse 1.
Macke Friedrich — Zimmermaler — V., Franzensgasse 1.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 10. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Siegert wegen Fernbleibens . . . 1009
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dobes, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke . . . 1009
Referat:
3. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung (Fortsetzung der Debatte und Beschlussfassung) . . . 1009
4. Beschlussfassung, betreffend die Bedeckung des für Wasserleitungszwecke in den Hauptvoranschlag pro 1893 eingestellten Betrages 1025
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 12. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Ritt. v. Neumann wegen Fernbleibens . . . 1026
Einlauf:
2. Petition der Hausbesitzer der Blindengasse im VIII. Bezirke, betreffend Aufhebung des Beschlusses des Bezirksausschusses Josefstadt wegen Auflassung der Passage bei der Lerchenfelderlinie (Gem.-Rath Haßfurther) . . . 1026
Interpellation:
3. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die Arbeiterbewegung im städtischen Lagerhause . . . 1027
Anträge:
4. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung in der Heuberg-, Pointen-, Wallishausser- und Winklergasse im XVII. Bezirke . . . 1027
5. Gem.-Räthe Bärtl und Eigner, betreffend die Instandsetzung des schadhaften Trottoirs in der Dornbacher Hauptstraße im XVII. Bezirke . . . 1027
Referate:
6. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Verification der Wahlen in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im I. bis inclusive V. Bezirke . . . 1027
7. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Verification der Wahlen in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im VI. bis inclusive X. Bezirke . . . 1028
8. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XI. Bezirke und den gegen diese Wahl eingebrachten Protest . . . 1029
9. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XII. Bezirke . . . 1032
10. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XIII. Bezirke . . . 1033
11. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XIV. Bezirke und den gegen diese Wahl eingebrachten Protest . . . 1033
12. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XV. Bezirke und den gegen diese Wahl eingebrachten Protest . . . 1039
13. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend die Verification der Wahlen in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XVI. bis inclusive XIX. Bezirke . . . 1040
14. Gem.-Rath Jos. Müller, betreffend das Project für die Stockwerks-Aufsetzung auf das Schulgebäude Weinhaus, Köhlergasse 1 1041
15. Derselbe, betreffend die Projectskizze für den Bau einer Mädchen-Volksschule im IX. Bezirke, Galileigasse . . . 1042
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 12. Mai 1893.
Inhalt:
Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Entschädigung der Wasserinteressenten im großen Höllenthale und des Schwarzaflusses pro 1892/93 . . . 1044
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Mai 1893 . . . 1044
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 13. Mai 1893 vom II. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1047
Allgemeine Nachrichten:
Wiener Verkehrsanlagen . . . 1047
Schulnachrichten:
Bezirksschulrath der Stadt Wien . . . 1047
Gewerbeschul-Commission . . . 1047
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 7. bis 13. Mai 1893 . . . 1048
Pferdemarkt vom 12. Mai 1893 . . . 1048
Schlachtviehmarkt vom 15. Mai 1893 . . . 1048
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. bis 13. Mai 1893 . . . 1049
Städtisches Lagerhaus . . . 1049
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Wagner . . . 1049
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. bis 15. Mai 1893 . . . 1049
Gewerbeanmeldungen . . . 1050

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 40. Freitag, den 19. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Mittwoch, den 24. Mai 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 26. Mai 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.
Samstag den 27. Mai 1893, 10 Uhr vormittags
(Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **16. Mai 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Josef August hat sich mit allerhöchster Bewilligung Sr. k. und k. apost. Majestät mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Augusta von Baiern, Tochter Sr. königl. Hoheit des Prinzen Leopold von Baiern, verlobt. Der Herr Bürgermeister wird in geeigneter Weise die Glückwünsche der Stadt Wien aus Anlass dieses freudigen Ereignisses darbringen. (Zustimmung.)

2. Der Vorstand des III. Gemeindebezirkes zeigt an, dass zufolge Zuschrift der hohen k. k. General-Direction der allerhöchsten Privat- und Familienfonde vom 29. April d. J. Se. k. und k. apost. Majestät mit allerhöchster Entschließung vom 24. April 1893 allergnädigst zu gestatten geruht haben, dass der Verein zur Erhaltung des Kronprinz Rudolf-Kinderasyles in Wien zur Förderung des Vereinszweckes mit je ein Vierzigstel der Erträgnisse des k. und k. Stiftungshauses am Schottenring auf die weitere Dauer von fünf Jahren (1893 bis inclusive 1897) betheilt werde.

Der Herr Bürgermeister wird in geeigneter Weise den Dank der Gemeinde Wien für diese hochherzige Spende erstatten. (Zustimmung.)

3. Ich habe die Ehre, zur Kenntnis zu bringen, dass die Gem.-Räthe Schrenckh, Dr. Stenzl und Rosenstingl ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen. Desgleichen Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg, welcher einer Wahl-Commission im IX. Bezirke vorzusitzen hat. Die Herren Gem.-Räthe Haßfurther und Stiaßny entschuldigen ihr Ausbleiben.

4. Die Herren Gem.-Räthe Rückauf, Kareis und Tagleicht ersuchen um Urlaub, und zwar der erstere um einen solchen von 14 Tagen, der zweite um einen solchen von drei Wochen, Herr Gem.-Rath Tagleicht um einen solchen von vier Wochen.

Die Versammlung ist mit der Gewährung dieser Urlaube einverstanden? (Zustimmung.)

Die Herren Gem.-Räthe Trambauer und Djörup suchen an, der erstere um Gewährung eines Urlaubes von fünf Wochen, der letztere um Erweiterung seines Urlaubes um drei Wochen. (Zustimmung.)

Die Versammlung ist mit der Gewährung dieser Urlaube einverstanden.

5. Unter der Chiffre M. N. sind dem Herrn Bürgermeister für die Armen 500 fl. übersendet worden. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

6. Herr Moriz Edler v. Kuffner, Brauhausbesitzer in Ottakring, hat der Abtheilung für schwachsinnige Kinder den Betrag von 50 fl. gespendet. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

7. In der letzten Sitzung hat der Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet, welche lautet (liest):

„In den letzten Tagen haben die Arbeiter des städt. Lagerhauses Versammlungen abgehalten und schließlich ein Memorandum an den Magistrat abgesendet, in welchem sie um Erhöhung des

Taglohnes von 1 fl. 20 kr. auf 1 fl. 50 kr. für die männlichen Arbeiter eingeschritten sind. Zeitungsnachrichten zufolge hat der Herr Lagerhaus-Director während der Verhandlungen den Arbeitern den Besuch einer Versammlung verboten, in welcher ihre Forderungen besprochen wurden, und zugleich einen Erlass an sie gerichtet, in welchem Wirtshaus-Versammlungen in scharfen Worten missbilligt wurden. Auffallend ist insbesondere der letzte Satz in dem Erlasse: „Ich verbiete nunmehr alle weiteren Wühlereien und Aufhetzungen im Offenen oder Geheimen und erkläre, dass jeder, der sie weiter betreibt oder sich daran betheiligt, nicht mehr aufgenommen und für immer von der Arbeit im Lagerhause ausgeschlossen ist." Diese Sprache des Herrn Lagerhaus-Directors ist geeignet, den Glauben zu erwecken, dass in einem Zweige der Verwaltung der Stadt Wien den Arbeitern das verfassungsmäßige Recht beschränkt wird, Versammlungen abzuhalten und von dem im Jahre 1870 durch ein Gesetz ertheilten Coalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Ohne dass an dieser Stelle über die Lohnfrage selbst ein abschließendes Urtheil gefällt werden soll, welche, wie zu erwarten steht, von dem Magistrat im Sinne der von der Commune ihrerseits gegen ihre Angestellten geübten Billigkeit gelöst werden wird, fühlt sich der Gefertigte veranlasst, nachstehende Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu richten:

„1. Beruhen die erwähnten Meldungen der Zeitungen auf Wahrheit?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister in diesem Falle das Nothwendige zu veranlassen, damit in Zukunft von Seite der städtischen Ämter alles vermieden wird, was dem freiheitlichen Geiste widerspricht, von welchem die Verwaltung der Stadt Wien im Verkehre mit den Ärmsten wie mit den Angesehensten getragen sein soll?"

Ich habe zunächst die Ehre, den Bericht des Lagerhaus-Directors über die ganze Angelegenheit zur Kenntnis zu bringen. In diesem Berichte werden die thatsächlichen Verhältnisse dargestellt. Derselbe lautet:

„Die Bewegung ist von außen in die Arbeiterschaft hineingetragen worden. (Rufe links: So ist es! Socialdemokraten!) Rädelsführer sind der Taglöhner Neuner und die Wochenarbeiter Josef Stich und Ludwig Nimmerrichter, polizeibekannte Wühler (Hört! Hört! links), die in allen Arbeiter-Versammlungen das große Wort führen und erst kurze Zeit im Lagerhause bedienstet sind. Neuner soll Vorbeter bei Processionen sein. Er wird nicht mehr aufgenommen. Stich ist gelernter Brauer, hat aber bei Gerichten vielfach als Tagschreiber gedient. Nimmerrichter ist gelernter Bäcker und findet in seinem Fach keinen Dienst mehr; den beiden wurde der Dienst gekündigt.

Die im Lagerhause der Stadt Wien beschäftigten Arbeiter, welche hinsichtlich ihrer Verwendung nur eine Categorie bilden, werden nur hinsichtlich ihrer Entlohnung in Wochenarbeiter, Taglöhner und Accordarbeiter unterschieden. Mit Ausnahme von einigen Wenigen, die zu besonderen Verrichtungen verwendet werden, sind sie keine „gelernten" Arbeiter; es wird keine Lehrzeit gefordert, und sie haben kein eigenes Handwerkszeug nöthig. Sie verrichten der überwiegenden Mehrzahl nach — wie der gesetzliche Ausdruck lautet — Lohnarbeit der gemeinsten Art: Auf- und Abladen von Waren, Wagenschieben u. dgl.

Im Jahre 1890 wurde die Arbeitszeit um $1\frac{1}{2}$ Stunden herabgesetzt und besondere Vergütungen für Überstunden und Sonntagsarbeit, sowie Dienstalterszulagen eingeführt, was einer Lohnaufbesserung von täglich 20 kr. und darüber gleichkommt.

Dermalen beträgt die Arbeitszeit im Winter 8 Stunden, bei frühem Dunkelwerden sogar weniger, im Sommer 9 Stunden, im Durchschnitte daher nicht ganz $8\frac{1}{2}$ Stunden.

Der tägliche Verdienst stellt sich bei einem Taglöhner auf 1 fl. 20 kr., bei einem Wochenarbeiter

1. (8 fl.) Stufe auf 1 fl. 33 kr.,
2. (9 fl.) Stufe auf 1 fl. 50 kr.,
3. (10 fl.) Stufe auf 1 fl. 66 kr.;

nach dem 10. Dienstjahre erhalten die Wochenarbeiter jeder Lohnstufe eine Dienstalterszulage von 1 fl. und nach je weiteren 5 Dienstjahren bis zum Aufhören des Dienstverhältnisses eine solche von 50 kr. die Woche.

Dieser Verdienst ist an und für sich nicht niedrig; wird demselben noch der der kürzeren Arbeitszeit entsprechende Betrag hinzugeschlagen, so entfällt für eine zehnstündige Arbeitszeit, wie sie sonst in Wien üblich ist, ein Lohn von 1 fl. 35 kr. bis 1 fl. 86 kr. ohne Dienstalterszulagen.

Für einen ungelernten Arbeiter insbesondere ist der Verdienst sehr reichlich und kann von einer Ausbeutung vernünftigerweise nicht die Rede sein.

Bei einer zehnstündigen Arbeitszeit wird in den anderen städtischen Anstalten, dann laut des städtischen Preistarifes und auch sonst in Wien nur ein Taglohn von 80 kr. bis 1 fl. 20 kr. bezahlt, und bei den Bahnen verdienen Magazinsarbeiter 1 fl. 10 kr. bis 1 fl. 35 kr., Wagenschieber 1 fl. 20 kr. und Oberbauarbeiter 1 fl.

In zwei Gesuchen, welche der Lagerhausverwaltung überreicht wurden, wird das Verlangen gestellt von Seite der Taglöhner auf Erhöhung des Taglohnes von 1 fl. 20 kr. auf 1 fl. 50 kr., und von Seite der Wochenarbeiter auf Erhöhung des Wochenlohnes von 8 und 9 fl. auf 10 fl., Herabsetzung des Zeitraumes für die ersten Dienstalterszulagen von 10 auf 5 Jahre, Erhöhung der nächsten Zulagen von 50 kr. auf 1 fl. und auf Erhöhung des Taglohnes für die Weiber von 60 kr. auf 80 kr.; von beiden Theilen auf Abänderung wegen der Sonntagsarbeit.

Zum Taglohne von 60 kr. stehen überhaupt nur drei ältere Weiber in Verwendung, die wenig leistungsfähig sind und kleine Botengänge im Magazine verrichten, verstreute Frucht auflesen u. dgl.

Der Arbeiter Neuner, welcher das Gesuch der Taglöhner unterschrieb, vertritt nur den jüngeren Theil der Arbeiter, die älteren haben bei dem Ansuchen um Wiederaufnahme in die Arbeit, wovon sie wegen Nichterscheinens am 1. Mai ausgeschlossen wurden, ausdrücklich erklärt, dass sie sich dem Ansuchen um Lohnerhöhung dermalen nicht anschließen.

Das Gesuch der Wochenarbeiter ist aus einem Stande von 66, wovon 5 zur Zeit krank waren, von 50 unterschrieben; es hat sich aber nachträglich herausgestellt, dass viele irregeführt wurden und nicht wussten, was sie unterschrieben haben. Es wurde ihnen Gelegenheit gegeben, dies gut zu machen, und haben 41 schriftlich erklärt, dass sie ihre Unterschrift wieder zurückziehen.

Die Antworten wurden auf beide Gesuche ertheilt und durch Anschlag im Lagerhause allen Arbeitern zur Kenntnis gebracht; vor Hetzern und vor Arbeitseinstellung wurden sie in wohlmeinender Absicht gewarnt und ihnen nahegelegt, dass sie durch solche Aufführung nichts erreichen und ihrer Sache mehr schaden als nützen werden.

Hinsichtlich der Sonntagsarbeit erschien eine Änderung gerecht und wurde eine solche auch sogleich eingeführt, eine allgemeine Lohnerhöhung dagegen abgelehnt.

Die geforderte Lohnerhöhung würde nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre betragen:

Für 66.403 Taglöhner à 30 kr. . . 19.920 fl. 90 kr.
„ 66 Wochenarbeiter in verschiedenen Stufen . . . . . 4.496 fl. — kr.
zusammen . 24.418 fl. 90 kr.

und es müssten dann noch weitere Erhöhungen in anderen verwandten Dienstteszweigen, wie bei den Dienern, Wächtern u. dgl. eintreten, so dass die Gesammtmehrausgabe mit rund 25.000 fl. angenommen werden kann.

Für eine solche Erhöhung der Löhne oder für eine Erhöhung überhaupt liegt nicht die geringste Veranlassung vor und kann sie schon wegen ihrer unausbleiblichen Rückwirkung auf die allgemeinen Lohnverhältnisse in Wien keineswegs bewilligt werden; die allgemeine Geschäftslage in Wien und der wirtschaftliche Niedergang verbieten sie geradezu. Was müsste dann ein „gelernter" Arbeiter, was ein kleiner Handwerkermeister verdienen?

Für das Lagerhaus selbst wäre die Erhöhung von den nachtheiligsten Folgen. An den Arbeitsgebüren wird nichts verdient, sie decken kaum die Selbstkosten, das Erträgnis stammt nur aus dem Lagerzinse. Eine Erhöhung der Löhne würde unbedingt eine Erhöhung der Gebüren nach sich ziehen, die unter den heutigen Geschäftsverhältnissen und in Anbetracht der Concurrenz anderer Städte ganz ausgeschlossen ist und zunächst die Arbeiter selbst um Arbeit und Verdienst bringen würde."

Es ist nun nothwendig, weiter die Lohnbestimmungen zur Kenntnis zu bringen, welche öffentlich affichiert sind.

Sie schließen sich dem an, was im Berichte vorgetragen ist. Hervorzuheben ist noch folgende Bestimmung (liest):

„Wochenarbeiter, die dem Militärstande angehören und einen eigenen Hausstand mit Weib und Kind haben, erhalten für die Zeit ihrer Einberufung zu den jährlichen Waffenübungen oder zu einer Mobilisierung die Hälfte des Lohnes ihrer Stufe zu Handen ihrer in Wien zurückgebliebenen Ehefrauen oder Kinder ausbezahlt."

Bezüglich der Sonntagsarbeit ist zu bemerken, dass für die Sonntagsarbeit von 8 bis 12 Uhr ohne Unterbrechung 1 fl. oder von 8 bis 5 Uhr nachmittags 2 fl. bezahlt werden.

Die Äußerung des Lagerhaus-Directors geht dahin, dass er die Wochenarbeiter nach Überreichung ihres Gesuches um Lohnerhöhung zusammenberufen und ihnen die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Forderungen auseinandergesetzt und sie in wohlmeinendster Absicht vor Hetzern und dem Besuche von Hetzversammlungen gewarnt hat. (Liest:)

„Aus der Ansprache sowohl, als aus den beiden Antworten geht klar hervor, dass von einer Beschränkung des verfassungsmäßigen Rechtes der Arbeiter nicht im entferntesten die Rede war, sondern nur das Hausrecht gewahrt und Wühlereien und Hetzereien innerhalb des Hauses, die den Dienst beeinträchtigen, verboten wurden. Die Veranlassung dazu bot insbesondere der Vorfall, dass ein langjähriger und brauchbarer Arbeiter sich beschwerte, während der Arbeit von seinen Genossen beschimpft, verhöhnt, ja sogar angespien und so weit getrieben worden zu sein, den Dienst selbst verlassen zu müssen, weil er als Führer einer Abordnung älterer Arbeiter erklärt hatte, dass diese sich der Forderung um Lohnerhöhung nicht anschließen.

Eine solche Handlung der Arbeiter verstößt gegen den § 3 des Gesetzes vom 7. April 1870, Nr. 43 R.-G.-Bl., und die Arbeitsordnung für das städtische Lagerhaus gestattet im Einklange mit der Gemeindeordnung § 82, Alinea f, Arbeiter, die die anderen zum Ungehorsam oder zur Auflehnung gegen die Lagerhaus-Verwaltung zu verleiten suchen, ohne Kündigung zu entlassen.

Die Arbeiter auf diese üblen Folgen aufmerksam zu machen und sie vor fremden Hetzern, vor Wühlereien und Arbeitseinstellung zu warnen, hält der Lagerhaus-Director für das Recht und für die Pflicht nicht nur jedes Arbeitgebers, sondern jedes anständig denkenden und gebildeten Menschen überhaupt. Er glaubte es seiner Stellung als verantwortlicher Leiter des städtischen Lagerhauses und der Wahrung der ihm anvertrauten öffentlichen Interessen schuldig zu sein, seinen persönlichen Einfluss einzusetzen, um die eingetretene Bewegung zum Stillstande zu bringen und allen Schaden zu verhüten.

Um so unangenehmer und peinlicher musste die in der öffentlichen Sitzung gestellte Interpellation berühren. Dadurch wurde das Ansehen und die Würde des Vorgesetzten verletzt, sein Einfluss auf die ihm Unterstehenden untergraben und die Schwierigkeiten der Lage wesentlich vergrößert. Auf die Arbeiterschaft wirkte die Nachricht wie der Funke im Pulverfasse, und der kaum zur Ruhe und Besinnung gebrachten Gemüther bemächtigte sich neue Aufregung; die Aufwiegler und Hetzer sorgten für die Auslegung der Interpellation und verbreiteten die Nachricht, dass der löbliche Gemeinderath die Forderungen der Arbeiter anerkenne, ihr Auftreten gutheiße und den Director desavouiert habe. Die aufreizendsten Reden wurden in solcher Nähe gehalten, dass die Absichtlichkeit, sie zu Gehör zu bringen, zweifellos war. Bezeichnend für die dadurch geschaffene Lage ist der Satz der beigeschlossenen Einladung zu einer neuerlichen Arbeiterversammlung: . . . „Sollte es Euch jemand verbieten, den merkt Euch gut, wir werden den Patron belangen."

Ich bitte, zur Verlesung der Einläufe zu schreiten.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte um das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, jetzt nicht zu unterbrechen, bis wir mit der Verlesung fertig sind.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest nachstehende Einläufe:

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Bachofen v. Echt:**

Es kommt mehrfach vor, dass solche Grundbesitzer, die zur Zeit der Selbständigkeit der Vororte Canaleinmündungsgebüren gezahlt und damit das volle Recht der Einmündung erworben, aber wegen Nichtverbauung ihrer Gründe von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht hatten, jetzt bei der Einmündung zu der Zahlung der höheren Einmündungsgebür der Stadt Wien verhalten werden, allerdings mit Abzug der früher gezahlten niedrigeren Gebüren.

Da die Vororte mit allen Rechten übernommen wurden, dieselben aber laut Landesgesetz unstreitig die Befugnis hatten, zu obigen niedrigeren Gebüren einmünden zu lassen, so erlaubt sich der ergebenst Gefertigte die Frage,

warum das früher wohlerworbene Recht dieser Baugrundbesitzer nicht anerkannt wird?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Ahl:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Das Haus Mariahilferstraße Or.-Nr. 109, Ecke der Webgasse, welches Eigenthum der Firma Ehrenfeld und Tafler ist, soll nach dem

Ansuchen der Eigenthümer in nächster Zeit adaptiert werden und wurden zu diesem Behufe bereits alle Geschäftslocalitäten des Hauses gekündigt.

Bei der am 1. Mai 1893 stattgefundenen Bau-Commission hat sich der Vertreter des Stadtbauamtes einerseits aus baufeuerpolizeilichen Rücksichten, andererseits insbesondere aus dem Grunde, weil hiedurch die von dem Bezirke Mariahilf längst ersehnte Regulierung der Webgasse auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben wird, gegen die erwähnte Adaptierung ausgesprochen.

Der Anschauung des Stadtbauamtes trat der Vertreter des Bezirksausschusses mit der Begründung bei, dass vor diesem genannten Hause die Webgasse eine Breite von nur 7·40 m habe und die innere Fahrbahn daselbst nur 5 m breit ist.

Bei dem Umstande, als das ganze schwere Fuhrwerk von den südlichen Bezirken nach den westlichen Bezirken durch die Webgasse fährt, muss die Passage, Webgasse 46, Ecke der Mariahilferstraße, eine sicherheitsgefährliche genannt werden.

Mit Rücksicht darauf, dass die Firma Ehrenfeld und Tafler den bei diesem Hause befindlichen, gegen die Webgasse zu liegenden Gartengrund an Baumeister Rihak um den Preis von 50.000 fl. verkauft hat und darauf ein Neubau aufgeführt wird, der von der Straße um 7·20 m einrücken müsste, um der vorgeschriebenen Baulinie zu entsprechen, entstünde durch die beabsichtigte Adaptierung des eingangs erwähnten Hauses eine allen sanitären und sicherheitspolizeilichen Anforderungen geradezu hohnsprechende Straßenenge.

Da der Vertreter der genannten Firma gegenüber den vorgebrachten Bedenken den Commissionsmitgliedern bei der Commission erklärt hat, er werde die Adaptierung trotzdem durchführen, erlaube ich mir die ergebenste Anfrage:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass das Haus Mariahilferstraße Nr. 109, Ecke der Webgasse, adaptiert werden soll?

2. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um diese die Verkehrsinteressen des Bezirkes Mariahilf schwer schädigende, weil die Regulierung des engsten Theiles der Webgasse auf unabsehbare Zeit hinausschiebende Adaptierung zu verhindern?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Dobes** und Genossen:

Durch die Eröffnung der neuen Theilstrecke der Wiener Localbahn (vormals Kraus'sche Dampftramway) zum Matzleinsdorfer Lastenbahnhofe der k. k. priv. Südbahn wurde seit zwei bis drei Monaten der Dampfbetrieb-Verkehr auf der Strecke Steinbauergasse—Meidlinger Südbahnhof aufgelassen und jener mit Pferdewaggons der Neuen Wiener Tramway eingeführt.

Auf der ganzen Strecke Steinbauergasse—Meidlinger Bahnhof sind nur zwei Zwischenhaltestellen, welche auch jetzt bei Einführung des Betriebes mit Pferdekraft nicht vermehrt wurden; die Entfernung der Zwischenhaltestelle Rudolfsgasse und Meidlinger Bahnhof beträgt eine Strecke von circa 1500 Schritten und kreuzt eine der belebtesten Straßen des XII. Bezirkes, nämlich die Wilhelmsstraße. Nachdem alle Fahrgäste, welche in die höher gelegenen Bezirkstheile fahren, in Ermanglung einer Haltestelle im großen Umkreise bis zum Meidlinger Bahnhofe ihr Fahrziel umfahren müssen und der Pferdebetrieb es auch leicht ermöglicht, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Es wolle vom löblichen Präsidium des Gemeinderathes auf die Neue Wiener Tramway in passender Weise eingewirkt werden, dass dieselbe eine Haltestelle auf ihrer Strecke in der Rudolfsgasse bei der Wilhelmsstraße errichten solle.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe soeben in Erfahrung gebracht, dass die neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes noch nicht verständigt worden sind, ihre Erklärung abzugeben, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen oder nicht. Ich würde bitten, mir zu sagen, warum das nicht geschehen ist und ob es bald veranlasst werden wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich kann nur erwidern, dass nach Abschluss des Wahlgeschäftes, der voraussichtlich heute nach Erstattung des Referates durch Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler erfolgt, dann die Verständigung, wie es in der Wahlordnung vorgeschrieben ist, stattfindet.

Gem.-Rath Jedlička (zur Geschäftsordnung): In dem vorgelesenen, breitspurigen Berichte des Lagerhaus-Directors ist hervorgehoben worden, dass einer der Verhetzer Vorbeter ist. Ich möchte mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage gestatten, ob er nicht geneigt wäre, den Lagerhaus-Director zu befragen, ob nicht vielleicht hinter dieser Thätigkeit die Herren Dr. Ellenbogen, Dr. Victor Adler und der Herr Magistratsrath Dr. Kronawetter stecken.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, warum das Referat wegen Einhebung der Wasserbezugsgebüren von der Tagesordnung abgesetzt worden ist. — Es kommt wahrscheinlich heute nicht vor. — Was war die Veranlassung?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das ist Sache des Herrn Bürgermeisters. Die Herren werden das Referat schon bekommen. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Vaugoin zum Referate. (Gem.-Rath Vaugoin tritt an den Referententisch.)

11. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Ich habe die Ehre, zur Zahl 2244 Bericht zu erstatten. Es handelt sich um die Feststellung der für Herstellung der Einfriedungsmauer von den Grufterwerbern im Friedhofe in Unter-Sievering einzuhebenden Gebür. Nach § 6 der Friedhofsordnung für Unter-Sievering wurde es den Grufterwerbern zur Pflicht gemacht, dass sie außer der Gebür für die Grüfte auch einen Theil der Herstellungskosten der Mauer, welche von der Gemeinde errichtet wird, insoferne diese an ihre Grüfte angrenzt, zu zahlen haben. Bisher ist dieser Betrag von Fall zu Fall, aber ohne bestimmte Norm eingehoben worden. Um nun für die Zukunft eine feste Norm zu haben, wurde eine Abschätzung dieser Mauer vorgenommen und es ergibt sich, dass sich für eine einfache Gruft die Maurerkosten auf 40 fl. und für eine Doppelgruft auf 60 fl. stellen. Ich bitte, dem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Angenommen.

Beschluss: Für die Herstellung der Einfriedungsmauer des Friedshofes in Unter-Sievering ist von den Grufterwerbern bei einer einfachen Gruft 40 fl., bei einer Doppelgruft 60 fl. einzuheben.

12. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Zahl 2878. Die Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure ersucht um eine Subvention für die fachliche Fortbildungsschule. Diese Schule besteht seit 7 Jahren. Im abgelaufenen Jahre wurden 113 Schüler an derselben unterrichtet. Die Commune Wien hat bisher eine Subvention von 1000 fl., der Staat von 2500 fl., die Handels- und Gewerbekammer von 450 fl., die Genossenschaft von 500 fl. gegeben.

Es wird mit Rücksicht auf die ersprießlichen Leistungen dieser Schule für das Jahr 1893 eine Subvention in der bisherigen Höhe von 1000 fl. beantragt; ich bitte ebenfalls um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure wird für die fachliche Fortbildungsschule eine Subvention von 1000 fl. pro 1893 bewilligt.

13. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Zahl 2876. Es handelt sich um die Verleihung einer Subvention für das „Haus der Barmherzigkeit" in Währing. Das Gesuch geht auf eine Subvention für die Jahre 1892 und 1893. Diese Anstalt ist für die Aufnahme unheilbarer Kranker bestimmt und ist eine äußerst wohlthätige.

Im Jahre 1892 wurden 235 unheilbare Kranke verpflegt. Darunter befanden sich 74 nach Wien Zuständige. Die Anstalt

besteht seit 17 Jahren und wurde jährlich immer mit 500 fl. von der Gemeinde subventioniert. Der Stadtrath hat sich jedoch bewogen gefunden, in Berücksichtigung des wirklich humanitären Wirkens und der ersprießlichen Thätigkeit der Anstalt den Betrag auf 800 fl. per Jahr zu erhöhen und denselben gleichzeitig auf drei Jahre, das ist für die Jahre 1892, 1893 und 1894, unter den üblichen Cautelen zu bestimmen. Ich bitte ebenfalls um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Für das „Haus der Barmherzigkeit" in Währing wird eine Subvention von je 800 fl. für die Jahre 1892, 1893 und 1894 unter den üblichen Cautelen bewilligt.

14. Referent Gem.-Rath Baugoin: Zahl 2787. Der Katholische Frauen-Wohlthätigkeitsverein „Laimgrube" in Mariahilf bittet ebenfalls um eine Subvention. Es werden von diesem Vereine Kranke und Nothleidende mit Lebensmittel, Medicamente, Kleider, Schuhe und Geld seit 42 Jahren betheilt.

Auch befindet sich daselbst eine Arbeitsschule für arme Kinder. Bis jetzt erhielt der Verein eine Subvention von 50 fl. und es wird der Antrag gestellt, eine solche auch für das laufende Jahr zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause) Angenommen.

Beschluss: Dem Katholischen Frauen-Wohlthätigkeits-Verein „Laimgrube" in Mariahilf wird eine Subvention von 50 fl. pro 1893 bewilligt.

15. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich habe die Ehre zu referieren über einen Antrag des Stadtrathes in Betreff des Abschlusses eines Übereinkommens mit den Gemeinden Oberlaa, Kledering und Inzersdorf, beziehungsweise wegen Ablehnung der von Seite dieser Gemeinden gestellten Anträge.

Nach Artikel VI des Gesetzes vom 19. December 1890 ist wegen der Activen und Passiven jener Gemeinden, von welchen nur Theile mit der Stadt Wien vereinigt werden, von der Stadt Wien mit den betreffenden Gemeinden ein entsprechendes billiges Übereinkommen wegen der Theilung der Activa und Passiva zu treffen.

Wir haben mit den sämmtlichen Gemeinden, welche von diesem Gesichtspunkte aus in Betracht kommen, Verhandlungen gepflogen und haben mit der größten Anzahl der Gemeinden auch ein entsprechendes Überkommen zustande gebracht, welches der Genehmigung des n.-ö. Landesausschusses zu unterziehen sein wird.

Die Verhandlungen mit den Gemeinden Oberlaa, Kledering und Inzersdorf haben aber zu keinem Resultate geführt. Die Herren haben eine Drucksorte erhalten, aus welcher sich ergibt, wie die Forderung der Gemeinde Wien an die einzelnen Gemeinden beschaffen ist, und welche Forderungen eben diese Gemeinden an die Gemeinde Wien stellen.

Es ist aus diesem vergleichenden Ausweise ersichtlich, dass die Gemeinde Wien an die Gemeinde Oberlaa hinsichtlich des eigenthümlichen Gemeinde-Vermögens eine Forderung von 55.866 fl., hinsichtlich des Armenfondes eine Forderung von 1239 fl., hinsichtlich des Stiftungs-Vermögens eine Forderung von 1198 fl., zusammen also eine Forderung von 5830 fl. geltend gemacht. Die Gemeinde Oberlaa stellt sich aber auf einen anderen Standpunkt und anerkennt die Forderung der Gemeinde Wien nicht.

Sie weist darauf hin, dass sie durch die Theilung ihres Gebietes und durch Hinzufügung des von ihr abgetrennten Gemeindegebietes an die Gemeinde Wien in ihrer Steuerkraft geschwächt sei; dass sie, nachdem sie früher eine 15percentige Umlage eingehoben hat, nunmehr gezwungen ist, eine 37percentige Umlage einzuheben, dass die Mehrleistung, welche per Jahr 3128 fl. ausmachte, mit 4 Percent, beziehungsweise $4^1/_2$ Percent capitalisiert und dass der Capitalsbetrag in dem einen Fall per 78.200 fl., in dem anderen Fall per 69.500 fl. zu Gunsten der Gemeinde Oberlaa sichergestellt werden soll.

Es ergibt sich auf diese Weise bei der Gemeinde Oberlaa eine Differenz von 136.504 fl., beziehungsweise von 127.804 fl., bei der Gemeinde Kledering eine Differenz von 3663 fl. und bei der Gemeinde Inzersdorf am Wienerberg eine Differenz von 152.978 fl. Nachdem die Verhandlungen mit diesen Gemeinden zu keinem Resultat geführt haben, so bleibt nichts anders übrig, als die Hilfe der Landesvertretung in Anspruch zu nehmen, welche nach dem Gesetze zu entscheiden haben wird.

Ich erlaube mir nach diesen Ausführungen der Antrag zu stellen: „Es sei das Begehren der Gemeinde Inzersdorf am Wienerberg, Oberlaa und Kledering bezüglich der finanziellen Auseinandersetzung abzulehnen und sollen die nach Artikel VI des Einführungsgesetzes zum Wiener Gemeindestatut vorgesehenen Schritte eingeleitet werden."

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Das Begehren der Gemeinden Inzersdorf am Wienerberg, Oberlaa und Kledering bezüglich der finanziellen Auseinandersetzung wird abgelehnt und werden die im Art. VI des Einführungsgesetzes zum Wiener Gemeindestatute vorgesehenen Schritte eingeleitet.

16. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Z. 2543. Es handelt sich hier um die Genehmigung einer Projectskizze für die Vergrößerung des Schulhauses in Hetzendorf. Die Pläne zu dieser Vergrößerung befinden sich hier auf der Tafel. Es sind vom Bauamte drei Projectskizzen vorgelegt worden. Im Präliminare ist auf die Vergrößerung Rücksicht genommen und sind 35.000 fl. eingestellt. Nach der Skizze A würde dieser Betrag ausreichen, nach der Skizze B, wo der Turnsaal und die Oberlehrerwohnung zusammengebaut sind, wäre ein Betrag von 44.500 fl. erforderlich. Das gründlichste und am besten Abhilfe schaffende Project wäre das Project C. Da würde ein neuer separater Zubau weiter rückwärts aufgeführt und der Turnsaal in die Mitte verlegt werden. Dadurch würden allerdings alle Übelstände beseitigt. Es hätten die Mädchen einen separaten Eingang in dem rückwärts gelegenen Schulhaus, die Knaben einen Eingang in dem vorne gelegenen alten Schulhaus. Der Turnsaal wäre in die Mitte verlegt und für die Oberlehrerwohnung Platz geschaffen. Die Kosten dieses Projectes würden 72.000 fl. betragen.

Nun genügt es aber, wenn das Project A in Verbindung mit dem Projecte B ausgeführt wird, wenn nämlich vorläufig auf das alte Schulhaus ein Stockwerk aufgesetzt, der Turnsaal gebaut und die Oberlehrerwohnung gemacht wird. Es wird also von Seite des Stadtrathes vorgeschlagen, dieses Project zu genehmigen

und den Ausfall von 9500 fl. zur Deckung auf den Reservefond zu verweisen. Es wird dadurch den Bedürfnissen vollständig Rechnung getragen, die Geschlechter werden auch hier getrennt, die Knaben kommen in das obere Stockwerk, die Mädchen in das untere, nur sind nicht zwei separate Eingänge.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Jedlička: Wir sind zwar für die Erbauung von Schulen unter jeder Bedingung, aber der Preis, das muss ich offen gestehen, kommt mir zu hoch vor. Der Preis von 73.000 fl. für die zwei Stockwerke kommt mir jedenfalls horrend vor. Wir in der Genossenschaft bauen ein drei Stock hohes Haus, mit Hochparterre, einem Hofquertract und zwei Seitentracten, und der Spass kostet nur 80.000 fl., und dieses Schulhaus, das um zwei Stockwerke niedriger ist als unser Haus, soll 73.000 fl. kosten. Ich weiß nicht, wie die Herren Projecte machen, sie müssen rein 50 Percent aufschlagen. Ich finde es wohl mit Rücksicht auf unseren heutigen unrichtigen Preiscourant begreiflich, ich habe aber niemals gehört, dass wir bei einem Schulbau auch nur einen Kreuzer erspart hätten. Gewöhnlich wird der ganze Betrag verwendet. Ich habe niemals gehört, dass wir 20.000 fl. erspart hätten, wie es percentuell nach den Nachlässen, welche die Geschäftsleute gewähren, sein müsste. Darum kommt mir die Summe ungeheuer hoch vor. (Gem.-Rath Schlechter: Es kostet ja nur 44.000 fl.) Der Herr Referent hat gesagt 73.000 fl.

Referent: Das ist die Alternative C, die nicht zur Ausführung beantragt wird. Die zur Ausführung beantragte Verbindung der Alternativen A und B kostet 44.500 fl.

Gem.-Rath Jedlička: Auch das ist entschieden zu hoch.

Gem.-Rath Bärtl: Es ist zwar schon richtiggestellt, dass nicht das so hoch präliminierte Project zur Ausführung gelangen soll, sondern das erste Project und ein Theil des zweiten im Betrage von 44.500 fl. Ich möchte mir aber die Anfrage erlauben, ob in diesem Voranschlage die Einrichtung inbegriffen ist (Referent: Jawohl!) und ob, da in der Schule jedenfalls eine Ofenheizung besteht, dieselbe auch in dem aufgesetzten Stockwerke eingeführt wird. (Referent: Die Ofenheizung bleibt überall!)

Gem.-Rath Büsch: Vom Herrn Referenten ist hier beantragt worden, den Bau nach den Projecten A und B mit dem approximativen Preise von 44.500 fl. auszuführen. Wer diese Schule und den Platz da kennt und sieht, was man da hinbauen will, muss über einen solchen approximativen Preis staunen. Ich, als Vertreter des XII. Bezirkes, bin überhaupt gar nicht mit den vom Herrn Referenten vorgeschlagenen Bauprojecte einverstanden, sondern ich bin für die Skizze C eingenommen. Nur wenn dieses Project C ausgeführt wird, ist den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen, indem nur dadurch die bisher bestehenden Calamitäten behoben werden können. Die jetzige Schule fasst sieben Lehrräume, und ein Lehrzimmer befindet sich mitten im Orte, wo früher das Armenhaus war, so dass der Schulleiter hinauf- und hinuntergehen muss. In zwei Classen ist Nachunterricht und in einer Classe sind Mädchen und Knaben gemischt. Nach dem Vorschlage des Herrn Referenten würden hier eigentlich nur vier Lehrzimmer gebaut, es sind aber heute schon fünf Lehrzimmer dringend nothwendig. Ich möchte also den Herrn Referenten fragen, was denn mit den anderen Kindern, die nicht Platz haben, respective die noch in einem Lehrzimmer untergebracht werden sollen, geschieht. Ich glaube, wenn man etwas baut, was approximativ 44.500 fl. kosten soll, muss man doch dafür Sorge tragen, dass so etwas auf einige Jahre hinaus gebaut wird, damit man nicht nach zwei, drei Jahren wieder mit einem neuen Antrag kommt, wie es in Gaudenzdorf der Fall war. Dort war ein ähnlicher Fall wie hier.

Im vorigen Jahre habe ich einen Antrag gestellt, man möge nochmals commissionieren und mich als Antragsteller der Commission beiziehen, und es möge für den Fall, als die Räumlichkeiten nicht genügend seien, ein Zubau stattfinden. Die Herren haben meinen Antrag nicht angenommen; was hat man aber heuer gethan? Das, was ich damals beantragt habe, ist heute vom Stadtrathe in Vorschlag gebracht worden, nur mit dem Unterschiede, dass für Adaptierungen 2000 fl. unnütz ausgegeben wurden. Es sind Mauern niedergerissen worden, die man nun frisch aufbauen, und Thüren zugemauert worden, die man nun öffnen muss. Wenn Sie dieses Project annehmen, wird es in zwei Jahren hier auch so gehen; für die Bedürfnisse der Bevölkerung ist nicht hinreichend vorgesorgt, wenn ein Stockwerk aufgesetzt wird auf die alte Schule, welche nur 25.000 fl. gekostet hat, und diese Schule hat ein Parterre und einen ersten Stock. Nach dem Referenten-Antrage soll ein zweites Stockwerk aufgesetzt, ein Turnsaal und eine kleine Wohnung für den Schulleiter gebaut werden und das soll 44.500 fl. kosten? Der Herr Referent wird jedenfalls wissen, was die alte Schule gekostet hat und wie die Hetzendorfer gespart haben, indem die Schule nur 25.000 fl. gekostet hat; ich nehme sogar an, dass heute noch billiger gebaut werden kann, weil die Materialien bedeutend billiger sind. Über den approximativen Preis von 44.500 fl. muss man lachen; am Ende kostet der Bau 25.000 fl. Es wäre in solchen Fällen immer besser, den Voranschlag fix und nicht approximativ zu machen; es kann eine Differenz von 2000 bis 3000 fl. sich ergeben, aber 44.500 fl. kann der Bau nicht kosten. Nicht einmal das Project C würde so viel kosten, und wenn dieses Project acceptiert wird, wäre den Bedürfnissen der Bevölkerung mindestens für zehn Jahre Rechnung getragen. Es sollte da überhaupt ein Zu- und Neubau stattfinden; insbesondere da die Commune die Gründe von Hetzendorf übernommen hat, so muss sie sich einmal mit Speising vereinigen, die Straße muss ausgebaut werden, und so ist es ersichtlich, dass die Schule, wie sie heute gebaut werden soll, nicht hinreichend ist, während, wenn die Herren das Project C annehmen, nach zehn Jahren auf diesen Bau ein Stock aufgesetzt werden kann und dann ist wieder auf zehn bis zwanzig Jahre weiter gesorgt.

Ich würde also den Herren empfehlen, dass Sie das Project C mit dem approximativen Kostenaufwande von 44.500 fl. annehmen.

Ich habe im Amtsblatte gelesen, dass auch der Stadtrath nicht einig war. Übrigens ist mir etwas unklar. Im Amtsblatte steht, dass neun Herren dafür gestimmt haben, und in der Präsenzliste sind 23 Herren vertreten. (Rufe links: Hört!) Das Referat war das siebente oder achte. Ich weiß nicht, waren die Herren Stadträthe noch im Zimmer oder waren sie schon weg, da eben nur neun dafür waren. Bei dem Gaudenzdorfer Projecte habe ich nachträglich gelesen, dass sieben Herren gegen sieben im Stadtrathe gestimmt haben, und es hat der Herr Vorsitzende seine Stimme als achte abgegeben. Das waren also 15 Herren. In der Präsenzliste aber — muss ich betonen — stehen 23 Herren Stadträthe verzeichnet; das ist nicht begreiflich. Ich glaube, es sind selbst die Herren, welche im Stadtrathe waren, nicht dafür, und sie waren vielleicht anderer Ansicht, als es der Referenten-Antrag bezweckt. Es wäre mir sehr lieb, wenn ich einen der Herren Stadträthe

hören könnte, welcher Ansicht die Herren waren, da nur mit einer kleinen Majorität dieser Antrag angenommen worden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich möchte den Herrn Redner bitten, den Antrag schriftlich zu formulieren und zu übergeben.

Gem.-Rath Büsch: Das Project C ist ja vom Bauamte vorgeschlagen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, den Antrag schriftlich zu übergeben.

Herr Gem.-Rath Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Büsch: Ich bitte, ich bin noch nicht fertig. Der Turnsaal ist, wie der Durchschnitt zeigt, eine ganz kleine Hütte. Ich würde beantragen und die Herren bitten, dem zuzustimmen, dass der Turnsaal auch so gebaut werde, wie unlängst ein Project vorlag, dass auf den Turnsaal seinerzeit ein Stock aufgebaut werden kann, weil wir späterhin immer noch werden aufbauen müssen.

Es ist, wie der Herr Referent weiß, im vorigen Jahre vom Herrn Collegen Sasse, der dort zu Hause ist, ein Antrag eingebracht worden, und er fand es für nothwendig, dass etwas zugebaut und die Schule vergrößert werde. Da ist im Antrage gestanden, dass auf einem Grunde des Herrn Bezirksausschusses Sochor, wo die Valerie-Cottage ist, ein neues Schulhaus gebaut werden soll. Voriges Jahr haben die Herren aus dem Bezirksschulrathe selbst es für nothwendig befunden, dass mehr gebaut werden soll, als heute beantragt wird. Ich wiederhole, dass eigentlich heute nur vier Lehrräume gebaut werden, und das ist viel zu wenig; wir müssen jetzt schon fünf haben, sonst ist es nicht möglich, die Kinder irgendwo anders unterzubringen. Wie ich schon erwähnt habe, gehen die Kleinen dort zum Nachunterricht in die Schule, die in der II. Classe ebenfalls. Ich bitte vielmals, das Project C anzunehmen; dann ist der Bevölkerung dort genügegeleistet und für die Commune selbst ist gespart. Ich gehe von dem Grundsatze aus, dass man etwas Zweckmäßiges bauen und dennoch sparen soll. Ich sage noch mehr: Das ganze Gebäude wird keine 44.500 fl. kosten; um 35.000 fl. ist es herzustellen.

Ich bitte also vielmals, meinen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich begrüße es, dass die Herren endlich meiner Anschauung zustimmen, dass die Überschläge, die uns hier vorgelegt werden, immer zu hoch gegriffen sind. Aus welchem Grund das geschieht, habe ich schon oft erwähnt, weil diese Preiscourante aus uralter Zeit, ich glaube vom Jahre 1872 oder 1873 herrühren, wo die Ziegel 44 bis 45 fl. gekostet haben und alle anderen Materialien ebenfalls sehr hoch im Preise waren.

Ich glaube aber, dass die Herren das deshalb machen, damit ein Sümmchen übrig bleibt, welches dann auf andere Weise verwendet werden kann, ohne dass man darüber Bericht erstatten muss. Es kann nicht anders möglich sein. Wenn auch die Einrichtung und alles im Preise inbegriffen ist, so sind 44.500 oder 35.000 fl. noch immer zu hoch. Ich glaube auch, dass man einen Neubau aufführen soll; wenn auch vielleicht ein Jahr oder zwei Jahre noch Lehrzimmer freibleiben, so ist doch der Zuwachs der Kinder von Jahr zu Jahr ein sehr großer. Sie sehen dies in allen neuen Bezirken. Wenn heuer 6000 Kinder waren, sind im nächsten Jahre 7000, und wo 10.000 waren, sind im nächsten Jahre 12.000. Die Schulen werden also immer zu klein, und wenn wir jetzt so etwas machen, so werden wir uns kaum ein Jahr fortfretten können, dann müssen wir aber wieder etwas Neues machen. Heute setzen wir einen Stock auf und im nächsten Jahre werden wir wieder einen aufsetzen müssen; so geht das fort, und das kostet viel Geld.

Ich würde mich daher dem Antrag anschließen, dass das heutige Referat vertagt werde, wenn nicht die richtigen Pläne vorliegen, und so schnell als möglich wieder vor das Plenum komme, oder dass das andere Project angenommen werde, durch welches für mehrere Jahre gesorgt ist. Die Kinder werden ja von Jahr zu Jahr mehr, sie wachsen — ich kann mich nicht entsprechend ausdrücken — na, also sagen wir: wie die Blumen. (Heiterkeit.)

Referent (Schlusswort): Ich bitte Sie, meine Herren, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen. Die Schulbehörden, welche das Bedürfnis draußen kennen müssen, haben sich selbst für das combinierte Project ausgesprochen unter Hinweis darauf, dass, wenn die Zahl der Schulkinder sich bedeutend vermehren sollte, es sich empfehlen würde, in der Mitte zwischen Hetzendorf und Altmannsdorf eine neue Bürgerschule für diese beiden Gemeinden zu bauen, denn jetzt müssen die Kinder bis nach Meidling geschickt werden. Es ist also auf die Vermehrung der Kinder in der Zukunft Rücksicht genommen und durch diese Ausführung das Bedürfnis auf mehrere Jahre gedeckt.

Herr College Büsch aus dem XII. Bezirke hat gefragt, warum der Stadtrath nicht in der Majorität für die Vorlage war. Ich verstehe das so, warum nur eine kleine Majorität für den Referenten-Antrag war.

Ich will den Herrn Collegen Büsch aufklären, dass die Herren gesagt haben, man solle nicht eine solche Überschreitung des Präliminares bewilligen, und darum haben sie sich gegen jeden Zubau ausgesprochen. Man hat gesagt, wir sind jetzt im Mai, das Präliminare wurde vor noch nicht langer Zeit erst bewilligt, und jetzt kommt man mit einem Zuschuß von 9500 fl.! Hat man das vor der Berathung des Präliminares nicht gewußt, dass die Vergrößerung dieser Schule nothwendig ist? Schließlich hat man aber doch eingesehen, dass dieser Zubau im Interesse der Kinder nothwendig ist und darum beantragt der Stadtrath den Zuschusscredit.

Warum sollen wir, nachdem das Project vom Bezirksschulrathe, Ortsschulrathe und allen Behörden als genügend erkannt wird, das theuere Project um 72.000 fl. ausführen? Ich glaube, das vorliegende Project wird genügen und entspricht den Interessen des Bezirkstheiles besser, wenn die Ansicht des Bezirksschulrathes zur Geltung kommt, dass in der Mitte zwischen den beiden Gemeinden seinerzeit eine ganz neue Bürgerschule gebaut werde, in welcher die Kinder von Altmannsdorf und Hetzendorf untergebracht werden können.

Ich bitte Sie also um Annahme des Stadtraths-Antrages.

Gem.-Rath Büsch (zur Berichtigung): Ich berichtige, dass auch der Ortsschulrath für das Project C eingetreten ist und es auch selbst beantragt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Herr Referent beantragt, es sei das Project A und B zu genehmigen und ein Zuschusscredit in der Höhe von 9500 fl. zu gewähren.

Herr Gem.-Rath Büsch stellt den Gegen-Antrag, dass der Zubau bei der Hetzendorfer Schule nach der Skizze C ausgeführt werden solle, und zwar mit Rücksicht auf eine spätere zweite Stock-Aufsetzung mit dem Kostenüberschlage von 44.500 fl. (Rufe: 72.000 fl.!)

Ich bitte, ich war mir über den Antrag nicht klar und habe deshalb gebeten, dass er mir schriftlich übergeben werde, da ich die Verantwortung nicht auf mich nehmen will. Ich muss den Antrag so zur Abstimmung bringen, wie er formuliert ist.

Referent: Nach der Alternative C wird ein Kostenaufwand von 72.000 fl. erforderlich.

Gem.-Rath Hawranek (zur Abstimmung): Meine Herren! Herr College Büsch hat gemeint, dass man mit dem Betrage von 44.500 fl. auskomme, wenn man das Project C annimmt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, die Versammlung muss sich ein Urtheil bilden, ob sie den Antrag für annehmbar und ausführbar ansieht oder nicht.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Ich bitte, getrennt abzustimmen, weil ich ebenfalls für das Project C stimmen werde, aber für eine andere Ziffer. Ich würde daher bitten, den Antrag zu theilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bringe zuerst den Antrag des Herrn Collegen Büsch zur Abstimmung, und zwar dem geäußerten Wunsche gemäß getrennt.

Der Antrag geht dahin, es wolle der Zubau zur Hetzendorfer Schule nach der Skizze C ausgeführt werden. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Das ist die Minorität. Abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Das Project für die Vergrößerung des Schulhauses in Hetzendorf wird nach der Skizze A und B mit dem approximativen Kostenerfordernisse von 44.500 fl. genehmigt; das Mehrerfordernis über die diesbezügliche Budgetpost per 35.000 fl. ist auf den Reservefond zu verweisen.

17. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Zur Zahl 2373. Ich hatte in der letzten Gemeinderaths-Sitzung die Ehre, über das Wahlergebnis aus dem 1. Wahlkörper im XI. Bezirke zu referieren. Der Gemeinderath hat sich jedoch bestimmt gefunden, über die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke in der letzten Sitzung den Act an den Stadtrath zur neuerlichen Berathung zurück zu verweisen. Der Stadtrath hat nunmehr, nachdem auch der Wahlreclamations-Act requiriert worden war, die Sache einer neuerlichen Prüfung unterzogen, und ich erlaube mir, Ihnen zunächst das Thatsächliche des Falles vorzutragen.

Es war in die vom Herrn Bürgermeister, beziehungsweise vom Steuer- und Wahlcataster aufgestellte Wählerliste Herr Leopold Wolf als wohnhaft in Kaiser-Ebersdorf eingetragen. Innerhalb der gesetzlichen Frist hat nun ein Wähler des Bezirkes namens Fikeis gegen die Eintragung des Leopold Wolf reclamiert, und zwar am 21. März. Die gepflogenen Erhebungen haben ergeben, dass Herr Leopold Wolf thatsächlich als im I. Bezirke Wiens wohnhaft polizeilich gemeldet erschien und infolge dessen hat der Magistrat mit Beschluss vom 27. März die Übertragung des Herrn Leopold Wolf aus der Wählerliste des XI. Bezirkes in jene des I. Bezirkes verfügt.

Von dieser Entscheidung des Magistrates wurde gemäß § 13 der Gemeinde-Wahlordnung Herr Leopold Wolf verständigt und ihm diese Verständigung am 28. März zugestellt. Herr Leopold Wolf ist darauf am 4. April beim Magistrate erschienen und hat in dorso des ihm zugestellten Magistrats-Beschlusses erklärt, dass er mit dieser Übertragung in den I. Bezirk nicht einverstanden sei, nachdem sein ordentlicher Wohnsitz in Kaiser-Ebersdorf sei und er dort sein Wahlrecht ausüben wolle. Der Magistrat hat neuerliche Erhebungen gepflogen und schließlich wurde zufolge einer Präsidialverfügung Herr Leopold Wolf in die Wählerliste des XI. Bezirkes wieder eingetragen. Die neuerlich gepflogenen Erhebungen haben dargethan, dass Herr Leopold Wolf zwei Jahreswohnungen hat, die eine Jahreswohnung in Kaiser-Ebersdorf Nr. 186, die andere Jahreswohnung im I. Bezirke, Landesgerichtsstraße Nr. 12. Er selbst gibt an, dass er als seinen ordentlichen Wohnsitz Kaiser-Ebersdorf betrachte, was auch, wie er anführt, daraus hervorgehe, dass dort die Jahreswohnung neun Pièces habe, während seine Stadtwohnung lediglich vier Pièces umfasst.

Juristisch genommen, steht der Fall so, dass, nachdem zweifellos ist, dass jemand zwei und auch mehrere Wohnsitze haben kann, in Bezug auf die Wahlangelegenheiten er aber das Wahlrecht nur an einem Orte ausüben kann; es in diesem Falle in seiner Wahl gelegen ist, zu bestimmen, wo er das Wahlrecht ausüben wolle. Thatsächlich konnte Herr Leopold Wolf wirklich erklären, nachdem er sowohl im XI. als I. Bezirke wohnhaft gewesen ist, dass er sein Wahlrecht im XI. und nicht im I. Bezirke ausüben wolle. Aus diesem Grunde wäre merital die Entscheidung des Präsidiums, welches am 7. April die Wieder-Eintragung des Herrn Leopold Wolf in die Wählerliste des XI. Bezirkes verfügte, gerechtfertigt.

Der Stadtrath hat jedoch in seiner Mehrheit angenommen, dass in formaler Beziehung die Vorschriften des Reclamations-Verfahrens nicht vollständig eingehalten worden sind. Der § 13 der Gemeinde-Wahlordnung bestimmt nämlich, dass gegen Entscheidungen des Magistrates im Wahlreclamations-Verfahren die Berufung an den Stadtrath offenstehe und diese Berufung binnen drei Tagen einzubringen ist. Nachdem nun Herr Leopold Wolf von einer im Reclamations-Verfahren ergangenen, nämlich über die Reclamation des Herrn Leopold Wolf ergangenen Entscheidung des Magistrates am 28. März verständigt worden war, so hätte er binnen drei Tagen vom 28. März die Berufung an den Stadtrath gegen diese Verfügung des Magistrates ergreifen müssen. Das hat Herr Wolf nicht gethan, sondern er hat sich direct an den Magistrat gewendet, mit dem Verlangen, dass die Eintragung richtiggestellt werde, nachdem er sein Domicil im XI. Bezirke hat. Darin besteht nun eine Verletzung der Vorschriften des §. 13 der Gemeinde-Wahlordnung, umsomehr als Herr Leopold Wolf erst am 4. April beim Magistrate erschienen ist, um diese Erklärung abzugeben, eine Erklärung, die jedenfalls nur als Recurs behandelt werden konnte, und zu dieser Zeit die dreitägige Frist bereits abgelaufen gewesen ist.

Andererseits war der Stadtrath in seiner Mehrheit auch der Ansicht, dass dieses Begehren des Herrn Leopold Wolf jedenfalls dem Stadtrathe zur Entscheidung hätte vorgelegt werden müssen, und dass in dieser Richtung der Magistrat, beziehungsweise das Präsidium des Magistrates nicht in der Lage gewesen ist, mit Rücksicht auf die einmal vom Magistrate in erster Instanz getroffene Entscheidung, wenn auch vor der achttägigen Frist, binnen welcher vor Beginn der Wahlen eine Änderung in den Wählerlisten nicht mehr stattfinden darf, mit einer Eintragung in die Wählerliste vorzugehen.

Aus diesen Umständen ergibt sich nun die Conclusion, dass wenn auch Herr Leopold Wolf als wahlberechtigt im XI. Bezirke angesehen werden müsste, wenn die Vorschriften des Wahlreclamations-Verfahrens ordentlich befolgt worden wären, er gegebenenfalls doch nicht als Wahlberechtigter des XI. Bezirkes angesehen werden kann, weil eine Verletzung dieser Vorschriften stattgefunden hat.

Es muss infolge dessen seine Stimme, die bei der Wahl am 17. April abgegeben worden ist, als nicht berechtigt angesehen und infolge dessen in Abrechnung gebracht werden. Diesfalls ist noch Folgendes zu bemerken. Herr Gem.-Rath Dr. Linke hat bei seinen Ausführungen in der letzten Sitzung den Standpunkt vertreten, dass, wenn irgend eine Unregelmäßigkeit im Wahlreclamations-Verfahren eingetreten ist, dies die Ungiltigkeit des ganzen Wahlactes nach sich ziehe, weil das Wahlreclamations-Verfahren die Grundlage des ganzen Wahlactes bilde. Er hat sich zur Erhärtung dieser seiner Anschauung auf zwei Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes berufen. Was nun diese Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes betrifft, so sind dieselben nicht in der Lage, die Anschauung, die Herr Dr. Linke vertreten hat, zu bestätigen.

In dem einen Falle — es ist diese Entscheidung in der Budwinsky'schen Sammlung sub Nr. 2175 ex 1884 — lag die Sache so, dass die Änderung in der Wählerliste innerhalb der letzten acht Tage vor der Wahl erfolgt ist. Nun ist ebenso in der Wahlordnung für Istrien, welche auf diesen Fall Anwendung hatte, wie in unserem Statut ausdrücklich bestimmt, dass in den letzten acht Tagen vor der Wahl irgend eine Änderung in der Wählerliste nicht mehr stattfinden dürfe. Diese stricte Bestimmung der Wahlordnung wurde damals übertreten und hauptsächlich aus diesem Grunde wurde der Wahlact aufgehoben. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass es sich damals um mehrere solche Fälle handelte, und es ist noch zu berücksichtigen, dass nach der Gemeinde-Wahlordnung für Istrien mit der Änderung der Wählerliste, d. h. also mit der Eintragung neuer Wähler in die Wählerliste irgend eines der Wahlkörper oder der Herausnahme eines Wählers aus einer solchen, sofort eine Änderung der ganzen Wählerliste sämmtlicher Wahlkörper einzutreten gehabt hat, weil die ganze Gruppierung der Wählerschaft sich geändert hätte. In der Wahlordnung für Istrien ist nämlich bestimmt, dass diejenigen Wähler, welche ein Drittel der Steuerleistung der Gemeinde aufbringen, im 1. Wahlkörper, diejenigen, welche das zweite Drittel aufbringen, im 2. Wahlkörper, und diejenigen, die das dritte Drittel aufbringen, im 3. Wahlkörper zu wählen haben. Wenn nun ein Wähler aus irgend einem Wahlkörper herausgenommen wird, so muss seine Steuerleistung diesem Wahlkörper abgeschrieben und dem Wahlkörper zugeschrieben werden, in welchen er neu hinzukommt, beziehungsweise wenn er in der Gemeinde nicht domiciliert, wird diese Steuerleistung ganz herausgenommen. Dadurch ergibt sich eine Verschiebung der gesammten Wählerschaft, und aus diesem Grunde musste in Istrien der ganze Wahlact für nichtig erklärt werden.

Anders liegt der Fall natürlich hier. Vor allen Dingen ist die Präsidialverfügung, laut welcher Herr Wolf in die Wählerliste eingetragen wurde, am 7. April erflossen, also noch zehn Tage vor der Wahl. Infolge dessen ist jene Norm des Gesetzes, welche bestimmt, dass acht Tage vor der Wahl eine Änderung in der Wählerliste nicht vorgenommen werden darf, nicht verletzt worden. Andererseits haben wir diese Einrichtung bezüglich der Wahlkörper nicht und infolge dessen ist nicht abzusehen, dass diese eine Eintragung des Herrn Leopold Wolf in die Wählerliste die vollständige Ungiltigkeit des ganzen Wahlactes nach sich ziehen soll.

Was die zweite Entscheidung betrifft, auf welche sich Herr Dr. Linke berufen hat, d. i. die Entscheidung Budwinsky Nr. 1769 ex 1883, so kann aus dieser keineswegs dasjenige gefolgert werden, was er daraus folgern will. Der Verwaltungsgerichtshof hat nämlich in dieser Entscheidung in dem hier maßgebenden Punkte Folgendes gesagt (liest):

„Die Beisetzung der Vornamen zur Wahlstimme jener Erben in der definitiven Wählerliste war allerdings nicht in der Ordnung, weil durch die administrativen Entscheidungen nur die Eintragung des Theilnamens „Mandić eredi qm. Andrea" ohne Beisatz angeordnet worden war. Diese Abweichung der definitiven, bei der Wahl benützten Wählerliste von der den Beschwerdeführern intimierten Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft konnte jedoch nur in den Einwendungen gegen das Wahlverfahren, aber nicht in der vorliegenden, gegen die bezirkshauptmannschaftliche Entscheidung, die jenen Beisatz nicht enthielt, gerichteten Beschwerde geltend gemacht werden. Die Beschwerde musste daher in diesem Punkte zurückgewiesen werden."

Der Verwaltungsgerichtshof hat in dieser Entscheidung ausdrücklich erklärt, dass die Beschwerde zurückgewiesen wird; wenngleich eine Verletzung im Wahlreclamations-Verfahren stattgefunden hat, wurde in diesem Falle doch der Wahlact nicht aufgehoben. Es ist also aus dieser Entscheidung gerade das Gegentheil dessen zu folgern, was Herr Gem.-Rath Dr. Linke gefolgert haben will. Dem gegenüber liegt aber eine ganz klare Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes — Nr. 2220 vom Jahre 1884 — vor, in welcher gesagt wird, „dass Unregelmäßigkeiten einer Wahlhandlung, welche den Erfolg nicht beeinträchtigen, nicht unbedingt die Annullierung der Wahl nach sich ziehen müssen." Der diesfällige Fall betraf eine Wahl in das Stadtverordneten-Collegium von Prag, und der Fall ist insofern analog mit dem vorliegenden, als ein nicht Wahlberechtigter seine Stimme abgegeben hatte. Der Verwaltungsgerichtshof entschied, dass der Wahlact in diesem Falle nicht zu annullieren sei, weil die Abgabe dieser einen Stimme auf das Wahlergebnis einen Einfluss nicht haben konnte.

Ganz so liegt aber der Fall hier. Es ist diesfalls zu bemerken — und jetzt kommen wir zur eigentlichen Rechnung — dass 36 Stimmzettel abgegeben worden sind. Von diesen 36 Stimmzetteln muss also die eine Stimme des Leopold Wolf, welche nach unserer Auffassung mit Rücksicht auf formale Unregelmäßigkeiten des Wahlverfahrens auszuscheiden ist, abgerechnet werden. Diese Stimme abgerechnet, verbleiben 35 giltige Stimmen; bei 35 Stimmen beträgt die absolute Mehrheit 18, Herr Gem.-Rath Koch hat jedoch bei der Wahl 20 Stimmen bekommen. Von diesen 20 Stimmen muss nun wieder die eine Stimme des Leopold Wolf als eine ungiltige Stimme abgerechnet werden, so dass Herrn Koch noch 19 Stimmen verblieben. Diese 19 Stimmen sind noch immer eine Stimme mehr als die absolute Majorität. Und selbst wenn auf den zweiten Protestgrund Rücksicht genommen wird, welcher dahin gegangen ist, dass, obwohl 37 Wähler erschienen sind, doch nur 36 Stimmzettel aus dem von mir in der letzten Sitzung angegebenen, amtlich constatierten Grunde in der Wahlurne vorgefunden worden sind, selbst wenn dieser Grund auch noch in Berücksichtigung gezogen wird, hat Herr Koch noch immer die absolute Mehrheit erreicht, denn in diesem Falle muss die Rechnung wie folgt angestellt werden: Abgegebene Stimmen 37, abgezogen die Stimme

des Leopold Wolf bleiben 36 Stimmen; die absolute Mehrheit ist 19; Herr Koch hat 20 Stimmen erhalten, abzüglich die Stimme des Leopold Wolf bleiben 19 Stimmen, so hat Herr Koch noch immer die absolute Mehrheit der Stimmen. Aus diesem, wie ich glaube, sehr einleuchtenden Grunde beantragt Ihnen der Stadtrath auf Grund des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung, die Wahl des Herrn Koch als Gemeinderath der Stadt Wien zu verificieren.

Gem.-Rath Dr. Linke: Vor allem muss ich meine Ansicht dahin aussprechen, dass einem Wähler nicht das Recht zusteht, zu wählen, ob er in dem einen oder in dem anderen Bezirke der Gemeinde die Wahl ausüben will; denn wenn jemand die Gelegenheit hat, zwei verschiedene Wohnungen inne zu haben, so ist das eben nur eine Gelegenheit; ausschlaggebend ist die Thatsache, wo er wirklich wohnt, und dies wird einzig und allein documentiert durch die polizeiliche Meldung, welche ich ausgewiesen habe durch diesen Anfrageschein, welcher mir von der k. k. Polizeidirection beantwortet worden ist. Abgesehen davon, habe ich mich persönlich überzeugt, dass Herr Leopold Wolf factisch im I. Bezirke gewohnt hat und auch jetzt noch wohnt. Er kann sich also nicht darauf berufen, dass er im XI. Bezirke eine Wohnung mit so und so viel Zimmern hat, weil der Besitz der Wohnung nicht ausschlaggebend ist, sondern nur der Umstand, wo er wirklich wohnt.

Diesbezüglich ist aber der Bericht des Herrn St.-R. Dr. Vogler nicht maßgebend, denn ich bin allein schon durch den Umstand befriedigt, dass er erklärt hat, dass diese eine Stimme annulliert worden ist. Es hat mich vielmehr veranlasst zur Widerlegung der Folgerung, welche daraus abgeleitet worden ist, dass diese eine Stimme nicht als ausschlaggebend anzusehen ist mit Rücksicht auf die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes.

Was die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes anbelangt, so ist das allerdings Ansichtssache, und ich glaube, es ist sehr schwer, im Gemeinderathe darüber zu entscheiden. Jedoch ist in der Entscheidung vom 8. Juli 1884 — der ersten, die der Herr Dr. Vogler hervorgehoben hat — klar ausgesprochen, dass die verspätete Eintragung eines Wählers in die Wählerliste während des Reclamations-Verfahrens allein schon die Ungiltigkeit der ganzen Wahl zur Folge gehabt hat. Herr Dr. Vogler hat eingewendet, dass dieser Fall sich in Istrien ereignet hat, wo nach der Gemeindeordnung die Wähler in drei Wahlkörper eingetheilt sind und möglicherweise eine Stimme eine Verschiebung der ganzen Wählerliste zur Folge haben kann. Allein, dieses Argument ist im Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes nicht hervorgehoben, ein Beweis, dass dieser Umstand nicht maßgebend war für das Erkenntnis dieses hohen Gerichtshofes. Maßgebend war nur der Umstand, dass dieser eine Wähler zu spät, d. h. innerhalb acht Tagen, in die Wählerliste eingetragen worden ist. Dieser Umstand allein hat genügt, dass der Wahlact annulliert worden ist. Hier haben wir den Fall, dass ein Wähler, nämlich Herr Leopold Wolf, in die Wählerliste des XI. Bezirkes in legaler Weise infolge seines Recurses gar nicht eingetragen worden ist und diese unterbliebene legale Eintragung hat ebensoviel Bedeutung als die zu späte Eintragung. Das muss auch hier maßgebend sein. Der Umstand, dass Herr Wolf über Präsidial-Auftrag eingetragen worden ist, ist null und nichtig, das hat speciell der Herr Referent betont.

Was die zweite Entscheidung anbelangt, bezüglich welcher der Herr Referent betont, dass aus derselben das Gegentheil hervorleuchtet, so ist das auch nicht richtig. Denn diese Entscheidung ist im Judicatenbuche, welches die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes enthält, ausdrücklich in der Weise hervorgehoben (liest): „Dagegen kann die Abweichung der definitiv bei der Wahl benützten Wählerliste von der im Reclamations-Verfahren festgesetzten Eintragung allerdings zur Begründung von Einwendungen gegen das Wahlverfahren geltend gemacht werden." Hier im vorliegenden Falle ist aber eine Wählerliste der Wahl-Commission vorgelegt worden, welche von der über die Einwendungen des Herrn Johann Fickeis getroffenen Löschung des Herrn Leopold Wolf aus der Wählerliste abweicht. Also, es ist eine Abweichung von der definitiven Wählerliste vorhanden.

Wenn von einem Gegentheile hier die Rede sein kann, so mag das vielleicht in der Weise aufzufassen sein, dass dieser Grundsatz durch eine Schlussfolgerung vom Gegentheil — argumentum in contrario — abgeleitet worden ist, indem in jenem Falle, welcher in der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes behandelt wird, ein solches Abweichen von der definitiven Wählerliste nicht vorhanden war. Es wurde die Berufung gegen das Erkenntnis der letzten administrativen Instanz deshalb mit der Motivierung abgewiesen, weil die der Wahl-Commission vorgelegte Wählerliste von der im Wahlverfahren festgestellten definitiven Wählerliste nicht abweicht. Deswegen war die Ableitung der Schlussfolgerung vom Gegentheil ganz gerechtfertigt. Also, ich kann nicht anders, als bei meiner Ansicht beharren, dass mit Rücksicht auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes es nicht maßgebend ist, wie viel Stimmen überhaupt der gewählte Candidat für sich hatte, ob eine Stimme ausschlaggebend ist oder nicht, sondern dass nach Auslegung des Verwaltungsgerichtshofes ein solcher Wahlact annulliert werden muss, und deshalb beharre ich bei meinem Antrage.

Gem.-Rath Purscht: Ich staune, dass bei so vielen Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl vorgekommen sind, der Stadtrath die Verificierung derselben beantragt.

Ich mache die Herren darauf aufmerksam, dass vor zwei Jahren die Wahl in Hernals aus ganz nichtigen Gründen annulliert wurde. (Sehr richtig! links.) Weil es sich aber um keinen von Ihren Parteimännern gehandelt hat, hat man einfach die Wahl annulliert. Ich möchte sehen, wenn dieser Fall einen von uns treffen würde, dann würde der Stadtrath einstimmig für die Annullierung sein.

Was die Vorkommnisse bei den Wahlen überhaupt anbelangt, so will ich nur einen Fall anführen. . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Es steht die Wahl im XI. Bezirke in Verhandlung!

Gem.-Rath Purscht: Das gehört zur Sache.

Gem.-Rath Gregorig: Da muss man doch Vergleiche machen können!

Gem.-Rath Purscht (fortfahrend): Bei uns hat man einen Wähler, von dem man ganz gut wusste, dass er für uns stimmt, der 25 Jahre draußen wohnt und 25 Jahre polizeilich gemeldet ist, ganz einfach hinausbugsiert; weil man wusste, er ist von unserer Partei, hat man ihn von der Liste gestrichen. Als Grund wurde angegeben, weil er von Zeit zu Zeit in Ziersdorf sich aufgehalten hat! Mit solchen nichtigen Gründen geht man bei uns vor, und eine Wahl, in welcher so viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen, will man verificieren! Kann man das objectiv nennen? Das ist sehr traurig.

Gem.-Rath Grünbeck: Meine Herren, ich kann die Worte des Herrn Vorredners nur wiederholen; ich muss wirklich staunen, dass man eine Wahl, bei welcher Incorrectheiten nicht einzeln, sondern massenhaft vorgekommen sind, gutheißen will; wo mit Stimmzetteln so hantiert wurde; wo einer seinen Stimmzettel noch im Sacke hatte und sich erst nach Schluss des Wahlactes angeblich daran erinnerte; wo noch ein Wähler gewählt hat, trotzdem er gar nicht im Bezirke gewohnt hat — und das gerade bei einem Stimmenverhältnis, bei welchem 1 bis 2 Stimmen maßgebend sind! Der Herr Referent hat auch über eine Wahlreclamation von unserer Seite über den Fall Glaser referiert, und da war er ganz anderer Meinung, wenn auch der Stadtrath wieder anders entschieden hat. Sie sehen also, wie oft der Stadtrath zu Gunsten des einen oder anderen sich ausspricht, jedoch nie zu Gunsten unserer Partei.

Ich glaube also, darüber sollten Sie gar nicht reden, sondern einfach sagen, die Wahl war incorrect, es muss eine Neuwahl stattfinden.

Das wäre ein Grundsatz, der der Gerechtigkeit entspricht, aber man soll nicht solchen Incorrectheiten auch für die Zukunft Thür und Thor öffnen! Das ist keine richtige Auslegung des Gesetzes! Wir haben es uns gefallen lassen müssen, dass man uns die Gesetze in Böhmen vorgehalten hat; ich glaube aber, es wäre viel besser, wenn man öfter Vorlesungen über unser Wahlgesetz halten, dasselbe dann aber auch anerkennen würde, nicht dass die Nichtjuristen in eine solche Verlegenheit gebracht werden, wo jeder einzelne sagen muss, es ist incorrect vorgegangen worden, das muss annulliert werden. Ich staune über solche Vorgänge.

Gem.-Rath Jedlička: Nun, meine Herren! Ich glaube, der Herr Vorsitzende wird die Güte haben und mir gestatten, nachdem der Herr Referent über Istrien gesprochen hat, auch über die Wahl im XVIII. Bezirke zu sprechen. (Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Herr Gemeinderath! Ich bitte, es steht in Verhandlung der Antrag des Stadtrathes, betreffend die Verificierung der Wahl des Herrn Gem.-Rathes Koch. Der Herr Referent war gezwungen, in seinen Ausführungen auf dasjenige zurückzukommen, was Herr Gem.-Rath Dr. Linke in der letzten Sitzung zu Gunsten seines Antrages, der gegen den Antrag des Stadtrathes gerichtet war, angeführt hat. Es war lediglich eine Widerlegung dessen, was Herr Dr. Linke in der letzten Sitzung angeführt hat. Das hat alles streng und genau zur Sache gehört; also, ich bitte den Herrn Collegen, das Gleiche zu thun.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Ich werde mich befleißen, dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden zu entsprechen, weil ich nicht glaube, dass ich ein so kolossales Vergehen begangen habe, indem ich in der Einleitung diesen Umstand berührt und hervorgehoben habe. Ich werde schon auf den 1. Wahlkörper zu sprechen kommen. Es handelt sich hier um die Legalität des Rechtes des einen von den Wählern. Die Legalität wird nur daraus ersehen, wenn man Gelegenheit hat, in die Wählerlisten Einsicht zu nehmen. Nun, wie wurde es bei den letzten Wahlen hier gehandhabt? Ich weiß nicht, welche Instructionen die Herren Bezirksleiter bekommen haben vom Präsidium, aber ich weiß positiv, dass die Herren auf zweierlei Art die Wähler veranlasst haben, Einblick in die Wählerlisten zu nehmen. Ich bin Wähler des 3. Wahlkörpers, habe mich aber auch um den zweiten und ersten bekümmert, bin hereingegangen zum Magistrat und da habe ich gefragt, ob es mir nicht gestattet ist, mir vielleicht die Wählerliste des 1. Wahlkörpers abzuschreiben. Mir ist ganz einfach gesagt worden, das geht nicht an, ich muss die Bewilligung des Herrn Bürgermeisters bekommen. (Rufe links: Hört!) Ich bin in das Präsidialbureau gegangen, habe mich dort dem Herrn Secretär vorgestellt und habe ihn gebeten, er möchte die Güte haben, vielleicht mich beim Herrn Bürgermeister anzumelden, ich möchte ihn bitten, mir das Recht zu ertheilen, diese Wählerliste abschreiben zu dürfen. Der Herr sagt mir: Ja, wenn man das Ihnen bewilligt, wird jeder kommen.

Gegen dieses „ein jeder" habe ich mich verwahrt, nachdem ich ein gewählter Vertreter eines Bezirkes bin und folglich glaube, nicht als „ein jeder" behandelt werden zu sollen und es nicht zu verdienen. Ich habe gesehen: da richte ich nichts; ich bin also nach Währing gegangen. Ich komme hinaus und habe den Herrn Bezirksvorstand Gerlach gebeten, er möge die Güte haben, mir in die Wählerlisten Einsicht zu gestatten. Er antwortete: „Ja bitte, wollen Sie Ihre Adresse wissen? Klostergasse Nr. 19." Ich sagte: „Nun, das weiß ich ja, darum schere ich mich nicht. Ich möchte die Wählerliste einsehen." Nun legte mir der Herr Bezirksvorsteher die Wählerliste des 1. Wahlkörpers vor; ich setze mich nieder, und nachdem ich mir alle Herren, welche darinnen sind, nicht merken kann, mache ich mir Notizen. Nun kommt der Herr Bezirksvorsteher und sagt: „Aber, Sie Herr Gemeinderath, es ist doch nicht gestattet, dass Sie die Wählerlisten abschreiben." Ich sagte: „Ich schreibe sie mir nicht ab, ich nehme nur Einsicht, was doch im Gesetze gestattet ist, und mache mir Notizen." Ich schreibe weiter; natürlich kommt der Herr Bezirksvorsteher wieder zu mir und erinnert mich, ich soll mit gutem Beispiel vorangehen und mich den Anordnungen des Bezirksvorstehers fügen. Ich sagte: „Herr Bezirksvorsteher, ich bitte, mich nicht zu stören, ich gehe gewiss mit gutem Beispiel voran, weil ich mich um die Wählerlisten erkundige und kümmere, und wenn jeder von den Wählern das thäte, so wären Sie kein Bezirksvorsteher." Ich bleibe sitzen und schreibe weiter. Er kommt wieder und erinnert mich und sagt, er müsse die Anzeige machen. Ich sage: „Machen Sie dieselbe, ich werde dieses Verbrechen schon verantworten." Nun schickt er mir wieder den Amtsleiter auf den Hals: Ich muss aufhören. Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister, er möge es mir nicht verübeln, wenn ich frage: In welchem Gesetze steht es, dass es jemandem verboten ist, die Wählerliste abzuschreiben? Wo ist das geschrieben, dass ein Wähler, wenn er in die Wählerliste Einsicht nimmt, alle Namen sich merken kann und muss?

In Hernals hat sich ein Herr die Wählerliste abgeschrieben. Der Herr Bezirksleiter sagte: „Herr Gemeinderath, das können Sie thun; ich finde in der Wahlordnung nicht den geringsten Anhaltspunkt, welcher es verbieten würde, die Wählerliste abzuschreiben." Anders entscheidet aber der Herr Bezirksleiter in Währing. Natürlich, er ist eine Amtsperson, ein beeideter Beamter, ich musste mich seinen Anordnungen fügen. Das habe ich auch gethan und gesagt: „Ich weiche der Gewalt und gehe." Aber ich bitte, meine Herren, auf welche Art kann man überhaupt feststellen, wer in der Wählerliste ist, wenn uns das Recht nicht eingeräumt wird, davon eine Abschrift zu machen? Wann haben Sie die Wählerliste bekommen? Ich habe die Wählerlisten circa drei Tage vor der Wahl bekommen, und zwar, meine Herren — das ist das Hochinteressante — von den neun inneren Bezirken, aber nicht von den Bezirken draußen.

Ich weiß aber demgegenüber positiv, dass die Liberalen die Wählerliste abgeschrieben bekommen haben. Das ist Thatsache. Ja, wie misst man denn hier mit gleichem Maße? Sind die Wähler nicht gleich? Haben sie nicht das gleiche Recht? Wenn der eine Amtsleiter sagt: „Ich finde keine Ursache, welche das Abschreiben der Wählerliste verbietet", und der andere wieder sagt: „Sie dürfen nicht abschreiben". Ja sind denn die Herren nicht Functionäre einer und derselben Gemeinde? Haben sie nicht dieselben Aufträge? Werden wir Wähler nicht gleichmäßig behandelt oder muss man vielleicht eine krumme Nase haben, um etwas erreichen zu können? (Heiterkeit.) Hier ist das Recht der Wähler sehr bedroht und gegen diese Vorgänge verwahre ich mich und bitte den Herrn Vorsitzenden, sich dahin zu bemühen, dass wir bei der nächsten Wahl, ob sie im 2. oder 3. Wahlkörper erfolge, beizeiten die Wählerlisten zugestellt bekommen. Wie wir noch Vorortegemeinde waren, haben wir die Wählerlisten vielleicht 14 Tage vor der Wahl gedruckt bekommen. Dann ist man hingegangen, hat geschaut, wer in diesem oder jenem Wahlkörper ist, und man konnte sich beschweren: „Ich bitte, Herr Bürgermeister, das dürfte wohl nicht richtig sein." Das ist dann richtiggestellt worden. Aber heute in der Groß-Commune haben wir absolut das Recht der Wähler verloren, und das, Herr Bürgermeister, ist das einzige Recht, welches wir haben, das andere sind lauter Pflichten und unser Recht lassen wir uns nicht kürzen. Wir lassen uns das Recht von niemandem verkümmern. Dagegen verwahre ich mich für die Zukunft auf das feierlichste im Namen meiner Wähler.

Es sind in den Listen Transactionen vorgekommen, ich weiß nicht auf welcher Grundlage. Ich weiß nicht, ob die Steuerleistung maßgebend war; denn wenn man uns in drei Wahlkörper theilt und sagt, die gesammte Steuerleistung wird in drei Theile getheilt und das eine Drittel, welches obenan steht, welches ein Drittel leistet, gehört dem 1. Wahlkörper an, so muss es ebenso beim 2. und 3. Wahlkörper der Fall sein. Bei uns aber sind Hausherren gewesen, die jahrelang im 2. Wahlköper waren und es ist, glaube ich, bezüglich der Steuerleistung keine Änderung eingetreten; auf einmal aber sind sie in den 3. Wahlkörper hinunterbugsiert worden, weil sie oben nicht gepasst haben. Vielleicht glaubte man, unten sind sie unschädlicher, sie sind Antisemiten und haben dort ohnedies die Majorität. Gegen eine solche willkürliche Verschiebung muss man Stellung nehmen.

Das ganze Wahlkörpersystem ist unreif, unschön, unrichtig und unlogisch. Wer wählt heute nach dem Wahlkörpersystem, wählt das Individuum? Nein, das Geld wählt (Rufe links: So ist es!), nicht das Individuum. Während in der ganzen Welt es usuell ist in sämmtlichen Vertretungen, Körperschaften, dass die Mehrheit entscheidet, wird hier der Mehrheit das Recht, ihr Votum abzugeben, entzogen. Wenn ich es genau nehme, was hier mit dem 3. Wahlkörper geschieht, so muss ich mich eines Spasses erinnern, der in Frankreich sich zugetragen hat. Da hat man das Wahlrecht getheilt und hat es an ein gewisses Vermögen gebunden. In die 3. Wahlkategorie ist auch ein Stadtträger eingetragen worden, weil er ein Vermögen von 50 Francs, welches aus einem Wagerl und einem Esel bestanden hat, hat nachweisen können. Vor der zweiten Wahl ist der Esel hingeworden und der Mann hat nicht mehr wählen können. Jetzt frage ich Sie, wer da gewählt hat, er oder der Esel? (Heiterkeit.) So schaut das mit der Eintheilung der drei Wahlkörper aus. Das Geld wählt und nicht das Individuum.

Was die Wahl im XI. Bezirke betrifft, so ist das ja sehr spassig. Zuerst kommt eine Unregelmäßigkeit in der Wählerliste vor, die richtigzustellen in der kurzen Zeit nicht mehr möglich war, nachdem die Wähler jedenfalls die Wählerlisten zu spät bekommen haben, gerade so wie wir, und der zweite Umstand war, dass ein Zettel in eine Tasche hineingeflogen ist, auf welche Art und Weise weiß ich nicht. Wer von den Herren Stadträthen, welche heute ihre Zustimmung geben, will behaupten, dass gerade der Stimmzettel, der in der Tasche gefunden wurde, der richtige war (Rufe links: So ist es!), wer kann mir das bezeugen, dass der nicht mit einem anderen vertauscht wurde?

Wenn man sich soweit vergisst, so kann man sich auch vielleicht vergessen, dass zwei Stimmzettel da sind, ein antisemitischer und ein liberaler, und dass dazumal ein liberaler zum Vorschein gekommen ist.

Ein solcher Vorgang bringt die Commissionen in das richtige Licht nicht, die Bevölkerung bekommt nicht das vollste Vertrauen zu ihnen, welches sie entgegenzubringen verpflichtet wäre.

Es ist auch der Vorgang bei der Wahl ein sehr spassiger. Es müssen die Antisemiten total ungebildet sein, dass man ihnen nicht einmal zutraut, dass sie bis 500 zählen können, weil sie in gar keiner Wahl-Commission einen Antisemiten als Commissionsleiter aufgestellt haben. In unserem Bezirk, wo doch zwei Herren sind — ich will nicht sagen, dass ich gewünscht hätte, hinzukommen, ich will nicht den ganzen Tag dort sitzen — hat man einen Vertreter eines fremden Bezirkes ausborgen müssen. Das hat auch etwas auf sich: Es kommt da ein Herr aus einem fremden Bezirke, der die Bewohner des XVIII. Bezirkes nicht kennt. Wenn nun jemand kommt und sagt: „Ich bin Wähler im XVIII. Bezirke", kann ihn der kennen? Das ist nur dem möglich, der im Bezirke wohnt und die Herren kennt und weiß, welchem Wahlkörper sie angehören. Nachdem sich solche Missstände gezeigt haben, dass selbst der Stadtrath zugeben muss, dass nicht correct vorgegangen worden ist, beantrage ich die Annullierung der Wahl im II. Bezirke.

Referent (zum Schlusswort): Herr Dr. Linke hat bei seiner Ansicht beharrt, indem er aus den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes wiederholt die Ansicht ableiten will, dass eine Unregelmäßigkeit im Wahlreclamations-Verfahren, wenn dieselbe auch nur eine einzige Stimme betrifft, den ganzen Wahlact annulliere. Ich habe mir bereits früher erlaubt, des Ausführlicheren die gegentheilige Ansicht zu entwickeln, und habe darauf wohl weiter nichts zu bemerken. Ich möchte nur betonen, dass der betreffende Herr Leopold Wolf auch heute wieder im XI. Bezirke seinen Wohnsitz hat und dass daher die Anschauung, die ich vertreten habe, dass er zwei Wohnsitze hat und wählen kann, in welchem er das Wahlrecht ausüben will, berechtigt ist.

Von Seite des Gem.-Rathes Pursch wurde dem Stadtrathe eine gewisse Parteilichkeit vorgeworfen, indem behauptet worden ist, dass nur deshalb in diesem Falle die Agnoscierung der Wahl beantragt werde, weil es sich um einen Parteigenossen handle, während in einem anderen Falle eine gegentheilige Entscheidung erflossen sei. (Gem.-Rath Gregorig: Da hat er vollkommen recht!) Der Fall ist aber ein ganz anderer gewesen. In dem betreffenden Falle — ich war selbst darüber im Stadtrath Referent — lag eine Bestätigung des Gemeindevorstehers von Ziersdorf vor, dass der betreffende Wähler — dessen Name mir nicht mehr erinnerlich ist — in Ziersdorf seinen ordentlichen Wohnsitz habe und dort jahraus jahrein wohne. Andererseits ist im

Acte vorgekommen, dass der betreffende Herr Wähler lediglich zu den Zinsterminen nach Wien komme, um hier den Zins einzucassieren. Dass dieser Wähler nun doch gewiss in Ziersdorf und nicht in Wien wohnt, ist doch klar. (Gem.-Rath Jedlička: Seit 20 Jahren hat er hier eine Wohnung; ich kenne ihn.) Er kann hier möglicherweise ein Absteigquartier haben, was aber nicht genügt, um den Wohnsitz zu begründen. Ganz anders ist es bei dem Falle in Kaiser-Ebersdorf, wo der Betreffende eine Wohnung, aus neun Pièces bestehend, jahraus jahrein inne hat und schon aus der Größe der Wohnung sich ergibt, dass es sich nicht um ein einfaches Absteigquartier handelt, welches man benützt, wenn man für einige Tage an den betreffenden Ort kommt, sondern dass es sich um eine Wohnung handelt, welche zur fortdauernden Benützung bestimmt ist.

Es ist weiter vom Herrn Collegen Purscht gesagt worden, es seien hier so kolossale Unregelmäßigkeiten vorgekommen, wie ja der Stadtrath selbst zugebe, und es sei ein Stimmzettel verschwunden und er hätte sich im Sacke des einen Commissionsmitgliedes gefunden, und trotzdem wolle man die Wahl nicht annullieren. Diese Ausführungen wären ja sehr richtig, wenn dieser eine Stimmzettel, welcher in dem Sacke des Commissionsmitgliedes Wanko vorgefunden wurde, dem Herrn Koch, auf welchen er gelautet hat, zugezählt wäre. Das geschah aber doch nicht. Im Gegentheil: ich stelle es den Herren auch frei, diese Stimme in Abrechnung zu bringen, was ich ja eventuell auch gethan habe. Und ich habe Ihnen bewiesen, dass Herr Koch trotzdem noch immer die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Unnöthigerweise eine Wahl annullieren und eine Neuwahl auszuschreiben, das wäre ganz gewiss unzulässig und es ist auch von Seite des Verwaltungsgerichtshofes immer so prakticiert worden, dass eine Wahl nur dann annulliert wird, wenn das Wahlergebnis durch die betreffende Unregelmäßigkeit irgendwie beeinflusst worden wäre. Dieselben Bemerkungen gelten auch bezüglich der Ausführung des Herrn Gem.-Rathes Jedlička, welcher bemerkt hat, es könnte ja sein, der Stimmzettel, welcher angeblich verschwunden ist und den Herr Wanko später produciert hat, könnte ausgetauscht worden sein. Auch wenn er ausgetauscht worden wäre — es ist das eigentlich eine unbestimmte Muthmaßung, um nicht Verdächtigung zu sagen — würde das noch immer auf das Wahlergebnis keinen Einfluss üben, weil ich Ihnen nachgewiesen habe, dass Herr Koch noch immer die absolute Mehrheit hat. Wird auch diese eine Stimme — wenn man mit 37 abgegebenen Stimmen rechnet, und wenn man streng sein will — dem Gegencandidaten zugezählt, so hätte dieser dadurch noch immer nicht die absolute Mehrheit; das Wahlergebnis wird dadurch absolut nicht alteriert.

Herr College Grünbeck ist neuerdings auf jenen Fall im XVII. Bezirke, betreffend den Baumeister Glaser, zu sprechen gekommen. Was diesen Fall betrifft, ist die Sache wieder so gelegen, dass Glaser zwei Wohnsitze gehabt hat, einen in der Inneren Stadt und einen in Dornbach. Seine Wohnung wurde gerade damals adaptiert und hergerichtet und infolge dessen hat er in Wien im I. Bezirke gewohnt. Da ist der Stadtrath in seiner Mehrheit der Ansicht gewesen, dass das den ordentlichen Wohnsitz des Herrn Glaser zu alterieren nicht in der Lage war, und dass, wenn Glaser, wie es thatsächlich der Fall war, verlangte, dass man ihn dort im XVII. Bezirke wählen lasse, dieses Begehren ein wohlbegründetes gewesen ist.

Die Herren Gem.-Räthe Grünbeck und Jedlička haben mir mit vollständigem Unrecht vorgeworfen, dass ich abschweife, indem ich von Istrien spreche. Von Istrien hat zunächst ein Herr College von Ihrer Seite, Herr Dr. Linke, gesprochen, und ich musste darauf hinweisen, welchen Fall diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes betroffen hat, weil für Istrien zum Theil wenigstens andere gesetzliche Bestimmungen gelten als bei uns; das ist übrigens jedem Juristen vollkommen klar.

Was die übrigen Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Jedlička betrifft, so haben dieselben mit dem vorliegenden Falle eigentlich nichts zu thun. Wenn er sich beschwert, dass er nicht als „ein jeder" behandelt werden will, wenigstens nicht hier im Rathhause, weil er Gemeindevertreter, Gewählter der Bevölkerung ist, so möchte ich mir nur die bescheidene Bemerkung erlauben, dass in Bezug auf die ganzen Wahlangelegenheiten, in Bezug auf das Wahlverfahren und insbesondere in Bezug auf das Wahlreclamations-Verfahren nach dem Gesetze gewiss kein Unterschied zu machen ist (Gem.-Rath Gregorig: Sein soll!) — gewiss kein Unterschied zu machen ist (Gem.-Rath Gregorig: Sein soll!) — zwischen gewöhnlichen Wählern und Gemeinderäthen, und dass der Herr Gemeinderath gewiss in dieser Eigenschaft nicht mehr Rechte haben kann als jeder andere einzelne Wähler. Ich habe es mir für meine Person in solchen Dingen noch niemals herausgenommen, auch hier im Präsidium irgendwie mehr Rechte zu beanspruchen, wie irgend ein anderer Wähler meines Bezirkes. Ich bin ebenso wie jeder andere in das Gemeindehaus gegangen, habe die Wählerliste eingesehen, habe Notizen gemacht und habe reclamiert. In dieser Richtung stehen vor dem Gesetze alle gleich, und die bezügliche Bemerkung war meines Erachtens nicht am Platze.

Wenn weiters von ihm bemerkt worden ist, der Vorsteher des XVIII. Bezirkes habe ihn verhindert, die Wählerliste abzuschreiben, so ist das zunächst eine Angelegenheit, die mich als Referent des Stadtrathes nichts kümmert, weil sie mit dem Vorsteher abzumachen war. Ich erlaube mir aber meine persönliche Anschauung dahin auszusprechen, dass nach dem Gesetze allerdings nur die Einsicht in die Wählerliste gestattet ist. Das darf allerdings wohl im einzelnen concreten Falle nicht allzu ängstlich ausgelegt werden; aber andererseits darf man wieder nicht das Recht statuieren wollen, dass es jedermann freisteht, die Wählerliste in der Gemeindekanzlei zu copieren. Denken Sie sich den Fall: die Wählerlisten werden nach dem Gesetze zur allgemeinen öffentlichen Einsicht aufgelegt; nicht nur Wähler, sondern jedermann ist berechtigt, in diese Wählerlisten Einsicht zu nehmen; wenn nun einer kommt und dort den ganzen Vormittag oder vielleicht mehrere Tage sitzt, um die ganze Wählerliste abzuschreiben, wie sollen dann die anderen Wähler, welche dann kommen, um Einsicht zu nehmen, dazu kommen, dieses ihr Recht auszuüben? Deshalb darf man die Sache auch nicht so hinstellen, dass das ein Cardinalverbrechen ist, wenn die Abschrift der Wählerlisten eventuell verweigert worden ist. Ich habe übrigens neulich schon bei einer anderen Gelegenheit erklärt, dass ich auf dem Standpunkte stehe, dass es im Interesse beider Parteien gelegen ist, thunlichst zu trachten, dass die Wählerlisten vollständig und correct abgefasst werden, und dass ich daher gleichfalls der auch von Ihrer Seite vertretenen Anschauung gewesen bin, dass das System der Übergehungszettel wieder eingeführt werde. Übrigens bemerke ich nochmals, dass diese Abschweifung eigentlich mit dem Gegenstande der jetzigen Verhandlung nichts zu thun hat, und ich beantrage neuerdings, der Gemeinderath wolle die Wahl des Herrn

Josef Koch im XI. Bezirke auf Grund des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificieren.

Gem.-Rath Purscht (zur Berichtigung): Ich berichtige den Herrn Referenten, dass jener Wähler seit 25 Jahren in Hernals wohnt, eine Wohnung, bestehend aus circa 6 bis 8 Pièceu hat und durch 25 Jahre als Jahrespartei polizeilich gemeldet ist.

Gem.-Rath Grünbeck (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich betreffs des Falles Glaser, dass Herr Glaser in der Doblhoffgasse 3 gewohnt, dass er nur über den Sommer in Dornbach wohnt und darnach wieder auf den Rennweg in seine Winterwohnung zieht und dort bleibt.

Ferner berichtige ich thatsächlich, dass Herr Dr. Vogler heute einer ganz anderen Meinung ist. Herr Dr. Vogler war Referent im Stadtrathe und hat gegen die Einreihung des Herrn Glaser in den XVII. Bezirk gesprochen. Trotzdem hat aber der Stadtrath auf Antrag des Herrn Gem.-Rathes Kreindl anders beschlossen. (Hört! links.) Also, meine Herren, die Rechtsanschauung des Dr. Vogler war gewiss in diesem Falle eine ganz richtige.

Gem.-Rath Jedlička (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass ich mich hier im Präsidialbureau nicht vielleicht als Höhergestellter gegenüber anderen Wählern gefühlt habe; ich bin aber von der Ansicht ausgegangen, dass ich, nachdem ich Mitglied des Gemeinderathes bin, und nachdem der Gemeinderath die Verwaltung der Commune besorgt, nachdem weiters die Wahlen auch zur Verwaltung der Commune gehören, ein gewisses Recht habe, im Amte die Wählerliste abzuschreiben. (Zustimmung links.)

Gem.-Rath Dr. Linke (zur Berichtigung): Ich berichtige erstens, dass die Behauptung des Herrn St.-R. Dr. Vogler, welche dahin lautet, dass Herr Leopold Wolf im XI. Bezirke wohnt, unwahr ist. Herr Leopold Wolf wohnt im I. Bezirke, Landesgerichtsstraße 12, und ich bitte, diese öffentliche Urkunde (Redner begibt sich zum Referententische und übergibt dem Referenten ein Schriftstück) — es ist dies eine Auskunft der Polizei-Direction — dem Acte beizugeben.

Zweitens berichtige ich die Behauptung, als ob ich auf widersprechende Gesetzesbestimmungen einer anderen Gemeindeordnung mich berufen hätte, dahin, dass der § 17 des Absatzes II der Gemeindeordnung für Istrien ganz gleichlautend ist mit dem § 19 des Gemeindestatutes vom 19. December 1890 für Wien bezüglich der Bestimmung, dass innerhalb acht Tagen vor der Wahl keine Änderungen in den Wählerlisten stattzufinden haben.

Referent: Ich möchte zunächst gegenüber Herrn Gem.-Rath Grünbeck bemerken, dass ich meine Rechtsanschauung nicht geändert habe, sondern dass ich hier nur der Rechtsanschauung des Stadtrathes Ausdruck gegeben habe, die er in dem Falle Glaser gehabt hat.

Was die Bemerkungen des Herrn Dr. Linke betrifft, so bemerke ich, dass der mir überreichte Anfragezettel des Central-Meldungsamtes vom 6. Mai d. J. datiert ist, während ich von heute gesprochen habe. Das stimmt also gewiss damit nicht überein.

Was die weitere Bemerkung des Herrn Dr. Linke betrifft, dass der betreffende Paragraph der Wahlordnung für Istrien genau mit der unserigen bezüglich der achttägigen Frist übereinstimmt, so ist das ganz richtig. Das habe ich ja selbst erklärt. Die Entscheidung ist ja auch nur deshalb vom Verwaltungsgerichtshofe so gefällt worden, weil in dem einen Falle die achttägige Frist nicht eingehalten wurde, während sie in unserem Falle eingehalten wurde. Ich habe aber auf einen anderen Unterschied zwischen den beiden Wahlordnungen aufmerksam gemacht. Ich will Sie übrigens damit nicht weiter ermüden, sondern verweise auf dasjenige, was ich früher gesagt habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Stadtrath stellt den Antrag, es sei die Wahl des Herrn Koch aus dem 1. Wahlkörper des XI. Bezirkes zu verificieren. Diesen positiven Antrag bringe ich zur Abstimmung. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. — Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: Die Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper des XI. Bezirkes des Herrn Josef Koch wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung anerkannt.

(Unruhe und Gelächter links. — Gem.-Rath Gregorig: Sehr gut! Das zeigt, wie die Herren ausschauen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Gregorig, Sie sprechen während der ganzen Sitzung nahezu ununterbrochen laut mit. Ich bitte Sie um Ruhe.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte, da müsste man eine Achtung haben, die habe ich nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte Sie, jetzt Ruhe zu halten.

Gem.-Rath Gregorig: Schließen Sie mich halt aus, es macht mir eine Ehre, aus einer solchen Gesellschaft ausgeschlossen zu werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ermahne Sie jetzt zum letztenmale. Wegen dieses Ausdruckes rufe ich Sie zur Ordnung!

Gem.-Rath Gregorig: Ich fühle mich hiedurch sehr geehrt.

18. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler (ad Beilage 78): Im Schuljahre 1891/92 hat sich die Eintheilung bezüglich des Schulbesuches der Schulkinder im X. Bezirke nicht anders machen lassen, als dass 536 Schulkinder aus dem X. Bezirke die Schule in Inzersdorf besuchten, und es wurde dies seitens der Gemeinde Inzersdorf, beziehungsweise seitens des Bezirksschulrathes Hietzing-Umgebung selbstverständlich nur unter der Bedingung gestattet, dass die entsprechenden Kosten rückvergütet werden. Es handelt sich nun um die Flüssigmachung dieser Beträge. Für das Schuljahr 1891/92 werden von der Gemeinde Inzersdorf 2733 fl. 60 kr. beansprucht, was genau jenem Betrage entspricht, welcher von den gesammten Schulauslagen auf die Anzahl von 536 Kindern im Verhältnisse zur Gesammt-Kinderzahl, welche die Schule in Inzersdorf besucht, entfällt.

Im Schuljahre 1892/93 ist derselbe Fall eingetreten. Darüber liegt zwar eine Anforderung seitens der Gemeinde Inzersdorf noch nicht vor, es ist jedoch bereits constatiert, dass auch in diesem Schuljahre 560 Kinder aus dem Gemeindegebiete von Wien die Inzersdorfer Schule besuchen. Im Verhältnisse würden die Kosten pro 1892/93 2900 fl. betragen. Was endlich die Auslagen betrifft, welche aus dem Bezirksschulfonde zu bestreiten sind, so sind dieselben sowohl für das Schuljahr 1891/92, als für das Schuljahr 1892/93 ziffermäßig bereits festgestellt, und zwar werden vom Bezirksschulrathe Hietzing-Umgebung pro 1891/92 4020 fl. und pro 1892/93 4200 fl. beansprucht. Auch diese Ziffern entsprechen vollkommen dem Verhältnisse der Kinderzahl, und wird infolge dessen vom Stadtrathe der Antrag gestellt:

„Es sei ein Zuschusscredit von 2733 fl. 60 kr. zur Ausgabs-Rubrik XLIII 14 „Verschiedene Auslagen der Schulgemeinde", ferner ein Zuschusscredit von 2900 fl. zur selben Rubrik für den der Gemeinde Inzersdorf für das Schuljahr 1892/93 zu bezahlenden, dermalen ziffernmäßig noch nicht feststehenden Betrag, endlich ein Zuschusscredit zur Rubrik XLIII 40 „Verschiedene sonstige Auslagen des Schulbezirkes" in der Höhe von 8220 fl. zu bewilligen."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Zur Ausg.-Rubr. XLIII 14 „Verschiedene Auslagen der Schulgemeinde" wird ein Zuschusscredit von 2733 fl. 60 kr., ferner zur selben Rubrik ein Zuschusscredit von 2900 fl. für den der Gemeinde Inzersdorf für das Schuljahr 1892/93 zu bezahlenden, dermalen ziffernmäßig noch nicht feststehenden Betrag, endlich ein Zuschusscredit zur Rubrik XLIII 40 „Verschiedene sonstige Auslagen des Schulbezirkes" in der Höhe von 8220 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Josef Müller zu referieren und mache aufmerksam, dass auf Seite 19 der Tagesordnung ein Druckfehler sich eingeschlichen hat, indem bei Nr. 2430 Herr Gem.-Rath Josef Müller und nicht Herr Gem.-Rath Schlechter Referent ist.

19. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren über den Antrag des Stadtrathes Z. 2430 vom Jahre 1893, welcher in der Tagesordnung mit Nr. 61 bezeichnet ist. Es handelt sich hier um die Baulinienbestimmung für die Gürtelstraße von der Nussdorferstraße abwärts im XIX. Bezirke und um mehrere andere in der Nähe befindliche Seitenstraßen. Es war das eine Baulinienbestimmung, die wirklich einige Schwierigkeiten bereitet hat, und zwar aus folgenden Gründen: 1. weil sehr viele Straßen hier zusammenkommen, deren Fortsetzung und deren gegenseitige Richtung zu lösen ist; 2. weil das Niveau hier ein ziemlich ungünstiges ist, nachdem die Differenz zwischen der Döblinger- und der Nussdorferstraße, zwischen welchen die Baulinien zu bestimmen sind, circa 12 m beträgt; ferner war als 3. Umstand mit zu berücksichtigen, dass durch dieses Terrain die Stadtbahn geführt wird. Es ist bei der Bestimmung der Trace der Stadtbahn schon ein Theil dieser Linie bestimmt worden, und zwar ist das der Theil der Gürtelstraße, welcher von der früheren Nussdorferlinie bis gegen die Antoniengasse führt. Es ist hiebei bestimmt worden, dass auf jeder Seite dieser Bahn eine Straße von 18·96 m, respective 10° zu liegen kommt.

Dieser Bestimmung ist Rechnung getragen worden und ist dieselbe auch hier in der Vorlage enthalten. Weiters handelt es sich um eine Bestimmung der Nussdorferstraße als Fortsetzung der Liechtensteinstraße. Dieselbe ist derart bestimmt worden, dass die Liechtensteinstraße auf einen freien Platz mündet, bei welchem dann die Nussdorferstraße mit einer Breite von 22·76 m bestimmt ist.

Auf diesen Platz lauft die unterhalb der Liechtensteinstraße gehende Augasse, welche in einem kleinen Knie auf einen freien Platz ausläuft, so dass diese drei Straßen in einen ziemlich hübschen Platz zusammenlaufen. Bei der Nussdorferlinie kommen eine 40° breite Straße, welche seinerzeit über die Realität zum „Auge Gottes" führen wird, die Nussdorferstraße und die 10° messende Gürtelstraße zusammen.

Es ist, um diese Straßenzüge aufzunehmen, ein freier Platz geplant in Form eines Fächers, wenn ich so sagen darf, und zwar ist der Fächer so entwickelt, dass sämmtliche an diesen Platz angrenzende Baublöcke abgekappt werden, so dass eine ganz hübsche Lösung dieses Platzes entsteht.

Weiters ist eine Straße zu bestimmen als Fortsetzung der Gürtelstraße von der Antoniengasse bis zur Schlossgasse. Dieselbe ist eine directe Fortsetzung der Gürtelstraße und soll eine Breite von 16 m erhalten. Auf dieser Straße senkrecht ist die Leibenfrostgasse, welche eine kleine Änderung gegenüber der früher genehmigten Baulinie erhält. Die Antoniengasse soll eine Fortsetzung finden gegen die Nussdorferstraße, und zwar derart, dass diese Straße, nachdem sie auch die Gürtelstraße aufnimmt und die Gürtelstraße über den Franz Josefs-Bahnhof hinüberführen soll bis zum Donaucanal, höher gelegen ist, und zwar um circa 8 m, als die unten durchführende Nussdorferstraße.

Über die Antoniengasse, welche circa 8 m höher liegt als die Nussdorferstraße, geht die Gürtelbahn, so dass an diesem Punkte zwei Straßen und eine Bahn sich kreuzen, zuerst die Nussdorferstraße, über dieselbe führt die Antoniengasse in einem Bogen, und über die Antoniengasse führt die Gürtelbahn, welche eine Cote von circa 17 m hat. Durch die Steigerung der Gürtelstraße neben der Gürtelbahn an der rechten Seite wird eine directe Verbindung ermöglicht zwischen der Nussdorferstraße und dem Stern vor der Nussdorferlinie, sodass die Straße direct unter dem Durchlasse durchführen und längs der Bahn an der linken Seite direct zur Nussdorferlinie führen kann, was eine ziemlich bequeme Lösung ergibt, und zwar deshalb, damit man nicht dieses Knie an der Liechtensteinstraße gegen die Augasse führend machen muss.

Der einzige schwierige Punkt, welcher zu lösen ist, ist, wie ganz richtig bemerkt wurde, der dreieckige Platz, das ist jener, welcher zwischen der äußeren Gürtelstraße an der linken Seite der Bahn gelegen ist und zwischen der Bahn einerseits und der Antoniengasse andererseits entsteht.

Das wird eine etwas windschiefe Fläche werden. Es besteht eine kleine Neigung da herunter (auf den Plan zeigend), eine Neigung gegen die Nussdorferstraße und auch gegen die Bahn hinüber. Diesbezüglich hat der Stadtrath beschlossen, dass dasselbe nicht zu verbauen, sondern vorläufig von der Verbauung auszuschließen ist, eventuell seinerzeit aber für Parkzwecke oder für ein derartiges Unternehmen zu verwenden sein wird. Es ist vielleicht möglich, den Platz etwas zu planieren und die Anschüttung gegenüber der Bahn durch Gebüsche und Bäume zu maskieren, um dem Ganzen ein gefälligeres Aussehen zu geben. Das wäre alles, was ich über die Baulinien zu sagen hätte. Die Ausmündung der Liechtensteinstraße habe ich schon erwähnt, sie verbindet sich hier mit der Augasse in einem Platze. Die Nussdorferstraße zieht sich gegen die Döblingerstraße. Ich werde mir nun erlauben, die Anträge des Stadtrathes zu verlesen (liest):

Für diese Straßenzüge werden als neue Baulinien bestimmt:

1. Für die Gürtelstraße die Linien H I einerseits und K L M N O P Q R andererseits mit einer Straßenbreite von 18·96 m an jeder Seite der Gürtelbahn.

2. Für die Fortsetzung der Gürtelstraße zwischen Antoniengasse bis zur Schlossgasse für die noch unbenannte Straße die Linien Y Z, A' B' einerseits und S V, W X andererseits mit einer Straßenbreite von 16 m.

3. Für die verlängerte Antoniengasse von der Gürtelstraße bis zur Nussdorferstraße die Linie S T.

4. Das zwischen der Gürtelbahn, der verlängerten Antoniengasse und der äußeren, 18·96 m breiten Gürtelstraße gelegene Dreieck R' D' C' bleibt derzeit unverbaubar.

5. Für die Leibenfrostgasse die Linien S' Z, V U einerseits und T' A' andererseits mit einer Straßenbreite von 11·38 m.

6. Für die Nussdorferstraße O' N' M', T U einerseits, G' F' E' andererseits mit einer Straßenbreite von 22·76 m.

7. Für die Augasse die Linien I' K' L' einerseits und H' G' andererseits mit einer Straßenbreite von 15·17 m.

8. An dem freien Platze bei der jetzigen Nussdorferlinie sind an den einzelnen Baublöcken Abkappungen vorzusehen nach den Linien A B, C D, E F, G H, K P' und Q' W'; die Fixierung der genauen Längen dieser Abkappungen werden unter Zugrundelegung genauer Situationsansichten durch eine separate Vorlage bestimmt.

9. Die Niveaux werden nach Vornahme genauer Nivellements und im Einvernehmen mit der Gürtelbahn-Bauleitung durch das Bauamt in einer separaten Vorlage zu projectieren und zur Genehmigung vorzulegen sein.

Ich ersuche um die Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Für diese Straßenzüge werden als neue Baulinien bestimmt:

1. Für die Gürtelstraße die Linien H I einerseits und K L M N O P Q R andererseits mit einer Straßenbreite von 18·96 m an jeder Seite der Gürtelbahn.

2. Für die Fortsetzung der Gürtelstraße zwischen Antoniengasse bis zur Schlossgasse für die noch unbenannte Straße die Linien Y Z, A' B' einerseits und S V, W X andererseits mit einer Straßenbreite von 16 m.

3. Für die verlängerte Antoniengasse von der Gürtelstraße bis zur Nussdorferstraße die Linie S T.

4. Das zwischen der Gürtelbahn der verlängerten Antoniengasse und der äußeren, 18·96 m breiten Gürtelstraße gelegene Dreieck R' D' C' bleibt derzeit unverbaubar.

5. Für die Leibenfrostgasse die Linien S Z, V U einerseits und T' A' andererseits mit einer Straßenbreite von 11·38 m.

6. Für die Nussdorferstraße O' N' M', T U einerseits, G' F' E' andererseits mit einer Straßenbreite von 22·76 m.

7. Für die Augasse die Linien I' K' L' einerseits und H' G' andererseits mit einer Straßenbreite von 15·17 m.

8. An dem freien Platze bei der jetzigen Nussdorferlinie sind an den einzelnen Baublöcken Abkappungen vorzusehen nach den Linien A B, C D, E F, G H, K P' und Q' W'; die Fixierung der genauen Längen dieser Abkappungen werden unter Zugrundelegung genauer Situationsansichten durch eine separate Vorlage bestimmt.

9. Die Niveaux werden nach Vornahme genauer Nivellements und im Einvernehmen mit der Gürtelbahn-Bauleitung durch das Bauamt in einer separaten Vorlage zu projectieren und zur Genehmigung vorzulegen sein.

20. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2888, Beilage Nr. 77. Es ist Herr Dr. Alois Semmler noe. der Eigenthümer des Pfann'schen Bades in Meidling, um die Baulinienbestimmung für die Realität des Pfann'schen Bades, und zwar für die Verlängerung der Mandlgasse und einen Theil der Lainzerstraße eingeschritten. Die Baulinienbestimmung im XII. Bezirke, speciell in Meidling, ist bedauerlicherweise eine solche, dass fast durchaus nur 6°, nämlich 11·38 m, breite Straßen existieren. Diese Straße, die nun bestimmt werden soll, ist allerdings eine Fortsetzung der Mandlgasse, ist aber insoferne eine vollkommen selbständige Straße, als sie die Verbindung zwischen der Lainzerstraße und der Matzleinsdorferstraße bildet. Das Stadtbauamt sowohl als der Magistrat haben darum gefunden, dass es in diesem speciellen Falle wünschenswert ist, dass man von dem Grundsatz, welchen die Bauordnung vorschreibt, Gebrauch macht und die normale Straßenbreite von 16 m in Anwendung bringt, weil kein zwingender Grund vorhanden ist, die Straße schmäler zu machen. Es wird demnach beantragt, die verlängerte Mandlgasse in einer Breite von 16 m durchzuführen.

Ferner ist eine kleine Regulierung der Lainzerstraße nothwendig. Es besteht nämlich gegenwärtig ein Bruch in der Lainzerstraße, in der Achse der Badgasse gelegen. Dieser Bruch trifft nicht die Grenze der Realitäten. Es ist jedenfalls zweckmäßig, den Bruch so zu legen, dass er an die Grenze der Realitäten, nämlich der Bauplätze 31 und 32, zu liegen kommt.

Die Anträge des Stadtrathes lauten demnach (liest):

„1. Es sei die Baulinie für die Verlängerung der Mandlgasse über die Realität Einl.-Z. 104 des Grundbuches Unter-Meidling, XII. Bezirk, nach den im Plane bezeichneten Linien A' B' einerseits und C' D' andererseits unter Festsetzung einer Straßenbreite von 16 m zu bestimmen.

2. Es sei die Baulinie der Lainzerstraße längs dieser Realität zwischen der verlängerten Mandlgasse und der Schulgasse nach den Linien D' E und E F derart abzuändern, dass die alten Baulinienpunkte D' und F zwar beibehalten, der Baulinienbruchspunkt gegenüber der Badgasse aber an die Grenze der beiden Baustellen 30 und 31 im Punkte E verlegt wird."

Gem.-Rath Schneiderhan: Wenn Sie den zur Klarlegung der Situation in Ihren Händen liegenden Plan anschauen, werden Sie sehen, dass die infolge dieser Parcellierungswerbung neu abzutrennende Straße ein ganz kurzer Theil, eine Verlängerung der sogenannten Mandlgasse ist, nämlich nur ein Stück von 120 m. Diese Gasse hat unten keine Fortsetzung gegen andere Hauptverkehrsstraßen, sie mündet in die Lainzerstraße an die gegenüberliegenden Häuser aus. Sowohl östlich die Pfarr- und Schulgasse als westlich die Leopoldsgasse haben 11·38 m. Es ist also ganz unerfindlich, warum gerade dieses kleine Stück 16 m breit sein soll. Den Bedürfnissen des Verkehres genügt es vollständig, wenn die Straße in der Breite von 11.38 m, wie der obere Theil angelegt ist, fortgesetzt wird. Ich möchte Sie bitten, den Antrag, den der Magistrat bei der Parcellierung gestellt hat, anzunehmen und die Straßenbreite mit 12 m in diesem Theile zu bestimmen. Nach dem Baugesetze ist dies möglich, weil im § 2 steht, dass bis 12 m in Berücksichtigung der Verhältnisse heruntergegangen werden kann.

Es ist wirklich ganz ungerechtfertigt, wenn man die Leute zwingen wollte, eine 16 m breite Straße in dem kurzen Theile liegen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (Schlusswort): Das Baugesetz schreibt 16 m breite Straßen vor und nur in jenen Fällen, wo dringende Gründe vorhanden sind, die Straßen schmäler zu machen, ist es in gewissen Ausnahmsfällen gestattet. Hier ist ein Grundcomplex, welcher parcelliert wird. Durch diesen Complex soll eine Straße gelegt werden zwischen der Matzleinsdorferstraße und der Lainzerstraße. Es ist also gar kein Grund vorhanden, diese Straße schmäler zu machen, als das Baugesetz vorschreibt. Wenn irgendwo durch Anlage von breiten Straßen die einzelnen Baustellen zu seicht würden, dann kann man die Straßen schmäler machen, wenn aber gar kein zwingender Grund vorhanden ist, vom Gesetz abzuweichen, ist es doch logisch, das Gesetz in seiner ganzen Tragweite zur Anwendung zu bringen. Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes unverändert anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Antrag 1 des Stadtrathes lautet (liest):

„Es sei die Baulinie für die Verlängerung der Mandlgasse über die Realität Einl.-Z. 104 des Grundbuches Unter-Meidling, XII. Bezirk, nach den im Plane bezeichneten Linien A' B' einerseits und C' D' andererseits unter Festsetzung einer Straßenbreite von 16 m zu bestimmen."

Der Gegen-Antrag des Collegen Schneiderhan geht dahin, die Straßenbreite mit 12 m zu bestimmen.

Ich bringe zuerst den Referenten-Antrag zur Abstimmung und ersuche die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen.

Gegen den Antrag 2 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; derselbe ist angenommen.

Beschluss: 1. Es sei die Baulinie für die Verlängerung der Mandlgasse über die Realität Einl.-Z. 104 des Grundbuches Unter-Meidling, XII. Bezirk, nach den im Plane bezeichneten Linien A' B' einerseits und C' D' andererseits unter Festsetzung einer Straßenbreite von 16 m zu bestimmen.

2. Es sei die Baulinie der Lainzerstraße längs dieser Realität zwischen der verlängerten Mandlgasse und der Schulgasse nach den Linien D' E und E F derart abzuändern, dass die alten Baulinienpunkte D' und F zwar beibehalten, der Baulinienbruchspunkt gegenüber der Badgasse aber an die Grenze der beiden Baustellen 30 und 31 im Punkte E verlegt wird.

21. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe zur Zahl 2706 zu referieren über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr im XI. Bezirke um Entlohnung der drei activen Feuerwehrleute und Besorgung des Feuerwehrdienstes im XI. Bezirke durch die städtische Berufsfeuerwehr. Diese drei Leute wurden vor einiger Zeit für den Steuerexecutionsdienst angestellt und es wird nun um die Auszahlung ihrer Bezüge für den letzten Monat und um Besorgung ihres Dienstes durch die städtische Löschmannschaft angesucht. Die Ämter sind dafür und beantragen, auch einen vierten Mann hinauszugeben, weil die drei sonst nie einen freien Tag bekämen.

Der Antrag des Magistrates geht dahin:

1. Es wäre ein Betrag von 108 fl. zur Auszahlung der Entlohnung von 36 fl. per Mann an Ferdinand Scheidhauer, Johann Havliczek und Franz Mayer, welche als active Feuerwehrleute den Feuermeldedienst bei der freiwilligen Feuerwehr Simmering in der Zeit vom 1. bis 29. März d. J. verrichtet haben, zu votieren.

2. Es wäre der Feuerwehrdienst bei der freiwilligen Feuerwehr Simmering durch die städtische Berufsfeuerwehr zu besorgen und zu diesem Zwecke der Mannschaftsstand der städtischen Feuerwehr um einen Löschmeister und drei Feuerwehrmänner II. Classe mit den systemmäßigen Bezügen zu vermehren und der hiedurch erwachsende Mehraufwand im Betrage von 552 fl. pro 1893 im Betrage von bloß 322 fl. zu genehmigen. — Der Stadtrath ist mit diesen Anträgen einverstanden und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der Feuerwehrdienst bei der freiwilligen Feuerwehr in Simmering sei nunmehr durch die städtische Berufsfeuerwehr zu besorgen und sei zu diesem Zwecke der Mannschaftsstand der städtischen Feuerwehr um einen Löschmeister und drei Feuerwehrmänner II. Classe mit dem jährlichen Kostenerfordernisse per 2223 fl. zu vermehren und das nach Abzug des von der Gemeinde Wien bisher für die Besoldung der drei activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr in Simmering aufgewendeten Betrages von jährlich 1671 fl. sich ergebende Mehrerfordernis per 552 fl. zu genehmigen.

22. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Z. 2899 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Unter-St. Veit um eine Subvention von 595 fl. 19 kr. Dieses Ansuchen wird vom Feuerwehrcommando und den Ämtern befürwortet. — Der Antrag des Stadtrathes geht dahin, die Votierung von 595 fl. 19 kr. zur Verwendung nach der vom Magistrate stipulierten Bestimmungen zu genehmigen; ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Unter-St. Veit wird ein Betrag von 595 fl. 19 kr. bewilligt, welcher zu dienen hat:

a) zur Gewährung einer Bar-Subvention an diese freiwillige Feuerwehr im Betrage von 327 fl. 34 kr., wovon 150 fl. zur Begleichung einer Forderung des Leichenfondes dieser Feuerwehr, 27 fl. 34 kr. zur Bezahlung einer Rechnung des Lorenz Huber für Requisitenreparaturen und 150 fl. zur Bestreitung kleinerer Auslagen für Reinigung und Instandhaltung der Requisiten ꝛc. zu verwenden wären und über dessen Verwendung sich die freiwillige Feuerwehr Unter-St. Veit h. a. durch Vorlage von Belegen auszuweisen hätte;

b) zur Anschaffung von zehn Zwilchmonturen für diese Feuerwehr mit dem Kostenaufwande von 34 fl. 40 kr., deren Bestellung im Wege des Marktamtes durch den betreffenden Contrahenten zu effectuieren wäre;

c) zur Anschaffung von 7 Stück (= 95 m) imprägnierten Hanfdruckschläuche Nr. 6 sammt Verbindungen zum tarifmäßigen Preise von 233 fl. 45 kr., deren Bestellung durch das städtische Feuerwehr-Commando im currenten Wege zu veranlassen wäre.

23. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Z. 3023 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Hacking um Subvention von 1235 fl. 27 kr. Die Allarmleitung kostet 600 fl.; 605 fl. beanspruchen die übrigen Herrichtungen und 30 fl. beträgt die bare Subvention. — Der Antrag des Stadtrathes geht dahin, die Votierung von 1235 fl. 27 kr. zur Verwendung nach den vom Magistrate stipulierten Bestimmungen zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Hacking wird eine Subvention von 1235 fl. 27 kr. für diverse Anschaffungen bewilligt; zur Deckung des unbedeckten Restbetrages wird ein Zuschusscredit per 399 fl. 42 kr. zur Rubrik XX 10 genehmigt.

24. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 2788 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Gersthof um eine Subvention von 900 fl. zur Anschaffung verschiedener Geräthschaften, darunter auch einer dreitheiligen Schiebleiter im Kostenbetrage von 235 fl. Diese letztere Anschaffung wurde vom Feuerwehr-Commando nicht befürwortet, infolge dessen vom Stadtrathe auch nicht beschlossen, und die angesuchte Subvention von 900 fl. auf 665 fl. restringiert.

Ich bitte um Genehmigung des Antrages, dass die Subvention von 665 fl. gewährt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof wird eine Bar-Subvention von 581 fl. bewilligt, wovon der Betrag von 260 fl. zur Bezahlung der Miete für das Requisitendepot für die Zeit vom 1. Mai 1892 bis 1. November 1893, der Betrag von 230 fl. 48 kr. zur Begleichung der vorgelegten Rechnungen über Reparaturen und Anschaffungen von Ausrüstungsgegenständen und Monturen und der Betrag von 90 fl. 52 kr. für Instandhaltung der Requisiten und Ausrüstungsgegenstände zu verwenden ist.

Ferner wird die Anschaffung von 24 Stück Zwilchmonturen mit dem Kostenbetrage von 84 fl. im Wege des Marktcommissariates genehmigt.

Der Gesammtbetrag per 665 fl. ist durch einen zur Ausgabs-Rubrik XX 10 zu bewilligenden Zuschusscredit zu bedecken.

25. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 2979 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Währing um Anschaffung verschiedener Requisiten und Monturen, welche einen Betrag von 1012 fl. 88 kr. erfordert. Die Nothwendigkeit dieser Anschaffung wurde seitens des Feuerwehr-Commandos nachgewiesen und befürwortet. Die freiwillige Feuerwehr Währing hat aber auch angesucht, dass ihr zwei Paar Pferde sammt Kutschern von der Berufsfeuerwehr beigestellt werden. Gegen diese Beistellung hat das Commando sich ausgesprochen, weil dieselbe eben nicht nothwendig ist. Es war eine Commission draußen, es wurde commissionell allarmiert, und die Tramway, die das Fuhrwerk hat, war in fünf Minuten am Platze.

Es wird also beantragt, den Betrag von 1012 fl. 88 kr. zu genehmigen, jedoch die Beistellung von zwei Paar Pferden sammt Kutschern von der Berufsfeuerwehr abzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Währing wird eine Subvention von 1012 fl. 88 kr. behufs Durchführung diverser Nachschaffungen, Reparaturen ꝛc. bewilligt. Das Ansuchen um Beistellung von zwei Paar Pferden der städtischen Berufsfeuerwehr sammt Kutschern wird abgelehnt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; es folgt eine ganz kurze vertrauliche Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung $^1/_2$8 Uhr abends.

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **16. Mai 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Gem.-Rath Dr. v. Billing beantragt die Gewährung, eventuell den Fortbezug von Pensionszulagen, Gnadengaben und Erziehungsbeiträgen. (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Baugoin beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Bezirksausschuss Herrn Johann Brix. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

* * *

(Berichtigung.) Im Amtsblatte Nr. 37 hat es auf Seite 953, 2. Spalte, Zeile 20 von unten statt: „nach sechs Monaten" zu heißen: „nach sechs Jahren".

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 24. Mai 1893.
Donnerstag, den 25. Mai 1893.
Freitag, den 26. Mai 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **5. Mai 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Neumann.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** macht derselbe folgende Mittheilung:

St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein verspätetes Erscheinen, eventuell sein Ausbleiben wegen Theilnahme an einer Commission, betreffend den Kirchenbau in Rudolfsheim. (Zur Kenntnis.)

(2708.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Anbot des Michael Herberth auf Pachtung der auf den Parcellen Nr. 804, respective 806 und 807 in Hütteldorf gelegenen zwei Eisteiche auf die Dauer von sechs Jahren um den Jahrespachtschilling von 100 fl. und beantragt die Ablehnung dieses Anbotes und Ausschreibung einer Offertverhandlung für die Verpachtung der genannten zwei Eisteiche für die Zeit vom November 1893 bis dahin 1899 unter den vom Magistrate beantragten Verpachtungsmodalitäten. (Angenommen.)

(2622.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann und der Francisca Töpfl um Bewilligung zur Abtheilung ihrer Realität Einl.-Z. 352 Rudolfsheim, XIV. Bezirk, Schönbrunnerstraße 76 und Feldgasse 2, auf drei Baustellen nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und beantragt die Abtheilungsbewilligung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(2791.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den von einigen Hauseigenthümern der bestandenen Gemeinde Baumgarten rückständigen Betrag von zusammen 177 fl. 20 kr. an den von ihnen für die Hauskehrichteinsammlung in den Jahren 1890 und 1891 zu leistenden Beiträgen und beantragt, von einer nachträglichen Einhebung dieser Beträge aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(2738.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über 35 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Kari (Kahry) Anton, Hausbesorger;

Janda Wendelin, Ober-Expeditor der Wiener Tramway-Gesellschaft;

Reisinger Matthias, Gastwirt;

Gaiswinkler Josefa, Näherin;

Salinger Karl, Ober-Expeditor der Kaiser Ferdinands-Nordbahn;

Hummer Anton, Geschäftsdiener;

Groß Franz, Schiefer- und Ziegeldeckermeister;

Spaček Wenzel, Schlossergehilfe;

Kühnmüller Wenzel, Buchbindergehilfe;

Diwischofsky Andreas, Huf- und Wagenschmied;

Flenner Christian, Kaffeeschenker;

Mader Johann Georg, Kutscher;

Blühmann Alois, Hausbesorger;

Feiler Josef, Klein-Brennholz- und Kohlen-Verschleißer;

Liwensa Erasmus, Hilfsarbeiter;

Koch Franz Xaver, Sparcassenbeamter;

Martán Johann, Hilfsarbeiter;

Kober Ferdinand, Privatbeamter;

Eisenhut Josef, Huf- und Wagenschmied;

Spira Leopold, Kleiderhändler;

Vojteček Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;

Hirschmann Johann, Gastwirt;

Motal Franz, Pivatier;

Leopolseder Leopold, Sollicitator;

Silipp Josef, Möbelpacker;

Spilka Josef, Maurergehilfe;

Held Franz Seraphin, Tabak-Trafikant;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Juhász Josef, Schuhmachermeister;

Helfer Jakob, Chef der Firma Jacques Helfer;

Finkelstein Bina, Lithograph;

Frankel (Frankl) Samuel, Procurist;

Szamek David, Dr., praktischer Arzt;

Frankel Hermann, Uhrmachermeister;

Wolf Berger Isaak (irrig Ignaz), Schuhmachermeister, und

Neuer Ludwig, Geometer-Assistent beim n.-ö. Landesausschusse.

Diese Anträge werden angenommen.

(2760.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über zwei Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Kožich Alexander, Hutformschneider;

Kohout Johann, Drechslergehilfe. (Angenommen.)

(2726.) **Derselbe** referiert über acht Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Kraft Lambert, Kutscher;

Czerny Magdalena, geb. Naumann, k. u. k. Militär-Officialswitwe.

Katzengruber Franz, Hausknecht;

Sobolak Hypolit, Kutscher;

Gerstinger Friedrich, Dr., praktischer Arzt;

Straka Prokop, k. k. Briefträger, und

Potschke Friedrich, Südbahnbeamter;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Kohn Moriz, Rohproductenhändler. (Angenommen.)

(2827.) **St.-R. Schlechter** referiert über 15 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Posinger Michael, Maurer;

Schmidbauer Josef, Maurer;

Horowitz Josef, Fleischcommissionshändler;

Schöpl Wenzel, Fiakerkutscher;

Fröhlich Franz, Bediente der k. u. k. österr. Arcièren-Leibgarde;

Himmer Franz, Hausbesorger;

Lalouschek Caroline, Inspectorswitwe;

Lilla Johann, Bierführer;

Compaß Franz, k. k. Polizeiagent;

Wasinger Georg, Bäckergehilfe;

Holly Valentin, Bureaudiener;

Perschinka Eduard, Stadtträger;

Sima Wenzel, Lederarbeiter;

Hieß Michael, Hilfsarbeiter;

Böhm Rudolf, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

(2356.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XVII. Bezirkes um Niveauregulierung der Feldgasse in Dornbach und beantragt, es sei dem Ansuchen Folge zu geben, der Betrag von 750 fl. für die Fahrbarmachung der genannten Gasse nach den Bestimmungen des Commissions-Protokolles vom 22. Februar 1893 zu bewilligen und die Überwachung der Arbeiten durch den Bezirksvorsteher zu veranlassen. Die von Anrainern zugesicherten Beiträge sind sofort einzuheben. (Angenommen.)

(2781.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert in Anwesenheit von 16 Stadträthen über das Ansuchen des städtischen Rechnungsrathes

Johann Weigl um Pensionierung und beantragt, denselben unter Anweisung der ihm normalmäßig gebürenden Jahrespension von 2324 fl. in den bleibenden Ruhestand zu versetzen.

(Angenommen.)

(2658.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Hietzing um Beistellung von drei Zwilchmonturen für die activen Feuerwehrleute und beantragt, den Betrag von 16 fl. 50 kr. zum Zwecke der Anschaffung von drei blauen Zwilchmonturen für die bei Bedienung des Schöpfwerkes in Hietzing verwendeten drei activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr in Hietzing im Sinne des Antrages des Magistrates zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2788.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof um Subvention per 900 fl. und beantragt:

1. Gewährung einer Bar-Subvention von 581 fl., wovon der Betrag von 260 fl. zur Bezahlung der Miete für das Requisiten-Depot für die Zeit vom 1. Mai 1892 bis 1. November 1893, der Betrag von 230 fl. 48 kr. zur Begleichung der vorgelegten Rechnungen über Reparaturen und Anschaffungen von Ausrüstungsgegenständen und Monturen und der Betrag von 90 fl. 52 kr. für Instandhaltung der Requisiten und Ausrüstungsgegenstände zu verwenden ist.

Ferner beantragt Referent die Anschaffung von 24 Stück Zwilchmonturen mit dem Kostenbetrage von 84 fl. im Wege des Marktcommissariates.

Der Gesammtbetrag per 665 fl. ist durch einen zur Ausgabs-Rubrik XX 10 zu bewilligenden Zuschusscredit zu bedecken.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2706.) **Derselbe** referiert über die Einberufung der drei activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr in Simmering zum städtischen Steuerexecutionsdienste und beantragt:

1. Es sei den genannten drei Feuerwehrleuten der für ihre Dienstleistung als active Feuerwehrleute vom 1. bis 29. März l. J. entfallende Betrag von 36 fl. per Mann, im ganzen sonach der Betrag von 108 fl. auszubezahlen.

2. Der Feuerwehrdienst bei der freiwilligen Feuerwehr in Simmering sei nunmehr durch die städtische Berufsfeuerwehr zu besorgen, und sei zu diesem Zwecke der Mannschaftsstand der städtischen Feuerwehr um einen Löschmeister und drei Feuerwehrmänner II. Classe mit dem jährlichen Kostenerfordernisse per 2223 fl. zu vermehren und das nach Abzug des von der Gemeinde Wien bisher für die Besoldung der drei activen Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr in Simmering aufgewendeten Betrages von jährlich 1671 fl. sich ergebende jährliche Mehrerfordernis per 552 fl. zu genehmigen.

3. Der pro 1893 erforderliche, im Budget pro 1893 nicht bedeckte Mehraufwand per 322 fl. sei durch Bewilligung eines Zuschusscredites per 322 fl. zur Rubrik XX 1 zu bedecken.

(Angenommen; bezüglich des Antrages 2 an den Gemeinderath.)

(2661.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefine Pangratz um Bewilligung, auf dem Markte in der Schönbrunnerstraße an den Nachmittagen vor allen Sonn- und Feiertagen Geflügel und Wildbret verkaufen zu dürfen, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(7724.) **Derselbe** beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Sabetzky Johann, Hutmacher, XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 17.

(Angenommen.)

(2412.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Erlassung eines Normales für die Wegentschädigung der Religionslehrer und beantragt die Genehmigung des vom Magistrate vorgelegten Entwurfes eines solchen Normales.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei dieses Normale in Druck zu legen und das Referat bis dahin zu vertagen.

(Angenommen.)

(2731.) **St.-R. Wurm** referiert über die von der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen vorgelegten Typenpläne für den Unterbau bezüglich der Hauptlinie der Wiener Stadtbahn und über einen Detailplan über die Ausgestaltung der Stützmauern längs der Station Michelbeuern und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erhebt gegen die von der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen projectierte Ausgestaltung der Stütz- und Futtermauern längs der Station Michelbeuern der Gürtellinie der Stadtbahn nach dem diesbezüglich vorgelegten Detailplane A keine Einwendung, jedoch ist für diese Herstellung im Sinne der Bestimmungen der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883, Nr. 35 L.-G. u. V.-B., der Bauconsens zu erwirken.

2. Bezüglich der Ausgestaltung der Stütz- und Futtermauern und der eisernen Abschlussgeländer in den currenten Bahnstrecken der Hauptlinien der Stadtbahn behält sich die Gemeinde die Zustimmung von Fall zu Fall bei Vorlage der betreffenden Detailprojecte vor, da diese Ausgestaltung von der baulichen Umgebung der Bahnanlage abhängt.

3. Ebenso behält sich die Gemeinde Wien die Zustimmung hinsichtlich der Herstellung der Dämme von Fall zu Fall vor.

4. Die Einmündung der Wasserläufe in die öffentlichen Hauptcanäle für die Entwässerung des Bahnkörpers ist in Einvernehmung mit den Organen der Gemeinde Wien zu bewerkstelligen.

(Angenommen.)

(2730.) **Derselbe** referiert über eine Zuschrift des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend die Demolierung des Hauses Or.-Nr. 2 Minoritenplatz, und beantragt, zu erklären, dass die Gemeinde Wien einverstanden sei, dass die Kosten der nach Beseitigung des Hauses Nr. 2 Minoritenplatz aus ästhetischen Rücksichten nöthigen Ausbesserungen an der durch die Demolierung freigelegten Kirchenmauer und an den Strebepfeilern, sowie die Kosten der vom Ausschusse des italienischen Vereines bei der italienischen Nationalkirche beanspruchten Vermauerung zweier Thüröffnungen, der die Gemeinde und den Stadterweiterungsfond gemeinschaftlich treffenden Kosten der Demolierung des vorbezeichneten Hauses hinzugerechnet werden, und dass die Gemeinde Wien bereit ist, die Instandsetzung, beziehungsweise Auspflasterung der sohin frei werdenden, in ihr Eigenthum übergehenden Straßenfläche für Passagezwecke auf ihre Kosten zu bewerkstelligen.

Hiebei wäre jedoch an das k. k. Ministerium des Innern in Vertretung des Stadterweiterungsfondes das Ersuchen zu stellen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, dass bei der vom Stadterweiterungsfonde zu veranlassenden Demolierung mit größtmöglicher Achtsamkeit vorgegangen wird.

(Angenommen.)

(2757.) **Derselbe** referiert über die Unterbringung der Kranken- und Leichentransportmittel für den V. Bezirk und beantragt:

1. Die zur Umgestaltung des städtischen Hauses Or.-Nr. 61 Untere Bräuhausgasse, Or.-Nr. 5 Amtshausgasse, V. Bezirk, in eine Sanitätsstation für den V. Bezirk sowie zur Einrichtung zweier Depotlocalitäten für sichergestellte Effecten erforderlichen Adaptierungen und sonstigen Herstellungen nach den Kostenanschlägen I und II mit einem Kostenaufwande von 6116 fl. 66 kr. (bedeckt) seien zu genehmigen.

2. Die Bauarbeiten sind im currenten Wege zu vergeben, bezüglich der Lieferung eines stabilen Dampf-Desinfections-Apparates ist mit der Firma Actiengesellschaft für Gas- und Wasserleitungen und mit Kurz, Ritschel & Henneberg zu verhandeln.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Baucommission wird der Bauconsens ertheilt.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, den Magistrat zu beauftragen, wegen Ermittlung eines geeigneten, möglichst isolierten Platzes zur Errichtung einer Sanitätsstation für den IV. Bezirk Erhebungen zu pflegen.

Referenten-Antrag und Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

(2751.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael Ronsperger um Bewilligung zur Parcellierungs-Änderung bezüglich der Baustellen VI und VII der Gruppe B in der Mohsgasse, III. Bezirk, und in der Kleistgasse und beantragt die Genehmigung dieser Parcellierungs-Änderung unter den im Magistrats-Referate enthaltenen Modalitäten. (Angenommen.)

(2796.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Bericht des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk in Betreff Bemessung einer geringeren Zuständigkeitstaxe für Ferd. Weinrother und beantragt, die dem Genannten vorgeschriebene Taxe per 50 fl. mit Rücksicht auf den nachträglich erbrachten Nachweis seines Aufenthaltes in Wien seit 1865 auf 10 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(2765.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft puncto Verlegung der gegenüber der Babenbergerstraße befindlichen Tramway-Haltestelle und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens vom Standpunkte der Straßenbenützung. (Angenommen.)

(2790.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des III. Bezirkes um Errichtung mehrerer Personen-Wartehallen der Wiener Tramway im III. Bezirke und beantragt, es sei der Wiener Tramway-Gesellschaft die Herstellung einer combinierten eisernen, schön façonnierten Halle gegenüber dem Hause Or.-Nr. 3 Invalidenstraße, III. Bezirk, und eines schön façonnierten Wartehäuschens in der üblichen Form an der Kreuzung Rennweg—Fasangasse—Ungargasse unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten zu bewilligen. (Angenommen.)

(2762.) **Derselbe** referiert in Betreff Verlegung der Tramway-Haltestelle vor dem Hofburgtheater und beantragt, der Stadtrath wolle sich vom Standpunkte der Straßenbenützung für die Verschiebung der zwischen Café Landtmann und dem Hofburgtheater in der Fahrrichtung zum Opernring befindlichen Tramway-Haltestelle um 7 m gegen die Mitte des Burgtheaters aussprechen. (Angenommen.)

(2826.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Drbohlav Johann, Posamentierer;
Freund Aaron, recte Adolf, Seidenwaren-Erzeuger;
Ritter Theresia, Kleidermacherin:
Rudel Marie, geb. Fabian, Haushälterin;
Herold Marie Karoline, Private;
Málek Johann, Kleidermachergehilfe;
Lambert Josef, Schuhmacher;
Marek Josef, Schuhmacher;
Köppl (Köppel) Alois, Hausbesorger, und
Wodička Barbara, Köchin. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl beantragt, den Bürgermeister zu ermächtigen, behufs Wiederholung des am 3. d. M. abgehaltenen Festes des Deutschen Schulvereines dem genannten Vereine für heute nachmittags den Platz vor dem Rathhause und den Rathhauspark überlassen zu dürfen. (Angenommen.)

(2716.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz, es seien die zum Verkaufe bestimmten städtischen Gründe, namentlich jene in den ehemaligen Vororten, durch entsprechende Verlautbarung bekanntzugeben, und beantragt, es habe zu diesem Zwecke die Aufstellung von Ankündigungstafeln und die Verlautbarung im Amtsblatte im Sinne der vom Magistrate gemachten Vorschläge zu erfolgen, und außerdem seien in Baumgarten bezüglich der dort befindlichen Gründe außer einer großen Ankündigungstafel noch zwei kleinere anzubringen. Der für die gesammten Tafeln erforderliche Betrag von 350 fl. wird bewilligt.

St.-R. v. Götz beantragt, es seien außerdem die zu verkaufenden Baustellen durch eine an Ort und Stelle anzubringende primitive Begrenzung ersichtlich zu machen.

Referenten-Antrag wird angenommen.

Antrag v. Götz wird abgelehnt.

(2857.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über 14 Gesuche von Lehrpersonen um Gewährung von Gehaltsvorschüssen und beantragt, die vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Gehaltsvorschussbewilligungen und Rückzahlungsmodalitäten zu genehmigen. (Angenommen.)

(2849.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Ansuchen des Wiener Regatta-Vereines um Widmung eines Ehrenpreises für die am 17. Juni d. J. stattfindende Amateur-Ruder-Regatta und beantragt, einen Beitrag von 100 fl. zu bewilligen, welcher Betrag auf den Reservefond zu verweisen ist. (Angenommen.)

(2596.) **St.-R. Noske** referiert über den Stand des Referates wegen Sicherstellung der Straßensäuberung im I. Bezirke und stellt folgenden Antrag:

Der Bürgermeister wird ersucht, durch eine magistratische Commission die Ausweise der Transport-Gesellschaft

a) über die Kosten der Schneesäuberung,

b) über die Kosten der Straßenreinigung und -Bespritzung, insbesondere über die Zahl der benöthigten und verwendeten Arbeiter, Maschinen und sonstigen kostspieligeren Behelfe prüfen und den Befund dem Stadtrathe vorlegen zu lassen. (Angenommen.)

(2037.) **Derselbe** referiert über die von dem Eigenthümer des Hauses Nr. 58 Heugasse, IV. Bezirk, Adolf Schluck gegebene Anregung, die Heugasse durch Herstellung eines entsprechend ausgestatteten Gartengitters an Stelle der jetzt bestehenden Einfriedungsmauer des Schwarzenberg- und Belvederegartens in eine Parkstraße umzugestalten, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, mit dem Fürsten Schwarzenberg und dem Hofärar, sowie mit den Hauseigenthümern in der Heugasse über die Durchführung des Projectes Schluck und die Beitragsleistung der Interessenten zu verhandeln und dem Stadtrathe hierüber Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(2884.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Besorgung der Hausaufsicht und Bureaureinigung im Gemeindehause des V. Bezirkes Margarethen in der Zeit vom 12. Mai bis 30. Juni d. J. und beantragt, es sei für das mit der Hausaufsicht und der Bureaureinigung bis 30. Juni d. J. zu betrauende Individuum ein Taglohn von 1 fl. 40 kr. und zur Deckung der hiefür erforderlichen, nicht bedeckten Auslage ein Zuschusscredit von 70 fl. zur Ausg.-Rubr. XII 6a „Bestellungen" zu bewilligen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann, v. Götz, Rückauf, v. Goldschmidt, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Baugoin, Matthies, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm. Müller,

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Noske.
Experte: Baudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

(2774.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Offert der Firma Siemens & Halske auf probeweise Beleuchtung des Kohlmarktes mittels Bogenlampen auf ihre Kosten und für die Dauer eines Jahres und beantragt: der Firma Siemens & Halske werde die angesuchte Bewilligung zur Installierung von zwölf Bogenlampen am Kohlmarkt und zum probeweisen Betriebe auf die Dauer eines Jahres unter den vom Stadtbauamt (Punkt 1 bis inclusive 9) und Feuerwehr-Commando sub 1 und 2 diesfalls beantragten Bedingungen und unter der weiteren Bedingung ertheilt, dass

1. die zur Befestigung der Bogenlampen verwendeten Ketten so an den Mauerkloben befestigt werden, dass sie ohne Schwierigkeit ausgehängt, respective entfernt werden können, wenn behufs Durchführung einer Lösch- oder Rettungsaction das Fahren mit aufgerichteter Leiter an Ort und Stelle nothwendig wird;

2. der Tag, an welchem die elektrische Probebeleuchtung am Kohlmarkt in Function tritt, und jener Tag, an welchen sie wieder außer Betrieb kommt, commissionell fixiert wird;

3. die Bogenlampen täglich zugleich mit der vertragsmäßigen Anzündezeit der Gasflammen in Function treten und nicht früher gelöscht werden, als die Gasflammen am Kohlmarkt angezündet sind;

4. das Anzünden der Gasflammen durch das Beleuchtungs-Personale der Imperial-Continental-Gas-Association geschieht und diesem Personale für diese Leistung von der Firma Siemens & Halske eine mit der genannten Gasgesellschaft zu vereinbarende entsprechende Vergütung gewährt wird;

5. die projectierte elektrische Beleuchtung spätestens bis 31. December 1893 in Function tritt, widrigens die Genehmigung der Gemeinde zu dieser Beleuchtung erlischt.

St.-R. Meißl beantragt, das Offert abzulehnen.

St.-R. v. Götz beantragt, zu erheben:

1. In welcher Weise sich die Gasgesellschaft im Falle der Beibehaltung der elektrischen Beleuchtung auf dem Kohlmarkt nach dem Probejahre verhalten würde;

2. wie hoch sich die Kosten der elektrischen Beleuchtung des Kohlmarktes per Jahr belaufen.

Der Antrag des St.-R. v. Götz wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen; an den Gemeinderath.

(2950.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Ankauf von Grundstücken zur Errichtung einer Pumpstation im XIII. Bezirke und von Hochreservoiren im XIII. und XVII. Bezirke.

Referent stellt nachfolgende Anträge:

Unter Hinweis auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 17. Februar 1893, womit der Herr Bürgermeister ermächtigt wurde, wegen Erwerbung von Grundstücken zur Anlage von Pumpstationen und Reservoirs die nöthigen Erhebungen zu pflegen und Präliminar-Verträge abzuschließen, und womit in den Hauptvoranschlag ad Ausg.-Rubr. XXVI 6 a ein Betrag von 200.000 fl. eingestellt wurde, wird beantragt: es sei der Ankauf nachfolgender Grundstücke, beziehungsweise darauf befindlicher Objecte, zum Zwecke der Anlage einer Pumpstation und zweier Hochreservoire zu genehmigen:

1. Des Grundstückes XIII., Hütteldorferstraße, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 449, Cat.-Parc. 428/2, Einl.-Z. 450, Cat.-Parc. 428/3, Einl.-Z. 451, Cat.-Parc. 428/4, um den angebotenen Preis von 38.250 fl. (Gesammtausmaß 1522 □°) Eigenthümer Anton Vogelsinger. (Angenommen.)

2. Des Grundstückes sammt den darauf befindlichen Objecten (Gasthaus zur amerikanischen Windmühle) XIII. Bezirk, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 314, mit den Häusern Conscr.-Nr. 240 und 245 und den Cat.-Parc. 268, 269, 270 um den angebotenen Preis von 52.000 fl. (Gesammtausmaß 2546 □°) Eigenthümer Adolf und Eleonore Gromann. (Angenommen.)

3. Des Grundstückes Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einlage-Zahl 316, Cat.-Parc. 272, um den angebotenen Preis von 10.455 fl. (Gesammtausmaß 2091 □°) Eigenthümer Johann Amort. (Angenommen.)

4. Des Grundstückes Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einlage-Zahl 317, Cat.-Parc. 273, um den angebotenen Preis von 2075 fl. (Gesammtausmaß 415 □°) Eigenthümerin Anna Sofer, geb. Kelch. (Angenommen.)

5. Des Grundstückes Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einlage-Zahl 326, Cat.-Parc. 282, um den angebotenen Preis von 45.126 fl. (Gesammtausmaß 7521 □°) Eigenthümer Anna, Antonia, Josef und Heinrich Schlögl, Josef Holzwarth, Emilie Rauch und Bertha Weinke. (Angenommen.)

6. Des Grundstückes Realitäten-Grundbuch Dornbach, Einlage-Zahl 210, Cat.-Parc. 715, 716, um den Betrag von 17.000 fl. (Gesammtausmaß 5651 □°). Dieses Grundstück wurde bereits vom Stadtanwalt um den obigen Betrag von 17.000 fl. angekauft und hat nunmehr die bücherliche Übertragung in das Eigenthum der Gemeinde zu erfolgen. (Angenommen.)

Die Übertragungsgebüren sowie die Vertragskosten für sämmtliche Grundankäufe trägt die Gemeinde Wien. (Angenommen.)

An Vermittlungsgebür wird ein Betrag von 3000 fl. bewilligt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3008.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über das Ansuchen der Kath. v. Kiß-Schratt um Bewilligung zur Anpflanzung von Bäumen vor ihrem Hause XIII. Bezirk, Hietzing, Gloriettgasse Nr. 9, und beantragt, der Eigenthümerin des bezeichneten Hauses, Frau Kath. v. Kiß-Schratt, die Bewilligung zu ertheilen, in der Flucht der bestehenden Radabweiser sieben Alleebäume vor dem genannten Hause auf ihre Kosten gegen dem anpflanzen zu dürfen, dass für den hiedurch in Anspruch genommenen städt. Straßengrund ein jährlicher Bestandzins von 1 fl. ö. W., und zwar für das Jahr 1893 sofort, sodann jährlich im vorhinein entrichtet werde, dass die Erhaltung, eventuell Erneuerung der Bäume auf Kosten der genannten

Hauseigenthümerin erfolge und dass endlich diese Bäume auf jedesmaliges Verlangen der Gemeinde unter Verzichtleistung auf jede Entschädigung auf Kosten der genannten Hauseigenthümerin wieder beseitigt und der Grund in den vorigen Stand versetzt werde.

(Angenommen.)

(2858.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Matthias Nowy um Erhöhung der Schadloshaltung für den beim eventuellen Umbau des Hauses III. Bezirk, Hauptstraße Nr. 10, abzutretenden Grund und beantragt, ein Comité behufs Einleitung von Verhandlungen wegen Feststellung dieser Schadloshaltung zu wählen, welches Comité über das Resultat der Verhandlungen zu berichten hätte.

St.-R. Wurm beantragt, vor Einsetzung des Comités den Grund abschätzen zu lassen.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusatz-Antrage Wurm, welchem sich der Referent accommodiert, angenommen.

(2940.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für den Canalbau in der Starhemberggasse im IV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des August Titz mit dem angebotenen achtpercentigen Nachlasse. (Angenommen.)

(2832.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen der Justine Eschenbrucker, Lehrerin, um Benützung des Turnsaales XIX., Unter-Döbling, Silbergasse 2, vom Ende April bis Mitte Juni d. J. am Montag, Mittwoch und Freitag von 5 bis 6 Uhr nachmittags in Gemäßheit der diesfalls vom Stadtrathe aufgestellten Forderungen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2880.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ausschusses des Lehrervereines im IX. Bezirke um Überlassung des Turnsaales IX., Glasergasse 8, für eine Lehrmittelausstellung für die Tage vom 28. Mai bis 4. Juni d. J. und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(2862.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht puncto Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus XIII., Preysinggasse 2, und beantragt, diese Stockwerks-Aufsetzung nach dem vorliegenden Plane des Stadtbauamtes mit dem Kostenerfordernisse von 29.000 fl. und den erforderlichen Zuschusscredit zur Rubrik III 12 zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2859.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Michael Stirling um Ankauf eines städtischen Grundes zur Arrondierung seiner Realität II., Wallensteinstraße – Dammstraße, Einl.-Z. 2349, und beantragt, seitens der Gemeinde dem Genannten zu diesem Zwecke den erforderlichen Grund, welcher in der Dammstraße ein Ausmaß von . . . . . 53·53 m²
und in der aufzulassenden Freibadgasse ein solches von . 173·19 m²

zusammen daher . 226·72 m²

besitzt, um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(2946.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Pfründenersatzforderung nach Kath. Richtinger und beantragt, unter Wahrung des Rechtsstandpunktes von dem Pfründenersatzanspruche gegen den Nachlass der Genannten abzusehen. (Angenommen.)

(2863.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Offert des k. u. k. Oberstjägermeisteramtes auf Pachtung der Fischereireviere 4 und 5 des Fondsgutes Ebersdorf und beantragt die Verpachtung der bezeichneten Reviere um den Jahrespachtzins von 300 fl. vom Mai 1893 ab an das k. u. k. Oberstjägermeisteramt, wobei jedoch bedungen wird, dass die beiliegenden Bedingnisse genau eingehalten und im Falle des im Interesse der Hebung der Fischzucht jährlich einmal vorzunehmenden Ausfischens die Fische in entsprechender Weise dem Wiener Markte zugeführt werden, um den Preis dieses wichtigen Volksnahrungsmittels entsprechend zu regulieren. (Angenommen.)

(2784.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Direction des Pädagogiums um Freigebung der Pfingstwoche aus dem Grunde, weil in derselben die 42. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Wien tagt, und beantragt, dem Ansuchen stattzugeben.

(Angenommen.)

(2822.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Allnoch, geb. Berger, I., Brandstätte 1, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, derselben die erbetene Zusicherung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2789.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Michael Haupt, Pächters des Wiener Bürgerspitalfondsgrundes Einl.-Z. 390, Unter-Meidling, Lainzerstraße, XII. Bezirk, um Consens zu baulichen Herstellungen und beantragt, die Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(2936.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Vollziehung des Stadtraths-Bescheides vom 12. Mai 1893, Z. 2224, wegen Grundierung und Beschotterung der Erlgasse im XII. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2941.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Koch, Fabrikanten und Hausbesitzers, XI., Simmering, Hauptstraße 37, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(1094.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Reconstruction der Beleuchtungseinrichtung in dem Schulgebäude XV., Victoriagasse 2, und beantragt, zu genehmigen:

1. Die Reconstruction der Beleuchtungseinrichtung im Gebäude der allgemeinen Doppel-Volksschule XV., Victoriagasse 2, mit dem Gesammt-Kostenerfordernisse von 4159 fl. 65 kr. und die Ausführung dieser Reconstruction in den Hauptferien 1893.

2. Die Ausführung der Zuleitung vom Straßen-Hauptrohre bis zu den Gasmessern und die Aufstellung der letzteren im Kostenbetrage von zusammen 333 fl. 95 kr. durch die Gasanstalt.

3. Die Ausschreibung einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vom Stadtbauamte vorgelegten allgemeinen und speciellen Bedingungen wegen Vergebung der Gasrohrleitung und Lieferung der tarifmäßigen Beleuchtungsobjecte im Kostenbetrage von 1486 fl. 71 kr.

4. Die Übertragung der Lieferung der Special-Rundbrenner im Kostenbetrage von 1930 fl. an den Besitzer des Patentes E. Jäckle, VIII., Langegasse 44, gegen Erlag einer Caution von 5 Percent und gegen zweijährige Haftpflicht.

5. Die Ermächtigung des Bauamtes, die nöthigen Etage-Regulatoren (400 fl.) vom Ingenieur Ramsberger nach den bestehenden Preislisten zu beziehen und die Ausführung der Baumeister- und Schlosserarbeiten (zusammen 190 fl.) den städtischen Contrahenten zu übertragen.

St.-R. Schlechter beantragt, die Anträge abzulehnen und nur die Aufstellung von zwei neuen Gasmessern und eine entsprechende Rohrleitung zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Herstellung eines entsprechenden Zuleitungsrohres und eines neuen Gasometers.

St.-R. Wurm beantragt, den Magistrat zu beauftragen, unter theilweiser Beibehaltung der Zuleitung eine ökonomische Vorlage zu erstatten.

St.-R. Dr. v. Billing stellt den Zusatz-Antrag, dass vorerst von der Einbringung neuer Rundbrenner Umgang genommen werden möge.

Der Antrag des St.-R. Wurm wird angenommen; der Zusatz-Antrag des St.-R. Dr. v. Billing abgelehnt.

(2881.) **Derselbe** referiert über das Offert des Josef Koniakowsky auf käufliche Überlassung von im städtischen Hause Nr. 85 Hauptstraße, Baumgarten, XIII. Bezirk, vorhandenen Gartensesseln und beantragt, den Verkauf von Sesseln, welche in vollkommen gutem Zustande sind, zu 70 kr. und solcher in defectem Zustande um 50 kr. per Stück zu genehmigen. (Angenommen.)

(2886.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Josef Gerger um Baubewilligung für das Haus V., Pilgramgasse 8, und beantragt, die Thorportalanlage mit einem Vorsprunge von 0·32 m über die Baulinie der 15·17 m breiten Pilgramgasse gegen compensationsweisen Abzug der hiezu erforderlichen Fläche per 1·12 m² von dem zur Gassenverbreiterung abzutretenden Grunde zu genehmigen, beziehungsweise den Bauconsens sohin zu bestätigen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, einen Vorsprung von 0·30 m zu genehmigen.

Referenten-Antrag mit der Modification des St.-R. Dr. Huber, welcher sich Referent accommodiert, angenommen.

(2937.) **St.-R. Matthies** referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Hainburgerstraße im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 3014 fl. 59 kr. und beantragt, dasselbe zu genehmigen. (Angenommen.)

(2835.) **Derselbe** referiert über das Project für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Richardgasse im III. Bezirke mit dem Kostenbetrage von 2711 fl. 20 kr. und beantragt, dasselbe zu genehmigen. (Angenommen.)

(2891.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Magistratsrathes Eduard Maly um Bewilligung eines Urlaubes in der Dauer von acht Wochen und beantragt, demselben den erbetenen Urlaub vom 10. Juli d. J. an zu bewilligen. (Angenommen.)

(2879.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Smeschkall, Accessist der städtischen Hauptcassa, um Ertheilung eines achtwöchentlichen Urlaubes und beantragt, den erbetenen Urlaub zu bewilligen. (Angenommen.)

(2836.) **St.-R. Schlechter** referiert über rückständige Wassermehrverbrauchsgebüren nach zwölf Parteien aus dem VI. Bezirke und beantragt, die Abschreibung dieser Gebüren zu genehmigen. (Angenommen.)

(2920.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren nach neun Parteien aus dem IV. Bezirke und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(2899.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Unter-St. Veit um Subvention und beantragt:

1. Die commissionelle Übernahme der der freiwilligen Feuerwehr Unter-St. Veit gehörigen Requisiten, Monturen und Ausrüstungsgegenstände in das communale Eigenthum und die leihweise Überlassung dieser Mobilien an diese freiwillige Feuerwehr.

2. Die Votierung eines Betrages von 595 fl. 19 kr., welcher zu dienen hätte:

a) zur Gewährung einer Barsubvention an diese freiwillige Feuerwehr im Betrage von 327 fl. 34 kr., wovon 150 fl. zur Begleichung einer Forderung des Leichenfondes dieser Feuerwehr, 27 fl. 34 kr. zur Bezahlung einer Rechnung des Lorenz Huber für Requisitenreparaturen und 150 fl. zur Bestreitung kleinerer Auslagen für Reinigung und Instandhaltung der Requisiten ꝛc. zu verwenden wären und über dessen Verwendung sich die freiwillige Feuerwehr Unter-St. Veit hieramts durch Vorlage von Belegen auszuweisen hätte;

b) zur Anschaffung von zehn Zwilchmonturen für diese Feuerwehr mit dem Kostenaufwande von 34 fl. 40 kr., deren Bestellung im Wege des Marktamtes durch den betreffenden Contrahenten zu effectuieren wäre;

c) zur Anschaffung von 7 Stück (= 95 m) imprägnierten Hanfdruckschläuche Nr. 6 sammt Verbindungen zum tarifmäßigen Preise von 233 fl. 45 kr., deren Bestellung durch das städtische Feuerwehr-Commando im currenten Wege zu veranlassen wäre.

Von der hiedurch erwachsenden Gesammtauslage per 595 fl. 19 kr. wäre ein Theilbetrag von 233 fl. 45 kr. auf Rubrik XX 6 b und ein solcher von 361 fl. 74 kr. auf Rubrik XX 10 zu verweisen.

(Angenommen; rücksichtlich des Punktes 2 an den Gemeinderath.)

(2842.) **Derselbe** referiert über die Kostenüberschreitung bei der Umpflasterung der Braugasse und des Plateaus in der Gasgasse im XV. Bezirke mit dem Betrage von 29 fl. 26 kr. und beantragt, dieselbe zu genehmigen. (Angenommen.)

(2714.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung einer Fleischcassaschuld nach Emanuel Baumgartner und beantragt, es sei die zufolge Magistrats-Verfügung vom 14. November 1867, Z. 150967, zur Evidenzhaltung bestimmte Forderung der bestandenen städtischen Fleischcassa an Emanuel Baumgartner per 43 fl. 32 kr. außer Evidenz zu stellen. (Angenommen.)

(2830.) **Derselbe** referiert über einen Marktgebürenrückstand per 28 fl. 8 kr. nach Marie Kraus, Obstverkäuferin am Kärnthnerthormarkte, und beantragt die Abschreibung dieses Betrages aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2799.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Franz Kretschmayer, städtischen Accessisten, um Überlassung der innegehabten Naturalwohnung XIX., Grinzing, Kirchengasse Nr. 23, um den Jahreszins von 100 fl. und beantragt, dem Genannten die bisherige Naturalwohnung zu belassen, demselben jedoch als Ergänzung den 130 fl. übersteigenden Betrag seines systemisierten Quartiergeldes in der XI. Rangclasse per 300 fl., d. i. 170 fl. jährlich, und zwar vom 1. Februar 1893 an als Quartiergeldquote anzuweisen. (Angenommen.)

(2806.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Frühwirth, städtischen Accessisten, um Enthebung von der Benützung seiner Naturalwohnung XIX., Ober-Sievering Nr. 46, eventuell Bewilligung einer Quartiergeldquote, und beantragt, dem Genannten eine Quartiergeldquote von jährlich 190 fl. vom Februartermine 1893 an zu bewilligen. (Angenommen.)

(2917.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Mayerhofer um Consens zu baulichen Herstellungen XIX., Kahlenbergerdorf Nr. 27, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses.

St.-R. Schlechter beantragt, diese Bestätigung nicht zu ertheilen.

Referenten-Antrag angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2864.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Neupflasterung der Seidengasse im VII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des A. Stigler mit dem angebotenen Nachlasse von 19·1 Percent. (Angenommen.)

(2834.) **Derselbe** referiert über das Project für den Neubau von Haupt-Unrathscanälen in der Scheidl- und Mandlgasse im XVIII. Bezirke (Gersthof) mit dem Kostenerfordernisse von 4340 fl. 77 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2783.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ortsgruppe Döbling des Vereines zur Förderung der Jugendspiele, den Turnsaal in der Volks- und Bürgerschule für Knaben, XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 25, während des Monates Mai wöchentlich zwei- bis dreimal von 4 bis 6 Uhr abends unentgeltlich zu überlassen, und beantragt die Genehmigung unter der Bedingung, dass hiedurch der Turnunterricht an dieser Schule keinerlei Abbruch erleidet und die vom Stadtrathe aufgestellten Normen eingehalten werden.

(Angenommen.)

(2861.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois Heilsberg, Mittelschulprofessors am Döblinger Communal-Obergymnasium, um Nachsicht der Musikimpostgebür für die am 2. Mai 1893 zu Gunsten der Schülerlade der genannten Anstalt abgehaltenen Schüler-Akademie und beantragt, dem Ansuchen zu willfahren.

(Angenommen.)

(2833.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Hasl inger, XIX., Unter-Sievering, Friedlgasse 17, um Nachsicht einer Hundesteuerstrafe per 8 fl. und beantragt, die Nachsicht zu gewähren.

(Angenommen.)

(2942.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Nachsicht, respective Herabminderung von Hundesteuerstrafen nach drei Parteien aus dem XI. Bezirke und beantragt, die Nachsicht, beziehungsweise Herabminderung im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2986.) **St.-R. Wurm** referiert über die Zuschrift der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen puncto Zustimmung zur Herstellung von Gewölben nach dem System „Monier" bei Straßenüberführungen auf den Hauptlinien der Stadtbahn und beantragt, zu erklären, dass die Gemeinde Wien gegen die Anwendung dieses Systems bei diesen Überführungen im Principe keine Einwendung erhebt, sich jedoch vorbehält, eventuell in einzelnen Fällen die Anwendung eines anderen Constructionssystems zu fordern. (Angenommen.)

(2888.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Baulinienbestimmung für die Verlängerung der Mandlgasse und Lainzerstraße, XII. Bezirk, und beantragt:

1. Es sei die Baulinie für die Verlängerung der Mandlgasse über die Realität Einl.-Z. 104 des Grundbuches Unter-Meidling, XII. Bezirk, nach den im Plane bezeichneten Linien A' B' einerseits und C' D' andererseits unter Festsetzung einer Straßenbreite von 16 m zu bestimmen.

2. Es sei die Baulinie der Lainzerstraße längs dieser Realität zwischen der verlängerten Mandlgasse und der Schulgasse nach den Linien D' E und E F derart abzuändern, dass die alten Baulinienpunkte D' und F zwar beibehalten, der Baulinienbruchspunkt gegenüber der Badgasse aber an die Grenze der beiden Baustellen 30 und 31 im Punkte E verlegt wird.

St.-R. Schneiderhan beantragt, die Breite der verlängerten Mandlgasse mit 12 m zu bestimmen.

(Referenten-Antrag angenommen; an den Gemeinderath.)

(2771.) **Derselbe** referiert über das Offert des I. allgemeinen Beamten-Vereines der österr.-ungar. Monarchie auf käufliche Überlassung des dem allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen sogenannten Eleonore Schrey'schen Stiftungshauses, I., Wipplingerstraße 35, und beantragt, das vorliegende Offert, womit der genannte Verein für das erwähnte Haus in dessen gegenwärtigem Zustande einen Kaufpreis von 150.000 fl. anbietet und sich zur Alleinzahlung der sämmtlichen, mit dem Verkaufsabschlusse verbundenen Übertragungsgebüren, Stempel- und Legalisierungskosten bereit erklärt, abzulehnen, jedoch mit dem obigen Verein auf Basis des vom Stadtbauamte beantragten Kaufpreises von 200.000 fl., beziehungsweise 190.000 fl., weitere Verkaufsverhandlungen einzuleiten. (Angenommen.)

(2939.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Schulbau in der Krőllgasse, XIV. Bezirk, und beantragt, hiefür den Betrag von 373 fl. 10 kr. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2985.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Matthias Brad um Genehmigung der Aufstellung einer Wagenschupfe auf dem Bürgerspitalfondsgrunde Cat.-Parc. 287/1 und 3 in Unter-Meidling, Stiftgasse, XII. Bezirk, und beantragt, diese Aufstellung unter Hinweis auf den Punkt 10 der Pachtbedingungen und gegen Erwirkung des politischen Bauconsenses zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2990.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Herstellung von Wasserleitungsrohrsträngen in der Stumper-, Brücken- und Blaugasse im VI. Bezirke und beantragt, die Arbeiten an den Mindestfordernden, Baumeister Franz Weese, VIII., Josefstädterstraße 9, der einen Nachlass von 15 Percent gewährt, zu übertragen. (Angenommen.)

(2892 ex 1893.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Inzersdorf um eine Entschädigung für die die dortigen Schulen besuchenden, in Wien sesshaften Kinder für das Schuljahr 1891/92 und über die Ansprüche des Bezirksschulfondes Hietzing-Umgebung für Schulgeld-Äquivalent für die Schuljahre 1891/92, 1892/93 und beantragt:

1. Der Stadtrath genehmige die seitens der Gemeinde Inzersdorf als Schulgemeinde für das Schuljahr 1891/92 beanspruchte Summe von 2733 fl. 60 kr. als Entschädigung für die die dortigen Schulen besuchenden, in Wien sesshaften Kinder.

2. Derselbe genehmige die seitens des Bezirksschulfondes Hietzing-Umgebung geltend gemachten Ansprüche für das gesetzliche Schulgeld-Äquivalent, und zwar für das Schuljahr 1891/92 mit 4020 fl., für das Schuljahr 1892/93 mit 4200 fl. im Principe; doch sei nach dieser principiellen Genehmigung der Act dem Bezirksschulrathe behufs weiterer Vorlage desselben durch den k. k. n.-ö. Landesschulrath an den n.-ö. Landesausschuss in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. December 1882, L.-G.-Bl. Nr. 64, zuzumitteln.

3. Endlich sei zur Deckung der vorerwähnten Auslagen ein Zuschusscredit von 2733 fl. 60 kr. zur Ausg.-Rubr. XLIII 14 „Verschiedene Auslagen der Schulgemeinde", ferner ein Zuschusscredit in der Maximalhöhe von 2900 fl. zur selben Rubrik für den der Gemeinde Inzersdorf für das Schuljahr 1892/93 zu bezahlenden, dermalen ziffermäßig noch nicht feststehenden Betrag, endlich ein Zuschusscredit zur Rubrik XLIII 40 „Verschiedene sonstige Auslagen des Schulbezirkes" in der Höhe von 8220 fl. zu erwirken.

(Angenommen; rücksichtlich des Punktes 3 an den Gemeinderath.)

(2984.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Canalbauten XIV., Selzergasse, IX., Liechtensteinstraße, und VII., Kirchengasse, und beantragt die Ablehnung sämmtlicher Offerte und die Ausschreibung von neuen Offertverhandlungen.

(Angenommen.)

(2918.) **St.-R. Müller** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Schulbau XVIII., Anastasius Grüngasse, und beantragt, hiefür einen Betrag von 426 fl. 80 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(2970.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Jedlička wegen Erweiterung der Feldgasse im XVIII. Bezirke und beantragt, von einer Baulinienveränderung abzusehen. (Angenommen.)

(2947.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XVIII. Bezirkes und beantragt, die Wahl des:

Bayer Johann, Hausinspector, XVIII., Währing, Kreutzgasse 51;

Jungwirth Alexander, Maurermeister, XVIII., Währing, Wienerstraße 64;

Müller Josef, Hausbesitzer, XVIII., Neustift a. W. Nr. 17, und

Krejcik Josef, Messerschmied, XVIII., Währing, Herrengasse 4, zu Armenräthen mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

Hierauf wird zur Wahl eines Comités von drei Stadtrathsmitgliedern behufs Verhandlungen mit dem I. Allgemeinen Beamtenvereine der österreichisch-ungarischen Monarchie wegen käuflicher Überlassung des dem allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Eleonore Schrey'schen Stiftungshauses, I., Wipplingerstraße 35, geschritten.

(2922.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über sieben Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Nezbeda geb. Tham Adelheid, Bedienerin;

Rieger Josefa, Köchin;

Hört Ignaz, Schlossergehilfe;

Lederer Johann, Hilfsarbeiter und Hausbesorger;

Wawrik geb. Lopatar Katharina, Aushilfsdienerin;

Fockt geb. Kaim Anna, Private;

Tilsch Johann, Scontist. (Angenommen.)

(2807, 2874, 2890.) **Derselbe** referiert über die Berichte der Direction des Mariahilfer Communal-Real- und Ober-Gymnasiums, in denen dieselbe mittheilt, dass der k. k. n.-ö. Landesschulrath den Bericht der Direction über das Schuljahr 1889/90, „mit welchem die Schule das erste Vierteljahrhundert ihrer erfolgreichen Wirksamkeit würdig beschloß", ferner die seitens der Direction vorgelegten Hauptberichte über die Schuljahre 1889/90 und 1890/91 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2619.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ortsschulrathes des IV. Bezirkes Wieden um Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Schulgebäude IV., Starhemberggasse 8, und beantragt, dieses Ansuchen im Sinne der Ausführungen des Stadtbauamtes dermalen abzulehnen. (Angenommen.)

Der Vorsitzende theilt mit, dass in das Comité wegen Verhandlungen, betreffend die käufliche Überlassung des dem allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Hauses Nr. 35, Wipplingerstraße, I. Bezirk (sog. Eleonore Schrey'sches Stiftungshaus), an den I. Allgemeinen Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie die Stadträthe Wurm, Baugoin und Dr. Huber gewählt wurden. (Zur Kenntnis.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **10. Mai 1893.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Hackenberg,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Dr. Stenzl,
Dr. Lederer,	Baugoin,
Matthies,	Dr. Vogler,
Matzenauer,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Experte: Magistratsrath Linsbauer, Baurath Schiebek, Vorsteher des I., VII., IX, XII. Bezirkes.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung:

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 6. Mai 1893:

Reservefond		500.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	49.867 fl. 04½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	222.390 fl. 65 kr.	
zusammen		272.257 fl. 69½ kr.
daher noch verfügbar		227.742 fl. 30½ kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
noch		218.242 fl. 30½ kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 527.896 fl. 68 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt wohnt einer Sitzung des technischen Comités der Donauregulierungs-Commission bei, wird daher erst später erscheinen können. (Zur Kenntnis.)

Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 3. Mai 1893, Z. 2580, ist ein Comité von drei Mitgliedern zu wählen behufs Verhandlungen mit der „Equitable" wegen Grundentschädigung am Stock-im-Eisenplatz, I. Bezirk, Einl.-Z. 1255.

Gewählt werden: St.-R. Boschan, St.-R. Wurm und St.-R. Matzenauer.

(2871.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Ignaz Kugler um Entschädigung für den bei der Renovierung der Statue „Spinnerin am Kreuz" erlittenen Schaden und beantragt, dem Genannten das bei dieser Renovierung entfallene Steinmateriale im Ausmaße von circa $1^1/_2\,m^3$ unentgeltlich zu überlassen, das Ansuchen um Vergütung der durch diese Arbeit im Jahre 1892 angeblich verursachten Beschädigungen an den gepachteten Grundstücken jedoch abzuweisen. (Angenommen.)

(2901.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Ritt. v. Wessely um Bewilligung zur Herstellung eines Klinkerplattentrottoirs vor dem Hause IV., Alleegasse 23, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Bauamte gestellten Bedingungen. (Angenommen.)

(2900.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lorenz Waldmann und Consorten um Bewilligung zur Herstellung von Klinkertrottoirs vor ihren Häusern II., Mathildenplatz, Würtemberggasse und Brigittenauerlände, und beantragt die Bewilligung unter den vom Bauamte angegebenen Bedingungen. (Angenommen.)

(2860.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung der Gemeindeweide in Neustift am Walde und beantragt, den vom magistratischen Bezirksamte vorgelegten, auf die Dauer von 6 Jahren mit einem Jahrespachtzinse von 169 fl. 50 kr. lautenden Pachtverträgen die Genehmigung zu ertheilen und in dieselbe auch die kurzer Hand abgeschlossene Pachtung der Parcelle 416/1, Einl.-Z. 250, einzubeziehen. (Angenommen.)

(2825.) **Derselbe** referiert über 16 Gesuche aus dem III. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Senft Josef, Bäcker;
Senft Theresia, Senft Marie, } dessen Töchter;
Scheihammer Franz, Kutscher;
Peham Marie, Bedienerin;
Peham Angela, Näherin;
Junge Heinrich, Sollicitator;
Mrawlag Franz, Handelsreisender;
Togel Josef, Fabriksarbeiter;
Modlik Adalbert, Postamtsdiener;
Formanek Franz, Maschinenmeister;
Weinzettl Katharina, Näherin;
Weidner Karl, Hilfsarbeiter;
Friede Paul sen., Portier;
Friede Paul jun., Platzagent;
Fiala Josef, Schuhmacher. (Angenommen.)

(2823.) **Derselbe** referiert über zwei Gesuche aus dem III. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, dem

Fränkel Otto, Procurist, und
Reinhard Heinrich, Kanzlei-Aspirant,

die erbetene Zusicherung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2897.) **St.-R. Baugoin** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Josef Fuchs bezüglich der Doppelgruft Gruppe 30 B, Nr. 1, am Wiener Central-Friedhofe zu genehmigen. (Angenommen.)

(2875.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung einer Grabstellgebür per 5 fl. nach Leopoldine Paderon im XIX. Bezirke und beantragt, dieselbe zu genehmigen. (Angenommen.)

(2878.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure um Bewilligung einer Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt, auch für das Jahr 1893 eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2876.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hauses der Barmherzigkeit in Währing für arme, schwer kranke Unheilbare um Bewilligung einer Subvention für die Jahre 1892 und 1893 und beantragt, für diese beiden Jahre der Anstalt eine Subvention von zusammen 1000 fl. zu bewilligen.

St.-R. Matzenauer beantragt, eine Subvention von je 800 fl. für die Jahre 1892, 1893 und 1894 unter den üblichen Cautelen zu bewilligen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Katholischen Frauen-Wohlthätigkeitsvereines Laimgrube—Mariahilf um Bewilligung einer Subvention und beantragt, auch für das Jahr 1893 eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2921.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu verleihen:

Meierl Anton, Bäckergehilfe;
Hadek Veit, Spenglergehilfe;
Pecanka Franz, Schlossergehilfe;
Podbranny Josef, Tischler;
Heß Leopold, Gastwirt;
Waltl Matthias, Einspänner. (Angenommen.)

(2943.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren nach 14 Parteien aus dem XI. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(2869.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 44 Parteien aus dem X. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(2509.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Ignaz Holzinger, Marqueur, und des Hugo Eißler, öffentlicher Gesellschafter (IV. Bezirk), um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(2173.) **Derselbe** referiert über 17 Gesuche aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Kindler Johann, Schlossergehilfe;
Holzmann Anna Marie, Köchin;
Breyer Alois, Bedienter;
Steil Josef, Fabriksarbeiter;
Tritt Theresia, Wäscherin;
Kopecky Anton, Bäckergehilfe;
Mainoni Dominik, Edl. v., k. u. k. Generalmajor;
Syrakowsky Anna, Dienstmagd;
Zottel Josef, Hausbesorger;
Chloupek Josef, Comptoirist;
Strnad Franz, Fabriksarbeiter;
Brandeisky Marie, Bedienerin und Wäscherin;
Wachawojic Karl, Schuhmacher;
Ranz Matthäus, Holz- und Kohlenhändler;
Mack Johanna, Köchin;
Penker Barbara, Bedienerin;
Bauer Heinrich, Gastwirt. (Angenommen.)

(2978.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Raimund-Theatervereines bezüglich der Herstellung von Vorbauten über die Baulinie und Anbringung von Lichteinfallöffnungen beim Raimund-Theater im VI. Bezirke und beantragt, es werde der für die Herstellung der beantragten Vorbauten mit 0·60 m Maximalvorsprung über die Baulinie erforderliche Straßengrund von der zu Straßenzwecken abzutretenden Grundfläche der Realität Einl.-Z. 947 des VI. Bezirkes in Abzug gebracht, beziehungsweise der hiefür bereits entrichtete Betrag

von 252 fl. dem Raimund-Theatervereine wieder rückerstattet und der zur Anlage von je vier Lichteinfallöffnungen beiderseits des Bühnentractes benöthigte Straßengrund dem Vereine gegen eine gleichgroße Fläche des zu Straßenzwecken entfallenden Grundes überlassen.

(Angenommen.)

(2976.) **St.-R. v. Göth** referiert über das Ansuchen des Johann und der Marie Glasauer um Bewilligung zum Baue eines Wohnhauses auf Einl.-Z. 521 Ober-St. Veit, Schweizerthalgasse, XIII. Bezirk, unter erleichterten Bedingungen und beantragt, die Anbringung von Wohnräumen im Dachboden des zu erbauenden Wohnhauses (Villa) im Sinne des § 87 Bauordnung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2727.) **St.-R. Boschan** referiert über 15 Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu verleihen:

Btipil Josef, Schneider;
Dögl Franz, Geschäftsdiener;
Straschil Johann, Hilfsbeamter;
Graser Ludwig, Sattlergehilfe;
Bayer Josef, Sparcassabeamter;
Mutterer Karl Ferd., Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Pelka Otto, Anstreicher;
Matschmer Lorenz, Maurergehilfe und Hausbesorger;
Jenisch Alois, Leichenträger;
Sprachta Franz, Schuhmachergehilfe;
Heindel Severin, Schuhmacher;
Robitschek Emanuel, Disponent;
Wagner Josef, Schuhmachergehilfe;
Reylaender Ignaz, Geschäftsdiener;
Kozak Johann, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(2257.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des k. k. Bezirksgerichtes Alsergrund wegen Erfolglassung von 30 fl. aus dem Vermögen des ehemaligen Waisenhauszöglings Alois Blatz zum Zwecke der Anschaffung von Kleidungsstücken und beantragt, die Bewilligung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2303.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Lagerhaus-Directors auf Bewilligung eines dreißigtägigen Urlaubes an den Diurnisten Arthur Scaupée unter Belassung seiner Bezüge und beantragt, die Bewilligung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2711 und 2712.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schönbichler und des Ch. Wolf-Eppinger um Restitution der Gemeindeabgabe für ausgeführte Spirituosen und beantragt, beide Ansuchen abzuweisen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

(2596, 2644 und 1738.) **St.-R. Noske** referiert über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1900, ferner über das Project des Ober-Inspectors Stritzl puncto Straßensäuberung, endlich über die Bewilligung eines Zuschusscredites und beantragt:

1. Das Offert, beziehungsweise das Nachtragsoffert der Transport-Gesellschaft auf Übernahme der im Bedingnisheste ersichtlichen, die Straßensäuberung ꝛc. im ersten Bezirke betreffenden Leistungen für die daselbst angegebene Zeitdauer bis 30. Juni 1900 gegen Vergütung eines jährlichen Pauschalbetrages von 420.000 fl. wird unter folgenden Bedingungen angenommen:

a) dass die Gemeinde Wien sich vorbehält, im Falle sie die Pflasterung und Instandhaltung der Zufahrtstraße zum Bruckhaufen übernimmt, vom Zeitpunkte der Fertigstellung dieser Straße und insolange die Kehrichtabfuhr im Bruckhaufen zu erfolgen hat, den offerierten Nachlass jährlicher 5000 fl. in Anspruch zu nehmen;

b) dass die Gemeinde sich vorbehält, falls sie den Abladeplatz am Bruckhaufen auflassen sollte, von dem Zeitpunkte an, als der Abladeplatz nicht mehr benützt und die Zufahrtstraße vom Abladeplatz von der Transport-Gesellschaft zu Zwecken der Kehrichtverführung für den I. Bezirk nicht mehr befahren werden muss, den offerierten Nachlass jährlicher 3000 fl. in Anspruch zu nehmen;

c) dass die Gemeinde sich vorbehält, für den Fall als sie eine anderweitige Verwertung oder Verführung des Kehrichtes durchführen sollte, das der Transport-Gesellschaft laut Punkt 19 Regulativ zustehende Eigenthumsrecht auf den Kehricht gegen Bezahlung der Summe, welche die Transport-Gesellschaft nachweisbar für den Kehricht aus dem I. Bezirke vereinnahmt, abzulösen, um über den Kehricht frei verfügen zu können.

2. Der Magistrat wird beauftragt, bis längstens Ende 1893 ein vollständig ausgearbeitetes, mit den erforderlichen Plänen und Kostenvoranschlägen versehenes Project zur versuchsweisen Übernahme des Straßenreinigungsdienstes und aller damit zusammenhängenden Arbeiten der Schneesäuberung und der Straßenconservierung sowie des Fuhrwerkes und der Bespannung in einem nächst dem städtischen Pferdemarkte gelegenen, zu einem solchen Versuche geeigneten Bezirke vorzulegen.

Bei der Antragstellung rücksichtlich der weiteren Vergebung von auf die Straßenreinigung ꝛc. bezughabenden Leistungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass solche Verträge nicht geschlossen werden, durch welche der geplanten, vorerst für einen Bezirk versuchsweisen Übernahme in vollständig eigene Regie vorgegriffen werden könnte, und es ist im allgemeinen bei allen derartigen Vergebungen in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen, dass dem Gemeinderathe ermöglicht wird, wenn er es in seinem Ermessen findet, vom Jahre 1900 angefangen in allen Bezirken die vollständig eigene Regie durchzuführen.

3. Auf das von dem Ober-Inspector Stritzl vorgelegte Project, betreffend die Übernahme des gesammten Straßenreinigungsdienstes in vollständig eigene Regie der Gemeinde, wird derzeit weder bezüglich des ersten Bezirkes noch bezüglich des ganzen Gemeindegebietes von Wien eingegangen.

4. Zur Position der Ausg.-Rubr. XXII 5 a wird ein Nachtragscredit in der Höhe von 263.000 fl. bewilligt.

(Wird abgebrochen.)

(3065.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert bezüglich Erwirkung eines Landesgesetzes wegen Einhebung der Wasserbezugsgebüren und beantragt:

Es wäre an den Landmarschall das Ansuchen zu richten, dem hohen Landtage den nachfolgenden Gesetzentwurf zur Genehmigung vorzulegen:

Gesetz

vom . . . . . .

wodurch das Recht der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auf Einhebung von Gebüren für den Wasserbezug aus der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung geregelt wird.

Über Antrag des Landtages Meines Erzherzogthums Österreich unter der Enns finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Die Gemeinde Wien ist berechtigt, für den Bezug von Wasser aus der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung in Wien nachfolgende Gebüren einzuheben, und zwar:

a) Für jeden Hektoliter des von der Gemeinde als Localsanitätsbehörde einem Hause nach einem für jeden ständigen Einwohner des betreffenden Gebäudes bestimmten Maßstabe für den persönlichen Bedarf zum Trinken, Kochen und Waschen zugewiesenen Wasserquantums einschließlich der Betriebskosten den jährlichen Betrag von höchstens vier Gulden ö. W.

b) Für jeden Hektoliter des über das sub lit. a zugewiesene Maß hinausgehenden, von dem Wasserabnehmer angemeldeten und von der Gemeinde, sei es auf bestimmte Zeit, sei es auf unbestimmte Zeit, gegen bestimmte Kündigungsfristen bewilligten Wasserquantums einschließlich der Betriebskosten den jährlichen Betrag von höchstens sechs Gulden ö. W.

§ 2.

Ausgenommen von den Bestimmungen des § 1 ist der von den Verwaltungen der k. u. k. Militär- und k. k. Civil-Krankenanstalten in Wien, der k. k. Hochschulen und k. k. Mittelschulen in Wien, dem k. k. Waisenhause, dem k. k. Blindeninstitute und dem k. k. Taubstummeninstitute in Wien, für diese Anstalten angemeldete Wasserbezug.

Für jeden Hektoliter des von den Verwaltungen der genannten Anstalten für den gesammten Wasserbedarf per Tag jeweilig angemeldeten Wasserquantums ist die Gemeinde nur den jährlichen Betrag von höchstens vier Gulden einschließlich der Betriebskosten und falls der nach § 1 a per Hektoliter festgesetzte Jahresbetrag weniger als vier Gulden einschließlich der Betriebskosten betragen sollte, die Zahlung dieses geringen Betrages einzuheben berechtigt.

§ 3.

Für die Benützung des für die betreffende Zweigleitung bestimmten Wassermessers ist die Gemeinde Wien folgende Gebüren einzuheben berechtigt, und zwar:

für einen	10	mm	Wassermesser	jährlich	5 fl.
„ „	13	„	„	„	5 „
„ „	25	„	„	„	10 „
„ „	40	„	„	„	15 „
„ „	50	„	„	„	20 „
„ „	80	„	„	„	30 „

§ 4.

Zeigt der Wassermesser nach Ablauf eines Vierteljahres, dass innerhalb dieses Vierteljahres mehr Wasser bezogen wurde, als nach Maßgabe der Zuweisung oder über Anmeldung erfolgten Bewilligung, so ist die Gemeinde unbeschadet ihres Rechtes, auf die Abstellung des Mehrbezuges zu dringen, für jeden Hektoliter des mehrbezogenen Wasserquantums eine Gebür von 2 kr. (zwei Kreuzer) einzuheben berechtigt.

Bei Berechnung dieser Mehrbezugsgebüren ist jedoch zu dem zugewiesenen Quantum Wassers (lit. a) ein 10percentiges Überquantum hinzuzurechnen.

§ 5.

Der Aufwand für die Herstellung oder Reparatur der Abzweigung vom Hauptrohre bis zum Wassermesser einschließlich eines 15percentigen Regiekostenbeitrages ist vom Wasserabnehmer in dem vom Wiener Magistrate richtiggestellten Betrage an die Gemeinde zu vergüten.

§ 6.

Gesetzliche Steuerfreiheiten begründen keine Ausnahme von der Verpflichtung zur Bezahlung der in diesem Gesetze bestimmten Gebüren.

§ 7.

Die Bestimmung der Zahlungstermine für die nach §§ 1 bis 5 einzuhebenden Gebüren bleibt der Gemeinde Wien überlassen und kann für die in den §§ 1 bis 3 erwähnten Gebüren auch Vorauszahlung bis zur Dauer eines Vierteljahres bestimmt werden.

Die in den §§ 1 bis 3 bestimmten Gebüren sind auch dann voll zu bezahlen, wenn die zugewiesene, beziehungsweise angemeldete Wassermenge nicht voll bezogen werden sollte.

§ 8.

Die in den §§ 1 bis 4 enthaltenen Gebüren, sowie der im § 5 angeführte Ersatz sind im Sinne des § 52 lit. k des Gesetzes vom 19. December 1890, Nr. 45 L.-G.-Bl., als Leistungen für Gemeindezwecke zu behandeln.

Zu diesen Leistungen sind verpflichtet:

a) bezüglich des zugewiesenen Wasserquantums (§ 1 lit. a) der Hauseigenthümer und dessen Nachfolger im Besitze;

b) bezüglich des angemeldeten Wasserbezuges (§ 1 lit. b) der Anmelder und seine Rechtsnachfolger;

c) bezüglich des Mehrverbrauches derjenige, dessen Wassermesser den Mehrgebrauch anzeigt.

In allen Fällen, in welchen die Hauseigenthümer zur Zahlung der Wassergebüren verpflichtet sind, kommen diesen Gebüren diejenigen Pfand- und Vorzugsrechte zu, welche den öffentlichen Abgaben für Gemeindezwecke von unbeweglichen Sachen durch die Gesetze eingeräumt sind.

§ 9.

Von den Wasserabnehmern der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung, welche das Wasserkaufcapital vollständig entrichtet haben, ist bezüglich des angekauften Wasserquantums nur ein Beitrag zu den Betriebskosten der Hochquellenleitung im Betrage von höchstens 1 fl. (ein Gulden) pro täglichen Hektoliter und Jahr zu entrichten.

Für den das angekaufte Quantum übersteigenden Mehrbedarf und allfälligen Mehrbezug sind die in den §§ 1 bis 4 bestimmten Gebüren zu bezahlen.

Auch bezüglich der in diesen Fällen zu bezahlenden Betriebskosten und Wasserbezugs-, beziehungsweise Wassermehrbezugsgebüren kommen die Bestimmungen der §§ 6, 7 und 8 dieses Gesetzes in Anwendung.

§ 10.

Über die Controle des Wasserbezuges durch die Wassermesser haben folgende Bestimmungen zu gelten:

a) zur Controle des Wasserbezuges dienen Wassermesser.

Nach dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes sind nur solche Wassermesser in Verwendung zu nehmen, welche entweder von der k. k. Normal-Aichungs-Commission oder dem k. k. Aichamte geaicht oder von beeideten Beamten der Gemeinde Wien geprüft und für richtig erklärt worden sind.

b) Die Erhebung des Wasserbezuges durch Ablesung des Wassermessers hat durch beeidete Bedienstete der Gemeinde stattzufinden;

c) der Wasserabnehmer ist ebenso wie die Gemeinde jederzeit berechtigt, die Prüfung des Wassermessers in der städtischen Probierstation zu verlangen.

Diese Prüfung hat nach der Ausschaltung des Wassermessers ohne Verzug durch beeidete Bedienstete der Gemeinde in der Weise zu geschehen, dass das Wasser durch den zu prüfenden Wassermesser in geaichte Gefäße abgelassen wird.

Der Wasserabnehmer ist berechtigt, dieser Prüfung selbst oder durch seinen Bestellten beizuwohnen.

Durch diese Prüfung ist nöthigenfalls die Angabe des Wassermessers mit Beachtung der für das betreffende System bestimmten Fehlergrenze richtigzustellen, für das abgelaufene Quartal und bis zum

Zeitpunkte der Prüfung das zu viel Gezeigte in Abrechnung zu bringen oder das zu wenig Gezeigte einzurechnen.

Wird aber von dem Wasserabnehmer die Prüfung des Wassermessers nicht längstens innerhalb acht Tagen von der Zustellung des Zahlungsauftrages über die Wassergebür für den Mehrbezug verlangt, so ist für die Bemessung der Wassermehrbezugsgebüren der durch die ämtliche Wassermesser-Ablesung festgestellte Wasserbezug ohne Zulassung einer weiteren Überprüfung zugrunde zu legen.

Weicht bei obiger Prüfung der Wassermesser um mehr als die Fehlergrenze von der Richtigkeit ab, so trägt die Gemeinde die Kosten der Prüfung.

In den anderen Fällen hat der Wasserabnehmer eine Prüfungsgebür von höchstens 5 fl. zu bezahlen.

§ 11.

Die Gemeinde ist in folgenden Fällen berechtigt, den Zulauf des Wassers abzusperren:

a) Im Falle einer Wasserverschwendung, welche zur Zeit eines allgemeinen Wassermangels ungeachtet erfolgter Ermahnung fortgesetzt wird, und zwar bis zur Nachweisung geeigneter Vorkehrungen zur Verhinderung der Wasserverschwendung.

Hiedurch wird aber der Wasserabnehmer von der Pflicht, die Wassergebüren zu bezahlen, nicht befreit. Während einer solchen Sistierung der Wasserzuleitung hat jedoch die Gemeinde mittels Zufuhr zum Hause die für die unabweislichen Bedürfnisse der Hausbewohner erforderliche Wassermenge in dem betreffenden Hause abzugeben.

b) Wenn die Zeit, für welche der Wasserbezug nach § 1 lit. b bewilligt wurde oder die Kündigungsfrist abgelaufen ist, oder auch vor diesem Zeitpunkte, wenn rückständige Gebüren für solchen Wasserbezug binnen drei Tagen nach erfolgter Einmahnung nicht bezahlt werden.

Die executive Einhebung der Rückstände wird durch die Absperrung nicht gehindert.

§ 12.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Bis zu diesem Tage sind die bisherigen von der Gemeinde Wien vorgeschriebenen Gebüren für den Wasserbezug als Leistungen für Gemeindezwecke zu entrichten.

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist Mein Minister des Innern beauftragt.

St.-R. Baugoin beantragt, es solle die Ablesung nach drei Monaten, die Abrechnung jedoch nach Ablauf eines Jahres erfolgen.

Letzterer Antrag wird abgelehnt, Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 16. Mai 1893 vom 1. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
2	**Hiller** Max, Kaufmann und Hausbesitzer, IX., Kolingasse 13	127	126
	Vogler Franz, Kaufmann und Hausbesitzer, IX., Garnisongasse 28		125

* * *

Ausschreibung der Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem I., II. und III. Wahlkörper des XVII. Bezirkes Hernals.

Behufs Durchführung der auf Grund des § 36, Absatz 2 des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des XVII. Bezirkes Hernals wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahlen werden nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtig gestellten diesjährigen Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahl werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den betreffenden Wahlkörper entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich am unten angesetzten Tage und Orte mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verlorengegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., neues Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahl-Commission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Für den III. Wahlkörper: am 25. Mai 1893; die eventuelle engere Wahl am 27. Mai 1893.

Für den II. Wahlkörper: am 29. Mai 1893; die eventuelle engere Wahl am 31. Mai 1893.

Für den I. Wahlkörper: am 2. Juni 1893; die eventuelle engere Wahl am 5. Juni 1893.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, XVII., Elterleinplatz 2, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Ergänzungswahl mit vierjähriger Functionsdauer
	II. Section M—Z	Turnsaal der Volksschule, XVII., Kirchengasse 37, (Eingang Rötzergasse 15)	
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XVII., Elterleinplatz 2, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer
I. Wahlkörper		Gemeindehaus, XVII., Elterleinplatz 2, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer

Allgemeine Nachrichten.

(Donauregulierungs-Commission.) In der am 11. Mai unter Vorsitz Sr. Excellenz des Herrn Statthalters Grafen Kielmansegg stattgefundenen Sitzung des technisch-administrativen Comités der Donauregulierungs-Commission wurde das Gutachten der Experten über das von der Hafenbau-Abtheilung der Donauregulierungs-Commission ausgearbeitete Project, betreffend die Umwandlung des Wiener Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen entgegengenommen.

Anwesend waren die Experten: Chef-Ingenieur Girardon und Stadtbaurath Lindley, ferner Stadtbaudirector Oberbaurath Berger, Hofrath Ritter v. Grimburg, Professor, General-Directionsrath Ölwein und k. preuß. Regierungs- und Baurath Röder.

Das Gutachten der Expertise hat die Schlussfolgerungen, zu welchen dieselbe gelangt ist, in folgender Weise zusammengefasst:

A. Die Expertise ist der Ansicht, dass die Anordnungen des ihr unterbreiteten Projectes unter den folgenden Bedingungen zu billigen sind:

1. Die für die Quai-Anlagen vorgesehene Breite wird zwischen Morzinplatz und Ferdinands-Brücke so weit wie möglich vergrößert, unter gleichzeitiger Verminderung der Breite des Banketts am linken Ufer, jedoch unter Aufrechthaltung der Breite von 15 m für den rechtsuferigen Vorquai.

2. Die über die Wehrbrücke und längs des Canalufers vorgesehene Straße wird aus dem vorliegenden Projecte ausgeschieden und die Wehrbrücke lediglich auf die Aufgabe beschränkt, dem Wasserdrucke zu widerstehen.

3. Die Schleuse in Nussdorf wird drei Thorpaare erhalten, die Länge der Schleuse wird jedoch auf dasjenige Maß vermindert, welches genügt, eine Schleusenkammer von 85 m Länge und unterhalb der Kammer die für die selbständige Widerstandsfähigkeit der Thorpaare erforderliche Stärke der Schleusenmauern zu gewähren.

4. Die Umgestaltung der Brücke der Donau-Uferbahn, sowie der an diese Brücke anschließenden Uferstrecken wird auf eine spätere Zeit, namentlich aber bis zur Vollendung der dringenden Arbeiten vertagt.

5. Die Höhe des Wehres in Nussdorf wird so weit vermindert, dass dieselbe die durch die natürlichen Verhältnisse unbedingt geforderte Höhe nicht übersteigt. Zu diesem Zwecke wird der Stauspiegel der Haltung am Kaiserbad auf 158·25 m festgestellt und die Schwelle des Wehres 2·20 m unter dieser Cote angelegt, während die Sohle der Schleuse auf einem niedrigeren Niveau gehalten werden kann.

6. Die Überläufe der Nothausläße aus dem Sammelcanale werden in der Weise angelegt, dass sie auf der ganzen Länge des Donaucanales 0·8 m über der Null-Wasserlinie liegen, wodurch sie nicht eher zu wirken beginnen, als der Sammelcanal bis auf drei Viertel seiner lichten Höhe ausgefüllt fließt.

7. Die Länge des Wehres in Nussdorf wird durch Weglassung von zwei beweglichen Rahmen der Absperrung und deren Ersatz durch Widerlager aus Mauerwerk auf ungefähr 41·50 m vermindert.

8. Für das Wehr am Kaiserbade wird das vorgeschlagene Schützenwehrsystem angenommen.

B. Die Expertise empfiehlt ferner über einzelne im Laufe des gegenwärtigen Berichtes besprochene Detailpunkte keineswegs die unmittelbare Annahme der Anordnungen, die von den im Projecte vorgesehenen verschieden sind, sondern eine vergleichende Bearbeitung zwischen diesen und den von der Expertise angedeuteten Anordnungen. Sie ist der Ansicht, dass die allgemeinen Abmessungen der verschiedenen Bauwerke in einer Weise vorgesehen sind, dass ihr Widerstand und ihre Stabilität in angemessener Weise gesichert ist, sie erachtet es für zweckmäßig, bei den Nussdorfer Arbeiten etwas unterhalb der Grenzen der Beanspruchung, die allgemein üblich sind, zu bleiben und für die bewegliche Eisenconstruction Material hoher Qualität zu wählen, um das Gewicht der zu handhabenden Bestandtheile zu vermindern. Sie glaubt schließlich, dass die Überschläge sehr reichlich aufgestellt sind, und dass deren Überschreitung nicht zu erwarten ist.

C. Schließlich ist die Expertise der Ansicht, dass unter Vorbehalt der oben angedeuteten Modificationen, die eigentlich mehr die Anhaltspunkte, welche die Grundlage für das Project gebildet haben, als das Project selbst berühren, die vorgeschlagenen Anordnungen und die vorgesehenen Anlagen so befriedigend, wie dies nur gewünscht werden kann, die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten einer so verwickelten, ernsten und weittragenden Aufgabe lösen, und die Expertise schlägt vor, denselben die volle Zustimmung zu ertheilen.

Nach Verlesung des Gutachtens der Experten fand eine Erörterung über die einzelnen Punkte desselben statt, worauf die Expertise geschlossen wurde.

Se. Excellenz der Statthalter sprach den Experten den Dank der Donauregulierungs-Commission aus und theilte den auswärtigen Experten Girardon, Lindley und Röder mit, dass Se. Majestät geruht haben, ihnen in Anerkennung ihrer hochverdienstlichen fachmännischen Leistung den Orden der Eisernen Krone III. Classe zu verleihen.

Die Orden wurden diesen Herren von Sr. Excellenz überreicht.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 16. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4676	Stück
Fettschweine	4987	„
Summa	9663	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8645	Stück
für das Land	768	„
unverkauft blieben	250	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 32	bis 46	kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 39	„ 50	„	

Der Geschäftsverkehr war für Fettschweine lebhaft und besserten sich deren Preise um 1 bis 1½ kr. per Kilogramm, während Jungschweine die Preise der Vorwoche behielten.

* * *

(Pferdemarkt vom 16. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 405 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	100—270	fl.	per Stück.
„ Schlachtpferde	27—55	„	„ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 18. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3588, Kälber lebend 1620, Lämmer Waidner 1483, Lämmer lebend 604, Schafe Waidner 281, Schafe lebend 2345

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von 42	bis 60	kr.	
Kälber lebend „ Kg.	„ 33	„ 52	kr.	
Lämmer Waidner „ Paar	von 4	bis 11	fl.	
Lämmer lebend „ „	„ 3½	„ 7	fl.	
Schafe Waidner „ Kg.	von 24	bis 44	kr.	
Schafe lebend „ Paar	von 7	bis 18¼	fl.	
Schafe lebend „ Kg.	von 19	bis 38	kr.	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1076 Stück Kälber mehr zugeführt.

Infolge des erhöhten Bedarfes anlässlich der Feiertage sind bei fester Tendenz die Preise der Vorwoche unverändert geblieben.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1101 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge anhaltend schlechter Pariser Berichte eine äußerst flaue und ist in dem constanten Fallen der Preise eine neuerliche Depression von 1 bis 2 fl. per Paar zu verzeichnen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 18. Mai 1893 108 Stück Mast- und 210 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate April 1893 betrug die Zahl der vom

Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen	348
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen	42
Durchschüblinge	225
Gesammtzahl	615

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 15. Mai bis 18. Mai 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Krummbaumgasse 4, von Em. und Ed. Schweinburg, Baumeister (3256).
„ „ Haus, Untere Augartenstraße 40, von Max Wertheimer, Bauführer A. Goldenberg (3315).
III. Bezirk: Baustelle IX, Stroh- und Linke Bahngasse, von J. Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller (3332).
„ „ Baustelle XIII, Strohgasse, von J. Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller (3333).
„ „ Baustelle XIV, Stroh- und Linke Bahngasse, von K. Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller (3334).
XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Burggasse 56, von Josef Seichert, Stadtbaumeister (21149).
„ „ Haus, Ottakring, Liebhartsthal 850, von Rosalie Steindl, Bauführer Th. Weninger (21403).
XVIII. Bezirk: Wohn- und Geschäftshaus, Gersthof, Feldgasse 35—37, von Michael und Margaretha Haberfellner, Bauführer Heinrich Staud (14045).
„ „ Wohnhaus, Währing, Feldgasse 30, Michaelerstraße 32, von Heinrich Eschelbeck, Alois und Marie Perschl, Bauführer Georg Kowarik (14250).

Für Umbauten:

XV. Bezirk: Haus, Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße 14, von Josef Weinheimer, Bauführer Otto Ettmayer (8838).
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Herrengasse 71, von Sigm. J. Stern, Bauführer Adolf Goldenberg (14190).

Für Zubauten:

XI. Bezirk: Zubau zum Hufbeschlagraum, Simmering, Hauptstraße C.-Nr. 524, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (7343).
„ „ Hölzerne Veranda, Simmering, Theresiengasse C.-Nr. 408, von Albin Hirsch, Bauführer Ferdinand Kaindl Baumeister (7363).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 67, von Heinrich Kirschmann, Bauführer Josef Hartl (14323).
XIX. Bezirk: Photographisches Atelier im Garten, Ober-Döbling, Theresiengasse 23, von Anna Tastl, Bauführer Josef Roß (9264).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Schottengasse 8, von Dr. Emil Ritt. v. Aschbach, Bauführer J. Schobesberger (3300).
„ „ Rothgasse 11, von Dr. Johann Krückl, Bauführer G. Binder (3313).

I. Bezirk: Maximilianstraße 4, von Philipp Ritt. v. Gomperz, Bauführer Julius Zerkowitz (3334).
II. Bezirk: Franz Josefs-Quai 29, von Rudolf Rirsch, Bauführer L. Rettinger (3260).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 46, von Alois Karlik, Bauführer J. Kielmayer (3328).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 117, von Anton Klement, Maurermeister (3269).
„ „ Mariahilferstraße 107, von Nikolaus Kapanadziya, Bauführer L. Zatzka (3298).
„ „ Stumpergasse 4, von Johann Seitl und Al. Klee, Baumeister (3270).
„ „ Webgasse 46, von Kalman Tafler und Julius Stern, Bauführer A. Honus (3272).
VII. Bezirk: Burggasse 6—8, von Georg Demsky, Baumeister (3278).
VIII. Bezirk: Tigergasse 14, von Franz Stöcklgruber, Maurermeister (3286).
IX. Bezirk: Währingerstraße 2—4, von Heinrich Benies, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht (3291).
XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 30, Consc.-Nr. 286, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (7342).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Pfarrgasse 19, von Heinrich Berghofer, Bauführer Josef Hartl (14094).
„ „ Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 132, von Friedrich Schulda, Bauführer Karl Brunner (14201).
XVI. Bezirk: Ottakring, Wattgasse 44, von Pauline Knoth, Bauführer Karl Schäffer (21186).
„ „ Ottakring, Hauptstraße 83, von Ignaz Türk, Bauführer Heinrich Ohrner (21197).
„ „ Ottakring, Eisnerstraße 28, von Rudolf und Johanna Voigt, Bauführer Thomas Mann (21404).
XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 29, von N. Foltanek, Bauführer? (17055).
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Nussdorferstraße 83, von Alexander de Janosi, Karl Mayer (9261).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Dampfkessel-Aufstellung, Rasumoffskygasse 29, vom Wiener Emailwerke Lucian Brunner, Bauführer A. Honus (3254).
„ „ Rohrcanal, Salesianergasse 25, von Johann Breunig, Bauführer C. Schlimp (3280).
„ „ Wächterhütte, Arsenalweg 55, von Josef Matasek, Baumeister, Bauführer derselbe (3335).
XIII. Bezirk: Senkgrube, Hietzing, Alleegasse 31, von Gräfin O'Sulivan, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (12967).
„ „ Senkgrube, Hietzing, Altgasse 7, von Josef Kirchmaier, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (12968).
XVIII. Bezirk: Verbindungsgang, Weinhaus, Herrengasse 28, von Gustav Bathelt, Bauführer Franz Kaindl (14202).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

IV. Bezirk: Favoritenstraße 34, von Heinrich Adam noe. Deckert & Homolka, Bauführer Frauenfeld und Berghof (3337).
XVIII. Bezirk: Währing, Kreutzgasse 53, von Max, recte Emanuel Frommer, Bauführer Wenzel Gabauer (14044).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Komödiengasse 2, Große Mohrengasse 18, von J. N. John (3320).
III. Bezirk: Grundb.-Einl. 2732 Rechte Bahngasse, Baustelle V, von Peregrin Zimmermann (3307).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 29, von Arnold Lotz (3287).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Karlsgasse, von Heinrich Bertrams (14207).
„ „ Unter-Meidling, Dammstraße, von Max Großmann (14322).
XVII. Bezirk: Hernals, Parc. 209/1 bis 209/8, Stift-, Frauen- und Gerlgasse, von Kuffner und Cons., Brauereibesitzer (16976).
„ „ Baugrund, Dornbach, Parc. 838/2 Klampfelberggasse, von Johann Geppert (17103).
XVIII. Bezirk: Währing, Martinsstraße 78, von Valentin Ambor.
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 905, Parc. 869/104, Ober-Döbling, Ecke der Prinz Eugen- und Karl Ludwigstraße, von Dr. Rudolf Raimann zu Handen des Wiener Cottagevereines Währing (9661).

Gewerbeanmeldungen vom 13. Mai 1893.

Zillig Johann — Brantwein- und Theeschank — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 4.
Hennemann Sophie — Damenkleidermacherin — III, Erdbergerlände 4.
Jäger Feige — Fleisch-Verschleiß — III., Hansalgasse 5.
Neumüller Theresia — Fragnergewerbe — XVIII., Währing, Wildemanngasse 25.
Ježik Ludwig — Friseur- und Raseurgewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 47.
Kainz Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 51.
Blum Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 60.
Krentz Maximilian — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 59.
Obadalek Thomas — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 3.
Schmutz Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 130.
Zelinka Petronella — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Radetzkygasse 3.
Rattoy Georg — Kaffeesiedergewerbe — IX., Währingerstraße 57.
Krinner Christine — Kleinfuhrgewerbe — X., Herndlgasse 8.
Schroller Charlotte — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Ottakring, Schottengasse 43.
Traum Leopold — Kleinfuhrgewerbe — X., Altes Landgut.
Forster Anton — Kleinverschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Bleichergasse 11.
Horwath Caroline — Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — XVI., Ottakring, Wattgasse 42.
Bauer Karl — Kleinthierhandel — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 14.
Stahr Wenzel — Mechaniker — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 4.
Bader Max — Musiker — XI., Simmering, Hauptstraße 1.
Geitner Franz — Musiker — XVI., Ottakring, Bachgasse 24.
Cap Adam — Tischlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 35.
Maurer Josefa — Übernahme von Wäsche und Kleidern zum Putzen und Färben — IX., Van Swietengasse 14.
Bestereimer Marie — Victualien-Verschleiß — X., Himbergerstraße 56.
Franke Franz — Wirkwarenreparatur-Gewerbe — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. Mai 1893.

Tennenbaum Moriz — Erzeugung und Verschleiß von Kefirmilch — I., Am Hof 13.
Handler Eduard — Futteralmachergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 46.
Mucha Therese — Gastwirtsgewerbe — XVIII., Währing, Annag. 45.
Deutsch Jacques — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Marc Aurelstraße 7.
Hüttel Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Khunngasse 10.
Schuster Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Elisabethstraße 8.
Nemetz Anna — Kaffee- und Feigenkaffee-Verschleiß — X., Columbusgasse 24.
Broß Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 9.
Pannowitz Wilhelm — Pfaidler — I., Tuchlauben 11.
Kara Hortense — Pfaidlerei-, Bordruckerei- und Strickereigewerbe — I., Spiegelgasse 21.
Kropik Franz — Schuhmachergewerbe — XVIII., Währing, Hauptstr. 3.
Murschenhofer Josef — Übernahme von Kleidungsstücken zum Putzen auf chemischem Wege — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 10.
Hickersburger Anna — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße, Markt.
Sláma Marie — Wäscheputzerin — X., Goethegasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Mai 1893.

Kees Andreas — Commissionswaren-Verschleiß — I., Wipplingerstraße 9.
Wechsler Leopold — Erzeugung von Insecten-Vertilgungsmitteln — VI., Mariahilferstraße 69.
Abeles Heinrich — Essig-Erzeugung — XIX., Ober-Döbling, Herrengasse 24.
Beham Leopold — Flaschenbierhandel — IX., Mosergasse 8.
Köhler Friederike — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Gemeindegasse 1.
Jiedl Georg — Friseur und Raseur — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 42.
Schubert Rupert — Friseur — I., Bräunerstraße 12.
Heinz Matthias — Gastwirt — XVII., Hernals, Annagasse 4.
Knoll Johann — Gastwirt — I., Salzgries 27.
Kümmerl Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Schulgasse 69.
Nassan Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Schulgasse 26.
Wundsam Josef Matthias — Gastwirt — XVIII., Gersthof, Hauptstraße 109.
Raab Karl — Gasthauspächter — XVII., Hernals, Hauptstraße 135.
Janatschek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 70.
Klemer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 92.
Lengenfelder Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals Palffygasse 21.

Reiß Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 2.
Vogelmann Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Theresiengasse 14.
Faust Rudolf — Handelsagentie — I., Grashofgasse 4.
Hammer Marie — Kaffeeschank — XVII., Hernals, Hauptstraße 2 a.
Löwinsohn Michael — Lederausschnitt — X., Kepplerplatz 1.
Lhotka Josefa — Marktfahrergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Herklotzgasse 43.
Riegl Marie — Milchmeiergewerbe — XVII., Hernals, Leitermayergasse 24.
Wagisreiter Johann — Milchmeiergewerbe — XVII., Hernals, Gschwandnergasse 23.
Biechler Anton — Milch-, Gebäck- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leitermayergasse 22.
Krump Rosina — Modistengewerbe — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 8.
Pinkhart Therese — Modistin — XI., Kaiser-Ebersdorf 31.
Mrva Josefa — Pfaidlerin — XVII., Hernals, Kirchengasse 22.
Sykyta Wenzel — Pfaidlerei — XVIII., Währing, Annagasse 48.
Reisinger Anna — Pferdefleischhauskocherei mit Obstweinausschank — XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 93.
Fickeys Bozena — Privat-Kindergarten — XIII., Penzing, Schulgasse 21.
Andre Franz — Schuhmacher — IX., Liechtensteinstraße 15.
Beier Josefa — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Thalgasse 7.
Schönauer Karl — Selchwaren-Verschleiß — I., Schönlaterngasse 7.
Kadak Josef — Spengler — X., Buchengasse 108.
Friedmann David — Spirituosenhandel — X., Puchsbaumgasse 50.
Masur Pauline — Spirituosenhandel — X., Rothenhofgasse 19.
Weißglas Rudolfine — Spirituosenhandel — XVIII., Währing, Michaelergasse 2.
Brunclik Karoline — Tambourierergewerbe — VI., Stumpergasse 6.
Marusak Franz — Tischler — X., Waldgasse 8.
Stransky Karl — Tischler — VI., Garbergasse 11.
Pokorny Leopoldine — Trödlergewerbe — XVIII., Währing, Annagasse 36.
Schiller Barbara — Victualien-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Mandlgasse 11.
Knipp Barbara — Wäschergewerbe — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 46.
Martinz Hermann — Ziergärtner — XIX., Unter-Döbling, Peregrinigasse 46.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. Mai 1893.

Quittry Marie — Damenkleidermacherin — IV., Favoritenstraße 1.
Spielmann Abraham — Fabriksmäßige Cartonpapier-Erzeugung — XI., Simmering, Canalgasse 6.
Dannerbauer Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 23.
Roth Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 62.
Rzitky Anna — Grünwaren-Verschleiß — III., Hansalgasse 5.
Neybert Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IV., Starhemberggasse 5.
Tomek Karl — Marktvictualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Willinger Josef — Mechaniker — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 34.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1053
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 16. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Verlobung des Erzherzogs Josef August mit Prinzessin Augusta von Baiern 1053
2. Allerhöchste Entschließung, betreffend die Zuweisung eines Theiles des Erträgnisses des k. u. k. Stiftungshauses am Schottenring zu Gunsten des Vereines zur Erhaltung des Kronprinz Rudolf-Kinderasyles in Wien 1053
3. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schrenckh, Dr. Stenzl, Rosenstingl, Dr. Klotzberg, Haßfurther und Stiaßny wegen Fernbleibens 1053
4. Beurlaubung der Gem.-Räthe Rückauf, Kareis, Tagleicht, Trambauer und Djörup 1053
5. Spende unter der Chiffre „M. N." 1053
6. Desgleichen des Herrn Moriz Edl. v. Kuffner 1053
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Friedjung, betreffend die Arbeiterbewegung im städt. Lagerhause . . 1053

Seite

Interpellationen:
8. Gem.-Rath Bachofen v. Echt, betreffend die Bemessung von Canaleinmündungsgebüren in den neuen Bezirken 1055
9. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend die Vornahme von Adaptierungen des Hauses VI., Mariahilferstraße 109 (Webgasse 46) 1055
Anträge:
10. Gem.-Rath Dobeš, betreffend die Errichtung einer Haltestelle bei der Wilhelmsstraße auf der Strecke Steinbauergasse—Meidlinger Bahnhof der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft . . . 1056
Referate:
11. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Festsetzung der für die Herstellung der Einfriedungsmauer des Friedhofes in Unter-Sievering von den Grufterwerbern einzuhebenden Gebür . . . 1056
12. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Genossenschaft der Gürtler, Bronzearbeiter und Ciseleure 1056
13. Derselbe, betreffend die Subvention für das „Haus der Barmherzigkeit" in Währing 1056
14. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Katholischen Frauen-Wohlthätigkeitsvereines „Laimgrube" in Mariahilf . . . 1057
15. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend das Übereinkommen mit den Gemeinden Inzersdorf a. W., Oberlaa und Kledering bezüglich der Activen und Passiven von einbezogenen Gemeindetheilen (Beschlussfassung) 1057
16. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Genehmigung der Projectskizze für die Vergrößerung des Schulhauses in Hetzendorf 1057
17. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper im XI. Bezirke und den gegen diese Wahl eingebrachten Protest 1060
18. Derselbe, betreffend die Entschädigung der Gemeinde Inzersdorf für die die dortigen Schulen besuchenden, in Wien sesshaften Kinder für das Schuljahr 1891/92 und die Ansprüche des Bezirksschulfonds Hietzing-Umgebung für das Schulgeld-Aquivalent für die Schuljahre 1891/92 und 1892/93 1066
19. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Baulinienbestimmung für die Gürtelstraße im XIX. Bezirke von der Nussdorferstraße abwärts 1067
20. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Baulinienbestimmung für die Verlängerung der Mandlgasse und Lainzerstraße im XII. Bezirke 1068
21. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Besorgung des Feuerwehrdienstes bei der freiwilligen Feuerwehr in Simmering durch die städtische Berufsfeuerwehr 1069
22. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Unter-St. Veit 1069
23. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Hacking 1070
24. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof 1070
25. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Währing 1070
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 16. Mai 1893.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Pensionszulagen, Gnadengaben und Erziehungsbeiträge 1070
2. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an Herrn Johann Brix 1070
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1070
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 5. Mai 1893 1070
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. Mai 1893 1074
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 10. Mai 1893 1078
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 16. Mai 1893 vom I. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1082
Ausschreibung der Ergänzungswahlen von fünf Bezirksausschüssen aus dem 1., 2. und 3. Wahlkörper des XVII. Bezirkes Hernals 1082
Allgemeine Nachrichten:
Donauregulierungs-Commission 1083
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 16. Mai 1893 1084
Pferdemarkt vom 16. Mai 1893 1084
Stechviehmarkt vom 18. Mai 1893 1084
Öffentliche Sicherheit 1084
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. bis 18. Mai 1893 1084
Gewerbeanmeldungen 1085
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 72760
Ref.-Nr. 1258 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Hainburgerstraße im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2741 fl. 24 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **6. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 64964
Ref.-Nr. 1104 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Scheidl- und Mandlgasse in Gersthof im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 3735 fl. 53 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 69810
Ref.-Nr. 1195 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Richardgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2439 fl. 6 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 1—3

*

Ad Prot.-Nr. 51313
Ref.-Nr. 833 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Selzer- und Holochergasse im XIV. Bezirke** im Kostenbetrage von 3891 fl. 34 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 1—3

G.-Z. 223037
XV.

Kundmachung.

(Verpachtung von Eisteichen.)

Wegen **Verpachtung der beiden Eisteiche im Halterthale rechts und links vom Halterbache** auf den Parcellen Nr. 804, respective 806 und 807 (Catastral-Gemeinde Hütteldorf) auf die Dauer von sechs Jahren, d. i. vom November 1893 bis zum November 1899, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag, den 26. Mai d. J., präcise um 9 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Ferdinand Kronawetter, im Rathhause** (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Gemeinde Wien beabsichtigt, gegen Wahrung ihres Rücktrittsrechtes diese beiden Teiche gegen dem zu verpachten, dass:

1. Dieselben von dem Pächter im Winter zur Eisgewinnung und im Sommer, falls er sich dieselben auf eigene Kosten als Wiesen herrichten will, als Wiesen verwendet werden dürfen.

2. Dass der Pächter sich jederzeit den Überfall aus der Albertinischen Wasserleitung in diese Eisteiche gefallen lassen und überhaupt den seitens der Gemeindeorgane bezüglich dieser Wasserleitung gestellten Anforderungen nachkommen muss.

3. Dass der Pachtschilling jährlich am 1. October bei der städtischen Hauptcassa-Abtheilung des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk entrichtet wird.

Unternehmungslustige können den Plan ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das 5 Percent-Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Mai 1893. 1—1

G.-Z. 63903.

Kundmachung.

(Stiftungsplätze.)

Laut Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 23. März d. J., Z. 5230/I 437, gelangen in den k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten mit dem Schuljahre 1893/94 vier **Graf Deblin'sche Stiftungsplätze** böhmischer Abtheilung zur Besetzung.

Die Aufnahmsbedingungen sind in der mit dem 8. Stück des Normal-Verordnungsblattes für das k. u. k. Heer vom Jahre 1888 verlautbarten „Vorschrift über die Aufnahme von Aspiranten aus der Privaterziehung in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungs-Anstalten" enthalten.

Bewerber um die erwähnten vier Graf Deblin'schen Stiftungsplätze haben den Taufschein, ein ärztliches Zeugnis, das letzte Schulzeugnis, den Heimatschein und ferner auch den Nachweis beizubringen, dass sie von einer Familie des Herren- oder Ritterstandes aus Mähren oder von Edelleuten aus anderen erbländischen Provinzen abstammen.

Die Gesuche sind bis längstens 31. Mai 1893 unmittelbar bei der k. k. Statthalterei in Prag einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

als politische Behörde I. Instanz,

am 22. April 1893. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 41. Dienstag, den 23. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Der Herr Bürgermeister und der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter haben sich heute zu Sr. Eminenz dem Herrn Fürsterzbischof Dr. Grusch a begeben, um demselben die Glückwünsche der Stadt Wien aus Anlass seines 50jährigen Priester-Jubiläums auszusprechen. Se. Eminenz erwiderte den wärmsten Dank und stellte das Ersuchen, diesen seinen Dank der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu bringen, was hiemit geschieht.

2. Am nächsten Dienstag läuft die Frist ab, innerhalb welcher die neu gewählten Herren Gemeinderäthe die Erklärung abzugeben haben, ob sie das auf sie entfallende Gemeinderathsmandat annehmen oder nicht. Demzufolge werden in der nächsten, am Mittwoch nächster Woche stattfindenden Gemeinderaths-Sitzung die neugewählten Herren Gemeinderäthe hier erscheinen und obliegt mir, heute den ausscheidenden Herren Gemeinderäthen den Dank auszusprechen. Ein Gemeinderathsmandat ist oft ein dornenvolles, mit Mühe und Zeitverlust verbundenes Amt und nicht selten ist Missgunst die Vergeltung treu erfüllter Pflicht. Wir müssen hier von einander annehmen, dass jeder nach Kräften bemüht ist, die Interessen der Vaterstadt zu wahren, und so glaube ich in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Antrag stelle, den ausscheidenden Herren Gemeinderäthen den Dank und die Anerkennung der Gemeindevertretung auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

3. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg entschuldigt sein Ausbleiben durch Unwohlsein, ebenso die Herren Gem.-Räthe Dr. Stenzl und Schrenckh.

4. Die Gemeinde Waidhofen an der Ybbs beging Ende September vorigen Jahres das 360jährige Erinnerungsfest der glücklichen und erfolgreichen Abwehr der Türkeninvasion. Diese Gemeinde hat aus diesem Anlasse eine Medaille prägen lassen und übersendet dieselbe der Schwesterstadt mit der Bitte, dieselbe freundlich annehmen und zur Erinnerung an dieses Fest aufbewahren zu wollen.

Der Gemeinde Waidhofen an der Ybbs wird der Dank votiert.

5. Der am 14. Mai 1893 verstorbene Herr Samuel Klinger hat einen Betrag von 250 fl. zur Vertheilung an Arme der Stadt Wien durch den Herrn Bürgermeister und hievon einen Betrag von 50 fl. für die Armen des XV. Bezirkes, Fünfhaus, legiert.

Wird der Dank votiert.

6. Herr Notar Wagner erlegte als Legat des verstorbenen Herrn Ignaz Arnstein 100 fl. für die Armen.

Wird der Dank votiert.

7. Herr Gem.-Rath Dr. Uhl hat in der letzten Sitzung eine Interpellation, betreffend die Adaptierung des Hauses Nr. 109 Mariahilferstraße im VI. Bezirke, eingebracht. Ich erlaube mir der Versammlung mitzutheilen, dass die Eigenthümer dieses Hauses Koloman Tafler und Julius Stern das Ansuchen um Bewilligung dieser Adaptierung zurückgezogen haben, wodurch diese Angelegenheit gegenstandslos wird.

8. Herr Gem.-Rath Bachofen v. Echt hat betreffs der Berechnung von Canaleinmündungsgebüren in den neu einbezogenen Gebietstheilen von Wien eine Interpellation an das Präsidium gerichtet; ich erlaube mir, dieselbe in folgender Weise zu beantworten:

Zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 2. December 1891, Z. 3409, M.-Z. 406325, wurde im Sinne des diesfälligen

Magistrats-Antrages von einer Vorlage auf Abänderung des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., über die Canaleinmündungsgebüren in Wien abgesehen, und wurden die Amtsleiter der magistratischen Bezirksämter im X. bis XIX. Bezirke verständigt, dass im Sinne des Gesetzes vom 19. December 1890, Nr. 45 L.-G.-Bl. (Vereinigung mehrerer Gemeinden der Gemeindetheile mit Wien) vom 1. Jänner 1892 angefangen, das erstbezeichnete Gesetz über die Canaleinmündungsgebüren in Wien auch auf die neu einbezogenen Gebietstheile Anwendung zu finden hat, wobei jedoch darauf Bedacht zu nehmen ist, dass durch frühere Leistungen an Canaleinmündungs- oder Herstellungsgebüren oder durch veränderte Beiträge erworbenen Rechte zur Canaleinmündung nicht vorgegriffen und auch die gesetzlich oder durch Übereinkommen festgestellten Theilzahlungen in die nach dem Wiener Gesetze aufzurechnende Canaleinmündungsgebür einzurechnen ist.

Bei Einhaltung dieser Übergangsbestimmung werden wohlerworbene Rechte nicht gefährdet. Hatte aber ein Grundbesitzer etwa seinerzeit nur eine Anzahlung geleistet, ohne dass über die Gesammthöhe der Gebür eine genügende Basis (durch Landesgesetz oder speciellen Vertrag) geschaffen war, oder war die frühere Zahlung nur eine Gebür, welche nach den damals in der betreffenden Gemeinde giltig gewesenen Normen (etwa wegen der Eigenschaft des Grundes als nicht verbaut oder mit einer geringeren Stockwerkszahl verbaut), eventuell (bei Verbauung oder Zubauten) schon damals eine Nachzahlung voraussetzte, so ist es auch gerechtfertigt, wenn in dem Falle, wenn die Verbauung, beziehungsweise die Herstellung von Zubauten, erst jetzt stattfindet, die jetzt nach dem Gesetze vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., zu bemessende Canaleinmündungsgebür aufgerechnet, dagegen die früher geleistete Zahlung abgerechnet wird.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche nun um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Petition der Hausbesitzer-Vereine Wiens an den löblichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, betreffend die politische Exequierbarkeit der städtischen Wasserbezugsgebüren.

Gem.-Rath Stehlik (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um die vollständige Verlesung der Petition.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Stehlik stellt den Antrag auf vollständige Verlesung dieser Petition. Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest sohin folgende Petition:

Hochlöblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 10. d. M. beschlossen, dem hohen Landtag einen Gesetzentwurf zur Genehmigung vorzulegen, durch welchen das Recht der Commune auf Einhebung von Gebüren für den Wasserbezug aus der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung geregelt werden soll.

Dieser Gesetzentwurf lauft im großen und ganzen darauf hinaus, den Hausbesitzern durch Vertheuerung des Wasserpreises neuerlich ganz ungerechtfertigte Belastungen aufzubürden, die bestehenden Ungerechtigkeiten bei der Berechnung der Wassergebüren zu codificieren und für Wassermehrverbrauchsgebüren, deren genauere Bestimmung mit Hilfe der jetzt in Verwendung stehenden mangelhaften Wassermessern gar nicht möglich ist, das politische Executionsrecht zu erwirken.

Eine rücksichtslosere, dem Realbesitz feindseligere Vorlage ist aus dem Schoße der Wiener Gemeindevertretung bisher noch nicht hervorgegangen. Das Wasser soll um 50 bis 60 Percent vertheuert, der Minderverbrauch gar nicht berücksichtigt, der Mehrverbrauch dagegen zum nahezu dreifachen Kostenpreise angerechnet, und die Wassergebüren, gleich den Steuern und Umlagen, hinkünftig im Wege der politischen Execution unnachsichtlich eingetrieben werden. Alle Rechte und Vortheile wendet sich die Commune zu, alle Pflichten und Lasten werden den Hausbesitzern, resp. der ganzen Bevölkerung abgezwungen.

Der vom Stadtrathe ausgearbeitete Gesetzentwurf hat in allen davon betroffenen Kreisen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und wird allseits als ein neuerliches Zeichen des Übelwollens gegen den Realbesitz aufgefasst.

Für die Beistellung des Wassers hat die Commune im Interesse der öffentlichen Sanität zu sorgen, selbst wenn sie von den Consumenten keinerlei Gegenleistung erhielte. Das Wasser ist für die ganze Bevölkerung da und wenn mit bisherigen, von den Hausbesitzern gezahlten Wassergebüren nicht das volle Auslangen gefunden wird, dann muss der Rest eben aus den allgemeinen Einnahmen bestritten werden, wie dies auch betreffs der öffentlichen Beleuchtung, der Gartenanlagen, Schulen, Bäder 2c. der Fall ist.

Durch die fiscalischen und vexatorischen Bestimmungen des Gesetzentwurfes wird nur der Frieden und das gute Einvernehmen zwischen Hausbesitzern und Parteien gestört und der Wasserconsum zum Schaden der öffentlichen Salubrität eine bedauerliche Einschränkung erfahren.

Die von den bisherigen, notorisch mangelhaft functionierenden, daher aichunfähigen Wassermessern ausgewiesenen Verbrauchsziffern können unmöglich zur Grundlage von Forderungen dienen, denen das fast unaufschiebbar und inappellabel in Kraft tretende politische Executionsrecht zu verleihen wäre.

Der Gesetzentwurf lässt auch unsere wiederholt erhobene, unzweifelbar gerechte Forderung nach einer Compensation zwischen Wassermehr- und -Minderverbrauch ganz unberücksichtigt, wie er denn auch sonst eine Menge unleidlicher, odioser Bestimmungen, die nur von brutalem Fiscalismus zeigen, enthält.

Wir stellen demgemäß an den hochlöblichen Gemeinderath die ergebene Bitte,

diesem vom Stadtrathe vorgelegten monströsen Gesetzentwurfe nicht nur im Interesse des Realbesitzes, sondern im Interesse der ganzen Bevölkerung, der man ein so unentbehrliches Genussmittel, wie das Wasser, nicht vertheuern, verleiden oder verkümmern darf, seine Zustimmung zu versagen.

Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung

Die Obmänner der Wiener Hausbesitzer-Vereine.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird geschäftsordnungsmäßig behandelt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Anfrage des **Gem.-Rathes Büsch:**

Ich erlaube mir die ergebene Anfrage an den geehrten Herrn Bürgermeister zu richten:

Wem unterstehen die der freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling zugetheilten Telegraphisten, da solche zum Ärgernis des Hauptmannes täglich auf das Bezirksbauamt zum Rapportieren verhalten werden und während deren Abwesenheit der Telegraphen-Apparat ohne Bewachung ist?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass den freiwilligen Feuerwehrhauptleuten nicht mit einem untergeordneten Tone begegnet werde seitens mehrerer städtischer Organe, da eine subordinierte Behandlung weder zum Wohle der Bürger, noch zur Ehre der Stadtorgane gereicht?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen lassen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Seit vielen Wochen werden im Stadtparke die Teichanlagen neu cementiert und ist es nach den gemachten Erfahrungen anzunehmen, dass noch Wochen vorübergehen werden bis die betreffenden Teicharbeiten fertig sind.

Eine solche Verzögerung trifft am meisten das Publicum, welches die Thiere, die jetzt schon dort sein könnten, nur ungern vermisst.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass die Cementierungsarbeiten im Stadtparke beschleunigt werden, damit die Thiere ehestens nach dort gebracht werden können?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

12. Schriftführer Gem.-Rath Dehm: Eine Petition von 110 Gewerbetreibenden und Hausbesitzern von Gaudenzdorf im XII. Bezirke, eingebracht vom Herrn **Gem.-Rath Büsch,** des Inhalts (liest):

Hochlöblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Wie wir mit beifolgendem Circular, datiert vom 12. Mai d. J., von dem Bezirksvorsteher des XII. Bezirkes, Herrn Adolf Schkorepa, verständigt worden sind, hat der löbliche Bezirksausschuss unseres Bezirkes Meidling am 21. Februar d. J. — nach privater Mittheilung — mit der Begründung, dass Seine Hochwürden Herr Pfarrer Laurenz Haberl schon zu alt sei, um wie bisher den Kirchenbezirk zu begehen, den Beschluss gefasst, den Frohnleichnamsumzug in der Weise zu kürzen, dass solcher nunmehr in den der Meidlinger Pfarrkirche nächst gelegenen Gassen sich bewegen soll. Da durch einen solchen Beschluss der Umgang in der früheren Gemeinde Gaudenzdorf fast gänzlich ausgeschlossen ist, sehen wir ergebenst unterfertigte Geschäftstreibende und Hausbesitzer der ehemaligen Gemeinde Gaudenzdorf, insbesondere die der Hauptstraße, uns nicht nur in unserem religiösen Gefühle, welches seit dem 76jährigen Bestande von Gaudenzdorf an diesem Feiertage das jüngste Kind wie den Greis beseelt, tief verletzt, sondern auch in einem Geschäftsentgange empfindlich geschädigt.

In Anbetracht, dass in den alten Bezirken von Wien der Umgang am Sonntage nach dem Frohnleichnamstage stattfindet, strömen die Nachbarbewohner mit ihren Kindern am Frohnleichnamstage nach unserem, 60.000 Einwohner zählenden Bezirke Meidling zur Frohnleichnamsfeier in diese theils engen, theils häuserlosen Gassen, wo der Umgang nun sein soll. Es werden daselbst Stauungen eintreten und, um Unglücksfällen auszuweichen, werden wir unseren Kindern die Theilnahme am Umgange versagen müssen.

In Anbetracht, dass durch eine eventuell eintretende Entfremdung der Nachbarbewohner, ferner durch Versagung der Kindertheilnahme an dem Umgange sämmtliche Wirtsgeschäfte, Fleischhauer, Greißler, Schuster, Friseure, Pfaidler, Kaufleute, Gärtner und Blumenhändler, Korbflechter, Photographen, ja selbst der allerkleinste Geschäftsmann in dem bezeichneten Bezirkstheile Gaudenzdorf einen Geschäftsentgang empfinden, und in Anbetracht dessen, dass Seine Hochwürden Herr Pfarrer Laurenz Haberl einer Delegation von Mitbürgern zugesagt hat, nach wie vor in diesem Bezirkstheile Gaudenzdorf den Umgang vorzunehmen, obzwar nicht auf seinen Wunsch, noch auf sein Verlangen in dem Bezirksausschusse eine Abkürzung beschlossen, respective Gaudenzdorf übergangen wurde, erblicken wir hier vielmehr eine Dienstbezeigung des Bezirksausschusses an die Wiener Tramway-Gesellschaft auf Rechnung der Gaudenzdorfer Bewohner und glauben, das kleine Opfer der Wiener Tramway-Gesellschaft beanspruchen zu können, den Verkehr auf der Hauptstraße eine halbe Stunde einzustellen, und erlauben uns daher, an den hochlöblichen Gemeinderath und den hochgeehrten Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien das ergebenste Ansuchen zu richten:

Den vom Bezirksausschusse Meidling am 21. Februar d. J. gefassten Beschluss, die Frohnleichnamsprocession nur auf die Nebengassen in Meidling zu beschränken, dringlichst aufzuheben und den Frohnleichnamsumgang nach wie vor in dem Bezirkstheile Gaudenzdorf auf der Hauptstraße zu belassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm: In derselben Angelegenheit liegt noch ein Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Büsch, Dobeš** und Genossen vor. (Liest:)

Der löbliche Bezirksausschuss des XII. Bezirkes hat in seinem am 21. Februar d. J. gefassten und jetzt erst zur allgemeinen Kenntnis gebrachten Beschlusse eine Abänderung des Frohnleichnamsumzuges in Meidling in der Weise betroffen, dass auf der Schönbrunner Hauptstraße kein Umzug mehr stattfinden soll. Gaudenzdorf wird von dem Umzuge nur auf der Lainzerstraße, deren eine Häuserreihe nach Neu-Margarethen, die andere Seite nach dem XII. Bezirke, dem ehemaligen Gaudenzdorf gehört, in einer kurzen Strecke berührt. Es ist daher begreiflich, dass die Bevölkerung dieses Bezirkstheiles des XII. Bezirkes Gaudenzdorf hierüber furchtbar erregt ist, indem durch den fast gänzlichen Entzug des seit 76 Jahren bestandenen Umzuges nicht nur das religiöse Gefühl verletzt sondern auch alle Geschäfte empfindlich geschädigt werden, die anlässlich des Frohnleichnamsumzuges reiche Einnahmen hatten.

Es wird allerseits angenommen, dass der löbliche Bezirksausschuss mit der neuen Eintheilung mehr einen Gefälligkeitsdienst der Wiener Tramwaygesellschaft auf Rechnung der Gewerbetreibenden von Gaudenzdorf geleistet, als dem Wunsche Seiner Hochwürden Dechant Laurenz Haberl willfahren hat.

Wir erlauben uns daher, im Sinne der erregten Bevölkerung den Dringlichkeits-Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath möge beschließen, es werde der Herr Bürgermeister ersucht, den von dem Bezirksausschusse Meidling am 21. Februar l. J. gefassten Beschluss, den Frohnleichnamsumzug nur in der Kirchengasse, Lainzerstraße, Pfarrgasse, Rauchgasse, Miesbachgasse, Reschgasse, Mandlgasse und Matzleinsdorferstraße und zur Kirche zurück, zu verlegen, dringlichst aufzuheben und den Frohnleichnamsumzug nach wie vor in Gaudenzdorf auf der Hauptstraße zu belassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gleichfalls an den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Hawranek** und Genossen:

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Ich ersuche um die Verlesung des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Hawranek stellt den Antrag, den von ihm eingebrachten Antrag vollinhaltlich zur Verlesung zu bringen.

Jene Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Minorität. — Abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest nun den Schlusssatz des folgenden Antrages):

Was sich die Bewohner der Stadt Wien alles gefallen lassen müssen, das übersteigt schon alle Grenzen; es betrifft die verschiedenen Hausierer, was factisch eine Plage und Marter für die Bürgerschaft ist; nicht nur dass das Schreien in den Häusern sehr unangenehm ist, besonders für Kranke, wenn im Laufe des vormittags zwanzig bis dreißig Handeljuden und ebensoviel andere Schreier den Aufenthalt unerträglich machen; neuerer Zeit sind auch Eisentandler zur Vermehrung des Schreiens beigetreten mit dem Rufe: „Alt's Eisen, wer was hat!"

Wenn auch die Hauseigenthümer die Tafeln anbringen lassen mit dem Text: „In diesem Hause ist das Hausieren verboten", so nützt es gar nichts, wenn solche Hausierer darauf aufmerksam gemacht werden, so bekommt derjenige noch die schönsten Grobheiten, und gegen diese Plage ist gar kein Schutz.

Das Zwerchfell erschütternde Schreien ist auch schon in den Gassen zur Gewohnheit geworden, und zwar mit Gesang begleitenden Schreien wie: Filzpatschen, Holzgeschirr, Körbe, Stroh, Kalk, Sand ꝛc.; das Unausstehlichste aber ist das Glockengeläute der Gefrorenenwagenführer, die bereits alle Viertelstunden vorbeifahren und dabei mit der Glocke in der Hand fortwährend läuten, das bringt den gesunden Menschen um die Geduld, wie lästig und schmerzlich ist es aber für Kranke, die bei der warmen Jahreszeit bei offenen Fenstern diese Marter über sich ergehen lassen müssen.

Da die oben erwähnten Übelstände einer Großstadt unwürdig sind, umsomehr, da alle diese Sachen bei den ständigen, viel Steuer zahlenden Gewerbeleuten zu haben sind, folglich das Hausieren in Wien ganz unnöthig und schädigend ist.

In Deutschland ist es bei Geld und Arreststrafe verboten, in den Häusern sowohl wie auch in den Straßen zu schreien.

Nachdem aber Deutschland bei uns in vielen Sachen als Muster angeführt worden ist, so wäre es am Platze, diese wohlthätige Einführung auch bei uns sich zum Muster zu nehmen und nachzumachen.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, der Herr Bürgermeister werde ersucht, sich mit dem Herrn Statthalter und dem Polizei-Präsidenten ins Einvernehmen zu setzen und seine Macht einzusetzen, dass wenigstens das Schreien und Glockengeläute (mit Ausnahme von Mistbauer) in den Häusern und auf den Straßen gänzlich abgeschafft wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Götz** und Genossen:

Die ehemaligen Vorortegemeinden haben bei Bauten auf Privatgründen durch rasches Amtieren der Bau-Commissionen sowie als Besitzerin sehr bedeutender Grundflächen, durch Publicationen in Zeitungen, Anbringung von Tafeln auf parcellierten Grundcomplexen das baulustige Publicum heranzuziehen verstanden und nicht minder durch rasche Erledigung etwaiger Kaufanbote zur Förderung der Bauthätigkeit und rascheren Entwicklung ihrer Gemeinden wesentlich beigetragen.

Während nun an den Grenzen außerhalb Wiens mit fieberhafter Thätigkeit der Aufschwung der jetzigen Vororte gefördert wird, ist in den zu Wien seit zwei Jahren einverleibten Gemeinden ein merklicher Stillstand in der Bauthätigkeit zu constatieren, welcher, wenn noch lange anhaltend, einen Rückgang einzelner Bezirkstheile und vor allem der westlichen zur Folge haben muss.

Abgesehen von der ungünstigen Lage, in welcher sich die einbezogenen Gemeinden durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie sowie durch die Unmöglichkeit der nöthigen genügend raschen Ausgestaltung der Gemeinden

mit städtischem Charakter befinden, so tragen zu der gegenwärtigen Stagnation der baulichen Entwicklung folgende Momente wesentlich bei:

1. Da die Baulinienbestimmungen sowie Baubewilligungen monatelange Verhandlungen in Anspruch nehmen.

2. Jede Art von Publicationen für den Verkauf von parcellierten Gemeindegründen in den ehemaligen Vororten sowie Ersichtlichmachung durch Tafeln an größeren parcellierten Grundcomplexen mangelt.

3. Da die geschäftliche Abwicklung bei Grundverkäufen von Gemeindegründen eine so langwierige ist, dass Käufer monatelang warten müssen, bis selbe die Preise erfahren und fast Jahresfrist vergeht, bis selbe an die Ausführung eines Baues gelangen.

Nachdem die Änderung dieser Verhältnisse gewiss im allgemeinen Interesse gelegen ist, für manche der einbezogenen Bezirkstheile jedoch zur Lebensfrage werden kann, stellen die Gefertigten nachfolgende Anträge:

1. Der Magistrat möge im Einverständnis mit den betreffenden Ämtern Vorschläge erstatten, in welcher Weise die ämtliche Behandlungsweise von Baulinienbestimmungen, Parcellierungs- und Bauconsens-Ertheilungen vereinfacht werden könnten.

2. Der Gemeinderath setze für die in den Vororten gelegenen, der Gemeinde Wien gehörigen größeren parcellierten Grundcomplexe für die einzelnen Baustellen die Verkaufspreise für je ein Jahr fest und erneuere dieselben von Jahr zu Jahr.

3. Situationspläne über diese parcellierten Grundcomplexe sammt Ausmaß und Einheitspreise der einzelnen Parcellen wären außer im Rathhause auch bei den betreffenden Bezirksämtern für die Kauflustigen zur Einsichtnahme aufzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

15. Schriftführer Gem.-Rath Dehm: Die Herren **Gem.-Räthe Götz** und Genossen bringen weiters folgenden Antrag ein (liest):

Nachdem die gänzliche Durchführung der Bahngasse im XIII. Bezirke Baumgarten gegen Unter-St. Veit aus öffentlichen Rücksichten dringend geboten erscheint, wird beantragt:

Der Magistrat werde beauftragt, mit den Besitzern der westlichen zwei Grundstreifen, und zwar: Cat.-Parc. 50 dem Herrn Leopold Zehetner, Cat.-Parc. 58 dem Herrn Anton Babesch, wegen Abtretung des zu Straßenzwecken nöthigen Grundes in Verhandlung zu treten und hierüber Bericht und Antrag zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zur Vorberathung. Wir schreiten zur Tagesordnung; zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler.

16. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Zahl 2862. Der Leiter der Schule im XIII. Bezirke, Preysinggasse 3, hat an den Ortsschulrath des XIII. Bezirkes ein Gesuch gerichtet, in welchem er die Nothwendigkeit der Erweiterung der dortigen Schule darlegt und den Antrag stellt, es möge auf das dortige Schulhaus Penzing, Preysinggasse 3, ein drittes Stockwerk aufgesetzt werden. Über Anregung des Ortsschulrathes hat eine Local-Commission stattgefunden, bei welcher die Zulässigkeit der Aufsetzung eines dritten Stockwerkes constatiert worden ist. Der Vertreter des Ortsschulrathes hat allerdings bei dieser Localverhandlung erklärt, dass es dem Ortsschulrathe lieber wäre, wenn zu einem Neubau der Schule geschritten würde, weil durch die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes dem Mangel an Räumlichkeiten für die Kinder in diesem Bezirke für die Dauer nicht abgeholfen werden könnte. Der Bezirksschulrath hat sodann erklärt, dass unter der Voraussetzung eines Neubaues, der eventuell in Aussicht zu nehmen wäre, und der zu Beginn des Schuljahres 1894/95 fertiggestellt werden könnte, von der Aufsetzung eines dritten Stockwerkes Abstand genommen werden könnte. Wenn dies nicht geschehen würde, so müsste der Bezirksschulrath den Antrag auf Aufsetzung eines dritten Stockwerkes befürworten und auf das wärmste unterstützen, weil schon gegenwärtig ein bedeutender Mangel an Schulräumlichkeiten im XIII. Bezirke sich geltend macht.

Der Act ist nunmehr an den Stadtrath gegangen und der Stadtrath empfiehlt Ihnen, auf den Antrag bezüglich Aufsetzung des dritten Stockwerkes einzugehen, und dies in der Erwägung, dass durch die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes wenigstens für einige Jahre wieder dem Mangel an Schulräumlichkeiten abgeholfen werden wird und die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes der Gemeinde immerhin billiger zu stehen kommt, als wenn sofort zu einem Neubau des ganzen Schulhauses geschritten würde. Es ist zu bemerken, dass in dieser Gegend der Aufsetzung eines dritten Stockwerkes wohl ein Hindernis umsoweniger entgegenstehen dürfte, als die Schule in der Preysinggasse in einem Stadttheile gelegen ist, welcher nicht zu den sogenannten Stadttheilen mit ländlichem Charakter gehört, sondern in einem vollständig in städtischer Weise erbauten Stadttheile.

Was die Kosten dieser Aufsetzung betrifft, so wurde von Seite des Bauamtes berichtet, dass dieselben nach den Tarifpreisen inclusive der inneren Einrichtung 34.000 fl. betragen würden. Mit Rücksicht auf das zu erwartende Verhandlungsresultat würden sie sich auf 29.000 fl. herabmindern. Es würden im ganzen 22 Lehrzimmer, 3 Lehrmittelzimmer, 1 Turnsaal mit einer Garderobe und eine Schuldienerwohnung vorhanden sein. Der Antrag des Stadtrathes geht nun dahin, es sei die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus XIII., Preysinggasse 3, nach dem vorliegenden Plane des Stadtbauamtes mit dem Kostenerfordernisse von 29.000 fl. zu bewilligen und der erforderliche Zuschusscredit zur Rubrik III 12 zu genehmigen. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Antrage.

Gem.-Rath v. Götz: Ich bedauere, gegen diese Vorlage sprechen zu müssen, und zwar aus mannigfachen Gründen, die ich auch im Stadtrathe zum Ausdrucke gebracht habe. Diese Schule in der Preysinggasse ist ein Gebäude, das erstens in der Nähe der Bahn gelegen ist, zweitens ist es ringsherum von Gebäuden eingeschlossen, und ist im ganzen Bezirke Penzing kein 3 Stock hohes Gebäude. Nachdem sich außerdem der Betrag für die Aufsetzung des einen Stockwerkes auf 29.000 fl. belaufen soll und man ja nicht wissen kann, ob dieses Gebäude überhaupt einen dritten Stock verträgt, so möchte ich meinerseits den Antrag stellen, dass der Gemeinderath in diesem Falle den Antrag des Stadtrathes nicht acceptiere, sondern ausspreche, die jetzige Bürgerschule in Penzing möge in eine Volksschule umgewandelt werden und eine neue Bürgerschule zwischen Penzing und Breitensee zum Baue gelangen, denn nur dadurch werden wir in der Lage sein, den Bedürfnissen der Bevölkerung in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Der Herr Referent hat uns jetzt vorgetragen, dass die Aufsetzung des dritten Stockwerkes 29.000 fl. kosten soll. Die ganze Schule hat neu mit zwei Stockwerken 53.000 fl. gekostet; ich verstehe nicht, wofür jetzt 29.000 fl. ausgegeben werden sollen. Wir sollen auf den dritten Stock nicht eingehen; es ist ja die Bahn in der Nähe; schon seinerzeit bei der Errichtung der Schule war ich dagegen, dass die Schule dorthin gebaut werde; aber leider steht sie schon dort, und nun soll man noch ein drittes Stockwerk aufsetzen! Überhaupt ist es im XIII. Bezirke mit den Schulen schlecht bestellt.

Die Bürgerschule ist ein Gebäude, welches einer Schule nicht gleichsieht. Ich möchte da den Antrag des Herrn St.-R. v. Götz

unterstützen und ersuche Sie, auf den Antrag des Stadtrathes nicht einzugehen, und in Betracht zu ziehen, dass in der Gemeinde Penzing, wo die Gründe doch factisch billig sind, die Schule auf einem anderen Platze gebaut werden soll. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Brauneiß: Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn St.-R. von Götz anschließen und zwar aus dem Grunde, weil sich Penzing gegen Breitensee hin ausbreitet, und dort wäre der geeignete Platz für Errichtung einer Schule. Ich kenne die Verhältnisse der Bürgerschule nicht so genau, glaube aber, dass eine solche Schule besser in der Mitte von Penzing situiert ist. Der Bau einer neuen Schule wäre aber zwischen Penzing und Breitensee am besten auszuführen. Wie seinerzeit bei uns in Rudolfsheim eine Bürgerschule gebaut wurde, hat es geheißen es werde für dieselbe kein Bedarf sein, denn es sind keine Leute dort; wie die Schule jedoch eröffnet wurde, war sie von Schülern gefüllt. Auch im vorliegenden Falle wird es ebenso gehen. Ich bitte demnach, den Antrag des Stadtrathes abzulehnen und auf den Bau einer neuen Schule auf den Gründen zwischen Penzing und Breitensee Bedacht zu nehmen.

Gem.-Rath Jedlička: Wie schon oft, muss ich auch jetzt betonen, dass der Bau der Schulen ungeheuer hoch zu stehen kommt. In einer Länge von 26 m soll ein Stock aufgebaut werden und das soll 29.000 fl. kosten? Heute vormittag haben wir den Bau eines Genossenschaftshauses an einen Baumeister vergeben; der baut uns einen drei Stock hohen Doppelquertract mit acht Fenstern in der Länge, also Parterre, Hochparterre und drei Stockwerke um 32.000 fl. und hier soll die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes 29.000 fl. kosten? Das ist gar kein Verhältnis. Ich weiß nicht, auf Grund welcher Normen hier die Überschläge gemacht werden. Das Dach bleibt ja auf dem Hause stehen; es wird nur abgetragen und wieder aufgesetzt, das und eine Mauer in der Höhe von 3·50 m kann doch nicht 29.000 fl. kosten. Ich bitte, den Antrag des Referenten an das Bauamt wegen Erstattung eines neuen Referates zurückzustellen oder denselben ganz abzulehnen. Ich stelle also den positiven Antrag, dieses Project abzulehnen.

Dann höre ich zu meinem Erstaunen, dass man draußen in den Bezirken, wo die Gründe noch nicht theuer sind und wo die Gegend einen mehr ländlichen Charakter hat, mitten in der Ortschaft, eine solche Festung bauen will, drei Stock hoch. Wozu ist das nothwendig? Es genügt, wenn dort die Schulen zwei Stock hoch sind. Die Plätze sind ja nicht so theuer. Und dann ist das schon hoch genug. Ich bilde mir ein, dass Sie einem Privaten nicht erlauben würden, drei Stock hoch zu bauen, und Sie wollen selbst mit dem Beispiele vorangehen und auf die zwei Stöcke einen dritten Stock aufsetzen.

Ich beantrage daher die Zurückstellung des ganzen Referates (Rufe links: Ablehnen!), respective die Ablehnung desselben.

Gem.-Rath Bärtl: Wenn Sie den Antrag des Collegen Götz annehmen, so fällt der Referenten-Antrag, zu welchem er ein Gegen-Antrag ist. Es muss constatiert werden, dass die Kostenvoranschläge der Gemeinde in Betreff der Schulen enorm theuer sind. Meine Herren! Es ist auf der Tagesordnung ein Schulhausbau im II. Bezirk; er soll nicht weniger kosten als eine viertel Million das ist 250.000 fl. Wir bauen zu theuer. Das nutzt nichts, wir wollen keinen Luxus, wir brauchen sehr viel Schulen; es soll daher einfach und gut gebaut werden. Nur kein Luxus! Wohin kommen wir mit der Zeit, wenn wir für eine Schule eine viertel Million ausgeben und wenn auch die anderen Kostenanschläge in dieser Weise ausgearbeitet und dann Anträge an den Gemeinderath gestellt werden. Der Gemeinderath hat keine Einsicht in die Kostenüberschläge, ebensowenig aber auch in die Details; er muss dem zustimmen, was der geehrte Stadtrath uns vorschlägt. Es kann nicht oft genug ausgesprochen werden, dass die Kostenvoranschläge viel zu hoch gegriffen und zu theuer gestellt sind. Es ist möglich, dass die Schule, wenn sie neugebaut wird, das doppelte von dem kostet. Aber dann haben Sie eben eine neue Schule. Dem Bezirke ist damit geholfen, umsomehr, wenn die Gemeinde die Gründe zu dieser Schule selbst hat und sie nicht erst zu kaufen braucht. Darum empfehle ich, den Antrag des Collegen Götz anzunehmen und den Referenten-Antrag abzulehnen.

Gem.-Rath Taubler: Ich will nicht über den Kostenpunkt reden, denn ich bin überzeugt, wenn das wirklich ausgeführt wird, würde sich der Baupreis bedeutend vermindern. Es werden Nachlässe gemacht und der Preis wird derselbe sein, der auch von Privaten gezahlt wird. Ich habe auch die Überzeugung, dass die Gemeinde nicht theurer baut als ein Privater. (Widerspruch links.)

Aber meine Herren, etwas anderes ist es: es muss endlich einmal mit diesen thurmhohen Schulhäusern gebrochen werden. Es geht nicht an, dass Sie in einem Bezirke den Privaten verbieten, drei Stock hoch zu bauen und für die zarten Kinder ein drei Stock hohes Schulhaus bauen. Ich habe das letztemal mit großem Widerwillen einer solchen Stockaufsetzung zugestimmt, aber ich kann mich nicht herbeilassen, wieder meine Zustimmung zu einer solchen zu geben. Ich bin dafür, dass ein neues Schulgebäude gebaut werde, es wird dadurch eine bessere Vertheilung der Schuljugend stattfinden, es wird nicht eine Unsumme von Kindern in einem thurmhohen Hause zusammengepfercht, und es wird auch der Bevölkerung besser entsprochen. Sollte es auch einige tausend Gulden mehr kosten, das macht nichts, das wird auf einer anderen Seite wettgemacht. Ich werde für den Antrag Götz stimmen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Haßfurther: Ich muss auch meiner Verwunderung Ausdruck geben, dass man in einem Bezirke mit ländlichem Charakter drei Stock hohe Schulhäuser bauen will. Ich bin überzeugt, dass es in jener Gegend genug billige Plätze für neue Schulen gibt. Es wird sich bald die Nothwendigkeit herausstellen, dass unter allen Umständen eine neue Schule gebaut werden muss, denn die Bevölkerung wächst von Jahr zu Jahr. Ich bin der Meinung, dass es jedenfalls richtiger wäre, einen neuen Schulbau aufzuführen, und glaube, dass die Kosten für einen solchen gewiss nicht bedeutend höher wären, als für die hier beantragte Aufsetzung eines dritten Stockes. Ich muss aufrichtig sagen, 29.000 fl. kommen mir für einen dritten Stock etwas hoch vor.

Ich würde daher beantragen, sich dem Antrage Götz anzuschließen, dass man einen neuen Bauplatz ausfindig machen und ein neues Schulgebäude errichten möge. (Zustimmung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Zunächst haben mehrere Herren auf den ländlichen Charakter dieser Gegend hingewiesen. Ich bitte aber doch, die Gegend etwas ins Auge zu fassen und mir zu sagen, worin der ländliche Charakter der Gegend gelegen ist. Weit und breit finden Sie dort nicht einmal einen Garten. Wo ist da der ländliche Charakter gelegen? Ich gebe ohneweiters zu, dass man vielleicht in Unter- oder Ober-St. Veit oder in ähnlichen Sommerfrischen nicht eine drei Stock hohe Schule hinstellen soll,

weil das in der That Bezirke mit ländlichem Charakter sind; aber dass in Penzing, in der Nähe der Bahn, wo ohnedies lauter dreistöckige Häuser sind, eine Schule nur zwei Stock haben muss, das verstehe ich nicht. Dieses Argument fällt also weg. Das gebe ich Ihnen, meine Herren, ohneweiters zu, dass eine zwei Stock hohe Schule und daneben vielleicht noch eine neugebaute, zwei Stock hohe Schule zusammen vielleicht etwas schöner sind als diese Schule mit einem aufgesetzten dritten Stockwerke. Aber Sie müssen doch auch an den finanziellen Erfolg denken. Glauben Sie, dass Sie da so billig darauskommen werden? Herr Gem.-Rath Bärtl, glaube ich, hat gemeint, wir geben halt das Doppelte her und haben dafür eine neue Schule. Dass wir dann um 56.000 fl. eine neugebaute Schule nicht bekommen werden, weiß Herr Gem.-Rath Bärtl als alter Gemeinderath ganz gut. (Gem.-Rath Bärtl: Als Privater bekomme ich sie.) Sie wird viel mehr kosten als 56.000 fl. Wenn wir also wieder 100.000 fl. für diesen Zweck ausgeben wollen, dann können wir eine neue Schule bauen, aber dies dürfte meines Erachtens vorläufig hinausgeworfenes Geld sein, und es ist geradezu unökonomisch, dort dieses zwei Stock hohe Gebäude zu belassen, die Aufsetzung des dritten Stockwerkes zu verweigern und zum Neubau einer Schule zu schreiten, die das Vierfache und nicht das Doppelte kosten wird. Ich kann nur bei dem Antrage des Stadtrathes beharren und mache aufmerksam, dass, wenn Sie die Aufsetzung eine dritten Stockwerkes ablehnen, Sie die Sache auf mindestens ein Jahr hinausschieben. (Widerspruch links.) Ich bitte, wenigstens auf ein Jahr hinausschieben, weil Sie den Neubau der Schule nicht bis zu Beginn des nächsten Schuljahres 1893/94 fertigstellen können, während die Aufsetzung dieses dritten Stockwerkes allerdings bis dahin fertig sein kann. Sie verschieben also durch Ihren Beschluss die ganze Angelegenheit auf ein Jahr, und ob Sie dabei den Interessen des Bezirkes gar so sehr dienen, lasse ich auch dahingestellt sein.

Wenn von einer Seite die luxuriöse Bauart und die Höhe der Kosten berührt wurde, so mache ich nur aufmerksam, dass wir auch im Stadtrathe davon gesprochen haben. Ich bitte, sich aber zum Plane zu bemühen und ihn anzusehen; die Ursache dieser luxuriösen Bauart sind nicht wir, sondern die ehemalige Gemeinde Penzing.

Man hat dort in der Schule ein Stiegenhaus gebaut, wie es bei uns nur in Palästen vorkommt, von solcher Breite und Ausdehnung, und wenn man nun ein drittes Stockwerk aufsetzt, so sind wir an dieses Stiegenhaus gebunden und können es nicht plötzlich kleiner machen; das macht eben diese enormen Kosten. Bei uns im alten Wien hat man nie eine Schule in so luxuriöser Weise gebaut.

Ich glaube daher, alle gemachten Einwendungen widerlegt zu haben, und kann nur sagen, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen die Aufsetzung des dritten Stockwerkes statt eines Neubaues empfehle, insbesondere aus dem Grunde, weil ich die Finanzen der Gemeinde Wien schonen will.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Herr Referent beantragt, es sei auf die Schule in der Preysinggasse in Penzing ein drittes Stockwerk aufzusetzen, und zu diesem Behufe ein Zuschusscredit von 29.000 fl. zu bewilligen.

Dem entgegen beantragt Herr Gem.-Rath v. Götz, die bestehende Bürgerschule in Penzing, d. i. dieselbe Schule, in eine Volksschule umzuwandeln, und zwischen Penzing und Breitensee soll eine neue Bürgerschule gebaut werden.

Diesen Gegen-Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Majorität. — Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Bitte nur, das Geld gleich zu bewilligen! (Heiterkeit links.)

Beschluss: Die Bürgerschule XIII., Preysinggasse 3, ist in eine Volksschule umzuwandeln und soll zwischen Penzing und Breitensee eine neue Bürgerschule zum Baue gelangen.

17. Referent Gem.-Rath Baugoin: Zahl 2463. Die Kinderwarteanstalt im XV. Bezirke bittet um eine Subvention. Diese Anstalt besteht seit einer Reihe von Jahren und wird als eine der humanitärsten geschildert, weil Kinder im zartesten Alter in Pflege und Warte angenommen werden. Der Andrang von Schülern ist ein so großer, dass selbst solche, die ein Schulgeld bezahlen, nicht mehr in der Anstalt untergebracht werden können. In den früheren Jahren bis zum Jahre 1892 hat die Gemeinde Fünfhaus diese Anstalt mit dem Betrage von 300 fl. subventioniert; im verflossenen Jahre hat die Gemeinde beschlossen, dieser Anstalt eine Subvention von 520 fl. zukommen zu lassen. Der Stadtrath hat jedoch mit Rücksicht auf das humanitäre Wirken dieser Anstalt und die große Anzahl der Armen, die dort Aufnahme suchen, sich erlaubt, den Antrag zu stellen, dieser Anstalt 600 fl. pro 1893 als Subvention zu gewähren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der Kinderwarteanstalt im XV. Bezirke wird pro 1893 eine Subvention von 600 fl. bewilligt.

18. Referent Gem.-Rath Baugoin: Zahl 2386. Die Genossenschaft der Zuckerbäcker bittet um eine Subvention für ihre fachliche Fortbildungsschule. Auch hier wird im Gesuche bemerkt, dass der Andrang der Schüler von Jahr zu Jahr sich vermehrt. In den Jahren 1888 bis 1891 hat die Genossenschaft für die fachliche Fortbildungsschule eine Subvention von 100 fl. erhalten und im Jahre 1892 200 fl.; es wird beantragt, auch für das Jahr 1893 200 fl. Subvention zu gewähren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der Genossenschaft der Zuckerbäcker wird für die fachliche Fortbildungsschule eine Subvention von 200 fl. pro 1893 bewilligt.

19. Referent Gem.-Rath Wihelsberger: Ich habe die Ehre, unter Zahl 3082 zu referieren über das Ansuchen der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Meidling um eine Subvention. Diese freiwillige Turnerfeuerwehr hat im vergangenen Jahre 500 fl. Subvention bekommen. Sie befasst sich größtentheils mit dem Ambulanzwesen, leistet in dieser Beziehung außerordentlich große Dienste, und es wurde seitens des Bezirksausschusses beantragt, dieser freiwilligen Feuerwehr eine Subvention von 1000 fl. zu gewähren. Der Stadtrath hat aber beschlossen, bei der Subvention in der Höhe des Vorjahres zu bleiben und dieser freiwilligen Turnerfeuerwehr eine Subvention von 500 fl. zu gewähren. Bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe gegen die Subvention für diese freiwillige Turnerfeuerwehr gar nichts einzuwenden, muss aber heute meine Bitte wiederholen; ich würde den Herrn Referenten bitten, vielleicht dem Plenum bekanntgeben zu wollen, wie lange dieser Act läuft. Die freiwillige Turnerfeuerwehr in Grinzing hat im December um eine Subvention angesucht und hat dieselbe trotz mehrmaliger Urgenz meinerseits und des gegenwärtigen Herrn Referenten bis heute nicht erhalten, so dass die zwei definitiv angestellten Diener im Monate April und Mai keinen Gehalt mehr bezogen haben. (Gem.-Rath Jedlička: Türkei!) Es ist auch mit den Requisiten eigenthümlich. Im Vorjahre ist der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering gelegentlich einer Übung eine Leiter gebrochen. Im Jänner schon bin ich deswegen herumgelaufen, und die freiwillige Feuerwehr in Sievering hat die Leiter heute noch nicht bekommen. Solche Sachen brauchen doch nicht durch den Stadtrath zu gehen. Wenn das Ansuchen an den Magistrat gestellt wird und der Magistrat das dem Feuerwehr-Commando übermittelt, so ist darüber gar kein Zweifel und jeder der Herren wird damit einverstanden sein — dass das Feuerwehr-Commando die Requisiten der freiwilligen Feuerwehr zu übergeben hat. Sie sehen, wie lange dieses Subventionsgesuch läuft; der Winter ist vorüber und diese Subvention gehört zum Theil für die Anschaffung von Wintermänteln. Die brauchen sie im Sommer nicht mehr, aber die Leute beziehen bis heute keinen Gehalt. Ich habe seinerzeit das geehrte Präsidium gebeten, den Herrn Magistrats-Referenten aufmerksam zu machen, dass rascher gearbeitet werden möge. Ich glaube, so viel Arbeit wird das nicht verursachen, das Subventionsgesuch einer freiwilligen Feuerwehr zu erledigen, aber es geht äußerst langsam in diesem Departement, ich erkläre das heute wieder.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich bin nicht gegen die Subvention für diese freiwillige Feuerwehr, es fällt mir nicht ein, aber ich glaube, die Feuerwehren sollten alle gleich behandelt werden. Sie sind noch auf dem alten Schimmel, wie sie die Vororte erhalten haben. Zum Beispiel gerade die Hietzinger Feuerwehr hat es nicht nöthig, um eine Subvention einzureichen, da werden von der Gemeinde die Passiven, die Schläuche u. s. w. bezahlt. Aber es sollen alle gleich behandelt werden. Dass die Feuerwehren um eine Subvention einkommen müssen, kommt mir gerade so vor, wie wenn die Wirtshausvereine für die armen Kinder um eine Subvention einkommen. Eine Feuerwehr soll es nicht thun, dass sie um eine Subvention einkommt; nach meiner Ansicht ist die Gemeinde verpflichtet, der Feuerwehr das zu geben, was sie braucht (Zustimmung links), und ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, es möchte doch endlich einmal so weit kommen, dass die Feuerwehren von der Gemeinde erhalten werden und ihnen das gegeben wird, was sie brauchen, so dass gar keine Feuerwehr mehr bemüssigt ist, um eine Subvention einzukommen. Sie müssen die Feuerwehren erhalten deswegen, weil Sie die Feuerwehren brauchen, trotzdem werden Sie durch die freiwillige Feuerwehr billiger auskommen. Nehmen Sie die Hietzinger Feuerwehr zum Muster, diese bekommt von der Gemeinde alles.

Schauen Sie die Penzinger Feuerwehr an. Sie ist im vorigen September um eine Subvention eingekommen. Sie hat 4000 fl. Schulden. Heute haben wir noch kein Geld. (Hört! Hört! links.) Ich selbst zahle aus meinem Sacke die Passiva. Wir müssen von Thür zu Thür fechten gehen. So soll die Commune Wien sich nicht verhalten und daher stelle ich den Antrag, dass das vom Stadtrathe berathen werden soll und jede Feuerwehr das bekomme, was sie braucht.

Referent (Schlusswort): Dem Herrn Gem.-Rathe Steiner habe ich bekanntzugeben, dass das Ansuchen der Meidlinger Turnerfeuerwehr am 24. Februar 1893 überreicht worden ist. Dem Herrn Collegen Ziegelwanger gebe ich bekannt, dass das, was er anregt, im Stadtrathe schon besprochen wurde und auch im Jahre 1894 gewiss eine andere Eintheilung stattfinden wird. Er hat vollkommen recht, dass der Modus, wie er jetzt geübt wird, nicht der richtige ist; er wird auch abgestellt werden. Ich bitte, vorläufig jedoch die Subvention mit 500 fl. für die Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Herr Referent stellt den Antrag . . . .

Gem.-Rath Ziegelwanger (unterbrechend): Ich habe auch einen Antrag gestellt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Geduld, er wird sofort zur Abstimmung kommen. Der Herr Referent stellt den Antrag, der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Meidling eine Subvention von 500 fl. zu gewähren. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Ziegelwanger geht an den Stadtrath.

Beschluss: Der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Meidling wird eine Subvention von 500 fl. pro 1893 bewilligt.

20. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren über Zahl 2705, Beilage Nr. 71.

Es handelt sich um die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des erweiterten Rohrnetzes der Hochquellenleitung.

Es ist nämlich vom Stadtbauamte eine Vorlage gemacht worden, worin zunächst darauf hingewiesen wird, dass das neue Rohrnetz, welches in den bisherigen Vororten gelegt wird, in den ganzen Betrieb einzubeziehen ist, dass auch einige alte Rohrleitungen übernommen werden mussten und dass überhaupt das Rohrnetz eine ganz bedeutende Ausdehnung bekommen hat, namentlich in der Brigittenau, in Zwischenbrücken, dem k. k. Prater, der Donaustadt, wie auch im IV. und X. Bezirke, wo sehr bedeutende Rohrverlängerungen stattgefunden haben. Das Stadtbauamt bringt dabei zur Kenntnis, dass mit dem derzeitig systemisierten Aufsichtspersonale das Auskommen nicht mehr gefunden wird und mit Rücksicht darauf, dass nun auch die Bauarbeiten in den einzelnen neuen Bezirken begonnen haben, nämlich in Fünfhaus, Sechshaus, Rudolfsheim, Penzing, Gaudenzdorf, Ober- und Unter-Meidling, wird namentlich auch für die Beaufsichtigung dieser Arbeiten und um das Aufsichtspersonale in die Kenntnis dieser Verhältnisse schon jetzt einzuführen, als sehr dringend verlangt, man möge namentlich für die letztgenannten Zwecke zwei Aufseher und zwei Aufsehergehilfen bewilligen; ferner einen Aufsehergehilfen für den ausgedehnten II. Bezirk und einen Aufsehergehilfen für den III. Bezirk, beziehungsweise XI. Bezirk, namentlich darum, weil in diesem Bezirke die Leitung schon bis in den Central-Friedhof gelegt ist und sich daran Verschiedenes anschließen wird, weshalb die Aufsicht um so nothwendiger sein wird.

Es wird auch ein Aufsehergehilfe für den VIII. Bezirke wegen des Betriebsdienstes im XVI. Bezirke verlangt, dann zwei Gehilfen für den XIX. Bezirk zur Aufsicht für die Bezirke XVIII und XIX, ferner soll für das städtische Röhrendepot, welches jetzt ganz

bedeutend vergrößert wurde und auch viel mehr in Anspruch genommen wird durch die Einlagerung der für die bisherigen Vororte bestimmten Röhren, zur Unterstützung des dortigen Depotverwalters ebenfalls ein Aufsehergehilfe demselben beigegeben werden. Das Depot ist gewissermaßen in zwei Theile getheilt, und es ist daher eine Aufsicht über das wertvolle, der Commune gehörige Material an Röhren, das dort liegt, um so nothwendiger.

Es ist nun von der Buchhaltung berechnet worden, dass die Kosten für die Bestallung der von mir genannten Aufseher und Aufsehergehilfen sich per Jahr auf 5730 fl. 50 kr. belauft, und zwar was die eigentlichen Löhnungen anbelangt, und der Betrag von 41 fl. 38 kr. auf Monturen benöthigt würde, so dass der Gesammtaufwand per Jahr den Betrag von 5771 fl. 88 kr. ausmachen würde. Für das Jahr 1894 müsste selbstverständlich hiefür im Budget Vorsorge getroffen werden, und wird für heuer, da dies mit 1. Juni in Kraft treten und die Vermehrung durchgeführt werden soll, beantragt, dass die entsprechende Quote in Anspruch genommen wird. Die Anträge, welche ich zu stellen die Ehre habe und welche in der gedruckten Vorlage enthalten sind, lauten:

„1. Die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des Rohrnetzes der Hochquellenleitung um einen Aufseher I. Classe mit dem Taglohn von 2 fl., einen Aufseher II. Classe mit dem Taglohn von 1 fl 70 kr. und acht Aufsehergehilfen mit dem Taglohn von je 1 fl. 50 kr. nebst der Montur (jährlich einen Zwilchkittel und ein Paar Zwilchhosen) sowie mit Zuweisung von Naturalwohnungen, respective Quartiergeldbeiträgen nach Maßgabe der sich ergebenden Verhältnisse, eventuell zu stellenden Anträge, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf vom 1. Juni d. J. angefangen.

2. Die Genehmigung der diesfälligen Mehrkosten von jährlich 5771 fl. 88 kr. vorbehaltlich der seinerzeitigen Anträge wegen der Unterkunft der Aufseher."

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! In dieser Vorlage ist wohl erwähnt, dass ein Aufseher I. Classe, ein Aufseher II. Classe, acht Aufsehergehilfen aufgenommen werden sollen. Es ist aber gar nicht angegeben, aus was für einer Profession die Oberaufseher, Aufseher oder Gehilfen genommen werden sollen. Man sollte doch auch darauf Rücksicht nehmen, dass man nicht jemanden nimmt, der vielleicht von dem ganzen Wasserleitungsrohrsystem gar nichts versteht. Vielleicht kann der Herr Referent mir darüber Aufschluss geben, was die Leute gelernt haben müssen, die man da anstellen will.

Referent: Ich mache darauf aufmerksam, dass das nicht eine vollständige Neusystemisierung ist. Wir haben ja schon für den Betriebsdienst im bisherigen Wien 12 Aufseher und circa 18 bis 20 Aufsehergehilfen; da nun die Ausdehnung der Hochquellenleitung auf die neuen Bezirke erfolgt, so werden selbstverständlich mehr Aufseher und Aufsehergehilfen gebraucht. Die Bestallung derselben erfolgt durch das Stadtbauamt, beziehungsweise durch den Magistrat. Ich kann mir aber nur denken, dass es selbstverständlich ist, dass man auf solche Persönlichkeiten Rücksicht nehmen wird — und heutzutage ist ja da leider kein Mangel — welche für solche Zwecke entsprechend sind. Das sind entweder diejenigen, welche aus dem Bau- oder Maurerfache sind, oder jene, welche Maschinenarbeiter sind. Es wird also eine eigene Bedingung nicht gestellt, aber offenbar ist es Sache des Stadtbauamtes, sich derart qualificierte Arbeiter selbst auszuwählen.

Gem.-Rath Eigner: Man sollte darauf Rücksicht nehmen, Leute anzustellen, die die Sache verstehen, also Maurer, Steinmetze, Schlosser, Maschinisten; nicht aber vielleicht Schuster oder Schneider, die nichts von der Sache wissen, wie das auch geschehen ist in Fällen, die ich anführen könnte. Man sollte in der Vorlage anführen, wo man die Leute hernehmen will. Bei der Militär-Assentierung nimmt man auch einen Schuster nicht zu einem Genieregiment; gewiss nimmt man ihn auch, aber zum Stiefelmachen und zu keinem anderen Zwecke. Zur Cavallerie assentiert man wieder Leute, die mit Pferden umzugehen wissen. Man sollte also auch hier Vorsorge treffen, um Leute zu nehmen, welche die Arbeit zu beaufsichtigen verstehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Ich glaube, der geehrte Herr Vorredner kann vollkommen beruhigt sein, und zwar darum, weil ja unser technisches Amt, das Stadtbauamt und der Stadtbaudirector, für die Aufsicht mitverantwortlich ist und gar kein Zweifel ist, dass nur für diesen Zweck taugliche Leute genommen werden. Es kann also nicht Sache des Gemeinderathes sein, extra einen Beschluss zu fassen, dass nur Maschinisten oder Maurer zu verwenden seien. Hiebei ist auch noch Folgendes zu berücksichtigen: Jetzt werden in den Vororten die Rohre gelegt. Dabei sind verschieden gestaltete Rohre, sowie Verbindungsschieber und Hydranten anzubringen und es ist gut, dass die Leute jetzt schon angestellt werden, um sich bei der Legung dieser Rohre praktische Kenntnisse anzueignen, aus denen sie, wenn sie unterrichtet sind, in der Folge Nutzen ziehen können. Nachdem das städtische Bauamt selbst das größte Interesse daran hat, geschulte und tüchtige Leute zu bekommen, wird sicher nicht der Fall vorkommen, dass ein Schuhmacher — so sehr ich demselben eine entsprechende Anstellung wünsche — zu einer Arbeit genommen wird, zu der besser Maurer und Maschinisten zu verwenden sind. Der Herr Vorredner möge also beruhigt sein. Gegen die Anträge ist sonst überhaupt keine Einwendung erhoben worden; ich bitte also, dieselben anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen die Anträge des Herrn Referenten ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: 1. Die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des Rohrnetzes der Hochquellenleitung um 1 Aufseher I. Classe mit dem Taglohne von 2 fl.; 1 Aufseher II. Classe mit dem Taglohne von 1 fl. 70 kr. und 8 Aufsehergehilfen mit dem Taglohne von je 1 fl. 50 kr. nebst der Montur (jährlich 1 Zwilchkittel und 1 Paar Zwilchhosen) sowie mit Zuweisung von Naturalwohnungen, respective Quartiergeldbeiträgen wird nach Maßgabe der sich ergebenden Verhältnisse, eventuell zu stellenden Anträge, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf vom 1. Juni d. J. angefangen, bewilligt.

2. Die diesfälligen Mehrkosten von jährlich 5771 fl. 88 kr. werden vorbehaltlich der seinerzeitigen Anträge wegen der Unterkunft der Aufseher genehmigt.

21. Referent Gem.-Rath Schlechter: Zahl 2715. Es handelt sich hier um die Auswechslung der Gasleitungsrohre im Gemeindehause des VIII. Bezirkes. Dieses Haus ist einer Renovierung unterzogen worden und bei dieser Gelegenheit hat es

sich gezeigt, dass die bisherigen Gasleitungsrohre herausgenommen werden müssen und jetzt durch neue und entsprechende Rohre zu ersetzen sind. Das soll also gleichzeitig mit der Renovierung geschehen und nachdem für die bezügliche Position keine Bedeckung vorhanden ist, so wird Ihnen nach dem Magistrats-Antrage der Antrag unterbreitet:

„Die Auswechslung der Blei-Gasrohrleitung im Gemeindehause des VIII. Bezirkes, Schmidgasse 18, und die Ersetzung derselben durch eine Eisen-Rohrleitung, sowie die Versetzung des Gasmessers wird mit dem Kostenerfordernisse von 300 fl. nachträglich genehmigt und ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zur Präliminar-Rubrik XII 4 d bewilligt."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die Auswechslung der Blei-Gasrohrleitung im Gemeindehause des VIII. Bezirkes, Schmidgasse 18, und die Ersetzung derselben durch eine Eisen-Rohrleitung, sowie die Versetzung des Gasmessers wird mit dem Kostenerfordernisse von 300 fl. nachträglich genehmigt und ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zur Präliminar-Rubrik XII 4 d bewilligt.

22. Referent Gem.-Rath Schlechter: Im unmittelbaren Zusammenhange mit dem vorhergegangenen Referate steht das Stück Zahl 2560; es betrifft dasselbe die Einleitung des Hochquellenwassers in den ersten und zweiten Stock des von mir genannten Gemeindehauses im VIII. Bezirke. Bei Gelegenheit der Renovierung ist es zweckmäßig, einen Auslauf des Wassers, welches gegenwärtig nur zu ebener Erde eingeleitet ist, auch im ersten und zweiten Stocke einzurichten. Nachdem aber auch in diesem Falle die Bedeckung für den nicht sehr großen Betrag nicht vorhanden ist, habe ich die Ehre, Ihnen zu empfehlen, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

„Die Einleitung des Hochquellenwassers in den ersten und zweiten Stock des Gemeindehauses im VIII. Bezirke, Schmidgasse 18, mit dem adjustierten Kostenerfordernisse von 200 fl. ö. W. wird genehmigt und unter einem zur Gruppe III, Rubrik XII 4 d des Hauptvoranschlages ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt."

Gem.-Rath Brauneiß: Ich möchte mir nur die Anfrage erlauben, ob das Gemeindehaus nur zwei Stöcke hat.

Referent: Es ist das das Josefstädter Gemeindehaus, welches, wenn ich nicht irre, nur zwei Stöcke hat. (Ruf links: Drei Stöcke!) Im ersten Stock sind die Kanzleien, im zweiten Stock meines Wissens außerdem noch Parteien.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich möchte darauf zurückkommen. Es ist z. B. im Fünfhauser Amtshause im ersten und zweiten Stock Wasser eingeleitet; im dritten Stock, wo Parteien wohnen, ist kein Wasser. Es haben schon mehrere an mich die Anfrage gestellt, warum das so ist. Ich habe das damit erklärt, dass eben nur für Amtslocalitäten das Wasser eingeleitet wird. Nachdem ich höre, dass das Gemeindehaus auch einen dritten Stock hat, frage ich, warum leitet man das Wasser nicht auch für die Parteien in den dritten Stock ein?

Referent: Im ersten Stock befindet sich die Bezirkskanzlei, theilweise auch im zweiten Stock. Es wird jedenfalls dort eine solche Lage sein, dass es nicht entspricht, in den dritten Stock das Wasser einzuleiten. Übrigens begnügt sich die Bezirksvorstehung damit, das Ansuchen zu stellen, dass nur im ersten und zweiten Stock Wasser eingeleitet werde. Im Parterre ist ohnehin ein Auslauf. Wir werden doch nicht weiter gehen, wenn sich die competente Behörde damit begnügt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist gegen den Antrag keine Einwendung erhoben. Derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die Einleitung des Hochquellenwassers in den ersten und zweiten Stock des Gemeindehauses im VIII. Bezirke, Schmidgasse 18, mit dem adjustierten Kostenerfordernisse von 200 fl. ö. W. wird genehmigt und unter einem zur Gruppe III, Rubrik XII 4 d des Hauptvoranschlages ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

23. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 3077, Beilage 81. Es handelt sich um eine Baulinienbestimmung für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke. In diesem XIV. Bezirke sind dieselben Verhältnisse wie in manchen anderen Vororten. Es wurden seinerzeit Baulinien bestimmt, denen zufolge außerordentlich enge Gassen entstanden sind. Im Durchschnitt haben dort die Gassen eine Breite von 11·38 m. Die Gasse, welche in Rede steht, die Dreihausgasse, hat gar nur eine Breite von 7·59 m, d. h. von 4". Eine Verbreiterung dieser Gasse ist daher dringend nothwendig. Dieselbe kann jedoch nur auf einer Seite stattfinden, auf der Seite mit ungeraden Nummern, weil auf der Seite mit geraden Nummern einige größere Neubauten stehen und außerdem die Platztiefen dort noch bedeutend seichter sind, als auf der Seite mit ungeraden Nummern.

Es wird daher seitens des Stadtrathes beantragt, es sei die Breite der Dreihausgasse auf 11·38 m zu bringen, wie breit eben auch die Parallelstraßen sind, damit diese außerordentlich enge Straßenbreite von 4" verschwinde, und sei die Verbreiterung auf der Seite mit ungeraden Nummern vorzunehmen.

Wörtlich lautet der Antrag des Stadtrathes folgendermaßen (liest):

„Es werde die Baulinie für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den im Plane eingezeichneten Linien A B C D und a b c d genehmigt."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die Baulinie für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke bei einer Straßenbreite von 11·38 m wird nach den im Plane eingezeichneten Linien A B C D und a b c d genehmigt.

24. Referent Gem.-Rath Noske: Beilage 64. Es ist begreiflich, dass durch die Einbeziehung der Vororte auch die Arbeiten im städtischen Materialdepot und namentlich diejenigen, welche bezüglich der Verführung der Würfelsteine zu vollziehen sind, sich erheblich vermehrt haben.

Mit dieser Begründung wird vom Amte vorgeschlagen und als Vorlage vom Stadtrathe an das geehrte Plenum beantragt (liest):

„1. Den Taglohn der im Materialdepot verwendeten Arbeiter für Arbeiten im Depot von 1 fl. auf 1 fl. 20 kr. und für Steinbegleitung von 1 fl. 29 kr. auf 1 fl. 50 kr. zu erhöhen;

2. die Aufnahme von zwei Arbeitern, welche das Wagnerhandwerk erlernt haben, gegen einen Taglohn von 1 fl. 80 kr. und von vier Arbeitern für das Materialdepot gegen einen Tag-

lohn von 1 fl. 20 kr., beziehungsweise für Steinbegleitung von 1 fl. 50 kr. und für Steinsortierung von 1 fl. 80 kr. zu genehmigen;

3. für die pro 1893 sich ergebende Mehrauslage einen Gesammtzuschusscredit von 1334 fl. 40 kr. zur Rubrik LII 2 zu bewilligen."

Da die Nothwendigkeit zur Vermehrung des Personales und Erhöhung der Löhne vorhanden ist, erlaube ich mir, um Genehmigung des Antrages zu bitten.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: 1. Der Taglohn der im Materialdepot verwendeten Arbeiter für Arbeiten im Depot wird von 1 fl. auf 1 fl. 20 kr. und für Steinbegleitung von 1 fl. 29 kr. auf 1 fl. 50 kr. erhöht;

2. die Aufnahme von zwei Arbeitern, welche das Wagnerhandwerk erlernt haben, gegen einen Taglohn von 1 fl. 80 kr. und von vier Arbeitern für das Materialdepot gegen einen Taglohn von 1 fl. 20 kr., beziehungsweise für Steinbegleitung von 1 fl. 50 kr. und für Steinsortierung von 1 fl. 80 kr. zu genehmigen;

3. für die pro 1893 sich ergebende Mehrauslage wird ein Gesammtzuschusscredit von 1334 fl. 40 kr. zur Rubrik LII 2 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine vertrauliche Sitzung, in welcher das Referat Noske, betreffend die Straßensäuberung in der Inneren Stadt, erstattet wird.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **19. Mai 1893.**

Vorsitz: **1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Gem.-Rath Noske referiert über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke, beziehungsweise über das diesbezügliche Project des Ober-Inspectors Hans Stritzl, und stellt folgende Anträge:

1. Das Offert, beziehungsweise das Nachtragsoffert der Transport-Gesellschaft auf Übernahme der im Bedingnisshefte ersichtlichen, die Straßensäuberung ꝛc. im I. Bezirke betreffenden Leistungen für die daselbst angegebene Zeitdauer bis 30. Juni 1900 gegen Vergütung eines jährlichen Pauschalbetrages von 420.000 fl. wird unter folgenden Bedingungen angenommen:

a) Dass die Gemeinde Wien sich vorbehält, im Falle sie die Pflasterung und Instandhaltung der Zufahrtstraße zum Bruckhaufen übernimmt, vom Zeitpunkte der Fertigstellung dieser Straße und insolange die Kehrichtabfuhr am Bruckhaufen zu erfolgen hat, einen Offertnachlass jährlicher 5000 fl. in Anspruch zu nehmen;

b) dass die Gemeinde sich vorbehält, falls sie den Abladeplatz am Bruckhaufen auflassen sollte, von dem Zeitpunkte an, als der Abladeplatz nicht mehr benützt und die Zufahrtstraße vom Abladeplatz von der Transport-Gesellschaft zu Zwecken der Kehrichtverführung für den I. Bezirk nicht mehr befahren werden muss, den offerierten Nachlass jährlicher 3000 fl. in Anspruch zu nehmen;

c) dass die Gemeinde sich vorbehält, für den Fall, als sie eine anderweitige Verwertung oder Verführung des Kehrichts durchführen sollte, das der Transport-Gesellschaft laut Punkt 19 des Regulativs zustehende Eigenthumsrecht auf den Kehricht gegen Bezahlung der Summe, welche die Transport-Gesellschaft nachweisbar für den Kehricht aus dem I. Bezirke vereinnahmt, abzulösen, um über den Kehricht frei verfügen zu können;

d) dass der Unternehmer sich bereit erklärt, der Gemeinde eine angemessene Rückvergütung aus dem ihm gewährten Pauschale zu leisten, falls er von der im § 38, Absatz 1 des Regulativs vorgesehenen Verpflichtung der Reinigung und Desinfection der Pissoirs enthoben wird.

2. Der Magistrat wird beauftragt, binnen Jahresfrist ein vollständig ausgearbeitetes, mit den erforderlichen Plänen und Kostenvoranschlägen versehenes Project zur versuchsweisen Übernahme der regulären Straßenreinigung, Straßenbespritzung und Straßenconservierung und des hiezu erforderlichen Fuhrwerkes und seiner Bespannung, dann der Schneesäuberung und der theilweisen Verführung des Schnees in einem zu einem solchen Versuche, insbesondere mit Rücksicht auf die Möglichkeit der mietweisen Erwerbung entsprechender Depots und Stallungen, geeigneten Bezirke vorzulegen.

Bei der Antragstellung rücksichtlich der weiteren Vergebung von auf die Straßenreinigung ꝛc. bezughabenden Leistungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass solche Verträge nicht geschlossen werden, durch welche der geplanten, vorerst für einen Bezirk versuchsweisen Übernahme in vollständig eigene Regie vorgegriffen werden könnte, und es ist im allgemeinen bei allen derartigen Vergebungen in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen, dass dem Gemeinderathe ermöglicht wird, wenn er es in seinem Ermessen findet, vom Jahre 1900 angefangen in allen Bezirken die vollständig eigene Regie durchzuführen.

3. Hiedurch erledigt sich die Eingabe des Ober-Inspectors Stritzl, welchem aus Anlass der Verfassung dieses Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes ausgesprochen wird.

Die Debatte wird auf die nächste Sitzung verschoben.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **12. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Noske, v. Götz, Rückauf, v. Goldschmidt, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Baugoin, Matthies, Dr. Vogler, Meißl, Witzelsberger, Müller, Wurm.
Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Matzenauer, v. Neumann.

Experte: Magistratsrath Dr. Beczicza und Linsbauer, Baurath Schiebeck, Feuerwehr-Ober-Inspector Stritzl.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** macht derselbe folgende Mittheilungen:

St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben.

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein späteres Erscheinen wegen der um ¾11 Uhr stattfindenden Überreichung der Gedenkmedaille an Brahms. (Zur Kenntnis.)

Antrag des St.-R. Kreindl und Genossen: Der Magistrat sei zu beauftragen, wegen Errichtung zweier neuer Auslaufbrunnen im XIX. Bezirke in Heiligenstadt (Barawitzkagasse und in der Nähe der Nussdorferstraße) ehestens dem Stadtrathe eine Vorlage zu machen.

(An den Magistrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

(3015.) **St.-R. v. Götz** referiert über den Antrag des Bezirksvorstehers des XIII. Bezirkes auf Gewährung einer Unterstützung durch die infolge des Brandes in Hütteldorf am 2. Mai d. J. Beschädigten und beantragt die Gewährung einer Unterstützung im Betrage von 1000 fl., wobei der Bezirksvorsteher, welchem die Vertheilung übertragen wird, die bereits auf privatem Wege erfolgte Betheilung der Beschädigten in Rechnung zu ziehen hat. Weiters beantragt derselbe, der Direction der Hütteldorfer Brauerei-Actiengesellschaft den Dank für ihr thatkräftiges Eintreten bei diesem Brandunglücke auszusprechen.

Referent zieht sein Referat zur Vornahme weiterer Erhebungen zurück.

(2966.) **Derselbe** referiert über den vorzunehmenden Verkauf von im städtischen Hause Nr. 85 Hauptstraße in Baumgarten, XIII. Bezirk, befindlichen, von der bestandenen Gemeinde Baumgarten übernommenen Effecten im Schätzungswerte von 136 fl. 22 kr. und beantragt deren Veräußerung im Wege der freiwilligen Versteigerung.

(Angenommen.)

(2989.) **St.-R. Schlechter** referiert über den bauämtlichen Kostenanschlag für Herstellung von Hochquellen-Rohrleitungen in den Gassen III, IX, X, XI, XII und in der Hohlweggasse und Gürtelstraße im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Herstellung dieser Rohrleitungen im veranschlagten Betrage von 7400 fl. (bedeckt) und Vergebung der Arbeiten nach den Anträgen des Magistrates.

(Angenommen.)

(3007.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Bewohnern des Bezirkstheiles Kaisermühlen, betreffend die Einführung der Hochquellenleitung bis dahin, und über den Antrag des Gem.-Rathes Tagleicht, denselben Gegenstand betreffend, und beantragt die bewilligte Verlängerung des Rohrstranges in der Kagraner Reichsstraße bis zu dem gemauerten Durchlassobjecte derselben hinter der Magenschein'schen Restauration, Aufstellung eines Auslaufbrunnens vor diesem Objecte, Dotierung dieses Auslaufbrunnens mit täglich 114 hl, Genehmigung des bedeckten Kostenerfordernisses per 4300 fl. und Vergebung der Arbeiten im Sinne der Magistrats-Anträge.

(Angenommen.)

(Ad 2704.*) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die hinsichtlich des Lastenstandes des Hauses Einl.-Z. 208, Catastral-Gemeinde Nussdorf, Haus C.-Nr. 97 „zur goldenen Rose" und beantragt, es sei in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 8. Mai 1893, Z. 2704, zu genehmigen, dass die mit diesem Beschlusse als zur Einverleibung auf dem genannten Hause primo loco bestimmten Verpflichtungen secundo loco nach der zu Gunsten des Ärars puncto Wasserleitungserhaltung einverleibten Satzpost per 350 fl. einverleibt werden dürfe. (Angenommen.)

(2964.) **St.-R. Schlechter** referiert über acht Gesuche um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren von Häusern des VII. Bezirkes und beantragt die Abschreibung im Sinne der Anträge des magistratischen Bezirksamtes für den VII. Bezirk. (Angenommen.)

(3017.) **Derselbe** referiert über Rückstände an Wassermehrverbrauchsgebüren bei vier Häusern des V. Bezirkes und beantragt nach dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den V. Bezirk die Abschreibung, beziehungsweise Reducierung dieser Gebüren für je zwei Häuser. (Angenommen.)

(3016.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Circusdirectors Paul Busch um Überlassung von täglichen 400 hl Hochquellenwasser für seinen Circus im k. k. Prater und beantragt die Genehmigung dieser Wasserabgabe bis Ende Juni d. J. unter den vom magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk beantragten Modalitäten.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt den Zusatz, diese Bewilligung nur „auf Widerruf" zu geben.

Referenten-Antrag mit Zusatz-Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

(2988.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Josef Friedl um Entschädigung für einen zu Wohnzwecken unbrauchbaren Theil seiner Naturalwohnung in der eingemieteten Schule, II. Bezirk, Stefaniestraße 13, und beantragt, dem Genannten für die Zeit vom 1. Februar 1892 bis 31. October 1893 zu seiner Naturalwohnung eine Quartiergeldentschädigung, respective Aufzahlung von 60 fl. pro Jahr zu bewilligen. (Angenommen.)

(2994.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Röhrl auf Vornahme verschiedener Renovierungsarbeiten im Theresienbade in Meidling und beantragt, den Bericht des Magistrates, wonach vorläufig von der Herstellung einer neuen Trockenkammer und von der Vergrößerung der Rollkammer Umgang genommen wird, die übrigen von dem Antragsteller angeregten Herstellungen bereits mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 14. März 1893, Z. 6980, bewilligt wurden und andere minderwichtige Herstellungen für das Jahr 1894 in Aussicht genommen werden, lediglich zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2995.) **Derselbe** referiert über die Gebarungsresultate der Straßenbespritzung mit Schlauchtrommelwägen in den Jahren 1891/92 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3019.) **Derselbe** referiert über die August Schreck'sche Stiftung für zwei arme Schüler der Ober-Meidlinger Volksschule und beantragt die Annahme dieser Stiftung. (Angenommen.)

(3024.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die nothwendige Adaptierung einer Localität des Sehr'schen Stiftungshauses X. Bezirk, Quellengasse, zu einem Turnsaale und beantragt auf Grund der vom St.-R. Müller hinsichtlich des technischen Theiles dieses Referates gemachten Anregungen:

1. Die ehedem von Ignaz Sgalitzer in Miete gehabten Localitäten des genannten Stiftungshauses werden behufs Adaptierung zu einem Turnsaale ab Maitermin 1893 um einen Jahreszins von 500 fl. inclusive Nebengebüren gemietet.

*) Magistratsrath Dr. Beczicka fungiert als Experte.

2. Dem von der Gemeinde Wien zu bestellenden Hausbesorger ist für die Beaufsichtigung des Hauses eine Hausbesorgerbestallung im monatlichen Betrage von 8 fl. aus Gemeindemitteln anzuweisen.

3. Der Magistrat, beziehungsweise das Stadtbauamt, hat eine entsprechende Restringierung der beantragten Adaptierungskosten vorzunehmen, da die veranschlagten Adaptierungskosten bei dem Umstande, als es sich um ein fast neues Haus handelt, zu hoch sind.

(Angenommen.)

(3033.) **Derselbe** referiert über den Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 8. Mai d. J., Z. 3751, betreffend die Verlegung und Organisierung der Schule XIV., Rudolfsheim, Selzergasse 19 und Kröllgasse 14, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(2838.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes, betreffend die Zustimmungsertheilung zur Auflassung der Mädchen-Volksschule VI., Magdalenenstraße 1, und beantragt, der mit Beginn des Schuljahres 1893/94 eintretenden Auflassung der Mädchen-Volksschule VI., Magdalenenstraße 1, die Zustimmung zu ertheilen.

(Angenommen.)

(2952.) **St.-R. Müller** referiert über das Kaufanbot des Eduard Czetl bezüglich eines Theiles der Cat.-Parc. 638/2, Hernals, XVII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung dieses Anbotes.

(Angenommen.)

(2898.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung bezüglich der im vorigen Jahre ausgeführten Erweiterung des Hietzinger Friedhofes, wonach von dem genehmigten Kostenbetrage der Betrag von 2483 fl. 61 kr. in Ersparung gebracht wurde, und beantragt, die Restzahlung per 1613 fl. 71 kr., für welche im Hauptvoranschlage pro 1893 eine Deckung nicht vorhanden ist, auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen.)

(2975.) **Derselbe** referiert über die Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses Or.-Nr. 25 Pramergasse, Or.-Nr. 1 Rögergasse, IX. Bezirk, zur Straße abzutretenden Grund per 294·52 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 20 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(2782.) **Derselbe** referiert über 33 Gesuche puncto Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Sladek Wenzel, k. k. Sicherheitswachmann;
Schmiedinger Josef, Brantweinschenker;
Kramer Anton, Gastwirt und Hausbesitzer;
Feigl Franz, Maurermeister und Hausbesitzer;
Schuster Josef, Platzmeister;
Petermichl Franz Cölestin, Gastwirt;
Strnad Johann, Heizer;
Neubauer Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Lis Wenzel, Taglöhner;
Nenahlo Johann, Zimmermann;
Starzinger Georg, Privat;
Mold Ludwig, Gemischtwaren-Verschleißer;
Lunak Franz, Fabriksarbeiter;
Müller Benedict, Gastwirt;
Krauter Heinrich, Fassbinder;
Stangl Anton, k. k. Polizei-Agent;
Bobornik Johann, Brantweinschenker;
Meßner Paul, Brauhausbediensteter;
Berka Eusebius, Kutscher;
Martschin Karl, Fleischhauer;
Wesely Christine, verw. Ledl, geb. Phocholka, Greißlerin;
Komrska Adalbert, Eisverschleißer, und
Sokob Jakob, Tischler;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Abeles Josef, Privatbeamter;
Rodulescu Hippolit, Realschüler, und
Blum Hermine, Privatlehrerin.

Die vorstehenden Anträge werden angenommen.

(2979.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Währing um Deckung verschiedener Bedürfnisse und beantragt, zur Vornahme der vom Magistrate specificierten Anschaffung, beziehungsweise Reparatur von Ausrüstungsgegenständen, Monturen &c. den Betrag von 1012 fl. 88 kr. zu bewilligen; das Ansuchen dieser freiwilligen Feuerwehr um Beistellung von zwei Paar Pferden der städtischen Berufsfeuerwehr sammt Kutschern sei jedoch abzuweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3023.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Hacking, XIII. Bezirk, um Subvention und beantragt:

1. Übernahme mehrerer bisher noch im Eigenthume dieser Feuerwehr gebliebenen Ausrüstungsgegenstände in das Eigenthum der Gemeinde Wien und leihweise Überlassung der vom Magistrate genannten Inventarstücke an diese Feuerwehr;

2. Votierung eines Betrages von 1235 fl. für Anschaffungen im Sinne des Magistrats-Antrages;

3. Bewilligung eines Zuschusscredites per 399 fl. 42 kr. zur Ausgabs-Rubrik XX 10 zur Deckung des unbedeckten Restbetrages in der angegebenen Höhe.

(Angenommen; bezüglich Punkt 2 und 3 an den Gemeinderath.)

(2295.) **Derselbe** referiert über mehrere Recurse gegen feuerpolizeiliche Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den VII. Bezirk und beantragt, dem Recurse des Karl Johann Merkens, VII. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 98, und jenem des Cartonnagewaren-Erzeugers Josef Herschel, VII. Bezirk, Zieglergasse Nr. 25, Folge zu geben; bezüglich des Recurses der Amalie Reimelt jedoch nichts zu verfügen, nachdem derselbe durch die im Mai d. J. erfolgende Räumung des fraglichen Locales VII. Bezirk, Apollogasse Nr. 3, gegenstandslos geworden ist. (Angenommen.)

(2441.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Jakob Bechtold, Administrator des Hauses Or.-Nr. 38 Hauptstraße, Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt, den Genannten auf die Bestimmungen des § 66 a 7 der Bauordnung für Wien zu verweisen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2290.) **Derselbe** referiert über den Recurs des F. Pospischil puncto feuerpolizeilichen Auftrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk in Betreff des Hauses Nr. 293 in Dornbach, Heuberg, und beantragt die Abweisung des Recurses.

(Angenommen.)

(2291.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht bezüglich des Recurses des Benedict Urban, XVII. Bezirk, Hauptstraße Nr. 56, gegen einen feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk und beantragt, dem Recurrenten zur Durchführung der angefochtenen Aufträge eine Frist bis August 1893 zu bewilligen. (Angenommen.)

(2318.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Eva Plhowsky gegen feuerpolizeiliche Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk, betreffend das Haus Or.-Nr. 5 Karlsgasse in Hernals und beantragt, dem Recurse keine Folge zu geben.

Weiters beantragt Referent im Sinne der vom St.-R. Dr. Vogler gegebenen Anregung, es sei der Genannten mit Rücksicht auf den langjährigen Bestand zur Durchführung der aufgetragenen Adaptierungen eine angemessene Frist seitens des magistratischen Bezirksamtes XVII. Bezirk zu gewähren. (Angenommen.)

(2054.) **Derselbe** referiert über den Recurs des W. Reymann gegen feuerpolizeiliche Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den IX. Bezirk bezüglich des Hauses Or.-Nr. 1 Schubertgasse, IX. Bezirk, und beantragt, die im Recurse erbetene Fristerstreckung zu gewähren. (Angenommen.)

(2573.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert in Angelegenheit der vom Stadtrath am 7. März d. J., Z. 760, beschlossenen Ergreifung des Recurses gegen die Parcellentheilung in Einl.-Z. 3867 des II. Bezirkes und beantragt, von der Ergreifung dieses Recurses gegen den landesgerichtlichen Bescheid vom 11. October 1892, Z. 72226, beziehungsweise vom 7. April 1893, Z. 27155, Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(2596 und 1738.) **St.-R. Noske** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Sicherstellung der Straßenreinigung im I. Bezirke und über das Project des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl bezüglich Führung der Straßensäuberung des I. Bezirkes in eigener Regie der Gemeinde.

Die in der Sitzung vom 10. Mai abgebrochene General-Debatte wird fortgesetzt.

Als Experte fungieren Magistratsrath Linsbauer, Baurath Schiebek.

Feuerwehr-Oberinspector Stritzl wird über sein Project vernommen.

In der Special-Debatte stellt St.-R. Schlechter folgenden Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage wegen Durchführung der Pflasterung der Zufahrtsstraße zum Bruckhaufen mit alten Steinen zu machen.

Referent modificiert seine Anträge im Sinne der im Laufe der Debatte gegebenen Anregungen.

Bei der Abstimmung werden der vorstehende Antrag Schlechter sowie die modificierten Referenten-Anträge in der folgenden Formulierung angenommen:

1. Ad Z. 2596. Das Offert, beziehungsweise das Nachtragsoffert der Transport-Gesellschaft auf Übernahme der im Bedingnisshefte ersichtlichen, die Straßensäuberung ꝛc. im I. Bezirke betreffenden Leistungen für die daselbst angegebene Zeitdauer bis 30. Juni 1900 gegen Vergütung eines jährlichen Pauschalbetrages von 420.000 fl. wird unter folgenden Bedingungen angenommen:

a) dass die Gemeinde Wien sich vorbehält, im Falle sie die Pflasterung und Instandhaltung der Zufahrtstraße zum Bruckhaufen übernimmt, vom Zeitpunkte der Fertigstellung dieser Straße und insolange die Kehrichtabfuhr am Bruckhaufen zu erfolgen hat, einen Offertnachlass jährlicher 5000 fl. in Anspruch zu nehmen;

b) dass die Gemeinde sich vorbehält, falls sie den Abladeplatz am Bruckhaufen auflassen sollte, von dem Zeitpunkte an, als der Abladeplatz nicht mehr benützt und die Zufahrtstraße vom Abladeplatz von der Transport-Gesellschaft zu Zwecken der Kehrichtverführung für den I. Bezirk nicht mehr befahren werden muss, den offerierten Nachlass jährlicher 3000 fl. in Anspruch zu nehmen;

c) dass die Gemeinde sich vorbehält, für den Fall, als sie eine anderweitige Verwertung oder Verführung des Kehrichts durchführen sollte, das der Transport-Gesellschaft laut Punkt 19 des Regulativs zustehende Eigenthumsrecht auf den Kehricht gegen Bezahlung der Summe, welche die Transport-Gesellschaft nachweisbar für den Kehricht aus dem I. Bezirke vereinnahmt, abzulösen, um über den Kehricht frei verfügen zu können;

d) dass der Unternehmer sich bereit erklärt, der Gemeinde eine angemessene Rückvergütung aus dem ihm gewährten Pauschale zu leisten, falls er von der im § 38, Absatz 1 des Regulativs vorgesehenen Verpflichtung der Reinigung und Desinfection der Pissoirs enthoben wird;

2. Ad Z. 1738. Der Magistrat wird beauftragt, binnen Jahresfrist ein vollständig ausgearbeitetes, mit den erforderlichen Plänen und Kostenanschlägen versehenes Project zur versuchsweisen Übernahme der regulären Straßenreinigung, Straßenbespritzung und Straßenconservierung und des hiezu erforderlichen Fuhrwerkes und seiner Bespannung, dann der Schneesäuberung und der theilweisen Verführung des Schnees in einem zu einem solchen Versuche, insbesondere mit Rücksicht auf die Möglichkeit der mietweisen Erwerbung entsprechender Depots und Stallungen, geeigneten Bezirke vorzulegen.

Bei der Antragstellung rücksichtlich der weiteren Vergebung von auf die Straßenreinigung ꝛc. bezughabenden Leistungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass solche Verträge nicht geschlossen werden, durch welche den geplanten, vorerst für einen Bezirk versuchsweisen Übernahme in vollständig eigene Regie vorgegriffen werden könnte, und es ist im allgemeinen bei allen derartigen Vergebungen in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen, dass dem Gemeinderathe ermöglicht wird, wenn er es in seinem Ermessen findet, vom Jahre 1900 angefangen in allen Bezirken die vollständig eigene Regie durchzuführen.

3. Ad Z. 1738. Hiedurch erledigt sich die Eingabe des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl, welchem aus Anlass der Verfassung dieses Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes ausgesprochen wird.

4. Der Magistrat wird beauftragt, die Frage einer anderweitigen Art der Verführung und Verwendung des Kehrichts einer eingehenden Erwägung zu unterziehen, diesbezüglich einlangende Projecte sorgfältig zu prüfen und baldmöglichst über diese Frage Antrag zu stellen.

Die Referenten-Anträge 1 bis 3 sind dem Gemeinderathe vorzulegen.

Die Beschlüsse über Antrag Schlechter und über Referenten-Antrag 4 fallen in die Competenz des Stadtrathes.

(3045.) **St.-R. Matthies** referiert über die Note der k. u. k. Genie-Direction Wien in Betreff des geplanten Baues einer militär-aëronautischen Anstalt auf dem Platze zwischen der Simmeringer- und der Viehtriebstraße vor der Nordostfronte des Arsenals und beantragt, die Vertreter der Stadt Wien zu ermächtigen, bei der diesfalls anberaumten Baucommission die Erklärung abzugeben, dass seitens der Gemeinde Wien gegen die Errichtung der militär-aëronautischen Anstalt als Provisorium unter der Bedingung keine Einwendung zu erheben, dass seitens des k. u. k. Militär-Ärars die Verpflichtung eingegangen wird, diese Objecte, welche auf einem derzeit noch für die Fortsetzung der Gürtelstraße bestimmten Grunde errichtet werden sollen, für den Fall der Durchführung der Gürtelstraße an dieser Stelle über Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu entfernen, und wenn diese Verpflichtung in einer zu Handen der Gemeinde Wien auszufertigenden Erklärung anerkannt und als Bedingung des Bauconsenses angenommen wird. (Angenommen.)

(3006.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ergebnis der Baucommission bezüglich der durch die Unterbringung des magistratischen Bezirksamtes für den V. Bezirk im Gemeindehause des V. Bezirkes erforderlichen Adaptierungen und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses nach § 105 B.-O. unter gleichzeitiger Genehmigung der geplanten geringfügigen Abänderungen von dem seitens des Stadtrathes mit Beschluss vom 30. Jänner 1893, Z. 544, genehmigten Projecte.

(Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

(Wiener Verkehrsanlagen.) Die Commission hat am 17. Mai eine Vollversammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, das Project des Wiener Stadtbauamtes für die Regulierung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle bezüglich der Strecke unterhalb der Schikanederbrücke zu genehmigen. Bezüglich der Strecke oberhalb der Schikanederbrücke bis zur Einmündung in den Donaucanal beschloss die Commission, dieses Project in hydrotechnischer Beziehung principiell anzunehmen; hiebei wurde jedoch der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, über die Trace des Wienflusses erst nach Einlangen der diesfalls von der Gemeinde Wien zu gewärtigenden weiteren Anträge endgiltig Beschluss zu fassen und nach Ermessen die erforderlich scheinenden Änderungen an der Lage und Richtung des projectierten Flussgerinnes vorzunehmen. Es wird sohin unverweilt um die wasserrechtliche Bewilligung zur Ausführung des die Strecke oberhalb des Schikanedersteges betreffenden Theiles des Projectes bei der zur Verhandlung bestimmten k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing und Umgebung eingeschritten werden. Für die Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Wienfluss-Regulierung als auch die Wienthallinie der Stadtbahn treffen, soll das diesbezüglich zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Co. als Concessionswerberin abzuschließende Übereinkommen maßgebend sein. Ferner wurde bestimmt, die Ausführung der Wienfluss-Regulierung in der Strecke Weidlingau-Schikanederbrücke einschließlich der Stauanlagen und der Sammelcanäle auf Grund des zwischen der Commission für Verkehrsanlagen und der Gemeinde Wien abzuschließenden Bauübereinkommens der Gemeinde zu übertragen. Die Commission wird an die Gemeinde das Ersuchen stellen, die Arbeiten nach Möglichkeit derart zu fördern, dass die oberhalb der Elisabethbrücke gelegene Strecke der Wienthallinie der Stadtbahn mit Ende des Jahres 1896 dem Verkehre übergeben werden könne. Ein Ersuchen der Gemeinde Wien um Abänderung der Projecte für die Bahnhofanlage in Michelbeuern musste mit Bedauern abgelehnt werden, da die gewünschte Änderung eine Annäherung des mit unvermeidlichen Geräuschen verbundenen Betriebes am Bahnhofe an den Garten der Landes-Irrenanstalt und damit nachtheilige Folgen für die in dieser Anstalt untergebrachten Kranken mit sich bringen würde. Die Beschlussfassung hinsichtlich der in dem Erkenntnisse der k. k. n.-ö. Statthalterei vorgezeichneten Modificationen des Projectes für den Sammelcanal am linken Ufer des Wiener Donaucanales wurde nach eingehender Erörterung des Gegenstandes für die nächste Sitzung vorbehalten.

Schulnachrichten.

(Bezirksschulrath der Stadt Wien.)

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. Mai 1893.

Der Bezirksschulrath beschließt im Sinne des Erlasses des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 7. Mai 1893, Z. 4079, auf Grund der Bestimmungen des § 5 des Reichs-Volksschulgesetzes, beziehungsweise des § 50, Absatz 2, der Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870 die Verkündigung der vom f.-e. Ordinariate mit der Zuschrift vom 21. December 1892, Z. 73, bekanntgegebenen Verfügungen über die religiösen Übungen der dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnisse angehörenden Jugend der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen im Wiener Schulbezirke in nachstehender Weise:

Vor dem Beginne und nach dem Schlusse des täglichen Unterrichtes ist ein Schulgebet zu verrichten, welches im ersten Falle aus dem im kleinen Katechismus enthaltenen Gebete „Komm' heiliger Geist zu verbreiten" und in beiden Fällen aus dem Vaterunser mit dem englischen Gruße zu bestehen hat; dasselbe ist mit dem heiligen Kreuzzeichen zu beginnen und zu schließen und es ist beim Kreuzmachen die Gebetformel laut zu sprechen;

jene Schulkinder, welche von ihrem Religionslehrer als zum Empfange der heiligen Sacramente der Buße und des Altars für geeignet erklärt werden, sind verpflichtet, dieselben jährlich dreimal, und zwar zu Anfang und zu Ende des Schuljahres, dann zur österlichen Zeit zu empfangen;

die Schuljugend von der dritten Classe aufwärts ist, insoweit es die Räume der Kirchen zulassen, verpflichtet, dem Gottesdienste beizuwohnen:

a) am Anfange und am Ende des Schuljahres;
b) während des Schuljahres wöchentlich einmal mit Ausnahme der strengen Winterszeit, d. i. vom 15. October bis 1. April;
c) am Geburts- und Namensfeste Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin, falls diese Tage nicht in gesetzliche Ferien fallen;

die katholische Schuljugend ist zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen von der Schule aus anzuleiten.

Die Berathung über die weiteren Punkte des Referates wird nächstens fortgesetzt werden.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 14. bis 20. Mai 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	222.979 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 162.330; aus Ober-Österreich — 1887; aus Mähren — 8688; aus Böhmen — —; aus Galizien — 44.587; aus Ungarn — 4904; aus der Bukowina — 583; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	65.802 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 8288; aus Ober-Österreich — 100; aus Mähren — 54; aus Galizien — 56.209; aus Ungarn — 1113; aus der Bukowina — 38 Kg.)

Schaffleisch	729 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 15; aus Mähren — —; aus Galizien — 500; aus Ungarn — 168; aus der Bukowina — 46 Kg.)
Schweinfleisch .	38.704 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 29.954; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 92; aus Mähren — 1528; aus Galizien — 3071; aus Ungarn — 4059; aus Croatien — — Kg.)
Kälber	2242 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 438; aus Ober-Österreich — 4; aus Mähren — 39; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1706; aus Ungarn — 55; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	105 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 105; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.
Schweine . .	445 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 124; aus Mähren — 25; aus Galizien — 293; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	45 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 12; aus Mähren — 26; aus Galizien — 4; aus Ungarn — 3 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	10.603 Kg.	Kälber	73 Stück
Kalbfleisch . . .	203 „	Schafe	31 „
Schaffleisch . . .	18 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	729 „	Lämmer	10 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30	bis 70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 95	„	„ „
Kalbfleisch		„ 25	„ 70	„	„ „
extrem		„ —	„ —	„	„ „
Schaffleisch		„ 32	„ 56	„	„ „
Schweinfleisch		„ 54	„ 72	„	„ „
Kälber		„ 30	„ 58	„	„ „
Schafe		„ 32	„ 44	„	„ „
Schweine		„ 44	„ 66	„	„ „
Lämmer		„ 3½	„ 5 fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war etwas größer als in der Vorwoche, allein trotz der ebenfalls lebhafteren Nachfrage der Pfingstfeiertage wegen reducierten sich an den letzten Wochentagen die Verkaufspreise im allgemeinen um 2 bis 4 kr. per Kilogramm.

* * *

(Pferdemarkt vom 19. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 506 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—210 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 25—55 fl. „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 13. bis 19. Mai 1893:

(Geschlachtet wurden 160 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	28—32	kr.
Hinteres „	1 „	32—36	„
Lungen- und Rostbraten . .	1 Kg.	36—40	kr.
Selchfleisch	1 „	36—40	„
Extrawürste	1 „	32—40	„
Dürre Würste	1 „	40—56	„
Rohes Fett	1 „	50—56	„
Geschmolzenes Fett	1 „	56—60	„
Schweifhaare	1 Schweif	40—60	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2—2·50	
Häute	per St.	„ 4—7·—	

vom Pferde

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 20. Mai 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.) . .	von 8	fl. 70	kr.	bis 9	fl. 55	kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 68—73 „) . .	„ 7	„ 70	„	„ 8	„ 10	„	
Gerste		„ 5	„ 35	„	„ 9	„ —	„	
Mais		„ 5	„ 70	„	„ 5	„ 90	„	
Hafer		„ 7	„ 20	„	„ 7	„ 90	„	

b) Mahlproducte.

Gries	von 15	fl. —	kr.	bis 16	fl. 75	kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„ 6	„ 75	„	„ 17	„ —	„	
Roggenmehl	„ 8	„ —	„	„ 14	„ 50	„	
Weizenkleie	„ 4	„ 25	„	„ 4	„ 60	„	
Roggenkleie	„ 4	„ 70	„	„ 4	„ 80	„	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 11. bis 18. Mai 1893.

Waren eingelagert . . . . . 54.694 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 28.975 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.945 Meter-Centner.

Lagerstand vom 18. Mai 1893: 284.093 Meter-Centner, und zwar:

85.757	Meter-Centner	Weizen,	31.140	Meter-Centner	Roggen,
23.981	„	Gerste,	26.818	„	Hafer,
39.765	„	Mais,	2.836	„	Ölsaaten,
13.054	„	Mehl u. Kleie,	8.361	„	Wein,
1.872	„	Zucker,	7.418	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,698.310 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 18. Mai bis 22. Mai 1893.

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 1081, Teinfaltstraße, von Emil Ritter v. Forster noe. Allgemeine Depositenbank, Bauführer Frauenfeld und Berghof (3364).

III. Bezirk: Haus, Marokkanergasse 14, von Arnold Lotz noe. Ritter v. Zechani, Bauführer Frauenfeld und Berghof (3402).

V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße 29, von Friedrich Wagner, Bauführer Julius Mitschke (3417).

VI. Bezirk: Haus, Canalgasse 6, von Alexander und Irene Hofmann, Bauführer E. Schätz (3349).

VIII. Bezirk: Haus, Lerchengasse 11, von Josef Redler, Bauführer Franz Bockt (3377).

„ „ Haus, Lerchenfelderstraße 86, Lerchengasse 1, von Maria Weber, Bauführer Franz Neumann (3395).

IX. Bezirk: Haus, Alserstraße 38, von Josef Blau und Dr. Leo Wiener, Bauführer D. Zifferer (3378).

Für Zubauten:

II. Bezirk: K. k. Prater, Praterhütte 26, von Amalia Swoboda, Bauführer Andert.

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Stadiongasse 4, von Ludwig Schoderböck, Stadtbaumeister, Bauführer derselbe (3362).
„ „ Naglergasse 22, von Max Kaiser, Baumeister, Bauführer derselbe (3368).
II. Bezirk: Marchfeldstraße 2, von Gebrüder Hardy, Bauführer R. Jäger (3352).
„ „ Kaiser Josefstraße 7, von A. Scholly, Bauführer Luckeneder und Miserowski (3367).
V. Bezirk: Rampersdorfgasse 6, von Franz Butula, Bauführer H. Ohrner (3347).
VII. Bezirk: Burggasse 17, von Albert Kröpl, Bauführer Th. Loskot (3348).
„ „ Westbahnstraße 7, von Samuel Weber, Bauführer Th. Müller (3418).
IX. Bezirk: Michelbeuerngasse 9, von Anton Hartl, Bauführer A. Ribak (3407).
X. Bezirk: Simmeringerstraße 143, von der Tramway-Gesellschaft, Bauführer Schneider (15535).
„ „ Humboldgasse 11, von Franz Becker, Bauführer J. Zeitlinger (15621).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Stiege, Neuthorgasse 7, von Matthias Salcher, Bauführer Alexander Albert (3365).
II. Bezirk: Canal, Engerthstraße 175, von Anton Sikora, Maurermeister, Bauführer derselbe (3374).
„ „ Schupfe, Nordbahngründe, k. k. Prater, von A. Schenk, Bauführer A. Tiesel (3412).
III. Bezirk: Senkgrube, Grundb.-Einl. 2682, Mohsgasse, von Wendelin Kühnel, Bauführer ? (3408).
„ „ Schupfe, Knappengasse 7, von Albert Kailich, Bauführer L. Witzmann (3351).
V. Bezirk: Sanitätsstation, Untere Bräuhausgasse, von der Stadt Wien, Bauführer ? (3341).
„ „ Schupfe, Siebenbrunnengasse 18, von Peter Nemeth, Bauführer ? (3343).
VIII. Bezirk: Waschküche, Albertgasse 19, von Julius Kalmar, Bauführer F. Prokesch (3360).
XIII. Bezirk: Dachstuhl-Aufsetzung, Hütteldorf, Hauptstraße 25, von Hießbergers Erben, Bauführer Ignaz Schaufler, Maurermeister (13473).
„ „ Abort, Penzing, Poststraße 72, von Franz Poyer, Bauführer Karl Ziegelwanger, Baumeister (13474).
„ „ Wagenremise und Schupfen, Hütteldorf, Hauptstraße 31, von Barbara Kuster, Bauführer Ignaz Schaufler, Maurermeister (13522).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 20, von Alexander Bauer (3373).
II. Bezirk: Grundb.-Einl. 658, Fugbachgasse, Baustelle IV, von Johann Horaczek (3356).
VII. Bezirk: Neustiftgasse 41, Burggasse 32, von Jakob Perl (3386).
„ „ Neustiftgasse 39, Burggasse 30, von Jakob Perl (3387).
„ „ Neustiftgasse 37, von Francisca Perl und Genossen (3410).
„ „ Kirchengasse 43, von Francisca Perl und Genossen (3411).

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 19. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beglückwünschung des Fürsterzbischofs Dr. Grusch a seitens der Stadt Wien anläßlich seines fünzigjährigen Priesterjubiläums; Dank desselben hiefür . . . 1087
2. Abstattung des Dankes und der Anerkennung für die im Interesse der Gemeinde gehabten Mühewaltungen der ausscheidenden Gemeinderäthe . . . 1087
3. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Stenzl und Schrenckh wegen Fernbleibens . . . 1087
4. Spende einer Erinnerungsmedaille an die Türkeninvasion seitens der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs . . . 1087
5. Legat des Herrn Samuel Klinger für Arme . . . 1087
6. Desgleichen des Herrn Ignaz Arnstein . . . 1087
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Uhl, betreffend die Vornahme von Adaptierungen des Hauses VI., Mariahilferstraße 109 (Webgasse 46) . . . 1087
8. Desgleichen des Gem.-Rathes Bachofen v. Echt, betreffend die Bemessung von Canaleinmündungsgebüren in den neuen Bezirken . . . 1087
Einlauf:
9. Petition der Hausbesitzer-Vereine Wiens, betreffend die politische Exequierbarkeit der städtischen Wasserbezugsgebüren . . 1088
Interpellationen:
10. Gem.-Rath Büsch, betreffend das Subordinationsverhältnis der der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Meidling zugetheilten Telegraphisten und das Verhältnis der Hauptleute der freiwilligen Feuerwehren zu den städtischen Organen überhaupt . . 1088
11. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Beschleunigung der Cementierungsarbeiten des Stadtpark-Teiches . . . 1088
12. Gem.-Räthe Büsch, Dobes und Genossen, betreffend die Belassung des Frohnleichnamsumzuges in Gaudenzdorf in der bisherigen Weise. Petition von Gewerbetreibenden und Hausbesitzern von Gaudenzdorf in derselben Angelegenheit (Gem.-Rath Büsch . . . 1089
Anträge:
13. Gem.-Rath Hawranek, betreffend die Abstellung des Ausrufens und Glockenläutens in den Häusern und auf den Straßen durch die Hausierer . . . 1089
14. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Vereinfachung der ämtlichen Behandlungsweise von Baulienbestimmungen, Parcellierungs- und Bauconsensertheilungen und die jährliche Festsetzung und Bekanntgabe der Verkaufspreise der der Gemeinde Wien gehörigen Grundcomplexe in den neuen Bezirken . . . 1089
15. Derselbe, betreffend die Durchführung der Bahngasse in Baumgarten . . . 1090
Referate:
16. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus XIII., Preysinggasse 3. (Ablehnung.) . . . 1090
17. Gem.-Rath Baugoin, betreffend Subventionierung der Kinderwarteanstalt im XV. Bezirke . . . 1092
18. Derselbe, betreffend Subventionierung der Genossenschaft der Zuckerbäcker . . . 1092
19. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Subventionierung der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Meidling . . . 1092
20. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Vermehrung des Betriebspersonales der Hochquellenleitung . . . 1093
21. Derselbe, betreffend die Auswechslung der Gasleitungsrohre im Gemeindehause des VIII. Bezirkes; Zuschusscredit . . . 1094
22. Derselbe, betreffend Einleitung des Hochquellenwassers in den ersten und zweiten Stock des Gemeindehauses des VIII. Bezirkes; Zuschusscredit . . . 1095
23. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Baulinienbestimmung für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke . . . 1095
24. Gem.-Rath Noske, betreffend die Lohnaufbesserung der Arbeiter des städtischen Materialdepots und Aufnahme von sechs neuen Arbeitern . . . 1095
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 19. Mai 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Noske, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke 1096
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Mai 1893 . . . 1096
Allgemeine Nachrichten:
Wiener Verkehrsanlagen . . . 1100
Schulnachrichten:
Bezirksschulrath der Stadt Wien . . . 1100
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 14. bis 20. Mai 1893 . . . 1100
Pferdemarkt vom 19. Mai 1893 . . . 1101
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 14. bis 20. Mai 1893 . . . 1101
Städtisches Lagerhaus . . . 1101
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 18. bis 22. Mai 1893 . . . 1101
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 72760
Ref.-Nr. 1258 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Hainburgerstraße im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2741 fl. 24 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 64964
Ref.-Nr. 1104 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Scheidl- und Mandlgasse in Gersthof im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 3735 fl. 53 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 69810
Ref.-Nr. 1195 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Richardgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2439 fl. 6 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 2—3

*

Ad Prot.-Nr. 51313
Ref.-Nr. 833 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Selzer- und Holochergasse im XIV. Bezirke** im Kostenbetrage von 3891 fl. 34 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 2—3

Z. 50355
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 6. und 7. Juni 1893, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und **Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen** u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden **gegen bare Bezahlung** hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre,** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von **9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

im übertragenen Wirkungskreise

am 30. April 1893. 2—3

Z. 25470
XI.

Kundmachung.

(Grundverpachtung.)

Die Commune Wien verpachtet die ihr eigenthümlich gehörigen, zur seinerzeitigen Errichtung einer Wohlthätigkeitsanstalt bestimmten, im XIX. Gemeindebezirke an der Huschkagasse und dem zur Heiligenstädterstraße führenden Verbindungswege gelegenen Gartenparcellen Nr. 462 und 463 in der Catastralgemeinde Grinzing im Ausmaße von circa 9384 m² auf die Dauer von sechs nacheinander folgenden Jahren, eventuell auch auf kürzere Zeit.

Pachtlustige können die diese Grundstücke betreffenden Auskünfte und die Pachtbedingnisse beim magistratischen Bezirksamte für den XIX. Gemeindebezirk, dann im Armen-Departement des Wiener Magistrates erhalten, beziehungsweise einsehen und dort auch ihre mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte entweder schriftlich einbringen oder zu Protokoll geben.

Der Stadtrath behält sich die Ratification der gemachten Anbote und die unbeschränkte Wahl unter den Offerenten vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Mai 1893. 1—1

M.-Z. 80667
V.

Kundmachung.

Laut Erlasses der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 16. Mai 1893, M.-Z. 23695, findet über das Project der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen in Wien für die **Errichtung einer provisorischen Betriebsausweiche** in Kilometer 0·3 bis 0·5 der Localbahn Wien—Wiener-Neudorf auf Südbahngrund nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften die commissionelle Verhandlung **Dienstag den 30. Mai d. J.** unter Leitung des k. k. Bezirkscommissärs v. Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am erwähnten Tage um 9½ **Uhr vormittags beim Meidlinger Bahnhof.**

Jedem Betheiligten steht es frei, bei der Commission zu erscheinen und bei derselben allfällige Einwendungen anzubringen.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass das vorbezeichnete Project vom 21. Mai d. J. an durch acht Tage im **Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Stiege 4, Bureau des Herrn Baurathes Schiebeck)** während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegt und allfällige Einwendungen gegen dasselbe im **Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, Departement V,** entgegengenommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 1—1

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 42. Freitag, den 26. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Montag, den 29. Mai 1893, 10 Uhr vormittags.
(Wahl der Stadträthe.)
Dienstag, den 30. Mai 1893, 10 Uhr vormittags.
(Wahl der Stadträthe.)
Dienstag, den 30. Mai 1893, $^1/_2$5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 2. Juni 1893, $^1/_2$5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **24. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, eine Zuschrift an den Herrn Bürgermeister zur Mittheilung zu bringen, welche lautet (liest):

„Mit Beziehung auf die geschätzte Zuschrift vom 18. d. M., Z. 3257, beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren im Allerhöchsten Auftrage ergebenst zu ersuchen, dem Gemeinderathe der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für die anlässlich der Verlobung Sr. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Josef August mit Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Augusta von Baiern Sr. k. u. k. apost. Majestät dargebrachten Glückwünsche den Allerhöchsten Dank gefälligst bekanntgeben zu wollen."

2. Meine Herren, wir sehen heute die neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes zum erstenmal in unserer Mitte zur Ausübung des Mandates. Ich heiße Sie herzlich willkommen und lade Sie ein, Ihre Kräfte und Ihre Kenntnisse mit den unsrigen zum gemeinsamen Werke zu vereinigen. Lassen Sie mich die Erwartung aussprechen, dass bei aller Verschiedenheit der Meinungen die Größe der Stadt und das Wohl unserer Mitbürger, dem wir ja alle dienen, uns zum förderlichen Werke vereinigen werden. Nochmals heiße ich Sie herzlichst willkommen. (Bravo-Rufe.)

3. Ich habe die Ehre, mitzutheilen, dass Herr Gem.-Rath Dr. Stenzl anzeigt, dass er erkrankt, bettlägerig und nicht in der Lage ist, den Sitzungen des Stadtrathes und Gemeinderathes beizuwohnen und dass er um einen Urlaub von 14 Tagen ersucht hat. Derselbe ist ihm gewährt worden.

4. Herr Gem.-Rath Schrenckh entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins.

5. Ich habe die Ehre, mitzutheilen, dass die Wahl von zwei Schriftführern des Gemeinderathes erforderlich ist. Die Wahl wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Ich bitte den Herrn Schriftführer die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

6. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Rader** und Genossen:

Nach Inhalt des städtischen Amtsblattes hat in der Gemeinderaths-Sitzung vom 12. d. M. Herr St.-R. Josef Müller über die Aufsetzung eines Stockwerkes auf die Volksschule in Weinhaus, Köhlergasse, Ecke der Herrengasse, referiert und die Kosten dieser Stockwerks-Aufsetzung gemäß der vom Stadtbauamte vorgelegten und vom Bezirksschulrathe genehmigten Planskizze mit dem Betrage von 25.000 fl. veranschlagt. Der Gemeinderath hat diesem Antrage seine Zustimmung ertheilt.

Laut der in meinen Händen befindlichen Jahresrechnung der Gemeinde Weinhaus für das Jahr 1881 haben die gesammten Baukosten des bezeichneten, in der Fronte nach der Herrengasse zu zwei Stockwerk hohen, in der Fronte nach der Köhlergasse zu vermöge des stark ansteigenden Niveaus sich zu einer Stockwerkshöhe verjüngernden Schulgebäudes 23.755 fl. 75 kr. betragen.

Es muss auf den ersten Blick auch dem Laien auffallend erscheinen, dass die Aufsetzung eines Stockwerkes auf ein im Jahre 1881 in seiner Gänze 23.755 fl. 75 kr. kostendes Schulgebäude einen Aufwand von 25.000 fl. verursachen soll und wird dieser Widerspruch umso auffallender, wenn man bedenkt, dass seit dem Jahre 1881 weder die Baumaterialien noch die Bauführungskosten in einer so unverhältnismäßigen Weise gestiegen sind. Dieselben sind vielmehr, wie mir Sachverständige bezeugt haben, nicht theurer geworden.

Ich erlaube mir deshalb an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

ob derselbe zur Aufklärung und Beruhigung der Wähler aus der bestandenen Vorortegemeinde Weinhaus geneigt sei, im Gemeinderathe über den bezeichneten Gegenstand Aufschluss zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

7. Ich habe noch nachzuholen die Beantwortung einer Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Bärtl. Er fragt an, ob die Cementierungsarbeiten im Stadtparkteiche beschleunigt werden, damit die Thiere ehestens dort eingebracht werden können.

Ich habe zu erwidern, dass sich heuer, wahrscheinlich infolge des strengen Winters, die Ausbesserung eines größeren Stückes der Sohle und des Randes des Stadtparkteiches als nothwendig herausgestellt hat. Sofort nach Bewilligung der Mittel wurde mit den Arbeiten begonnen; dieselben wurden am 19. Mai beendet, einer Schlusscollaudierung unterzogen, und wurde dann sofort mit der Füllung des Teiches begonnen. Wie den Herren bekannt, ist die Sache nunmehr wieder in Ordnung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Bachofen v. Echt:**

Durch die lange Trockenheit sind in Grinzing viele Brunnen versiegt und mussten infolge dessen vertieft werden. Bei dieser Vertiefung wurde blauer Tegel angefahren und das gewonnene Wasser ist daher schwefelhältig und ungenießbar. Die Gefertigten stellen aus diesem Grunde den Antrag,

dass auch in Grinzing wenigstens einmal im Tage Hochquellenwasser zugeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Heiler** und Genossen:

Der mustergiltig eingerichtete Marktplatz Auf der Haide im II. Bezirke entbehrt bis heute einer für den Marktverkehr höchst nothwendigen Brückenwage.

Wenn die größeren Geschäftsleute in der Leopoldstadt Wagenladungen zu übernehmen oder abzuliefern haben, müssen sie ihre Wagen zur Nordwestbahn, zur Kronprinz Rudolfbrücke oder zum Lagerhaus der Unionbank schicken, um die Abwage vornehmen zu können.

Durch den lebhaften Verkehr des II. Bezirkes in Heu, Eisen, Metallwaren, Knoppern, Häuten 2c. würde sich die Aufstellung einer Brückenwage durch Einhebung der Waggebür auch finanziell rentieren.

Mit Rücksicht auf das thatsächliche Bedürfnis einer Brückenwage im Centrum der Leopoldstadt stellen daher die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, es sei auf dem Marktplatze des II. Bezirkes Auf der Haide ehebaldigst eine Brückenwage aufzustellen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Indem die Gärtnergasse in Nussdorf und Heiligenstadt, in welcher die Canalisierung bereits im oberen als auch im unteren Theile durchgeführt ist, so dass nur der mittlere Theil, und zwar von der Or.-Nr. 22 bis 56 in einer Länge von ungefähr 380 m noch zu canalisieren wäre, welche Durchführung vom sanitären Standpunkte dringend geboten erscheint, sowie die Hausbesitzer und Anrainer, zu welchen die Commune Wien auch gehört, sich bereit erklärten, sofort nach Erbauung des obbezeichneten Canals die Einmündungsgebür zu entrichten, so erlauben sich die Gefertigten den Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Das Stadtbauamt wird beauftragt, binnen acht Wochen Kostenvoranschläge über die Erbauung des Canals in der Gärtnergasse von der Or.-Nr. 22 bis 56 in Nussdorf und Heiligenstadt dem Stadtrathe zu unterbreiten, und letzterer wird beauftragt, die Canalisierung noch im Laufe dieses Sommers zu veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Antrag der **Gem.-Räthe v. Götz, Kirchmayer** und Genossen:

Um periodische Ausstellungen für Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Gartenbau 2c. zu veranstalten, wie selbe in anderen Großstädten bestehen, fehlt es in Wien an passenden Räumlichkeiten, und jeder, der mit derartigen Ausstellungen zu thun hatte, weiß zu erzählen, wie schwierig es ist, zu gewissen Zeiten Säle mit genügenden Nebenlocalen an frequenten Orten ausfindig zu machen.

Um einem derartigen Bedürfnisse Rechnung zu tragen, wird beantragt:

1. Es sei bei der Ausgestaltung der Gürtelstraßen zum mindesten bei Aufstellung des General-Regulierungsplanes für das gesammte Gemeindegebiet auf geeignete Reservierung eines nicht weit vom Mittelpunkte der Stadt gelegenen Platzes zum Zwecke der Erbauung eines Ausstellungsgebäudes Rücksicht zu nehmen.

2. Der Gemeinderath beschließe als Erinnerung an den Fall der Linienwälle die Erbauung eines in einer Gartenanlage auf der Gürtelstraße zu situierenden Gebäudes für periodische Ausstellungen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. Wir schreiten zur Tagesordnung; zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Roske.

12. Referent Gem.-Rath Roske: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1928 zu berichten und den Bericht des Magistrates über die Finanz- und sonstigen Ergebnisse des Betriebes des städtischen Donaustrombades im Jahre 1892 und die Anträge puncto Schwimmunterricht vorzulegen. Aus diesem Berichte geht hervor, dass die finanzielle Gebarung im Gegenstandsjahre 1892 sich derart gestaltet hat, dass einer Einnahme von 12.620 fl. im Jahre 1892 eine Einnahmssumme von 9555 fl. im Jahre 1891 gegenüberstand, so dass sich eine Steigerung der Einnahmen um 3065 fl. ergeben hat.

Von denjenigen Anträgen, welche der Magistrat rücksichtlich des Betriebes des städtischen Strombades im Jahre 1893 gestellt hat, ist ein Theil vom Stadtrathe im eigenen Wirkungskreise erledigt worden. Es wird nur noch vorgeschlagen, dass versuchsweise im Männer-Vollbade erster Classe ein Schwimmunterricht einzuführen sei, dass zu diesem Behufe ein Geländer herzustellen, ein Schwimmeister mit einem Bezuge von monatlich 75 fl. anzustellen und über den Erfolg dieser Maßregeln nach Verlauf der Saison zu berichten sei. Nach dem Berichte hat sich das Bedürfnis nach einem solchen Schwimmunterricht im Männer-Vollbade herausgestellt und würde ich mir erlauben, den Vorschlag, einen Schwimmmeister mit monatlich 75 fl. für die Dauer der Saison zu bestellen, zur Annahme zu empfehlen. Wir werden dann nach Maßgabe des Verlaufes dieses Versuches im heurigen Jahre in der Lage sein, im nächsten Jahre zu beschließen, ob die Bestellung aufrecht erhalten bleiben oder ob es daran sein Abkommen haben soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Beschluss: Zum Zwecke der versuchsweisen Einführung des Schwimmunterrichtes im Männer-Vollbade I. Classe des städtischen Donaubades wird die Bestellung eines Schwimmeisters mit dem Bezuge von monatlich 75 fl. für die Dauer der Saison genehmigt.

13. Referent Gem.-Rath Roske: Weiters habe ich die Ehre, über Zahl 3056 zu referieren, d. i. über ein Ansuchen des Vorstehers des IV. Bezirkes um Vermehrung des Straßensäuberungspersonales um zehn Taglöhner. Dieses Ansuchen wird durch den Zuwachs an Straßen und Gassen begründet. Nun wird von den Ämtern nachgewiesen, dass der Zuwachs an Straßen und Gassen gegenüber dem Jahre 1889 20.250 m^2 betragen hat und dass diesem Zuwachs an Reinigungsfläche eine Vermehrung des Arbeiterstandes um sieben Mann entsprechen würde. Nun wurde von den übernommenen Landesstraßen-Einräumern einer dem IV. Bezirk zugewiesen und wäre daher das Personale nur um sechs Mann zu vermehren. Da das Bedürfnis durch den Bericht der Ämter sowohl als durch den Antrag des Bezirksvorstandes nachgewiesen ist, und

die Straßenreinigung infolge des Mangels an Arbeitern nicht zurückbleiben darf, so wird der Antrag gestellt auf Vermehrung um einen Partieführer mit dem Taglohne von 1 fl. 10 kr. und um fünf Taglöhner mit dem Taglohne von je 1 fl. und Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik XXII 5 c von 1403 fl.

Ich bitte um Annahme dieser Vorschläge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die Vermehrung des Straßensäuberungs-Personales im IV. Bezirke um einen Partieführer mit dem Taglohne von 1 fl. 10 kr. und um fünf Taglöhner mit dem Taglohne von je 1 fl. wird genehmigt und zur Deckung dieser Auslage zur Ausgabs-Rubrik XXII 5 c ein Zuschusscredit von 1403 fl. bewilligt.

14. Referent Gem.-Rath Noske: Ferner habe ich zur Zahl 2944 über das Ansuchen des Maria Theresien-Frauen-Hospitales um eine Subvention zu berichten. Die Verhältnisse dieses Spitales, welche schon früher den Gemeinderath bestimmt haben, demselben eine Subvention in der Höhe von 1000 fl. zu verleihen, sind, wie aus dem vorliegenden Berichte hervorgeht, unverändert geblieben, ebenso die Nothwendigkeit, diese höchst wohlthätig wirkende Institution auch fernerhin zu unterstützen. Es wird nun vom Stadtrathe nach Kenntnisnahme der Acten der Antrag gestellt, „es sei dem Maria Theresien-Frauen-Hospital eine Subvention von je 1000 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 unter den üblichen Cautelen zu bewilligen."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Dem Maria Theresien-Frauen-Hospitale wird eine Subvention von je 1000 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 unter den üblichen Cautelen bewilligt.

15. Referent Gem.-Rath Noske: Endlich habe ich die Ehre, zur Zahl 2415 über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gerhardus wegen Einleitung von Schritten seitens der Gemeinde gegen die in Aussicht stehende Einführung einer Transportsteuer für den Waren- und Personenverkehr zu berichten. In dieser Richtung liegt ein umfangreicher Bericht des Magistrates vor, welcher die ungünstigen Folgen schildert, welche die Einführung einer solchen Transportsteuer für Handel und Industrie und namentlich für den Verkehr der Reichshauptstadt, in welcher als dem Centrum des Reiches dieser Handel und Verkehr sich concentriert, haben würde. Es wird unter Hinweis auf die in dieser Richtung gepflogenen Untersuchungen und Erhebungen der Handels- und Gewerbekammer, welche sich auch entschieden gegen eine solche Steuer ausgesprochen hat, vom Magistrate beantragt — und ist dies zur Vorlage an das geehrte Plenum auch seitens des Stadtrathes genehmigt worden — „es seien Petitionen im Sinne der Magistratsausführungen sowohl an den Handelsminister als auch an den Finanzminister — und zwar an den letzteren nicht bloß, wie vorgeschlagen wurde, eine Abschrift, sondern ein Original-Exemplar — baldigst zu überreichen." Es ist wirklich bedauerlich, dass bei uns, sobald Maßregeln getroffen worden sind — und solche sind durch die Tarifpolitik der vergangenen Jahre geschehen — um den Personenverkehr und Gütertransport zu erleichtern, sofort wieder die Idee auftaucht, im Interesse der Staatsfinanzen irgend eine Abgabe diesem Verkehre aufzuerlegen, der doch der freiesten Bewegung bedarf, wenn nicht eine tiefe Schädigung von Handel und Industrie eintreten soll. Ich glaube, dass diese Erwägung eine sehr naheliegende ist, dass es gefährlich, bedenklich und namentlich für die Interessen der Reichshauptstadt schädlich sei, dem Verkehre eine solche Erschwernis aufzuerlegen, so dass ich auf die detaillierte Wiedergabe der Gründe verzichten und den Antrag des Stadtrathes dem geehrten Plenum zur Annahme empfehlen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Im Sinne der Magistratsausführungen sind sowohl an den Handelsminister als auch an den Finanzminister Petitionen gegen die Einführung einer Transportsteuer für den Waren- und Personenverkehr baldigst zu überreichen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing wird in Vertretung des erkrankten Herrn Gem.-Rathes Dr. Stenzl ein dringendes Referat erstatten.

16. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich habe die Ehre, im Namen des erkrankten Herrn Dr. Stenzl zu referieren, und zwar über Zahl 243. Hier handelt es sich um die Erfüllung der Bitte des Stadtphysikates um Zuweisung einer Hilfskraft.

Bereits im December 1892 hat das Stadtphysikat unter ziffernmäßiger Darlegung nachgewiesen, dass durch die Vereinigung mit den Vororten und durch den Zutritt der Bezirke XI bis XIX die Geschäfte des Stadtphysikates in einer sehr bedeutenden Weise gestiegen sind. Insbesondere haben sich gewisse Agenden sehr vermehrt, so beispielsweise die Revision der Apotheken, nachdem eine ganze Menge Apotheken zugewachsen sind. Es sind im ganzen gegenwärtig 102 derlei Apotheken jährlich mehrmals einer Revision zu unterziehen und es ist immer ein Beamter des Stadtphysikates bei der Commission erforderlich. Außerdem haben sich die Exhumierungen sehr bedeutend vermehrt und auch die laufenden Agenden sind derart, dass die fünf Persönlichkeiten, welche im Stadtphysikate wirken, der Stadtphysicus, seine beiden Stellvertreter und die beiden Assistenten, nicht mehr in der Lage sind, den Geschäften nachzukommen, so dass häufig vorkommt, dass im Stadtphysikate kein einziger Beamter vorhanden ist, um eventuell den Parteien Auskunft geben zu können. Diese Thatsachen sind unleugbar und es muss ihnen im Interesse des Publicums, welches einen regen Verkehr im Stadtphysikate zu pflegen hat, wohl Rechnung getragen werden.

Das Stadtphysikat hat nun gebeten um Systemisierung einer neuen städtischen Arztensstelle oder aber um die Systemisierung einer dritten Stellvertreterstelle, endlich eventuell um Belassung des Arztes Dr. Kellner, welcher bis 31. December 1892 anlässlich der Choleragefahr mit einem Tagesbetrage von 5 fl. dem Stadtphysikate zur Aushilfe zugewiesen war.

Der Magistrat hat sich aber in allen Fällen negativ geäußert, und zwar in Betreff der definitiven Bestellung eines städtischen Arztes mit Rücksicht darauf, dass die große Organisation des städtischen ärztlichen Dienstes im Zuge ist und demnächst erfolgen wird, und dass es daher nicht angezeigt wäre, durch derlei Einzelsystemisierungen dem ganzen Operate vorzugreifen. Andererseits hat der Magistrat zugeben müssen, dass wenigstens theilweise Aushilfe nothwendig sei, und den Antrag gestellt, den ich Ihnen hiemit namens des Stadtrathes vorzulegen die Ehre habe, es möge für

die Dauer des Bedarfes, eventuell bis zur Erledigung des großen Statutes über den städtischen ärztlichen Dienst, dem Stadtphysikate eine provisorische ärztliche Kraft zugewiesen werden mit dem usuellen Betrage von monatlich 50 fl., so zwar, dass dieselbe eventuell wieder beseitigt werden kann. Ich habe die Ehre, Ihnen diese provisorische Bestellung zu empfehlen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es ist selbstverständlich, dass ich dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen werde, aber das Referat beweist, dass damit eben nur ein Flickwerk geschaffen und dem ganzen Stadtphysikate damit nicht gründlich geholfen wird. Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, die Reorganisation des Stadtphysikates ehebaldigst dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Bestellung eines provisorischen städtischen Arztes mit dem monatlichen Honorare von 50 fl. für das Stadtphysikat auf die Dauer des Bedarfes, eventuell bis zur Erledigung der Vorlage über die Einrichtung des Gemeinde-Sanitätsdienstes, wird genehmigt.

17. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich habe soeben ein zweites Stück ebenfalls in Stellvertretung übernommen: Nr. 2655.

Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung und Genossen hatten den Antrag gestellt, es möge für das Zimmer, in welchem sich die chirurgischen Kranken im Versorgungshause in der Spitalgasse befinden, mit Rücksicht auf die dort herrschenden Zustände eine auswärtige Wärterin bestellt werden. Der Magistrat wurde beauftragt, über diesen Antrag die nöthigen Erhebungen zu pflegen und einen Antrag zu stellen. Es hat sich nun wirklich gezeigt, dass diejenigen Wärterdienste, welche durch die internen Wärterinnen versehen werden, bei den mitunter sehr schwer Kranken dieses Zimmers nicht ausreichen, und dass sich die Nothwendigkeit im Interesse der armen operierten und chirurgisch Kranken herausstellte, diesfalls für eine bessere Kraft zu sorgen.

Es hat daher der Magistrat einverständlich mit dem Stadtrathe folgenden Antrag gestellt und erlaube ich mir, denselben hiemit namens des Stadtrathes zur Annahme zu empfehlen: „Es sei für die Versorgung der Kranken auf dem chirurgischen Zimmer Nr. 30 im Versorgungshause in der Spitalgasse eine auswärtige Wärterin aufzunehmen mit dem Monatsbetrage von 24 fl., bezw. 288 fl. jährlich."

Nachdem dies eine unbedingte Nothwendigkeit im Interesse der Armen ist, bitte ich um Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die Aufnahme einer auswärtigen Wärterin mit dem Monatslohne von 24 fl. für die Versorgung der Kranken auf der chirurgischen Abtheilung des städtischen Versorgungshauses am Alserbache wird genehmigt.

18. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren über das Geschäftsstück Nr. 2524. Der Antrag befindet sich auf der gedruckten Tagesordnung.

Das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung armer Lehrerswitwen und -Waisen im ehemaligen Schulbezirke Sechshaus bittet um Gewährung einer Subvention. Diese Stiftung wurde anlässlich des 40jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers von den Lehrern der jetzigen Bezirke Fünfhaus, Rudolfsheim, Meidling und Hietzing gegründet. Dieselben waren es, welche durch Sammlungen unter sich sowie durch Spenden einiger schulfreundlicher Männer und Gemeinden den Fond gebildet hatten, der heute auf 2399 fl. 96 kr. angewachsen ist. Von den Zinsen wurden im ganzen seither zwölf hilfsbedürftige Witwen betheilt und im Jahre 1892 speciell eine arme Witwe mit einem einmaligen Betrage.

Es ist dieser Act auch an den Bezirksvorstand des betreffenden Bezirkes gegangen und wird von demselben die Subventionierung mit Rücksicht auf den humanen und wohlthätigen Zweck bestens empfohlen. Der Magistrat legt den Act mit dem Antrage vor, es sei eine Subvention in der Höhe von 100 fl. zu gewähren. Der Stadtrath empfiehlt nun zur Genehmigung folgenden Antrag (liest):

„Dem Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung armer Lehrerswitwen und -Waisen im ehemaligen Schulbezirke Sechshaus werde eine einmalige Subvention von 100 fl. ö. W. bewilligt."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Dem Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung armer Lehrerswitwen und -Waisen im ehemaligen Schulbezirke Sechshaus wird eine einmalige Subvention von 100 fl. ö. W. bewilligt.

19. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Nr. 1420 betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing um Beistellung diverser Feuerwehr-Utensilien und Bewilligung einer Subvention. Die Kosten dieser Subvention und der Beistellung dieser Utensilien belaufen sich auf 6131 fl. 25 kr. Von den Ämtern wurde die Nothwendigkeit der Anschaffung dieser Utensilien bestätigt. Der Stadtrath hat sich diesem Antrage der Ämter auch vollständig angeschlossen bis auf eine Post. Es kommt eben bei dieser Subvention eine Post von 1260 fl. vor, welche an die betreffenden activen Feuerwehrleute, die heute angestellt sind, einstweilen vom Commando ausgezahlt wurden. Diese Post wurde, nachdem sie nicht genügend belegt war, nachdem nicht nachgewiesen worden ist, dass wirklich auch dieser Betrag ausgezahlt wurde, seitens des Stadtrathes abgelehnt. Es geht daher der Antrag dahin (liest):

„Es sei dem Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing Folge zu geben und ein Betrag von 4871 fl. 25 kr. zu votieren, welcher zu nachfolgenden Zwecken zu verwenden sei:

1. Zur Anschaffung zweier Normalwasserwägen für die städt. Feuerwehr um den Preis von je 950 fl., also zusammen von 1900 fl. als Ersatz für zwei Reservewasserwägen, welche der freiwilligen Feuerwehr Penzing auszufolgen sind;

2. zur Anschaffung eines Schlauchhaspelkarrens für die städt. Feuerwehr um den von W. Knaust offerierten Preis von 260 fl. als Ersatz für den aus dem städtischen Requisitenpark an die genannte freiwillige Feuerwehr abzugebenden Schlauchkarren, sowie zur Anschaffung von 15 Stück Hanfdruckschläuchen sammt Verkuppelungen und Einbindungen um den Preis von 525 fl. 25 kr. für die Penzinger Feuerwehr;

3. zur Reparatur der schadhaften Feuerspritze im Maximalbetrage von 400 fl.;

4. zur Gewährung einer Subvention von 900 fl. an die besagte Feuerwehr, mit welcher die Gehalte der beiden activen Feuerwehrleute im Betrage von 45 fl. pro Mann und Monat sammt Stiefelpauschale (monatlicher 2 fl.) und Montur (à jährlich 36 fl.) in der Zeit vom 1. April 1893 bis 1. Jänner 1894, und zwar im nachhinein auszubezahlen sind, über welche Verwendung sich die freiwillige Feuerwehr Penzing seinerzeit durch Vorlage der bezüglichen Belege auszuweisen haben wird; die Liquidierung der Forderung des Hauptmannes dieser Feuerwehr und der Unterstützungscassa von zusammen 1260 fl. wird abgelehnt, insolange nicht entsprechende Verwendungsausweise hierüber vorgelegt sind;

5. zur Herstellung einer neuen Weckerleitung mit dem Kostenaufwande von 800 fl.;

6. zur Beistellung der separat angesuchten Utensilien für die Telegraphenleitung, sowie von Wagenkerzen, Fackeln &c. mit dem Kostenaufwande von 286 fl."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Dem Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing wird Folge gegeben und ein Betrag von 4871 fl. 25 kr. votiert, welcher zu nachfolgenden Zwecken zu verwenden ist:

1. Zur Anschaffung zweier Normalwasserwagen für die städtische Feuerwehr um den Preis von je 950 fl., also zusammen von 1900 fl. als Ersatz für zwei Reservewasserwagen, welche der freiwilligen Feuerwehr Penzing auszufolgen sind;

2. zur Anschaffung eines Schlauchhaspelkarrens für die städtische Feuerwehr um den von W. Knauft offerierten Preis von 260 fl. als Ersatz für den aus dem städtischen Requisitenpark an die genannte freiwillige Feuerwehr abzugebenden Schlauchkarren, sowie zur Anschaffung von 15 Stück Hausdruckschläuchen sammt Verkuppelungen und Einbindungen um den Preis von 525 fl. 25 kr. für die Penzinger Feuerwehr;

3. zur Reparatur der schadhaften Feuerspritze im Maximalbetrage von 400 fl.;

4. zur Gewährung einer Subvention von 900 fl. an die besagte Feuerwehr, mit welcher die Gehalte der beiden activen Feuerwehrleute im Betrage von 45 fl. pro Mann und Monat sammt Stiefelpauschale (monatlicher 2 fl.) und Montur (à jährlich 36 fl.) in der Zeit vom 1. April 1893 bis 1. Jänner 1894, und zwar im nachhinein auszubezahlen sind, über welche Verwendung sich die freiwillige Feuerwehr Penzing seinerzeit durch Vorlage der bezüglichen Belege auszuweisen haben wird; die Liquidierung der Forderung des Hauptmannes dieser Feuerwehr und der Unterstützungscassa von zusammen 1260 fl. wird abgelehnt, insolange nicht entsprechende Verwendungsausweise hierüber vorgelegt sind;

5. zur Herstellung einer neuen Weckerleitung mit dem Kostenaufwande von 800 fl.;

6. zur Beistellung der separat angesuchten Utensilien für die Telegraphenleitung, sowie von Wagenkerzen, Fackeln &c. mit dem Kostenaufwande von 286 fl.

20. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre, zu referieren über das Ansuchen des Asylvereines der Wiener Universität um Subvention. Der Antrag steht auf der gedruckten Tagesordnung.

Dieser Verein besteht bereits seit 19 Jahren unter dem Allerhöchsten Protectorate. Seine Hauptaufgabe sieht er darin, armen und unbemittelten Studenten der Wiener Universität Freiquartiere zu geben. Es ist aus dem Jahresberichte zu ersehen, daß im letzten Jahre nicht weniger als 289 Studenten Freiquartiere bekamen.

Ich erinnere auch daran, dass der Verein in den letzten Jahren zu dem Hause, das er bereits in der Rossau hatte, ein zweites kaufte und nunmehr 143 Freiquartiere für Studenten hat. Im vorigen Jahre bekam der Verein eine Subvention im Betrage von 340 fl.

Der Stadtrath beantragt, für dieses Jahr gleichfalls eine Subvention im Betrage von 340 fl. zu bewilligen, und ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Dem Asylvereine der Universität wird eine Subvention von 340 fl. pro 1893 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Wurm, zu referieren.

(Gem.-Rath Wurm tritt an den Referententisch.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist mir mitgetheilt worden, dass das Referat Nr. 85 bezüglich eines Pferdeschlachthauses erstattet werden soll. Nachdem dieses Referat erst heute aufgelegt wurde, möchte ich bitten, dasselbe zu vertagen und erst in einer der nächsten Sitzungen zum Vortrage zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird nur das Referat über die Schule im II. Bezirke erstattet.

21. Referent Gem.-Rath Wurm: Die andere Angelegenheit wäre zwar auch höchst dringend, denn sie ist wiederholt urgiert worden. Ich werde also über den Act Zahl 2035, Beilage Nr. 82 referieren. Es handelt sich um die Vorlage einer Projectskizze für den Bau einer Doppel-Volksschule im II. Bezirke, Leystraße. Die Herren werden sich erinnern, dass die in Zwischenbrücken bestandene Schule zur Zeit der Choleragefahr in ein Epidemiespital umgewandelt wurde, und es ist daher die dortige Schule jetzt nur eingemietet und für die dortigen Verhältnisse durchaus nicht ausreichend.

Es ist daher dringend nothwendig, dass an den Bau einer neuen Schule gedacht werde, und der Gemeinderath hat auch schon dadurch vorgesorgt, dass er einen früher der Donauregulierungs-Commission gehörigen Grund angekauft hat, einen Grund, welcher an der Leystraße gelegen ist. Dort soll eine Doppel-Volksschule erbaut werden. Die Pläne sind dort (auf die ausgestellten Pläne hinweisend) aufgestellt worden und ist hier rechts an der Tafel der Plan angeheftet. Aus dem Plane ist zu entnehmen, dass die Schule 30 Lehrzimmer bekommen soll, dann die beiden Wohnungen für die Schuldirectoren, die Schuldiener-Wohnungen, dann die entsprechenden Zeichen- und Turnsäle. Die Kosten werden sich nach dem Voranschlage des Stadtbauamtes, nachdem es eine Doppel-Volksschule und die Schule ziemlich ausgedehnt ist, auf 255.000 fl. belaufen. Infolge der zu erwartenden Ersparnisse, welche infolge der Offertverhandlungen regelmäßig eintreten, werden sich die Kosten auf 204.000 fl. restringieren. Gegenwärtig ist im Budget

ein Betrag von 55.000 fl. eingestellt. Diese 55.000 fl. dienen theilweise zum Ankaufe des Bauplatzes der Schule, theilweise um die Kosten für die im heurigen Baujahre herzustellenden Arbeiten zu decken. Es ist mit demselben das vollkommene Auskommen für dieses Jahr zu finden, und es wird beantragt, für das nächste Jahr in dem Budget für die Fertigstellung der Schule vorzusorgen. Der Schulbau ist höchst dringend, daher ist auch beantragt, dass der Vollendungstermin derart gestellt wird, dass bereits im September 1894 die Schule ihrem Zwecke übergeben werden könne.

Die Anträge, welche demnach der Stadtrath stellt, sind folgende (liest):

Es sei der Bau einer neuen Doppel-Volksschule im II. Bezirke auf den angekauften Baustellen zwischen der Leystraße, Pöchlarngasse und einer noch unbenannten Gasse mit dem Kostenbetrage von 255.000 fl. (inclusive Einrichtung) nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze mit der Modification zu genehmigen, dass die den Knaben zugedachte Seite den Mädchen und umgekehrt zugewiesen wird.

Dieser Schulbau sei noch im heurigen Jahre in Angriff zu nehmen und im Jahre 1894 derart rechtzeitig zu vollenden, dass die neue Schule zu Beginn des Schuljahres 1894/95 ihrer Bestimmung übergeben werden kann.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bitte, liegt auch das Detailproject vor?

Referent: Nein; es handelt sich vorläufig um die Projectskizze und wird das Detailproject nach dieser ausgearbeitet werden.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: In einer der letzten Sitzungen ist das Project eines Schulhauses vorgelegt worden und ich habe mich dafür interessiert, welche Art der Heizung in der Schule eingeführt werden solle. Darauf wurde mir erwidert, dass ohnehin im Stadtrathe ein Project vorliegt, beziehungsweise ein Referat, welches klar feststellen soll, welche Art der Beheizung in Zukunft in den Schulen principiell eingeführt werden solle. Ich habe darauf den Antrag gestellt, dass in dem Momente, in welchem das Detailproject vorliegt, dasselbe dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung unterbreitet werden solle, worauf mir der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, welcher damals den Vorsitz führte, erklärte, dass das nicht angehe, dass das nicht mehr Sache des Gemeinderathes sei, sondern über die Ausführung lediglich der Stadtrath beschließe. Es wird dann eine wichtige Agende unserer Competenz entzogen und deshalb stelle ich den Antrag, dass wir zwar principiell dem Baue zustimmen, dass aber das Detailproject dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle. Ich bitte diesen Antrag zu acceptieren.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Meine Herren! Ich habe einmal einen Antrag gestellt, dass die Oberlehrer-Wohnungen nicht in den Schulgebäuden untergebracht werden. Dieser Antrag wurde aber zur Abstimmung nicht zugelassen, weil der Herr Vorsitzende gesagt hat, das sei ungesetzlich. Wenn das ungesetzlich ist, so frage ich, warum im vorigen Jahre in Ottakring, wo auch eine Schule gebaut worden ist, und in Hernals, wo ebenfalls eine Schule gebaut worden ist, die Oberlehrer-Wohnungen in die Schulgebäude nicht hineingekommen sind. Wenn man in den Vororten die Oberlehrer-Wohnungen nicht im Schulgebäude unterbringt, warum geschieht das in der Leopoldstadt? Ich glaube, in der Leopoldstadt ist der Baugrund theurer als in Ottakring oder Hernals, ich möchte daher wiederum den Antrag stellen, „der Gemeinderath beschließe, dass eine Petition um Änderung des Paragraphen des Landesschulgesetzes, dass Oberlehrer-Wohnungen in das Schulgebäude unbedingt nicht hineinkommen, eingebracht werde." Ich werde mir dann erlauben, diesen Antrag schriftlich vorzulegen.

Referent: Ich will nur bezüglich des Grundwertes bemerken, dass der Bauplatz dieser so ausgedehnten Schule nur etwas über 12.000 fl. gekostet hat; er ist in Zwischenbrücken gelegen, hat daher keinen so hohen Wert, und was die Schulleiter-Wohnungen anbelangt, so muss ich darauf hinweisen, dass dieselben in einem von außen zugänglichen, ganz separaten Flügel untergebracht sind, so dass sanitäre Bedenken gegen die Unterbringung der Schulleiter-Wohnungen nicht vorhanden sind. Es ist gewiss wünschenswert, dass in einem so großen Gebäude, besonders wenn es sich in einer so exponierten Lage befindet, wie dieses Gebäude, eine Beaufsichtigung durch den Schuldirector oder Schulleiter stattfinden kann. Aus diesem speciellen Grunde erscheint es wünschenswert, dass die Schulleiter-Wohnungen in dem Schulgebäude untergebracht werden. Ich glaube auch, dass es billiger sein wird, als wenn durch Quartiergelder für die anderweitige Unterbringung dieser Lehrkräfte Vorsorge getroffen würde. Wir haben schon oft höchst unangenehme Erfahrungen gemacht, dass nämlich eine Menge von Anforderungen an die Gemeinde gestellt werden, weil die Lehrer nicht in der Nähe der Schule wohnen. Wir mussten zum Beispiel Wagengelder für Katecheten in entlegenen Schulen &c. bewilligen. Auch die in Frage stehende Schule ist entlegen und es ist daher höchst wünschenswert, dass die Schulleiter in der vorgeschlagenen Weise untergebracht werden.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Wie Sie von mir wissen, war ich noch niemals gegen die Erbauung eines Schulhauses, weil ich Schulhäuser als eine Nothwendigkeit ansehe, aber gegen die Art und Weise, wie man heute von uns verlangt, dass wir Beträge zur Erbauung von Schulhäusern bewilligen sollen, muss ich mich auf die feierlichste Weise verwahren. In der Art, wie heute manipuliert wird, wird uns successive das Entscheidungsrecht entzogen. Heute haben wir nur principiell den Bau einer Schule zu beschließen. Wie aber gebaut werden, welche Beheizung eingerichtet werden soll u. s. w., darüber fragt man uns nicht, es heißt nur, gebt die 200.000 fl. her und geht „ham", das andere geht Euch nichts an. Gegen diese Art des Vorgehens verwahre ich mich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte den Herrn Redner bitten, seine Ausdrücke dem Platze zu accommodieren, wo er sich befindet.

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe nur gesagt, was mir am Herz gelegen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Form muss immer gewahrt werden.

Gem.-Rath Bärtl: Auf der Tagesordnung steht der Bau eines Schulhauses, für den über eine Viertelmillion Gulden beansprucht werden. Der Herr Referent sagt freilich, durch die Offertverhandlung werden sich die Kosten auf höchstens 204.000 fl. stellen. Das ist sehr viel gesagt, Herr Referent. Heute liegt noch kein Detailproject vor, und es wäre wünschenswert, zu wissen, welche Beheizung eingeführt werden soll und was dieselbe kosten wird. Heute wissen wir diesbezüglich gar nichts. Es ist das sehr zu bedauern, nachdem es sich um einen so großen Schulbau handelt. Ich glaube, dass eine dringende Nothwendigkeit hiezu vorhanden ist. Gegen den Bau einer Schule habe ich principiell nichts einzuwenden; allein der Gemeinderath hat schon vor längerer Zeit beschlossen, dass

wegen der Art der Beheizung in den Schulen eine principielle Entscheidung zu treffen sei. Wir haben bis jetzt mit der Beheizung bittere Erfahrungen gemacht; der Gemeinderath hat zu verschiedenen Zeiten große Summen bewilligt, bis heute ist aber über die offene Frage der Beheizung noch nicht entschieden worden. Bei einer so großen Schule, wie es diese Doppelschule ist, erscheint es dringend geboten, dass vorher im Principe ausgesprochen werde, welche Beheizung einzuführen sei. Auch ist es wünschenswert, dass, bevor das Detailproject vorgelegt werde, über das Beheizungssystem der Schule referiert wird. Wenn der Herr Referent recht hat — ich wünsche es — so gratuliere ich ihm. (Referent: Gewiss!) Wir werden uns wieder treffen und sehen, ob der Bau statt 255.000 fl. nur 204.000 fl. kosten wird. Ich werde mir den heutigen Tag merken. Ich habe schon letzthin erwähnt, man soll keine luxuriösen Schulbauten aufführen, es werden da unnöthig hunderttausende von Gulden für luxuriöse Bauten ausgegeben. Man soll gut und billig und den Zeitverhältnissen entsprechend bauen, aber nicht luxuriös, damit die Schulen nicht zu viel Geld kosten. Im großen und ganzen bin ich dafür, dass über die Beheizung der Schule referiert werden soll, bevor das Detailproject vorgelegt wird, damit wir wissen, welche Beheizung diese Schule bekommt.

Gem.-Rath Hawranek: So oft eine Schule kommt, werde ich jedesmal dagegen sprechen, dass die Wohnung des Oberlehrers oder Bürgerschuldirectors in die Schule kommt. Man beruft sich fortwährend auf das Landesgesetz (Rufe: Reichsgesetz!) oder Reichsgesetz. Aber ich glaube, zahlen müssen wir. Da können wir doch selbst bestimmen, ob wir die Oberlehrer-Wohnung darin haben wollen oder nicht. Das kostet immer am meisten. Denn für eine solche Wohnung muss eine separate Stiege gemacht werden, damit sie isoliert ist. Nehmen wir nur die Schule in der Johannesgasse, dort sind für zwei Oberlehrer gar zwei Stiegen. Meistens liegt die Wohnung im ersten Stock. (Referent: Ebenerdig!) Wenn sie ebenerdig ist, ist sie im Hochparterre. Eine separate Stiege muss doch gemacht werden. Das ist es, was sehr viel Geld kostet. Ich glaube, man sollte dahin wirken, dass das Gesetz, wenn es so lautet, abgeändert wird. Ich glaube, es wäre besser, statt in der Schule, in einem theueren Haus, eine Oberlehrer-Wohnung zu bauen, das doppelte Quartiergeld zu geben; man käme besser weg.

Gem.-Rath Steblik: Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn Dr. Klotzberg anschließen. Aber das ist unrichtig und ich muss es gleich rügen: Wenn der Bau bestimmt ist und eine Luftheizung hineinkommen soll, so muss sie gleich hineingebaut werden. Das ist nicht eine Sache, die erst später kommen kann. Entweder soll man offen sagen, dass wir Luftheizung bekommen, oder man soll sagen: Ofenheizung. Die Ofenheizung ist von jeher gewünscht worden.

Heute, nachdem man den Wunsch schon kennt, spricht man von der Beheizung gar nicht. Warum, werden die Herren am besten wissen, welche die Beheizung machen wollen. Ich möchte den Herrn Referenten ersuchen, dass uns heute klar gesagt werde, ob eine Luftheizung projectiert ist.

Gem.-Rath Tomola: Ich möchte eine Ansicht richtigstellen, welche hier fallen gelassen wurde. Es besteht nämlich im Reichs-Volksschulgesetze durchaus kein Paragraph, welcher bestimmen würde, dass der Schulleiter in der Schule eine Wohnung bekommen muss. Das ist nicht Sache des Reichs-Volksschulgesetzes, sondern der Landesgesetzgebung. Das Dotationsgesetz bestimmt die Art und Weise der Besoldung und zugleich die Wohnungsverhältnisse für die Landeslehrerschaft; für Wien geschah dies speciell durch das Gesetz vom 20. December 1891, wie ich glaube, gelegentlich der neuen Gehaltsregulierung. Dieses Gesetz bestimmt ganz deutlich, dass, falls der Oberlehrer, beziehungsweise der Bürgerschuldirector eine Naturalwohnung im Schulhause hat, er trotzdem noch den Anspruch darauf hat, 20 Percent der Activitätszulage zu beziehen. Schon nach der Fassung des Gesetzes wird also die freie Wahl gelassen, entweder dem Director, beziehungsweise Oberlehrer eine Wohnung im Schulhause anzuweisen oder das entsprechende Äquivalent des Quartiergeldes und der Activitätszulage zu bewilligen.

Referent (zum Schlusswort): Ich will nur nochmals bezüglich der Schulleiter-Wohnungen bemerken, dass speciell in diesem Projecte die beiden Schulleiter-Wohnungen außerordentlich zweckmäßig und ohne bedeutende Kosten untergebracht sind. Es trifft sich gerade, dass die Flügel ausreichend mit Parterre-Localitäten für die Oberlehrer-Wohnungen versehen sind, und dass auch keine luxuriöse Verschwendung von Treppen und Zugängen nöthig wird, um diese Wohnungen dort zu etablieren. Was die Heizung anbelangt, will ich darauf hinweisen, dass ein Referat über die Heizung von Schulhäusern überhaupt lauft und zu erwarten ist, dass das Referat in nächster Zeit erstattet wird; dann ist die Frage ein- für allemal gelöst. Heute handelt es sich darum, principiell diese Anlage zu genehmigen; mein Mandat reicht nicht weiter, als Sie zu bitten, diesem Projecte zuzustimmen. Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist vom Herrn Gem.-Rath Dr. Klotzberg der Zusatz-Antrag gestellt worden: „das Detailproject der zu erbauenden Schule in der Leystraße ist dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen."

Herr Gem.-Rath Ziegelwanger beantragt die Einbringung einer Petition um Abänderung des Gesetzes dahin, dass die Vorschrift über die obligatorische Anbringung von Oberlehrer-Wohnungen abgeändert werde.

Ich bringe zur Abstimmung zunächst den Antrag des Referenten, dann den Antrag Klotzberg. Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Referenten-Antrag ist angenommen.

Ich ersuche die Herren, welche den Zusatz-Antrag Klotzberg annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Zusatz-Antrag ist angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Ziegelwanger an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Beschluss: Es sei der Bau einer neuen Doppel-Volksschule im II. Bezirke auf den angekauften Baustellen zwischen der Leystraße, Pöchlarngasse und einer noch unbenannten Gasse mit dem Kostenbetrage von 255.000 fl. (incl. Einrichtung) nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze mit der Modification zu genehmigen, dass die den Knaben zugedachte Seite den Mädchen und umgekehrt zugewiesen wird.

Dieser Schulbau sei noch im heurigen Jahre in Angriff zu nehmen und im Jahre 1894 derart rechtzeitig zu vollenden, dass die neue Schule zu Beginn des Schuljahres 1894/95 ihrer Bestimmung übergeben werden kann.

Das Detailproject der zu erbauenden Schule in der Leystraße ist dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

22. Referent Gem.-Rath Matzenauer: Beilage 83. Ich habe die Ehre, zu referieren über das Offert der Firma Siemens & Halske, betreffend die probeweise Beleuchtung des Kohlmarktes mittels Bogenlampen auf ihre Kosten auf die Dauer eines Jahres.

Die Firma Siemens & Halske hat der Gemeinde das Offert gemacht, dass sie während der Dauer eines Jahres den Kohlmarkt mit 12 Bogenlampen beleuchten wolle. Mit Rücksicht auf den bestehenden Gasvertrag ist die Gasgesellschaft davon in Kenntnis gesetzt worden und dieselbe hat erklärt, dass sie vorbehaltlich ihrer Rechte, welche sie aus dem Vertrage erheben zu können glaubt, zustimme, dass während dieser Zeit für die Nichtanzündung der Gasflammen eine Entschädigung auch nicht zu leisten sei. Dadurch würde die Gemeinde an Gasconsum 717 fl. 32 kr. ersparen. Die städtischen Ämter rathen darauf ein, dass dieser Versuch gemacht werde, weil man ja immerhin dadurch in die Gelegenheit komme, während der Dauer eines Jahres Erfahrungen in Betreff dieser Beleuchtung zu machen; andererseits weisen sie darauf hin, dass dann wahrscheinlich von Seiten des Publicums das Verlangen gestellt werden wird, die Beleuchtung zu belassen und sie nicht mehr zu beseitigen, was natürlich für die Gemeinde Kosten zur Folge haben würde. Das ist auch der Grund, warum dieses Referat als ein solches von principieller Bedeutung aufgefasst und im Stadtrathe der Wunsch ausgesprochen wurde, dass der Gemeinderath zur Beschlussfassung darüber herangezogen werde. Die Bedingungen, unter denen diese Bewilligung ertheilt werden soll, sind folgende (liest):

Der Firma Siemens & Halske werde die angesuchte Bewilligung zur Installierung von zwölf Bogenlampen am Kohlmarkte und zum probeweisen Betriebe auf die Dauer eines Jahres unter den vom Stadtbauamte beantragten Bedingungen, nämlich:

1. Die Gemeinde trägt keinerlei Kosten, welche mit der Installation, dem Betriebe, sowie mit der Abtragung der Beleuchtungsanlage verbunden sind;

2. die Gemeinde übernimmt keinerlei Haftung für allfälligen Schaden an Privateigenthum und bleibt in dieser Hinsicht die Gesuchstellerin sowie Stromlieferungs-Gesellschaft in voller Verantwortlichkeit;

3. die Genehmigung wird vorläufig nur auf ein Jahr ertheilt. Sollte sich jedoch anfangs oder auch später herausstellen, dass die geplante Anlage ein Verkehrshindernis bilde, so ist dieselbe über Verlangen der Gemeinde sofort zu beseitigen und der status quo ante wieder herzustellen;

hiedurch erwächst der Gesuchstellerin kein Anspruch auf irgend eine Entschädigung von Seiten der Gemeinde;

4. die Austheilung der Lampen hat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte zu geschehen und ist die Gesuchstellerin angewiesen, vor Inangriffnahme der Arbeiten die Zustimmung jener Hauseigenthümer einzuholen, an deren Häusern die Ketten für die Bogenlampen &c. befestigt werden sollen;

5. der Beginn sowie die Vollendung der Installationsarbeiten sind dem Stadtbauamte rechtzeitig anzuzeigen und ist die Installation in stetem Einvernehmen mit dem Stadtbauamte durchzuführen;

6. weder durch die Installationsarbeiten noch durch den Betrieb darf der Verkehr gestört werden und haben demnach diese Arbeiten, sowie auch das Auswechseln der Kohlen nur zur Nachtzeit zu geschehen;

7. die lichte Höhe vom Straßenpflaster bis zum untersten Theile der Lampen darf nicht weniger als 7 m betragen;

8. für die Installation sollen die vom elektrotechnischen Vereine in Wien herausgegebenen „Sicherheitsvorschriften für elektrische Starkstrom-Anlagen" Geltung haben;

9. die in Rede stehende Beleuchtung muss allabendlich vom Beginne der öffentlichen Beleuchtung bis $^1/_2$11 Uhr nachts functionieren;

sollte die genannte Beleuchtungsanlage während eines Zeitraumes von mehr als acht Tagen nicht functionieren, so hat die Gemeinde das Recht, die sofortige Abtragung der Anlage zu fordern,

ferner den Bedingungen des Feuerwehr-Commondos:

1. dass zur Vermeidung von Störungen im Betriebe der über den Kohlmarkt gespannten Telegraphen- und Telephonleitungen die von Lampe zu Lampe frei gespannten Drähte mit entsprechender Isolierung und nicht, wie im beiliegenden Erläuterungs-Ausweise bemerkt wird, blank zur Verwendung gelangen;

2. dass die zur Verwendung gelangenden Lampen derart in zwei Gruppen geschaltet werden, dass die 1., 3., 5., 7., 9. Lampe im ersten und die 2., 4., 6., 8. und 10. Lampe im zweiten Stromkreise liegt —

und endlich den weiteren Bedingungen ertheilt, dass:

1. die zur Befestigung der Bogenlampen verwendeten Ketten so an den Mauerkolben befestigt werden, dass sie ohne Schwierigkeit ausgehängt, respective entfernt werden können, wenn behufs Durchführung einer Lösch- oder Rettungsaction das Fahren mit aufgerichteter Leiter an Ort und Stelle nothwendig wird;

2. der Tag, an welchem die elektrische Probebeleuchtung am Kohlmarkte in Function tritt, und jener Tag, an welchem sie wieder außer Betrieb kommt, commissionell fixiert wird;

3. die Bogenlampen täglich zugleich mit der vertragsmäßigen Anzündezeit der Gasflammen in Function treten und nicht früher gelöscht werden, als die Gasflammen am Kohlmarkte angezündet sind;

4. das Anzünden der Gasflammen durch das Beleuchtungspersonale der Imperial-Continental-Gas-Association geschieht und diesem Personale für diese Leistung von der Firma Siemens & Halske eine mit der genannten Gasgesellschaft zu vereinbarende entsprechende Vergütung gewährt wird;

5. die projectierte elektrische Probebeleuchtung spätestens bis 31. December 1893 in Function tritt, widrigens die Genehmigung der Gemeinde zu dieser Beleuchtung erlischt."

Gem.-Rath Seiler: Ich begrüße vor allem den Muth des Stadtrathes, dass er uns einen derartigen Antrag vorlegt, und erlaube mir nur die Anfrage an den Herrn Referenten, warum denn die Probebeleuchtung bis $^1/_2$11 Uhr nachts fixirt worden ist. Es ist sehr zu bedauern, dass wir trotz aller Anstrengungen von vielen Seiten den Tag nicht ein bißchen in die Länge ziehen können, wenigstens bis 11 Uhr, während doch auf der Praterstraße und vielen anderen Straßen schon die Beleuchtung bis 11 Uhr angeordnet ist. Hier auf der frequentesten Straße, wo das Publicum von der Oper und vom Burgtheater nach Hause geht und man doch auf ein bißchen Nachtleben denken sollte, wird um $^1/_2$11 Uhr nachts totale Finsternis herrschen. Ich möchte mir also an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob es mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre, zu veranlassen, dass die Beleuchtung bis 11 Uhr andauert.

Referent: Ob das besondere Schwierigkeiten macht, darüber Auskunft zu geben, bin ich nicht in der Lage. Das setzt neuerliche Verhandlungen mit der Gesellschaft voraus. Die Gesellschaft macht diese Beleuchtung durch ein Jahr unentgeltlich vom Beginn der Anzündezeit bis ½11 Uhr. Wenn wir nun sagen, du musst bis 11 Uhr beleuchten, so können wir heute nicht wissen, ob sie es thut oder nicht; übrigens wird, wenn wir die Beleuchtung bis ½11 Uhr annehmen, nach dieser Zeit keine andere Finsternis sein, als welche gegenwärtig während des ganzen Abends bis Mitternacht herrscht.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe mich schon gewundert, dass hier nicht „bis 10 Uhr" steht, und ich sehe nicht ein, warum man nicht noch eine halbe Stunde zugeben soll.

Es könnte doch bei der Gesellschaft der Wunsch des Gemeinderathes ausgesprochen werden, dass die Beleuchtung bis 11 Uhr dauert.

Ich beantrage also, dass der Gesellschaft, der es wahrscheinlich ganz gleich bleiben wird, der Wunsch ausgesprochen wird, die elektrische Beleuchtung bis 11 Uhr dauern zu lassen.

Gem.-Rath Dr. Nechanski: Ich möchte nur aufmerksam machen, dass es sich empfehlen würde, Punkt 9 und Punkt 3 der weiteren Bedingungen zusammenzuziehen.

In Punkt 9, der aus den Bemerkungen des Stadtbauamtes herausgenommen ist, heißt es:

„Die in Rede stehende Beleuchtung muss allabendlich vom Beginne der öffentlichen Beleuchtung bis ½11 Uhr nachts functionieren."

In Punkt 3 der weiteren Bedingungen heißt es:

„Dass die Bogenlampen täglich zugleich mit der vertragsmäßigen Anzündezeit der Gasflammen in Function treten und nicht früher gelöscht werden, als die Gasflammen am Kohlmarkt angezündet sind."

Wenn diese aber noch um ½11 Uhr nicht angezündet sind, so können die anderen Flammen nicht ausgelöscht werden. Man sollte also diese beiden Bedingungen zusammenziehen, dass die normale Frist „½11 Uhr" oder nach dem angeregten Wunsche „11 Uhr" sei, dass jedoch die elektrischen Flammen nicht früher ausgelöscht werden dürfen, bevor nicht die Gasflammen angezündet sind.

Gem.-Rath Hawranek: Ich staune, dass die Herren an diesem Vertrage noch nergeln wollen. Die Gesellschaft thut ja alles selbst, wir haben gar kein Risico dabei und wir müssen froh sein, dass sie wenigstens bis ½11 Uhr beleuchtet. Das Unternehmen hat ja ausdrücklich mit der Gasgesellschaft vereinbart: wenn es seine Flammen auslöscht, muss die Gasgesellschaft ihre Lampen anzünden.

Was Herr Gem.-Rath Seiler angeführt hat, dass die Lampen länger brennen sollen, so glaube ich, es wäre ihm auch recht, wenn die Beleuchtung über den Graben, die Rothenthurmstraße und Aspernbrücke bis zu seinem Hotel gienge, damit die Leute hinfinden. (Heiterkeit.) Das kann man doch nicht verlangen. Ich glaube also, wir können den Referenten-Antrag mit Freuden annehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Was die Bemerkung des Gem.-Rathes Dr. Nechansky wegen Zusammenziehung des Punktes 9 und Punkt 3 der weiteren Bedingungen betrifft, so ist das keine meritorische, sondern eine rein stilistische Sache.

Die Bestimmungen sind hier aber aufgenommen, wie sie sich im Referate entwickelt haben; zuerst die Bedingungen des Stadtbauamtes, dann die des Feuerwehr-Commandos und dann die anderen Bedingungen. Bei der Vertragsabschließung kann man ja die nothwendigen stilistischen Änderungen vornehmen.

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Seiler betrifft, so ist er eigentlich kein Antrag, sondern ein Wunsch; man kann ja nicht sagen, wenn Du nicht bis 11 Uhr beleuchtest, acceptieren wir Dein Anerbieten nicht. Man kann die Gesellschaft fragen, ob sie die Beleuchtung bis 11 Uhr ausdehnen will, aber als Bedingung ist dies auch vom Herrn Antragsteller nicht gemeint.

Ich überlasse es also den Herren, ob Sie auch den Wunsch aussprechen wollen; wie bei uns die Verhältnisse sind, glaube ich, genügt die Beleuchtung bis ½11 Uhr.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu den Anträgen des Herrn Referenten hat Herr Gem.-Rath Seiler beantragt:

Es möge die Gemeinde den Wunsch aussprechen, dass die öffentliche elektrische Beleuchtung bis 11 Uhr nachts functioniere.

Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky beantragt anstatt Punkt 9 und Punkt 3 der weiteren Bedingungen folgende Fassung:

Die in Rede stehende Beleuchtung muss allabendlich zugleich mit der vertragsmäßigen Anzündezeit der Gasflammen in Function treten und bis ½11 Uhr nachts functionieren, darf jedoch nicht früher gelöscht werden, als bis die Gasflammen am Kohlmarkt angezündet sind.

Referent: Ich glaube, wir sollten da nicht über den Wortlaut abstimmen. Wenn die Herren schon dem Antrage des Herrn Dr. Nechansky zustimmen wollen, so soll einfach beschlossen werden, dass Punkt 9 und Punkt 3 der weiteren Bedingungen stilistisch zu vereinigen sind. Bei der Abstimmung über den Wortlaut könnte im Momente etwas übersehen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe zuerst den Antrag des Herrn Dr. Nechansky zur Abstimmung. Bitte diejenigen Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich bringe nun den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Seiler zur Abstimmung, dass der Wunsch ausgesprochen werde, dass diese Beleuchtung bis 11 Uhr nachts dauere. Bitte diejenigen Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bringe ich die übrigen Anträge des Herrn Referenten zur Abstimmung. Bitte die Herren, welche mit denselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Beschluss: Der Firma Siemens & Halske wird die angesuchte Bewilligung zur Installierung von zwölf Bogenlampen am Kohlmarkt und zum probeweisen Betriebe auf die Dauer eines Jahres unter den vom Stadtbauamte beantragten Bedingungen, nämlich:

1. Die Gemeinde trägt keinerlei Kosten, welche mit der Installation, dem Betriebe, sowie mit der Abtragung der Beleuchtungsanlage verbunden sind;

2. die Gemeinde übernimmt keinerlei Haftung für allfälligen Schaden an Privateigenthum und bleibt in dieser Hinsicht die Gesuchstellerin sowie Stromlieferungs-Gesellschaft in voller Verantwortlichkeit;

3. die Genehmigung wird vorläufig nur auf ein Jahr ertheilt. Sollte sich jedoch anfangs oder auch

später herausstellen, dass die geplante Anlage ein Verkehrshindernis bilde, so ist dieselbe über Verlangen der Gemeinde sofort zu beseitigen und der status quo ante wieder herzustellen;

hiedurch erwächst der Gesuchstellerin kein Anspruch auf irgend eine Entschädigung von Seiten der Gemeinde;

4. die Austheilung der Lampen hat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte zu geschehen und ist die Gesuchstellerin angewiesen, vor Inangriffnahme der Arbeiten die Zustimmung jener Hauseigenthümer einzuholen, an deren Häusern die Ketten für die Bogenlampen ꝛc. befestigt werden sollen;

5. der Beginn, sowie die Vollendung der Installationsarbeiten sind dem Stadtbauamte rechtzeitig anzuzeigen und ist die Installation in stetem Einvernehmen mit dem Stadtbauamte durchzuführen;

6. weder durch die Installationsarbeiten noch durch den Betrieb darf der Verkehr gestört werden und haben demnach diese Arbeiten, sowie auch das Auswechseln der Kohlen nur zur Nachtzeit zu geschehen;

7. die lichte Höhe vom Straßenpflaster bis zum untersten Theile der Lampen darf nicht weniger als 7 m betragen;

8. für die Installation sollen die vom Elektrotechnischen Vereine in Wien herausgegebenen „Sicherheitsvorschriften für elektrische Starkstrom-Anlagen" Geltung haben;

9. die in Rede stehende Beleuchtung muss allabendlich vom Beginne der öffentlichen Beleuchtung bis ½11 Uhr nachts functionieren;

sollte die genannte Beleuchtungsanlage während eines Zeitraumes von mehr als acht Tagen nicht functionieren, so hat die Gemeinde das Recht, die sofortige Abtragung der Anlage zu fordern,

ferner den Bedingungen des Feuerwehr-Commandos:

1. dass zur Vermeidung von Störungen im Betriebe der über den Kohlmarkt gespannten Telegraphen- und Telephonleitungen die von Lampe zu Lampe frei gespannten Drähte mit entsprechender Isolierung und nicht, wie im beiliegenden Erläuterungs-Ausweise bemerkt wird, blank zur Verwendung gelangen;

2. dass die zur Verwendung gelangenden Lampen derart in zwei Gruppen geschaltet werden, dass die 1., 3., 5., 7., 9. Lampe im ersten und die 2., 4., 6., 8. und 10. Lampe im zweiten Stromkreise liegt —

und endlich den weiteren Bedingungen ertheilt, dass:

1. die zur Befestigung der Bogenlampen verwendeten Ketten so an den Mauerkolben befestigt werden, dass sie ohne Schwierigkeit ausgehängt, resp. entfernt werden können, wenn behufs Durchführung einer Lösch- oder Rettungsaction das Fahren mit aufgerichteter Leiter an Ort und Stelle nothwendig wird;

2. der Tag, an welchem die elektrische Probebeleuchtung am Kohlmarkt in Function tritt, und jener Tag, an welchem sie wieder außer Betrieb kommt, commissionell fixiert wird;

3. die Bogenlampen täglich zugleich mit der vertragsmäßigen Anzündezeit der Gasflammen in Function treten und nicht früher gelöscht werden, als die Gasflammen am Kohlmarkt angezündet sind;

4. das Anzünden der Gasflammen durch das Beleuchtungspersonale der Imperial-Continental-Gas-Association geschieht und diesem Personale für diese Leistung von der Firma Siemens & Halske eine mit der genannten Gasgesellschaft zu vereinbarende entsprechende Vergütung gewährt wird;

5. die projectierte elektrische Probebeleuchtung spätestens bis 31. December 1893 in Function tritt, widrigens die Genehmigung der Gemeinde zu dieser Beleuchtung erlischt.

Der Gemeinderath spricht den Wunsch aus, dass die öffentliche elektrische Beleuchtung bis 11 Uhr nachts functioniere.

23. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Zahl 75. Es handelt sich um die Verwertung der Gründe des Sechshauser Spitales, welche Baugründe bekanntlich die Gemeinde Wien eingetauscht hat gegen einen Besitz gegenüber dem Elisabeth-Spitale. Die frühere Gemeindevertretung hatte schon die Absicht kundgegeben, diese Realität zu parcellieren und einen Theil der Gründe für den Bau einer Doppelschule und eines Volksbades zu verwerten. Der geehrte Gemeinderath hat nun vor kurzer Zeit die Baulinienbestimmung verfügt, der zufolge die Braunhirschengasse durch die Realität durchgezogen wird. Es liegt nun hier der Parcellierungsplan vor, nach welchem die entstehenden Baugründe aufgetheilt werden sollen. Die Herren sehen auch auf der Tafel einen kleinen Plan angebracht, welcher diese Parcellierung zeigt. Es sollen die Eckbaustellen, und zwar in der Sechshauser Hauptstraße sowohl als in der Rauchfangkehrergasse verkauft werden. Es sollen auch die Bauplätze mit den Nrn. 7 und 8 hintangegeben werden. Die Bauplätze Nr. 2 und 3 sollen andere Verwertung finden, und zwar der Bauplatz Nr. 2 zu einem Schulhausbau und der Bauplatz Nr. 3 für ein Volksbad. Die kleine Parcelle Nr. 4 soll zur Arrondierung für die Nachbarrealität dienen.

Es haben über die Projecte selbst eingehende Verhandlungen stattgefunden und liegt nun das Project für die Errichtung einer Doppel-Bürgerschule vor.

Das Project, welches die Herren auf dem Plane dargestellt finden, wurde sowohl von dem Ortsschulrathe als von dem Bezirksschulrathe mehrfach einer eingehenden Prüfung unterzogen, und schließlich kam man dahin, das Project, wie es hier vorliegt, mit unbedeutenden Änderungen, welche ausgeführt werden sollen und von welchen ich nun sprechen will, zur Annahme zu empfehlen. Die Änderungen, welche beantragt wurden, sind geringfügiger Art. Zuerst kommt ein Vorschlag über die Verwertung der Räumlichkeiten als solche. Es soll nämlich für die Mädchen-Bürgerschule die linksseitige Gebäudehälfte dienen und für die Knaben-Bürgerschule die rechtsseitige.

Es sollen ferner in der Mädchenschule zwei Lehrzimmer mit Zeichen-, beziehungsweise Arbeitstischen und -Sesseln eingerichtet und die Wohnungen für die Schulleiter zweckmäßiger eingetheilt werden. Darüber liegt eine Projectskizze vor, welche im Stadtrathe veranlasst wurde und bereits eine verbesserte Eintheilung der Schulleiter-Wohnungen zeigt.

Ferner wurde hier beantragt, es soll die Küche des Schuldieners, wenn nicht verlegt, so doch entsprechend ventiliert werden. Der Stadtrath empfiehlt die Verlegung der Küche nach der Straße, womit auch diese Frage gelöst ist. Der Schulbau selbst beansprucht eine Grundfläche von 1067 m² zur Verbauung, der Bauplatz selbst misst 1900 m². Es bleibt somit eine sehr große Fläche, welche als Turnplatz und als Jugendspielplatz Verwendung finden soll. Das Volksbad geht, wie die Herren sehen, nicht soweit zurück, so zwar, dass dieser Platz hinter dem Volksbad als Turnplatz ebenfalls mitbenützt wird. Die Baukosten sind nun präliminiert auf 160.000 fl. für den Schulhausbau; in dem Anschlage figurieren allerdings 200.000 fl., das ergibt sich jedoch, wie die geehrten Herren wissen, mit Rücksicht auf die zu hohen Tarifsätze.

Bei der Offertverhandlung wird man mit 160.000 fl. das Auslangen finden. Es wird daher vom Stadtrathe beantragt, das Project, wie es hier vorliegt, zu genehmigen. In dem heurigen Budget ist eine Post von 80.000 fl. als erste Baurate bereits eingesetzt.

Ich erlaube mir nun weiters auch gleich über das Volksbad zu referieren. Die Sechshauser Realität ist gewiss für den Bau eines Volksbades entsprechend. Der Baugrund, welcher hier beansprucht wird, kostet auch relativ wenig, nämlich nur etwas mehr als 6000 fl. Es wird daher von den Ämtern übereinstimmend auch der Bau des Volksbades an dieser Stelle, wie die Herren gehört haben, empfohlen. Die Baukosten beziffern sich in dem Anschlage allerdings auf 50.000 fl., mit dem Nachlasse auf 40.000 fl. Es ergeben sich nun nach dieser Darstellung folgende Anträge:

„1. Die Baustellen 1, 5 bis inclusive 9 im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu veräußern, die Baustelle 2 zur Erbauung eines Schulhauses, die Baustelle 3 zur Erbauung eines Volksbades zu bestimmen, das Baustellenfragment 4 zur Verwertung bei der seinerzeitigen Verbauung der Nachbarrealität zu reservieren.

2. Die vorliegende Projectskizze für den Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der vorerwähnten Baustelle 2, dessen Kosten mit 200.000 fl. veranschlagt sind und sich durch die zu erwartenden Nachlässe auf 160.000 fl. vermindern dürften, wird in der Weise genehmigt, dass die linke Gebäudehälfte für die Mädchen- und die rechte für die Knaben-Bürgerschule Verwendung findet, ferner dass in der Mädchen-Bürgerschule zwei Lehrzimmer mit Zeichen-, beziehungsweise Arbeitstischen und Sesseln eingerichtet werden, dass die Wohnungen für die Schulleiter zweckmäßiger eingetheilt, die Küche des Schuldieners nach der Straße verlegt und das eine der Lehrmittelzimmer anderwärts untergebracht wird.

3. Die vorliegende Projectskizze für den Bau eines Volksbades auf der vorerwähnten Baustelle 3, dessen Kosten mit 50.000 fl. veranschlagt sind und sich durch die zu erwartenden Nachlässe auf 40.000 fl. vermindern dürften, wird unter Zugrundelegung der ursprünglich vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachten Abortanlage genehmigt."

Gem.-Rath Schlögl: Meine sehr geehrten Herren! Meine Ansicht geht dahin, dass der angegebene Ort nicht der richtige Platz für die Schule ist, weil die Sechshauser Hauptstraße sehr enge ist und daselbst eine große Frequenz von Wagen herrscht, welche zum Heumarkt und anderen Märkten fahren. Meiner Ansicht nach wäre die Dötzl'sche Realität viel passender; es ist dies erstens ein schöner großer, viereckiger Platz, und Herr Dötzl wäre auch mit der Überlassung desselben einverstanden, wenn er für den Platz 40.000 fl. bekäme.

Die Schule läge dann im Mittelpunkte des Bezirkes und es wäre einem dringenden Bedürfnis am besten abgeholfen.

Die Bewohner von Ober-Rudolfsheim, denken Sie, wie weit die bis zum ehemaligen Spital hinauf zu gehen haben.

Gegen das Volksbad und den Kinderspielplatz hätte ich nichts einzuwenden; aber für die Schule finde ich den Platz nicht passend. Ich möchte noch einmal in Erwägung zu ziehen bitten, ob die Dötzl'sche Realität nicht viel besser geeignet wäre. Ich beantrage die Rückverweisung des Antrages an den Stadtrath.

Gem.-Rath Brauneiß: Es wurde seinerzeit, als die Vororte noch für sich waren, von der Gemeinde Rudolfsheim der Antrag gestellt, dass eine Gewerbeschule analog der Staats-Gewerbeschule errichtet werden soll. Ich habe im vorigen Jahre hier im Gemeinderathe denselben Antrag eingebracht, weiß aber nicht, was damit geschehen ist. Diese Angelegenheit wurde der Bezirks-Delegation zugewiesen und es wurde von der Bezirks-Delegation bestimmt, dass auf diesem Platze die Staats-Gewerbeschule gebaut werden soll. Ich möchte nur wünschen, dass der Platz zu diesem Zwecke reserviert bleibe. Was die Schule anbelangt, so stimme ich dem Collegen Schlögl bei, dass, wenn dort eine Doppel-Volksschule gebaut wird, dies für die Kinder nicht sehr praktisch ist, nachdem die Kinder von der kleinen Linie bis hierher in die Schule gehen müssen und auch die von Ober-Rudolfsheim sehr weit haben. Ich möchte daher bitten, dass die Dötzl'sche Realität in Betracht gezogen werde.

Gem.-Rath Matzenauer: Ich weiß, dass man draußen darnach strebt, die Dötzl'sche Realität zum Bau einer Schule zu verwenden. Nun war ich mit einigen Collegen draußen und wir haben uns diese Realität angesehen. Das ist ein außerordentlich tiefer Baugrund; man müsste also mehrere Tracte hintereinander stellen. Dann erhalten wir ein Object, in welches Licht und Luft nur sehr mangelhaft eindringen. Wenn man mehrere Tracte hintereinander stellt, kann die Luft nicht gehörig durchstreichen, und macht man zu große Zwischenräume, dann kann man den Platz nicht gehörig ausnützen.

Dazu kommt, dass die Realität in der Sechshauser Hauptstraße liegt, dass also der Tract, der auf die Hauptstraße hinausgeht, durch den Straßenverkehr in der sehr frequenten Sechshauser Hauptstraße stark molestiert werden wird. Ich glaube, dass es nicht zweckmäßig ist, Schulen gerade in die frequentesten Straßen zu legen, sondern man solle sie meines Erachtens seitwärts von der frequenten Hauptstraße in eine Nebengasse verlegen, denn sonst wird der Unterricht immer durch das Wagengerassel beeinträchtigt. Sie erinnern sich, dass diese Realität früher im Besitze der Gemeinde war und dass sie bei der Spitalstransaction an die Staatsverwaltung vertauscht worden ist. Kaum war das geschehen, sind die Herren vom Bezirk gekommen und haben gesagt: das müssen wir für die Schule haben, das ist der geeignetste Platz. Sie haben interveniert und es ist der Beschluss gefasst worden, diese Realität wieder vom Staate einzutauschen. Das ist geschehen. Jetzt, wo wir die Realität haben, findet man wieder, die Realität, die wir selbst haben, sei für die Schule nicht geeignet und wir müssten diejenige des Herrn Dötzl haben. Das schreit man in alle Welt hinaus. (Widerspruch links und Rufe: Wer schreit?) Also: man ruft es in alle Welt hinaus. Das ist nicht der geeignete Vorgang, um zweckmäßig und preiswürdig Bauplätze zu kaufen.

Referent (zum Schlusswort): Ich brauche eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen und will nur über den Wert des Grundes noch etwas mittheilen. Hier bekommen wir eine Baufläche, die zusammen bloß 36.000 fl. kostet und die sehr zweckmäßig gelegen ist. Ein Herr College fürchtet den Lärm der Hauptstraße. Die Schule liegt ja in der Seitengasse und ist sehr zweckmäßig disponiert. Es ist ja die Braunhirschengasse durchgeführt worden, um eine mehr ruhig gelegene Parcelle zu bekommen, wo der Schulbau sich ganz zweckmäßig ausführen läßt. Es ist richtig, dass im Ortsschulrathe und auch früher eine Controverse darüber geherrscht hat, ob es zweckmäßig sei, die Schule dorthin zu bauen. Bei der Commission jedoch, welche der Bezirksschulrath veranlasst hatte und bei der auch der Obmann des Ortsschulrathes zugegen war, wurden diese Bedenken als nicht zutreffend bezeichnet, und das Protokoll ist ohne Einspruch des Herrn Obmannes des Ortsschulrathes gezeichnet. Der Ortsschulrath hat sich auch zum Schlusse mit dem Projecte einverstanden erklärt und ich glaube, es wäre gegenüber den Bezirksinteressen bedauerlich, wenn wir die Sache noch verzögern würden. Sie können überzeugt sein, dass der Bau dort sehr zweckmäßig ausgeführt werden kann und uns auch relativ billig zu stehen kommt. Ich bitte Sie daher, den Anträgen des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Schlögl (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass die Straße draußen beim jetzigen Spitale viel mehr frequentiert wird wie bei der Reindorfergasse. (Referent: Das ist eine Seitenstraße.) Ich berichtige weiters, dass der Grund um die Dötzl'sche Realität sehr luftig ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen Punkt 1 und 3 der Referenten-Anträge ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich bringe diese zwei Anträge unter einem zur Abstimmung und ersuche die Herren, welche denselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Punkte 1 und 3 sind angenommen.

Gegen Punkt 2, welcher sich auf den Bau einer Volksschule bezieht, hat Herr Gem.-Rath Schlögl den Antrag gestellt: „Der Act werde an den Stadtrath zurückverwiesen mit dem Auftrage, die Dötzl'sche Realität hinsichtlich ihrer Eignung für Schulbauzwecke näher zu untersuchen und neuerlich Bericht zu erstatten.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Schlögl zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach Auszählung des Hauses:) Es sind 40 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach neuerlicher Auszählung:) Es sind 52 dagegen. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Herren, welche dem Referenten-Antrag 2 zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: 1. Die Baustellen 1, 5 bis inclusive 9 im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu veräußern, die Baustelle 2 zur Erbauung eines Schulhauses, die Baustelle 3 zur Erbauung eines Volksbades zu bestimmen, das Baustellenfragment 4 zur Verwertung bei der seinerzeitigen Verbauung der Nachbarrealität zu reservieren.

2. Die vorliegende Projectskizze für den Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der vorerwähnten Baustelle 2, dessen Kosten mit 200.000 fl. veranschlagt sind und sich durch die zu erwartenden Nachlässe auf 160.000 fl. vermindern dürften, wird in der Weise genehmigt, dass die linke Gebäudehälfte für die Mädchen- und die rechte für die Knaben-Bürgerschule Verwendung findet, ferner dass in der Mädchen-Bürgerschule zwei Lehrzimmer mit Zeichen-, beziehungsweise Arbeitstischen und -Sesseln eingerichtet werden, dass die Wohnungen für die Schulleiter zweckmäßiger eingetheilt, die Küche des Schuldieners nach der Straße verlegt und das eine der Lehrzimmer anderwärts untergebracht wird.

3. Die vorliegende Projectskizze für den Bau eines Volksbades auf der vorerwähnten Baustelle 3, dessen Kosten mit 50.000 fl. veranschlagt sind und sich durch die zu erwartenden Nachlässe auf 40.000 fl. vermindern dürften, wird unter Zugrundelegung der ursprünglich vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachten Abortanlage genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **24. Mai 1893.**

Vorsitz: **1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Boschan beantragt die Gewährung von Gnadengaben. (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Noske referiert über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke, beziehungsweise über das diesbezügliche Project des Ober-Inspectors Hans Stritzl. (Fortsetzung der Verhandlung. Vide Beschluss-Protokoll der vertraulichen Gemeinderaths-Sitzung vom 19. Mai 1893. Amtsblatt Nr. 41, pag. 1096.) — Über Antrag der Gem.-Räthe Dr. Lerch und Dr. Lueger wird beschlossen, die Beamten in vertraulicher Sitzung einzuvernehmen, die Debatte jedoch in öffentlicher Sitzung zu führen.

Von den beigezogenen Beamten Magistratsrath Linsbauer, Baurath Schiebek und Ober-Inspector Stritzl gibt zunächst über vielseitiges Befragen Baurath Schiebek die gewünschten Antworten und Erläuterungen.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 31. Mai 1893.
Freitag, den 2. Juni 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **16. Mai 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, v. Götz, v. Neumann, v. Goldschmidt, Schlechter, Dr. Hackenberg, Schneiderhan, Dr. Huber, Dr. Stenzl, Kreindl, Vaugoin, Matthies, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Noske.
Beurlaubt: St.-R. Rückauf.
Experte: Baurath Clauser.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und verliest nachstehende Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 13. Mai 1893:

Reservefond	500.000 fl. —	kr.
Effective Belastung . . .	52.622 fl. 04½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	221.842 „ 80 „	
zusammen .	274.464 „ 84½ „	
daher noch verfügbar .	225.535 fl. 15½ kr.	
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 „ — „	
noch	216.035 fl. 15½ kr.	

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 574.185 fl. 26 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(3104.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Georg Löwitsch und Em. Pecival um Schadloshaltung für den bei einem eventuellen Umbau des Hauses II., Kleine Pfarrgasse 6, abzutretenden Straßengrund und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung vor erfolgtem Umbau zu genehmigen. (Angenommen.)

(3078.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lazar und der Eugenie Lampl um Schadloshaltung für die Grundabtretung beim Ausbau der Realität Einl.-Z. 738, II. Bezirk, und beantragt, die Schadloshaltung für die Grundabtretung per 13·18 m² mit 7 fl. per Quadratmeter = 92 fl. 26 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(2957.) **Derselbe** referiert über Herstellungen am Schulgebäude II., Freudenau, Aspernallee, und beantragt:

1. Im vorliegenden Falle von den Bestimmungen des Gemeinderaths-Beschlusses vom 14. October 1879, Z. 4475, wonach die Anbringung von Blitzableitern auf sämmtlichen städtischen Schulgebäuden Wiens principiell abgelehnt wurde, Umgang zu nehmen und die Errichtung einer Blitzableiteranlage auf dem Schulhause II., Freudenau, Aspernallee, mit dem Kostenbetrage von 390 fl. 70 kr. zu bewilligen und wegen Herstellung der diesfälligen, im Kostenanschlage A unter I ausgewiesenen Installationsarbeiten unter Festsetzung einer zweijährigen Haftzeit mit den Wiener Firmen Deckert & Homolka und B. Egger & Cie. in Verhandlung zu treten, die im Kostenanschlage A verzeichneten sonstigen Arbeiten den betreffenden Erstehern der currenten Arbeiten und Lieferungen zu übertragen. (Angenommen.)

2. Die Ausführung von Spalettläden für die Gassenfenster der Naturalwohnung des Schulleiters dieser Schule im adjustierten Kostenbetrage von 256 fl. 18 kr. zu genehmigen; die im Kostenanschlage B verzeichneten Arbeiten den diesfälligen, mit Beschluss des Wiener Stadtrathes vom 4. Mai 1892, Z. 2706, M.-Z. 18682, für den erwähnten Schulhausbau bestellten Unternehmern zu übertragen.

Die für 1 und 2 auflaufenden Gesammtkosten per 646 fl. 88 kr., wofür auf der Ausgabs-Rubrik XII 12 a keine Deckung vorhanden ist, sind auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. Matzenauer beantragt, den Act mit dem Auftrage an den Magistrat zurückzuleiten, darüber zu berichten, wie hoch sich die Kosten der Vergitterung belaufen würden.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei auf die Versicherung der Fenster einzugehen, jedoch mit Rücksicht auf die Kostspieligkeit des Vorschlages zu diesem Zwecke ein nicht zu überschreitender Credit von 100 fl. zu bewilligen.

St.-R. Matzenauer accommodiert sich diesem Antrage.

Antrag des St.-R. Dr. v. Billing angenommen.

3. Dem Ansuchen um Herstellung einer telephonischen Verbindung der in Rede stehenden Schule mit dem Gemeindehause im II. Bezirke mangels rücksichtswürdiger Gründe keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(3064.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Franz und der Josefine Häusler um Bestimmung der Schadloshaltung für den vor dem Hause Conscr.-Nr. 110, Grundb.-Einl.-Z. 679, Or.-Nr. 36 der Alsbachstraße im XVII. Bezirke auf Straßen entfallenden Grund und beantragt, die Abhaltung der Schätzungs-Commission und Bestimmung der eventuellen Schadloshaltung vor der Bauausführung zu genehmigen. (Angenommen.)

(3147.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Gräf, Kanzlei-Aspiranten des Wiener Magistrates, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, diesem Ansuchen stattzugeben. (Angenommen.)

(3129.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche aus dem XVIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Kaffer Josef, Aufleger bei der Allgem. österr. Transport-Gesellschaft;
Sobotka Anton, Schlossergehilfe;
Spirhanzl Matthias, Hausbesitzer;
Benesch Josef, Tischlergehilfe;
Tuček Josefa, Kanzleidienerswitwe und Wäscherin;
Poppe Karl, Geschäftsdiener;
Kramer Karl, Hilfsbeamter;
Siedl Anton, Kutscher;
Reisenzahn Johann, Bezirksstraßeneinräumer, und
Ehrmann Heinrich. (Angenommen.)

(3108.) **St.-R. v. Götz** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Stummer puncto besserer Beleuchtung des Viaductes zur Ungargasse sowie der Rochus- und Sechskrügelgasse im III. Bezirke,

ferner über die Verbesserung der Beleuchtung in Neu-Penzing im XIII. Bezirke zwischen Rudolfsheim, der Schönbrunnerstraße, der Parkanlage „Schwarze Weste" und dem Wienflusse und beantragt die Genehmigung des bauämtlichen Projectes mit der Änderung, dass im Viaduct der Verbindungsbahn im III. Bezirke auf der Seite der Großmarkthalle, wo in den Nachtstunden der stärkere Personenverkehr ist, die Flammen 1 und 2 als ganznächtige, dagegen die beiden gegenüberstehenden bestehenden ganznächtigen Flammen in halbnächtige Flamen umgewandelt werden (wodurch keine Kostenvermehrung entsteht) und dass die österreichische Gasgesellschaft nur eine halbnächtige Flamme und die Umstellung der Flammen in der Hollergasse auf Rudolfsheimer Gebiet durchführt, die englische Gasgesellschaft aber sämmtliche übrige Flammen umwandelt und umstellt. (Angenommen.)

(3137.) **Derselbe** referiert über das Project für die Verbesserung der Beleuchtung in der Hütteldorferstraße in Baumgarten, zwischen den Flammen Nr. 46 und 51, wonach 5 halbnächtige und 4 ganznächtige Flammen neu aufgestellt werden sollen, und beantragt, dieses Project mit den jährlichen Gasconsumkosten per 249 fl. 94 kr., welche auf Rubrik XXV 1 a budgetmäßig bedeckt sind, zu genehmigen. (Angenommen.)

(3057.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Jedlička und des Vorstehers des XVIII. Bezirkes wegen Einführung der Gasbeleuchtung in Salmannsdorf, Neustift und in einem Theile von Gersthof und beantragt, den hierüber erstatteten Bericht des Magistrates, respective Stadtbauamtes zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Ad 2819.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über einen Zuschusscredit zu dem für die Abhaltung der Raphael Donner-Feier bereits bewilligten Betrage und beantragt, zu diesem Zwecke noch einen Betrag von 680 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(Bei diesem Referate hat Baurath Clauser als Experte fungiert.)

(3035.) **St.-R. Wurm** referiert über die Projectskizze für den Bau einer Doppel-Volksschule im II. Bezirke, Leystraße, und beantragt, es sei der Bau einer neuen Doppel-Volksschule im II. Bezirke auf den angekauften Baustellen zwischen der Leystraße, Pöchlarngasse und einer noch unbenannten Gasse mit dem Kostenbetrage von 255.000 fl. (inclusive Einrichtung) nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze mit der Modification zu genehmigen, dass die den Knaben zugedachte Seite den Mädchen und umgekehrt zugewiesen wird.

Dieser Schulbau sei noch im heurigen Jahre in Angriff zu nehmen und im Jahre 1894 derart rechtzeitig zu vollenden, dass die neue Schule zu Beginn des Schuljahres 1894/95 ihrer Bestimmung übergeben werden kann. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3077.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke und beantragt, es werde die Baulinie für die Dreihausgasse im XIV. Bezirke bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den im Plane eingezeichneten Linien A B C D und a b c d genehmigt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2956.) **Derselbe** referiert über das Offert des Josef Fabian auf käufliche Überlassung der Baustelle der Hühnerhofrealität Einl.-Z. 1751, V. Bezirk, im Ausmaße von 411·48 m² um den Einheitspreis von 23 fl. und beantragt die Ablehnung des Anbotes und Einsetzung eines Comités aus Stadtraths-Mitgliedern behufs Erzielung eines entsprechenden Preises. (Angenommen.)

(3192.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Martin Jäger um Baubewilligung für das Haus IX., Porzellangasse 22, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung des im Entwurfe vorgelegten Reverses puncto Herstellung und Freihaltung des Straßenhofes und gegen dem, dass der zur Risalitanlage erforderliche Straßengrund von der zur Straßenverbreiterung abzutretenden Fläche in Abzug gebracht werde, zu genehmigen. (Angenommen.)

(3014.) **Derselbe** referiert über neun Gesuche aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Prihoda Marie Theresia, k. k. Staatsbeamtenswitwe;

Köppel Gustav, Tapezierergehilfe;

Kopatschek Emil, Appreteur;

Lederer Johann, Bierabträger;

Lausch Ferdinand, Maurergehilfe;

Haberstroh Johann, Schmiedgehilfe;

May Josef, Zuschneider, und

Lang Josef, Maurergehilfe;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Lechner Anton, Seifensiedergehilfe. (Angenommen.)

(3089.) **St.-R. Vaugoin** referiert über eine Anzahl Gesuche um Gehaltsvorschüsse und Gnadengaben und beantragt die Gewährung. (Angenommen.)

(3009.) **Derselbe** referiert über die von Betty Hipp angebotene Widmung von 300 fl. Rente zur Erhaltung und Ausschmückung der einfachen Gruft, Gruppe IV B, Reihe 1 Nr. 30, auf dem Wiener Central-Friedhofe und beantragt, die Annahme dieser Widmung zu genehmigen. (Angenommen.)

(2963.) **Derselbe** referiert über rückständige Beerdigungskosten nach 28 Parteien aus dem V. Bezirke im Gesammtbetrage von 142 fl. und beantragt, dieselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit in Abschreibung zu bringen. (Angenommen.)

(Ad 2373 und 2744.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert neuerlich über das Ergebnis der Wahl in den Gemeinderath aus dem I. Wahlkörper des XI. Bezirkes und beantragt die Anerkennung der Wahl des Josef Koch, Fabriks- und Hausbesitzers, XI., Simmeringer Hauptstraße Nr. 37. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3071.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Volksschullehrers Leopold Kandler, V., Grüngasse 14, und beantragt, demselben unter Einstellung der Activitätsbezüge mit Ende März 1893, respective des Quartiergeldes mit 31. Juli 1893 vom 1. April d. J. die gesetzmäßige Pension jährlicher 1500 fl. anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand aus der Wiener Lehrerpensionscassa anzuweisen. (Angenommen.)

(3070. **Derselbe** referiert über die Pensionierung der Bürgerschullehrerin Aurora Konstantinowicz, III., Hainburgerstraße 40, und beantragt, der Genannten anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand vom 1. Mai d. J. an unter gleichzeitiger Einstellung ihrer Activitätsbezüge, respective des Quartiergeldes mit 31. Juli 1893 die gesetzmäßige Pension jährlicher 487 fl. 50 kr. aus der Wiener Lehrerpensionscassa anzuweisen. (Angenommen.)

(3042.) **Derselbe** referiert über den Erlass des Landesschulrathes vom 8. Mai 1893, Z. 3750, demzufolge an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen in Wien, XIV., Rudolfsheim, Schmelzgasse 4, eine Oberlehrerstelle, 7 Lehrer-, eventuell Lehrerinnenstellen und 3 Unterlehrer-, beziehungsweise Unterlehrerinnenstellen, und an der allgemeinen Volksschule für Mädchen in Wien, XIV., Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 1, eine Oberlehrerin-, beziehungsweise Oberlehrerstelle, 2 Lehrerinnen-, beziehungsweise Lehrerstellen und 2 Unterlehrerinnenstellen, beziehungsweise Unterlehrerstellen systemisiert wurden.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3110.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Volksschullehrers Josef Reiter um Belassung seiner Bezüge während seines Urlaubes und beantragt, dem Genannten die Auszahlung des Gehaltes auch für die Dauer des gewährten Urlaubes, d. i. für die Zeit vom 1. Jänner 1893 bis 30. Juni 1893, jedoch abzüglich der Substitutionskosten zu bewilligen. (Angenommen.)

(2933.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Jahresbericht des Stadtanwaltes Dr. Oskar Schmitt, betreffend die im Jahre 1892 für die Vertretungsleistung der Gemeinde Wien in Rechtsangelegenheiten aufgelaufenen Kosten und beantragt, die diesfalls vorliegende Expensennote zu genehmigen und für das Kanzleipersonale des Stadtanwaltes die übliche Remuneration von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3061.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Anton Iritzer um Ertheilung des Consenses für Zubauten und Adaptierungen auf der Fabriksrealität in Kaiser-Ebersdorf Einl.-Z. 425 und beantragt, den Bauconsens unter der Bedingung zu bestätigen, dass der Bauwerber den im Commissionsprotokolle am Kopf der dritten Seite geforderten intabulationsfähigen Revers noch vor Hinausgabe des bau-, beziehungsweise gewerbspolizeilichen Consenses ausstelle und behufs Intabulation desselben den Acten beischließe. (Angenommen.)

(2981.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Geiger um Nachsicht eines Platzzinses per 1 fl. 80 kr. und einer Commissionsgebür per 4 fl. 72 kr. und beantragt, dem Ansuchen stattzugeben. (Angenommen.)

(3125.) **Derselbe** referiert über Adaptierungen und Herstellungen in der Volksschule für Knaben und Mädchen, III., Schulgasse 3, und beantragt:

1. Es sei behufs Legung neuer Fußböden, Beleuchtungsverbesserung und Fenstererneuerung für die erwähnte Schule der Betrag von 3659 fl. 88 kr. zu genehmigen.

2. Diese Arbeiten seien im Laufe der diesjährigen Schulferien tarifmäßig durch die betreffenden Contrahenten auszuführen.

3. Es sei behufs Bedeckung der Kosten der Fenstererneuerung ein Zuschusscredit in der Höhe von 2609 fl. 88 kr. zur Rubrik XII 4 c zu genehmigen. (Angenommen.)

(3021.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl des

Frank Bernhard, Glasermeister, III., Fasangasse 2, und des

Gruedl Rudolf, Schneidermeister, III., Ungargasse 45,

zu Armenräthen mit der Functionsdauer bei ersterem bis 1894, bei letzterem bis 1898 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3101.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XVI. Bezirkes und beantragt, die Wahl des

Leuthner Georg, Messerschmied, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 18;

Knett Josef, Bäckermeister, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstr. 123;

Blaschke Josef, Hausbesitzer, XVI., Ottakring, Habicherg. 30;

Strobl Johann, Milchmeier, XVI., Ottakring, Weyprechtg. 7;

Haubenberger Franz sen., Fiaker, XVI., Ottakring, Hauptstraße 215, und des

Amtmann Johann, Tapezierer, XVI., Neulerchenfeld, Elisabethgasse 12,

zu Armenräthen mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3020.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung der Armenrathsstellen im III. Bezirke und beantragt die Vermehrung um zehn Armenrathsstellen. (Angenommen.)

(3158.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel Wallauschek, Beamter der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer in Wien, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an denselben. (Angenommen.)

(2974.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und der Rosina Macht um Genehmigung der Vereinigung der Parcelle 1111/1, Einl.-Z. 2578, Garten, mit der Baustelle III in der Jacquingasse, Parcelle 1086/10, Bauarea-Z. 2591, und beantragt, diese Zusammenlegung zu genehmigen. (Angenommen.)

(2987.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des V. Bezirkes um Freilassung des an der Ecke der Siebenbrunnen- und Kohlgasse im V. Bezirke gelegenen Platzes für öffentliche Zwecke und den hierauf bezüglichen Antrag des Gem.-Rathes Dr. Karl Lueger und beantragt, die sofortige Kündigung des Bestandverhältnisses bezüglich des Gastwirtes Johann Schnepf und die Freihaltung des Platzes für öffentliche Zwecke zu genehmigen, wonach der Herr Bezirksvorsteher ersucht und das Stadtbauamt angewiesen werden wird, die nöthigen Einleitungen wegen Instandsetzung und Beleuchtung des Platzes zu treffen. (Angenommen.)

(3159.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Julius und Max Plischke um Baubewilligung für Einl.-Z. 491, Heiligenstadt im XIX. Bezirke, und beantragt, den Bauconsens unter den im Protokolle vom 13. Mai 1893 bezüglich der seinerzeitigen Straßengrundabtretung und Trottoirherstellung in Aussicht genommenen Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(3106.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alexander und Moriz v. Engel um Ertheilung des Benützungsconsenses für den Neubau Cat.-Parc. 372/4, Grundb.-Einl. 238, Heiligenstadt, Ecke der Barawitzkagasse Or.-Nr. 23 und Josef Friedlgasse Or.-Nr. 1 im XIX. Bezirke, und beantragt, die Ausfertigung des Benützungsconsenses nach Erlag der Caution per 260 fl. zur Sicherstellung der Verpflichtung zur Trottoirherstellung und Herstellung des richtigen Niveaus in der Josef Friedlgasse zu genehmigen. (Angenommen.)

(3124.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Stöhr um Bewilligung von Adaptierungen in dem Hause XIX., Nussdorf, Hauptplatz 3, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3055.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Neupflasterung der Kandlgasse im VII. Bezirke und beantragt:

1. Bezüglich der Steinpflasterungsarbeiten die Genehmigung des Bestbotes des Eduard Berger (14% Nachlass) und

2. bezüglich der Holzstöckelpflasterungsarbeiten, für welche kein Offert eingelaufen ist, die Ausschreibung einer neuerlichen, jedoch auf die beiden bestbekannten Firmen Guido Rütgers und John B. Blythe beschränkten Offertverhandlung. (Angenommen.)

(3054.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Neupflasterung der Theresiengasse im XIX. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Eduard Berger (Nachlass 23%). (Angenommen.)

(2967.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Theodor Maier aus dem II. Bezirke um gänzliche Nachsicht der Entrichtung der Steuer für zwei Hunde und beantragt, dem Ansuchen rücksichtlich des einen (Wach-) Hundes zu willfahren. (Angenommen.)

(3125.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Johann Nemeth um Bewilligung zum Umbaue des Hauses Or.-Nr. 47 Gaullachergasse, XVI. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung gegen Einlösung einer Grundfläche von 0·86 m² um den

als entsprechend erkannten Preis von 18 fl. per m^2, das ist um den Betrag von 15 fl. 48 kr. zu bestätigen. (Angenommen.)

(3166.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Neumann, Stadtbaumeisters, noe. Eduard Swoboda um Ertheilung des Bauconsenses für eine partielle Stockswerks-Aufsetzung auf dem Hause VI., Gumpendorferstraße 57, für Zwecke eines Maleratelliers und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

Hierauf wird die Wahl eines Comités behufs Verhandlungen wegen Erzielung eines entsprechenden Preises für die Baustelle 2 der Hühnerhof-Realität vorgenommen.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **17. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Meißl,
Boschan,	Müller,
v. Götz,	v. Neumann,
v. Goldschmidt,	Noske,
Dr. Hackenberg,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Vaugoin,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Matthies,	Witzelsberger,
Matzenauer,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Stenzl.
Krank: St.-R. Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

In das Comité puncto Verhandlungen wegen Verkaufes der Baustelle II der Hühnerhof-Realität im V. Bezirke wurden gewählt die St.-R. Wurm, Schlechter und Dr. Huber.

(3060.) **St.-R. Matzenauer** referiert über eine Vermietung und beantragt, dem Franz Rieder die aus der ehemaligen Gemeindekanzlei hergestellte Wohnung im ersten Stocke des städtischen Hauses Nr. 23 Hetzendorf, Hauptstraße, XII. Bezirk, gegen Zahlung eines Gesammt-Jahreszinses von 300 fl. und vierteljährige Kündigung zu vermieten, dagegen die Ausfertigung eines Mitvertrages auf unbestimmte Zeit mit Vorbehalt der vierteljährigen Kündigung desselben abzulehnen. (Angenommen.)

(3135.) **Derselbe** referiert über das Offert des Aug. Breindl auf Pachtung der Parcelle Nr. 960/1 im Ausmaße von 112·5 □° im XI. Bezirke, Ebersdorferstraße, um den jährlichen Pachtzins von 6 fl. 75 kr. für die Zeit vom 1. Februar 1893 bis 31. October 1898 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3134.) **Derselbe** referiert über das Offert des Franz Haumer in Kaiser-Ebersdorf auf Pachtung der Parcellen Nr. 666/1 und 666/2 Kaiser-Ebersdorf Nr. 316 im Ausmaße von 1 Joch 415 □° 38′ 16″ als Gemüsegarten um den jährlichen Pachtzins von 101 fl. für die Zeit vom 1. Jänner 1893 bis 31. October 1898 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3133 und 2440.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Pachtzinsherabsetzungen im XI. Bezirke und beantragt, das Ansuchen des Josef Bauer bezüglich Parcelle 1299/a abzuweisen, den Pachtzins für die an Ambros Schweizer, Franz Klamecker, Leop. Roßmann, Johann Becher, Anton Zierl und Franz Bauer verpachteten Gründe von 10 kr. auf 8 kr. per Quadratklafter ab 1. Mai 1893 herabzusetzen. (Angenommen.)

(3142.) **Derselbe** referiert über die Benennung zweier Gassen im XIII. Bezirke Lainz und beantragt, die im Plane mit V, beziehungsweise III, bezeichnete Parallelstraße zur Verbindungsbahn Wambachergasse, beziehungsweise Sauraugasse zu benennen, die Vorlage des großen Actes wegen Abänderung der gleichnamigen Straßenbezeichnung in Wien neuerlich zu betreiben. (Angenommen.)

(3084.) **Derselbe** referiert über eine Grenzsteinsetzung im Fondsgute Ebersdorf und den Ankauf einer Waldparcelle und beantragt:

a) Die Grenzen des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau an allen jenen Punkten des Verwaltungsbezirkes Groß-Enzersdorf, an welchen es nothwendig erscheint, durch im Einvernehmen mit den Nachbarn vorgenommene Grenzsteinsetzungen zu fixieren;

b) das Übereinkommen der Verwaltungen Orth und Groß-Enzersdorf bezüglich Rückerstattung des Erlöses von 88 fl. 43 kr. für über der Grenze des Fondsgutes gefälltes Holz genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

c) den Magistrat zu ermächtigen, wegen Erwerbung der Cat.-Parc. 167/2 um den Maximalpreis von 60 fl. oder gegen Abtretung einer gleichgroßen, gleichwertigen Parcelle in der Schusterau oder im Zainet mit der k. u. k. Familienfonds-Güterdirection zu verhandeln und über das Ergebnis der Verhandlung dem Stadtrathe behufs Ratification zu berichten. (Angenommen.)

(2870.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites und beantragt, zur Ausgabs-Rubrik XXIV 2, „Auslagen zur Erhaltung der in Obsorge der Bezirksvorsteher stehenden Anlagen", und zwar zum Extra-Ordinarium des VII. Bezirkes behufs Anschaffung von zehn Stück Sitzbänken besserer Sorte für die Parkanlage vor dem ungarischen Gardegebäude im VII. Bezirke einen Zuschusscredit von 185 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2357.) **Derselbe** referiert über ein Mehrerfordernis per 93 fl. 59 kr. anlässlich der mit 7780 fl. 90 kr. veranschlagten Neupflasterung der Tegetthoffstraße im I. Bezirke (vom Neuen Markte zur Führichgasse) mit Holzstöckeln und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2518.) **Derselbe** referiert über das Offert des Ant. Lutz auf käufliche Überlassung seiner Realität Or.-Nr. 98 Himbergerstraße, X. Bezirk, um den Preis von 16 fl. per Quadratklafter = 4 fl. 44 kr. per Quadratmeter und beantragt, da diese Realität zu communalen Zwecken nicht benöthigt wird, die Ablehnung. (Angenommen.)

(2504.) **Derselbe** referiert über das Summarverzeichnis und den Verwendungs-Antrag des Forstmeisters Hettmer bezüglich der in der Periode 1892/93 im Pötzleinsdorfer Walde vorgenommenen Holzfällung und beantragt:

1. das Summarverzeichnis genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

2. die Holzhauer- und Zieherlöhne per 93 fl. 2 kr. zu genehmigen;

3. von dem gewonnenen Holze dem Pfarrer in Pötzleinsdorf 3 m^3 Scheiter, 2 m^3 Prügel und 2 m^3 Bürtelholz nebst freier Zufuhr als Deputat zu verabfolgen;

4. den sonach verbleibenden Holzrest per 172 m^3 dem Forstmeister Hettmer zum Freihandverkaufe um die im Verwendungs-Antrage

bezüglich jeder Holzgattung speciell angesetzten, in den Staatsforsten üblichen Einheitspreise zu überlassen;

5. die Auslagen für Holzhauer- und Zieherlöhne auf Ausgabs-Rubrik XII 10, den Erlös für das verkaufte Brennholz auf Einnahms-Rubrik XII 4 zu verrechnen;

6. die Herstellung eines Fahrweges im Pötzleinsdorfer Walde nachträglich für Rechnung des zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 5. November 1892, Z. 6850, für Wegherstellung im Ottakringer Walde genehmigten Credites zu genehmigen. (Angenommen.)

(2314.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des Fr. Wilh. Lichtenstern noe. des Fürsten Nikolaus Eßterházy bezüglich der Kohlenzufuhr zur elektrischen Centralstation der Allgem. österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft, I. Bezirk, Neubadgasse, und beantragt, die Beschwerde gegen die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den I., VIII. und IX. Bezirk vom 5. October 1892, Z. 29106, dass die Neubadgasse nach wie vor für den öffentlichen Wagenverkehr freizubleiben hat, abzuweisen, vorläufig als provisorische Maßregel jedoch die Direction der Allgem. österr. Elektricitäts-Gesellschaft anzuweisen, die Kohlenzufuhr nur in sogenannten Normal-Kohlenwagen, die nicht überladen sein dürfen, mit je einem Paar kräftiger Pferde, welche imstande sind, in einem Zuge den Wagen in die Station hineinzubringen, bewerkstelligen, das bereits schadhafte und abgefahrene Cementpflaster im Fabrikshofe mit entsprechenden Nuten neu herstellen, endlich das Einfahren der beladenen und das Zurückschieben der leeren Wagen unter strenger Aufsicht von Bediensteten der Gesellschaft vornehmen zu lassen, wobei mit aller Sorgfalt darauf zu achten sein wird, dass jedes unnöthige Lärmen vermieden werde; die Verwendung des Flaschenzuges habe gänzlich zu entfallen, weil zeitraubend und ein Umspannen der Pferde erfordernd; die Allgem. österr. Elektricitäts-Gesellschaft bezüglich der Kohlenzufuhr zur genauen Einhaltung der Magistrats-Kundmachungen vom 18. December 1875, Z. 326935, und 6. August 1892, Z. 364759, ausdrücklich unter Strafandrohung für den Fall einer Übertretung zu verpflichten, schließlich den Magistrat anzuweisen, wegen möglicher Senkung des Niveaus mit den Betheiligten, insbesondere der Elektricitäts-Gesellschaft in Verhandlung zu treten und über das Resultat Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(3164.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Baumgartner, Pächters des Gartengrundes Grundb.-Einl. Nr. 2304, Erdbergermais, Cat.-Parc. 2509, um nachträgliche Baubewilligung für das provisorische Wohngebäude aus Riegelmauerwerk und beantragt, den Magistrats-Antrag auf nachträgliche Ertheilung des Bauconsenses nach § 45 und 84 Bauordnung gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsrevers es zu bestätigen.

(Angenommen.)

(3156.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Ankauf von sechs Achtelantheilen der Parcellen Nr. 152/4 und 152/12 in Unter-Meidling, XII. Bezirk, und beantragt, den Ankauf der im Eigenthume des Johann Alter, der Bertha und des Friedr. Völkl, sowie der Leopoldine Sonnenburg stehenden sechs Achtelantheile der obigen Parzellen im Ausmaße von 118·50 □° um den Einheitspreis von 6 fl. 50 kr. per Quadratklafter gegen Tragung der Vertragskosten, der Kosten der grundbücherlichen Einverleibung und der Vermögensübertragungsgebüren seitens der Gemeinde zu genehmigen, den Offerenten die der Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Unter-Meidling aus dem Vertrage ddto. 11. November 1863 zustehende Kaufschillingsrestforderung per 200 fl. sammt Nebengebüren zu erlassen und einzuwilligen, dass die Löschung der grundbücherlich auf den obgenannten sechs Achtelantheilen der Cat.-Parc. 152/4 und 152/12 haftenden Satzpost per 500 fl. sammt Nebengebüren auf Kosten der Gemeinde erfolge. (Angenommen.)

(2780, 2925.) **St.-R. Schlechter** referiert über mehrere Anschaffungen für das städtische Lagerhaus und beantragt:

1. Die durch die Lagerhausverwaltung zu veranlassende Anschaffung von 15 Getreideputzmühlen zum Preise von 82 fl. per Stück durch Ph. Mayfurth & Cie., von 24 eisernen Säckekarren zum Preise von 10 fl. 50 kr. per Stück durch die Gewerkschaft Hohenmauthen, von 10 Decimalwagen mit 1500 kg Tragfähigkeit nebst je einem Satze Eisen- und Messinggewichten zum Preise von 75 fl. per Stück und von 12 Decimalwagen mit 200 kg Tragfähigkeit ohne Gewichte zum Preise von 20 fl. per Stück durch E. v. Buganyi zu genehmigen und hiefür einen aus der Lagerhauscassa zu bestreitenden und auf Requisitenconto zu verrechnenden Credit von 2472 fl. zu bewilligen;

2. die Lagerhausverwaltung zu ermächtigen, die allmonatliche Überprüfung und Erhaltung der sämmtlichen im Lagerhause der Stadt Wien befindlichen Wagen und Gewichte in gutem und betriebsfähigem Zustande und auf eine solche Genauigkeit, dass sie stets vollkommen verlässlich sind, an E. v. Buganyi gegen eine jährliche Pauschalvergütung von 690 fl. zu übertragen, in welchem Betrage die Aichgebüren nicht inbegriffen sind, und zwar in der Art, dass sie sich auf 5 Jahre verpflichtet, die Lagerhausverwaltung jedoch berechtigt ist, schon nach Verlauf von einem Jahre von der Vereinbarung zurückzutreten. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3026.) **Derselbe** referiert über Wassermehrverbrauchsgebüren für die im Hause Nr. 22 Pazmanitengasse, II. Bezirk, eingemietete Schule und beantragt, dem Ansuchen des Peter und der Pauline Reines Folge zu geben und die denselben für die Zeit vom II. Quartal 1889 bis inclusive III. Quartal 1892 vorgeschriebenen Gebüren per 672 fl. 95 kr., sowie die seither weiterhin aufgelaufenen Gebüren abzuschreiben, von der Durchführung dieser Gebüren pro praeterito abzusehen und dieselben zu löschen, endlich der Schule nach den Verbrauchsverhältnissen in den letzten zwei Jahren ein tägliches Quantum von 30 hl vom 28. April 1893 an für die Dauer des Mietverhältnisses zuzuweisen und für einen eventuellen Mehrverbrauch aufzukommen. Die Kosten für 5 hl sind wie bisher von den Hauseigenthümern zu tragen. (Angenommen.)

(3103.) **Derselbe** referiert über ein Mehrerfordernis von 57 fl. 61 kr. bei der mit dem Kostenbetrage von 3800 fl. bewilligten Herstellung von Auslaufbrunnen im XIII. Bezirke Penzing, Poststraße, Siebeneichengasse und Kaiserstraße und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(3076.) **Derselbe** referiert über Wassermehrverbrauchsgebüren in mehreren Häusern des VIII. Bezirkes anlässlich Rohrgebrechen und beantragt, die Abschreibung aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen.

(Angenommen.)

(3132.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über das Ansuchen des Matthäus Willinger um Pachtung der der Gemeinde Wien gehörigen Wiese Cat.-Parc. 263, Einl.-Z. 53, im XVII. Bezirke Neuwaldegg, im Ausmaße von 1436 □° = 5170 m² für die Zeit vom 15. November 1892 bis 15. November 1898 um den jährlichen Pachtzins von 20 fl. und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(3102.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Hattey um Bewilligung zur Parcellierung von Theilen der Realitäten Einl.-Z. 1125, 1526, 209, 210, 59 und 1271 der Catastral-Gemeinde

Währing, Gersthoferstraße, und beantragt, die Parcellierung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3039.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig und der Emilie Schmitt um Bewilligung einer Grundab- und -Zuschreibung, VIII., Florianigasse, und beantragt, die Bewilligung zur Abtrennung des im Plane mit f b c g f umschriebenen Grundtheiles im Ausmaße von 64·49 m² von der Realität Einl.-Z. 863, VIII., Cat.-Parc. 253, behufs Zuschreibung desselben zur Realität Einl.-Z. 151 des Grundbuches VIII, Or.-Nr. 52 Florianigasse, zu ertheilen.

(Angenommen.)

(3079.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma C. F. Petzold und Cie. um Baubewilligung für Einl.-Nr. 241, Cat.-Z. 241, Garten, und Cat.-Z. 242, Bauarea, Or.-Nr. 15 Gumpendorferstraße, VI. Bezirk, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Risalitanlagen mit einem Vorsprunge von je 0·20 m und einer Länge von je 8 m gegen Abzug der hiezu erforderlichen Grundflächen von zusammen 3·20 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde zu bestätigen. (Angenommen.)

(3041.) **Derselbe** referiert über zwölf Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu verleihen:

Kaudelka Josef, Marktvictualienhändler;
Markus Louise, Private;
Diener Georg, Kellerbinder;
Wutka Franz, Geschäftsführer;
Kraus Adolf, Geschäftsreisender;
Michtner Alois, Roßhaarzurichter;
Mayr Josef, Zimmermann;
Blazek Josef, Scontist;
Plodek Franz, Zimmerpolier;
Ziegelbauer Richard, Fabriksbeamter;
Kumpost Josef, Sicherheitswach-Inspector;
Glauninger Franz, Gemischtwaren-Verschleißer.

(Angenommen.)

(3080.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem XIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu verleihen:

Haas August, Inspector der Dampftramway;
Trauner Matthias, Kanzleidiener;
Zacha Josef, Milch-Verschleißer;
Heide Adolf, Kurzwarenhändler;
Klampfl Theresia, Zimmermannswitwe;
Werner Maria, Bedienerin. (Angenommen.)

(3090.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert bei Anwesenheit von 18 Stadträthen über die Besetzung zweier Accessistenstellen und beantragt, Jakob Radlecker und Friedrich Dütsch zu Accessisten XI. Rangclasse zu ernennen. (Angenommen.)

(2713.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Katholischen Schulvereines für Österreich um Bewilligung einer Subvention für das katholische Lehrerseminar in Währing und beantragt die Ablehnung des Ansuchens. (Angenommen.)

(2768.) **St.-R. Boschan** referiert bei Anwesenheit von 18 Stadträthen über das Ansuchen des Waisenhausvaters und Verwalters des Asyles für verlassene Kinder, Vincenz Heinz, um Pensionierung und beantragt:

a) den Genannten in den bleibenden Ruhestand zu versetzen, denselben aber von der Dienstleistung erst von jenem Zeitpunkte an zu entheben und ihm den Ruhegenuss anzuweisen, an welchem er nach der Bestellung eines neuen Waisenhausvaters factisch aus dem Dienste tritt;

b) als Ruhegehalt demselben die normalmäßige Pension von 1678 fl. jährlich und eine Pensionszulage von 122 fl. jährlich zu bewilligen;

c) wegen Besetzung der Waisenhausvaterstelle im zweiten städtischen Waisenhause wie üblich den Concurs mit dem Bemerken auszuschreiben, dass diese Stelle vorläufig auf ein Jahr provisorisch verliehen wird und dass der bestellte Waisenvater erst nach diesem Zeitraume um die definitive Anstellung einschreiten kann.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die normalmäßige Pensionierung.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, statt der Pensionszulage der Frau eine jährliche Gnadengabe von 125 fl. auf die Dauer von drei Jahren zu bewilligen.

Referent erklärt sich hiemit einverstanden.

(Modificierter Referenten-Antrag angenommen; bezüglich der Gnadengabe an den Gemeinderath.)

(2418.) **Derselbe** referiert bei Anwesenheit von 18 Stadträthen über das Ansuchen der Oberaufseherswitwe im städtischen Asyl- und Werkhause, Barbara Ender, um Pensionsbewilligung und beantragt, der Genannten die normalmäßige Pension von jährlich 240 fl. und ihrem Kinde Otto einen Erziehungsbeitrag in der Minimalhöhe von jährlich 50 fl. bis zur Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres, und zwar beide Bezüge vom 1. Februar 1893 an zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2753.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Waisenhausvatersgattin Amalie Chudoba um Bewilligung zum Fortbezuge der Gnadengabe und beantragt, der Genannten die Gnadengabe von jährlich 200 fl. vom 9. April 1893 an auf weitere drei Jahre zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2961.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen des Jakob Schye-Straßberg um käufliche Überlassung der Wegparcelle Nr. 2388 im X. Bezirke und beantragt, zu beschließen, es sei die Gemeinde bereit, den fraglichen Grund im Flächenausmaße von 171·90 m² um den Einheitspreis von 7 fl. per Quadratmeter käuflich an den Gesuchsteller gegen Tragung des Vertragskosten, Stempel und Gebüren durch denselben zu überlassen. (Angenommen.)

(2801.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksstraßeneinräumers Josef Blasch um Verleihung einer Provision und beantragt, auf Grund des § 5, Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Februar 1892, L.-G.-Bl. Nr. 13, und des Normales des n.-ö. Landesausschusses vom Februar 1887, VI. Punkt 1 bis 4, die Verleihung einer Provision von täglich 35 kr. ö. W. = 127 fl. 75 kr. jährlich an den Genannten unter gleichzeitiger Genehmigung des Dienstaustrittes desselben wegen constatierter Dienstunfähigkeit. (Angenommen.)

(392.) **Derselbe** referiert bezüglich der Reorganisierung des städtischen Gartenpersonales. Punkt 1 des Referenten-Antrages lautet:

Der Jahresgehalt des Stadtgärtners Gustav Sennholz wird vom ersten Tage des auf den Tag der bezüglichen Genehmigung folgenden Monates an von 2000 fl. auf 2400 fl., d. i. zweitausendvierhundert Gulden unter Zugestehung von zwei, vom Tage des bezüglichen Gemeinderaths-Beschlusses laufenden Quinquennien à 200 fl., das Wagenpauschale desselben vom selben Zeitpunkte an von jährlich 250 fl. auf 500 fl., d. i. fünfhundert Gulden erhöht.

St.-R. Boschan beantragt einen Gehalt von 2000 fl., zwei Quinquennien à 200 fl. und 500 fl. Wagenpauschale.

St.-R. Matzenauer ist für den Referenten-Antrag, jedoch sei von der Bestellung eines Obergärtners abzusehen; endlich die städtischen Gärtner den Amtsdienern I. Classe mit 700 fl. Gehalt und 210 fl. Quartiergeld gleichzustellen.

St.-R. Schlechter ist für den Referenten-Antrag unter der Voraussetzung, dass keine wie immer gearteten Commissionsgebüren angerechnet werden.

(Die Berathung wird vertagt behufs Zuziehung des Stadtgärtners und Magistrats-Referenten.)

Zum Worte gemeldet sind noch die St.-R.: Ritt. v. Goldschmidt, Schneiderhan, Meißl, Baugoin, v. Götz, Dr. Vogler, Dr. v. Billing, Noske und Müller.

(3107.) **St.-R. Noske** referiert über die Vermietung von Localitäten im Bürgerspitalfondshause I., Stephansplatz Nr. 2, und beantragt, die pro Maitermin 1893 gekündeten Localitäten im Mezzanin obgenannten Hauses in folgender Untertheilung zu vermieten: top. Nr. 45 bis 48, 50 bis 52 als Zins Nr. 7 a im Mezzanin um den Jahreszins von 900 fl. inclusive Nebengebüren; top. Nr. 53 bis 56 Ecke Stefans- und Stock-im-Eisenplatz als Zins Nr. 7 b (1500 fl.) mit der Parterre-Localität Nr. 4 (1000 fl.) um den Gesammtjahreszins von 2500 fl.; die Adaptierungsarbeiten seien durch die Mieter auf ihre Kosten zu veranlassen. (Angenommen.)

(3046.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Männergesangvereines „Brigittenauer Männerchor" um Bewilligung zur Führung des Stadtwappens in der Vereinsfahne und beantragt, zu genehmigen, dass der Männergesangverein „Brigittenauer Männerchor" in seiner am 2. Juli d. J. zu weihenden Vereinsfahne das Wappen der Stadt Wien führen dürfe. (Angenommen.)

(3154.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob Syllaba, Beamter des n.-ö. Gewerbevereines, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(3082.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Meidling um Subvention und beantragt, für das Jahr 1893 eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen und zur Ausg.-Rubr. XX 10 einen Zuschussscredit in dieser Höhe zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3059.) **Derselbe** referiert über die Versicherung der freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling bei der Ersten österreichischen allgemeinen Unfall-Versicherungsgesellschaft in Wien und beantragt, es sei seitens der Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Unter-Meidling für die bei der Ersten österreichischen allgemeinen Unfall-Versicherungsgesellschaft in Wien mit 30.000 fl. versicherte Unter-Meidlinger freiwillige Feuerwehr bis zum Jahre 1900 alljährlich der Prämienbetrag von 66 fl. 64 kr. zu bezahlen. (Angenommen.)

(3096.) **Derselbe** referiert über eine Grundentschädigung im XIV. Bezirke und beantragt, den Eheleuten Johann und Josefa Rosenauer, Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 31 Braunhirschengasse, XIV. Bezirk, Grundb.-Einl.-Nr. 147, anlässlich des Umbaues dieser Realität für den zu Straßenzwecken abzutretenden Grundtheil per 46·79 m² eine Schadloshaltung von 8 fl. per Quadratmeter zu bewilligen. (Angenommen.)

(3072.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der ehemaligen Diener der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld, der Amtsdiener Ferdinand Schimek, Otto Krönauer und Anton Hawlik, um Flüssigmachung des Heizpauschales für die Heizperiode 1892/93 und beantragt, den Genannten von dem Heizpauschale per 26 fl. für die Heizperiode 1892/93 den bis Ende des Jahres 1892 entfallenden Theilbetrag von je 13 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3013.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu verleihen an:

Sklenar Johann, Kirchendiener;
Kos Christian, Taschnergehilfe;
Schwarz Ferdinand, Hausbesorger;
Wickenhauser Alois, Gastwirt;
Frank Clemens, Zimmermannsgehilfe;
Eben Franz, Schlossergehilfe und Hausbesorger;
Kroutil Josef, Webergehilfe;
Schwab Karl, Holz- und Kohlen-Verschleißer;
Brzinek Kaspar, Gemischtwaren-Verschleißer;
Weinreich Johann, Dachdecker. (Angenommen.)

(3139.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Brotlieferung für das zweite städtische Waisenhaus im V. Bezirke und beantragt, die Lieferung des Brotes und der Semmeln dem Offerenten Ludwig Schreitter, und zwar von gemischtem Kornbrot zum amtlich erhobenen Marktdurchschnittspreise mit einem Nachlasse von 16 Percent vom Kilopreise und von frischen Semmeln zum Preise von 2 kr. per Stück und von alten Semmeln zu 1½ kr. per Stück, bei beiden Sorten gleichfalls mit einem Nachlasse von 16 Percent, ohne Festsetzung einer Vertragsdauer, mithin bloß auf Widerruf des Vertragsverhältnisses seitens der Gemeinde Wien zu übertragen.

(Angenommen.)

(3093.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Verpachtung des Fischereirevieres VI des Fondsgutes Ebersdorf und beantragt, die Verpachtung desselben an Ludwig Wolff zum Jahrespachtzinse von 80 fl. vom 1. Mai 1893 ab auf zehn Jahre unter den bereits genehmigten Bedingungen zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3140.) **Derselbe** referiert bezüglich der Überlassung von ausgeschiedenen Büchern der Schülerbibliotheken für die Bezirksgerichte Wieden und Simmering und beantragt, die Zustimmung zur Schenkung der aus dem Verzeichnisse A ersichtlichen 146 Bücher an das städt. deleg. Bezirksgericht Wieden und der aus dem Verzeichnisse B ersichtlichen 119 Bücher an das städt. deleg. Bezirksgericht Simmering für die dort bestehenden Häftlingsbibliotheken zu ertheilen. (Angenommen.)

(3151.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Sebastian Weber um Rückerstattung des für seinen Sohn Franz, Schüler der I. Classe am Communal-Real- und Obergymnasium im VI. Bezirke, für das erste Semester des Schuljahres 1892/93 bezahlten Schulgeldes per 25 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(3163.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Richard Siedek um Genehmigung der Grundabtheilung Grundbuchs-Einlage 1068, III. Bezirk, Cat.-Parc. 1015 und 1016, Or.-Nr. 12 Marokkanergasse und Or.-Nr. 5 Veithgasse, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3141.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der currenten Professionistenarbeiten für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg pro 1893 und beantragt, da der neue städtische Preistarif mit 1. Jänner 1894 in Kraft tritt, diese Arbeiten und Lieferungen nur bis

Ende 1893 sicherzustellen, dieselben den bisherigen Contrahenten unter den gleichen Bedingungen und zu den gleichen Preisen wie im abgelaufenen Triennium für das Jahr 1893 zu übertragen und bezüglich aller nicht sichergestellten Arbeiten und Lieferungen die Waisenhausleitung zu ermächtigen, dieselben wie bisher von Fall zu Fall durch selbstgewählte Geschäftsleute auf Grund von im voraus vereinbarten Preisen ausführen zu lassen. (Angenommen.)

(3143.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Khunn-, Kleist-, Mohs-, Ungar- und Fasangasse im III. Bezirke und beantragt:

a) Die Genehmigung des für die Beleuchtung der Khunn-, Kleist-, Mohsgasse und Umgebung im III. Bezirke vom Bauamte vorgelegten Projectes zur Aufstellung von 56 halb- und 26 ganznächtigen Flammen mit dem jährlichen Kostenaufwande von 2098 fl. 84 kr. im Principe, beziehungsweise die mit einem jährlichen Aufwande von 330 fl. 48 kr., pro 1893 mit einem solchen von nur 250 fl. verbundene Aufstellung von 11 halb- und 3 ganznächtigen Flammen zum Zwecke der Beleuchtung der Hohlweg-, Mohs- und Khunngasse;

b) die Verbesserung der Beleuchtung in der Ungar- und Fasangasse im III. Bezirke durch Umwandlung von 6 ganz- und 1 halbnächtigen Flamme in 7 Stück dreiflammige Suggbrenner (6 mit je 1 nachmitternächtigen Flamme) durch Neuaufstellung 1 ganz- und 5 halbnächtigen Flammen, sowie durch Umwandlung von 2 halbnächtigen in ganznächtige Flammen nach dem vorgelegten Bauamtsprojecte mit dem jährlichen Kostenaufwande von 823 fl. 74 kr., beziehungsweise pro 1893 mit einem solchen von beiläufig 500 fl.

St.-R. Wurm beantragt ad b, den Act mit dem Auftrage zurückzuleiten, einen etwas billigeren Vorschlag zu erstatten.

(Antrag des St.-R. Wurm und Referenten-Antrag a angenommen.)

(3094.) **St.-R. Noske** referiert über das Ansuchen des Matthias Bauer, Gastwirtes und Mieters des der Gemeinde Wien gehörigen Hauses Nr. 41 Ullmannstraße im XIV. Bezirke, um Genehmigung eines Mietvertrages auf die Dauer von 5 Jahren und beantragt, dem Gesuchsteller eine halbjährige, jeweilig im Mai- oder Novembertermin vollziehbare Kündigung zuzugestehen. (Angenommen.)

(2944.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Maria-Theresia-Frauen-Hospitales um Bewilligung einer Subvention und beantragt, für die Jahre 1893, 1894 und 1895 eine Subvention von je 1000 fl. jährlich unter dem üblichen Vorbehalte zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3056.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung des Straßensäuberungs-Personales für den IV. Bezirk und beantragt, die Vermehrung um einen Partieführer mit 1 fl. 10 kr. täglich und um fünf Taglöhner mit 1 fl. täglich zu genehmigen und zur Ausg.-Rubr. XXII 5 c einen Zuschusscredit von 1403 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3155.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche aus dem XIX. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt

Haut Anton, Hausbesitzer und Fabrikant;

Geidtner Matthias, Hausbesitzer und Gastwirt;

Weber Eduard, Hausbesitzer und Fleischhauer,

das Bürgerrecht zu verleihen, das Ansuchen des vierten Bewerbers jedoch abzuweisen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 25. Mai 1893 vom 3. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	Kretschek Karl, Trödler und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Steinergasse 13	450	438

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Schlachtviehmarkt vom 23. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4084, Weidevieh — 624, Beinlvieh — —.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1749
Galizische „ . . .	1347
Deutsche „ . . .	1593
Büffel „ . . .	19

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4023
Stiere	422
Kühe	263

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere . .	von 49	bis 61	fl.
(extrem	„ —	„ —	„)
Galiz. Schlachtthiere . .	„ 49	„ 60	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere . .	„ 50	„ 63	„
(extrem	„ —	„ 64	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 48 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen . .	von 22	bis 32	fl.
Stiere . .	„ 23	„ 32	„
Kühe . . .	„ 22	„ 31	„
Büffel . .	„ 22	„ 25	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 46 bis 103 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . 206 Stück
Beinlvieh . . . 67 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 588 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes und des geringeren nur für sechs Tage zu deckenden Bedarfes sehr zurückhaltend und sind die Preise um 1 bis 2½ fl. per 100 Kilogramm gefallen.

* * *

(Borstenviehmarkt vom 23. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine . . . . . 6708 Stück
Fettschweine . . . . . 6099 „
Summa . 12.807 Stück

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 10807 Stück
für das Land . . . . . 890 „
unverkauft blieben . . . . . 1200 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 45 kr.
Fettschweine . . . „ 38 „ 47½ „
} per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war für Fettschweine flau und sind deren Preise um 2 bis 2½ kr. per Kilogramm gefallen, während Jungschweine die Preise der Vorwoche behaupteten.

* * *

(Pferdemarkt vom 23. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 534 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—250 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 25—117 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 25. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2161, Kälber lebend 1606, Lämmer Waidner 464, Lämmer lebend 599, Schafe Waidner 256, Schafe lebend 1770

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 36 bis 60 kr.
Kälber lebend . „ Kg. . . . . „ 36 „ 56 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 8 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 4 „ 7½ fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 25 bis 36 kr.
Schafe lebend . „ Kg. . . . . von 19 bis 23 kr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1441 Stück Kälber weniger zugeführt.

Die Kauflust war bloß für lebende Ware eine regere und besserten sich deren Preise um 3 kr. per Kilogramm, während Waidner-Kälber die Preise der Vorwoche behaupteten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 575 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust ist infolge sehr schlechter Berichte vom Pariser Markte gänzlich ins Stocken gerathen und wurden nur circa 800 Stück zu 19 bis 23 kr. per Kilogramm Lebendgewicht gehandelt.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 25. Mai 1893 78 Stück Mast- und 199 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 22. Mai bis 25. Mai 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 4060 Czerningasse 4, von Johann Henninger, Bauführer J. E. Adler (3450).
III. Bezirk: Haus, Baustelle VI, Ungargasse 54, von Em. und Ed. Schweinburg, Stadtbaumeister (3500).
V. Bezirk: Haus, Baustelle II, Einl.-Z. 969 Gießaufgasse, von Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller (3475).
„ „ Haus, Baustelle I, Einl.-Z. 969 Gießaufgasse, von Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller (3476).
VI. Bezirk: Haus, Mariahilferstraße 5, von Wilhelm Pohl, Bauführer Kupka & Orglmeister (3501).
X. Bezirk: Einl.-Z. 304 Oberlaa, von Franz und Friederike Klein, Bauführer W. Stadler (16067).
XIII. Bezirk: Haus, Breitensee, Parcelle 34 und 35, Grundb.-Einl. 15, von Alexander Gaunersdorfer, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (14037).
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Haus, Rudolfsheim, Dreihausgasse 19, von Hermine Grüning, Bauführer A. Blaschke (11813).
XVIII. Bezirk: Ein Stock hohes Wohnhaus, Währing, Dittesgasse, von Ferdinand Oberwimmer, Bauführer derselbe (14476).
„ „ Drei Stock hohes Wohnhaus, Währing, Ecke der Fluchtgasse und Lustkandlgasse, von Alois und Clara Nikolai, Bauführer Franz Kaindl (15423).
XIX. Bezirk: Cottagehaus, Ober-Döbling, Ecke Prinz Eugengasse und Karl Ludwigstraße, Einl.-Z. 905, von Dr. Rudolf Raimann durch den Wiener Cottageverein, Bauführer Victor Fiala (9716).

Für Zubauten:

III. Bezirk: Strohgasse 20, von Andreas Großer, Bauführer Daxlmüller & Kautz (3478).
IV. Bezirk: Hoftract, Ziegelofengasse 31, von Johann Jedlička, nomine der Genossenschaft der Tischler, Bauführer F. Simlinger (3434).
V. Bezirk: Hoftract, Mittersteig 26, von Hermann Steinbuch, Bauführer J. Doleyschka (3520).
XI. Bezirk: Kesselhaus und Einmauerung eines Dampfkessels, Simmering, Hauptstraße, Realität Or.-Nr. 30 bis 40, von der Direction der Maschinen- und Waggonbaufabriks-Actiengesellschaft, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (7544).
XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Liebhartsthal 977, von Josef und Barbara Prokoph, Bauführer Franz Lehninger (21945).
XVII. Bezirk: Hernals, Uniongasse 18, von Ernst und Albertine Peschke, Bauführer Alois Matschinger, Maurermeister (17497).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Seitenstettengasse 2, von Johann Syrowatka, Bauführer F. Kaindl (3471).
„ „ Zedlitzgasse (Markthalle), von Julius Futschik, Bauführer ? (3516).
II. Bezirk: Franz Josefs-Quai 5, von der Wiener Baugesellschaft (3506).
„ „ Afrikanergasse 1, von Martin und Therese Hanakamp, Bauführer Matasek (3482).
III. Bezirk: Mohsgasse 11, von Alois Schreiber, Bauführer Seitl & Klee (3431).
IV. Bezirk: Heugasse 1, von Adolf Joh. Fürst von und zu Schwarzenberg, Bauführer Hanusch (3448).

V. Bezirk: Kettenbrückengasse 13, von Wilhelm Sobotka, Bauführer J. Schmetterer (3484).
VII. Bezirk: Kaiserstraße 77, von Michael Eiles, Bauführer Lischka, (3527).
VIII. Bezirk: Blindengasse 8, von Samuel Sidon, Bauführer J. Schobesberger (3504).
" " Langegasse 33, von Karl Weller, Bauführer F. Prokesch, (3545).
X. Bezirk: Feuchterslebengasse, von Isidor Weiß, Bauführer W. Stadler (15763).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 22, von Wenzel Kral, Bauführer Matthias Millek (22361).
" " Ottakring, Blumberggasse 24, von Ignaz Schweizer, Bauführer Thomas Mann (22442).
XVII. Bezirk: Hernals, Karlsgasse 41, von Karl und Th. Woratsek, Bauführer Johann Gschwander jun. (17373).
XVIII. Bezirk: Währing, Kreutzgasse 82, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer R. Koch (15605).
" " Weinhaus, Johannesgasse 48, von Katharina Johl, Bauführer Franz Schlögl jun. (15585).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Reitschulbau, Afrikanergasse 1, von Martin und Therese Hanakamp, Bauführer J. Matasek (3482).
III. Bezirk: Schupfe, Grundb.-Einl. 646 nächst der Kleistgasse, von der Wiener Baugesellschaft (3547).
" " Senkgrube, Mohsgasse 28, von Wenzel Paces, Bauführer W. Schulz (3543).
V. Bezirk: Schupfe, Griesgasse 20, von Johann Wolf, Bauführer F. Daxlmüller & R. Kautz (3538).
VI. Bezirk: Canalreconstruction, Windmühlgasse 12, von Rudolf Bauer, Bauführer Ch. Gatty (3523).
VII. Bezirk: Veranda, Burggasse 23, von Cordula Klinger, Bauführer J. Reinhart (3502).
IX. Bezirk: Backofen, Alserstraße 6, von F. Kratzik, Bauführer M. Göd (3444).
XI. Bezirk: Drei Aborte und Adaptierung, Simmering, Ebersdorferstraße 2, von Ferdinand Handlos, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister (7580).
" " Hölzerner Abort und gemauerte Senkgrube, Simmering, 5. Landengasse, Hütte Conscr.-Nr. 92, von Laurenz Wenzlick, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7628).
" " Hauscanal, ein Abort und eine Düngergrube, Simmering, Hauptstraße 183, Conscr.-Nr. 186, von Paul Handlos, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (7754).
XII. Bezirk: Abortbau, Altmannsdorf, Hauptstraße 40, von Leopold Zierer, Bauführer J. Weilgony (14495).
" " Abortbau, Altmannsdorf, Gärtnergasse 9, von J. Ockermüller, Bauführer ? (14496).
" " Abortbau, Altmannsdorf, Laxenburgerstraße 7, von August Mayer, Bauführer J. Schaufler (14515).
XIII. Bezirk: Hietzing, Badhausgasse 6, von Anna Petschacher, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (13829).
XIV. Bezirk: Abort, Rudolfsheim, Fischergasse 16, von Josefa Kricz, Bauführer ? (11358).
" " Magazin, Sechshaus, Gürtel 9, von L. Podwinetz, Bauführer L. Waldmann (11359).
" " Abort, Rudolfsheim, Neugasse 26, von Anton Kratochwill, Bauführer E. Schwarzer (11501).
" " Abort, Rudolfsheim, Reindorfgasse 5, von Lukas Ermer, Bauführer Otto Ettmayer (11502).
XVI. Bezirk: Brennofen, Ottakring, Rosenhügel Conscr.-Nr. 80, Or.-Nr. 2, von Anton Strnadt, Bauführer ? (22231).
" " Haus, Ottakring, Hauptstraße 217, von der I. Wiener Kindermilch-Anstalt, Bauführer Ferd. L. Baldia (21805).
XVIII. Bezirk: Herstellung eines Bodenzimmers, Währing, Anastasius-Grüngasse 46, von Hermine Politzer, Bauführer Victor Fiala (15106).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Praterstraße 67, Kaiser Josefstraße 42, von Brüder Asriel & Farchy, Bauführer A. Wengritzky (3511).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

III. Bezirk: Erdbergerstraße, Grundb.-Einl. 2777, von Karl Rippstein (3497).
" " Grundb.-Einl. 646 nächst der Kleistgasse, von der Wiener Baugesellschaft (3546).
IX. Bezirk: Sobieskygasse, Grundb.-Einl. 972, von Karl Edinger (3487).
XI. Bezirk: Simmering, Haide, von Michael Müller (3519).
X. Bezirk: Muhrengasse 35, von Elisabeth Prünner (16209).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ecke der Rudolfs- und Neuwallgasse, Einl.-Z. 1190, von Karl Friedrich Kruch (14469).
XIII. Bezirk: Hietzing, Gloriettegasse 45, von Patzovsky Manasse (13830).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Cardinal Rauscherplatz, von dem Rudolfsheimer Kirchenbau-Comité (11723).
" " Rudolfsheim, Parc.-Nr. 371, Ein.-Z. 799, von Rosa Wirth, Louise Leyrl (11811).
XVII. Bezirk: Baugrund, Hernals, Parc. 545/32, Einl.-Z. 1198, von Franz Kornherr (17529).
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Barawitzkagasse 3, August Kunze (10001).

Gewerbeanmeldungen vom 17. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Treml Ferdinand — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Große Neugasse 19.
Rathe Karl — Musikergewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstraße 83.
Lebiedzki Laura — Pfaidlergewerbe — IX., Alserstraße 30.
Kirschner Marie — Schwarzbäckerei — XVI., Ottakring, Hauptstr. 105.
Rametsteiner Aloisia — Selchwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Dornerplatz 4.
Geist Karl — Stadtlohnkutscher — XIV., Rudolfsheim, Neugasse 20.
Celli Franz — Steinmetzgewerbe — X., Vordere Südbahnstraße 3.
Hora Hermine — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Wagnergasse 11.
Jenner v. Vergutz Gertrud — Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 35.
Öhler Eduard — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — IX., Wasag. 20.
Bader Josefine — Wäscheputzerei — VIII., Skodagasse 3.
Türk Elise — Weißnähereigewerbe — XVIII., Währing, Eduardgasse 8.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. Mai 1893.

Schönhuber Barbara — Fiakergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Badg. 1.
Gasparin Elisabeth — Feilbieten von Obst und Blumen im Umherziehen — XVIII., Währing, Goldschmiedgasse 6.
Brunner Aloisia — Gastwirtsgewerbe — IX., Simondenkgasse 2.
Werner Johann — Gastwirt — XIII., Hacking, Anhofstraße 14.
Frühbauer Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hasengasse 15.
Glasel Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 4.
Gruber Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 94.
Hammer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Sennefelderg. 22.
Krchak Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 25.
Malcher August — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Fleischmanngasse 7.
Metzger Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 19.
Rotter Franz — Gürtler und Pfeifenbeschläger — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 13.
Holy Johann — Huf- und Wagenschmied — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 34.
Kosler Hedwig — Kaffeesiederin — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 8.
Miskovits Georg — Milch-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstr. 138.
Müller Francisca — Pferdefleischauskocher-, Bier- und Weinschankgewerbe — X., Waldgasse 29.
Fichtner Alois — Sandgewinnung — XVIII., Weinhaus, Herrengasse 22/24.
Korn Franz — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Märzstraße 44.
Schneider Georg — Stadtträger — VII., Neubaugasse, Ecke der Lerchenfelderstraße.
Bachl Jakob — Tischler — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Mai 1893.

Demmel Stephan — Fiakergewerbe — XVIII., Währing, Antonig. 37.
Korgel Wilhelm — Friseur — II., Rothen-Sterngasse 10.
Bruckner Josef — Gastwirt — IX., Versorgungshausgasse 1.
Jeritsch Stephan — Gastwirt — I., Kramergasse 2.
Wortmann Josef — Geldwechslergewerbe — I., Graben 17.
Cathrein Josef — Gemischtwarenhandel — I., Gonzagagasse 3.
Beck Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Adlergasse 5.
Buchbinder Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Hofenedergasse 1.
Grünberg Rebekka — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Stadtgutgasse 15.
Günther Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Staudingergasse 7.
Hacker Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Volkertplatz 8.
Hoch Thekla — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wasnergasse 27.
Löwinger Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 46.
Maier Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Ferdinandsstraße 26.

Weida Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wintergasse 4.
Willisch Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Obere Viaductgasse 32.
Zippe Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 51.
Fasching Willibald — Glaser — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 31.
Nirschy Josef — Hallentrödler — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle Nr. 97.
Peres (Franz) Lazar — Handelsagentie — VII., Neubaugasse 27.
Hartmann Rudolf — Handel mit neuen Kleidern — II., Klosterneuburgerstraße 35.
Löwy Julius — Handelsagent in Möbelstoffen und Möbeln — II., Lichtenauergasse 4.
Palka Therese — Hausierhandel mit Obst, Grünzeug und Blumen — II., Wallensteinstraße 53.
Löw Emma — Holz- und Kohlen-Verschleiß — II., Staudingergasse 5.
Frommer Leopold — Kaffeesiedergewerbe — II., Große Schiffgasse 11.
Grießler Adolf — Kaffeeschankgewerbe — I., Schönlaterngasse 6.
Schneider Ladislaus Josef — Kaffeeschankgewerbe — II., Rothen-Sterngasse 2.
Schafranek Johann — Herrenkleidermacher — II., Darwingasse 36.
Schafranek Josef — Herrenkleidermacher — II., Wallensteinplatz 7.
Grubinger Marie — Damenkleidermacherin — VI., Barnabitengasse 7a.
Pribil Francisca — Damenkleidermacherin — II., Praterstraße 52.
Zeller Antonia — Damenkleidermacherin — III., Erdbergstraße 37.
Berner Johann — Klein-Verschleiß von Hafer, Heu und Stroh — II., Vereinsgasse 37.
Benesch Bohumil — Kuchenbäckerei — II., Prater, Kleine Zufahrtsstraße 133.
Pummer Amalie — Kurzwaren-Verschleiß — I., Weihburggasse 22.
Plaschkes Rosa — Lederausschnitt — II., Staudingergasse 8.
Franz Karl — Marktfierantie — X., Simmeringerstraße 176.
Brettsprecher Emil — Musiker — II., Obere Augartenstraße 38.
Gramatika Wilhelmine — Nachtlichter-Erzeugung — IV., Starhembergasse 21.
Ulbricht Francisca — Naturblumenhandel — III., Rennweg 56.
Huber Matthias — Obst- und Honighandel im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Leopoldsgasse 5.
Padewski Elisabeth — Feilbieten von Obst im Umherziehen — II., Greiseneckergasse 16.
Tauber Samuel — Pfaidler — VII., Neubaugasse 51.
Bösel Karl — Pfaidlerwaren-Verschleiß — II., Rauscherstraße 17.
Apfelbaum Moriz — Pretiosen-Verschleiß — II., Schmelzgasse 6.
Elsik Franz — Schilder- und Schriftenmaler — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 36.
Koffler Anton — Schuhmacher — XII., Schönbrunner-Hauptstraße 62.
Rößler Eduard — Schuhmachergewerbe — VI., Webgasse 38.
Koch Katharina — Selchwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 47.
Köbler Wilhelm — Steindruckerei- und Lithographiegewerbe — II., Wallensteinstraße 14.
Schönhofer Leander — Surrogatkaffee-Erzeugung — IX., Liechtensteinstraße 113.
Radimsky Josef Ludwig — Taschner — VII., Breitegasse 21.
Hasel Heinrich — Tischler — VII., Kaiserstraße 81.
Marktl Rosalia — Übernahme von Wäsche und Kleidern zur chemischen Putzerei — VII., Burggasse 42.
Schwabl Hermine — Verschleiß von Gebetbüchern und Kalendern — II., Holzhausergasse 9.
Sabatin Marie — Verschleiß von Handschuhen, Cravatten und Wirkwaren — II., Taborstraße 31.
Arlt Marie — Verschleiß von mercantilen Drucksorten — II., Blumauergasse 25.
Hornof Eduard — Verschleiß von Papier, Schreib-, Zeichenrequisiten und Kurzwaren — I., Spiegelgasse 16.
Wicho Magdalena — Victualienhandel — IV., Kärntnerthormarkt.
Wilda Francisca — Victualien-Verschleiß — II., Circusgasse 19.
Hartweger Johanna — Wäschergewerbe — XIII., Auhof 11.
Stein Rosalia — Wäschergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Kircheng. 1.
Kreith Hans — Zeitungs-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 54.
Miklas Adolf — Zimmermaler — VII., Zieglergasse 15.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Mai 1893.

Hügel Fanni — Bäckergewerbe — XV., Fünfhaus, Karmeliterhofg. 11.
Tier Johann — Beindrechsler — XVII., Syringgasse 9.
Nies Josef — Cachierer — IV., Karolinengasse 15.
Spitzer Bernhard — Colportage — XVII., Kastnergasse 17.
Zierl Heinrich — Colportage — XVII., Sterngasse 13.
Bollmann Louis — Commissions-Verschleiß mit Nähmaschinen — I., Rothenthurmstraße 33.
Kratochwill Pauline — Dienstvermittlung — IV., Phorusgasse 14.
Zimmermann Josef — Fleischfelcher — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 35.
Sochor Katharina — Fleisch-Verschleißerin — XVII., Markt am Dornerplatz.
Schaffranek Anna — Fragnergewerbe — XVII., Hernals, Leitermayergasse 13.
Eleder Josefine — Gastwirtin — XVI., Ottakring, Wilhelminenstr. 51.
Hein Mathilde — Gastwirtin — VIII., Lerchenfelderstraße 142.
Kopp Leopoldine — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Kasgraben 39.
Glücksmann Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstr. 48.
Hengstberger Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 7.
Seiz Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 55.
Wisent Laura — Verschleiß der Gesichtspomade „Excelsior Crème" — IV., Taubstummengasse 5.
Glatter Anton — Glasergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Friedlgasse 10.
Přihoda Felix — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — VI., Stumpergasse 63.
Veigl Karl — Hausierhandel mit Käse und Salami — XIX., Nussdorf, Kahlenbergerstraße 32.
Graf Barbara — Kaffeesiederin — I., Wipplingerstraße 23.
Weleda Matthias — Kleidermacher — XII., Unter-Meidling, Rosaliag. 9.
Martinek Karl — Handel mit alten Kleidern — XVII., Hernals, Antongasse 5.
Kafka Anton — Kunst- und Ziergärtner — XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 103.
Brunner Karl — Milch-Verschleiß — XIII., Hietzing, Alleegasse 44.
Kreitner Karl — Milch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 38.
Pengler Ignaz — Milch-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 53.
Tauber Antonie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Gerlgasse 31.
Liebtreu Ernst Albert — Musiker — XVII., Annagasse 17.
Pollak Franz — Nadler — XVII., Hernals, Sterngasse 56.
Strobl Ludwig — Feilbieten von Obst und Krebsen im Umherziehen — XIV., Rudolfsheim, Lerchenstraße 7.
Hoffer Katharina — Pfaidlerin — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner-Hauptstraße 47.
Geyer Franz — Stadtlohnkutscher — XIV., Rudolfsheim, Schmelzg. 9.
Gazda Franz — Tischler — XII., Schönbrunner-Hauptstraße 38.
Peroutka Franz — Tischler — XVII., Grillparzergasse 19.
Blumentritt Karoline — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner-Hauptstraße 47.
Devdat Karoline — Victualienhandel — XIII., Baumgarten, Hauptstraße 67.
Schmidt Francisca — Victualien-Verschleiß — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 179.
Edelmann Adolf — Ziegel- und Schieferdecker — XII., Unter-Meidling, Johannesgasse 42.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Mai 1893.

Altmann Heinrich, Dr. — Advocatur — V., Margarethenplatz 4.
Hermann Jakob — Ausführung von Wassereinleitungen — II., Praterstraße 36.
Cudek Jakob, Eisenstein Jonas Leib — Bestellte auf dem Central-Viehmarkt — III., Central-Viehmarkt.
Goldmann Rudolf Anton — Chemikalienhandel — I., Kärntnerring 15.
Dawidowics Chaim — Colportage — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 12.
Ehrenleitner Johann — Fleischhauer — XIII., Penzing, Poststraße 74.
Baum Wenzel — Fleisch-Verschleißer — VII., Lerchenfelderstraße 13.
Swoboda Franz — Friseur — VII., Mariahilferstraße 122.
Fuchs Ludwig — Gastwirt — VIII., Langegasse 33.
Linsmeyer Georg — Gastwirt — II., Malzgasse 1.
Odersky Alois — Gastwirt — K. u. k. Lustschloss Schönbrunn.
Prasch Therese — Gastwirtin — II., Kagraner Reichsstraße 3799.
Raab Wilhelm — Gastwirt — II., Städtisches Freibad.
Schultes Karl — Gastwirt — V., Gartengasse 19.
Seidel Alois — Gastwirt — I., Singerstraße 11.
Reiner Samuel — Geflügelhandel — II., Karmelitermarkt.
Fritz Anton — Gemischtwarenhandel — VII., Kirchengasse 30.
Bauer Aron — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 20.
Glaser Kaspar — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstr. 16.
Kaiser Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 56.
Schlaps Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 40.
Webfinger Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Pfeifergasse 39.
Witzmann Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Einsiedlerg. 42.
Worliczek Karl — Goldarbeiter — VII., St. Ulrichsplatz 6.
Bammer Michael — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 60.
Hochberger Marie — Kaffeeschank — II., Wallensteinstraße 46.
Kutra Julius — Kaffeeschankpächter — II., Rueppgasse 14.
Banek Karl — Kleidermacher — II., Jägerstraße 41.
Niedermertl Aloisia — Kleidermacherin — XIII., Penzing, Kaisergasse 1.
Nowak Johann — Damenkleidermacher — XIV., Sechshaus, Stiegerg. 3.

Mandl Eduard, Gries Ludwig Ruppert — Laugenstein-, Soda-, Bleichwasser-, Waschblauessenz-, Tinte-, Schuhwichse-, Lederfett-, Metallpasta- und Putzmittel-Erzeugung — II., Waldmüllergasse 14.

Diwald Anna — Mehl- und Gries-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 18.

Lemp Alexander — Milchmeier — V., Franzensgasse 15.

Krakowitz Hermine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 93.

Weinwurm Josefine — Verschleiß von Milch, Butter, Eier, Topfen und Gebäck — II., Vereinsgasse 7.

Pick Josef — Verschleiß von neuen Möbeln — VII., Breitegasse 15.

Aigner Anna — Obst-, Gemüse- und Blumen-Verkauf im Umherziehen — XVI., Ottakring, Habichergasse 11.

Zenozička Agnes — Obst-, Grünzeug- und Blumenhausierhandel — II., Prager Reichsstraße 11.

Hannemann Karoline Katharina — Pfaidlerin — II., Josefinengasse 5.

Thorand Franz — Provisionsbezug — II., Erzherzog Karlplatz 13.

Kaiser Johann — Schuhmacherzugehör-Verschleiß — II., Darwing. 16.

Bocek Johann — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — II., Taborstraße 61.

Stromer Aloisia — Selchwaren-Verschleiß — III., Steingasse 21.

Wunder Marie — Selchwaren-Verschleiß — IX., Strohekgasse 8.

Federbusch Josef Leib — Spiritusosen-Verschleiß — III., Mohsgasse 31.

Kutner Sophie — Vordruckerei — II., Lichtenauergasse 7.

Koudelka Barbara — Wäschergewerbe — XIII., Penzing, Schulgasse 16.

Goldes Josef — Wäscheputzer — IX., Sobieskygasse 1 a.

Janeček Katharina — Wäscheputzerin — X., Sennefeldergasse 16.

Gogitscher Josef — Wildbret- und Geflügelhandel — V., Hundsthurmerlinie.

Popp Franz — Zimmermaler — VIII., Langegasse 44.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. Mai 1893.

Gangelberger Julius — Anstreicher — XII., Unter-Meidling, Neuwallgasse 11.

Rudinetz Josefine — Einspännergewerbe — VII., Westbahnstraße bei der Apotheke.

Linska Barbara — Fragnerin — V., Franzensgasse 6.

Chleborad Josef — Friseur — V., Margarethenstraße 64.

Soukup Karoline — Friseurgewerbe — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 6.

Gfaller Franz — Bestandwirt — XIII., Hietzing, Gloriettegasse 13.

Schöner Marie — Gastgewerbe — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner-Hauptstraße 94.

Beer Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Felberstraße 52.

Freßl Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 101.

Halbhuber Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Karolinengasse 28.

Jakli Cäcilia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Ägydigasse 3.

Melzer Philippine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 36.

Salzberger Emil — Commissionsweiser Verschleiß von Gerberartikeln — III., Ungargasse 34.

Schindler Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Nussdorferstr. 21.

Schurawitzky Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthof, Wallrißgasse 12.

Schmitz Clementine Marie — Heiligenbilder- und Gebetbücher-Verschleiß — I., Stephansplatz (Stand).

Mlynář Johann — Hutmacher — V., Rampersdorfgasse 28.

Mühlfeith Franz — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Märzstraße 11.

Petersen Katharina — Damenkleidermacherin — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstraße 27.

Udržal Anna — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 72.

Mühlfeit Robert — Ledergalanterie-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 35.

Polony Charles, Dr. — Liqueur-Erzeugung — VI., Gumpendorferstr. 78.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1103
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 24. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Dank Sr. Majestät des Kaisers für die Beglückwünschung seitens der Stadt Wien anläßlich der Verlobung des Erzherzogs Josef August mit der Prinzessin Augusta von Baiern . 1103
2. Begrüßung der neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes 1103
3. Beurlaubung des Gem.-Rathes Dr. Stenzl 1103
4. Entschuldigung des Gem.-Rathes Schrenckh wegen Fernbleibens 1103
5. Wahl von zwei Schriftführern des Gemeinderathes 1103
Interpellationen:
6. Gem.-Rath Dr. Rader, betreffend die Höhe der Kosten der Stockwerks-Aufsetzung auf das Schulhaus, XVIII., Weinhaus, Köhlergasse 1103
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Cementierungsarbeiten im Stadtparkteiche 1104
Anträge:
8. Gem.-Rath Bachofen v. Echt, betreffend die Zufuhr von Hochquellenwasser nach Grinzing 1104
9. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Aufstellung einer Brückenwage auf dem Marktplatz des II. Bezirkes Auf der Haide . . 1104
10. Gem.-Rath Steiner, betreffend den Ausbau des Canales in der Gärtnergasse in Nussdorf und Heiligenstadt 1104
11. Gem.-Rath v. Götz, Kirchmayer und Genossen, betreffend die Errichtung eines zu Zwecken periodischer Ausstellungen gewidmeten Gebäudes 1104
Referate:
12. Gem.-Rath Noske, betreffend die versuchsweise Einführung des Schwimmunterrichtes im Männer-Vollbade I. Classe des städtischen Donaubades 1104
13. Derselbe, betreffend die Vermehrung des städtischen Straßensäuberungs-Personales im IV. Bezirke 1104
14. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Maria Theresien-Frauen-Hospitales 1105
15. Derselbe, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Gerhardus puncto Petition gegen die Einführung einer Transportsteuer für den Waren- und Personenverkehr 1105
16. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Bestellung einer neuen ärztlichen Hilfskraft für das Stadtphysikat 1105
17. Derselbe, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Friedjung puncto Aufnahme einer neuen auswärtigen Wärterin für die chirurgische Abtheilung im städtischen Versorgungshause 1106
18. Gem.-Rath Schlechter, betreffend Subventionierung des Curatoriums der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung armer Lehrerswitwen und -Waisen im ehemaligen Schulbezirke Sechshaus 1106
19. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Penzing 1106
20. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend Subventionierung des Asylvereines der Universität 1107
21. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Projectskizzen-Genehmigung für den Bau einer Doppelschule im II. Bezirk, Leystraße . . . 1107
22. Gem.-Rath Matzenauer, betreffend das Offert der Firma Siemens & Halske wegen probeweiser elektrischer Beleuchtung des Kohlmarktes 1110
23. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Verwertung der ehemaligen Sechshauser Bezirksspitalsrealität; Veräußerung mehrerer Baustellen und Genehmigung der Projectskizzen für die Erbauung einer Doppel-Bürgerschule und eines Volksbades daselbst 1112
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 24. Mai 1893.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Boschan, betreffend Gnadengaben 1114
2. Gem.-Rath Noske, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke 1114
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1114
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. Mai 1893 1115
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. Mai 1893 1118
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 25. Mai 1893 vom III. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1122
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Schlachtviehmarkt vom 23. Mai 1893 1122
Borstenviehmarkt vom 23. Mai 1893 1123
Pferdemarkt vom 23. Mai 1893 1123
Stechviehmarkt vom 25. Mai 1893 1123
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. bis 25. Mai 1893 1123
Gewerbeanmeldungen 1124
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 75316
Ref.-Nr. 1306 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Hauptplatzes in Hietzing im XIII. Bezirke mit neuen Steinen und der Abzweigung bis zur Hetzendorferstraße mit alten Steinen** im veranschlagten Kostenbetrage von 2676 fl. 43 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 1—2

Ad Prot.-Nr. 69052
Ref.-Nr. 1173 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Elisabethgasse im XVI. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4794 fl. 44 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 51313
Ref.-Nr. 833 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Selzer- und Holochergasse im XIV. Bezirke** im Kostenbetrage von 3891 fl. 34 kr. und 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 3—3

*

Prot.-Nr. 43075 ex 1893.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Verfassung und Ausführung eines Projectes zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung für die Lehrzimmer, beziehungsweise einer Niederdruck-Dampfheizung für die Turnräume, Gänge und Aborte des Schulhauses im III. Bezirke, Salmgasse 9,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch, den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärmeerfordernisses, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 1—3

Z. 50355
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 6. und 7. Juni 1893, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden **gegen bare Bezahlung** hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre,** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von **9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

im übertragenen Wirkungskreise

am 30. April 1893. 3—3

G.-Z. 38375 ex 1893
XII.

Kundmachung.

(Neydhart'sche Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die für Waisen bestimmten Interessen vom Jahre 1893 aus der Sebastian Neydhart'schen Stiftung zur Vertheilung gelangen werden. — Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen und den wegen Persolvierung dieser Stiftung vom Wiener Gemeinderathe gefassten Beschlüssen sind diese Interessen zunächst für die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen beiderlei Geschlechtes, sodann in weiterer Linie überhaupt für die in der Versorgung der Commune Wien stehenden Waisen nach Maßgabe des Bedürfnisses zu Unterstützungen ein für allemal, oder beim Antritte eines Gewerbes, oder zur Fortsetzung ihrer Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollendung ihrer bezüglichen Studien zu verwenden.

Die Verleihung dieser Unterstützungen und Stipendien hat sich der Wiener Gemeinderath vorbehalten.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung oder ein Stipendium aus dieser Stiftung bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- und Impfscheine der Waisen, ferner mit dem Nachweise über deren Versorgung seitens der Commune Wien und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens einschließlich 30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 1—3

Ad M.-Z. 42165.

Kundmachung.

(Johann Gögl'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Wiener Magistrate wird hiemit bekannt gemacht, dass aus der Johann Gögl'schen Heiratsausstattungsstiftung für das laufende Jahr ein Ausstattungsbetrag von 243 fl. 50 kr. an ein armes, unbescholtenes, in Wien wohnhaftes Mädchen ohne Unterschied der Confession zur Verleihung gelangt.

Diejenigen, welche sich um diesen Ausstattungsbetrag bewerben wollen, haben ihre mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Ausweise des Wohnortes in Wien und der Zuständigkeit belegten Gesuche **bis längstens 6. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 1—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 43. Dienstag, den 30. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. Mai 1893** um 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. N. Prix.

(Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten vormittags.)

Bürgermeister Dr. Prix: Nachdem 126 Herren Gemeinderäthe anwesend sind, eröffne ich die Sitzung. Ich habe die Ehre, den Herrn Statthaltereirath Baron Kutschera vorzustellen (die Versammlung erhebt sich), welcher die Güte haben wird, die Beeidigung des gewählten Vice-Bürgermeisters vorzunehmen.

Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters.

Folgende Herren sind entschuldigt:

Herr Gem.-Rath Schrenckh schreibt:

„Ich bin infolge eines heftigen Bronchialkatarrhs genöthigt, das Zimmer zu hüten, was ich durch Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses bekräftigen werde. Ich bitte, mein Ausbleiben zu entschuldigen."

Es wird kein Anstand sein, dieses Ausbleiben dann zu entschuldigen, wenn das ärztliche Zeugnis binnen 48 Stunden nachgebracht wird. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Genehmigt.

Beurlaubt sind: Herr Gem.-Rath Djörup bis 13. Juni; es gilt daher sein Ausbleiben für entschuldigt.

Herr Gem.-Rath Josef Kareis ist bis 6. Juni beurlaubt. Überdies liegt ein ärztliches Zeugnis vor, dass er die Cur in Karlsbad nicht unterbrechen kann.

Herr Gem.-Rath Franz Rückauf ist bis 30. Mai beurlaubt. Außerdem liegt ein ärztliches Zeugnis vor, dass er krank sei und ihm unbedingt verboten werden muss, auszugehen und einer Sitzung beizuwohnen. Er gilt als entschuldigt.

Herr Gem.-Rath Dr. Stenzl hat Urlaub bis 10. Juni. Übrigens liegt ein ärztliches Zeugnis vor, dass derselbe in seinem Landaufenthalte Hinterbrühl krank darniederliegt. Er gilt als entschuldigt.

Herr Gem.-Rath Tagleicht ist bis 13. Juni beurlaubt. Außerdem liegt ein ärztliches Zeugnis vor, dass er die Cur in Karlsbad nicht unterbrechen kann. Er ist also ebenfalls entschuldigt.

Herr Gem.-Rath Trambauer ist bis 20. Juni beurlaubt und liegt außerdem ein ärztliches Zeugnis vor, dass er seit 10. d. M. in Karlsbad zum Curgebrauche weilt und die Cur nicht unterbrechen kann.

Ich erlaube mir nun gemäß der Bestimmungen für die Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters als Schriftführer zu bestellen: Herrn Gem.-Rath Dehm und Herrn Gem.-Rath Karl Moriz Mayer, und als Scrutatoren: die Herren Gem.-Räthe Erndt und Dr. Uhl.

Wir werden nunmehr mit der Wahl beginnen.

Ich bitte jene Herren, welche aufgerufen werden, sich zu mir zu bemühen und ihre Stimmzettel mir zu übergeben.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Dehm geben die Herren Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

(Nach Abgabe der Stimmzettel:) Ich unterbreche die Sitzung bis $^1/_2$11 Uhr.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um $^1/_2$11 Uhr:) Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir schreiten zum Scrutinium. Herr Gem.-Rath Erndt wird die Stimmzettel verlesen.

(Schriftführer Gem.-Rath Erndt liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters überreichten Stimmzetteln ab.)

(Nach Vornahme des Scrutiniums:) Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Abgegeben wurden 131 Stimmzettel. Hievon entfielen 85 auf Herrn Dr. Raimund Grübl (Beifall rechts), 45 auf Herrn Dr. Karl Lueger, 1 Stimmzettel war leer.

Es erscheint daher Herr Dr. Raimund Grübl auf die Dauer von drei Jahren zum zweiten Vice-Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewählt. (Lebhafter Beifall rechts. — Vice-Bürgermeister Dr. Grübl besteigt die Tribüne des Präsidiums.) Gestatten Sie, verehrter Herr Collega, dass ich Sie zu dieser ehrenvollen Wahl auf das herzlichste beglückwünsche. Die Hoffnungen, welche wir auf Sie bei Ihrem Eintritte in das Präsidium gesetzt haben, haben sich vollständig erfüllt; ich kann nur an Sie die Bitte richten, mit der gleichen Hingebung und mit dem gleichen Eifer wie bisher Ihres Amtes zu walten. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sehr geehrte Herren! Für die auf mich gefallene Wahl, welche mich in so hohem Grade ehrt, spreche ich meinen aufrichtigsten und verbindlichsten Dank aus. Ich sage auch dem hochgeehrten Herrn Bürgermeister, der ja als Chef der communalen Verwaltung in erster Linie berufen sein muss, die Thätigkeit jedes Einzelnen und insbesondere auch jedes einzelnen Mitgliedes des Präsidiums zu beurtheilen, meinen ergebensten Dank für die Worte der Anerkennung. Als die verehrten Herren mir im October des vorigen Jahres die Ehre erwiesen, mich zum zweiten Vice-Bürgermeister zu wählen, gelobte ich, die Pflichten des Amtes mit strenger Unparteilichkeit (Gelächter links — Bürgermeister gibt das Glockenzeichen) und mit Objectivität zu erfüllen und mich den Geschäften der communalen Verwaltung mit Eifer und Hingebung zu widmen. Ob und inwieweit mir dies gelungen ist, muss ich der freundlichen Beurtheilung der verehrten Herren überlassen. Ich kann nur sagen, dass ich mit bestem Willen, ehrlich und rückhaltlos, jederzeit und überall mich bemüht habe, für die Interessen der Gemeinde einzutreten. (Lebhafter Beifall rechts.) Die mich ehrende Wiederwahl ist für mich eine Aufmunterung, auf dem betretenen Wege rüstig fortzuschreiten. Ich bitte dabei um Ihre freundliche allseitige Unterstützung. (Beifall rechts.) Nur in dem einträchtigen, zielbewußten Zusammengehen kann Großes für unsere Vaterstadt angestrebt und erzielt werden. (Lebhafter und anhaltender Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Ich ersuche nun den Herrn Statthaltereirath Baron Kutschera, die Beeidigung vorzunehmen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Statthaltereirath Baron Kutschera: Meine hochgeehrten Herren! Nachdem durch die eben vollzogene Wahl Herr Dr. Raimund Grübl zum zweiten Vice-Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wiedergewählt erscheint und derselbe sich zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl bereit erklärt hat, ersuche ich denselben, den vorgeschriebenen Diensteid in meine Hände abzulegen, nachdem mich Se. Excellenz der Herr Statthalter mit dieser Function betraut hat.

(Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest hierauf die Eidesformel, worauf Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Eid mit den Worten ablegt:

„Was mir soeben vorgehalten wurde und ich wohl und richtig verstanden habe, demselben soll und will ich auch getreulich nachkommen, so wahr mir Gott helfe!")

Gestatten Sie mir, hochgeehrter Herr Vice-Bürgermeister, Sie im Namen Sr. Excellenz des Herrn Statthalters zu Ihrer Wiederwahl zu beglückwünschen und Sie auf das wärmste zu begrüßen, gleichzeitig aber das Ersuchen zu erneuern, die dem Herrn Bürgermeister schon bisher erfolgreich gewährte Unterstützung demselben auch weiters angedeihen zu lassen und die Intentionen der Staatsregierung im Vereine mit dem hochgeehrten Herrn Bürgermeister und Ihrem Herrn Collegen, dem Herrn ersten Vice-Bürgermeister, in den Geschäften des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde und als politische Behörde erster Instanz kräftigst unterstützen zu wollen.

Bürgermeister: Wir haben noch dem Herrn Statthaltereirath Baron Kutschera für seine Mitwirkung bei diesem feierlichen Acte unseren besten Dank abzustatten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um $^3/_4$11 Uhr vormittags.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **29. Mai 1893** um 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

(Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten vormittags.)

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet. Es ist mehr als die statutenmäßige Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes beisammen. Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl von 15 Mitgliedern des Stadtrathes.

Nach den Bestimmungen des Statutes haben alle Mitglieder des Gemeinderathes bei dieser Wahl anwesend zu sein und so lange anwesend zu bleiben, bis der Wahlact vorüber ist, bei sonstigem Mandatsverluste. Die Herren, welche Samstag bei der Vice-Bürgermeisterwahl nicht anwesend waren und sich entschuldigt haben, sind auch aus den neulich mitgetheilten Gründen für heute entschuldigt. Es sind das die Herren Gem.-Räthe Djörup, Kareis, Rückauf, Dr. Stenzl, Tagleicht und Trambauer. — Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

Bezüglich des Herrn Gem.-Rathes Schrenckh ist neulich beschlossen worden, dass seine Entschuldigung gerechtfertigt ist, wenn er binnen 48 Stunden ein Krankheitszeugnis beibringt. Dasselbe liegt nun vor und lautet (liest):

Zeugnis,

womit Gefertigter bestätigt, dass Herr Johann Nep. Schrenckh, Gemeinderath der Stadt Wien, IV., Mühlgasse 4, an einem fieberhaften Bronchialkatarrh leidet, seit 26. d. M. in meiner Behandlung steht, bettlägerig ist und mindestens noch durch eine Woche das Zimmer hüten muss.

Wien, am 28. Mai 1893.

Dr. Franz X. Froschauer

Ich glaube also, dass sein Ausbleiben von neulich wie von heute als entschuldigt gilt.

Ferner muss ich die Herren bitten, mit Rücksicht darauf, dass heute das kaufmännische Vereinshaus eröffnet wird, wobei Seine Majestät der Kaiser erscheinen wird, und es Sitte ist, dass in solchen Fällen auch der Bürgermeister von Wien sich einfindet, mich zu entschuldigen, dass ich an der Stadtrathswahl von 12 Uhr ab nicht theilnehme.

Ich bitte jene Herren, welche dieser Entschuldigung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir können nunmehr zur Wahl schreiten.

Ich bestimme die Herren Gem.-Räthe Dehm und K. M. Mayer zu Schriftführern; als Scrutatoren bitte ich zu fungieren die Herren Gem.-Räthe Erndt und Dr. Uhl. Wir schreiten nunmehr zur Wahl.

Ich bitte diejenigen Herren, die aufgerufen werden, sich herzubemühen und die Stimmzettel abzugeben. Es wird bei jedem Wahlgange ein Stadtrath gewählt.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Bürgermeister Dr. Prix entnimmt die Stimmzettel aus der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 6 Stimmzettel leer; 46 Stimmen entfielen auf Herrn Gem.-Rath Dr. Karl Lueger, 79 auf Herrn Gem.-Rath Dr. v. Billing. Gem.-Rath Dr. v. Billing ist daher zum Stadtrath auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. (Beifall.)

Wir schreiten zur Wahl eines zweiten Stadtrathes.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes K. M. Mayer geben die Gem.-Räthe die Stimmzettel ab.)

Das Scrutinium beginnt.

(Bürgermeister entnimmt die Stimmzettel aus der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Von 131 abgegebenen Stimmen entfielen 44 auf Herrn Gem.-Rath Dr. Karl Lueger, 1 Stimmzettel war leer und 86 Stimmen entfielen auf Herrn Gem.-Rath Boschan, welcher daher zum Stadtrathe auf die Dauer von sechs Jahren gewählt erscheint. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir schreiten zur Wahl des dritten Stadtrathes. Ich bitte, die Namen aufzurufen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Dehm geben die Gem.-Räthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium. (Der Bürgermeister entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben; darunter befinden sich 11 leere Stimmzettel. 59 Stimmen erhielt Herr Gem.-Rath Dr. Karl Lueger, 61 Stimmen Herr Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt. Da nach dem Gemeindestatute leere Stimmzettel als ungiltig zu betrachten sind, kommen sie bei der Berechnung der absoluten Majorität in Abzug. Von 131 Stimmzetteln, 11 abgezogen, verbleiben 120 Stimmen, daher die absolute Majorität 61 Stimmen beträgt. Es ist somit Herr Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt auf die Dauer von 6 Jahren zum Stadtrathe gewählt. (Lebhafter Widerspruch und Lärm links.) Ich bitte um Ruhe. Das Statut schreibt ausdrücklich vor (liest):

„Als Stadtrath gewählt ist derjenige zu betrachten, für welchen die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Gemeinderathes gestimmt hat."

Es sind anwesend 131 Herren, 11 leere Stimmzettel wurden abgegeben; diese sind als ungiltig zu betrachten. (Neuerlicher lebhafter Widerspruch und Unruhe. — Gem.-Rath Silberer: Die 11, welche leere Stimmzettel abgegeben haben, waren auch anwesend!) Ich bitte doch um Ruhe, mir ist ja alleseins, wer gewählt wird. Leere Stimmzettel oder solche, die den Genannten nicht auf eine zweifellose Weise bezeichnen, werden als ungiltig angesehen. Die müssen daher bei der Zahl der Stimmen in Abrechnung gebracht werden. Wenn Sie von den 131 Stimmen die 11 wegrechnen .... (Neuerliche Zwischenrufe.)

Ich bitte, mich ausreden zu lassen. ... Wenn nun 11 Stimmzettel in Abzug gebracht werden, bleiben 120. Die absolute Majorität beträgt 61 Stimmen. Diese sind daher nach meiner Anschauung für die Wahl zum Stadtrathe genügend. (Erneuerter lebhafter Widerspruch.)

Ich bitte jene Herren, welche einer gegentheiligen Auffassung sind, sich zum Worte zu melden.

Gem.-Rath Dr. Lederer: In dem sechsten Alinea des § 22 der Gemeinde-Wahlordnung heißt es: „Als Vice-Bürgermeister oder als Mitglied des Stadtrathes gewählt ist derjenige zu betrachten, für welchen die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Gemeinderathes gestimmt hat." Bei der Berechnung der absoluten Majorität wird daher nicht die Zahl der giltigen Stimmzettel, sondern die Zahl der Anwesenden angenommen und es muss daher die Wahl als ungiltig betrachtet werden (Rufe: So ist es!) und nach dem folgenden Alinea ist, wenn in zwei aufeinander folgenden Abstimmungen ein Ergebnis nicht erzielt wird, zur engeren Wahl zu schreiten ꝛc. Hier ist dann der Fall gegeben, wo allenfalls die absolute Mehrheit der Stimmenden entscheiden kann, nachdem dies hier nicht ausdrücklich ausgenommen ist.

Bürgermeister Dr. Prix: Ich bitte, das Richtigste wird sein, hierüber sofort das Haus zu fragen. (Gem.-Rath Jedlička: Wozu haben wir ein Gesetz?) Diejenigen Herren, welche der Anschauung sind, dass die leeren Stimmzettel im Sinne des Statuts die absolute Mehrheit nicht beeinflussen können, sondern dass trotz dieser leeren Stimmzettel dennoch zur Wahl die Stimmen von mehr als der Hälfte der anwesenden Mitglieder nothwendig sind; diejenigen Herren also, welche der Meinung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lederer sind, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Das Haus hat sich also für diese Auslegung entschieden und daher muss eine neue Wahl vorgenommen werden. Ich bitte, hiezu die gelben Stimmzettel zu verwenden.

(Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer verliest die Namen der Gemeinderäthe, welche ihre Stimmzettel abgeben.)

Wir schreiten zum Scrutinium. (Der Bürgermeister entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Scrutinium ergab folgendes Resultat: Von 131 abgegebenen Stimmen waren 9 Stimmzettel leer, 56 Stimmen entfielen auf Herrn Gemeinderath Ritt. v. Goldschmidt, 66 auf Herrn Gem.-Rath Dr. Karl Lueger.

Die absolute Mehrheit ist 66; Herr Gem.-Rath Dr. Lueger ist daher zum Stadtrathe auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Wir schreiten zur nächsten Wahl.

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Das Scrutinium beginnt. (Der Bürgermeister nimmt die Stimmzettel aus der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat ist folgendes: Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben. 1 Stimme entfiel auf Herrn Gem.-Rath Karl Moriz Mayer, 8 Stimmzettel waren leer, 122 Stimmen entfielen auf Herrn Gem.-Rath Dr. Lederer. (Lebhafter Beifall.) Derselbe erscheint daher auf die Dauer von sechs Jahre zum Stadtrathe gewählt.

Wir schreiten zur nächsten Wahl.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz. — Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Karl Moriz Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Scrutinium beginnt. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. Nach beendigtem Scrutinium:)

Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben, davon entfielen auf Herrn Gem.-Rath Matthies 71, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 47, leer waren 9. Auf Herrn Gem.-Rath Winkler entfielen 2, auf Herrn Gem.-Rath Wurm 1, auf Herrn Gem.-Rath Karl Moriz Mayer 1 Stimme. Es erscheint sohin Herr Gem.-Rath Matthies zum Mitgliede des Stadtrathes auf sechs Jahre gewählt.

(Bürgermeister Dr. Prix verlässt den Saal.)

Wir schreiten nun zur nächsten Wahl.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Ich bitte, meine Herren, das Scrutinium beginnt. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat der Wahl ist folgendes: Es wurden 130 Stimmzettel abgegeben; die absolute Majorität beträgt 66. Herr Gem.-Rath Matzenauer erhielt 77 Stimmen, Herr Gem.-Rath Gräf 43 Stimmen, 8 Stimmzettel waren leer, 1 Stimme entfiel auf Herr Gem.-Rath Hipp, 1 Stimme auf Herrn Gem.-Rath Silberer.

Es erscheint somit Herr Gem.-Rath Matzenauer zum Mitgliede des Stadtrathes auf die Dauer von 6 Jahren gewählt.

Ich bitte, zur nächsten Wahl zu schreiten.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes K. M. Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab. — Das Scrutinium beginnt. — Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die darauf verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es wurden 130 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Herrn Gem.-Rath Meißl 76, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 39 Stimmen, die übrigen haben sich zersplittert.

Nachdem die absolute Majorität von 66 Stimmen bei dem Herrn Gem.-Rathe Meißl überschritten ist, ist derselbe auf sechs Jahre zum Mitglied des Stadtrathes gewählt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (welcher den Vorsitz übernommen hat): Wir schreiten zur nächsten Wahl; ich bitte die Herren, auch die Taufnamen auf die Stimmzettel zu schreiben, weil zwei Herren gleichen Namens im Gemeinderathe sind.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Karl Moriz Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Das Scrutinium beginnt.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Scrutiniums:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes: Abgegeben wurden 130 Stimmzettel; davon entfielen auf Herrn Gem.-Rath Josef Müller 84 (Beifall rechts), auf Herrn Gem.-Rath Gräf 40, auf Herrn Gem.-Rath Kaspar 1; leer waren fünf Stimmzettel. Sonach ist Herr Gem.-Rath Josef Müller zum Stadtrathe auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Ich bitte um die Abgabe der Stimmzettel.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Karl Moriz Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Das Scrutinium beginnt.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes. Abgegeben wurden 130 Stimmzettel. Davon erhielt Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann 79 Stimmen (Beifall), Gräf 43. Leer waren 8 Stimmzettel, sonach erscheint Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann auf die Dauer von sechs Jahren zum Stadtrathe gewählt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz wieder übernehmend): Wir schreiten zur nächsten Wahl.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab; Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Wahlganges ist folgendes: Abgegeben wurden 130 Stimmzettel; es entfielen auf Herrn Gem.-Rath Rückauf 67, Herrn Gem.-Rath Gräf 46 Stimmen, 12 Stimmzettel waren leer, die anderen Stimmen haben sich zersplittert. Die absolute Majorität 66 Stimmen. Es erscheint daher Herr Gem.-Rath Rückauf auf sechs Jahre zum Mitgliede des Stadtrathes gewählt. (Beifall.)

Wir schreiten nun zur nächsten Wahl.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Karl Moriz Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Ich erlaube mir mitzutheilen, dass sich folgendes Resultat ergibt: Es sind 131 Stimmzettel abgegeben worden; davon entfallen 79 Stimmzettel auf Herrn Gem.-Rath Schlechter, 40 Stimmzettel auf Herrn Gem.-Rath Gräf, 8 sind leer, die anderen zersplittern sich. Nachdem nur 130 Gemeinderäthe anwesend sind, ist um einen Stimmzettel zu viel abgegeben worden.

Ich erlaube mir die Frage, ob die Versammlung die Wiederholung der Wahl wünscht? (Vielfache Rufe: Nein!)

Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass das Resultat als giltig angesehen werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Gem.-Rath Gregorig: Gegenprobe!) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind zwei Stimmen dagegen.

Nachdem die absolute Majorität 66 ist, erscheint Herr Gem.-Rath Schlechter zum Mitgliede des Stadtrathes auf sechs Jahre gewählt.

Wir schreiten zur nächsten Wahl. Ich bitte um Abgabe der Stimmzettel.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz. — Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das Scrutinium beginnt.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Abgegeben wurden 129 Stimmzettel. Es entfielen auf Herrn Gem.-Rath Schneiderhan 77, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 40 Stimmen, auf Herrn Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt 1, auf Herrn Gem.-Rath Dr. Geßmann 1, auf Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger 1 Stimme, 9 Stimmzettel waren leer.

Es erscheint sonach Herr Gem.-Rath Schneiderhan zum Stadtrath auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Wir schreiten zur nächsten Wahl. Ich bitte um Abgabe der Stimmzettel.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Karl Moriz Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium.)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Abgegeben wurden 130 Stimmzettel. Die absolute Majorität beträgt daher 66.

Es entfielen auf die Herren Gem.-Räthe: Baugoin 61, Gräf 47, Dr. Stern 10 Stimmen, Winkler 1 und Wessely 1 Stimme.

Leer waren 10 Stimmzettel.

Es ist sonach die nach dem Gesetze erforderliche Majorität von niemandem erreicht und muss ein neuer Wahlgang eingeleitet werden. Ich bitte um die Abgabe der Stimmzettel.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl entnimmt die Stimmzettel aus der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Abgegeben wurden 130 Stimmzetteln. Davon enfielen auf Herrn Gem.-Rath Baugoin 68 Stimmen, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 51 Stimmen, auf Herrn Gem.-Rath Dr. Stern 2 Stimmen, 9 Stimmzettel waren leer. Die absolute Majorität beträgt 66 und es erscheint sonach Herr Gem.-Rath Baugoin zum Stadtrathe auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. (Beifall rechts.)

Wir schreiten zur nächsten Wahl.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz. — Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes K. M. Mayer geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck ersucht, ihn von dem weiteren Hierbleiben zu dispensieren, weil er einer Wahl in den Bezirksausschuss als Vorsitzender anzuwohnen hat.

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, dass diese Erlaubnis gegeben werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Scrutinium beginnt. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach beendigtem Scrutinium:)

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Abgegeben wurden 129 Stimmen. Es entfielen auf Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler 81, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 35 Stimmen, 13 Stimmzettel waren leer. Es erscheint Herr Gem.-Rath Dr. Vogler auf die Zeit von sechs Jahren zum Mitgliede des Stadtrathes gewählt.

Wir schreiten zur letzten Wahl. Ich bitte um die Abgabe der Stimmzettel.

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Wir schreiten zum Scrutinium.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die darauf verzeichneten Namen.)

Das Scrutinium hat folgendes Resultat ergeben:

Es entfielen von den abgegebenen Stimmzetteln auf Herrn Gem.-Rath Wurm 78 Stimmen, auf Herrn Gem.-Rath Gräf 33 Stimmen, 15 Stimmzettel waren leer, auf die Herren Gem.-Räthe Geitler, Beutnitz und Frauenberger entfiel je eine Stimme. Es erscheint daher Herr Gem.-Rath Wurm mit 78 Stimmen zum Mitglied des Stadtrathes auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass, nachdem die Wahl vollzogen ist, die für morgen vormittag anberaumte Plenarsitzung entfällt. (Bravo!) Dagegen bemerke ich, um Missverständnissen vorzubeugen, dass die Plenarversammlung um $^1/_2$5 Uhr abends abgehalten wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 2 Uhr nachmittags.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **18. Mai 1893.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Baugoin. Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Müller.
Krank: St.-R. Rückauf, Dr. Stenzl.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Bürgermeister Dr. Prix** macht derselbe die Mittheilung:

St.-R. Dr. Stenzl entschuldigt wegen Unwohlseins und St.-R. Müller wegen Intervention bei einer Commission sein Ausbleiben.

(Zur Kenntnis.)

(3184.) **St.-R. Meißl** referiert über den nach dem gewesenen Conceptspraktikanten Dr. F. O., derzeit Auscultant beim k. k. Kreisgerichte in St. Pölten, aushaftenden Decretstempelrückstand per 30 fl. und beantragt die Abschreibung.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Ablehnung des Ansuchens des Dr. Obenrauch.

Referenten-Antrag wird abgelehnt.

(3178.) **Derselbe** referiert über den nach Franz Kahofer aushaftenden Licenzgebürenrückstand per 6 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3126.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die von der Direction des Communal-Gymnasiums im XIX. Bezirke Ober-Döbling vorgelegten Verzeichnisse, betreffend Schulgeldbefreiungen und beantragt, die vom Magistrate bezeichneten Schüler der Schulgeldbefreiung wegen mangelhafter Fortgangs-, beziehungsweise Sittennoten für verlustig zu erklären, hingegen den vom Magistrate beantragten Schülern mit Ausnahme eines Schülers die Schulgeldbefreiung zu gewähren. (Angenommen.)

(3138.) **St.-R. Matthies** referiert über die Bestellung eines Contrahenten für die Schuhmacherarbeiten für das VI. und VII. städt. Waisenhaus im VIII. Bezirke und beantragt, diese Arbeiten der bürgerlichen Schuhmacherswitwe Elise Schmidt ohne Festsetzung einer bestimmten Vertragsdauer auf Widerruf des Contractverhältnisses seitens der Gemeinde Wien zu folgenden Preisen zu übertragen, und zwar:

Für ein Paar neue Knabenstiefel	. . .	4 fl.	41 kr.
„ „ „ ganzvorschuhen	. . . . .	3 „	04 „
„ „ „ halbvorschuhen	. . . . .	1 „	52 „
„ „ „ doppeln	. . . . .	— „	68½ „
„ „ „ Absätze	. . . . .	— „	29½ „

Für kleine Reparaturen ein Pauschale von monatlich 4 fl.

Für ein Paar Kalblederschuhe für Mädchen		2 fl.	94 kr.
„ „ „ halbvorschuhen	. . . . .	— „	78 „
„ „ „ doppeln	. . . . .	— „	59 „
„ „ „ Absätze	. . . . .	— „	20 „

Für kleine Reparaturen ein Pauschale von monatlich 3 fl.

(Angenommen.)

(3160.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Pflege des Jugendspieles in Wien um unentgeltliche Überlassung des Platzes XI. Bezirk, Simmering, an der Ecke der Braunhuber- und Hugogasse Parc. 677/2, zur Veranstaltung von Jugendspielen an drei vom Vereine zu bestimmenden Tagen per Woche, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr abends, und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Widerruf und unter den vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(3105.) **Derselbe** referiert über einen Platzzinsrückstand nach Minna Simony für ein Steinzeugabflussrohr, V., Mittersteig Nr. 8, per 2 fl. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3136.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Firma Schember & Söhne gegen feuerpolizeiliche Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den III. Bezirk, betreffend das Haus III., Untere Weißgärberstraße 8 und 10, und beantragt, dem Recurse, insoweit derselbe sich auf die Herstellung eines stabilen Schutzbleches bei dem Ofen in der Werkstätte bezieht, keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(3208.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Josef Fugger um Bewilligung zur Aufsetzung eines Dachstuhles auf das Haus Or.-Nr. 29 Hauptstraße, Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Gesuchsgewährung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3239.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Wietek um Baubewilligung für Nr. 23 Hauptstraße, Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Bewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3171.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Bericht des städtischen Lagerhaus-Directors, betreffend einen im Wege des Ausgleiches auszutragenden Streitfall mit einem Hinterleger und beantragt:

1. Auf den angebotenen Ausgleich nicht einzugehen;

2. sich jedoch dem Schiedsspruche des Schiedsgerichtes für Lagerhaus-Streitigkeiten zu unterwerfen, und

3. den Dr. Eberman mit der Vertretung der Gemeinde zu betrauen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, die Gemeinde habe sich dem Schiedsgerichte nicht zu unterwerfen.

Referenten-Antrag 1 und 3 wird angenommen, desgleichen der gegen Punkt 2 von St.-R. Dr. Vogler gestellte Gegen-Antrag.

(3146.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Kostgeldern für Marktamtsbeamte bei längerer, ununterbrochener Dienstleistung und beantragt:

Es sei für die Folge vom 1. April d. J. angefangen ein Kostgeld von täglich 84 kr. zu bewilligen an Beamte und Praktikanten des Marktamtes, und zwar:

1. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten, welche den Dienst

a) an den Märkten Am Hof, auf der Freiung und am Judenplatz,

b) am Kohlmarkt, am Nordbahnhof,

c) in der Großmarkthalle,

d) am Viehmarkte zu St. Marx

besorgen;

2. den thierärztlichen Praktikanten in den Schlachthäusern zu St. Marx und Gumpendorf, wenn sie länger als zehn Stunden amtieren müssen;

3. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten bei Besorgung des Markt- und veterinär-polizeilichen Dienstes in den Bezirken für eine außergewöhnliche, ununterbrochene Dienstleistung, wenn diese um 6 Uhr früh begonnen und länger als zehn Stunden gedauert hat;

4. für den Inspectionsdienst in den Detailmarkthallen, die Vornahme der Schweinebeschau und der Beschau der Pferde in den Privatschlachtbrücken der Pferdeschlächter, sowie für den nachmittägigen Journaldienst darf kein Kostgeld aufgerechnet werden;

5. die Marktamtsbeamten und Praktikanten, welche Kostgelder in Aufrechnung bringen, haben diese Anforderung von Fall zu Fall näher zu begründen und die Nothwendigkeit und die Dauer der Dienstleistung, für welche das Kostgeld angerechnet wird, vom Leiter des betreffenden magistratischen Bezirksamtes bestätigen zu lassen und seien nur jene Kostgelder zur Zahlung anzuweisen, welche bei der vom Vorstande des Marktamtes, dem Ober-Thierarzte und dem Marktreferenten vorzunehmenden Prüfung der Kostgelder-Consignation als passierbar befunden werden.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt auszusprechen, dass die vorstehenden Normen nur bis zur definitiven Regelung der Diäten und Commissionsgebüren Geltung haben sollen.

Dieser Antrag wird als Einschaltung im ersten Absatze, und zwar in folgender Formulierung angenommen: „vorbehaltlich der definitiven Regelung der Commissionsgebüren und Diäten der städtischen Beamten."

Im übrigen werden die Referenten-Anträge angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(3075.) **Derselbe** referiert über das Ersuchen der Finanz-Landesdirection um Vergütung der Kosten für die Anschaffung von Messapparaten anläßlich der Einhebung der communalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten und beantragt die Rückvergütung der seitens der genannten Behörde aufgewendeten Auslage per 36 fl. 60 kr. im Sinne des Antrages des Magistrates und Verweisung dieses Betrages auf den Reservefond. (Angenommen.)

(3162.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des k. u. k. Hoftischlers J. W. Müller, V., Einsiedlerplatz 4, um Bewilligung zur Aufstellung einer provisorischen Schupfe auf den Baustellen IV und V an der Oberen Amtshausgasse, V. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des fraglichen Bauconsenses gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses. (Angenommen.)

(2969.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert in Anwesenheit von 16 Mitgliedern des Stadtrathes über Besetzung von Dienststellen im Conceptsstatus und beantragt, zu ernennen:

zum Magistratsrathe (VII. Rangclasse) den Magistrats-Secretär Dr. Stefan Sedlaczek;

zum Magistrats-Secretär (VIII. Rangclasse) den Magistrats-Commissär (Titular-Secretär) Philipp Klinenberg;

zum Magistrats-Commissär (IX. Rangclasse) den Magistrats-Concipisten I. Classe Josef Tuzar,

zum Magistrats-Concipisten I. Classe (X. a Rangclasse) den provisorischen Magistrats-Concipisten Dr. Heinrich Klitsch;

zum Magistrats-Concipisten II. Classe (X. b Rangclasse) den Concepts-Praktikanten Johann Proschek.

Die noch vacanten drei Concipistenstellen I. und II. Classe blieben wegen Mangels an Bewerbern, welche die praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung abgelegt haben, vorläufig unbesetzt.

Sämmtliche Referenten-Anträge werden angenommen.

(3168.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Rechnungsrathes C. Ortina um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Pensionierung des Genannten unter Anweisung der normalmäßigen Ruhegenüsse von jährlich 2604 fl. (Angenommen.)

(3073.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Magistratsrathswitwe Clementine Peyfuß um Anweisung der Witwenpension und Gewährung einer Pensionszulage und beantragt, der Genannten vom 1. Mai 1893 angefangen die normalmäßige Witwenpension per 600 fl. anzuweisen. (Angenommen.)

(3182.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der M. M., Obergärtnerswitwe, um Fortbezug ihrer bisherigen Gnadengabe und beantragt, derselben den Fortbezug der Gnadengabe von 150 fl. jährlich vom 1. Juni 1893 an auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3198.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der ehemaligen Vorortediener Alois Eder und Friedrich Haas um Ausfolgung der ihnen gebürenden Stiefelpauschalien und beantragt, den Genannten den auf das ihnen pro 1892 ausgezahlte Stiefelpauschale per 8 fl. noch entfallenden Differenzbetrag per 17 fl., respective 12 fl., als bis Ende 1892 gebürlich, auszubezahlen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(3210.) **Derselbe** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die im Pflaster-Präliminare pro 1893 vorgesehene Neupflasterung des Hauptplatzes in Hietzing, XIII. Bezirk, mit neuen Steinen und der Abzweigung bis zur Hetzendorferstraße mit alten Steinen im adjustierten Kostenbetrage von 12.115 fl. 35 kr. und beantragt die Genehmigung dieses Projectes und Ausführung der Arbeiten nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes. (Angenommen.)

(3212.) **St.-R. v. Götz** referiert über zehn Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Hollstein Ferdinand, Sattlermeister und Hausbesitzer;
Mayer Franz, Zeugwärter;
Kreutzer Karl, Schlossergehilfe;
Adam Victor, Apotheker und Hausbesitzer;
Schredl Leopold, Zimmermaler;
Legel Johann, k. k. Sicherheitswachmann;
Wonafka Anton, k. k. Briefträger;
Hengst Josef, k. k. Sicherheitswach-Inspector;
Prokop (Procop) Wilhelm, k. u. k. Oberst i. P., und
Untermayr Vincenz, Aushilfsdiener im k. k. österreichischen Museum für Kunst und Industrie. (Angenommen.)

(3188.) **Derselbe** referiert über 16 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:
Raschka Anna, Obstverkäuferin;
Fritz Johann, Milchmeier und Hausbesitzer;
Jungbauer Karl, Anstreichermeister;
Switil Josef, Hausknecht;
Plass Friedrich, Geschäftsführer;
Neubauer Anton, Tambourierer;
Böhm Johann, Drechslermeister;
Adamec Franz, Werkführer;
Rotter Franz, Gastwirt;
Sautner Josef, Milchmeier;
Bauer Josef, Schneidermeister;
Mahr Andreas, Spenglergehilfe;
Kiehtreiber Lukas, Kutscher;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:
Beitl Anton, k. k. Bezirksfeldwebel;
Rieger Anton, Hausbesorger. (Angenommen.)

(3220.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Gustav Chwalla um Bewilligung zur Herstellung einer Einfriedung vor seinem Hause, Or.-Nr. 55 Promenadegasse, Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk auf Gesuchsgewährung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3227.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen des Veteranenvereines Erzherzog Ferdinand Karl um unentgeltliche Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule XII. Bezirk, Schillergasse 11, zu Bequartierungszwecken während der Pfingstfeiertage und beantragt die Gesuchsgewährung gegen genaue Einhaltung der mit Stadtraths-Beschluss vom 10. September 1891, Z. 1517, festgesetzten Bedingungen. (Angenommen.)

(3122.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 13. Mai 1893, Z. 8328, betreffend die Errichtung einer Volks- und Bürgerschule für Mädchen unter einer Leitung im Schulhause II. Bezirk, Kleine Sperlgasse 2, und beantragt, die diesfälligen Be-

schlüsse des Bezirksschulrathes zur Kenntnis zu nehmen und die Zustimmung zu der Errichtung der genannten Schule zu geben.

(Angenommen.)

(3172.) **Derselbe** referiert über die Note des Gemeindevorstandes von Inzersdorf wegen Flüssigmachung des Beitrages zu den Schulauslagen 1891/92 für die die Inzersdorfer Schulen besuchenden Wiener Kinder und beantragt zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Angelegenheit durch Gemeinderaths-Beschluss vom 16. d. M., Z. 2892, erledigt wurde. (Angenommen.)

(3150.) **Derselbe** referiert über zwei Beschwerden von angeblichen Steuerträgern gegen die Verwendung von Wiener Lehrkräften als k. k. Bezirks-Schulinspectoren in auswärtigen Bezirksschulsprengeln und beantragt, eine Verfügung über diese Beschwerden nicht zu treffen.

(Angenommen.)

(3123.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung bezüglich des Verkaufes der durch Demolierung des Hauses Or.-Nr. 12 Fluchtgasse, Or.-Nr. 17 Nussdorferstraße, IX. Bezirk, entstandene Baustelle im Ausmaße von 486·99 m² und beantragt deren käufliche Überlassung an die Firma Luckeneder & C. Miserowsky um den Einheitspreis von 58 fl. 25 kr. per Quadratmeter und gegen Einhaltung der Verkaufsbedingnisse.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3098.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Benedikt Urban um Bestimmung der Schadloshaltung für den im Falle des Umbaues seiner Realität Grundb.-Einl.-Z. 180, Or.-Nr. 56 Hernalser Hauptstraße, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt, im Sinne des § 12 der Bauordnung die vorherige Schätzungsvornahme zu bewilligen. (Angenommen.)

(3083.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hilfscomités für die durch den großen Brand vom 3. April d. J. arg getroffenen Bewohner von Klein-Pöchlarn um Beitragsleistung und beantragt die Gewährung einer Unterstützung von 500 fl. (Angenommen.)

(3196.) **Derselbe** referiert über nach 30 Parteien des III. Bezirkes aushaftende Beerdigungskosten im Gesammtbetrage von 87 fl. 70 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3177.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung bezüglich der Sicherstellung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Neupflasterung der Zelinkagasse, I. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pflasterers Eduard Berger mit dem offerierten Nachlasse von 26 Percent. (Angenommen.)

(2951.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Reconstruction der Heizanlage in dem städtischen Schulgebäude III., Salmgasse 9, und beantragt, die Auswechslung der in der genannten Schule bestehenden Heizanlage und Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung mit dem bedeckten Kostenbetrage von 14.206 fl. 57 kr. zu genehmigen, die maschinellen Arbeiten im Wege einer allgemeinen öffentlichen Offertverhandlung zu vergeben, die übrigen Arbeiten jedoch im currenten Wege ausführen zu lassen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** ersucht, die Wahl von vier Mitgliedern und zwei Ersatzmännern in die Berufungs-Commission über die seitens mehrerer Beamten gegen ihre letzte Qualification erhobenen Einsprüche vorzunehmen.

Diese Wahl findet sofort statt. Gewählt werden als Mitglieder die St.-R. Dr. v. Billing, Ritt. v. Neumann, Dr. Huber, Dr. Vogler und als Ersatzmänner die St.-R. Dr. Lederer und Baugoin; sämmtliche mit je 14 Stimmen. (Zur Kenntnis.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **19. Mai 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Lederer, Noske, Dr. Stenzl.

Beurlaubt: St.-R. Rückauf.

Experte: Feuerwehr-Commandant Zier.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Dr. v. Billing sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt; ebenso St.-R. Dr. Stenzl; St.-R. Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Späterkommen.

(Zur Kenntnis.)

(3226.) **St.-R. Baugoin** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VIII. Bezirke und beantragt, dem Beith Franz, Drechslermeister, VIII., Josefstädterstraße 79, und Lubenow Karl Wilhelm, Zimmermalermeister, VIII., Landesgerichtsstraße 3, das Bürgerrecht zu verleihen.

(1420.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing um Beistellung diverser Feuerwehr-Utensilien und um Bewilligung einer Subvention.

(Feuerwehr-Commandant Zier fungiert als Experte.)

Referent beantragt, es sei dem Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Penzing Folge zu geben und ein Betrag von 6131 fl. 25 kr. zu votieren, welcher zu nachfolgenden Zwecken zu verwenden sei:

1. Zur Anschaffung zweier Normalwasserwagen für die städtische Feuerwehr um den Preis von je 950 fl., also zusammen von 1900 fl. als Ersatz für zwei Reservewasserwagen, welche der freiwilligen Feuerwehr Penzing auszufolgen sind; (Angenommen.)

2. zur Anschaffung eines Schlauchhaspelkarrens für die städtische Feuerwehr um den von W. Knaust offerierten Preis von 260 fl. als Ersatz für den aus dem städtischen Requisitenpark an die genannte freiwillige Feuerwehr abzugebenden Schlauchkarren, sowie zur Anschaffung von 15 Stück Hanfdruckschläuchen sammt Verkuppelungen und Einbindungen um den Preis von 525 fl. 25 kr. für die Penzinger Feuerwehr; (Angenommen.)

3. zur Reparatur der schadhaften Feuerspritze im Maximalbetrage von 400 fl.; (Angenommen.)

4. zur Gewährung einer Subvention von 2160 fl. an die besagte Feuerwehr, mit welcher die Forderung des Hauptmannes dieser Feuerwehr und der Unterstützungscassa von zusammen 1260 fl. für die Bezahlung der Gehalte an die beiden activen Feuerwehrleute in der Zeit vom 1. Jänner 1892 bis 1. März 1893 zu begleichen und die Gehalte der beiden Feuerwehrleute im Betrage von 45 fl. per Mann und Monat sammt Stiefelpauschale (monatlicher 2 fl.) und Montur (à jährlich 36 fl.) in der Zeit vom 1. April 1893 bis 1. Jänner 1894,

und zwar im nachhinein auszubezahlen sind, über welche Verwendung sich die freiwillige Feuerwehr Penzing seinerzeit durch Vorlage der bezüglichen Belege auszuweisen haben wird.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt:

1. Die Liquidierung der Forderung des Hauptmannes dieser Feuerwehr und der Unterstützungscassa von zusammen 1260 fl. wird abgelehnt, insolange nicht entsprechende Verwendungsausweise hierüber vorgelegt sind;

2. der freiwilligen Feuerwehr in Penzing sind zwei ständige Telegraphisten mit den Bezügen städtischer Feuerwehrmänner erster Classe, d. i. einer Löhnung von täglich 1 fl. 40 kr., einem Stiefelpauschale von jährlich 24 fl. und dem Bezuge der Montur zuzuweisen und dieselben aus Gemeindemitteln zu entlohnen.

Antrag 1 des St.-R. Dr. Hackenberg angenommen.

Antrag 2 des St.-R. Dr. Hackenberg abgelehnt.

Im übrigen Punkt 4 des Referenten-Antrages angenommen.

5. Zur Herstellung einer neuen Weckerleitung mit dem Kostenaufwande von 800 fl.; (Angenommen.)

6. zur Beistellung der separat angesuchten Utensilien für die Telegraphenleitung, sowie von Wagenkerzen, Fackeln ꝛc. mit dem Kostenaufwande von 286 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3233.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die Neupflasterung der Thaliastraße im XVI. Bezirke und beantragt die Genehmigung desselben.

(Angenommen.)

(3256.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen der Josefine Sinek um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 44, Ober-Döbling im XIX. Bezirke, und beantragt, die Abtheilung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3246.) **Derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung der Wienerstraße im XVIII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vom Magistrate vorgelegten Projectes.

(Angenommen.)

(3211.) **St.-R. Schlechter** referiert über Bewilligung von Gleichengeldern für die bei dem Baue des Wächterhauses in Weikersdorf bei Baden beschäftigten Arbeiter und beantragt, zu diesem Zwecke einen Betrag von 50 fl. und den Auszahlungs- und Verrechnungsmodus nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes zu genehmigen.

(Angenommen.)

(3174.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Verwaltung des k. k. allgemeinen Krankenhauses um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebür per 136 fl. 37 kr. und beantragt, dem Ansuchen stattzugeben. (Angenommen.)

(3219.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen aus dem XIV. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem:

Rotter Ferdinand, Gastwirt, XIV., Rudolfsheim, Pouthongasse 21;

Stief Eduard, Schuhmachermeister, XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 25;

Michel Franz, Victualienhändler und Hauseigenthümer, XIV., Rudolfsheim, Schmelzgasse 5, und

Czarich Stefan, Fleischselcher und Hauseigenthümer, XIV., Sechshaus, Wehrgasse 2,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(3167.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Erlass des k. k. Landesschulrathes vom 9. Mai 1893, Z. 3424, demzufolge derselbe der Beschwerde der Gemeinde Wien vom 20. Februar 1893, ad M.-Z. 23645, gegen die neuerliche Concursausschreibung zur Besetzung der erledigten Lehrerstelle an der Mädchen-Volksschule, IV., Alleegasse 11, keine Folge zu geben findet, und beantragt, gegen diese Entscheidung den Recurs an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht zu ergreifen. (Angenommen.)

(3153.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Direction des Mariahilfer Communal-Real- und Ober-Gymnasiums in Betreff der mit Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 1. Mai 1893, Z. 1009, erfolgten Kenntnisnahme der Schlussacten über das Schuljahr 1891/92.

Referent beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(3277.) **St.-R. v. Göth** referiert über das Ansuchen der Josefa Gerhartshuber um Reconstruction des Dachstuhles Speising, Hauptstraße 112, und beantragt, es sei mit Rücksicht auf das protokollarische Ansuchen vom 19. Mai 1893 der Stadtraths-Beschluss vom 21. April d. J., Z. 2390, dahin abzuändern, dass von der Intabulation eines Demolierungsreverses Umgang genommen wird, und der Antrag des magistratischen Bezirksamtes XIII vom 15. April 1893, Z. 10047, auf Bewilligung der Reconstruction des Dachstuhles des Hauses Nr. 112, Speising, Hauptstraße, bestätigt werde. (Angenommen.)

(3148.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung mehrerer Straßen in Gaudenzdorf im XII. Bezirke und beantragt die Aufstellung von 38 halbnächtigen und von 3 ganznächtigen, ferner die Umwandlung von 9 halbnächtigen in ganznächtige und schließlich die Umwandlung von 3 ganznächtigen Flammen in dreiflammige Suggbrenner mit einer ganznächtigen Flamme, welche Beleuchtungsanlage mit dem jährlichen Mehraufwande von 1386 fl. 1 kr. und pro 1893 mit einem solchen von 900 fl. verbunden wäre, und welche Auslage auf Rubrik XXV 1 budgetmäßig bedeckt erscheint.

St.-R. Matthies beantragt, den Act wegen Erstattung ökonomischerer Vorschläge an den Magistrat zurückzuleiten.

Letzterer Antrag wird bei Stimmengleichheit mit der Stimme des Vorsitzenden angenommen.

(3266.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der fürstlich Liechtenstein'schen Hofkanzlei um den Adaptierungsconsens für das Haus Or.-Nr. 15 Johannesgasse, I. Bezirk, und beantragt, den zu ertheilenden Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3010.) **Derselbe** referiert in Betreff der Erbauung eines Pferdeschlachthauses und Verwendung eines Theiles des Pferdemarktes im V. Bezirke zu diesem Zwecke und beantragt:

1. Jener Theil des Pferdemarktes, auf welchem die gedeckte Reitbahn und die Stallungen XI und XII sich befinden, ist durch eine Planke vom Pferdemarkte abzutrennen und zu Zwecken eines Pferdeschlachthauses umzugestalten;

2. das Mietverhältnis rücksichtlich der Stallungen XI und XII zum Augusttermine 1893 vierteljährig zu kündigen;

3. das Marktamt anzuweisen, über die Regelung des Mäklerwesens und andere zeitgemäße Reformen am Pferdemarkte ehestens Vorschläge zu erstatten;

4. das Stadtbauamt anzuweisen, das Detailproject ehestens zur Vorlage zu bringen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt eine möglichst vollkommene Abtrennung und Isolierung des Pferdeschlachthauses.

St.-R. Dr. Huber ersucht zunächst, zur Kenntnis zu nehmen, dass er ein principieller Gegner der Vorlage sei. (Zur Kenntnis.)

Ferner beantragt derselbe, dass der Theil des Pferdemarktes, welcher für das Schlachthaus reserviert werden soll, von dem übrigen Theile durch eine Mauer abgetrennt werden solle. (Abgelehnt.)

Referenten-Anträge angenommen.

Der Referent erklärt, seinen Antrag sub 1 dahin zu modificieren, dass er die Worte „durch eine Planke" eliminiert.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3161.) **St.-R. v. Goldschmidt** referiert über die neuerliche Vorlage des Magistrates, betreffend die Canalisierung der Canongasse im X. Bezirk und beantragt, den Canal in der Columbusgasse und Canongasse sofort zur Ausführung zu bringen.

(Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **24. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Vangoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Goldschmidt, Dr. Lederer, Dr. Stenzl.

Beurlaubt: St.-R. Rückauf.

Experte: Magistratsrath Lekisch.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Ritt. v. Goldschmidt und Dr. Lederer entschuldigen ihr Ausbleiben wegen dienstlicher Verhinderung, St.-R. Dr. Stenzl wegen Erkrankung. (Zur Kenntnis.)

Antrag des St.-R. Kreindl, dahingehend, es möge baldigst veranlasst werden, dass die Pflasterung des Trottoirs der Hauptstraße in Ober-Döbling, sowie alle anderen im Präliminare vorgesehenen und bewilligten Straßenpflasterungen schleunigst in Angriff genommen werden. (An den Magistrat.)

Der **Vorsitzende** verliest die Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 20. Mai 1893, wonach der Reservefond per 500.000 fl. effectiv mit 200.942 fl. 42½ kr. belastet erscheint, hiezu kommt die Belastung mit dem Betrage von 242.070 fl. 58 kr. durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen; es sind daher nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen in den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden 9500 fl. noch 47.486 fl. 99½ kr. verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 435.877 fl. 58 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung aussteht. (Zur Kenntnis.)

Interpellation des St.-R. v. Götz, betreffend die sofortige Instandsetzung des Steges über den Wienfluss bei der Wiengasse im XIII. Bezirke, zwischen Ober-St. Veit und Baumgarten.

(An den Magistrat.)

(3299.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen des Badebesitzers J. Marschner, XV., Neubaugürtel 25, um Wasserabgabe und beantragt die Bewilligung der Abgabe von 500 hl Wasser täglich aus der Hochquellenleitung an den Gesuchsteller in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September jeden Jahres zum Preise von 5 fl. per Hektoliter und Jahr unter den vom Bauamte in der städtischen Buchhaltung angegebenen Bedingungen. (Angenommen.)

(3213.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Matzenauer, betreffend die Vermehrung der Feuerautomaten für den dicht verbauten Theil des XI., XIII. und XIX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Gesammterfordernisse von 4528 fl. 95 kr. und die Bewilligung eines Zuschusscredites per 4038 fl. 85 kr. zur Ausgabs-Rubrik XX 7.

St.-R. v. Götz beantragt, den Magistrat zu beauftragen, wegen Herstellung von Feuerautomaten in Hütteldorf, Hauptstraße 3 und 98, sowie an geeigneter Stelle in der Dornbacherstraße Erhebungen zu pflegen.

St.-R. Matzenauer beantragt, den Magistrat zu beauftragen, wegen Errichtung von Feuerautomaten in den neuen Bezirken, wo solche noch nicht bestehen, insbesondere bezüglich entfernter gelegener Orte gleichfalls Anträge zu stellen.

St.-R. Ritt. v. Götz accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Matzenauer.

Der Referenten-Antrag und der Antrag des St.-R. Matzenauer werden angenommen.

(3228.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Herstellung eines Schöpfwerkes für Zwecke der Straßenbespritzung in Altmannsdorf und beantragt:

1. Das vorliegende Project für die Herstellung eines Schöpfwerkes in Altmannsdorf zum Zwecke der Straßenbespritzung im veranschlagten Kostenbetrage von 4300 fl. zu genehmigen;

2. behufs Vergebung der Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl. eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abzuhalten;

3. behufs Vergebung der Lieferung und Aufstellung des Gasmotors sammt Pumpenanlage im veranschlagten Kostenbetrage von 1900 fl. eine beschränkte Offertverhandlung abzuhalten und hiezu die Firmen Langen & Wolf und J. Polke einzuladen.

(Angenommen.)

(3229.) **Derselbe** referiert über die Umwandlung des in Hetzendorf, Hauptstraße, gegenüber den Häusern Nr. 34 und 35 befindlichen Brunnens in ein Schöpfwerk mit Motorenbetrieb und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Projectes im veranschlagten Kostenbetrage von 2400 fl., ferner sei die hiefür erforderliche Lieferung und Aufstellung des Gasmotors sammt Pumpwerk im veranschlagten Kostenbetrage von 1600 fl. im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu vergeben und hiezu die Firmen Langen & Wolf, J. Polke und G. Bernhardt's Söhne einzuladen. (Angenommen.)

(3232.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des W. Langer um Übertragung der Reinigung und Ausbesserung der Wäsche der Feuerwehr an Andreas Kühlsamer und beantragt, den Wilhelm Langer von der vertragsmäßigen Verbindlichkeit zu entheben und die Reinigung und Ausbesserung der Wäsche für die städtische Feuerwehr auf die restliche Dauer des mit W. Langer abgeschlossenen Vertrages, somit bis 31. December 1895, unter den mit W. Langer vereinbarten Bedingungen und Preisen an Andreas Kühlsamer zu übertragen. (Angenommen.)

(3285.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Jakob Dietrich um Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren für das Haus IX., Nussdorferstraße Nr. 44, und beantragt die Reducierung der Gebür von 18 fl. 63 kr. durch Anwendung des Preises von 4 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr. (Angenommen.)

(3286.) **Derselbe** referiert über eine nach Franz Ullram rückständige Wassergebür per 5 fl. 87 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3289.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gebrüder Grünbaum um Reducierung einer Wassermehrverbrauchsgebür für das Haus VI., Gumpendorferstraße 83, und beantragt die Reducierung der vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 70 fl. 20 kr. unter Anwendung des Preises von 4 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr auf 43 fl. 88 kr. (Angenommen.)

(3296.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Josef und der Rosalia Schadek um Baubewilligung in Unter-Sievering, Weinberggasse 18, und beantragt, im Hinblicke auf die in Aussicht genommene Ausstellung eines grundbücherlich sicherzustellenden Reverses puncto Trottoirherstellung die Bestätigung des Bauconsenses unter den im Augenscheins-Protokolle vom 13. v. M. fixierten Bedingungen.

St.-R. Müller beantragt, dass der Gesuchsteller verpflichtet werde, seinerzeit den Grund bis zur halben Straßenbreite abzutreten und eine diesbezügliche Servitut grundbücherlich vormerken zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Antrag auf Bestätigung des Bauconsenses zu verwerfen und zu bemerken, dass seitens des Stadtrathes die Bestätigung nur dann ertheilt werden würde, wenn der über die Baulinie hinaus liegende Grund bis zur halben Straßenbreite unentgeltlich abgetreten und seinerzeit die Pflasterung des Trottoirs auf eigene Kosten übernommen werde.

Der letztere Antrag wird angenommen.

(3241.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung eines Theiles der Cat.-Parc. 704/2 am Arbesbach nächst der Obkirchergasse in Ober-Döbling, im XIX. Bezirke, und beantragt, diese geringfügige Fläche an Matthias Lapaczek, Pächter der mit den Buchstaben a v w x i k l m a des vorgelegten Planes umschriebenen Fläche der Cat.-Parc. 704/2 um den Jahreszins von 2 fl. vom 1. März 1893 an zu verpachten. Es wäre jedoch ein neuer Bestandvertrag auf Kosten des Pächters (Pachtzins 12 fl., halbjährig am 1. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres vorhinein zahlbar, vierteljährige, jederzeit beiden Theilen zustehende Kündigung, Verbot einer Bauführung ohne Zustimmung der Gemeinde und einer Afterverpachtung, Anerkennung der Grenzlinie zwischen eigenem und Pachtgrund, Instandhaltung der dem Pächter gehörigen Einfriedung) abzuschließen. (Angenommen.)

(3295.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Umpflasterung der Heugasse im IV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Alexander Stigler (19·7 Percent Nachlass). (Angenommen.)

(3249.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Erbauung zweier Turnsäle im Schulhause XVI., Ottakring, Hauptstraße 158 und Wagnergasse 27. Referent beantragt:

1. Es sei die Erbauung eines einstöckigen Tractes im Hofe des dortigen Schulgebäudes, enthaltend zwei Turnsäle sammt den erforderlichen Nebenräumen und einer im Parterre gelegenen Schuldiener-Wohnung, nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze zu genehmigen.

2. Es sei zur Deckung der diesfälligen Kosten ein Betrag von 16.500 fl. für eine neuzueröffnende Rubrik XII 12 aus dem Reservefond zu genehmigen.

3. Der Bau sei unmittelbar nach Beginn der Hauptferien 1893 in Angriff zu nehmen und derart zu beschleunigen, dass das Object zu Beginn des Schuljahres 1893/94 der Benützung übergeben werden kann. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3276.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Verschönerungsvereine in Hacking, Hütteldorf und Ober-St. Veit um Subvention und beantragt, denselben eine Subvention von je 150 fl. ö. W. gegen nachträgliche Verrechnung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2980.) **Derselbe** referiert über die Einwölbung des Lainzerbaches im XIII. Bezirke und beantragt:

1. dass von einer Einwölbung, beziehungsweise Regulierung des Lainzer- und Lackenbaches im XIII. Bezirke dermalen abgesehen und diese Angelegenheit vertagt werde, bis nach Fertigstellung des rechtsseitigen Sammelcanales längs des Wienflusses eine einheitliche und systematische Canalisierung des am rechten Ufer des Wienflusses gelegenen Gebietes des XIII. Bezirkes überhaupt zur Durchführung gebracht werden kann;

2. dass das vom Lainzerbache in der Strecke C D zwischen zwei Villen gelegene circa 15 m lange Bachbett von Seite der Gemeinde eingewölbt und die Grundbesitzer, auf deren Parcellen diese Arbeit vorgenommen werden soll, zur Beitragsleistung bis zur Hälfte der Kosten herangezogen werden;

3. dass dermalen eine provisorische Verlegung und Eindeckung des Lackenbaches in der Einsiedeleigasse in Lainz entlang der neuen Baustellen, und zwar in der im Plane B mit l f bezeichneten Strecke von circa 137 m vorgenommen werde, zu welchem Behufe ein Kostenbetrag von 2700 fl. zu bewilligen wäre.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, der Magistrat werde beauftragt, mit den Eigenthümern der im Punkte 2 des Referenten-Antrages genannten Gründe in Unterhandlung zu treten, ob dieselben bereit seien, die halben Kosten der Einwölbung zu zahlen und sohin Bericht zu erstatten.

Referenten-Antrag Punkt 1 und 3 sowie der Antrag des St.-R. Dr. v. Billing werden angenommen.

Hiedurch erledigt sich auch der Antrag des Gem.-Rathes Matzenauer, betreffend die Einwölbung des Lainzerbaches.

(3209.) **St.-R. Wurm** referiert über das Detailproject für die Erweiterung und Ausgestaltung der k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke und beantragt: das Detailproject für die Erweiterung und Ausgestaltung der k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke, dessen Kosten vom Bauamte mit 66.329 fl. 4 kr. veranschlagt wurden, wird in Berücksichtigung der durch die öffentliche Offertverhandlung anzuhoffenden Preisnachlässe mit dem bedeckten Maximalbetrage von 60.000 fl. genehmigt. Die Vergebung der Arbeiten hat nach der von der Buchhaltung verfassten Zusammenstellung zu erfolgen. (Angenommen.)

(3337.) **Derselbe** referiert über den Zehrungsbeitrag für den technischen Beamten Alois Brauneis für die Beaufsichtigung der Adaptierungsarbeiten in dem städtischen Hause XV., Gasgasse Nr. 8 und 10, für Zwecke des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk und beantragt, demselben vom 8. d. M. auf die Dauer dieser Dienstleistung, eventuell bis zur etwa früher eintretenden Regulierung der Commissionsgebüren einen Zehrungsbeitrag von 1 fl. per Tag zu bewilligen. (Angenommen.)

(3361.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Josef Wimmer um Bewilligung zur Erbauung eines Stalltractes nebst Wagenremise auf der dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Cat.-

Parc. 2495/1 II., Kagraner Reichsstraße, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Bewilligung des Baugesuches zu bestätigen.

(Angenommen.)

(3053.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Besetzung einer Gärtner- rücksichtlich Todtengräberstelle am Central-Friedhofe und beantragt die Verleihung der ausgeschriebenen Gärtnerstelle an Maximilian Kollar. (Angenommen.)

(2953.) **Derselbe** referiert über die Besetzung erledigter Raths- und Amtsdienerstellen.

Referent beantragt:

a) Die Beförderung des ältesten Amtsdieners 1. Gehaltsstufe Dominik Pees zum Rathsdiener 2. Gehaltsstufe (650 fl. Gehalt und 30 Percent Quartiergeld);

b) die Vorrückung der drei dienstältesten Amtsdiener 2. Gehaltsstufe Ferdinand Geitner, Josef Hartl und Franz Knaus in Amtsdienerstellen 1. Gehaltsstufe (600 fl. Gehalt und 30 Percent Quartiergeld), Hartl steht im Genusse einer Naturalwohnung;

c) die Vorrückung der drei dienstältesten Amtsdiener 3. Gehaltsstufe Moriz Tremel, Leopold Rirsch und Josef Franz in Amtsdienerstellen 2. Gehaltsstufe (550 fl. Gehalt und 30 Percent Quartiergeld);

d) die Ernennung des Franz Hoffmann, Maschinist der städtischen Feuerwehr, Rudolf Drs, definitiver Hausdiener, unter gleichzeitiger Gewährung der Altersnachsicht, und des Karl Eggerth, Aushilfsdiener, zu Amtsdienern 3. Gehaltsstufe (500 fl. Gehalt und 30 Percent Quartiergeld. (Angenommen; 18 Anwesende.)

(3280.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistratsconcipisten Karl Fuchs um einen zweimonatlichen Urlaub und beantragt die Bewilligung eines Urlaubes vom 1. Juni bis 31. Juli d. J.

(Angenommen.)

(3374.) **Derselbe** referiert über die Resignation des Concipisten Johann Proschek auf seinen Dienstposten und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme der Resignation. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(3340.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen des Anton Hofstätter, Vorstand des städtischen Steueramtes, um Pensionierung und beantragt, denselben in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und ihm die normalmäßige Pension anzuweisen.

(Angenommen.)

(3341.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzleiofficials, Maximilian Schulz, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Gewährung seines Ansuchens und die Anweisung der normalmäßigen Pension. (Angenommen.)

(3342.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Marktcommissärs Leopold Hofbauer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Gewährung seines Ansuchens und die Anweisung der normalmäßigen Pension. (Angenommen.)

(3362.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Alexander und der Bertha Brauner um Baubewilligung auf einem stiftlichen Klosterneuburger Grund Einl.-Z. 630, II. Bezirk, Gerhardusgasse, und beantragt, den Antrag des Magistrates, dass den Bauwerbern die Bewilligung ertheilt werde, auf den ihnen von dem Stifte Klosterneuburg bestandweise überlassenen Grunde Cat.-Parc. 3349 und 3350, Einl.-Z. 630 des II. Bezirkes, Cat.-Parc. 46 in der Gerhardusgasse, ein einstöckiges Wohnhaus und einen ebenerdigen Stalltract zu erbauen, zu bestätigen gegen dem, dass seitens des Stiftes Klosterneuburg der von der Cat.-Parc. 3349, beziehungsweise Pacht-Parc. 46, zur Verbreiterung der Gerhardusgasse entfallende Grund gebüren- und lastenfrei grundbücherlich abgeschrieben und unentgeltlich und im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten werde.

(Angenommen.)

(3359.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Therese und des Sebastian Amberger um Bewilligung zur Erbauung eines einstöckigen Wohn- und Geschäftshauses auf Cat.-Parc. 3353 und 3354 Bestandtheil der landtäflichen Liegenschaft Einl.-Nr. 630 des II. Bezirkes, Pacht-Nr. 43 Gerhardusgasse, und beantragt, den Antrag des Magistrates, dass den Bauwerbern die angesuchte Bewilligung gegen dem ertheilt werde, dass seitens des Stiftes Klosterneuburg der von der Cat.-Parc. 3353, beziehungsweise Pacht-Nr. 43, zur Verbreiterung der Gerhardusgasse entfallende Grund gebüren- und lastenfrei grundbücherlich abgeschrieben und unentgeltlich und im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten werde, zu bestätigen. (Angenommen.)

(3234.) **St.-R. Matthies** referiert über das Project für die Neupflasterung der Herndlgasse im X. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project zu genehmigen. (Angenommen.)

(1473 ex 1891, 2181 ex 1892, 3283 ex 1892.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Parcellierungen der dem M. Ritter, Samuel Wärndorfer und Wilhelm Hirsch gehörigen Gründe in Dornbach Einl.-Z. 477, 478, 346, 487, 131 und 132.

Referent beantragt, dem Parcellierungsoperate unter den im Stadtbauamts-Berichte vom 24. Juni 1891 gestellten Bedingungen (Punkt 1 bis 5) die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(3176.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Umbau des Canales VIII. Bezirk, Schlösselgasse, und beantragt, das Offert des Eduard Rzehaczek (Nachlass 7·4 Percent) zu genehmigen. (Angenommen.)

(3345.) **St.-R. Mayenauer** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Wipplingerstraße vom „Stoß im Himmel" bis zur Renngasse, I. Bezirk, und beantragt, zu vergeben

1. die Herstellung eines Natur-Asphaltpflasters an N. Schefftel mit dem offerierten Nachlasse von 8 Percent von dem adjustierten Kostenbetrage per 12.878 fl. 41 kr.;

2. die Steinpflasterungsarbeiten an Alexander Stigler mit dem offerierten Nachlasse von 18 Percent von dem Kostenbetrage per 2789 fl. 23 kr. und 100 fl. Pauschale. (Angenommen.)

(3344.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung am Michaelerplatze, I. Bezirk, und beantragt:

1. die Aufstellung von acht dreiflammigen Suggbrennern mit 840 l Stundenconsum und je einer nachmitternächtlichen gewöhnlichen Flamme,

2. die Aufstellung von zwei dreiflammigen Suggbrennern, jedoch ohne nachmitternächtliche Flammen,

3. die Aufstellung eines zweiten neunflammigen Suggbrenners mit 1800 l Stundenconsum und je zwei nachmitternächtlichen gewöhnlichen Flammen, und zwar in dem im vorgelegten Plane eingezeichneten Punkten mit einem jährlichen Mehraufwande von 1528 fl. 16 kr., pro 1893 mit einem solchen von ungefähr 800 fl., welche Auslage auf Rubrik XXV 1 a budgetmäßig bedeckt erscheint,

4. die Genehmigung der vom Stadtbauamte beantragten Versetzung der Flammen Nr. 920, 980, 981, 976 und 985/1059, wodurch der Gemeinde keine Kosten erwachsen. (Angenommen.)

(3175.) **Derselbe** referiert über die Persolvierung der Mautner-Markhof-Stiftung für einen armen Gewerbetreibenden und beantragt, die Stiftungsinteressen pro 1893 im Betrage von 305 fl. dem Schuhmacher Josef Seifert zu verleihen. (Angenommen.)

(3335.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Albert Dub um Bekanntgabe der Baulinie und des Niveaus der verlängerten Igelgasse innerhalb seiner Realität, Einl.-Z. 299, im IV. Bezirke, Hungelbrunngasse 28, und beantragt mit Rücksicht auf das bereits auf der Tagesordnung stehende Referat, Z. 5872 ex 1892, die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3368.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert in Betreff der Forderung des Armenfonds in Speising per 200 fl. auf dem executiv feilgebotenen Hause, Einl.-Z. 167, Consc.-Nr. 143, und beantragt, von der Überreichung eines Überbotes abzusehen und den aus dem Meistbot nicht zur Befriedigung gelangenden Betrag im Falle der Uneinbringlichkeit seitens der minderjährigen Personalschuldner in Abschreibung zu bringen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 29. Mai 1893 vom 2. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
2	**Franz** Josef, Bürgerschullehrer, XVII., Hernals, Kirchengasse 40	190	182
	Reisinger Johann, Gastwirt und Hausbesitzer, XVII., Dornbach, Urbangasse 3		180

Allgemeine Nachrichten.

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien.) Die Commission hat am 25. Mai 1893 eine Vollversammlung abgehalten, in welcher der nachstehende Erlass des Herrn Handelsministers vom gleichen Tage zur Mittheilung gelangte:

„Nach längeren Verhandlungen ist mit den Vertretern der Dampftramway-Gesellschaft, vormals Krauß & Comp., eine Verständigung über den Entwurf der Concessionsurkunde sammt den dazu gehörigen Bedingnissen für die von dieser Gesellschaft auszuführenden Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn erzielt und das hierüber aufgenommene Concessionierungs-Protokoll am gestrigen Tage im Handelsministerium unterzeichnet worden.

Hienach erscheint die genannte Gesellschaft nunmehr gebunden, — die allerhöchste Concessionsertheilung vorausgesetzt, — die obigen Bahnlinien unter den vereinbarten Bedingungen zur Ausführung zu bringen.

Bei diesem Anlasse hat sich die Gesellschaft auch bereit erklärt, der geehrten Commission das Recht einzuräumen, in ihren Aufsichtsrath, dessen Vorsitzender fortan von mir ernannt werden wird, zwei Mitglieder der geehrten Commission zu entsenden, auf welche gleich dem Vorsitzenden die statutenmäßigen Bestimmungen über Functionsdauer, Cautionserlag und Bezüge keine Anwendung finden.

Indem ich die geehrte Commission hievon in Kenntnis setze, übermittle ich derselben zugleich Abdrücke der Entwürfe der allerhöchsten Concessionsurkunde und der Concessionsbedingnisse mit der Einladung, etwaige vom wohldortigen Standpunkte sich ergebende Bemerkungen ehestens zu meiner Kenntnis zu bringen."

Behufs Abgabe der vom Herrn Handelsminister verlangten Äußerung wurde der Gegenstand dem Ausschusse für Concessions-Angelegenheiten zur Vorberathung und Antragstellung zugewiesen.

Der General-Direction der k. k. Staatsbahnen wurde ein Credit von 75.250 fl. zum Zwecke der unverzüglichen Durchführung eines dringenden Grundankaufes für den Bau des Heiligenstädter Bahnhofes bewilligt.

Bezüglich des am linken Ufer des Donaucanales auszuführenden Sammelcanales wurde der Beschluss gefasst, dem in einer Besprechung der Techniker, der k. k. n.-ö. Statthalterei, der Donauregulierungs-Commission und des Wiener Stadtbauamtes gemeinsam formulierten Antrage beizutreten, welcher einige Zusätze und Erläuterungen zu der wasserrechtlichen Entscheidung der Statthalterei in Betreff der technischen Ausführungsmodalitäten des Sammelcanal-Projectes zum Gegenstande hat und auch von der Donauregulierungs-Commission befürwortet wird. Die Commission beschloss, die Statthalterei um Berücksichtigung der in diesem Antrage formulierten Wünsche zu ersuchen und wurde der Vorsitzende beauftragt, sich zu diesem Zwecke an den Herrn Statthalter zu wenden.

* * *

(Wiener Verkehrsanlagen.) Sammelcanal am linksseitigen Donaucanalufer. Die Statthalterei hat die von der Commission für Verkehrsanlagen in Wien beantragten, einzelne Detailbestimmungen betreffende Zusätze und Erläuterungen in den Bauconsens für den Sammelcanal am linksseitigen Donaucanalufer aufgenommen und zugleich ausgesprochen, dass mit den Bauarbeiten sofort, und zwar noch vor der Vorlage, beziehungsweise Genehmigung der im Sinne der Consensbedingungen abzuändernden Pläne begonnen werden könne.

Schulnachrichten.

(Bezirksschulrath der Stadt Wien.)

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 25. Mai 1893.

Der Bezirksschulrath beschließt, der vom f. e. Ordinariate mit der Zuschrift vom 21. December 1892, Z. 73, bekanntgegebenen Verfügung in Betreff der Theilnahme der katholischen Schuljugend an der Frohnleichnams-Procession die Verkündigung zu versagen.

Ferner wird beschlossen:

Die Verkündigung der von der altkatholischen Gemeinde mit Zuschrift vom 12. Februar 1893 bekanntgegebenen Verfügungen über die religiösen Übungen der dem altkatholischen Glaubensbekenntnisse angehörenden Schuljugend hat in nachstehender Weise zu erfolgen:

Der altkatholischen Schuljugend ist es unbenommen, sich an dem Schulgebete der römisch-katholischen Schüler zu betheiligen.

Dieselbe ist von der Schule aus anzuleiten, an folgenden religiösen Übungen theilzunehmen:

an dem Besuche des allsonntäglich um 10 Uhr vormittags in der Pfarrkirche zum heil. Salvator stattfindenden Gottesdienstes;

an dem anläßlich des Geburts- und Namensfestes Sr. Majestät des Kaisers, ferner anläßlich des Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin in der genannten Pfarrkirche abzuhaltenden Festgottesdienste;

zur Theilnahme am Gottesdienste an dem in die Hauptferien fallenden Geburtsfeste Sr. Majestät des Kaisers sind die Kinder am Schlusse des Schuljahres durch den Religionslehrer aufzufordern;

an der zu Beginn und am Schlusse des Schuljahres stattfindenden Kirchenandacht an demselben bereits genannten Orte;

an dem Empfange der heil. Buße und der heil. Communion, insofern sie vom Religionslehrer für befähigt erklärt werden.

In diesem Jahre findet die heil. Buße am 24., die heil. Communion am 25. Juni statt.

In Bezug auf die Überwachung der Kinder beim Schulgebet hat es bei dem bisherigen Gebrauch zu verbleiben.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 21. bis 27. Mai 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	199.474 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 159.623; aus Ober-Österreich — 466; aus Mähren — 5220; aus Böhmen — —; aus Galizien — 30.291; aus Ungarn — 2653; aus der Bukowina — 1621; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	40.782 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2749; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 1055; aus Galizien — 36.168; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 310 Kg.)
Schaffleisch . .	646 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 89; aus Mähren — 146; aus Galizien — 386; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 26 Kg.)
Schweinfleisch .	28.032 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 21.936; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 251; aus Mähren — 1262; aus Galizien — 2167; aus Ungarn — 2092; aus der Bukowina — 224 Kg.)
Kälber	1391 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 261; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 79; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1051; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	72 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 61; aus Ober-Österreich — 11; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.
Schweine . . .	259 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 56; aus Mähren — 24; aus Galizien — 179; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	4 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2; aus Mähren — —; aus Galizien — 2; aus Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	12.480½ Kg.	Kälber	93 Stück
Kalbfleisch . .	358½ „	Schafe	— „
Schaffleisch . .	56½ „	Schweine	10 „
Schweinfleisch .	639 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	26	bis	68	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	58	„	100	„	„ „
Kalbfleisch		„	32	„	75	„	„ „
extrem		„	—	„	—	„	„ „
Schaffleisch		„	36	„	60	„	„ „
Schweinfleisch		„	54	„	70	„	„ „
Kälber		„	40	„	60	„	„ „
Schafe		„	30	„	58	„	„ „
Schweine		„	47	„	66	„	„ „
Lämmer		„	3½	„	4 fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche, besonders in Jung- und Stechviehfleisch bedeutend geringer, die Nachfrage hingegen lebhaft, weshalb sich auch die Verkaufspreise des Kalbfleisches und der Kälber um 4 bis 8 kr., des Schaffleisches und der Schafe um 4 bis 10 kr. und des Schweinfleisches und der Schweine um 2 bis 4 kr. per Kilogramm erhöhten, während Rindfleisch zum vorwöchentlichen Preise abgegeben wurde.

* * *

(Pferdemarkt vom 26. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 612 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—320 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 24—52 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 21. bis 27. Mai 1893:

(Geschlachtet wurden 40 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	vom Pferde	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	26—44 „
Lungen- und Rostbraten . .		1 „	30—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—45 „
Dürre Würste		1 „	32—60 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 2—4·—
Häute		per St.	„ 3—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 29. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3838, Weidevieh — 510, Beinlvieh — —.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1565
Galizische „ . . .	1366
Deutsche „ . . .	1369
Büffel „ . . .	48

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3489
Stiere	447
Kühe	412

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 50	bis 61	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 48 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.
(extrem	„ —	„ —	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„ 50	„ 60	„	
(extrem	„ —	„ —	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 50	„ 63	„	
(extrem	„ —	„ —	„)	
Weidevieh	„ —	„ —	„	
Stiere	„ —	„ —	„	
Kühe	„ —	„ —	„	
Büffel	„ —	„ —	„	
Beinlvieh	„ —	„ —	„	

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 22	bis 32	fl.
Stiere	„ 23	„ 31	„
Kühe	„ 22½	„ 31	„
Büffel	„ 22	„ 25	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 46 bis 104 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen	145 Stück
Beinlvieh	82 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 360 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war trotz des schwächeren Auftriebes ziemlich flau, daher die Preise der Vorwoche keine Änderung erfahren haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 27. Mai 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von	8	fl. 40	kr. bis	9	fl. 30	kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 68—73 „)	„	7	„ 35	„ „	7	„ 85	„	
Gerste		„	5	„ 35	„ „	9	„ —	„	
Mais		„	5	„ 50	„ „	5	„ 85	„	
Hafer		„	7	„ 10	„ „	7	„ 75	„	

b) Mahlproducte.

Gries	von	14	fl. 75	kr. bis	16	fl. 50	kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	6	„ 25	„ „	16	„ 50	„	
Roggenmehl	„	7	„ 50	„ „	14	„ —	„	
Weizenkleie	„	4	„ 50	„ „	4	„ 70	„	
Roggenkleie	„	4	„ 80	„ „	4	„ 90	„	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 18. bis 25. Mai 1893.

Waren eingelagert	55.626	Meter-Centner
„ ausgelagert	26.342	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.394 Meter-Centner.

Lagerstand vom 25. Mai 1893: 313.377 Meter-Centner, und zwar:

91.671	Meter-Centner Weizen,	30.334	Meter-Centner	Roggen,
23.965	„ Gerste,	24.496	„	Hafer,
65.135	„ Mais,	2.833	„	Ölsaaten,
13.713	„ Mehl u. Kleie,	8.000	„	Wein,
1.745	„ Zucker,	7.519	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,868.750 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 25. Mai bis 29. Mai 1893.

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2732 Rechte Bahngasse, von P. Zimmermann, Bauführer Th. Bauer (3573).
„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2733 Fasangasse, von Holzmann & Comp., Bauführer C. Holzmann (3589).
IX. Bezirk: Haus, Mariannengasse 13, von Katharina Keck, Bauführer L. Ritter (3639).
XIV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Rudolfsheim, Feldgasse 2, von Johann und Francisca Töpfl, Bauführer Johann Töpfl, Stadtbaumeister (12083).

Für Umbauten:

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Kreutzgasse 57, vom Haus der Barmherzigkeit zur Pflege für Unheilbare in Währing, durch Leopold Stöger als Obmann des Stiftungscuratoriums, Bauführer Josef Schmalzhofer, k. u. k. Hof-Baumeister (15664).

Für Zubauten:

IV. Bezirk: Hoftract, Wiedener Hauptstraße 32, von Ed. Hasenöhrl, Bauführer C. Höllerl jun. (3560).
„ „ Hoftract, Weyringergasse 37, von Josef Rothmüller, Bauführer ? (3610).
XI. Bezirk: Trockenkammer, offenen Schupfen und mehrere Abortanlagen, Kaiser-Ebersdorf, Realität Grundb.-Einl. 84, 102, 113 und 236, Fabriksgasse, von der Fußbodenfabrik Loewi, Baiersdorf & Biach, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7820).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Wilhelmstraße 64, von Elkan Steiner, Bauführer W. Laitl (15245).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Stadiongasse 5, von Karl Mayer, Stadtbaumeister (3633).
„ „ Schottenbastei 16, von Karl Mayer, Stadtbaumeister (3634).
„ „ Freyung 8, Tiefer Graben 1—3, von der Niederösterr. Escompte-Gesellschaft, Bauführer J. Lauer (3640).
„ „ Himmelpfortgasse 6, von der Wiener Versicherungs-Gesellschaft, Bauführer F. Dehm u. F. Olbricht (3652).
II. Bezirk: Czerningasse 22, von Schlaf und Parthila, Stadtbaumeister (3564).
„ „ Malzgasse 5, von Wilhelm Ernst, Maurermeister (3654).
III. Bezirk: Erdbergerlände 12, von Franz Sokol, Maurermeister (3561).
„ „ Ungargasse 52, von Rosa Wirth, Bauführer C. Zeller (3599).
„ „ Ungargasse 24, von Oskar Laske, Stadtbaumeister (3641).
V. Bezirk: Schlossgasse 21, von Adele Müller, Bauführer H. Ohrner (3598).
X. Bezirk: Hansengasse 16, von Stefan Maul, Bauführer Sykora (16993).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Hirschengasse 13, von Wenzel Hula, Bauführer Wenzel Voit (15187).
XVII. Bezirk: Hernals, Mariengasse 9, von Johann Jiriček, Bauführer Karl Schäffer (18135).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Wächterhaus, Grundb.-Einl. 55 Arsenalweg, von Georg Demski, Stadtbaumeister (3591).
IV. Bezirk: Dampfkessel-Auswechslung, Weyringergasse 9, von Josef Pauka & Sohn, Bauführer A. Leidenfrost (3635).

VI. Bezirk: Hofmauer-Reconstruction, Kopernicusgasse 8, von Magdalena Zykan, Bauführer R. Graf (3571).
IX. Bezirk: Backofen, Sechsschimmelgasse 10, von Matthias Wetzl, Bauführer ? (3574).
X. Bezirk: Laaerstraße 174, von Jakob und Therese Makal, Bauführer L. Wetsch (14296).
XI. Bezirk: Ein Abort und Hausunrathscanal, Simmering, Felberstraße 7, Grundb.-Einl.-Z. 35, von Josef Pitzinger, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7771).
" " Ein Abort und eine Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 59, Grundb.-Einl.-Z. 96, von Johann Stift, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7772).
" " Ein Abort und Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 27, Grundb.-Einl.-Z. 80, von Michael Ferstl, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7773).
" " Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 11, Grundb.-Einl.-Z. 75, von Jakob Klameker, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (7774).
" " Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Schwechaterstraße 341, von Rosalia Grimm, Bauführer Johann Mikisch, Baumeister (7855).
" " Zwei Aborte, eine Senk- und eine Sickergrube und Wasserlaufcanal, Simmering, Dorfgasse 9, Or.-Nr. 81, von Josef Mayerhofer, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister (7938).
" " Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 14, Or.-Nr. 180, von Anton Prokisch, Bauführer Ferdinand Kaindl (7948).
XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Karlsgasse 3, von Albertine Spandl, Bauführer Joh. Gschwandner jun., Baumeister (18400).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

I. Bezirk: Neuer Markt, Grundb.-Einl. 787, von Dr. Ignaz Mikosch noe, Jos. Fürst Schwarzenberg (3638).
II. Bezirk: Novaragasse 38, von Salomon Stein und Jg. Fleischer (3383).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

IX. Bezirk: Nussdorferstraße 53, von A. Latschka noe. Verein Christliche Familie (3628).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 19, von Johann Staller (15082).
" " Unter-Meidling, Johannesgasse 19, von Josef Rucker (15133).
XVII. Bezirk: Baugrund, Hernals, Helblinggasse 9, von Johann Twarock (18035).
" " Baugrund, Hernals, Karlsgasse 3, von Albertine Spandl (18114).

Gewerbeanmeldungen vom 24. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Huber Marie Anna — Marktfierantie — VI., Millergasse 34.
Meister Josef — Marktfierantie — VI., Mollardgasse 75.
Debor Johann — Naturblumen-Verschleiß — I., Annagasse 18.
Tony Karoline — Papier- und Schulrequisiten-Verschleiß — VI., Sonnenuhrgasse 2.
Auspitz Leopold — Pfaidler — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 16.
Hoffmann Marie — Pfaidlergewerbe — VI., Mollardgasse 71.
Schimmel Joachim Löw — Pfaidler — X., Himbergerstraße 95.
Friedrich Wilhelm — Schlossergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Neugasse 24.
Ganglberger Julius — Schriftenmaler — XII., Unter-Meidling, Neuwallgasse 11.
Miksa Karl — Schuhmacher — III., Kollergasse 11.
Futterknecht Marie — Schul- und Gebetbücher-, Kalender- und Heiligenbilder-Verschleiß — V., Einsiedlergasse 48.
Wasservogel Josef — Trödler — VI., Kasernengasse 22.
Berger Karl — Zuckerbäcker — V., Hundsthurmerstraße 94.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. Mai 1893.

„Unitas", registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung — Beschaffung und Vermittlung von Gelddarlehen — IX., Schlagergasse 10.
Großmann Leon (Leib) — Bestellter auf dem Central-Viehmarkte — III., Central-Viehmarkt.
Plappert Josef — Binder — XIII., Penzing, Pfarrgasse 27.
Worliczek Adolf — Dampfkraft-Vermietung — IV., Weyringergasse 31.
Hofbauer Wilhelmine — Dienstvermittlung — IV., Favoritenstraße 27.
Horn Eduard — Eisgewinnung — XIII., Baumgarten, Hütteldorferstraße 11.
Chiba Gustav — Fragnergewerbe — XVII., Hernals, Kapitelgasse 8.
Hauer Pauline — Gastwirtsgewerbe — IV., Hundsthurmerstraße 1.
Hell Karl — Gelatinkapsel-Erzeugung — IV., Schönburgstraße 13.
Neumann Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 13.
Nicklas Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leitermayergasse 25.
Sachunsky Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Kochgasse 3.
Schreiner Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 71.
Wollmann Arnold — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Internationales Finanzblatt" — XVIII., Währing, Hauptstraße 28.
Kallich Franz Josef — Holzhandel — XIV., Rudolfsheim, Kardinal Rauscherplatz 5.
Spitzer Antonie — Kaffeesiedergewerbe — I., Fleischmarkt 12.
Neubauer Josef — Damenkleidermacher — III., Krummgasse 3.
Dostal Josef — Herrenkleidermacher — III., Klimschgasse 10.
Sochor Leopold — Herrenkleidermacher — XVII., Hernals, Wilhelmsgasse 18.
Zemann Johann — Herrenkleidermacher — VIII., Josefstädterstraße 14.
Hraba Karoline — Lack- und Firniß-Erzeugung — IV., Margarethenstraße 39.
Krzanowski Josef — Lackierer — X, Jagdgasse 35.
Kohlhofer Marie — Markt-Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse (Stand).
Keller Albertine Katharina — Miedermacherin — X., Favoritenstraße 34.
Vogelsinger Josefa — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Antonigasse 18.
Kaufmann Emilie — Papier-, Schreib-, Zeichenrequisiten- und Gratulationskarten-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 30.
Maynollo Adolf — Pfaidler — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 50.
Blatt Elisabeth — Selchwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 30.
Prosch Franz — Tischler — XII., Unter-Meidling, Josefigasse 1.
Sedlaczek Anna — Wäscheputzerei — XIV., Sechshaus, Stiegergasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. Mai 1893.

Popper Philipp, Popper Heinrich — Bank- und Commissionsgeschäft — I., Börsegasse 12.
Weil Felix Julius — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Wollzeile 36.
Summer Henriette — Federnschmückerin — VI., Mollardgasse 25.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 27. Mai 1893.
Inhalt:
Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters 1127
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 29. Mai 1893.
Inhalt:
Wahl von 15 Mitgliedern des Gemeinderathes in den Stadtrath 1128
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. Mai 1893 1131
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. Mai 1893 1134
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 24. Mai 1893 1136
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 29. Mai 1893 vom II. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1139
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen in Wien 1139
Wiener Verkehrsanlagen 1139
Schulnachrichten:
Bezirksschulrath der Stadt Wien 1139
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 21. bis 27. Mai 1893 1140
Pferdemarkt vom 26. Mai 1893 1140
Schlachtviehmarkt vom 29. Mai 1893 1140
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 21. bis 27. Mai 1893 1141
Städtisches Lagerhaus 1141
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 25. bis 29. Mai 1893 1141
Gewerbeanmeldungen 1142
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 72760
Ref.-Nr. 1258 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Hainburgerstraße im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2741 fl. 24 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 64964
Ref.-Nr. 1104 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Scheidl- und Mandlgasse in Gersthof im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 3735 fl. 53 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 2. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 69810
Ref.-Nr. 1195 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Richardgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2439 fl. 6 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Mai 1893. 3—3

Prot.-Nr. 83935 ex 1893.
1135. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Parcellierung der städtischen Realitäten Einl.-Z. 881 und 206, IX. Bezirk, entstandenen Baustellen Nr. I und II in der Sechsschimmelgasse und Nr. VI in der Galileigasse** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 1—3

M.-Z. 56230
XII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung des für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing, Ybbs, St. Andrä a. d. Tr. und für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** in der Heizperiode 1893/94, d. i. vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1894 **erforderlichen Brennholzes** im muthmaßlichen Bedarfe, und zwar:

1. **für die städtische Versorgungsanstalt in Liesing** von 150 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,
2. **für die städtische Versorgungsanstalt in Ybbs** von 140 Raummetern harten geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern und 80 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,
3. **für die städtische Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. Tr.** von 360 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,
4. **für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** von 50 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Samstag den 17. Juni 1893, um 11 Uhr vormittags, im neuen Rathhause I., Lichtenfelsgasse 2, im Armendepartement** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschrift im Armendepartement des Wiener Magistrates sowie im städtischen Marktamte und in den Kanzleien der genannten Anstalten einsehen, in welch' letzteren Kanzleien auch versiegelte Offerte, jedoch nur **bis inclusive Mittwoch den 14. Juni d. J.** behufs deren rechtzeitiger Anhersendung übergeben werden können, wogegen dieselben im Armendepartement bis zur Stunde der Offertverhandlung angenommen werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches auf die Lieferung des Holzes für die Anstalten oder für eine oder mehrere lauten kann, und in welchem Offerte die Länge der Scheiter, bezüglich welcher offeriert wird, separat anzuführen ist, sind 5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Lieferung erstanden werden will, als Vadium anzuschließen, welches, von dem Ersteher entsprechend ergänzt, als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende, dann auf Offerte, welchen das vorgeschriebene Vadium nicht angeschlossen ist, wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe bleibt jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1893. 1—3

Prot.-Nr. 43075 ex 1893.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Verfassung und Ausführung eines Projectes zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung für die Lehrzimmer, beziehungsweise einer Niederdruck-Dampfheizung für die Turnräume, Gänge und Aborte des Schulhauses im III. Bezirke, Salmgasse 9,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch, den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärmeerfordernisses, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 75316
Ref.-Nr. 1306 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Hauptplatzes in Hietzing im XIII. Bezirke mit neuen Steinen und der Abzweigung bis zur Hetzendorferstraße mit alten Steinen** im veranschlagten Kostenbetrage von 2676 fl. 43 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. Mai d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 2—2

Ad Prot.-Nr. 69052
Ref.-Nr. 1173 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Elisabethgasse im XVI. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4794 fl. 44 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 2—3

Prot.-Nr. 69227
IV ex 1893.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Baumeisterarbeiten, der Cementlieferung, Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Traversenlieferung, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Gipsdielenwände, der Bautischler- und Bauschlosser-, der Anstreicher- und Bildhauerarbeiten, der Herstellung des Holzcementdaches, der Isolierplattenlieferung, der Steinzeugwarenlieferung, der Herstellung der Feuerluftheizung, der Füllöfenlieferung, der Möbeltischlerarbeit, der Schultafellieferung, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeit,** endlich **der Installation der Wasserleitung für einen Zubau zur k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke, Engen- und Karmarschgasse,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 13. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 1—3

Z. 45.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 25. d. M., Z. 11851, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 30509 bis incl. Pfand-Nr. 34502 und **Effecten** von Pfand-Nr. 69015 bis incl. Pfand-Nr. 77475 **am 14. Juni 1893, um 9 Uhr vormittags**, im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5**, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 27. Mai 1893. 1—3

Ad T.-V.-Z. 143 ex 1893.

Kundmachung.

(Grasereiverkauf.)

Die gefertigte Forstverwaltung gibt bekannt, dass an den nachstehend bezeichneten Tagen die diesjährige, im hiesigen Verwaltungsrayon vorhandene Augraserei im Wege der öffentlichen Versteigerung gegen bare Bezahlung verkauft wird, und zwar **am Montag den 5. Juni 1893** die Graserei in der Poigenau und im Zeinet; Zusammenkunft um 9 Uhr vormittags bei der Baumschule in der Poigenau und **am Dienstag den 6. Juni 1893** die Graserei am Schneidergrund und Sauhaufen; Zusammenkunft um 9 Uhr vormittags im Gemeindegasthause in Albern.

Der Kaufschilling, beziehungsweise das Meistbot für jede einzelne Abtheilung ist jedesmal sogleich nach erfolgtem Zuschlage zu Handen der Licitations-Commission zu bezahlen.

Forstverwaltung des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf a. d. Donau
zu Mannswörth, im Mai 1893. 1—1

Z. 125.

Kundmachung.

(Grasereiverkauf.)

Von der gefertigten Forstverwaltung wird bekanntgegeben, dass der Verkauf der Graserei in der Lobau, Königshaufen, Eberschütt, Grabstein, Kreuzgrund, Großen und Unter-Rohrwört **am 15. Juni 1893 am Stadler Uferhaus um 10 Uhr vormittags** stattfindet. Die Augraserei wird für das Jahr 1893 hintangegeben. Das Gras, Heu und Grummet muss bis 15. October 1893 aus der Au weggebracht werden und ist der Meistbot sofort bei der Licitation zu erlegen.

Forstverwaltung Groß-Enzersdorf des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau
am 17. Mai 1893. 1—1

M.-Z. 76202.
ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 1—6

M.-Z. 81382.
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschlüsse der Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die Rechnungsabschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892 im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 1. Juni d. J.** angefangen durch 14 Tage im Armendepartement des Wiener Magistrates im neuen Rathhause zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonds werden im erwähnten Magistratsdepartement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungsabschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
am 26. Mai 1893. 1—5

Ad M.-Z. 42165.

Kundmachung.

(Johann Gögl'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Wiener Magistrate wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der Johann Gögl'schen Heiratsausstattungsstiftung für das laufende Jahr ein Ausstattungsbetrag von 243 fl. 50 kr. an ein armes, unbescholtenes, in Wien wohnhaftes Mädchen ohne Unterschied der Confession zur Verleihung gelangt.

Diejenigen, welche sich um diesen Ausstattungsbetrag bewerben wollen, haben ihre mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Ausweise des Wohnortes in Wien und der Zuständigkeit belegten Gesuche **bis längstens 6. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Mai 1893. 2—3